Geschichte Oesterreichs

seit dem Wiener Frieden 1809.

Von

Anton Springer.

In zwei Theilen.

Zweiter Theil.

Die österreichische Revolution.

Leipzig,
Verlag von S. Hirzel.
1865.

Inhalt.

Erstes Buch.

Die Genesis der Revolution.

Zweites Buch.

Die Jubelwochen der Revolution.

Drittes Buch.

Die parlamentarische Periode.

Viertes Buch.

Die Krisis der Revolution.

Fünftes Buch.

Die Rückkehr zum Absolutismus.

Erstes Buch.

Die Genesis der Revolution.

1. Die Entwickelung des nationalen Bewußtseins.

Das dumpfe Leiden des Volkes, die willkürlichen Thaten der Regierung bilden scheinbar den ausschließlichen Inhalt der österreichischen Geschichte in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts. Das Schicksal des Volkes ruht vollkommen in den Händen einer kleinen Gruppe Auserwählter, welche selbständig für dasselbe denken, wollen und handeln, das Herrschen und Verwalten als ihren unbestreitbaren Besitz behaupten, welche keine Mitwirkung der Regierten an den öffentlichen Angelegenheiten dulden und es schon vom Uebel halten, daß die gebildeten Kreise sich um politische Dinge kümmern und sorgen. Der Ausgang der in jedem Sinne des Wortes unverantwortlichen Regierungsthätigkeit ist bekannt. Ohne einen wohlthätigen Zwang, ohne jeden stärkeren Anreiz zur Kraftentwickelung, durch die lange ungestörte Dauer der Herrschaft sicher gemacht, verfielen die Gewalthaber in eine gewohnheitsmäßige Trägheit und wurden zuletzt zu jedem Handeln unfähig. Die Zügel entfielen ihren zitternden Händen, alle leitenden politischen Gedanken gingen verloren. Auch der Glauben an die Zukunft schwand; nur rohe mechanische Kräfte hielten noch das Reich aufrecht. Wer es mit Oesterreich gut meinte, mußte mit ängstlichem Bangen den kommenden Tagen entgegensehen. Was sollte an die Stelle des herrschenden Systemes treten, wenn dieses, innerlich schon längst haltlos, durch einen äußeren Stoß zusammenbrach? Wer sollte die Macht erben, wenn die gegenwärtigen Staatslenker durch irgend ein Ereigniß zur Seite geschoben wurden?

Mit wachsender Aufmerksamkeit beobachteten die Freunde und Feinde Oesterreichs das einzige Element der Bewegung, welches seit dem Jahre 1840 deutlicher an der Oberfläche sich zeigte und offenbar zu einer größeren politischen Rolle in Oesterreich bestimmt schien. Eifrig wurden die

nationalen Bestrebungen der zahlreichen Stämme, welche in Oesterreich wohnten, verfolgt und ihre wahrscheinlichen Zielpunkte berechnet. In der That liefert auch die Erkenntniß derselben den besten Schlüssel zum Verständniß der revolutionären Strömung, von welcher das Reich im Jahre 1848 erfaßt und bis in seinen tiefsten Grund erschüttert wurde. Der genauen Erforschung der nationalen Verhältnisse darf sich auch derjenige nicht entschlagen, welcher in dem Satze: die wahre constitutionelle Charte Oesterreichs ist seine Sprachenkarte, nur ein Parteistichwort erblickt; denn es muß zugestanden werden, daß der ganze politische Kampf sich wesentlich um das Verhältniß der einzelnen Nationalitäten zu einander, um das größere oder geringere Maß ihrer staatlichen Rechte und Privilegien drehte. Auch der Umstand, daß man früher von dem bunten Völkergewimmel auf österreichischem Boden kaum eine Ahnung hatte, das Reich zur Macht und zu weltbeherrschendem Ansehen emporgestiegen war, ohne sich auf die Nationalitäten zu stützen, soll nicht zu einem geringschätzigen Urtheile über die letzteren verleiten, mochten immerhin dem alten österreichischen Staatsmanne durch die politische Anerkennung der Nationalitäten die vernünftigen öffentlichen Zustände auf den Kopf gestellt erscheinen.

Die Bevölkerungsverhältnisse, nach Sprache und Abstammung betrachtet, hatten keineswegs erst in den letzten Jahren eine Aenderung erfahren. Seit Menschengedenken war die Amtssprache der Mehrzahl der Bewohner Oesterreichs unverständlich, das deutsche Element — etwa 23 Procente der Gesamtbevölkerung — in entschiedener Minderheit, beinahe in jeder Provinz ein sprachlicher Gegensatz vorhanden.*) Eine vollkommene Spracheinheit herrschte nur im lombardisch-venetianischen Königreiche. Die Regierungsinteressen errangen aber dadurch keineswegs einen Vortheil. Die italienische Sprache ließ sich nicht wie die Mundarten kleiner bildungsloser Stämme zur Unterwerfung unter das Deutschthum zwingen. Als Cultursprache war sie der deutschen nebengeordnet und wetteiferte mit der letzteren in der Erweiterung ihrer Grenzen. Sie drang im südlichen Tirol vor, behauptete ihre Herrschaft in Istrien und blieb die Sprache der gebildeten Klassen in Dalmatien. In der Lombardei fand die österreichische Amtssprache so wenig als das österreichische Papiergeld Eingang, die Regierung mußte sich in der einen wie in der anderen Beziehung zur Nachgiebigkeit gegen den stärkeren Volksgeist bequemen und auf jede engere Verschmelzung dieses Reichsgliedes mit dem Ganzen ver-

*) Vgl. Ficker, Bevölkerung der Oesterreichischen Monarchie, Gotha 1863, welches sorgfältig gearbeitete Büchlein nicht mit dem Vorwurfe parteiischer Darstellung belastet wird, der gewöhnlich die Arbeiten slawischer oder magyarischer Statistiker trifft. Lehrreich und anschaulich sind insbesondere die graphischen Uebersichten der Lagerungsverhältnisse der einzelnen Stämme.

zichten. Einsprachig war ferner die alte österreichische Kronprovinz, das Erzherzogthum mit den angrenzenden Gebieten von Salzburg, Tirol und Steiermark. Hier waltete ohne jeglichen Gegensatz das reine deutsche Wesen und galt in allen Kreisen und Schichten des Volkes dieselbe Sprache. Nach den allgemeinen Lagerungsverhältnissen der Sprachstämme in Oesterreich besaß das deutsche Element keine übermäßig günstige Stellung; seine Herrschaft schränkte sich eigentlich nur auf das westliche Vorland ein und blieb der östlichen Hauptmasse des Reiches fern. Aber dieser Nachtheil wurde durch andere glückliche Umstände vollkommen aufgewogen. Die doppelte Eigenschaft Wiens, der Provinzialhauptstadt und der kaiserlichen Residenz, warf einen Wiederschein auf das in Wien und im Erzherzogthume herrschende deutsche Wesen, verlieh der deutschen Sprache die Natur der Reichssprache, dem Deutschthume überhaupt eine centrale Stellung. Eine alte, bisher wenigstens nicht laut angetastete Ueberlieferung heiligte den Gebrauch der deutschen Sprache bei allen öffentlichen Acten, in allen politischen Angelegenheiten und ließ die übrigen Landessprachen höchstens im Privatverkehr oder, wenn es sich um kleinliche Provinzialinteressen handelte, gelten. Die deutsche Sprache hatte den ferneren Vortheil, daß die Grenzen ihrer Verbreitung beinahe mit den Reichsgrenzen zusammenfielen. Im Volksmunde lebte sie freilich nur in den kleinsten Provinzen, aber bekannt, in den städtischen Kreisen vorherrschend, von den mittleren Schichten der Bevölkerung verstanden war sie auch in den großen östlichen Königreichen. Das Deutschthum schnürte in Böhmen den in der Mitte des Landes seßhaften slawischen Stamm vollständig ein, drängte im südlichen Theile von Kärnthen, in Krain und Steiermark das slowenische Element zurück und hielt durch die sporadische deutsche Bevölkerung in den meisten Städten die Verbindung mit den deutschen Kolonien in Ungarn, Siebenbürgen und Galizien fest. Mochten auch die Deutsch-Oesterreicher nur in einem lockeren Culturverbande mit dem eigentlichen Deutschlande, dem sogenannten Reiche stehen, der neueren deutschen Bildung in der eigenen Heimat eine dürftige Stätte bereiten: immerhin führte das deutsche Element in Oesterreich den anderen Volksstämmen den reichsten Culturstoff zu und blieb für die letzteren die Kenntniß der deutschen Sprache die bequemste Brücke, aus ihrer beschränkten Abgeschlossenheit in die Gemeinschaft der gebildeten europäischen Welt zu treten. Mit Ausnahme der italienischen Provinzen war im ganzen Reiche jedes Individuum, welches auf eine feinere Gesittung Anspruch erhob, auf die Erlernung der deutschen Sprache angewiesen, dieselbe unter allen Landessprachen allein im allgemeinen Gebrauche. Auch der Umstand darf nicht übersehen werden, daß die Summe der deutschen Bevölkerung jene der übrigen einzelnen Stämme beträchtlich überragte. Freilich, wenn man die letzteren zusammenwirft, Romanen, Slawen, Magyaren als eine Einheit betrachtet, dann bleiben die Deutschen in einer

bedenklichen Minderheit. Da aber die nichtdeutschen Stämme einen festen Zusammenhang untereinander durchaus nicht offenbaren, sich fremd, selbst feindselig gegenüberstehen, da auch die Slawen in Oesterreich drei selbständigen Sprachzweigen angehören, welche sich nur in ihrem tieferen Grunde berühren, in der lebendigen Wirklichkeit sich aber gegen einander abschließen, so besitzt die Behauptung des nichtdeutschen Oesterreichs als einer Einheit einen sehr geringen praktischen Werth, am wenigsten ist eine Aussicht dazu vorhanden, daß irgend eine der sonst in Oesterreich heimischen Sprachen die bisher von der deutschen ausgeübte Herrschaft übernehmen könnte.*)

Es rühmt sich zwar das czechische Element eines beinahe gleichen Umfanges, wie ihn das Deutschthum besitzt; die Zahl seiner Angehörigen kommt der Summe der Deutsch-Oesterreicher ziemlich nahe und auch seine Verbreitungssphäre umfaßt mehrere Provinzen. Trotzdem konnte es sich aus seiner Unterordnung nicht reißen. In Böhmen und Mähren hatte seine Geltung in den mittleren und höheren Kreisen namhaft abgenommen, ausschließlich nur bei dem niederen Volke sich erhalten, in Ungarn fand es an den politischen Vorrechten des magyarischen Stammes eine unübersteigliche Schranke seiner Herrschaft. Auch die geographischen Verhältnisse waren der Ausbreitung der czechischen Sprache nicht günstig. In der Mitte des böhmischen Kessellandes findet sie allein ihre wahre Heimat, die Grenzkreise werden von Deutschen bevölkert, welche von dem deutschen Hinterlande die ausgiebigste Stärkung empfangen, durch die unmittelbare Berührung mit dem sächsischen und bayerischen Volke gegen überwiegende slawische Einflüsse gesichert sind, vielmehr den stärksten Anreiz besitzen, gegen die czechische Mitte vorzudringen. Die insulare Lage der Czechen in Böhmen wird nur in östlicher Richtung unterbrochen, wo der hannakisch-mährische Stamm in fettem Wohlleben erstickt, geistig karg begabt die Verbindung mit den sprachverwandten Slowaken im gebirgigen Oberungarn herstellt. Die Slowaken, mit der Sorge für das nackte Dasein vollauf beschäftigt, in einer unwirthlichen Ecke des Landes angesiedelt, zeigten aber bisher eine geringe Befähigung, das Ansehen des czechoslawischen Elementes in Ungarn zu heben, sie litten unter dem Drucke der Magyaren noch viel mehr als die Czechen und Mähren unter der deutschen Sprachherrschaft, und besaßen als Widerstandsmittel nur die fromme Klage und den dumpfen Seufzer.

Dem Magyaren verleiht nicht allein der überlieferte Glauben an die Einheit ungarischer Macht und magyarischer Kraft, die Gewohnheit

*) Im Procentensatze ausgedrückt kommen auf die deutsche Bevölkerung 23, auf die czechoslawische 19, auf die magyarische 14, auf die italienische, ruthenische und rumänische je 8, auf die polnische 7, auf die serbische 5, auf die slavonische und kroatische je 4 Procent der Gesammtbevölkerung.

des politisch allein lebendigen Adels, sich zu den Magyaren zu zählen, sondern auch die überaus günstige geographische Lage das Uebergewicht über die anderen in Ungarn angesiedelten Stämme. Sie haben das Theißgebiet ausschließlich inne und sitzen in dichten Haufen auf beiden Ufern der Donau, ihnen gehören überdies im ganzen Lande zerstreute kleinere Ansiedlungen an, gleichsam Besatzungstruppen, welche die nichtmagyarischen Bewohner bewachen und beherrschen, und sie haben schließlich in dem siebenbürgischen Hochlande, im sogenannten Szeklerlande, ein wichtiges Vorwerk sich erworben, von welchem die angreifende Sprachenpolitik wirksam betrieben werden kann. Man gewinnt von der Stellung der magyarischen Sprache die richtigste Meinung, wenn man sie, nur in kleineren Verhältnissen, als gleichbedeutend auffaßt mit jener des deutschen Elements im ganzen und großen Oesterreich. Die Geltung der magyarischen Sprache als Amtssprache reicht freilich nicht in eine frühe Zeit zurück, erst in den letzten Jahren wurde dieselbe schrittweise von den Reichstagen erkämpft, noch weniger kann sich dieselbe als Culturdsprache mit der deutschen messen; sie gleicht der letzteren aber in ihrem Streben nach politischer Herrschaft, nach Ausdehnung über die ursprünglichen und natürlichen Grenzen hinaus, sie wird auch von den Gegnern mit ähnlichen Vorwürfen unermüdlicher Eroberungslust, grausamer Monopolsucht belastet. Wie der nichtdeutsche Oesterreicher — der Italiener ausgenommen — die Germanisirung fürchtet, so pflegte der nichtmagyarische Ungar schon frühzeitig über die gewaltsame Magyarisirung zu klagen.*)

Außer den allgemeinen Lagerungsverhältnissen der Nationalitäten in Oesterreich übt auch ihre Verbreitung jenseits der Grenzen des Staates auf ihre politische Stellung einen großen Einfluß. Anders entwickelte sich das politische Bewußtsein bei jenen Stämmen, welche nur in Oesterreich ihre Heimat besitzen; anderen Zielen und Idealen begegnet man bei jenen Völkerschaften, welche auch außerhalb Oesterreichs Stammesbrüder begrüßen, deren Verbreitung sich über mehrere Staaten ausdehnt. Nur die Czechen, die Slowenen mit den Kroaten und die Magyaren können als rein österreichische Nationalitäten gelten, alle übrigen Stämme greifen in ihren nationalen Beziehungen über die österreichischen Grenzen hinaus, fühlen sich wohl gar nur durch äußere Gewalt von ihrem natürlichen Schwerpunkte abgezogen und ihre politischen Pflichten mit den

*) Zschokke's Ueberlieferungen (Jahrgang 1822) brachten die bittere Klage eines Slowaken über die Magyarisirung seines Stammes: „Das Magyarische wird den Slawen eingeprügelt, als ob die Magyaren glaubten, das Sprachorgan sei in ihrem Lande an einer anderen Stelle, als bei gewöhnlichen Menschen.“ Auch über den Schulzwang und die Verbote, slowakisch zu predigen, wird in dem Sendschreiben Beschwerde geführt.

nationalen Neigungen in herbem Widerstreite. So die Italiener und die Polen, welche letzteren in Westgalizien den Stock der Bevölkerung bilden, im östlichen Landestheile aber allerdings gegen die Ruthenen in entschiedener Minderheit bleiben. Von den Romanen in der Bukowina, im südöstlichen Ungarn und in Siebenbürgen, sowie von den Serben in Dalmatien, Slawonien und im Banate kann man freilich nicht behaupten, daß die einen nach den Donaufürstenthümern, die anderen nach der Türkei gravitiren; sie sollen vielmehr nach einer weitverbreiteten Meinung für die in der Fremde lebenden Glieder ihrer Nationalität feste Anziehungspunkte gewähren und dieselben zu einer engeren politischen Verbindung mit dem Kaiserstaate locken. Jedenfalls ist bei ihnen der unbedingte österreichische Patriotismus nicht anzutreffen, welcher merkwürdiger Weise gerade von jenen zwei Nationalitäten allein getragen wird, die scheinbar am lockersten mit Oesterreich zusammenhängen, da nur geringe Bruchtheile derselben in Oesterreich wohnen. Das sind die Ruthenen und Deutschen. Die Ruthenen oder Kleinrussen, gewöhnlich auf dreizehn Millionen angeschlagen, zählen mehr als zehn Millionen ihrer Stammgenossen in Rußland, nur zwei Millionen leben im östlichen Galizien, etwa eine halbe Million in der Bukowina und in Ungarn, auch ihr kirchliches Bekenntniß scheidet sie von der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung; trotzdem ist unter den Ruthenen die „kaiserliche" Gesinnung am stärksten ausgeprägt, ihr österreichischer Patriotismus unwandelbar. Hier entschieden eigenthümliche Localverhältnisse über die Richtung des öffentlichen Geistes. Der nächste Gegner des ruthenischen Pfarrers griechischen Bekenntnisses — und der ruthenische Pfarrer lenkt auch den politischen Glauben seiner Gemeinde — war der römisch-katholische Pole, der unmittelbare Feind des ruthenischen Bauers der polonisirte Grundherr. Als Freund galt ihm, wer die Furcht und den Haß gegen die Polen mit ihm theilte, seine Sympathien gewannen daher die kaiserlichen Behörden, welche namentlich seit dem galizischen Aufstande gegen die polnische Nationalität offen Partei nahmen und Alles begünstigten und beschützten, was den polnischen Bestrebungen Abbruch zu machen verhieß. Der österreichische Patriotismus der Ruthenen beruhte vorzugsweise auf dem Gegensatze derselben zur polnischen Bevölkerung und besaß für die Regierung nur in sofern Werth, als er die Ruhe in Galizien sicherte; außerhalb der einzelnen Provinz zur Thätigkeit aufgerufen, zeigte er zu deutlich das Gepräge jenes blinden Gehorsams, der in Kasernen als Vaterlandsliebe gilt, um eine größere Bedeutung zu gewinnen.

Andere Umstände bestimmten die patriotische Haltung der deutschen Bevölkerung, ihre Zufriedenheit mit der österreichischen Staatsordnung, deren Grundlagen sie nicht verändert wissen wollten, mochten sie auch mit der augenblicklichen Regierung vollständig zerfallen sein und als grimmige Feinde der letztern auftreten. Durch alle Zerwürfnisse klang die

Empfindung der natürlichen Zusammengehörigkeit hindurch. Die österreichische Macht bewahrte in ihrem äußeren Auftreten die deutsche Form; die Regierung konnte des deutschen Elementes, das über den kleinen Nationalitäten gleichsam schwebte, sie vermittelte und einigte, nicht entrathen; ebensowenig wollten die Deutschösterreicher ihre Stellung als das herrschende Volk missen und freiwillig die zahlreichen Vortheile aufgeben, welche ihnen die Gunst der politischen Verhältnisse über das Maß ihrer natürlichen Rechte zugewendet hatte. Ihre lange Entfremdung von den deutschen Culturwegen stumpfte sie gegen die Gedankenkreise ab, welche die Stammgenossen jenseits der österreichischen Grenze bewegten, sie besaßen weder die rechte Fähigkeit noch das zwingende Bedürfniß, den Einheitsbestrebungen des deutschen Volkes zu folgen. Sie fühlten sich nicht verletzt durch die geringe politische Geltung Deutschlands im schreienden Widerspruche zu der Größe des Landes und der geistigen Macht des Volkes, nicht beschwert durch die Fortdauer kleiner und kleinster Staaten auf deutscher Erde im feindseligen Gegensatze zur nationalen Einheit. Unter den Deutschen Oesterreichs zählte man viele erst in jüngster Zeit germanisirte Slawen; einen beträchtlichen Zuwachs gewann die deutschredende Bevölkerung hier stetig an den Beamtenfamilien, welche, ursprünglich einem andern Stamme angehörig, die Regierungssprache auch in ihre heimischen Kreise verpflanzten. Von diesen ließ sich natürlich ein näheres Eingehen auf die in Deutschland waltenden Anschauungen nicht erwarten, sie verstanden es nicht anders, als daß das deutsche Interesse mit jenem der Regierung im Grunde zusammengehe. Aber auch die eingeborenen Deutschen, welche die kernhafte deutsche Bildung in sich aufgenommen hatten, bewahrten ihre gutösterreichische Gesinnung, sie fanden sogar für ihr conservatives Verhältniß zum Regierungssystem, für ihre Gleichgiltigkeit gegen die deutschen Einheitsbestrebungen in ihrer Liebe zur deutschen Bildung die beste Rechtfertigung. Ihnen war die Aufgabe zugefallen, die deutsche Cultur — wie ein beliebtes Schlagwort sagte — nach Osten zu tragen, die Herrschaft des germanischen Elementes unter den Slawen und Magyaren zu erhalten. Sie konnten ihre Aufgabe nur unter der Voraussetzung erfüllen, daß die Macht Oesterreichs fest und stark, die Grundlage seiner Verfassung unverrückt bleibe; selbst das eigene Dasein erschien gefährdet, wenn der alte Schwerpunkt im Reiche zur Seite geschoben, das hergebrachte Uebergewicht des deutschen Elementes über jeden einzelnen Stamm in Oesterreich gebrochen werden sollte. Sie wirkten also gleichfalls im Interesse des deutschen Wesens und förderten das letztere. Mehr durfte man von ihnen nicht erwarten und verlangen; denn kräftiger als die Sehnsucht nach der politischen Einigung der deutschen Nation, diesem zukünftigen Ideale, regte sich bei den Deutschösterreichern die gegenwärtige Furcht vor der Feindschaft der übrigen österreichischen Völker und die begrün-

dete Sorge, mit den letzteren über das größere oder geringere Maß der Rechte einen harten Kampf bestehen zu müssen.

Zum vollen und klaren Bewußtsein kam diese Feindschaft zwar erst kurz vor dem Ausbruche der Revolution, aber der Gegensatz zwischen der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung, wechselseitige Reibungen, Anklagen und Verhöhnungen waren schon längst vorhanden. Der Ungar mußte regelmäßig die Kosten des Wiener Witzes tragen, sich den Tölpel als nationale Charaktermaske gefallen lassen, ebenso wurde von dem Deutschösterreicher der Slawe, insbesondere der Böhme, gewohnheitsmäßig als dumm, heimtückisch, mit einer unüberwindlichen Neigung zu gemeinen Verbrechen von der Natur ausgestattet geschildert. Die Beschimpften und Verspotteten zahlten, wie ihre Sprichwörter lehren, die Vorwürfe mit baarer Münze zurück. Wenn der Deutsche behauptet: „Sobald der Slawe in die Stube tritt, macht er jeden Nagel an der Wand zittern"*), so antwortet der Slawe: Kommt aber der Deutsche, so zieht er den Nagel gleich heraus.**) Mit der Weide vergleicht das ruthenische Sprichwort den Deutschen, da er überall Wurzeln schlage und wuchere; vor ihm warnt das czechische Sprichwort: Er wird nicht eher Gutes dem Slawen gönnen, als bis die Schlange sich auf dem Eise erwärme. Ein anderes Mal wird er mit den Zigeunern zusammengestellt: Wo Zigeuner, da ist Diebstahl, wo Deutsche, da Betrug. Gegen das siegreiche Vordringen des Deutschthums findet der Pole einen Trost in dem stolzen Worte: Lange ehe es einen deutschen Baron gab, lebte schon der polnische Szlachcic. Auch schwört er: So lange die Welt stehen wird, wird der Pole niemals mit dem Deutschen Brüderschaft halten. Der Czeche aber rächt sich für alle wahre oder vermeintliche Unterdrückung dadurch, daß er das Häßliche und Widerwärtige, was ihm unter die Augen kommt, oder die gemeinen Arten einer Gattung als deutsch bezeichnet. Er nennt die Ratte eine deutsche Maus, die Kröte einen deutschen Krebs, die Distel die deutsche Rose, die schlechteste Kartoffelgattung deutsche Erdäpfel. Diese Spruchweisheit auf den natürlichen Hang der Nachbarvölker, sich zu necken und gegenseitig harmlos zu verspotten, zurückzuführen, ist nicht gut möglich, da das in derselben gepredigte Mißtrauen gegen die Deutschen thatsächlich als Richtschnur des Handelns galt. Auch als Ausfluß nationaler Beschränktheit, welche alles Fremde und Neue haßt, sich nur im engsten heimischen Kreise behaglich

*) Bereits Grimmelshausen in seiner Lebensbeschreibung der Landstörtzerin Courasche (Keller's Ausgabe des Simplicissimus. III. S. 178) kennt übrigens das Sprichwort: „Wo ein Böhm Kuder aus einem Hause trägt, da wird gewiß kein Teutscher Flachs in finden."

**) Vgl. die von Čelakovský herausgegebene Sammlung slawischer Sprichwörter: Mudroslovi narodu slovauského ve přislovich. 1852. p. 458.

fühlt, bei sich zu Hause Alles am besten eingerichtet findet, kann sie nicht angenommen werden. Denn so mißtrauisch und gehässig namentlich unter den slawischen Stämmen die Stimmung gegen die „Schwaben" war, so freundlich und anerkennend lautete das Urtheil über die romanischen Völker. Es erschien selbstverständlich, daß man sich den besten Verstand aus Paris hole, es erhob sich nicht der geringste Zweifel über die vorzüglichen Eigenschaften, die höhere Natur der Italiener und Franzosen, der näheren Verbindung mit denselben wurde eifrig das Wort geredet. Die Vorliebe für das romanische Wesen, die Abneigung gegen das Deutschthum schienen sich selbst den leiblichen Organen mitgetheilt zu haben. Während die slawische Zunge steif und hart für die Wiedergabe deutscher Laute blieb, besaß sie für die Nachbildung romanischer Sprachtöne eine seltene Fähigkeit. Ohne alle Mühe lernten Slawen die Feinheiten der italienischen und französischen Sprache, so daß sie mit Eingeborenen verwechselt werden konnten. Sie fanden darin einen neuen Beweis der Wahlverwandtschaft, welche Slawen und Romanen über die Deutschen hinweg untereinander verband. Politische Folgen hatte freilich weder der feindliche Gegensatz zwischen Deutschen und Nichtdeutschen noch die bunte Lagerung der verschiedenen Volksstämme auf österreichischem Boden, so lange das nationale Bewußtsein nicht entwickelt, der Widerspruch zwischen der geringen Bedeutung im Staate und den nationalen Ansprüchen nicht offenbar geworden war. Das konnte aber nur noch als eine Frage der Zeit gelten, seitdem bei jedem einzelnen Stamme eine litterarische Bewegung anfing, das drückende Gefühl der Abgestorbenheit aufhörte und, sei es in historischen Bildern, sei es in poetischen Träumen, der Sinn für Ruhm und Macht wieder lebendig wurde. Begreiflicher Weise begnügte man sich nicht mit der Wiedererweckung des nationalen Bewußtseins auf dem doch mehr nebelhaften litterarischen Gebiete, sondern versuchte auch dasselbe in der politischen Wirklichkeit zur Geltung zu bringen. Am frühesten wagte diesen Uebergang die slawische Bevölkerung Böhmens, die Czechen.

Der 8. November 1620, am welchem Tage die Schlacht am weißen Berge bei Prag geschlagen wurde, gilt gewöhnlich als der Todestag der czechischen Nationalität. Mit der materiellen Blüthe des Landes verlor sich auch die geistige Kraft des Volkes, mit der politischen Selbständigkeit sank auch die nationale Macht. Die Tausende von Todten, die abermals Tausende von Flüchtigen, welche in Böhmen am Schlusse des dreißigjährigen Krieges gezählt wurden, konnten im Laufe der Zeiten wieder ersetzt werden, der verödete Boden fand allmälich wieder seine Bebauer, die Summe der Bevölkerung stieg, wenn auch spät und langsam, auf ihre alte Höhe. Diejenigen aber, die im Kampfe oder unter dem Henkersschwerte fielen, gehörten zu den tapfersten und tüchtigsten Männern; die, welche die Heimat verließen, waren die gewissenhaftesten und weise-

sten Männer des Landes. Diese Einbuße ließ sich nicht wieder ersetzen, um so weniger, als das ermüdete Volk dauernd unter einem harten Drucke gehalten und ihm jede Gelegenheit genommen wurde, sich geistig zu erholen. So großen Schaden aber auch die Macht der heimischen Aristokratie, das Verfassungsrecht, die Glaubensfreiheit, die Wissenschaft und die Bildung erlitten, die wichtigste Form der Nationalität, die Sprache, konnte nicht vernichtet werden. Auch die Jesuiten, welchen die Bekehrung des böhmischen Volkes zu katholischen und österreichischen Anschauungen vorzugsweise anvertraut, eine unumschränkte, gut benutzte Herrschaft im Lande überliefert war, zeigten sich gegen die Sprache minder feindselig, als Viele fürchten mochten. Aehnlich wie sie einzelne Züge des Magister Huß mit großer Geschicklichkeit auf das Bild des Nepomuk übertrugen und dadurch ohne alle Gewalt das Volk für den katholischen Heiligen begeisterten, so verfuhren sie auch mit der czechischen Sprache. Sie zerstörten die litterarischen Ueberlieferungen, sie verbrannten alle evangelischen Bücher, deren sie habhaft werden konnten, oder sperrten sie wenigstens an sicheren Orten unter Schloß und Riegel und überschrieben zu noch wirksamerer Abschreckung diese Räume mit dem Namen „Hölle". Nachdem aber mit den älteren Büchern auch alle gefährlichen Gedanken verbannt, der Geist des Volkes inhaltsleer gemacht war, wurden sie die Beschützer der czechischen Sprache. Sie erkannten ganz richtig, daß die Gefügigkeit der Nation mit ihrer Abgeschlossenheit steige, durch ihre Germanisirung Bildungselementen der Zutritt geöffnet werde, über welche der Jesuitenorden keine freie Macht besaß. Bei der systematischen Zurücksetzung der Muttersprache in dem jesuitischen Lehrplane war freilich nicht daran zu denken, daß nun auf frischem Boden neue litterarische Keime wären gepflegt worden. Die lateinische Sprache bewahrte ihr Monopol in den höheren Schulen und als Cultursprache; Predigten und Erbauungsbücher bildeten den Grundstock der czechischen Litteratur, nur zum Hausgebrauche bediente man sich außerhalb der ländlichen Kreise der heimischen Sprache und war schon zufrieden, wenn man sich in derselben gemeinverständlich machen konnte. Die czechische Sprache versank trotz einzelner grammatikalischer Werke, welche der eine und der andere Jesuit herausgaben, in die schlimmste Barbarei und hatte eigentlich nichts Anderes gerettet, als die Möglichkeit, unter günstigeren Verhältnissen wieder belebt, zur ursprünglichen Reinheit und litterarischen Bedeutung hergestellt zu werden. Diese günstigen Verhältnisse kamen seltsamer Weise erst unter der germanisirenden Regierung Kaiser Joseph's.

Nur in geringem Maße hat der Widerstand gegen die centralisirende Politik des Kaisers Antheil an der Wiedererweckung der czechischen Litteratur, eine desto größere Begünstigung erfuhr dieselbe durch die herrschende Toleranz und Aufklärung. Um die Masse des Volkes den Fesseln des Aberglaubens zu entreißen, ihre Beschränktheit und Stumpfheit zu brechen,

mußten die Freunde der Aufklärung sich unmittelbar an sie wenden, einen volksthümlichen Ton in ihren Lehren und Unterweisungen anschlagen. Als der Bann von den Bekennern des evangelischen Glaubens genommen, eine freiere Religionsübung denselben gestattet wurde, kamen auch die seit hundertfünfzig Jahren verborgen gehaltenen czechischen Bibeln, die Schriften der Exulanten und die Werke der älteren czechischen Litteratur, gleichzeitig Zeugnisse des tapferen Geistes, der ehedem im Lande waltete, und sprachliche Musterwerke wieder an das Tageslicht. Ein eifriger Verehrer josephinischer Grundsätze, der General Graf Franz Kinsky, war der Erste, welcher die Erlernung der czechischen Sprache den Staatsdienern und Volksfreunden dringend empfahl und über den Nutzen dieses Studiums eine besondere Schrift herausgab. Aufgeklärte Gedanken und tolerante Vorstellungen durchdrangen auch die Werke des einflußreichsten czechischen Schriftstellers dieser Zeit, des wohlmeinenden, und wenn auch platten, doch verständigen Kramerius, der in bezeichnender Weise seine litterarische Thätigkeit mit der Veröffentlichung eines „Toleranzkalenders" begann. Einzelne Anzeichen sprechen dafür, daß schon damals Eifersucht und eine feindselige Gesinnung gegen die Deutschen sich regten. Der rasche Wiederabdruck des Reimchronisten Dalimil aus dem vierzehnten Jahrhundert, sobald die Litteratur zu einigem Leben erwacht war, im Jahre 1786, beweist, daß dieser größte Deutschenhasser im czechischen Mittelalter noch immer auf Beliebtheit rechnen durfte. Ein bestimmendes Merkmal der litterarischen Bewegung bildete aber der bewußte Gegensatz zum Deutschthume vorläufig noch nicht, viel weniger ging irgend ein Patriot oder „Originalböhme" darauf aus, auf nationaler Grundlage ein politisches Gebäude, selbst nur als Kartenhaus zu eigener Belustigung, zu errichten. Die gutmüthigen Dorfpfarrer, die loyalen Gymnasiallehrer, in deren Händen die Pflege der czechischen Litteratur vorzugsweise ruhte, begnügten sich mit dem abstracten Sprachpatriotismus, sie borgten unbefangen auch deutsche Gedanken und waren schon zufrieden, wenn sie dieselben in ein czechisches Gewand gehüllt hatten; sie streiften oft mehr als billig an den Dilettantismus an, wenn sie sich über das Uebersetzungsgebiet hinaus zu originalen Schöpfungen verstiegen, und verriethen nicht selten, daß sie in der litterarischen Beschäftigung weniger eine Pflicht gegen das culturbedürftige Volk, als einen angenehmen Zeitvertreib erblickten. Dieser harmlose Zustand der czechischen Litteratur, der in dem Lieblingsdrama des Kaiser Franz, in Stiepanek's Posse: „Der Deutsche und der Böhme" sich gipfelt, währte bis in das zweite Jahrzehnt unseres Jahrhunderts. Bisher hatten die Träger der czechischen Litteratur kein anderes Recht für sich in Anspruch genommen, als das der Duldung, sie schienen die Unmöglichkeit, mit der großen europäischen Litteratur zu wetteifern, anzuerkennen und demüthig nur die Gunst eines bescheidenen Daseins in einer kleinen Ecke der euro-

päischen Geisteswelt zu erbitten. Die Freude, eine halbabgestorbene Sprache wieder in die lebendige Welt einzuführen, der philologische Enthusiasmus ließ sie alles Andere vergessen. Das nächstfolgende Geschlecht war aber gegen diese Freude schon mehr abgestumpft, in seinen Wünschen begehrlicher. Zu dem Bewußtsein, daß eine blos geduldete Litteratur auf jede künftige Entwicklung verzichten müsse, trat noch die reifere Einsicht in die Lebensbedingungen einer nationalen Litteratur. „Die Bildung aller Völker, so beichtete ein Mann, der inmitten der Bewegung stand und die Mängel und Bedürfnisse der heimischen Litteratur um so deutlicher fühlte, je genauer er über fremdes Geistesleben unterrichtet war*), ging von begeisterten Sehern, von reich begabten Dichtern aus. Daß das in Böhmen nicht anders gewesen, das zu schließen gebet die Rücksicht auf die allgemeinen Gesetze menschlicher und nationaler Bildung. Die thatenreiche Vorzeit konnte unmöglich an so kräftigen Männern, wie jene waren, die sie schufen, vorübergegangen sein, ohne zu erhebendem Preise im Liede und im Worte zu begeistern. Aber Lied und Wort sind verhallt, die Czechen allein scheinen keine alten Volksdichtungen zu besitzen, die Keime und Grundlagen sein müßten aller neueren Cultur, wenn diese gedeihen und Wurzeln fassen sollte im Gemüthe der Nation. — Hanka's glücklicher Fund der Königinhofer Handschrift befriedigte die Sehnsucht und zeigte, was auch hierin die Kraft der Czechen gegolten." Gelegener konnte die Entdeckung der alten Heldenlieder, deren Ursprung zum Theil noch in die Heidenzeit, deren Sammlung spätestens in den Schluß des dreizehnten Jahrhunderts versetzt wurde, nicht kommen. Der czechische Homer, das würdige Gegenbild zu dem Nibelungenliede, zum „Ossian, Cid und Igor", war gefunden, das czechische Volk zu dem Anspruche, unter den Culturnationen Europa's mitzuzählen, vollkommen berechtigt, die so schmerzlich vermißte Grundlage für die weitere Entwicklung des nationalen Lebens gewonnen. Der Kunstkenner mag mit Recht über die schrankenlose Begeisterung, mit welcher die Lieder der Königinhofer Handschrift aufgenommen wurden, staunen und die Erklärung dafür

*) Wenceslav Swoboda in seiner Einleitung zur Königinhofer Handschrift, Prag 1829. Auf die Frage über die Aechtheit der Königinhofer Handschrift einzugehen, ist keine Veranlassung gegeben. Selbst wenn die Fälschung erwiesen wäre, bliebe ihre Bedeutung für die Entwicklung des czechischen Parteilebens noch aufrecht. Das Entscheidende für das historische Urtheil ist, daß die in der Königinhofer Handschrift und in dem Gedichte, Libussa's Gericht, mitgetheilten Thatsachen in den weiteren Kreisen geglaubt und in durchaus naiver Art dem nationalen Bewußtsein einverleibt wurden. Jedenfalls muß man es beklagen, daß die czechischen Schriftsteller den Verdacht der Fälschung bisher mehr grob abgewiesen als gründlich widerlegt haben. Sie waren dazu um so mehr verpflichtet, als einzelne notorische Fälschungen, wie jene des „Hussitenliedes aus dem 15. Jahrhundert", welches 1831 in Mainz zu Ehren der Polen gedichtet und componirt, einige Jahre später mit einem gefälschten Texte in Prag verbreitet und als ein Originalwerk ausgegeben wurde, das Vorurtheil gegen sie wecken mußten.

allein in dem Einflusse der romantischen Anschauungen finden; der Litterarhistoriker wird vielleicht aus dem seltsamen Fundberichte, aus dem ungewöhnlichen Charakter der Handschrift, aus dem Inhalte der Gedichte selbst den Verdacht der Fälschung schöpfen: Jedermann aber muß den bewunderungswürdigen Eifer anerkennen, mit welchem die Königinhofer Handschrift allseitig verwerthet, Jedermann die Kunst preisen, mit welcher der an sich nicht bedeutende Schatz zu einem wucherischen Zinsfuße nutzbringend angelegt wurde. Nicht allein, daß für die slawische Rechtsgeschichte, Mythologie und Sprachkunde eine unerwartet reiche Ausbeute erzielt wurde, so erschien auch das Verhältniß zum Deutschthum für immer geregelt. Keine Entlehnung von der fremden Cultur, sondern Rückgang auf die Traditionen der eigenen Heimat, die eine so großartige und doch durchaus selbständige, schon ursprünglich dem deutschen Wesen feindselige Bildung aufwiesen, lautete von nun an der Wahlspruch der czechischen Patrioten. Der unmittelbare Zeitgenosse, welcher gewöhnlich den Inhalt des einen Werkes bereits vergessen hatte, ehe das nächste veröffentlicht wurde — ein einziger deutscher Meßkatalog zählte eine größere Menge von Schriften auf, als die czechische Litteratur im Laufe von sechzig Jahren schuf — merkte den Umschwung der Anschauungen, welcher sich an den Fund der Königinhofer Handschrift knüpfte, nicht deutlich, desto klarer wird dieser bei einer übersichtlichen Rückschau und dem zusammenfassenden Urtheile über die litterarische Thätigkeit der Czechen seit der Regierung Kaiser Joseph's. Den gutmüthigen Sprachenthusiasten der älteren Zeit folgten leidenschaftliche Fanatiker der Nationalität, welche nur mühselig den Haß gegen die Unterdrücker altheimischer Art, gegen die fremden übermüthigen „Kolonisten" verbargen, offen die Wiederherstellung einer abgeschlossenen czechischen Cultur anstrebten. Sie durften sich im Verhältnisse zu ihren unmittelbaren Vorgängern einer viel größeren Gewandtheit in der Behandlung der Sprache rühmen und mit Recht behaupten, daß sie sich in derselben leicht und natürlich bewegten, sie besaßen einen weiteren Gesichtskreis, eine reichere Gedankenwelt, gleichzeitig offenbarten sie aber auch eine erhöhte Empfindlichkeit für jede wahre oder vermeintliche Demüthigung und begannen, weit entfernt, sich über die gewährte Duldung zu freuen, über die Verletzung ihrer natürlichen Rechte Klage zu führen. Die Liebhaberei hatte sich in einen ernsten Cultus verwandelt. Auch in den Beziehungen zu den übrigen slawischen Stämmen trat eine wichtige Aenderung ein. Die Verwandtschaft in Abstammung und Sprache, welche zwischen Czechen, Polen, Russen und Serben herrscht, war zwar längst bekannt, aber nur bei Sprachstudien und wissenschaftlichen Forschungen beachtet worden. Erst jetzt begann die Hoffnung zu keimen, daß diese Verwandtschaft auch im unmittelbaren Volksleben sich äußern, der politischen Zerstreutheit der slawischen Stämme zunächst ihre litterarische Vereinigung als Gegengewicht dienen könne.

Die Vergangenheit des Slawenthums konnte man nicht glorreich nennen, war ja das Hauptvolk erst in dem letzten Jahrhundert in den historischen Vordergrund getreten und durch einen Brudermord zur vollen Machtentwicklung gekommen; vollends trübe erschien die Gegenwart, welche die slawischen Völker entweder unterdrückt oder einem rohen Despotismus dienstbar aufwies: desto glänzender malte die geschäftige Phantasie das Bild der slawischen Zukunft aus. „Bei den Slawen ist erst der Morgen angebrochen, bei den Deutschen herrscht voller Tag, während die Engländer schon den Mittag feiern, Franzosen und Italiener dem Abend sich zuneigen und die Spanier vollends in nächtliches Dunkel versunken sind". Wie in diesem von Mund zu Mund getragenen Spruche, so fand auch in anderen, mehr kühnen als richtigen Behauptungen, mehr lockenden als klaren Gedanken der czechische Patriot Trost und Stärkung. „Bei den anderen Völkern Europa's sind der Kopf und das Herz getrennt, der Slawe denkt und fühlt zugleich; im Tempel der Slawa küßten sich diese beiden Genien der Menschheit und aus ihrer Ehe wird hoffentlich für die ganze geistige Zukunft ein neues vollkommeneres Leben geboren, in welchem sich das Ideal der Menschheit in möglichster Vollständigkeit verwirklichen wird. Die Slawen sollen die Antike und das Mittelalter versöhnen, die beiden bisher getrennten Culturelemente in ihr nationales Leben aufnehmen und durch ihre Fortbildung für das Menschengeschlecht eine neue Epoche begründen. Die Slawen haben sich gezählt und gefunden, daß sie in Europa die Zahlreichsten sind; diese Berechnung hat sie von ihrer Kraft in Kenntniß gesetzt."*) Aber ihre Kraft wurzelt nicht allein in ihrem materiellen Uebergewicht. Die geistigen Anlagen der Slawen offenbaren die größte Vielseitigkeit, ihre Sprache vereinigt alle Vorzüge der alten und neueren Sprachen, die Religion der Mehrzahl derselben „schwebt in der Mitte zwischen der katholischen und evangelischen, welche beide dem Volksgeiste eine einseitige Richtung geben, den Kunstsinn auf Kosten des Verstandes oder diesen auf Kosten jenes ausbilden".**) Solche Träume konnten nur den eitlen Sinn ergötzen und blos bei dürftig organisirten Individuen die Unbedeutendheit des wirklichen Lebens vergessen lassen. Bedenklicher klangen schon die praktischen Rathschläge, welche an diese leeren Phantasien geknüpft wurden. Unter dem Namen einer „litterarischen Wechselseitigkeit" verbarg sich der Plan, eine annähernd allslawische Sprache zu bilden, die siebenzig Millionen Slawen zunächst auf litterarischem Gebiete zu vereinigen. Zu diesem Zwecke wurde die Gründung slawischer Buchhandlungen, Lehrkanzeln und Zeitungen, der Austausch der litterarischen Er-

*) J. Kollár, Ueber die litterarische Wechselseitigkeit der slawischen Nation. 2. Aufl. 1844. S. 18, 58.

**) Ebend. S. 59.

zeugnisse, die Herstellung einer einförmigen Rechtschreibung empfohlen, an jeden gebildeten Slawen die Forderung der Kenntniß wenigstens der vier wichtigsten Sprachzweige gestellt. Es ließ sich erwarten, daß der litterarischen Vereinigung der engere politische Bund nachfolgen werde, obgleich die Freunde der litterarischen Wechselseitigkeit ausdrücklich ihre nichtpolitische Natur hervorhoben und betonten, daß dieselbe „den weltlichen Obrigkeiten und Landesherren nicht gefährlich, vielmehr mit den bestehenden Zuständen zufrieden sei, sich in alle Regierungsformen füge, mit jedem Herrn in Frieden, mit jedem Nachbar in Freundschaft lebe". Diese Versicherung mochte augenblicklich ehrlich gemeint sein, um so mehr, als sich im östlichen Europa kein politisches Leben regte, an welches die slawischen Patrioten ihre Hoffnungen anknüpfen konnten, sie bot aber für die Zukunft keine Gewähr. War der Grundgedanke des Planes richtig, bildete in der That das Slawenthum einen einzigen großen Körper, bestand zwischen den einzelnen slawischen Stämmen in Wahrheit kein größerer Unterschied, als zwischen dem schwäbischen, bayerischen, fränkischen Stamme in Deutschland oder zwischen der Bevölkerung der verschiedenen Provinzen in Frankreich, so mußte man es nur folgerichtig nennen, daß über die Centralisation der litterarischen Thätigkeit hinaus auch die innigere Verknüpfung der politischen Beziehungen ersehnt wurde. Vorläufig kam es gar nicht zu einer genaueren Erörterung des Grundgedankens. Die litterarische Wechselseitigkeit versprach nicht allen Theilnehmern gleichen Gewinn, sie zwang den Russen und Polen, welche allein eine mächtigere Litteratur besaßen, Opfer auf, ohne ihnen bedeutende Gegengaben zu bieten. Die angestrebte Wechselseitigkeit ließ sich nur in dem Falle verwirklichen, daß die verbundenen Stämme einen annähernd gleich großen Einsatz an geistiger Kraft mitbrachten, keiner hinter dem andern an litterarischer Wirksamkeit zurückblieb. Da dieses nicht zutraf, so blieb es auch bei dem frommen Wunsche und beharrten die Hauptstämme der Slawen, die Russen und die ohnedies dem slawischen Gemeinbewußtsein entfremdeten Polen nach wie vor bei ihrer spröden Abgeschlossenheit. Nur die Czechen, anspruchsvoll, aber kraftlos, durch Schreckbilder ihre Gegner einzuschüchtern bedacht, hielten an dem Ideale einer panslawistischen Litteratur zähe fest. Ihr berühmtester Schriftsteller, Johann Kollár, evangelischer Pfarrer in Pesth, hatte den Namen für die litterarische Wechselseitigkeit erfunden, den Begriff festgestellt, ihre Wichtigkeit und Nothwendigkeit mit Feuereifer gepredigt; derselbe Mann verherrlichte sie auch in seinem Gedichte: Die Tochter des Ruhmes (Slávy dcera)*), welches künstlerisch von untergeordnetem Werthe, für den Unbefangenen kaum

*) Das „lyrisch-epische" Gedicht Slavy Deera wurde fragmentarisch 1821, zum ersten Male vollständig 1832 veröffentlicht. Eine kurze Analyse des seltsam bunten

genießbar, durch eifrige Vertheidigung der herrschenden Vorurtheile und leidenschaftliche Vertretung der nationalen Anmaßungen, weil es ganz in dem Sinne der heißblütigen Patrioten sprach, einen großen Einfluß errang. Kollár schmeichelte der Ruhmsucht seiner Landsleute, bestätigte ihre kühnsten Phantasien; auch er gründete ihr Anrecht auf die künftige Weltherrschaft auf ihr Massengewicht und hoffte, daß die Größe der slawischen Macht mit der Summe der Bevölkerung übereinstimmen werde. Sein Gemälde der slawischen Hölle war zwar nicht geschmackvoll entworfen, es sprach nicht für eine selbstbewußte Kraft, daß Pölitz, Rotteck, Miß Pardoe als gefährliche Slawenfeinde mit einem besonderen Höllensatze beehrt wurden, aber die Schlußworte des letzten Gesanges: „die Hölle den Verräthern, den Himmel allen treuen Slawen" klangen wieder so verführerisch, daß unter ihrem Eindrucke der czechische Leser nicht zögerte, das Gedicht als musterhaft zu preisen. Das Lob, welches man der Parteischrift mit Recht zollen konnte, wurde auch auf das poetische Werk übertragen.

Diese Verwechslung war nur ein Vorspiel der Wandlung der Anschauungen, welche nach der Julirevolution vor sich ging und die ursprüngliche litterarische Bewegung in eine politische Agitation auslaufen ließ; nicht zum Heile für die Bildung, wohl aber zum Frommen der staatlichen Stellung der Czechen. Ein kleiner Stamm, dessen Angehörige überdies häufig eine Amphibiennatur besitzen und sich in der deutschen Sprache ebenso geläufig wie in ihrer Muttersprache ausdrücken können, vermag trotz aller Anstrengung einzelner Patrioten mit der litterarischen Entwicklung der Hauptvölker Europa's nicht gleichen Schritt zu halten. Eine nachhinkende Litteratur aber kann in einer Zeit allgemeiner Erschlossenheit der Nationen gegen einander keine dauernde Wirkung üben, sie verliert selbst im engen Kreise ihrer Pfleger und Förderer allmälich an Interesse. Schon der Umstand, daß für jedes litterarische Fach gewöhnlich nur ein Vertreter gewonnen werden konnte, der Wetteifer im Schaffen, die unbefangene Kritik — jedes einzelne verdammende Urtheil vernichtete einen ganzen Litteraturzweig — gänzlich fehlte, ließ die nationale Bewegung, soweit sie wissenschaftlichen und künstlerischen Zielen nachstrebte, erfolglos erscheinen. Die Thatsache, daß ein „Nachhall" heimischer Volkslieder die beste Leistung der neueren czechischen Poesie bildete, erregte billig Zweifel an ihrer Entwicklungsfähigkeit über die

---

Inhaltes lieferten die Jahrbücher für slawische Litteratur 1844. Als politisches Glaubensbekenntniß der czechischen Patrioten ist besonders der vierte Gesang bedeutungsvoll. Es verdient angemerkt zu werden, daß in dem Freundeskreise Kollár's schon damals die polnische Revolution streng verdammt, die Gräfin Plater aus dem Himmel trotz ihres Heldenmuthes verwiesen wurde (Sonett 412), weil sie gegen Slawen, gegen Brüder kämpfte.

ursprüngliche Grundlage hinaus. Das klare Bewußtsein dieser natürlichen Schwierigkeiten war nicht vorhanden, bis zu dieser Stunde herab wird wenigstens äußerlich das Ideal einer selbständigen Litteratur festgehalten und die Möglichkeit einer Absonderung vom deutschen Wesen behauptet; der Volksinstinkt errieth aber doch die falsche Fährte und lenkte nach der Julirevolution die Bewegung auf eine andere Bahn. Dem heldenmüthigen Kampfe der Polen gegen Kaiser Nikolaus gebührt ein beträchtlicher Antheil an der Veränderung der czechischen Anschauungen. Die Vortheile der slawischen Wechselseitigkeit, welche letztere doch nur unter russischem Schutze verwirklicht werden konnte und daher die Parteinahme für die russische Macht empfahl, traten eine Zeit lang zurück vor dem menschlichen Mitgefühle, der Ruhm der Polen reizte die Czechen zur Nacheiferung und brachte auch bei ihnen die allgemeinen Grundsätze des Liberalismus zu Ehren. So lange Kaiser Franz lebte, hielt man die politische Natur des Czechismus ängstlich geheim und wagte erst, nachdem Thüren und Fenster sorgfältig geschlossen waren, sich in liberalen Phantasien zu ergehen. Als aber unter der folgenden Regierung der Druck, der auf den Volksgeistern lastete, nachließ, die stetig zunehmende Schwäche der Gewalthaber, der deutliche Verfall des herrschenden Systemes zu freierer Selbstthätigkeit einlud, da tauchten auch unter den czechischen Patrioten die politischen Gedanken an der Oberfläche empor. Daß es denselben an Klarheit und Bestimmtheit fehlte, daß an ein förmliches politisches Programm nicht gedacht wurde, bedarf keiner Versicherung. Wo die staatliche Ordnung sich in die rohen Elemente aufzulösen droht, ist für eine praktische Politik kein Raum. Gerade dieser Umstand verschaffte aber der nationalen Bewegung in Böhmen mannigfache Förderung. Bei einer größeren Fülle sachlicher Interessen, welche das Urtheil in öffentlichen Angelegenheiten lenken, bei einer kräftigeren Parteiengliederung findet sich schwerlich ein Anlaß, für das bloße Dasein als Volk in leidenschaftlicher Erregung einzustehen. Man kämpft nicht für Güter, welche man schon vollauf besitzt, und fürchtet nicht für Dinge, welche anzutasten Niemand denkt. Je geringer dagegen das politische Leben in einem großen Gemeinwesen, desto wirksamer erscheint die Berufung auf die unverjährbaren nationalen Rechte. Hätten die czechischen Patrioten bestimmte Verwaltungsreformen vorgeschlagen oder wohl gar besondere Grundzüge einer österreichischen Verfassung aufgestellt, so würden sie nicht lange die Eintracht in ihren Kreisen gewahrt, sehr rasch der unmittelbaren Verfolgung durch die Regierungsgewalten sich ausgesetzt haben. Indem sie nur für die Rechte der Volkssprache in die Schranken traten, nur die geistige Ausbildung des bisher in seiner Entwicklung zurückgehaltenen Stammes als ihr Ziel behaupteten, erweiterten sie die Schaaren der Anhänger. Sie behielten die Sympathien der Menschenfreunde, welche für jeden Fortschritt der Volksbildung schwärmten, und

gewannen die Gunst der zahllosen Unzufriedenen, der Regierungsfeinde. Diese letzteren fühlten den inneren Gegensatz zum herrschenden Systeme auch aus den friedlich klingenden Forderungen der Czechen richtig heraus.

Feuriger Patriotismus ergriff die Jugend. Die schlechte Schulverfassung hatte ihnen die Lehre nicht eingeprägt, daß man männliche Reife besitzen müsse, ehe man an den öffentlichen Angelegenheiten Antheil nehmen kann, vielmehr, da sie an denselben ungestraft Kritik üben konnten, die Meinung von ihrer eigenen Bedeutung vorzeitig erhöht. Durch den Anschluß an die czechische Bewegung wurden sie in derselben nur bestärkt. Wie in anderen Ländern die Bezeichnung: Liberaler, so hatte in Böhmen der Name Patriot (vlastenec) einen ehrenvollen Klang und verlieh gleichsam das Anrecht, sich zu den hervorragenderen Männern des Landes zu zählen. Erworben aber wurde der Titel durch die eifrige Pflege der czechischen Sprache. Auch in den Kreisen des mittleren Bürgerstandes fanden die nationalen Bestrebungen großen Beifall. Der Gewerbsmann war dankbar für die Ehre, die seiner Sprache, seinen Sitten angethan wurde — er hatte bisher in dem Glauben gelebt, sich beider schämen zu müssen — dem Gebildeten eröffnete sich die Aussicht, die Einförmigkeit des Lebens wohlthätig zu unterbrechen. Ihm bot die Theilnahme an der nationalen Bewegung Ersatz für die mangelnde politische Thätigkeit. Endlich schlossen sich auch einzelne adeliche Ständemitglieder den Patrioten in der Hoffnung an, ihr Ansehen dadurch zu mehren und an Furchtbarkeit in den Augen der Hofkanzlei zu gewinnen. Sie machten sich volksthümlich und ergänzten durch Palazky's historische Gelehrsamkeit, durch Strobach's Rechtskunde in wohlthätiger Weise ihre eigene Unwissenheit.

Die czechische Bewegung wechselte auf diese Weise ihre Bahn. Noch immer vertrat dieselbe zwar sprachliche Interessen; es galt aber von nun an nicht so sehr der litterarischen Ausbildung der halberstorbenen Sprache, als ihrer Anerkennung im öffentlichen Leben. Diese aber konnte nur durch eine fortgesetzte A g i t a t i o n erreicht, nur durch eine stetige Einwirkung auf die verschiedenen Lebenskreise, durch die unermüdliche Nachweisung, wie wenig noch geschehen sei, um jenes Recht zur Wahrheit zu machen, erobert werden. Das Ziel und die Mittel näherten die czechischen Patrioten dem politischen Gebiete. Nur bei oberflächlicher Betrachtung konnte, was sie anstrebten, dem Staatswesen fremd erscheinen und ob in einer Provinz der Gebrauch der deutschen oder der böhmischen Sprache vorherrsche, für die Fortdauer der bestehenden Verfassung gleichgiltig bleiben. Unleugbar hatte der überlieferte Absolutismus in Oesterreich mit dem deutschen Volksthume nichts gemein, er trat der czechischen Bewegung nicht wie eine bestimmte Nationalität der anderen entgegen; er haßte und fürchtete dieselbe nicht mehr als jeden anderen Versuch, das

Volk zur Selbstthätigkeit anzuregen. Darin aber, daß das herrschende System sich überhaupt mit einem lebendigen Volksbewußtsein nicht vertrug, lag eben der Keim zu seiner feindseligen Haltung gegenüber dem Czechismus, die Erklärung für den politischen Charakter des letzteren. Der czechische Patriotismus bedrohte nicht unmittelbar die augenblicklich giltige Staatsform, trug aber wesentlich zum Verfalle derselben bei, gerade so, wie die anfangs beliebten Agitationsmittel wegen ihrer kümmerlichen Kleinlichkeit Spott und Hohn wachriefen, allmälich jedoch, wie sich der Raum erweiterte, an Gewicht und Größe zunahmen und der Regierung eine ernste Gefahr bereiteten. Mit unschuldigen Waffen in der Hand begannen die czechischen Patrioten den Kampf. Sie veranstalteten in kleinen Landstädten Declamationsübungen und in Prag zur Carnevalszeit öffentliche Bälle, in welchen die czechische Sprache ausschließlich herrschte; sie gründeten sogenannte Ressourcen, deren Mitglieder sich nach und nach in ihren Anschauungen und Urtheilen an ein solidarisches Verhältniß gewöhnten und für einander gegenseitig einstanden, sie stifteten eine Mutterlade (matice), zunächst zur materiellen Pflege der Litteratur bestimmt, aber auch vortrefflich geeignet, einen Stamm zuverlässiger und unbedingter Anhänger heranzubilden. Bei dem geringen Betriebssinne czechischer Buchhändler — man durfte beinahe ohne groben Irrthum von ihnen in der Einzahl sprechen — mußte der Weg der Association eingeschlagen werden, um die Schriftsteller zur Thätigkeit zu ermuntern und ihre Werke unter die Leute zu bringen.

An die Museumgesellschaft lehnte sich seit 1831 ein von Presl, Jungmann u. A. gestifteter Verein an, welcher die Herausgabe czechischer Bücher unmittelbar besorgte und unter seine Mitglieder theils unentgeltlich, theils zu einem wohlfeileren Preise vertheilte. Ohne die Gewißheit fester, von Jahr zu Jahr an Zahl überdies steigender*) Abnehmer hätte sich nimmermehr der Muth zu ausgedehnteren litterarischen Werken gefunden. Einen viel größeren Gewinn jedoch zog die Parteientwicklung aus dem Bestande der „Matice". Die Mitglieder derselben, über das ganze Land zerstreut, waren die eifrigsten und natürlichsten Werkzeuge, wenn die Führer bei passender Gelegenheit die nationale Bewegung auf das politische Gebiet verpflanzen wollten. An Rührigkeit ließen es die letzteren keineswegs fehlen. Sie ersetzten, was ihnen an wirklicher Macht etwa abging, durch ihre Allgegenwart. Nichts erschien ihnen so klein oder so unbedeutend, daß sie es mit den czechischen Interessen zu verflechten, für ihre Zwecke auszubeuten verschmäht hätten;

*) Die „matice" zählte zur Zeit ihrer Gründung 15 Mitglieder. Die Summe derselben stieg 1835 auf 102, 1840 auf 371, 1845 auf 517, 1846 auf 1657 Mitglieder. Der rasche Sprung in dem letztgenannten Jahre ist bemerkenswerth und hängt mit dem gleichzeitigen Uebergange der nationalen Bewegung in politische Agitation zusammen.

jeden Anlaß ergriffen sie mit leidenschaftlicher Hast, um bald an ihr langes Marterthum zu erinnern, bald ihre unverjährbaren Rechte, ihre billigen Forderungen laut auszusprechen. Und wenn sie sich auch zuweilen mit dem Fluche der Lächerlichkeit beluden, wie z. B. als sie bei der Jubelfeier der Erfindung der Buchdruckerkunst Gutenberg in einen Kuttenberger verwandelten und zu einem Landsmanne stempelten, so schreckte sie auch dieser Preis nicht ab. Sie hatten wenigstens die Genugthuung, die öffentliche Aufmerksamkeit dauernd zu beschäftigen. Der Erfolg rechtfertigte ihren Operationsplan. Die Stiftung der Grafen Sternberg, das böhmische Museum, war glücklich in ein czechisches Institut verwandelt worden. Die deutsche Museumszeitschrift hatte kaum einige Jahre das Leben fristen können, das czechische gleichnamige Journal blühte dauernd und wurde der Mittelpunkt der nationalen Litteratur. In den Räumen des Museums herrschte ungestört das czechische Element, die Sammlungen, die Verwaltung nahmen mit jedem Jahre ausschließlicher einen czechischen Charakter an. Durch die Anlehnung an ein öffentliches, gewohnheitsmäßig von der Regierung geschütztes Institut gewann die czechische Bewegung begreiflicher Weise einen festen Rückhalt. Bald darauf brachten die Patrioten auch den böhmischen Gewerbeverein unter ihre Botmäßigkeit. Ein Deutscher, ein überaus rühriger, für das industrielle Leben begeisterter Autodidact, Namens Kreuzberg, hatte das größte Verdienst um die Gründung des Vereins, welcher zuerst ohne große Erfolge, aber in aller Friedlichkeit seine unmittelbaren Zwecke verfolgte und durch Vorträge, Herausgabe volksthümlicher Schriften und periodische Versammlungen der Mitglieder an der Entwicklung des gewerblichen Lebens arbeitete. Die Möglichkeit, mit Hilfe des Gewerbevereins die Agitation durch das lebendige Wort zu fördern, wie das Museum die Mittel zum Betriebe derselben durch das gedruckte Wort darbot, reizte die Czechen. Sie mochten immerhin auch an dem nächsten Zwecke des Gewerbevereins ein ehrliches Interesse nehmen, für den Handwerkerstand, welcher überwiegend zur czechischen Bevölkerung zählt, ohne Rückhalt eintreten, entscheidend für die begeisterte Theilnahme der Patrioten an den Versammlungen des Gewerbevereins war dennoch der Umstand, daß die letzteren eine gute parlamentarische Vorschule bildeten und die persönliche Tüchtigkeit der Führer darlegten. Allmälich wich die wahre Aufgabe des Vereins vor dem Streben, das Recht und das Gewicht der nationalen Bewegung geltend zu machen, in den Hintergrund, nicht ganz mit Unrecht schleuderten die Gegner gegen die Czechen den Vorwurf, daß sie den Gewerbeverein als ein bloßes Werkzeug für fremdartige Zwecke benutzten. Sie erreichten so viel, daß die Namen der hervorragenderen Leiter weit über den Kreis der Parteigenossen bekannt wurden, daß die Gewohnheit, immer und überall von den czechischen Rechten zu hören, dieselben schließlich legitim fand, die Bestrebungen der

Czechen, über welche man anfänglich gutmüthig spottete, jetzt Furcht und ernste Sorge erregten.

Am spätesten entwickelte sich das czechische Zeitungswesen. Die Zeitschrift des böhmischen Museums und der „Krok“ waren nur für einen kleinen Leserkreis bestimmt und durch ihren wissenschaftlichen Charakter den politischen Parteiinteressen entfremdet. Die belletristischen Journale vermehrten sich zwar seit dem Jahre 1840, standen aber im Ganzen auf einem viel zu niedrigen Standpunkte, um die rechte Wirkung zu üben, und vollends die einzige politische Zeitung, welche in czechischer Sprache erschien, wurde seit Czelakowsky's erzwungenem Rücktritt von der Redaction so langweilig ängstlich, daß ihre Abnehmer kaum die Zahl von Hundert erreichten. Leser mochte sie noch weniger besitzen. Erst im Jahre 1846 trat auch hier eine folgenreiche Aenderung ein. Kurz vorher war ein junger Mann aus Rußland zurückgekehrt, welchen rationalistische Anschauungen und ein selbständiger männlicher Geist aus dem Prager theologischen Seminar getrieben, nationaler Eifer und die Begeisterung für slawisches Wesen nach Moskau und Kiew geführt hatten. Der Aufenthalt in Rußland heilte Karl Havliček oder wie sein Schriftstellername lautet: Havel Borovsky nicht von den gangbaren panslawistischen Träumen. Die übertriebene Furcht vor der russischen Macht, welche in deutschen Kreisen herrschte, machte das Prahlen mit der russischen Freundschaft und die Versicherungen russischen Schutzes zu einer wirksamen Waffe in den Händen der sonst hilflosen Czechen und ließ auch gegen das bessere Wissen die Möglichkeit einer Vereinigung der Slawenstämme zu einem Reiche behaupten. So viel hatte aber Havliček in Rußland gelernt, daß man das russische Volk von dem Petersburger Hofe unterscheiden müsse und von dem letzteren die Verwirklichung des panslawistischen Ideals nimmermehr erwarten dürfe. Dem demüthigen Czarenculte so vieler seiner Parteigenossen stand er durchaus fern, die russischen Sympathien hinderten ihn daher auch nicht, alle politischen Fragen in liberalem Sinne zu entscheiden. Für die litterarische Seite der czechischen Bewegung besaß er eine geringe Empfänglichkeit, desto fester wurzelte in ihm die Ueberzeugung, daß die nationalen Interessen nur durch den Sieg demokratischer Grundsätze gerettet werden könnten. Im Landvolk, im Kleinbürgerthum fand er das czechische Wesen allein noch rein erhalten, dort mußte die nationale Agitation ihre Stütze suchen, auf diese Kreise sollten die Patrioten nach seiner Meinung am eifrigsten einwirken. Von Natur und durch seinen Bildungsgang war Havliček vortrefflich geeignet, die große Masse des czechischen Volkes zu beherrschen. Er haßte alles Deutsche, er befand sich aber nicht wie alle anderen Czechenführer in der widerspruchsvollen Lage, daß er der deutschen Bildung irgend welchen Dank schuldete. Wie sein Kopf, seine äußere Erscheinung überhaupt auch nicht den leisesten Anklang an die deutsch-occidentalische

Natur verrieth, so hatte sich auch sein Geist frei von deutschen Einflüssen entwickelt. Er schrieb nicht nur in czechischer Sprache, sondern dachte auch czechisch. Seine Freunde erkünstelten die Originalität, Havliček besaß sie als natürliche Gabe; die anderen czechischen Schriftsteller hatten große Mühe, den fremden Zug in ihrer Bildung zu verbergen, und mußten sich zum czechischen Volke erst herablassen, um diesem verständlich zu werden, Havliček konnte gar nicht anders als volksthümlich denken und sprechen. Auch sein mitunter freilich platter Rationalismus, seine Vorliebe, sich in allen Dingen auf den gesunden Menschenverstand zu stützen und auf den einfachen Gemeinsinn zu berufen, seine derbkomische Ader brachten ihn dem Volke nahe und verliehen seinen Worten bei dem letzteren ein besonderes Gewicht. Nicht die Neigung allein trieb Havliček zur Journalistik, er hatte auch die wohlbegründete Ueberzeugung, daß die Dienste der Tagespresse für den gedeihlichen Fortgang der czechischen Bewegung unentbehrlich und unersetzlich seien. Die wissenschaftlichen Compilationen, mit welchen die Mitglieder der matice genährt wurden, die oft kindischen Bemühungen, die verschiedenartigen litterarischen Fächer wenigstens dem Namen nach auszufüllen und für jede Dichtgattung auch nationale Vertreter zu pressen, führten nicht zum Ziele; auch die czechische Färbung der Bürgerbälle und ländlichen Feste reichte nicht aus, um den Glauben an die Kraft der patriotischen Bestrebungen in weiteren Kreisen zu befestigen. Durch ein unmittelbares Eingreifen in die gegenwärtigen Ereignisse, durch eine bestimmte stetige Einwirkung auf die öffentliche Meinung mußten die Czechen die vielfach bezweifelte Lebensfähigkeit der nationalen Bewegung darthun. Als Havliček nach Prag zurückkehrte, gab es nur ein einziges czechisches Organ für die Besprechung der politischen Angelegenheiten — die officielle Zeitung. In einem Regierungsblatte für die Rechte des czechischen Stammes einzutreten, hier die harte Bedrückung, welche derselbe durch die Regierung erfahren hatte, zu schildern und die Grundzüge einer panslawistischen und zugleich demokratischen Politik zu entwerfen, mußte als ein unmögliches Unternehmen erscheinen. Havliček verlor den Muth nicht. Er übernahm die Leitung der officiellen Zeitung, fest entschlossen, dieselbe trotz aller Hindernisse den czechischen Interessen dienstbar zu machen, und er siegte Dank der Beschränktheit der Polizeicensur, welche nicht zwischen den Zeilen zu lesen verstand, Dank der Fähigkeit der Czechen, nach Freimaurerart sich einer Geheimsprache zu bedienen. Der Nichteingeweihte mochte billig staunen, daß Havliček's Zeitung den irischen Angelegenheiten einen so großen Raum gönne und bei ihren Lesern eine so eingehende Theilnahme für O'Connell und die Repealbewegung voraussetze. Es war zwar bekannt, daß die österreichischen Zeitungen über die heimischen Zustände ein strenges Schweigen beobachten und nothgedrungen ihre Spalten mit Berichten aus den entlegensten und gleichgiltigsten Ländern füllen mußten. Aber

diese Einseitigkeit, diese einförmige, ewig wiederkehrende Schilderung englischer Gewaltsamkeit und irischen Leidens zeugte denn doch von einer groben Nachlässigkeit der Redaction. Die Czechen wußten es besser. Die angeblich fremden Blättern entlehnten Correspondenzen aus Tipperary oder Cork hatte Havliček selbst geschrieben, unter falschen Namen die feindseligen Verhältnisse zwischen Czechen und Deutschen, die despotischen Maßregeln der Regierung, die Hoffnungen des unterdrückten Volkes gezeichnet. Wenn die Czechen von der Härte der englischen Minister, von dem Uebermuthe des englischen Volkes lasen, so dachten sie an die heimische Regierung und an die Deutschen und Magyaren in Oesterreich; wenn sie von der Repealbewegung hörten, so machten sie unmittelbar die Anwendung auf die eigenen Verhältnisse und sannen nach, wie sie einen ähnlichen Verein zu dem Zwecke, die deutsch-österreichische Herrschaft zu lockern, in Böhmen gründen könnten. Das Wort Repeal wurde seitdem, von einer geheimnißvollen Miene begleitet, besonders von den jüngeren Czechen, Studenten und Schriftstellern als Wort des Trostes und der Hoffnung oft geflüstert, und, wie es schien, demselben auch eine praktische Bedeutung abgewonnen.

Durch Havliček's eifriges Wirken wurde die nationale Bewegung thatsächlich in das Geleise politischer Agitation geführt; es konnte als selbstverständlich gelten, daß sie sich der allgemeinen liberalen Strömung, welche Europa durchzog, anschließen werde. Manche Anzeichen sprachen dafür. Den Anstoß zu staatlichen Reformen erwartete man mit Recht von der Aenderung der bäuerlichen Verhältnisse. Daß die letzteren nicht, so wie sie bis jetzt bestanden, dauernd erhalten werden konnten, darüber herrschte eben so wenig ein Zweifel, als daß ihrem Wechsel eine ganze Reihe politischer Aenderungen nachfolgen müsse. Der Bauer mußte nicht nur von der Bürde materieller Verpflichtungen, sondern auch von dem Drucke moralischer Abhängigkeit vom Grundherrn befreit, die unmittelbare obrigkeitliche Gewalt des letzteren gebrochen werden. Die Aufhebung der Patrimonialrechte aber setzte eine durchgreifende Verwaltungsreform voraus und stellte an die Regierungsthätigkeit Anforderungen, von welchen das herrschende, wesentlich auf Trägheit gegründete „System" kaum eine Ahnung besaß. Die Bauern in Böhmen gehörten der Mehrzahl nach dem czechischen Stamme an, ihre natürlichen Vertreter waren demnach die czechischen Patrioten, welche ohnehin keine Gelegenheit versäumten, ihren Anhang zu mehren und durch die unüberwindliche Thatenscheu der Regierung einen schrankenlosen Einfluß über die unterthänige Landbevölkerung errangen. Die Führer der czechischen Partei erschienen als die berufenen Vorkämpfer für die Emancipation des Bauernstandes. Auch die religiöse Freiheit fand unter ihnen unerschrockene Vertheidiger. Als die Jesuiten im Jahre 1847 auf Schleichwegen in Prag einzudringen versuchten, da war es ein czechischer Schrift-

steller — übrigens untergeordneten Ranges — welcher dieses Vorhaben erfolgreich vereitelte. Durch ein geheim gedrucktes, mit desto größerer Offenheit aber umhergetragenes Flugblatt wußte er die Volksstimmung so mächtig aufzuregen, daß die adelichen Jesuitenfreunde es für rathsam erachteten, ihre Schützlinge von der Landesgrenze vorläufig noch fern zu halten. An polizeilichen Verfolgungen und Streitigkeiten mit den Behörden, dieser Vorbedingung für liberale Reife, litten die czechischen Führer ebenfalls keinen Mangel. So war Alles darnach angethan, in ihnen die Vertreter liberaler politischer Grundsätze, welchen nur provinzielle Eigenthümlichkeiten die besondere nationale Form aufzwangen, zu achten. Die deutschen Bewohner Böhmens ließen es ruhig geschehen, daß sich die öffentliche Aufmerksamkeit vorzugsweise mit der czechischen Bewegung beschäftigte. Theils fesselte sie der romantische Schein, der sich um das Czechenthum gelagert hatte, und erweckte das Streben, ein ehrwürdiges, scheinbar abgestorbenes Volksthum wieder zu beleben, ihre menschlichen Sympathien, theils erblickten sie in den rührigen Czechen nützliche Hilfstruppen, um den gemeinsamen Gegner, die starre Wiener Regierung, zu stürzen. Nach der Lösung des Kampfes die besseren Früchte des Sieges zu pflücken, aus der czechischen Bewegung auch für ihre Interessen Gewinn zu ziehen, hofften sie mit großer Zuversicht. In der That eigneten sich die Czechen vortrefflich zu einem Mauerbrecher. Sie verfügten über einen geschlossenen Anhang im Volke und hatten die Parteitugend des Gehorsams in hohem Grade ausgebildet. Sie besaßen eine unverwüstliche Zähigkeit im Widerstande, eine unerschütterliche Geduld in der Wiederholung ihrer Forderungen, während die Deutschen in Böhmen in den unteren Volksschichten, die weit auseinander liegenden Grenzkreise ausgenommen, ohne Einfluß blieben, durch den Umstand, daß sich meistens Glieder der gebildeteren Stände zu ihnen zählten, an Disciplin verloren und durch die Mannigfaltigkeit der von ihnen vertretenen Interessen das einheitliche Wesen einbüßten. Ein genau umschriebenes politisches Programm hätte allerdings den scharfen Gegensatz zwischen Czechen und Deutschen enthüllt, die Erörterung eigentlicher Verfassungsfragen dieselben dauernd entzweit. Da sich aber die politischen Wünsche zunächst nur auf die Gewährung einer größeren persönlichen Freiheit, auf das Erringen der sogenannten „Grundrechte" einschränkten, so konnte die Unvereinbarkeit der czechischen Ansprüche mit den deutschen Besitztiteln leicht verborgen werden; hat doch dieselbe Allgemeinheit und Nebelhaftigkeit politischer Anschauungen auch den Czechen den Widerspruch fern gerückt, in welchen sie geriethen, daß sie bald im Namen einer ganzen Nation, bald im Interesse einer bestimmten politischen Partei sprachen. Niemand darf auch nicht vom kleinsten, nicht vom kümmerlichsten Volksstamme einen freiwilligen Verzicht auf Leben und Dasein erwarten. Eine Nation kann durch Gewalt um ihre Selbständigkeit gebracht wer-

den, sie wird aber niemals das Todesurtheil über sich selbst fällen. Feinde oder Fremde mochten die Czechen mit den Ueberresten der keltischen Bevölkerung in Europa, mit Hochschotten und den Kymren in Wales vergleichen und daß für dieselben unter den großen Völkern des Continents, neben oder inmitten der Deutschen Raum zum Athmen und Leben vorhanden sei, bestreiten; wenn die Czechen von ihrer Zukunft eine andere Meinung hegten, so übten sie ein natürliches Recht. Das Leben eines ganzen Volkes entwickelt sich jedoch in einer anderen Form, umspannt einen viel größeren Rahmen, als das Dasein einer Partei. Dort wird jedem Individuum die freieste Thätigkeit gewährt, hier erscheint dieselbe gebunden, auf ein einseitiges Ziel gerichtet. Mit der Erreichung des letzteren löst sich die Partei auf, während das wahre Volksthum unvergänglich bleibt. Wenigstens pochten die Czechen auf diese Eigenschaft des nationalen Lebens und wiesen alle Vorwürfe eines unfruchtbaren und erfolglosen Strebens durch die Behauptung, daß ein Volk nicht sterbe, zurück. Was sie an augenblicklicher Macht durch das Zusammenschließen ihrer Anhänger zur festen Partei gewannen, verloren sie doch wieder an eigentlicher Entwicklungskraft. So viele Glieder der czechischen Nation waren derselben entfremdet, die gebildeteren Stände für die heimische Sprache, Sitte und Bildung stumpf und gleichgiltig geworden; die Einen zurückzurufen, die Anderen zu wecken, erschien als ein dringendes Gebot. Seitdem aber die Freunde des Czechenthums eine geschlossene politische Partei bildeten, reichte nicht mehr die Stimme der Natur aus, sondern es mußte auch noch ein bestimmtes politisches Glaubensbekenntniß unterschrieben werden, um den vollen Anspruch auf den Czechennamen zu gewinnen.

Auch darin offenbarte sich die Unklarheit der czechischen Anschauungen, daß, ehe noch die Herrschaft im eigenen Lande fest begründet war, bereits eine czechische Schutzmacht nach außen ausgerufen, auf Eroberungen in einem Augenblicke ausgegangen wurde, wo die engste Heimat gegen feindliche Angriffe mühselig vertheidigt werden mußte. Es galt als selbstverständlich, daß die slawische Bevölkerung Mährens Regel und Gesetz von den Czechen empfange, ebenso wurde von den Slowaken Oberungarns der unbedingte Anschluß an die czechische Bewegung gefordert und das Aufgeben ihrer Eigenthümlichkeit, ihre Verschmelzung mit den Czechen als das einzige Mittel, das slawische Wesen in Ungarn vor der magyarischen Unterjochung zu sichern, empfohlen. Durch Ziskra's von Brandeis Heerhaufen war im fünfzehnten Jahrhunderte das czechische Element in der Slowakei zuerst eingebürgert worden, es erhielt im siebenzehnten Jahrhundert durch Tausende von Emigranten eine namhafte Verstärkung, aber freilich auch eine bestimmte — protestantische — Färbung. Die letztere trat, seitdem das Toleranzpatent Kaiser Joseph's den Evangelischen eine freiere Bewegung gönnte, stärker hervor und gab Ver-

anlassung, daß ein katholischer Pfarrer, Namens **Bernolak**, an die Stelle des im Ketzergeruche stehenden Czechischen eine slowakische Mundart, wie sie in der Gegend von Tyrnau gesprochen wurde, als Schriftsprache einzuführen nicht ohne Erfolg sich bemühte.*) Wie sich die Slowaken nach dem Bekenntnisse in Katholiken und Evangelische schieden, so trennten sie sich auch in ihrer Litteratur, indem die Einen an dem Czechischen, der Kirchensprache der Protestanten, festhielten, die Anderen Bernolak's seltsames Sprachgemenge annahmen. Die Spaltung sollte aber noch ärger werden und auch die slowakischen Protestanten von der czechischen Schrifteinheit abfallen. Der Sprachzwang, welchen die ungarischen Reichstage anordneten, reizte natürlich den Widerstand der Slowaken und weckte die Liebe zur heimischen Sitte. Der Vorwurf, noch in den ethnographischen Schriften Csaplovics' gegen sie geschleudert und allgemein zugegeben: „Kein Volk in Ungarn ist gegen seine Muttersprache so gleichgiltig wie die Slowaken, bei welchen die Gebildeteren sich geradezu schämen, slowakisch zu sprechen, stets des Lateins oder der deutschen Sprache sich bedienen", traf nicht mehr zu. Studenten und Geistliche erhitzten sich auch hier für ihre Nationalität. An den höheren Lehranstalten Oberungarns wurden Vereine zur Pflege der slowakischen Sprache gegründet, durch Vorlesungen, Zeitungen und Almanache das nationale Bewußtsein rege erhalten. Die Seniorenconvente erfüllte der Kampfruf slawischer und magyarischer Enthusiasten, jede größere öffentliche Zusammenkunft der Kirchenvorsteher steigerte die Agitation, die sich freilich auf slowakischer Seite der Volksmasse noch nicht mittheilte. Die slowakischen Prediger begnügten sich nicht, die Angriffe der Magyaren abzuwehren, sie brachten ihre Beschwerden auch in Wien vor, wo sie bei Kolowrat zwar freundlichen Trost, aber keine Abhilfe fanden.**) Die Stammesverwandten in Böhmen verfolgten die Ereignisse in der Slowakei mit großem Eifer, sie verzeichneten und verdammten jede Gewaltthat der Magyaren, sie priesen und ermunterten die Kraft der slowakischen „Märtyrer" und traten öffentlich als ihre Beschützer auf. Graf **Leo Thun**, durch Bildung und Thätigkeitstrieb vor seinen Standesgenossen ausgezeichnet, den czechischen Bestrebungen hold, die in seinen Augen einen großen Culturfortschritt vorbereiteten und bewiesen, daß im Schooße des Volkes der Sinn für höhere und allgemeine Interessen sich rege,

*) Bernolák, Dissertatio de litteris Slavorum cum adnexa orthographia. Posonii 1787, und Grammatica Slavica. Ibid. 1790.

) Eine ausführliche Schilderung der slowakischen Gravamina, sowie eine Darstellung der Maßregeln, welche zur Abwehr der magyarischen Uebergriffe durchgeführt wurden, giebt **Hodža in seiner Parteischrift: „Der Slowak, Beiträge zur Beleuchtung der slawischen Frage in Ungarn. Prag 1848". Leider haben sich Gegner wie Vertheidiger der slowakischen Nationalität grobe Entstellungen der Wahrheit zu Schulden kommen lassen.

übernahm ihre Vertheidigung. Er hatte im Jahre 1842 eine kleine Schrift über den „gegenwärtigen Stand der böhmischen Litteratur und ihre Bedeutung" veröffentlicht. Mochte immerhin im Stande und Namen des Verfassers ein größeres Gewicht liegen, als im Inhalte des Werkes, so behielt doch immerhin der Versuch, die Czechen als gleichberechtigt mit den Deutschen und Magyaren darzustellen, einen selbständigen Werth. Diese Schrift sandte Graf Leo Thun an den magyarischen Schriftsteller Pulszky mit der Aufforderung, ihn zu widerlegen oder sich als besiegt und bekehrt zu erklären. Pulszky nahm die Forderung an und wechselte mit dem Grafen Thun mehrere, später abgedruckte Briefe. Am Ende schrieben sich beide Gegner den Sieg zu. Ein anderer Ausgang ließ sich nicht erwarten, wo die Uebereinstimmung gleich bei dem Aussprechen des ersten Grundsatzes aufhörte. Während Pulszky, wie alle Magyaren und die meisten Deutschen, in der czechischen und slowakischen Bewegung die Keime des Panslawismus ahnte, fand Thun in rechtzeitigen Zugeständnissen an die Westslawen die beste Schutzwehr gegen die vordringende russische Herrschaft. Thun behauptete die Sprachgesetze der letzten ungarischen Reichstage gegen die slawische Bevölkerung Ungarns gerichtet. Darauf antwortete Pulszky: „An den bisher giltigen Rechten der einzelnen Volkssprachen in Ungarn wurde nicht gerüttelt. Ein Schritt allein ist gethan, daß man an die Stelle der todten lateinischen Sprache die lebendige ungarische setzte, welche die Mehrzahl der Bewohner Ungarns und der ganze Adel seine Muttersprache nennt. Die slawischen Sprachen haben keine neuen Rechte gewonnen, aber auch keine alten verloren, denn in den häuslichen Kreis wird sich die ungarische Sprache nie gewaltsam eindrängen". Graf Leo Thun bestritt heftig den Glauben der Magyaren an ein von der Natur und der Geschichte ihnen verliehenes Privilegium und verlangte „im Namen des Völkerrechtes und der menschlichen Gewissensfreiheit" die Gleichstellung der slawischen Sprachen mit der magyarischen, Pulszky dagegen beharrte bei seiner Meinung, daß zwischen den Magyaren und den anderen Volksstämmen in Ungarn dasselbe Verhältniß walte, wie etwa zwischen den Franzosen und den Bewohnern der Bretagne. Er vergaß die schweren Kosten aufzuzählen, welche auch dem mächtigen Frankreich die gewaltsame Unterdrückung der bretonischen Nationalität verursacht hatte, und erinnerte sich nicht, daß die französische Revolution in der Bretagne den localen Ausgangspunkt nahm.

Eine ganz andere, glänzendere Stellung, als ihnen der magyarische Stolz einräumte, träumten die Slowaken. Sie fürchteten nicht den Untergang in einem fremden größeren Volksstrome, sie glaubten sich vielmehr bestimmt, an die Spitze des czechischen Stammes zu treten, und berufen, die slowakische Nationalität neu zu beleben. Das klang nun freilich ganz phantastisch und war auch nicht nach dem Sinne der Czechen, welche ihre unmittelbare Herrschaft gleichfalls über die Ungarslawen auszudeh-

nen hofften und die letzteren als ihre unmittelbaren Angehörigen betrachteten. Wenn aber die Czechen ihre glorreiche Vergangenheit, ihre historische Bedeutung vorzugsweise in die Wagschale legten, um das Gewicht ihrer Forderungen zu verstärken, wer wollte den Slowaken den kühnen Flug ihrer Phantasie wehren? Der Anblick des gewaltigen Tatragebirges hatte sie berauscht, die Ehren, welche Dichter und Sänger den „slawischen Alpen" erwiesen, ihnen, den nächsten Anwohnern, den Sinn bethört. Wie konnte es anders sein, als daß im Schatten des mächtigsten Gebirges auch das kräftigste Volk lebte? Die Czechen rühmten sich der Großthaten, welche ihre Vorfahren im funfzehnten Jahrhunderte vollführt. Durften die Slowaken nicht die Erinnerungen an das großslawische Reich Swatopluk's zu ihren Gunsten anrufen? Sie betonten ferner ihre bessere geographische Stellung. Die Czechen stehen auf einem vorgeschobenen, isolirten Posten, die Slowaken reichen an die übrigen Slawenstämme unmittelbar heran. Sie hoben das jungfräuliche Wesen, die bessere Treue ihres Volkes hervor. Die Czechen sind von dem Glauben ihrer hussitischen Väter abgefallen, unter den Slowaken hat sich der reine evangelische Glaube erhalten, sie haben in ihrem Dialekte die altczechische Sprache besser bewahrt, als die halbgermanisirten Czechen der Gegenwart, deren Ausdrucksweise wie Gedankenvorrath den nationalen Charakter verloren hat. Mehrere der slowakischen Wortführer hatten ihre Jugend auf deutschen Universitäten zugebracht und hier die Kenntniß der Hegel'schen Philosophie, die Geschicklichkeit in historischen Constructionen sich erworben. Mit kecker Zuversicht erklärten sie das Czechenthum für einen überwundenen Standpunkt und die slowakische Nationalität oder zunächst die Erhebung eines slowakischen Dialektes zur Schriftsprache als eine höhere Entwicklungsstufe. Das ältere Patriotengeschlecht war über diese Anmaßung schlecht erbaut, begreiflicher Weise aber auch nicht beflissen, die alte Sage von dem slawischen Erblaster, der Uneinigkeit, den Gegnern durch laute Klagen noch glaubwürdiger zu machen. Nach außen hin behielt man, so gut es anging, den Schein völliger Eintracht. In der That waren auch die Leiter des „Tatravereins": Stur, Hurban, Hodža, wackere Vorkämpfer gegen die magyarische Herrschaft und für die Wahrung der nationalen Rechte eifrig bemüht. Desto heftiger wogte der Streit im Kreise der engeren Stammgenossen. Der harte Eigensinn der Männer vom Tatragebirge erhöhte in den Augen der Czechen die Gefahr der Spaltung und forderte zur Verdoppelung der Bemühungen heraus, noch rechtzeitig einen vollständigen Bruch zu vermeiden.*) Der berühmteste czechische Dichter Kollár, selbst ein Slowake von Geburt,

*) Eine Sammlung der Streitschriften gegen die slowakische Bewegung vom czechischen Standpunkte findet sich in dem von der „Matice" herausgegebenen Werke: Hlasové o potřebě jednoty spisovného jazyka (Stimmen über die Nothwendigkeit einer

dessen Lieblingstheorie von der litterarischen Wechselseitigkeit nur durch eine einheitliche Schriftsprache und die engste Annäherung der verschiedenen Stämme und Zweige des slawischen Volkes verwirklicht werden konnte, trat in die vorderste Reihe der Streiter. Er sparte nicht Spott, nicht ernste Ermahnungen, um Stur und dessen Genossen von ihrem unheilvollen Beginnen abzubringen. „Virgil, Catull, Plinius und Livius waren auch Slawen (Wenden) und schrieben dennoch in lateinischer Sprache, der mitten unter Plattdeutschen geborene Goethe bequemte sich gleichfalls zum Gebrauche des Hochdeutschen", sie alle opferten die untergeordnete Stammeseitelkeit dem Ruhme des ganzen Volkes. Diese Beispiele müssen auch die Slowaken zur Nachgiebigkeit bewegen und ihnen den unbedingten Anschluß an das Czechenthum empfehlen. Beharrten sie bei ihrer Absonderung, so hätten ja „Luden und Rotteck Recht, welche den Slawen alles Organisationstalent absprechen, und Laube und Rohmer guten Grund, den Sclavenberuf der slawischen Stämme zu behaupten".*) Kollár meinte, durch das Vorführen Virgil's als eines guten Beispieles, durch die Drohung mit Rotteck und Rohmer die jungslowakische Agitation beruhigen, Stur und dessen Freunde bekehren zu können. Diese aber waren starrsinnig genug, an ihrem Glauben von der Altersschwäche der czechischen Nation, von dem natürlichen Uebergewichte des Slowakenstammes festzuhalten, bis die gemeinsame Gefahr im Jahre 1848 den Ehrgeiz der Slowaken dämpfte, die Eifersucht der Czechen beschwichtigte und den Streit, welcher Stamm den anderen führen solle, stillschweigend begraben ließ.

In den Zeiten, in welchen die Slowaken die Lehre von der nationalen Wechselseitigkeit so arg verkannten und die Nothwendigkeit enger Verbrüderung aller slawischen Stämme völlig vergaßen, boten die Bestrebungen der südslawischen Völker, der sogenannte Illyrismus, einen doppelten Trost. Hier erschien Kollár's Ideal nahezu verkörpert, der Einigungsdrang so stark, daß selbst die natürlichen Grenzen keiner Schonung werth geachtet wurden. Serben, Kroaten, Slowenen lagerten in den südlichen Landschaften Oesterreichs neben einander oder schoben sich durch einander. Es mangelte ihnen das Band gemeinsamer historischer Erinnerungen: die Slowenen, gewaltsam vom evangelischen Glauben zurückgebracht und in Kroatien von Stammverwandten unterdrückt, die seefahrenden Dalmatiner im regen Wechselverkehr mit Italien, die halb orientalischen Serben, erst seit dem Schlusse des sechzehnten Jahrhunderts massenhaft in Oesterreich angesiedelt, standen sich fremd und von Natur

einheitlichen Schriftsprache) 1846. Den Charakter der slowakischen Schriftneuerung lernt man aus dem Almanache: Nitra und aus der slowakischen Zeitung Stur's am besten kennen.

*) Hlasové p. 145. Die Berufung auf Virgil und Goethe, ebend. p. 141.

gleichgiltig gegenüber. Es trennt sie überdies nicht allein das verschiedenartige religiöse Bekenntniß, sondern auch die Mannigfaltigkeit der Schriftzeichen, der Gebrauch hier des lateinischen, dort des kyrillischen Alphabets und die Zerklüftung jedes einzelnen Sprachstammes in zahlreiche Mundarten kleinsten Umfanges, von welchen keine einzige die Bedingungen einer Schriftsprache besaß. Unüberwindlich erschienen die Schwierigkeiten einer litterarischen Vereinigung so schlecht zusammenhängender nationaler Gruppen. Sie wurde dennoch versucht und, wie die Gegner des Slawenthums wenigstens glaubten, auch erreicht.

Die Empfindung der Ohnmacht, welche die Vereinzelung der südslawischen Stämme hervorrief, regte sich am deutlichsten unter den Kroaten, hier reifte am frühesten der Entschluß, sich durch Einigung zu stärken. Die glänzenden Eigenschaften des serbischen Stammes, die männliche Tapferkeit, den poetischen Natursinn, die Urwüchsigkeit in Gedanken und Anschauungen besaßen die Kroaten nur in geringem Grade, dafür durften sie sich einer größeren Empfänglichkeit für die abendländischen Bildungsformen, eines leichteren Verständnisses des modernen Lebens rühmen. Ihre Sprache hielt die Mitte zwischen der slowenischen und serbischen, ihre geographische Stellung eignete sie gleichfalls zum Vermittler zwischen den westlichen und östlichen Zweigen des südslawischen Stammes; gegen die Kroaten richtete die nationale Politik der Magyaren ihren ersten ausgreifenden Stoß und reizte dadurch naturgemäß zu einer nationalen Gegenbewegung. Dieselbe fand ihren kräftigsten Ausdruck in den litterarischen Bestrebungen des Ljudevit Gaj. Auf einer norddeutschen Universität gebildet, durch die in Deutschland herrschende Schulweisheit in den politischen Phantasien bestärkt, welche er wie jedes Glied eines zur Unthätigkeit verurtheilten Volkes hegte, durch die polnische Revolution 1830 in seiner nationalen Begeisterung gekräftigt, begann Gaj 1835 eine kroatische Zeitung in Agram herauszugeben. In der ersten Zeit fiel dieselbe nur durch Neuerungen in der Schreibweise und durch ihre eifrigen Bemühungen, die Schranken der verschiedenen Mundarten zu brechen und die Herrschaft einer allgemein giltigen Schriftsprache vorzubereiten, auf. Aber schon im nächsten Jahre änderte sie ihren Namen und verwandelte sich aus der kroatischen in eine illyrische Nationalzeitung. Das Recht auf diesen angeblich alle Slawen serbischen Stammes umfassenden Namen auf die Thatsache zu gründen, daß das alte römische Illyricum von Slawen bewohnt gewesen sei, war freilich ein grober Irrthum. Ebensowenig durfte man sich auf das Herkommen und eine stetige Ueberlieferung berufen. Wenn in einer früheren Zeit von einem illyrischen Stamme oder einer illyrischen Provinz gesprochen wurde, so hatte der Name niemals die weite Bedeutung, die ihm jetzt von Gaj beigelegt wurde. Auch die napoleonische Schöpfung einer illyrischen Provinz und das derselben nachgeahmte Königreich Illyrien bezog sich nicht

auf die Gesammtheit der südslawischen Stämme. Aber gerade die Unbestimmtheit des Namens empfahl seine Annahme, stimmte vortrefflich zu den nebelhaften Anschauungen der kroatischen Patrioten und besaß auch den Vortheil, daß durch diese Bezeichnung die Gegensätze des kirchlichen Bekenntnisses nicht berührt wurden. An den serbischen Namen knüpfte sich unwillkürlich die Erinnerung an den griechischen orthodoxen Glauben und die russische Schutzmacht, die von Gaj und seinen Freunden sorgfältig vermieden werden mußte, sollte nicht der „illyrischen Bewegung" gleich im Beginne ein unversöhnlicher Feind am Wiener Hofe erwachsen. Die Gunst des letzteren konnte sie um so weniger entbehren, als ihr schon frühzeitig die magyarischen Patrioten und die ungarischen Behörden, ja selbst die türkische Regierung mißtrauisch auflauerten. Der Illyrismus betrieb zwar nicht unmittelbar politische Zwecke und strebte zunächst nur die litterarische Vereinigung der südslawischen Stämme an. Wer wollte aber verbürgen, daß es nur bei dieser bleiben werde, bleiben könne. Nicht nur kühn, sondern auch zweideutig war die Schilderung Gaj's von der Bedeutung des Illyrismus*): „Europa wird mit einer sitzenden Jungfrau verglichen. Auf den ersten Blick gewahren wir, daß diese Jungfrau in ihren Händen eine Leier hält, welche sie an ihre Brust anlehnt. Diese Leier Europa's ist Illyrien, das Dreieck zwischen Skutari, Varna und Villach." Gaj führt das Bild der europäischen Leier noch weiter aus und klagt über die falsche Stimmung der Saiten. Kärnthen, Krain, Steiermark, Dalmatien, Bosnien, Bulgarien lassen den Einklang schmerzlich vermissen. „Was können wir jetzt, wo sich Alles nach Eintracht sehnt, mehr wünschen, als daß an der großen Leier Europa's alle diese mißtönenden Saiten wieder harmoniren? Hören wir auf, auf den einzelnen Saiten zu stümpern, stimmen wir die Leier zu einem Wohlklange, denn die Leier ist nur eine einzige und die Saiten darauf berechnet, im Accorde angeschlagen zu werden." Es konnte dem türkischen Pascha in Sarajewo nicht verargt werden, wenn er auf dieser Leier politische Töne zu hören fürchtete.**) Auch die in Ungarn herrschende Partei fand es bequemer, statt sich die Ohren zuzuhalten, lieber die illyrische Musik, die sie einen widerwärtigen Lärm nannte, zu unterdrücken und auf ein Verbot derselben hinzuwirken. Sie konnte sich rühmen, selbst unter den Stammgenossen Gaj's einzelne Verbündete ihres Hasses gegen die illyrische Bewegung zu besitzen. Die conservativen Kroaten wollten sich lange nicht an Gaj's orthographische Neuerungen gewöhnen und legten sie als eine Feindseligkeit gegen die altheimische Sprache aus. Sie wußten nicht anders, als daß die Vertheidigung der

*) Danica v. 6. Sept. 1835.

**) Beschwerde des Pascha Mehemed Wedschid an den Banus, October 1837.

Municipalfreiheiten*) die wichtigste Pflicht eines kroatischen Patrioten bilde, von derselben die Selbständigkeit des Königreiches abhänge. Von den Municipalfreiheiten war in Gaj's Zeitung aber nur selten die Rede, desto mehr von der Nothwendigkeit eines Anschlusses an fremde Völker. Sollte er wirklich von den Russen bestochen worden sein oder war er ein Sendling des Wiener Hofes, ausgeschickt, um die Völker zu entzweien, zwischen Brüdern dauernde Feindschaft zu stiften und dann die Herrschaft des Hofes über die durch Uneinigkeit geschwächten Nationen vorzubereiten? War er der katholischen Propaganda dienstbar, der Illyrismus nur eine Lockung, um die orthodoxen Serben vom alten Glauben abzuwenden, oder traf der andere Verdacht die Wahrheit, daß es auf eine Gräcisirung der römisch-katholischen Kroaten abgesehen sei? Diese Vorwürfe und Anklagen wurden in der ersten Zeit des Gaj'schen Wirkens selbst innerhalb Kroatiens**) gehört, stets in immer gesteigertem Grade aber von Ungarn und Deutschen gegen die illyrische Agitation geschleudert. Sie hatte aber im Ganzen nur wenig geleistet, um den Schrecken, welchen sie verbreitete, zu rechtfertigen. In der Nationalzeitung und dem viel wichtigeren Beiblatte: Illyrischer Morgenstern (danica ilirska) wurden freilich in Versen und in Prosa tapfere und stolze Worte gesprochen, die Macht der Slawen, die Gewißheit ihres Sieges über ihre Gegner verkündigt, zur Einigkeit und zur Verbrüderung eindringlich aufgefordert; auch dröhnende Kriegslieder ertönten, neue Trachten und Moden kamen auf, Lesevereine und Kaffeehäuser erhielten, wenn auch nicht einen nationalen Charakter, so doch illyrische Schilder. Gaj, durch seine bürgerliche Herkunft und seine gelehrten Neigungen der politischen Wirksamkeit ohnehin entfremdet, konnte sich jedoch von dem früh erfaßten Ideale der czechischen Bewegung nicht lossagen, von den nebelhaften Bildern, welche zuerst Kollár von der slawischen Größe entworfen, nicht trennen. Wenn er von der Einheit des illyrischen Volkes sprach, so dachte er zunächst nur an die Möglichkeit einer engeren litterarischen Verbindung, wenn er die unwiderstehliche Macht der slawischen Idee pries, so meinte er vorzugsweise die sprachliche Seite derselben. Das Studium der slawischen Philologie gilt ihm als das sicherste Mittel, die Vaterlandsliebe zu erwecken, „philologisch" hat er die Verwandtschaft der serbischen Stämme, ihren Zusammenhang mit den Nordslawen und Russen erkannt, mit Hilfe der Sprachwissenschaft die Ueberzahl der Slawen in Europa und demgemäß auch ihr Uebergewicht ausgerechnet.***) So

*) Zu den wichtigsten Municipalrechten gehörten: Protestanten wird kein Incolat verliehen, von Kroatien propter incursiones Turcarum nur die halbe Reichssteuer entrichtet und dieselbe vom Agramer Landtage selbständig umgelegt.

**) Gaj hat dieselben selbst in den Narodne Novine 1842 aufgezählt, und daß diese Vorwürfe ihm entgegengehalten wurden, zugegeben.

***) Danica, 1835, Nr. 34.

lange der Illyrismus sich auf diesen Pfaden bewegte und der Panslawismus Gaj's nur solchen theoretischen Phantasien huldigte, konnte blinde Furcht allein eine unmittelbare politische Gefahr in ihm wittern. Es trat übrigens diese Sorge bald gegen eine andere in den Hintergrund.

Gaj's Unternehmungen stießen in Wien keineswegs auf die Mißgunst und den Widerstand, welcher doch sonst alle Neuerungen und insbesondere die litterarischen Bestrebungen traf. Kaiser Franz selbst ebnete die Hindernisse, welche die ungarische Statthalterei dem Plane Gaj's, eine politische Zeitung in Agram herauszugeben, in den Weg gelegt hatte; die Centralregierung ertheilte Gaj bereitwillig die Erlaubniß zur Gründung einer illyrischen Druckerei, da die bestehenden Officinen sich mit der von Gaj eingeführten neuen Schreibweise nur schlecht auseinandersetzten, und ließ die Stiftung einer „matice ilyrska“ nach dem Muster der czechischen Mutterlade ohne Widerstreben zu. Auch sonst geizte der Hof nicht mit äußeren Zeichen der Anerkennung. Dieses ungewöhnliche Verhalten weckte den Verdacht eines geheimen Einverständnisses. Weit verbreitet war der Glaube an den Haß des Hofes gegen die ungarische Verfassung, festwurzelnd die Ueberzeugung, daß derselbe kein Mittel unversucht lassen werde, um die Entwicklung der letzteren zu hemmen und die Kräftigung der ungarischen Nationalität zu verhindern. Als nun die illyrische Bewegung auftauchte, welche den Rechten des ungarischen Volkes die gleichgroßen des serbisch-kroatischen entgegenstellte, keinen geringen Theil des ungarischen Reiches für die illyrische Nation in Anspruch nahm und förmlich zum Kampfe gegen die Magyaren aufforderte, jedenfalls die Schwächung derselben sich zum Ziele setzte, tauchte unwillkürlich der Gedanke auf, daß sie von der Regierung nur als Werkzeug benutzt, gleichsam als Keil verwendet werde, um die feste ungarische Einheit auseinanderzutreiben. Unleugbar förderten die äußeren Umstände diesen Verdacht. Wenn man sich aber an die Natur der in Wien waltenden Persönlichkeiten erinnert, die hier herrschende Eintagspolitik, den Mangel an Voraussicht, die gründliche Trägheit erwägt, so wird derselbe in hohem Grade entkräftet. Gaj hatte an einem conservativen Magnaten und begeisterten Soldaten, der schon unter Loudon die Waffen geführt, an dem Grafen Janko Draschkowič einen warmen Gönner, ihm lächelte die Huld katholischer Kirchenfürsten, welche von dem Siege des Illyrismus die Erweiterung ihrer Macht hofften und die allmäliche Bekehrung der griechischen Christen erwarteten. Dadurch gewann er den Schutz des Wiener Hofes und des Staatsministeriums. Der dämonische Plan, Slawen und Magyaren gegen einander zu hetzen, um sie im Kampfe verbluten zu lassen und dann den unbeschränkten Raum für die Einführung der Cabinetsherrschaft zu gewinnen, lag den österreichischen Staatsmännern durchaus fern. Hätten sie denselben gehegt, so würden sie dem Illyrismus, als er das nebelhafte litterarische Gebiet verließ und

— nothgedrungen — den Schauplatz politischer Agitation betrat, ihre Gunst nicht entzogen, in diesem Augenblicke vielmehr mit doppeltem Eifer die Verbindung zwischen Wien und Agram festgehalten und verstärkt haben. Es ereignete sich aber das Gegentheil. Die illyrische Bewegung besaß keine innere Kraft und auf die große Masse des südslawischen Volkes keinen nachhaltigen Einfluß. Welche Bedeutung konnte der litterarische Panslawismus in einer Landschaft erringen, deren Bewohner der Mehrzahl nach selbst die litterarischen Elemente nicht kannten? Sollten Gaj's Bestrebungen nicht in Sand verlaufen, so mußte er sich an die freilich enger begrenzte Partei anschließen, welche das alte kroatische Staatsrecht gegen den ungarischen Reichstag vertheidigte und seit der Anregung der Sprachenfrage in Preßburg sich eifrig rührte. Der Illyrismus gab seine hochfliegenden Träume auf, verzichtete auf den doch unfruchtbaren Schutz der fernen Slawenbrüder im Westen und Norden und beschränkte sich auf die Unterstützung der localen Agitation in den Agramer Comitatsverhandlungen. Er verlor aber dadurch in den Augen des Wiener Hofes seine unschuldige Natur. Die bis dahin ihm gespendete Gunst wurde ihm entzogen, auch der Name „Illyrismus" nun anstößig gefunden und Gaj (9. März 1844) gezwungen, seine Zeitung umzutaufen.*) Sie erschien seitdem unter dem Titel: Kroatisch-slavonisch-dalmatinische Zeitung. Auch an diesen Namen knüpften sich noch einzelne kühne Phantasien, das „dreieinige Königreich" sollte wieder hergestellt, Dalmatien enger an die beiden anderen Provinzen geknüpft werden. Diese Hoffnungen waren aber greifbarer Natur und entfernten sich nicht so weit von dem Boden wirklicher Verhältnisse, wie die früheren panslawistischen Pläne. Der Panslawismus war ein wirksames Schreckbild, um die Magyaren einzuschüchtern oder die Deutschen bedenklich zu stimmen. Er wurde als ein verzweifeltes Mittel von einzelnen Polen nach dem schmachvollen Ausgange des Aufstandes 1846 empfohlen**), welche sich an Oesterreich rächen wollten und jede Hoffnung auf die Wiederherstellung des polnischen Reiches aufgaben. Eine praktische Bedeutung besaß derselbe jedoch nicht, da die nothwendige Voraussetzung zu seiner Verwirklichung, eine durchgreifende Revolution in Rußland, sich jeder Berechnung entzog. So lange Kaiser Nicolaus in Petersburg

---

*) Wie sehr die frühere Gunst der Regierung sich verloren hatte, zeigte, daß während bisher der Name „illyrisch" geduldet, selbst gebilligt wurde, im Jahre 1844 in öffentlichen Ankündigungen nicht einmal die kroatische Nationalsprache, sondern nur die „hiesige Landessprache" erwähnt werden durfte.

**) Lettre d'un gentilhomme polonais (Marquis Wielopolski) an den Fürsten Metternich adressirt und gegen dessen Depesche vom 7. März 1846 gerichtet. Dieser fanatische Erguß eines desperaten Polen ging in Oesterreich ziemlich spurlos vorüber, fand selbst in Galizien keinen Anklang.

thronte, blieb der Panslawismus ein müßiger Traum. Die slawischen Nationalitäten erreichten erst dann eine wahre Machtstellung, als sie in die politische Thätigkeit hineingezogen und bestimmte Verfassungsformen zu vertheidigen gezwungen wurden. Diese Wandlung führte der ungarische Reichstag 1843 herbei. Er gewann dadurch eine hervorragende Bedeutung für die österreichische Geschichte.

2. Die politischen Parteien in Ungarn seit 1840.

Nach altem Brauche und ehrenwerthem Herkommen wurde in Ungarn die Zeit unmittelbar nach dem Schlusse eines Reichstages als politischer Sonntag gefeiert. So lange die Stände in Preßburg versammelt blieben, schonte der ächte ungarische Staatsmann nicht seine Lunge und sparte nicht seine Kraft. Sobald aber die letzte Sitzung vorüber war, verlangte und erhielt er Ruhe, bis ihn die Restauration der Comitatsbehörden, die Berathung der Instructionen für den nächsten Reichstag wieder zu politischer Thätigkeit wachrief. So war es in der guten alten Zeit zugegangen. Schlimme Verhältnisse und unruhige Köpfe hatten aber auch diese Gewohnheit gestört und als der im Jahre 1839 einberufene Reichstag am 13. Mai 1840 geschlossen wurde, nicht wie ehedem die Rückkehr zu friedlichen Beschäftigungen, das Einspinnen in private Lebenskreise gestattet, sondern zu einer fortdauernden Theilnahme am politischen Kampfe gezwungen. Die Religionsfrage war auf dem letzten Reichstage nicht erledigt worden. Verschleppungen der Gesetzentwürfe, die Verweisung der Beschwerden von einer Sitzung auf die andere kamen auch früher häufig vor, ohne den politischen Gleichmuth wesentlich zu stören. Man hielt den trägen Geschäftsgang für ein unvermeidliches Uebel des constitutionellen Regiments und da man in der Verfassung nur ein Kriegsspiel zwischen Regierung und Ständen sah, in welchem die Zähigkeit des Widerstandes die größte Siegesaussicht bot, so konnte man es dem Gegner nicht verargen, daß er gleichfalls seine Vertheidigungsmittel nach Kräften verwerthete. Die unbedingte Anhänglichkeit an die „ehrwürdige" Constitution mit ihren guten und schlechten Seiten war aber in den letzten Jahren stark gelockert, die alte sogenannte „Gravaminalpolitik" vielfach verdammt worden. Seitdem der Reichstag sich mit

der Reform der Verwaltung zu beschäftigen begann, die Förderung der materiellen Interessen vorzugsweise betonte und seine gesetzgebende Wirksamkeit zu erweitern anstrebte, fühlte er die Zögerungen, die systematische Ueberweisung der Abhilfe selbst bei brennenden Fragen von einer Session auf die andere doppelt lebhaft. Dazu kam noch, daß die jüngste ungelöste Wirre eine Sache betraf, welche den nationalen Stolz tief berührte und auch in die innigsten Familienverhältnisse scharf einschnitt.

Das Sprichwort: Calvinischer Glaube — magyarischer Glaube (Cálvinista hit — magyar hit) war keine leere Redensart. Nicht die große Zahl der Bekenner allein*), auch der besonders starke Anhang in den niederen Adelskreisen machte den Protestantismus in Ungarn zu einer politischen Macht, welche in den vergangenen Jahrhunderten zwar vielfach bedrückt und verfolgt, aber niemals unterdrückt und vernichtet worden war, von der katholischen Hierarchie stets mit eifersüchtiger Sorge betrachtet wurde. Die Thatsache, daß die evangelische Freiheit in dem Maße stieg und fiel, in welchem der Ruhm und die selbständige Kraft Ungarns sich hob und senkte, die Erfahrung, daß die Jubel- und die Leidensjahre der protestantischen Kirche und des ungarischen Reiches regelmäßig zusammentrafen, verschaffte jener auch unter den ungarischen Liberalen katholischen Bekenntnisses eine große Theilnahme. Indem sie für die Rechte der Protestanten stritten, glaubten sie auch die nationale Sache zu vertheidigen. Als daher nach dem Jahre 1830 die ultramontane Partei, durch ihre Erfolge im Westen Europa's ermuthigt, auch in Ungarn ihre Grundsätze zur Herrschaft bringen wollte, regte sie nicht allein einen heftigen kirchlichen Zwiespalt, sondern auch einen leidenschaftlichen politischen Kampf an und brachte, was schwerlich in ihrer Absicht lag, eine engere Verbindung zwischen den calvinischen Anschauungen und dem liberalen Ideenkreise zu Wege.

Als kirchliches Grundgesetz galt der 26. Artikel 1790/1, welcher im fünfzehnten Absatze auch gemischte Ehen vor dem katholischen Seelsorger zu schließen befahl, dem letzteren aber jede Verhinderung der Mischehen verbot, bei einem katholischen Vater die Erziehung aller Kinder in der katholischen Religion bestimmte, bei einem evangelischen den Söhnen die Nachfolge im väterlichen Glauben gestattete. Er bot den Protestanten weniger, als das Toleranzpatent Kaiser Joseph's ihnen gewährt hatte. Dieses hob die Erziehungsreverse auf, welche jetzt durch die facultative Bestimmung: Knaben können in der Religion des akatholischen Vaters erzogen werden, wieder heimlichen Eingang fanden.**) Aber selbst der

*) Nach Ficker's Berechnungen gehören von der Bevölkerung im Biharer Comitate 79 Proc. dem evangelischen Glauben an, in 4 Comitaten ist mehr als die Hälfte, in 25 mehr als 20 Proc. evangelisch.

**) Bereits am 21. Nov. 1791 ergieng eine k. Resolution, welche nur die „sub-

26. Artikel war nur nach langen Kämpfen erobert worden, die ungarischen Bischöfe hatten gegen denselben die entschiedenste Verwahrung eingelegt*), die Regierung frühzeitig den Verdacht schlechten Willens auf sich geladen. Die Klugheit empfahl, vorläufig von allen weiteren Forderungen abzustehen und sich mit der gesetzlichen Regelung der früher nur aus Gnade gespendeten Rechte zu begnügen. Diese Genügsamkeit wurde durch die Zeitverhältnisse in hohem Grade erleichtert. Die Kriegsereignisse lenkten die Aufmerksamkeit von den innern Zuständen ab; die folgende Periode der Ermattung, wie sie jeder politischen Bewegung ungünstig war, so lähmte sie auch die Umtriebe des Episkopats. In der Summe der Beschwerden, die bei jedem Reichstage der Regierung vorgezählt wurde, fand sich auch der Posten der Fälschung des Religionsartikels, der Kränkung der Protestanten vor, ohne jedoch mit besonderem Nachdrucke betont zu werden. Erst auf dem Operatenreichstage wurde die Religionsfrage gründlicher besprochen. Die Stände**) verlangten die Abschaffung der Erziehungsreverse und schlugen als bindende Regel vor: Die Kinder folgen dem Bekenntnisse des Vaters. Die Magnatentafel erklärte sich aber gegen jede Aenderung der bestehenden Verhältnisse; vollends die Bischöfe geriethen in einen leidenschaftlichen Eifer und richteten vom Reichstage aus (23. März 1833) eine Repräsentation an den Kaiser, welche besser den Namen einer Schmähschrift gegen den Protestantismus verdiente.***) Es verstand sich in ihren Augen von selbst, daß das Reich durch die eingedrungenen „Ketzereien und gottlosen Lehren" in das tiefste Unglück gestürzt wurde und die Evangelischen an den inneren Parteiungen die Hauptschuld trugen. Sie kannten Kaiser Franz und wußten, daß der Vorwurf ewiger Unruhestiftung ihn gegen die Protestanten aufbringen werde, sie täuschten sich aber in der Hoffnung, daß er unmittelbar und unbedingt für die kirchlichen Interessen einstehen wolle. Der deutliche Wink: „Frieden und Einigkeit im Staate kann nur durch Glaubenseinheit erreicht werden"†) ließ ihn gleichgiltig, ebensowenig reizte seine Thatkraft der von den Bischöfen auf den westfälischen Frieden geschleuderte Fluch oder weckte seinen Ehrgeiz das Napoleon ge-

trusae, qualicunque vi extortae vel statim post initum matrimonium reclamatae reversales" für ungiltig erklärte, die Reverse selbst nicht als aufgehoben behauptete. Eine 2. Resolution vom 25. Sept. 1792 verschärfte noch den Befehl, die Reverse anzuerkennen.

*) Im 26. Artikel kommen folgende Worte vor: „contradictionibus dominorum cleri non obstantibus, imo iisdem in perpetuum nullum vigorem habentibus".

**) Acta Comitiorum. 1833. I. p. 70.

***) Eine vollständige Sammlung der Acten über den ungarischen Kirchenstreit findet sich bei Roskovány, de matrimoniis mixtis t. II. p. 427—751; t. III. p. 360—618.

†) „Per diversitatem religionum semina discordiarum in regno propullulare coeperunt. — Vera, durabilis unio in religionis unitate consistit".

spendete Lob.*) Der in der bischöflichen Repräsentation angeschlagene Ton zeigte bereits klare Spuren ultramontaner Einflüsse. Die späteren Ereignisse sollten noch unwiderleglicher den festen Zusammenhang der katholischen Hierarchie, die stramme Disciplin der kirchlichen Organe und die Gleichartigkeit der klerikalen Anschauungen, welche weder durch nationale Eindrücke, noch durch besondere politische Traditionen beirrt wird, offenbaren. Die Weisungen des römischen Hofes, den gemischten Ehen kräftigen Widerstand zu leisten, fanden auch im ungarischen Episkopat einen unbedingten Gehorsam; nicht die Friedensliebe, nicht die bessere Einsicht konnte verhindern, daß nun plötzlich die bisher giltige Uebung verdammt, eine unerhört strenge Regel an ihre Stelle gesetzt wurde. Und als der Kölner Kirchenstreit ausbrach, traten auch die ungarischen Bischöfe auf den Kampfplatz und entwickelten einen polemischen Eifer, daß es förmlich den Anschein gewann, als strebten auch sie nach der Märtyrerkrone. Die Interessen des römischen Hofes wurden dadurch namhaft gefördert. Ueber den einzelnen halsstarrigen Bischof konnte die Staatsgewalt hoffen den Sieg zu erringen, gegen die geschlossene kirchliche Macht erschien jede weltliche Regierung ohnmächtig. Nicht gefördert aber wurde der Landesfrieden, unbeachtet blieb die laute Stimme, die dringende Bitte des Volkes, welches sich in die altgewohnten Verhältnisse eingelebt hatte, gern wie bisher mit den evangelischen Nachbarn und Freunden Eintracht gewahrt hätte und nicht begreifen wollte, daß es Frieden und Ruhe einem fremden Interesse opfern solle.**) Einzelne ungarische Seelsorger konnten sich in den neuen ultramontanen Geist nicht finden und hielten an der alten duldsamen Sitte fest. Sie machten die kirchliche Einsegnung gemischter Ehen nicht von Erziehungsreversen abhängig, sie sträubten sich, in das Familienrecht gewaltsam einzugreifen.

Der Bischof von Neusohl, Joseph Belánszky, in josephinischen Anschauungen alt geworden, berief sich auf die seit einem halben Jahrhundert giltige Sitte, behauptete ihre wohlthätigen Folgen für den Familienfrieden, bestritt die Nothwendigkeit und das Bedürfniß einer Aenderung. Gegen den alten Mann wurde im Schooße des Curatklerus eine leidenschaftliche Agitation in das Werk gesetzt und zahlreiche, immer heftigere und gehässigere „Remonstrationen" an denselben gerichtet. Sie haben nicht nur im Tone unbewußt die epistolae obscurorum virorum gut nach-

*) „Quod fidenter nimis asseritur, ab inita pace Westphalica ceteris in regnis pacem vigere, lacrymae Catholicorum factaque indubitata historica contraria evincunt. In Germaniae regnis non tantum pressa sed plane oppressa fuit ecclesia catholica, ut adeo Napoleon necessarium esse existimaverit, catholicae religioni succurrere".

**) Aus den Acten ergiebt sich, daß vorzugsweise äußere Anregungen die polemische Haltung des ungarischen Episkopates hervorriefen und dieser eigentlich nur als Hilfstruppe, um den am Rheine geleiteten Hauptangriff zu unterstützen, auftrat. S. Roskoväny II. p. 661, 665, 676; III. 459.

geahmt, sondern auch in der Gesinnung den letzteren das Muster abgelauscht.

Belánszky wollte den Satz: das Civilgesetz muß der kirchenrechtlichen Bestimmung weichen, nicht anerkennen. Die anderen Bischöfe bewiesen sich gefügiger. Gegen den späteren Primas des Reiches, damals Bischof von Rosenau, Johann Scitowsky, reichte der Gomörer Comitat 1837 (Congregation vom 11. December) eine förmliche Beschwerdeschrift ein. Er klagte ihn der Erpressung von Erziehungsreversen entgegen dem Religionsartikel, der Nichtanerkennung der Gerichtsbarkeit des Comitates über geistliche Personen an und beschuldigte ihn ferner, päpstliche Bullen ohne Einholung des „placetum regium" verbreitet zu haben. Der Bischof rechtfertigte sich in einer langen Gegenschrift, aus welcher aber für jeden Unbefangenen die Richtigkeit wenigstens des ersten Anklagepunktes hervorgieng. Der Religionsartikel verbiete keineswegs die Erziehungsreverse, er verpflichte vielmehr den katholischen Klerus, solche zu fordern, indem er dem akatholischen Vater nur die Möglichkeit gewähre, die männlichen Kinder in seinem Glauben zu erziehen. Dadurch sei stillschweigend der katholischen Kirche das Recht zugestanden, auch die andere Seite der Möglichkeit, die katholische Erziehung zu verwirklichen. Uebrigens sei der Hang, die Kinder gemischter Ehen der evangelischen Lehre zu überliefern, so groß, die gemischten Ehen eine so reiche Quelle des Indifferentismus, daß es den katholischen Hirten nicht verargt werden könne, wenn sie der Verminderung ihrer Heerde nach Kräften zu steuern sich bemühten. Noch herausfordernder war das Benehmen des Bischofs von Großwardein, Franz Laicsák, in dessen Diöcese die Protestanten in dichten Haufen saßen, jeden Angriff auf ihr Bekenntniß auch tiefer fühlten und kräftiger zurückwiesen. In einem Pastoralschreiben (vom 15. März 1839) belegte er die gemischten Ehen geradezu mit dem kirchlichen Fluche und während bisher das Herkommen, gemischte Ehen ohne vorhergegangene Erziehungsreverse kirchlich einzusegnen, nur getadelt, nicht verboten worden war, stellte er zuerst die Regel der bloßen „passiven Assistenz" in solchen Fällen auf. Der ausgesprochene Fluch traf auch den Palatin, welcher gleichfalls in einer gemischten Ehe lebte, die getroffene Maßregel verdroß die Regierung, welche mit gutem Grunde die Zunahme der Aufregung fürchtete und die offenbare Ungesetzlichkeit des bischöflichen Befehles bekennen mußte. Der Palatin warnte und wies auf den bedrohten öffentlichen Frieden hin, die Regierung (27. April 1839) erinnerte an den Religionsartikel und bedrohte den widerspenstigen Klerus mit schweren Ahndungen. Die Bischöfe ließen sich nicht irre machen. Sie wußten, daß die Kölnischen Vorgänge jeden Fürsten von der Nachfolge in den Fußtapfen der preußischen Regierung abschreckten, eine günstigere Gelegenheit, alle seit einem Menschenalter aufgesparten Forderungen zur Geltung zu bringen, schwerlich kommen werde.

Unter diesen Verhältnissen wurde der ungarische Reichstag 1839 eröffnet. So rasch es der schleppende Geschäftsgang gestattete, kam die Religionsfrage auf die Tagesordnung, deren Erledigung die Instructionen der Deputirten — am eifrigsten jene des Biharer Comitats — an die Spitze ihrer Forderungen gestellt hatten. Ohne Streit und Kampf einigte sich die Ständetafel in dem Entschlusse, das Recht der katholischen Pfarrer auf Erziehungsreverse nicht anzuerkennen, dieselben für die Zukunft zu verbieten, die bisher ausgestellten für ungiltig zu erklären. Sie gewann ferner die Ueberzeugung, daß die Einmischung der Kirche und die beklagte Störung des öffentlichen Friedens nur durch kategorische, unbedingt bindende Bestimmungen, welchem Bekenntnisse Kinder gemischter Ehen angehören sollen, beseitigt werden könne. Während der Artikel 26, 1790/1, dem evangelischen Vater nur die Freiheit gestattete, die männlichen Kinder in seinem Glauben zu erziehen, trug die Ständetafel darauf an, daß die Kinder gemischter Ehen einfach der Religion des Vaters folgen müssen. Die Magnaten traten den Vorschlägen der Ständetafel großentheils bei und gaben einem Gesetzentwurfe ihre Zustimmung*), nach welchem die Reverse von nun an aufgehoben, die Kinder aus nicht eingesegneten gemischten Ehen für legitim erklärt, die Trauung von dem Seelsorger des Bräutigams vorgenommen und alle Kinder in der Religion des Vaters erzogen werden sollten. Bereits in der Magnatentafel widersetzten sich die Bischöfe diesem Beschlusse auf das Heftigste, sie wiederholten ihre Beschwerden und Klagen über den parteiischen Gesetzentwurf, über die gewaltsame Bedrückung der friedliebenden Kirche in mehreren Repräsentationen an den König und ließen durch den Primas eine feierliche Verwahrung des geistlichen Standes (6. Mai) gegen das Gesetz, ähnlich wie gegen den Religionsartikel vom J. 1790/1, auf dessen Giltigkeit sie sich übrigens jetzt beriefen, verkündigen. Diese Streitigkeiten füllten die letzten Sitzungen des Reichstages aus; er wurde (11. Mai) aufgelöst, ohne daß die Religionsfrage eine Erledigung gefunden hätte. Der Kampf wurde nun in die einzelnen Jurisdictionen verlegt und loderte beinahe in allen Comitaten gleichzeitig empor.

Der Primas des Reiches eilte gleich nach dem Schlusse des Reichstages (10. Juni 1840), durch einen Pastoralbrief den kirchlichen Eifer des Klerus wach zu erhalten; eine gleichlautende Instruction sämmtlicher Bischöfe an die Pfarrer**) sollte, ehe sich die öffentliche Meinung zu regen die Zeit gefunden, eine feste Praxis schaffen und allen späteren Verwahrungen und Angriffen den Schild vollendeter Thatsachen entgegen-

*) Projectum articuli, nuncio c. Sess. 56. die 9. nov. 1839 adnexum und Projectum legis consensu utriusque tabulae R. M. substratum dd. 7. maii 1840.

**) Literae pastorales una cum instructione ad clerum curatum dd. 2. iulii 1840 dimissae. Eine ausführlichere Instruction folgte am 16. Nov. 1840.

halten. Die Pfarrer wurden daran erinnert, daß die katholische Kirche alle gemischten Ehen eigentlich verdamme und nur, um einen „größeren Skandal zu vermeiden", dulde; sie wurden angewiesen, die gemischten Ehen nur nach empfangenen Erziehungsreversen kirchlich einzusegnen, im entgegengesetzten Falle eine Art von Civiltrauung anzuordnen, welche aber merkwürdiger Weise doch die Pflichten einer sacramentalen Ehe nach sich ziehen sollte. Die Kirche spendete nicht den Segen, erwartete aber trotzdem die Wirkungen des Segens. So hastig der ungarische Episkopat aber auch vorgieng, die heftigste Erschütterung der öffentlichen Meinung, eine beinahe alle Comitate durchlaufende Agitation konnte er nicht verhindern. In der Congregation des Pesther Comitates (27. August) wurde jeder Pfarrer, welcher die Einsegnung gemischter Ehen verweigerte, mit einer Geldbuße von 600 Gulden bedroht. Seinem Beispiele folgten die meisten anderen Jurisdictionen. Die Borsoder Comitatsversammlung hielt über einen Pfarrer ein förmliches Standgericht ab, als dieser es wagte, die Maßregeln der Bischöfe zu vertheidigen, und behandelte einen jeden solchen Versuch als eine straffällige Verletzung der Comitatsehre; in der Abaujvarer Gespanschaft wurde über den Pfarrer von Kaschau aus dem gleichen Grunde eine Fiscalaction verhängt. Nur zwei Comitate*) nahmen für die Bischöfe Partei. Daß aber die letzteren nur in dem vom Primas abhängigen Graner Comitate und in der von wenigen Adelichen bewohnten Zips einen größeren Anhang gewinnen konnten, bewies am deutlichsten, wie wenig volksthümlich und den Landesverhältnissen entsprechend ihr Verfahren in Ehesachen war.**)

Wirkungslos verhallten diese einzelnen beifälligen Stimmen gegen die allgemeine Forderung des Widerrufes der letzten Verordnungen und der Abdankung der Bischöfe vom Amte, welches sie im Geiste der Constitution zu verwalten nicht verstanden. Der sichtliche Ernst der Comitatsversammlungen, die offenbare Willfährigkeit der Gerichtshöfe, die ultramontanen Pfarrer zu strafen, die steigende Verbitterung im Volke übte doch auf einzelne kirchliche Kreise Eindruck. Den Ruhm tapferer Vertheidigung der römischen Rechte mochte vielleicht die Bischöfe gewinnen, aber die schweren Kosten desselben hätten gewiß die kleinen Dorfpfarrer allein tragen müssen. Auch in den Wiener Hofkreisen stiegen allmälich große Bedenken auf. Es handelte sich diesesmal nicht um irgend einen krausen, dunkeln Verfassungspunkt, dessen Sinn und Werth nur der geschulte Politiker enträthseln konnte, sondern um eine greifbare Sache, um ein

*) Die Preßburger Comitatscongregation verhielt sich neutral, reponirte die Sendschreiben des Pesther Comitats, that aber auch keinen Schritt zu Gunsten der Bischöfe.

**) Bischof Lonovics in seinen an den römischen Stuhl gerichteten Denkschriften (Roskovány III. p. 475) giebt selbst die Werthlosigkeit der Graner und Zipser Zustimmungsadressen zu.

allgemein verständliches Volksrecht. Die Agitation griff weit über die privilegirten Kreise hinaus; sie vereinigte nicht allein alle Klassen der Bevölkerung in Ungarn, sondern bereitete auch eine Annäherung an die Bewohner der alten Erbländer vor. Denn auch hier begann der ultramontane Geist sich zu regen und an den hergebrachten Ehegewohnheiten zu rütteln. Dadurch, daß die Regierung sich anfangs auf den josephinischen Standpunkt stellte*), verwirrten sich die Geister und wurde der Widerstand gegen die kirchlichen Neuerungen geradezu gerechtfertigt. Die Klagen der hier wenig zahlreichen Protestanten hatten zwar an sich kein großes Gewicht. Es stellten sich aber auch die gebildeten Katholiken, stets beflissen, die Angriffe gegen die ultramontane Partei zu unterstützen, auf ihre Seite und bewirkten, daß nicht von dem Gegensatze eines einzelnen Bekenntnisses, sondern von jenem der öffentlichen Meinung überhaupt gegen die Politik der Kirche gesprochen werden durfte. Um so dringender fühlte die Regierung die Pflicht, die Bewegung einzudämmen und in Ungarn wenigstens ruhigere Zustände herbeizuführen. Der Hof und die Bischöfe einigten sich im Sommer 1840 in dem Entschlusse, mit der römischen Curie Unterhandlungen zu eröffnen. Die Einen hofften auf einen festen Rückhalt, welcher ihre Verantwortlichkeit mindern würde, der Andere erwartete wenigstens in einzelnen Punkten Nachgiebigkeit, Alle wünschten während der Dauer der Verhandlungen einen Waffenstillstand. Mit der Leitung derselben wurde der gewandteste und geschmeidigste unter den ungarischen Kirchenfürsten, der Csanader Bischof, Joseph Lonovics, betraut. Er trat vorsichtig auf, stellte keine scharfen Forderungen, erklärte sich vielmehr mit den Grundsätzen, welche am römischen Hofe galten, vollständig einverstanden und spendete ihren Repräsentanten in Ungarn, wie dem Bischofe von Großwardein das reichste Lob. Nur um des lieben Friedens willen und weil nun einmal in Ungarn die Regeln der Verfassung nicht gänzlich umgestoßen werden könnten, bat er um eine Milderung der Praxis. Könnte nicht die Giltigkeit des Breve's, welches Pius VIII. (25. März 1830) für die rheinische Kirchenprovinz erlassen hatte, auch auf Ungarn ausgedehnt werden? Dadurch würde mindestens eine gewisse Gleichförmigkeit in der Behandlung der Ehesachen erzielt werden, während gegenwärtig in jeder Diöcese andere Vorschriften herrschten. Die Sicherung der Kinder gemischter Ehen für das Reich der katholischen Kirche sei allerdings nothwendig und wenn die Eltern keinen Erziehungsrevers unterschrieben, die bloße passive Assistenz des Pfarrers gewiß gerechtfertigt. Man möge aber nur die geistige Rohheit der un-

*) Z. B. im Erlasse der oberösterreichischen Regierung vom 20. März 1838. Interessant ist die Wahrnehmung, wie sich die Ansprüche des Episkopates steigern, wenn man die Hirtenbriefe aus dem Anfange der dreißiger Jahre mit jenen vergleicht, welche die Bischöfe von Linz, Gurk, S. Pölten 1838 und 1839 veröffentlichten.

garischen Bevölkerung bedenken und sich fragen, ob, was passive Assistenz sei, von derselben verstanden, ob sie überhaupt verwirklicht werden könne. In unzähligen Fällen müsse der Pfarrer belehrend auftreten, das Brautpaar erst über das Wesen der Ehe aufklären, selbst das einfache Ja oder Nein ihm vorsagen; er vertausche also unwillkürlich seine passive Gegenwart mit einer thätigen Rolle.*) Lonovics wußte, daß namentlich der Befehl passiver Assistenz die größte Erbitterung in Ungarn hervorgerufen habe. Indem er von derselben ein recht schwarzes Bild ausmalte, die Schwierigkeiten, jenem Befehle nachzukommen, die Gefahren seiner Durchführung für die Kirche nachwies, hoffte er von der Curie das Zugeständniß zu erpressen, welches ungarische Staatsmänner als das beste Beruhigungsmittel empfohlen hatten: Die Giltigkeit einer gemischten Ehe sollte nicht durch ihren Abschluß vor dem katholischen Pfarrer bedingt, die Einsegnung durch den akatholischen Seelsorger gleichfalls anerkannt werden. Dem ebenso klugen wie zähen Gesandten gelang es in der That, wenn auch nicht ohne große Mühe, einen günstigen Bescheid zu erwirken. Die päpstliche Curie verstand sich zu den Forderungen, welche Lonovics im Namen der Regierung und des Episkopates gestellt hatte.**) Die Erwartung, nachdem auf diese Weise die friedliche Lösung des so bitter geführten Streites vorbereitet war, die Ruhe werde im Volksgeiste wiederkehren, wurde nicht erfüllt. Der Kampf hatte zu lange gewährt, als daß die Leidenschaft sich gleich hätte legen können; dann aber war in der Zwischenzeit mit dem politischen Leben eine wichtige Veränderung vor sich gegangen. Das Organ der politischen Bewegung waren nicht mehr die Comitatsversammlungen, nur in längeren Zwischenräumen wiederkehrend und unter sich in einem dürftigen Zusammenhange, sondern die Zeitungen, welche dem Lande einen stetigen Strom anregender Gedanken zuführten, die Bewegung der Geister dauernd unterhielten und die öffentliche Meinung centralisirten.

Kossuth, durch die Amnestie vom 29. April 1840 aus dem Kerker befreit, nahm den Plan, welchen er in seiner Manuscriptzeitung, den „Munizipalnachrichten" (törvény-hatósági tudositások) mit unzulänglichen Mitteln begonnen hatte, im Jahre 1841 wieder auf und trat, auf ein

*) Lonovics wußte dieses Bekenntniß mit dem magyarischen Nationalstolze zu versöhnen, indem er die Barbarei auf die slawischen und romanischen Bewohner Ungarns schob: „Si ruricolae ac praesertim copiosissimi in Regno Slavi, Rutheni ac Valachi, homines passim extreme rudes, imperiti ac prope elingues provisione passivae assistentiae matrimonialiter coniungendi fuerint, consensum suum matrimonialem, attenta etiam naturali sponsarum verecundia vix idonee in multis casibus declarare poterunt, nisi huius eliciendi formam parochus eos praevie docuerit, aut sub ipso actu verba praeeundo ipsorum imbecillitati subvenerit."

**) Vgl. Breve Gregorii XVI ad Primatem R. Hungariae dd. 30. April. 1841 und Instructio Card. Lambruschini vom gleichen Datum.

mächtiges Patronat gestützt, an die Spitze des Pesti Hirlap (Pesther Zeitung). Schon die Neugierde, wie wohl das Blatt beschaffen sein werde, dessen Dasein der furchtsamen Regierung mühselig abgetrotzt worden war, führte die allgemeine Aufmerksamkeit demselben zu. Sie verwandelte sich in Theilnahme, als man die unerschrockene Kühnheit der Angriffe gegen den Hof und seine Anhänger, die nicht minder rückhaltlose Kraft der Vertheidigung der nationalen Rechte gewahrte und alle populären Wünsche und Forderungen, alle volksthümlichen Sympathien und Antipathien hier mit jenem bestechenden Wortprunke und orientalischen Feuer vorgetragen und vertreten sah, welche nun einmal auf den magyarischen Geist einen unwiderstehlichen Eindruck üben. Und als dann vollends Aurel Dessewffy ein besonderes Organ (Világ) herausgab, um Kossuth zu widerlegen, als Széchenyi in dem berühmten Buche: Das Volk des Ostens (Kelet Népe) Kossuth den Fehdehandschuh entgegenschleuderte, Eötvös ebenso kräftig und beredt für Kossuth und den Pesti Hirlap sich erhob, die ersten Männer des Landes an dem ernsten, würdigen Kampfe sich betheiligten, da war die Macht der Zeitungspresse anerkannt, das Ansehen Kossuth's festbegründet. Noch lange Jahre nachher blickte der ungarische Patriot mit wehmüthiger Sehnsucht auf diese Zeit zurück, er verglich sie mit der schönen Blüthe des französischen Parlamentarismus während der Restaurationsperiode und fand in ihr der politischen Reife Ungarns das glänzendste Zeugniß ausgestellt. Die Gegner wuchsen förmlich im Kampfe; ihre Waffen, je länger im Gebrauche, wurden desto feiner im Schliffe und edler in der Form. Sie malten den Feind nicht als einen Riesen Goliath, sie übertrieben nicht seine Stärke, um das Verdienst ihres Sieges wunderbarer leuchten zu lassen, sie waren der eigenen Kraft wohl bewußt und von der großartigen Bedeutung des Streites vollständig durchdrungen. Széchenyi allein, dessen persönliche Interessen auf dem Spiele standen, entschlüpfte hier und da ein Ausdruck des Unmuthes, ihn verleitete zuweilen der Aerger, seine Verdienste um das Vaterland nicht gebührend gewürdigt zu sehen, zu einer herben Antwort, so wenn er Kossuth seine frühere Kerkerhaft vorwarf, eine absichtliche Reizung der Volksphantasie durch das Vorhalten bestechender, aber unmöglicher Zukunftsbilder behauptete. Széchenyi allein wurde das eine und das andere Mal von einer bangen Furcht ergriffen über den Ausgang dieser Kämpfe, über die Zukunft seiner Heimat. Er selbst raffte sich doch immer wieder zu neuen Hoffnungen auf und die Andern vollends verfolgten die Wechselfälle des Zeitungskrieges mit einer so gespannten Aufmerksamkeit, daß sie darüber jede Sorge für die Zukunft vergaßen. Dachten sie an dieselbe, so entfaltete sich vor ihren Augen ein farbenhelles Bild. Durfte sich doch Ungarn eines auserlesenen Kreises erfahrener Staatsmänner, geschäftskundiger Politiker rühmen und mit gutem Grunde die Kämpfer aller Parteien als ehrliche Patrio-

ten preisen, welche bei allem persönlichen Ehrgeize doch das allgemeine Wohl aufrichtig förderten.

Die späteren Ereignisse haben dem entgegengesetzten Urtheile Eingang verschafft und auf Kossuth und sein Organ, sowie auf seine Bundesgenossen unter den Magnaten, ja selbst auf seinen Gegner Széchenyi die Schuld der gewaltsamen Umwälzung des Bestehenden, der vollständigen Vernichtung der alten Constitution zu wälzen verleitet. Es muß aber doch nicht die dämonische Natur des einen oder anderen Parteiführers, wie vielfach behauptet wurde, das harte Schicksal über Ungarn heraufbeschworen haben, wenn mit dem gleichen Scheine des Rechtes Männer entgegengesetzter politischer Anschauung dafür verantwortlich gemacht werden konnten. Rechts und links tauchten widerspruchsvolle Pläne auf, hier und dort befand man sich in einer schiefen Stellung zur herrschenden Verfassung. Wäre die letztere haltbar gewesen, schwerlich hätte sich das seltsame Schauspiel zugetragen, daß Verfassungsfreunde die Constitution zum Wanken brachten, jeder Versuch, sie zu befestigen und zu entwickeln, das Gegentheil bewirkte. Wie klar und folgerichtig waren die Einwürfe A. Dessewffy's gegen Kossuth's Bestrebungen gedacht. „Wenn die Befugnisse der Comitatsversammlung so sehr ausgedehnt werden, daß sie in die Rechte des Reichstages einschneiden, wenn gleichzeitig in 52 gesetzgebenden Körpern politische Experimente angestellt werden, wie kann man dann noch die Erhaltung der staatlichen Einheit hoffen, was bleibt dem Reichstage an Thätigkeit Besseres übrig, als das Registriren der Comitatsbeschlüsse?" Er vergaß aber, daß der Wiener Hof die gleiche Erniedrigung des Reichstages anstrebte und nur die geringe Macht des letzteren zu dem übertriebenen Cultus der Municipalfreiheiten verführte. An der großen Zahl der Comitatsversammlungen, so hoffte man, werde sich die Macht der Regierung brechen, dort die öffentliche Meinung die Stimme des Volkes ungehinderter beherrschen. Dessewffy sprach im Namen einer conservativen Partei, welche nur in seinem Innern als Ideal lebte, am wenigsten von den Anhängern der Regierung verkörpert wurde. Diese brachten vielmehr das Volk in einen dauernden Nothstand und reizten dessen Vertreter zu einseitigen Schritten.

Nicht minder treffend war Széchenyi's Urtheil über Kossuth. Dieser strebe unausführbaren Dingen nach und nähre dadurch die Unzufriedenheit im Volke, er ziehe die Nation von den praktischen Interessen ab, thue nichts für die Kräftigung des Güterlebens, schwäche dagegen die politische Macht des Reiches, indem er zwischen die einzelnen Ständeklassen Zwietracht säe und im leidenschaftlichen Kampfe nicht allein veraltete Privilegien, sondern auch verfassungsmäßige Rechte verfolge. In Széchenyi's politischen Schriften spielte aber die Phantasie ebenfalls eine große Rolle und für die Beschreibung glänzender Fernsichten besaß er, wie sein Gegner, eine größere Geschicklichkeit, als für die Bestimmung, was zunächst seinem

Vaterlande fromme. Die einzelnen Maßregeln, welche Széchenyi zur Hebung des Handels und des materiellen Reichthumes vorschlug, konnten die politischen Reformen nimmermehr ersetzen, den Volksgeist, der sich kühnen Idealen um so rückhaltloser hingiebt, eine je geringere wirkliche Freiheit er genießt, nicht befriedigen. Széchenyi hatte auch politische Wünsche. Die ungarische Constitution in das Geleise der englischen Verfassung zu bringen, das unleugbar starke aristokratische Element Ungarns durch große politische Aufgaben lebendig zu erhalten, die Magnatentafel in eine Pairskammer zu verwandeln, durch die Stiftung ansehnlicher Fideicommisse die unhaltbare Aviticität zu ersetzen und die allzurasche Beweglichkeit des Grundbesitzes zu verhindern — so ungefähr lautete Széchenyi's, leider niemals scharf umschriebenes und klar dargelegtes politisches Programm. Man sieht, dasselbe war nicht engherzig gefaßt, den Bedürfnissen des Landes nicht widersprechend; es besaß aber den schlimmsten Fehler eines Reformplanes, es kam zu spät.

Von den Reichsständen war die Kraft, politische Veränderungen anzuregen, gewichen, jedenfalls die Macht, ihre guten Vorsätze durchzuführen, ihnen abhanden gekommen. Diese Ueberzeugung theilte auch Széchenyi, sonst hätte er nicht auf die freie Association als das einzige Mittel, die Verfassungsschäden zu heilen, hingewiesen. Nur eine Körperschaft, welche aus der Constitution Leben und Mark schöpfte, hatte das Interesse, die politischen Reformen innerhalb der Grenzen der Verfassung zu halten, die letztere zu bessern, aber ja nicht bei Seite zu schieben oder wohl gar zu stürzen. So lange die Action ausschließlich vom Reichstage und den Comitaten ausging, war die Furcht vor Uebergriffen oder wohl gar gewaltsamen Umwälzungen unbegründet. Erst als außerhalb der gesetzlich constituirten Corporationen die Bewegung um sich griff, als die öffentliche Meinung sich ausschließlich durch Zeitungsurtheile bestimmen ließ und der Parteikampf aus den Reichstagsräumen in die Zeitungsspalten verpflanzt wurde, drohte dem ruhigen Bestande der alten Verfassung eine wirkliche Gefahr. Nachdem dieselbe so viele Menschenalter hindurch gegen die Angriffe der Regierung vertheidigt worden war, mußten ihr aus den Reihen der Vertheidiger, aus dem Schooße des Volkes selbst die schärfsten Gegner erwachsen. Das Verhängniß wurde über Ungarn nicht etwa durch die besondere Natur der Anschauungen Kossuth's heraufbeschworen. Der Umstand an und für sich, daß ein einfacher Journalist eine so große Macht in seinen Händen ansammeln und seinen Urtheilen ein ähnliches Gewicht wie ständischen Beschlüssen aufdrücken konnte, deutete den Umschwung der Verhältnisse an und beschleunigte die Erfüllung des Schicksales, welches wenige Jahre später das Reich ereilen sollte. Ungarn war bisher der politischen Agitation keineswegs fremd geblieben. Blieben die Bitten oder Forderungen des Reichstages unerhört, so erhoben sich in den Comitatsversammlungen die

mahnenden und drohenden Stimmen. Jetzt übernahm ein einzelner Mann diese Rolle, und darin und in der weiteren Thatsache, daß in den Congregationen sein Ruf nur wiederhallte, liegt die große Neuerung. Kossuth war in einer trefflichen Agitationsschule gebildet worden. Mit jugendlicher Begeisterung hatte er die polnische Revolution 1830 begrüßt, nicht allein die allgemeine menschliche Theilnahme für sie bereit gehalten, sondern auch in seinen politischen Anschauungen sich durch dieselbe bestimmen lassen. Alle Schritte seines heimatlichen Comitates zu Gunsten der Polen fanden an Kossuth einen eifrigen Vertheidiger, der Glauben an den festen Zusammenhang der ungarischen und polnischen Interessen einen treuen Anhänger. Hier lernte er die zauberische Gewalt der nationalen Ideen kennen und die Vortheile für die politische Thätigkeit begreifen, welche aus der geschickten Behandlung der Volksleidenschaften gewonnen werden können. Seine privaten Erfahrungen in den nächstfolgenden Jahren zeigten ihm die Schwierigkeit, sich unter den bestehenden Verhältnissen für öffentliches Wirken und politisches Handeln einen weiteren Raum zu öffnen, die durch mehrere Jahre eingeathmete Kerkerluft stärkte nicht seine Liebe zur alten Constitution, welche der Macht entbehrte, die Freiheit des einzelnen Bürgers zu schirmen. So trat Kossuth an die Spitze des Pesti Hirlap: stark in den Künsten, die öffentliche Meinung an sich zu fesseln, fruchtbar in dem Auffinden der Mittel und Wege, sich zahlreiche Bundesgenossen zu schaffen, beharrlich in der Vertheidigung der persönlichen Rechte und der individuellen Freiheiten, entfremdet jedoch der eigentlichen Verfassungspolitik, unfähig, eine folgerichtige Reform der Constitution zu vertreten. Ein klares und bestimmtes Programm hatte er weder für sich selbst entwickelt, noch ließ es sich aus seiner Zeitung herauslesen. Den Staatsmann drängte der Agitator zurück, dem augenblicklichen Erfolge, dem unmittelbaren Siege wurde die Zukunft der Verfassung ohne Zögern geopfert. Trotz aller Feindseligkeit gegen Széchenyi schwärmte doch auch Kossuth für des ersteren Lieblingsidee, die nationale Kraft in der Hauptstadt zu centralisiren; er weckte nicht die Baulust, er stiftete nicht gesellige Vereine, er zog nicht den Reichthum und den Gewerbfleiß nach Pesth, aber er suchte durch die Presse von der Hauptstadt aus das Land zu beherrschen und dem Pesther Comitate die Rolle eines Mustercomitates, nach welchem alle anderen sich zu richten hätten, zu verschaffen. Trotz der Neigung Kossuth's zu demokratischen Einrichtungen, trotz des sichtlichen Einflusses des westeuropäischen Liberalismus auf seine Grundsätze, fanden dennoch die Privilegien des ungarischen Kleinadels in ihm keinen schroffen Gegner, im Gegentheile behandelte er dieselben mit schonender Duldsamkeit und unerschöpflicher Nachsicht, ähnlich wie er die Comitatsverfassung und die Municipalfreiheiten des Königreiches mit Feuereifer vertheidigte, obgleich ihm schwerlich entgehen konnte, daß dieselben nur noch als Mißbräuche

bestehen und mit dem modernen Leben, das er doch dem ungarischen Reiche einhauchen wollte, nicht vereinbar sind. Je nachdem man das eine oder das andere Blatt des Pesti Hirlap zur Grundlage des Urtheiles nahm, konnte man Kossuth als einen Enthusiasten für die nordamerikanische Verfassung, als einen Anhänger der französischen Gleichheitslehren, als einen Schüler süddeutscher Liberalen betrachten; für jede Richtung bot seine Zeitung hinreichende Zeugnisse. Während er das eine Mal die ständische Opposition durch seine schroffen Pläne in Schrecken setzte und jeder Schranke des Gesetzes und des Herkommens zu spotten schien, stand er ein anderes Mal zu nicht geringer Verwunderung liberaler Freunde bei den Conservativen. Daher konnte Kossuth bei allem Einflusse, den er auf das magyarische Volk übte, bei aller Macht über die öffentliche Meinung weder eine bestimmte politische Partei gründen, noch konnten die bestehenden Parteien auf die Dauer mit ihm zusammengehen. Im Laufe der Jahre sah man fast alle Staatsmänner und Volksführer sich Kossuth nähern und von ihm abwenden, ihm zur Seite kämpfen und dann wieder den Angriff gegen ihn richten, und was seine Stellung am besten charakterisirt: Den größten Verehrer, einen enthusiastischen Anhänger gewann er in Wesselényi, der aus seiner Gräfenberger Verbannung zurückgekehrt widerstandslos sich Kossuth ergab, mit seinem früheren Ideale Széchenyi vollständig brach und bis zum Jahre 1848 förmlich das Priesteramt des Kossuthcultes verwaltete. Wesselényi erkannte in dem Herausgeber des Pesti Hirlap die Züge der eigenen Natur verjüngt und verklärt wieder und verliebte sich natürlich in das lockende Spiegelbild. Der turbulente Magnat, der die Siebenbürger Verfassung als veraltet und unbrauchbar verdammte, der Vereinigung des Großfürstenthums mit Ungarn leidenschaftlich das Wort redete, das Recht dazu aber auf die veraltetste und unbrauchbarste Verfassungsbestimmung, auf das Princip der Aviticität gründete, der unermüdliche Agitator in den Congregationen, welcher die Schwächung der Administration als das Ideal liberaler Zustände bezeichnete und am liebsten jede einzelne Gespanschaft mit voller Souverainetät ausgestattet hätte, war im Grunde von Kossuth nicht zu unterscheiden, mochte auch in der Form des Auftretens, in der Wahl der Waffen die Zeit, die ungleiche Abstammung, die verschiedene Bildungsstufe der beiden Männer eine große Veränderung herbeigeführt haben. Kossuth konnte mit Recht als eine Uebersetzung Wesselényi's in die moderne Sprache geschildert werden.

Das Widerspruchsvolle und Folgewidrige in Kossuth's politischen Anschauungen wäre wohl frühzeitig enthüllt worden, wenn nicht die Mehrheit der ungarischen Politiker in ähnlich unklaren Meinungen sich bewegt und wenn nicht Kossuth mit dem Einsatze seiner vollen Kraft die Herrschaft der magyarischen Nationalität vertheidigt und dieselbe als das letzte Ziel bei allen seinen Plänen behauptet hätte. Was im Namen

der magyarischen Nationalität geschah, das galt selbstverständlich als richtig und durfte gewiß sein, daß sich kein lauter Widerspruch dagegen erheben werde. Durch den Anschluß an die in allen Kreisen beliebte nationale Agitation gewann Kossuth erst die volle Stärke. Er begnügte sich nicht allein, in der Sprachenfrage, in dem Streite über die Ausdehnung der kroatischen Municipalrechte, in dem Kampfe gegen die Wiener Regierung, die wahren oder vermeintlichen Rechte seiner Nation zu vertheidigen, im Maße der Forderungen, in der Energie des Ausdruckes alle anderen Führer zu übertreffen, er verpflanzte die nationale Agitation auch auf ein Gebiet, von welchem sich dieselbe bisher ziemlich fern gehalten hatte, von welchem sie verständiger Weise stets hätte fern bleiben sollen — auf das Gebiet der Volkswirthschaft. Auf Originalität konnten Kossuth's national-ökonomische Pläne keinen Anspruch erheben; sie waren ein Abklatsch der Lehren Friedrich List's, welche in Ungarn überhaupt eine große Theilnahme fanden und insbesondere den leicht erregbaren Geist Kossuth's vollständig gefangen nahmen. List's Betonung der nationalen Form der Arbeit, seine Bemühungen, den Handel und die Industrie zu Stützpunkten für die nationale Einheit und die politische Größe Deutschlands auszubilden, erschienen Kossuth auch in Ungarn anwendbar, der Satz des deutschen Nationalökonomen: „Jedes Land bleibt in seiner Bedeutung und Macht zurück, welches nur Rohproducte verhandelt" gab ihm den Schlüssel zum Verständniß der Schwäche Ungarns und des geringen Erfolges der liberalen Bestrebungen. Ungarn mußte ein Industriestaat werden, durch ein nationales Handelssystem seine Selbständigkeit sichern. Ohne Schutzzölle würde sich Ungarn niemals aus seiner ärmlichen Rohheit heben, ohne strengen Abschluß gegen das Ausland nicht die von allen Seiten bedrohte magyarische Nationalität retten. „Die Hauptbedingung unseres Daseins liegt in unserer Nationalität, welche ein Asyl gefunden hat in den niederen Hütten des Volkes und in den strohbedeckten hölzernen Häusern des kleinen Adels, der jetzt zum Lohne dafür, daß er die Nationalität gerettet hat, von einigen frechen Stimmen für eine Heerde Rindvieh ausgeschrieen wird. Ohne sie kann das Volk, welches in diesem Lande wohnt, sehr reich sein, aber es ist — keine ungarische Nation. Wir sind eine ungarische Nation und wollen es bleiben, wir hören aber auf es zu sein, wenn wir uns im Handel und in der Arbeit von Fremden beherrschen lassen." Bei der Gelegenheit, als über den Anschluß Oesterreichs an den deutschen Zollverein in verschiedenen Zeitungen verhandelt wurde (1841), trat Kossuth zuerst mit seinem nationalen Schutzzollsystem auf. Er ließ dem deutschen Zollvereine alle Gerechtigkeit widerfahren, pries seine Stiftung als den richtigen Weg, auch die politische Einigung der deutschen Nation zu erobern, erklärte aber aus diesem Grunde den Beitritt Ungarns für einen Selbstmord. „Schon gegenwärtig ist die gewerbtreibende Bevölkerung

Ungarns größtentheils deutsch, würde unser Vaterland sich an den deutschen Zollverein anschließen und der letztere mit seinem ungeheueren moralischen Gewichte jene unterstützen, so wäre kein Gott im Stande, den Ungar von der Gefahr, absorbirt zu werden, zu erlösen." Ungarn kann und soll die Grundsätze, welche den Stiftern des Zollvereins vorschwebten, im eigenen Lande zur Anwendung bringen, durch Schutzzölle sich sicheru, darum aber auch mit dem Aufgebote der äußersten Kraft die Forderung des Anschlusses zurückweisen; denn für Ungarn ruft der deutsche Zollverein die entgegengesetzten Folgen von jenen hervor, welche er in Deutschland übt. Hier bedeutet er ein Schutzzollsystem, dort würde er die Herrschaft des Freihandels wecken; in Deutschland begünstigt er das nationale Leben, in Ungarn würde er dasselbe ertödten. Den in Zeitungsartikeln begonnenen Kampf auf praktischem Boden fortzusetzen, dazu bot sich zunächst kein Anlaß. Der Plan, den deutschen Zollverein auf den Kaiserstaat auszudehnen, wurde nicht weiter gesponnen, damit fiel auch der Anlaß für Kossuth weg, Gegenmaßregeln vorzuschlagen, seine Abneigung gegen jede engere Gemeinschaft mit den deutsch-österreichischen Provinzen, seine Vorliebe für einen unmittelbaren Verkehr mit Großbritannien*) weiter zu bethätigen. Immerhin streute er durch sein Wort eine fruchtbare Saat und weckte unter seinen Landsleuten ein früher nicht bemerktes Interesse für ökonomische Fragen. Auch sonst zeigte sich der Einfluß Kossuth's und des magyarischen Zeitungswesens auf die öffentliche Meinung von Tag zu Tag in gesteigerter Weise. Auf politische Theorien wurde in den Comitatsversammlungen allmälich ein größeres Gewicht gelegt, als auf die Traditionen der Verfassung; in bunter Reihe, wie sie es den täglich auf frische Anregung bedachten Zeitungen abgeschaut hatten, brachten die Congregationen politische Neuerungen und Aenderungen zur Verhandlung und zum Beschlusse. Mangel an Zusammenhang lastet noch als geringster Vorwurf auf denselben; die politischen Führer traten nicht selten so auf, daß der Verdacht entstehen mußte, die Bewegung zu schüren und die Agitationsmittel zu sammeln liege ihnen mehr am Herzen, als eine bestimmte Reform durchzuführen und das Ziel, welchem die Bewegung galt, zu erreichen. Die Magyaren hörten es gern, wenn man ihren politischen Verstand, ihre Gewandtheit in der Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten pries, selbst Gegner mußten die gute Wirkung des altgewohnten Verfassungslebens auf die politische Tüchtigkeit des Einzelnen einräumen. Jetzt begannen selbst wackere Pa-

*) Zu wiederholten Malen kommt Kossuth im Pesti Hirlap darauf zurück, daß der Anschluß an den Zollverein gleichbedeutend sei mit dem gänzlichen Ausschlusse Englands, der englische Markt jedoch für die ungarischen Producte eine größere Bedeutung besitze, als der deutsche, und entlehnt von diesem Satze ein Hauptargument gegen die Zolleinigung mit Deutschland.

trioten daran zu zweifeln. Die berühmten zwölf Szathmarer Punkte, spottweise die Szathmarer Charte getauft, hatte wahrlich nicht reifer politischer Verstand, sondern eine wild treibende Phantasie eingegeben. Im Szathmarer Comitate hatte der Adel (1841) die Instruction für die Deputirten am nächsten Reichstage in zwölf Punkte zusammengefaßt, welche nichts weniger als die Grundlage einer neuen demokratischen Verfassung Ungarns bezweckten und die bestehenden Verhältnisse einfach als nicht vorhanden betrachteten. Auch die sprichwörtliche Anhänglichkeit der Ungarn an den Reichstag schien nicht mehr lebendig. Wie hätte sonst im Pesther Comitate der Beschluß gefaßt werden können, auf eigene Faust ein neues Gerichtsverfahren einzuführen und innerhalb des Pesther Gerichtssprengels das Institut der Geschworenen einzubürgern? Hieß dieses nicht den Rechten des Reichstages Hohn sprechen und die Verfassung atomisiren? Der Beschluß des Comitates wurde von der Regierung cassirt; aber die schlimme Wirkung wurde nicht aufgehoben, daß Verfassungstreue und liberale Gesinnung nicht mehr regelmäßig zusammengingen, die Parteien immer mehr den gemeinsamen Boden verloren. Während die Einen über die beschränkten Constitutionellen spotteten, welche „mit dem corpus iuris in der Hand das Vaterland retten wollten", polterten die Anderen wieder über die „neufränkischen Sansculotten", welche ohne politische Erfahrung das Land ihren wüsten Träumen opferten.

Unter diesen Umständen konnte man auf den Reichstag, welcher verfassungsmäßig im Jahre 1843 zusammentreten mußte, keine großen Hoffnungen setzen. Er versprach wohl stürmisch, nicht aber fruchtbar zu werden. Seine Natur kündigte sich bereits deutlich in den Comitatsversammlungen an, auf welchen die Instructionen für die Deputirten verfaßt und die letzteren selbst gewählt wurden. Es fehlte nicht an volltönenden liberalen Schlagwörtern, desto mehr leider an patriotischer Opferwilligkeit, es fehlte namentlich nicht an blutigen Excessen und wilden Raufhändeln, welche die Vorbereitungen zum Reichstage 1843 noch lange in trauriger Erinnerung erhielten. Die Pesther Bürgerschaft fand es wohl billig und gerecht, daß das Uebergewicht des Adels auf den Reichstagen gebrochen und dem städtischen Elemente ein größerer Einfluß gegönnt werde, unerhört jedoch die Anmaßung der Städtebewohner, in ähnlicher Weise in den Städten selbst mit dem Patriziate vorzugehen. Die politischen Rechte der Freistädte sollten erweitert, in denselben aber nach wie vor das privilegirte Bürgerthum, in Pesth z. B. die hundertzwanzig alten Wahlbürger herrschen und die gewonnenen Rechte ausüben. Auch im Oedenburger Comitate war die Majorität für eine liberale Lösung der Städtefrage. Hier war aus localen Gründen der Anschluß an den deutschen Zollverein stets gewünscht worden, auch jetzt wurde demselben wieder eifrig das Wort geredet. Folgerichtig verlangte man auch für die gewerbtreibende städtische Bevölkerung größere politische Rechte,

knüpfte aber die Bedingung daran, daß die magyarische Sprache zur Geschäftssprache in den — deutschen — Städten erhoben und die Wählbarkeit zu städtischen Aemtern von der Kenntniß des Magyarischen abhängig gemacht werde. Die Begeisterung des Szabolczer Comitates für die „Freiheit" kannte keine Grenzen, man verstand aber darunter die Steuerfreiheit des Adels, ähnlich wie auch im Heveser Comitate das Ansinnen der Steuerpflicht der Adelichen als eine reactionäre Maßregel angesehen wurde. „Wir dürfen uns nicht zu Bauern erniedrigen lassen", lautete hier der Wahlspruch; dort: „Es lebe die Freiheit, wir zahlen keine Steuern". Die Steuerfrage bildete überhaupt neben der Sprachenfrage den wichtigsten Gegenstand der Berathungen und bot den meisten Anlaß zum Streite. Ueber der ersteren entzweiten sich die liberalen Politiker Ungarns mit ihrem früher so treuen Anhange, dem kleinen Comitatsadel, durch die letztere wurde der Bruch zwischen Ungarn und Kroatien vollzogen.

Schon längere Zeit beherrschte ein unfreundlicher Geist die Beziehungen zwischen dem ungarischen Reichstage und dem kroatischen Landtage. Der Kampf berührte nicht unmittelbar die modernen nationalen Interessen, sondern bewegte sich zunächst auf staatsrechtlichem Gebiete.*) Als „partes adnexae" galten den ungarischen Staatsmännern die Königreiche Kroatien und Slawonien, deren Sonderwille gegenüber den Beschlüssen des ungarischen Reichstages keine Berechtigung besitze**), als „regna socia" bezeichneten die Agramer Stände die südslawischen Landschaften und behaupteten von denselben eine dem ungarischen Königreiche nahezu ebenbürtige, selbständige Stellung. Sie wollten Kroatien, Slawonien und Dalmatien in eine engere Verbindung unter einander bringen, während die Ungarn sich hartnäckig sträubten, die Comitate Veröcze, Posega und Syrmien als Königreich Slawonien anzuerkennen und die letzteren unmittelbar zu Ungarn gerechnet wissen wollten. Auch darüber, ob Fiume zu Ungarn oder zu Kroatien gehöre, wurden seit vielen Menschenaltern eifrig Streitschriften gewechselt. Zu entscheiden, wo das größere Recht war, ob die Berufung der Kroaten auf die historische Thatsache, daß Fiume in der Zeit des Kaiser Heraklius einen Bestandtheil Chrobatiens bildete, oder die Deduction der Ungarn, daß Fiume, bis 1746 autonom, durch einen Souverainetätsact der Kaiserin Maria Theresia

*) Vergl. Jura Regni Croatiae, Dalmatiae et Slavoniae, edidit Joannes Kukuljević. Pars II. Articuli ac Constitutiones Diaetarum seu generalium Congregationum R. C. p. 280 seq.

**) Bereits J. Hajnóczi hat in seiner Schrift: de comitiis regni Hungariae 1791 die Behauptung ausgesprochen, daß die kroatischen und slavonischen Ablegaten gerade so wie die Deputirten der einzelnen Comitate sich den Reichstagsbeschlüssen fügen müßten und die Municipalrechte Kroatiens gleiche Rechtsgiltigkeit mit den Comitatsstatuten besäßen.

Ungarn einverleibt wurde, ein größeres Gewicht besitze, ob das dreieinige Königreich seit dem zwölften Jahrhundert von allen ungarischen Königen anerkannt worden war, oder ob der Name: Königreich Slawonien, auf die drei niederungarischen Comitate angewendet, auf einem sprachlichen Mißbrauch beruhe und in Wahrheit nur kroatisches Land (Warasdin, Agram, Kreuz) unter dieser Bezeichnung verstanden wurde*), hat nicht geringe Schwierigkeiten, da die geschichtlichen Verhältnisse sich in merkwürdiger Art in einander verschoben haben und namentlich das achtzehnte Jahrhundert eine neue staatsrechtliche Tradition schuf. Es hat aber die Entscheidung auch einen geringen praktischen Werth, seitdem die nationalen Gegensätze sich in den Kampf mischten und den Standpunkt der Parteien nicht unwesentlich verrückten. Der Agramer Landtag 1836 (4. August) hielt noch als Ziel die Erhaltung der alten Municipalrechte fest und führte über die Geringschätzung derselben auf dem Preßburger Landtage, nicht über die Bedrückung der slawischen Nationalität Klage. Aber schon auf dem nächsten Landtage (10. August 1840) wurde (Art. 24) die bessere Pflege der „geeinigten" illyrischen Sprache in den Landesschulen gefordert, für die Stiftung eines Nationaltheaters in Agram Sorge getroffen und (Art. 26) der Gebrauch der slawischen Sprache bei amtlichen Urkunden bevorwortet. Es waren diese Forderungen zunächst nur der Wiederschein der nationalen Bewegung in Ungarn. Da aber die Magyaren die Herrschaft ihrer Nationalität bis an die Reichsgrenzen ausdehnen wollten, die Nebenordnung Kroatiens nicht anerkannten, so mußte es nothwendig zu einem feindseligen Zusammenstoße kommen. Die kroatische und ungarische Partei, welche entgegengesetzten staatsrechtlichen Anschauungen huldigten, verwandelten sich in Illyrier und Magyaren, deren Kämpfe auf nationalem Boden sich bewegten. Die gegenseitigen Kräfte zu prüfen, dazu bot zuerst die Agramer Congregation und die mit ihr verbundene Comitatsrestauration 1842 den Anlaß. Bei Gelegenheit der Neuwahl der Comitatsbeamten, die ordnungsmäßig alle drei Jahre stattfand, fehlte es auch anderwärts in Ungarn nur selten an tumultuarischen Scenen und blutigen Schlägereien. Die Cortes, von der Natur mit harten Schädeln und derben Fäusten besonders gut bedacht, wußten von keinem besseren, wenigstens von keinem bequemeren Ausdrucksmittel für ihre politische Gesinnung. Aber wenn auch rohe Gewaltthaten bei ungarischen Comitatsversammlungen nicht neu waren, so waren doch neu, ja unerhört Schild und Fahne, unter welchen in Agram gekämpft wurde. Es führten nicht persönliche Rivalen die Wählerschaaren in den Streit, es traten einander nicht lokale Eifersüchteleien entgegen, noch weniger wurden erst auf dem Wahlplatze durch Bestechungen schwankende oder bis dahin gleichgiltige Gemüther zu einer bestimmten Seite gezogen. Wie die

*) Vergl. Szalay, Zur ungarisch-kroatischen Frage, 1863.

Massen in geschlossenen Reihen in den Hof des Comitatshauses rückten, ebenso fest und unbeugsam war auch eine jede einzelne Partei. Die Einen, im Lande die Minderzahl bildend, aber durch den langjährigen Genuß thatsächlicher Privilegien verwöhnt, wollten den letzteren auch fernerhin volle Geltung bewahren, die Andern fürchteten durch längere Nachgiebigkeit auch ihre natürlichen Rechte bedroht und waren daher bemüht, durch rechtzeitigen Widerstand diese Gefahr abzulenken. Die ungarische Partei, welche ihren Mittelpunkt in den 24 adelichen Gemeinden des Türkenfeldes (Turopolje) besaß und auf die Erhaltung ihrer politischen Privilegien ausging, stützte sich merkwürdiger Weise auf die nationale Bewegung im Magyarenlande, die Gegenpartei, nicht minder seltsam, glaubte die kroatische Nationalität am besten zu sichern, wenn sie die Vorrechte der lateinischen Sprache vertheidigte. Denn um diesen Punkt, ob als diplomatische Sprache das Magyarische eingeführt oder das Latein beibehalten werden solle, drehte sich zunächst der Streit, mochte auch die kroatische Partei der illyrischen Agitation einzelne Waffen, besonders die Kunst, die Leidenschaften zu entflammen und größere Volksmassen anzuregen, entlehnen. Den letzteren blieb der Sieg.

Sowohl der Obergespan Zdenczay, wie der Agramer Bischof, Georg Haulik, geistliche und weltliche Behörden begünstigten noch dieselben. Der Obergespan that es, ohne über die Motive seiner Parteinahme klare Vorstellungen zu besitzen; bei dem Bischofe, keinem Eingeborenen, mochten die kroatischen Sympathien eher auf kluger Berechnung beruhen. Haulik hatte seine jüngeren Jahre mehr in Kanzleien, als in der Kirche verlebt, bei der ungarischen Statthalterei und Hofkanzlei ersprießliche Dienste geleistet und zum Lohne dafür den Bischofshut empfangen. Mit politischer Gewandtheit verband er eine unbedingte Anhänglichkeit an den Wiener Hof. Ob er schon jetzt unmittelbar im Interesse des letzteren auf die Ereignisse Einfluß nahm und die illyrische Bewegung im österreichischen Sinne zu lenken versuchte, darüber fehlen die genaueren Nachrichten. Eine ausreichende Erklärung seines Verhaltens liefert übrigens schon der Umstand, daß ihm als katholischem Bischofe die kroatischen Municipalrechte, welche die Protestanten von Amt und Besitz ausschlossen, natürlich am Herzen lagen. Gerade jetzt, wo in Ungarn auf Grundlage einzelner Bestimmungen der Verfassung eine größere Freiheit der Evangelischen angestrebt wurde, konnte das entgegengesetzte kroatische Verfassungsrecht wirksam in die Wagschaale geworfen und auf diesem Wege vielleicht der ungarische Reichstag zu einer genügsameren Politik gebracht werden.

Der Zuneigung der Behörden gewiß, griffen am Tage der Restauration (31. Mai 1842) die Kroaten ihre Gegner mit größerem Muthe an, jagten sie nach einem kurzen blutigen Gefecht in die Flucht und brachten für alle Comitatsämter ihre Candidaten durch. Die geschlagene

Partei legte gegen diese Vorgänge Verwahrung ein und ließ es in Ofen und Wien an Klagen und Beschwerden nicht fehlen. Sie erreichte so viel, daß eine — natürlich unfruchtbare — Untersuchung eingeleitet und (Januar 1843) der Name Illyrismus offiziell in Bann gethan wurde. Die vollzogene Restauration rückgängig zu machen oder auch nur bei der nächsten Congregation (24. April 1843), wo die Deputirten für den Reichstag gewählt werden sollten, einen Vortheil zu erringen, gelang ihr nicht. Die kroatische Partei behielt auch hier das Uebergewicht, slawischen Patrioten (Busan, Klobucsarics, Osegovics) wurde die Vertretung Kroatiens bei dem Preßburger Reichstage anvertraut, in ihre Instruction als Hauptpunkt der kräftigste Widerstand gegen die ungarische Sprachenpolitik aufgenommen.

Niemand durfte fürchten, daß es den Verhandlungen über die Sprachenfrage in Preßburg an dem Reize höchster Aufregung mangeln werde; die Steuerfrage führte nicht minder reichlichen Stoff herbei, die parlamentarischen Leidenschaften zu nähren und die bevorstehende Sitzung zu einer durch die Hitze des Kampfes anziehenden zu gestalten. In den gesunden aristokratischen Kreisen Ungarns hatte man schon längst die Unhaltbarkeit der bestehenden Steuerverfassung erkannt und die Immunität, statt zu preisen, beklagt. Die Conservativen unter ihnen hielt die Scham zurück, ihre Rechte zu betonen, nachdem sie keine entsprechenden Pflichten übernommen hatten. Szechényi's Anhang, für den materiellen Aufschwung Ungarns begeistert, fühlte bei jedem Schritte das Hemmniß der Steuerfreiheit des Adels und mußte auf die Durchführung der wichtigsten Pläne verzichten, die dringendsten wirthschaftlichen Reformen zurückschieben oder auf ein ärmliches Maß einschränken, weil das ordentliche Landesbudget nicht zureichte; den Liberalen endlich wurde durch dieses gehässigste aller Privilegien die Waffe zum Angriffe gegen die Regierung aus den Händen gewunden, da sie stets der Vorwurf selbstsüchtigen Handelns belastete. Alle beschwerte die Sorge, daß, wenn der Adel nicht selbst rechtzeitig auf eine billigere Steuervertheilung dringe, die demokratische Partei, deren Thätigkeit in den Zeitungen durchschimmerte, zu einer schneidenden Lösung der Frage den Muth empfangen werde. Nichts war ja einfacher und den modernen Anschauungen entsprechender, als die Ausschreibung einer allgemeinen Grundsteuer, nach dem Ertrage des Bodens angelegt, ohne Rücksicht auf den Stand des Besitzers.

Als Anfang einer Steuerreform schlug Graf Emil Dessewffy im Századunk vor, daß die sogenannte Domesticalsteuer, aus welcher die Kosten der Comitatsverwaltung bestritten wurden, vom Adel allein getragen werden solle. Staray trat im Világ dem Vorschlage bei, knüpfte daran aber noch einen weiteren Plan. Wenn einmal der Grundsatz aufgestellt wird, daß nur wer an der Comitatsverwaltung thätigen Antheil nimmt und von derselben Vortheile empfängt, auch zum Comitatsbudget

beitrage, so muß auch der andere Satz als richtig anerkannt werden, daß nur wer die Domesticalsteuer entrichtet, politische Rechte im Comitate genießen soll. Demgemäß ist der zahlungsunfähige Adel von den letzteren auszuschließen. Gewiß wäre auf diesem Wege in die Comitatsverwaltung ein besserer Verstand, in die Congregationen eine größere Ordnung gekommen; es hieß aber eben doch den bocskoros, dem bettelarmen, rohen, aus diesem Grunde auf seine Privilegien um so weniger verzichtenden Adel eine übermenschliche Opferfähigkeit zumuthen, wenn man von ihm verlangte, er solle über sich selbst das Todesurtheil aussprechen und freiwillig zu dem gewöhnlichen Bauernstande herabsteigen. Dagegen sträubte sich nicht nur sein ererbter Stolz, sondern auch die materielle Selbstsucht. Der adeliche Bauer ernährte sich geradezu von seinen Vorrechten; sie hielten von seinem Leibe entehrende Strafen, von seiner Hütte drückende Lasten fern. Nimmermehr konnte er sich ohne äußeren Zwang dazu verstehen, alle diese Vortheile aufzugeben, auf sein gleiches Recht mit den andern begüterten Adelichen zum Ruhme des Vaterlandes zu verzichten. So willfährig sich die Glieder des höheren Adels zur Uebernahme der Domesticalsteuer erwiesen, so widerspenstig zeigte sich die Masse des kleinen Landadels, in dessen Händen leider das Schicksal der Comitatsversammlungen ruhte. Alle Bemühungen, ihn zu einer besseren Meinung zu bringen, waren vergeblich, die Anrufung der populärsten Namen fruchtlos. Selbst der „größte Ungar" wurde mit drohendem Murren empfangen, als er den Gegnern der Steuerfreiheit sich anreihte. Graf Ludwig Bathyáni, bis dahin einer der beliebtesten Cavaliere, entging im Eisenburger Comitate nur mit Noth einer noch schlimmeren Behandlung, Déak, ohne dessen Mitwirkung ein gedeihlicher Reichstag gar nicht gedacht werden konnte, mußte gleichfalls seine Ohnmacht gegenüber der vorurtheilsvollen Adelskaste bekennen. Im Zalader Comitate gab die Erwähnung seines Namens Anlaß zu einer blutigen Schlägerei. Déak wollte nicht seine Wahl durch eine Bluttaufe besiegeln lassen, noch weniger durch Nachgiebigkeit gegen die Cortes die Gegner in Anhänger verwandeln. Er verzichtete auf die Vertretung seines Geburtscomitates im Reichstage.

Die Sprödigkeit der meisten Comitate gegen die Steuerreform konnte nur auf schnöde Selbstsucht zurückgeführt werden, denn in allen den übrigen Fragen drangen die Instructionen auf eine liberale Lösung, ja zeigten sich dem schrankenlosen Radicalismus nicht immer abhold. Man nannte spottweise die Comitatsinstructionen einen Abklatsch der Leitartikel des Pesti Hirlap. In der That ließ sich auch der Einfluß der jungen Journalistik auf den Inhalt der Instructionen, im Pesther Comitate sogar auf die Fassung und Begründung derselben nicht verkennen. Die Lieblingsgegenstände der Zeitungsagitation wurden in den Instructionen regelmäßig wiederholt: die Aufhebung der Aviticität und der Majorate, die Verleihung des Besitzrechtes und der Amtsbefähigung an Nichtadeliche,

die Zwangsablösung der bäuerlichen Lasten nach ihrem Schätzungswerthe — bisher war die Ablösung an die Einwilligung des Grundherrn gebunden —, die Organisation des Unterrichts, die Reform der Städteverfassung, die Ausdehnung einzelner politischer Rechte des Adels auf sogenannte Honoratioren und Capacitäten. Es fehlten nicht die Forderungen der Preß- und Religionsfreiheit, der Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn, der Gründung einer Landrentenbank, der Leitung der ungarischen Eisenbahn nach Fiume, der Einführung von Schutzzöllen im Interesse der nationalen Industrie. Für eine Adelsteuer jedoch hatten sich nur neunzehn Comitate günstig ausgesprochen.

Die Hartnäckigkeit der Congregationen, von welchen die Szathmarer, Borsoder und Gömörer sogar das bereits gefällte günstige Votum wieder zurückgenommen, hatte zur Folge, daß mehrere liberale Sitze im Reichstage leer blieben. Außer Déak verzichteten auch Pulszky, Szent-Ivány, Andraßy, Nagy auf eine Wahl, welche sie zwang, entweder ihren Instructionen oder ihrem Gewissen untreu zu werden. Wenn aber die Gegner der Steuerreform überdies hofften, die Verhandlung der letztern überhaupt verhindern zu können, so erfuhren sie eine arge Täuschung. Durch die königlichen Propositionen kam sie mittelbar auf die Tagesordnung. Die letzteren bewegten sich nämlich nicht in dem gewohnten engen Rahmen der Subsidien- und Recrutenforderung. Széchenyi's Mahnungen, die Regierung möge doch selbstthätig für den materiellen Fortschritt wirken, die wichtigsten Maßregeln zur Hebung des Wohlstandes freiwillig vorschlagen, sich nicht das Verdienst der Initiative rauben lassen und etwa warten, bis die Opposition auch hier den Vorrang ablaufe, fanden jetzt besseres Gehör. Er konnte auf das Schicksal der Zollfrage hinweisen. Noch vor wenigen Jahren hatte es die Regierung in ihrer Macht, die Binnenzölle zwischen Ungarn und Oesterreich zu verringern und auf diese Weise die Zolleinigung vorzubereiten. Sie würde dadurch die politischen Schranken gelockert, weiter aber auch für eine Steuerreform die beste Handhabe gefunden haben. Denn da sie bis jetzt den größten Theil ihrer Einkünfte aus dem Dreißigsten bezog, so mußte sie auf eine andere Art dafür entschädigt werden. Sie ließ die nationalökonomische Begeisterung, welche während des Operatenreichstages so hoch wallte und die liberale Partei zu den größten Opfern bereit machte, nutzlos vorüberstreichen und es ruhig geschehen, daß auch die Zollfrage als Agitationsstoff verwendet wurde, um den Ausschluß Oesterreichs volksthümlich zu machen und Ungarn den übrigen Provinzen vollständig zu entfremden. Vor der Wiederholung eines ähnlichen Irrthumes warnte nun Széchenyi auf das Eindringlichste. Seitdem er von einzelnen Gliedern der liberalen Opposition so heftige Angriffe erfahren, gewann man in Wien zu seinen Rathschlägen ein größeres Vertrauen. Zauberkünste konnte er zwar nicht üben, die unbesiegliche Thatenscheu der Regierung nicht in energische Kraft

verwandeln; er erreichte aber doch so viel, daß wenigstens mittelbar die Steuerfrage dem Reichstage zur Entscheidung vorgelegt wurde. Unter den acht königlichen Propositionen*) befand sich auch die Aufforderung, über die Mittel zur Hebung des Handels, zur Verbesserung der Landescommunicationen zu berathen. Diese Mittel konnten bei der bereits feststehenden Bestimmung der Subsidien und der Contribution nur durch eine neue Steuer herbeigeschafft werden. Den Liberalen wurde auf diese Art die Gelegenheit geboten, ihre Reformgedanken zu äußern und zu vertheidigen.

Am 20. Mai 1843 wurde der Reichstag**) in Preßburg unter den üblichen Ceremonien eröffnet. Eine größere Zahl neuer Persönlichkeiten trat in den Vordergrund als sonst. Neben Bezerédj und Palóczy kämpften in der ersten Reihe der Liberalen Szent-Királyi, Szemere, Klauzál und Eugen Beöthy, welcher auch im parlamentarischen Leben seine alte Husarennatur nicht verleugnen konnte, dessen strenge Rechtlichkeit niemals gebeugt, dessen Muth durch keine Gefahr gebrochen wurde. Seine Gegenwart auf dem Reichstage war der Regierung nicht wünschenswerth, die seine derben Angriffe kannte, wurde aber von der ultramontanen Partei noch ungleich mehr gefürchtet. Sie hatte dem alten Vorkämpfer für Gewissensfreiheit, als der Streit über die gemischten Ehen ausbrach, das Reden mit einer schweren Geldsumme (60,000 Gulden) abkaufen wollen. Beöthy ließ sich nicht nur nicht bestechen, sondern zeigte auch an einem praktischen Beispiele, wie die ultramontanen Uebergriffe am besten zurückgewiesen werden können. Er lebte gleichfalls in einer gemischten Ehe, auf welcher aber noch, da sie in friedlicheren Zeiten vollzogen war, der volle Segen der Kirche ruhte. Seitdem der ungarische Episkopat den Segen mehr wie einen Fluch aussprach, wollte auch Beöthy von dem empfangenen Segen nichts wissen. Er sandte dem Capuziner, der ihn getraut, denselben zurück: „der möge ihn nur in seinem Papierkorbe aufbewahren," und erklärte sich damit zufrieden, daß die bürger-

*) Die Propositionen bezogen sich auf folgende Punkte: Revision der Elaborate der Landesdeputationen, das Strafgesetzbuch, den Straßenbau und die Militairverpflegung betreffend, Maßregeln gegen die Comitatsexcesse, Abstellung der Klagen der Freistädte über eine mangelhafte politische Vertretung, Emporhebung des Handels, Modification der Creditgesetze, Gründung einer Creditanstalt, Abstellung der Freiquartiere der Deputirten in Preßburg, Rückzahlung von 76,000 Gulden, welche die Staatskasse für die Reichsdeputationen vorgestreckt hatte.

**) Acta Comit. Hung. a. 1843/4 Diarium Procerum. Außer den officiellen Berichten, die für die so wichtigen Berathungen in den Circularsitzungen leider sehr dürftig ausfallen, sind die zahlreichen Parteischriften zu Rathe gezogen worden. Sie geben nicht immer genaue Auskunft über den Gang der Verhandlungen, willkommenen Aufschluß dagegen über die herrschenden Stimmungen. Viele derselben sind bei dem Bedürfniß der Parteien, die öffentliche Meinung zu gewinnen, auch in deutscher Sprache herausgegeben worden. Vergl. Henszlmann's Vierteljahrschrift aus Ungarn. Leipzig 1844.

lichen Gesetze die eingegangene Ehe anerkennen. Fand Beöthy's Beispiel eine allgemeine Nachahmung, so war freilich der langwierige kirchliche Streit beendet, gleichzeitig aber auch den Einflüssen des Klerus eine enge Schranke gezogen. Wurde aber ferner Beöthy's Methode, Knoten statt mühsam zu lösen, mit einem derben Schlage durchzuhauen, auch auf andere politische Fragen angewendet, so durfte man vom Reichstage überhaupt keine ängstliche diplomatische Haltung fürchten. Zunächst wirkte aber die kriegerische Natur der neuen Opposition, die geringere Betonung des formalen Rechtes im friedlichen Sinne. Die beliebte Streitfrage, ob den Propositionen, oder den Landesbeschwerden der Vorrang auf der Tagesordnung gebühre, erhitzte nicht mehr die Leidenschaften und wurde nicht zum Probirstein auserkoren, um nach dem Ausfalle der Abstimmung die Stärke der Parteien zu schätzen. Ein einflußreiches Mitglied der liberalen Opposition, der Abgeordnete des Czongrader Comitates, Klauzál, stellte in einer der ersten Circularsitzungen (31. Mai) den Antrag, die Propositionen unmittelbar einzelnen Ausschüssen zur Bearbeitung zu übergeben. So zeigte der Reichstag seinen guten Willen, sachliche Interessen zu pflegen und gewann in der Zwischenzeit freien Spielraum für die Berathung der Gravamina. Als solche wurden ohne Widerspruch die Verletzung der Religionsfreiheit, die Hindernisse der magyarischen Sprachherrschaft und die noch immer nicht vollbrachte Vereinigung der Avulsen bezeichnet. „Noch immer, hieß es im Entwurf der ersten Repräsentation, welche in Ungarn die Stelle einer Kammeradresse vertrat, ist die Integrität des Reiches nicht hergestellt, noch nimmt unsere Sprache nicht die Stufe ein, welche ihr im öffentlichen Leben Ungarns gebührt. Religiöse Zerwürfnisse haben die Ruhe des häuslichen Lebens zerrüttet und halten die Gemüther in ängstlicher Spannung."

Gleich in den ersten Sitzungen bot sich dem Reichstage die Gelegenheit dar, auf die Gravamina zurückzukommen und zu beweisen, daß dieselben nicht in der bloßen Einbildung leben, sondern wirkliches Fleisch und Blut besitzen. Die Sprachenfrage kam durch eine Petition der Turopoljer, die Religionsfrage, durch eine Resolution des Königs veranlaßt, frühzeitig zur Verhandlung. Die ungarische Partei in Kroatien konnte die bei den Comitatswahlen erlittene Niederlage nicht verschmerzen; in der Heimat, wo sich die Anhänger der Regierung und die Nationalen gegen dieselbe verbunden hatten, zu ewiger Schwäche verurtheilt, suchte sie den Streit an dem Reichstage selbst anhängig zu machen, von welchem sie mit Recht einen wirksameren Schutz und größere Gunst hoffte. Sie überreichte dem Reichstage eine Klagschrift im Namen von 1500 Edelleuten gegen die illyrischen Umtriebe, eine leidenschaftliche Verwahrung gegen die letzten Wahlvorgänge und die hinterlistige Ausschließung der Turopoljer vom Wahlacte. Den wahren Sachverhalt zu ergründen, wie weit in Agram das übliche Maß der Comitatsexcesse und Wahl-

manoeuvres überschritten worden, zu beurtheilen, wäre dem Reichstage schwerlich gelungen. Auch die bäuerische Beredtsamkeit des Turopoljer Grafen Josipovič, welcher die kroatischen Ablegaten als „Sendlinge des Illyrismus" bezeichnete und ihre Zurückweisung verlangte, warf kein neues Licht auf die Thatsachen. Zum Schaden für den Landesfrieden jedoch wurde der Streit, kaum angeregt, gleich auf den grundsätzlichen Boden übertragen, nicht über Vergangenes das Urtheil gesprochen, sondern wie es künftig gehalten werden solle, befohlen. Das Gravamen der Turopoljer warf der Reichstag mit der Sprachenfrage zusammen und zerstörte dadurch jede Aussicht auf eine freundschaftliche Ausgleichung. Die kroatischen Ablegaten, deren Anwesenheit im Reichstage aus sachlichen Gründen angefochten worden, konnten sich nur mit lateinischen Wahlurkunden und Vollmachten ausweisen, sie waren ferner durch ihre Instructionen angehalten, auf dem Gebrauche der lateinischen Sprache bei den Reichstagsverhandlungen zu bestehen und hielten sich auch in der That an diese Vorschrift. Die Mäßigung der Kroaten, welche nicht die gleichen Rechte ihrer Sprache mit der magyarischen vertraten, nur die Observanz bewahrt wissen wollten, wurde geradezu als Waffe gegen sie benutzt. Hätten sie die ungarischen Reden mit kroatischen Gegenreden beantwortet, so wären zwar die Stürme noch viel heftiger ausgebrochen, aber auch die Verlegenheit der magyarischen Majorität gestiegen. Die Ansprüche der kroatischen Sprache ruhten doch eigentlich auf dem gleichen Boden wie jene der magyarischen; nur die größere Gewalt, nicht das stärkere Recht verlieh dieser das Uebergewicht. Der Kampf verpflanzte sich sodann auf das streng nationale Gebiet, wo nach den Zahlenverhältnissen nicht gefragt, die Minderheit der Mehrheit gleichgestellt wird. Das politische Recht der Majoritäten verwandelte sich in die Gleichberechtigung der Nationalitäten. Indem die Kroaten an der alten diplomatischen Sprache festhielten, luden sie den Schein auf sich, als ob sie das nationale Leben überhaupt verdammten und den conservativen Anschauungen in der Politik unbedingt huldigten; den Magyaren aber blieb ausschließlich der Ruhm tapferer Vertheidigung der nationalen Rechte und einer liberalen Auffassung der politischen Verhältnisse. „Wir wollen, versicherten magyarische Zeitungen, die regere Theilnahme des ganzen Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten wecken und fördern, das Verständniß der letzteren ihm nahe bringen; die Kroaten dagegen suchen die künstliche Scheidewand, welche der Gebrauch einer fremden, todten Sprache bei allen politischen Verhandlungen zwischen der Nation und der priviligirten Klasse der Staatskundigen aufgerichtet hatte, noch länger zu erhalten." Auf diese Weise gelang es den Magyaren, sich und Andere zu täuschen, den Glauben zu nähren, daß sie nicht die besondere magyarische Nationalität zum Nachtheile eines jeden anderen Volksthumes begünstigten, sondern die moderne nationale Politik im Allgemeinen gegenüber den ver-

alteten Anschauungen der Kroaten verträten. Sie nahmen für ihre Beschlüsse die Sympathien der Liberalen in Anspruch. Auf Szent-Királyi's Vorschlag wurde von der Ständetafel (3. Juni) das Ansinnen an die Kroaten gestellt, die ungarische Sprache in den höheren Schulen als Unterrichtssprache einzuführen, nach zehn Jahren Jedermann vom Amte auszuschließen, welcher der ungarischen Sprache nicht mächtig sei und schon jetzt im Verkehre mit dem Reichstage und den ungarischen Behörden die magyarische Sprache allein anzuwenden. Und gleichsam als wollte die Ständetafel jede Brücke hinter sich abbrechen, beschloß sie (20. Juni), die lateinische Sprache von diesem Tage an aus ihren Verhandlungen zu verbannen, jedes lateinische Wort als nicht gesprochen anzusehen. Der Personal bemühte sich umsonst, wenigstens die augenblickliche Geltung dieses Beschlusses zu verhindern. Er treffe die Kroaten völlig unvorbereitet und sei daher unbillig. Man möge sich mit der Ankündigung der Maßregel für spätere Jahre begnügen, vorläufig aber das Herkommen achten, zumal ja kein Gesetz den Gebrauch der lateinischen Sprache verbiete. Ihm wurde von Bezerédj geantwortet, daß auch kein Gesetz den Ständen befehle, eine lateinische Rede anzuhören, von einem andern Ablegaten der achte Artikel des Sprachgesetzes vom Jahre 1830 entgegengehalten, welcher die Annahme eines öffentlichen Amtes von der Kenntniß der ungarischen Sprache abhängig mache. Gewiß sei die Wirksamkeit der Deputirten einem öffentlichen Amte gleichzustellen. Außer dem Personal hatte die von Hertelendy zuerst angeregte thatsächliche Lösung der Sprachenfrage in der Versammlung keinen Gegner, fand jeder zu Gunsten der magyarischen Nationalität gemachte Vorschlag eine allgemeine Zustimmung.

Um so heftiger wogte der Kampf bei den Magnaten (28. Juni), wo nicht allein die kroatische Sache von besseren Händen vertheidigt wurde, sondern auch der stürmische Drang der Comitatsdeputirten an dem bedächtigen, zum Theile jeder Neuerung abholden Wesen der Großwürdenträger des Reiches ein wirksames Gegengewicht besaß. Zu Gunsten der Kroaten führte der Agramer Bischof Haulik das Wort. Er war bemüht, den Streit auf das staatsrechtliche Gebiet einzuengen und das Recht der Kläger, der adelichen Turopoljer Gemeinden, über die Agramer Wahlvorgänge eine Beschwerde vorzubringen, zu entkräften. Dieselben besaßen nach seiner Behauptung gar kein persönliches Wahlrecht, konnten demnach keine Verkürzung ihrer Privilegien erfahren haben. Gab es aber keinen berechtigten Kläger, so fiel auch für die Magnatentafel jeder Anlaß fort, sich mit dem Gegenstande zu beschäftigen. Der kluge Bischof hegte die Hoffnung, war einmal der Geist des arg verwickelten ungarischen Staatsrechtes wachgerufen, die Debatte über die Giltigkeit der einen oder der anderen Urkunde, über das Dasein oder den Mangel eines bestimmten „Usus" eröffnet, daß alle Leidenschaftlichkeit sich allmälich verflüchtigen

und die ermüdete Versammlung zuletzt eilen werde, die leidige Sache rasch abzuthun. Die gleiche Einsicht bewog aber auch die Gegner, den Streit vom staatsrechtlichen Gebiete abzulenken und auf das nationale Gebiet hinüberzuspielen. Graf Johann Erdödy, der Obergespan des Warasdiner Comitates, berief das gefürchtete Gespenst des Illyrismus und entwarf in grellen Zügen das Gemälde der russischen Propaganda in den südslawischen Ländern. Die Mehrheit der Magnaten widersprach ihm nicht, selbst der Palatin, sonst so vorsichtig in seinem Urtheile, so zurückhaltend in seinen politischen Aeußerungen, erhob sich, um das Verdammungsurtheil über den Illyrismus auszusprechen. „Unser Vaterland gedieh und blühte bisher, weil alle Völker, die es bewohnen, sich als Ungarn fühlten. Wenn aber jetzt jeder Bruchtheil des ungarischen Volkes seine Individualität in Anspruch nimmt, so sehe ich dadurch das Gemeinwohl des Landes bedroht. Jeder Bewohner Ungarns, welche Sprache er auch immer rede, soll sich, weil er die Rechte, die Freiheiten, die Wohlthaten der ungarischen Constitution genießt, als Ungarn betrachten. Es giebt hier keine illyrische Nation, es giebt nur eine Nation: die ungarische." Die nationale Partei unter den Magnaten schöpfte aber aus dieser Herzensergießung keinen Gewinn. Der Palatin engte am Schlusse seiner Rede wieder die Debatte in ihre ursprüngliche Grenze ein und verlangte, daß nur über die Turopoljer Beschwerde, über die Giltigkeit der Agramer Wahlen abgestimmt werde. Diese wurde auch, nachdem sich 38 Redner dafür, 28 dagegen ausgesprochen hatten, im Gegensatze zum Beschlusse der Ständetafel anerkannt.

Auch in der Sprachenfrage beschnitt die Magnatentafel die Forderungen der Stände. Gegen die Erhebung der magyarischen Sprache zum Range einer diplomatischen und ihren ausschließlichen Gebrauch bei allen öffentlichen Handlungen im engeren Ungarn regte sich kein Widerspruch, dagegen sträubten sich auch liberale Magnaten, wie Eötvös, Széchenyi, gegen ihre unmittelbare Einführung im amtlichen Verkehre mit Kroatien. Sie glaubten nicht an die einschläfernde Kraft des Argumentes, welches bei der Ständetafel zu wiederholten Malen angewendet wurde: „Keine der lebendigen Sprachen Ungarns werde durch den Vorschlag verletzt, keine derselben besaß früher Rechte, welche ihr jetzt entzogen würden, nur die todte lateinische Sprache werde, was sie schon längst verdient hätte, begraben und außer Gebrauch gesetzt." Sie fürchteten, durch ein allzu rasches Vorgehen sich auch die wenigen Freunde, welche die Magyaren in den unteren Landschaften besaßen, zu entfremden. In Fiume und dem ungarischen Litorale stand die italienische Bevölkerung auf der Seite der Magyaren, in den drei slawonischen Comitaten hatte die Eifersucht auf die Agramer Herrschaftsgelüste die ungarischen Sympathien gestärkt. Die Bewohner Fiume's und die Slawonier wurden durch das Sprachgesetz in nicht geringerem Grade bedrückt, als die illy-

rische Partei und ihr Eintreten für die ungarischen Interessen gehemmt. Die Magnaten verlangten daher zu Gunsten der Fiumaner und Slawonier eine Friststreckung, sie wollten überdies zur Beruhigung der Gemüther im Eingangsartikel des Gesetzes ausdrücklich bemerkt wissen, daß der Reichstag keineswegs sich in die inneren Verhältnisse Kroatiens einzumischen beabsichtige, die Benutzung der lateinischen Sprache bei Municipalverhandlungen billige und nicht etwa jeden einzelnen Beamten, sondern nur die Gesammtbehörden an den Gebrauch der magyarischen Sprache bei allen nach Ungarn bestimmten Zuschriften binde.

Die heißblütigen Patrioten an der Ständetafel waren mit der vorsichtigen, überallhin begütigenden Politik der Magnaten schlecht zufrieden. Eine solche Verwahrung komme ja geradezu einer Abbitte gleich, daß man die heimische Sprache zu lieben wage, gleich und sei eine förmliche Anklage gegen die nationalen Bestrebungen der Magyaren. Bittere Worte fielen (14. Sept.) von Beöthy's und Szent-Királyi's Lippen. Sie warfen den Magnaten ihre Gleichgiltigkeit gegen das eigene Volk vor, dessen Sprache sie nicht achteten, häufig kaum verständen, und deuteten an, daß Einflüsse des Hofes und der Regierung ihre nachgiebige Stimmung bewirkt hätten. Diese Annahme traf nicht bei allen Magnaten zu, welche für eine mildere Form des Sprachgesetzes gesprochen. So manche derselben hatten die Vorahnung, daß der Sprachenstreit den wesentlichen Kern der Verfassung gefährden werde, Andere wollten die Aufmerksamkeit des Volkes von den materiellen Interessen nicht abgewendet wissen. Selbst Széchenyi, dessen Vaterlandsliebe Niemand bezweifeln konnte, äußerte sich stets nur kopfschüttelnd über den Spracheifer. Wenn aber auch die Abstimmung der Magnatentafel nicht, wie die ständische Opposition behauptete, auf den Wink und das Geheiß der Regierung erfolgte, so entsprach sie doch den Ansichten der letzteren. In Bezug auf die ungarischen Angelegenheiten von Männern berathen, welche an der ungarischen Constitution nur das Alter liebten, jede Fortentwickelung derselben, jede Aenderung in dem schwerfälligen Verfassungsgerüste mißbilligten, hatte sie die Beschlüsse vom 29. Juni streng verurtheilt, nicht etwa weil sie mit dem Illyrismus liebäugelte — die slawische Agitation in Agram wurde gleichfalls, seitdem sie nicht mehr politisch unschuldig erschien, argwöhnisch betrachtet —, sondern weil sie in dem Privilegium der lateinischen Sprache eine Gewähr für die Fortdauer der alten Verfassungs*formen* erblickte. Das Verdammungsurtheil auszusprechen, drängten überdies die kroatischen Comitate, welche auf die Kunde von den Preßburger Vorgängen sich versammelten, ihren Ablegaten im Reichstage jede Nachgiebigkeit, jedes Zugeständniß an die nationale Politik der Magyaren verboten, gleichzeitig in ausführlichen Repräsentationen vom Könige Abhilfe verlangten. Daß die gewaltsame Mundsperre, welche die Mehrheit des Reichstages über die kroatischen Deputirten verhängt hatte, in slawischen Kreisen große Erbitterung erregte,

ist natürlich, nicht minder gerechtfertigt erscheint der Versuch der Gegenwehr, wenn die Ueberzeugung erlittener Unbill vorhanden war. Die Comitate protestirten gegen die Giltigkeit aller Landtagsbeschlüsse, so lange die Verhinderung der kroatischen Ablegaten dauerte, nicht der volle Reichstagskörper, sondern nur ein Rumpfparlament tagte. „Die Vertreter Kroatiens und Slawoniens sind durch den Beschluß vom 20. Juni thatsächlich verhindert, an den Landtagsverhandlungen in gesetzmäßiger Weise mitzuwirken."*) Die kroatischen Stände betonten aber nicht etwa ihre eigenen entgegenstehenden nationalen Rechte. Bezeichnend für die Verkehrung der Verhältnisse und die vollständige Verschiebung der Parteien waren es gerade die Kroaten, welche das ungarische Orakel, Verböczy's Autorität anriefen, und aus den Bestimmungen des altungarischen Staatsrechtes ihr Recht gegen die ungarische Verfassungspartei bewiesen. „Nach dem Zeugniß Verböczy's vertritt der „Usus" das geschriebene Gesetz, nach dem Artikel 12, 1791 kann eine herrschende Tradition nur durch die Uebereinkunft des Fürsten und der Stände aufgehoben werden." Sie wiesen den Verdacht nationaler Bestrebungen strenge von sich. „Es ist in der Gegenwart keine Hoffnung vorhanden, daß die verschiedenen in Ungarn üblichen Sprachen bei der Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten erfolgreich angewendet werden könnten. Das Herkommen, wie die Vernunft weisen die Rolle einer diplomatischen Sprache der lateinischen zu, welche von allen Gebildeten des Reiches, von allen Beamten verstanden wird und in welcher seit dem Ursprunge des Reiches alle Denkmäler des öffentlichen und des Privatrechtes niedergeschrieben wurden."

Die Regierung konnte unmöglich diese Repräsentationen der Kroaten zurückweisen. Sie gaben nur ihre eigene Meinung wieder und wetteiferten mit den Wiener Staatsmännern in der Abneigung gegen alle staatsrechtlichen Neuerungen. Am 12. October sandte der Kaiser ein Rescript nach Preßburg, welches im Wesentlichen die kroatischen Argumente wiederholte. Es warnte vor jedem gewaltsamen Sprachzwange, erinnerte an den Artikel 67, 1791, welcher die Regelung der Sprachverhältnisse, wie alle anderen Reformen der künftigen Gesetzgebung überwies, und da solches bis jetzt noch nicht geschehen war, so befahl er, den herrschenden Gebrauch zu halten, die Ablegaten nach Belieben in lateinischer oder ungarischer Sprache reden zu lassen. Der Inhalt des Rescriptes, die beinahe höhnische Mahnung zur Geduld, nachdem seit der Einsetzung der Operatendeputation ein halbes Jahrhundert vergangen war, verletzte an und für sich schon den stolzen Geist der Reichstagsmehrheit; einzelne zufällige Ereignisse verbitterten noch mehr die Stimmung und spannten noch straffer die Leidenschaften. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Rescriptes wurde auch ruchbar, daß die beiden der Opposition angehörigen

*) Repräsentation des Veröczer Comitates v. 2. October.

Deputirten, welche bisher den Szathmarer Comitat vertraten, zurückberufen und durch Anhänger der Regierung ersetzt werden sollten. Die ersteren hatten ihre Wahl nur den stärkeren Fäusten der Cortes zu danken und — so lautete wenigstens die Anklage — selbst das reichste Maß gewohnheitsmäßiger Bestechung weit überschritten. Während ihrer Abwesenheit ermannten sich die Gegner im Comitate, erklärten die frühere Wahl für ungiltig und ordneten eine neue an, aus welcher Gabány und Uray, beide conservative Männer, der letztere überdies als angeblicher Denunziant Wesselényi's*) übel berüchtigt, als Sieger hervorgingen. In Preßburg prüfte man nicht den Gehalt der Gründe, welche zur Vernichtung der früheren Wahl geführt hatten, sondern dachte nur an die Folge, daß die Regierungspartei eine Verstärkung erhielt. Die Juraten begrüßten die neuen Ablegaten allnächtlich mit einer Katzenmusik und ließen ihren Zorn an den Fensterscheiben des Absteigequartiers aus, da sie der Personen nicht habhaft werden konnten. Nur diese stürmische Ausdrucksweise des Urtheiles tadelte die Opposition, mit dem letzteren selbst war sie vollkommen einverstanden. „Die Feinde des Volkes fassen frischen Muth, die Gegner des Fortschrittes erheben trotzig ihre Köpfe. Ohne die geheime Zustimmung des Hofes würden sie es nicht wagen, ohne die Gewißheit vollständiger Deckung durch die Regierung nicht ihre verderbliche Thätigkeit beginnen. Man sehe die Früchte dieses volksfeindlichen Bundes auch an den Kroaten. Monate lang öffneten die kroatischen Deputirten nicht die Lippen, sie fühlten die Unmöglichkeit, den Beschlüssen des Reichstages entgegenzutreten; jetzt, gestützt auf den Beifall der Regierung, vielleicht von der letzteren heimlich aufgemuntert, versuchen sie wieder den Kampf gegen die liberale Majorität fortzusetzen."

Stürmische Ausbrüche der Leidenschaften hatten die Landtagsräume schon oft erschüttert, einen so gewaltigen Orkan, wie er während der Verhandlungen über das königliche Rescript tobte, entsannen sich auch nicht die ältesten Deputirten erlebt zu haben. Alle Tonarten durchlief das politische Pathos der Versammlung. Bald erdröhnte der Saal von dem wilden Zurufe an die kroatischen Abgeordneten, magyarisch zu reden oder nicht länger durch ihre Gegenwart den Reichstag zu besudeln. Deputirte und Juraten vermischten ihre Stimmen, die Ordnung löste sich auf, der Senat verwandelte sich in eine tobende Volksversammlung. Bald wieder schien es, als ob die Wucht der Ereignisse alle Bewegung erdrückte; es herrschte eine feierliche Stille, mit zitternder Stimme gaben die Deputirten ihre Vota ab, den Rednern erstarb vor innerer Erregung das Wort auf den Lippen, sie fielen beinahe ohnmächtig auf ihren Sitz zurück.

Angehörige großer Nationen, bei welchen der Gebrauch der Muttersprache in allen Angelegenheiten des Lebens selbstverständlich ist, konnten

*) Vergl. Bd. I. S. 486.

nicht die Bedeutung begreifen, die man dem kroatischen Streite beilegte, hegten wohl den Verdacht einer künstlichen Schürung der Leidenschaften. Nur wer unter kleinen Volksstämmen gelebt, die Wichtigkeit, die hier jeder einzelnen Aeußerung des nationalen Bewußtseins verliehen wird, selbst erfahren hat, versteht die fieberhafte Angst, welche die Magyaren ergriff, als sie nun, so nahe am Ziele und Siege, wieder auf den Ausgangspunkt des Kampfes zurückgeworfen werden sollten.*)

Seit der Kenntniß des königlichen Rescriptes konnte kein anderer Gegenstand die Aufmerksamkeit der Stände fesseln. In allen privaten Zusammenkünften und öffentlichen Versammlungen bildete die Sprachenfrage den einzigen Stoff der Erörterung. Man war einig in der Verurtheilung des Rescriptes, in welchem man ein schweres Unrecht gegen die ungarische Nation erkannte, man verhehlte sich aber auch nicht die große Gefahr für die sachlichen Interessen des Landes, wenn man das Ansinnen der Regierung schroff zurückwies und den Kampf endlos verschleppte. Bereits die lange Abkehr des Reichstages von seinen nächsten Aufgaben, der Stillstand der Berathungen über die königlichen Propositionen war vom Uebel. Daß derselbe nach einer vielmonatlichen Dauer noch kein nennenswerthes Resultat geliefert, keinen Gesetzvorschlag zu Stande gebracht, konnte von den Gegnern als eine wirksame Waffe benutzt werden. Es saßen freilich mehrere Commissionen mit den Vorarbeiten für eine neue Städteordnung, für die Verbesserung der Strafgerichtspflege u. s. w. beschäftigt, und für eine lange Reihe von Gesetzentwürfen, die Aviticität, den Handel, den Unterricht, die Comitatsverfassung betreffend, waren schon im Laufe des Sommers Reichstagsdeputationen gewählt worden. Von dieser Thätigkeit verlautete aber nur wenig nach außen; für die Fernstehenden beschränkte sich die Wirksamkeit des Reichstages bisher nur auf unfruchtbare Wortkämpfe. Und wenn nun gar die Regierung, über den Widerstand der Stände ergrimmt, zu einer Auflösung des Reichstages schritt! Würden dann nicht die Errungenschaften eines ganzen Menschenalters wieder in Frage gestellt, war man auch sicher, daß die Regierung die Zwischenzeit nicht zur Stärkung ihrer Macht benutze und nicht in den ohnehin in der Steuerfrage meistens illiberalen Comitaten sich einen großen Anhang verschaffe?

Diese und andere Bedenken wurden in den Circularsitzungen (16. bis 20. November) von mehreren Rednern hervorgehoben, auch von solchen, welche grundsätzlich den alten Ständebeschluß vertheidigten. Nur wenige conservative Abgeordnete wie Zsedényi und Mailath verlangten die

*) Welche Wichtigkeit alle Gegenstände, die mit dem nationalen Leben in Verbindung standen, gewannen, lehrt besonders die Gründungsgeschichte des magyarischen Theaters in Pesth. Der Tag der Eröffnung (22. August 1837) wurde als nationales Fest gefeiert, als ein politischer Gedenktag gepriesen.

einfache Aufhebung des letzteren; die meisten Redner, welche nicht für das Beharren bei dem Beschlusse vom 20. Juni stimmten, sprachen sich nur für seine Suspension aus, bis auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung über die Streitfrage entschieden würde. Daß die Entscheidung zu Gunsten der magyarischen Sprache ausfallen müsse, galt auch ihnen für selbstverständlich. Sie blieben gleichfalls in der Minderheit. Nachdem in den Circularsitzungen 22 Redner für die Suspension, 42 für die Aufrechterhaltung des Beschlusses vom 20. Juni das Wort ergriffen hatten, schloß der Präsident die Verhandlungen, indem er die Mehrheit für die Abweisung des Rescriptes erklärte. An diesem Ausgange der Debatte hatten sowohl die Schreckbilder, welche einzelne Mitglieder der Opposition von den Geheimplänen des Hofes ausmalten, wie die unleugbar glückliche Beweisführung namentlich Szemere's, daß die Bestimmung der Reichstagssprache zu den inneren Fragen gehöre, über welche, wie über Gegenstände der Disciplin überhaupt, ein einfacher Ständebeschluß entscheide, großen Antheil. „Kein förmliches Gesetz, aus den übereinstimmenden Voten aller Factoren hervorgegangen, sondern nur der gute Wille der Stände gestattete 1790 den kroatischen und slawonischen Ablegaten den ferneren Gebrauch der lateinischen Sprache; lange ehe die Gesetzartikel über die Sprache veröffentlicht waren, hatten die Stände bereits (1805 und 1839) die Repräsentationen auch in ungarischer Sprache abgefaßt und die lateinischen Protokolle beseitigt." Die Circularsitzungen hatten zwar keinen officiellen Charakter, die in denselben gefaßten Beschlüsse keine Geltung. Längst war aber das eigentliche Schwergewicht der Debatten in die Circularsitzungen verlegt und den öffentlichen Reichstagssitzungen nur die einfache Bestätigung der Circularbeschlüsse überwiesen worden. Es war daher eine vergebliche Mühe, wenn in der Reichstagssitzung vom 2. December der Personal noch zur Nachgiebigkeit ermunterte und die kroatischen Abgeordneten ihr Recht zu vertheidigen suchten. Sie beschworen nur einen neuen Sturm herauf. Der Anrede des Abgeordneten Klobucsarics: Excellentissime domine folgte ein hundertstimmiges: Magyarul, und diese Antwort wiederholte sich regelmäßig, so oft ein kroatischer Deputirter mit der üblichen lateinischen Titulatur seine Rede begann. Ueber diese Worte hinaus kam kein Sprecher. Endlich, als physische Ermüdung den Streit abschwächte, drang Klauzál mit seinem Vorschlage durch: die Kroaten lateinisch reden zu lassen, aber ihre Reden dem Protokolle nicht einzuverleiben, gleichsam als nicht gesprochen zu betrachten. Das war die einzige Frucht der kroatischen Verwahrungen. Auf den Inhalt der Repräsentation übten die letzteren natürlich keinen Einfluß. Dieselbe wurde (am 11. December) vollständig im Sinne der nationalen Partei verfaßt und enthielt außer der Rechtfertigung des Beschlusses vom 20. Juni noch die Bitte, alle königlichen Erlasse an den Reichstag in ungarischer Sprache zu richten.

Aengstliche Gemüther sahen schon die Krisis herannahen und fürchteten, daß bereits in nächster Zeit die brutale Gewalt zur Beendigung des Streites werde angerufen werden. Hier beharrte eine energische Mehrheit bei dem Widerstande gegen die Regierung, dort sann eine hinterlistige Hofpartei, wie die allgemeine Meinung ging, auf den Sturz der Verfassung und paßte nur auf eine gute Gelegenheit, ihre finsteren Pläne durchzuführen. In Preßburg tobte die Reichstagsjugend, die Juratenmasse so arg, daß die Garnison es für nothwendig erachtete, militairische Vorsichtsmaßregeln vorzubereiten, in Agram war es sogar am 9. December zu einem Straßenkampfe zwischen den Turopoljern und der illyrischen Partei gekommen, hier hatte die nationale Leidenschaft sich mächtig genug erwiesen, um selbst Priester zu den Waffen greifen zu lassen; es fehlte also nicht an Zündstoff, wenn es der Regierung beliebte, einen Brand anzufachen, welcher zuerst die ungarische Freiheit verzehren würde. Das Unerwartete geschah. Zur großen Ueberraschung der liberalen Stände lautete das königliche Rescript (am 25. Januar 1844 vorgelesen) auf die letzte Repräsentation überaus günstig. „Alle königlichen Rescripte, Propositionen und Resolutionen, sowie alle Gesetze sollen von nun an einzig und allein in ungarischer Sprache abgefaßt und sanctionirt werden.“ „Der Wunsch und das Streben der Regierung ist und bleibt auf die genaue Verbindung und das wechselseitige Einverständniß zwischen Ungarn und den Nebenländern gerichtet. Sie liefert dafür einen neuen Beweis, indem sie dem ständischen Beschlusse zustimmt, daß als Reichstagssprache künftighin ausschließlich die ungarische zu gelten habe.“ Nur als Almosen wird den kroatischen Ablegaten eine sechsjährige Frist noch geschenkt, innerhalb welcher sie ihre Vota auch in lateinischer Sprache abgeben dürfen. Dieses letztere Zugeständniß besaß neben der grundsätzlichen Anerkennung des ungarischen Rechtes keine große Bedeutung, rief auch in der That in den Kreisen der ständischen Mehrheit keinen erheblichen Widerstand hervor. Die Freude, einen vorläufigen Abschluß der Sprachenfrage gewonnen zu haben, überwog jedes andere Bedenken, auch den Aerger, daß der Beschluß vom 20. Juni durch das neue Rescript eigentlich doch wieder aufgehoben werde.

An die Freude knüpfte sich jedoch nicht das Gefühl der Dankbarkeit gegen die Regierung; auf die Herstellung eines dauernd freundlichen und friedlichen Verhältnisses zwischen dem Wiener Hofe und dem ungarischen Volke übte die Nachgiebigkeit des ersteren in der Sprachenfrage keinen Einfluß. Furcht und Schwäche, die Scheu vor jeder kräftigen Handlung und tieferen Verwickelung hatten allein den österreichischen Staatsmännern Zugeständnisse abgepreßt. Besorgten manche Ständemitglieder von einer allzustraffen Opposition schlimme Folgen für das Verfassungsleben, so ängstigte sich ihrerseits die Regierung über die sichtlich steigende Leidenschaft, welche immer weitere Kreise erfaßte und unberechenbare Wendungen

zu nehmen drohte. Sie hatte die in den Circularsitzungen gefallenen Worte nicht überhört. Wenn in der That, wie ein Redner vorschlug, die Ständemitglieder von Comitat zu Comitat reisen würden, um das Volk zur Vertheidigung der Nationalität aufzurufen, wenn in jeder Stadt, in jedem Dorfe die ungarische Tricolore entfaltet würde, als Sammelpunkt für die patriotischen Kämpfer, wer konnte da den möglichen Ausgang voraussehen? Bequemer war es jedenfalls, vorläufig die Gemüther zu beschwichtigen, um so mehr, als die Regierung durch die Bestätigung des Sprachgesetzes auf dem letzten Landtage schon das gegenwärtige Zugeständniß vorbereitet hatte. Sie gab der nationalen Partei in Ungarn Recht, weil sie die Stärke derselben fürchtete; wo diese sich ihr nicht furchtbar machte, entzog sie ihr auch die Gunst und den Schutz. So in Kroatien.

Hier wurden die ungarisch Gesinnten, wie die Ereignisse bereits der nächsten Monate lehrten, den Kroaten geopfert, und den letzteren aus Angst vor einer weitergreifenden Aufregung in ähnlicher Weise gehuldigt, wie in Ungarn den Magyaren. Die Regierung entfernte sogenannte Magyaronen aus ihren Aemtern, öffnete kroatischen Patrioten, wie Kulmer und Bedekovic, die Aussicht auf Beförderung im Staatsdienste und hieß alle Schritte gut, welche in Agram zur Beschränkung des Wahlrechtes der Turopoljer, des persönlichen Stimmrechtes der niederen, meistens ungarisch gesinnten Adelskaste gemacht wurden.

Diese Politik des allseitigen Gewährens, des Rechtgebens nach rechts und links, ein trauriges Vorspiel der Vorgänge im Revolutionsjahre 1848, belud sich nicht allein mit dem Schein der Doppelzüngigkeit und der Achselträgerei, sie hatte auch die Wirkungen derselben. Sie deckte den Brand nur mit Asche zu, löschte ihn aber nicht, trug vielmehr dazu bei, daß derselbe fortglimmend stets neue Nahrung fand und über kurz oder lang nur noch mächtiger emporloderte. Kein Wunder daher, daß argwöhnische oder überkluge Menschen in dem Verfahren der Regierung ein wohlüberlegtes, von langer Hand fein und sicher angelegtes Spiel erblickten, ihr die Begünstigung der nationalen Streitigkeiten, das Schüren der Eifersucht unter den einzelnen Stämmen als Absicht unterschoben. Dieser Verdacht ist unbegründet. Abgesehen davon, daß unter den österreichischen Staatsmännern keine Persönlichkeit nachgewiesen werden kann, welche so bösartiger, aber auch so verwegener Pläne fähig gewesen wäre, widerspricht es aller Wahrscheinlichkeit, daß in den verschiedenen Provinzen entgegengesetzte Grundsätze gegolten hätten. War man in Ungarn zu so gewaltiger Energie entschlossen, so hätte man nicht in den anderen Provinzen die beschämendste Unthätigkeit walten lassen. Alle Umstände sprechen dafür, daß die Regierung diesseits wie jenseits der Leitha die Dinge gehen ließ, wie sie eben gingen, dem zähen Widerstande schließlich überall nachgab und froh war, einige ruhige Augenblicke gerettet zu haben.

Eine folgerichtige, zielbewußte Politik wurde von den Wiener Staatsmännern nicht den Magyaren, nicht den Kroaten gegenüber eingeschlagen. Diesen Vorwurf haben während des Reichstages die Freunde der Regierung in Ungarn am lautesten ausgesprochen, die Einsicht in die unverbesserliche Thatenlosigkeit der alten Staatsmänner hatte gleich nach dem Schlusse des Reichstages zu dem Versuche geführt, eine sogenannte jungconservative Partei zu bilden, welche die Regierung zur Energie zwingen, ihr ein bestimmtes Programm aufdringen sollte.

Beinahe gleichzeitig mit der vorläufigen Beschwichtigung des Sprachenstreites fand auch die seit Jahren auf der Tagesordnung stehende Religionsfrage ihre Lösung. Der Reichstag war erst wenige Wochen versammelt, als er (5. Juli 1843) ein königliches Rescript, die verspätete Antwort auf die Repräsentation vom 7. Mai 1840 empfing. Die Regierung hoffte dadurch der Debatte über die erste Repräsentation die Spitze abzubrechen. Die zwingende Verpflichtung, die Kinder in der Religion des Vaters zu erziehen, sollte nur dann gelten, wenn die Brautleute sich nicht über das Bekenntniß derselben geeinigt hätten. In diesem Falle sei dem vor dem Priester gegebenen Versprechen die Kraft eines Privatvertrages zu verleihen, zu dessen Erfüllung man durch die Gerichte angehalten werden könne. Mit dieser Entscheidung war die Opposition, welche die Sache der Protestanten in ihre Hand genommen hatte, keineswegs zufriedengestellt. Die Evangelischen würden von den Verträgen keinen Gebrauch zu ihren Gunsten machen, dagegen die katholischen Priester dieselben als Handhabe zur Erweiterung ihrer Macht benutzen. Durch die empfohlenen Verträge würden ferner die berüchtigten Reversalien nur unter einem andern Namen wieder eingeführt, überhaupt durch den Regierungsvorschlag die Gewissensfreiheit und die Gleichberechtigung der Bekenntnisse verletzt. Merkwürdiger Weise wies aber auch die klerikale Partei das königliche Rescript zurück. In der Magnatensitzung vom 11. Juli legte der Primas eine förmliche Verwahrung dagegen ein, daß katholische Eltern einen rechtsverbindlichen Vertrag über die katholische Erziehung ihrer Kinder abschließen könnten, und sämmtliche Bischöfe überreichten später (29. September) eine Repräsentation, in welcher sie ihr Befremden darüber aussprachen, daß die weltliche Gewalt sich mit der Frage gemischter Ehen beschäftige, nachdem der Papst schon dieselbe entschieden, daß das weltliche Forum über Angelegenheiten zu Gerichte sitzen wolle, welche ausschließlich von der Kirche geschlichtet werden müßten, und daß endlich das Rescript vom 5. Juli die katholische Kirche mit den protestantischen Confessionen auf gleichem Fuße behandle.

Die Magnatentafel war schon durch ihre Zusammensetzung kirchlichen Einflüssen zugänglicher, als die Comitatsdeputirten der unteren Tafel. Durch Zahl und sittliches Gewicht übte dort die Bischofsbank auf alle Berathungen einen großen Einfluß, die Würdenträger des Reiches hieß

das conservative Interesse die kirchliche Macht schonen, bei zahlreichen Magnatenfamilien war überhaupt die Anhänglichkeit an die katholische Kirche ebenso traditionell geworden, wie in den Reihen des niederen Adels die Sympathie für den evangelischen Glauben. Es stießen daher die ständischen Anträge in der Religionsfrage bei den Magnaten vielfach auf starren Widerstand. Die herben Angriffe, welche im Schooße der Ständetafel gegen den katholischen Klerus geführt wurden, fanden hier keinen Beifall. Während die Stände sich ironisch darüber äußerten, daß jetzt als Kirchengesetz gelten solle, was früher nur zwei ultramontane Bischöfe — jene von Rosenau und Großwardein — zum Aergerniß der meisten Amtsbrüder zu behaupten gewagt, und die Comitatsbehörden zur Ausdauer im Kampfe gegen die klerikale Partei aufstachelten, horchten die Magnaten zustimmend den Reden der Bischöfe zu, welche für die hart angegriffene Kirche den Schutz der Gesetze in Anspruch nahmen und die ständischen Forderungen als unvereinbar mit dem Landrechte behaupteten. Eine lange Reihe ständischer Beschlüsse in der Religionsfrage wurde von den Magnaten zurückgewiesen. Diese billigten den Ausschluß der Protestanten aus Kroatien, wollten den Uebertritt zum evangelischen Bekenntnisse nicht erleichtern, die vollständige Rechtsgleichheit der Protestanten und nichtunirten Griechen nicht aussprechen. Für die Lösung des Streites über die gemischten Ehen, wie sie das königliche Rescript vorschlug, war aber trotz alles katholischen Eifers auch die Mehrheit der Magnaten nicht zu gewinnen, sie schloß sich in diesem Punkte der Repräsentation der Ständetafel an und verlangte gleichfalls feste, allgemeine Bestimmungen, welcher Religion die Kinder folgen sollten, damit nicht in jedem Augenblicke der Kampf neu ausbreche und den Verführungskünsten des Klerus ein Hinderniß gesetzt werde.

So gedrängt, wich die Regierung wieder einen Schritt zurück. In einem neuen Rescripte (25. März 1844) hielt sie zwar das Recht der Brautleute, über die Kindererziehung eine freie Ueberzinkunft zu treffen, aufrecht, verlieh aber diesen Verträgen keine bindende Kraft, so daß ihre Verletzung keine weltliche Strafe nach sich zieht, ihre Erfüllung nicht gerichtlich erzwungen werden kann. Der Vorwurf lag nahe und wurde auch von Palóczy laut ausgesprochen: die Freiheit, Verträge zu schließen, um sie alsbald zu brechen, wirke demoralisirend und werde zu einem Feilschen und schnöden Verhandeln der religiösen Kindererziehung führen. Gegen diesen Punkt richtete überhaupt die Opposition ihre schärfsten Waffen; er war seltsamer Weise derjenige, welcher den Primas noch am meisten zufriedenstellte. Er sprach sich*) im Allgemeinen tadelnd über die Resolution aus, und eiferte gegen die daselbst grundsätzlich ausgesprochene Gleichberechtigung der christlichen Bekenntnisse. Wenn etwas an dem

*) Seff. 166 vom 22. Juni 1841.

Rescripte noch zu loben sei, fügte der Primas hinzu, so sei es die Erlaubniß, den kirchlichen Interessen feindselige Verpflichtungen nach Belieben wieder lösen zu dürfen. So laut auch die Opposition ihre Mißbilligung des neuen Rescriptes äußerte, so gering auch anfangs der Anhang war, welchen der Führer der conservativen Partei Zsedényi für seine zustimmende Meinung sammelte, so fühlte doch bald jeder Unbefangene, daß durch dasselbe ein sicherer Ausweg aus dem langwierigen Kampfe geboten sei. Bindende Regeln in Beziehung auf die Erziehung der Kinder gemischter Ehen fehlten zwar in dem Rescripte, aber auch die ultramontane Lehre hatte keine Anerkennung gefunden. Die Regierung bekannte sich bereits zu dem Grundsatze der Gleichberechtigung, wenn sie auch nicht unmittelbar alle Folgerungen aus demselben zog. Der Principienstreit war also glücklich beseitigt und nur noch eine Uebereinkunft über die Art und Weise der Durchführung nothwendig. Nach längeren Verhandlungen, wie sie nun einmal der schleppende Geschäftsgang des Reichstags zur Gewohnheit machte, einigten sich sowohl alle Parteien im Reichstage, wie der Reichstag selbst mit der Regierung in folgendem Gesetzentwurfe: „Gemischte Ehen können mit voller Giltigkeit auch vor dem protestantischen Pastor eingegangen werden." Thatsächlich wurde dadurch so viel erreicht, wie durch die 1840 von den Ständen zum Schutze der Evangelischen so eifrig empfohlene Zwangsnachfolge des väterlichen Bekenntnisses. Eine Bedrückung der Protestanten ist nunmehr unmöglich, seitdem zur Giltigkeit der Ehe nicht mehr die katholische Einsegnung erfordert wird. Ueberdies wurde auch der Uebertritt zur evangelischen Kirche wesentlich erleichtert, durch diese und andere Maßregeln der religiöse Frieden wieder dem Lande geschenkt.

Die Wichtigkeit einer glücklichen Lösung des kirchlichen Streites erkannten die Mitglieder des Reichstages, die Zeitgenossen überhaupt willig an, von der großen Bedeutung der Sprachenfrage war man gleichfalls in allen politischen Kreisen Ungarns überzeugt; dennoch wurde allgemein die bittere Klage laut, daß diese beiden Fragen die Thätigkeit des Reichstages durch eine so lange Zeit beinahe ausschließlich in Anspruch genommen, und herrschte über die Unfruchtbarkeit auch dieses Reichstages bei allen Patrioten die größte Unzufriedenheit. Daß die sittliche Freiheit der einzelnen Person, die Ruhe der Familien gesichert wurde, erregte Freude, daß die heimische Sprache neue Rechte errungen hatte, hob den nationalen Stolz. Die Verfassung, deren Reform sich tagtäglich zu einem dringenderen Bedürfnisse gestaltete, erfuhr dadurch keinen unmittelbaren Anstoß zu gedeihlicher Entwickelung. Die Erhebung der magyarischen Sprache zur diplomatischen legte den Keim zu schweren internationalen Wirren, ließ aber vorläufig das alte constitutionelle Gerüste aufrecht stehen. Gerade das letztere umzubauen, reizte den Sinn der liberalen und — bald auch der conservativen Staatsmänner Ungarns.

Die liberale Partei im Reichstage beharrte keineswegs nur bei frommen Wünschen und wohlmeinenden Redensarten. Ihr gebührt vielmehr das Zeugniß, an allen Verhältnissen gerüttelt, in allen Richtungen des Staatslebens bestimmte Verbesserungen vorgeschlagen zu haben. Leider fehlte ihr aber die glückliche Hand. Sie erreichte nur so viel, daß die Fortdauer der bestehenden Zustände auf eine immer größere Zahl von Ungläubigen stieß, die Pietät für die „ehrwürdige" Constitution immer mehr sich verlor.

Der Entwurf eines neuen Strafgesetzes, welches die Todesstrafe abschaffte, die Armee den bürgerlichen Gerichten unterordnete, der Antrag auf die Einführung der Geschwornengerichte, der Beschluß, das Gefängnißwesen auf Grund des pennsylvanischen Systems zu ordnen, bewiesen den mächtigen Einfluß der modernen Anschauungen auf den ungarischen Geist, sie straften die schlimme Meinung, als ob Ungarn bereits der östlichen Barbarei verfallen wäre, in glänzender Weise Lügen und erweckten den Beifall deutscher Juristen und englischer Humanisten. Mittermaier, fremden Nationen gegenüber stets voll höflichen Lobes, versicherte, es sei ihm kein legislatives Werk bekannt, welches den Fortschritten der Zeit, den Forderungen der Gerechtigkeit und den neuesten Ansichten der Wissenschaft in so hohem Grade entspreche, wie der ungarische Gesetzentwurf.*) Diese Lobeserhebungen halfen aber durchaus nicht die praktischen Schwierigkeiten ebnen. Nimmermehr ließ sich annehmen, daß man in Wien in die Aufhebung einer besonderen Militairgerichtsbarkeit willigen werde. Die Gleichstellung des Soldaten mit dem Bürger widersprach schon an sich den Grundsätzen der Regierung, sie ließ sich überdies bei dem engen Verbande des ungarischen Truppentheils mit den übrigen Armeecorps thatsächlich kaum durchführen. Und wenn ferner, wie es die conservativen Magnaten, Graf Georg Apponyi an der Spitze, gegen Eötvös und Teleki durchsetzten, die Giltigkeit des Strafgesetzes von der Erprobung der neuen Gefängnißordnung abhängig gemacht wurde, welche letztere selbst wieder zunächst nur versuchsweise eingeführt werden sollte, so ließ sich das Ende der Berathungen kaum absehen.

Auch die Juryfrage gab zu gegründeten Bedenken Anlaß. Nur die Minderheit der Reichstagscommission, welche das Strafgesetzbuch entwerfen sollte, zeigte sich diesem Institute günstig, in der Ständetafel war zunächst die Summe der bejahenden und verneinenden Stimmen gleich groß, und erst bei der wiederholten Discussion, nachdem neue Instructionen von den Comitaten eingeholt worden waren, ergab sich für die Jury eine Majorität von acht Stimmen. Die Liberalen wiesen die Einwürfe Jsedényi's, als ob der Eifer für die Einführung der Jury nur aus der be-

*) Die Strafgesetzgebung in ihrer Fortbildung. Zweiter Beitrag. S. 219. Heidelberg 1843.

kannten Anglomanie des ungarischen Adels stamme, kräftig zurück. Sie fanden das ungarische Volk nicht so unreif, wie es die Conservativen darzustellen liebten, entdeckten in dem Institute der Comitatsassessoren die Geschworenen förmlich vorbereitet und besaßen einen unerschütterlichen Glauben an die Lebensfähigkeit der Geschworenengerichte; mehr oder weniger offen gingen aber dennoch auch sie von der Voraussetzung aus, daß eine Reform der Städteordnung und der Comitatsverfassung gleichzeitig in das Leben treten müsse, um eine sichere Grundlage für die Jury zu schaffen. In einem Lande, wo die Verfassung nur einem einzigen Stande politische Rechte einräumt, wo das freie bürgerliche Leben nur in geringem Grade erst heimisch geworden war und wo endlich dem unterthänigen Bauer noch mächtige Grundherren gegenüberstanden, konnten die Geschworenengerichte schwerlich eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten. Szemere, Klauzál, welche die Hauptvertheidigung der Geschworenengerichte gegen Zsedényi führten, die liberale Opposition überhaupt unterschieden sich von ihren Gegnern dadurch, daß sie statt aus diesen unzweifelhaften Mängeln des ungarischen Staatslebens auf die Unbrauchbarkeit der Geschworenengerichte zu schließen, vielmehr auf die Beseitigung der ersteren drangen. Eine Aenderung in den hergebrachten Zuständen führte stets andere, folgenschwerere nach sich, keine einzelne Reform konnte verwirklicht werden, ohne daß gleichzeitig auch da und dort, schließlich überall die bessernde Hand angelegt werden mußte. Die Arbeit der Staatsmänner wuchs mit jedem Tage, das Ziel der Vaterlandsfreunde nahm stetig an Größe zu, aber zugleich steigerten sich auch die Schwierigkeiten und mehrten sich die Hindernisse einer friedlichen Reform. Es mußten bei der engen Verkettung der politischen Verhältnisse, bei dem starken Rückschlage einer jeden einzelnen Maßregel auf alle übrigen Institutionen nahezu alle Bestimmungen der Verfassung umgewandelt werden, es sollte aber dennoch die Verfassung selbst, da es ja auf keine Revolution abgesehen war, unversehrt aufrecht bleiben. Alte Formen und neues Wesen oder altes Wesen und neue Formen — zwischen diesen Wahlsprüchen schwankten die Einzelnen wie die Patrioten zweifelnd hin und her. Niemand fand sich in dem Gewirre widersprechender Verfassungsrechte und Interessen vollkommen aus. Zunächst erschien als wichtigste Pflicht die Reform der Städteordnung, die Verbesserung der Steuerverhältnisse geboten. So lange hier und dort engherzige Privilegien walteten, konnte von einem allgemeinen Staatsbürgerthume nicht gesprochen werden. Dieses aber auch in Ungarn zu gründen, dazu drängte sowohl das Beispiel der politischen Bewegungen im übrigen Europa, wie die Ueberzeugung, daß nur auf diese Art die materielle Wohlfahrt des Landes, wie seine freie politische Selbständigkeit gesichert werden könne.

Auch bei der Berathung der städtischen Angelegenheiten hatte sich die Unmöglichkeit, an einem Punkte der Verfassung zu rütteln, ohne diese

selbst in allen anderen Theilen in Bewegung zu setzen, geoffenbart. Ursprünglich handelte es sich nur um eine billigere Vertretung der städtischen Interessen am Reichstage, auf welchem bisher allen siebenundvierzig Freistädten zusammen nur eine einzige berathende Stimme gegönnt war. Die liberale Partei mußte grundsätzlich diese Forderung unterstützen, ihre alten Bedenken jedoch, eine erweiterte Macht dem bestehenden privilegirten, stets regierungsfreundlichen Altbürgerthume zu ertheilen, hatte sie keineswegs abgelegt. Der Standpunkt, welchen Pulszky auf dem Reichstage 1839 unter dem lauten Beifalle der Opposition*) vertreten, galt auch heute noch. Die Liberalen erklärten sich bereit, den städtischen Deputirten eine größere Stimmenzahl zu bewilligen, knüpften aber daran die Bedingung einer Reform der Städteordnung, der Ausdehnung der politischen Rechte, insbesondere des Wahlrechtes in den Freistädten. Die Altbürger, welche sich hier im Vollbesitz der Macht befanden, hätten gern ihren Einfluß am Reichstage verstärkt gesehen, um den Preis des gänzlichen Verzichtens auf ihre Privilegien mochten sie aber freilich jenen Zuwachs des Bürgerthums an Ansehen nicht empfangen. Wagten sie auch nicht aus Furcht vor der öffentlichen Meinung diese Ansicht unumwunden auszusprechen, so blieben sie doch eifrig bemüht, die Verhandlungen mittelbar zu hindern und einen gedeihlichen Ausgang des ganzen Planes zu vereiteln. Sie erklärten die Ständetafel für incompetent, über die städtischen Angelegenheiten zu berathen, bestritten der „Repräsentation des Adels" das Recht, über die Ansprüche des Bürgerthums abzuurtheilen, und riefen Wehe über die Opposition, welche in ihrem Kampfe gegen die Regierung stets den Spruch: nihil de nobis sine nobis im Munde führe, wenn es sich dagegen um die Interessen der Städte handele, das Feldgeschrei: omnia de vobis sine vobis anstimme.**) Sie verlangten nicht weniger, als daß schon bei den Berathungen über das Stimmrecht der städtischen Deputirten die letzteren dasselbe im ausgedehntesten Maße ausüben sollten. Mit diesem Verlangen zurückgewiesen klagten sie sodann über die Kargheit der Zugeständnisse. Nach dem ursprünglichen Entwurfe waren die 47 Freistädte mit 16 Stimmen bedacht. Der Magistrat und Bürgerausschuß von Pesth — von 120 Wählern ernannt — erklärte, wenn nicht mindestens jeder Freistadt eine selbständige Stimme eingeräumt werde, den gegenwärtigen Zustand vorzuziehen und forderte in einem Rundschreiben alle anderen Städte auf, die gleiche Meinung dem Reichstage kundzuthun. Er rief dadurch zunächst eine Gegenerklärung der nicht privilegirten Pesther Bürger hervor, besser seien die 16 Stimmen, als daß die Städte wie bisher gar nicht vertreten wären, und weckte bei

*) Vergl. Bd. I. S. 498.

**) Ein großes Aufsehen erregender Artikel der Preßburger Pannonia vom 3. October 1843 galt als das Manifest des privilegirten Bürgerthums.

der Reichstagsopposition die Ueberzeugung, nur noch entschiedener auf die Abschaffung der städtischen Privilegien und eine Reform der Städteordnung im liberalen Sinne dringen zu müssen.

Am 26. September überreichte die aus der liberalen Majorität gewählte Deputation den Entwurf einer neuen Städteordnung dem Reichstage, welcher denselben schon am nächsten Tage unbekümmert um das Widerstreben, die Verwahrungen und Drohungen der städtischen Abgeordneten in Berathung nahm. Die Ansichten der liberalen Partei entwickelte am schärfsten Ladislaus Szalay, ein junger Mann, bis dahin noch ohne klangvollen Namen und weittragende Autorität, aber wenige Jahre später verdientermaßen den Besten im Lande beigezählt, an Patriotismus von Keinem überragt, an maßvoller politischer Anschauung, männlichem Muthe und feiner Bildung von Wenigen übertroffen. Es handle sich nicht um die Wiederherstellung oder Erweiterung städtischer Vorrechte, nicht darum, ob die Bank der städtischen Deputation über ein paar Stimmen mehr oder weniger gebiete, sondern um die Gründung eines freien, unabhängigen Bürgerthums. Würde aus der vorgeschlagenen Reform nichts Anderes folgen, als die Vermehrung der schon bestehenden privilegirten Stände mit ihren engherzigen Interessen und selbstsüchtigen Tendenzen, sei es, daß sich die echt ungarischen Cortes mit den modernen Epiciers in die Herrschaft theilen oder die Ritter von der Elle und Waage dieselbe überwiegend an sich ziehen, so würde er jene unbedingt verdammen. Das Ziel der Vaterlandsfreunde müsse vielmehr darauf gerichtet sein, ein allgemeines Staatsbürgerthum zu gründen, in welches die mannigfachen Klassen und Stände sich auflösen und welches an der Stelle der Comitats- und städtischen Ablegaten Repräsentanten der Nation in den Reichstag sendet. Diese offene Enthüllung des liberalen Programmes: die alte ständische Constitution soll in eine Repräsentativverfassung verwandelt werden, widersprach nicht nur den Wünschen der Altbürger, welche eigentlich nur die Rechte des Adels auf ihren Stand ausgedehnt verlangten, sondern erfüllte auch die conservative Adelspartei mit Schrecken. Mühsam fügte sich die letztere dem Mahnruf der Führer, nicht gemeinsam mit den Städten durch Proteste die Verhandlung überhaupt zu hindern. Die Erfahrung hatte gelehrt, daß gewaltsamer Widerstand die Kräfte des Gegners nur höher spanne. Es wurde vielmehr beschlossen, in die Verhandlung der neuen Städteordnung einzugehen, während derselben aber jede Gelegenheit zu benutzen, um die Pläne der Opposition zu verderben, und zu verhüten, daß nicht die Reform der städtischen Verfassung der Angelpunkt werde, von welchem aus jene die Reichsconstitution aus dem Boden reiße. Der Entwurf der Städteordnung, nach demokratischen Grundsätzen verfaßt, auf die engste Beschränkung der Regierungsmacht gerichtet, in manchen Punkten auch die Vorurtheile und den Stolz des Adels verletzend, ließ die Conservativen hoffen,

ihren Zweck zu erreichen. Gelang es ihnen, den festen Zusammenhang der Parteien zu lockern, locale und persönliche Interessen mit in das Spiel zu ziehen, so war das Schicksal des Entwurfes sicher gestellt — der Widerstreit der Meinungen verhinderte dann, wie in so vielen früheren Fällen, das Zustandekommen eines förmlichen Gesetzes.

Nur mit Widerstreben und wohlverclausulirt gaben die Liberalen nach, daß die Städte der Oberaufsicht der Statthalterei unterworfen bleiben sollten, sie erzwangen dagegen die Unterordnung der im Weichbild einer Stadt gelegenen Edelhöfe unter die städtische Gerichtsbarkeit. Klauzál lenkte die Aufmerksamkeit der Stände auf das neue Strafgesetz, in welchem die Territorialgerichtsbarkeit grundsätzlich anerkannt war. Nimmermehr könne gleichsam in demselben Athemzuge dieselbe wieder aufgehoben und zahlreiche Exemtionen gestattet werden. Das leuchtete der Majorität ein; als aber in einem weiteren Paragraphen die Steuerpflicht aller Stadtbewohner ausgesprochen und die Besteuerung des städtischen Grundes ohne Rücksicht auf den Stand der Eigenthümer für zulässig erklärt wurde, da entglitt die Majorität den Händen der Liberalen. Eine unbeschränkte Municipalautonomie gegenüber der Regierung war wohl nach dem Sinne der Comitatsdeputation, als eine desto größere Anmaßung erschien der Mehrzahl die Gleichstellung des Adels und der Bürger in materiellen Lasten und Pflichten. Kein großer Scharfsinn gehörte dazu, in dem Vorschlage der Liberalen eine verhüllte Adelssteuer zu entdecken, und den Feldzugsplan der Opposition zu errathen. Sie hatte gegen die Steuerfreiheit des Adels die Comitate nicht gewinnen können, nichts als eine gesteigerte Agitation zu Gunsten dieses Privilegiums in den Kreisen des ärmeren Landadels bewirkt. Sie wollte nun, was ihr grundsätzlich nicht gelungen war, thatsächlich durchführen. Zahlte der Adel im städtischen Weichbilde Steuern, so konnte er nicht lange seinen ländlichen Besitz steuerfrei erhalten. Diese Consequenz zogen auch die Gegner und hüteten sich daher vor dem ersten verhängnißvollen Schritte. Nach langem Kampfe erreichte die liberale Partei nur so viel, daß bestimmt wurde: „Gewerbetreibende Edelleute sind gleich den anderen bürgerlichen Einwohnern steuerpflichtig.“ Dadurch glaubte man das persönliche Privilegium des Adels gerettet.

Die liberalen Staatsmänner Ungarns traf mit größerem oder geringerem Rechte der Vorwurf, daß sie einerseits über die Grenzen ihres Landes nicht hinausblickten, dachten und handelten, als wäre Ungarn ein Inselreich, unberührt von unmittelbaren nachbarlichen Einflüssen, und daß sie doch andererseits ihren Geist mit den modernen politischen Anschauungen des Westens ausschließlich füllten und sich mit Vorliebe in träumerischen Idealen von der nahen Verbrüderung der ganzen Menschheit, von der unauflöslichen Verbindung aller Freiheitsfreunde Europas ergingen. Man konnte die Ueberschätzung der eigenen Kraft bei ihnen

tadeln, ihre Pläne überschwänglich und den herrschenden Zuständen nicht immer klug angepaßt finden. Die zähe Beharrlichkeit, das Festhalten an der einmal übernommenen Aufgabe, den unermüdlichen Kampfeifer trotz aller Niederlagen mußten Freund und Feind gleichmäßig anerkennen. Darin offenbarte sich der Segen lebendiger politischer Traditionen, der Vortheil der alten parlamentarischen Schule. Die hervorragenden Führer der Stände waren in der Geschichte der Reichstage vollkommen heimisch, mit allen Regeln parlamentarischer Taktik innig vertraut. Die Erfahrungen der Väter hatten die Söhne Weisheit gelehrt. Diese erkannten, daß das erste Feuer des Angriffes durchaus nicht den Sieg sichere, wenn nicht die nachhaltige Ausdauer im Kampfe hinzutritt, und waren von der Pflicht, jede eroberte Stellung zu behaupten, sie nur als Ausgangspunkt zu weiterem Vorgehen zu benutzen, fest überzeugt. Jede der großen Reformfragen, welche die letzten ungarischen Reichstage bewegten, besitzt eine stetige Geschichte, die bis in das vorige Jahrhundert zurückreicht und durch alle späteren Reichstage in ihrer Entwickelung verfolgt werden kann. Das erste, vielleicht auch das zweite und dritte Mal glückte die Lösung nicht. War aber eine Frage überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt, so blieb sie auf derselben bis zu ihrer wirklichen Erledigung. So war es mit der Robotfrage, so mit der Sprachenfrage und in dem Streite über die gemischten Ehen ergangen. Auf ähnliche Art sollte auch die Steuerpflicht des Adels und die Emancipation der Juden durchgesetzt werden.

Die letztere war auf dem letzten Reichstage an dem Widerspruche der Regierung gescheitert, nur eine kärgliche Abschlagszahlung erreicht worden. Jetzt bei Gelegenheit der Berathung der Städteordnung tauchte sie abermals auf. Nach dem Entwurfe sollten alle Besitzer liegender Güter, alle Handels- und Gewerbetreibende und Alle, die ein Jahreseinkommen von 200—400 Gulden ausweisen können, die Juden mit eingeschlossen, zur Ausübung der Bürgerrechte zugelassen werden. Die Vertreter der Städte sprachen gegen die Gleichberechtigung der Juden. Zum Theil waren sie wirklich von der Gemeinschädlichkeit der Juden, die man dulden muß, weil das Uebel nun einmal schon vorhanden ist, die man aber nimmermehr begünstigen darf, überzeugt, zum Theil fürchteten sie für ihre Popularität bei den städtischen Wählern. Bei dem Landvolke wohl verachtet, aber wegen ihrer Unentbehrlichkeit im Ganzen geschützt, stießen die Juden in den bürgerlichen Kreisen auf einen unversöhnlichen Haß. Die Juden galten hier für den verkörperten Wucher und hatten überdies durch die scheinbar leichtere Art des Erwerbes, ihr rasches Emporkommen zum Wohlstande den Neid der Handwerker auf sich geladen. Jede Maßregel zu ihren Gunsten, dessen konnte man versichert sein, rief in den Städten die größte Verstimmung hervor und reizte den Pöbel zu Judenverfolgungen. Trotzdem ließ sich der Reichstag nicht einschüchtern

und erklärte, wenn auch nur mit der geringen Majorität von fünf Stimmen, die Juden zur Ausübung der Bürgerrechte befähigt. Ihre Wählbarkeit zu Stadtverordneten konnte er aber nicht durchsetzen. Der Antrag, sie auch in dieser Beziehung den Bekennern anderer Religionen gleichzustellen, blieb ungeachtet der eifrigen Bemühungen Klauzál's in der Minderheit, ebenso wie der andere, die Wählbarkeit von der Kenntniß der ungarischen Sprache abhängig zu machen. Die Behauptung Zsedényi's, in diesem Falle würden in den meisten Freistädten sich keine tauglichen Individuen zu Stadtverordneten finden lassen, konnte nicht widerlegt werden.

Der Verlauf der Verhandlungen zeigte deutlich, daß die liberale Opposition nicht nur die Freunde der Regierung, sondern auch den vorurtheilsvollen Landadel zu ihren Gegnern zählen mußte. Der Widerstand der ersteren ließ sich wenigstens in der Ständetafel leicht besiegen, schwerer hielt es dagegen, das Mißtrauen des letzteren, der wohl auch für die Freiheit schwärmte, aber seine Privilegien unangetastet bewahren wollte, zu beschwichtigen. Er ging mit den liberalen Führern Hand in Hand, so lange es die Beschränkung der Regierungsmacht galt, widerstrebte aber hartnäckig, wenn seinem Palladium, der Steuerfreiheit und dann der Municipalautonomie Gefahr drohte. Noch am Schlusse der Debatten über die Städteordnung erfuhren die Liberalen zu ihrem Schaden, wie wenig zuverlässig ihr Anhang unter dem Landadel sei. Sie hatten dem Reichstage das Recht zusprechen wollen, das städtische Budget zu prüfen, und neue städtische Auflagen an seine Billigung geknüpft. Furcht vor dem engherzigen Geiste der Städte, die am liebsten die Zollschranken hart an die Stadtmauer gerückt hätten, dann aber auch der Wunsch, die Macht des Reichstages zu erweitern, waren die Beweggründe des Vorschlages. An seine Durchsetzung knüpften die Liberalen noch eine andere Hoffnung. Die städtische Reform galt ihnen nur als das Vorspiel der Reform der Comitatsverfassung. Auch Nichtadelichen sollte Sitz und Stimme in den Comitatsversammlungen gebühren, der Adel zur Domesticalkasse, aus welcher die Kosten der Comitatsverwaltung bestritten wurden, gleichfalls beitragen. An die Zustimmung des Adels zu diesem radicalen Plane war aber nicht zu denken, wenn ihm keine Sicherheit geboten wurde, daß nicht etwa eine nichtadliche Majorität den größten Theil der Domesticalsteuer auf den Adel wälze. Diese Garantie wollten die Liberalen durch das Aufsichtsrecht des Reichstages über die Municipalsteuern gewähren. Aber sie verstießen gegen einen sogenannten „Grundpfeiler der Constitution," gegen die Municipalfreiheit. Alle Bemühungen der Oppositionsredner Klauzál, Szent-Királyi, die Nothwendigkeit der Maßregel zu beweisen, prallten an der beschränkten Hartnäckigkeit der Majorität zurück. Der Vorschlag fiel und hatte kein besseres Schicksal, als Szent-Királyi (30. October) auf eine abermalige Abstimmung antrug.

Erst als der Entwurf der Städtereform in den Regnicolarsitzungen nochmals verhandelt wurde, siegte die liberale Opposition und wurde die Aufsicht über das städtische Steuerwesen dem Reichstage übertragen.

Das Schicksal des Entwurfes war durch seine Annahme in der Ständetafel noch keineswegs entschieden. Am 29. Februar 1844 wurde derselbe, nunmehr als ständischer Beschluß, den Magnaten übersendet. Die Befürchtungen der Patrioten, daß hier alle liberalen Anträge würden verworfen und die Reform der Städteverfassung zu einem bloßen Schein herabgewürdigt werden, erfüllte sich vollständig. Der ständischen Forderung, das Stimmrecht der Städte im Reichstage erst nach der vollendeten Reform der Städteverfassung zu erweitern, traten zwar die Magnaten bei, die Verfassung selbst aber änderten sie in einer Weise um, daß der ursprüngliche Zweck der Städtereform nahezu vereitelt wurde. Sie bestätigten wenigstens theilweise die Sonderrechte der adelichen Stadtbewohner, strichen die Gleichberechtigung der Juden aus dem Entwurfe, machten die Giltigkeit der Statuten von der Bewilligung der Statthalterei abhängig, schraubten die Bedingungen, von welchen die Ausübung der Bürgerrechte abhing, so hoch, daß die Scheidung zwischen Patriziern und Plebejern wieder erhalten blieb, und verwarfen den Grundsatz directer Wahlen der städtischen Abgeordneten zum Reichstage durch die Gesammtheit der Bürger. Sie verlangten überdies für jede Stadt einen von der Regierung ernannten „Oberinspector," welcher ähnlich wie der Obergespan in den Comitaten zwischen der Centralregierung und den städtischen Behörden zu vermitteln und die Aufsicht über die Verwaltung zu führen hätte.

Die liberale Partei sah durch diese Beschlüsse nicht allein den ursprünglichen Entwurf der Städtereform bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, die Resultate der langwierigsten Berathungen, der sorgfältigsten Erwägungen vernichtet, sondern mußte auch erfahren, daß sie mit den eigenen Waffen am wirksamsten bekämpft werden könne. Wenn sie es auch im Reichstage aus Rücksicht auf die alten Táblabirós nicht laut offenbarte, das Ziel, welches ihr bei allen Anträgen und Reformplänen vorschwebte, war und blieb dennoch die Centralisation zu Gunsten der ungarischen Nationalität, im Interesse der Macht des Reichstages. Um den Preis, daß der Mittelpunkt der politischen Gewalt in die Ständeversammlung falle, waren die Liberalen bereit, sich eine Beschränkung der Municipalfreiheit gefallen zu lassen. Die Centralisation war aber auch das Ziel der conservativen Magnaten, welche Georg Apponyi leukte; nur sollte dieselbe der absoluten Regierung zu Gute kommen, die Summe der Macht nicht in den Händen des Reichstages, sondern in jenen des Wiener Hofkanzlers vereinigt werden. Keine Partei entwickelte zur Zeit unumwunden ihr Programm, jede fühlte die Gefahr, welche durch eine plötzliche Umwandlung der Verfassung für das selbständige Dasein des Reiches heraufbeschworen wurde, jede bemühte sich aber, den einzelnen Maßregeln und Beschlüssen

einen solchen Charakter zu verleihen, daß sie als Vorbereitung der Verfassungsreform gelten konnten. Der Kampf zwischen den Parteien wurde verdeckt, aber nichtsdestoweniger mit großer Leidenschaft geführt, ja die Erbitterung steigerte sich gerade durch den Umstand, daß das entscheidende Wort von keinem Redner ausgesprochen werden durfte. Wer die geheimen Motive der Liberalen und Conservativen, jene an der Ständetafel, diese unter den Magnaten in der Mehrheit, nicht kannte, mochte die Wichtigkeit, welche dem einen oder dem anderen Beschlusse beigelegt wurde, übertrieben finden, überhaupt das ganze Auftreten des Reichstages schwer begreifen. Nachdem die Ständetafel die Reform der Städteordnung vollständig entworfen, beschloß sie die Vermehrung der städtischen Stimmen am Reichstage. Den Städten sollten von nun an anstatt einer Cumulativstimme sechszehn Stimmen eingeräumt werden. Gleichzeitig wurde die Verdoppelung aller Stimmen angenommen, die sechszehn städtischen Stimmen auf zweiunddreißig erhöht, und um das Gleichgewicht zu erhalten, nicht mehr die Stimmen der beiden Deputirten eines Comitates zusammengezählt, sondern jedem derselben ein selbständiges Votum geschenkt. Scheinbar änderte sich dadurch nichts an den gegebenen Verhältnissen; die Bequemlichkeit allein galt als Grund der neuen Ordnung. Zweiunddreißig Stimmen ließen sich besser unter die 47 Freistädte vertheilen, als sechszehn. Pesth wurde nämlich mit einer ganzen Stimme, die 14 nächstgroßen Städte mit einer halben, die übrigen 32 mit einer Viertelstimme bedacht. Die Bequemlichkeit war aber lediglich ein vorgeschobener Grund. Bisher waren nur die Comitatskörper als Einheit am Reichstage vertreten und deshalb auch die Ablegaten der Comitate an die Instructionen der letzteren unbedingt gebunden. Galt aber die Stimme eines jeden einzelnen Comitatsdeputirten, so lockerte man jene Einheit und näherte sich mit einem starken Schritte der modernen Repräsentativverfassung. Die individuelle Ueberzeugung und nicht mehr die Instructionen bedingten die Abstimmung. Die conservativen Magnaten ahnten gleichfalls diesen Zusammenhang, und so willig sie waren, das Stimmrecht der städtischen Deputirten zu erweitern, so beharrlich sträubten sie sich gegen die Verdoppelung der Stimmen. Die Art und Weise, wie die Magnaten den ständischen Reformentwurf umstülpten, änderte überhaupt die Stellung der Parteien zu demselben. Eötvös, an der Spitze der liberalen Minorität an der Magnatentafel, erklärte offen: Die Magnaten hätten die Städtereform durch ihre Modificationen zu einem eitlen Schein herabgesetzt; die Absicht der Stände wäre nicht gewesen, einigen Individuen, die zufällig Städtedeputirte heißen, ein größeres Stimmrecht zu verleihen, sondern den gewerblichen und Handelsinteressen des Landes eine würdigere Vertretung im Reichstage zu gewähren. Nachdem die Magnaten die Abhängigkeit der Städte von der Regierung wieder hergestellt, das Wahlrecht zu einem Monopole der Reichen erhoben, dürften selbst

16 Stimmen den Städten nicht gegeben werden. Bei der Grundverschiedenheit der Anschauungen war an eine Verständigung zwischen der Magnaten- und der Ständetafel nicht zu denken. Fünfmal wechselten sie Nunzien und versuchten, den Gegner auf die eigene Seite herüberzuziehen. Nachgiebigkeit in einzelnen Punkten konnte da nicht helfen, wo in Wahrheit todtfeindliche Principien gegen einander in die Schranken traten. Die Städtereform fiel als Opfer dieses Kampfes; sie wurde auf dem Reichstage 1843/44 nicht verwirklicht, die Lösung dieser Frage, welcher beide Parteien die Bedeutung einer Lebensfrage zuschrieben, auf bessere Zeiten verschoben. Aehnlich erging es noch mehreren anderen Reformentwürfen.

In vielen Comitaten waren während der Reichstagswahlen grobe Gewaltthätigkeiten vorgefallen, der Wahlplatz durch die Wuth der Parteien in ein blutiges Schlachtfeld verwandelt worden. Der Bauernadel, durch den schwebenden Plan allgemeiner Steuerpflicht im Genusse seiner Privilegien bedroht, setzte Alles daran, um diese Gefahr von sich abzuwenden. Die Ueberzeugung der Gegner, welche in den gebildeten und höheren Adelskreisen das Uebergewicht besaßen, konnte er nicht erschüttern, er suchte sie daher einzuschüchtern oder wohl gar durch Gewalt aus der Comitatsversammlung zu vertreiben. Die Cortes erreichten ihren Zweck. Die Mehrheit der Instructionen verwarf die Ausdehnung der Steuerpflicht auf den Adel; ihre Umtriebe erregten aber gleichzeitig ein so großes Aufsehen, wurden von der öffentlichen Meinung so scharf gebrandmarkt, daß sich die Regierung veranlaßt sah, Maßregeln zur Abhilfe unter die Propositionen aufzunehmen. Den Liberalen war diese Aufforderung willkommen. Sie bot ihnen eine erwünschte Gelegenheit, auf die Reform der Comitatsverfassung selbst einzugehen. Wahlbestechungen, Excesse, Widersetzlichkeit bei der Wahlverhandlung zu bestrafen, waren die Ständetafel und die Magnaten ohne lange Debatte willig.*) Die Liberalen sahen ein, daß dadurch eben nur die schlimmsten Mißbräuche beseitigt, aber noch keineswegs gute Wahlen gesichert würden. Ja selbst das Erstere mußte fraglich erscheinen, da dem Reichstage das Recht der Wahlprüfungen entzogen blieb. Dem Abgeordneten Klauzál, welcher dieses Recht für den Reichstag in Anspruch nahm und als eine allgemeine parlamentarische Sitte begründete, wurde von der Majorität auch diesesmal siegreich der Schild der municipalen Autonomie vorgehalten. Das Uebel steckt, so dachten die Liberalen, viel tiefer und verlangt eine gründliche Heilung. So lange nur jedem Adelichen, aber diesem ohne Unterschied, auch dem rohesten und bettelhaften, das persönliche Recht, an den Comitatsverhandlungen Theil zu nehmen, zusteht, werden auch die Wahlen zum Reichs-

*) Die Verhandlungen in den Circularsitzungen begannen am 6. December 1843 und wurden nach Einholung neuer Instructionen am 22. Mai 1844 wieder aufgenommen.

tage weit hinter den Anforderungen der Zeit zurückbleiben. Die Rettung liegt allein in der Aenderung der Comitatsverfassung. Im Hintergrunde dämmerte der Gedanke an die Einführung des Repräsentativsystems in den Comitaten. Unmittelbar ließ sich derselbe natürlich nicht verwirklichen, wohl aber durch einzelne Verbesserungen der bestehenden Verfassung vorbereiten. Gelang es, dieselben durchzuführen, glückte ferner der Plan der Städtereform, nach deren Durchführung die liberale Partei auf eine namhafte Verstärkung durch die Repräsentation des intelligenten Bürgerthums zuverlässig rechnen durfte, so hatte es mit der gedeihlichen Fortsetzung der allgemeinen Verfassungsreform keine Noth. Zunächst sollten die mannigfachen, nicht selten einander widersprechenden Gewohnheiten, die bei den Restaurationen in einzelnen Comitaten herrschten, auf eine allgemeine Regel zurückgeführt, gleichsam codificirt werden. Dann aber wurde die Qualification auch Bürgerlicher zu allen Comitatsämtern ausgesprochen und — was für die Zukunft der Comitatsverfassung entscheidend war — das Wahlrecht auf die sogenannten Honoratioren, Beamte, öffentliche Lehrer, Advocaten, Dorfnotare und Aerzte, Geistliche und Industrielle, Kaufleute und Pächter ausgedehnt.

Die liberale Partei wurde aus dem guten Glauben, ihre Reformpläne schrittweise verwirklichen zu können, durch die Beschlüsse der Magnatentafel grausam gerissen. Dieselbe bestätigte die Strafen, welche auf Bestechungen und Umtriebe bei den Wahlen gesetzt waren, strich aber alle anderen Vorschläge von der Tagesordnung, weil die königliche Proposition nur von der Abhilfe gegen Wahlexcesse, keineswegs von der Coordination der Comitate handle. Sie war in ihrem formellen Rechte, sie durfte sogar das Lob größerer Unbefangenheit und unbedingt freisinniger Anschauungen für sich in Anspruch nehmen. Denn als die Amtsfähigkeit der Bürgerlichen verhandelt und dieselbe von der Ständetafel nur mit der Beschränkung anerkannt wurde, daß sie auf die Aemter des Vicegespans und Stuhlrichters keine Anwendung finde, da setzten die Magnaten es durch, daß keine Ausnahme gelte. Viele meinten, diese Großmuth habe den Magnaten keine kostbaren Opfer abgefordert. Die Wählbarkeit Bürgerlicher zu Comitatsämtern blieb ohne praktische Folgen, so lange der Adel das ausschließliche Wahlrecht festhielt.

Den gleichen trügerischen Schein offenbarte auch der Beschluß über die Besitzfähigkeit Nichtadelicher. Die heiße Phantasie der Reichstagsmitglieder begrüßte in diesem Schritte die Wiedergeburt des Landes, den Beginn einer neuen Aera. „Heute, rief während der Verhandlungen (29. August 1844) der alte Paloczi aus, ist der 318. Jahrestag der Schlacht bei Mohacs. Seit diesem verhängnißvollen Tage, welcher das Vaterland in Unglück stürzte, haben die Stände nicht wieder etwas so Entscheidendes gethan, um es emporzuheben." Und als die Magnaten am 28. October zur Berathung über den Gesetzentwurf schritten, erschien

Graf Széchenyi im prächtigen Staatskleide, mit zahlreichen Orden prangend. Er erinnerte an den Marschall Vorwärts, der sich am Schlachttage, dem Festtage des Soldaten, am glänzendsten zu schmücken liebte*), und rechtfertigte durch dieses Beispiel sein prunkvolles Auftreten, da ja heute gleichfalls die Nation ihr großartigstes Fest feiere. Bei dem Fortbestande der Aviticität blieben aber Bürgerliche von der Besitzfähigkeit thatsächlich ausgeschlossen, jedenfalls reizte sie wenig ein Besitz, aus welchem sie in jedem Augenblicke durch Nachkommen des ursprünglichen Eigenthümers herausgestoßen werden konnten. Nationalökonomische Folgen hatte die Maßregel nicht und auch ihre politische Wirksamkeit blieb zweifelhaft, die von Széchenyi erwartete Rechtsgleichheit aller Bürger Ungarns ein Traum, so lange die größte Schranke zwischen den einzelnen Ständen, die Steuerfreiheit des Adels, nicht gebrochen wurde.

Graf Széchenyi hatte zuerst diese Frage angeregt, zuerst mit praktischen Mitteln das gehässige Privilegium des Adels zu brechen versucht. Auch jetzt rastete sein eifriger Geist nicht, hatten auch schon längst seine Ideen den Charakter eines persönlichen Eigenthums verloren und sich in kleine Münze, unter allen Liberalen gangbar, verwandelt. Er verlor sein Ideal nicht aus den Augen: den politischen Fortschritt und den nationalökonomischen Vortheil enge an einander zu ketten, die Opferwilligkeit der Einzelnen durch lockende Schilderungen von dem künftigen Reichthume des Vaterlandes zu entflammen. Mit Wucherzinsen, verkündigte er, werde jede im Interesse der materiellen Cultur gemachte Spende zurückbezahlt werden, da es nur der Hebung der Industrie und der Eröffnung der Absatzwege bedürfe, um die Naturschätze Ungarns fruchtbringend zu machen. Er schlug bald nach dem Zusammentritte des Reichstages in einem berühmt gewordenen Zeitungsartikel**) die Aufnahme einer Nationalanleihe von 100 Millionen Gulden vor, die für Communicationsmittel und Culturzwecke verwendet werden sollte. Ihre Amortisirung und Verzinsung beabsichtigte er durch eine Grundsteuer, auf adeliche und nichtadeliche Besitzungen gleichmäßig angelegt, zu decken. Wenn von jedem

*) Széchenyi's Worte lauteten: „Vor dreißig Jahren und eilf Tagen (17. Oct. 1813) wurde ich in das Lager des Marschall Blücher gesendet. Ich komme daselbst mit Tagesanbruch an. Am Eingange des Zeltes finde ich einen Soldaten, der sich vor einem Spiegel die Haare pudert. Ich wundere mich darüber, trete ein und sehe da einen Pagen, welcher auf dieselbe Weise beschäftigt ist. Endlich trete ich bei dem alten Krieger selbst ein, und auch diesen treffe ich mit Arrangiren und Pudern seines Haares beschäftigt. „„Mein General, rede ich ihn an, ich hatte geglaubt, daß hier nur Pulver für die Kanonen im Gebrauche sei, aber ich sehe, daß man auch Haarpulver verwendet."" „Wir glauben heute ein großes Fest zu feiern, war seine Antwort, und das ist der Grund, warum wir für die Schlacht unsere schönsten Kleider herrichten." In der That trugen an diesem Tage die Preußen ihre siegreichen Fahnen bis Leipzig." Vergl. Gerando, S. 209.

**) Adó es Két garas. Im Jelenkor 1843.

Joche nutzbaren Landes nur zwei Groschen gezahlt würden, so kämen jährlich über 6 Millionen ein, eine für Verzinsung und allmälige Tilgung der Schuld ausreichende Summe. Dieser sogenannte „Zweigroschenplan" fesselte die Phantasie der großen Menge, verschaffte dem Grafen Széchenyi zahlreiche Bewunderer, eine praktische Geltung gewann er nicht. Abgesehen von allen andern Schwierigkeiten stand ihm das absolute Veto der Mehrzahl der Comitatsinstructionen im Wege. Mochten immerhin die persönlichen Ueberzeugungen der Deputirten den Instructionen widersprechen, verfassungsmäßig konnte doch nur auf Grund der Instructionen abgestimmt werden. Die Hoffnung der liberalen Ständemitglieder war darauf gerichtet, daß, wenn auch die allgemeine Steuerpflicht nicht grundsätzlich anerkannt würde, doch vielleicht für die eine oder andere besondere Steuer sich der Comitatsadel zu Beiträgen willig erweisen dürfte. Man sprach von einer Haus- und Erbsteuer, gleichmäßig von allen Ständen getragen; ließ aber alsbald diese Vorschläge fallen, um einem Plane beizupflichten, welcher noch deutlicher zeigen sollte, daß eine Ueberrumpelung der Abstimmungen nicht beabsichtigt, nur für ein großes Princip gestritten werde. Szombalhelyi, vom Bekeser Comitate gesendet, trug auf die Einsetzung einer Deputation an, welche die Mittel und Wege zu berathen hatte, wie den gesteigerten Bedürfnissen des Landes abgeholfen werden könnte, ohne das steuerpflichtige Volk noch mehr zu belasten. Eine solche Deputation einzusetzen, widersprach nicht den Instructionen, und fiel ihr Operat, wie zuversichtlich erwartet wurde, zu Gunsten einer Adelsbesteuerung aus, so blieb den Comitaten noch immer das Recht, in neuen Instructionen sich gegen die Reform auszusprechen. Vielleicht trug die Zeit Frucht, und gelang es, die Gegner der allgemeinen Steuerpflicht zu besänftigen. Jedenfalls wurde die Steuerfrage nicht todtgeschwiegen, ihre eingehende Verhandlung zur unabwendbaren Pflicht.

Die Magnaten stimmten „mit größter Freude" dem Vorschlage zu. Die Deputation begann im März 1844 die Berathungen über die Steuerreform, indem sie wenigstens theilweise Széchenyi's Gedanken sich aneignete. Mochten die Liberalen immerhin aus diesen Vorgängen neuen Muth schöpfen, während der Sommermonate eine eifrige Agitation in den Comitaten unterhalten und hier für die Ertheilung neuer, günstigerer Instructionen wirken: schließlich gewannen sie doch die traurige Ueberzeugung, daß ihr politisches Programm dem Verständnisse des Volkes weit voranschreite, in der Steuerfrage auf einen baldigen Sieg nicht zu rechnen sei.

Der Antrag der Deputation, von allen Liberalen eifrig unterstützt, lautete auf die Errichtung einer Landeskasse zu gemeinnützigen Zwecken; der Straßenbau, die Canalisirung des Banats, die Regulirung der Theiß sollten aus ihren Fonds gefördert, das Nationalmuseum unterstützt, die Kosten eines neuen Parlamentshauses in Pesth — die Verlegung des

Reichstages nach der Hauptstadt war bei den Ständen eine beschlossene Sache — bestritten werden. Die Landeskasse wurde vorläufig mit einer Summe von 12 Millionen Gulden bedacht, welche binnen vier Jahren vom Adel wie vom Volke nach Maßgabe ihres Grundbesitzes einzuzahlen waren. Durch den patriotischen Zweck der Landeskasse hoffte man den privilegiumsüchtigen Adel zu kirren, durch die geringfügige Summe, sie betrug etwa den achten Theil der von Széchenyi vorgeschlagenen Nationalanleihe, den Vorwand einer Ueberbürdung des Landes zu beschwichtigen. Alle Bemühungen scheiterten an dem Starrsinn des kleinen Adels. Die Mehrheit, durch ihre Instructionen gebunden, stimmte gegen die gemeinsame Besteuerung der adelichen und nichtadelichen Besitzer. Mit 27 gegen 19 Stimmen wurde (14. October) der Plan, die Landeskasse aus den Beiträgen aller Ständeclassen zu stiften, abgelehnt. Daß es sich um eine Principienfrage handle und nicht etwa der Widerwille zu zahlen zur Verwerfung des Antrages geführt hätte, zeigte die folgende Abstimmung. Die Frage, ob die Landeskasse vom Adel allein unterhalten werden solle, wurde von 39 gegen 11 Deputirte bejaht. Die allgemeine Landessteuer verwandelte sich dadurch in eine Adelssubsidie, welche zwar den Beitragenden augenblicklich eine größere Last auflud, aber grundsätzlich die Steuerfreiheit sicherte. Die Subsidie ist eine freiwillige Spende, keine fortdauernde oder regelmäßig wiederkehrende Abgabe, ihre Leistung berührt das Steuerprivilegium des Adels in keiner Weise. Trotz der Annahme des ursprünglich von den Liberalen ausgehenden Planes einer Landeskasse hatte die liberale Partei dennoch eine empfindliche Niederlage erlitten. An einer Landeskasse, aus dem Ertrage einer Adelssubsidie gestiftet, lag ihr wenig, da sie dadurch nur um eine geschickte Handhabe, die allgemeine Steuerpflicht durchzusetzen, ärmer wurde. Sie leistete daher keinen erheblichen Widerstand, als die Mehrheit die Summe der jährlichen Beiträge von drei Millionen auf 2,585,000 Gulden herabdrückte, und kämpfte nur noch für die Unterordnung der Landeskasse unter den Reichstag. Ließ sich die Steuerreform nicht durchführen, so sollte doch wenigstens der Reichstag an Macht und Ansehen gewinnen, ein anderer Reformgedanke durch die Landeskasse seiner Verwirklichung näher gebracht werden. An der Ständetafel fand Niemand Erhebliches gegen die Verwaltung der Landeskasse durch den Reichstag einzuwenden, einen desto größeren Widerspruch erhoben aber dagegen die Magnaten.

Hier war keine Abneigung gegen das gemeinsame Steuerzahlen vorhanden. Die Bitte der Stände, auf Beöthy's Antrag dem Nuncium angeschlossen: Die Magnaten möchten ebenfalls die Ausdehnung der Steuerpflicht auf alle Bewohner Ungarns als ein dringendes Bedürfniß, als das einzige wirksame Rettungsmittel der Staatsordnung aussprechen, wurde von den Magnaten wegen ihrer übertriebenen Schüchternheit bedauert. Das sei kaum gut genug, um das eigene Gewissen zu beschwich-

tigen und für die erlittene Niederlage zu trösten, bleibe jedenfalls ohne allen Erfolg. Die Magnaten wollten beweisen, daß sie für den wahren Fortschritt nicht blos allgemeine Redensarten, sondern auch thatsächlichen Eifer bereit hielten. Sie verwarfen den Antrag der Ständemehrheit auf die Zahlung einer Subsidie und kamen auf den ursprünglichen Plan einer durch gemeinsame Steuern geschaffenen Landeskasse wieder zurück. Die liberale Partei hatte aber nur eine geringe Ursache zum Jubel. Das Zugeständniß in der Steuerfrage wurde durch den nächsten Beschluß der Magnaten wieder aufgehoben, welcher die Verwaltung der Landeskasse der Regierung zuschob. So sollte eine Maßregel, bestimmt, dem Programme der Opposition zum Siege zu verhelfen, nur dazu dienen, die Machtfülle der unverantwortlichen Regierung zu vergrößern, im Interesse des Wiener Hofes ausgebeutet werden, woran die Patrioten ihre beste Kraft gesetzt. Und als ob die Magnaten auch den Blinden es hätten klar machen wollen, daß einzig und allein die Stärkung der Regierungsgewalt im Sinne der Centralisation das Ziel ihrer Bestrebungen bilde, alles Andere nur als Mittel diesem Zwecke untergeordnet sei, setzten sie das Capital der Landeskasse auf drei Millionen, die Summe der jährlichen Beiträge auf eine Million herab. Sie behaupteten, durch diesen geringen Ansatz würde der Adel leichter an das Steuerzahlen gewöhnt, die Umwälzung in den politischen Verhältnissen weniger fühlbar gemacht werden. Mit Recht wurde ihnen entgegnet: Durch eine so geringfügige Dotirung sei die Bestimmung der Landeskasse geradezu vereitelt; mit drei Millionen lasse sich nichts Ersprießliches auf nationalökonomischem Gebiete erreichen. Für die mannigfachen Aufgaben, an welche man bei der Stiftung der Landeskasse gedacht, seien drei Millionen eine wahre Bettelsumme, zum nutzlosen Wegwerfen aber diese Summe doch viel zu groß. Nach Verlauf von drei Jahren hätten dann die Gegner der Steuerreform unanfechtbare sachliche Gründe zur Hand, sich gegen die fernere Unterhaltung der Landeskasse zu sträuben. Mißlänge aber dieser erste Versuch allgemeiner Besteuerung, so wäre an die Einführung der letzteren in ausgedehntem Maße vollends nicht zu denken. Davon abgesehen sei aber auch das Recht der Magnatentafel, an der Ziffersumme zu mäkeln, keineswegs festgestellt, vielmehr nach Analogie der allgemeinen constitutionellen Sitte anzunehmen, daß die Bewilligung und Feststellung der Steuern ausschließlich zu den Befugnissen der Abgeordnetenkammer d. h. der Ständetafel gehöre. An diesem Widerspruche der Meinungen scheiterte das ganze Project, trotzdem es wenigstens von Seiten der Stände an Bemühungen, sich zu verständigen, nicht fehlte.

Am 13. November 1844 wurde der Reichstag im Namen des Kaisers vom Helden von Aspern ohne Sang und Klang geschlossen. Achtzehn Monate hatte er gedauert, 340 Circular-, 274 öffentliche Sitzungen waren von Ständen und Magnaten gehalten, 58 Repräsentationen an

den König gesendet, 40 Resolutionen auf dieselben erlassen worden, und dennoch bildeten nur dreizehn magere Gesetzartikel das ganze Resultat dieser angestrengten Thätigkeit. Keine Reform der Städteverfassung, kein verbessertes Strafgesetzbuch, keine Subsidien zur Hebung der Industrie und des Handels, keine Steuerreform, so lautete in allen Kreisen die Antwort auf die Frage nach den Leistungen des Reichstages. Allgemein herrschte die größte Unzufriedenheit, überall sprach sich der Aerger über getäuschte Hoffnungen und schlecht erfüllte Erwartungen unumwunden aus. Jede Partei schob die Schuld auf die politischen Gegner. Die Liberalen klagten über die Intriguen der conservativen Magnaten, welche jeden Erfolg vereitelten und nur mit neuen Lappen alte Kleider flicken wollten, dagegen mußten die Liberalen wieder von den Conservativen über ihre utopischen Pläne sich tadeln hören und den Vorwurf erdulden, daß ihr Mangel an staatsmännischem Sinne, ihre fanatische Rücksichtslosigkeit alle Verhandlungen in Sand verlaufen ließ.

Der Ueberblick der Gesetzartikel strafte in der That die Klagen über die Unfruchtbarkeit des letzten Reichstages nicht Lügen. Die Ordnung der Ehestreitigkeiten sühnte nur ein altes Unrecht, durch das Sprachengesetz wurde, wenigstens in den Augen der Ungarn, nur ein gesetzliches Verhältniß neu bestätigt; die übrigen Artikel aber, so lobenswerth auch ihr Inhalt sein mochte, erledigten doch keine einzige brennende Frage, trugen für sich nichts zur Lösung des politischen Schicksales Ungarns bei. Dennoch wäre man in einem groben Irrthume befangen, wollte man von dem Reichstage 1843/44 behaupten, er wäre ohne Nachhall, ohne tiefe Spuren im Volksgeiste vorübergegangen. Unverhüllt war im Laufe der Verhandlungen das Streben nach einer vollständigen Umwandlung der alten Verfassung hervorgetreten. Was in früheren Zeiten nur zaghaft angedeutet, nur als frommer Wunsch ausgesprochen wurde, das hatte sich während des Reichstages zum reifen Vorsatze ausgebildet und fand einen klaren, offenen Ausdruck. Im Wetteifer mit den anderen Völkern fortzuschreiten, die Macht und den Reichthum des Landes, das Glück und die Selbständigkeit der Nation zu fördern, und die ererbte Constitution aufrecht zu erhalten, galt für unmöglich. Und wohlgemerkt, es schieden sich nicht die Parteien etwa wie ehedem durch Anhänglichkeit oder Entfremdung von der Verfassung, es gab nicht mehr eine einzelne verfassungsfeindliche Partei im Gegensatze zu einer besonderen verfassungstreuen: alle Staatsmänner, sowohl jene, welche an der Spitze der Opposition standen, wie die Vorkämpfer der conservativen Interessen, waren einig in der Verdammung der alten Constitution. Széchenyi's Worte: „Eine wahre Reform läßt sich nicht immer durch bloße Modification des Bestehenden erreichen; denn zuweilen steht das Bestehende in grellem Widerspruche mit dem Beabsichtigten, und so wird in solchen Fällen die radicale Ausrottung des Alten ebenso wie die radicale Herstellung des

Neuen nothwendig"*) erschienen ganz besonders auf die ungarischen Verhältnisse passend und erregten von keiner Seite einen erheblichen Widerspruch. Auch darin endlich waren alle Parteien einig, daß sich die Mehrheit des Reichstages ohne einen gewissen äußeren Zwang oder wohl gar ohne eine Veränderung in den Grundlagen seiner Zusammensetzung schwerlich für die Reform werde gewinnen lassen. Eine Agitation hervorzurufen, welche alle Schichten des Volkes aufrüttele, alle Kreise des Landes durchziehe, eine öffentliche Meinung schaffe, gegen deren Gewalt jeder Widerstand vergeblich sei, erkannten die Leiter aller Parteien als ihre nächste Aufgabe. Die Nothwendigkeit einer solchen Agitation bewiesen, dieselbe wirksam eingeleitet zu haben, darauf beruht die Bedeutung des Reichstages 1843/44.

In den Jahrbüchern der ungarischen Gesetzgebung füllt er allerdings nur wenige Spalten, aber gerade durch seine Unfruchtbarkeit reizte er alle Staatsmänner und Volksführer zu einem rückhaltlosen Vorgehen. Es gab keine Wunde, welche nicht im Reichstage wäre bloßgelegt, keinen Schaden, welcher nicht genau untersucht, zu dessen Heilung nicht wirksame Mittel wären vorgeschlagen worden. Niemand leugnete im Reichstage den thatsächlichen Verfall der bestehenden Verhältnisse, die Nothwendigkeit einer raschen und durchgreifenden Reform. Wenn sie trotzdem nicht verwirklicht wurde, so mußte die Ursache davon tiefer liegen, dieses tiefer liegende Hinderniß, welches den Reformeifer stets vereitelte, zunächst beseitigt werden. Die Hauptthätigkeit aller Politiker wandte sich vom Reichstage zu den weiteren und untergeordneten Trägern des Verfassungslebens, vom Mittelpunkt zum Umkreise. Waren hier alle Vorurtheile besiegt, eine günstige Meinung über die Reform zur Geltung gebracht, waren die Wähler bekehrt, so konnte man auch der Reichstagsdeputirten versichert sein. Eine ähnliche mächtige Bewegung, wie man sie nach dem Tode Kaiser Josephs und dann wieder kurz vor dem Reichstage 1825 bemerkt hatte, durchzitterte das Land von einer Grenze zur andern, die Politik verdrängte abermals alle anderen Interessen, die öffentlichen Angelegenheiten ließen jede andere Sorge zurücktreten, dem Vaterlande unmittelbar zu dienen, mitzurüsten für den Streit, mitzukämpfen die Schlacht hielt sich jedes Individuum im Gewissen verpflichtet. Abermals offenbarte sich nicht allein die reiche politische Erfahrung des ungarischen Volkes, sondern auch die politische Lust als seine wahre Lebenslust. Niemals schlugen die Herzen kräftiger, hielten sich die Köpfe höher, fühlte das Volk seine Kraft sicherer, als in den Jahren 1845—46.**) Der Unterschied waltete allein zwischen Jetzt und Sonst, daß nun alle politische

*) In seiner Abhandlung über die Dampfschifffahrt auf dem Plattensee, 1846.

**) Die vorliegende Schilderung stützt sich außer auf die gedruckten, allgemein zugänglichen Quellen auch auf mannigfache Privatmittheilungen aus kundigen Kreisen.

Arbeit nicht der Aufrechterhaltung der Verfassung, sondern ihrem Sturze galt, daß ferner die Reformbestrebungen auf das Innigste mit nationalen Tendenzen verflochten, und endlich, daß der modernen Welt die wichtigsten Agitationsmittel der Vereine und der Zeitungspresse entlehnt wurden.

In der ungarischen Zeitungspresse hatte im Laufe des Jahres 1844 eine folgenreiche Veränderung stattgefunden. Kossuth, der Begründer des Pesti Hirlap, war mit dem Verleger über seinen Gewinnantheil an der Zeitung in Streit gerathen. Er betrachtete den großen Erfolg des Pesti Hirlap als sein Werk und darin irrte er nicht; er machte sich aber gleichzeitig übertriebene Vorstellungen von dem materiellen Nutzen, welchen die Zeitung abwarf, und hielt sich für unersetzlich. Um seinen Forderungen den rechten Nachdruck zu verleihen, drohte er mit der Herausgabe einer neuen Zeitung. Er äußerte dieses Vorhaben laut auch in Gegenwart von Regierungspersonen, die nicht widersprachen, dadurch in ihm die Ueberzeugung weckten, daß er von der Regierung keine Hindernisse erfahren werde, und ihn gegenüber dem Verleger hartnäckig bei seinem Begehren beharren ließen. Die Folge war Kossuth's Rücktritt vom Pesti Hirlap, welcher aber nicht einging, sondern nur die Redaction wechselte. Ladislaus Szalay, von Eötvös auf das Wirksamste unterstützt, übernahm am 1. Juli 1844 die Leitung des Blattes. Kossuth dagegen sah sich gezwungen, der journalistischen Thätigkeit überhaupt zu entsagen. Er reiste im Mai nach Wien — die weiteste Reise, die er bis jetzt noch angetreten hatte —, um sich die Concession zu einer neuen Zeitung zu erwirken, wurde überall — auch vom Fürsten Metternich — höflich empfangen, aber bedeutet, daß die Regierung keineswegs gesonnen sei, einem gefürchteten Feinde freiwillig die Waffen in die Hand zu überliefern. Sowohl der Uebergang des Pesti Hirlap in Szalay's und Eötvös' Besitz, wie die Verweigerung der Zeitungsconcession an Kossuth übten großen Einfluß auf die politische Entwickelung des Reiches.

Kossuth hatte dem Pesti Hirlap einen glänzenden Aufschwung verliehen, welchen aufrecht zu erhalten seinen Nachfolgern selbst mit der größten Anstrengung kaum möglich war. Er riß jeden Leser unwiderstehlich mit sich fort, bestach seine Phantasie, verführte seinen politischen Sinn, während Szalay und Eötvös nur auf die ruhige Ueberzeugung Einfluß üben wollten. Kossuth wirkte durch lebendige, künstlerische Reize, die Anderen durch bloße wissenschaftliche Argumente. Die blendende Außenseite der Thätigkeit Kossuth's barg aber mannigfache Schwächen in sich. Seine politische Bildung stand hinter jener der meisten ungarischen Staatsmänner weit zurück. Persönliche Verhältnisse hatten es

Die Bedeutung und der Zusammenhang vieler Ereignisse lebt häufig nur in mündlichen Traditionen, welche letzteren festzuhalten um so gebotener erschien, als die Zahl der Gedenkmänner sich leider mit jedem Tage mehr lichtet.

ihm verwehrt, durch weite Reisen und mannigfache Umschau in der Welt den Umkreis seiner Interessen, den Umfang seiner Kenntnisse zu erweitern, die Lücken der Erziehung auszufüllen, wie es einem Grafen Széchenyi, einem Grafen Louis Batthyany und anderen durch Reichthum unabhängigen Magnaten vergönnt war; auch tiefere litterarische und wissenschaftliche Studien, die einen Eötvös, Szalay u. A. auszeichneten, waren ihm fremd geblieben. Was er von den politischen Bestrebungen der Gegenwart, von den Strömungen der Zeit kannte, verdankte er der Augsburger Allgemeinen Zeitung, zu deren eifrigsten Lesern er seit seiner Jugend gehörte. Dieses Blatt, in früheren Jahren die Hauptquelle politischer Weisheit für die meisten Oesterreicher, belehrte ihn über den Gang der Ereignisse im westlichen Europa, unterrichtete ihn, Dank der ausführlichen Berichte aus der französischen Deputirtenkammer und dem englischen Unterhause, in der Methode parlamentarischer Opposition und machte ihm die liberalen Stichwörter geläufig. Es bot ihm nicht genug Nahrung, um als Staatsmann aufzutreten, es gewährte ihm aber hinreichende Anregungen, um seine Rolle als Agitator glänzend durchzuführen. Agitatorisch war bereits seine journalistische Wirksamkeit gewesen. Die Opposition im Pesti Hirlap richtete sich stets gegen vereinzelte Maßregeln, sie war schneidend, in vielen Fällen geradezu vernichtend, sie ging aber nicht von festbegrenzten Grundsätzen aus, hatte ihren Ausgangspunkt nicht in einem bestimmten Programme, trug daher zur Förderung positiver Reformen wenig bei. Zweideutig erschien Kossuth's Stellung zu mehreren Cardinalfragen der liberalen Partei, z. B. zur Reform der Comitatsverfassung, unklar war sein Ziel, bedenklich seine auf augenblicklichen Erfolg berechneten Wege. Es gab auch unter den redlichsten Patrioten manche, welche fürchteten, Kossuth's Freude am Kampfe, der ihm die Gelegenheit bot, seine Virtuosität in der Waffenführung zu offenbaren, überwiege den Wunsch nach einem dauernden Siege, der ihn zur Einkehr in eine stille, friedliche Beschäftigung zwingen würde. Der Pesti Hirlap gestaltete sich erst nach Kossuth's Rücktritt zum wahren Organe der Reformpartei und hielt ein festes Programm als Fahne empor. Dadurch wurde aber Kossuth's Agitation nicht beseitigt, sondern nur in eine andere Bahn gelenkt. Er hörte auf, als Schriftsteller die Nation zur Leidenschaft zu entflammen, er begeisterte sie von nun als Redner.

Mit seltener Freigebigkeit hatte ihn die Natur mit allen Gaben eines großen Volksredners ausgestattet. Er besaß alle physischen Eigenschaften, welche die Meisterschaft der Rede bedingen; den Wohllaut und die reiche Modulation der Stimme, Kraft und Ausdauer derselben auch bei dem längsten Gebrauche und ausdrucksvolle, für die Aeußerung jeder Empfindung und Leidenschaft fähige Mienen als den steten lebendigen Begleiter des Wortes. Ebensowenig mangelten Kossuth die geistigen Mittel, welche den glänzenden oratorischen Erfolg sichern. Politische

Beredsamkeit war in Ungarn heimisch, wie vielleicht in keinem andern Lande; alle Einrichtungen des Reiches, die regelmäßig wiederkehrenden Comitatsversammlungen und Restaurationen, bei welchen zwar Geld und Gewalt nicht selten eine große Rolle spielten, aber auch ein gutes Wort nicht ohne Einfluß blieb, der alte Grundsatz, daß im Reichstage eigentlich nur jene Stimmen gezählt wurden, welchen eine Begründung durch eine längere Rede voranging, hatten dieselbe mächtig gefördert und allmälich die Ansprüche an einen wirksamen Redner hoch gesteigert. Aber auch die besten Redner erkannten willig an, daß sie mit Kossuth vielleicht wetteifern, nimmermehr ihn überragen könnten, einzig stand er namentlich da als Volksredner. Keine größere Rede des Mannes ist bekannt, die nicht die Zuhörer zu stürmischem Enthusiasmus hingerissen, ihn nicht am Schlusse seiner Ansprache zum unbedingten Herrn über ihren Willen gemacht hätte. Welchem geheimnißvollen Zaubermittel verdankte er diesen unerhörten Erfolg? Mindestens ebenso gut, wie er, meinten es hundert andere Männer mit dem Vaterlande; an Autorität, an äußerem Ansehen, an Tiefe des Geistes, an politischer Kenntniß mußte er manchem weichen. Und dennoch, wenn Kossuth sprach und so lange er sprach, vergaßen seine Zuhörer die ganze übrige Welt, erkannten nur ihn als ihren Führer und schwuren nicht höher, als auf sein Wort. Er redete stets nach dem Sinne der Menge, meinten seine Neider und Gegner. Sie trafen mit dieser Behauptung zum Theil das Richtige. Der Beifall der Zuhörer war in der That der unmittelbare Leitstern seines oratorischen Strebens. Es geschah nicht selten, daß Kossuth mit ganz anderen Ansichten und Rathschlägen seine Rede schloß, als er dieselbe begonnen hatte. Begrüßte ihn bereits ein Beifallssturm bei dem Betreten der Rednerbühne, so hütete er sich wohl, denselben durch unwillkommene Aeußerungen zu dämmen; in einem solchen Falle fehlte es auch seiner Rede an Folgerichtigkeit nicht. Anders, wenn er über einen neuen Gegenstand sprach, der Zuhörer nicht sicher war und sich erst ihre Zustimmung erobern mußte. Schwankend sprach er die ersten Worte, ohne feste Bestimmtheit entrollte er seine ersten Gedanken. An der Unbeweglichkeit der Zuhörer merkte er, daß er noch nicht den rechten Ton angeschlagen und die Richtung seiner Rede ändern müsse. Er suchte sich zu orientiren, wohin die Stimmung der Zuhörer trieb, zu errathen. Ihre bewegtere Haltung, ihr freundlicher Zuruf wies ihm den Weg. Jetzt endlich traf er das zündende Wort, den schlagenden Satz, der mit endlosem Jubel beantwortet wurde; jetzt erst fühlte er sich vollständig Herr seiner Rolle. Damit änderte sich aber auch das Verhältniß zu seinen Zuhörern. Wenn sie ihn bisher gelenkt hatten, so riß er sie nun seinerseits hin und entrückte sie weit ihrem ursprünglichen Standpunkte. Der Wärme des Beifalls hatte es bedurft, um ihn die Gewalt der eigenen Natur finden zu lassen. Im glühenden Strome ergossen sich seine Worte, immer stürmischer wuchs

seine Leidenschaft, immer kühner entfaltete sich seine politische Phantasie. Am Schlusse der Rede war die Erhitzung Kossuth's auf die ganze Versammlung übergegangen, alle Zuhörer in dem Zustande der Berauschung. Mochte auch nachträglich bei ruhiger Ueberlegung der Eine oder der Andere sich nicht für überzeugt erklären, augenblicklich hätte doch Niemand den Muth, auch nicht die Fähigkeit gehabt, Kossuth entgegenzutreten. Nur in einem Parlamente, wo das Für und Wider sorgfältiger abgewogen wird, die Stimmen nicht unter dem unmittelbaren Eindrucke einer eben erst gehörten Rede abgegeben werden, erschien Kossuth's verhängnißvolle Rednergabe weniger gefährlich, konnte seiner Wirksamkeit Maß und Grenze gesteckt werden. Unwiderstehlich war seine Macht, wenn er leicht bestimmbaren, unter leidenschaftlichen Eingebungen handelnden Volksmassen gegenüber stand. Gerade dahin drängte ihn seine Flucht aus der Journalistik.

Eine freiere Presse hatte sich Ungarn bereits seit dem Jahre 1841 erobert, die freien Associationen gelangten 1844 zur Blüthe; hier wie dort betheiligte sich Kossuth auf das Lebhafteste. Das ungarische Vereinswesen nahm von nationalökonomischen Interessen, von der fruchtlosen Zolldebatte im letzten Reichstage seinen Ausgangspunkt und knüpfte wenigstens äußerlich an Széchenyi's verwandte Bestrebungen an. Von einem Reichstage zu dem anderen schleppte sich seit einem Menschenalter sowohl die Klage der Abgeordneten über die ungebührliche Bedrückung des Landes durch die Zölle an den Landesgrenzen, wie die Zusage der Regierung, die Zolleinrichtungen zu prüfen und ihre Mängel zu verbessern. Wie die Klagen, wiederholten sich regelmäßig die Zusagen, ohne daß thatsächlich eine Aenderung erfolgt wäre. Auch auf dem letzten Reichstage saß eine Deputation, um über die rechten Mittel zur Abhilfe zu berathen. Nach ihrer Auffassung, welche sie durch eine lange Reihe von Zolltabellen und Handelsübersichten begründete, bezweckte die Zwischenzolllinie einen starken Schutz der erbländischen Industrie auf Kosten Ungarns. Alle ungarischen Rohstoffe, welche auch Oesterreich producirt, sind ebenso wie die ungarischen Fabrikate mit einem erheblichen Ausfuhrzoll belastet, der Bezug ausländischer Rohstoffe wird durch die Dreißigstgebühren erschwert, dagegen die Einfuhr österreichischer Industrieartikel nach Ungarn durch überaus geringe Zölle begünstigt. Würde der ungarische Gewerbefleiß durch höhere Eingangszölle gegen die österreichische Concurrenz geschützt, so dürfte man nach der Annahme der Deputation auf einen jährlichen Gewinn von zehn Millionen rechnen, die nun als Tribut aus dem Lande gehen. Noch gab es einzelne unbefangene Patrioten, welche sich mit diesen engherzigen Ansichten nicht befreunden konnten, nicht in der Erhöhung und stärkeren Befestigung der Zollschranken, sondern in ihrem Sturze das Heilmittel für Ungarns allerdings unleugbare productive Schwäche erblickten. Melchior Lonyay nahm

in diesem Sinne während der Zolldebatte (16. Juli 1844) das Wort: Die Blüthe der ungarischen Gewerbe werde nicht so sehr durch die einseitigen Zwischenzölle, wie durch die schlechten politischen Einrichtungen, die herrschenden ökonomischen Mißbräuche im Lande gehindert. Man möge die Zwischenzölle nach Belieben ändern, so lange die schlechte Justizpflege, das mangelhafte Creditsystem, die Steuerfreiheit des Adels aufrecht bleibe, werde sich bürgerlicher Wohlstand und der damit zusammenhängende Gewerbefleiß niemals entfalten. Wolle man schon an den Zolleinrichtungen rütteln, so möge man den Zollverband mit Oesterreich in das Leben rufen. Dann werde man einen gleichen Schutz gegen das Ausland wie die österreichische Industrie genießen und durch die Ausdehnung des Marktes fremde Capitalien und Arbeitskräfte nach Ungarn ziehen. Solche Stimmen, ein Menschenalter früher als Ausdruck der liberalen Meinung allgemein freudig begrüßt, wurden aber jetzt nur noch vereinzelt im Reichstage laut. Die überwiegende Mehrzahl entschied sich unter dem Beifalle des ganzen Landes für die Absperrung des ganzen Landes von den österreichischen Provinzen, für die Aufstellung sogenannter „Defensivzölle." Als Repressalie gegen die gewohnheitsmäßige Aussaugung Ungarns durch die Wiener Regierung und das österreichische Volk sollten die vorgeschlagenen höheren Eingangszölle dienen, ein empfindlicher Druck auf die Wiener Hofkammer geübt und diese zu einer gerechten Handelspolitik gezwungen werden. Aber auch ohne diesen Beweggrund konnte jede Aufforderung zum selbständigen Abschlusse des Reiches auf einen allgemeinen Beifall rechnen.

Gegen die Zolleinigung mit Oesterreich sprach ein schwerwiegendes politisches Bedenken. Die Feststellung der Zölle gehörte zu den Rechten des Reichstages. Hörten jene auf, sich blos auf Ungarn zu beziehen, wurden sie mit den österreichischen Zöllen verschmolzen, so war es auch mit dem bestimmenden Einflusse des Reichstages auf dieselben zu Ende. Ueber eine allgemeine österreichische Zollgesetzgebung hatten weder Stände, noch Magnaten mitzurathen oder zu entscheiden. Gegen das Aufgeben der Zwischenzolllinie sprach ferner die Furcht vor allmälicher Germanisirung. In jenen Tagen wurde vielfach über den Anschluß Oesterreichs an den deutschen Zollverein geredet und verhandelt. Dehnt sich der letztere auch über den gesammten Kaiserstaat aus, so kann Ungarn nicht länger als ein in Verfassung und Verwaltung selbständiges Reich bestehen, sondern muß auf die Umwandlung in eine deutsche Provinz gefaßt sein. Dagegen stand die Gründung eines ungarischen Schutzzollsystems mit den Bestrebungen auf den übrigen politischen Gebieten in vollkommenem Einklange.

Es ließ sich nicht annehmen, daß die Regierung gutwillig auf die Vorschläge des Reichstages eingehen werde, am wenigsten, wenn die Behauptungen und Befürchtungen der einzelnen Redner begründet, die

Zwischenzölle nicht gedankenlos und zufällig zusammengewürfelt, sondern in bewußter feindlicher Absicht gegen Ungarn aufgestellt waren, oder wenn die österreichische Regierung es in der That mit dem Anschlusse an den deutschen Zollverein ernst meinte. Die Weigerung der Regierung sollte aber kein Hinderniß für die Verwirklichung eines nationalen Zoll- und Handelssystems abgeben. Nicht umsonst hatte man seit Jahren das Volk zur Selbstthätigkeit aufgerufen, das unmittelbare Einstehen für seine Rechte als das beste Schutzmittel gegen eine anmaßliche Regierung bezeichnet; nicht umsonst hatte Graf Széchenyi an einer Reihe glänzender Beispiele bewiesen, daß der richtig geleitete Unternehmungsgeist der Ungarn kein Hemmniß, ihre Leistungsfähigkeit keine Schranke kenne. „Wir können die Regierung nicht zwingen, eine nationale Handelspolitik zu ergreifen, wir können aber durch eigene Kraft den Erfolg des antinationalen Systemes vereiteln. Bis zur besseren Einsicht des Hofes wollen wir schon so handeln, als ob unser Plan verwirklicht wäre, aber nicht vereinzelt, sondern indem wir uns zu einer unbesiegbaren, die ganze Nation umfassenden Association verbinden." Schon im Laufe des Jahres 1843 wurde die Gründung eines ungarischen Handelsvereins beschlossen. Dem österreichischen Hafen Triest sollte in Fiume ein selbständiger ungarischer entgegengestellt, eine nationale Rhederei geschaffen, mit den überseeischen Ländern ein directer Verkehr eingeleitet, neue Absatzquellen für die ungarischen Bodenproducte aufgesucht werden. Zu diesen und noch vielen anderen Zwecken erschien ein Capital von zwei Millionen Gulden, in vier Jahresraten zahlbar, ausreichend. Actien im Betrage von 500 Gulden wurden ausgegeben, und nachdem 730 Abnehmer sich gefunden, mit dem Fonds von 365,000 Gulden am 1. Juli 1844 die ungarische Handelsgesellschaft unter der Leitung eines gewissen Paul Szabó constituirt.

Wenige Wochen später (18. September 1844) trat der ungarische Schutzverein (védegylet) in das Leben. Er war im Schooße des Reichstags selbst angeregt worden. Die Regierung hatte die Zollanträge der Stände zurückgewiesen, die verlangte Auskunft über die Zolleinkünfte und die Handelsbewegung auf die nächste Session verschoben. Bereits die Verzögerung der Antwort bis beinahe zur letzten Sitzung mußte verstimmen, noch mächtiger loderte die leidenschaftliche Erbitterung empor, als man ihren Inhalt kennen lernte. „Wohlan, verweigert die Regierung uns die Schutzzölle an den Landesgrenzen, so soll jeder Einzelne an der Schwelle seines Hauses einen Schutzzoll errichten. Jeder patriotische Ungar verzichtet von nun an auf den Gebrauch ausländischer Industrieproducte und begnügt sich freiwillig mit den Erzeugnissen des heimischen Gewerbfleißes." Der Reichstag stellte den Verein, an dessen Stiftung Kossuth den größten Antheil hatte, für dessen Zwecke er drei Jahre lang mit dem ganzen Aufgebot seiner rednerischen Kräfte kämpfte,

unter den Schutz der Gesetze und forderte dringend zum Beitritte auf. Der Plan des Schutzvereins fand einen begeisterten Anklang. Das grobe Gacser Tuch, das bisher höchstens den Pusztaleuten genügte, wurde nun auch in den Räumen des adelichen Casino willkommen geheißen, die Frauen und Töchter der Magnaten setzten ihren Stolz in die täuschende Nachahmung der Bäuerinnen aus der Theißebene; Kossuth's Worte, die ihm als Text zu unzähligen Volkspredigten dienten: „Wir begehen ein Verbrechen an unserem Vaterlande, wenn wir von Fremden kaufen, was uns die heimische Industrie bietet," wurden nicht allein überall mit freudigem Zurufe begrüßt, sondern auch durch die That befolgt. Acht Wochen nach der Stiftung des Vereins zählte man bereits 60,000 Mitglieder, die sich alle durch Ehrenwort zur Unterstützung der nationalen Industrie verpflichtet hatten; im Laufe eines Jahres hatten sich dem Pesther Hauptvereine 138 Filialvereine beigesellt. Die stets leicht entzündbare Phantasie der Magyaren sah bereits das Bild eines großartigen ungarischen Industriestaates vollendet. Sie erblickte schon die ungarischen Farben in den Häfen von Marseille und Liverpool wehend, Fiume als die Haupthandelsstadt Ungarns emporblühend, während die österreichische Nebenbuhlerin Triest verödete; nach dem ungarischen Litorale ziehen Karavanen, beladen mit Tabak, Wolle, Leder, Wein und Getreide; französische und englische Capitalisten eilen mit ungarischen Gutsbesitzern und Pesther Handlungshäusern Verbindungen anzuknüpfen. Im Innern des Landes erheben sich wie mit einem Zauberschlage Fabriken; Pariser Modelle werden hier heimisch, der Wiener Geschmack, dem Ungarn so lange tributpflichtig gewesen, zeigt sich weit übertroffen, die in Ungarn erzeugten Manufacturen werden in der ganzen Welt gepriesen und gesucht; der Industrieverein unter Ludwig Batthyáni's Präsidium, die Pesther Commercialbank, der „Fabrikgründungsverein" und vor Allem der Schutzverein, von Casimir Batthyáni, L. Teleki und Kossuth geleitet, tragen hundertfältige Früchte.*)

Es war nur ein flüchtiger Traum. Bereits im Jahre 1846 erwachte die Nation zur schlimmsten Enttäuschung. Der Director des Handelsvereins, Paul Szabo, fand es eines Tages gerathen, die Flucht zu ergreifen und die Deckung eines Deficit von 60,000 Gulden den bethörten Actionären zu überlassen. Die Einen hielten den Mann für einen bezahlten Verräther, der absichtlich die nationale Handelsgesellschaft in das Unglück gestürzt, die Anderen für einen leichtsinnigen Schwindler. Schwindler und Verräther hatten aber bei den übrigen Unternehmungen nicht die Hand im Spiele, und doch gingen auch sie, namentlich

*) Vergl. die enthusiastische Schilderung der Wirksamkeit des Schutzvereins bei Gerando: Ueber den öffentlichen Geist in Ungarn, S. 440. Der eigensinnigste Vertheidiger des Schutzvereins war Franz Pulszky, der die Aufgabe übernommen hatte, die Tendenzen desselben gegenüber dem Auslande zu rechtfertigen.

der Schutzverein, schmachvoll zu Grunde. Das Vaterland sollte mit Gold gepflastert werden, in Wirklichkeit wurden nur die Taschen enthusiastischer Patrioten geleert.

Merkwürdig war während der Zeit der Zoll- und Handelsagitation das Benehmen der Regierung und der Gegner der ungarischen Opposition. Diese verschiedenen Industrievereine waren künstlich getriebene Pflanzen, ihr rasches Absterben von jedem Unbefangenen vorauszusehen. Das Bewußtsein ihrer geringen Gefährlichkeit war auch in den Regierungskreisen vorhanden. Man spottete über den Schutzverein, der eine nicht bestehende Industrie beschirmen wollte, man verlachte diese Continentalsperre im Kleinen und meinte, würde der Plan des Schutzvereins vollständig verwirklicht, so müßten alle Ungarn wieder zur paradiesischen Unschuld zurückkehren und sich begnügen, mit Feigenblättern die Blößen zu bedecken. Die Triestiner fragten kopfschüttelnd, welchen Werth wohl ein Gulden in Ungarn habe, wenn man wirklich den ehrlichen Glauben hege, mit der Bettelsumme von zwei Millionen den Gang des Welthandels ändern, Fiume in ein ungarisches Odessa verwandeln zu können. Mit dieser richtigen Schätzung der ungarischen Agitation stimmte aber durchaus nicht der Verfolgungseifer überein, welchen die Regierung besonders dem Schutzvereine gegenüber bethätigte. Daß sie die Ursprungszeugnisse der Waaren fälschen ließ, die Kaufleute in Ungarn anwies, Gegenstände der österreichischen Industrie als Erzeugnisse des vaterländischen (honi) Gewerbefleißes auszubieten, um auf diese Weise den Erfolg des Schutzvereines zu vereiteln, wie ungarische Zeitungen hartnäckig behaupteten, kann nicht nachgewiesen werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß ungarische Kaufleute von selbst auf diese trügerische List kamen, da sie nicht unpatriotisch auftreten wollten und doch den Handelsgewinn, den sie stets aus importirten Waaren zogen, nicht missen konnten. Begründet dagegen ist die Klage über mannichfachen Polizeidruck, durch welchen die Einzelnen vom Beitritte zum Schutzvereine abgehalten, die Verpflanzung desselben über das Land gehindert wurde. Zuerst wurde das Verbot geheimer Gesellschaften gegen den Schutzverein in Anwendung gebracht, dann, als jedes Mitglied seine Aufnahmskarte an die Thüre nageln ließ, der Verein dadurch im buchstäblichen Sinne ein öffentlicher wurde, sollte wieder die Bestätigung der Statuten durch die Regierung erst nachgesucht werden und dergleichen Plackereien mehr. Ueber dem Streben, den Schutzverein rasch zu sprengen, achtete man selbst die natürlichsten Rechte nicht und kämpfte auch gegen unschuldige Unternehmungen leidenschaftlich an. Alles, was den Gewerbegeist in Ungarn heben konnte, sah man nun mit scheelem Auge an, der Einfuhr von Maschinen, der Gründung von Fabriken, dem Betriebe einer landwirthschaftlichen Industrie stellte man die kleinlichsten Hindernisse entgegen, brachte es dahin, daß sogar Fürst Metternich es nicht unter seiner Würde

fand, Industrielle und Capitalisten, die ihr Glück in Ungarn versuchen wollten, zu warnen und von ihrem Vorsatze abzubringen. Die ängstliche Sorge für das Wohl der österreichischen Industrie konnte diese Handlungsweise nicht bedingen. Man nahm wohl in Wien hier und da Bedacht auf die Interessen einzelner einflußreicher Industriellen, man entschied sich z. B. für die kostbare Tour der Südbahn über den Semmering ohne innere Nöthigung, blos aus Rücksicht auf die selbstsüchtigen Wünsche anrainender Eisenwerksbesitzer. Daß aber bei den Beschlüssen der Regierung, was der Gesammtindustrie fromme, maßgebend wirke, davon hatte bis jetzt nichts verlautet. Uebrigens trug man tagtäglich den Satz im Munde, daß es den größten Unverstand zeige, in einem Lande ohne flüssiges Capital, ohne Credit und ohne Arbeitskräfte eine mächtige Industrie plötzlich aus dem Boden stampfen zu wollen.

Der Widerspruch zwischen dem geringschätzigen Urtheile und den von banger Furcht bestimmten Handlungen der Regierung löſt sich, wenn man die Geheimgeschichte des ungarischen Schutzvereins kennen lernt. Im Namen der untheilbaren Nation hatte die liberale Partei den Kampf gegen die Regierung und für den politischen Fortschritt eröffnet. In jedem einzelnen Falle aber, wenn die Nation aufgefordert wurde, für die Forderungen der Opposition einzustehen, verschwand dieselbe und räumte selbstsüchtigen Kasten, engherzig denkenden Ständen den Platz. In der Städtefrage standen die Altbürger den Plebejern, als die Steuerreform erörtert wurde, der Kleinadel der übrigen Bevölkerung feindselig gegenüber. An der Gewohnheit der einzelnen Ungarn, sich ausschließlich als Glied einer besonderen Ständekaste zu fühlen, scheiterten bisher alle Reformbestrebungen. Es erschien daher als gebotene Pflicht, die einzelnen Ständeklassen einander zu nähern, ihre spröden Absonderungsgelüste zu brechen und eine feste Verbindung aller Individuen herbeizuführen. Ließ sich nur einmal irgend eine Idee finden, geeignet, die allgemeinste Begeisterung zu wecken, welche von keiner Ständeklasse irgend ein besonderes Opfer verlangte, nicht gegen die Interessen des Adels verstieß, nicht die Rechte der Stände verletzte, so durfte man für die Zukunft eine größere Bereitwilligkeit der verschiedenen Stände hoffen, sich um eine gemeinsame Fahne zu schaaren. In diesem Sinne wurde der Schutzverein gegründet. Sein nationalökonomischer Zweck war zwar nicht ein bloßer Vorwand; vielen Förderern und Theilnehmern desselben war es in der That Ernst um den Schutz der heimischen Industrie. Nebenher ging aber noch das andere Ziel: Mit Hilfe des Schutzvereins das Volk politisch zu erziehen und an geordnete Massenbewegungen zu gewöhnen. Diese Aussicht war es, welche die Regierung erschreckte und zu leidenschaftlicher Verfolgung des Schutzvereins antrieb. Sie wollte nicht erst die Früchte des Schutzvereins reifen lassen, nicht warten, bis die gleiche Begeisterung, dieselben Agitationsmittel, welche jetzt für eine nationalökonomische Idee in das

Werk gesetzt wurden, für politische Zwecke zur Anwendung gelangten, sondern bemühte sich, die ganze Bewegung gleich im Keime zu ersticken. Daß sie nur schlechte Polizeiwaffen zur Abwehr bereit hielt, war freilich zu beklagen und zeugte weder für die Stärke ihres sittlichen Muthes, noch für die Tiefe ihrer politischen Einsicht, überraschte aber nicht den Kenner ihrer Natur.

Nicht nur die Regierung und ihre unbedingten Anhänger, auch viele Liberale verhielten sich mißtrauisch gegen den Schutzverein. Széchenyi verschloß die Ohren, wenn sich der „ungarische O Connell" seinen Schüler nannte und ließ sich durch kein Schmeichelwort abhalten, gegen Kossuth's Agitation feindselig aufzutreten. Ein leiser Zug persönlicher Eifersucht gegen den Emporkömmling, dem sich so rasch die Volksgunst und die Macht über die öffentliche Meinung zugewendet hatte, klingt in den Fehdeschriften Széchenyi's unverkennbar durch; entscheidend aber auf das ganze Verhältniß wirkte der tiefinnere unversöhnliche Gegensatz zwischen dem aristokratisch gesinnten Grafen, welcher auf das unabhängige Magnatenthum ein so großes Gewicht legte und dasselbe als den natürlichen Führer des Fortschrittes anerkannte, und zwischen dem Demagogen, der eines Tages dem hohen Adel keck zurief: „Mit Euch und durch Euch, wenn Ihr wollt, aber auch ohne Euch, wenn es sein muß." Széchenyi konnte es Kossuth nicht vergeben, daß er ihm seine Kreise zerstörte und in die Reformbewegung Factoren hineinwarf, die sich nicht berechnen ließen.

Auch andere hervorragende Mitglieder der liberalen Partei schenkten Kossuth's Wirksamkeit keineswegs einen ungetheilten Beifall, wenn sie auch aus vielen Gründen nicht mit ihm vollständig zu brechen wagten. Seine zweideutige Stellung zu den eigentlichen Verfassungsfragen war bekannt, welchen Gebrauch er schließlich von seiner unbestreitbar großen Gewalt über die Volksmassen machen werde, nicht gewiß. Auf die gründliche Erörterung und freisinnige Lösung der ersteren legte aber eine Gruppe der Oppositionspartei das größte Gewicht. Sie mußte es bitter beklagen, daß Kossuth und dessen Anhänger ununterbrochen zum Sturme blasen ließen, ohne ein bestimmtes Ziel des Angriffes zu kennen, daß sie das Volk zu leidenschaftlicher Thätigkeit aufreizten, ohne ihm einen festen Gegenstand zu bezeichnen. Denn daß solche Aeußerungen, wie man sie z. B. von Pulszky, Kossuth's nächstem Freunde, hörte: „Ungarn sei auserseḥen, die antike Freiheit auf Erden zu verewigen," kein politisches Programm bilden, darüber waren alle Verständigen einig. Die Mehrzahl der liberalen Staatsmänner konnte nicht mit Kossuth gehen und wollte doch nicht demselben die Bundesgenossenschaft offen kündigen. Die Folge war, daß sich innerhalb der großen Oppositionspartei zwei Richtungen kundgaben, die getrennt neben einander gingen, den Schein gegenseitiger Befehdung nach Kräften mieden, in Wahrheit aber dennoch

einzelne Gegensätze aufwiesen, jedenfalls des inneren Zusammenhanges entbehrten.

Während Kossuth's Agitationspartei den großen Markt beherrschte, eifrig Alles zurückschob, was den politischen Vorurtheilen der Menge nicht zusagte, insbesondere die Begeisterung für die Municipalverfassung d. h. das Comitatssystem mit ihr theilte und nur im Allgemeinen die regierungsfeindliche Stimmung im Lande nährte, eröffnete die Centralisationspartei in der Presse den Kampf gegen die Grundlagen der alten Constitution und entwarf das Bild der neuen Verfassung in ihren Hauptzügen. Sie fesselte durch ihre scharfe Kritik und ihre geistreichen theoretischen Erörterungen die Theilnahme der Gebildeten, wurde aber in den weiteren Kreisen des Landes nicht recht populär, durfte, was in der Folge die schwersten Verwickelungen herbeiführte, nur dann auf den Sieg rechnen, wenn sie ihn mit den Führern der Agitationspartei theilte. Ihr Organ war der Pesti Hirlap unter Szalay's Redaction, ihr Hauptsprecher Eötvös.*) Unbarmherzig geißelte er die Schwächen des herrschenden Verfassungssystems, mit schneidender Schärfe wies er die Unverträglichkeit der überlieferten Constitution mit den Anschauungen und Bedürfnissen der Gegenwart nach. „Die Originalität der ungarischen Verfassung wird von den Patrioten gepriesen. Und in der That, sie darf sich mancher origineller Züge rühmen. Alle politischen Rechte stehen nur einem geringen Bruchtheile der Nation — einer halben Million Menschen unter eilf Millionen — zu, alle Lasten dagegen werden von den nicht berechtigten Einwohnern getragen. Um unseren Reichstag beneiden uns die Völker Europa's. Sie haben alle Ursache dazu. Denn eine gesetzgebende Gewalt, die bei aller Macht keinen Einfluß auf die Finanzen, auf die Politik der Regierung übt, keinen Uebertreter der Gesetze zur Verantwortung ziehen kann, die einer Wand gleicht, die sich Jemand zum Zeitvertreibe aufbaut, damit sie ein künstliches Echo bilde, das Alles, was man gegen die Wand schreit, treu zurückruft, ist einzig in ihrer Art. Unsere Comitatsverfassung gilt als das Palladium unserer Freiheit und Unabhängigkeit. Schade nur, daß dieses Palladium keine geordneten Zustände duldet, die Reform der Gesetzgebung verhindert und die persönliche Freiheit des einzelnen Staatsbürgers gefährdet." Eötvös blieb nicht bei dieser negativen Kritik stehen. Nachdem er die Schäden des herrschenden Verfassungssystems bloßgelegt, auch die Möglichkeit verneint, eine Reform dadurch eintreten zu lassen, daß man die politischen Rechte des Adels in den Comitaten auf die Nichtadelichen ausdehne, gleichsam die ganze Nation adele, entwickelte er die Grundzüge der wahren

*) Eötvös' Beiträge zum Pesti Hirlap sind gesammelt und unter seiner Mitwirkung in deutscher Sprache veröffentlicht worden in dem Buche: Die Reform in Ungarn. Leipzig 1846.

Reform: Einführung des Repräsentativsystems, sowohl in den Comitaten, wie am Reichstage, Centralisirung der Gewalten, so daß die Comitate einzelne ihrer Rechte an den Reichstag, andere an die Landesregierung abgeben, und Verantwortlichkeit der letzteren. Mit kurzen Worten: Es sollte die eigenthümliche Constitution Ungarns mit einer Verfassung vertauscht werden, wie sie in den westlichen constitutionellen Staaten Europa's galt, Ungarn mit einem kühnen Sprunge aus dem Oriente und dem Mittelalter in den Occident und in die moderne Welt hinübersetzen.

Staunend vernahmen die alten Táblabirós, daß Ungarn bis jetzt keine Nation bilde, keine Regierung, keine Gesetzgebung besitze: keine Nation — weil alle politischen Rechte nur auf dem adelichen Titel ruhen, keine Regierung — weil es an aller Einheit der Administration mangelt, keine Gesetzgebung — weil die ganze Garantie der Verfassung in der vis inertiae der Comitate liege; groß und langwierig war der Streit, ob das alte Municipalsystem oder das neue Centralisationssystem den Vorzug verdiene. Am eifrigsten, so schien es, waren die einzelnen Glieder der conservativen Partei bedacht, den Kampf zu ihrem Vortheile zu wenden, und weil nun einmal die ganze Verfassung in Frage stand, nun auch ihrerseits mit einem Reformplane vorzutreten. An die Nation selbst sich zu wenden, auf die Ueberzeugung des Volkes unmittelbar einzuwirken, verschmähten sie. Es hätte auch diese Bemühung bei dem Mißtrauen der öffentlichen Meinung gegen alle Entwürfe der Conservativen keine Früchte getragen. Ebensowenig konnten sie hoffen, bei dem Palatin leichten Eingang zu finden. Dieser hatte die merkwürdige Eigenschaft, nur die Mitglieder der Opposition seiner Gunst würdig zu finden, dagegen alle Conservativen mit ausgezeichneter Grobheit geradezu verächtlich zu behandeln. Und wenn er es auch nicht so schlimm meinte und den Liberalen gegenüber sich vielleicht nur aus dem Grunde huldvoller erwies, weil diese erst gewonnen werden mußten, während er der Anderen vollständig sicher war, so durfte er doch, um seine Popularität nicht einzubüßen, sich nicht öffentlich einer Partei zugesellen, welche zwar conservativ hieß, aber gleichfalls mit schwerwiegenden Neuerungen sich befaßte.

Es blieb nichts Anderes übrig, als die Vermittelung der Wiener Staatskanzlei anzusuchen und auf diesem Umwege die Verwirklichung des conservativen Verfassungsentwurfes zu erreichen. Fürst Metternich war durch seine Heirat mit der Gräfin Melanie Zichy ungarischen Einflüssen zugänglicher geworden und erklärte sich bereit, ihre Pläne mit seinem Einflusse zu unterstützen. Ein selbständiges Urtheil über die ungarischen Verhältnisse besaß er nicht, auch nicht den Muth oder den Hang zu wagehalsigen Neuerungen. Die Natur der conservativen Vorschläge erschien aber so einfach und friedlich, zeigte so viele Anklänge an diplomatische Umtriebe und stand einer durchgreifenden politischen Reform so

fern, daß ihm alle Bedenken schwanden und seine Einmischung in die ungarischen Angelegenheiten gerechtfertigt vorkam. Was Fürst Metternich über die Sache sprach und schrieb war der Abklatsch der Meinungen, welche in den jüngeren conservativen Kreisen galten. Eigenes konnte er, sollte er auch nicht bieten. Man verlangte von ihm keinen Rath, sondern wünschte nur sein glänzendes Ansehen für fremde Gedanken geliehen zu bekommen, um alle Hindernisse ihrer Verwirklichung, namentlich auch die Sprödigkeit des Palatinus leichter zu besiegen. Dieser hielt nicht viel von langgesponnenen, systematischen Plänen und glaubte sich durch lange Erfahrung zu der Ansicht berechtigt, daß durch persönliche Mittel das Meiste in Ungarn erreicht werden könne, wie er denn auch in der That auf eine kluge Behandlung der einzelnen Individuen, auf das Gewinnen und leise Herüberziehen der Gegner sich vortrefflich verstand. Den Palatinus zur Theilnahme an den conservativen Reformplänen zu bewegen, bildete Metternich's Aufgabe. Noch während die Stände tagten, im Herbst 1844, richtete der Staatskanzler an ihn eine Denkschrift, deren Hauptinhalt von conservativen Magnaten herrührte, deren sentenziöse Form allein die Mitwirkung Metternich's verrieth.*) „Versiegt, heißt es daselbst, die Regierungsgewalt in den obersten Regionen, so werden sich neue Gewalten in den unteren Regionen erheben. In dem Maße, als sich der Reichstag mit Erfolg Eingriffe in die Rechte der Krone erlaubte, haben die Comitatsjurisdictionen die Rechte des Reichstags beschränkt, bis sie selbst unter die Zuchtruthe des Betteladels geriethen." Die Denkschrift erörtert dann den Werth der liberalen Agitation auf nationalökonomischem und politischem Gebiete. „Fabriken bedarf Ungarn nicht, es braucht alle Arme zur Bebauung des Bodens, muß sich sogar vor einer industriellen Thätigkeit hüten, da der ungarische Volkscharakter dem Schwindel ein reiches Feld bietet. Das Land, dem für die bessere Benutzung des Bodens hätte Rath geboten werden sollen, erhielt Pferderennen, Casinos, Theater und eine Millionen kostende Brücke, zu welcher keine fahrbaren Straßen führen." Ebenso werden die Versuche, die alte Constitution in eine Repräsentivverfassung zu verwandeln, herbe zurückgewiesen. „Ungarn besitzt schon eine freie Repräsentativverfassung, welcher zur Vollendung nichts Anderes fehlt, als daß die Regierung von ihren Rechten einen häufigeren Gebrauch mache, selbst die Initiative ergreife und mit den unerläßlichen Reformen vorangehe." Die Lehre von der Verwerflichkeit der Comitatsverfassung, von der Nothwendigkeit einer starken Regierung, wie sie Eötvös im Pesti Hirlap entwickelt hatte, fand sich auch in der Denkschrift niedergelegt, nur daß andere

*) Die sogenannte Denkschrift des Fürsten Metternich wurde erst im Jahre 1857 unter dem Titel: „Aphoristische Bemerkungen über die ungarischen Zustände" gedruckt und kurz vor der berühmten Kaiserreise nach Ungarn in tendenziöser Weise verbreitet. Vgl. Horvath, Geschichte Ungarns. II. S. 334.

Folgerungen aus derselben gezogen wurden. Die vorgeschlagenen Reformen ausschließlich zu Gunsten der Centralregierung lauteten: „Es muß auf die Bildung einer Majorität an der unteren Tafel (unter den Magnaten besaß die Regierungspartei bereits das Uebergewicht) unter der Leitung der Regierung hingearbeitet werden, welche nicht anders zu Stande kommen kann, als daß auch die Comitate unter den unmittelbaren Regierungseinfluß gestellt werden. Ist die Majorität am Reichstage für die Regierung gewonnen, so begnügt sich die letztere nicht mehr mit der Aufstellung allgemeiner Propositionen, welche von den Parteien beliebig hin und her gezerrt, bald fallen gelassen, bald bis zur Unkenntlichkeit umgestaltet werden, sondern legt dem Reichstage vollständig ausgearbeitete Gesetzentwürfe vor und läßt dieselben durch eigene Commissionen vertheidigen und durchführen." Der Palatin widersprach nicht, stellte nur die Bedingung, daß keine constitutionswidrigen Mittel zur Anwendung kämen. Er vergaß, die Kunst mitzutheilen, wie man eine Verfassung einseitig aufheben könne, ohne sie zu brechen.

Sehr rasch verbreitete sich in den politischen Kreisen Ungarns das Gerücht von bevorstehenden großen Umwälzungen, von der engeren Verbindung der conservativen Partei mit der Regierung und von der Absicht der letzten, das Reformwerk in die eigene Hand zu nehmen und ihren Interessen entsprechend durchzuführen. Die Opposition harrte mit sorglichen Mienen der Entwickelung der Dinge. Durch Spaltung geschwächt, fürchtete sie, nicht die volle Widerstandskraft den Gegnern entgegenstellen zu können, im Falle diese mit dem Aufgebote aller Kraft und mit Benutzung des immerhin schwerwiegenden höfischen Einflusses an die Verwirklichung ihrer Pläne schritten und insbesondere den Vorsatz festhielten, durch Gewährung einzelner Zugeständnisse an die öffentliche Meinung, durch eine kräftige Förderung der materiellen Interessen den thatsächlichen Beweis zu liefern, daß für die Wohlfahrt der Nation die conservative Partei Größeres leiste, als die machtlose, unklare Opposition. Die erste Maßregel der Regierung war ein Wechsel in der Leitung der Administration. An die Stelle des Grafen Anton Mailath, der während des Reichstages seine Autorität verscherzt und durch seine geringe Beliebtheit den Erfolg der Regierungsentwürfe vereitelt hatte, trat Graf Georg Apponyi, ein junger Mann, entschieden feindlich der Agitation Kossuth's gesinnt, aber auch ein Widersacher der Táblabirópolitik, welche trotz alles Lärmens und aller volltönenden Worte an der Unbeweglichkeit der überlieferten Zustände festhielt und eine gemüthliche Anarchie als höchstes Staatsideal verehrte. Er hatte im letzten Reichstage die Magnatensitzungen von dem Vorwurfe der Eintönigkeit befreit, durch seinen Kampfeseifer nicht geringe Aufmerksamkeit erregt, durch seine unerschrockenen Angriffe auf die ständische Majorität bei dieser großen Haß, in den Regierungskreisen dagegen ein bedeutendes Ansehen sich verschafft.

Er galt den Einen als Führer der ungarischen jeunesse dorée, den Anderen als der von der Vorsehung berufene Reformator des Vaterlandes. Selbst die ihn haßten, gaben zu, daß nicht beschränkter Widerwille gegen Neuerungen überhaupt seine Opposition gegen die Reform der Städteordnung, des Steuerwesens, des Strafgesetzes bestimmte. Dagegen sprach schon seine nähere Verbindung mit Széchenyi. Sie hegten vielmehr den Verdacht, daß ihn sein brennender Ehrgeiz allein Maßregeln nicht zustimmen ließ, welche er im Wesen billigte, an deren Feststellung er aber keinen Antheil hatte. Das Vaterland sollte die wünschenswerthen Reformen aus seiner Hand empfangen, bis dahin sich in Geduld fassen. Für die Richtigkeit dieser Behauptung liegt kein Zeugniß vor; sie bleibt immerhin beachtenswerth als ein Zeichen, wessen man sich von Apponyi versah.

Mit der Ernennung eines neuen, thatkräftigeren Kanzlers war die Reihe der rettenden Thaten natürlich nicht geschlossen. Der Kanzler konnte wohl die Richtung der Regierungspolitik bestimmen, aber nicht die Geneigtheit der verschiedenen Ständeklassen für dieselbe wecken, nicht unmittelbar die gewünschte Majorität im Reichstage zu Gunsten der Regierung schaffen. Dazu war die Beherrschung der einzelnen Comitate erforderlich, welche bisher den Einflüssen der Regierung keine Berührungsfläche darboten, in ihrem Auftreten jeder sicheren Berechnung spotteten. Wohl war der Leiter eines jeden einzelnen Comitates, der Obergespan, vom Könige ernannt, seit Menschengedenken jedoch galt diese Würde als ein einfaches Ehrenamt, das nicht einmal zum ständigen Wohnsitze im Comitate verpflichtete, noch weniger dem Inhaber eine überwiegende Macht in der Comitatsverwaltung gewährte. Diese ruhte vorzugsweise in den Händen des vom Comitatsadel gewählten, von diesem daher auch allein abhängigen Vicegespan. Der Plan der Regierung ging dahin, an die Stelle des letzteren überall einen zuverlässigen Mann zu setzen. Da sie aber auf die Wahl des Vicegespans nicht einwirken konnte, dieser eigentlich nur aus der Abwesenheit oder der vornehmen Geschäftsunkunde des Obergespans seine Gewalt schöpfte, so mußte sie auf eine Aenderung im Amte des letzteren Bedacht nehmen. Die Hofkanzlei griff zu einer Maßregel zurück, welche bereits Kaiser Joseph II. und ein Menschenalter später Kaiser Franz, wenn auch ohne nachhaltigen Erfolg, eingeführt hatten. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmung, welche die Aemtercumulation verbot und vom Obergespan die wirkliche Ansässigkeit im Comitate forderte, entfernte sie mehr oder weniger gewaltsam Alle, die diese Vorschriften nicht erfüllt hatten, aus Amt und Würde und ersetzte sie durch besoldete, von der Regierung unbedingt abhängige Administratoren. Die Administratoren sollten den Willen der Hofkanzlei auch im kleinsten und entlegensten Landeskreise vertreten und durchsetzen, den bisher vermißten Zusammenhang zwischen der Centralregierung und den

einzelnen Jurisdictionen vermitteln, insbesondere in die Comitatsverwaltung Einheit, Kraft und dadurch eine größere Selbständigkeit gegenüber den ewig schwankenden Adelscongregationen bringen.

Freund und Feind erblickten in diesen Vorkehrungen der Regierung nur das Gerüste, dessen Errichtung der eigentlichen Bauarbeit voranging, und warteten mit großer Spannung auf die weiteren Maßregeln, welche das Reformwerk sachlich entwickeln sollten. Ihre Erwartung wurde bitter getäuscht. Die laut verkündigte „Wiedergeburt des Vaterlandes" beschränkte sich auf die Ernennung einiger Dutzend Administratoren. Neu war, wie sich Eötvös spöttisch im Pesti Hirlap äußerte, nichts, als daß sich in Ungarn 52 Menschen gegen einen jährlichen Gehalt von 4000 Gulden bereit finden ließen, die Absichten der Regierung zu fördern. Das thaten bisher die Altconservativen unentgeltlich. In Wien ließ man sich zu keinen weiteren Schritten überreden, zu keinem bindenden Programme bestimmen, am wenigsten zu einer Entwaffnung der liberalen Partei durch freiwillige Ausführung ihrer verständigen Absichten bewegen. Als die Administratoren ihr Amt antraten, sahen sie sich außer Stande, eine neue Fahne aufzupflanzen, um welche sich etwa, die Hoffnungen conservativer Idealisten verwirklichend, der bessere und größere Theil der Nation schaaren konnte, sondern waren gezwungen, sich einer der bestehenden Parteien anzuschließen. Anstatt zu führen, ließen sie sich schleppen, sie meinten, das Haupt vorzustellen, und bildeten den Schweif. Durch ihre Instructionen gebunden, den Kampf gegen die liberale Opposition zu eröffnen, blieb ihnen nichts Anderes übrig, als unter dem ungebildeten, privilegiumsfüchtigen Bauernadel Anhang zu suchen und dessen beschränkte, von Apponyi und Széchenyi selbst verdammte Anschauungen zu unterstützen. Ueber den brutalen Charakter der Congregationen, über die herrschende Unordnung, die widerwärtige Corteherrschaft in den Comitaten hatte die Regierung begründete Klage geführt, darin eine Rechtfertigung ihrer Maßregeln gefunden, die Abhilfe, die Herstellung der Ordnung zugesagt, und nun brachte sie das Cortestreiben zu einer neuen Blüthe. Aus verschiedenen Comitaten gelangten die traurigsten Nachrichten über die wiedererweckte Macht der Cortes zur öffentlichen Kunde. Im Honther Comitate hatten sich dieselben durch eine Geldsumme von der Regierung erkaufen lassen, in der Biharer und Thuroczer Gespanschaft war der Bund mit der Regierung durch eine Bluttaufe besiegelt worden. Ueberall, wo die Administratoren von einem Wahlsiege berichten konnten, mußten sie bekennen, daß sie denselben dem Einflusse des Bauernadels verdankten, und bewiesen die Gegner, daß die Knüppel der Cortes den Ausschlag gegeben hatten. Und selbst dieser Freunde war die Regierung nicht ganz sicher. Der Bauernadel ging mit der Regierung nur, weil er von der liberalen Opposition die Verkürzung seiner Privilegien befürchtete. Hätte dieselbe erklärt, vorläufig die Steuerreform ruhen zu

lassen, so hätte sich der Anhang der Regierung bis zum letzten Mann verloren.*) Denn eigentlich schämte sich jeder Ungar, auch der bestechliche, rohe bocskoros, zu den Freunden der Regierung gezählt zu werden. Einmal war in Ungarn das Regieren überhaupt unpopulär, und wer dazu beitrug, daß das Land regiert werde, mußte es sich gefallen lassen, mit geringerer Achtung behandelt zu werden. Dann aber klebte an dem neuen Systeme der Verdacht, daß es das Institut der österreichischen Kreishauptleute unvermerkt einführen wolle. Etwas Schimpflicheres, als die Herrschaft der Kreishauptleute konnte namentlich der conservative ungarische Adeliche sich nicht denken. Nichts hatte die Regierung durch ihren Anlauf zu einer Reformthätigkeit erreicht, als daß sie der Opposition ein bequemes Agitationsmittel darbot.

Kossuth war der Erste, welcher in der Pesther Congregation (6. März 1845) gegen die „Mandarinen" donnerte und die „Präfectenwirthschaft" an den Pranger stellte. „Zur Aufrechterhaltung der Ordnung, sagte er, hätte man die Administratoren in die Comitate gerufen, keine andere Ordnung aber gemeint, als jene, in deren Namen Nicolaus das großherzige Polen aus der Reihe der Nationen gestrichen, in deren Namen Ernst August die Verfassung Hannovers vernichtet, Philipp II. die Niederlande in einen Kirchhof verwandelt hatte." Auf Kossuth's Widerspruch war die Regierung gefaßt. Sie hatte in befreundeten Zeitungen oft erklären lassen, die Radicalen, wie Kossuth, Teleki u. A., wären allerdings gegen die neuen Einrichtungen, weil sie jede kräftige Regierung haßten, die Verständigen dagegen, die wahren Patrioten auch unter den Liberalen priesen ihren erleuchteten Willen und gewährten ihr eine aufrichtige Unterstützung. Aber auch Deák, den niemals Leidenschaft verblendet, dessen klares Urtheil und gerechter Sinn bei allen Parteien geachtet war, erhob in der Zalader Congregation 1846 seine Stimme gegen das System der Administratoren, klagte die Regierung an, daß sie den König bloßstelle, zu verbrecherischen Mitteln greife, um seinen Thron scheinbar zu befestigen, und erklärte das angebliche Reformsystem Apponyi's für eine schnöde Verfassungsverletzung. Auch der alte, blinde Wesselényi, der noch kurz vorher die Rettung aus der Gefahr russischer Weltherrschaft nur im engsten Anschlusse des ungarischen Volkes an die Regierung erkannt hatte, holte zum Angriffe aus. Es sei, erklärte er in einem

*) Den Handschuh, welchen Eötvös (Die Reform in Ungarn. S. 156) der Regierung hinwarf, hütete sich dieselbe aufzunehmen. Er wurde nicht widerlegt, als er behauptete: „Die Regierung der durch das neue System gewonnenen Majorität zu berauben, hängt blos von der Opposition ab. Sie braucht blos die Steuerfreiheit des Adels wieder ein Recht zu nennen — und ich stehe gut dafür, daß dieselben Waffen, welche in Zala Deák stürzten, die sich in Honth und Csongrád für den Administrator erklärten, an demselben Tage unter die Fahne der Opposition zurückkehren und sich gegen die Regierung ebenso enthusiasmiren werden; wie unter Joseph II."

öffentlichen Sendschreiben, eine persönliche Beleidigung, wenn man ihn nicht mehr zur Opposition rechne. Eben weil er der conservativen Sache diene, schließe er sich jetzt enger als je der Opposition an; denn diese wolle die Constitution, die Selbständigkeit, die Nationalität Ungarns conserviren, die Gegenpartei dagegen beabsichtige nur solche Einzelheiten der Verfassung zu erhalten, deren Conservirung die Destruction des Ganzen bewirke.*)

Der neue Hofkanzler sollte die liberale Opposition überflügeln und sah sich bald auf allen Punkten durch dieselbe zurückgedrängt. Wie er die politische Agitation nicht hindern konnte, statt des gehofften Zerfalles der liberalen Partei eine allmäliche Stärkung derselben herbeiführte, so mußte er auch widerwillig den größeren Eifer der Opposition in den socialen Reformfragen anerkennen. Die allgemeine Steuerpflicht war auf dem letzten Reichstage nicht geregelt worden. Mehrere liberale Adeliche beschlossen daher, freiwillig zu thun, wozu sie ein vernünftiges Gesetz gezwungen hätte, und schrieben sich in die Liste der Steuerzahlenden ein. Stephan Bezerédj im Tolnaer Comitate, von seinen Freunden mit Wilberforce verglichen, durch menschenfreundliche Gesinnung weit über den Kreis seiner Parteigenossen hinaus berühmt, ging Allen mit gutem Beispiele voran und fand in mehreren Comitaten Nachahmer. Wenn dieselben nicht so zahlreich waren, als man erwartet hatte, so lag die Schuld an der Regierung, deren Schutz die Gegner der allgemeinen Steuerpflicht stärkte. Bei vielen Liberalen gab auch folgende Erwägung den Ausschlag: „Wenn wir den Bauernadel durch die freiwillige Uebernahme der Steuer reizen, so wird die Partei des Forschrittes bei den Comitats- und Reichstagswahlen in Nachtheil gerathen. Diejenigen, welche sich der Steuer aus freien Stücken unterwerfen, können sich als Deputirte nicht durch anderslautende Instructionen binden lassen und werden dazu beitragen, daß auf dem nächsten Reichstage abermals die Bänke der Liberalen gelichtet erscheinen."**) Jedenfalls waren die wenigen Muthvollen, welche rücksichtslos nach ihrer Ueberzeugung handelten, ausschließlich in den Reihen der Opposition zu finden, wie auch die „ewigen Freikäufe" der Unterthanen auf den Besitzungen liberaler Magnaten vor sich gingen, von diesen die Lösung der Robotfrage ernst und ehrlich vorbereitet wurde.

Die liberale Partei, von der Regierung mit dem unvermeidlichen Untergange bedroht, hatte guten Grund, sich ihres Daseins zu freuen. Sie hatte im Kampfe mit den Jungconservativen nicht ihre Selbständigkeit, nicht ihre Kraft eingebüßt, und wenn sie auch noch keinen Triumph-

*) Sein Brief, d. d. Isibó, 26. März 1846, ist in der A. A. Z. Beil. Nr. 112 abgedruckt.

**) Eötvös, Die Reform in Ungarn, S. 122.

gesang anstimmen durfte, so war doch die Hoffnung des Sieges in ihren Reihen rege. Ein Umstand allein trübte ihr frohes Bewußtsein und dämpfte ihren Muth. Die kroatischen Verhältnisse wurden tagtäglich verworrener und einer friedlichen Ausgleichung unzugänglicher. Noch auf dem letzten Reichstage besaß der Kampf zwischen Ungarn und Kroaten die Gestalt eines staatsrechtlichen Streites; seitdem aber entfernte er sich immer mehr von seinem Ausgangspunkte und nahm den Charakter einer nationalen Fehde an, in welcher die Leidenschaften die größte Rolle spielten. Gleichzeitig verlor sich das träumerische Wesen des Illyrismus und der beschränkte Eigensinn der kroatischen Stände. Gay's Anhang verzichtete vorläufig auf die Beherrschung weiter Reiche — in der Phantasie, der privilegirte Adel fand es seinem Vortheile angemessen, statt der Vorrechte seines Standes die Rechte der Nation in die Schranken zu rufen.

Durch herbe Erfahrungen belehrt, überzeugt, daß die bisher befolgte Kampfweise der Kroaten keine Sympathien in weiteren Kreisen sicherte und auch auf die Gegner keinen Eindruck übte, beschlossen die Agramer Wortführer, sich mit den Ungarn auf den gleichen Boden zu stellen, Mittel und Ziel der Bewegung der ungarischen Opposition zu entlehnen. Die Magyaren hatten den Gebrauch der lateinischen Sprache bei öffentlichen Verhandlungen beseitigt, dasselbe strebten nun auch die Kroaten — zu Gunsten ihrer heimischen Sprache an; die liberale Opposition in Preßburg und Pesth bekämpfte die zum Mißbrauche herabgesunkene Verfassung, das persönliche Stimmrecht des Adels, stritt für die größere Selbständigkeit des Landes gegenüber der Reichsgewalt, empfahl die Einführung des Repräsentativsystems: ähnliche Forderungen konnte man nun auch auf dem Programme der Agramer Agitatoren lesen, nur daß sie alle Nutzanwendungen im Interesse der slawischen Nationalität machten.

In den einzelnen kroatischen und slawonischen Comitaten begann schon im Jahre 1844 der Kampf auf dieser neuen Grundlage. Für alle amtlichen Erlasse wurde die Giltigkeit der Abfassung in kroatischer Sprache verlangt, die Zusendung magyarischer Acten verbeten, die Forderung der ungarischen Behörden, kroatischen Amtsschriften eine lateinische Uebersetzung beizufügen, als unstatthaft zurückgewiesen. Im Warasdiner Comitate wurden die Verhandlungen bereits in kroatischer Sprache gehalten, von der Kreutzer Generalcongregation (16. December) die Wiederherstellung der alten Banusrechte, die Errichtung einer selbständigen Statthalterei nachgesucht, von jener der Gespanschaft Posega die Pflege der nationalen Sprache in allen Schulen empfohlen. Noch gab die ungarische Partei im Lande ihre Sache nicht verloren; sie besaß namentlich im Agramer Comitate noch zahlreiche Anhänger und erfocht sogar noch bei der Restauration (28. Juli) 1845 einen Sieg. Dieselbe hatte bereits im December 1844 abgehalten werden sollen, ein Streit bei der Stimm-

zählung, gegenseitige Vorwürfe beider Parteien, daß unberechtigte Personen, selbst Frauen mitgerechnet würden, die Vertagung herbeigeführt. Trotz der Bemühungen der „Illyrier", die Wahlen zu beherrschen, trotz der für sie günstigeren Entscheidung der Hofkanzlei, es solle bei den Wahlen die Conscription vom Jahre 1835 zu Grunde gelegt werden, siegte dennoch der Candidat der ungarischen Partei zur Würde des Vicegespans Suvić gegen den illyrisch gesinnten Lentulay, mit einer Mehrheit von 300 Stimmen. Der im Agramer Comitate zahlreiche Bauernadel, der slawischen Bewegung seit jeher feindselig, hatte den Ausschlag gegeben. Die Tage aber der politischen Geltung dieses Bauernadels waren eben gezählt. Von den Comitatswahlen konnte man ihn nicht ausschließen, mochte auch sein Uebergewicht bei denselben die nationale Partei noch so sehr erbittern, und daß es dieses that, bewies der blutige Straßenkampf, welcher der Restauration am 29. Juli unmittelbar folgte, und nur durch das Aufgebot einer ansehnlichen Truppenmacht beigelegt wurde. Besaß er aber auch das Recht, im Landtage des dreieinigen Königreiches das persönliche Stimmrecht auszuüben? Dasselbe hatte die illyrische Partei schon lange bestritten und thatsächlich auch auf dem letzten Landtage die Abweisung des Bauernadels durchgesetzt, erst nach der Entfernung der Turopoljer — diese bildeten die große Masse des Bauernadels — das wichtigste Geschäft des Agramer Landtages, die Wahl der Deputirten zum Reichstage begonnen.*) Auf dem bevorstehenden Landtage sollte nun die Frage auch grundsätzlich entschieden werden.

Am 23. September wurde die „Landtagscongregation der vereinigten Königreiche Kroatien, Slawonien und Dalmatien" im Agramer Redoutensaale vom Banus, dem General Grafen Haller eröffnet.**) Die frühere Laufbahn als Kämmerer, Husarenoberst und Leibgardist hatte diesen Mann für ein politisches Amt schlecht vorbereitet, sein streng militairischer Gehorsam, der jeden empfangenen Befehl pünktlich vollzog, aber nichts auf eigene Verantwortlichkeit zu thun wagte, ließ ihn wenig tauglich zu einem Vermittler zwischen leidenschaftlich erregten Parteien erscheinen. Er behelligte die Regierung in Wien unaufhörlich mit Gesuchen bestimmter Instructionen, welche jene nicht geben wollte, vielleicht auch nicht geben konnte. Durch Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der nationalen Partei band sie sich für ihre ungarische Politik

*) Diese Ausschließung gab die Veranlassung zu den oben geschilderten leidenschaftlichen Debatten im Preßburger Reichstage. Auch in den öffentlichen Blättern wurde die Frage ebenso eifrig wie gründlich erörtert. Die größte Schuld an der Verwickelung trägt offenbar die zweischneidige Natur des Agramer Landtages, der die Functionen einer Reichsrepräsentation übte und doch nicht alle Züge einer Comitatscongregation verloren hatte. Daß durch die Ausschließung der Turopoljer ein Gewaltstreich verübt wurde, hat selbst Haulik (Diarium I. pag. 25) in der Magnatentafel nicht geleugnet.

**) Der Erzählung liegen die in den Novine ilirske veröffentlichten Sitzungsprotokolle zu Grunde. Ein authentisches Diarium wurde auf diesem Landtage nicht geführt.

die Hände und bereitete sich am nächsten Preßburger Reichstage Verlegenheiten; durch schroffe Zurückweisung derselben beschwor sie den Geist der Unruhe und stürmischen Agitation herauf, die nun einmal als fremde Blutstropfen im österreichischen Staatskörper galten. Der Banus sollte beschwichtigen, durch geschickte Benutzung kleiner Mittel den Ausbruch des Kampfes verhindern, die Lösung grundsätzlicher Fragen gleichsam durchschmuggeln, und war dieses gelungen, den Gegnern die getroffenen Veränderungen als unbedeutend und nichtssagend darstellen; er sollte für den Erfolg einstehen, für den mißglückten Versuch die Schuld auf sich nehmen. Folgsam, wenn auch nicht frohen Herzens und kräftigen Sinnes, belud sich Graf Haller mit diesen Aufgaben. Man hatte in Wien auf den Rath des Agramer Bischofes und des Baron Kulmer willig gehört und war geneigt, das persönliche Stimmrecht des kroatischen Adels aufzuheben. An eine freiwillige Verzichtleistung des letzteren konnte nicht gedacht werden, ebensowenig wollte aber die Regierung die Ausschließung offen befehlen. Sie glaubte sich zu helfen, indem sie dieselbe als eine einfache Polizeimaßregel des Banus in das Leben setzte.

Wie gewöhnlich hatten sich auch dieses Mal Hunderte von Turopoljern, schlecht gewaschen, aber gut bewaffnet, zur Eröffnung des Landtages in Agram eingefunden. Wie erstaunten sie, als sie den Berathungssaal betraten und in demselben den mittleren Raum durch Schranken von dem umlaufenden Säulengange abgesperrt gewahrten. In diesem letzteren, sowie auf den oberen Gallerien sollten sie als Zuhörer den Verhandlungen beiwohnen können, der mittlere Raum war ausschließlich für die durch Banalbriefe zum Landtage einberufenen Magnaten und Ablegaten der Comitate, Capitel und Freistädte bestimmt. Die Erklärung und Rechtfertigung dieser ungewöhnlichen Maßregel gab der Banus in seiner Begrüßungsrede: „Das Kleinod der nationalen Freiheit wird nur durch die Möglichkeit bewahrt, über die Angelegenheiten des Landes ungehindert berathen zu können; sie ist nicht gesichert, wenn nicht Ordnung herrscht und die Mäßigung aus den Verhandlungen ausgeschlossen ist. Aus diesem Grunde werden gewiß alle Anwesenden die zur Aufrechterhaltung besserer Ordnung getroffenen Einrichtungen billig beurtheilen und dahin wirken, daß die Versammlung durch jene Ruhe und Besonnenheit sich auszeichne, welche die Heiligkeit des Ortes erheischt.“ Die Turopoljer verhielten sich schweigsam, aus den Reihen der illyrischen Partei erhoben sich dagegen Stimmen, welche die gänzliche und augenblickliche Vertreibung des Bauernadels verlangten. Diesen übertriebenen Ansprüchen gegenüber erschien die Maßregel des Banus noch als ein Schutz adelicher Privilegien. Durch den ruhigen Verlauf der ersten Sitzung kühn gemacht, ließ der Banus über Nacht die Zahl der Schranken im Saale vermehren, den Zwischenraum zwischen den vollberechtigten Ablegaten und den zur Rolle des Chores zurückgesetzten Turopoljern erweitern.

Aber auch die Turopoljer hatten über Nacht sich von der ersten Ueberraschung erholt und den Entschluß gefaßt, nicht freiwillig zu weichen. Gleich am Beginn der zweiten Sitzung erhob sich ihr Comes, der alte Eiferer gegen die illyrische Agitation, Jozipović, und verlangte vom Banus Rechenschaft über sein eigenthümliches Handeln: „Der Landtag sei einberufen, um über das persönliche Stimmrecht des Adels zu entscheiden, die Einrichtungen im Saale greifen aber dieser Entscheidung bereits vor und schließen den Adel von den Berathungen aus. Was erst berathen werden solle, scheine bei dem Banus und dessen Anhange schon eine beschlossene Sache zu sein." Feierlich erklärte der Banus, er habe nur möglichen Unordnungen vorbeugen wollen, nimmermehr sei es ihm aber in den Sinn gekommen, die Rechte irgend eines Menschen zu kränken. Gern hätte er die weiteren Erörterungen abgeschnitten. In warmen Worten bat er um das Vertrauen der Anwesenden, er betonte die Nothwendigkeit einer raschen Vollendung der Landtagsarbeiten und versuchte immer und immer wieder, zur Tagesordnung überzugehen. Alle Bemühungen waren vergeblich. So oft ein Redner den Aufforderungen des Banus entsprechen wollte und von anderen Dingen zu sprechen begann, unterbrachen ihn die Turopoljer und die von der ungarischen Partei gewonnenen Ablegaten des Agramer Comitates: erst müsse das Recht des Adels auf persönliche Theilnahme am Landtage wieder anerkannt, die ihm zugefügte Kränkung gesühnt sein, ehe man zu anderen Gegenständen der Verhandlung schreite. „Wo ich gestern als freier Mensch stand, rief ein Stimmführer des Adels, sind heute Gitter aufgerichtet; hölzern sind diese Gitter noch, aber seien wir auf unserer Hut, Brüder, daß sie sich nicht morgen in eiserne verwandeln. Ich luge hinter ihnen hervor, wie ein Gefangener aus einem Kerker, und dann sagt man noch, daß dies gar nicht auf unsere Freiheit abzielt, sondern nur der lieben Ordnung wegen geschieht. So möge also zu Protokoll erklärt werden, daß diese Gitter keiner Person ein Recht nehmen, ein jeder Edelmann auch fernerhin sein persönliches Votum besitze." Aehnlich sprachen sich noch andere Stimmen aus, und als der Banus noch immer zögerte, sich offen über die Stellung der Adelichen auszusprechen und den Streitpunkt zu umgehen bestrebt war, wiederholte Jozipović, er werde mit seinen Freunden nicht weichen, es sei denn, daß sie von Soldaten mit dem Bajonette hinausgejagt würden, und keine andere Verhandlung zulassen, bis über die Virilstimmen der Edelleute entschieden sei. Auf diese Weise gedrängt, jedes Ausweges beraubt, griff der Banus zu dem letzten Rettungsmittel. Er zog ein bisher geheim gehaltenes königliches Rescript vom 14. September hervor und veröffentlichte dessen Inhalt: „Wir befehlen, daß bis zur Feststellung der neuen Landtagsordnung das Stimmrecht nur von den durch Banalbriefe Einberufenen und von den Ablegaten der Jurisdictionen ausgeübt werde." Nun war freilich der

Banus gerechtfertigt, aber auch das Wiener Cabinet arg compromittirt, seine Parteilichkeit offen bekundet. Dieses behauptete, der Banus hätte vorzeitig und unnöthig von dem geheimen Rescripte Gebrauch gemacht und entzog ihm seine Gunst. Die Verantwortlichkeit für den kleinen Staatsstreich konnte es jedoch nicht mehr von sich abwälzen. Auch jetzt noch gab der Kleinadel und die mit ihm verbundene ungarische Partei den Kampf nicht auf. Gegen das königliche Rescript könnte man ja eine Verwahrung einlegen, seine Giltigkeit bestreiten, durch Repräsentationen seine Wirksamkeit vorläufig hintertreiben. Alle diese Vorschläge tauchten auf, bald mit gelehrten staatsrechtlichen Gründen unterstützt, bald durch persönliche Ausfälle auf die Gegner gewürzt. Ebensowenig wie Ungarn dürfe auch Kroatien durch „Patente, Manuale und Rescripte" regiert werden, das königliche Rescript vom 14. September sei einfach ungesetzlich. Veränderungen der Verfassung können ohne Zustimmung des ungarischen Reichstages gar nicht vorgenommen werden, auch sei es ungerecht, einen Edelmann, wie das hier geschehe, ungehört zu verurtheilen. Der Eine und der Andere beriefen sich auf das Herkommen, wie bisher niemals die Gewohnheit der Edelleute, persönlich am Landtage Theil zu nehmen, gestört worden wäre. Und da diese Gründe wenig fruchteten, so schalten sie den Banus einen hinterlistigen Menschen, den Bischof Haulik einen gewissenlosen Höfling und ihren Anhang Bettelleute, die für das Almosen irgend eines kleinen Amtes Landesverrath sinnen und das Wohl der Nation mißachten.

Die Turopoljer konnten wohl den ruhigen Verlauf der Sitzung stören und den Fortgang der Verhandlungen hemmen, aber nicht die ihnen ungünstige Mehrheit umstimmen. Trotz aller scharfen Widerrede wurde der Antrag auf eine Repräsentation verworfen, die Giltigkeit des Rescriptes anerkannt, der Adel thatsächlich seines persönlichen Stimmrechtes entkleidet. Mit einem lauten Lebehoch begrüßte die illyrische Partei die Verkündigung dieses Beschlusses, worauf Jozipović mit einem noch lauteren: Nicht leben, aber verderben möget Ihr (Krepali a ne živili) antwortete und mit seinem ganzen Anhange den Saal verließ. Nun konnte die Versammlung, die freilich die ungarische Partei als ein Rumpfparlament nicht anerkannte, ungestört die neue Landtagsordnung berathen. Schroffe Gegensätze der Anschauungen machten sich natürlich nicht geltend, langwierige Verhandlungen über den einen oder anderen Punkt kamen selten vor. Gewöhnlich wurden die Bestimmungen des von einer Landesdeputation ausgearbeiteten Entwurfes, kaum vorgelesen, auch schon unverändert angenommen. Nur über das Stimmverhältniß der Comitate und der Städte entspann sich eine längere Debatte. Die Vertreter der Städte wünschten für diese eine Erweiterung des Stimmrechtes, die Comitatsablegaten betonten wieder die überwiegende Bedeutung der von ihnen vertretenen Jurisdictionen und verlangten Schutz gegen eine mög-

liche Majorisirung derselben. Durch Verdoppelung der städtischen Stimmen und das weitere Zugeständniß, daß den Comitaten die Hälfte der Landtagsstimmen überhaupt gehören solle, suchte man beiden Parteien gerecht zu werden. Der Frieden wurde auch dann nicht gestört, als nach der Beendigung der „Coordination" des Landtages die Landesbeschwerden und Wünsche berathen wurden. Doch konnte man hier die Ansätze zu neuen Parteibildungen deutlicher wahrnehmen und sich überzeugen, daß der gemeinsame feindliche Gegensatz zu der politischen Bewegung in Ungarn nicht überall denselben Ausgangspunkt hatte und gar verschiedenartige Ziele verfolgte.

Während der Bischof Haulik, Baron Kulmer und andere kroatische Würdenträger das in Ungarn so mächtige liberale Element fern zu halten suchten, stets nach Wien hinüberschielten, von dort ihre Anregungen, ihre Richtschnur empfingen, hatten Kukuljević, Horvat und Andere die Hebung der slawischen Nationalität vorzugsweise vor Augen; sie wollten derselben die gleichen Rechte zuwenden, welche die magyarische Nationalität in Ungarn bereits genoß, sie wehrten sich gegen die wahren oder vermeintlichen Uebergriffe der ungarischen Liberalen auf dem nationalen Gebiete, verdammten aber keineswegs unbedingt ihre politischen Bestrebungen, am wenigsten waren sie einer unmittelbaren Unterordnung Kroatiens unter die Wiener Cabinetsregierung hold. Ihr Ziel, um es kurz zu sagen, war darauf gerichtet, das dreieinige Königreich in ein zweites Ungarn zu verwandeln; sie standen in einem ähnlichen Verhältnisse zu der herrschenden Partei in Ungarn, wie diese zur absoluten Regierung in Oesterreich, ohne sich aber einer besonderen Gunst der letzteren zu erfreuen, daher sie auch nur eine geringe Aussicht besaßen, selbständig und ehrlich auftreten zu können. In der Phantasie mochten sich die kroatischen Patrioten stark oder klug genug fühlen, um beide Gegner gleichzeitig zu entwaffnen, in der Wirklichkeit aber drohte die ernste Gefahr, daß sie des einen Gegners nur Herr würden, indem sie sich dem anderen blind unterwarfen. Ihre Anträge auf dem Landtage 1845 zeigten sie noch des guten Muthes und der zuversichtlichen Hoffnung voll. Kukuljević und Horvat führten durch ihr Beispiel den Gebrauch kroatischer Reden im Landtage ein, sie kämpften eifrig gegen die ausschließliche diplomatische Giltigkeit der lateinischen Sprache, von ihnen und ihren Freunden gingen alle Vorschläge aus, welche die Förderung der slawischen Sprache und Cultur bezweckten, sie erhoben aber auch ihre Stimme gegen die Trennung der Militairgrenze von Kroatien und verlangten die Herstellung einer selbständigen kroatisch-slawonischen Statthalterei, deren Bedürfniß Haulik und seinesgleichen nicht einsehen konnten, an deren Stelle sie vielmehr eine kroatische Abtheilung der Hofkanzlei in Wien empfahlen, da in Wien allein eine erfolgreiche Vertretung der kroatischen Interessen möglich sei. —

Zehn Sitzungen hatten die Arbeiten des Agramer Landtages in Anspruch genommen. Als er am 14. October geschlossen wurde, hielt Gaj's Zeitung eine Rückschau auf seine Thätigkeit. Er hatte nicht allen Erwartungen entsprochen, die denn auch freilich ungebührlich hoch gespannt gewesen waren; „er hatte das Vaterland nicht von allen Schmerzen geheilt, keinen plötzlichen Umschwung herbeigeführt, aber ein guter Samen ist doch ausgestreut, auf die Hauptbedürfnisse des Nationallebens ernstlich eingegangen worden." Seine Bedeutung für die nationalen Bestrebungen der Südslawen fühlte auch die ungarische Opposition und beeilte sich daher, Gegenmaßregeln gegen denselben zu ergreifen. Kaum war es nöthig, daß die Agramer Comitatscongregation, wo die ungarische Partei noch die Mehrheit besaß, in einem offenen Briefe an die Pesther Gespanschaft zu denselben dringend aufforderte und den Geheimbund, von der Regierung und den Illyriern angeblich zum Sturze der ungarischen Verfassung geschlossen, enthüllte. Kossuth hatte im Herbste 1845 eine Rundreise durch Kroatien angetreten und sich von dem allgemein verbreiteten Mißtrauen gegen Ungarn, von der steigenden Macht der slawischen Stimmführer überzeugt. Zurückgekehrt, machte er die kroatischen Zustände zum Hauptgegenstande seiner Reden in den Pesther Comitatsverhandlungen. Auf seinen Vorschlag sandte (December 1845) die Pesther Congregation eine Deputation nach Wien, welche dem Könige das verfassungswidrige Verfahren des Agramer Landtages vorstellen, um Abhilfe bitten, insbesondere die Zurücknahme des Rescriptes vom 14. Sept. begehren sollte. Praktische Folgen konnte dieser Schritt nicht haben, am wenigsten, wenn der Verdacht einer heimlichen Verschwörung des Wiener Cabinetes, die absichtliche Verhetzung der verschiedenen Nationalitäten begründet war. In der That wurde auch die Deputation auf Grund einer Verordnung vom Jahre 1770, welche die Entsendung von Comitatsdeputirten an das Hoflager verbietet, nicht vorgelassen, auch die in Wien verfaßte, an alle Erzherzoge adressirte Repräsentation uneröffnet zurückgeschickt. Kossuth lag aber weniger an einem praktischen Erfolge, als an einem dankbaren Agitationsstoffe. Auf der nächsten Pesther Comitatscongregation (31. Januar 1846) bildeten die Agramer Wirren, sowie die Abweisung der Deputation in Wien den Mittelpunkt der Verhandlungen. „Die Stimme eines einzelnen Comitates klang nicht laut genug, um in Wien gehört zu werden. Der vereinigte Ruf aller Comitate wird hoffentlich weiter schallen. Die zu den Füßen des Thrones niedergelegte Bitte wurde zurückgewiesen; wir wollen sehen, ob die ernste Forderung des Reichstages das gleiche Schicksal erfahren werde." Auf Kossuth's Antrag wurde beschlossen, eine neue Repräsentation an den König zu richten, durch Rundschreiben an alle Comitate diese zu gleichen Schritten zu bewegen und endlich das einseitige Eingreifen der Regierung in die kroatischen Verhältnisse zum Gegenstande einer Landesbeschwerde

am nächsten Reichstage zu machen. Kossuth erhitzte sich und seine Zuhörer allmälich bis zu einem solchen Grade, daß sich schließlich die Volksleidenschaft gegen seine eigenen Freunde wandte. Die für die Erzherzoge bestimmte Denkschrift war natürlich in deutscher Sprache abgefaßt worden. Als sie nun in der Congregation vorgelesen werden sollte, duldete die Versammlung nicht, daß deutsche Töne an ihr Ohr schlugen; sie setzte es durch, daß eine eilig angefertigte magyarische Uebersetzung die Stelle des Originales vertrat, und sprach einen herben Tadel über die Schwäche der Deputation aus, welche sich dazu hergegeben, ungarische Interessen in deutscher Sprache zu verhandeln.

Das waren deutliche Anzeichen der steigenden Aufregung im Volke und beängstigende Erscheinungen für Alle, welche auf eine friedliche Entwickelung der Dinge hofften, vom nächsten Reichstage die ruhige Lösung der mannichfachen schwebenden Fragen erwarteten. Zur schlimmsten Stunde kam noch der Tod des alten Palatinus (13. Januar 1847) wenige Wochen nach seinem fünfzigjährigen Amtsjubiläum hinzu. Erzherzog Joseph besaß nicht viele Freunde in Wien. Man nannte ihn hier in höfischen Kreisen halb spöttisch, halb ärgerlich immer nur den alten Rágóczy und klagte über seine Ungefügigkeit, seine Parteinahme zu Gunsten des ihm anvertrauten Landes selbst gegen die Interessen des Reiches und der Dynastie. Von allen Brüdern stand ihm nur Erzherzog Johann näher; mit diesem gemeinschaftlich nannte ihn das Volk, wenn es andeuten wollte, daß die herrschende Regierungsweise auch in der kaiserlichen Familie nicht lauter unbedingte Anhänger zähle und daß der Wunsch einer politischen Veränderung auch in den höchsten Kreisen Anklang finde. Er besaß ebensowenig zahlreiche enthusiastische Bewunderer in Ungarn. Den Talisman, der ihm die Herzen des Volkes erschlossen hätte, die magyarische Sprache, konnte er nicht verwenden. Er wagte nur einmal in der Magnatentafel eine magyarische Ansprache; die Heiterkeit, die seine Worte hervorriefen, ließ ihn von allen ferneren Versuchen abstehen. Trotzdem erblickten Alle in ihm den natürlichen Vermittler zwischen Ungarn und der Wiener Regierung und priesen seine oft bewährte Geschicklichkeit, Wirren zu schlichten und drohende Stürme zu beschwichtigen. Seinen großen Einfluß im Lande, seine gewandte Behandlung der Parteien, die er zwar nicht beherrschte, aber doch von einem allzuschroffen Auftreten zurückhielt, unterschätzte man auch in Wien nicht; das ungarische Volk wußte, daß der fünfzigjährige Aufenthalt im Lande eine gewisse Vorliebe für dasselbe dem Erzherzoge eingeflößt hatte und glaubte, daß, wie er äußerlich an einen echten Táblabiró erinnerte — ähnlich wie Kaiser Franz an den gemüthlichen Wiener Bürger —, so auch ein inneres Verhältniß zur Nation sich herausgebildet hätte. Es war überzeugt, nur seine Einsprache habe manche Gewaltanschläge von Ungarn abgewendet, und war daher gern bereit, aus Rücksicht für seine

Persönlichkeit in vielen Dingen nachzugeben und schonend zu verfahren. Sein Tod beschleunigte unzweifelhaft die Krisis. Zunächst zwang er zur schleunigen Einberufung des Reichstages zum Behufe der neuen Palatinuswahl. Als ob die Regierung gefürchtet hätte, es könnten bei längerem Säumen mehrere Bewerber um die höchste Reichswürde vortreten, so eilig gab sie gegen ihre Gewohnheit ihre Wünsche kund. Unmittelbar nach dem Tode des Erzherzogs Joseph wurde seinem Sohne Stephan die vorläufige Leitung der Administration übertragen und damit die Erwartung, daß die Stände ihn auch auf die Dauer für das Reichsregiment vorschlagen, zum Palatin wählen würden, deutlich ausgesprochen.

Erzherzog Stephan lebte seit zwei Jahren als „Landeschef" in Prag, ohne Einfluß auf die Geschäfte, ohne einen selbständigen Wirkungskreis, selbst in seinen socialen Verhältnissen durch pedantische Instructionen ziemlich beschränkt. An seinem Wunsche, in eine glänzendere Stellung überzugehen, war nicht zu zweifeln, auch nicht an seinem guten Willen, das Landeswohl zu fördern, desto mehr an seiner Befähigung, die Rolle des Vaters mit Glück fortzusetzen. Unter den schwierigen Verhältnissen, welche 1847 eintraten, hätte vielleicht auch der letztere trotz aller Erfahrenheit seine Regierungskünste unzulänglich gefunden, vollends unmöglich wurde es für den dreißigjährigen Erzherzog Stephan, dieselben erfolgreich zu üben. Erzherzog Stephan war kein politischer Charakter. Mit einer großen persönlichen Liebenswürdigkeit, mit gediegener Herzensgüte verband er mannichfache Kenntnisse und Talente, welche das Privatleben zieren und im geselligen Verkehre einen gewissen Werth besitzen. Ein reges Interesse fesselte ihn an die beschreibenden Naturwissenschaften, ihm stand eine angenehme Fertigkeit im Malen und Reimen zu Gebote, in der Schönschreibekunst durfte er selbst mit einem Meister wetteifern. Er verstand nicht blos sehr viele Sprachen, sondern war auch wirklich redegewandt und mit einem munteren Witze begabt. Alle diese Gaben boten aber keinen Ersatz für die mangelnden staatsmännischen Eigenschaften. Ihn trieb keine Leidenschaft zur Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten, ihn erfüllte nicht das Bedürfniß, zu regieren und bei allen politischen Ereignissen seinen Einfluß geltend zu machen. Ungleich den älteren Gliedern seines Hauses, welche still und unscheinbar eine weitgreifende Thätigkeit entwickelten, nirgends ihre Person in den Vordergrund stellten, desto beharrlicher jedoch auf ihrem Willen bestanden und diesen durchzusetzen wußten, liebte Erzherzog Stephan mehr den äußeren Glanz, als die wirkliche Macht einer hervorragenden Stellung. Popularität war ihm nicht ein Mittel, um tiefer liegende Pläne durchzuführen, sondern das letzte Ziel seiner Handlungen. Dadurch kam in sein Verhältniß zu den ungarischen Parteien eine wesentliche Aenderung. Er konnte nicht auf eine friedliche Zustimmung im Volke hoffen, wenn er sich der liberalen Opposition, welche die öffentliche Meinung lenkte, ent-

fremdete, er mußte alle Ansprüche auf Volksthümlichkeit fallen lassen, wenn er sich mit Apponyi's Anhange verbündete. Im Hofkanzler drohte dem jungen Prinzen ein mürrischer Mentor voll von Bedenklichkeiten und Rücksichten, die Annäherung an die Opposition verbürgte ihm dagegen einen begeisterten Empfang in den weitesten Kreisen. Ging er mit der jungconservativen Partei, so mußte er sich auch die Abhängigkeit von der Wiener Staatsconferenz gefallen lassen, stützte er sich auf die Liberalen, so gewann er an Machtfülle, da die in ihrem Programme ausgesprochene Selbständigkeit des Reiches zunächst dem Palatin zu Gute kommen mußte. Nichts war daher natürlicher, als daß der Erzherzog den Jungeonservativen wenigstens keine eifrige Unterstützung zuwendete, wenn er auch vorläufig sich noch nicht offen mit ihren Gegnern verband. Und dieses geschah in einem Augenblicke, wo Apponyi sehnsüchtig nach Hilfe ausspähte und nur durch das Aufgebot aller Kräfte seine Pläne retten zu können überzeugt war.

Eine kostbare Zeit war ungenützt vorübergegangen. Diese Ansätze zur Energie, welchen niemals eine kräftige That nachfolgte, hatten den Glauben der Anhänger erschüttert, die Zuversicht der Gegner wieder gehoben, und was das Gelingen der conservativen Entwürfe bedingte, den Zwiespalt innerhalb der liberalen Partei nicht hervorgerufen. Als sich die Freunde der liberalen Reform von den eigentlichen Agitatoren getrennt hatten, als Kossuth unter der Last der auf ihn gehäuften Vorwürfe zu wanken begann, die emsig gepflegten Gerüchte von dem Eigennutz und der Gewinnsucht, welche allein ihn für den Schutz- und Handelsverein begeistert hätten, Wurzel zu fassen anfingen, als sogar Deák die Meinung hegte und sie offen aussprach, mit Kossuth's Bedeutung sei es für immer vorbei: da war für die mit der Regierung verbündeten Conservativen die Aussicht auf einen Sieg vorhanden. Sie begnügten sich, der Welt diese erfreuliche Aussicht zu verkündigen, thaten aber nichts, dieselbe der Verwirklichung nahe zu bringen. Inzwischen hatten die verschiedenen Gruppen der Liberalen die Gefahren einer Spaltung erkannt. Kossuth, durch das Mißlingen seiner national-ökonomischen Pläne einigermaßen gedemüthigt, empfand die Nothwendigkeit eines engeren Anschlusses an die eigentliche Reformpartei. Während er bisher unter dem Banne seines mächtigen Ehrgeizes sich gegen jede Unterordnung, selbst gegen das unmittelbare Zusammenwirken gesträubt hatte, bot er nun den Leitern des Pesti Hirlap die Dienste seiner Beredsamkeit und seines, namentlich im Pesther Comitate noch immer großen Einflusses an. Das Programm Szalay's und Eötvös' wurde nicht mehr in den Zeitungen allein erörtert, sondern auch in den Comitatsversammlungen berathen und in vielen derselben angenommen. Dem zuerst in der Pesther Congregation gefaßten Beschlusse, die Forderung einer verantwortlichen Regierung den Instructionen für den nächsten Reichstag einzuverleiben, traten

noch mehrere Comitate bei, die Mahnung zur Einigkeit im Angesichte der die Verfassung und die Selbständigkeit des Landes bedrohenden Gefahren fand in immer weiteren Kreisen williges Gehör.

Auf diese Weise gekräftigt, ertrug die Opposition mit größerem Gleichmuthe den unter anderen Verhältnissen verhängnißvollen Uebertritt Széchenyi's in das Regierungslager. Jetzt endlich war der sehnsüchtige Wunsch früherer Tage in Erfüllung gegangen, ein reicher, seinen Neigungen entsprechender Wirkungskreis dem Grafen Széchenyi eröffnet. Eine der ersten Handlungen des neuen Hofkanzlers war die Gründung einer besonderen Section für Landescommunication bei der ungarischen Statthalterei und die Uebergabe ihrer Leitung an Széchenyi gewesen. Wie oft hatte dieser darüber geklagt, daß er die Rolle eines bloßen Pläneschmiedes spiele, daß seine besten Entwürfe aus Mangel an Mitteln Phantasien blieben und die Nothwendigkeit, bei jeder Gelegenheit die Opferliebe seiner Landsleute anrufen zu müssen, nicht allein die Verwirklichung seiner Pläne hemme, sondern ihnen auch die Einheit raube. Das Alles, hoffte er, hat sich nun geändert. Ueber Staatsmittel verfügend, durfte er die angeborene Kühnheit der Gedanken frei entfalten, und indem sich in seinen Händen die Macht und die Entscheidung sammelte, war auch für den geordneten Zusammenhang seiner Entwürfe gesorgt. Nicht die persönliche Befriedigung, am wenigsten der ihm verliehene Excellenztitel machten Széchenyi gegen die liberale Verfassungsreform gleichgiltig. Nach seiner festen Ueberzeugung führte der von ihm betretene Weg allein zum Ziele, war die Pflege der materiellen Interessen und die Verständigung mit der dem Fortschritte keineswegs abholden Regierung das sicherste Mittel zur gedeihlichen Reform der politischen Zustände. Natürlich verstimmte ihn die gegen die Maßregeln der Regierung gerichtete Agitation, die außerdem auch seiner Wirksamkeit hindernd entgegentrat, zu leidenschaftlichem Grimm reizte ihn vollends seines demagogischen Zerrbildes, Kossuth, Treiben. In ihm erblickte Széchenyi geradezu den bösen Feind der Nation; „er wird, erklärte er, unser Volk in eine Lage stürzen, aus der selbst Gott es zu retten nicht mehr im Stande ist." Wäre Kossuth beseitigt, so würden die übrigen Führer der Opposition gewiß zu einer Verständigung die Hand bieten; nur Verblendung oder auch Furcht vor dem gewaltigen Agitator hält sie gefangen und verwehrt die unerläßliche Aussöhnung mit der Regierung. Gegen Kossuth's Person richtete er daher unmittelbar seine Angriffe, auf die Enthüllung des gemeinschädlichen Wesens, auf die moralische Vernichtung Kossuth's zielte seine Schrift*), die er kurz vor dem Zusammentritte des Reichstages herausgab. Sie sollte freilich auch die Pläne Apponyi's unterstützen und die conservative Politik rechtfertigen, sie empfahl Nachgie-

*) Fragmente eines politischen Programmes. Leipzig 1847.

digkeit gegen die Regierung, versicherte, daß die letztere es mit der Nation gut meine, und predigte Versöhnlichkeit der Parteien. Dieses Alles aber that sie gleichsam nur im Vorübergehen; die Hauptsache blieb die Schilderung Kossuth's, als eines abschreckenden Beispieles, wohin „phantastische Incompetenz, politische Unmündigkeit, eitle Selbstüberhebung“ führe.

Szèchenyi's Schrift hatte nicht den erwarteten Erfolg. Sie raubte Kossuth nicht die Gunst der öffentlichen Meinung und besiegte auch nicht das Mißtrauen, welches gegen die Absichten der Regierung allgemein herrschte, dieses schon aus dem Grunde nicht, weil sie die angeblich so patriotischen Pläne Apponyi's nicht genau angab, die deutlichen Beweise seines Reformeifers nicht beibrachte. Von der Verpflichtung, ihre Grundsätze mit klarer Bestimmtheit darzulegen, jeden Zweifel an ihrer staatsmännischen Tüchtigkeit zu beseitigen, durfte sich die conservative Partei in ihrem eigenen Interesse nicht lossagen. Sie hatte auf dem letzten Reichstage, noch ehe die Gewalt in die Hände ihrer Führer übergegangen war, die Nothwendigkeit zahlreicher Reformen zugegeben und seitdem in ihrem Organe, dem Budapesti Hiràdo, immer wieder die Unfähigkeit der Opposition, auch die bestgemeinten Verbesserungen durchzuführen, behauptet. Jetzt galt es, das gegebene Wort zu lösen und die eigene Leistungskraft zu erproben. Bereits im Jahre 1846 fanden im Schooße des conservativen Vereins eingehende Berathungen über die Haltung der Partei am nächsten Reichstage statt; im Anfange des nächsten Jahres war der Entwurf eines politischen Programmes, welchem alle bedeutenden Parteigenossen zustimmten, vollendet und konnte von Apponyi dem Wiener Cabinete zur Billigung vorgelegt werden. Das Programm strafte die oft gegebene Versicherung, daß Apponyi's Politik dem wahren Fortschritte huldige, keineswegs Lügen. Eine lange Reihe von Reformen, zum Theil solche, welche bisher nur von der Opposition auf die Tagesordnung gesetzt worden waren, empfahl es als Regierungsvorlagen für den künftigen Reichstag, für zahlreiche, dem materiellen Wohle unleugbar förderliche Maßregeln schlug es dringend die Initiative der Regierung vor. Es sollte die Steuerfreiheit des adelichen Grundbesitzes aufhören, das Erbrecht der adelichen Familien geregelt, eine Hypothekenbank eingerichtet, das Städtewesen reformirt, für die Eröffnung neuer Communicationsmittel Sorge getragen werden. Gab es auch unter den Anträgen der conservativen Partei einzelne, welchen man keine Popularität verheißen konnte, so ließ sich doch selbst diesen die Natur wahrer Reform nicht absprechen, wie z. B. der Einführung des Tabaksmonopols und der Aufhebung der Zwischenzolllinie, welche letztere freilich einige Jahre früher ohne Schwierigkeiten durchgesetzt worden wäre, während jetzt der Verdacht politischer Hintergedanken die ökonomischen Vortheile gänzlich vergessen machte. Hätte das Programm der conservativen Partei keine anderen Aufgaben gestellt, so würde auch die Opposition dasselbe unter-

schrieben haben, vielleicht widerwillig, daß die Rettung des Vaterlandes von den gehaßten Gegnern ausgehen solle und voll bitterer Klagen über das an den Liberalen verübte Plagiat, aber nimmermehr hätten sie es zurückweisen dürfen, ohne sich an den eigenen Grundsätzen zu versündigen. Das conservative Programm enthielt jedoch noch andere Forderungen. Es erklärte eine strenge Reichstagspolizei für unerläßlich, drang auf eine schärfere Ueberwachung der Vereine, wollte die Comitatsgerichtsbarkeit wesentlich einschränken und sprach militairischen Gewaltmaßregeln in allen widerspänstigen, der Anwendung von Bestechungen in allen schwankenden Comitaten offen das Wort. Wer Menschenkenntniß besaß und der engen Verbindung zwischen den Conservativen und dem Wiener Cabinete sich erinnerte, hielt gerade diese Punkte für den Kern des ganzen Programmes und kam leicht zu der Meinung, es sei im Grunde nur auf die Erschleichung absoluter Gewalt, auf den hinterlistigen Ueberfall der Verfassung abgesehen.

Wenn auch nur unvollkommen über die Pläne der conservativen Partei unterrichtet, fühlte dennoch die liberale Opposition die Gefahr eines längeren Zuwartens und erkannte die Pflicht, sich gleichfalls über ihre Grundsätze und Zielpunkte offen auszusprechen. Sie hatte lange Zeit mit der Veröffentlichung ihres Programmes gezögert, da sie Bedenken trug, durch eine bestimmte Angabe ihrer politischen Forderungen die eben erst besiegelte Einheit aller regierungsfeindlichen Parteien wieder zu erschüttern. Je positiver sie auftrat, desto leichter rief sie Spaltungen unter ihren Anhängern hervor, desto unsicherer wurde ihre Unterstützung durch den vorurtheilsvollen Landadel. Im Angesichte des unmittelbaren Angriffes, welchen das conservative Programm gegen die Opposition richtete, war aber ein längeres Schweigen unmöglich, die Opposition durfte an dem eigenen Reformeifer keinen Zweifel aufkommen lassen, noch weniger zugeben, daß der, wie sie überzeugt war, erheuchelte Patriotismus der Conservativen unentlarvt blieb. Im März 1847 wurden die Grundlagen des liberalen Programmes in dem bekannten Pesther Oppositionsclubb unter L. Batthyány's Vorsitze entworfen, am 5. Juni dasselbe unterschrieben und durch die Presse verbreitet. Das bloße Dasein eines Gegenprogrammes verringerte an sich schon die Siegesgewißheit Apponyi's, indem es ihm den Alleinbesitz der Reformpläne raubte; noch schlimmer aber wirkte der Umstand, daß Franz Deák die Oppositionsschrift verfaßt hatte. Kossuth hätte derselben gewiß einen schwungvolleren Charakter verliehen, Eötvös ihr Züge seines gedankenreichen Geistes aufgeprägt, Keiner von Beiden den Schein befangener Parteilichkeit von dem Programme ferngehalten. Das konnte nur der Mann, der weit und breit im Lande als die verkörperte Gerechtigkeit galt, dessen Leidenschaftslosigkeit selbst Feinde rühmten, dessen unbeugsame Ueberzeugungstreue auch die Parteigenossen erprobt hatten. Für die Feststellung des Oppositions-

programmes machte ihn außerdem noch eine im parlamentarischen Leben erworbene Eigenschaft besonders geeignet. Wenn in einer Reichstagssitzung die Meinungen wild durch einander gingen, in der Hitze der Debatte die einzelnen Sprecher sich von ihrem Ausgangspunkte weit abirrten, keine Einigung mehr möglich schien, so hefteten sich unwillkürlich alle Blicke auf Déak. Meisterhaft verstand er es, die Punkte, in welchen die Meisten übereinstimmten, hervorzuheben, das Wesentliche der Verhandlungen festzuhalten und den Beschlüssen eine solche Form zu geben, daß Niemand sich verletzt fühlte, jeder Einzelne seine Ansicht darin zu erkennen glaubte. Eine ähnliche Aufgabe war ihm auch jetzt übertragen worden. Das Programm der Opposition sollte nicht zu viel und durfte nicht zu wenig sagen, es mußte die Zustimmung in den weitesten Kreisen gewinnen und doch scharf abgegrenzte, mannichfachen Interessen widersprechende Forderungen stellen.

Schlicht und einfach erklärt Déak im Eingange des Programmes*), daß die Liberalen in Ungarn den Namen und das Wesen einer constitutionellen Opposition auch der neuen Regierung gegenüber nicht ableugnen, daß diese Opposition aber nicht gegen Personen, sondern gegen Handlungen gerichtet ist. Er zählt dann die Reformen auf, deren das Land bedarf, und für deren Verwirklichung die Opposition auf dem nächsten Reichstage kämpfen wird. Sie unterschieden sich bei oberflächlicher Betrachtung nicht von Apponyi's Regierungsvorlagen. Hier und dort wurde der allgemeinen Steuerpflicht, der Aufhebung der Aviticität, der Stärkung des Credits, der weiteren Durchführung der Urbarialgesetze, der Aenderung der Comitatsverfassung das Wort geredet. Das Oppositionsprogramm fügte aber jeder Forderung einen kleinen Nachsatz zu, wodurch jene einen thatsächlich anderen, der Regierung wenig liebsamen Charakter empfingen. Die Ausdehnung der Steuerpflicht erschien dem Hofkanzler wünschenswerth als der erste Schritt zu einer Annäherung an die deutschslawischen Provinzen und wurde mit der Zolleinigung in unmittelbaren Zusammenhang gebracht. Die Opposition dagegen knüpfte an die allgemeine Steuerpflicht die Bedingung, daß das Landesbudget dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werde. Bei den Aenderungen der Comitatsverfassung dachte Apponyi an eine Stärkung der büreaukratischen Gewalt, Déak an eine Erweiterung des Repräsentativsystems; zu Gunsten der absoluten Regierung wollte jener die Privilegien des Adels brechen, dieser im Interesse größerer Volksrechte, daher im Programme der Opposition auch die Forderung der freien Presse, der unbeschränkten Association u. s. w. Raum fand, von welcher die Conservativen nichts hören

*) Dasselbe ist unter Anderem bei Gerando S. 261 abgedruckt. Eine Analyse des conservativen Programmes findet sich in der „Genesis der Revolution in Oesterreich.“ (3. Aufl.) S. 321.

wollten. Die letzteren hielten ferner mit dem Rufe nach Reformen an der Schwelle der Regierung an, während Deák die Aenderung der Regierungsform als die erste und wichtigste Reform bezeichnete. „Die gegenwärtige Regierung ist keine parlamentarische, sie ist nicht der Ausfluß der offenbaren Majorität des Reichstages und bindet ihre Existenz daher nicht an die Unterstützung der letzteren, sie steht unter einem fremden Einflusse, welcher die constitutionellen Formen unseres Vaterlandes haßt und die absolute Gewalt, wie sie in den anderen Provinzen herrscht, auch hier einführen möchte." Das Oppositionsprogramm wies sodann auf den seltsamen Widerspruch zwischen den Worten und Thaten der Regierungspartei hin, welche für den Fortschritt und die Gesetzlichkeit einstehen will, nichtsdestoweniger die alten Beschwerden des Landes nicht abstellt, ja sogar neuen gewaltsamen Versuchen, die Verfassung zu brechen, zujauchzt, und schloß mit folgenden Worten: „Wir wollen nicht die Interessen unseres Vaterlandes mit dem Interesse der Einheit der Monarchie und der Möglichkeit ihres Bestandes in Widerstreit bringen; wir halten es aber für unbillig, wenn die Interessen Ungarns jenen der Erbländer untergeordnet werden und werden niemals dulden, daß der Einheit der Administration, welche man gern mit der Einheit der Monarchie als gleichbedeutend annimmt, unsere Verfassung und unsere Rechte geopfert würden. Die pragmatische Sanction und der Artikel 10, 1791, sind die unzertrennlichen Grundlagen der Constitution."

Zwei politische Ansichten standen auf diese Art einander schroff gegenüber. Die Anhänger beider Meinungen hatten wohl die Abneigung gegen die alte Constitution gemeinsam und wollten beide modernes Staatswesen in Ungarn einbürgern. Das Ideal des modernen Staatswesens erblickten aber die Einen in dem Absolutismus, die Anderen in dem Repräsentativsystem; die Conservativen fanden die Gelegenheit passend, das bisher so spröde Ungarreich mit dem Kaiserstaate enger zu verbinden, die Liberalen entdeckten, daß bei einer Verfassungsveränderung der günstigste Anlaß gegeben sei, die politische und nationale Selbständigkeit Ungarns dauernd zu sichern. Ob eine Vermittelung zwischen diesen Gegensätzen möglich sei, oder ob der Sieg ausschließlich einer Partei zufallen werde, darüber mußte der nächste Reichstag entscheiden. In allen Comitaten wurde eifrig für denselben gerüstet, obgleich äußerlich das ganze Land während des Spätsommers nur mit Freudenfesten beschäftigt schien. Erzherzog Stephan machte eine Rundreise durch Ungarn und wurde überall jubelnd begrüßt. Die Liberalen wollten ihn gewinnen, die Conservativen mußten die Miene annehmen, als wäre er für ihre Anschauungen bereits gewonnen. Nicht geringerer Enthusiasmus herrschte, als er durch seinen jugendlichen Neffen Erzherzog Franz Joseph in das Amt eines Obergespans des Pesther Comitates (16. October) eingeführt wurde. Nur zwei Tage später wurde aber in demselben Comitate von denselben

Leuten Kossuth zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Mit Recht pries die Opposition Kossuth's Wahl als einen Sieg ihrer Sache, mit noch größerem Rechte durfte sie über die Schwäche der Regierung frohlocken, welche nicht den Muth besaß, eine ungesetzliche, aber populäre Wahl zu vernichten. Das Pesther Comitat hatte auf eigene Faust auch den sogenannten Honoratioren, gebildeten Bürgerlichen Wahlrechte eingeräumt und trotz des Protestes der königlichen Statthalterei an diesem Beschlusse festgehalten. Den Honoratioren verdankte Kossuth vorzugsweise die große Majorität von 1500 Stimmen, nichtsdestoweniger wagte es die Regierung nicht, die Giltigkeit seiner Wahl zu bezweifeln. Auch das hob den Stolz und stärkte die Kampfeslust der Opposition, daß Széchenyi freiwillig auf seinen Magnatensitz verzichtete und sich um eine Deputirtenstelle bewarb, daß er selbst eine Niederlage (im Oedenburger Comitate) nicht scheute, in einer unbedeutenden Gespanschaft (Wieselburg) seinen großen Namen zu Markte trug, um nur ja nicht in der Ständetafel zu fehlen. In den meisten übrigen Comitaten wurden freilich solche Männer gewählt und die Instructionen so verfaßt, daß beide Parteien sich den Sieg zuschreiben konnten. Für die Erhaltung der adelichen Privilegien hatten sich nur wenige Comitate unbedingt ausgesprochen, zu Gunsten der Steuerreform eine viel größere Majorität, als am letzten Reichstage. Diese Forderung stand im Programme sowohl der Conservativen, wie der Opposition. Worüber sich aber die Instructionen nicht deutlich äußerten und worüber auch die Liste der Gewählten — vielfach neue Namen — keinen Aufschluß gab, das war die Stellung der Comitate zu den Bedingungen, unter welchen die verschiedenen Parteien die Reformen verwirklichen wollten. Neigte sich die größere Gunst dem Repräsentativsysteme oder dem aufgeklärten Absolutismus Apponyi's zu, zählte das selbständige nationale Ungarn oder der österreichische Großstaat zahlreichere Freunde? Im Allgemeinen herrschte die Ueberzeugung, daß Opposition und Regierung beinahe über die gleiche Stimmenzahl verfügten und daß es von den Wechselfällen der Verhandlungen, von dem Einflusse einzelner Persönlichkeiten abhänge, nach welcher Seite sich die Waagschaale neigen werde. Mit gesteigerter Spannung sah man daher dem Reichstage entgegen.

Er wurde am 12. November mit größerem Gepränge, als es sonst üblich war, eröffnet. Dem Kaiser folgten die Mitglieder seiner Familie, die Würdenträger des Reiches, die ersten Räthe seiner Krone; in weitem Kreise umgab ihn die glänzende Landtagsgemeinde, die Magnaten in blendender Kleiderpracht, die Deputirten und Juraten, die über tausend Mann stark in Preßburg eingezogen waren und dafür Sorge trugen, daß es bei der Eröffnungsfeier an schwungvollen Acclamationen und kräftigen Jubelrufen nicht fehle. Keinen der Anwesenden beschlich die Ahnung, daß hier zum letzten Male das alte Oesterreich und das

alte Ungarn einander friedlich gegenüberstanden und die Worte des Grußes gleichzeitig als Abschiedsworte, mit welchen die vielhundertjährige Verfassung zu Grabe gelegt wurde, gelten sollten. Es war aber auch keine Muße vorhanden, über die Bedeutung des Gesprochenen nachzusinnen. Der Kaiser las eine ungarische Thronrede ab und weckte durch dieses Zugeständniß an den ungarischen Stolz eine gewaltige Begeisterung. Den Dank dafür stattete ihm der Reichstag noch in derselben Sitzung ab, indem er von seinem Rechte, Candidaten vorzuschlagen, Umgang nahm und durch einstimmigen Zuruf den Erzherzog Stephan zum Palatinus wählte. Auch die königlichen Propositionen*), welche Apponyi dem Reichstage mittheilte, befriedigten die Abgeordneten. Man hielt sie nicht alle für gleichmäßig tauglich, um rasch in Gesetze verwandelt zu werden, glaubte z. B. nicht an den Erfolg des Antrages, die Zwischenzolllinie aufzuheben; konnte aber nicht leugnen, daß sie in der That einen liberalen Geist athmeten und durch ihre Reformvorschläge dem Bedürfnisse des Landes entsprachen. Eine ähnliche günstige Beurtheilung fanden sie in den meisten Comitaten, als diese im Winter zu Congregationen zusammentraten.

Der erste gute Eindruck hinderte natürlich nicht, daß die Opposition ihren Kampfplan festhielt und die nächste Gelegenheit zu einem Angriffe gegen die Regierung benutzte. Der Reichstag konnte nicht unmittelbar die Propositionen berathen, sondern mußte sich begnügen, dieselben an Commissionen zur näheren Prüfung zu überweisen. In der Zwischenzeit improvisirte Kossuth, dessen Beredsamkeit die Leitung der liberalen Partei — Deák fehlte ebenso wie Klauzál, Bezeredy, Beöthy — seinen Händen überlieferte, einen Antrag auf Aufhebung der Censur. Wollte die Regierung den Ernst ihrer liberalen Gesinnung beweisen, so durfte sie sich demselben nicht widersetzen. In der That unterstützte ihn auch Paul Somsich neben dem polternden Anton Babarczy, der Führer der Conservativen; er vertheidigte wenigstens nicht die herrschenden Preßzustände, deren Unhaltbarkeit die Freunde der Regierung täglich deutlicher erkannten. War es doch erst jüngst vorgekommen, daß die auf den

*) Die Zahl der Propositionen, welche gegen die frühere Gewohnheit von förmlichen Gesetzentwürfen begleitet waren, betrug eilf; sie bezogen sich auf folgende Gegenstände: 1) Palatinuswahl, 2) Militairverpflegung, 3) Regelung des Stimmrechtes der Städte, freien Bezirke und Domcapitel, 4) Reform der Städteordnung, 5) Aufhebung der Aviticität und Einführung der Grundbücher, 6) Erleichterung der Urbarialablösungen, 7) Zolleinigung mit Oesterreich, 8) Verbesserung der Communicationsmittel, wobei auf Széchenyi's amtliche Wirksamkeit und den Schutz, welchen die Regierung der Centraleisenbahn und der Theißregulirung angedeihen ließ, hingewiesen wurde, 9) Einverleibung der partes, d. h. jener Comitate, welche zu Ungarn gehören, aber thatsächlich Siebenbürgen incorporirt sind, 10) Vollendung des Strafgesetzbuches und 11) Rückgabe einer der Landeskasse geliehenen Summe von etwa einer halben Million Gulden an den Staatsschatz.

verstorbenen Palatin gehaltene Leichenrede dem Hofkanzler demosthenisch klang, während sie der Censurbehörde catilinarisch dünkte und von derselben unterdrückt wurde. In den Regierungskreisen selbst konnte man sich über das Maß des Erlaubten nicht mehr einigen, urtheilte nicht mehr nach Grundsätzen, sondern nach persönlichen Stimmungen und verlor dadurch die wirkliche Macht über die Presse. Diese Probe hatte die conservative Partei rühmlich bestanden, es mußte daher eine weitere versucht werden. Somsich hatte den Antrag auf eine Adresse gestellt, in welcher dem Könige der Dank für die so inhaltreichen Regierungsvorlagen ausgesprochen werden sollte. Die Opposition billigte diesen Schritt. Gewiß verdiene die Wahl der magyarischen Sprache für die Thronrede dankbare Anerkennung, ebenso gebühre der Regierung Lob dafür, daß sie in den Propositionen Fragen angeregt, deren Lösung alle Patrioten schon längst ersehnten. Nur dürfe man sie nicht in dem Wahne lassen, als ob nun alle Wünsche der Nation befriedigt wären, vielmehr bei diesem Anlasse alle Bitten und Klagen, die man auf dem Herzen habe, vorbringen. Auch hier führte Kossuth das Wort im Namen der Opposition. Er sprach pietätsvoll vom Könige, er schmeichelte dem Palatin, desto kräftigere Schläge führte er gegen Apponyi und dessen conservativen Anhang. „Nimmermehr werde er zu den verfassungswidrigen Gewaltthaten der Regierung schweigen, nimmermehr zugeben, daß die Hofkanzlei nur von ihrem Rechte Gebrauch gemacht, als sie in den Comitaten Administratoren eingesetzt, als sie eigenmächtig die kroatische Wahlordnung abgeändert und durch den von ihr gewonnenen siebenbürgischen Kanzler S. Josika die Verbindung des Großfürstenthums mit Ungarn verhindert."

Begreiflicher Weise weigerten sich die Conservativen, die Dankadresse gutwillig in eine Beschwerdeschrift zu verwandeln und sträubten sich beharrlich gegen die Aufnahme der Vorschläge Kossuth's in den ursprünglichen Entwurf. Vom 22. bis 27. November währte die Adreßdebatte. Die besten Kräfte der conservativen Partei betraten den Kampfplatz, auch Széchenyi verpfändete großmüthig seine wohlverdiente Popularität für die Rettung der gefährdeten Regierung. Sein Anschluß an dieselbe müsse jedem Patrioten ihren redlichen Reformeifer, ihre Rechtlichkeit verbürgen. Er sei ein Freund der gegenwärtigen Regierung, aber nur, weil sich dieselbe an die Spitze der Bewegung gestellt und den Willen, sowie die Macht besitze, das wahre Wohl des Landes zu fördern. Alle Bemühungen waren vergebens; Kossuth's Gegenentwurf wurde, wenn auch nur mit einer geringen Mehrheit (26 gegen 23 Stimmen), von der Ständetafel angenommen.

Die Adresse bewahrte auch jetzt noch den ehrerbietigen Ton und enthielt Worte des Dankes, sie gab aber ebenso unumwunden den begründeten Klagen des Landes Ausdruck: „Noch ist der Artikel 10, 1791,

dessen Ueberschrift de independentia regni Hungariae lautet, das wahre Grundgesetz des Reiches und das Palladium der Nation, nicht Wahrheit geworden. Neue Hindernisse haben sich seiner vollen Erfüllung entgegengestellt, unter welchen die Verschiedenheit zwischen der Grundlage der Verfassung und der herrschenden Regierungsform zuerst genannt werden muß. Ein unheilvolles Streben, den verfassungsmäßigen Einfluß des Reichstages auf die Regierung zu beschränken oder wohl gar zu beseitigen, macht sich geltend. Für die alten Beschwerden wird keine Abhilfe geleistet, ihre Zahl sogar noch vermehrt und dadurch jede Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenwirken der Regierung und des Reichstages vernichtet." So lange die Magnaten der Adresse nicht zustimmten, blieb dieselbe ein bloßer Entwurf. In der Magnatentafel war eine Niederlage der Regierung nicht zu fürchten. Stand es auch mit der Zusammensetzung des ungarischen Oberhauses nicht so schlimm, wie die Organe der Opposition versicherten, welche ihm den aristokratischen Charakter gänzlich absprachen und daß es mit lauter abhängigen Beamten angefüllt sei behaupteten, so ließ sich doch nicht leugnen, daß höfische Künste seine Gefügigkeit allmälich gesteigert hatten und die Rücksicht auf die Wünsche der Regierung nicht allein bei der stets loyalen Bischofsbank die Abstimmungen lenkte. Der „Oberstmundschenk" Szerencsy stellte den Antrag auf Wiederherstellung der ursprünglichen Dankadresse und Streichung aller Absätze, welche die Beschwerden des Landes darlegten. Ihn unterstützte der „Kronhüter" C. Vay. Die Majorität erklärte sich gleichfalls nach einer sechstägigen Verhandlung gegen den Ständebeschluß, unbewegt von L. Teleki's eifriger Vertheidigung und trotzdem, daß auch der Opposition fernstehende Magnaten die Unzulässigkeit des Administratorensystems anerkannten. Die löbliche Absicht der Magnaten, die Regierung nicht aus ihrem Wahne allgemeiner Beliebtheit im Lande zu reißen, wurde nicht erfüllt. Sie gingen von dem Glauben aus, daß auch diesesmal die Ständetafel an der politischen Tradition festhalten, und weil die Magnaten halsstarrig blieben, sich desto nachgiebiger beweisen werde. Sie erwarteten ein neues Nunzium, welches den guten Willen der Stände, eine Adresse mit den Magnaten zu vereinbaren, erkären sollte und empfingen an seiner Stelle die überraschende Nachricht, daß die Stände auf jede Adresse verzichteten. Die altgeschulten Politiker früherer Reichstage hätten vielleicht die Erwartung der Magnaten befriedigt, Kossuth jedoch, welcher seine Kunst, Versammlungen zu leidenschaftlichen Beschlüssen zu verlocken, nun im Ständesaale erfolgreich übte, kümmerte sich nicht um ehrwürdige Traditionen. Nach seiner ganzen Stellung mußte er den Bruch mit den Magnaten einer beschwichtigenden, nachgiebigen Politik vorziehen, welche nothwendig die Leitung der Stände seinen Händen entrissen hätte. Die Magnaten erduldeten überdies die Kränkung, daß ihnen die verbrecherische Absicht unterschoben wurde, jeder Versöhnung der Op-

position mit der Regierung entgegenzuarbeiten. „Die Stände, hieß es in dem von Kossuth motivirten Ablehnungsbeschlusse, hätten gern jene bitteren Discussionen verhindert, welche gewöhnlich bei der Verhandlung der Gravamina im Beginne des Reichstages stattfänden. Sie wollten auch eine Gelegenheit gewinnen, sich dem allverehrten Monarchen vertrauensvoll zu nähern, von ihm über die Zukunft des Landes beruhigt zu werden und hofften, auf diese Art der traurigen Pflicht überhoben zu sein, alte Wunden aufzureißen. Daher begnügten sie sich, in ihrem Adreßentwurfe die Thatsachen anzuführen, welche der von der Regierung selbst empfohlenen constitutionellen Reform zu widersprechen scheinen, und ließen sich auf keine Detailverhandlung der Landesbeschwerden ein. Die Stände erfuhren aber zu ihrem größten Schmerze aus der Antwort der Magnaten, daß diese sie gerade auf jenes Terrain verweisen, welchem sie, als dem ungeeignetsten für den Anfang des Landtages, ausweichen wollten. Sie können eine Ausgleichung der Ansichten zwischen beiden Tafeln nicht hoffen, sie wollen das Gefühl der Bitterkeit durch fortgesetzte Verhandlungen nicht stärken und sehen daher von der Ueberreichung einer Loyalitätsadresse ab." Und nicht genug daran. Die Magnaten hatten ihrem Beschlusse eine Phrase eingeflochten, daß es passender sei, die angeblichen Landesbeschwerden abgesondert zu erörtern. Sie dachten dabei nicht entfernt an eine förmliche Untersuchung des Regierungsverfahrens, sondern wollten nur den Charakter einer Dankadresse unversehrt erhalten. Darauf antworteten die Stände: „Da die Stände von den hochlöblichen Magnaten aufgefordert werden, jene Thatsachen, welche in der Adresse nur im Allgemeinen berührt werden, eingehend zu verhandeln, so nehmen sie diese Aufforderung in ihrem ganzen Umfange an und geben jenem Ausschusse, der in der kroatischen Frage niedergesetzt ist, den Auftrag, seine Arbeit schleunigst zu vollenden und zugleich alle Daten, die sich auf das Administratorensystem beziehen, zu sammeln und dem Reichstage vorzulegen."

So war abermals der Krieg erklärt und die Aussicht auf einen nicht blos kampfreichen, sondern auch fruchtbaren Reichstag vertagt. Im günstigsten Falle durfte die Regierung auf eine gegenseitige Paralysirung der beiden Tafeln hoffen und den Magnaten die unmittelbare Verantwortung der Unthätigkeit des Reichstages überlassen. Sie war keineswegs sicher, daß nicht die Opposition über die Köpfe der Magnaten hinweg die Hofkanzlei und das Cabinet in Mitleidenschaft ziehen werde. Mit sichtlicher Hast stellten gleich in den ersten Sitzungen die Liberalen weitgehende Reformanträge, welche die Propositionen weit hinter sich zurückließen, aber allerdings auch die Zustimmung der Magnaten und der Regierung zweifelhaft machten. Wurden sie von der letzteren zurückgewiesen, so lag die Heuchelei des conservativen Programmes offen zu Tage und kam die Opposition, die es allein ehrlich mit dem Fortschritte meine,

wieder zu Ehren. Bereits am 29. November brachte Szemere die Frage der allgemeinen Steuerpflicht und der gleichmäßigen Lastenvertheilung in der Ständeversammlung vor. Er drang auf die augenblickliche Abstimmung, da eine Debatte über diesen seit Jahren besprochenen und allseitig erörterten Gegenstand überflüssig sei. Dieses Ansinnen wurde von der Majorität zurückgewiesen und in die Verhandlung eingegangen. Hätte dieselbe den Inhalt der Rede Kossuth's gekannt, die er bei diesem Anlasse hielt, sie würde gewiß die Abstimmung beeilt, jede Debatte abgeschnitten haben. Früher, wenn im Reichstage von der Nothwendigkeit einer allgemeinen Steuerpflicht gesprochen wurde, ertönten gewöhnlich süße Schmeichelworte für den Adel. Man berief sich auf seine Vaterlandsliebe, auf seine bekannte Opferwilligkeit; nicht um seine Stellung zu untergraben, seine Macht zu schwächen, im Gegentheil, um sein Ansehen zu wahren, das Recht, auch fernerhin an der Spitze der Nation zu stehen, aufrecht zu erhalten, wurde von ihm der großmüthige Verzicht auf sein Steuerprivilegium erfleht. Kossuth bat nicht, sondern drohte, sprach nicht von Rechten des Adels, die aufgegeben werden sollten, sondern von Pflichten, die er bis jetzt zu erfüllen versäumt, und stellte es noch als eine Gnade des Volkes dar, daß es nicht strenger mit einem Stande zu Gerichte gehe, welcher gegen die ersten Bedingungen der nationalen Wohlfahrt seit Menschenaltern gefrevelt. „Das bettelhafte Privilegium der Steuerfreiheit kann nicht mehr lange aufrecht erhalten bleiben. Es kann höchstens zweifelhaft sein, ob es in diesem oder im nächsten Jahre aufhört, keineswegs, daß es ohne Erbarmen ausgerottet werden muß. Niemand will die Verdienste der ungarischen Aristokratie verkleinern. Wenn aber so oft die rühmliche Vertheidigung der Unabhängigkeit Ungarns durch den Adel hervorgehoben, und von diesem behauptet wird, ihm allein sei es zuzuschreiben, daß Ungarn war und daß es noch ist und besteht: so möge doch nicht vergessen werden, daß er Freiheit und Unabhängigkeit nicht für das Volk, sondern als Kastenprivilegium für sich erobert und erhalten hat. Und wären die Verdienste des Adels noch unendlich größer, sie würden doch nicht die Schuld aufheben, daß einem unhaltbaren Bettelprivilegium die Blüthe des Landes geopfert werden solle. Das Schicksal steht einer Sibylle gleich mit neun Büchern vor dem ungarischen Adel. Zahlt er jetzt gleich den Preis, so empfängt er das Geheimniß, wie er die Freiheit des Landes aufrechthalten kann, ohne das Vorrecht der Erstgebornen zu verlieren. Zögert er, so werden die drei ersten Bücher und mit ihnen das Geheimniß des politischen Lebens des Adels vom Feuer verzehrt werden, und der Preis der übrigen Bücher noch immer derselbe bleiben. Wenn er dann noch immer zögert, so gehen auch die anderen Bücher und mit ihnen das Geheimniß der constitutionellen Zukunft des Landes verloren. Der Preis aber der letzten Bücher, welche die Bedingungen des materiellen Wohlstandes lehren, bleibt immer derselbe.

Weigert er sich auch dann noch, so gehen auch diese verloren und wir erlangen, wenn er zuletzt doch gezwungen wird, den Preis zu entrichten, nichts dafür als ein großes Grab der Nation."

Stürmischer Beifall begleitete Kossuth's Rede. Es mußte für jeden Unbefangenen als ein wichtiges Zeichen der Zeit gelten, daß ein so leidenschaftlicher Angriff auf den Adel mit allgemeiner Zustimmung beantwortet wurde. Daß Kossuth denselben leitete, bewies vollends die veränderte Strömung der öffentlichen Sympathien. Nimmermehr hätte Kossuth seine oratorischen Waffen gegen den Adel gekehrt, wenn er nicht die Ueberzeugung gehabt, daß er nur auf diese Art die öffentliche Meinung gewinnen könne. Die Conservativen, besonders unter den Magnaten, besaßen leider kein scharfes politisches Gehör. Die Vorschläge der Ständetafel waren immerhin annehmbar. Der Adel sollte die Hälfte der Domesticalsteuern zur Bestreitung der Kosten der Comitatsverwaltung — etwa drei Millionen — übernehmen, zur Landeskasse ungefähr anderthalb Millionen beisteuern. Von einer allgemeinen Umlegung der Kriegssteuer sahen vorläufig die Stände (2. December) ab und beschlossen ferner, daß die Hauptdotation der Landeskasse aus indirecten Steuern fließen solle. Als der Ständebeschluß an die Magnaten zur Berathung gelangte, wurden zwar auch hier tapfere Worte gesprochen. A. Széchen erklärte, die Magnaten würden jetzt wie am letzten Reichstage der Nation ein leuchtendes Vorbild opferwilligen Patriotismus gewähren, Bischof Lonovics verglich den steuerverweigernden Adel mit den Türken, die ihren ganzen Stolz in die Befreiung von der Kopfsteuer setzen, welche der arme Rajah allein entrichten muß. So eifrig aber auch die conservativen Magnaten den Grundsatz allgemeiner Steuerpflicht vertraten, so lässig waren sie in der praktischen Nutzanwendung. Die Stände hatten das Hauptgewicht auf die Domesticalsteuer gelegt, die Magnaten ihrerseits wollten die Landeskasse in den Vordergrund gerückt wissen, wodurch die Gefahr entstand, daß der Streit über den Steuerzweck abermals den Grundsatz der Steuerreform zu Falle bringen werde. L. Teleki nennt ein solches Verfahren ein unwürdiges Maskenspiel. Jetzt, nachdem sich 29 Comitate für die Reform der Domesticalsteuer entschieden hätten, die Landeskasse zu empfehlen, könne keinen andern Sinn haben, als die ganze Sache in die Länge zu ziehen und die Steuerreform auf mittelbarem Wege zu vereiteln. Nur der Vermittlung des Palatinus war es zu danken, daß es zu keinem offenen Kriege zwischen Ständen und Magnaten über diese Frage kam. Er fand (17. Januar 1848) für keine Meinung eine klare Majorität und schlug vor, der Reichstagsdeputation, welche den Gesetzentwurf berathen sollte, keine bindende Instruction zu geben, die definitive Entscheidung später zu treffen.

Auch in der Robotangelegenheit ließen sich die Magnaten nicht rechtzeitig zu solchen Zugeständnissen herab, welche ihnen einen großen

Dank der Bevölkerung und geringe Opfer eigener Vortheile gebracht hätten. Lonyay stellte in der Ständetafel (3. December) den Antrag auf eine Zwangsablösung der bäuerlichen Lasten, um den häufigen Ausflüchten der Grundherrn, einer freiwilligen Ablösung auszuweichen, zu steuern. Dazu wollten sich die conservativen Magnaten nicht verstehen. Sie ertheilten mannigfache Rathschläge über die Modalitäten der Ablösung, empfahlen die Commassation, die Abtretung von Grundstücken als Ablösungscapital, aber weder die „billige" Entschädigung, welche L. Batthyány vorschlug, noch der von den Ständen vertretene Grundsatz des Zwanges fand ihren Beifall. Mit der Einsetzung einer Commission, welche einen „erschöpfenden Vorschlag über die Art, die Mittel und Wege einer allgemeinen Ablösung" auszuarbeiten, und dabei die freiwillige Uebereinkunft als Regel festzuhalten habe, glaubten sie ihr seit dem galizischen Trauerspiel stärker pochendes Gewissen beschwichtigen zu können.

In der Sprachenfrage allein, welche nach den Weihnachtsferien den Reichstag vorzugsweise beschäftigte, offenbarten die Magnaten eine größere Weisheit als die Ständetafel, deren täglich gesteigerte Abhängigkeit von Kossuth gerade hierin sich verhängnißvoll erwies. Kein ungarischer Wortführer vertrat in schrofferer Weise den ausschließenden magyarischen Standpunkt, keiner entwickelte einen so leidenschaftlichen nationalen Fanatismus, wie Kossuth. Persönliche Gereiztheit von seiner journalistischen Laufbahn her, die richtige Würdigung seiner Kraft, welche ihn im nationalen Pathos heimischer machte als in politischen Interessen, und noch manche andere Umstände ließen ihn jede friedliche Ausgleichung des Sprachenstreites zurückweisen und eine Entscheidung durch brutale Gewalt geradezu herausfordern. Die Zögerung des Hofes, die Beschlüsse des letzten kroatischen Landtages zu bestätigen, hatte die illyrischen Patrioten in hohem Grade erzürnt.*) Sie entdeckten, daß in Wien wohl eine Abneigung gegen die magyarische nationale Politik, aber keineswegs eine Sympathie für die südslawische Agitation bestehe und ein positiver Schutz ihrer Bestrebungen von dort nicht zu erwarten sei. Diese Verstimmung blieb im Preßburger Reichstage unbeachtet, der feindselige Ton gegen Kroatien nach wie vor herrschend. Kossuth war schwach genug, in das ewige Gezänke zwischen dem Turopoljer Grafen und den kroatischen Ablegaten als Secundant des ersteren sich zu mischen, kurzsichtig genug, an die Wirksamkeit obrigkeitlicher Befehle in nationalen Dingen zu glauben. Ungeachtet wiederholter Verwahrungen der slawonischen und kroatischen Ablegaten, beschloß die Ständetafel, in Slavonien nach Verlauf von sechs Jahren nur die magyarische Sprache als Unterrichts- und Amtssprache

*) Die Agramer Generalcongregation vom 18. October 1847 schlug nicht mehr den loyalen Ton an, welcher frühere Versammlungen auszeichnete. Die Mehrzahl der auf derselben gefaßten Beschlüsse waren eigentlich Beschwerden gegen die unthätige Regierung.

zu dulden, in Kroatien die Fortdauer der lateinischen diplomatischen Sprache zu erzwingen. Nur in Fiume sollte zu Gunsten der italienischen Sprache eine Ausnahme gestattet sein. Gegen diese Bestimmungen traten in der Magnatentafel nicht allein Haulik und Busan, bekannte Eiferer für die kroatischen Sonderrechte, sondern auch der Führer der liberalen Opposition L. Batthyány auf. Er erörterte nicht, ob Fiume zu Kroatien oder zu Ungarn gehöre, ob Ungarn oder Kroatien einen gerechteren Anspruch auf die drei slawonischen Comitate besitze. Der gesunde Menschenverstand entschied für ihn die Sache. Ein Volk gegen seinen Willen zum Gebrauche einer todten Sprache zwingen zu wollen, erklärte Batthyány für eine unerhörte Tyrannei; Gewaltthätigkeit gegen eine bestehende Nationalität, warnte ein anderer Redner, wird niemals andere Früchte tragen, als die der Entfremdung und des Hasses gegen den Unterdrücker.*)

Die bisher geschilderten Verhandlungen des Reichstages hatten die Regierung und die Opposition noch nicht unmittelbar einander im Kampfe gegenübergestellt. Man merkte zwar aus jeder Rede eines Liberalen den gründlichen Haß gegen Apponyi, aus dem vorsichtigen Auftreten der Conservativen die große Spannung der Gemüther; der Ueberblick der Thätigkeit der Stände weckte die Furcht, der gegenwärtige Reichstag werde sich nicht wesentlich von dem letzten unterscheiden, nur die Zersetzung der Gewalten, den Verfall der Verfassung weiter entwickeln: eine plötzliche Krisis schien noch fern zu liegen. Für den Eintritt auch einer solchen Verwickelung, welche nur durch Gewalt gelöst werden kann, zu sorgen, zeigte sich Kossuth bereit. Seit den ersten Januartagen berieth eine Commission über die in der Adresse nur flüchtig angedeuteten Beschwerden und die rechten Mittel zur Abhilfe. Den Bericht derselben hatte Kossuth verfaßt. Während der Arbeit versetzte ihn jedoch seine Phantasie bereits in einen Staatsgerichtshof, wo er als Ankläger stand, die Regierung ihm gegenüber auf dem Armensünderbänkchen saß. Wer die Schrift — insbesondere die Abschnitte über das Administratorensystem — las, war überzeugt, daß die Regierung nicht einmal ihren Vortrag im Reichstage dulden und daß sie vollends die Zustimmung des letzteren zu dem Anklageact mit der Auflösung der Ständeversammlung beantworten werde. An eine Auflösung des Reichstages dachte man in der That im Januar in Wien, diplomatische Correspondenzen gingen noch weiter und stellten einen Staatsstreich in Aussicht, entdeckten wenigstens keinen anderen Weg der Rettung aus der Revolution als den energischen Gebrauch von Gewaltmaßregeln, es sei denn, daß man auf beiden Seiten sich zu kleinen Zugeständnissen herab-

*) Charakteristisch war das Votum des Bischofs Lonovics. Er hielt der „süßen Muttersprache" eine warme Lobrede, pries ihre Kraft, da nichts zum Herzen des Volkes bringe, was nicht in ihren Tönen an sein Ohr klinge, verbat sich aber das Eindringen der Muttersprache in die kirchlichen Angelegenheiten und warnte vor Zugeständnissen an Kroatien, da sonst der bildungslose Bundschuhadel das Uebergewicht erlangen könnte.

lasse, welche den Streit vertagten. Dafür war freilich nicht Kossuth zu gewinnen; desto dringender baten einzelne Conservative, deren Programm durch einen offenen Verfassungsbruch gelitten hätte, und riethen gemäßigte Liberale, zu diesem letzten Auskunftsmittel zu greifen. Die Besorgniß, durch bloßes Zuwarten irgend eine gewaltsame Katastrophe zu beschleunigen, weckte die Thatkraft beider Parteien. Ein reger Verkehr entwickelte sich zwischen Wien und Preßburg, zahlreiche Privatconferenzen fanden statt. Ihre Frucht war ein königliches Rescript, welches am 1. Februar zu großer Ueberraschung der Nichteingeweihten, zu welchen auch Kossuth zählte, dem Reichstag mitgetheilt wurde.

Der König zeigte in demselben sein Staunen über die Aufregung, welche das Administratorensystem im Lande und selbst im Schooße des Reichstages hervorgerufen habe, sein Befremden darüber, daß die Furcht auftauchen konnte, es drohe der Verfassung Gefahr, es gehe die Regierung mit dem Plane um, den Fundamentalartikel des Landes: Hungaria est regnum liberum, nulli alteri regno obnoxium (art. 10, 1791) hinterlistig zu entkräften. Als der Kaiser Administratoren an die Stelle der Obergespane setzte, hat er nur die gebieterischen Umstände der Zeit berücksichtigt, und nur von einem ihm zustehenden Rechte Gebrauch gemacht. Er werde nicht allein, sobald es die Verhältnisse gestatteten, die Würde der Obergespane wieder überall herstellen, sondern verpfände auch sein königliches Wort, daß er die beschworene Constitution schützen und erhalten wolle. — Wie sollte sich die Opposition diesem Zugeständnisse gegenüber verhalten? Kossuth, Szent Ivanyi u. A. meinten, man solle dem König für seine guten Absichten danken, da aber keine thatsächliche Abhilfe erfolgt sei, an die Berathung des Commissionsoperates schreiten. Die offene Herausforderung, die in diesem Vorschlage lag, bewirkte, daß ein Theil der Opposition sich lieber dem Antrage der Conservativen auf eine einfache Dankadresse anschloß, und die ursprüngliche Absicht, mit dem Ausdrucke des Dankes die Forderung zu verknüpfen, noch in dieser Session die Administratoren zu entfernen, fallen ließ. Kossuth erlitt die erste parlamentarische Niederlage. Die Gegner hatten freilich nur mit einer einzigen — überdies kroatischen — Stimme gesiegt, die Regierung den Sturm nur dadurch beschwichtigt, daß sie ein förmliches Sündenbekenntniß abgelegt. Alle Vorstellungen aber, daß die liberale Sache nicht verrathen und verkauft sei, vielmehr als Macht mit der Regierung verhandelt, und den Grund zu weitern Fortschritten gelegt habe, übten auf Kossuth keinen Eindruck. Mehr als die Niederlage erbitterte ihn die Kenntniß geheimer Unterhandlungen, zu welchen er nicht zugezogen wurde. Er erklärte, „von nun an gebe es keinen Frieden mehr auf dem Reichstage, es solle ein Kampf und zwar ein Kampf bis zum letzten Athemzuge herrschen." Nach mehrtägiger Debatte erst wurde Kossuth einigermaßen ruhiger und fügte sich (11. Februar) einem neuen Antrag, welcher auf beschleunigte

Abhilfe drang, das Rescript vom 1. Februar nicht einfach dankend annahm, nicht grob zurückwies, sondern mehr umging und in den Hintergrund schob.

Die Stände bekamen wieder Muße, auf ihre regelmäßigen Geschäfte zurückzukommen. An der Tagesordnung stand ein Gesetzentwurf über das Heimatsrecht und über die Reform der Städteordnung. Die Aufmerksamkeit der Abgeordneten minderte sich mit jedem Tage. Fragen, die sonst die Leidenschaften erregt hätten, ob deutsche Einwanderer zuzulassen seien, ob nicht von jedem naturalisirten Ungar, auch von jeder fremden Frau, die sich in Ungarn ansiedle, die Kenntniß der magyarischen Sprache gefordert werden müsse, ob adeliche Staatsbewohner auch in privatrechtlicher Beziehung der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterworfen seien, wurden gleichgiltig behandelt, die letzten Capitel der Städteordnung flüchtig berathen und mit außerordentlicher Hast zu Ende geführt. Aller Augen waren auf die Ereignisse in Frankreich, auf den täglich näher rückenden revolutionairen Sturm gerichtet. Am 1. März 1848 erhob sich Kossuth und sagte: „Es giebt Augenblicke, wo die Gesetzgebung nicht nur Reformen fordern, sondern auch Gefahren beseitigen müsse.“ Mit diesen Worten verabschiedete der große Agitator gleichsam den alten Reichstag. Die nächste Sitzung fand ihn bereits auf dem Boden der Revolution.

3. Die Märztage 1848.

Seit dem galizischen Aufstande wollte die gerühmte Ruhe und der beneidete Frieden nicht wieder in Oesterreich einkehren, schien es mit dem idyllischen Zustande, dessen Reize regierungsfreundliche Stimmen so hoch priesen und als unvergänglich behaupteten, für immer vorbei zu sein. Schon lange herrschte in weiten Kreisen die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der bestehenden Staatsform; man sah aber diesem Ende wie einem noch fernen Naturereignisse entgegen, und ließ sich daher im Genusse dessen, was die Gegenwart darbot, nicht stören. In der letzten Zeit jedoch mehrten sich die Anzeichen der nahenden Katastrophe, und steigerte sich die Vermuthung, daß noch das gegenwärtige Geschlecht den Sturz des Systems erleben werde. Die große Gefahr, die in dem plötzlichen unvorbereiteten Eintritte neuer politischer Verhältnisse liegt, durch Selbstthätigkeit zu beseitigen, lag freilich der Regierung wie den Bewohnern der Erbländer gleichmäßig fern. Es blieb nur die unbehagliche Stimmung, das Mißtrauen gegen die nächste Zukunft, die Unlust, für das Bestehende mit voller Kraft einzustehen, es ernstlich zu vertheidigen.

Gar manche seit Menschenaltern feststehende Glaubenssätze hatten sich in den letzten Jahren als thörichte Vorurtheile erwiesen. Im Angesichte der Ereignisse in Galizien konnte man nicht mehr behaupten, daß der Same der Empörung in dem zufriedenen Kaiserstaate auf unfruchtbaren Boden falle, die Verschwörung der beiden unglücklichen Brüder Attilio und Emilio Bandiera erregte begründete Zweifel an der unbedingten Treue in militairischen Kreisen, die böhmischen Arbeiterunruhen straften Diejenigen Lüge, welche die Abgeschlossenheit Oesterreichs gegen die socialen Bewegungen versicherten. Allen Contumazanstalten und Absperrungsbefehlen zum Trotze hatten sich die politischen Krankheitsstoffe

des westlichen Europa nach Oesterreich verpflanzt, leider aber auch das eigenthümliche Erbübel des Kaiserstaates, die Finanznoth nicht abgenommen. Durch die freundschaftliche Verbindung mit leitenden Wechselhäusern, die eifrige Pflege der Börseninteressen, durch einzelne mit großem Wortprunke angekündigte Maßregeln, welche den Schein großer Liberalität und kluger Voraussicht auf die Finanzverwaltung warfen, suchte die Regierung den wirklichen Zustand der Geldwirthschaft noch länger zu verschleiern. Sie selbst täuschte sich aber nicht. Auch bei geringen Mehrforderungen z. B. für das Heer gerieth sie in Verlegenheit über ihre Deckung und unerwartete große Auslagen weckten in ihr die Furcht eines Staatsbankerottes. Die Welt erfuhr natürlich nichts von dem steten Widerstreite zwischen der Hofkammer und den anderen Administrationszweigen, sie empfing überhaupt keine Kunde von den Finanzverhältnissen, da selbst Beamtenkreisen die Ziffern des Budgets verheimlicht wurden, die den Behörden mitgetheilten statistischen Tabellen nichts auf den Staatscredit Bezügliches enthalten durften. Die Unkenntniß der wirklichen Lage steigerte nur die Geneigtheit zur Schwarzseherei im Volke. Die wenigen Thatsachen, welche das ängstlich gewahrte Dunkel zerrissen, waren nicht geeignet, die herrschenden Vorstellungen von der verhängnißvollen Finanznoth als Uebertreibungen darzustellen. Am Beginn des Jahres 1847 war abermals eine Anleihe nothwendig geworden, welche im Betrage von 80 Millionen mit vier Wiener Wechselhäusern abgeschlossen wurde. Im Laufe desselben Jahres (29. September) wurden die Operationen der Creditkasse zum Einkaufe von Eisenbahnactien zu bestimmten Coursen eingestellt, bei deren Stiftung (18. November 1846) man nicht genug Rühmliches von der Genialität der Finanzleitung hatte sagen können. Niemand wollte glauben, die Anleihe sei für productive Zwecke abgeschlossen, oder die Creditkasse aufgehoben, weil sie ihre Bestimmung bereits erfüllt habe. Die öffentliche Meinung beharrte dabei, daß nur bittere Noth hier und dort die Triebfeder bilde. Sie weissagte für die nächste Zukunft noch ärgere Leiden. Die Mißernte 1846 hatte eine allgemeine Theuerung, in einzelnen Provinzen eine förmliche Hungersnoth erzeugt. Den Einnahmequellen des Staates drohte dadurch eine bedenkliche Einbuße, der Productionskraft des Volkes eine längere Schwächung. Die Einnahmen im Jahre 1847 sanken, die Ausgaben mehrten sich. Der galizische Aufstand war zwar nach wenigen Tagen gedämpft worden, desto länger dauerte der Nachhall der revolutionairen Bewegung. Die improvisirte Bauernregierung erschien nachgerade den Behörden bedenklich. Sie unterschied sich nur durch den Namen von vollständiger Anarchie, sie lockerte die Gewohnheit des Gehorsams und machte mit jedem Tage größere Ansprüche an die Dankbarkeit des Kaisers. Auch jene Beamte, welche in den Tagen des Aufruhrs willig mit den Bauernbanden gingen, begannen sich später der aufgedrungenen Kameradschaft mit dem Bauern=

könige Szela zu schämen. Unerträglich war der gegenwärtige Zustand, unmöglich die Rückkehr zu dem früheren Verwaltungssysteme. Ließ sich auch nicht augenblicklich eine gründliche Reform der Administration durchführen, wie sie der neue Gouverneur Graf Franz Stadion im Sinne hatte, so mußten doch die Schranken der äußeren gesetzlichen Ordnung wieder aufgerichtet oder, was dasselbe hieß, unmittelbare Vertreter und Organe der kaiserlichen Regierung bis in die niedrigsten Kreise herab eingesetzt werden. Die massenhafte Vermehrung der Beamten in Galizien übte auf das Budget des Jahres 1847 einen fühlbaren Einfluß und bewirkte in Verbindung mit andern Ursachen und namentlich mit den fortgesetzten Rüstungen das plötzliche Steigen des gewohnheitsmäßigen Defizit um nahezu dreißig Millionen.

Durch die häufigen Truppenmärsche und die ansehnliche, wenn auch nicht ausreichende Verstärkung der Armee wurde die allgemeine Aufmerksamkeit auf die äußeren politischen Verwickelungen gelenkt und die Ahnung naher wichtiger Ereignisse auch in solchen Kreisen heimisch, in welchen nicht der Wunsch baldiger Erlösung von dem herrschenden Drucke das Auge für alle politischen Vorgänge schärfte. Was man nicht von der Kraft des eigenen Volkes erwartete, das, hoffte man, werde ein günstiger Zufall bei längerer Dauer internationaler Wirren herbeiführen. Niemand dachte an die Interessen des Staates, die möglicher Weise durch eine Niederlage der Regierung leiden konnten, Jedermann war erfüllt von der Sehnsucht, das Regierungssystem gestürzt zu wissen, und trug daher den Feinden Oesterreichs die besten Wünsche entgegen.

Die italienischen Verhältnisse, die Parteikämpfe in der Schweiz, das Drängen nach nationaler Einheit und politischer Freiheit in Deutschland beschäftigten seit 1846 Metternichs Staatskunst, und drohten eine gefährliche Rückwirkung auf Oesterreich auszuüben. Die Stellung des Wiener Cabinets zu den Bewegungen in allen diesen Ländern blieb jetzt wie früher eine feindselige, ihr Bekämpfen und Niedertreten sein einziges Ziel. Der Standpunkt war verdammenswerth. Hatte man sich aber einmal darüber hinweggesetzt, so verdiente die Beharrlichkeit, mit welcher man an der übernommenen Rolle eines Wächters der conservativen Interessen festhielt, immerhin Anerkennung, einen desto entschiedenern Tadel dann freilich der beschränkte Trotz des Wiener Cabinets, mit den alten, schon früher unzulänglichen Mitteln auch den neuen größeren Kampf bestehen zu wollen. Gerade die Gesinnungsgenossen, die Freunde der österreichischen Macht, deren es außerhalb des Kaiserstaates noch viele gab, hatten alle Ursache über die schwachsinnige Verblendung der Wiener Regierung zu klagen, welche die beste Sache nothwendig nur verderben mußte. Die Thätigkeit während der Restaurationsperiode hatte den ganzen Gedankenvorrath sowie die Willenskraft des Staatskanzlers verbraucht. Weil er in jenen Jahren seinen Ruhm begründet und mannichfache Erfolge errungen,

so hielt er die damals eingeschlagenen Wege auch jetzt noch für unfehlbar und wollte von einer Wandlung nicht der Ziele, sondern der Mittel in der Politik nichts wissen. Polizeiliche Ueberwachung der Völker, diplomatische Aushorchung der Cabinete schienen ihm die wichtigsten Aufgaben der Regierung, das Mitwissen aller wirklichen oder auch nur vermeintlichen Geheimnisse die sicherste Stütze seines politischen Systems. Rathlos stand er da, als es keine Geheimnisse mehr zu erforschen gab, als das dunkle Parteileben in eine offne nationale Bewegung überging, und Alles, was die Völker forderten, was die Fürsten nicht verweigern durften, in der entlegensten Hütte, aus dem Munde eines jeden Knaben erfahren werden konnte. Am frühesten und bittersten strafte sich die Starrheit der Wiener Anschauungen in Italien.

Verschwörungen hatten vor einem Menschenalter die Ruhe Italiens gestört, geheime Gesellschaften die politische Agitation unterhalten. Selbstverständlich galten sie in Wien auch als die Leiter der Bewegung, welche die Revolution des Jahres 1848 vorbereitete. So glaubte man in der Wiener Staatskanzlei, so berichteten die Gesandten Metternich's, die Agenten Sedlnitzky's aus Italien. Auf welche andere Art hätten auch die letzteren die fortdauernde Aufregung erklären sollen, da ihre wahren Wurzeln, die falschen Regierungsgrundsätze der österreichischen Staatsmänner, die überaus ungeschickte Behandlung des italienischen Nationalcharakters, der sittliche Druck, unter welchem besonders die gebildeteren Klassen litten, nimmermehr eingestanden werden durften. Die Organe der Regierung konnten doch nicht ihre eigene Entbehrlichkeit versichern und jener ein kategorisches: Hebe dich hinweg! zurufen. Sie schrieben nach Wien nur was man daselbst zu hören wünschte und nährten die Täuschung des Fürsten Metternich. Ritter Menz, sein Geschäftsträger in Mailand, unterhielt ihn 1844 über die wiederholten Versuche Mazzini's, bald hier bald dort einen Aufstand zu erregen, er empfahl jene der dauernden Aufmerksamkeit der Regierung, schilderte aber gleichzeitig ihre Unfruchtbarkeit und beruhigte den Staatskanzler über den herrschenden Geist im Volk und in den einzelnen italienischen Heeren. Und noch zwei Jahre später weckte zwar die Möglichkeit einer Verbrüderung der italienischen Revolutionaire mit den Radicalen im Canton Tessin leise Bedenken in ihm, er beharrte aber dennoch bei seiner Meinung, daß nur die leitenden Revolutionscomite's im Auslande, die Reste der alten Verschwörer in Italien die Gährung im Lande schürten. Vollends eintönig sind die Berichte der Polizeibehörden. Sie können ihre Blicke von Malta und Marseille nicht wegwenden, horchen unaufhörlich an der Wand revolutionairer Clubs in London und Genf und verzeichnen Alles, was vorkommt unter den Titeln: Wühlereien der Demagogen, Umtriebe der Republikaner. Zu den letzteren rechneten sie z. B. Gioberti's Schriften, demagogisch erschien ihnen Azeglio's Wirken, Petiti's Eifer für den Eisen-

bahnbau in Italien. Die ganze Welt merkte den Umschwung, der bald nach dem Jahre 1840 in den Anschauungen des italienischen Volkes vor sich ging, die sittliche Einkehr, den Ernst des letzteren, die Mahnung zu erfüllen, daß die Auferstehung der Nation bedingt sei von der Wiederbelebung männlicher Tugend in jedem einzelnen Individuum, das erfolgreiche Bekämpfen des Hanges, die französische Frivolität nachzuahmen oder wohl gar zu übertreffen. Alle aufmerksamen Beobachter waren einig in der Erkenntniß des großen politischen Fortschrittes, der sich seit 1845 siegreich die Bahn brach. An die Stelle geheimnißvoller Verschwörungen traten offene Volksdemonstrationen, praktische Ziele und ehrliche Mittel verdrängten die phantastischen Träume und verbrecherischen Handlungen, welche früher den italienischen Liberalismus in den Augen der ehrbaren Leute verdammt hatten. In Wien allein blieb man für diese Veränderungen blind, und als man das „irregeführte“ Volk aufgab, meinte man noch immer, auf die italienischen Regierungen rechnen zu können, auch nachdem dieselben aus Sorge für ihr eigenes Dasein den Kampf gegen die nationale Bewegung eingestellt hatten. Einzelne waren im Herzen der österreichischen Politik zugethan, wagten aber nicht der immer mächtigeren Zeitströmung Widerstand zu leisten, andere, schon lange auf Abfall sinnend, wurden durch die unzeitige Schroffheit des Wiener Cabinets beinahe gewaltsam in die Arme der Gegner getrieben. So namentlich Sardinien.

Ein richtiger Instinct belehrte die österreichischen Staatsmänner über die Ohnmacht der revolutionairen Umtriebe Mazzini's und zeigte ihnen die wirkliche Gefahr in dem unbefriedigten Ehrgeize Sardiniens, welches zu groß, durch Lage und geschichtliche Erinnerungen viel zu bedeutsam war, um sich mit der Rolle eines österreichischen Satelliten begnügen, und doch nicht hinreichende Machtmittel besaß, um die politische Leitung der Nation übernehmen zu können. Träge Geistesschwäche verhinderte aber die Wiener Minister, die Eingebungen des Instinctes zu verwerthen. Weil von dem dumpfen Treiben der italienischen Geheimbündler keine Gefahr drohte, lebten sie sich eigensinnig in den Glauben hinein, daß nur diese die Ruhe des Landes störten, Sardinien gegenüber aber schlugen sie ein barsches, übermüthiges Verfahren ein, um die Bedeutungslosigkeit dieses Staates darzulegen, als ob er dadurch auch thatsächlich zur nichtssagenden Unterordnung herabsinke. Sie vergaßen, daß Alles, was die österreichische Regierung haßte, von dem italienischen Volke geliebt wurde, und glaubten nicht an die Thatkraft des Sardenkönigs, nicht an die Möglichkeit einer Vereinigung aller Parteien unter sardinischer Führung. Dieselbe wäre auch gewiß nicht so rasch erfolgt, wenn nicht die österreichische Regierung, freilich gegen ihren Willen, die Schwierigkeiten geebnet hätte. Der Gegenstand ihres Angriffes waren der Handel, die materiellen Interessen Sardiniens, deren Vertheidigung alle herrschenden

Parteiunterschiede verwischte und Karl Albert den erwünschten Anlaß gab, als der Vertreter nationaler Anschauungen zu glänzen. In der Zeit des Eisenbahnenthusiasmus, als man noch keinen Maßstab für den Einfluß der Schienenwege auf politische und sociale Verhältnisse besaß und denselben daher leicht übertrieb, entwarfen sowohl österreichische wie italienische Ingenieure Pläne von Bahnlinien und Netzen. Daß darin keine Uebereinstimmung herrschen werde, konnte man leicht voraussehen. Die Einen wollten den orientalischen Welthandel nach Italien zurücklenken, die Anderen wenigstens theilweise ihn an österreichisches Gebiet bannen, jenen lag die Wiedergeburt Genua's, diesen die Blüthe von Triest am Herzen. Der in Wien projectirten Eisenbahnlinie, welche Italien östlich durchstrich und dann im österreichischen Alpenstocke den Uebergang nach dem Norden suchte, stellten sardinische Patrioten eine andere entgegen, welche die Verbindung zwischen Italien und dem Rheinthale mit Umgehung des österreichischen Gebietes vollziehen sollte. Gewiß war die österreichische Staatsverwaltung in ihrem Rechte, wenn sie aus den neuen Communicationsmitteln die größten Vortheile zu schöpfen sich bemühte, kein schlechteres Recht vertraten aber die Gegner, welche überdies den österreichischen Plänen die gehässige Absicht, den Kaiserstaat auf Italiens Kosten zu bereichern, vorwerfen und für die eigenen das Verdienst in Anspruch nehmen durften, daß sie ehrlich, wie es vom deutschen Zollverein gerühmt wurde, die nationale Einheit vorbereiteten, den so schmerzlich vermißten Gemeinsinn im italienischen Volksgeiste entwickelten.*) Der Kampf über die Richtung der italienischen Eisenbahnen — von keinen praktischen Folgen begleitet, so lange kein Alpenübergang verwirklicht war, der Papst vom römischen Gebiete diese Erfindung, wie alle anderen Neuerungen, starrsinnig fernhielt und die einzelnen Linien unverbunden blieben, — wurde 1846 durch einen andern Streit in den Hintergrund gedrängt, der allerdings nur einen geringfügigen Gegenstand betraf, eine desto größere Wichtigkeit aber dadurch erhielt, daß die Wiener und Turiner Regierung unmittelbar gegeneinander in das Feld rückten.

Es handelte sich um die Giltigkeit eines Vertrages, der 1751 zwischen Sardinien und Oesterreich geschlossen, seit 1814 thatsächlich außer Kraft gesetzt war und jetzt auch rechtlich von dem ersteren Staate angefochten wurde. Nach dem Inhalte des Vertrages verzichtete Sardinien auf den Betrieb der Salzsiederei zu Canobbio, aus welcher die italienische Schweiz ihren Bedarf kaufte, wie auf den Salzhandel mit der Schweiz überhaupt zu Gunsten österreichischer Salzwerke und erhielt dafür den freien Transit des Salzes, welches es aus venetianischem Gebiet bezog, durch die österreichische Lombardei bewilligt. Diese Convention galt in Sardinien durch

*) Cavour hat diesen Gesichtspunkt in einer Abhandlung über die italienischen Eisenbahnen (Revue nouvelle t. VIII. 1846) am schärfsten betont.

die allgemeinen Verträge von 1815 für aufgehoben, und auch davon abgesehen, durch den Wegfall der bedingenden Thatsachen erloschen, sie konnte daher auch nicht mehr als ein Hinderniß gelten, dem Canton Tessin den freien Durchgang des in Genua gekauften Salzes zu gestatten. Die Wiener Hofkammer und das lombardische Gubernium, durch den vorausgegangenen Eisenbahnstreit erbittert, und durch die von Triest ausgehende Agitation für die Monopolisirung der „Overlandmail" aufgestachelt, sahen aber in der zwischen Sardinien und Tessin geschlossenen Uebereinkunft einen förmlichen Vertragsbruch und griffen, als Sardinien jene nicht rückgängig machen wollte, zu Repressalien. Sie folgten darin einer seit Menschenaltern feststehenden politischen Tradition: den Verkehr zwischen Sardinien und der Schweiz, die Annäherung beider Länder um jeden Preis zu hemmen, und wiederholten nur die Handlungsweise, welche im Jahre 1818 gegenüber dem Plane der Bernhardinerstraße*) vom Wiener Cabinete eingeschlagen worden war. Soweit jedoch siegte der Aerger über die immer wiederkehrende Unbotmäßigkeit Sardiniens und die blinde Leidenschaft, daß nicht wie früher der Schweizer Canton durch das Angebot größerer Vortheile vom sardinischen Bündniß abgelenkt, sondern der italienische Staat mit feindseligen Gegenmaßregeln schroff bedroht wurde. Nur eine gänzliche Unkenntniß der herrschenden Stimmungen und Zustände, über welche freilich aus Mailand fortdauernd falsche Berichte einliefen, konnte das Wiener Cabinet zu dieser so wenig zeitgemäßen Kraftentwicklung verleiten. Nicht minder einfältig war die Wahl der Repressalien. Um sich an Sardinien zu rächen, strafte Oesterreich die eigenen italienischen Unterthanen. Ein Hofkammerdecret (publicirt am 20. April 1846) erhöhte den Eingangszoll auf piemontesische Weine von 9 auf 21 Lire für einen Hektoliter. Dadurch vertheuerte es den an piemontesische Weine vorzugsweise gewiesenen Lombarden den Bezug derselben und schädigte auch eine große Zahl lombardischer Grundbesitzer, welche jenseits des Ticino Weinberge besaßen. Nachdem der politische Fehler begangen war, suchte die österreichische Regierung einzulenken. Sie willigte in die Anrufung eines unparteiischen Schiedsrichters zur Schlichtung des Streites, sie konnte es aber nicht mehr vermeiden, daß Karl Albert als der Vertreter nationaler Interessen, als das Opfer österreichischer Gewaltthätigkeit angesehen wurde, daß sich diesem die Theilnahme Italiens zuneigte, und sein Muth auch alte Gegner entwaffnete, während der Haß gegen die österreichische Fremdherrschaft sich immer tiefer in die Brust jedes Patrioten eingrub.

*) Vergl. Bd. I. S. 285. Die Acten über den Handelsstreit zwischen Sardinien und Oesterreich sind gesammelt in der Raccolta di atti officiali intorno alle presenti vertenze fra l'Austria ed il Piemonte. Losanna 1846. So auch Gualterio, gli ultimi rivolgimenti italiani III. p. 242.

Die Autorität des Wiener Cabinets über den Willen des Königs von Sardinien sank in demselben Augenblicke, wo auch in Mittelitalien sein Einfluß gebrochen wurde. Am 1. Juni 1846 starb nach einer sechzehnjährigen schlechten Regierung Papst Gregor XVI., mit ihm starb auch die österreichische Macht in Rom. Sie war bereits im letzten Regierungsjahre Gregors in Schwanken gerathen und stürzte nun vollends zusammen. Ob der österreichische Staatskanzler durch eine größere Thatkraft, durch Klugheit und Geistesgegenwart die folgenden Ereignisse in Italien hätte abwenden können, muß bezweifelt werden. Die auf das Aeußerste gespannten Verhältnisse ließen sich nur gewaltsam lösen, die Last unerträglicher Zustände nur noch auf mechanischem Wege beseitigen. Dafür aber trifft die österreichische Regierung gerechter Tadel, daß sie sich der richtigen Einsicht in die Lage der Dinge eigensinnig verschloß, auch die greifbarsten Veränderungen in der Stimmung nicht sehen wollte, und als sie ihre Herrschaft über die päpstliche Curie nicht mehr mit der alten Bequemlichkeit ausüben konnte, in eine wahrhaft erbärmliche Hilflosigkeit verfiel. Aehnlich wie sie in Oberitalien nur Zuckungen des Mazzinismus gewahrte, fand sie in Rom nur französische Intriguen. Der Eintritt des Grafen Rossi in das diplomatische Corps raubte ihr die Fähigkeit ruhiger Ueberlegung und lähmte vollständig ihre Willenskraft.

Der gute Graf Lützow, der nach seiner wenig glänzenden Wirksamkeit als Internuntius in Constantinopel nicht in einem Hofamt untergebracht, sondern zum Botschafter in Rom ernannt wurde, konnte sich nimmermehr in die Nothwendigkeit, mit einem ehemaligen Rebellen amtlich zu verkehren, fügen. Er traute Rossi die schlimmsten Pläne zu, mühte sich vergeblich mit der Ergründung dieser verschlossenen Natur ab und holte sich den besten Trost in den Unterhaltungen mit Männern einer Partei, die aus Gründen der Selbsterhaltung die Fortdauer der österreichischen Herrschaft wünschte, und diese Wünsche in die Versicherung, daß die österreichische Macht unantastbar sei, einkleidete. Wer sich dem Botschafter oder dem Botschaftspersonale überhaupt nahte, mußte die lauten Klagen und Verwünschungen über den intriguirenden französischen Gesandten anhören, wer sich als Freund Oesterreichs offenbaren wollte, mußte die Ueberzeugung aussprechen, daß ohne den „fatalen" Grafen Rossi die römischen Zustände in der besten Ordnung wären. Mit ähnlichen elegischen Schilderungen füllte der Botschafter auch seine Berichte an den Staatskanzler. Daß der Widerwillen gegen Oesterreich auch in das Cardinalscollegium eingedrungen war und die Mehrheit desselben in der geringeren Abhängigkeit von österreichischen Einflüssen die Rettung der päpstlichen Herrschaft zu finden hoffte, ahnte er so wenig als die unwiderstehliche Gewalt der von Gioberti bekehrten öffentlichen Meinung. Die Lehre von einem einheitlichen Italien unter päpstlichem Primate fand

auch in solchen Kreisen begeisterten Anhang, welche sonst für politische Neuerungen nur eine geringe Empfänglichkeit zeigten, wo sie nicht überzeugte, schmeichelte sie doch und weckte den Glauben, daß sich die nationalen Forderungen ohne einen schroffen Bruch mit der Vergangenheit erfüllen ließen.

Rathlos standen die Bewohner des venetianischen Palastes bei der Nachricht vom Tode des Papstes; ihre Rathlosigkeit übertrugen sie im Geiste auch auf das Conclave und versäumten, die Wünsche und Entschließungen des Wiener Cabinets rechtzeitig einzuholen. Ehe der Gesandte und der Minister zur klaren Besinnung kamen, war der neue Papst bereits gewählt. Selbstverständlich trug nur die Hinterlist des Grafen Rossi an der unerhörten Hast der Cardinäle und an dem Ausgange der Wahl die Schuld. Der Wahn wurde durch die Geschäftigkeit des französischen Gesandten und die auffallend freundliche Aufnahme, die er bei Pius IX. fand, nicht wenig gestärkt. Man hätte glauben sollen, die Furcht, den österreichischen Einfluß am römischen Hofe durch den französischen ersetzt zu sehen, würde das Wiener Cabinet zu großer Energie aufstacheln. Diese Erwartungen grob täuschend zog es sich vielmehr in den Schmollwinkel zurück, murrte über jeden neuen Schritt des Papstes, welcher den Beifall der Liberalen gewann, fand die Amnestie nur im Interesse der Mazzinisten, die Einsetzung der Consulta nicht des gewaltigen Aufhebens werth, da ja Oesterreich selbst 1831 umfassende Reformen angerathen hätte. In dieser unverständigen Stimmung, die nur die Gegner reizte und die Isolirung Oesterreichs zur Folge hatte, beharrten die Wiener Staatsmänner die ersten Monate des neuen Pontificates. Auf die Dauer ließ sich aber die Rolle des Frondeur nicht festhalten. Sie paßte nicht zur Natur des im Privatleben überaus gutmüthigen, im Herzen harmlosen Botschafters, sie entsprach auch nicht den Traditionen der österreichischen Politik in Italien. Oesterreich muß in Italien herrschen oder auf den ruhigen Besitz seiner italienischen Besitzungen verzichten. Ein drittes Mittleres giebt es nicht. In früheren Zeiten hätte vielleicht der Staatskanzler die päpstlichen Reformen mit günstigerem Auge betrachtet. Sein Organ prunkte gern mit der Behauptung, daß die Lombardei bereits alle politischen Einrichtungen besitze und alle Freiheiten genieße, welche in den übrigen italienischen Staaten leidenschaftlich angestrebt würden. Seitdem aber die nationale Partei die Zugeständnisse des Papstes in ihrem Interesse ausgebeutet, Pius IX. mit Erfolg als ihren Verbündeten ausgegeben hatte, seitdem der Ruf „Viva Pio nono" gleichbedeutend erschien mit dem anderen „abasso l'Austria", konnte die österreichische Regierung nur mit Hilfe der Reaction siegen. Sie rechnete nicht falsch, wenn sie im Sommer 1847 den Papst bereits von seinem Reformfieber geheilt glaubte und ihm den geheimen Wunsch, von den zudringlichen liberalen Freunden befreit zu werden, zuschrieb.

In seiner Umgebung wenigstens begann man die Gefahren der engen Verbindung mit der nationalen Partei für die conservativen kirchlichen Interessen richtig zu würdigen. Darin aber irrte sie, daß sie das Bewußtsein dieser Gefahren im Papste jetzt bereits stärker achtete, als die Furcht, durch den Anschluß an die alte Schutzmacht die so rasch gewonnene glänzende Popularität zu verlieren. Noch wagte derselbe nicht, der öffentlichen Meinung offen zu trotzen, noch hielt er den Zorn des Wiener Cabinets weniger unheilbringend als die Rache von Millionen in ihren Hoffnungen betrogener Patrioten. Dieser Irrthum bedrohte im Sommer 1847 die österreichische Regierung mit schwerem Unheile. Sie widersprach nicht, als die Feinde der nationalen Bewegung, die Gregorianer und Sanfedisten, die nahende Intervention der österreichischen Truppen prahlerisch verkündigten, sie brach die Beziehungen zu der reactionären Partei in Rom nicht ab, sie mißbilligte nicht, daß sich ultramontane Künstler, Jesuiten, entlassene Polizeispione und anderes Jammervolk als ihre Vertrauensmänner ausgaben. Natürlich wurde sie für die verunglückte Juliverschwörung verantwortlich gemacht, von ihr behauptet, daß sie dieselbe angezettelt, ihre angeblichen Häupter, den Grasselini, Minardi, Nardini u. s. w. sich dienstbar gemacht hätte. Der Verdacht der Theilnahme an der übrigens niemals aufgeklärten Verschwörung steigerte den Haß der römischen Bevölkerung, entflammte die politischen Leidenschaften im ganzen Lande. Durch die gleichzeitige Verstärkung der österreichischen Garnison in Ferrara schwand vollends die Hoffnung auf friedliche Zustände. Wer konnte noch daran zweifeln, daß dieselbe mit der römischen Verschwörung zusammenhänge, daß das Wiener Cabinet die Occupation der Marken vorbereite und eine gewaltsame Einmischung in die römischen Angelegenheiten im Schilde führe? Selbst in diplomatischen Kreisen war diese Meinung verbreitet, die Ueberzeugung von der bevorstehenden Intervention, und zwar im Einverständnisse mit dem Papste, vorherrschend. An die frommen Wünsche des letzteren und an die Bereitwilligkeit der österreichischen Regierung darf man wohl glauben. Diese, welche die Regeln ihres Handelns stets aus Erinnerungen schöpfte und den Wahn von einem steten Kreislauf der Dinge festhielt, sah in den neuen Ereignissen nur eine Wiederholung der Scenen aus dem Jahre 1831 und beschloß in derselben Weise wie damals gegen die „Unruhestifter“ einzuschreiten. Hatten 1831 einige Regimenter zur Herstellung der Ordnung genügt, so wird jetzt ebenfalls der Einmarsch einer größeren Truppenzahl zur Einschüchterung der Revolutionäre ausreichen und den Papst von dem Drucke der liberalen Agitation entlasten. In dieser Hoffnung wurde das Wiener Cabinet nicht allein durch die Berichte seiner Diplomaten und Polizeiagenten von der Sehnsucht aller Gutdenkenden nach der Rückkehr der früheren Zustände, sondern auch durch die Schilderungen der militärischen Behörden in der Lombardei bestärkt, welche

natürlich nur ihren Standesneigungen huldigten und als politische Folge einer Expedition einzig und allein die Niederlage der ihnen besonders verhaßten Revolutionäre in der Kutte vorhersagten. Die entgegengesetzte Wirkung trat ein. Kaum hatten auf Befehl Radetzky's die österreichischen Verstärkungstruppen Ferrara erreicht und hier außerhalb der Citadelle die Hauptwache und die Stadtthore besetzt, als der Cardinallegat Ciacchi mit absichtlicher Auffälligkeit vor Notar und Zeugen gegen diesen Gewaltact protestirte. Der Staatssecretär Ferretti bestätigte diesen Protest, die päpstliche Regierung näherte sich den Höfen von Florenz und Turin, eine allgemeine Erhebung des Landes, eine Vereinigung aller Parteien im Volke, und eine Verbindung der Regierungen mit dem Volke gegen den gemeinschaftlichen Feind stand in Aussicht.

Jetzt freilich ärgerte man sich in Wien über die unzeitigen militärischen Demonstrationen und merkte, daß man einen schweren Anachronismus verschuldet habe, die Tage Gregor's XVI. für immer vorübergegangen seien. Nur um den Anstand zu wahren, wurde eine Zeit lang der Schein festgehalten, als ob die österreichische Regierung trotz aller Einsprache und Aufregung auf dem einmal eingeschlagenen Wege beharren werde. Sie erklärte die stärkere Besetzung Ferrara's für eine Maßregel einfacher militärischer Vorsicht, hervorgerufen durch die Bildung der Bürgerwehren, sie betonte ihr formales Recht, die Garnison in Ferrara nach Belieben zu vermehren und in Stadt und Citadelle zu vertheilen. Die Verträge ertheilten Oesterreich das Besatzungsrecht in dem „Platze“ Ferrara. Nach dem Sprachgebrauche und der völkerrechtlichen Tradition, behauptete der Staatskanzler und sein Organ, der österreichische Beobachter, bedeute place eine Stadt, die, ohne Festung zu sein, von Mauern und Bastionen eingeschlossen ist, keineswegs ausschließlich eine Citadelle, der ganze Lärm über den Bruch der Verträge entbehre daher der thatsächlichen Grundlage. Leider hatte aber die kurz vorhergegangene Occupation Krakau's über die Unbefangenheit des Wiener Cabinets bei Auslegung der Verträge vielfache Zweifel erregt, und dann war die Stimmung in Italien so leidenschaftlich geworden, daß es auf den Wortlaut völkerrechtlicher Satzungen nicht mehr ankam. Oesterreich durfte nicht Recht behalten. Darin stimmten die Führer des Volkes mit den Leitern der italienischen Cabinette überein, diese aus Gründen der Selbsterhaltung, jene, weil sie in Oesterreich den unerbittlichen Gegner der Nationaleinheit erblickten. Von allen Seiten gedrängt, mußte sich die österreichische Regierung zum Rückzuge entschließen. Die herausfordernde Besetzung der Stadt Ferrara hatte nur dann einen politischen Sinn, wenn sie als Ausgangspunkt einer Intervention in Mittelitalien diente. Es war aber klar, daß weder die italienischen Regierungen vorläufig dieselbe wünschten, noch die Westmächte eine solche gutwillig dulden würden. Unter solchen Umständen verzichtete Oesterreich auf die bewaffnete Einmischung.

Seit dem August 1847 wurden die italienischen Angelegenheiten der Gegenstand eines eifrigen Gedankenaustausches zwischen dem Wiener Cabinette und den Westmächten.*) Auch in den Noten, welche Fürst Metternich an die französische und englische Regierung richtete, spiegelte sich seine gesteigerte Furcht und Rathlosigkeit deutlich ab. Er wiederholte in der Depesche vom 2. August die alten Gemeinplätze: „Italien ist ein geographischer Name, die italienische Halbinsel besteht aus souveränen und gegenseitig unabhängigen Staaten, deren Dasein und Gebietsgrenzen auf Principien des allgemeinen Staatsrechtes gegründet sind." Er konnte sich auch jetzt nicht von dem hohlen Gespenste des Mazzinismus lossagen. „Mittelitalien ist einer revolutionären Bewegung preisgegeben, an deren Spitze die Häupter der Secten stehen, die seit Jahren die Staaten der Halbinsel untergraben haben. Das Ziel dieser Secten ist die Verschmelzung der einzelnen Staaten in einen politischen Körper, der unter die Leitung einer obersten Centralgewalt gestellt würde. Eine italienische Monarchie liegt nicht in ihren Plänen. Abgesehen von den Utopien ihres schrankenlosen Radicalismus muß ein praktischer Grund sie von dem Gedanken eines monarchischen Italiens abbringen: der mögliche König dieser Monarchie ist weder jenseits noch diesseits der Alpen vorhanden. Auf die Schöpfung einer föderativen Republik, nach dem Muster von Nordamerika oder der Schweiz, sind ihre Anstrengungen gerichtet." Aber Fürst Metternich wiederholte nicht mehr die früheren Behauptungen, daß das österreichische Interesse für das politische Leben des italienischen Volkes, seine Rechte und Freiheiten das ausschließliche Maß bilde und die Sicherheit der österreichischen Besitzungen keine Verfassungsänderungen dulde, er verzichtete auf die ehemals eifrig begehrte Oberherrlichkeit in Italien. „Der Kaiser macht keinen Anspruch darauf, eine italienische Macht zu sein, er will nur sein ererbtes Reich, von dem einzelne Theile jenseits der Alpen liegen, unversehrt erhalten." Der Rückgang auf die einfache Defensiv-Stellung, welche das Ansehen Oesterreichs minderte und die Schwierigkeiten seiner Lage steigerte, war nicht das einzige von bitterer Noth abgepreßte Zugeständniß. Vielleicht noch demüthigender erschien die Verpflichtung, den Schutz der Westmächte zu Gunsten der Verträge anzurufen, deren Einsprache bei Gelegenheit der Einverleibung Krakau's so hochmüthig zurückgewiesen worden war. Palmerston besaß nicht die Tugend der Selbstverleugnung in so hohem Grade, um den Anlaß zur Wiedervergeltung ungenutzt vorüber gehen zu lassen. Er erinnerte das Wiener Cabinet daran, daß es in Bezug auf Krakau die Bestimmungen der alten Verträge nicht unbedingt ehrwürdig gefunden, denselben übrigens in Italien keine Gefahr drohe, wohl aber

*) Vergl. die dem englischen Parlamente vorgelegte Correspondence respecting the affairs of Italy und die der französischen Kammer im Januar 1848 mitgetheilten Actenstücke.

habe die schlechte Regierung im Kirchenstaate und in Neapel im Volke nothwendig die allgemeinste Unzufriedenheit erregen müssen und das Bedürfniß ausgedehnter Reformen geweckt. Oesterreich gab er den guten Rath, die Souverainetät der Einzelstaaten, ihre Freiheit und Unabhängigkeit auch in Bezug auf die Verfassungsreformen, welche in denselben vollzogen würden, anzuerkennen, und sprach ironisch seine Hoffnung aus: das Wiener Cabinet werde nicht allein die Reformbewegung in Italien nicht stören, sondern dieselbe sogar thatkräftig unterstützen. Als trotz des deutlichen Winkes der Druck Oesterreichs auf die italienischen liberalen Regierungen nicht nachzulassen schien, wurde in neuen Depeschen die Richtung der englischen Politik noch schärfer bestimmt, gegen jede Intervention in Sardinien oder im Kirchenstaate Verwahrung eingelegt und, um über den Ernst der Entschließungen Palmerston's keinen Zweifel aufkommen zu lassen, Lord Minto nach Italien gesendet. Mit welchem Jubel der englische Diplomat von den Liberalen in allen größeren Städten Italiens begrüßt, mit wie scheelem Blicke seine Triumphreise von den anderen Großmächten verfolgt wurde, ist bekannt.

Ueber die an Feindseligkeit streifende Kälte der englischen Regierung hätte nur ein vollkommenes Einverständniß mit dem französischen Cabinet trösten können. Aber auch zu diesem stand der österreichische Staatskanzler in einem tiefen Gegensatze. Einig nur in der Furcht vor gewaltsamen Umwälzungen, gingen Guizot und Metternich in ihrer italienischen Politik weit auseinander. Maßvolle Reformen hielt der Eine für den sichersten Schutz gegen die drohende Revolution, dem Anderen galten sie mit der letzteren gleichbedeutend und die unbedingte Stabilität allein als das Ideal politischer Zustände. An der Friedensliebe der Regierung Louis Philipp's konnte nicht gezweifelt werden, die Probe aber einer Vergewaltigung Italiens durch österreichische Waffen hätte sie doch nicht bestanden. Weit entfernt, seinen Plan einer Intervention hier unterstützt zu sehen, mußte Metternich vielmehr, sobald er Truppen im Kirchenstaate einrücken ließ, die Landung eines französischen Corps erwarten. Diese Absicht wurde offen kundgegeben, aus dem Wunsche des französischen Cabinets, dem österreichischen Einflusse das Gegengewicht zu halten, sich auf die gemäßigten Liberalen in ähnlicher Weise zu stützen, wie Oesterreich mit der blinden Reactionspartei Hand in Hand ging, kein Hehl gemacht. War doch die römische Bürgerwehr mit französischen Flinten bewaffnet und die Nothwendigkeit einer Laienregierung von dem Grafen Rossi besonders kräftig betont worden. Isolirt im diplomatischen Verkehre, mit den meisten italienischen Regierungen auf gespanntem Fuße — die mit Modena (24. December) und Parma (4. Februar 1848) abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse*) boten keinen Machtzuwachs,

*) Neumann, Recueil des traités. t. V. No. 493 et 494.

konnten höchstens einen Rechtsvorwand zur Einmischung in die Angelegenheiten Mittelitaliens gewähren — in den eigenen Provinzen von der täglich wachsenden Agitation bedroht, verlor das Wiener Cabinet die Fähigkeit, die Verhältnisse zu überschauen und einheitliche Beschlüsse zu fassen. Es verdoppelte das Ministerium des Aeußeren. Der präsumtive Nachfolger des Staatskanzlers, Graf Ficquelmont, wurde mit ausgedehnten Vollmachten nach Mailand gesendet, um von hier aus die italienische Politik zu leiten und den tiefgesunkenen Einfluß Oesterreichs wieder zu heben. Rascher als die Bewohner der alten Provinzen erkannten die Italiener die Hilflosigkeit der österreichischen Regierung. Ihr Haß behielt die frühere Höhe, aber die Furcht verwandelte sich in schnöde Verachtung. In späteren Zeiten sollte die geringe Schätzung der österreichischen Macht für Italien verhängnißvoll werden, im Augenblicke beschleunigte sie nur die Krisis und riß die letzte Schranke einer revolutionären Bewegung nieder. Sonnenklar schien ja der Ausgang der Schweizer Wirren zu beweisen, daß Oesterreich nicht etwa nur in Italien seine Achillesferse besitze, sondern daß Schwäche seine Natur, Verkommen und Verfallen seine Bestimmung sei.

Seit vielen Jahren schleppte sich Streit und schlecht verhehlte Feindschaft zwischen Oesterreich und der Eidgenossenschaft hin.*) Der politischen Strömung in der letzteren widersetzte sich das Wiener Cabinet sowohl aus überlieferten Grundsätzen, wie aus angenommenen Vorurtheilen. Es fürchtete hier, wie in allen anderen Nachbarstaaten, die Centralisation der Gewalten**), es glaubte in der Schwäche und Schwerfälligkeit der Bewegung die beste Schutzwehr für die Sicherheit der eigenen Provinzen zu finden. Daher hielt es jetzt, wie unmittelbar nach der Julirevolution, an dem Principe der Kantonalsouverainetät fest und vertheidigte hartnäckig die Form des losen Staatenbundes als die einzig passende Verfassung für die Schweiz. Außerdem aber hatte die Schweiz durch das politischen Flüchtlingen gewährte Asyl das dauernde Mißfallen der Wiener Machthaber auf sich geladen. Sie erblickten in der Schweiz den Heerd aller revolutionären Umtriebe und erklärten sie verantwortlich für die Unruhen, welche bald hier, bald dort das bequeme Genußleben der Höfe störten. Die Verbindungen, welche namentlich die oberitalienischen Liberalen im Canton Tessin unterhielten, gaben fortwährend Anlaß zu bitteren Beschwerden. „Die Schweiz, hieß es in tonangebenden Wiener Kreisen, sei ein Raubstaat, hier finde der ganze politische Auswurf Europa's eine ruhige Zufluchtsstätte; einen großen Fehler hätte Oesterreich im Wiener

*) Vergl. A. Schmidt, Zeitgenössische Geschichten. S. 645.

**) Viscount Ponsonby to Viscount Palmerston, July 13, 1847: „Prince Metternich said, that an unchecked power over the whole of Switzerland existing in the hands of any executive government here would be dangerous to the neighbours of the Swiss."

Congresse verschuldet, daß es den keilförmig in die Lombardei hineinragenden Kanton Tessin nicht seinen italienischen Provinzen einverleibt, eine schwere Verantwortung trügen die Großmächte, daß sie die politische Freibeuterei so lange duldeten." Dadurch wurde die Stellung Oesterreichs zu allen Fragen, welche die Schweiz bewegte, unwandelbar bestimmt. Wie es in der Aargauer Klosterfrage schroff gegen die Mehrheit der Tagsatzung auftrat und hier schon dem Streite einen grundsätzlichen Charakter zu verleihen bemüht war, so sahen es auch bei der zunehmenden Spaltung zwischen den protestantischen und katholischen Kantonen die letzteren auf ihrer Seite und zählte es der Sonderbund zu seinen Beschützern. Confessionelle Politik zu treiben, lag zwar nicht im Wesen des österreichischen Staatskanzlers; gewiß hätte er es auch vorgezogen, seine Pläne gegen die Schweiz durchzuführen, ohne als Schirmherr der Jesuiten erscheinen zu müssen. Einestheils aber fand er es gerathen, den kirchlichen Eiferern, welche allmälich auch am Wiener Hofe sich Eingang und Einfluß verschafft hatten, freundlich zu begegnen, anderntheils blieb ihm keine Wahl zwischen Bundesgenossen. In seinen wohlweisen Sentenzen zeigte sich mit zunehmendem Alter eine Neigung zur Toleranz. Wer dem Staatskanzler ruhig zuhörte, konnte bis zum Ueberdrusse oft die feine Unterscheidung zwischen berechtigtem Fortschritte und verwerflichen Umsturzgelüsten vernehmen. In der Praxis jedoch verengte der bequeme Sinn und die gesteigerte Aengstlichkeit gar sehr den Kreis des ersteren und ließ ihn in jeder politischen Veränderung die Spuren revolutionären Geistes erkennen. Alles, was der moderne Liberalismus bekämpfte, erschien Metternich der Erhaltung und Vertheidigung würdig und schließlich jeder Mißbrauch geheiligt, weil seine Beseitigung Unruhen hervorrufen und dadurch die lauernden Mächte des Umsturzes stärken würde. Nur mattherzig bemühte er sich, die Berufung der Jesuiten nach Luzern zu verhindern. Und als ihm diese Bestrebungen, wie er voraussehen mußte, nicht gelangen, beruhigte er sich mit dem Glauben, daß die Jesuitenfrage doch nur ein müßiger Vorwand der Freunde der Anarchie und der Revolution sei.

Desto zäher blieb er bei dem Wunsche, die Schweizer Verhältnisse zum Gegenstande diplomatischer Besprechungen und in weiterer Linie einer Mediation und Intervention der Großmächte zu machen. Seiner Natur entsprach die geräuschvolle und angenehm aufregende Thätigkeit auf Conferenzen am besten, auf dieses Feld lockte ihn immer wieder die schmeichelnde Erinnerung an die in besseren Tagen gewonnenen Siege, auf diesem Wege hoffte er noch am ehesten den Fortschritt des Liberalismus hemmen zu können. Bei allen Regierungen herrschte der entschiedenste Widerwille gegen Aenderungen der Schweizer Bundesverfassung, und vor der Berufung der Jesuiten war auch die öffentliche Meinung, auf welche man freilich in Oesterreich kein Gewicht legte, desto mehr in anderen

Staaten zu achten gewohnt war, den conservativen Kantonen nicht unbedingt feindlich gesinnt. Diesen günstigen Zeitpunkt zu nutzen, versäumte das Wiener Cabinet. Es war wohl über das Ziel seiner Politik klar, keineswegs aber über die Mittel, jenes zu erreichen; es wollte und konnte auch nicht gewaltsam einschreiten und durfte doch nimmermehr auf die Bereitwilligkeit der Eidgenossenschaft rechnen, die Einmischung der Fremden in die inneren Angelegenheiten des Landes anzurufen. Die Verhandlungen wurden nicht abgebrochen und nicht ernstlich weitergeführt, die Sache blieb in der Schwebe, bis die Sympathie aller Gebildeten und Verständigen sich auf die Seite der Gegner stellte und unter den Großmächten selbst das volle Einverständniß verloren ging. Als in Italien die Reformbewegung immer weitere Kreise zog, Tessiner Pressen der Unzufriedenheit in der Lombardei einen immer leidenschaftlicheren Ausdruck gaben, in der Schweiz selbst die Zahl der liberalen Kantonsregierungen sich mehrte, da — im Herbste 1846 — lenkte der Staatskanzler wieder seine Aufmerksamkeit auf die Schweizer Angelegenheiten. Fester als je war er von der Unmöglichkeit, daß die Eidgenossenschaft aus eigener Kraft in die Bahn der Ordnung zurückkehre, überzeugt, die Intervention der Großmächte erschien ihm als das einzige Rettungsmittel des alten Schweizer Bundes. Aber auch jetzt noch konnte er sich zu einer durchgreifenden That nicht ermannen; er sah zunächst nur die Hindernisse einer bewaffneten Vermittelung und erging sich in der langathmigen Aufzählung aller Umstände und Bedingungen, welche allein eine Intervention zulässig machen würden. Dazu gehörte in erster Linie das gemeinsame Auftreten der Großmächte. Wie sollte aber das letztere in einem Augenblicke zu Stande kommen, wo die Einverleibung Krakau's den Bruch mit den Westmächten herbeizuführen drohte? Gegen seinen besseren Willen hatte sich Fürst Metternich zum Vollstrecker des Todesurtheiles, welches Kaiser Nicolaus über den Freistaat ausgesprochen, hergegeben, er hatte sich den Muth zu der Einverleibung Krakau's völlig aufzwingen lassen. Nun heftete sich der Fluch der unfreiwilligen energischen That überall an seine Fersen und vereitelte den Erfolg seiner politischen Pläne wie in Italien, so auch in der Schweiz. Nicht Stärkung, sondern Vereinzelung und Schwäche brachte der Gebietszuwachs, er nahm einer localen Empörung die heimische Stätte, um dieselbe für eine allgemeine europäische vorzubereiten.

Noch ehe die Tagsatzung die Auflösung des Sonderbundes beschließen konnte, bemühte sich das Wiener Cabinet, die Westmächte zu einer gemeinsamen Action zu bewegen. Sie sollten an die Schweiz ein Manifest erlassen, daß sie die Vergewaltigung der Kantonalsouverainetät nimmermehr dulden würden. Im Angesichte einer solchen Erklärung würden die liberalen Kantone gewiß nicht den Muth fassen, nach ihren kriegerischen Instructionen zu stimmen. Metternich fand mit diesem Vorschlage bei Palmerston kein geneigtes Ohr, und auch Guizot zweifelte an dem guten Erfolge

eines solchen Schrittes, der erst berechtigt sei, wenn die Eidgenossenschaft durch eine Aenderung ihrer Verfassung die Neutralität verwirkt habe, jetzt vorzeitig angewendet, den Krieg, dem vorgebeugt werden solle, beschleunigen müsse. Die Stellung der beiden Westmächte zu Oesterreich in der Sonderbundsfrage war genau dieselbe, welche sie in der italienischen Reformbewegung ihm gegenüber einnahmen. Mit den Ministern Louis Philipp's theilte das Wiener Cabinet die allgemeine conservative Gesinnung, die Vorliebe für das Eindämmen und Beschwichtigen politischer Agitationen. In jedem einzelnen Falle aber widersprachen die österreichischen Beruhigungsmittel den französischen Interessen und verhinderten die vollständige Einigung. Wie Guizot die Besetzung des Kirchenstaates durch österreichische Truppen mit der Landung eines französischen Armeecorps zu beantworten gedachte, ebenso fand er sich einer österreichischen Intervention in der Schweiz gegenüber verpflichtet, selbständig vorzugehen und Frankreichs Einfluß in den westlichen Kantonen zu wahren. Auf diese Weise, da Metternich nichts so sehr als die Wiederholung der Scenen aus der Zeit Casimir Perier's scheute, verschleppte sich die Entscheidung. Mit dem englischen Ministerium vollends widerfuhr dem Staatskanzler regelmäßig das Unglück, daß dieses seine Sentenzen lobte, seine Grundsätze billigte, dann aber die entgegengesetzten Folgerungen aus denselben zog.

Als Metternich dem Londoner Cabinette die Lehre von der Souverainetät der italienischen Einzelstaaten vortrug, empfing er volle Beistimmung, mit dieser jedoch gleichzeitig die Aufforderung, sich demgemäß jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der „selbständigen" italienischen Staaten zu enthalten und um jeden Anlaß zu Unruhen zu beseitigen, die Reformbewegung zu unterstützen. Aehnlich erging es ihm jetzt, als er Palmerston seine Ansichten über die Unantastbarkeit der alten Eidgenossenschaft vorlegte. Der englische Minister widersprach nicht, kam aber zu dem unangenehmen Schlusse, daß dann die Aufhebung des Sonderbundes, der in grober Weise den Artikel VI. des Bundesvertrages verletze, durchgesetzt werden müsse. Er erbat sich zu diesem Zwecke die guten Dienste Oesterreichs, dessen mächtigem Einflusse auf die Häuptlinge des Sonderbundes in Luzern, auf die Jesuiten und den Papst er die größte Anerkennung zollte. Der Hohn, der in diesem Ansinnen lag, blieb in Wien nicht unbemerkt. Mit ausnehmender Tapferkeit trat tagtäglich der österreichische Beobachter für den Sonderbund in die Schranken, in zahlreichen Noten hatte der Staatskanzler die Ueberzeugung kundgegeben, daß „die sieben Stände des Sonderbundes es **nicht** sind, welche an den Grundfesten der Eidgenossenschaft rütteln", der österreichische Geschäftsträger in der Schweiz hatte sich für die Interessen des Sonderbundes compromittirt, der letztere selbst pochte prahlerisch auf die österreichische Sympathie und erwartete zuversichtlich die Hilfe, die ihm einflußreiche Männer in Wien auch versprochen

hatten, und nun wurde Oesterreich zugemuthet, selbst Hand anzulegen an die Zerstörung des Sonderbundes! Es hatte aber nicht die Macht, diesen Hohn abzuweisen, nicht einmal die Zeit, seine Würde zu wahren. Während man in Wien neue Vermittelungsvorschläge ausdachte, Bundesgenossen warb, Depeschen schrieb und Rathschläge ertheilte, vollzogen sich unwiderruflich die Ereignisse. Mit einer Schnelligkeit, wie sie die österreichische Regierung nicht geahnt — sie hatte vielmehr auf den Waffensieg des Sonderbundes gerechnet —, wie sie auch die Freunde der liberalen Schweiz nicht gehofft, wurde der Sonderbund niedergeworfen, allen diplomatischen Anstrengungen zu Gunsten desselben der Boden weggezogen. Der österreichische Beobachter tröstete sich; er sah (17. December) in dem Siege der „Radicalen nur den Anfang des Endes, den unhaltbaren Triumph des Communismus." Der Staatskanzler aber mußte bekennen, daß seine Rolle vorläufig ausgespielt sei. Und wäre es noch bei der persönlichen Demüthigung geblieben. Aber das Volk erblickte in dem unerwarteten Ausgange des Sonderbundskrieges ein Gottesgericht und stärkte an demselben seinen Glauben an die Nähe großer politischer Ereignisse, an den baldigen Umschwung der Dinge zu Gunsten des Liberalismus. Die an der Schweizer Grenze aufgestellten Cernirungstruppen vermochten nicht die Kunde von der Niederlage des Sonderbundes und der mit ihm innig verbundenen österreichischen Regierung von den Bewohnern des Kaiserstaates fern zu halten. Sie veränderte hier wie überall die Stimmung des Volkes. In den alten Provinzen hatte die jesuitenfreundliche Politik der Regierung dieser den letzten Rest der Theilnahme unter den Gebildeten geraubt, selbst in Beamtenkreisen entschiedene Mißbilligung gefunden. Die altösterreichische Büreaukratie liebte die josephinischen Traditionen besonders in der Behandlung kirchlicher Angelegenheiten. Sie standen mit dem Charakter des Volkes nicht im Widerspruche und förderten den Einfluß der Civilgewalt, sie bildeten einen Lichtkreis im Beamtenbewußtsein, das sonst den modernen Anschauungen völlig entfremdet war, und störten nicht das herrschende Regierungssystem. Es war vielmehr klar, daß der im Gefolge der Jesuiten und Ultramontanen unvermeidliche Fanatismus der Agitation auf anderen Gebieten Vorschub leisten, die bisher so ängstlich gehütete Ruhe und Friedfertigkeit des Volkes stören werde. Schadenfreude erregte daher weit über die liberalen Kreise hinaus, auch wo im Allgemeinen eine conservative Gesinnung waltete, der jämmerliche Ausgang des Sonderbundkrieges, und daß das Wiener Cabinet in die Schmach mit verflochten war, erhöhte nur die Befriedigung. Denn man hatte keine Pläne für die Zukunft, sondern nur den Wunsch, mit der unerträglichen Gegenwart zu brechen, und hieß Alles, was den Sturz des alten Regimentes zu beschleunigen schien, gleichmäßig willkommen.

Noch viel auffälliger waren die Nachwirkungen des Sonderbund-

krieges in den italienischen Provinzen. Das Beispiel der Schweiz verlieh auch in Italien der nationalen Partei den Muth zu weiterem Vorgehen gegen die verblüffte österreichische Regierung, die Möglichkeit freierer Bewegung im radicalen Tessin verschaffte der Actionspartei reichere Mittel für die Ausführung ihrer Entwürfe. Schon im Herbste 1847 nahmen die Demonstrationen, die sich bisher auf die Sucht, alle Mauern vollzuschreiben, beschränkt hatten, eine ernstere Gestalt an. In Mailand bot der Einzug des neuen Erzbischofes Romilli, in Venedig der italienische Gelehrten-Congreß zu denselben eine eifrig benutzte Veranlassung. Dort schritt die Regierung mit bewaffneter Hand ein, hier suchte sie durch die Verbannung des Prinzen von Canino und seines Arztes Masi, sowie durch die Stellung des Advocaten Manin unter Polizeiaufsicht die Ruhe wieder herzustellen. Sie verhinderte natürlich nicht, daß der Wunsch, die Oesterreicher aus Italien zu vertreiben, in Mailand lebendig blieb, oder die auf dem Congresse zu Ehren des Papstes, zu Gunsten eines nationalen Eisenbahnsystems gesprochenen Worte, die Verwahrung Manin's, als ob Oesterreich kraft eines Eroberungsrechtes Venedig besitze, von Mund zu Mund sich fortpflanzte. Ihre Verlegenheit stieg, als das Agitationsfieber auch solche Kreise ergriff, auf welche die übliche Redensart, daß Mazzini allein durch seine Helfershelfer die Gährung nähre, nicht füglich angewendet werden konnte. Die Centralcongregationen, von Kaiser Franz in das Leben gerufen und seit dreißig Jahren in strenger Abhängigkeit gehalten, durften wahrlich nicht revolutionärer Neigungen beschuldigt werden. Und dennoch fand auch in ihnen die allgemein herrschende Unzufriedenheit einen offenen Ausdruck. Am 9. December stellte der Delegirte der Provinz Bergamo, Nazzari, in der Lombardischen Centralcongregation den Antrag auf die Wahl einer Commission, welche die anerkannt mißliche Lage des Landes untersuchen, die Quellen der Unzufriedenheit prüfen und Mittel zur Abhilfe der vorhandenen Uebelstände vorschlagen sollte. Der Vicekönig mußte dem Antrage, der unstreitig in den Befugnissen der Centralcommission lag, scheinbar Folge geben. Eine Commission, freilich von der Regierung selbst ernannt, trat zu dem angeregten Zwecke in das Leben; übrigens wurde das Motiv der im Lande herrschenden Unzufriedenheit als unwahr bezeichnet, Nazzari selbst der Obhut des berüchtigten Mailänder Polizeipräsidenten Toresani übergeben.

Der öffentlichen Meinung in der Lombardei genügte Nazzari's Antrag gleichfalls nicht. Tausende von Visitenkarten, in seiner Wohnung abgegeben, sollten ihm die Anerkennung seines Muthes und die Dankbarkeit seiner Mitbürger bekunden, gleichzeitig wurde aber in einer geheim gedruckten, aber desto offener verbreiteten Denkschrift auseinander gesetzt, daß die Mindestforderung der Nation die bloße Personalunion der Lombardei mit Oesterreich in sich schließe. Größeren Anklang fand der Plan, die Regierung durch eine überströmende Legalität zum Falle zu bringen, in Venedig.

Der Dalmatiner Niccolo Tommaseo, 1838 amnestirt, durch seine frühere Wirksamkeit der Regierung dauernd verdächtig, durch seine spätere Mäßigung und streng bewahrte Selbständigkeit dem jungen Italien mißliebig, und der Advocat Daniel Manin, welcher bereits bei der Gründung der lombardo-venetianischen Eisenbahn die italienischen Interessen gegenüber den Wiener Capitalisten eifrig vertheidigt, seitdem aber zurückgezogen gelebt hatte, standen in Venedig an der Spitze der legalen Opposition. Nach Manin's Ansicht mußte das Vorgehen Nazzari's auch im Venetianischen Nachfolge finden. Im lombardischen Verwaltungskreise hatten mehrere Municipalitäten und Provinzialcongregationen den Antrag des muthigen Abgeordneten von Bergamo unterstützt und bestimmte Reformen in der Finanzgesetzgebung, im Gerichtswesen und in der Administration als dringlich dargestellt. Im Schooße der venetianischen Centralcongregation allein wollte sich keine Stimme zu Gunsten der bedrückten Nationalität erheben, wie denn überhaupt in den östlichen Provinzen des Königreiches die politische Agitation viel kleinere Wellen trieb, als in dem schon durch seine Lage den Stürmen mehr ausgesetzten Mailand. Manin, „der einfache Bürger", übernahm es, die Centralcongregation an ihre Pflicht zu mahnen.*) In einer Petition (21. December), deren legaler Ton auch in Regierungskreisen keinen Anstoß erregen konnte, während die Patrioten die köstlichste Ironie zwischen den Zeilen lasen, stellte er die Nothwendigkeit, sich einer offenen Sprache zu befleißen und das Cabinet um eine Aenderung seiner Verwaltungsgrundsätze zu bitten, gar eindringlich dar. „Die Regierung liebt die Wahrheit, sie will sie von den Congregationen hören, die gewiß nicht zu einem bloßen Scheinleben berufen wurden, sondern zu dem Zwecke eingesetzt sind, jene über die Bedürfnisse des Landes und die Wünsche des Volkes aufzuklären. Schweigen sie, so hüllen sie die Regierung in den Wahn, als ob das Land keine Bedürfnisse, das Volk keine Wünsche hätte. Zu reden, in einer Zeit, wo thatsächlich in den weitesten Kreisen Unzufriedenheit herrscht, ist nicht bloß ihr Recht, sondern auch ihre Pflicht." Es gelang ihm, die Municipalität von Venedig und den Abgeordneten zur Centralcongregation Morosini zu einem ähnlichen Antrage zu bewegen. Die Centralcongregation widerstrebte nicht und beschloß (5. Januar) gleichfalls die Einsetzung einer Commission zur Prüfung der bedenklichen Lage des Landes. Manin ruhte nicht. Eine Bittschrift an den Gouverneur empfahl, um jede Störung der öffentlichen Ordnung zu vermeiden, große und rasche Zugeständnisse; eine Danksagung an die Centralcongregation für die freundliche Aufnahme seiner Petition entwickelte ausführlich sein Reformprogramm: „Keine geheimen Verordnungen, welche die öffentlichen Gesetze wieder aufheben, Achtung der Nationalität, Unabhängigkeit der Verwaltung

*) Vergl. Documents et pièces authentiques laissés par Daniel Manin. Paris 1860.

von der Wiener Hofkanzlei, Einsetzung einer wahren Nationalrepräsentation, Gewährung einer freieren Presse." Auch hier gingen also die Wünsche des Volkes über eine Personalunion nicht hinaus, richtete sich der Angriff vorläufig nur auf das Regierungssystem, nicht auf die österreichische Herrschaft überhaupt. Noch gemäßigter trat Tommaseo auf. Eine Vorlesung im Ateneo (31. December) über die litterarischen Zustände Italiens gab ihm den Anlaß, die äußeren Hindernisse ihrer gedeihlichen Entwickelung, besonders den Druck der Censur zu besprechen. Die Censur zu vertheidigen, käme ihm nicht in den Sinn, wohl aber müsse er bekennen, daß nicht so sehr im Censurgesetze, als in der ängstlichen oder falschen Anwendung desselben das Uebel liege. „Das Censurgesetz vom Jahre 1815 duldet die Kritik der Regierungsmaßregeln, gestattet die freie Erörterung der öffentlichen Angelegenheiten. Halten wir uns daher an das Gesetz, das uns eine größere Freiheit bietet, als z. B. das jüngste sardinische Preßgesetz, lassen wir uns unsere gesetzlichen Rechte nicht verkümmern, noch weniger aber dürfen wir freilich auf dieselben verzichten." Er las den Entwurf eines Majestätsgesuches vor, welches um die thatsächliche Wirksamkeit der Censurvorschrift vom Jahre 1815 bat, und von der Versammlung angenommen, in wenigen Stunden mit Hunderten von Unterschriften bedeckt wurde. Rede und Gesuch wurden von Tommaseo an den Hofkammerpräsidenten Kübeck gesendet in der Hoffnung, derselbe werde mit seinem persönlichen Einflusse die Gewährung der Bitte unterstützen.*) Dieser Schritt bewies gleichfalls die Scheu der Venetianer vor einem gewaltsamen Bruche mit den bestehenden Verhältnissen. Aber wenn Tommaseo jetzt noch mit einigem Rechte sagen konnte, die Bevölkerung des lombardischen Königreiches sei nicht zufrieden, jedoch zufrieden zu stellen, — die österreichische Regierung war nicht mehr in der Lage, sich auf Reformen einzulassen. Hätte sie auch ihr Vorurtheil gegen die Wurzeln der nationalen Bewegung bei Seite gelegt, den Wahn aufgegeben, als ob die bisher ruhige und glückliche Bevölkerung nur durch einzelne Sendlinge Mazzini's, durch Verschworene und Revolutionäre für wenige Augenblicke bethört und verblendet würde: so fehlten ihr doch Kraft und die Mittel, in eine andere Bahn einzulenken. Es widerspricht aller menschlichen Erfahrung, daß Machthaber ein langes, nach ihrer Meinung glorreiches Leben freiwillig als Irrthum bekennen, es übersteigt die Fähigkeiten eines absoluten Regimentes, sich eine andere Regierungsform als die altgewohnte möglich zu denken. Eine absolute Regierung darf sich kein Zugeständniß abzwingen lassen, sie darf aber ebensowenig, ohne sich selbst zu verderben, aus freien Stücken auf ihre Machtfülle verzich-

*) Carte segrete III. p. 135. Vergl. auch die vom österreichischen Polizeistandpunkte geschriebenen Schriften: Mailand und der lombardische Aufstand, Frankf. 1856, und „Aus Böhmen nach Italien März 1848", Frankf. 1862.

ten. Diesem Widerspruche hoffte das Cabinet zu entgehen, indem es sich rüstete, mit Waffengewalt der widerspenstigen Bevölkerung Herr zu werden. Im December 1847 wurden bereits größere Truppenmassen nach Italien vorgeschoben und mit der Verstärkung der italienischen Armee in den nächsten Monaten unausgesetzt fortgefahren, so daß in den ersten Märztagen nahe an 80,000 Mann unter dem Befehle Radetzky's standen. An militärischer Vorsorge hat es demnach die Regierung nicht fehlen lassen. Später haben freilich namhafte militärische Stimmführer sie einer sträflichen Nachlässigkeit in dieser Beziehung beschuldigt, dabei aber vergessen, daß gerade aus dem Mailänder Hauptquartiere mit Entrüstung jedes Bedenken, auch die 20,000 italienischen Soldaten, welche zu Radetzky's Corps gehörten, unter die wirklichen Kämpfer zu rechnen, zurückgewiesen wurde.*) Die traurigen Finanzzustände zwangen das Wiener Cabinet auch in der Militärverwaltung zu größter Sparsamkeit, es sorgte nothdürftig für die Armirung der Festungen, es strich die Ausgaben für ausgedehnte fortificatorische Arbeiten vom Budget, die geforderten Mannschaften jedoch bewilligte es bereitwillig, soweit die Mittel reichten. Von einem Heere von 80,000 Mann, dessen Stimmung die Führer als eine begeisterte schilderten, durfte die erfolgreiche Bändigung des waffenlosen, angeblich im Herzen noch immer gut österreichisch gesinnten Volkes wohl erwartet werden, zumal auch die Polizei es nicht an energischer Thätigkeit fehlen ließ und Fanny Elsler für die nächste Saison verschrieben war, um den Geist der Mailänder in Sinnlichkeit einzuschläfern. Das Martialgesetz über die Lombardei zu verhängen, war man gleichfalls in Wien bereit. Schon am 24. November vom Cabinet beschlossen und vom Kaiser unterschrieben, wurde nur die Ausführung dieser Maßregel noch verschoben, weil den anderen Mächten, besonders England gegenüber, der Schein, Oesterreich habe im eigenen Lande nichts zu fürchten, müsse aber allerdings die Revolution im übrigen Italien beobachten, so lange als möglich festgehalten werden sollte. Auch die gewohnheitsmäßige Scheu vor allen auffallenden Thaten, die systematisch genährte Eifersucht zwischen den Civil- und Militärbehörden hielt zu großem Aerger der kampflustigen Generale den Belagerungszustand von der Lombardei noch für einige Wochen fern.

Die Italiener beantworteten die lärmenden Rüstungen der östereichischen Regierung mit nicht minder lärmenden Demonstrationen und zahllosen Neckereien, bei welchen ihnen der Nationalcharakter bereits eine entschiedene Ueberlegenheit sicherte. Der Hof des Vicekönigs in Mailand

*) Die Vorwürfe gingen namentlich von Schönhals in seinen Erinnerungen eines alten Veteranen aus. Sie wurden bereits von dem Verfasser der Genesis S. 65 widerlegt. Vergl. A. A. Z. 1848 Nr. 31, wo in einer Correspondenz von der italienischen Grenze die Möglichkeit einer Meuterei unter den italienischen Truppen schroff zurückgewiesen wurde.

verödete, die geselligen Berührungen zwischen österreichischen Beamten und der italienischen Bevölkerung wurden immer seltener, wo sie noch stattfanden, dienten sie nur dazu, den Haß und die Verachtung gegen die Werkzeuge der Regierung kundzugeben. Unerschöpflich waren namentlich die Jugend und die Frauen in Erfindungen, die italienische Tricolore zu Ehren zu bringen, dem Papste zu huldigen, die italienische Einheit und Freiheit zu feiern. In den letzten Decembertagen forderten Maueranschläge die Mailänder auf, das Beispiel der Nordamerikaner nachzuahmen. Wie diese den Thee in Boston über Bord warfen und wenigstens die Finanzen des tyrannischen Mutterlandes schädigten, wenn sie nicht im Stande waren, die englischen Soldaten zu vertreiben, so sollten die Italiener sich des Tabakrauchens und des Lottospieles enthalten und auf diese Weise die Einnahmen der Regierung kürzen. Dem Aufrufe leistete die Bevölkerung willig Folge. Freilich als die Mailänder sich nicht damit begnügten, selbst Abstinenz zu üben, sondern auch rauchende Soldaten zu derselben zwingen wollten, zogen sie den Kürzeren. Bei dem Rauchkrawalle (am 3. Januar 1848) wurden mehrere Bürger verwundet, einzelne getödtet, ohne daß die österreichischen Grenadiere verhindert werden konnten, in jedem Mundwinkel eine Cigarre festzuhalten. Trotzdem erlitt die Autorität der Regierung durch diese Vorgänge keine geringe Erschütterung. Sie konnte es nicht hindern, daß sich die Lust an Demonstrationen gleich einem Fieber durch das ganze Land verbreitete, daß in beiden Universitätsstädten, in Pavia und Padua, Tumulte ausbrachen, in Brescia die Gährung wuchs, in Vicenza, Verona und Venedig für die verwundeten Mailänder gesammelt, hier wie überall den Sympathien für die „Unruhestifter" offener Ausdruck gegeben wurde. Diese Allgegenwart der Opposition gestattete nicht, die Aufmerksamkeit auf einzelne Punkte zu sammeln, bewirkte eine gefährliche Zersplitterung der Streitkräfte. Die Zerfahrenheit und mit ihr die Hilflosigkeit steigerte sich durch das vielköpfige Regiment, welches nach altem Gebrauche in der Lombardei waltete. Der Vicekönig übte zwar eine geringe positive Macht, hinderte aber dennoch die Machtentwickelung der übrigen Träger der Regierungsgewalt, namentlich des Militärcommandanten; er vertrat das patriarchalische Princip, er durfte nach den dynastischen Maximen nie anders als liebevoll wie ein Vater zu seinen Kindern sprechen und mußte sich so geberden, als wäre die Loyalität des Volkes über jeden Zweifel erhaben. Wie sollte unter diesen Umständen Radetzky seine Ansicht, man habe es mit offenkundigen Rebellen zu thun, welche nur durch Waffengewalt zu Paaren getrieben werden könnten, Geltung verschaffen? Die beiden Gubernien zu Mailand und Venedig standen nur in einer lockeren Verbindung zu einander und wurden überdies, soweit die gegenseitige Eifersucht ein Zusammenwirken zuließ, durch das offene Widerstreben der Municipalbehörden und die unter den kaiserlichen Beamten selbst umsichgreifende Ver-

rätherei an jeder erfolgreichen Thätigkeit gehindert. In den Händen der Polizei concentrirte sich verhältnißmäßig noch die reichste Gewalt. Diese glaubte ihre Pflicht erfüllt zu haben, wenn sie die Symptome der allgemein herrschenden Unzufriedenheit beseitigte. Sie übertünchte eifrig an jedem Morgen die über Nacht geschaffenen Belsazarschriften an den Mauern, sie verbot Zeitungen und strich Operntexte, sie verhaftete und „internirte" die angeblichen Führer der Bewegung. Manin und Tommaseo wurden am 18. Januar in das Criminalgefängniß abgeführt, weil der Director der venetianischen Polizei, Call, sie als Feinde der österreichischen Regierung bezeichnete, deren freies Athmen die Ruhe des Staates gefährden könnte. Ein gleiches Schicksal widerfuhr dem Dichter Prati in Padua; andere unbequeme Persönlichkeiten wurden, natürlich ohne Richterspruch, nach Laibach oder Linz verwiesen oder ihnen der dringende Rath einer längeren Reise in das Ausland gleichzeitig mit einem Zwangspasse gegeben. Aber auch die Polizei hielt es ihrer Würde angemessen, nach Außen den Schein vollkommener Sicherheit zu wahren und glaubte den Zeitpunkt noch lange nicht gekommen, wo sie ihre weitreichende Macht zu Gunsten der Militärdictatur niederzulegen hätte. Im Wiener Cabinette besaß die Militärpartei keinen Vertreter. Der Zufall wollte, daß in den ersten Wochen des Jahres 1848 der Hofkriegsrathspräsident, Graf Hardegg, starb, der durch seine Stellung den Wünschen des Mailänder Hauptquartiers am ehesten zugethan war. Konnte man auch von dem greisen Manne keine große Energie erwarten, so war das Provisorium nach seinem Tode doch für eine rasche Kraftentwickelung noch schlechter geeignet. Die zaghafte, unschlüssige, zu einem festen Schritte ganz unfähige Natur der Wiener Staatsmänner bewegte sich daher ungestört vorwärts. Entschiedene Maßregeln wurden zwar stets vorbereitet, aber nie oder viel zu spät durchgeführt, in der Regel entgegengesetzte Weisungen gleichzeitig ertheilt, widersprechende Rathschläge mit gleicher Dankbarkeit angenommen. An demselben Tage (9. Januar), an welchem der Vicekönig den Mailändern die tiefe Wahrheit enthüllte, daß „gegenseitiges Vertrauen die fruchtbare Quelle jedes Glückes bilde", und seine gegründeten Hoffnungen aussprach, die Wünsche der Nation würden von der hohen Weisheit des Kaisers geprüft und gnädig aufgenommen werden, rief der letztere die Armee auf, seinen Thron zu schützen und der Empörung und Anarchie fest entgegenzutreten. Radetzky übersetzte die kaiserliche Proclamation in eine noch kräftigere Soldatensprache: „An der Treue der Soldaten wird das Getriebe des Fanatismus und treuloser Neuerungssucht zersplittern, wie am Fels das zerbrechliche Glas." Diesen grimmigen Worten entsprachen aber schlecht die Thaten der Regierung. Noch lange währte es, ehe man die Waffeneinfuhr nach der Lombardei verbot, noch länger, ehe man sich zur Verkündigung des Standrechtes entschloß. Die Bestimmungen desselben erschienen den militärischen Füh-

tern viel zu mild. War auch auf politische Vergehen die Todesstrafe gesetzt, so blieb doch der Urtheilsspruch nur nach einem abgekürzten Verfahren den gewöhnlichen Gerichten überlassen. Diesen aber traute man nicht mehr die Fähigkeit oder die Lust zu, die Interessen der Regierung zu wahren. „Die Staatsmaschine stand schon lange still und die Regierung würde vergebens nach einem Richter gesucht haben, der sich zum Vollzuge eines Standgerichtes hergeliehen hätte, denn der Verrath umgab bereits den Vicekönig in seinem Palast, der Verrath war in den Büreaux des Gouvernements, in den Sitzungssälen der Gerichtsbehörden, in den Delegationen der Municipalitäten, in den Büreaux der Post, im Beichtstuhl und auf den Kanzeln."*) Die Schlußfolgerung, daß man es nicht mit Umtrieben Mazzini's, sondern mit einer allgemeinen nationalen Bewegung zu thun habe, zog man aber in Wien nicht. Nachdem trotz der Einsprache des österreichischen Gesandten, dem die Repräsentanten Preußens und Rußlands beitraten, der König von Neapel zur Annahme einer Verfassung sich bereit erklärt hatte, im Kirchenstaate wenigstens theilweise ein Laienministerium eingerichtet war und auch die anderen italienischen Staaten widerstandslos der constitutionellen Strömung folgten, erkannte allerdings Metternich**), daß in Italien die Revolution zur Herrschaft gelangt sei. Für die Lombardei aber hielt er noch immer einige unbedeutende Zugeständnisse in Verbindung mit einer ausgedehnten Polizeithätigkeit ausreichend, um die Ruhe wieder herzustellen. In Wien berieth eine Commission über die Petition der Centralcongregation; man wollte noch weitere Vertrauensmänner über die wünschenswerthen Reformen hören und war geneigt, einen italienischen Senat bei der Hofkanzlei mit dem Polizeidirector von Venedig an der Spitze zu errichten. Damit war das Maß der liberalen Zugeständnisse erschöpft. Sie hätten in ruhigen Zeiten, welche die politische Bewegung in enge locale Grenzen bannten, nicht genügt, sie erwiesen sich in einem Augenblicke, wo der Sturm der Revolution den Continent erschütterte, vollends unzureichend.

Die Kunde von dem Ausbruche der französischen Februarrevolution traf das Wiener Cabinet unter der Last der allseitig auftauchenden Schwierigkeiten bereits zusammenbrechend. Noch unter den Nachwehen des galizischen Aufstandes, der mißlungenen Intervention in der Schweiz leidend, in Italien bereits auf eine bedenkliche Defensivstellung zurückgeworfen, über den Ausgang der ungarischen Reichstagskämpfe besorgt, durch die ständischen Neckereien in den Erbländern schwer geärgert, mußte es auch noch neue Verwickelungen in Deutschland fürchten. Seit dem Regierungsantritte Friedrich Wilhelm's IV. lebte in Metternich nicht mehr die alte Zuversicht zu der Unveränderlichkeit der deutschen Verhält-

*) Erinnerungen eines österreichischen Veteranen. S. 80.

**) Depesche an Graf Dietrichstein in London 27. Februar.

nisse.*) Er wußte wohl, daß die praktischen Staatsmänner Preußens vor jeder eingreifenden Aenderung zurückschrecken würden und die überlieferte Freundschaft mit Oesterreich überaus hoch hielten, er durfte ferner auf den Haß, der in Berlin gegen den Liberalismus der deutschen Kleinstaaten herrschte, und auf den schwerwiegenden Einfluß des Kaiser Nicolaus als wirksame Gegengewichte gegen ehrgeizige Gelüste der preußischen Regierung rechnen. Die begründete Hoffnung, Kaiser Nicolaus werde einen nachhaltigen Druck auf den Berliner Hof ganz im Sinne der österreichischen Interessen üben, trug nicht wenig zu der Pflege des Czarencultus in Wien bei. Auf der anderen Seite war aber auch dem Staatskanzler die Neigung des Preußenkönigs zu kühnen politischen Phantasien, die Empfänglichkeit desselben für patriotische Ideen, die leichte Erregbarkeit für das Ungewöhnliche bekannt. Ließ sich auch bei der leichten Verzagtheit, der geringen Willensklarheit des Königs nicht voraussetzen, daß er eine selbständige, folgerichtige Politik auf die Dauer einhalten werde, so drohte doch seine unberechenbare Natur mannigfache Verlegenheiten zu bereiten und wenigstens für den Augenblick den ruhigen Gang der Dinge zu unterbrechen. Bisher war es dem österreichischen Staatskanzler ziemlich gelungen, die deutschthümlichen oder liberalen Anwandlungen des Königs unschädlich zu machen. Als derselbe bald nach seiner Thronbesteigung gegen Metternich (August 1840) den Wunsch nach einer lebendigeren Wirksamkeit des Bundestages aussprach, wußte ihn der letztere durch den Hinweis auf die unruhigen Zeiten, auf die Nothwendigkeit, vor Allem dem rheinlüsternen Frankreich gegenüber gerüstet aufzutreten, zu beschwichtigen. In wenig bedeutenden Verbesserungen, die Bundesarmee betreffend, und in der Vermehrung der Bundesfestungen lief schließlich die ganze Bundesreform aus. Ein zur glücklichen Stunde angebrachter Trinkspruch des „deutschen" Erzherzogs Johann — in seiner überlieferten Form: „Kein Oesterreich, kein Preußen, ein einiges, großes Deutschland, fest wie seine Berge" freilich erst nachträglich redigirt — neigte sogar die öffentliche Gunst entschieden auf Oesterreichs Seite und raubte dem preußischen Fürsten den Stachel der Popularität. Das von Metternich mit sorglichem Auge betrachtete „enivrement" kehrte aber doch wieder, die ärgerlichen Pläne, die Schranken des preußischen Preßgesetzes zu erweitern, die ständischen Rechte zu vermehren, wurden nach kurzen Zwischenräumen abermals aufgenommen und wenn auch nur verkümmert und mit mürrischen Mienen verwirklicht. In Preußen klagte man über die Halbheit der Zugeständnisse und fand sich nicht zu sonderlichem Danke für dieselben verpflichtet, in den österreichischen Regierungskreisen erschienen sie viel zu weit gehend und weckten wegen ihrer wahrscheinlichen Rückwirkung auf Deutschland große Bedenken. Ließ man Preußen ruhig

*) Vergl. Radowitz, Deutschland und Friedrich Wilhelm IV. 1848.

gewähren, verwahrte sich höchstens gegen das Eindringen liberaler Elemente in die Bundesgesetzgebung, so schwächte man die Macht des Bundestages. Gehaßt war derselbe schon sattsam. Durften überdies die Einzelstaaten, voran Preußen, in gewisser Nachfolge weiter die dem Liberalismus offener gelegenen kleinen Länder ungehindert das Maß giltiger Freiheiten festsetzen, wie konnte man dann noch hindern, daß sich zum Hasse die Verachtung geselle und das ganze Institut bei nächster Gelegenheit beseitigt werde? Räthlicher wäre es in dieser Beziehung für das Wiener Cabinet gewesen, sich die Reformanträge selbst anzueignen und auf dem sogenannten Präsidialwege in Frankfurt anzubringen. Dann entzog man den anderen Regierungen die Ehre des Liberalismus. Aber abgesehen davon, daß in Wien der Bundestag nur in seiner alten Gestalt den eigenen Interessen entsprach, fehlte auch den österreichischen Staatsmännern die Fähigkeit, sich in neue Verhältnisse zu denken und sie ihrem Vortheile gemäß zu leiten. Von allen Gedanken war derjenige der Initiative ihnen der schrecklichste und fernliegendste. So blieb das Zurückweisen, Aufschieben und Verschleppen ihr höchstes Ziel. Die politische Bewegung, welche die deutschen Länder erfaßt hatte, und durch die Vorgänge in Preußen — die Einberufung des vereinigten Landtages — noch gesteigert wurde, erweckte aber noch andere Bedenken. Die deutsche Bevölkerung Oesterreichs empfand bisher schwer die Unzulänglichkeit nationaler Bildungsquellen, sehnte sich nach einer regeren Theilnahme an der geistigen Thätigkeit im eigentlichen Deutschland, verknüpfte aber mit dem Stammesbewußtsein keineswegs eine bestimmte politische Ansicht. Eine Lockerung der Schranken, in welche die persönliche Freiheit und namentlich die litterarische Wirksamkeit von der Regierung gebannt wurde, hätte sie in früheren Jahren vollkommen zufrieden gestellt. Mit dieser Genügsamkeit war es vorbei, seitdem in Deutschland politische Freiheit und nationale Einheit für untrennbar galten, der Patriotismus nur durch Annahme einer bestimmten Parteifarbe bethätigt werden konnte. Jeder Versuch im vielsprachigen Oesterreich, die Nationalität auch im öffentlichen Leben zu Ehren zu bringen, mußte zu einer Schwächung der Regierungsmacht führen: die Agitation zu Gunsten der deutschen Einheit traf aber das alte System mitten in das Herz. Das Deutschthum bildete in Oesterreich den neutralen Boden, auf welchem sich alle anderen Volksstämme begegneten, das vermittelnde, allgemeine Element innerhalb der zahlreichen widersprechenden Elemente und spröden Sondergelüste, und nun wollte auch dieses für sich sein, seine besonderen nationalen Interessen pflegen, ein politisches Ideal verwirklichen helfen, dessen Mittelpunkt jenseits der österreichischen Grenzen lag. Gerade die unklare Vorstellung, welche man am Anfange des Jahres 1848 von der deutschen Einheit hegte, das Absehen von allen bestimmten Verfassungsformen besaß für die Deutschen in Oesterreich einen gefährlichen Reiz. Stolz in dem Be-

wußtsein, einem großen, reichgebildeten Volke anzugehören, gedemüthigt durch das Gefühl, daß Deutschland eine so unbedeutende Nebenrolle auf der politischen Bühne spiele, sahen sie nur die unmittelbaren Hindernisse deutscher Einigung, zunächst die beschränkte, jeder nationalen Regung abholde Natur der eigenen Regierung und vergaßen die Opfer zu zählen, welche der Staat der Verwirklichung jenes Gedankens werde vielleicht bringen müssen. Es arbeitete im Volke nicht der politische Verstand, sondern die Phantasie, für deren Einwirkungen die unerfahrenen Bewohner Oesterreichs natürlich die größte Empfänglichkeit zeigten.

Die unbehagliche Stimmung stieg in den Regierungskreisen mit jedem Tage, in demselben Maße schwand das Vertrauen, den nahenden Sturm rechtzeitig beschwören zu können. Man wußte hier am besten, daß keine feste Hand die Verwaltung leite, kein energischer Entschluß im Cabinette gefaßt würde, die Rathlosigkeit und Thatenscheu mit den Schwierigkeiten und Gefahren der Lage zunehme. Der Staatskanzler erging sich zwar, seiner Gewohnheit gemäß, in tröstlichen Gemeinplätzen und liebte es, sich und Andere zu beschwichtigen, indem er auf die unerschöpflichen Hilfsquellen des Reiches, auf die Möglichkeit, auch in Oesterreich „zur passenden Zeit" politische Reformen eintreten zu lassen, hinwies. Als in Preußen die Anfänge eines Verfassungslebens geschaffen wurden, sprach sich auch Metternich beifällig über das Ständewesen aus und gab zu verstehen, daß er für die österreichischen Stände gleichfalls eine Erweiterung der Rechte wünsche. Gleichzeitig billigte er aber auch die herben Rügen und den schroffen Widerstand der Hofkanzlei, als die böhmischen Stände eine Anwandlung von Selbständigkeit verspürten. Nicht einen Augenblick war es ihm oder den anderen Mitgliedern der Conferenz mit wirklichen Zugeständnissen an das Volk Ernst, niemals dachten die Lenker des Staates an eine wesentliche Aenderung des Systems, dessen Bestand mit der Dauer ihrer persönlichen Macht eng zusammenhing. Man kann es kaum bedauern, daß die Bequemlichkeit des Cabinets, die Furcht, einen unpassenden Zeitpunkt zu treffen und den Schein der Schwäche auf sich zu laden, es zu keinen weiteren „Gnadengeschenken" kommen ließ. In einem einzigen Falle erhob man sich über unschuldige Velleitäten zu einer wirklichen That. Den allseitigen Klagen über den unwürdigen Censurdruck sollte endlich abgeholfen werden. Eine Censurdirection und ein oberstes Censurcollegium traten (1. Februar 1848) in das Leben. Bestimmt, dem Schriftsteller eine freiere Bewegung zu verschaffen und ihn in seinen Rechten zu schirmen, erhielten sie thatsächlich eine solche Einrichtung, daß sie Jedermann als eine Verschärfung des bestehenden Censurzwanges ansah.

Wie die Erwägungen äußerer Politik, die Rücksicht auf das voranstrebende Deutschland und Preußen nicht im Stande waren, eine Reform des herrschenden Systems herbeizuführen, so erwiesen sich auch die Wahr-

nehmungen der Polizei und die Nöthen der Hofkammer nicht mächtig genug, die unüberwindliche Abneigung vor jeder Neuerung zu brechen. Auch bei flüchtigem Blicke mußte sich Jedermann von dem schlimmen Wechsel in der Gesinnung des Volkes überzeugen. Das patriarchalische Verhältniß des Hofes besonders zu der Wiener Bevölkerung, die weit verbreitete Pietät gegen die Dynastie drohten sich in historische Erinnerungen zu verwandeln. Gleichgiltig blieb die Menge bei der Kunde der mannichfachen Unglücksfälle, welche gerade in der letzten Zeit den Hof trafen, unumwunden warf die öffentliche Meinung die Schuld einzelner Ueberhebungen der durch den langen Frieden üppig gewordenen Soldaten auf ein Mitglied des kaiserlichen Hauses und wagte, was ehedem nicht möglich gewesen wäre, bei dem plötzlichen Tode des Erzherzogs Friedrich ebenso leichtfertige wie verletzende Muthmaßungen.*) Die Vorgänge im Schooße der kaiserlichen Familie, die angeblichen Parteiungen und Streitigkeiten in derselben fingen an, die Aufmerksamkeit auch weiterer Kreise zu beschäftigen. Harmlose Neugierde hatte sich auch früher dieser Gegenstände bemächtigt, die Mauern der Burg in durchsichtige Glaswände verwandelt; jetzt war nicht allein das Urtheil herber geworden, schonungslos gegen jedes Geschlecht und Alter, sondern auch die Absicht unverkennbar, aus den höfischen Zuständen den Beweis der verzweiflungsvollen Lage des Reiches zu ziehen. Vollends pessimistisch lautete die Kritik, wenn die Rede auf den Staatshaushalt kam. Es galt, die Börsenkreise allein ausgenommen, überall als selbstverständlich, daß ein Staatsbankerott bevorstehe, weder die Regierung noch die mit ihr leider viel zu eng verbundene Nationalbank die Mittel besitze, die an sie gestellten Forderungen in stürmischen Zeiten zu erfüllen. Darin lag unzweifelhaft eine große Uebertreibung. Hätte man sich eine vollständige Einsicht in das Budget verschaffen können, so wäre die wahre Quelle der dauernden Finanznoth erkannt worden. Nicht eine unerträgliche Ueberspannung der Volkskräfte, sondern eine unvernünftige Schonung einzelner Interessen, eine verdammenswerthe Scheu, von dem hergebrachten Schlendrian zu lassen und die Einnahmen zu erhöhen, deren Summe in keinem Verhältnisse zu den Fähigkeiten des Landes stand, verschuldete die immer wiederkehrenden Verlegenheiten der Hofkammer. Das Budget blieb aber ein mit sieben Schlüsseln verschlossenes Geheimbuch, der Bürger wußte nicht anders, als daß die Regierung, sobald sich eine dunkele

*) Einen nicht geringen Theil der Schuld trug allerdings der unverständige officielle Krankenbericht. Die Ursache des plötzlichen Todes war nach demselben „die Thätigkeit der durch Leberverhärtung verdorbenen Galle, welche während der Dauer der Gelbsucht in die wichtigsten Lebensorgane eindrang und deren Verrichtungen störte.“ Da diese Krankheit eine unmögliche war, so mußte die Neugierde nothwendig nach anderen Ursachen spähen. Vergl. Archiv für physiol. Heilkunde. Stuttgart 1847. S. 846.

Wolke am politischen Horizonte zeigte, zu außerordentlichen Mitteln ihre Zuflucht nahm und hilflos zitterte. Kein Wunder, daß er an eine leichte Besserung der Zustände nicht glaubte, Alles verloren gab. Gerade jetzt meinte er wieder einen Beweis der zerrütteten Finanzverhältnisse in den Händen zu halten. Trotz der kurz vorher abgeschlossenen Anleihe befand sich doch im Anfange des Jahres 1848 die Regierung wieder in gewaltiger Geldnoth und in völliger Ungewißheit, auf welche Weise die bei der unsicheren Lage Europa's immer dringenderen Rüstungen gedeckt werden könnten. Es verbreitete sich das Gerücht, daß das kaiserliche Haus, die reiche estensische Linie mit eingeschlossen, auf die Familiengüter eine Anleihe von hundert Millionen aufnehmen und diese Summe dem ausgeleerten Staatsschatze zuweisen wolle. Diese Erzählung ist nur insofern von einigem Interesse, als sie zeigte, bis zu welchen phantastischen Plänen sich die aufgeregte öffentliche Meinung verstieg, irgend eine thatsächliche Grundlage besaß sie natürlich nicht. Desto mehr entsprach die andere Kunde von einem russischen Geldangebote der Wahrheit. Die russische Regierung benutzte den kurzen Augenblick besserer Ordnung in ihren Finanzen — in Wirklichkeit bestanden hier dieselben Grundschäden wie in Oesterreich —, um dem Westen ihre Macht zu deutlichem Bewußtsein zu bringen. Durch den Kauf von fünfzig Millionen französischer Rente hatte sie 1847 die französische Bank in die Lage gesetzt, die nothleidende Landbevölkerung unterstützen zu können, und nicht geringe Bewunderung ihrer Liberalität und ihrer unerschöpflichen Mittel dafür geerntet. Einen ähnlichen Dienst war Kaiser Nicolaus auch der österreichischen Finanzverwaltung zu erweisen willig. Vom geschäftlichen Standpunkte ließ sich gegen die theilweise Unterbringung des in der Petersburger Festung bewahrten Barschatzes in fremden Fonds nichts einwenden, vom politischen verdiente die Maßregel das größte Lob, da sie nicht wenig dazu beitrug, die Völker an den Gedanken russischer Schutzherrschaft zu gewöhnen, den Regierungen die Zinspflicht gegen den russischen Kaiser stets vor Augen zu halten. Dieser letztere Umstand hätte allerdings das Wiener Cabinet zur unbedingten Ablehnung des angeblichen Freundschaftsdienstes zwingen sollen. Noch vor Kurzem war eine Familienverbindung mit dem russischen Kaiserhause zurückgewiesen worden, weil sie an demüthigende Formen geknüpft war, wie viel eifriger mußte man sich gegen eine materielle Abhängigkeit vom Petersburger Cabinette sträuben! So groß erschien die augenblickliche Noth, so dringend die Rettung, daß bis in die höchsten Kreise hinauf*) die Nachricht vom russischen Angebote laute Freude erweckte und jede politische Bedenklichkeit schwand.

*) Charakteristisch sind die Worte in einem — aufgefangenen — Briefe des Erzherzogs Rainer vom 20. März: „Il ne manquerait plus que la Russie nous refusât

Wären aber auch in der That russische Silberrubel in den österreichischen Staatsschatz oder die Wiener Bankkasse geflossen, eine dauernde Besserung der Finanzzustände konnte nur dann erreicht werden, wenn eine Reform des Budget vorgenommen, wenn insbesondere das entsetzliche Mißtrauen des Volkes gegen die Ehrlichkeit und die Zahlungsfähigkeit des Staates gebrochen wurde. Die Erinnerung an das berüchtigte Finanzpatent wollte aus dem Bewußtsein des Volkes nicht weichen, die Furcht vor der Wiederkehr ähnlicher Gewaltstreiche nicht schwinden. Diese zu bannen, bildete für den Hofkammerpräsidenten die nächste Aufgabe, an deren Lösung er auch eifrig dachte; nur daß er, in den amtlichen Traditionen grau geworden, für eine rasche Umkehr nicht mehr beweglich genug, die rechten Mittel und Wege zu finden unfähig war.

Mitten in den ärgsten Drangsalen der vergangenen Finanzperiode, im Jahre 1810, hatte man in Wien die Einberufung ständischer Deputirten zur Controle der Behörden beschlossen und von dieser — natürlich nicht durchgeführten — Maßregel eine Besserung des Credits erwartet. Einen ähnlichen Rath ertheilte Kübeck auch jetzt. Vertreter der Provinzialstände sollten sich in Wien versammeln und hier „über den Stand der Finanzen die vollständigste documentirte Aufklärung erhalten." Auch ihre Wohlmeinung, wie das Gleichgewicht zwischen der Einnahme und Ausgabe herzustellen sei, war er gern bereit anzuhören. Dieser Antrag wurde von der Staatsconferenz nicht mißbilligt, aber — nicht zum Beschluß erhoben, nicht ausgeführt. Aehnlich erging es auch anderen Vorschlägen, welche von dieser oder jener Seite an die Cabinetsmitglieder gelangten. Das Gefühl der allgemeinen Unsicherheit, die Ahnung naher politischer Stürme bewirkten so viel, daß der schroffe, grundsätzliche Widerspruch gegen alle Neuerungen allmälich verstummte, fromme Wünsche und leise Hoffnungen, als ob die ständischen Rechte erweitert, die bäuerlichen Verhältnisse definitiv geregelt werden könnten, da und dort sich äußerten. Darüber hinaus, bis zu einem ernsten Anlaufe zu einer That oder auch nur zu einem förmlichen Versprechen kam es aber nicht. Völlig unvorbereitet, ohne festen Plan und klares Ziel, von Furcht allein gepeinigt, und durch dieselbe in ihrer Unschlüssigkeit nur gestärkt, war die Regierung bei dem Ausbruche der Februarrevolution.

Wie überall so erregte auch hier die erste Kunde von dem Sturze Guizot's, von der Flucht Louis Philipp's, von der Errichtung der Republik eine vollständige Betäubung. Man konnte weder den Zusammenhang der Ereignisse sich erklären, noch das geringste Licht, welches die

---

l'argent qu'elle nous a promis et qu'elle nous déclarât la guerre! C'est pour le coup que nous pourrions dire: Adieu l'empire et nous faire inscrire comme citoyens dans la garde civique." Docum. et pièces authent. laissés par Manin. I. p. 101.

nächste Zukunft erhellt hätte, erspähen. Als die Denkkraft wiederkehrte, beeilte sich die Staatsconferenz keineswegs, durch ausgedehnte Zugeständnisse dem Geiste der Unruhe jede Nahrung zu entziehen. Selbst Reformen, die als nützlich und zulässig erkannt waren, wurden wieder vertagt, da sie jetzt auf die Regierung den Verdacht geladen hätten, als wiche dieselbe dem Drucke äußeren Zwanges. Nichts fürchtete nämlich die namenlos schwache Regierung mehr, als den Schein der Schwäche, nichts erzürnte die zitternden Greise, welche den Staat verwalteten, heftiger, als wenn man an ihrem Muthe zweifelte. Bewies übrigens der Ausgang der „liberalen" Julidynastie nicht deutlich genug die Unersättlichkeit des modernen Liberalismus, die Unmöglichkeit, mit dem letzteren auf die Dauer Frieden zu halten? Jede Concession beschleunigte nur den Sturz der Ordnung und die Herrschaft der Revolution. Das war die Weisheit, welche Metternich's Umgebung aus den Ereignissen schöpfte und in einem denkwürdigen Artikel — gleichzeitig in der Wiener Zeitung und in dem Oesterreichischen Beobachter veröffentlicht — der Welt mittheilte. „In den gewöhnlichen Verlauf des constitutionellen Systems, welches Viele als Muster eines wohlgeordneten Staatslebens zu preisen pflegten, hat plötzlich eine Macht gegriffen, der es in einem unheilvollen Momente gelang, die Fiction der Volkssouverainetät in furchtbaren Ernst umzusetzen. Sittliche Fäulniß ganzer Classen der Gesellschaft und eine förmliche Verschwörung der Anhänger und Schüler Babeuf's stürzten das Königthum und brachten Frankreich unter das Joch der Communisten. Zum Glücke ist die weithin unter den Boden von Italien und Deutschland gelegte Mine in Paris früher aufgeflogen, als es in der Berechnung der Brandstifter liegen mochte, und Europa hat noch zur rechten Zeit Gelegenheit, einen Blick in den Abgrund zu werfen, in den es gestürzt werden sollte."*) Ein großer Theil Europa's fand leider diesen Abgrund nicht so abschreckend, wie ihn die Freunde des Staatskanzlers schilderten, die benachbarten Völker, die Italiener und die Deutschen, jubelten vielmehr der Februarrevolution als dem Weckrufe der eigenen Auferstehung zu Freiheit und Unabhängigkeit begeistert zu. Und wenn die Schlußworte des officiellen Manifestes die stolze Versicherung ertheilten, daß auch dieser Sturm machtlos an dem österreichischen Reiche abprallen werde, und zum „festen Anschlusse der Regierten an ihre Regierungen" mahnten, so antworteten die Bewohner aller Provinzen mit einem Sturmlaufe gegen die Bankkassen.

Die alte Wunde des Staatswesens brach wieder auf. Niemand glaubte, daß der schon längst befürchtete und seit Jahren angekündigte Staatsbankerott jetzt vermieden werden könne, Niemand zweifelte daran, daß die Regierung auch gegenwärtig zu den alten unseligen Gewaltmit-

*) Wiener Zeitung vom 4. März.

teln greifen werde, durch welche sie vor einem Menschenalter das Dasein gefristet. Sie hatte während der französischen Revolutionskriege das Eigenthum der Unterthanen nicht geschont, was diese an Silber und Gold besaßen an sich gezogen, den Werth des Papiergeldes herabgedrückt. Zu den gleichen Maßregeln versah man sich auch jetzt. Die Sparkassen wurden belagert und die Einlagen hastig zurückgenommen. Wer damit zögerte, wurde verwarnt: Am nächsten Morgen würden alle in den Sparkassen vorhandenen Barschaften von der Regierung mit Beschlag belegt werden. Alt und Jung, Vornehm und Gering drängte sich an die Bankkassen und verlangte die Einlösung der Noten. Im Privatverkehre zögerte man, Papiergeld anzunehmen, und die Vorsichtigen begannen die klingende Münze zu sammeln und zu verbergen. Man wußte, daß in Italien die österreichischen Banknoten keinen Cours mehr besaßen, man glaubte zu wissen, daß wöchentlich große Silbersendungen nach Mailand und Venedig abgingen. Die größte Eile that noth, um die eigene Habe zu retten. In Prag und in Wien, in Pesth und in Triest herrschte das gleiche Mißtrauen, zeigte sich die gleiche Angst vor der bevorstehenden Entwerthung der Banknoten. Vergeblich erließen die Behörden Manifeste gegen die „böswilligen" Ausstreuer falscher Gerüchte, vergeblich veröffentlichte die Nationalbank einen authentischen Ausweis über ihr Soll und Haben und erklärte ihre Bereitwilligkeit, Banknoten in jedem Betrage gegen Silber einzuwechseln: das Mißtrauen ließ sich nicht beschwichtigen, der Glaube an die Zahlungsfähigkeit der Bank nicht beleben. Noch besaß die Agitation keinen politischen Charakter; Angst und Sorge um das persönliche Wohl allein versetzten die bemittelten Classen in Unruhe. Dennoch sollte sich an die fieberhafte Furcht vor der Rückkehr der Bankozettelperiode der erste Schritt zur Revolution unmittelbar knüpfen. Er ging begreiflicher Weise in der politisch reifsten, in der Behandlung öffentlicher Angelegenheiten geübtesten Provinz, in Ungarn, vor sich.

Auch in Ungarn hatten sich seit den letzten Februartagen unheimliche Gerüchte über die Verhältnisse der Nationalbank verbreitet. Das Silbergeld verschwand, die Banknoten fanden nur mühsam Abnehmer. Im Preßburger Reichstage gab der Raaber Ablegat Balogh (3. März) der allgemein herrschenden Stimmung Ausdruck; er schilderte die in allen Kreisen des Landes gleichmäßig empfundene Noth, die drohende Anarchie im Handel und Wandel, und stellte an die Regierung das Verlangen, durch genaue Aufklärungen über den Stand der Nationalbank den panischen Schrecken zu beschwichtigen. Da erhob sich Kossuth und hielt jene berühmte Rede, welche mit gutem Grunde als die Taufrede der ungarischen wie der Wiener Revolution bezeichnet werden darf. Bereits bei Gelegenheit der Adreßdebatte (im December) hatte Kossuth die Unhaltbarkeit des alten Regierungssystems behauptet und die Gefahren betont, welche auch für Ungarn aus der absichtlich genährten Entfremdung

zwischen den verschiedenen Bestandtheilen des Reiches erwachsen. Pazmandy war als Advocat der erbländischen Stände aufgetreten, deren Rechte die Hofkanzlei in unerhörter Weise gebrochen, L. Batthyány hatte Verwahrung dagegen eingelegt, daß sich Oesterreich in seiner äußeren Politik als absolutistischer Staat geberde, da doch in seiner größeren Hälfte das constitutionelle System gesetzlich herrsche, und M. Esterhazy sich bis zu dem Kraftspruche erhoben: „Lieber eine constitutionelle Hölle als ein absolutistisches Paradies!" Damals aber war die allgemeine Stimmung für solche grundsätzliche Erörterungen noch nicht empfänglich. Es gab selbst unter den liberalen Ständemitgliedern gar manche, welche in jenen Reden Spuren einer ausschweifenden Phantasie erblickten und dem Reichstage das Recht absprachen, sich mit anderen als rein ungarischen Angelegenheiten zu beschäftigen. Auch außerhalb des Ständesaales weckten die weitgehenden Reformvorschläge keinen lauten Wiederhall, da man an die Möglichkeit ihrer Verwirklichung nicht glaubte. Seitdem war aber eine mächtige Veränderung vor sich gegangen. Die Strömung, in welcher sich Kossuth nach seiner Natur heimisch fühlte, welche Niemand besser als der beredte Agitator zu lenken verstand, durchzog jetzt alle Schichten des Volkes, die leidenschaftliche Stimmung war der halben Welt gleichsam zur Natur geworden; wer den erregten, aufbrausenden Gefühlen den schärfsten Ausdruck, den schönsten Namen gab, galt als des Volkes Freund, wurde sein Führer, und Kossuth, durch seine letzte Niederlage erbittert, war nicht der Mann, die Gelegenheit ungenutzt vorübergehen zu lassen, seine Macht nicht in vollem Maße zu gebrauchen.

Mit wenigen halbverächtlichen Worten beseitigte er Balogh's beschränkten Antrag. Die Banknoten haben schon schlimmere Krisen durchgemacht und sich doch wieder erholt. Darauf komme es nicht an, wohl aber müsse man die Quellen der immer wiederkehrenden Finanzleiden zu schließen trachten und die Mittel einer dauernden Heilung erforschen. „Die Zukunft unseres Vaterlandes ist nicht gesichert, so lange das Regierungssystem in den anderen Provinzen allen constitutionellen Grundsätzen grob widerspricht, so lange der Staatsrath, der die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie ordnet, in seinen Elementen, seiner Zusammensetzung und in seiner Tendenz dem Absolutismus huldigt. Die Unbeweglichkeit der Regierungsmänner verdammt den Reichstag zu einer wahren Tretmühlarbeit, macht alle Bemühungen der Volksfreunde vergeblich. Aus den Beinkammern des Wiener Systems weht eine verpestete Luft uns an, die unsere Nerven lähmt, unseren Geistesflug bannt. Die Quelle alles Uebels liegt in der verkehrten Politik der österreichischen Minister, für die es wohl schmerzlich sein mag, ein Stück nach dem anderen von dem Gebäude einstürzen zu sehen, das ein langes Leben aufgebaut, welche aber durch längeres Beharren bei ihrem Systeme die Zukunft der Dynastie compromittiren. Wo die Grundlage fehlerhaft ist,

da ist das Verhängniß des Sturzes unausweichbar. An uns ist es, die Dynastie zu retten, ihre Zukunft an die Verbrüderung der verschiedenen Völker Oesterreichs zu binden, statt des schlechten Bindemittels der Bayonette und des Beamtendruckes den festen Kitt einer freien Verfassung zu setzen." Mit diesen flammenden Worten begründete Kossuth eine Repräsentation, welche die bereits bekannten ständischen Forderungen kurz wiederholte, die Summe der unerläßlichen Reformen aufzählte und schließlich kategorisch erklärte: „Wir verlangen diese Reformen durchgeführt zu sehen, wir wissen aber, daß unsere Wünsche nur dann erfüllt werden können, wenn eine nationale Regierung bestellt wird, welche aus der Reichstagsmajorität hervorgeht und dem Volke verantwortlich bleibt; wir erwarten daher die Umwandlung des collegialischen Regierungssystems in ein verantwortliches ungarisches Ministerium. Wir wissen ferner, daß die geringe Entwickelung unserer Verfassung wesentlich dadurch verschuldet wurde, daß in den Erbländern nach anderen, unserem politischen Leben feindseligen Grundsätzen regiert wurde. In der innigsten Verschmelzung der verschiedenen Provinzen der Monarchie liegt die Gewähr für die Ruhe, die Stütze für die Dynastie, der Schutz für unsere Freiheit. Wir bitten daher, den kaiserlichen Thron mit constitutionellen Einrichtungen umgeben, allen Ländern Oesterreichs eine Verfassung verleihen zu wollen."

Der Personal wagte nach dem Schlusse der Rede Kossuth's wohl einzelne schüchterne Einwendungen. Er meinte, die Nichtintervention sei auch in der inneren Politik die beste Bürgschaft der Ruhe, der Reichstag überschreite die Grenze seiner Befugnisse, wenn er auch nichtungarische Länder vertreten wolle. Er deutete an, daß Kossuth's Anträge eigentlich das Wesen der ungarischen Constitution zerstörten, dem Volkswillen, welcher ihre Erhaltung und Entwickelung wünsche, entgegenträten. Auch auf den Widerspruch hätte er aufmerksam machen können, daß Kossuth in demselben Athemzuge der innigeren Verbindung Ungarns mit Oesterreich und der schroffen Trennung von den übrigen Erbländern das Wort sprach. Unter dem allgemeinen Jubel, den Kossuth's Angriffe auf die Regierung und den „alten Mann" Metternich hervorriefen, verhallten seine Mahnungen. Die Repräsentation wurde einstimmig angenommen und an die Magnaten zur Zustimmung gefördert.

Die Mehrzahl der Magnaten theilte keineswegs den politischen Enthusiasmus der Ständetafel und wurde nicht durch die Ereignisse der letzten Tage in Heißsporne der Reform verwandelt. Sie ahnten vielmehr die Gefahr, welche ihre Stellung, ihre Macht und ihre Rechte bedrohte; sie kannten Kossuth's Eifersucht auf die aristokratischen Führer des Volkes und waren über die demokratische Stimmung, welche besonders unter der Pesther Jugend herrschte, genau unterrichtet. Die politische Bewegung hatte sich in den letzten Jahren bereits dem leitenden Einflusse

der Magnaten entzogen; einzelne Magnaten zählten wohl zu den Führern und Gönnern der Reformpartei, die Magnatentafel selbst galt aber als Hemmschuh des Fortschrittes. Daß unter dem Drucke der jüngsten Ereignisse, welche keine Forderung zu hoch gegriffen, keine politische Aenderung zu weit gehend offenbarten, dieser Gegensatz beseitigt, eine Versöhnung und Vereinigung der Parteien eintreten werde, ließ sich nicht erwarten. Die Magnatentafel mußte vielmehr eine demüthigende Mißachtung ihrer Rechte oder, wenn sie auf dieselben etwa pochen wollte, ihre gewaltsame Beseitigung als Schicksal ahnen. Vorläufig war sie bemüht, der sich überstürzenden Leidenschaft der Stände durch eigene Unthätigkeit einen Damm entgegenzustellen. Die Abwesenheit des Palatin, der mit dem Judex und dem Tavernicus den Wiener Cabinetsberathungen beiwohnte, bot einen guten Vorwand, die Sitzungen auszusetzen, die ständische Repräsentation zurückzuhalten. Freilich donnerte in der Ständetafel Madaraß gegen die absichtliche Verschleppung des Reformwerkes. Kossuth höhnte die Magnaten, welche lieber in Wien tanzen als in Preßburg tagen, drohte mit einer strengen Prüfung dieses Betragens, da die Nation nicht unter der Unthätigkeit der Magnaten leiden dürfe, nicht mit ihrer Zukunft ein frevelhaftes Spiel treiben lasse. Und als Somsich die Magnaten schüchtern entschuldigen wollte, es sei ihre Pflicht, in so schwerer Zeit dem Rufe des Fürsten zu folgen und ihm zu rathen, erhielt er die barsche Antwort: Der Reichstag ist der wahre, der beste Rathgeber des Königs. Dennoch hätten die Magnaten wahrscheinlich ihren Zweck erreicht und die Repräsentation, wenn auch nicht vollständig hintertrieben, doch in ihrer Wirkung geschwächt, wäre nicht gleichzeitig in anderen Provinzen die Lust an ähnlichen Kundgebungen, ein gewaltiger Petitionseifer erwacht.*)

Am 3. März beschlossen die ungarischen Stände die neue Verfassung ihres Vaterlandes, am 11. März beriethen die Czechen in Prag über die Reform der böhmischen politischen Zustände. Mitten in den Taumel eines Maskenballes (29. Februar) fiel in Prag die Nachricht der französischen Revolution. Sie äußerte hier zunächst dieselbe Wirkung wie überall sonst: die politische Neugierde überwog jede andere Empfindung, in dem Sammeln, Verbreiten und — Uebertreiben der

*) Für die Geschichte der Märztage, sowie des Parteilebens während der ganzen Revolutionsperiode konnte der Verfasser zahlreiche Privataufzeichnungen, Tagebücher und Memoiren benutzen. In jedem einzelnen Falle, wo die Erzählung des Verfassers von den gangbaren Schilderungen abweicht, auf diese speciellen Quellen zurückzukommen, erschien vorläufig aus mannichfachen Gründen unthunlich. Daß der Verfasser die in den nächsten Jahren nach der Revolution publicirten Enthüllungen u. s. w. wenig benutzte, wird ihm kein Kenner der Ereignisse verargen. Der überwiegenden Mehrzahl nach enthalten dieselben in einem Meere von Lügen und Entstellungen einige Körnchen Wahrheit und auch diese nicht immer.

Nachrichten bestand die Thätigkeit der ganzen Bevölkerung. Die Kaffeehäuser verwandelten sich ohne alles Zuthun in öffentliche Sprechsäle. Niemand besaß die Geduld, wie in ruhigen Tagen zu warten, bis ein Zeitungsblatt in seine Hände kam, Niemand den Gleichmuth, dasselbe still zu lesen, seinen Inhalt für sich zu behalten. Kaum angelangt, wurde vielmehr jede Zeitung laut vorgelesen und von dem gedrängt stehenden Publicum mit einem entsprechenden Commentare begleitet. So wogte seit dem 1. März in allen Kreisen eine leidenschaftlich erregte Stimmung. Ihre besondere Färbung erhielt sie durch das gespannte Aufhorchen auf die nächsten Schritte der Czechenpartei. Alle Welt erwartete einen mächtigen Rückschlag der Ereignisse auch auf die österreichischen Zustände und hoffte auf baldige Veränderungen. Mit der gleichen, übrigens nicht überall freudigen Ueberzeugung sah man dem ersten Anstoße zur politischen Bewegung durch die Czechen entgegen. Sie hatten das Meiste bei einer Revolution zu gewinnen, ihnen traute man auch die größte Kraft und den keckſten Muth zu. Die bekannten Führer der Czechen, theils dem Gelehrtenstande angehörig, theils an den Staatsdienst gefesselt, rechtfertigten zwar diesen Glauben in keiner Weise. Schaffarik, der berühmte Slawist, hegte wohl freisinnige Anschauungen, fühlte sich aber in dem öffentlichen Leben nicht auf seinem Platze; der von den böhmischen Ständen abhängige Historiograph Palazky, von Natur steif und spröde, dem gangbaren Liberalismus abhold, ausschließlich dem Cultus der Nationalität ergeben, war bereit, die Früchte der Revolution zu pflücken und nach vollbrachter Umwälzung eine neue Verfassungslehre zu offenbaren, jedoch unfähig, die Initiative zu ergreifen; Strobach endlich, unter den Parteiführern allein politisch gebildet und geschäftsgewandt, zeichnete sich stets mehr durch kluge Vorsicht, als rückhaltlose Kühnheit aus. Von diesen Männern, von den hervorragenden Trägern der czechischen Litteratur überhaupt durfte man eine offene politische Agitation nicht erwarten. Sie vertraten aber nicht mehr allein das nationale Leben. Auch die kleinbürgerlichen Kreise, auch das jüngere Geschlecht zeigten großen Eifer für die Erweiterung der nationalen Rechte, waren rastlos thätig, dem czechischen Elemente auf socialem und politischem Gebiete einzelne Zugeständnisse zu erobern; sie verbanden aber damit auch eine entschiedene Neigung zu demokratischen Grundsätzen, welche den älteren Führern mehr oder weniger fehlte, und eine große Anhänglichkeit an die radicalen Theorien französischer Schriftsteller. In diesen Kreisen wurde auch die Prager Märzbewegung vorbereitet und angeregt. Jeder Tag brachte neue Kunde von Volksversammlungen und Petitionen in den deutschen Nachbarländern. Sie hatten sich überall noch erfolgreich erwiesen, wenigstens den Unternehmern keine Gefahr gebracht. Sollte nicht eine ähnliche Kundgebung in Prag möglich sein? Besprochen und berathen wurde sie vielfach, der Muth zu ihrer thatsächlichen Einleitung

fand sich allein bei dem „Repeal", einer czechischen Gesellschaft, die sich in dem Wirthshaus zur Wage zu versammeln pflegte, keine feste Organisation, kein klares Ziel, bis in die letzte Zeit herab eigentlich auch keinen bestimmten politischen Charakter besaß, erst jetzt unter dem Einflusse der Ereignisse aus dem Kneipendunkel heraustrat und die Rolle eines revolutionären Sturmbockes übernahm. Von Mitgliedern des Repealclubs rührte der Aufruf her, welcher schön geschrieben am 8. März an einzelnen Straßenecken prangte, in zahlreicheren Exemplaren durch die Stadtpost an Beamte und Bürger gesendet wurde. Sein Inhalt zeugte nicht von besonderer Reife der Verfasser. Er wies darauf hin, daß „Deutschland seine Heere rüste und auch Böhmen berufen sei, seine Rechte geltend zu machen und den Thron gegen eine fremde Invasion zu schützen"; er betonte die Gefahr, welche den Besitzenden von den Besitzlosen drohte, schilderte, wie die „Proletarier sich wie eine Lawine über das ganze Land wälzen", und forderte zu einer Bürgerversammlung auf den 11. März auf, die über „ein geregeltes Gemeindewesen, Erweiterung der Standschaft, allgemeine Volksbewaffnung und Aufhebung der Censur" berathen sollte. Wer den Aufruf genauer prüfte, mußte die Unklarheit, die Zusammensetzung aus einzelnen Phrasen süddeutscher Adressen, die Communistenfurcht, welche der „ouvrier Albert" als Mitglied der französischen provisorischen Regierung in allen Ländern hervorrief, das Absehen von allen praktischen Bedürfnissen in demselben entdecken. Zu einer genauen Prüfung besaß aber Niemand die volle Unbefangenheit, am wenigsten die Behörden.

An der Spitze der Provinzialverwaltung stand seit kurzer Zeit als Oberstburggraf Graf Rudolf Stadion. Ihn hatte der Schutz der Kaiserin Mutter rasch emporgeführt, der Ruf seltenen Scharfsinnes, großer Geschäftsgewandtheit bisher begleitet. In Wahrheit wußte man nichts von ihm, als daß er in dem Nothjahre 1846 als Mährischer Landespräsident mehrere Ochsen gekauft und unter seiner Aufsicht hatte ausschroten lassen, um darnach die Fleischpreise zu normiren. Wäre auch sein Ruf begründet gewesen, so hätte doch die Neuheit in seiner Stellung, die Unkenntniß der Personen und Verhältnisse ein energisches Eingreifen erschwert. Nichts lag ihm aber ferner als Thatkraft und Entschiedenheit. Verständig und unbefangen genug, um die Erbärmlichkeit des herrschenden Regierungssystems zu würdigen, besaß er nicht, wie sein Bruder Franz Stadion, den Glauben an die mögliche und nahe Wiedergeburt des Staates und sah in seinen Amtspflichten nur eine lästige Unterbrechung seines vergnüglichen Privatlebens. Das war nicht der Mann, selbständig die revolutionäre Bewegung einzudämmen. Aber auch kein Dränger wollte sich zeigen, der den blasirten Oberstburggrafen zur Energie gezwungen, im Nothfalle ihn ersetzt hätte. Die Stelle eines Polizeichefs war seit längerer Zeit erledigt, der commandirende General, Fürst Win-

dischgrätz, abwesend. Der im Range nächststehende General, Erzherzog Carl Ferdinand, von Natur harmlos, durfte oder wollte nicht durch Empfehlung strenger Maßregeln seine Popularität verscherzen, die untergeordneten Polizeibeamten litten an dem Erbübel der österreichischen Büreaukratie, an der krankhaften Scheu, sich vom Wortlaute ihrer Instructionen, welche natürlich von Volksversammlungen und Petitionen nichts enthielten, zu entfernen oder wohl gar auf eigene persönliche Verantwortung zu handeln. Die Polizei begnügte sich, durch öffentliche Maueranschläge vor Zusammenrottungen zu warnen, der Bürgermeister wußte kein besseres Mittel, die Aufregung zu beschwichtigen, als die Entsendung der — Armenväter. Diese sollten in ihren Bezirken von Haus zu Haus wandern und zur Ruhe mahnen. Den Vorschlag einzelner Bürger, die gefürchtete Massenversammlung dadurch zu hintertreiben, daß er selbst eine Versammlung angesehener Bürger anordne und leite, wies er mit Entrüstung zurück. Aehnlich hatte auch der Oberstburggraf die Bitte (2. März) der Grafen Friedrich und Albert Deym, Albert Nostitz, Wurmbrand u. A. um die beschleunigte Einberufung eines ständischen Consesses abschlägig beschieden. Die Beweggründe zu dieser Bitte waren loyaler Art. „Es ist den Ständen in dem gegenwärtigen ernsten Augenblicke Bedürfniß, sich fest um den Thron zu schaaren und jedes Opfer zu bringen, welches das Wohl der Dynastie oder der Monarchie fordern sollte." Trotzdem blieb es bei der Verweigerung, da „eine außerordentliche Versammlung der Stände die Spannung und Aufregung vermehren würde."

Während die Behörden in vollständiger Unthätigkeit beharrten, die reicheren Bürger das Gespenst des plündernden Proletariats bereits aufsteigen sahen, die übrige Bevölkerung mit fieberhafter Spannung den 11. März erwartete, wuchs auch im Kreise des Repeal die Verlegenheit in bedenklicher Weise. Mit dem Entwurfe des Aufrufes zur Volksversammlung war es mit der Weisheit der Repealer am Ende. Wer sollte die Verhandlungen leiten, wer die Wünsche und Forderungen des Volkes formuliren, die verschiedenen Gegenstände der Petition zusammenstellen? Die Ungewißheit, von welchen Personen der Aufruf ausging, die Muthmaßung, daß einflußreiche, besonders bei den Arbeitern beliebte Männer die Hand mit im Spiele hätten, verschaffte jenem allein eine größere Bedeutung. Kam es nun an den Tag, daß ein Dutzend obscure Menschen, ohne alles persönliche Gewicht, ohne Ansehen und Einfluß, den Aufruf auf eigene Faust verfaßt hatten, so drohte der schlimmste Feind des politischen Pathos, das Lächerliche, den ganzen Plan zu treffen. Einige halbgebildete Handwerker, dann Advocatenschreiber, Litteraten der untergeordnetsten Gattung, in ihrem bürgerlichen Wandel anrüchig, in ihren geistigen Anschauungen beschränkt, und einige ältere Studenten, die ewig vor dem Examen schwebten und mit dem Titel Candidaten sich

schmückten, konnten als Kern des Repeal gelten. In der Person eines Gastwirthes, Namens Peter Faster, eines vierschrötigen, mit kräftiger Lunge und nicht minder mächtiger Eitelkeit ausgestatteten Mannes, fand sich zum Nothfalle das geeignete Individuum, der Polizei zum Trotze eine ungesetzliche Versammlung zu eröffnen und zu begrüßen. Peter Faster aber, der jede Rede mit der Versicherung, daß er Vater von neun Kindern sei, zu beginnen pflegte, dessen politisches Programm über die Reform des Prager Magistrates nicht hinausging, der unter Umständen recht grob — aber niemals verständig sein konnte, erschien mit Recht unfähig, die Verhandlungen selbst zu leiten. Nach einem geistig begabteren Sprecher, nach einem im bürgerlichen Leben angeseheneren Leiter spähten die Verfasser des Aufrufes mit großem Eifer, aber geringem Erfolge. Es gelang ihnen endlich, für die Feststellung der Petitionspunkte außerhalb ihres Kreises eine gewandtere hilfreiche Hand zu finden. Ein entlassener Patrimonialbeamter, Franz Brauner, bei einem Theile der Prager Bevölkerung nicht im besten Leumunde, aber als eifriger Czeche bekannt und als Bauernfreund hier geachtet, dort gefürchtet, unterzog sich der Arbeit, an dem Entwurfe eines brauchbaren Programmes für den 11. März mitzuhelfen. Er merzte alle thörichten Phantasien von der Organisation der Arbeit und Anderes aus, stellte dafür die Lieblingspläne der nationalen Partei, wie die engere Verbindung der böhmischen Kronländer, als allgemeine Volkswünsche auf und verstand es, durch die Aufnahme der Robotaufhebung unter die Forderungen die ganze Sache auf ein praktisches Gebiet zu übertragen. Für das Recht „freier Congregation", für „eine Bürgergarde mit eigener Wahl der Officiere", für die Verpflichtung des Kaisers, „mindestens drei Monate im Jahre in Prag zu residiren" ließ sich schwerlich die Nation begeistern; wer dagegen im Namen der seit längerer Zeit erregten Landbevölkerung sprach, die gesammte Bauernschaft hinter sich hatte, konnte allerdings hoffen, eine ansehnliche Macht in seinen Händen zu sammeln und der Regierung Furcht einzuflößen. Bereitwillig mit dem Rathe, konnte oder wollte doch Brauner an der Versammlung selbst sich nicht persönlich betheiligen. Abschlägige Antworten erhielten die Mitglieder des Repeal noch von vielen anderen Seiten, bis endlich in der eilften Stunde Fr. Trojan die Rolle eines Sprechers übernahm. Eine bedeutende geistige Kraft wurde durch Trojan nicht gewonnen; wer ihn einmal sprechen gehört — und in der Arena der Czechen, im Gewerbevereine, zählte er seit Jahren zu den eifrigsten Rednern —, floh gewiß jede fernere Bekanntschaft mit Trojan's oratorischen Gaben wie den Tod. Der Mann besaß eine entschiedene Vorliebe für halbe Gedanken und die grausame Neigung, seine Zuhörer in einem Strome trivialer Sätze zu ertränken. Aber wenn auch langweilig, war doch Trojan in seinem Wesen anständig, in seinem Auftreten ehrlich. Seine Theilnahme an der Volksversammlung verbürgte

ihren honett spießbürgerlichen Charakter und in diesem Sinne empfing auch der geängstigte Bürgermeister, welchem der vorsichtige Trojan seinen Entschluß kundgegeben hatte, die Nachricht von Trojan's Mitwirkung mit großer Freude.

Auf die Abendstunde des 11. März war die Volksversammlung im Saale des Wenzelsbades angesagt worden. Bis zu dem Augenblicke, wo sich die Saalthüre öffnete, zweifelten noch sehr Viele, ob eine größere Versammlung zu Stande kommen werde. Die Gläubigeren sahen wenigstens ein schlimmes Ende vorher. Erzählte man sich doch allgemein von geladenen Kanonen, von der Bereitschaft der Garnison, und auf der anderen Seite von dem Plane der in der Nähe des Wenzelsbades wohnhaften Holzflößer und Schiffer, bei Gelegenheit der Volksversammlung einen Plünderungszug anzutreten. Alle diese Propheten und Sibyllen verloren dieses Mal den Ruf der Wahrhaftigkeit. Die Wenzelsbader Versammlung wurde in der That abgehalten, verlief ohne Störung und errang einen unverhofften Erfolg. Schaaren Neugieriger, der Mehrzahl nach den besseren Ständen angehörig, füllten frühzeitig die benachbarten Straßen und die Zugänge zu dem Wenzelsbade. Sie wagten sich näher, als sie kein Anzeichen drohender Gefahr entdeckten, und nachdem lange nach der festgesetzten Zeit die Thüre des Saales sich endlich erschloß, konnten sie der Versuchung, einzutreten, nicht widerstehen. Weit über die Erwartung der Repealer gewann die Versammlung den Charakter einer wahren Bürgerversammlung, wenn auch tieferes politisches Interesse nur Wenige der Anwesenden herbeigelockt hatte. Sie wurden zuerst von Faster mit einigen mühsam gestotterten Worten begrüßt. Mitten in seiner dunkelen Rede unterbrach ihn der nicht minder redelustige Trojan, der nun in einem unaufhaltsamen Wortschwalle den Zuhörern das Ungesetzliche des Vorganges vorhielt, dann zur Mäßigung sie mahnte und endlich die einzelnen Petitionspunkte aufzählte und erläuterte. Niemand meldete sich zum Worte, Niemand verlangte eine Debatte. Mit Acclamation wurde das von Trojan vorgelesene Programm angenommen, ebenso eine Reihe von Männern, welche die Petition endgiltig redigiren sollten, durch Zuruf gewählt. Zuhörer und Redner zeigten keine Lust, noch länger in des Löwen Höhle zu weilen, eilig wurden die Verhandlungen für geschlossen erklärt und der Saal geräumt. Nur Wenige bemerkten, daß nachträglich noch ein verkommenes Subject, ein czechischer Schriftsteller Namens Sabina, zu einer socialistischen Rede anhob. Ihn hörte Niemand, und da auch die Kerzen rasch verlöscht wurden, so zog sich der Apostel des Socialismus gleichfalls zurück. Auf diese Weise erhielt auch Prag seine Petition, seine Adresse, kurz den ganzen Apparat, der zu einer Märzrevolution gehörte.

Am nächsten Morgen war, was noch gestern als etwas Unerhörtes, ja Unmögliches galt, bereits eine vollendete und, wie es Allen schien,

ganz natürliche Thatsache. Mit gutem Takte hatte die Wenzelsbader Versammlung die Mitglieder des Comité's, welches die Petition eingehender berathen und feststellen sollte, nicht aus den Reihen des Repeal, nicht einmal ausschließlich aus dem Kreise der Czechen gewählt, sondern eine gleichmäßige Vertretung aller Stände in demselben angestrebt. Gar manchen Mitgliedern war noch am Tage vorher das ganze Unternehmen in bedenklichem Lichte erschienen, am 12. März fanden sie keinen Grund, ihre Mitwirkung zu versagen. Ein Mann allein weigerte sich, die Wahl anzunehmen, weil er über die Legalität der Wenzelsbader Versammlung begründete Zweifel hegte, Graf Franz Thun, welcher dadurch die glänzende Popularität, die er bisher im Lande genossen, vollständig einbüßte. Auch bei den Behörden dauerte die Verblüfftheit noch fort. Der Bürgermeister bot dem Comité für seine Berathungen den Saal des Rathhauses an, die Polizei duldete die „Zusammenrottungen", die sich seit dem frühesten Morgen auf allen öffentlichen Plätzen bildeten. Zum frohen Siegesjubel konnten sich übrigens die Gemüther nicht gleich erheben. Noch stand man ja einer absoluten Regierung gegenüber, noch ließ sich die Aufnahme der Petition in Wien nicht berechnen. Das Gefühl der Unsicherheit, mit dem Bewußtsein großer Verantwortung verbunden, lastete namentlich auf den Mitgliedern des Comité's und verlieh den ersten Schritten desselben das Gepräge einer ängstlichen Vorsicht. Die Ausarbeitung der Petition wurde dem Advocaten Pinkas übertragen, der seit seiner Jugend liberalen Anschauungen gehuldigt, denselben namhafte Opfer gebracht, noch in der letzten Zeit als Grenzbotencorrespondent die Opposition gegen die Regierung und das hohle Ständewesen geschürt hatte, welcher aber der czechischen Partei gänzlich fern stand. Pinkas ging von dem richtigen Gedanken aus, daß nicht die Summe der Forderungen, sondern die Zahl und das Ansehen der Fordernden das Wesentliche sei, daß ferner der Nachdruck auf das politische und nicht auf das nationale Element gelegt werden dürfe. Er milderte das Schroffe einzelner Desiderien; die Aufhebung der Robot hieß bei ihm „humane Verbesserung der bäuerlichen Verhältnisse"; an die Stelle der verlangten „administrativen und verfassungsmäßigen Vereinigung der böhmischen Kronländer" trat der schüchterne Wunsch einer „Anbahnung des Verbandes von Böhmen, Mähren und Schlesien zu gemeinsamer Ständeversammlung"; die Forderung des unbedingten öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens schränkte er auf den Antrag eines mündlichen Schlußverfahrens ein, die Herabsetzung der Militairdienstpflicht auf vier Jahre überging er vollständig, dagegen fügte er die Bitte um eine gründliche Schulreform hinzu. In dieser Weise formulirt, entsprach die Petition allerdings besser dem Geiste des gebildeten, besonnenen Bürgerthums; das deutliche Streben, überspannte Forderungen herabzustimmen, die Scheu, zu viel zu begehren, die Furcht vor plötzlichen

unvorbereiteten Wandlungen gab auf der anderen Seite auch den Behörden wieder neuen Muth. Der Bürgermeister — in Prag, wie in allen übrigen großen Städten ein einfacher Regierungsbeamter — nahm nicht allein die Erlaubniß, die Comitésitzungen im Rathhause abzuhalten, wieder zurück, sondern eilte auch, ein Gegencomité zu gründen, welches die Petition durch eine Loyalitätsadresse ersetzen, im schlimmsten Falle, wenn es denn doch bei einer Petition bleiben würde, dieselbe abschwächen und wirkungslos gestalten, jedenfalls die Leitung der Agitation dem Bürgermeister und dessen Freunden in die Hände spielen sollte.

Am 14. März begann bereits die Bewegung zu stocken, die Hoffnung der Besseren, jeder Rückschlag werde vermieden, von den Behörden jeder gehässige Widerstand aufgegeben werden, zu sinken. Die Mitglieder des Comité's waren über das unerwartete Vorgehen des Bürgermeisters nicht wenig bestürzt, sie streubten sich begreiflicher Weise gegen die angesonnene Unterordnung unter Vertrauensmänner der Regierung, sie besaßen aber auch nicht die Mittel, ihre Selbständigkeit zu wahren. Während sie beriethen, stritten und sich ereiferten, kam die plötzliche Kunde: In Wien sei Blut geflossen, in Wien habe gleichfalls die Revolution begonnen. Nun war von einem Compromiß nicht weiter die Rede, der einige Stunden zuvor wieder entzündete Muth der Behörden sank völlig zusammen, alle Welt fühlte nicht allein, daß der Erfolg der Prager Bewegung gesichert sei, sondern daß die Revolution den Kern des alten Regimentes ergriffen, die Grundfesten des Staates erschüttert habe. Die Preßburger Repräsentation hatte zunächst nur ein neues Ungarn, die Wenzelsbader Petition ein neues Böhmen im Sinne, die Wiener Märzbewegung steuerte auf ein neues Oesterreich los.

Wunder und Zeichen ereigneten sich auch in Wien seit dem Beginn der zweiten Märzwoche: die Zungen wurden gelöſ't und die Lippen geöffnet. Die Censur verzichtete nothgedrungen auf alle Wirksamkeit, da sie doch nicht jedes Wort in jeder Zeitung streichen konnte. Nicht der eine oder der andere Artikel, jedes gedruckte Wort, das nach Oesterreich kam, athmete Hochverrath; nicht heimlich verbreitete Brandschriften, die öffentlichen Acte der Regierungen, die Zugeständnisse und Proclamationen der Fürsten reizten zur Rebellion. Auch die Polizei sah sich der großen Volksmasse gegenüber, welche einstimmig war in der Begeisterung für Kossuth, in dem Jubel über die Heidelberger Adresse, in dem Hasse der eigenen Regierung, völlig machtlos. Die untergeordneten Regierungsorgane hatten sich niemals durch energischen Eifer und persönlichen Muth ausgezeichnet, jetzt wurden sie vollends durch die Rathlosigkeit und Schwäche, die in den obersten Kreisen herrschte, gelähmt.

In der Staatskanzlei bewahrte man wenigstens scheinbar die kühl vornehme Haltung besserer Tage, spann unbekümmert um die Vorgänge in der nächsten Umgebung Pläne der großen Politik. Am 2. März war

der vertraute Rathgeber des preußischen Königs, General Radowitz, in Wien mit einer Doppelmission eingetroffen. Es galt, militärische Vorsichtsmaßregeln zu verabreden, durch rechtzeitige Rüstungen, durch die Verstärkung des Bundesheeres jeder Gefahr, welche die französische Revolution über Deutschland bringen möchte, zu begegnen. Dann aber sollte die Bundesreform, so lange bereits besprochen, aber stets nur mit halbem Ernst vorgeschlagen, wirklich und wahrhaftig berathen und beschlossen werden. Unmittelbare Resultate erzielte Radowitz' Sendung nicht.*) Man kam nach längeren Verhandlungen überein, einen Congreß deutscher Minister in Dresden zu eröffnen, auf welchem der Widerstreit der Interessen deutscher Staaten sich gewiß gezeigt und den reformscheuen Ansichten des Staatskanzlers der Sieg zugewendet hätte. In Bezug auf Frankreich hielt man sich wohlweise in einer reinen Defensivstellung und erklärte**) feierlich den Grundsatz der Nichtintervention als die Richtschnur der österreichischen Politik. War man auch von der kriegerischen Entschlossenheit und dem Eifer für Legitimität, welcher nach der Julirevolution waltete, weit entfernt, so wurde doch der Schein freier Selbstbestimmung gewahrt und wenigstens für einige Tage der Aberglaube, als ob auch jetzt die österreichische Regierung in vollkommener Sicherheit beharre, noch genährt. Gar tapfer klangen die Worte: „Es ist der Wille des Kaisers, in diesem ernsten Zeitpunkt dafür kräftigst zu sorgen, daß Oesterreich sich nach innen stark, nach außen geachtet fühle, ernstlich darüber zu wachen, daß keine Bestrebungen zum Umsturze der rechtlichen Ordnung stattfinden, welche das von Gott gesegnete Reich in den Zustand gefährlicher Zerrüttung versetzen könnten." Sie standen aber im groben Widerspruche zu bekannten Vorgängen in der Hofburg. Die Erfahrungen der letzten Wochen hatten an dem Erfolge einer starren Repressionspolitik vielfache Zweifel erregt; je spröder sich eine Regierung gegen die Wünsche des Volkes zeigte, desto größere Forderungen mußte sie schließlich erfüllen. Die groben Mängel des herrschenden Systems, die Unmöglichkeit, länger bei demselben zu beharren, waren gleichfalls nicht unbekannt. „Selbst in den nächsten Umgebungen des Hofes gab es Männer, welche in dem Tadel der Regierung so laut wurden, daß der Kaiser sich kurze Zeit vor den Märztagen bestimmt fand, darüber eine ernste Erinnerung zu erlassen."***) Jetzt zum ersten Male trat an

*) Noch am Vormittage des 13. März conferirte Radowitz mit dem Staatskanzler. Die Berathungen wurden durch die Meldung unterbrochen, daß auf den Straßen Unruhe herrsche, von dem Fürsten jedoch sofort wieder aufgenommen, nachdem er erklärt hatte, daß die Maßregeln, welche zur Dämpfung der Unruhen ergriffen werden müßten, nicht in sein Ressort gehörten.

**) Wiener Zeitung. Amtlicher Theil vom 10. März.

***) Genesis S. 97. Diese Schrift, welcher in Deutschland ein ungebührliches Gewicht als Geschichtsquelle verliehen wird, ist nur dort von historischem Werthe, wo durch

die Mitglieder der Regierung die ernste Frage heran, ob nicht durch einzelne rechtzeitige Zugeständnisse eine größere Einbuße an Macht verhütet werden könne? Dieselbe zu bejahen, war der zur Thronfolge berufene Bruder des Kaisers nach seiner überaus milden und friedlichen Natur wohl geneigt, auch seiner willensstarken Gemahlin widerstrebte das alte, aus Eigensinn und Schwäche zusammengesetzte Regiment der „Großköpfigen", wie man die Staatsconferenz in Wien nannte; Nachgiebigkeit empfahl Erzherzog Stephan, zu derselben riethen dringend mehrere Glieder des Hochadels, welche sowohl bei Hofe wohl gelitten, wie in den ständischen Kreisen bekannt und angesehen waren. Familieninteressen, persönliche Rivalitäten, patriotischer Eifer wurden gegen das „System" in den Kampf geführt. Sie erschütterten seine Geltung, brachen es aber nicht; sie vermehrten die Hilflosigkeit der Regierung, hemmten aber nicht die Angriffslust der zahlreichen Gegner. Ein Umstand, der in anderen Zeiten vielleicht als ein Glück gepriesen worden wäre, der gänzliche Mangel eines entscheidenden persönlichen Willens, gestaltete sich jetzt zum Verhängniß. An den Kaiser dachte Niemand, ihn fragte Niemand. Seine Schwäche mit Erfolg zu mißbrauchen, verhinderte die Wachsamkeit der Parteien. Man konnte gegen den Willen seiner Umgebung eine Audienz bei ihm durchsetzen, zu einem festen Entschlusse, zu einer eingreifenden Thätigkeit ihn zu bewegen, war nicht möglich. So blieb es denn bei dem halbverdeckten Zwiespalte zwischen dem Familienrathe und der Staatsconferenz, bei den endlosen Berathungen, welche die Lage nur widerspruchsvoller machten. Daß in einem Augenblicke, wo es nur politische Interessen gab, wo alle Welt sich in fieberhafter Aufregung befand, den Beamten verboten werden konnte, von politischen Dingen zu reden, bezeichnet am besten die Natur der Regierung. Sie meinte auch jetzt noch, Schwierigkeiten zu entfernen, wenn sie vor denselben die Augen verschloß.

Da freiwillige Zugeständnisse von der Staatsconferenz, welche die Stelle des Monarchen vertrat, nicht erwartet werden konnten, so empfahl sich von selbst ein fortwährendes Drängen, ein gelinder Zwang. Das Adressenfieber, die Petitionsleidenschaft überfiel auch die Wiener. Voran schritten die Buchhändler, welche die Zurücknahme der neuen Censurordnung verlangten. Sie fanden für ihre Forderung bei Hofe ebenso viele Gönner als Widersacher, gute Worte, aber keine Erhörung. Ihnen folgte am 6. März der niederösterreichische Gewerbeverein. In der Monatsversammlung, welcher auch der Protector des Vereins, Erzherzog Franz Karl, und Graf Kolowrat beiwohnten, legte Arthaber den Entwurf einer mit angesehenen Bürgern berathenen Adresse vor: „Ungeheuere

die (der Feder eines Mitarbeiters entstammende?) gallige Polemik die Bekenntnisse des Grafen Hartig hindurchschimmern und die Zustände im Regierungslager geschildert werden.

Ereignisse haben im Westen von Europa stattgefunden, der Credit ist erschüttert, alle Gewerbe stocken und es droht die höchste Gefahr. Nur ein festes Anschließen der Regierung an die Stände und Bürger, ein inniges Anschließen Oesterreichs an die Interessen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes und Offenheit kann das alte Vertrauen wieder gewinnen. In dieser Zeit der Noth giebt der Gewerbeverein die Versicherung, daß alle seine Mitglieder bereit sind, Gut und Blut für das Kaiserhaus zu opfern, indem sie überzeugt sind, daß die Regierung die weisesten und zweckmäßigsten Maßregeln wählen werde, das drohende Unglück abzuwehren." Wer nicht genauer zuhorchte, mochte in der Adresse nur den Ausdruck unterthäniger Loyalität finden, wie sie denn auch vom Erzherzoge in der That mit wohlwollendem Danke beantwortet wurde; erst wer sich erinnerte, daß wenige Tage zuvor die officielle Presse zum Anschlusse der Bürger an die Regierung aufgefordert hatte, während jetzt das entgegengesetzte Verlangen gestellt wurde, ahnte die wahre Tendenz und hörte aus den geschraubten Worten den Reformruf heraus. Niemand machte dem Gewerbevereine aus der beinahe zweideutigen Zaghaftigkeit der Adresse einen Vorwurf; die öde Stille, welche bisher auf den Geistern gelastet, verstärkte die Kraft auch der leisesten Regung, und wenn auch das hier gesprochene Wort nicht muthig klang, die Bitte des Gewerbevereins auf kein bestimmtes Ziel hinwies, so galt doch mit Recht schon das bloße Nennen politischer Verhältnisse in einer so entschieden conservativen Körperschaft als ein Fortschritt im öffentlichen Leben. Dagegen herrschte eine begründete Sorge, daß auch diese Adresse wirkungslos verhallen werde. Sie wurde, dessen konnte man sicher sein, mit freundlich tröstenden Worten von dem Kaiser empfangen; ob sie aber jemals erledigt aus seinem Cabinete herauskommen werde, blieb nach vielen Erfahrungen sehr zweifelhaft. Es galt daher, die Agitation zu vervielfachen und die Vermittelung eines Organs zu gewinnen, welches nicht füglich ohne Antwort gelassen werden konnte. Als ein solches boten sich die niederösterreichischen Stände dar, durch einen glücklichen Zufall auf einen der nächsten Tage (13. März) zu der üblichen Frühlingsversammlung einberufen und seit einiger Zeit ebenfalls mit Reformentwürfen beschäftigt. Von den Führern der liberalen Ständepartei war eine Adresse, welche die Einberufung Abgeordneter aller Provinzialstände und die Mittheilung des Staatshaushaltes an dieselben erbat, vorbereitet, von Schmerling namentlich der Antrag auf Aufhebung der Censur und Einführung eines Repressivgesetzes entworfen worden.*) Als Rückhalt dieser ständischen Adresse sollte eine Petition dienen, die, von Mitgliedern des juridisch-politischen Lesevereins verfaßt, auf die Zustimmung und die Unterschrift der ganzen

*) Der Wortlaut der Adresse ist in der Vertheidigungsschrift der niederösterreichischen Landstände gegen den Verfasser der Genesis S. 57 mitgetheilt.

gebildeten Bevölkerung Wiens rechnen konnte. Der juridisch-politische Leseverein, 1841 gestiftet, oder besser gesagt, nach langen schweren Kämpfen, in welchen sich besonders der hochgeachtete Advocat Johannes Bach durch Ausdauer auszeichnete, der mißtrauischen Polizei abgerungen, seitdem in stetem verdeckten Kriege mit den Behörden, von der Regierung ängstlich bewacht und nur widerwillig geduldet, vereinigte in seiner Mitte die besten Kräfte des Wiener Mittelstandes. Rechtsgelehrte, Justizbeamte und Universitätslehrer bildeten seinen Kern, eng verbunden waren ihm liberale Ständemitglieder und hervorragende Industrielle. Heißblütige politische Forderungen fanden hier keine heimische Stätte, die eigentlich revolutionäre Gesinnung keinen Anklang, desto lebhafter fühlte man die unwürdige Bedrückung aller Culturinteressen, desto bitterer klagte man über die verächtliche Schwäche und verderbliche Unfähigkeit der Regierung. Mit Fug und Recht durfte der juridisch-politische Leseverein sich als den Vertreter der öffentlichen Meinung darstellen, die Wünsche, die in seinem Schooße laut wurden, als die allgemeinen Forderungen des gebildeten Volkswillens behaupten. Man warf seinen Mitgliedern zuweilen einen übertriebenen Localpatriotismus, eine blinde Vorliebe für Wiener Zustände und Persönlichkeiten vor. Während die böhmische und ungarische Aristokratie für englische Einrichtungen schwärmte, hielten die Wiener Politiker den französischen Liberalismus überaus hoch und träumten für die österreichische Hauptstadt eine ähnliche tonangebende Stellung, wie sie Paris besaß. Diese einseitigen Anschauungen verstärkten augenblicklich die Bedeutung des juridisch-politischen Lesevereins, da sie ihm die Sympathien der geschmeichelten Wiener Bevölkerung zusicherten. Die von demselben vorbereitete Petition*) fand daher in allen Kreisen vollkommene Zustimmung.

Jedermann theilte die Ueberzeugung, daß „Oesterreich, dessen Herrscher durch Jahrhunderte die deutsche Kaiserkrone trugen, nur in festem Anschlusse an deutsche Interessen sein wahres Heil gewinnen könne", Jedermann jubelte der Forderung einer freien Presse, einer öffentlichen Rechtspflege, einer Reform des Gemeindewesens zu. Die Petition ging aber noch weiter und formulirte klarer, was die ständische Adresse nur schüchtern anzudeuten wagte: die Nothwendigkeit einer österreichischen Gesammtverfassung. „Die periodische Berufung eines alle Länder der Monarchie, sowie alle Klassen und Interessen der Völker vertretenden Körpers mit dem Rechte der Steuerbewilligung und der Controle des Finanzhaushaltes, sowie der Theilnahme an der Gesetzgebung kann allein der Dynastie und dem Staate neue Kraft verleihen." Durch diesen Schlußsatz

*) Angeregt wurde die Adresse von dem Shakspereclub, der (nach Frankl's Mittheilungen) sich in Wien gebildet und in seiner Mitte eine Reihe der angesehensten Persönlichkeiten Wiens vereinigt hatte. Der erste Entwurf rührt von Bauernfeld, die letzte Redaction von A. Bach (im Club Kaliban benannt) her.

der Petition war über jede Einzelreform, über den bloßen Wechsel der leitenden Persönlichkeiten der Stab gebrochen, als Ziel der Bewegung der Aufbau des österreichischen Staates auf völlig neuen Grundlagen bestimmt. Der Inhalt der Petition schloß unleugbar eine förmliche Revolution in sich. Schlimm genug für das herrschende Regierungssystem, daß auch in conservativen Kreisen, auch unter Staatsdienern, unter Gebildeten und Wohlhabenden der Wunsch eines vollständigen Bruches mit der Vergangenheit heimisch werden konnte. Der eine Trost allein blieb noch übrig, daß wenigstens revolutionäre Mittel nicht zur Verwirklichung der Forderungen des Volkes empfohlen wurden. Die Petition sollte den Ständen vorgelegt, in der nächsten Landtagsversammlung berathen und vom Landtage sodann auf geschäftsmäßigem Wege der Regierung überreicht werden. So hoffte man, die materielle Ordnung und äußere Ruhe wahren, die Massenagitation fernhalten zu können. Sicherer freilich, das zeigte die täglich wachsende Aufregung, die leidenschaftliche Spannung auf den Beginn der ständischen Sitzungen, ließ sich dieses Ziel durch freiwillige Zugeständnisse der Regierung erreichen.

Zu Concessionen rieth noch in diesen Tagen das englische Cabinet, die Nachgiebigkeit der Machthaber beschworen noch im letzten Augenblicke die ständischen Führer. Sie fanden ein offenes Ohr bei einzelnen Erzherzogen, sie gewannen an den geängstigten Frauen am Hofe eifrige Verbündete. Selbst die Fürstin Metternich, sonst liberalen Einflüsterungen nicht zugänglich, erkannte die Gefahr im Verzuge. Sie führte den Landesmarschall Grafen Albrecht Montecuccoli, der vor Kurzem zum Friedenscommissar in Italien ernannt worden war, ihrem Gemahle zu und sperrte beide in eine Stube ein, um eine Vereinigung zu erzwingen.*) Auf diese Weise gelang es, die Sprödigkeit der Staatsconferenz zu brechen. In später Stunde wurde (12. März) ein Cabinetsschreiben entworfen, in welchem der Kaiser erklärte, er habe beschlossen, „aus allen Provinzen ständische Mitglieder und zwar aus jedem Stande ein Mitglied nach Wien zu berufen und sie mit einem Regierungscomité in Berührung zu bringen, damit sie mit demselben in Ansehung ihrer ständischen Verhältnisse in Rücksprache träten." Auch habe der Kaiser „sich vorbehalten, dieser Deputation jene Maßregeln andeuten zu lassen, welche die Bedürfnisse des Augenblickes erfordern." Dieses höchste Zugeständniß, welches den Ständen am nächsten Morgen mitgetheilt werden sollte, erinnerte unwillkürlich an die gemalten Gerichte, die wirklichen Heißhunger zu stillen bestimmt sind. Es kam übrigens gar nicht zur Kunde weiterer Kreise. Denn während dieser unfruchtbaren Bemühungen maßvoller Ständemitglieder, die Regierung umzustimmen, während dieser kläglichen Anläufe

*) Diese auch durch andere Quellen sichergestellte Thatsache wird in der ständischen Vertheidigungsschrift angedeutet. Da der letzteren Graf Montecuccoli nicht fern stand, so darf sie wohl als vollständig verbürgt angesehen werden.

der Staatsconferenz zu einer scheinbaren Reform trat ein neues Bewegungselement auf den Schauplatz — die Wiener Studentenschaft.

Schon längst waltete unter der Studentenschaft ein bedenklicher Geist. Eine Vertiefung in wissenschaftliche Studien war bei der hohlen Natur der meisten Lehrer und der bekannten Erbärmlichkeit der Schuleinrichtungen nur in seltenen Fällen möglich; aber auch jedem offenen Ausbruche stürmischer Jugendkraft, des in den Formen vielleicht übermüthigen, aber im Grunde doch harmlosen studentischen Selbstbewußtseins wurde ängstlich gewehrt. Die Studenten sahen sich nicht allein aus ihrem natürlichen Anschauungskreise herausgerissen, sondern wurden überdies gewaltsam in eine falsche Stellung gedrängt. Aus dem Verhalten der Regierung sprach deutlich blinde Furcht. Kein Wunder, daß die Studenten an eine besondere Bedeutung ihres Standes glaubten, sich in den schlimmen Wahn, als wären sie eine Macht im Staate, einlebten. Unter den Beschwerden, die gegen die Regierung laut wurden, hörten sie die schnöde Mißachtung der Wissenschaften, den Haß aller Bildung in erster Reihe nennen. Sie faßten das Verhältniß als ein persönliches auf, fühlten sich unmittelbar von dem Cabinete gekränkt und zu einem besonderen Widerstande gegen das alte System berechtigt. Sie wurden wie Knaben behandelt und wähnten Helden zu sein. Das Genossenschaftsleben besitzt für Jünglinge einen viel zu großen Reiz, als daß es nicht trotz allen Verboten und sorgfältigster Ueberwachung auch unter den österreichischen Studenten sich eingebürgert hätte. Im Jahre 1847 zählte man in Wien mehrere burschenschaftliche Verbindungen, in den äußeren Formen den Vorbildern auf deutschen Universitäten nachgeahmt, in welchen Struve's Zuschauer und andere süddeutsche Zeitungen Evangelien gleich verehrt, überhaupt ein schrankenloser Radicalismus gepflegt wurde. In einem Staate, wo bestimmte Verfassungsprobleme vorliegen, wo öffentliche Charaktere sich entwickelt haben, geschulte und erfahrene Männer den Volkswillen lenken, scharf gegliederte politische Parteien bestehen, hätten die unreifen Meinungen kaum erwachsener Jünglinge höchstens ein Ferment der Bewegung abgegeben. Anders in Oesterreich und namentlich in Wien. In den ständischen Kreisen war man über die nächsten Ziele wohl einig, diese aber boten eine geringe Anziehungskraft für die weiteren Schichten der Bevölkerung, welche sich nur für eine Aenderung der herrschenden Zustände überhaupt begeisterten und blos Freiheit, viel Freiheit und noch mehr Freiheit wünschten. Ein allgemeines, unklares und unreifes Programm überragte nicht den politischen Verstand der Studenten; die letzteren mußten vielmehr in jenem die dringende Aufforderung finden, auch ihrerseits vorzutreten und thatkräftig in die Ereignisse einzugreifen.*)

---

*) Die zuverlässigsten Berichte über den Antheil der Studenten an der Märzbewegung lieferten Frankl's Sonntagsblätter vom 19. März 1848.

In einer Kneipe der Alservorstadt wurde am 7. März der Gedanke an eine Studentenadresse angeregt und, wie in jenen Tagen überhaupt das Ungewöhnlichste und Außerordentlichste ganz gewöhnlich und in der Ordnung erschien, von den versammelten Studenten unbedingt gebilligt. Freilich als dieselben zwei Tage später zusammentraten, um die von jedem Einzelnen verfaßten Entwürfe auszutauschen und über den endgültigen Wortlaut zu berathen, konnten die Vernünftigeren ihre große Verlegenheit nicht bemeistern. Mit Stilübungen kann man keinen Staat retten, mit abgeborgten Redensarten keine Regierung verderben. Nur weil bereits zu Viele von dem Unternehmen wußten, die „studentische Ehre engagirt war", beschloß man, weiter zu gehen. Am Abende des 11. März wurde die Adresse festgestellt. Sie erzählte dem Kaiser, daß „ein großes Ereigniß den allgemeinen Frieden in Frage gestellt"; sie versicherte die „Bereitwilligkeit der Studenten, das gemeinsame Vaterland gegen jeglichen Feind zu schirmen, mag er drohen von West oder Ost"; sie behauptete von der Freiheit, „daß sie zu großen Thaten befähige und geneigt mache, schwere Prüfungen mit Ausdauer zu bestehen", und sprach die „Meinung" der Studenten aus, daß „die Verwirklichung der Freiheit in so kritischer Weltlage ein dringendes Bedürfniß sei." Auf diese Gründe gestützt, forderten die Studenten: Preß-, Rede-, Lehr-, Lern- und Glaubensfreiheit, allgemeine Volksvertretung und schlossen mit einer unklaren Phrase über die deutsche Bundesreform.

Großes Gewicht ließ sich eigentlich weder dem Inhalte der Adresse, noch den Bittstellern selbst beilegen. Dennoch erschien jene der Regierung bedenklicher, als alle anderen politischen Demonstrationen. Sie hatte die Petition des juridisch-politischen Lesevereins ungehindert*) umkreisen lassen, den Plänen der Stände die unbewegliche Trägheit als Damm entgegengestellt, die Kunde einer beabsichtigten Studentenadresse war allein im Stande, ihre Thatkraft zu wecken. Ein Befehl des Hofkanzlers versammelte die Professoren am 12. März in der Universität. Die Lehrer, die man bisher absichtlich von den Studenten ferngehalten hatte, sollten nun ihren Einfluß üben und die Absendung der Adresse verhindern. Sie thaten ihre Pflicht, warnten und riethen ab. Als die trockenen Bemerkungen des Studiendirectors Kremer auf die zahlreiche, allmälich sich erhitzende Studentenschaar ohne Wirkung blieben, versuchten Hye und Endlicher, beide als Lehrer beliebte, als Liberale angesehene Männer, die Studenten umzustimmen. Jedem Einzelnen gegenüber hätten sie ihre Absicht erreicht, in der compacten Masse jedoch holte sich Jeder vom Nachbar den Muth. Das einzige Zugeständniß empfingen sie, daß sich die Studenten, nachdem sie die Petition unterschrieben hatten, die Ver-

*) Erst am 13. März fahndete ein Polizeicommissar nach derselben in der Behausung A. Bach's.

mittelung Hye's und Endlicher's bei der Uebergabe derselben gefallen ließen. Noch am Vormittage eilten die beiden Professoren in die Burg, um den Zutritt zum Kaiser zu erbitten. Sie klopften an verschiedene Thüren, vernahmen von Kolowrat nichtssagende Trostworte, hörten vom Erzherzog Ludwig ernste Mahnungen, ihre Sendung konnten sie nicht erfüllen. Erst am Abende, nachdem eine Staatsrathssitzung abgehalten und in dieser die Nothwendigkeit wenigstens eines scheinbaren Nachgebens erkannt worden war, wurde ihnen — und auch jetzt noch durch eine Hinterthüre — die Audienz bei dem Kaiser bewilligt. Leutselig und wohlwollend, wie es seine harmlose Natur mit sich brachte, trat ihnen derselbe entgegen, eine bestimmte Erklärung, eine klare Antwort konnte er ihnen auch nicht geben.

So brach denn der von Vielen gefürchtete, von Allen mit gespannter Neugierde erwartete*) dreizehnte März — der für die Ständeversammlung angesetzte Tag — an, ohne daß das Geringste geschehen war, den drohenden Sturm zu beschwören. Die ersten finsteren Wolken kamen von der Universität. Hye und Endlicher hatten der Studentenschaft einen Bericht über den Erfolg ihrer Sendung zugesagt und fanden schon am frühen Morgen zahlreiche Schaaren ihrer harrend. Ihre Worte weckten heute einen noch schwächeren Wiederhall als gestern. Die Aufregung und mit ihr die Ansprüche waren über Nacht mächtig gestiegen, die politischen Forderungen begannen einen dichten Körper anzunehmen, Anklagen gegen Metternich und Sedlnitzky als „Hochverräther und Diebe", sowie der Ruf nach ihrer Verjagung laut zu werden. Wie ließ sich erwarten, daß allgemeine Versicherungen kaiserlicher Huld und Gnade noch beschwichtigend wirken würden? Während Hye den Tag „als den größten in der Geschichte Oesterreichs" proclamirte, „die Augen Europa's auf die Universität gerichtet" behauptete, den Fortschritt auf dem Wege der Ruhe und des Collegienbesuches zu suchen bat, organisirte sich in den Hörsälen und auf dem Universitätshofe der Zug nach dem Landhause, wo sich die Stände gegen das Herkommen ohne feierliche Auffahrt, ohne Prunk, beinahe verstohlen und heimlich versammelten. Die Anzeichen mehrten sich, daß das von der liberalen Ständepartei festgestellte Programm, in friedlicher Weise die Reformen zu erzielen, nicht eingehalten werden könne.**)

Tausende von Menschen, zumeist den besseren Klassen angehörig, füllten die nächstliegenden Straßen, strömten später in den offenen Hof. Wie Viele die Neugierde gelockt hatte, wie Viele mit dem Vorsatze einer

*) Vergl. Andlaw, Erinnerungsblätter aus den Papieren eines Diplomaten. S. 137.

**) Ueber die Vorgänge am 13. März giebt verhältnißmäßig den zuverlässigsten Bericht die Schrift: „Von Böhmen nach Italien März 1848", Frankfurt 1862. S. 22—134. Daß über Einzelnheiten so verschiedenartige Erzählungen in Umlauf kamen, und über manche Punkte keine vollständige Gewißheit mehr erreicht

Demonstration gekommen waren, ließ sich nicht ermitteln. Die sichtlich verlegene Stimmung, welche Anfangs unter den Anwesenden herrschte, widerlegte jedenfalls den später ausgesprochenen Verdacht, als ob die Ereignisse dieses Tages planmäßig vorbereitet, von Fachmännern der Revolution eingeleitet worden wären. Sie hätte noch länger gedauert, da Jeder nur Zuschauer sein wollte und vom Anderen die Unterbrechung des peinlichen Zuwartens und Harrens hoffte, wenn nicht die erhitzte Phantasie einem jungen, als Schwärmer bekannten Arzte, Fischhof, endlich die Zunge gelöst hätte. Mit einem Hoch auf die Freiheit begann er, mit einem Hoch auf die Ungarn und Italiener schloß er seine Rede, die zwar nur von Wenigen vernehmlich gehört wurde, aber doch zu eifriger Nachfolge reizte und in die Volksmasse Leben und Bewegung brachte. Doch erst als ein Student Kossuth's Rede vom 3. März unter allgemeinem Jubel vorzulesen begann, steigerte sich die politische Leidenschaft, wurden wirkliche revolutionäre Wünsche in der Menge rege. Nun besaß man auch ein Programm. Um so dringender erschien es geboten, die Mittel zu seiner Verwirklichung vorzubereiten, mit den Machthabern sich in Verbindung zu setzen, oder, wie sich ein Redner ausdrückte, „die Monologe, die bisher vom Brunnendache im Hofe des Landhauses gesprochen wurden, in einen Dialog zu verwandeln." Zu demselben traf bereits ein Volkshaufe, durch das Gedränge in das Treppenhaus, in Flur und Vorsäle geschoben, die Anstalten. Der nächste Augenblick mußte die Eingedrungenen, denen immer größere Schaaren nachrückten, mit den versammelten Ständen in einem Raum vereinigen, er drohte, Stände und Volksmänner bunt durcheinander mischend, die Berathung unmöglich zu machen. Um der Verwirrung zu steuern, schloß der Landesmarschall mit Fischhof, der auch im Vorsaale das erste Wort führte, wie er es im Hofe gesprochen, die Abrede, daß eine Anzahl Delegirter — sechs Bürger und sechs Studenten — der Ständeversammlung beiwohnen und von dem guten Willen der Stände sich überzeugen sollten. Noch war die Eintracht zwischen Ständen und dem Volke nicht gestört. Zu wiederholten Malen rief die Menge im Hofe volksthümliche Persönlichkeiten unter den Ständen: Montecuccoli, Doblhof, Colloredo, Schmerling an die Fenster, klatschte Beifall, sobald sich diese zeigten, und hörte ruhig ihre Reden an. Erst durch eines jener historischen Mißverständ-

werden kann, ist natürlich. Am 13. März selbst gab es keine unbefangenen Beobachter, gleich nachher begann die üppigste Mythenbildung. Auch die politischen Wandlungen übten auf die historische Wahrheit einen schlimmen Einfluß. Unmittelbar nach den Märztagen suchte jeder Theilnehmer an der Bewegung sich zum Helden zu stempeln und das Gewicht seiner persönlichen Thalen zu vergrößern. Später, in den Zeiten der Reaction, waren dann Viele bemüht, den Thatsachen den Mantel der Unschuld umzuhängen. Gänzlich unbrauchbar sind die von österreichischen Emigranten (Füster, Violand u. A.) herrührenden Schriften.

nisse, welche im Jahre 1848 epidemisch schienen, wurde Feindschaft gesäet und eine wilde Kampfeslust in den Volksmassen verbreitet. Bereits in einer früheren Stunde, als Fischhof oben mit Montecuccoli verhandelte, hatte sich der unten stehenden Menge bange Sorge über das Schicksal ihrer Freunde bemächtigt, die nur durch Fischhof's Erscheinen am Fenster Hand in Hand mit dem Landesmarschall besänftigt wurde. Ein herabgeworfener Zettel, dessen Mittheilung die Vorlesung der Rede Kossuth's unterbrach, weckte neuerdings das Mißtrauen. Er enthielt die Bitte der Stände, daß das Budget veröffentlicht und ein ständischer Ausschuß aus allen Provinzen einberufen werde.*) Zur ungelegeneren Stunde konnte allerdings das kurze Ziel der ständischen Wünsche nicht bekannt werden, als jetzt, wo Kossuth's Rede die Gemüther entflammt und für die Forderung auch des Höchsten und Größten empfänglich gemacht hatte. Das Blatt Papier wurde von einem Studenten aufgefangen, im Namen des Volkes von diesem erklärt, daß durch die ständische Bitte die Wünsche der Nation unerfüllt geblieben, und dann zerrissen. Mitten in dieser Aufregung ertönte der Ruf, die Delegirten des Volkes würden im Ständesaale gefangen gehalten, und erschallte auf der anderen Seite die Warnung, Soldaten umzingelten das Landhaus. An schnödem Verrathe kann die aufgeregte Menge nicht zweifeln. Nun gab es für die blinde Leidenschaft keinen Halt, keine Schranke mehr. In wilder Hast wird die Treppe, werden die einzelnen Gemächer erstürmt, an Fensterscheiben, an Bänken, Tischen und Stühlen der Grimm ausgelassen. Angst und Schrecken ergreift die Ständemitglieder. Um nur aus den unheimlichen Räumen des Landhauses zu entkommen, erklären sie sich bereit, persönlich bei dem Kaiser die Erfüllung der Volkswünsche zu erbitten. Sie werden von der Revolution bedrängt und stellen sich nun selbst aus reiner Furcht an ihre Spitze. Im Gefolge der Stände gelangte die Furcht und die Rathlosigkeit auch in die Burg.

Die Mitglieder der Staatsconferenz, durch mehrere Staatsräthe und den Fürsten Windischgräz verstärkt, waren seit mehreren Stunden versammelt, ohne zu einem festen Entschlusse zu kommen. Sie hatten wohl mit bangen Ahnungen den Märziden entgegengeschaut, sich auf bestimmte Ereignisse keineswegs vorbereitet. Selbst die gewöhnlichsten Vorsichtsmaßregeln, die rechtzeitige Aufstellung des Militärs auf den bedrohten Punkten, die Vereinigung der Executivgewalt in einer Hand, die Berufung des Regierungspräsidenten, des Polizeidirectors und Bürgermeisters waren außer Acht gelassen worden. Die Staatsconferenz erfuhr von den Vorgängen nur, was die

*) Nach der ständischen Version enthielt der Zettel nicht die ständischen Desiderien, sondern ihre Kritik und schloß mit der Aufforderung, sich mit der ständischen Petition nicht zu begnügen. Auch rührte er nicht von einem Ständemitgliede, sondern von einem Fremden (Polen?) her, der um jeden Preis den friedlichen Ausgang verhindern wollte.

drängenden Bittsteller zu erzählen für gut fanden, und communicirte mit der Außenwelt gleichfalls ausschließlich durch die letzteren. Zu allen diesen Uebeln gesellte sich noch die verhängnißvolle Willenslosigkeit des Kaisers. Er war und blieb an diesem Tage unnahbar; ebensowenig aber gab es einen Stellvertreter, welcher die letzte Entscheidung treffen konnte. Die Staatsconferenz hatte als einheitliche Körperschaft keine gesetzliche Wirksamkeit, von ihren Mitgliedern trug kein einziges die volle Verantwortung, besaß keines die ganze Macht der Regierung.*) So war die organisirte Gewalt beschaffen, welche der Revolution einen festen Damm entgegensetzen, Thatkraft und Weisheit zugleich beweisen sollte. Die ständischen Abgeordneten stießen natürlich auf keinen energischen Widerstand, ebensowenig freilich erfreuten sie sich einer deutlichen Antwort auf ihre Bitten. Nach langem Hin- und Herreden, wobei die Isolirtheit Metternich's, der allein zu Gewaltmaßregeln rieth, bereits bemerklich war, einigte sich die Staatsconferenz zu folgenden Zugeständnissen: „Dasjenige, was den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entspricht, wird durch ein eigenes hierzu aufgestelltes Comité geprüft und der allerhöchsten Entscheidung unterzogen werden, worüber Allerhöchstdieselben das zum allgemeinen Wohle der Gesammtheit Ihrer geliebten Unterthanen Dienliche mit Beschleunigung beschließen werden." Während man in der Burg nach dieser kühnen That freieren Athem schöpfte, schritten auf den Straßen Wiens die Ereignisse ihren selbständigen Gang vorwärts. Nach dem Abzuge der Stände war noch ein zahlreicher Volkshaufe im Hofe des Landhauses zurückgeblieben, welcher einem improvisirten Revolutionsausschusse — aus minderjährigen Studenten gebildet — huldigte, übrigens mit lärmenden Aeußerungen seiner Ungeduld sich begnügte. Stürmischer sah es vor dem Landhause und in den benachbarten Straßen aus. Jugendliche Redner erhitzten die Phantasie des Volkes, und gaben mit den Schlagworten: Pereat Metternich, fort mit Sedlnitzky! seiner Leidenschaft eine bestimmte Richtung. Immer lauter und allgemeiner ertönte auch auf dem Ballplatze vor der Staatskanzlei, in der Herrengasse, auf der Freiung dieser Ruf. Dazwischen hörte man das Angstgeschrei der im Gedränge Gepreßten und Gedrückten und die Beschwörungen zum Frieden, an die Soldaten gerichtet, welche endlich von verschiedenen Seiten heranrückten, um das Landhaus zu säubern, die Zugänge zur nahen Burg frei zu machen, dabei überall auf die dichte, unbewegliche Volksmasse stießen und selbst in ein bedenkliches Gedränge ge-

*) Vergl. Genesis S. 137. „In diesem kritischen Momente trat der Mangel eines gehörig organisirten Ministerrathes sehr fühlbar an den Tag; kein Träger der Executivgewalt befand sich bei der Berathung; Keiner der Berathenden war mit einer Executivgewalt ausgestattet, kein Beschluß konnte sonach von den dazu berufenen Organen rasch vollzogen werden." Vertheidigungsschrift der Stände gegen die Genesis S. 32. „Die Stände trafen in der Burg etliche Regierende versammelt, aber keine Regierung."

riethen. Obgleich weder die Truppen einen gewaltsamen Angriff im Sinne hatten, noch die unbewaffneten Volkshaufen auf einen Kampf vorbereitet waren, konnte doch ein feindlicher Conflict auf die Länge nicht vermieden werden. Die im Gedränge hin- und hergeschobenen Soldaten verloren allmälich die Geduld; ihre zögernde Unentschlossenheit in den ersten Stunden, ihre Unfähigkeit, dem Commandowort zu gehorchen, reizte die Lachlust der Menge, hob die Keckheit einzelner vorlauter Burschen. Die weiter hinten zusammengeballten Massen, über die eigentlichen Vorgänge nicht unterrichtet, dachten zumeist nur an ihre eigene Sicherheit, suchten durch Stoßen und Schieben sich Luft zu machen und erfüllten mit gewaltigem Geschrei die Luft. Ueber dem Tumulte ging die Besinnung vollständig verloren. Jedes hingeworfene Wort fand gleich tausendfachen Wiederhall, jede Action zahllose Nachahmer. Als an die Stelle einer Grenadierabtheilung, welche sich vom Volke hatte Schritt für Schritt zurückdrängen lassen, Pioniere vorrückten, hörte man einzelne Stimmen Verrath rufen, andere zur Vertheidigung auffordern, pfeifen, zischen und fluchen. Ein Volkshaufe dringt in die obern Räume des Landhauses, zertrümmert die Möbel und wirft sie aus den Fenstern auf die Köpfe der Soldaten, die mit einer Doppelsalve antworten.*) In wenigen Augenblicken ist das Landhaus geleert, dafür verbreitet sich der Aufruhr in die weiten Straßen und zieht ein Element in seinen Kreis, das ihm bisher fern gestanden war — das eigentliche Bürgerthum. Die Nachricht, daß auf Unschuldige und Wehrlose geschossen worden, entschied für die Sympathie der Bürger, die überdies durch die Behandlung der loyalen Wiener, als wären sie Rebellen, sich in ihrer Ehre verletzt fühlten.**) Das uniformirte Bürgercorps sammelte sich, angesehene Männer aus dem städtischen Patriciate, wie Arthaber, Hornboftl, Al. Bach, drangen in den Bürgermeister, der an diesem Tage seine Privatwohnung nicht verlassen hatte, daß er seinen Einfluß anwende, um den Rückzug des Militärs aus der Stadt zu erlangen, Bürgerofficiere, auf ihr Privilegium eines freien Eintrittes in die Burg gestützt, gesellten sich zu der ständischen Deputation, welche seit Mittag die Staatsconferenz belagert hielt. Es gelang ihnen so wenig, als der ersteren, der Regierung bestimmte Zugeständnisse abzuzwingen. Sie trugen aber wesentlich dazu bei, die Haltung der Minister zu erschüttern. Als Fürst Metternich beharrlich von einem durch französische, polnische und schweizer Emissäre verführten Pöbel redete, widersprachen sie eifrig, und als er sie auffor-

*) Die Volksmeinung ließ den Befehl zum Schießen vom Erzherzoge Albrecht ausgehen. In der Allgem. Zeitung 1848 Nr. 86 versuchte zwar ein höherer Generalstabsofficier dieser Behauptung entgegenzutreten, aber mit geringem Erfolge. Thatsache ist es, daß der Erzherzog ebenfalls von einem Holzstücke empfindlich getroffen wurde und unmittelbar darauf das Schießen begann.

**) Vergl. Von Böhmen nach Italien S. 101.

derte, dem „Straßenkrawall“ ein Ende zu machen, erklärten sie mit gehobener Stimme: „das ist kein Krawall, sondern eine Revolution.“ Die Mitglieder der Staatsconferenz mußten wohl daran glauben, denn auch der Rector Magnificus, der überängstliche Jenull, den ehemals ein Besuch Rotteck's zittern gemacht hatte, stellte sich ein und verlangte das Unerhörte, die Bewaffnung der Studenten. Diese hatten sich am Nachmittage abermals in der Aula versammelt, abermals Hye's wohltemperirte Reden von der Freiheit und der Ordnung, von den Opfern, die er, obgleich „Vater von vier Kindern“, der guten Sache bringe, und von der Hartnäckigkeit der Regierung beifällig vernommen, dann aber, als sie von den Tödtungen vor dem Landhause hörten, nach Waffen verlangt und mit der Erstürmung des Zeughauses gedroht. Glücklicher Weise erinnerte sich einer der Anwesenden an das Vorrecht des Rectors, zu jeder Zeit auch unangemeldet bei dem Kaiser erscheinen zu dürfen. Es wurde nach dem greisen Jenull gesendet, welcher sich willig der Aufgabe unterzog, von der Regierung Waffen für die Studenten zu erbitten. Er fand bei dem Erzherzoge Franz Karl eine wohlwollende Aufnahme, „als ehrlicher Mann“ könne der letztere versichern, daß „Zugeständnisse“ im Werke seien; einen zäheren Widerstand stellte Erzherzog Ludwig der Bitte Jenull's entgegen. Erst als der alte Mann sich auf die Kniee warf und die schrecklichen Folgen der Verweigerung schilderte, empfing er die Zusage, die Staatsconferenz werde den „Gegenstand unmittelbar in Berathung ziehen.“ Wenig erleichterten Gemüthes kehrte der Rector zur Universität zurück, welche ihm in ihrer Ungeduld bereits eine neue Deputation, von den Mitgliedern der medicinischen Facultät gewählt, nachgesendet hatte. Bei Ankunft der letzteren in der Hofburg hatte die Stimmung hier den höchsten Hitzgrad erreicht. Die Nachricht, aus dem Polizeigebäude sei sogar auf uniformirte Bürger geschossen worden, brachte das Blut der meisten Abgeordneten in Aufruhr und ließ sie die bisher bewahrte Loyalität, selbst die Höflichkeit vergessen. Nun endlich erschien auch der Staatsconferenz der Zeitpunkt gekommen, den spröden Sinn zu fügen. Unter allen Klagen der Bevölkerung war keine so alt, so allgemein und so berechtigt, wie jene über den Censurdruck. Mit ihrer Abhilfe sollte begonnen werden. Vielleicht, daß sich dadurch der Sturm beschwören ließ, wenigstens die gebildeten Klassen von der Theilnahme an der Bewegung abgezogen würden. Einige Tage früher zugestanden, hätte wahrscheinlich das Geschenk der Preßfreiheit Dank geerntet, obgleich es schwerlich die Katastrophe von dem alten Oesterreich abgewendet hätte. Jetzt erregte es nur die Lust zu unmittelbaren Mehrforderungen. Fürst Metternich entfernte sich aus dem Empfangsaale des Erzherzog Ludwig in das anstoßende Cabinet, um eigenhändig nach dem Muster der preußischen Preßverordnung vom 8. März den Entwurf eines Preßgesetzes niederzuschreiben. Kaum hatte der Staatskanzler den Saal verlassen, als aus der

Mitte der ständischen Deputation zuerst von einem Mitgliede der Grafenbank der Ruf nach der Abdankung des Fürsten laut wurde. Immer stürmischer wiederholt, lockte er Metternich aus der Nebenstube. Niemand erhob die Stimme zu seinen Gunsten, nicht die Unberufenen allein drangen auf seinen Sturz, auch von den Genossen der Macht sah er sich aufgegeben; er ahnte, daß er allen Halt verloren habe, und erklärte nun selbst nicht ohne Würde: „Es ist die Aufgabe meines Lebens gewesen, für das Heil der Monarchie von meinem Standpunkte zu wirken; glaubt man, daß das Verbleiben auf solchem dieses Heil gefährde, so kann es für mich kein Opfer sein, meinen Posten zu verlassen." *) Niemand widersprach, Niemand bat um die Rücknahme seiner Erklärung, vielmehr mußte er aus dem Munde eines alten Bürgerofficiers hören: „Durchlaucht, wir haben nichts gegen Ihre Person, aber Alles gegen Ihr System, und darum müssen wir wiederholen: nur durch Ihre Abdankung retten Sie den Thron und die Monarchie." Es blieb ihm nichts Anderes übrig, als das Opfer zu vollbringen. Mit dem Fürsten Metternich ging nicht das alte System zu Grabe, wie man meinte, wohl aber sein glänzendster Ausdruck, sein bedeutendster Träger. Daher konnte immerhin das Volk die Nachricht von seiner Abdankung in den Worten zusammenfassen: „Es ist Alles bewilligt." Zunächst die Volksbewaffnung. Kein Mitglied der Staatsconferenz besaß mehr die Kraft, dem Andrängen der Universitätsdeputation zu widerstehen. Erzherzog Ludwig bestätigte den Beschluß, daß „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung die Bewaffnung von Studirenden mit Ausschluß von Ausländern stattzufinden habe", und als ein Ständemitglied den Zusatz machte, daß auch alle Bürger sich den bestehenden Bürgercorps einzureihen hätten, so gab die Staatsconferenz auch diesem Ansuchen ihre Zustimmung. Hastig eilten die Deputirten auf die Straßen, um die Errungenschaften des Tages zu verkündigen; noch ehe sie die Universität erreichen konnten, kamen ihnen bereits Studentenschaaren entgegen, welchen der Regierungspräsident, von dem wüsten Treiben der Proletarier in den Vorstädten erschreckt, selbständig die Erlaubniß zur Bewaffnung

*) Noch pathetischer erzählt die Genesis die Abdankungsscene. Nach derselben sprach Metternich folgende Abschiedsworte: Ich sehe vor, daß sich die falsche Meinung verbreiten werde, ich hätte bei dem Austritte aus meiner Stelle die Monarchie mit mir davongetragen. Gegen eine solche Behauptung lege ich feierlichst Protest ein; weder ich noch irgend Jemand hat Schultern, breit genug, um einen Staat davonzutragen; verschwinden Reiche, so geschieht es nur, weil sie sich selbst aufgeben." Glaubwürdige Männer, welche bei der Abdankung Metternich's gegenwärtig waren, wollen nichts ähnlich Lautendes aus seinem Munde vernommen haben. Das würde an sich die Wahrheit jener Mittheilung noch nicht verdächtigen. Bedenklich bleibt es aber, daß auch Ficquelmont dieselbe Sentenz sich aneignet. Vgl. Aufklärungen über die Zeit vom 20. März bis 4. Mai von Graf Ficquelmont S. 3: „Ich kenne die Schultern nicht, welche, jenen des Atlas ähnlich, den österreichischen Staatskörper hätten tragen können, ich kenne den Mann nicht, welcher sich angemaßt hätte, es zu wollen."

gegeben hatte und die nun mit einer angezündeten Kerze als Fahne voran nach dem bürgerlichen Zeughause zogen, um sich das Rüstzeug der Freiheit — Fliuten ohne Schloß, rostige Säbel — zu holen. Mit der Bewaffnung und Organisirung der Studentenlegion, mit der Illumination der Häuser und — mit der Plünderung und Verbrennung der Mauthhäuser an den Linien verging die Nacht.

Am folgenden Tage, als die erste Betäubung gewichen war, hätte man gern in den Regierungskreisen der Bewegung Stillstand geboten. An eine Rückkehr des Staatskanzlers in Amt und Würde konnte zwar nicht gedacht werden. Dagegen sträubte sich der mit Recht verletzte Stolz des Fürsten, das machte der Volksgrimm unmöglich, welcher den abgesetzten Minister nicht einmal in Wien duldete, zu schleuniger Flucht aus Oesterreich zwang. Auch Erzherzog Albrecht mußte Wien verlassen. Wohl aber hoffte man durch kräftige militärische Maßregeln der Unordnung zu steuern, die äußere Ruhe wieder herzustellen und dann in gewohnter bedächtiger Weise die unumgänglichen politischen Aenderungen zu berathen. Dem zufällig in Wien anwesenden Fürsten Windischgräz*) wurde das Militärcommando und die Gewalt auch über die Civilbehörden wie in einer belagerten Stadt übertragen, am Morgen des 14. März zwar die Resignation des Staatskanzlers und die Einsetzung eines Comité's „zur Erwägung des Zeitgemäßen" aus ständischen und bürgerlichen Mitgliedern öffentlich verkündigt, im Uebrigen aber nur väterliche Ermahnungen und polizeiliche Warnungen gespendet. Hatte die Regierung eine empfindliche Niederlage erlitten, als sie noch unversehrt aufrecht stand und, mit dem Scheine der Macht ausgestattet, auf eine erprobte Armee gestützt, unbewaffneten Bittstellern gegenübertrat, so konnte sie jetzt nicht den Sieg zurückerobern, wo sie ihre Schwäche und Uneinigkeit geoffenbart, wo der Muth der Soldaten, die Treue der Beamten wankte, das bewaffnete Volk das Geheimniß seiner Stärke zu errathen begann. Sie gab schließlich doch immer nach, belud sich mit dem Makel erbärmlicher Feigheit und reizte den Gegner zu maßlosen Ansprüchen. Dieser gewann die Ueberzeugung, daß durch zähe Beharrlichkeit und durch die Malerei von Schreckbildern von der Regierung Alles, auch das Unsinnige erreicht werden könne, und verlor die sittliche Achtung vor den politischen Gewalten.

Nur bis zur Erlaubniß einer Bürgerwehr im Anschlusse an die privilegirten Bürgercorps hatte sich die Regierung am Morgen des

*) Bereits am Abende des 13. März war dem General die Dictatur übertragen worden. Er verließ die Staatsconferenz, um die Uniform anzuziehen. In der Zwischenzeit war Metternichs Abdankung erpreßt und der Weg der Zugeständnisse eingeschlagen worden. Der nicht wenig verblüffte General erklärte, nun nicht weiter mitwirken zu wollen und ließ sich erst am andern Morgen zur Uebernahme des Commandos, das er doch nicht führen sollte, bewegen.

14. März herabgelassen, aber schon nach wenigen Stunden, durch Schilderungen von der Unzufriedenheit im Volke aufgeschreckt, sprach sie von einer Nationalgarde, zunächst freilich blos auf die Residenz eingeschränkt und „unter den Garantien, welche sowohl der Besitz als die Intelligenz dem Staate darbieten." Aber auch diese Beschränkung ließ man bald fallen. Um keinen Preis durfte sofort die Preßfreiheit gewährt werden. Sie war bereits am 13. März zugesagt, diese Zusage in Wien, sowie durch den Telegraphen in mehreren Provinzen verbreitet worden. Eine officielle Kundmachung unterblieb jedoch, da die Regierung sich zuerst über „transitorische Maßregeln" einigen wollte. Sobald sie die Ungeduld im Volke merkte, eilte sie, noch am Abend des 14. März die Aufhebung der Censur zu erklären; als auch das nicht genügte, die Meinung laut wurde, nur die alte Censur sei abgeschafft, der Einführung einer neuen kein Damm gesetzt, erst dann verstand sich die Regierung dazu, das Wort Preßfreiheit offen auszusprechen. Am schwierigsten hielt es, sich mit dem Namen: Constitution zu befreunden. Die Nothwendigkeit eines Zugeständnisses in der Verfassungsfrage wurde zwar willig anerkannt. In einer außerordentlichen Berathung am Abende des 14., welcher mehrere Erzherzoge — unter ihnen auch der siebzehnjährige Erzherzog Franz Joseph —, die Mitglieder der Staatsconferenz und einzelne Vertrauensmänner beiwohnten, stimmten alle Anwesenden für eine Verfassungsreform. Keiner wußte aber ihr Ziel und ihren Inhalt genauer zu bestimmen, daher an die Stelle einer Verfassung das bloße Verfassungsversprechen treten mußte. Man erinnerte sich des Cabinetsschreibens, welches am 12. März an die Stände ergangen war, in dem Tumulte des folgenden Tages aber vollständig vergessen blieb. Vielleicht erfüllte es jetzt seine Friedensmission besser. Am 15. März wurde kundgegeben, daß „die Stände der deutschen und slawischen Reiche, sowie die Centralcongregationen des lombardisch-venetianischen Königreichs spätestens bis zum 3. Juli Abgeordnete nach Wien senden sollten, da der Kaiser die Absicht habe, sich in legislativen und administrativen Fragen ihres Beirathes zu versichern." Die beabsichtigte Wirkung wurde aber nicht erreicht. Die Volksmasse, welche seit zwei Tagen, jetzt jubelnd und dann wieder fluchend, jetzt voll Hingebung, dann wieder von blindem Mißtrauen erfüllt, je nach der augenblicklichen Anregung die Straßen durchzog, hatte nur Schlagwörter zu Führern. Wäre die Bewegung vorbereitet gewesen, wäre die Revolution von einem Kreise energischer, selbstbewußter Männer ausgegangen, so hätte ein fachliches Programm auf die Volksfahne geschrieben werden können. So aber gefiel nur das Vieldeutige, das Allgemeine und was der gangbaren liberalen Phraseologie entsprach. Eine Constitution verlangte das Volk, obgleich im Volke ebensowenig wie unter den herrschenden Staatsmännern das klare Bild einer österreichischen Verfassung gegenwärtig war. Die Menge suchte in der kaiserlichen Proclamation nur nach dem beliebten

Worte Constitution und als sie dasselbe nicht entdeckte, brach sie über den ganzen Inhalt den Stab. Abermals drangen beunruhigende Gerüchte in die Hofburg, abermals sank hier der Muth und wurde Schritt für Schritt nachgegeben. Man überlegte und klügelte lange über die Wahl der Ausdrücke in der neuen Proclamation, empfahl und verwarf der Reihe nach: die „constitutionelle Gestaltung", die „Constituirung des Vaterlandes", bis man sich endlich für die „Constitution des Vaterlandes" entschied. Um fünf Uhr Nachmittags wurde das kaiserliche Manifest verkündigt, welches die bereits früher gewährte Preßfreiheit und Nationalgarde nochmals bestätigte und sodann erklärte: „Wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände und der Centralcongregationen in der möglichst kürzesten Frist mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzialverfassungen zum Behufe der Constitution des Vaterlandes ist das Nöthige verfügt." *) Also kein Aufschub bis in den Sommer, wie in der früheren Proclamation, keine ausschließliche Betonung des ständischen Elementes und insbesondere keine Einschränkung auf bloßen Beirath. Zum ersten Male genoß der Hof die Freude, das Wiener Volk vollständig befriedigt, am Ende seiner Wünsche zu sehen. Das Drängen und Schieben der Regierung zu neuen, größeren Zugeständnissen schien endlich aufzuhören, der Jubelrausch die dauernde Stimmung zu werden. „Die Lösung des großen politischen Drama's war gefunden, die Revolution vollendet und — geschlossen."

Wem es vergönnt war, einige wenige Wochen länger zu denken und zu leben, fand überreichlich Gelegenheit, den leichtgläubigen Sinn des Volkes zu belächeln. Es wähnte sich am Ziele seiner Wünsche, träumte die unmittelbare Einkehr in ein Paradies und befand sich am Anfange grenzenloser Wirren, steuerte geraden Weges auf eine unerhörte Anarchie los. Diese bittere Enttäuschung, die mannichfachen Greuel und Verbrechen, welche im Laufe der nächsten Monate die österreichischen Lande befleckten, brachten die Märztage in Verruf. Sind auch seitdem Jahre und Jahre verflossen, so gilt doch noch Verdammniß der Märzbewegung als ein Zeichen correcter politischer Gesinnung und spaltet der Grad der Anerkennung, den man den sogenannten Märzopfern — den zufällig am 13. März im Landhause Getödteten — zollt, die Parteien. Wenn Endlicher, selbst ein hervorragender Träger der Märzbewegung, im deutschen

*) Bald nach den Märztagen tauchten Sagen auf, als ob schließlich der persönliche Wille des Kaisers die Verfassung durchgesetzt hätte. Wie er am 14. die Krisis zu Gunsten der Revolution bewirkt haben soll, indem er gegenüber den drohenden Maßregeln des Fürsten Windischgräz erklärte: Ich laß' nicht schießen, so soll er am 15., als sich in seiner Umgebung Bedenken gegen die Constitution regten, diese mit dem Rufe niedergeschlagen haben: „Bin ich Kaiser oder nicht?" Gewährsmänner für die Richtigkeit dieser Erzählungen lassen sich nicht nachweisen.

Vorparlament (11. April) die Wiener Revolution als einen „Sieg der Intelligenz und der ruhigen Entschlossenheit“ feierte, so malte er allerdings mit lauter Lichtfarben. Muß man auch zugeben, daß die schnöde Verhöhnung aller Culturinteressen wesentlich zum Sturze des alten Regimentes beitrug, die Scham, die jeder gebildete Mann über die herrschenden Zustände empfand, der allgemeine Widerwille, einer abgelebten Regierung zu dienen, den Bruch mit der Vergangenheit wirksam vorbereitete, so kann doch von einer ruhigen Entschlossenheit da nicht füglich gesprochen werden, wo der Sieger über seinen Triumph erstaunt, wo der Verlauf der Revolution an die Thätigkeit mechanischer Kräfte erinnert. Trotzdem kommt Endlicher's Definition der Wahrheit viel näher, als die in officiellen Kreisen gangbare Erklärung der Wiener Revolution als das Werk vorlauter Studenten und zudringlicher Juden. Es ist wahr, die Studenten sahen sich bald als die einzig berechtigten Wächter der Freiheit an, ihr jugendlicher Ungestüm hatte am 13. März die Revolution zuerst in Fluß gebracht. Auch das kann nicht geleugnet werden, daß die Redner im Hofe des Landhauses, die Sprecher im Ständesaale: Fischhof, Goldner, Kapper, Hermann u. A. meist dem Judenstamme angehörten. Schwerlich hätte aber die natürliche Kühnheit der Studenten, die — durch die Culturzustände Oesterreichs übrigens begreifliche — leichte Beweglichkeit und formelle Gewandtheit der Juden einen nennenswerthen Erfolg erreicht, wenn nicht hinter diesen Vorposten dichte Volksmassen, gleichgesinnt und ähnlich gemuthet, gestanden hätten. Auch waren es nicht Studenten und Juden, welche im Conferenzsaale die Forderungen des Volkes durchsetzten. Jenull und angesehene Professoren eroberten die Volksbewaffnung, Schmerling, Montecuccoli, Breuner und andere Ständemitglieder sprachen der Abdankung Metternich's das Wort, Bauernfeld's beredten Schilderungen am Morgen des 15. März gelang es, dem zögernden Familienrathe das förmliche Constitutionsversprechen abzuringen.*) Die Wiener Revolution könnte man demnach auch als das Werk ängstlicher Conservativer und gutmüthiger Vermittler ausgeben, welche, um die Dynastie zu retten und unnützes Blutvergießen zu vermeiden, die Einen zu jedem Opfer bereit waren, die Anderen kein Opfer zu groß fanden. Die allgemeine Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der herrschenden Zustände machte jede Aenderung willkommen, die schon längst vorhandene

*) Bauernfeld's Verdienste um die endliche Gewährung der Constitution blieben übrigens nicht ohne Mitbewerber. So erklärte der Redacteur der Constit. Donauzeitung, der später in den Freiherrnstand erhobene K. F. Hock, in der Nr. 2 seiner Zeitung: „Es schmerze ihn, die merkwürdigste That seines Lebens sich entzogen und einem Anderen mitgetheilt zu sehen. Er hätte am 15. März in der Burg die Nothwendigkeit eines klaren Constitutionsmanifestes dargelegt, auf Hartig's Aufforderung den Entwurf niedergeschrieben, welcher von Kolowrat durchgesehen und am Nachmittage in der Conferenz endgiltig redigirt wurde. Das Manifest mit Ausnahme des Schlußsatzes sei sein Werk.“

Stockung auf allen Gebieten der Staatsverwaltung gab der Revolution alle Mittel in die Hand, die Unfähigkeit der leitenden Persönlichkeiten sicherte den mühelosen Sieg. Die Revolution wäre kein „Knabenspiel" gewesen, wäre die Regierung nicht Kinderspott geworden. So erklärt sich auch, daß trotz allem Grimme gegen die Ereignisse der Revolutionsperiode, trotz aller politischen Experimentirlust in den folgenden Jahren eine Wiederbelebung der alten Zustände niemals ernstlich versucht, trotz aller Theilnahme für die Opfer der Revolution Keiner der alten Staatslenker wieder zur Gewalt zurückgerufen wurde. Ueber die Lebensfähigkeit des neuen Oesterreich, welches auf den Trümmern des alten zu errichten versucht wurde, kann man verschiedener Ansicht sein, daß aber in den Märztagen das alte Oesterreich vollständig, mit Recht und für immer zu Grunde ging, alle Machthaber seit 1848 ohne Unterschied auf die Revolution als ihre Basis fußen, darüber herrscht kein Zwiespalt der Meinungen.*)

Selbständig hatte die Märzbewegung sowohl in Prag wie in Preßburg begonnen, den Abschluß aber vor dem Eintreffen der Wiener Nachrichten nicht gefunden, vielmehr gleich in den ersten Anfängen dort durch den wieder muthig gewordenen Bürgermeister, hier durch die absichtlich unthätige Magnatentafel eine Stockung erfahren. In einen desto rascheren Fluß kam sie, als die Kunde von den Wiener Ereignissen sich verbreitete; vollends der Sieg der Revolution, die Verleihung einer Constitution warf einen mächtigen Widerschein bis an die fernste Reichsgrenze und brachte alle Provinzen in Aufregung, alle Volksstämme in die leidenschaftlichste Stimmung.

Die Wien nächstgelegenen deutschen Provinzen zeigten sich auch in ihrer Freude von der Hauptstadt abhängig. Weiße Kokarden prangten an den Hüten, Fahnen mit den Inschriften: Preßfreiheit und Constitution an den Häusern der Städter. Die Bürger fingen an, sich für das Institut der Nationalgarde zu begeistern und den Schleppsäbel als das unentbehrlichste Stück männlicher Tracht anzusehen, die Bauern steckten die Köpfe zusammen und berechneten die Vortheile, welche ihnen die „neue Zeit" wohl bringen dürfte, der Pöbel verjagte die Accisebeamten und zerstörte die Hebestätten der verhaßten Verzehrungssteuer.

*) Wem officielle Zeugnisse als besonders bekräftigend gelten, findet die Bestätigung dieser Behauptung in dem Buche Czörnig's über die Neugestaltung Oesterreichs 1859. „Wer die heutigen Zustände von Gesammt-Oesterreich", heißt es gleich im Anfange, „nach den Verhältnissen vom Jahre 1847 beurtheilen wollte, der würde einen gewaltigen Anachronismus begehen; er stünde mit seinem Urtheile näher dem Jahre 1758 als dem Jahre 1858."

Hier und da wurde ein mißliebiger Bürgermeister verjagt, übrigens störte kein erheblicher Conflict zwischen Behörden und Bevölkerung die Festfreude. So stand es in Oberösterreich und in dem deutschen Theile von Mähren.*)

In Graz bildete eine Bürgerversammlung (15. März) im ständischen Redoutensaale den Ausgangspunkt der Bewegung. Eine Petition an den Kaiser wurde berathen und zur Unterschrift herumgereicht, welcher wenigstens das Verdienst, Vielerlei zu fordern, nicht abgesprochen werden konnte. Außer den gangbaren, überall wiederkehrenden Punkten enthielt sie noch die Verwahrung gegen ein Bündniß mit Rußland**), die Bitte um Aufhebung des Jesuitenordens und um Einberufung eines deutschen Parlamentes, endlich, um auch das Kleinbürgerthum zu befriedigen, das Verlangen, daß in Graz ohne Zustimmung der Gemeinde keine „Verschönerung" vorgenommen werde. Dieser letzte Wunsch schloß eigentlich eine Beschwerde gegen den Landesgouverneur in sich, den ein übertriebener Baueifer, ähnlich wie den Grafen Chotek in Böhmen, zu unbilligen Zumuthungen an die Bewohner verleitet hatte. Trotzdem erschien Graf Wickenburg persönlich in der Versammlung und sprach sich über alle Punkte der Petition gleich günstig aus. Besänftigte er bereits durch diese unerwartete Selbstverleugnung die Stimmung; so entwaffnete er vollends die erregten Geister, als er dem allgemeinen Drängen nachgab und die unmittelbare Herrschaft der Preßfreiheit verkündigte. Auch im Schooße des zufällig versammelten Landtages regte sich eine ungewöhnliche Petitionslust. Von zwei Deputationen — aus der Bürgerversammlung und dem Gemeinderathe — beschickt, schloß er sich bereitwillig allen Wünschen an und ließ die Absicht, gleichfalls eine selbständige Bittschrift an den Kaiser zu senden, durchblicken. Kein Ständemitglied widersprach. Wer hätte auch gegen die Wünsche des Volkes sich erklären können, nachdem Erzherzog Johann selbst, seit dem 14. in Graz anwesend, dieselben gebilligt und seine Fürsprache zugesagt hatte. Am Abend desselben Tages löſ'te die Kunde von der Verleihung einer Constitution — der Gouverneur selbst rief sie im Theater aus — wohlthuend die vorhandene Spannung. Man erfuhr in Graz den siegreichen Ausgang der Wiener Revolution früher, als die Kämpfe, welche derselben vorausgegangen waren. Am 16. März verbreitete sich das Gerücht, die vom Grafen Wickenburg mitgetheilte telegraphische Depesche sei unecht, mindestens voreilig, der Hof sträube sich vielmehr hartnäckig, das entscheidende Wort auszuspre-

*) Die Erzählung der Vorgänge in den kleinen Provinzen hat zur Grundlage eine Sammlung von Flugschriften und Localblättern. Für die Kenntniß der Tiroler Zustände bilden auch in diesem Zeitraum Streiter's Studien eines Tirolers einen vortrefflichen Wegweiser.

**) Auch im Hofe des Landhauses am 13. März in Wien ertönte häufig der Ruf: Keine Russen!

chen, drohe mit Gewaltmaßregeln und werde ein neues Blutbad in den Straßen von Wien herbeiführen. Abermals wurde eine Bürgerversammlung gehalten, abermals beschwichtigte der Gouverneur und ließ sich zu Zugeständnissen — dieses Mal galt es der Volksbewaffnung — herab. Erst der nächste Eisenbahnzug, welcher das kaiserliche Manifest brachte, befreite ihn von allen Sorgen, verscheuchte alle Zweifel und gab dem Festjubel ungestört Raum.

Zäher als die Provinzialregierung in Steiermark zeigte sich der Präsident des Tiroler Guberniums, der kirchenfreundliche Graf Clemens Brandis. Sei es, daß er an die Wirklichkeit der Wiener Vorgänge nicht glaubte, sei es, daß er die Tiroler nicht für hinreichend vorbereitet hielt, er bewahrte sorgfältig das Geheimniß und schien das alte System in Tirol noch länger fortsetzen zu wollen. Einen so festen Verschluß bildeten aber die Tiroler Berge denn doch nicht, daß das tausendzüngige Gerücht nicht auch den Weg nach Innsbruck gefunden hätte. Durch Postconducteure, durch Privatbriefe erfuhren die Bürger und Studenten die Wiener Ereignisse, ehe noch Graf Brandis dazu die Erlaubniß gegeben hatte. Nun freilich konnte er mit der Proclamation der Verfassung nicht zögern, doch unterließ er nicht, gleichzeitig die „treuen Tiroler" zu mahnen, „ihren Dank für die allerhöchste Gnade durch Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu beweisen." Seine Sorge war unbegründet. Wohl jubelten die Innsbrucker Studenten, wohl hoffte das kleine Häuflein überdies zerstreuter Liberaler, die neuen politischen Einrichtungen würden vielleicht auch einen Wechsel der Anschauungen allmälich herbeiführen. Sogar zu einer Volksversammlung (21. März) verstieg sich ihr Muth und, um nicht hinter den anderen Provinzen zurückzubleiben, formulirten auch die Tiroler ihre „Wünsche für den Congreß 1848." Ihre Forderungen waren der bescheidensten Art: Eine größere Unabhängigkeit des Landtages, die Trennung der Würde des Landhauptmannes von dem Amte des Gouverneurs, die Herabsetzung des Salzpreises, Aufhebung der Verzehrungssteuer und die Reduction des Militärdienstes auf vier Jahre. Den weiteren Horizont, den wahrhaft liberalen Standpunkt offenbarten nur die letzten der „dreizehn Wünsche": Reform der Volksschule, Anschluß an den Zollverein und engere Vereinigung mit Deutschland. Gerade diese aber waren gegen den Sinn und über das Verständniß der großen Masse des Volkes, welches, von dem Drucke der Behörden befreit, nicht etwa seine Selbständigkeit wahrte, sondern nur um so enger an seine natürlichen Führer, die Bischöfe und Mönche, sich anschloß. Der Klerus besaß kein Interesse, sich schon jetzt schroff gegen die Revolution zu stellen. Theils liebte er es nicht, sich für eine verlorene Sache zu opfern, theils hatte er gleichfalls über mannichfache Unbilden, über eine kleinliche Bevormundung bisher zu klagen gehabt und hoffte bei einer politischen Umwälzung auch seinen Vortheil zu erreichen. Das Letzte, woran er dachte,

war eine Unterordnung unter die Liberalen, die Theilung der Macht mit Männern, welche die deutschen Lutheraner Brüder nennen und die Gypsbüsten Goethe's und Schiller's in ihren Prunkstuben aufstellen. Bei der festen Organisation, deren er sich erfreute, bei seinem engumschriebenen Ziele und der Fülle von Mitteln, über welche er gebot, hielt es für ihn nicht schwer, die Bewegung nach seinem Sinne zu lenken. Flugschriften und Hirtenbriefe wurden mit Eifer verbreitet. Die ersteren lobten, wie es in jenen Tagen nicht anders ging, die Verfassung und die Preßfreiheit, sie hoben es sogar als ein Verdienst der ultramontanen Partei hervor, daß diese stets für die Freiheit gewirkt, und beriefen sich auf den alten Görres und den Münchener Erzbischof Reisach. Die anderen, für die unteren Volksklassen bestimmt, schlugen eine kräftigere Tonart an, forderten zum Festhalten an dem alten Glauben auf und erklärten, daß „die wahre bürgerliche Freiheit nur im Verein mit der katholischen Religion gedeihen könne." Selbstverständlich konnte dann Niemand über das Maß und das Wesen der Freiheit entscheiden als die Wächter des Glaubens.

Außerhalb der Grenzen Tirols kümmerte man sich vorläufig um diese Sequestration der Freiheit zu Gunsten der ultramontanen Partei nicht, am wenigsten in Wien, wo alle Aufmerksamkeit, so weit sie nicht von den bunt wechselnden Tagesereignissen in Anspruch genommen wurde, sich ausschließlich den großen, nichtdeutschen Provinzen zuwendete. Von Galizien und der Lombardei war es bekannt, daß sie Trennungsgelüste hegten, daß namentlich Oberitalien nur durch äußere Gewalt an die österreichische Herrschaft gekettet blieb. Wird ihnen die Verbindung mit dem neuen Oesterreich lockender erscheinen? Die Czechen sind nach einer ähnlichen Sonderstellung lüstern, wie sie bisher Ungarn genoß; die Magyaren möchten die Absonderung bis an die äußerste Grenze treiben. Wird das Zugeständniß politischer Freiheit das Stammesbewußtsein zurücktreten lassen und den österreichischen Patriotismus in ihnen entzünden? Die Wiener Bevölkerung hatte in ihrem Freudenrausche die eigenthümliche Zusammensetzung des Kaiserstaates vollständig vergessen und weil alle Provinzen und alle Stämme gleichmäßig unter dem alten Systeme gelitten hatten, den Glauben an gemeinsame Ziele und an eine unbedingte Einheit auch in der Zukunft erfaßt. Ob sie nur einem Aberglauben gehuldigt, oder in der That die Wahrheit geahnt, mußte die nächste Zeit lehren. Die Magyaren wenigstens ließen es an Eifer nicht fehlen, alle Täuschungen zu zerstören und die reale Politik gegenüber den gutmüthigen, aber nebelhaften Phantasien der Wiener Märzhelden in ihr volles Recht einzusetzen.

Ungarn besaß in seinem Reichstage ein gesetzlich anerkanntes Organ des Volkswillens, welchem es auch an Autorität in der Nation, an Macht gegenüber der Regierung nicht gebrach. So groß war aber diese Macht

doch nicht gewesen, um vom Volke alle Schäden des alten Systems fern halten zu können. So stark war auch jene Autorität nicht, um jetzt, wo die Begeisterung für Freiheit als die höchste staatsmännische Weisheit galt, die große Masse und insbesondere die Jugend von der unmittelbaren Theilnahme an der Politik fernzuhalten. Die gewaltsame Absperrung von allen gediegenen Quellen der Bildung fühlte der Ungar trotz der vaterländischen Constitution nicht minder als der Oesterreicher, der Pesther Student sah sich ebenso kleinlich bevormundet, so ängstlich überwacht und so schlechten Lehrern überwiesen wie sein Kamerad in Wien und Prag, den ungarischen Schriftsteller drückte im Verhältniß zu seinen höheren Ansprüchen die österreichische Censur ebenso stark wie den Wiener Litteraten, mochte er immerhin dem Letzteren als ein beneidenswerthes Wesen erscheinen. Auf diese Weise verlor auch in Ungarn die politische Bewegung den festbegrenzten Boden, und erstand neben der Reformpartei, welche im Reichstage herrschte, eine revolutionäre Partei, deren Vertreter wenigstens Anfangs sich alle eines jugendlichen Alters erfreuten; so erfuhren die Wiener Märztage eine überraschend vollständige Wiederholung in Pesth.

Am 14. März, auf die erste noch dunkele Kunde von den Wiener Vorgängen begannen auch in Pesth die Studenten sich zu sammeln, Juraten, Journalisten, die jugendlichen Patrioten, welche in Preßburg keine Verwendung gefunden hatten, die Phantasie-Politiker, welche der Reichsrath verschmähte, zu berathen. Der Vereinigungspunkt der Einen war das in der späteren Revolutionsgeschichte oft genannte Café Pillwax, der Berathungsort der Anderen der gegenüberliegende Oppositionsclub (Radicalkör), in welchem bei der Abwesenheit der erfahrenen, einflußreichen und darum auch maßvolleren Führer heißblütige, jüngere Männer, namentlich Schriftsteller das Uebergewicht besaßen. Daß es den Mitgliedern des Radicalkör an kühnem Fluge der Phantasie nicht fehlte, hatte ihr Enthusiasmus für den Schutz- und Handelsverein bewiesen, daß radicale Grundsätze hier leicht eine heimische Stätte fanden, verbürgte schon der Name des Clubs. Von dem geistreich kecken, in der Pariser Journalistenschule gebildeten Joseph Irinyi, welcher trotz seiner Jugend schon Censurkämpfe in großer Zahl und überdies ein politisches Duell bestanden hatte, von dem erst magyarisirten Daniel Iránui — er hieß ursprünglich Halbschuh —, von Egressy, dem ungarischen Garrick, von Vasváry und A. Petöfy, der offen bekennt, er sei wohl fähig, Stürme zu erregen, aber nicht darnach angethan, Wogen zu beschwichtigen, konnte man weittragende politische Pläne erwarten. Aber selbst im Radicalkör war man nicht gesonnen, unbedingt auf das Studentenprogramm einzugehen, welches nahezu einem Mißtrauensvotum gegen den Reichstag gleichkam. Die Repräsentation vom 3. März erschien den jugendlichen Brauseköpfen unwürdig der großen Zeit. Sie träumten von Freiheit

und Gleichheit, sie schwärmten für die ewigen Menschenrechte und sahen den Reichstag noch engherzig mit der Coordination der Freistädte, mit der Regelung der Militärverpflegung beschäftigt. Alles, was die Repräsentation an Reformentwürfen enthielt, aber darüber hinaus noch unendlich viel mehr, Alles, was in Frankreich und Deutschland jetzt als Volksrecht galt, setzten sie auf ihr Programm, zu welchem sie die Zustimmung des Radicalkör verlangten. Eine Petition sollte, im ganzen Lande verbreitet und mit massenhaften Unterschriften versehen, Kossuth, als dem wahren Volksvertreter, übergeben, dann ein Oppositionsbanquet, in Nachahmung der berüchtigten Pariser Reformbanquete, veranstaltet werden. Ueber dem Drängen der Studenten, über dem Zögern des Radicalkör, wo G. Klauzál gegen jede ungesetzliche Demonstration eiferte, verging der Abend und die Nacht. Der nächste Morgen, welcher die Kunde von den ersten Siegen der Revolution in Wien brachte, machte jedem weiteren Widerstande ein Ende. Das Beispiel der Wiener Studenten rechtfertigte die Forderungen der Pesther Jugend, es reizte nicht allein zur Nachahmung, sondern rief auch zum Ueberbieten jener auf. Der nationale Stolz hätte es nimmermehr ertragen, hinter den politisch weniger entwickelten deutschen Provinzen zurückzubleiben. Rasch vereinigten sich die Sprecher der Studenten und die bekannten Mitglieder des Oppositionsclubs zu einem gemeinsamen Programme, ohne Widerrede wurden in der Volksversammlung auf dem Museumsplatze zwölf Punkte*) als die wesentlichen Forderungen der Nation angenommen. Die Petition war zwar an die Adresse des Reichstages gerichtet, die Ungeduld der erregten Masse jedoch viel zu groß, als daß sie ruhig auf die Intervention des Reichstages, auf die Antwort der Hofkanzlei hätte warten können. Was sich an den gestellten Forderungen augenblicklich durchführen ließ, wurde ohne alles Bedenken durchgesetzt. So die Preßfreiheit. Landerer's Buchdruckerei in der Hatvanerstraße wurde von den Studenten gestürmt, der Druck der zwölf Punkte erzwungen und auf diese Weise das erste censurfreie Preßproduct erobert. Zu anderen Errungenschaften verhalf die Rathlosigkeit der Statthalterei in Ofen, die Furcht und theilweise Billigung des Pesther Magistrates. Die petitionirte Freilassung der Staatsgefangenen wurde in der Person des Schriftstellers Stancsics, der wegen

*) Die zwölf Punkte lauteten wörtlich: Wir verlangen 1) die Preßfreiheit mit Vernichtung der Censur; 2) ein verantwortliches Ministerium in Buda Pesth; 3) jährlichen Landlag in Pesth; 4) Gleichheit vor dem Gesetze in religiöser und bürgerlicher Hinsicht; 5) Nationalgarde; 6) gleiche Betheiligung an den Lasten; wir steuern Alle gleich; 7) die Aufhebung der Urbarialgesetze; 8) Geschworenengericht, Volksvertretung auf dem Principe der Gleichheit; 9) eine Nationalbank; 10) das Militär beschwöre die Constitution; unsere Soldaten schleppe man nicht mehr in das Ausland, die ausländischen fremden schaffe man hinweg; 11) die politischen Staatsgefangenen sollen freigelassen werden; 12) Union, Verbindung Siebenbürgens mit Ungarn. Ursprünglich zusammengestellt wurden die 12 Punkte von Irinyi.

seines „Volksbuches" (Népkönyv) im Kerker saß, gleich in das Werk gesetzt, die Bürgerwehr, aus allen „Biedermännern" der Hauptstadt zusammengesetzt, trat unmittelbar in das Leben, und was das Wichtigste war, die vollziehende Gewalt ging vom alten Magistrate in die Hände eines Sicherheitsausschusses über, in welchem neben dem Bürgermeister Rottenbiller und dem bedächtigeren G. Klauzál und P. Nyary auch die Häupter der radicalen Partei saßen. Mochte immerhin die städtische Behörde sich rühmen, daß die Reform in Pesth binnen vierundzwanzig Stunden auf friedlichem und gesetzlichem Wege erkämpft wurde, während sie in anderen Ländern Bürgerblut gekostet, mochte sie auch die zwölf Punkte nur als die Erfüllung der alten Landeswünsche, seit 1790 auf jedem Reichstage dem Könige vorgestellt, darstellen und die Menge, als wäre der ewige politische Sonntag gekommen, jubelnd mit der Tricolore sich schmücken, Vöresmarty's Szózat und Petöfy's Nemzeti dál wonnetrunken singen: Thatsache blieb es, daß durch diese Vorgänge in Pesth eine schwere revolutionäre Krisis vorbereitet, das politische Leben Ungarns gewaltsam in neue Bahnen gedrängt wurde. Zu der verfassungstreuen, nationalen Opposition gesellte sich nun ein radicales Element; nicht die Ausbildung der bestehenden Constitution, sondern ihr Umtausch mit einer demokratischen Verfassung galt als politisches Ideal, an die Stelle der nahezu vollständigen Abgeschlossenheit des ungarischen Reiches trat die Verbrüderung mit dem freigewordenen Westen. Von der Haltung des Preßburger Reichstages hing es ab, in welchem Grade die „Parapluierevolution" in Pesth auf das Schicksal der Nation bestimmend wirken sollte.

Auch in Preßburg rief die Nachricht von dem Ausbruche der Unruhen in Wien eine allgemeine Aufregung hervor, hob die Hoffnungen der Einen, ließ den Muth der Anderen sinken. Die Magnaten, noch vor wenigen Tagen spröde und diplomatisch zurückhaltend, beeilten sich nun, der ständischen Repräsentation vom 3. März beizutreten. Auf den Antrag des Palatin enthielten sie sich jeder Abänderung und gaben einstimmig ihr bejahendes Votum ab. Das genügte aber nicht mehr zur Beschwichtigung der Ständetafel, welche jetzt williger als je zuvor sich unter Kossuth's mächtige Leidenschaft beugte. In der Morgensitzung des 14. März hatte Kossuth das Wort ergriffen, die Vorgänge in Wien erzählt, die Abdankung Metternich's, den Rücktritt Apponyi's der jubelnden Versammlung mitgetheilt. „Wie Schade, fuhr er dann fort, daß unsere Repräsentation nicht schon vorher in Wien überreicht gewesen, daß sie durch die Schuld der Magnaten, die mit dem Schicksal der Nation zu spielen lieben, so lange verzögert wurde, bis in Wien Bürgerblut geflossen." Nach einer scharfen Apostrophe des Hochadels, welche vom Palatin beinahe demüthig beantwortet wurde, forderte Kossuth zur unmittelbaren Verkündigung der Preßfreiheit auf und stellte den Antrag auf

den Entwurf einer neuen Wehrverfassung, welche jeden Wähler zum Waffendienste verpflichten, in jeder Stadt das Institut der Nationalgarde obligatorisch machen sollte. Er stieß natürlich auf keinen Widerspruch. Széchenyi allein erhob sich und wagte den allgemeinen Jubelrausch durch einzelne schüchterne Bedenken zu unterbrechen: „Ich weiß nicht, ob ich mich freuen oder ob ich trauern soll. Die nächste Zukunft kann für Ungarn sehr glücklich werden, ebenso leicht können die Würfel auch anders fallen. Die Nationen sind in einem solchen Augenblicke, wie wir ihn heute erleben, entweder groß geworden oder zu Grunde gegangen. Vor uns sehen wir die Reform, aber vielleicht auch die Anarchie. Wir haben den Vortheil, daß wir seit Jahrhunderten an constitutionelle Formen gewöhnt sind, in den Nachbarprovinzen jedoch, wo das constitutionelle System gänzlich unbekannt ist, da, fürchte ich, wird der Wahnwitz die Herrschaft an sich reißen." Er täuschte sich nicht in diesem letzten Punkte, wohl überschätzte er aber den Schirm constitutioneller Gewohnheiten im eigenen Lande. Bewegt sich auch der Inhalt der Motionen Kossuth's vorläufig noch nicht in radicalen Geleisen*), so bewies doch die Form, in welcher er sie vorbrachte, die geringe Achtung der alten, wesentlich aristokratischen Verfassung. Vollends die Sitzung des nächsten Tages (15. März) offenbarte die Zerstörung des Gleichgewichtes, welches bisher zwischen den Factoren der Gesetzgebung bestanden hatte. Ehe sich die Reichstagsdeputation einschiffte, welche auf Tarnoczy's Antrag die Repräsentation dem Kaiser überreichen sollte, versammelten sich die Stände am frühen Morgen zu einer Circularsitzung. Auch hier führte Kossuth das Wort, wie denn überhaupt die Debatten des Reichstages sich immer mehr in Monologe des großen, von allen Juraten angebeteten Agitators verwandelten. „Zu förmlichen Codificationen fehle es an der Zeit, die Ständetafel müsse daher den Muth gewinnen, selbständig Beschlüsse zu fassen, freilich auch die volle Verantwortlichkeit für dieselben tragen. Es sei genug, daß man die gefaßten Beschlüsse den Magnaten

*) Für die Auffassung Kossuth's ist das Zeugniß, das ihm der sonst der ungarischen Revolution abholde Paul Somßich in seiner Schrift: Das legitime Recht Ungarns und seines Königs, Wien 1850, S. 18 gibt, von großer Wichtigkeit: „Ich weiß es, daß Kossuth noch im Februar 1848 sich mit Berathungen befaßte, welche entschieden beweisen, daß er damals noch keine Revolution wünschte, oder wenigstens an eine solche nicht glaubte. Ich fand ihn stets monarchisch, ja dynastisch gesinnt; er besprach sich über die Möglichkeit einer verantwortlichen Regierung, über ein Repräsentativsystem, und bei allen diesen Berathungen war er so eifrig und zugänglich, nicht wie Einer, der kein Resultat erzielen und nur mit einer Finte irreführen wollte. Alles dieses änderte sich nach erhaltener Kunde von der Februarrevolution. Er setzte dann die Conferenzen mit den Führern der conservativen Partei mit dem Bemerken aus, daß er unter dem Sturme der Ereignisse nicht bestimmen könne, nach welchem Maßstabe wir unsere Arbeiten fortsetzen sollten, bis endlich nach den Märztagen er durchaus unzugänglich wurde und keiner Mäßigung Gehör gab."

melde.“ Auf diese Behauptung gestützt, decretirten die Stände die allgemeine Steuerpflicht, das decisive Votum der Freistädte und die Aufhebung der Urbariallasten gegen einen vom Staate zu bestimmenden Schadenersatz für die Grundherren. Es war nicht nöthig, daß die Abgeordneten an ihre Wähler ein Manifest erließen, in welchem sie erklärten, daß sie sich schon jetzt nicht mehr als Repräsentanten einzelner ständischer Körperschaften, sondern als Volksvertreter betrachten; thatsächlich konnte bereits die vielhundertjährige ständische Verfassung für beseitigt gelten.

Bedurfte es noch eines Reizes, um rückhaltlos mit der Vergangenheit zu brechen und den reinen politischen Idealismus auf die Fahne zu schreiben, so boten diesen die Anschauungen, welche der Reichstagsdeputation in Wien entgegentraten: das Volk in leidenschaftlichem Freiheitstaumel, die machtlose Regierung zitternd und zu jedem Zugeständnisse bereit, das Reich dem unabwendbaren Zerfalle in seine Elemente zueilend. Vom vorangeeilten Palatin angekündigt, einen gewaltigen Juratentroß, der in seiner Ungeduld eines Schleppbootes sich bemächtigt hatte und den Repräsentanten gefolgt war, in der Nachhut, zog die Deputation am Abend des 15. März im Triumphe durch die Wiener Straßen — beinahe in demselben Augenblicke, als „die Constitution des Vaterlandes“ verkündigt wurde. Jubelnder Zuruf empfing sie bei jedem Schritte, ein Blumen- und Bänderregen begleitete sie auf ihrem Wege. Die begeisterte Wiener Bevölkerung kannte in diesen Tagen keine heißere Sehnsucht, als sich mit allen Nationen zu verbrüdern, die ganze Menschheit zu umarmen. Wie hätte sie nicht die Magyaren und vor Allem das Ideal des Volkshelden, Kossuth, feurig begrüßen sollen, dessen Märzrede die Wiener Revolution so wirksam gezeitigt hatte. Am 16. März überreichte die Reichstagsdeputation in feierlicher Audienz dem Kaiser die noch im letzten Augenblicke geschärfte und kategorischer gefaßte*) Adresse. An einen offenen Widerstand gegen die Forderungen der Ungarn wagte am Hofe Niemand zu denken, schwerlich besaß man auch nur die Geistesgegenwart, ihren Inhalt genauer zu prüfen und den Grad ihrer Uebereinstimmung mit den Interessen des Gesammtstaates zu erörtern. Zu Allem, was sie verlangte, gab der Kaiser — freilich in allgemeinen Ausdrücken — seine volle Zustimmung. Noch mehr. In ihrer Hilflosigkeit baten die angesehensten Glieder des Hofes und des Cabinets die ungarischen Staatsmänner um Trost und Rath bei der Regelung auch der österreichischen Verhältnisse und zeigten sich willig, auf denselben zu hören. Batthyány, Eötvös hatten es in ihrer Hand, auch in der Centralregierung einen

*) So wird z. B. der ursprüngliche allgemeine Satz: „Schutz der moralischen Interessen“ in folgende concrete Forderungen verwandelt: Preßfreiheit, Einsetzung der Jury, Gleichstellung der Confessionen, garantirte Volkserziehung.

herrschenden Einfluß zu gewinnen. Sie wollten aber mit dem „Wiener Wirrwarr“ nichts zu thun haben, sie beschränkten sich hartnäckig, ausschließlich die ungarischen Angelegenheiten zu einer gedeihlichen Lösung zu bringen und schienen dabei nur dem Gebote praktischer Weisheit zu folgen. Dem ungarischen Reiche, das mit dem ungarischen Volke zusammenfiel, drohte keine Gefahr, wohl aber schienen die Tage Oesterreichs gezählt, seine Fortdauer unglaublich. Wo das Vertrauen zu der Kraft des Staates fehlte, da konnte auch bei brennendem Ehrgeize die Lust, entscheidend einzugreifen, thätig aufzutreten, nicht geweckt werden.

Mit der Zusicherung eines verantwortlichen Ministeriums kehrte die Deputation am 17. März nach Preßburg zurück. So kurz auch ihre Abwesenheit gedauert hatte, so fand sie doch Stimmung, Verhältnisse, Anschauungen vollständig verändert. Kraft und Stolz waren vom Reichstage gewichen, derselbe zu einer einfachen Beschlußmaschine herabgesunken, desto kecker war das Selbstbewußtsein der Pesther Jugend gewachsen, desto höher die Gewalt des improvisirten Sicherheitsausschusses gestiegen. Den zwölf Pesther Punkten traten die meisten ungarischen Städte, nicht allein streng ungarische, wie Szegedin und Debreczin, sondern auch solche, wo eine andere Nationalität vorwaltete, wie z. B. Temeswar, bei, wo man nur den vierten Punkt: „Gleichheit aller Bekenntnisse“ in der pikanteren Form annahm: „Religionsfreiheit, aber keine Juden.“ Durch diese allgemeine Zustimmung stark, durch die demüthige Haltung der früheren mächtigen Gegner übermüthig gemacht, sahen sich die Mitglieder des Radicalkör geradezu als die wahren Volksvertreter an und zur Ausübung der Regierungsgewalt berechtigt. Beinahe alltäglich versammelten sich die Heißblütigen und die Neugierigen auf dem Museumsplatze; Vasváry, der „ungarische Camille Desmoulins“, durch Feuer der Rede und Unklarheit der Gedanken gleich ausgezeichnet, beherrschte mit anderen Alters- und Gesinnungsgenossen die Menge. Was diese billigte, galt dem Sicherheitsausschusse als Gesetz, was dieser beschloß, sollte auch dem Reichstage zur Richtschnur dienen. An demselben Tage (17. März), an welchem der Palatin den Grafen Ludwig Batthyányi zur Bildung eines ungarischen Ministeriums aufforderte, wurde bereits in Pesth die förmliche Ministerliste entworfen, nicht zum Zeitvertreibe, sondern in der ernsten Absicht, dieselbe durchzusetzen. Daß die Mehrzahl der in Pesth vorgeschlagenen Namen in Batthyányi's Ministerium in der That wiederkehrt, muß man nicht nothwendig als einen Sieg der radicalen Partei auffassen. Die Summe der tauglichen Ministercandidaten ließ die Wahl nicht schwer treffen und bei allen Parteien ohne Mühe Einstimmigkeit erzielen. Verhängnißvoll war aber der Umfang der Gewalt, welchen man in Pesth für das unabhängige ungarische Ministerium träumte. Vor den Märztagen hätte die Reorganisation der Statthalterei und Hofkammer, ihre Gliederung in selbständige Sectionen und die Verantwortlichkeit der Leiter der letzteren gegenüber

dem Reichstage die Opposition vielleicht beschwichtigt. Nach den Märztagen waren allerdings die Forderungen höher gespannt, die Bewilligung eines ungarischen Ministeriums unabweisbar. Darunter aber verstand man zunächst ein Verwaltungsministerium, kein Staatsministerium, welches die Verbindung mit Oesterreich zu einem leeren Worte ohne Sinn und Bedeutung gestempelt hätte. Der Pesther Radicalkör warf zuerst den Gedanken eines selbständigen Ministeriums, förmlicher ungarischer Ministerportefeuilles auch des Krieges, der Finanzen und der auswärtigen Angelegenheiten in die Menge. Er zündete begreiflicher Weise auf der Stelle. Der reine Bruch mit der Vergangenheit, der sich in ihm offenbarte, entsprach der politischen Leidenschaft, die Voraussetzung des Selbstgenügens, auf welcher er ruhte, empfahl sich dem nationalen Stolze. An dem Reichstage wäre es gewesen, den in den Märztagen festgehaltenen Grundsatz: „Je übertriebener die Forderung, desto berechtigter ist dieselbe" in die richtigen Schranken zurückzuweisen, dem Andringen der Phantasie die Gebote des praktischen Verstandes entgegenzuhalten. Der Reichstag befand sich aber in einer ähnlichen Lage wie die Wiener Centralregierung. Nachgiebigkeit allein hielt ihn aufrecht, durch den Verzicht auf jeden Widerstand gegen die Volksmeinung oder was im Augenblicke als solche galt, bewahrte er den Schein der Autorität. Als die Reichstagsdeputation nach Preßburg zurückkehrte, fand sie die Stände von dem Schrecken kaum erholt, welchen ihnen das Gerücht einflößte, Petöfy marschire an der Spitze von 30,000 Bewaffneten auf Preßburg los. Die Furcht vor der Pesther Jugend, die Sorge, hinter der öffentlichen Meinung zurückzubleiben, bildete fortan den Ausgangspunkt der Reichstagsbeschlüsse. Auch Kossuth, nach seiner ganzen Natur dem Geiste, der in den Märztagen herrschte, verwandt, ließ sich treiben und drängen und wurde jetzt mit der gleichen Wärme der Ueberzeugung der Sprecher der radicalen Partei, wie er vor einigen Jahren als Organ Széchenyi's aufgetreten war.

Am 18. März berichtete Kossuth im Reichstage über den Erfolg der Deputation. „Wir bringen kein anderes Gesetz vom Könige sanctionirt mit uns, als jenes über die Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums. Wir bedürfen aber auch keines anderen Gesetzes, da wir in jenem die Bürgschaft für eine wahrhaft liberale Gesetzgebung errungen haben. Dagegen harret unser eine wahrhaft große Aufgabe: die gegenwärtige Volksbewegung mit Weisheit zu lenken, nicht zu dulden, daß unseren Händen die Zügel entrissen werden, Alles aufzubieten, daß wir an der Spitze der Nation bleiben." Kossuth wie der Reichstag verstanden diese Aufgabe so, daß sie die Initiative in wichtigen Dingen ihren Händen entgleiten ließen und in ihrer Thätigkeit mehr beachteten, was der Volksstimmung im gegenwärtigen Augenblicke entspreche, als was dem dauernden Wohle des Reiches fromme. Die Freiheit und die Selbständigkeit des Reichstages fiel der Revolution als erstes Opfer. Wie stolz sprachen

die Ungarn von ihren festgewurzelten parlamentarischen Gewohnheiten, wie ruhmredig äußerten sie sich über den Reichstag, das unzerstörbare Palladium der Verfassung, wie sicher fühlten sie sich in ihrer nationalen Abgeschlossenheit! Und nun hatten sich die revolutionären Fluthen auf ihrem Wege von Paris nach dem Osten an der ungarischen Grenze doch nicht gestaut, hatte der politische Sturm die angeblich so festgewurzelte ungarische Aristokratie aus dem Boden gerissen und den Reichstag wie alle positiven Gewalten gebrochen. Die Magnatentafel war zu vollständiger Nichtigkeit herabgesunken, sie registrirte die ständischen Beschlüsse, erduldete mit Resignation jeden gegen sie geführten Streich und zeigte sichtliche Hast, der wenig ehrenvollen Wirksamkeit, zu welcher sie die Umstände verurtheilten, ein Ende zu machen. Aber auch die Ständetafel bot nicht mehr das glänzende Schauspiel früherer, besserer Tage. Eine Sitzung jagte die andere. Was in der Circularsitzung am Morgen berathen wurde, reifte schon am Nachmittage in öffentlicher Sitzung zum festen Beschlusse. Zur Debatte fehlte die Zeit, fehlte vielfach der Muth. Kossuth stellte die Anträge, Kossuth motivirte ihre Annahme, Kossuth lenkte die Stimmen, Kossuth proclamirte die Beschlüsse. Den übrigen Mitgliedern blieb nur die bescheidene Rolle des im Refrain einfallenden Chores.

Als die erste noch undeutliche Kunde von den Pesther tumultuarischen Vorgängen in Preßburg eintraf, dachte man hier weniger an Demonstrationen der radicalen Partei, als an den wahrscheinlichen Ausbruch einer Bauernempörung. Man wußte, wie drückend die Feudallasten dem einzelnen Landmanne erschienen, man verhehlte sich nicht die Neigung der Bauern, das Beispiel der galizischen Unterthanen nachzuahmen und mit den Grundherren zu Gerichte zu gehen. Man beeilte sich daher auch, diese größte Gefahr durch rechtzeitige Nachgiebigkeit zu beseitigen. Noch am 18. März wurden das Urbarium und die Herrenstühle für aufgehoben erklärt, das Recht der früheren Grundherren auf Entschädigung zwar anerkannt, aber vorläufig nur „unter den schützenden Schild der Nationalehre gestellt.“ So gewann Kossuth die Bauern und zwang den besitzenden Adel zur freundlichen Miene. Murrte er oder wollte er gar gegen die Revolution feindselig auftreten, so drohte ihm die unentgeltliche Aufhebung der Grundlasten. Der Klerus blieb hinter dem Opfermuthe der weltlichen Grundherren nicht zurück und verzichtete seinerseits auf die Zehnten. An demselben Tage wurde noch das gleiche Stimmrecht aller Deputirten, gleichviel ob sie von Comitaten, Capiteln oder Freistädten entsendet werden, beschlossen und die Permanenz des Reichstages erklärt. In den folgenden Sitzungen ging man mit der gleichen Hast an die Durchführung anderer, allerdings seit Jahren beabsichtigter Reformen. Das Städteoperat, an welchem sich frühere Reichstage Monate lang abgemüht hatten, beschäftigte jetzt kaum einige Minuten die Aufmerksamkeit der

Abgeordneten. Die wichtigsten Punkte, wie die Wahl der Communalbeamten, Oeffentlichkeit der Sitzungen, gleiche politische Rechte aller Stadtbewohner wurden auf der Stelle und einstimmig decretirt. Die Aviticität fand keinen einzigen Fürsprecher, ein Preßgesetz, ein Nationalgardegesetz, kaum angeregt, waren auch schon zum Beschlusse erhoben. Bei keinem der angenommenen Gesetzentwürfe konnte leider der Reichstag den furchtsam schielenden Blick auf die Stimmung des Tages lassen. In den östlichen Provinzen Oesterreichs, unter den nichtdeutschen Stämmen pflegen die unteren Volksklassen ihre politische Aufregung, ihre Sehnsucht nach Freiheit, ihre Unzufriedenheit mit der Regierung zuerst durch Stürmen der Judenhäuser und Mißhandeln der Juden selbst kundzugeben. Die ungarischen Städte schlossen sich von dieser Sitte in den Märztagen nicht aus; nicht allein daß sie den Juden die Theilnahme an den neuerrungenen Rechten verweigerten, suchten sie sogar, wie in Preßburg, eine gewaltsame Vertreibung derselben in das Werk zu setzen. Der Reichstag besaß nicht die Kraft, dem populären Judenhasse Widerstand zu leisten. In dem ursprünglichen Entwurfe war das Wahlrecht auf alle selbständigen Bewohner „ohne Unterschied des Glaubens" ausgedehnt worden. Am Tage nach der Preßburger Judenschlacht warnte Kossuth (21. März) vor einer Begünstigung der Juden, die „mit bedenklicher Halsstarrigkeit an ihren religiösen Vorurtheilen festhalten", welche durchaus nicht gehaßt, mit gutem Grunde aber als Wucherer und Betrüger vom Volke gefürchtet würden. Dem Vorurtheile des Pöbels huldigend, gewährte der Reichstag das Wahlrecht nur den Bekennern der „gesetzlich anerkannten Religionen." In ähnlicher Weise beugte sich der Reichstag bei der Berathung des Nationalgarden- und Preßgesetzes gegen seine bessere Ueberzeugung dem Willen des „souverainen Volkes." Die Majorität wollte in Wahrheit nur aus der Classe der Grund- und Hauseigenthümer die Nationalgarde recrutiren. Da trat abermals Kossuth auf und bat, man möge vollendete Thatsachen nicht übersehen, nicht ängstliche Bedingungen an den Eintritt in die Bürgerwehr knüpfen. Die Masse des Volkes stehe nun einmal unter den Waffen und werde sich nicht gutwillig dieselben entreißen lassen. Der Reichstag gab nach und als in einer Volksversammlung zu Pesth das provisorische Preßgesetz — von Szemere entworfen — in die Flammen geworfen und von dem Pesther Sicherheitsausschusse eine Verwahrung gegen die Giltigkeit desselben eingelegt wurde, gab der Reichstag abermals nach und änderte das Gesetz nach dem Wunsche der Patrioten in der Hauptstadt.

Die Noth der Zeiten, sowie die Sorge, jeder Versuch des Widerstandes werde nur zu keckeren Forderungen reizen, dienten den Ständen zur Entschuldigung ihrer Schwäche. Die täglich wachsende Anarchie und die immer zunehmende Verschiebung aller Gewalten konnte in der That auch dem blöden Auge nicht entgehen. Die Comitatsversammlungen in Pesth

hatten sich allmälich in Volksversammlungen verwandelt, an der Spitze der Verwaltung stand der Sicherheitsausschuß, welcher sich in Permanenz erklärt und seine Wirksamkeit weit über das städtische Weichbild ausgedehnt hatte. Dem Beispiele der Hauptstadt folgten die anderen Comitate. Beinahe überall wurde eine Localrevolution in das Werk gesetzt, mißliebige Beamte, die verhaßten Administratoren zuerst, vertrieben, Volksausschüsse gewählt. Es verschwanden die kaiserlichen Adler von den öffentlichen Gebäuden, die österreichischen Farben von den Wachhäusern und Mauthschranken, denn „das mit Lebhaftigkeit erwachte Nationalgefühl, wie es in der Verordnung des Sicherheitsausschusses hieß, sieht mit Recht eine Verunglimpfung darin, daß andere als nationale Abzeichen und Farben die öffentlichen Institute schmücken"; es verschwand mit einem Worte Alles, was an die vergangenen Zustände erinnerte, deren Wiederkehr auch den Ruhigen und Unbefangenen ebenso wahrscheinlich dünkte, wie eine plötzliche Umkehr der Tageszeiten, daher es schon die Klugheit rathsam machte, mit den neuen Mächten Freundschaft zu pflegen. Der Reichstag säumte nicht, dem Pesther Sicherheitsausschusse zu huldigen. Eine zahlreiche Deputation wurde am 18. März nach der Hauptstadt entsendet, welche dem Vorgeben nach hier beschwichtigen und zur Ruhe und Ordnung mahnen sollte, in Wahrheit jedoch eine Verständigung mit den revolutionären Gewalten, eine Rechtfertigung des Reichstages als Aufgabe übernommen hatte. Sie erklärte mündlich in den Clubversammlungen, wie auch durch Flugblätter, daß „der gegenwärtige Reichstag nicht berufen sei, eine ausgedehnte gesetzgebende Wirksamkeit zu entfalten", daß er sich im Bewußtsein der falschen Grundlage seiner Zusammensetzung vielmehr nur auf die Berathung der unaufschiebbaren Maßregeln einschränken müsse. Der Reichstag leistete förmlich für die Fortdauer seines Daseins Abbitte und vertröstete auf die Zukunft, wo „der auf das Repräsentativsystem basirte Ausfluß des Willens der Nation die heilsamen Reformen feststellen wird." Noch harrten aber seiner stürmische Tage.

Am 22. März hatte der Reichstag den Gesetzvorschlag über das verantwortliche ungarische Ministerium berathen. Dem erst in den jüngsten Tagen auftauchenden Volkswunsche gemäß war auch ein Portefeuille für die Finanzen und den Krieg geschaffen, übrigens dem Palatin die unbeschränkte Vollmacht übertragen worden. Eine ernste Personalunion verhinderte die dauernde Krankheit des Königs. Die Hofkanzlei und Hofkammer sollten aufhören, ein Staatsrath in Pesth organisirt, der Minister des Auswärtigen am Wiener Hofe beglaubigt werden. Nach Annahme dieses Gesetzentwurfes verkündigte Batthyanyi (23. März) die Namen der Cabinetsmitglieder. Sie waren sichtlich so zusammengestellt, daß man in Wien einiges Vertrauen zu der Mäßigung des Ministeriums fassen durfte. Der Schrecken, welchen etwa Kossuth's Anwesenheit im Cabinet einflößte,

mußte Széchenyi's, des entschieden loyalen Mannes, Mitwirkung aufheben; Eötvös und Deák waren makellose Männer, welche niemals zu einer gesetzwidrigen Handlung, zu einer leidenschaftlichen Politik die Hand bieten würden, Paul Esterházy's Namen vollends verbürgte die möglichste Schonung der höfischen Traditionen. Ob man in Wien über die klug gelöſ'te Personenfrage die sachlichen Schwierigkeiten vergessen werde, wußte Niemand zu sagen; mit der größten Spannung harrte daher Jedermann auf die Nachrichten aus Wien, wohin der Palatin gegangen war, um die Cabinetsliste vorzulegen und die Zustimmung zum Ministergesetze, sowie zu den Urbarialdecreten zu holen.

Zögernd waren bereits die allgemeinen Zugeständnisse am 15. März bewilligt worden. Erzherzog Ludwig hatte die Zusage, die er dem sterbenden Kaiser Franz geleistet, keine Aenderung des Systems zu dulden, als Schild gebraucht, Fürst Windischgräz nicht ohne Grund hervorgehoben, was die Ungarn fordern, beziehe sich nicht auf eine einzelne Provinz, sondern berühre die Verhältnisse des Gesammtreiches, könne daher nicht unbedingt und unmittelbar verwirklicht werden. Auch Hartig warnte eindringlich; der Glaube jedoch, jede Minute längeren Zögerns vermehre die Gefahr für die Dynastie, ließ schließlich doch den nachgiebigen Sinn obsiegen. Seitdem war eine Woche vergangen. Die Hilflosigkeit der Wiener Staatsmänner hatte sich nicht vermindert, wohl aber ihre Empfindlichkeit für das Gefährliche ihrer Lage verschärft. Alles, was sie bis jetzt bewilligt hatten, bezog sich nur auf die Aenderung des Regierungssystems; der einzelne Bürger gewann an Rechten, der Staat verlor nicht an Macht und Umfang. Jetzt dagegen wurde ihnen die Zustimmung zu einem Plane zugemuthet, welcher die Einheit des Reiches bedrohte, die Stellung Oesterreichs unter den europäischen Großmächten verrückte. Nicht kräftig genug, einen offenen Widerstand dem ungarischen Ministerprogramme entgegenzustellen, nahmen sie zu ihrer altgewohnten Waffe, der Trägheit ihre Zuflucht. Der Reichstag erhielt keine Antwort, die vom Palatin vorgelegte Ministerliste keine Bestätigung. Durch diese Politik konnte aber bei der Gewalt der revolutionären Bewegung die Einsetzung des selbständigen ungarischen Ministeriums verzögert, keineswegs verhindert werden. Am 25. März interpellirte Bonis im Reichstage über das Schicksal des Ministergesetzes und wies auf die schlimmen Gerüchte hin, welche durch das Ausbleiben aller Nachrichten aus Wien hervorgerufen wurden. Kossuth beschwichtigte. Von einer Verweigerung der Sanction sei ihm nichts bekannt, dieselbe auch nicht wahrscheinlich. Heftiger als in Preßburg flammte die Leidenschaft in Pesth auf. Eine große Volksversammlung auf dem Museumsplatze (27. März) sollte der allgemeinen Sorge und Unzufriedenheit Ausdruck geben. Irinyi und Vörösmarty hatten eine Proclamation vorbereitet, welche in der Volksversammlung verlesen und einstimmig angenommen, noch an demselben

Tage in unzähligen Exemplaren über das ganze Land verbreitet wurde.*) „Die Garantie und die Krone unserer Freiheit ist gefährdet; die Freunde des alten Regierungssystems wollen unseren erhabenen König bewegen, die Kriegs- und Finanzangelegenheiten, mithin Nerv und Blut unserer Nation, den Händen der ungarischen Regierung zu entwenden. Wir verwahren uns gegen diese Täuschung und offenbare Hintergehung der Nation. Die pragmatische Sanction ist ein gegenseitiger Vertrag. Bisher hatte nur jener Theil derselben Lebenskraft, welcher das Wohl des regierenden Hauses betrifft; jetzt ist es nöthig, daß auch der andere Theil derselben in Erfüllung gehe, welcher die Rechte der Nation sichert. Die Rathgeber, welche unserem Könige Widerstand gegen die Wünsche der Nation einflüstern, sind nicht nur Feinde Ungarns, sondern auch Feinde der Dynastie, mit deren Interesse sie vermessen spielen." Wäre es nach dem Willen der aufgeregten Menge gegangen, so hätte jene falschen Räthe — man dachte dabei an Apponyi, Zsedényi, Josika, Wirkner, Ferstl — gleich die Strafe der Landesverräther getroffen. Der Zorn der radicalen Partei richtete sich aber nicht allein gegen die Umgebung des Wiener Hofes, auch den Preßburger Reichstag traf sein Strahl. Ohne die schwächliche Langmuth desselben, ohne die Verzagtheit selbst der liberalen Führer, ohne das geheime Einverständniß der Conservativen und der Magnaten mit den Beamten der Hofkanzlei würde die Reaction nimmermehr den Muth zu einer abschlägigen Antwort auf die Volkswünsche gefunden haben. Die Hauptstadt gehorchte bereits den Befehlen des Sicherheitsausschusses; das flache Land zeigte guten Willen, sich der Hauptstadt unterzuordnen; ein provisorisches Comité, welches unter seinen Mitgliedern Klauzál, Nyáry, Pulszky, Csányi und Szemere zählte, hatte die Macht einer förmlichen Landesbehörde gewonnen. Würde das Ideal der Freiheit nicht auf dem kürzesten und sichersten Wege erreicht werden, wenn Ungarn sich von dem kraftlosen Reichstage ebenso wie von dem feindseligen Wiener Hofe unabhängig erklärte, zunächst einen Nationalconvent beriefe und diesen sodann über die künftige Regierungsform berathen ließe? In diesem Sinne sprachen sich in einer Privatversammlung bei Csányi die meisten Bewegungsmänner aus, in diesem Sinne suchte namentlich Moritz Perczel, der heftigste Ankläger des Reichstages, die Gemüther zu bestimmen. Zu irgend einer entscheidenden That kam es nun nicht; doch erhielten Perczel und Farkas den Auftrag, in Preßburg selbst den Reichstag zu überwachen und, wenn derselbe sich nicht

*) Der Wortlaut ist nach der Pesther Zeitung mitgetheilt, welche sich mit bewunderungswürdiger Naivetät allen auf einander folgenden Regierungen als officiöses Organ zur Verfügung stellte und jeder Regierung, Kossuth wie Windischgrätz, Batthyányi wie Haynau mit gleichem Eifer diente. Diese Farblosigkeit gab ihr eine verhältnißmäßige Objectivität und verhinderte, daß sie den Wortlaut der Proclamationen wie andere Zeitungen tendentiös entstellte.

kräftig und freisinnig genug zeige, ihn zu sprengen und die radicalen Deputirten zur Errichtung einer provisorischen Regierung in Pesth zu bewegen.

Während dieser Vorgänge stellte sich endlich auch in Wien der Muth zu einer Antwort auf die Anträge des Reichstages ein. Man hatte sich rechts und links Rathes erholt, alle Freunde und älteren Autoritäten um Angabe eines Auskunftsmittels dringend ersucht. Beinahe von allen Seiten erhielt man statt des Rathes die Erklärung, daß nur ein Wunder die Dynastie aus ihrer verzweifelten Lage retten könne. Am ausführlichsten und verständigsten entwickelte noch der Palatin oder vielmehr conservative ungarische Staatsmänner in seinem Namen die thatsächlichen Verhältnisse und die mannichfachen Wege, welche einen Erfolg versprechen dürften. Die Denkschrift*) entwarf zuerst ein Bild von der Agitation seit dem Beginn der Reichstagssitzung, erzählte, wie dieselbe in einen revolutionären Sturm auslief und schilderte die augenblicklichen Zustände Ungarns. „In Pesth herrscht vollkommene Anarchie, auf dem Lande genießt nur der Sicherheitsausschuß Ansehen und Gewalt. Die Localbehörden sind aufgelöſt, in Ofen selbst hält Graf Zichy nur nothdürftig den Schein der Autorität der Statthalterei aufrecht, indem er jeden Kampf mit der öffentlichen Meinung vermeidet und die größte Nachgiebigkeit gegen die Volkswünsche offenbart. Das Unselige dieses Zustandes kann Niemand leugnen. Daher klammert sich auch alle Welt an den Gedanken eines unabhängigen Ministeriums und erblickt in diesem die Rettung aus der Gesetzlosigkeit und allgemeinen Verwilderung. Gewiß ist die Begeisterung für diesen Gedanken eine wahre Landescalamität, der Plan vom Standpunkte des Wiener Hofes verdammenswerth. Es sei nur die Frage, wo die größere Calamität liege. Jedenfalls müsse man sich in Wien für eine bestimmte Politik entscheiden. „Man könne alle Truppen aus dem Lande ziehen und ruhig das Austoben des revolutionären Vulkans, das Ende des Kampfes zwischen den Parteien, des Krieges zwischen Grundbesitzern und Bauern abwarten. Oder man könne mit dem augenblicklich überaus volksthümlichen Grafen Batthyányi verhandeln, durch diesen retten lassen, was gerettet werden kann, vorläufig mit Resignation sich waffnen und inzwischen einen energischen Widerstand vorbereiten. Oder endlich man könne gleich mit Gewalt einschreiten, den Palatin abrufen, den Reichstag auflösen, das Martialgesetz verkündigen, durch einen außerordentlichen Commissär das Land regieren lassen, dessen eiserne Gewalt so lange es die Umstände erheischen dauern soll. Gegen die Wiederholung der galizischen Ereignisse vom Jahre 1846

*) Bei der Sichtung des Palatinalarchives in Ofen nach der Flucht des Erzherzogs Stephan entdeckte man dieses Promemoria, welches der Kossuth Hirlapja am 7. December 1848 vollständig mittheilte.

als rettende That warnt die Denkschrift eindringlich. Nicht allein sei die Verhetzung der einzelnen Ständeclassen „so zu sagen“ unmoralisch, sondern es würden durch dieselbe die Conservativen, die Anhänger der österreichischen Regierung am härtesten betroffen werden. In der That hatte der Reichstagsbeschluß vom 18. März die Kluft zwischen Grundherren und Unterthanen soweit geebnet, den letzteren so glänzende Versprechungen gemacht, daß sie von der Regierung nicht füglich überboten werden konnten.*) Ihr blieb vielmehr nur die leidige Pflicht übrig, den Eifer des Reichstages zu mäßigen und seiner Liberalität gegen die Bauern Schranken zu setzen. Die Anwendung unmittelbarer Waffengewalt verbot der geschwächte Zustand der Armee. Was an Truppen bereit stand, hatte die Regierung nach Italien geworfen; die übrigen Provinzen waren von Soldaten entblößt oder von Truppentheilen besetzt, deren aufopfernde Treue und Siegesmuth von ängstlichen Gemüthern unterschätzt wurde. So mußte denn der Versuch mit dem Ministerium Batthyányi gewagt werden. „Durch die Anerkennung desselben, erläuterte die Denkschrift, wird zwar die separatistische Politik der Ungarn scheinbar gefördert, dennoch bleibt sie das einzige Mittel, Ungarn für das österreichische Kaiserhaus zu erhalten. Vorausgesetzt, daß die Minister guten Willen zeigen, kann man in einem späteren günstigen Augenblicke leicht der Politik eine andere Wendung geben und ohne Kampf durchsetzen, was jetzt bei der leidenschaftlichen Stimmung des Volkes zu einer gänzlichen Lossagung Ungarns von Oesterreich führen würde. Sollten aber die Verhandlungen mit Batthyányi zu keinem Ziele führen, dieser die Uebernahme des Ministeriums verweigern, dann allerdings müsse man darauf gefaßt sein, die Pesther Jugend und einen Theil des Adels unter den Waffen zu erblicken, dann sei ein energisches und rasches Einschreiten der Armee unbedingt nothwendig.“ Der Rath des Palatin wurde nicht unbeachtet gelassen, nur fehlte es den Stellvertretern des Kaisers in Wien an Geistesgegenwart, um ihn mit Erfolg durchzuführen. Das Ministerium Batthyányi wurde bestätigt, ohne daß man sich jedoch seiner Mitwirkung versichert hätte, die Entwürfe des Reichstages arg beschnitten, ohne daß man an Mittel gedacht hätte, um den wahrscheinlichen Widerstand desselben zu brechen.

Am 29. März verkündigte Kossuth in der Circularsitzung die Rückkehr des Palatin, sowie Batthyányi's und Deák's, welche diesen nach Wien begleitet hatten. Den Inhalt der königlichen Rescripte behauptete er nicht zu kennen; doch ahnte er nichts Gutes; er ermahnte vorläufig

*) Kossuth machte kein Hehl daraus, daß ihn in der Urbarialfrage das politische Interesse bestimme. Er empfahl z. B. am 28. März das Urbarialgesetz zur raschen Annahme auch aus dem Grunde, weil es die kroatischen Bauern an Ungarn fesselt. Das arme Kroatien kann isolirt die Aufhebung und Ablösung der Urbariallasten nicht durchführen.

zur Ruhe, aber auch zu entschiedenem Handeln im Falle der Noth. Zur Mittagsstunde traten beide Tafeln zu einer gemischten Sitzung zusammen. Mit stürmischem Eljen begrüßte die Versammlung die Minister, Todtenstille herrschte, als die königlichen Resolutionen vorgelesen wurden. Die erste bezog sich auf das Urbarialgesetz. „Das Hauptprincip, hieß es in der Resolution, geruht der König gnädigst zu sanctioniren. Da jedoch bei dem sofortigen Aufhören der Urbarialleistungen gerade jene Classe plötzlich entkräftet würde, welche durch eine seltene Großherzigkeit solche bedeutende Opfer bringt und eben in Folge dessen durch das Verkommen des Landbauers der Handel und die Industrie gefährdet, ja sogar durch Hervorrufung einer Hungersnoth das ganze Vaterland in Gefahr gestürzt werden könnte: so mögen die Reichsstände auch jenen die Entschädigung betreffenden Gesetzartikel einer wiederholten Berathung unterziehen." Die andere Resolution hatte den Wirkungskreis des ungarischen Ministeriums zum Gegenstande. Sie befahl die Fortdauer der Hofkanzlei, entzog die Verwaltung der Cameralgüter, sowie die selbständige Regelung der Zölle und des Handels dem ungarischen Finanzminister, verlangte die Ablieferung der Einkünfte, soweit sie zur Deckung der Reichsbedürfnisse nothwendig seien, an die Wiener Hofkammer und setzte das „Ministerium der Landesvertheidigung" zu einer bloßen Administrativbehörde, welche die Anordnungen des Wiener Kriegsministers einfach zu vollziehen habe, herab. Man mußte den königlichen Resolutionen das Lob ehrlicher Offenheit zollen, von der politischen Kunst der Wiener Staatsmänner legten sie aber ein schlechtes Zeugniß ab. Sie wollten die Kraft der Revolution brechen und weckten ihr in jeder Bauernhütte einen Kämpfer, sie wollten die separatistischen Gelüste niedertreten und gestatteten dem Gegner, sich in den lockenden Schein des Liberalismus zu hüllen, sie hatten die Absicht, die Parteien und Ständeclassen zu trennen, und trugen, indem sie in demselben Athemzuge über das Urbarialgesetz und das Ministergesetz das verdammende Urtheil sprachen, zu ihrer Vereinigung bei.

Nicht genug daran, hatte sich der Wiener Hof auch nicht eines einzigen Vertheidigers versichert, gleichsam als spräche die gute Sache für sich selbst. Die Ersten, welche gegen die Resolutionen das Wort ergriffen, waren die Minister selbst. Batthyányi erklärte im Namen seiner Genossen, daß auf diese Bedingungen kein lebensfähiges Cabinet gebildet werden könne, er sein Amt niederzulegen entschlossen sei. Kaum hatte er seine Rede geendet, so erhob sich der Palatin. Er beschwor Batthyányi, seine Entlassung zurückzunehmen, versprach, abermals nach Wien zu gehen und größere Zugeständnisse zu erzwingen. Sollte es ihm nicht gelingen, so werde er unverzüglich seine Abdankung als Palatin dem Könige überreichen. Man sah klar, daß in Wien noch nicht das letzte Wort gesprochen war, die beiden Resolutionen blos versuchsweise veröffentlicht wurden und es nur eines fortgesetzten Druckes bedurfte, um alle Wünsche

erfüllt zu erhalten. Diesen Druck übte Kossuth im Reichstage, die Mitglieder des Radicalkör in Pesth. Noch an demselben Tage wurde eine Circularsitzung gehalten. Kossuth sprach wie gewöhnlich allein, leidenschaftlicher und bestechender als je zuvor. Die Resolution über das Urbarialgesetz fertigte er mit wenigen Worten ab. Ist das Princip des Gesetzentwurfes anerkannt, so ist der letztere selbst genehmigt. Alles Andere sei überflüssiges Gerede, da der Reichstag wahrlich nicht die Muße habe, sich jetzt in weitere Verhandlungen mit der Regierung einzulassen. Die andere Resolution erklärte er für „einen schnöden Mißbrauch des königlichen Namens, durch das ausgepeitschte büreaukratische System verübt." Die beste Antwort auf dieselbe wäre die Anklageacte gegen Apponyi, Zsedényi und die übrigen Einflüsterer als Landesverräther. Unter dem allgemeinen Rufe: Nieder mit den Verräthern, nahmen ohne weitere Debatte die Stände Kossuth's Motion an: „Im Vertrauen auf die feste und entschiedene Erklärung des Palatin, in der Hoffnung, daß über den königlichen Willen nicht solche Individuen den Sieg davontragen werden, welche weder den Beruf, noch das Recht haben, über das Schicksal des Landes zu verfügen, erwarten die Stände binnen der kürzesten Frist den Erfolg der vom Palatin angebotenen Intervention in jener entschlossenen Stimmung, welche die Gefahr des Vaterlandes erheischt." Diesem Ultimatum schlossen sich die Magnaten, wenn auch widerwillig, doch ohne Widerrede an.

Viel grimmiger als in den Reichstagsräumen äußerte sich die öffentliche Meinung auf den Straßen von Preßburg und Pesth. Die Juraten stürmten und plünderten das Haus des Hofraths Zsedényi — welcher die Resolutionen contrasignirt hatte — und verbrannten auf dem Theaterplatz sein Bildniß, sowie die Resolutionen. In Pesth ging ein Flugblatt Irinyi's von Hand zu Hand, in welchem die volle Unabhängigkeit Ungarns verlangt, die bloße Personalunion schon als ein viel zu großes Zugeständniß an die Erbländer dargestellt wurde. „So lange das Ministerium in Ofen-Pesth, der König in Wien residirt, wird unsere constitutionelle Entwickelung stets auf unüberwindliche Hindernisse stoßen." Die Proclamation des Sicherheitsausschusses sprach sich über das Ziel der radicalen Partei weniger deutlich aus, sie griff aber mit um so größerer Schärfe die „freche" Regierung an, und indem sie besonders die patriotischen Empfindungen aufrief, reizte sie die leidenschaftliche Stimmung der Volksmasse in wirksamster Weise. Sie betonte die Gleichheit aller Bürger. „Es giebt weder Herren, noch Frohnknechte mehr." Sodann schilderte sie die Macht des einigen Volkes. „Wir waren noch vor wenigen Tagen Bruchstücke von Völkern, wir sind jetzt vereinigt, jede vereinigte Nation aber ist unüberwindlich." Sie schmeichelte den ungarischen Soldaten, die ja nicht aufhören können, sich gleichfalls als Söhne des Vaterlandes zu fühlen. Sie forderte die Pesther Bürger auf, dem

Lande in der Vertheidigung der Freiheit voranzugehen, empfahl den Landgemeinden, Deputirte nach Pesth zu senden, welche gemeinsam mit dem Sicherheitsausschusse alle Maßregeln berathen und beschließen, d. h. einen Nationalconvent bilden sollten.

Die Volksmasse, welche am Abende des 31. März auf dem Museumsplatze sich versammelte, nahm einstimmig alle Anträge des Sicherheitsausschusses an, sie sang jubelnd den Refrain des Petöfi'schen Liedes: „Es giebt keinen geliebten König mehr" und klatschte Beifall jugendlichen Tollköpfen, welche sich mit rothen Federn schmückten. Alle Welt erwartete am nächsten Morgen den Ausbruch des Kampfes. Die Jugend durcheilte die Straßen unter dem Rufe: zu den Waffen, die Strategen der Kaffeehäuser discutirten Angriffspläne, die Politiker des Radicalkör erörterten die wahrscheinlichen Schicksale des Landes. Soll man die pragmatische Sanction für zerrissen erklären, feierlich aussprechen, daß das Haus Lothringen über Ungarn zu regieren aufgehört habe, oder soll man den Palatin zum Könige wählen, oder soll man endlich, das glorreiche Beispiel der „französischen Brüder" vor Augen, die Republik proclamiren? Während dieser wirren Vorgänge verbreitete sich mitten in der Nacht die Kunde von dem glücklichen Erfolge der Vermittelung des Palatin. Es war ein Mitglied des ungarischen Cabinets, Eötvös, welcher diese Nachricht von Preßburg brachte, daß Alles bewilligt, der Reichstag und die in Preßburg anwesenden Delegirten des Sicherheitsausschusses zufriedengestellt seien und dadurch die eben noch so kriegerische Stimmung in eine friedliche und freudige verwandelte.

In Wien waren die herrschenden Kreise gänzlich unfähig geworden, dem wiederholten Andringen des Palatin, doch vorläufig nachzugeben und es mit dem Ministerium Batthyányi unter allen Bedingungen zu versuchen, einen ernsten Widerstand entgegenzustellen. Der Rath des Palatin war schlecht, wenn die Regierung Energie besaß, denn er verschleppte die Lösung. Gerade diese Eigenschaft fehlte aber den Männern, welche gleich nach den Märztagen ihre Namen herliehen, um wenigstens den Schein einer Regierung zu wahren, vollständig. Die Einsicht, daß an die Stelle der durch Metternich's Verjagung gesprengten Staatsconferenz ein anderes Institut gesetzt werden müsse, daß ein constitutioneller Staat ein verantwortliches Ministerium bedinge, war zwar vorhanden. Die Verpflichtung jedoch, mit dem Systemwechsel auch einen Personenwechsel zu verbinden, wurde nicht gefühlt. Es spielte Erzherzog Ludwig vorläufig noch seine Vermittlerrolle, welche schon in der früheren Zeit manches Bedenken angeregt hatte, jetzt vollends mit der neuen Ordnung der Dinge unvereinbar erscheinen mußte. Erzherzog Ludwig besaß keine officielle Vollmacht, ähnlich wie der Palatin, den Kaiser zu vertreten, er konnte nicht hindern, wenigstens wurde es in höfischen Kreisen behauptet, daß das eine oder das andere Mal seine Person umgangen, vom Kaiser

unmittelbar eine Willensäußerung entlockt wurde. An dem Umstande, daß die dauernde Verhinderung des Kaisers nicht öffentlich anerkannt werden durfte, da sich an seine gutmüthige Persönlichkeit gerade in den Märztagen eine große Popularität knüpfte, daß aber auf der andern Seite ein stetiger regelmäßiger Verkehr zwischen dem Ministerium und dem Regenten nicht durchgeführt werden konnte, mußte auch der beste Wille der Staatsmänner scheitern. Vollends mißlich wurde die Sache, wenn es den letzteren an dem guten Willen und noch mehr an dem politischen Verstande mangelte.

Das weitverbreitete Vorurtheil von der Allmacht Metternich's bildete für die Genossen seiner Gewalt einen sicheren Schirm. Gegen den Staatskanzler hatte sich der Haß des Volkes gerichtet, ihn hatte die Revolution erreicht und vernichtet, nach seiner Abdankung war der freien Entwickelung des Staates, welche Metternich allein gewaltsam verhindert, der geradeste Weg gebahnt. Dieser Glaube verschaffte den anderen Ministern — Sedlnitzky allein theilte Metternich's Loos und gewann dadurch einen unverdienten Ruhm — den Freibrief für ihre fernere Wirksamkeit. Als es sich um die Bildung eines verantwortlichen Cabinets handelte, galt es als selbstverständlich, daß die alten politischen Größen, die Kolowrat, Taaffe und Kübeck, in dasselbe eintreten müßten. Sie besaßen Geschäftsroutine, sie kannten und achteten die Gewohnheiten des Hofes; man hoffte, sie würden denselben mit der Verfassung versöhnen, man glaubte an ihren Eifer für die Durchführung eines constitutionellen Programmes. Und wenn auch Einzelne, weniger vertrauensselig, von den Fähigkeiten der früheren Staatsminister gering dachten, wenn auch Witzbolde über dem Eingange zum juridisch-politischen Leseverein die Worte anhefteten: „Hier sind gute Minister zu erfragen": andere, tüchtigere Persönlichkeiten hatte die Revolution, welche von keiner abgeschlossenen Partei vorbereitet, von namenlosen Leuten durchgeführt worden war, bisher nicht in den Vordergrund geschoben. Als daher die Wiener Zeitung (21. März) den Grafen Kolowrat als provisorischen Ministerpräsidenten, Ficquelmont, Taaffe und Kübeck als Minister des Aeußeren, der Justiz und der Finanzen proclamirte, regte sich kein Widerspruch, obgleich theilweise blos ein Wechsel in der Titulatur stattgefunden hatte, dieselben Personen im Amte blieben, nur daß man sie früher Chef der Justizstelle oder Hofkammerpräsident hieß und jetzt Minister der Justiz und der Finanzen nannte. Auch Ficquelmont trat eigentlich blos etwas zeitiger die Erbschaft an, welche ihm bereits seit mehreren Jahren zugesichert war, ebenso wie Kolowrat's frühere Stellung mit dem Amte eines dirigirenden Ministers eine große Verwandtschaft zeigte. Das größte Zugeständniß an die öffentliche Meinung bildete die Berufung des Freiherrn von Pillersdorff an die Spitze des Ministeriums des Innern. Er galt als entschiedener Reformfreund, als ein bewußter Gegner des alten

Systems, unter dessen Herrschaft seine Thätigkeit unausgesetzte Beschränkungen erduldet hatte. Von ihm, dem Mitarbeiter Philipp Stadion's bei der Regelung der Finanzen, dem in allen Zweigen der Administration bewanderten Hofkanzler erwartete man eine genaue Kenntniß der Bedürfnisse des Staates, von ihm hoffte man ihre Befriedigung im liberalen Sinne. Man vergaß nur, daß eine mehr als vierzigjährige Dienstzeit den Charakter des Mannes mürbe gemacht, seine Energie gebrochen hatte. Vierzig Jahre hatte Pillersdorff zum Theil gegen seine bessere Ueberzeugung an den Regierungsgeschäften Theil genommen, sich allmälich daran gewöhnt, in jedem Falle seinen ehrlichen Willen zu zeigen, aber auf den Erfolg zu verzichten und schließlich immer nachzugeben. Er wollte das Gute und that das Schlechte. Durch eine schwere und lange Krankheit überdieß geschwächt, besaß Pillersdorff nicht den Muth, im wirren Gewoge revolutionärer Leidenschaften, unter dem Drucke widersprechender Forderungen seinen wohlbegründeten Willen durchzusetzen und selbst auf die Gefahr hin, die öffentliche Ruhe einen Augenblick lang gestört zu sehen, nur seiner politischen Einsicht zu folgen. Im Gegentheile erblickte Pillersdorff in der Erhaltung der öffentlichen Ruhe seine Hauptaufgabe, fand in der Nachgiebigkeit jetzt wie früher die Summe der staatsmännischen Weisheit vereinigt. Oesterreich besaß seit dem 21. März zwar ein Ministerium, aber keine Regierung. Kolowrat hatte den Vorsitz des Cabinets ohne Plan und Ziel übernommen, an eine Verpflichtung der Mitglieder auf ein bestimmtes Programm nicht gedacht. Der Mann, der seit einem Menschenalter alle Staatsinteressen nur als persönliche Angelegenheiten behandelt hatte, sollte nun plötzlich sich von allgemeinen Grundsätzen leiten lassen, der Mann, der seit seiner Jugend die collegialische Form der Verhandlungen gehaßt, jetzt bei gemeinsamen Ministerberathungen den Vorsitz führen. Den erbarmenswerthen Greis erfaßte eine unendliche Angst, er zitterte bei jedem Geräusche und pries die Augenblicke selig, welche er in Unthätigkeit zubringen konnte. Den Dingen ihren Gang zu lassen, höchstens die Ruhe der Stadt Wien für die nächste Stunde zu sichern, dazu allein reichte die Kraft des ersten constitutionellen Ministeriums aus.

Mitten in diese Anarchie der Regierungsgewalten fiel die zweite Reise des Palatin*) nach Wien. Seine Mahnung zur Nachgiebigkeit fand unbedingten Gehorsam. Ohne daß eine Auseinandersetzung mit dem österreichischen Ministerium erfolgte, ohne daß dasselbe überhaupt gefragt wurde — sein Anrecht, in die ungarischen Verhältnisse einzusprechen, war

*) Ihm folgten, durch den Telegraphen berufen, am 30. März Batthyányi, Széchenyi, Déak und Eötvös. An die beiden Pesther Delegirten: Perczel und Farkas, wurde von Wien aus die Bitte gerichtet, sie möchten noch einen Tag in Preßburg verweilen und das Resultat der neuen Mission ruhig abwarten.

freilich zweifelhaft, da es als constitutionelles Ministerium nur den deutsch-slawischen Provinzen vorstand —, entschied sich der Hof für die Zurücknahme der früheren königlichen Resolutionen und machte alle vom Reichstage verlangten Zugeständnisse.*) „Die ungarische Hofkanzlei in Wien wurde aufgehoben, ihre Geschäfte, bei den geringfügigen Prärogativen, welche sich der König vorbehielt, wie z. B. die Ernennung der Kirchenfürsten, die Belehnung mit Ordenskreuzen und Adelstiteln, wenig bedeutend, sind von nun an dem an die Person des Königs attachirten Minister übertragen. In Bezug auf den Beitrag, welchen Ungarn zu den Reichsfinanzen, für den königlichen Hofhalt, die Diplomatie und die technischen Militärcorps beizusteuern hat, soll eine provisorische Anordnung getroffen werden. Die Organisirung, Dislocation und Verwendung der ungarischen Truppen in Friedenszeiten bleibt dem ungarischen Ministerium zugewiesen, nur über die Verwendung der Armee außerhalb des Landes in Kriegszeiten, über die Wahl der höheren Chargen bewahrte sich der König ein freies Bestimmungsrecht."

Mit gutem Grunde durfte Kossuth, als er nach der Rückkehr des Palatin in der gemischten Reichstagssitzung (31. März Abends) das Wort nahm, Versöhnlichkeit predigen und die dankbare Annahme der königlichen Concessionen empfehlen: „Ich bin ein einfacher Bürger, stark nur durch die Macht der Wahrheit, und doch haben es die Wege der Vorsehung so gefügt, daß ich mit der bloßen Bewegung meiner Hand entscheiden konnte über Sein oder Nichtsein des Hauses Habsburg. Noch jetzt, wenn ich erklärte, das königliche Rescript genügt nicht, würde das Bürgerblut in Strömen fließen. Ich halte aber zurück, wenn ich auch einige Lieblingsideen nicht ausgeführt sehe, weil ich vor dem Vergießen von Bürgerblut zurückschrecke und durch das Anzünden der Fackel des Bürgerkrieges ein Verbrechen beginge, zu dessen Bestrafung keine hinreichende Qual auf der Erde ersonnen werden kann. Immerhin haben wir durch die Zugeständnisse des Königs die Mittel in der Hand, auch die kühnsten Wünsche zu verwirklichen. Die Nation kann freier und glücklicher sein als jemals.

*) Der Umstand, daß die österreichischen Minister von dem königlichen Rescripte keine officielle Kenntniß hatten, wurde später zur Anfechtung seiner Giltigkeit benutzt. Man muß zugeben, daß das Rescript die Quelle zahlloser Conflicte wurde und das Regieren in Wien wie in Pesth geradezu unmöglich machte, man muß es als ein politisches Verbrechen verdammen; gegen seine staatsrechtliche Nichtigkeit erheben sich mehrere Bedenken. Ungarn hatte stets seine abgesonderte Verwaltung, der Hofkanzler und der Reichspalatin waren dem österreichischen Ministerium nebengeordnet, das letztere niemals berufen und berechtigt, auf ungarische Regierungsacte einen officiellen Einfluß zu üben. Auch bestand, als Ungarn die so weitgehenden Concessionen ertheilt wurden, noch kein verantwortliches Kriegsministerium, ebensowenig ein Vertreter desselben im Ministerrathe; in die gesetzliche Wirksamkeit desselben griffen daher nicht, wie man später behauptete, die ungarischen Einrichtungen gewaltthätig und ungesetzlich ein. Vergl. Pillersdorff, Rückblicke S. 31.

Und wenn Oesterreich, wie es begann, sein gegebenes Wort vollends einlös't, dann wird es erkennen, daß es durch die sogenannten Concessionen nichts verloren, ja vielmehr an Festigkeit gewonnen, daß der Fürst, der dem Volke die Constitution gab, der königlichen Macht nichts vergeben, sondern das Haus Habsburg neu begründet hat." Auch Déak erklärte, mit dem königlichen Rescripte sei Alles gegeben, was überhaupt auf dem Papiere gegeben werden kann, das Uebrige müsse die Nation sich selbst verschaffen. L. Madaraß erinnerte zwar, die Regierung könne auch jetzt noch ungarische Soldaten außerhalb des Landes zur Unterdrückung der Freiheit verwenden, ähnlich wie in Pesth Iräuyi und Petöfy die „Transactionen des Reichstages" anzuerkennen sich weigerten. Aber diese Stimmen verhallten in dem allgemeinen Jubel über die endlich erreichte Selbständigkeit des Landes. Und in der That, selbst der Begriff der Personalunion deutet ein engeres, festeres Band an, als seit der Bestätigung des Ministerialgesetzes Ungarn an Oesterreich knüpfte. Nur die zufällige Vereinigung des ungarischen Palatin und des österreichischen Erzherzogs in einer Person kettete die beiden Länder an einander und verhinderte die augenblickliche Schädigung der dynastischen Interessen. Im Uebrigen war der Palatin vollständig autonom und mit allen wesentlichen Rechten eines Souverains ausgestattet, Ungarn selbst geradezu in einen Staat neben dem Staate Oesterreich verwandelt.

Es kann nicht Wunder nehmen, daß die Ungarn ihre Ansprüche auf die Spitze trieben. Ein fünfzigjähriger Kampf hatte sie verhärtet und verbittert, eine falsche Regierungspolitik das österreichische Gemeingefühl längst ertödtet. Auch der wahrhaft japanesische Gleichmuth, mit welchem die Wiener Regierung der Aufforderung zum Selbstmorde nachkam, kann nicht auffallen. Sie war hilflos, ohne Lebensmuth und unfähig, für reale Staatsinteressen einzustehen. Unerklärlich aber muß es erscheinen, daß sich in der österreichischen Bevölkerung kein Widerstand gegen die separatistische Politik Ungarns regte, nicht einmal ein mißfälliges Urtheil über dieselbe laut wurde. Das Begehren Ungarns wurde nicht als ein unberechtigtes Trennungsgelüste aufgefaßt; die Ungarn thaten nichts Anderes, als was beinahe alle Stämme und Provinzen gleichfalls beabsichtigten und wozu der allgemein herrschende Unglaube an die Fortdauer des Kaiserstaates aufstachelte. Es war nicht das Verdienst der Czechen und Polen, daß Böhmen und Galizien in einer engeren Verbindung mit dem österreichischen Kronlande beharrten. Wenn es nach ihrem Willen gegangen wäre, so hätten sie das Beispiel Ungarns gern nachgeahmt, theilweise sogar übertroffen.

Auch in Prag übte die Kunde von dem Ausbruche der Wiener Revolution auf die bereits begonnene politische Bewegung einen durchgreifenden Einfluß. Während noch am 14. März das Schicksal der Wenzelsbader Petition arg bedroht erschien, der gewählte Bürgerausschuß trotz

seiner maßvollen Haltung von dem Bürgermeister auf jede Weise bekämpft wurde, zeigte der nächste Morgen die Behörden willenlos, jedem Winke der Volksmänner unterthan, die letzteren selbst mit jeder Stunde in ihren Ansprüchen schwerer zu befriedigen. Das Petitionscomité, welches, aus dem Rathhause verdrängt, sich in dem Saale des czechisirten Gewerbevereins niedergelassen hatte, erklärte sich in Permanenz und dehnte allmälich seine Wirksamkeit als förmlicher Sicherheitsausschuß auf alle Zweige der Polizei und Verwaltung aus. Auf den Straßen wogte unaufhörlich, mit den Landesfarben geschmückt, eine jubelnde Menge. Ein dichtes Gedränge sammelte sich vor allen Localitäten, wo die Petition zur Unterschrift auflag. Auch die Beamten zögerten nicht, sich an derselben zu betheiligen; nicht genug daran, sie verliehen ihren Sympathien einen noch deutlicheren Ausdruck dadurch, daß sie, wie z. B. die Gubernialbeamten, als geschlossene Körperschaft auftraten. Eine nicht geringere Volksmasse umstand auch die Universität, wo die Studenten, durch das Beispiel der Wiener Kameraden angeeifert, über ihre besonderen Anliegen: Lernfreiheit, Abschaffung der Prüfungen, Einführung des Münchener Verbindungsstatuts, Fecht- und Turnanstalten u. A. beriethen und ihre militärische Organisation als akademische Legion begannen. Der Jubel steigerte sich, als in rascher Aufeinanderfolge die telegraphischen Nachrichten von der Aufhebung der Censur, von der Verleihung einer Constitution anlangten. Unmittelbar nach ihrer Verkündigung — in Prag wie in mehreren anderen Städten war dazu das Theater ausersehen worden — wurden den Spitzen der Behörden, den hervorragendsten Adelichen, den Führern der Opposition rauschende Huldigungen dargebracht, eine allgemeine Verbrüderung besiegelt. An einen ernsten Widerstand gegen die Bewegung dachte auch der eifrigste Anhänger der alten Regierung, auch der zäheste Aristokrat nicht. Konnte die allgemeine Festfreude gestört werden, so geschah dieses durch den leidenschaftlichen Ungestüm der plötzlich zu einer politischen Macht emporgestiegenen czechischen Partei, durch die Umtriebe des Repealclubs, welcher die Früchte seiner Agitation nicht durch andere Hände gepflückt sehen wollte und sich gewaltsam in den Vordergrund drängte.

Bei jeder stürmischen Volksbewegung, wo auch die Stimme der großen Masse gilt, wo der lauteste Ruf und nicht der weiseste Gedanke die Entscheidung herbeiführt, sind in Prag die Czechen gegen die Deutschen in großem Vortheile. Zur czechischen Bevölkerung zählt das Kleinbürgerthum, die Arbeiterclasse, die Mehrzahl der Studenten. In ruhigen und friedlichen Zeiten treten diese Schichten der Gesellschaft in den Hintergrund zurück, in Tagen politischer Aufregung beherrschen sie den Markt. So auch jetzt. Jedes von den Führern der nationalen Partei gegebene Schlagwort fand in den unteren und jugendlichen Kreisen der Bevölkerung einen tausendfachen Widerhall, jeder Wink unbedingten Gehorsam.

Auf eine solche treue Heerfolge konnten die Deutschen nicht rechnen. Deutsch nannten sich nicht allein die freisinnigen und gebildeten Männer, welche an dem geistigen und politischen Leben jenseits der Landesgrenzen Theil nahmen; zu den Deutschen rechneten sich auch Alle, welche die Maßlosigkeit der czechischen und slawischen Ansprüche fürchteten, in der Begünstigung des nationalen Elementes überhaupt eine große Gefahr für Oesterreich erblickten, Alle endlich, welche von der politischen Agitation den schlimmsten Einfluß auf den Verkehr, den Gewerbefleiß und den Wohlstand erwarteten. Die Zahl der Furchtsamen und Bequemen, der politischen Drohnen war ziemlich groß, dennoch stärkten sie durch ihren Anschluß die deutsche Partei keineswegs. Sie vereitelten die Aufstellung eines bestimmten positiven Programmes und verliehen den Verdächtigungen der Czechen, als ob die Deutschen, meist den höheren und reicheren Ständen angehörig, es mit der Volksfreiheit nicht ehrlich meinten, eine gewisse Wahrscheinlichkeit.

Noch waren die Unterschriften der Wenzelsbader Petition nicht getrocknet, als sich bereits in weiten Kreisen die Sorge äußerte, die in derselben verlangte Gleichberechtigung der beiden Nationalitäten lasse sich nicht durchführen, werde von den Czechen zu einer barbarischen Unterdrückung des deutschen Wesens benutzt werden. Die Absonderung heißblütiger Czechen von der allgemeinen Bürgerwehr, die Stiftung einer selbständigen czechischen Abtheilung der Nationalgarde unter dem bedenklichen Namen Sanct-Wenzelsbrüderschaft*) und mit noch bedenklicheren rothen Abzeichen, die Mahnungen in Flugblättern, sich fortan nur der czechischen Sprache im öffentlichen Leben zu bedienen, und andere Merkmale des steigenden Selbstbewußtseins der Czechen schienen jene Sorge zu begründen. Auch den politischen Unfrieden drohten die czechischen Kreise durch trotzigen Ungestüm wachzurufen. Das jüngere Geschlecht czechischer Patrioten, welches die Wenzelsbader Versammlung am 11. März angeregt hatte, sah nicht allein im Adreßcomité fremde Persönlichkeiten herrschend, sondern auch den Wortlaut der Wenzelsbader Beschlüsse wesentlich abgeändert oder, wie es im Aerger behauptete, gefälscht. Bereits in einer früheren Sitzung des Comité's (14. März) hatten Repealmänner die furchtsame Fassung des Satzes über die Robotaufhebung getadelt und das Versprechen einer billigen Entschädigung aus der Petition gestrichen wissen wollen. Sie wurden überstimmt, kaum gehört. Sie kamen jetzt, wo die Wogen der Volksbewegung höher gingen, die Straße und die Kneipe einen offenen politischen Sprechsaal bildeten, auf ihren Angriff zurück, wiederholten ihre Beschuldigungen einer absichtlichen Falschmün-

*) Der unter die katholischen Heiligen versetzte Herzog Wenzel gilt im Volksleben als der besondere Patron der slawischen Böhmen, an seinen Cultus knüpft sich der Deutschenhaß ganz unverhüllt an.

zerei und regten einen Theil der Bevölkerung auf, welchem sie die reactionären Umtriebe im Schooße des Comité's mit kräftigen Farben schilderten. Sie drohten dem letzteren mit der Volksrache und erreichten in der That so viel, daß der ursprüngliche Wortlaut der Petition als gleichberechtigt mit dem von Pinkas verfaßten Entwurfe angenommen und die Uebergabe beider Petitionen an den Kaiser beschlossen wurde.

Sie erreichten noch mehr. Die liberale ständische Partei entdeckte seit dem Beginn der Revolution mit Schrecken ihre vollständige Verlassenheit, sie sah das geringe Vertrauen, die kaum verhüllte Mißachtung in den Volkskreisen. Sie hatte seit Jahren eifrig für die ständischen Rechte gegen den Absolutismus angekämpft und mußte es nun erleben, daß der letztere in seinem Sturze auch die ganze ständische Verfassung nachzog. Ihre Führer, wie Fr. Deym, A. Nostiz u. A., waren willig, sich an der politischen Bewegung zu betheiligen und für die Constitution zu begeistern, dem Czechenthume zu huldigen und auf die meisten politischen Vorrechte zu verzichten. Nur auf diese Art konnten sie auf eine billige Entscheidung in der so wichtigen Robotfrage hoffen, und erwarten, daß die von ihnen freiwillig dargebotenen politischen Opfer sie vor den noch schmerzlicheren materiellen bewahren würden. Ihr Angebot, die Petition kräftig zu unterstützen, fand bei den gemäßigten Mitgliedern des Comité's eine freundliche Theilnahme. Gelang es, auch die aristokratischen Kreise für die politischen Neuerungen zu compromittiren, sie zu einer officiellen Kriegserklärung gegen das alte System zu bewegen, so konnte das Schicksal der geforderten Reformen für gesichert gelten, verlor jedenfalls eine spätere Reactionspartei ihre mächtigsten Bundesgenossen. Nach einem zwischen dem Grafen Friedrich Deym und dem Advocaten Pinkas verabredeten Plane sollte das Petitionscomité sich in feierlichem Zuge nach dem Landhause begeben, hier von den versammelten Ständen begrüßt, dann von dem ständischen Körper als einem untheilbaren Ganzen der Beitritt zu der Petition erklärt und auf diese Weise eine Verschmelzung der verschiedenen Interessen, eine solidarische Verbindung der privilegirten Stände und des Volkes bewirkt werden. Als aber die Männer des Repeal, von Studenten und czechischen Patrioten unterstützt, gegen die Mehrheit des Comité's auftraten, als die Nachgiebigkeit des letzteren und insbesondere die Unmöglichkeit, den Grundsatz der Entschädigung für die Unterthansdienste jetzt durchzusetzen, klar wurde, ließ man jenen Plan sofort fallen. Der Adel fürchtete, das aufgeregte Volk würde im Falle einer Ständeversammlung der lockenden Versuchung nicht widerstehen können, den bekannten Fenstersturz des Slawata und Martinitz an Einzelnen unter ihnen zu wiederholen. Die Umwälzung erhielt durch den Sieg des Repeal allerdings einen entschiedenen demokratischen Charakter; die politische Reform jedoch verlor die Bürgschaft der stetigen Entwickelung. Die Aristokratie zog sich schmollend

zurück, brach unbedingt mit der Revolution und harrte seitdem nur auf den ersten günstigen Augenblick, um den verlorenen Boden wieder zu erobern.

Nach dem verhängnißvollen Beschlusse des Comité's, auf die Forderungen der Radicalen einzugehen und zwei Petitionen, sowohl den in der Wenzelsbader Versammlung angenommenen, wie den anderen von Pinkas verfaßten Entwurf dem Kaiser zu überreichen, fiel jeder Grund fort, die Reise nach Wien noch länger zu verzögern. Am 19. März verließ endlich die Deputation, aus der Mitte des Petitionscomité's gewählt, an ihrer Spitze die unvermeidlichen Faster und Trojan als Sprecher, von Abgeordneten der Universität begleitet, Prag. Gewaltiger Prunk wurde bei ihrer Abreise entfaltet. Es fehlte nicht der Segen der kirchlichen Würdenträger, nicht der jubelnde Zuruf dichter Volksmassen; es fehlte nicht der Blumenregen und der Glockenklang. Auch auf den böhmischen Eisenbahnstationen wurde die Deputation laut und eifrig begrüßt; selbst die albernen Redensarten, welche der von seiner Macht berauschte Führer derselben regelmäßig zum Besten gab, waren nicht im Stande, den Glauben an die glorreiche Mission der Prager Abgeordneten zu vernichten. Einen desto kläglicheren Gegensatz zu dem pomphaften Auftreten während der Reise bildete ihre Wirksamkeit in Wien. Die politisch gebildeten Mitglieder der Deputation hatten eine natürliche Scheu, durch irgend welchen klugen Rath oder wohl gar durch eine scharfe Einrede den dünkelhaften Menschen, welchen physischer Muth an die Spitze der Bewegung gestellt, übelangebrachte Dankbarkeit der Prager Bürger, wenn auch nur für wenige Tage, zu einem Führer der Nation gestempelt hatte, zu reizen. Faster, als Wirth sein Lebelang gezwungen, die Launen seiner Gäste zu dulden, suchte sich jetzt durch verdoppelte Grobheit für alle erlittenen Demüthigungen schadlos zu halten. Sie verzweifelten vollends an ihrer Fähigkeit, den platten Redestrom Trojan's jemals unterbrechen oder diesen ebenso beschränkten wie eigensinnigen Mann zu einer vernünftigen politischen Ansicht belehren zu können. So blieben Faster und Trojan nicht allein die Hauptsprecher bei den feierlichen Audienzen, sondern auch die Wortführer bei den geschäftlichen Berathungen. Sie versetzten durch ihr lautes Schreien, durch ihre übrigens lächerlich übertriebenen Schilderungen von der Macht der revolutionären Partei den furchtsamen Grafen Kolowrat in eine unbehagliche Stimmung, sie zwangen aber dem scharfsichtigeren Pillersdorff nur eine geringe Achtung ab. Der Umstand, daß zwei keineswegs gleichlautende Petitionen dem Ministerium vorgelegt wurden, rechtfertigte die ausweichenden Antworten des letzteren und gestattete ihm, die zögernde Politik noch eine Weile länger fortzusetzen. Auch der anderen schweren Sorge, daß die Anwesenheit böhmischer Gutsbesitzer, welche um die Fortdauer der Robolpflicht bis nach der Ernte baten, die Prager Abgeordneten verletzen und nur zu

festerem Beharren bei ihren Forderungen bewegen werde, überhob die Eitelkeit Faster's den Minister. Wer den czechischen Ciceruacchio als einen großen Mann begrüßte, sein Loblied sang, der mußte es auch mit dem Vaterlande und der Freiheit gut meinen. Wie konnte man dem Ministerium mißtrauen, da sein Unterhändler, ein gewisser Commissionsrath Schmidt, den Führern der Deputation stets nur mit Ergebenheit, die höchste Bewunderung ihrer Verdienste auf den Lippen, entgegentrat? Wie konnte man gegen die Vertreter des Gutsbesitzerstandes sich noch feindselig äußern, nachdem ein so vornehmer Herr, wie Graf Albrecht Nostitz, die Prager Deputation persönlich aufgesucht und gegen dieselbe so gnädig und liebenswürdig sich gezeigt hatte? Während die Mehrzahl der Deputirten die unverhofft ihnen gewordene Gelegenheit, das Wiener Leben zu genießen, eifrig benutzten oder ihren Privatangelegenheiten nachgingen, Pinkas sich vergeblich bemühte, das politische Programm der Wiener Liberalen kennen zu lernen und zu einer dauernden Verständigung mit Alexander Bach und der niederösterreichischen ständischen Opposition zu kommen, Faster und Trojan endlich das Glück von Tafelkönigen behaglich schlürften, wurden die Petitionen ruhig ihrem Schicksale überlassen. Sie blieben schließlich in den Händen ergrauter Hofräthe der ehemaligen Hofkanzlei, welche durch keine energische Persönlichkeit gedrängt, von keinem fremden, festen Willen geleitet, einfach an ihre Routine sich hielten und die Petitionen in derselben Weise (23. März) erledigten, wie sie Hofdecrete zu erlassen gewohnt waren. Alle Verfassungsforderungen wurden entweder als bereits erfüllt dargestellt, oder der „künftigen Erwägung" anheimgegeben, die Aufhebung der Robot „gegen eine billige Entschädigung" auf den letzten März 1849 hinausgeschoben, das Versammlungs- und Petitionsrecht durch folgende Worte bestätigt: „Mein Thron soll stets allen Bitten zugänglich und Meinen Unterthanen das Recht gesichert sein, sich in legalem Wege über ihre Wünsche und Bedürfnisse zu berathen." An die Erledigung der Studentenpetition hatten weder Faster und Trojan, deren Gesichtskreise die Interessen der Bildung fern standen, noch die Hofräthe gedacht, und erst auf das Andringen eines Deputirten und auf den Rath Montecuccoli's wurde noch in der letzten Stunde wenigstens „die Umarbeitung des bereits vorbereiteten Studienplanes" versprochen.

Das Ministerium handelte in Wahrheit constitutionellen Grundsätzen vollkommen gemäß, indem es sich keine eigenmächtige Aenderung der böhmischen Provinzialverfassung erlaubte, auf den nahen Zusammentritt eines gesetzgebenden Körpers verwies. Es durfte aber nicht erwarten, das aufgeregte, auf die Rückkehr der Deputation mit übertriebenen Hoffnungen harrende Volk werde sich mit solchen Vertröstungen begnügen. Eine kluge Politik forderte, daß die Zurückhaltung des Ministeriums in den eigentlichen Verfassungsfragen durch irgend ein Zugeständniß auf

dem administrativen Gebiete, durch Gewährung irgend eines positiven „Grundrechtes" ausgeglichen werde. Sowohl die Robotfrage wie die Studentenpetition boten eine günstige Handhabe dazu. Nichts hinderte, den Schluß der Robotdienste früher anzusetzen, welcher ohnehin thatsächlich schon jetzt eingetreten war; ebensowenig konnten constitutionelle Bedenken gegen die Anerkennung der Lernfreiheit, gegen die Erlaubniß buntfarbiger Studentenverbindungen sich regen. Das Gegentheil geschah. Unter der ländlichen Bevölkerung wurde eine dauernd unruhige Spannung erhalten, dieselbe verleitet, auf die goldenen Berge zu hoffen, welche ihr die Prager Volksfreunde freigebig versprachen; die Studenten hielt man so lange als möglich von ihrem besonderen Berufskreise zurück und machte sie zu blinden Werkzeugen des phantastischen Radicalismus. Ein noch stärkerer Vorwurf trifft freilich die Prager Deputation, welche es nicht allein an Aufklärungen dem Ministerium gegenüber fehlen ließ, sondern ihre volle Zustimmung zu der ungenügenden Weise, wie die Petition erledigt wurde, gab. An die Möglichkeit, daß man in Prag andere Erfolge von der Deputation erwarte, mit den erreichten nicht zufrieden sein werde, dachten Faster und Trojan nicht. Faster hatte pünktlichen Gehorsam gefunden, als er die Vertagung der Bürgermeisterwahl bis zu seiner Rückkehr befohlen hatte, er zweifelte nicht, daß auf seinen Wink sich die Prager Bevölkerung mit dem Werke der Deputation einverstanden erklären werde.

In den wenigen Tagen aber, welche seit der Abreise der Deputation verstrichen waren, hatten sich die Stimmung und die Zustände in Prag wesentlich geändert. Die in Prag zurückgebliebenen Mitglieder des Petitionscomité's konnten der Lust, sich zu versammeln, zu berathen und zu beschließen, nicht widerstehen. Die Freiheit, welche sie sich selbst gaben, konnten sie nicht füglich den bisher ziemlich schweigsamen Zuhörern verweigern. Diese betheiligten sich eifrig an den Debatten und verwandelten die Sitzungen des Comité's in permanente Volksversammlungen. Sie gehörten überwiegend der czechischen Bevölkerung Prags an, welche überhaupt mit jedem Tage sich leidenschaftlicher vordrängte, der Bewegung einen rein nationalen Charakter verlieh und an der Stelle des politischen Verstandes die erhitzte nationale Phantasie herrschen ließ. Die meist jugendlichen Patrioten feierten die Auferstehung des czechischen Volkes zu seiner alten Macht und Herrlichkeit, sie träumten von einem neuen großen Czechenreiche und theilten die Welt bereits unter die slawischen Stämme. Politische Interessen zu pflegen, dem Individuum das größte Maß der Freiheit und Selbstbestimmung zu wahren, lag nicht in ihrem Sinne. Ihre Ansprüche auf die Anerkennung als lebendige Nation konnten die Czechen auf keinen anderen Rechtstitel als die Fortdauer der heimischen Sprache stützen. Selbständige Culturformen hatten sich aus dem Schooße des Czechenthums nicht entwickelt, politische In-

stitutionen mit einem slawischen Kerne in Böhmen nicht erhalten. Sie fühlten die Nothwendigkeit, der ungläubigen Welt das abgeschlossene Wesen der czechischen Nation, ihre Befähigung zu staatlicher Unabhängigkeit kräftiger vor das Auge zu rücken, noch andere Beweise als die bloße Sprache für ihre gleiche Berechtigung mit dem deutschen Volke vorzuführen. Wenn ein Volk selbst in den äußeren Daseinsformen sich noch wesentlich von seiner Umgebung unterscheidet und seine eigenthümliche Natur bewahrt hat, dann kann man doch an seiner Lebensfähigkeit nicht zweifeln, seine politische Kraft nicht bestreiten. Nichts spricht stärker für eine unverdorbene, noch urwüchsige Nationalität als die Herrschaft der alten Volkstracht. Auf das Trachtenwesen lenkte sich im Jahre 1848 wie in jeder revolutionären Periode überhaupt, der Sinn der Menschen. Die übliche Kleidung erschien nicht ausdrucksvoll genug, der freien Stimmung, dem gehobenen Wesen des Volkes nicht entsprechend. Das Steife sollte verschwinden, das Enge gelockert, das Gebundene gelöst werden. Die Czechen in Prag begnügten sich aber nicht mit den Aenderungen, welche der Wechsel der Zustände auf dem ganzen Continente mit sich brachte, sie wollten in einem besonderen Nationalcostüme prangen, eine eigenthümliche czechische Tracht der Welt offenbaren. Es gab zwar in Böhmen kein Nationalcostüme; bereits seit Jahrhunderten hatten der Adel, die Bürger die in Deutschland übliche Tracht angenommen, dem wandelbaren Geiste der Mode freudig gehuldigt. An dieses Hinderniß kehrten sich die Czechen nicht. Des Theaterschneiders Erfindungsgabe mußte die mangelnde Ueberlieferung ersetzen. Seltsam nahm sich das Werk seiner Phantasie wohl aus. Er hatte keck von allen östlichen Völkern Kleidungsstücke geborgt, den Polen, Serben, auch den Magyaren geplündert, an grellen Farben und unerhörten Schnitten es nicht fehlen lassen. Wer einen solchen „Nationalczechen" erblickte, wähnte sich unwillkürlich in die Zeiten des Carnevals versetzt. Wer hätte auch glauben sollen, daß Reiterstiefeln, ein polnischer Rock, eine russische Mütze, ein türkischer Säbel keine Maske, sondern die gewöhnliche Tracht eines ehrsamen Handwerkers bilden, daß der goldverbrämte Sammetmantel, die Tricothose die Glieder eines simpeln Kanzleischreibers umhüllen. Nur einige wenige gebildete Czechen hielten sich von diesem Mummenschanze fern; die Mehrzahl begeisterte sich nicht allein für die komödiantenmäßige Tracht, sondern lebte sich in den Glauben ein, das echte czechische Nationalcostüme wiedererobert zu haben.

In diese verwandelte Welt kehrte ahnungslos die Prager Deputation (27. März) zurück. Sie wurde festlich empfangen, mit Ehren überschüttet. Niemand kannte noch den genaueren Inhalt der kaiserlichen Resolution, alle Welt hoffte, durch Faster's Versicherungen, daß alles bewilligt sei, verleitet, auf ausgedehnte Zugeständnisse. Sobald aber der Wortlaut der Erledignng mitgetheilt wurde, erhob sich ein gewaltiger Sturm. Zuerst unter den Studenten, welche ihre Erwartungen bitter getäuscht, auch

ihre berechtigten Wünsche unerfüllt sahen. Bald entdeckte man aber noch andere Mängel. Abgesehen von dem Aufschube, welcher die Lösung der Robotfrage traf, wurde in der kaiserlichen Resolution nur von der alten Landesordnung, von den alten Ständen, welche gehört, durch Zuziehung von Städtedeputirten ergänzt werden sollten, gesprochen. An eine solche engherzige Verfassung hatte man bei dem Entwurfe der Wenzelsbader Petition nicht gedacht, wenigstens legte man ihr jetzt, in den demokratischen Studien rasch vorgerückt, diese Tendenz nicht mehr bei. Bittere Vorwürfe mußte noch in der Abendsitzung des Bürgercomité's die Deputation über ihre schlecht erfüllte Aufgabe hören. Faster rettete seine Macht, indem er seine Genossen schamlos verleumdete. Der Mann, der auf der ganzen Reise allein und ausschließlich, den zähen Trojan ausgenommen, das Wort geführt, entschuldigte sich jetzt damit, daß er alle Schuld auf die Mitdeputirten schob. „Man dürfe sich über den schlechten Erfolg seiner Sendung nicht wundern, da man ihm Schlafmützen und nicht Männer nach Wien mitgegeben habe." Die Volksversammlungen der nächsten Tage begnügten sich nicht mit Klagen und Seufzern, sondern verlangten die Absendung einer zweiten Deputation und stellten auf das Andringen besonders Brauner's, welchen jetzt nicht wie am 11. März ein Fußleiden an der politischen Thätigkeit hinderte, ein neues Programm der Volkswünsche auf. Es war ein etwas matterer Abklatsch der ungarischen Forderungen. Wie der Reichstag in Preßburg das Recht der ungarischen Krone auf alle Nebenländer ausdehnte, so proclamirte auch die neue czechische Petition „die unauflösliche Vereinigung der sämmtlichen zur Krone Böhmens gehörigen Länder." Wie Ungarn sich die Zusage eines eigenen Ministeriums erobert hatte, so wollten nun auch die Czechen von einer unmittelbaren Unterordnung unter das Wiener Cabinet nichts mehr wissen. Sie verlangten ein „verantwortliches Ministerium für die böhmischen Kronländer und die Einsetzung administrativer Centralbehörden in Prag." An die Stelle einer ständischen Verfassung sollte ferner eine reine Repräsentativverfassung treten, die Bewaffnung der Nationalgarde augenblicklich durchgeführt werden, den Forderungen der Studenten endlich ihr volles Recht widerfahren. Erregte schon der Inhalt der Petition bei dem wohlhabenden, ruheliebenden Theile der Bürgerschaft große Bedenken, so verbreiteten vollends die Namen ihrer Anstifter und Verfasser unter den Aengstlichen großen Schrecken. Menschen, welche bisher eine ganz untergeordnete Stellung eingenommen, nicht immer den besten Leumund genossen hatten, deren politischer Verstand und von selbstsüchtigen Trieben freier Wille keineswegs außer Zweifel stand, erhoben den Anspruch, über das Schicksal des Landes zu bestimmen, die öffentlichen Angelegenheiten zu lenken. Die entschieden czechische Färbung der jüngsten Demonstrationen, die lärmende Einmischung der unteren Volksclassen in die Tagespolitik verstimmte auch

Männer, welche die erste Petition freudig unterschrieben hatten. Bei dieser Verstimmung, bei dem halblauten Murren, der schüchternen Verwahrung, als ob die gesunde Mehrheit der Bürger so übertriebene Forderungen billigte, blieb es. Zu einer offenen That, zu einem kräftigen Ausdrucke einer Ansicht gebrach es den Gegnern der Czechen an Muth. Desto kecker traten die Führer der letzteren auf. Sichergemacht, daß ihrem Treiben kein energischer Widerstand entgegengesetzt werde, spielten sie die Rolle der Bedrohten und Unterdrückten. Sie verbreiteten das Gerücht von der beabsichtigten Sprengung des Bürgercomité's, von einer geheimen Verschwörung, die „Märzerrungschaften" zurückzuerobern. Und nachdem es ihnen gelungen war, den Sinn der Jugend und des gemeinen Volkes zu erhitzen, setzten sie die Annahme der zweiten Petition bei dem Bürgercomité, trotzdem, daß nur die Minorität ihr Vorhaben billigte, durch, erpreßten den Beschluß, eine neue Deputation nach Wien zu senden, und zwangen (31. März) in schimpflicher Weise den Oberstburggrafen, die Petition gleichfalls zu unterschreiben, als den reinen Ausdruck der allgemeinen Volkswünsche zu beglaubigen. Faster und Trojan, die doch Mitschuldige oder wohl gar Hauptschuldige an dem schlechten Erfolge der ersten Deputation waren, gewannen dadurch, daß sie jedem Schritte der radicalen Czechen sich anschlossen, den bewaffneten Haufen, welcher dem Grafen Stadion die Unterschrift der Petition durch Drohungen abgerungen, sogar anführten, einen vollkommenen Ablaß. Sie wurden abermals, wie es ihr heißester Wunsch war, an der Spitze der neuen rein czechischen Deputation nach Wien gesendet. Faster und seine Genossen verließen dieses Mal ohne Sang und Klang Prag, sie fanden nicht mehr auf ihrem Wege das Landvolk in dichten Haufen gedrängt, um sie als Triumphatoren zu begrüßen. Einer desto glänzenderen Aufnahme war Faster in Wien gewiß. Er hatte sich ein completes Nationalcostüme mit „sechs Paar Nationalhosen und sechs Paar Topanken" (farbige Schnürstiefel) angeschafft*), von welchen er die größte Wirkung in den Wiener Kreisen erwartete. Ob die Nationalhosen und Topanken auf Kolowrat und Pillersdorff einen tiefen Eindruck machten, ist nicht bekannt geworden; gewiß ist, daß die beiden Minister gegen keinen einzigen Petitionspunkt einen erheblichen Einwand erhoben, in ihrer Verzweiflung, um sich wenigstens von einer Seite Ruhe zu schaffen, den Czechen alle Forderungen bewilligten. Pillersdorff überließ es sogar der Deputation, den Entwurf der Erledigung selbst zu verfassen.

Trojan, jetzt wie immer eifrig, übernahm diese Aufgabe und vollen-

*) Die Kosten dieses Nationalcostümes (373 fl.) wurden aus einem für brodlose Arbeiter in den Märztagen gesammelten Fonds bestritten, aus derselben Quelle machten sich beide Deputationen für ihre Auslagen (u. A. ein Nachtlager mit 400 fl.) bezahlt. Ueber diese seltsame Verwendung der Arbeitergelder entspann sich im folgenden Jahre ein heftiger Streit, aus welchem die Deputationsführer keineswegs siegreich hervorgingen.

dete sie auch, da er mit einer flüchtigen Improvisation sich begnügte, in wenigen Stunden. Seine Genossen, der Mehrzahl nach Handwerker, fanden die Arbeit vortrefflich, auch die Regierung wagte nur geringfügige Aenderungen, und so wurde bereits am 8. April die neue böhmische Verfassung proclamirt. Seltsame Dinge kamen in derselben vor; räthselhaft und wahrhaft unergründlich erschienen insbesondere die sogenannten Grundsätze der künftigen Landtagsordnung. Um eine „gleichmäßige Volksvertretung auf der möglichst breiten Wahlfähigkeit" zu verwirklichen, wurden in den Landtag berufen: die alten Stände, die Repräsentanten der königlichen Städte, ohne daß irgend Jemand die genaue Zahl derselben feststellen, ob auch z. B. die königlichen Bergstädte gemeint seien, entscheiden konnte, ferner Vertreter der Professoren und Studenten, welche letztere man aber wieder durch die Bestimmung des wahlfähigen Alters von 25 Jahren förmlich ausschloß. Vollends abenteuerlich war die Eintheilung des flachen Landes in Vicariatsbezirke, von der veralteten kirchlichen Gliederung hergenommen, und die Bestimmung, daß jeder Vicariatsbezirk je zwei Deputirte in den Landtag zu senden habe, gleichviel ob er eine Bevölkerung von 20,000 oder von 80,000 Menschen in sich schließe. Ein so schlimmes Licht aber einzelne Bestimmungen der „Charte vom 8. April" auf die politische Reife der Czechen auch warfen, so deutlich sich auch ihre Armuth an Staatsmännern offenbarte, an der Thatsache, daß Böhmen durch die neuen Zugeständnisse der Regierung aus einer österreichischen Provinz in einen mit Oesterreich locker verbundenen Staat verwandelt, dem slawischen Elemente das Uebergewicht geliehen, hier ein zweites Ungarn geschaffen wurde, änderte auch das herbste Urtheil nichts. Der nächste böhmische Landtag wurde durch die kaiserliche Resolution vom 8. April zu einem constituirenden erklärt, die Verfassung des Gesammtstaates von den Beschlüssen des böhmischen Landtages abhängig gemacht, die Errichtung verantwortlicher Centralbehörden für Böhmen *) bewilligt, das gleiche Recht der czechischen Sprache mit der deutschen anerkannt.

Wenige Tage waren erst seit der Märzrevolution vorübergegangen, der letzte Wiederhall des Rufes: Einheit und Macht durch Freiheit noch nicht vollständig verklungen und bereits fanden zwei der größten und wichtigsten Provinzen, Ungarn und Böhmen, keine Verbindung mit dem österreichischen Kronlande locker genug, um ihre Interessen zu befriedigen. Die Magyaren und Czechen standen überdieß mit ihren Sondergelüsten

---

*) Aus einem Ende Mai publicirten Entwurfe der böhmischen Verfassung ersieht man, welche Form die Czechen dem österreichischen Idealstaate zu leihen beabsichtigten. Aus dem Wiener Cabinete wurden die Ministerien des Innern, der Justiz und des Cultus gestrichen, dasselbe auf die Ministerien des Aeußern, des Krieges, der Finanzen und des Handels eingeschränkt. Dem böhmischen Vicekönige standen dagegen fünf verantwortliche Räthe für die Administration, die Justiz, den Cultus, die Landesfinanzen und die öffentlichen Arbeiten zur Seite.

nicht allein. Auch unter den Kroaten regte sich ein ähnlicher Geist, auch die Agramer Deputation, welche in den ersten Apriltagen, von Gaj geführt, in Wien eintraf, brachte unter anderen geringfügigen Anliegen, wie die Aufhebung des Cölibats, Begnadigung Tommaseo's, des Kerkergenossen Manin's in Venedig, auch eine Reihe von Forderungen vor, deren Gewährung zwar Kroatien von der ungarischen Oberherrlichkeit befreit, aber auch von der Wiener Regierung ganz unabhängig gestellt hätte. Sie protestirte gegen die Verwendung der Grenzregimenter in Italien, wollte im eigenen Lande nur eingeborene Soldaten dulden, verlangte ein eigenes, verantwortliches Ministerium, die engste Vereinigung des Litorale und Dalmatiens mit Kroatien, jährlich zwischen Agram, Esseg, Zara und Fiume wechselnde Landtage, deren Wirksamkeit wohl an den persönlichen Rechten des Kaisers, keineswegs aber an den Befugnissen des Wiener Ministeriums eine Schranke gefunden hätte. Schweiften doch die Blicke der Meisten weit über dieses „dreieinige Königreich" bis zur Stiftung eines großen südslawischen Staates, mit dem Erbe der unheilbaren kranken Türkei bereichert. Ob derselbe unabhängig bestehen werde, darüber hatten die phantastischen Politiker noch nichts beschlossen. Sollte er aber sich an Oesterreich anschließen, so könnte dieses nur unter Bedingungen geschehen, welche von den Slawen, nicht von der Wiener Regierung bestimmt würden.

Schlimmeres als alle bisher genannten Volksstämme hatten die Polen und Italiener im Sinne. Die Kunde von der Februarrevolution hatte unter dem galizischen Adel nur schwache Hoffnungen auf die politische Wiedergeburt der polnischen Nation geweckt. So lange Oesterreich frei über seine Militärmacht verfügen konnte, die Beamten eines festen Rückhaltes sicher waren, die Anhänglichkeit der Bauern an die Regierung keine Erschütterung erfuhr, besaßen französische Demonstrationen einen äußerst geringen Werth. Der mißlungene Aufstand 1846 hatte die Polen, soweit sie überhaupt dafür empfänglich waren, Vorsicht gelehrt, mußte ein vorzeitiges Losschlagen recht eindringlich widerrathen. Jetzt aber, seit der Wiener Märzrevolution, schienen sich alle Elemente zu Gunsten der Polen verbunden zu haben. Ein mächtiger nationaler Sturm durchbraus'te die Welt, die Ideen, für welche der galizische Adel stritt oder zu streiten vorgab, traten im ganzen westlichen Europa siegreich auf, Oesterreich drohte aus den Fugen zu weichen, war in seiner Kraftentwickelung wenigstens gelähmt, die „Träger der neuen Zeit" in Oesterreich, die Studenten, Schriftsteller, erglühten wie für alle Freiheiten so auch für die Freiheit Polens, unter allen vom Tode auferstandenen Völkern, unter den Deutschen, wie unter den Magyaren und Slawen, regten sich für Polen lebendige Sympathien.

Von einer gewaltsamen Unterdrückung der Polen oder auch nur von einem Versuche, Galizien die Wiener Errungenschaften vorzuenthalten,

war natürlich keine Rede. Der Gouverneur, Graf Franz Stadion, welcher die Zügel der Verwaltung bisher so straff gehalten, der Verwilderung der Bauern, den Intriguen der adelichen Polen, dem Willkürregimente der Beamten gleichmäßig eine Schranke gesetzt hatte, sah die Unmöglichkeit einer ferneren Repressivpolitik vollkommen ein. Er zögerte nicht, das Constitutionspatent, sobald es in seine Hände (18. März) gelangt war, zu veröffentlichen, er hinderte nicht den Entwurf und die Verbreitung einer Petition, welche die Abhilfe mannichfacher Landesbeschwerden, insbesondere die Aufhebung der Robot zum Gegenstande hatte, willigte in die Errichtung einer städtischen Nationalgarde und bat sich die Fortdauer seines Aufsichtsrechtes über die Presse für die nächsten Tage nur als eine persönliche Gunst aus. Der Hofcommissär in Krakau — über die endgiltige Verwaltungsform dieses jüngsten Gliedes der österreichischen Monarchie war noch nichts festgestellt — ging noch weiter und gab alle politischen Gefangenen frei. Die am 10. März beschlossene Amnestie aller italienischen und polnischen Staatsverbrecher*) führte insbesondere eine neue Schaar schwergeprüfter Märtyrer und gewiegter Patrioten zu. Die Feinde in eine unsichere Defensivstellung zurückgetrieben, alle Völker in dem Wunsche, das „unglückliche" Polen wieder herzustellen, einig — eine günstigere Constellation konnte auch die kühnste Phantasie nicht ersinnen. Dennoch offenbarten die Führer des polnischen Adels keine Thatenlust, sprach Niemand das Wort aus, welches doch jedem Patrioten auf der Lippe schwebte: Losreißung von Oesterreich. Im Gegentheile heuchelten die Deputationen, welche aus Tarnow, Krakau, Lemberg in Wien eintrafen, österreichischen Patriotismus und hielten keinen Umweg für lang und krumm genug, um ihre eigentlichen Absichten und Wünsche zu verhüllen. „Zwar, hieß es in den einzelnen Denkschriften, ist die Wiener Congreßacte jetzt zerrissen, jeder Nation das freie Selbstbestimmungsrecht wiedergegeben. Dennoch wolle Galizien bei Oesterreich beharren und sich mit der Abstellung schreiender Mißbräuche, mit der Gewährung einzelner Reformen begnügen." Die volksfeindlichen Beamten müßten aus Galizien entfernt, die geheime Polizei aufgehoben werden; auch sollten nur Eingeborene das Land verwalten, nur polnische Regimenter in Galizien ihren Standort halten. „Sind diese Forderungen erfüllt, so wird Galizien mit den anderen Provinzen in Loyalität wetteifern." Selbst die Einsetzung eines Nationalcomité's, welches die Regierung provisorisch leiten und die Grundlagen der neuen Verfassung

*) Auf eine andere Kategorie von Gefangenen fand die Märzamnestie leider keine Anwendung. In Szegedin befanden sich 500 Italiener, welche im Jahre 1831 wegen „ihres großen Hanges zu gesetzwidrigen Handlungen" dahin waren deportirt worden und nun bereits 17 Jahre, ohne Urtheil, ja, ohne daß eine bestimmte Anklage gegen sie erhoben worden war, im Gefängnisse schmachteten. Sie wurden erst im Spätsommer 1848 vom ungarischen Ministerium freigegeben.

feststellen sollte, wurde in einem unschuldigen Lichte dargestellt. Aehnliche Institute unter dem gleichen Namen oder dem gleichbedeutenden eines Sicherheitsausschusses übten in Wien, Prag, Pesth, Agram eine ausgedehnte Wirksamkeit. Lemberg und Krakau vorzuenthalten, was sie in so vielen Städten duldete, durfte die Regierung nicht füglich wagen, selbst wenn sie die Durchsichtigkeit der polnischen Vorschläge erkannte. Auf die Furcht der Regierung baute die polnische Nationalpartei, als sie keine Hoffnung mehr hegte, sie über ihre Endziele zu täuschen. Die Furcht der Regierung stand aber im geraden Verhältnisse zu den Machtmitteln des polnischen Adels. So lange dieser österreichische Gesinnungen zur Schau trug, über die Personalunion hinaus seine offenen Wünsche nicht ausdehnte, drohte der Regierung keine Gefahr. Sie errieth, daß der Adel des galizischen Volkes nicht sicher war und den österreichischen Patriotismus als Schild nur vorhielt, um sich vor den Verfolgungen der Bauern zu schützen.

Zum zweiten Male spielten die galizischen Bauern eine politische Rolle, zum Glücke eine unblutige. Der Adel hatte gleich nach dem Eintreffen der Nachricht von der Wiener Revolution seine Landsitze verlassen und sich in Städte geflüchtet, da er nicht wußte, welche Folgerungen der glühende Haß der Bauern gegen die Grundherren aus der gewonnenen Freiheit ziehen würde. In Lemberg wie in Tarnow und Krakau begannen die Berathungen des Adels. Sie entschuldigten ihre Unthätigkeit mit der angeblichen Concentration russischer Truppenmassen in der Nähe der Grenze. Der wahre Grund ihres leisen, schleichenden Auftretens aber war und blieb die Furcht vor den Bauern. Mit denselben mußten sie sich geeinigt haben, ehe sie den Kampf gegen die österreichische Regierung wagten. Nichts schien der Sachlage entsprechender, als die unmittelbare Aufhebung der Robot und zwar ohne alle Bedingung, ohne jeglichen Vorbehalt. Dieser großmüthige Schenkungsact muß nothwendig den Haß der Bauern in Liebe verwandeln, sie ihre wahren Wohlthäter erkennen lassen und für die politischen Pläne des Adels gewinnen. In der That fand auch dieser Plan in den Adelsversammlungen den Beifall einzelner Enthusiasten. Die Mehrheit jedoch, über die Natur der galizischen Bauern durch schwere Erfahrungen besser unterrichtet, äußerte große Bedenken. Zunächst war es nicht gewiß, ob die Bauern das Geschenk von ihren Grundherren annehmen, nicht vielmehr von der Zustimmung der österreichischen Regierung die Annahme abhängig machen würden, so daß diese die Ehre und den Vortheil davontrüge. Selbst in dem Falle aber, daß die Bauern das Geschenk nicht zurückwiesen, erschien ihre Theilnahme an einer nationalen Revolution keineswegs gesichert. Das Landvolk wird die ihm verliehene Freiheit nur zum bequemeren Genusse eines sorgenlosen Lebens verwenden, ihre Herren nach wie vor ihrem Schicksale überlassen. Der Beschluß über diese Frage wurde ver-

tagt, die beobachtende Haltung gegenüber der österreichischen Regierung beibehalten, bis die massenhafte Einwanderung polnischer Emigranten aus Frankreich die Bewegung wieder in Fluß brachte. Dem tiefen socialen Zerwürfnisse, der unausfüllbaren Kluft zwischen den verschiedenen Ständeclassen verdankte es Oesterreich allein, daß sich in den Märztagen nicht in Galizien das Schauspiel des Abfalles wiederholte, welches in der Lombardei am 18. März in die Scene ging.

Die französische Februarrevolution, wie sie alle politischen Rechnungen verwirrte, hatte auch die italienischen Aussichten vollständig verdunkelt.*) Man zweifelte in Wien, und nicht mit Unrecht, an regen Sympathien des reichen lombardischen Patriziates mit den Pariser Republikanern und Socialisten, man schilderte die Wirkung der Revolution auf den Geist Carlo Alberto's als niederdrückend. Auf der anderen Seite drohte aber jetzt die größere Gefahr einer französischen Einmischung. Unter den Diplomaten herrschte die Meinung, die Regierung der französischen Republik werde des Krieges bedürfen, um sich zu erhalten, und den Anlaß zu demselben in Italien suchen. Diesen nicht zu bieten, gleichzeitig aber auf alle Wechselfälle sich vorzubereiten, bildete die Aufgabe der österreichischen Regierung. Die innere Ruhe in den italienischen Provinzen war nach den amtlichen Berichten seit der Proclamation des Martialgesetzes nicht gestört worden, nicht weil die Liebe zur österreichischen Regierung sich endlich Bahn gebrochen hatte, sondern weil die Furcht vor der österreichischen Macht die Bevölkerung zur Vorsicht mahnte. Um diese wohlthätige Furcht zu erhalten, wurden die schon früher begonnenen Truppensendungen fortgesetzt, endlich auch den alten Klagen der lombardischen Militärbehörden Gehör gegeben und die vielgliedrige Regierungsform in der Lombardei vereinfacht. Radetzky's und seiner Freunde Beschwerden über die Anarchie in den Verwaltungskreisen mochten in den früheren ruhigeren Zeiten übertrieben scheinen, in den letzten Wochen konnte ihnen kein Unbefangener triftige Gründe absprechen. Zu dem vielköpfigen Regimente des Vicekönigs, des Gouverneurs, des commandirenden Generals und Generalpolizeidirectors, von welchen jeder Einzelne andere Interessen verfocht, theilweise sogar anderen Instructionen folgte, war jetzt auch noch ein außerordentlicher Commissär und in der Person des ehemaligen Leipziger Generalconsuls Hübner überdies ein besonderer

*) Für die eingehende Schilderung der Märzvorgänge in Mailand und der Lombardei überhaupt verweisen wir auf Reuchlin's Geschichte Italiens (4. Theil der Staatengeschichte) S. 85. Das Material befindet sich im Archivio triennale delle cose d'Italia, Capolago 1851, Ser. I. vol. II. ziemlich vollständig gesammelt vor. Ein anschauliches Bild der Mailänder Märztage bieten (Baron Swinburn's) Sieben Monate aus meinem Leben. Wien 1861. Die Tüchtigkeit dieser Leistung läßt es bedauern, daß nicht eine größere Zahl österreichischer Officiere ihre Erlebnisse im Jahre 1848 veröffentlicht hat.

Vertrauensmann der Staatskanzlei hinzugekommen. Mochte der General Heß in seinen vertrauten Briefen an Radetzky und Wratislaw Recht haben oder nicht, wenn er von den „geistigen Nullen", den „Schlafmützen" sprach, welche die Regierung in Mailand zum Schaden des Staatswohles vertreten, jedenfalls hemmte die Nebenordnung so vieler Behörden die Entschiedenheit des Handelns. Endlich nach längerem Zögern entschloß sich das Wiener Cabinet auch in diesem Punkte zur Abhilfe. **Ficquelmont**, dessen Dienste in Wien selbst unentbehrlich schienen, wurde seiner Sendung enthoben, der energielose Civilgouverneur, Graf **Spaur**, bei den höheren Militärpersonen wenig beliebt, abberufen, der Vicekönig selbst zur Abreise nach Verona bewogen. Welches Motiv bei der Entfernung des Erzherzogs überwog, ob Sorge für seine Sicherheit, im Falle ein Aufstand ausbräche, ob die Rücksicht, seine traditionelle Rolle des wohlwollenden Volksfreundes bei ernsten Ereignissen nicht zu compromittiren, ist schwer zu entscheiden. Jedenfalls konnte sie als ein Zeichen gelten, daß die militärische Auffassung der Sachlage in Wien über die Bedenken der alten Regierungsmänner gesiegt habe. Die Soldaten offenbarten auch in den ersten Märztagen eine frohere Stimmung. Sie fühlten sich als Herren des Landes, welches immer mehr das Aussehen eines Kriegslagers annahm; wo sie säbelklirrend auftraten, wichen die Eingeborenen, wie sie meinten, scheu und ängstlich zurück. Die strengen Maßregeln, die zahlreichen Verhaftungen und Internirungen, die auf jede Demonstration gesetzten schweren Strafen hatten also doch ihre Frucht getragen und die Mailänder zur Besinnung zurückgebracht. Daß ein Aufstandsversuch in der nächsten Zeit bevorstehe, glaubten sie zwar, da es unmöglich schien, daß Angesichts der großen politischen Umwälzungen im übrigen Italien die Lombarden allein unthätig blieben; sie hegten aber die volle Zuversicht, ihn bewältigen zu können, vollends wenn die in Mailand begonnenen Festungswerke ihrem Ende zugeführt und die erwarteten Verstärkungen an Truppen eingetroffen seien. Elementarische Ereignisse zogen sie natürlich nicht in Rechnung; ein solches war für sie die unerwartete, ganz plötzliche Revolution in Wien und ihr noch weniger geahnter siegreicher Ausgang. Am Abende des 17. März kam die Nachricht von Metternich's Abdankung, der Bewilligung der Nationalgarde und der Verleihung einer Constitution nach Mailand. Sie wirkte lähmend auf die Behörden, sie forderte die Patrioten zu einer entscheidenden That heraus. Selbst in militärischen Kreisen erwartete man aber für die nächsten Tage einen Umschwung der öffentlichen Meinung. Hatte doch die Revolution über die alte Ordnung den Sieg davongetragen, die „Volkspartei" alle Wünsche erreicht. Noch viel eifriger hielt der Vertreter der Civilverwaltung, Graf **O'Donnell**, diese Hoffnung fest. Er richtete an den Feldmarschall Radetzky die Bitte, nicht durch vorzeitige militärische Demonstrationen die Leidenschaften des Volkes zu reizen,

welches keinen anderen Gedanken habe, als die „glorreichen Errungenschaften jubelnd zu feiern." Diese rosige Anschauung der Dinge zeugte nicht von einem besonderen Scharfblicke O'Donnell's. Ein förmliches Verbrechen ihm aber aus dieser Bitte anzusinnen, ihn für den Verlust Mailands und der Lombardei verantwortlich zu machen, wie das Hauptquartier Radetzky's es that, dafür ist kein Grund vorhanden. In den militärischen Kreisen sah man bereits lange Oberitalien nicht als ein organisches Glied des österreichischen Staates, sondern als ein erobertes Land an, welches festzuhalten allein die Soldatenehre gebiete. Die Lombarden galten ihnen einfach als Feinde, sie begriffen für dieselben keine andere Regierungsweise als jene äußerer Gewalt. Daß sich kein Staatsmann von solchen Grundsätzen lenken lassen konnte, ist wohl selbstverständlich. Er durfte nicht den unbedingten Widerstreit lombardischer und österreichischer Interessen zugeben, er mußte an die Möglichkeit einer Versöhnung zwischen dem italienischen, „nur verführten" Volke und der Wiener Regierung glauben, wenigstens den Schein der Ueberzeugung tragen. Er hätte sonst dem Staate seine vernünftige Natur und sittliche Bestimmung abgesprochen. Zu O'Donnell's Entschuldigung*) läßt sich auch anführen, daß in der That, freilich nur einen einzigen kurzen Augenblick, die Mailänder schwankten, die Volksführer unsicher wurden. Selbst nachdem in einer nächtlichen Versammlung das Beharren auf der revolutionären Bahn beschlossen wurde, wagte doch noch Niemand das entscheidende Wort: Abfall von Oesterreich offen auszusprechen. Ein Maueranschlag forderte am Morgen des 18. März die Mailänder auf, die Abschaffung der alten Polizei, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Aufhebung der Censur, die Einberufung der Communalräthe von dem Gouverneur auf friedlichem Wege oder durch Waffengewalt zu erzwingen. Das wahre Ziel der Volkswünsche verbarg der Ruf nach einer provisorischen Regierung, welchem aber das Versprechen, die Neutralität der österreichischen Truppen zu achten und für ihre Verpflegung zu sorgen, angefügt wurde.

So wenig wie in anderen Städten wickelten sich auch in Mailand die Ereignisse nach dem festgestellten Programme ab, hier wie anderwärts überschritten jugendlicher Ungestüm und Volksleidenschaft keck die von den Führern gezogene Grenzlinie der Bewegung. Als der Mailänder Podestá, Casati, mit dem Municipalrathe, welchem sich auch der Erzbischof Romilli angeschlossen hatte, den Grafen O'Donnell im Gubernialgebäude auf-

*) O'Donnell versuchte in der Wiener Zeitung vom 26. Juli 1848 und in der A. A. Z. vom 15. August gegen die Anschuldigungen der Militärpartei sich zu rechtfertigen. Es gelang ihm dieses, wenn auch nicht vollständig, doch jedenfalls besser als dem verhaßten Polizeidirector Torresani, welcher sich in der A. A. Z. v. 29. August gleichfalls von allen Vorwürfen reinzuwaschen und als ein Mann von „loyalen, patriotischen und reinen Gesinnungen" darzustellen bemühte.

suchte, dachte er nicht an eine unmittelbare gewaltsame Vertreibung der Oesterreicher aus Italien. Durch eine lärmende Demonstration hoffte er den Widerstand des Vicegouverneurs zu brechen und einzelne Zugeständnisse, von welchen aus weiter gebaut werden konnte, zu erlangen. Er vergaß die durch die Wiener Nachrichten gesteigerte Aufregung im Volke, die erhitzten adelichen Jünglinge, welche längst sich mit Waffen versehen, in ihrem Gebrauche eingeübt hatten und sehnsüchtig des Augenblickes harrten, dem gehaßten Feinde im Kampfe zu begegnen. Mit Casati drang auch ein Volkshaufe in das Gubernialgebäude, es fielen Schüsse, es kreuzten sich die Säbel. In wenigen Augenblicken änderte sich nicht allein die Scene im Innern des Palastes, wo O'Donnell's Unterschrift zu mehreren revolutionären Decreten erpreßt, er selbst gefangen gehalten wurde. Auch die Straßen verwandelten ihr Aussehen und bedeckten sich rasch mit zahllosen Barrikaden. Radetzky hatte sich seit Monaten auf den Ausbruch des Aufstandes vorbereitet und wurde dennoch jetzt durch denselben vollständig überrascht. Plötzlich, wie ein Verhängniß brach die Revolution los und lähmte dadurch die Widerstandskraft des berühmten Feldherrn, welcher sich noch gar nicht von dem betäubenden Eindrucke der Wiener Ereignisse erholt hatte und auch unter günstigen Verhältnissen die mißliche Position in einer ausgedehnten freien Stadt nur schwer behaupten konnte. Das Castell bot zwar trotz seiner erst halb fertigen Befestigung einen sicheren Stützpunkt für die Garnison, leider aber fehlte es bei dem blitzartigen Auftreten des Aufstandes an Zeit, die letztere zu sammeln; sie befand sich vielmehr am 18. März durch die ganze Stadt zerstreut und hielt mehr als fünfzig verschiedene Posten besetzt. Daß namentlich die im östlichen Stadtquartiere gelegenen bald zu den verlorenen Posten gehören würden, da sie vom Castell und den Hauptkasernen entfernt, die Mannschaften weder mit Proviant noch mit Munition hinlänglich versehen waren, entging dem Feldmarschall nicht. Die am ersten und zweiten Kampftage in das Innere der Stadt entsendeten Truppen erreichten zwar hier und dort einzelne Erfolge, verjagten die Insurgenten aus dem Stadthause (Broletto), zerstörten viele Barrikaden, beherrschten den Domplatz, sie konnten sich aber auf die Dauer nirgends behaupten, nicht einmal die sichere Verbindung zwischen den einzelnen Posten erhalten. In der Nacht vom 19. auf den 20. März vollzog daher Radetzky die Räumung der inneren Stadt und begnügte sich, das Castell, die Thore und den Stadtwall besetzt zu halten. Noch hegte er die Hoffnung, durch Zuzug aus den Landgarnisonen sich verstärken und dann wieder zum Angriffe vorgehen zu können. Aber auch diese Zuversicht erwies sich als Täuschung. Die Revolution hatte bereits das ganze Land ergriffen, die einzelnen Garnisonen, weit entfernt, Radetzky Hilfe zu leisten, sahen sich vollauf mit der Abwehr stürmischer Angriffe beschäftigt und konnten oft nur durch schleu-

nigen Rückzug sich retten. Auch ein Waffenstillstand, welcher den erschöpften Truppen einige Ruhe gegönnt und ihre Verpflegung erleichtert hätte, kam nicht zu Stande. Radetzky hatte denselben durch die Vermittelung der fremden Consuln dem Municipalrathe auf die Dauer von drei Tagen vorgeschlagen, der letztere aber, welcher in der ununterbrochenen Fortsetzung des Kampfes allein die Bedingung des Sieges erblickte, ihn (21. März) zurückgewiesen. Die Gefahr, vom österreichischen Hauptlande abgeschnitten zu werden, stieg mit jeder Stunde, die Ueberzeugung, daß der bisher eingehaltene Operationsplan — die Isolirung Mailands — keinen Erfolg verspreche, wurde im Hauptquartiere Radetzky's immer allgemeiner. Der Feldmarschall konnte der Stadt zwar einen großen Schaden zufügen, es lag aber, wenn er noch länger an den Wällen und Thoren Mailands verweilte, nicht mehr in seiner Macht, die Mannschaft und das Armeematerial zu retten. Von den lombardischen Festungen stand keine Unterstützung in Aussicht, schwebten doch Verona und Mantua mehrere Tage in großer Gefahr, Oesterreich entrissen zu werden, dagegen drohte vom Westen das längst verdächtige Sardinien zur offenen Feindschaft überzugehen. So blieb Radetzky nichts Anderes übrig, als Mailand zu verlassen und unbekümmert um den falschen Schein, als fliehe er von der Revolution besiegt, den Rückzug in der Richtung von Verona anzutreten. Der 23. März sah Mailand frei, die „Barbaren", wie die Italiener hofften und glaubten, für ewig verjagt. Groß war der materielle Verlust der Oesterreicher, noch größer ihre moralische Einbuße; die Herrschaft der Wiener Regierung über Italien schien unwiderruflich gebrochen, die Grenzen des Kaiserstaates dauernd bis an die Abhänge der Alpen zurückverlegt zu sein. Den einzigen tröstlichen Gedanken bot der Umstand, daß Radetzky wenigstens die Ehre der Armee gerettet hatte. Selbst diesen kargen Trost vernichtete die schmachvolle Ueberlieferung Venedigs an die Freunde Manin's und die italienischen Patrioten.

Bis zum 16. März hatte in Venedig*) vollkommene Ruhe geherrscht, hier die Macht der Regierung sich ungehinderter entfaltet, als in Mailand. Der Gouverneur, Graf Pálffy, mußte jedenfalls über bedeutende Mittel gebieten, oder über die Schwäche der revolutionären Partei genau unterrichtet sein, wenn er es (Gubernialerlaß vom 25. Februar) wagen durfte, selbst „an sich unschuldige Handlungen, z. B. das Klatschen und Zischen im Theater, das Verschieben der Hutschnalle, die unter Umständen den Charakter politischer Demonstrationen annehmen können", zu verbieten und mit wahrhaft drakonischen Strafen zu belegen.**) Und dennoch erbebte er bei dem ersten gellen Aufschrei der Revolution in bleichem Schrecken und wetteiferte in feiger Nachgiebigkeit mit dem Stadt-

*) Vergl. Von Böhmen nach Italien, Frankfurt 1862, S. 134 und Documents et pièces authentiques par D. Manin. Paris 1860 p. 90—150.

**) Abgedruckt in Carte segrete, I. III. p. 209. N. 609.

commandanten, dem Grafen Zichy, einem Verwandten Metternich's. Am 16. März durcheilte ein dunkles Gerücht von den Unruhen in Wien die Stadt. Der nächste Morgen brachte die Gewißheit. Kaum besaß die Volksmasse die sichere Kunde von Metternich's Abdankung, von der Aufhebung der Censur und den anderen Concessionen, so bestürmte sie schon den Gouverneur, Manin und Tommaseo aus der Haft zu entlassen. Ihrem lärmenden Verlangen wurde Gewährung. Manin, ohne Rechtsgrund eingekerkert, verließ ohne Ahnung, welchen Ereignissen er seine Freiheit verdanke, das Gefängniß. Triumphirend trug ihn das Volk auf den Marcusplatz, mit lautem Jubel und leidenschaftlichen Demonstrationen verbrachte es den Tag. Minder friedlich gestalteten sich die Dinge am 18. März, wo die vielfach geneckten und gereizten deutschen Soldaten von den Waffen Gebrauch machten. Mit dem Zugeständnisse einer Nationalgarde kehrte die äußere Ruhe wieder zurück und schien die „Krisis Venedigs" in den Augen der Behörden beendigt. Anders dachten die Volksführer, unter welchen Manin die entscheidende Stimme führte. Sie ließen den Gouverneur in dem Wahne, die schlimmsten Tage wären vorüber, Sanftmuth und fortgesetzte Nachgiebigkeit das beste Mittel, auch die letzten Spuren revolutionärer Aufregung zu verwischen, sie hemmten nicht die Municipalität in ihrem ungeschickten Friedenseifer, benutzten desto eifriger die Zeit, um die Volksbewaffnung zu organisiren, dem Militär die wichtigsten Posten in der Stadt abzulocken, die Soldaten italienischer Nationalität zu gewinnen. Die Nachrichten von dem Ausbruche des Aufstandes in Mailand und anderen lombardischen Städten, die sichtliche Noth der Regierung verliehen auch den kühnsten Entwürfen die Aussicht auf Verwirklichung. Bereits am Abende des 21. März erklärte Manin in einer Parteiversammlung: „Jeder Versuch, sich mit Oesterreich zu verständigen, bringe einen unnützen Zeitverlust, die gänzliche Lostrennung von demselben sei das einzige vernünftige Ziel. Nur für eine venetianische Republik werde sich das Volk begeistern, nur den Ruf: Evviva San Marco verstehen. Auf einem anderen Wege als dem der Gewalt könne man aber den alten venetianischen Staat nicht wiedererwecken, daher müsse man an Machtmittel denken, vor Allem in den Besitz des Arsenals gelangen." Manin hatte geflissentlich Gerüchte von feindseligen Absichten der Regierung, von ihren geheimen Rüstungen im Arsenale verbreiten lassen und dadurch die Aufregung im Volke genährt. Er schlug für den nächsten Tag eine Massenerhebung, auf die Nationalgarde gestützt, vor, begann auch am frühen Morgen des 22. März die Ausführung des Planes vorzubereiten. Nationalgardenofficiere, auf deren Eifer und Ergebenheit er bauen durfte, sollten sich mit zuverlässigen Leuten in der Nähe des Arsenals sammeln und im günstigen Augenblicke einen Handstreich auf dasselbe wagen. Der Aufstand der Arsenalarbeiter, die brutale Ermordung des Obersten Marinovich, welcher die

unmittelbare Aufsicht im Arsenale geführt und durch barsche Strenge den Haß der Untergebenen sich zugezogen hatte, begünstigte Manin's Vorhaben in hohem Grade. Lagen auch der Ermordung des österreichischen Befehlshabers zunächst keine politischen Motive zu Grunde, so mußten doch die Früchte dieser That der Revolution in den Schooß fallen. Im Arsenale herrschte die größte Verwirrung, Niemand wagte zu befehlen, Niemand wollte noch ferner gehorchen, alle Vertheidigungsanstalten geriethen in's Stocken, die Arsenalotten, soweit sie sich nicht verlaufen hatten, eilten, durch den Anschluß an die Patrioten ihr Verbrechen zu beschönigen. Manin mit einem hastig zusammengerafften Haufen Nationalgarde besetzte ohne Widerstand das Arsenal und wurde auf diese Art Herr der Stadt, in welcher schon der Ruf: Es lebe die Republik! laut zu werden begann. Während der blutigen Vorgänge im Arsenale saßen der Gouverneur und der Militärcommandant rathlos im Regierungsgebäude unter der Procuration beisammen. Pálffy hatte endlich die Politik der nationalen Partei begriffen, welche stets von der Gewährung eines bestimmten Zugeständnisses die Wiederkehr der Ruhe abhängig behauptete, kaum daß sie aber ihren Wunsch erfüllt sah, über neue Aufregung im Volke klagte und eine neue Forderung unter dem gleichen Vorwande stellte. Er wiederholte den Abgesandten des Volkes, den Vertretern des Municipiums öfter, daß er ihre Absichten durchschaue, ihr Ziel, die Regierung zur Abdankung zu zwingen, kenne, und dennoch besaß er nicht den Muth, irgend einem Verlangen dauernd entgegenzutreten. So auch jetzt nicht, als der Podestà, Giovanni Correr, von Manin's Freunden: Avesani, Mengaldo, Pincherle begleitet, vor den Gouverneur trat und „um weiteres Blutvergießen zu verhüten", die Uebergabe der Regierungsmacht in die Hände der Venetianer forderte. Pálffy begnügte sich, die Deputation an den General Zichy zu weisen. Dieser zögerte nur wenige Augenblicke und als er sah, daß seine Bitten, seine Drohungen nichts fruchteten, „der spartanische Styl" allein anerkannt werde, unterschrieb er eine Convention, welche die Errichtung einer provisorischen Regierung guthieß, die nichtitalienischen Truppen aus Venedig entfernte, alles Kriegsmaterial, alle Kassen den Venetianern überlieferte. Am Abende des 22. März wurde die österreichische Herrschaft begraben, die Republik ausgerufen, am anderen Morgen Manin als Präsident derselben begrüßt.

Wenn die Wiener Börse seit dem ersten Tage der Freiheit immer schlechtere Course notirte*), so lag die Ursache keineswegs in ihrer

*) Am 3. Jan.	standen 5% Metall.	$103\frac{7}{8}$,	Bankactien	1615,	Nordbahnactien	$142\frac{1}{4}$,
" 26. Febr.	" " "	96,	"	1485,	"	115,
" 11. März	" " "	83,	"	1225,	"	93,
" 24. "	" " "	$80\frac{1}{4}$,	"	1180,	"	92,
" 27. "	" " "	70,	"	1100,	"	77,
" 31. "	" " "	59,		700,	"	64.

Abneigung gegen die neuen Verfassungsformen. Die österreichischen Geldmänner fürchteten nicht ein freies, sondern ein machtloses Oesterreich, sie sahen nicht die Herrschaft eines bestimmten Regierungssystems, sondern den Bestand des Staates selbst gefährdet. Ausschließlicher als in den meisten anderen Ländern hatte in Oesterreich die Regierung das Verkehrsleben ihren Interessen dienstbar gemacht, die Speculation auf die Staatspapiere gelenkt. Jetzt traf sie die Strafe für ihre selbstsüchtige und beschränkte Finanzpolitik. Beinahe ein jeder Tag brachte nach Wien eine neue Hiobspost und wußte von einer neuen Einbuße Oesterreichs an Macht und Einheit zu erzählen, und jede schlimme Nachricht fand auf dem Geldmarkte einen verstärkten Wiederhall.

Mit der Kunde von der Flucht Radetzky's aus Mailand, von dem Abfalle Venedigs schien übrigens die Summe der Hiobsposten noch nicht erschöpft. Manin rechnete mit Sicherheit darauf, daß Dalmatien abermals den Schutz des heiligen Marcus anflehen werde; vollends von den „Brüdern in Welschtirol" erwarteten die Italiener einen unmittelbaren Anschluß an das befreite Vaterland. An Aufreizungen der Welschtiroler hatte es die revolutionäre Partei nicht fehlen lassen, durch Pamphlete, durch die geschickte Verbindung ihres Programmes mit dem gefeierten Namen: Pio Nono, durch die Sendung Montanelli's die Gemüther entzündet und in der That den Adel und die Jugend gewonnen. Eine deutsche Partei, so leicht auch ihre Bildung im südlichen Tirol gewesen wäre, bestand nicht, einen Provinzialpatriotismus hatte die Regierung nicht zu wecken verstanden, daher auch die italienischen Sympathien auf kein Gegengewicht stießen. Die österreichische Regierung hatte namentlich von Tirol die deutsche Cultur ferngehalten, ruhig zugesehen, wie die frommen Seelenhirten alles Deutsche als ketzerisch verleumdeten, während doch in allen nichtdeutschen Provinzen eine liberale deutsche Bildung die Interessen des einheitlichen Oesterreich am kräftigsten fördert*); sie hatte die berechtigten Klagen der Welschtiroler stets unerwidert gelassen, nichts für die Etschregulirung, nichts für die Hebung des südtirolischen Handels gethan, die ungleiche Vertretung Süd- und Nordtirols im Landtage**) stets vertheidigt; selbst jetzt in den kritischen Märztagen hatte keine Behörde den Muth, die Bauern von der italienischen Partei durch rechtzeitige Zugeständnisse, wie die Aufhebung der verhaßten Accise, zu trennen. Den Anfang der italienischen Demonstrationen in Trient bildete vielmehr ein Bauernkrawall,

---

*) Selbst unter dem Eindrucke der Mailänder Revolution konnte der Landesgouverneur, Graf Brandis, seine Abneigung gegen das deutsche Wesen nicht bezähmen. In der Kundmachung vom 27. März berief er die Landesschutzdeputation ein, weil Tirol nicht allein durch die italienischen Freischaaren, sondern auch durch „die im Großherzogthum Baden ausgebrochenen bedenklichen Unruhen" Gefahr drohe.

**) Deutschtirol sandte auf 441,000 Einwohner vierzig, Welschtirol auf 315,000 Einwohner nur zwölf Deputirte in den Landtag.

gegen die Zöllner und die Finanzwächter (19. März) gerichtet. Nachdem das Blut der Volksmasse sich erhitzt hatte, hielt es nicht schwer, ein Revolutionsprogramm zu entwerfen, in welchem die Vereinigung Welschtirols mit der Lombardei die oberste Stelle einnahm. Der Magistrat von Trient schloß sich dieser Forderung an und sandte noch am 19. März einen Eilboten nach Wien, um die Bestätigung des Kaisers zu holen. In der Zwischenzeit bemühten sich die Patrioten in Trient und Roveredo, durch geräuschvolle Demonstrationen die Volksstimmung zu ihren Gunsten zu lenken, durch die Errichtung einer guardia civica der beabsichtigten provisorischen Regierung ein Executivorgan zu schaffen. Wenn schließlich die Ereignisse in Welschtirol eine andere Wendung nahmen und die Trennungsgelüste hier zurückgedrängt wurden, so trug daran nicht der erkaltete Eifer der Welschtiroler die Schuld. Was an ihnen lag, hatten sie Alles gethan, um sich von der Herrschaft der Deutsch-Oesterreicher loszusagen. Auf diese Weise kam es, daß in den letzten Märztagen die Summe der Provinzen, die es treu mit Oesterreich hielten, rascher gezählt werden konnte, als die Reihe der anderen, welche den günstigen Augenblick gekommen wähnten, sich eine vollkommene oder doch relative Unabhängigkeit von der Wiener Regierung zu sichern. Kein Wunder, daß auch die loyalsten Bürger an der Wiedererrichtung der österreichischen Macht verzweifelten, auch die zähesten Staatsmänner sich einer vollkommenen Muthlosigkeit ergaben. Nicht die Studenten, die Wiener Märzhelden allein fanden das Auftreten der Lombarden gerechtfertigt, auch in conservativen Kreisen herrschte die Ansicht vor, die Regierung würde klug handeln, wenn sie sich unter billigen Bedingungen mit den Bewohnern Oberitaliens abfinde, gegen gewisse materielle Zugeständnisse das Selbstbestimmungsrecht der Lombarden und Venetianer anerkenne. Ein „friedliches Scheiden" empfahl das von **Bruck** gestiftete, im Interesse der Triestiner Kaufleute redigirte Journal des österreichischen Lloyd *); „nicht

*) Der Artikel des Lloydjournals (2. April) wurde von den meisten österreichischen Zeitungen reproducirt und mit dem größten Lobe begleitet. Die Hauptstelle lautet: „Oesterreich steht jetzt ein moderner Herkules am Scheidewege. Der eine Weg führt zum Kriege, der andere zum Frieden. Der Staat muß entweder das lombardisch-venetianische Königreich durch Waffengewalt unter seine Herrschaft bringen, oder er muß unter billigen Bedingungen dessen Abtretung zugestehen. Die Lombardei und Venedig, durch die Gewalt der Waffen wieder gewonnen, könnten nur durch die Gewalt der Waffen behauptet werden. Eine Armee, so zahlreich, wie sie nöthig ist, um die abtrünnigen Provinzen zu erobern, würde vonnöthen sein, um ihren Abfall zu verhindern, und die besten Kräfte des Landes müßten zu dem sterilen Amte einer ungeheueren Polizeiwache verwendet werden. Oesterreich darf sich seiner italienischen Provinzen unter Bedingungen entäußern, welche keine Ungerechtigkeit gegen die anderen Staatsmitglieder enthalten. Das lombardisch-venetianische Königreich wird mit Freuden bereit sein, die Proportion von Lasten und Verpflichtungen des bisherigen Staatshaushaltes, welche auf sein Theil kommen würde, zu übernehmen. Dann dürfen wir erwarten, daß bei

durch den Verlust der Lombardei kann Oesterreich in Gefahr gerathen, wohl aber durch eine Behauptung desselben mit Waffengewalt", behauptete die an die Stelle des österreichischen Beobachters getretene österreichische Zeitung.*) „Oesterreich wird ohne Italiens, ohne Polens unrechtmäßigen Besitz kräftiger, blühender, glücklicher sein, als durch die Knechtung dieser Länder", erklärte die der österreichischen Regierung so freundlich gesinnte Augsburger Allgemeine Zeitung**), zu einem friedlichen Vergleiche mit den Lombarden riethen die Stützen der österreichischen Finanzwirthschaft, die Rothschild, Sina, Stametz-Mayer. „Willigen die Lombarden ein, einen Theil der Staatsschuld zu übernehmen, die Handelsverbindung mit Oesterreich beizubehalten, weisen sie die Producte der alten Provinzen nicht vom italienischen Markte zurück, so möge man sie zu Hause nach Belieben schalten und walten lassen." Aber nicht auf Italien allein schränkte man diese Großmuth ein. Anders als im lockersten föderativen Verbande dachte man überhaupt das politische Zusammenleben der österreichischen Provinzen nicht für möglich. „Man lasse sich loslösen, was nicht zusammenbleiben kann! Man lasse frei, was nicht mit vollem Herzen mit uns zusammenhängen will und seiner Natur nach zusammenhängen muß. Man scheide die Nationen und lasse sie gewähren, da es vergeblich ist, sie in der gegenwärtigen Vereinigung zu lassen."***) So dachten und schrieben in den letzten Märztagen wohlmeinende Oesterreicher, zuverlässige Freunde der Regierung. Ein österreichischer Bundesstaat, der auf jede äußere Machtstellung verzichtet, höchstens Vertheidigungskriege unternimmt, konnte nach der Meinung auch guter Patrioten allein an die Stelle des Metternich'schen Oesterreich treten, nur ein solcher durfte auf eine längere Lebensdauer hoffen. Selbst diese Hoffnung erschien gar Manchem noch viel zu rosig. Oft wurde Dahlmann's Spruch citirt, daß nationale Freiheit und Oesterreichs Bestand sich nimmermehr vertragen.†)

der so geschlossenen Uebereinkunft der Vortheil wie bei jedem ehrlichen Vertrage auf beiden Seiten sein wird, auf Seite des großen Staates und auf der des kleinen."

*) Oesterr. Zeitung v. 5. April.

**) A. A. Z. v. 9. April.

***) A. A. Z. v. 5. u. 6. April, wo in mehreren Artikeln die Föderativverfassung als das einzige Heil Oesterreichs dargestellt und der Abtretung der Lombardei eifrig das Wort geredet wird.

†) Politik S. 190: „Würden Verfassungsrechte den Polen Oesterreichs, den Italienern vergönnt, so würde Oesterreich sein Reich sich auflösen sehen. Oesterreich kann seinen Völkern keine Freiheit geben, den völkerschaftlichen Charakter zwar im Privatrechte und in der Sitte ehren, aber nicht im öffentlichen Rechte hervortreten lassen. Das fordert seine Selbsterhaltung."

Zweites Buch.

Die Jubelwochen der Revolution.

1. Die Erbtheilung zwischen den Volksstämmen Oesterreichs.

Zwei Ereignisse werden auch in den fernsten Zeiten bei der Betrachtung der Wiener Märzrevolution als Wunder erscheinen und das größte Staunen erregen: die Wiener Bevölkerung, welche soeben das schwere Joch der alten Regierung gebrochen, die feststehenden, mächtigen Gewalthaber zum Zittern gebracht hatte, fand nichts Eiligeres zu thun, als sich unter die Herrschaft Unmündiger und Unverständiger zu beugen; und es gab auch jetzt noch Männer, welche die Resignation besaßen, sich an die Spitze der Geschäfte zu stellen und Ministerposten anzunehmen.

Während sich in den Provinzen ernste Ereignisse vorbereiteten, die Zeichen, daß die Mehrzahl der österreichischen Volksstämme nicht dem früheren Regierungssysteme, sondern dem Verbande mit dem Kaiserstaate überhaupt feindlich gesinnt sei, deutlicher und zahlreicher auftraten, priesen die Wiener Bürger und Studenten um die Wette ihren eigenen Heldenmuth und Freiheitssinn, ergötzten sich an den Spottgedichten, welche dem flüchtigen Staatskanzler nachgesendet wurden*), und rasselten mit den im Zeughause empfangenen Waffen um so kräftiger, je weniger sie fürchten durften, dieselben ernstlich zu gebrauchen. Solches Beginnen

*) Die Zahl der dem Fürsten Metternich oder Mitternacht, wie ihn das Volk damals nannte — der Universitätsprediger Füster schrieb sich später das Verdienst dieser Umtaufe zu — nachgeschleuderten Pamphlete ist überaus beträchtlich. Auch bei sorgfältiger Forschung wird man auf kein einziges stoßen, welches sich durch Witz oder Schärfe auszeichnet. „Das Unkraut, aus Oesterreichs Blumengarten herausgerissen", „Metternich's Glück und Ende", „Was giebt's in der Hölle Neues?" diese und ähnliche Titel deuten ungefähr den Gehalt dieser Pamphlete an. Eine Parodie auf das Vaterunser, welche mit den Worten anfing: „Vater Metternich, Gott des Geldes und der Hölle" galt für besonders gelungen. Daraus kann man auf die minder gelungenen Producte schließen.

war thöricht genug, schlimmer aber noch die täglich stärkere Verwechselung und Vermischung der Communalangelegenheiten mit den Interessen des Staates. Bereits am 15. März hatte sich, um den verhaßten Bürgermeister*) und den unbrauchbaren alten Magistrat zu ersetzen, ein provisorischer Bürgerausschuß gebildet, an welchem Ständemitglieder, hervorragende Stützen des juridisch-politischen Lesevereins und Repräsentanten der Universität theilnahmen. Die Noth des Augenblickes rechtfertigte diese Usurpation. Gerade so einflußreiche Männer wie Dobblhof, Hornbostl, A. Bach konnten aber auf der andern Seite sich keine feste Grenze ihrer Wirksamkeit setzen; sie griffen zu, wo die Furcht oder Rathlosigkeit der Regierung ihre Hilfe anrief, und bildeten so die Gewohnheit aus, daß sich die städtischen Vertreter gleichzeitig als Staatsmänner betrachteten, daß das Wiener Volk die Befriedigung seiner localen Wünsche als die Hauptaufgabe des constitutionellen Ministeriums behauptete und Wien und Oesterreich, die Stadt und den Staat gleichbedeutend wähnte. Verhängnißvoll für das Verfassungsleben bot doch diese Monate lang genährte Täuschung augenblicklich den Vortheil, daß sie der Regierung das politische Leben und Athmen erleichterte. Hätte das Ministerium sich eine freie Uebersicht der Lage der einzelnen Provinzen verschaffen können, wäre sein Blick nicht stets auf das Weichbild von Wien gebannt gewesen, so hätte es sich schwerlich vor Verzweiflung retten können. Der gewaltige Lärm, welcher unmittelbar vor den Fenstern der Minister verführt wurde, hinderte diese, auf das Rollen des Donners in den entlegeneren Provinzen zu achten, sie nahmen Alles, was außerhalb des Weichbildes von Wien vor sich ging, verhältnißmäßig leicht und hielten ihre wichtigste Aufgabe gelöst, gelang es ihnen, in ihrer nächsten Umgebung den Schein der Ruhe zu schaffen.

Das erste verantwortliche Ministerium, am 21. März officiell verkündigt, erfuhr bereits nach wenigen Tagen mannigfache Veränderungen. Kolowrat, seiner Schwäche bewußt, trat am 3. April zurück und überließ den Vorsitz im Ministerrathe dem Grafen Ficquelmont. Gleichzeitig nahm auch Kübeck, durch die jüngsten Ereignisse in hohem Grade angegriffen, seine Entlassung. Ihn ersetzte ein in der galizischen Beamtenschule gebildeter Administrator, Philipp Krauß. Einige Wochen länger beharrte Graf Taaffe auf seinem Posten (22. April); seine eigentliche Wirksamkeit hatte aber schon nach dem Erlasse des Preßgesetzes und nach der Bekanntmachung seiner Instructionen an die Justizbehörden, wie sie jenes handhaben sollten, ihr Ende erreicht. Gegen das Preßgesetz erhob sich auf der Universität (1. April) ein gewaltiger Sturm. Der Redestrom

*) Derselbe, Ritter Czapka, hatte sich den Haß der unteren Volksclassen besonders dadurch zugezogen, daß er in dem Nothjahre 1847 laut äußerte, er glaube nicht an die Theuerung, denn die Gasthäuser Wiens wären nach wie vor mit Besuchern gefüllt.

Hye's war nicht im Stande, den übelen Eindruck eines Gesetzes, welches vom Geschworenengerichte absah, die „Angriffe auf obrigkeitliche Personen" mit besonderer Härte strafte, dem „Ermessen der Beamten" einen ungebührlich weiten Spielraum gönnte, welches bald als der reine Abklatsch des Badener Preßgesetzes vom 28. December 1831 erkannt wurde, zu verwischen. Der Minister des Innern, durch Deputationen gedrängt, zeigte sich sogleich zum Nachgeben bereit; er bat um die Angabe der gröbsten Mängel und versprach gründliche Abhilfe. Dadurch rettete er seine Volksthümlichkeit. Der Justizminister jedoch, welcher auch nach den Demonstrationen in der Aula an dem Preßgesetze festhielt, die gerügten Mängel desselben rechtfertigte, wenigstens entschuldigte, empfing die offene Mahnung, sein Amt aufzugeben und hielt es seitdem für rathsam, im Hintergrunde zu beharren. In denselben Tagen, in welchen Kolowrat und Kübeck aus dem Ministerium traten, zog sich Erzherzog Ludwig officiell von allen Staatsgeschäften zurück, wurde der Staatsrath aufgelöst, der oberste Kanzler Inzaghi in den Ruhestand versetzt, mit dieser längst erwarteten Regelung des Ministeriums seine vollständige Ergänzung verbunden. Das Kriegsministerium übernahm **Peter Zanini**, ein alter Verwaltungsbeamter des Hofkriegsrathes, das Portefeuille des Unterrichtes empfing der Gerichtspräsident Baron **Sommaruga**. Zanini's Ernennung verblüffte. Sollte man sie als ein liberales Zugeständniß an das Bürgerthum auffassen, oder deutete die Erhebung eines Mannes, der nach eigener Aussage*) „so lange in untergeordneter Stellung bei dem Hofkriegsrathe verwendet gewesen", zum nominellen Leiter des Kriegswesens darauf hin, daß die höher gestellten Generale, welche bei der Armee allein volle Autorität genossen, mit der politischen Wandlung unzufrieden, sich auch an der neuen constitutionellen Regierung nicht betheiligen wollten? Vorläufig hielt man in weiten Kreisen die erstere Ansicht fest und jubelte über die Macht der liberalen Grundsätze, welche auch das starre Militärsystem siegreich durchbrochen hatten. Ein wirkliches Zugeständniß an die liberale Meinung bildete Sommaruga's Berufung in das Cabinet. Ein brauchbarer Justizmann, besaß Sommaruga nur in geringem Maße die Gabe eines **schöpferischen Staatsmannes**; er stand aber als Director an der Spitze des juridisch-politischen Lesevereins, in dessen Schooße die öffentliche Meinung, wenn auch nur wenige Tage, die wahren Reformatoren Oesterreichs vermuthete, und welche zu gewinnen das Cabinet mit großem Eifer sich bemühte. Uebrigens blieb Sommaruga's Amt, so lange er es verwaltete, eine Sinecure. Die Studenten ließen sich ebensowenig wie durch die Bitten ihrer Lehrer durch die Mahnung des Ministers bewegen zu ihrer pflichtgemäßen Beschäftigung zurückzukehren. Tagtäglich hörten sie sich als die Stütze der Frei-

*) In seinem Entlassungsgesuche vom 20. April.

heit, als die Wächter des constitutionellen Regimentes preisen.*) Eitelkeit und Selbstüberschätzung müßten überhaupt aufgehört haben, in einer Menschenbrust zu wohnen, wenn durch solche Vorspiegelungen die Jugend in Wien und in anderen Universitätsstädten nicht zu übertriebenen Vorstellungen ihres politischen Gewichtes verleitet worden wäre. Die Studenten trieben leidenschaftlich das Waffenspiel, saßen mit ernsten Mienen über Fürsten und Völker, über Personen und Systeme zu Gericht, erzwangen thatsächlich den Schluß der höheren Schulen bereits bei dem Beginn des Sommersemesters und entzogen auf diese Weise dem Unterrichtsminister den Gegenstand seiner Thätigkeit.

Minder bequem war die Stellung des Finanzministers. Mißtrauen gegen die Geldkräfte des überbürdeten Staates hatte während der früheren Regierungsdauer geherrscht, es schien auch die neue Regierung stetig begleiten zu wollen; es hatte den Verfall des alten Staatswesens in hohem Grade beschleunigt, es drohte die Entwickelung des Verfassungsstaates ebenfalls zu untergraben. Augenblicklich die Finanzverhältnisse zu ändern und zu bessern, das Deficit, über welches alle Welt klagte, sofort zu tilgen, war wohl nicht thunlich. Von den Finanzschäden hatte sich jedoch eine übertriebene Vorstellung allmälich ausgebildet, die von der Regierung absichtlich gepflegte Unwissenheit über das Staatsvermögen den Stand desselben in den schwärzesten Farben ausgemalt. Diese falschen und übertriebenen Befürchtungen konnten wenigstens durch eine offene Darlegung der Sachlage beseitigt werden. Am 22. März brachte die Wiener Zeitung im Namen des Ministeriums eine officielle Widerlegung der umkreisenden Gerüchte über eine drohende Finanzkrisis: „Die Finanzverwaltung wird demnächst den versammelten Ständen den Beweis liefern, daß die im Wege der Besteuerung aufgebrachten Einnahmen bisjetzt zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse nicht nur zureichend waren, sondern sogar einen Ueberschuß abwarfen. Sie nimmt keinen Anstand, jetzt schon die Ergebnisse der letzten sieben Jahre (1841—1848) zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, welche zeigen, daß erst im Jahre 1847 ein Deficit, aber nur im Betrage von fünf Millionen eintrat, die ganze siebenjährige Periode zusammengenommen einen Ueberschuß von 38,731,000 fl. lieferte. Da in demselben Zeitraume im Wege der Anleihen noch 118 Millionen eingingen, so stand der Regierung eine Summe von 157 Millionen für außerordentliche Ausgaben zu Gebote." Einige Wochen später veröffentlichte das Ministerium eine neue Finanzübersicht, welche die Jahre 1831—1847 umfaßte und noch überraschendere Resul-

*) Nicht allein auf der Bühne und in Concerten wurden die Studenten als Freiheitshelden gepriesen und besungen; in allem Ernste wurde für sie in Prag und Wien z. B. die Exemtion von allen Wahlbeschränkungen verlangt, weil in ihnen das Freiheitsbewußtsein am kräftigsten verkörpert sei, ihre Theilnahme allein die Entwicklung des constitutionellen Lebens verbürge.

tate lieferte. „Nur in den Jahren 1831—1835 und dann im Jahre 1847 mußte für eine außerordentliche Bedeckung Sorge getragen werden, vergleicht man aber die Einnahmen (2400 Millionen) mit den Ausgaben (2406 Millionen) des ganzen siebenjährigen Zeitraumes, so ergiebt sich das kaum nennenswerthe Deficit von sechs Millionen."

Waren diese Ziffern richtig, so erschien allerdings das Mißtrauen der Bevölkerung unbegründet, aber auch die Finanzpolitik der Regierung unbegreiflich. Ganz abgesehen davon, daß sie sich durch ihr beharrliches Schweigen den größten Schaden zugefügt hatte, nicht allein in der öffentlichen Meinung, sondern auch in der Handelswelt; wie erklärt sich dann bei dem so blühenden Stande der Finanzen die stetige Vermehrung der schwebenden Schuld (von 1840—1847 von 57 auf 98 Millionen), die ebenfalls dauernde Nothwendigkeit, die Hilfe der Nationalbank und ihrer Notenpresse in Anspruch zu nehmen? Jene Ziffern aber waren falsche.*) Derselbe Minister, unter dessen Augen das Glanzbild der österreichischen Finanzen entrollt wurde, hörte ruhig zu, als später im Reichstage das Deficit für das Jahr 1846 — angeblich war ein Ueberschuß vorhanden — mit der Summe von 22 Millionen, der Abgang für das Jahr 1847 nicht mit 5, sondern mit 31 Millionen angegeben wurde.**) Der Minister des Innern, welcher die beruhigenden Enthüllungen der Wiener Zeitung gleichfalls gebilligt hatte, schilderte, freilich erst als er aus dem Amte getreten war, die österreichischen Finanzen in folgender Weise: „Ungeachtet die Einnahmen des Staates seit dem Jahre 1818 fortwährend im Steigen begriffen waren, trat doch auch bei den Ausgaben meistens eine Erhöhung ein, welche ein jährliches Deficit zurückließ, bis das Budget für 1851 ein sichergestelltes Staatseinkommen von 149 Millionen gegen einen Gesammtaufwand von 148 Millionen herausstellte und so zum ersten Male in der Finanzgeschichte Oesterreichs die Aussicht auf den allerdings mäßigen Ueberschuß von einer Million eröffnete."***) Man kann nicht annehmen, daß ein zufälliger Rechenfehler

---

*) Wenn man die officiellen Angaben der Wiener Zeitung mit den ebenfalls officiellen Daten, welche Czörnig (Statistisches Handbüchlein S. 126) veröffentlichte, vergleicht, so ergeben sich folgende Unterschiede:

Nach d. W. Z.	betrugen 1846 d. Einn.	154,078,000,	Ausg.	151,326,000,	Uebersch. 2,752,000 fl.
„ Czörnig	„ „ „ „	154,824,481,	„	176,698,919,	Deficit 21,874,448 „
„ d. W. Z.	„ 1847 „	151,545,000,	„	157,151,000,	„ 5,606,000 „
„ Czörnig	„ „ „ „	153,340,796,	„	203,978,272,	„ 50,637,476 „

Der Umstand, daß der Rechenfehler in den Finanzübersichten der Wiener Zeitung nur bei den Ausgaben, nicht bei den Einnahmen vorkommt, darf bei der Beurtheilung nicht vergessen werden.

**) Verhandlungen des österreichischen Reichstages III. S. 200.

***) Pillersdorff, die österreichischen Finanzen S. 47. Ebendort heißt es S. 49: „Seit 1830 hat ein jährliches Deficit und kostspielige Unternehmungen, welche mit den

den Irrthum hervorrief, daß nur unabsichtlich die Zinsen der Staatsschuld in der Reihe der Ausgaben ausgelassen wurden. Die Behauptung von dem glänzenden Zustande der österreichischen Finanzen wurde zu oft nach den Märztagen wiederholt, die Berechnung über einen viel zu langen Zeitraum ausgedehnt, als daß man nicht leider an eine wissentliche Täuschung glauben müßte. Es galt die Gemüther zu beruhigen, das Mißtrauen zu beschwichtigen, und zu diesem löblichen Zwecke hielt man auch eine offenbare Unwahrheit erlaubt.

Merkwürdiger Weise blieb die falsche Rechnung des Finanzministers unentdeckt; Niemand nahm sich die Muße, nachzuspähen und das Unwahrscheinliche seiner Behauptungen zu erörtern. Aber auch die Absicht, zu beruhigen und Vertrauen zu wecken, wurde nicht erreicht. Ueber das Deficit früherer Jahre konnte flüchtig geschlüpft, das Sinken der Einnahmen in den letzten Wochen aber nicht füglich verheimlicht werden. Vor Aller Augen lag viel zu deutlich die täglich steigende Ausgabelast und die durch den Abfall großer Provinzen verminderten Einnahmequellen. Dazu kam noch, daß die Regierung kein Interesse hatte, auch in diesem Falle mit der Wahrheit zu markten. Die alten Finanzzustände wurden in hellem Lichte geschildert, theils um die gestürzte Regierung vor Anklagen zu sichern, theils um den Credit Oesterreichs zu retten; die gegenwärtigen Verhältnisse durften immerhin dem Volke trübe und gefahrvoll erscheinen. Sie entschuldigten alle Nothmittel und Gewaltmaßregeln des Finanzministers, sie reizten die Stimmung gegen die abtrünnigen Provinzen, mit deren Abfall auch ein materieller Verlust, die nothwendige Ueberbürdung der treugebliebenen Länder verbunden sei. Ungarn hatte zwar keinen seiner Größe entsprechenden Beitrag zu den Centrallasten — etwa 17 Millionen — gezahlt, aber auch gegen diese geringfügige Verpflichtung sträubte es sich beharrlich; die Lombardei hatte nach Abzug der Kosten der Provinzialverwaltung noch 8 Millionen an die Wiener Staatskasse abgeliefert, während gegenwärtig der Aufwand der italienischen Armee mit dem Gute der alten Provinzen bestritten werden mußte. Kein Wunder, wenn sich im Monat März ein Deficit von zwei, im April von mehr als drei Millionen ergab, der Barschatz der Nationalbank plötzlich von 85 auf 35 Millionen sank. Unter solchen Umständen gewann der Finanzminister das Recht, jede Hilfe, wo sie sich darbot, zu ergreifen.

Kräften des Staates auszuführen beschlossen wurde, neue Anlehen und ein neues Anwachsen der Staatsschuld unvermeidlich gemacht." Im handschriftlichen Nachlasse von Pillersdorff S. 395 steht zu lesen: „Vor dem Jahre 1848 belief sich der gesammte Staatsaufwand auf 160—170 Millionen, die gesammten Einkünfte erreichten dagegen 148—155 Millionen. Es ergab sich daher immer ein Abgang von 12—15 Millionen." Diese Angaben sind vollständig richtig; wie kam es, daß sie das Märzcabinet, dessen Mitglied Pillersdorff war, nicht kannte? Die Rechnungen für die dreißiger Jahre waren doch bereits abgeschlossen.

Auf den Credit hin, welchen der Kaiserstaat bisher genossen hatte, und überhaupt verdient, wagte er keine Anleihe zu eröffnen. Aengstlichen Geistern stand der Bestand eines mächtigen Oesterreich überhaupt in Frage. Aber wenn auch der staatliche Organismus sich lockert oder wohl gar zusammenstürzt, die Reichthümer des Bodens, der Ertrag der Bergwerke, die Ausbeute der Salinen bleiben von politischen Wandlungen unberührt. Auf diesen Glauben bauend, bot Krauß den Gläubigern Oesterreichs eine angeblich sichere Hypothek. Die Gmundner Salinen, welche ein Capital von 80 Millionen repräsentiren und einen jährlichen Reingewinn von nahezu 4 Millionen abwerfen, bildeten den Ausgangspunkt seiner Operationen. Mit den Salinen deckte er nicht allein die bei der Nationalbank eingegangene schwebende Schuld, den Ertrag der Salinen bestimmte er auch als Sicherheit einer Silberanleihe im Auslande, die seltsamer Weise die fremden Capitalisten nicht anzog, auf dieselben Salinen hin gab er Hypothekenanweisungen im Betrage von 30 (später 40 Millionen) aus und erhielt er von der Nationalbank Vorschüsse. Bereits der vielfältige Gebrauch, welcher von der Salinenhypothek gemacht wurde, deutet den geringen Ernst der hypothekarischen Sicherheit an. Schwerlich wird man das Auftreten der Regierung unter der Maske eines Privatgläubigers als einen Beweis gediegener Finanzkunst bezeichnen können, des Gedankens sich kaum erwehren, daß es auf eine verlockende Täuschung der Gläubiger abgesehen war, welche aber doch wieder durch den schlimmen Schein, welcher auf alle nicht hypothecirten Schulden fiel, ohne rechte Wirkung blieb.

Ungleich verwerflicher waren die anderen Rettungsmittel, zu welchen der arg bedrängte Finanzminister seine Zuflucht nahm. Am 4. April verbot die Regierung die Ausfuhr der Silbermünze über den Betrag von 100 fl. Begründet wurde diese Maßregel durch „das unverhältnißmäßig starke Ausströmen des Silbergeldes nach dem Auslande." Sie hatte, wie alle Versuche, die natürlichen Strömungen des Verkehrs und der Geldwirthschaft durch Ordonnanzen zu regeln, keinen Erfolg. Die baare Münze schwand trotzdem aus dem Umlaufe, dagegen erregte das Ausfuhrverbot in Deutschland eine große Erbitterung. Der Frankfurter Handelsstand erhob eine laute Beschwerde. Der süddeutsche Buchhändlerverein in Augsburg nannte es „einen Hohn auf das einige Deutschland", schilderte es als einen „feindseligen Act gegen die deutschen Brüderstämme." „Deutsche Fabrikanten und Kaufleute sind nicht mehr im Stande, ihre Forderungen einzuziehen; Wechsel auf Wien können nicht mehr verkauft werden; für die deutschen Staatsgläubiger Oesterreichs hat jenes Verbot die gleiche Folge wie eine Suspension der Zinszahlungen oder ein Staatsbankerott." Der Verein richtete nach dem Beispiele der Frankfurter Kaufleute eine Eingabe an den Fünfzigerausschuß in Frankfurt und rief dessen Schutz und Intervention (22. April)

an.*) Auch das Frankfurter Parlament beschäftigte sich zu wiederholten Malen **) mit dem Ausfuhrverbote, geißelte den Patriotismus der österreichischen Regierung, welche sich von Deutschland abzusperren, ja diesem feindselig entgegenzutreten kein Bedenken trage. War, wie man in officiellen Kreisen behauptete, das massenhafte Ausströmen des Silbers durch eine Intrigue des Mailändischen Adels bewirkt worden, welcher unter anderen Revolutionsmitteln auch dieses benutzte, daß er seinen Vorrath von österreichischen Staatspapieren umsetzte und dafür Geld aus der Bank zog, so kam das Verbot offenbar zu spät. Jedenfalls hätte die rechtzeitige Erhöhung des Zinsfußes einen besseren Schutz geboten. Davon wollte aber die Nationalbank, die stets den Effectenhandel begünstigte, nichts hören. Hoffte man irgend einen namhaften Erfolg von dem Verbote, so mußte gleichzeitig den Banknoten ein Zwangscours gegeben werden. Dieses geschah erst am 2. Juni, nachdem das Silbergeld sich zu einer Handelswaare umgestaltet, die Gewohnheit, zwischen Silber und Banknoten einen Werthunterschied festzuhalten, sich förmlich eingebürgert hatte. Dann freilich konnte von einem Zurückströmen des Silbers, von einer Ausgleichung des Metall- und Papiercourses, von einem stetigen Werthe der Banknoten nicht mehr die Rede sein. Den schlechten Erfolg dieser sogenannten rettenden Thaten sahen nicht allein fernstehende unbefangene Beobachter vorher, auch in einheimischen Kreisen seufzte man

---

*) Die Sache kam in der Sitzung vom 14. April zur Verhandlung. Auf Duckwitz' Antrag wurde eine Vorstellung an die österreichische Regierung, um sie zur Zurücknahme des Verbotes zu bewegen, beschlossen.

**) Kolb von Speier brachte am 30. Juni einen Dringlichkeitsantrag auf Aufhebung des Verbotes ein. Derselbe wurde am 14. Juli (Stenograph. Berichte II. 902) berathen und angenommen. In der Sitzung vom 26. August bildete das Ausfuhrverbot den Gegenstand einer Interpellation, am 23. September kam es im Parlamente (Stenograph. Berichte III. 2256) darüber abermals zu einer ausführlichen Verhandlung. Bezeichnend ist der Wechsel in der Position der österreichischen Deputation. Im Fünfzigerausschusse sprachen sich die anwesenden Oesterreicher (Endlicher, Mühlfeld, Kuranda) noch wohlgemuth aus. Ein augenblicklicher Mangel an Circulationsmitteln habe das Verbot bedingt, die Finanzverlegenheit sei nur vorübergehend, die Fortdauer der Maßregel beruhe auf Personalverhältnissen im Ministerium, welche sich nächstens ändern würden. (Verhandl. d. Parlam. II. S. 75.) Im Juli begnügen sie sich damit, das Ausfuhrverbot, welches sie als einen ökonomischen Mißgriff anerkennen, zu entschuldigen. Politische Folgerungen wollten sie aus der Maßregel nicht gezogen wissen. Zwei Monate später standen sie an der Spitze der Ankläger. Das österreichische Ministerium hatte erklärt, daß es das Votum des Wiener Reichstages abwarten wolle, nicht undeutlich seinen Zweifel an der Competenz des Frankfurter Parlaments zu verstehen gegeben. Gegen diesen Particularismus donnerten die österreichischen Deputirten. Die Nationalversammlung habe das Recht, im eigenen Namen die Aufhebung des Verbotes auszusprechen, die Pflicht, energisch vorzugehen, da „die deutsche Sache auf den Straßen Wiens wie im österreichischen Reichstage unterliege.“ Auf ihr Drängen wurde die neue Aufforderung an das Wiener Ministerium durch das Motiv begründet: „Es solle der Verkehr deutscher Staaten in seine vollen Rechte eingesetzt werden.“

schwer über die verblendete Beschränktheit des Finanzministers*), welcher sich vor der Weisheit der Straßenpolitiker beugte und, um die geängstigte Volksmasse zu beschwichtigen, für den nächsten Augenblick Ruhe zu schaffen, den österreichischen Finanzen eine unheilbare Wunde schlug. Ihn entschuldigt der Umstand allein, daß die Politik des Ministeriums überhaupt keinen festen Plan, kein klares Ziel kannte und dieses seine Aufgabe für gelöst ansah, wenn es die Gefahr, welche in der gegenwärtigen Minute drohte, überwand.

Von heute auf morgen lebte namentlich das Ministerium des Innern. Der Name Staatsministerium war damals noch nicht erfunden, bezeichnet am besten aber seine Stellung, da es nicht allein die Verantwortung für die gesammte Administration trug, sondern in allen politischen Angelegenheiten, Fragen der äußeren Politik nicht ausgenommen, die Entscheidung fällen sollte. Insbesondere die deutsche Frage, das Verhältniß des Kaiserstaates zu Deutschland fiel in den Wirkungskreis des vielgeplagten Pillersdorff.

Die politische Bewegung in Deutschland hatte unstreitig als Gährungsstoff in Wien gewirkt und den Ausbruch der Märzrevolution mit vorbereitet. Nach dem Siege der letzteren trat aber das nationale Element in Wien selbst in den Hintergrund zurück. Der Jubel über die mannichfachen errungenen Rechte und Freiheiten, das Gefühl der Ueberraschung über die so unverhofft gewonnene „Constitution des Vaterlandes" ließ keinen anderen Gedanken vorläufig aufkommen. Man besaß kaum eine Ahnung über die Verfassungsform des eigenen Staates, wie hätte man sich um das Verhältniß dieser Constitution zu Verfassungen anderer Länder kümmern sollen! Erst dem berühmten Königsritte Friedrich Wilhelm IV. am 21. März durch die Straßen von Berlin, den preußischen Proclamationen an die deutsche Nation, der Ankündigung, daß „Preußen fortan in Deutschland aufgehe", blieb es vorbehalten, den nationalen Geist in Wien zu entzünden und das Interesse an der deutschen Politik hier zu erwecken. Das Verständniß deutscher Interessen war nur bei Wenigen vorhanden, dagegen Haß und Eifersucht gegen Preußen allgemein verbreitet. Die Einen, des tiefen Gegensatzes zwischen Preußen und Oesterreich wohl bewußt, entdeckten in dem neuen Vorgange nichts als den kecken Versuch, bei guter Gelegenheit die Herrschaft über Deutschland an sich zu reißen. Die Anderen, und zu ihnen gehörten auch die Freisinnigen, hatten schon längst die geringschätzenden Urtheile der Norddeutschen über die österreichische Macht und Bildung unmuthig ertragen, darin nur eine anmaßende Selbstüberhebung erblickt. Sie frohlockten über die Märzrevolution in Wien, welche vollendet war, noch ehe in Berlin

*) Die größeren Industriellen, wenigstens in Deutschböhmen, bemühten sich früh und eifrig, aber erfolglos um die Rücknahme des Ausfuhrverbotes.

an irgend ein größeres Zugeständniß gedacht wurde, welche von der Kraft des österreichischen Volkes ein so glänzendes Zeugniß ablegte, die Macht und die Größe Oesterreichs neu begründete; und nun sollte abermals Preußen den Vorsprung abgewinnen, das Erbe Oesterreichs für sich in Anspruch nehmen?

Die officielle Zeitung — in jenen Tagen allerdings nicht in der Staatskanzlei redigirt — veröffentlichte am 25. März unter der Aufschrift: Antwort der deutschen Nation an den König von Preußen, eine Invective der giftigsten Art. Sie höhnte den König, welchem erst „das Röcheln ermordeter Bürger" die Erinnerung an das deutsche Volk nahe brachte, sie warf ihm vor, daß er mit „blutiger Hand die seit Jahren verfolgten deutschen Farben aufpflanze", nur unfreiwillig dem nationalen Geiste huldige. Sie behauptete, „die deutsche Nation bebe vor dem königlichen Enthusiasmus zurück" und fürchte, die „junge deutsche Verfassung würde schon an ihrem ersten Lebenstage von dem Fürsten verletzt, welcher das königliche Ich über das Gesetz stelle und Deutschland seine Person als Führer aufbringen wolle." „Oesterreichs Fahnen, hieß es weiter, haben die deutschen Farben unter allen Stürmen bis heute bewahrt, ein österreichischer Prinz hat am Rhein dem einigen Deutschland ein Hoch gebracht, als es noch verfolgt wurde in Preußen; Habsburgs Haus hat die Geschichte vergangener Jahrhunderte, hat die Liebe der Völker zur Seite, wenn es seinen alten Vorsitz im deutschen Reiche behaupten will. Oesterreichs Kaiser erkennt aber, daß jetzt von den Vertretern des deutschen Volkes allein die Wahl ausgehen und daß diese Wahl frei bleiben muß."

Die österreichische Regierung wies jeden Antheil an diesen Schmähungen von sich, dem Wesen nach aber schloß sie sich der Verwahrung gegen die preußischen Ansprüche vollständig an. Die Dresdener Conferenzen, auf den 25. März angesagt, hatten nach Potsdam verlegt werden sollen, da weder in Dresden noch in Frankfurt die Unabhängigkeit der Berathungen gesichert erschien. Auf diesen Plan ging das Wiener Cabinet nun nicht mehr ein, es wies vielmehr den österreichischen Bundestagsgesandten — Graf Colloredo war eiligst an Münch-Bellinghausen's Stelle gesetzt worden — an, nur in Frankfurt und nur nach den bestehenden Bundesgesetzen an der Verfassungsrevision Theil zu nehmen, und protestirte (24. März) in einer Circulardepesche gegen jede einseitige Aenderung der Grundlagen des Bundes und insbesondere gegen eine Verlegung der Bundesversammlung nach Potsdam.*) Der Wiener Zeitung wurde auch

*) Dieser Protest bezog sich auf die Worte der preußischen Proclamation vom 21. März: „Ich beabsichtige, den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen des preußischen Landtages zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammenzutreten." In Wien deutete man diese Worte so, als ob die Mitglieder der früher projectirten Potsdamer Conferenz als Medium dienen sollten.

später gestattet, gegen das „Winkelparlament", gegen die „Improvisation der deutschen Einheit" zu eifern und das Recht des Bundestages, „dessen Reform bereits kräftig in Anspruch genommen ist und der in jedem Augenblicke provisorisch mit volksthümlichen Elementen beschickt werden kann", zu vertheidigen. Seltsam genug nahmen sich die beiden Sätze, welche von den Freunden der österreichischen Regierung stets betont wurden, neben einander aus: „Oesterreich gebührt der Vorrang unter den deutschen Stämmen" und „das deutsche Volk soll frei und unabhängig über seine eigene Zukunft entscheiden, seine Verfassung bestimmen." Auch verrieth der Vorwurf undeutscher Gesinnung und Politik, welcher gegen die Berliner Regierung geschleudert wurde, ein schwaches Gedächtniß. Hatte sich doch erst seit zwei Wochen, seit Metternich's Sturze das deutsche Volk mit Oesterreich ausgesöhnt und aufgehört, die Wiener Regierung als den Erbfeind deutscher Freiheit zu betrachten. Die öffentliche Stimmung beachtete diese und ähnliche Widersprüche nicht. Die Begeisterung für das wiedergeborene, verjüngte Oesterreich hielt in der Wiener Bevölkerung nicht nach. Die einmal aufgeregte Leidenschaft verlangte nach Nahrung. Da ihr politische Ideen, greifbare Verfassungspläne nicht geboten werden konnten, so beharrte sie nothwendig bei dem nationalen Pathos. In dieser Richtung wurde das Wiener Volk durch das Beispiel der anderen österreichischen Volksstämme bestärkt. Ueberall zeigte sich augenblicklich das politische Programm durch nationale Anschauungen bestimmt oder wohl gar als politisches Ziel die Wiederbelebung der Nationalität schroff aufgestellt, überall wehte eine Tricolore, überall verdrängte das nationale Weißblauroth oder Weißgrünroth das allerdings wenig heitere Schwarzgelb. Auf diese Weise kam, zuerst unter den Studenten, das Schwarzrothgold zu Ehren, als das Symbol deutscher Nationalität, zugleich aber auch deutscher Freiheit. Ohne die preußische Herausforderung würde sich das Ministerium zu der deutschen Tricolore im besten Falle gleichgiltig verhalten, wahrscheinlich gegen sie ein ähnliches Mißtrauen geäußert haben, wie gegen die slawischen, italienischen und ungarischen Farben. Nach den Berliner Vorgängen mußte es nothgedrungen Sympathien für das deutsche Volksthum offenbaren. In der Wiener Aula kam die Begeisterung für das Schwarzrothgold am frühesten zum Durchbruche, zur allgemeinen öffentlichen Anerkennung gelangte die deutsche Tricolore erst am 2. April.

Bereits am frühen Morgen flatterte eine riesengroße deutsche Fahne vom Stephansthurme, in einer späteren Stunde zogen Studenten und Sänger vor die Burg und ließen den Kaiser Ferdinand eine dreifarbige Fahne schwingen. Dieselbe wurde vor dem Fenster des kaiserlichen Wohnzimmers aufgepflanzt, sie flatterte vom Balkon der Staatskanzlei und schmückte alsbald wie die Brust jedes Nationalgarden, so auch die meisten Gebäude. Es war eine glänzende Demonstration, die ganz Wien mit

Entzücken erfüllte, bei welcher sich aber Jedermann etwas Anderes dachte. Die Conservativen legten den Ton auf die symbolische Verwahrung gegen die Ansprüche Preußens, in den Studenten dämmerten, als sie die deutschen Farben anlegten, burschenschaftliche Ideen, die Masse des Volkes wollte nur die Slawen durch den Augenschein belehren, daß dieselben keineswegs, wie sie sich anmaßten, über Oesterreichs Zukunft eigenmächtig verfügen können. Nationale Eifersucht, Rivalität gegen Preußen, nebelhafte Vorstellungen von deutscher Freiheit, den süddeutschen Republikanern abgelauscht, bildeten den Kern des plötzlich aufflammenden deutschen Bewußtseins. Nur Wenige erwogen unbefangen die politischen Folgerungen, welche sich an jene Demonstration knüpften. Und dennoch brachen sich dieselben durch die Wucht der Ereignisse unaufhaltsam Bahn.

Zur deutschen Bewegung, welche zuerst in Heidelberg, dann in Frankfurt ihren Brennpunkt gewann, gab Oesterreich nicht die geringste Anregung. Dem zufälligen Umstande allein, daß sich ein österreichischer Schriftsteller, welcher das bereits breitgetretene Thema der Censurwillkür abermals abgewandelt hatte und die Wirkung seiner Schrift aus Vorsicht in der Fremde abwartete, verdankte der Kaiserstaat seine Vertretung in der Heidelberger Versammlung, wie im deutschen Vorparlamente. Die Repräsentation des größten deutschen Landes durch einen einzigen Mann — erst später trat ein Graf Bissingen hinzu — konnte nicht ausreichend erscheinen, selbst wenn dieser Einzige durch persönliches Gewicht hervorgeragt hätte, was Niemand von Wiesner behauptete. Aber so vollständig fremd standen sich noch Oesterreich und Deutschland gegenüber, so selten waren die persönlichen Beziehungen, daß weder von den deutschen Volksführern österreichische Vertrauensmänner namhaft gemacht werden konnten, noch in Oesterreich selbst sich Personen fanden, welche unaufgefordert sich an der deutschen Verfassungsreform betheiligen wollten. Noch peinlicher als im Vorparlamente drohte im Fünfzigerausschusse die mangelhafte Vertretung Oesterreichs zu werden. Das Vorparlament war eine improvisirte Institution, bei welcher der Drang der Zeit die ungleichmäßige Repräsentation der verschiedenen Stämme und Staaten entschuldigte. Dem Fünfzigerausschusse dagegen, welcher sich mit der gereinigten Bundesversammlung in stetige Verbindung setzen, im Nothfalle in die Executivgewalt der Einzelstaaten eingreifen sollte, lag wesentlich daran, auch politische Autoritäten aus Oesterreich in seiner Mitte zu besitzen. Wie konnte er für seine Beschlüsse auf Anerkennung in Oesterreich hoffen, wenn nicht auch in Wien klangvolle Namen unter denselben standen. Es blieb nichts Anderes übrig, als österreichische Mitglieder auf dem Wege der Octroyirung beizugesellen. In der letzten Sitzung des Vorparlaments stellte Freiherr von Closen aus Bayern den Antrag, der Fünfzigerausschuß möge sich durch „sechs Männer des Fortschrittes" aus Oesterreich verstärken, also in einen Sechsundfünfzigerausschuß verwandeln.

Die näheren Modalitäten wurden dem Fünfzigerausschusse überlassen. Eine Commission desselben in einer Anwandlung von wohlwollender Laune empfahl (5. April), nicht sechs, sondern neun Oesterreicher zu berufen, mit ihrer Wahl die Magistrate der größeren Städte Oesterreichs zu betrauen. Auf diesen Vorschlag ging der Ausschuß nicht ein. Er forderte die Anwesenden auf, Namen „bekannter tüchtiger Männer" auszurufen, und nachdem 15 Namen, welche theilweise gar nicht existirten, genannt wurden, ließ er durch die Ausrufer sechs Vertreter Oesterreichs wählen. Die größte Stimmenzahl vereinigte sich auf den Redacteur der Oesterreichischen Zeitung, Schwarzer, einen abenteuerlichen Charakter von großer Keckheit, aber geringer Bildung, auf den Verfasser des bekannten Buches: Oesterreich und seine Zukunft, Baron Andrian, auf den Advocaten A. Bach in Wien, auf den czechischen Geschichtsschreiber Palazky, auf Schuselka und den Tiroler Schuler.

Unterdessen begann sich auch das Wiener Volk seiner deutschen Pflichten zu erinnern und den Nutzen einer Repräsentation Oesterreichs in Frankfurt einzusehen. An dem Tage, wo das Vorparlament auseinanderging, wählte der niederösterreichische ständische Ausschuß, das Bürgercomité, die Universität und das polytechnische Institut Abgeordnete zum „Volkstage."*) Die Personenfrage hatten die einheimischen Wähler natürlich besser gelös't als die mit österreichischen Zuständen unbekannte Frankfurter Versammlung. Aber abgesehen davon, daß Wien im Sinne der Centralisation das Recht für sich in Anspruch nahm, für ganz Oesterreich aufzutreten, war die Zahl der Deputirten größer, als sie das Vorparlament beschlossen hatte, und die Wahl theilweise auf ganz andere Persönlichkeiten gefallen.

Welche Wahl, die Frankfurter oder Wiener, sollte gelten, in welcher Weise die reservirten sechs österreichischen Sitze unter die sechszehn und mehr Candidaten vertheilt werden? Die Gutmüthigkeit der Oesterreicher und das sichtliche Wohlwollen des Fünfzigerausschusses halfen über diese Bedenken hinüber. Einzelne der Gewählten, wie Andrian, Endlicher, traten zurück und räumten Anderen ihre Plätze, für die Abwesenden, Palazky, Schuler, Bach, kamen vorläufig Wiener Deputirte an die Reihe, die Uebrigen endlich begnügten sich mit Ehrensitzen und berathenden Stimmen. So konnten am 11. April in feierlicher Sitzung die österreichischen Abgeordneten begrüßt und eingeführt werden. Wohlgesetzte Reden wurden gewechselt, der Freude über die Wiedervereinigung des österreichischen und deutschen Volkes ein übertrieben rhetorischer, aber

*) Der ständische Ausschuß wählte den Grafen Auersperg (A. Grün) und Andrian; der Bürgercomité: Gerold, Sommaruga d. J. und Hornbostl; die Universität: Endlicher, Mühlfeld, Schneider, Giskra, Schilling, Schuselka, Kuranda, welchen sich aber noch andere Deputirte anschlossen.

gut gemeinten Ausdruck gegeben. Auffallend war es nur, daß die österreichischen Redner die Rechte der Deutschen in Oesterreich nicht so stark hervorhoben, als ihre Pflichten gegen die „nichtdeutschen Brüder.“ „Wir müssen die Garantie für die Consolidirung und die Entwickelung aller nichtdeutschen Nationalitäten übernehmen und sicherstellen“, behauptete Andrian. „Wir wollen in der deutschen Verfassung die Aufrechthaltung und Hochachtung fremder Nationalitäten aussprechen und dadurch der Welt ein Beispiel der Humanität und des höheren Staatsrechtes geben“, versicherte Kuranda.*) Human und gerecht mochte eine solche Politik heißen, nimmermehr ließ sie aber den Aufbau einer nationalen Verfassung zu, wie sie namentlich die Westdeutschen im Sinne hatten. Die slawischen Führer verlangten nicht Duldung und wohlwollende Anerkennung ihres Volksthums, sondern die Uebergabe der Herrschaft von den Deutschen an die Slawen. Diesen Ansprüchen gegenüber bildete die Entfaltung der eigenen Macht die wirksamste Waffe. Ein Compromiß geht man nicht am Anfange, sondern am Schlusse des Kampfes ein, und ein solches empfahlen die österreichischen Abgeordneten in demselben Augenblicke, wo sie den innigsten Anschluß ihres Vaterlandes an das deutsche Volk gelobten. Es schien, als ob sie sich der Kraft des deutschen Elementes in Oesterreich nicht sicher fühlten und einen heftigen Widerspruch gegen ihre Bestrebungen fürchteten. Auch die Andeutung Andrian's (Sitzung vom 10. April), das vom Vorparlament beschlossene Wahlgesetz lasse sich in Oesterreich eigentlich nicht durchführen, durch Urwahlen der Sieg der liberalen Sache keineswegs sicherstellen, man solle vielmehr Oesterreich in der Anwendung der Wahlen möglichst freie Hand gönnen, daß die besten Männer gewählt werden und nicht wie sie gewählt werden, sorgen, zeugt keineswegs von einer großen Zuversicht.

In der That tauchten mannichfache Anzeichen auf, daß die deutsche Frage in Oesterreich nicht ohne vorhergegangene schwere Kämpfe gelös't werden könne. Gegen jeden Anschluß an Deutschland stemmten sich die slawischen Stämme, wesentlich anders als die liberale Partei verstand man ihn in den Regierungskreisen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten äußerte sich darüber in einer späteren Rechtfertigungsschrift**) mit großer Offenheit. „Die achtbarsten Männer kamen zu mir, um zu erfahren, welche politische Stellung die Regierung einzunehmen gedenke. Ich gab eine bestimmte Erklärung und sagte: die Regierung Oesterreichs ist von jeher eine deutsche gewesen; sie soll diesen Charakter nicht ablegen. Da jedoch der österreichische Staatskörper von ganz eigenthümlicher Natur ist, muß sich die Regierung bei den Veränderungen, die jetzt

*) Verhandlungen des deutschen Parlamentes II. S. 56.

**) Aufklärungen über die Zeit vom 20. März bis zum 4. Mai 1848. Von L. Grafen Ficquelmont. S. 50.

in Deutschland vor sich gehen werden, verwahren, daß die politische Vereinbarung mit Deutschland nicht die Stellung des Kaisers zu seinem eigenen Reiche gefährde. Wir sollen Deutsche bleiben, und nicht aufhören Oesterreicher zu sein." Diese Grundsätze widersprachen schroff dem Programm der Frankfurter Versammlung. Ficquelmont und die übrigen Mitglieder des Ministeriums machten auch kein Hehl aus ihrem Wunsche, den Widerspruch gegen „das Phantom, das mit deutschen Farben geschmückt doch durch und durch undeutsch war", durchführen zu können. Sie hätten am liebsten Oesterreich von dem Frankfurter Parlamente ausgeschlossen, wenn nur nicht „ein solcher freiwilliger Abfall von Deutschland als unwiderrufliche Trennung gedeutet worden wäre." Auch mußte bei jeder Entscheidung Preußens Verfahren beachtet werden. Da letzteres bereits die Parlamentswahlen zugestanden hatte, so blieb dem Wiener Cabinete zur Wahrung seiner Machtstellnng nur der gleiche Schritt übrig. Erleichtert wurde der Entschluß durch das von dem Bundestage decretirte Wahlgesetz. Nach demselben sollten in allen deutschen Bundesstaaten „auf verfassungsmäßigem Wege die Wahlen von Nationalvertretern vor sich gehen, welche zwischen dem Volke und den Regierungen das deutsche Verfassungswerk vereinbaren." Mit diesem, wahrscheinlich von den beiden deutschen Großmächten selbst empfohlenen Beschlusse waren die letzteren natürlich vollkommen einverstanden. Der verfassungsmäßige Weg bedeutete für Oesterreich die Wahl durch die bestehenden Provinzialstände. Die Aufgabe der Nationalversammlung, die Verfassung zu vereinbaren, schloß das Recht des österreichischen Kaisers, dieselbe zu prüfen und von seiner Sanction ihre Giltigkeit abhängig zu machen, nicht aus. Unter der Voraussetzung, daß „die österreichische Regierung nicht an die Annahme der Parlamentsbeschlüsse gebunden sei, daß der Kaiser sich vorbehalte, der neuen Bundesverfassung nur dann seine Zustimmung zu ertheilen, wenn ihre Grundlagen mit den eigenthümlichen Verhältnissen sowohl der deutschen Erbländer als der gesammten Monarchie im Einklange stehen", gab das Ministerium am 9. April zur Vornahme der Parlamentswahlen seine Zustimmung. Aber jenes Bundestagsdecret vom 30. März, von den Beschlüssen des Vorparlamentes in den wichtigsten Punkten abweichend, übte nur in dem Falle Wirkung, wenn der Fünfzigerausschuß sich nicht kräftig genug fühlte, bei seiner Meinung zu beharren, und den Staatsstreich duldete. Bekanntlich legte der Fünfzigerausschuß gegen die freie Umschreibung der Parlamentsbeschlüsse einen scharfen Protest ein, nahm der Bundestag, nach keiner weiteren Probe, wie gering seine Macht, wie groß seine Unpopularität sei, lüstern, das Decret (7. April) zurück und fügte sich in die Nothwendigkeit, den constituirenden Charakter der Nationalversammlung anzuerkennen und ein ganz allgemeines Wahlrecht ohne Rücksicht auf Census oder wohl gar ständische Privilegien zuzulassen.

Abermals trat an die Wiener Regierung der Wunsch heran, sich von den Berathungen über das deutsche Verfassungswerk fern zu halten, der Verschleppung demokratischer Grundsätze nach Oesterreich durch Nichtbeschickung des deutschen Parlaments vorzubeugen. Abermals beschlich sie die Furcht, die öffentliche Meinung in Wien durch die Absperrung von Deutschland aufzuregen und Preußen zu einer vortheilhaften Position zu verhelfen. Die Furcht überwog. Unter schweren Seufzern wurde der Beschluß gefaßt, sich auch an dem demokratischen Parlamente zu betheiligen. „Wir wollen uns einmal, hieß es in der Depesche an den Bundestagsgesandten vom 17. April, so lange es mit den Lebensprincipien unseres Reiches nur immer vereinbarlich ist, von Deutschland nicht trennen und werden demnach auch muthig die allerdings nicht leichte Probe zu bestehen trachten, die uns durch den Bundesbeschluß vom 7. April aufgelegt wurde." Den letzten Rest von Energie und Widerstandskraft bot die Regierung auf, um eine Vertagung der Parlamentseröffnung zu erreichen*) und um bei den bevorstehenden Wahlen auf die öffentliche Meinung zu wirken.

Auf den 25., dann auf den 29. April waren die Urwahlen für das deutsche Parlament angesetzt. Einige Tage früher (21. April) brachte die Wiener Zeitung eine officielle Erklärung des Ministeriums, wie dasselbe über die Verbindung Oesterreichs mit Deutschland denke: „Von dem Wunsche des innigen Anschlusses an Deutschland durchdrungen, wird Oesterreich jeden Anlaß freudig ergreifen, welcher seine Anhänglichkeit an die gemeinsame deutsche Sache zu bethätigen vermag. Es kann aber nie ein gänzliches Aufgeben der Sonderinteressen seiner verschiedenen, zum deutschen Bunde gehörigen Gebietstheile, eine unbedingte Unterordnung unter die Bundesversammlung, ein Verzichten auf die Selbständigkeit der inneren Verwaltung mit seiner besonderen Stellung vereinbarlich finden und muß sich die besondere Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung gefaßten Beschlusse unbedingt vorbehalten. Insofern letzteres mit der Wesenheit eines Staatenbundes**) nicht vereinbarlich erkannt

*) Im Einverständnisse mit Preußen wurde vom Wiener Cabinete der Antrag auf die Verschiebung des Parlaments bis zum 18. Mai gestellt. Die Depesche an den Bundestagsgesandten enthielt folgenden Schlußsatz: „Beide Höfe hoffen um so zuversichtlicher, daß der Bund ihrem gerechten Verlangen entsprechen werde, als weder Oesterreich noch Preußen die Verhandlungen einer deutschen Nationalversammlung, welche in Abwesenheit von zwei Drittheilen der deutschen Bevölkerung sich constituirt hätte, für irgend giltig würde anerkennen können."

**) Dieser Ausdruck wurde später als ein Druckfehler berichtigt und behauptet, es hätte Bundesstaat heißen sollen. Durch diese Berichtigung wurde aber der ganze Artikel unverständlich Das Wahre an der Sache ist, daß, als die Regierung die Spaltung der Bevölkerung in Anhänger des Bundesstaates und Staatenbundes merkte, sie es gerathen fand, sich den letzteren, die ohnehin im Grunde mit der Regierung übereinstimmten, anzuschließen. Sie hätte diese Partei verletzt, ihr den Sieg erschwert

würde, wäre Oesterreich nicht in der Lage, einem solchen beizutreten." So bestimmt und entschieden hatte das Ministerium, seit es bestand, nicht gesprochen, allerdings auch noch niemals einen so starken Rückhalt in einflußreichen Volkskreisen gefühlt. Die Einigkeit, welche ungetrübt geherrscht hatte, so lange es nur galt, die deutsche Nationalität zu bekräftigen, lös'te sich, als eine politische Frage entschieden werden sollte. Der Kern der Wiener Bevölkerung war rein deutsch, aber sein Sinn empörte sich bei dem Gedanken, daß ein Kaiserhof in einer andern Stadt als in Wien seinen Sitz aufschlagen könne. Die Industriellen und Kaufleute in Deutschösterreich dachten und sprachen deutsch, bebten aber vor der Gefahr einer Aufhebung der schützenden Zollschranken an den Grenzen Oesterreichs zurück. In den Beamtenkreisen liberaler Färbung herrschte Liebe und Achtung für deutsche Bildung, eine unerschütterliche Ueberzeugung, daß die deutsche Sprache die Staats- und Culturſprache in Oesterreich bleiben müsse; das Ansinnen jedoch einer Unterordnung der Regierung unter eine andere Macht, welchen Namen dieselbe auch führen möge, wurde hier schroff zurückgewiesen. Die wohlhabenden Classen wehrten jeden Verdacht undeutscher Gesinnung von sich ab, von einer politischen Verbindung mit Deutschland fürchteten sie aber den Sieg republikanischer Institutionen. In dem Sinne, in welchem man namentlich in den deutschen Kleinstaaten die deutsche Einheit auffaßte, sprachen sich außer den unter fremden Stämmen zerstreuten Deutschen, denen natürlich die neue Schutzmacht sich empfahl, eigentlich nur die Wiener Demokraten aus. Sie rechneten bereits Oesterreich zu den „Vereinigten Staaten von Deutschland", vermehrten aber gerade durch ihre lauten Sympathien die politischen Bedenken gegen eine rückhaltlose Betheiligung am Frankfurter Parlamente.*)

In der zweiten Hälfte des April bildete die Anschlußfrage beinahe ausschließlich den Gegenstand des öffentlichen Interesses und der lebendigsten Verhandlungen in zahlreichen Vereinen. Namentlich im juridisch-politischen Leseverein wurde leidenschaftlich über das staatsrechtliche Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland debattirt. Bald fanden sich auch die Schlagwörter und Fahnensprüche, nach welchen sich die Parteien sonderten:

---

wenn der ursprüngliche Passus beibehalten worden wäre. Daher wurde die, wenn auch unlogische, doch praktische Correctur beliebt.

*) Es gab noch eine andere Partei, welche gerade im deutschen Interesse den Ausschluß Oesterreichs wünschte, wenigstens die Führerrolle ihm nicht überwiesen wissen wollte. Sie war zahlreicher, als man gewöhnlich glaubt, fand aber natürlich meistens nur in nichtösterreichischen Zeitungen Ausdruck, wie in der Augsb. Allgem. Zeitung, wo es z. B. Nr. 98 hieß: „Wir wiederholen unsere innige, feste, tiefe Ueberzeugung, auch wenn sie in Südwestdeutschland jetzt noch wenig Anklang findet: der Führer Deutschlands im Rath und Felde kann nicht Oesterreich, das in gänzlicher Auflösung begriffen, kann nur das mächtige Preußen sein." Vergl. ebendort: Nr. 80. „Die Nationalvertretung im Bunde."

„Staatenbund oder Bundesstaat; die Fortdauer eines starken Oesterreichs oder sein Aufgehen in Deutschland.“ Während die Einen in der unbedingten Unterordnung unter das Frankfurter Parlament den Selbstmord des österreichischen Staates, ja die Auflösung der socialen Ordnung erblickten, Rizzi z. B., ein Freund Schmerling's, das Recht der österreichischen Regierung, die Parlamentsbeschlüsse zu prüfen, schon aus dem Grunde vertheidigte, weil sonst dem Communismus Thüren und Angeln geöffnet würden, fragten die Anderen, wie es möglich sei, sich Deutschland gleichzeitig anzuschließen und von demselben abzusperren, ob man denn Jemand umarmen könne, indem man ihm den Rücken drehe? und klagten über den Separatismus in den herrschenden Kreisen Wiens. In der Presse durften sich die Anhänger des Bundesstaates den Sieg zuschreiben. Die Argumente der Wiener Zeitung und der Donauzeitung, ein bloßer Staatenbund, wie er bisher bestanden, genüge auch fernerhin allen Bedürfnissen des deutschen Volkes, wurden von der österreichischen Zeitung glänzend widerlegt. Die öffentliche Stimmung neigte sich aber trotzdem nicht dem Bundesstaate zu. Die Reden Giskra's, eines jungen Rechtsgelehrten, der in Frankfurt sich für die Allmacht des Parlamentes begeistert hatte, zu Gunsten des Bundesstaates wurden von den Zuhörern beklatscht, aber überzeugten nicht. Weit größeren Anklang fand Sommaruga's Demonstration, man müsse nach Frankfurt wählen, um den Strom der Revolution zu dämmen und die conservativen Interessen zu wahren. „Die 190 österreichischen Deputirten werden die Zukunft Deutschlands entscheiden, das Princip der constitutionellen Monarchie hier retten.“ So groß war der Einfluß der Partei, welche an dem Selbstbestimmungsrechte Oesterreichs festhielt, daß sie, obgleich im Wahlcomité nur in der Minderheit, doch ihr Programm schließlich durchsetzte. Bei der Abstimmung, ob Staatenbund oder Bundesstaat, hatte sich die Majorität zu Gunsten des letzteren entschieden. Als aber weiter der Wirkungskreis der deutschen Nationalversammlung erörtert, in einer längeren Reihe von Punkten ihre Befugnisse festgestellt werden sollten, zeigte es sich, daß auch jene Majorität das freie Entscheidungsrecht des Parlaments in hohem Grade eingeschränkt wissen wollte. Ein Punkt nach dem anderen wurde fallen gelassen, bis zuletzt ein farbloses Programm zu Stande kam, in welchem allein der Satz: „die Souveränetät und Integrität Oesterreichs kann und darf durch den Anschluß an Deutschland nicht aufgegeben werden“ einen positiven Kern bildete. Schwarzgelbe Fahnen, mit welchen zahlreiche Häuser Wiens geschmückt wurden, der Ausgang der Wahlen selbst, welche überwiegend auf gut gesinnte Oesterreicher fielen, ließ die Regierung hoffen, daß ihre politischen Anschauungen auch vom Volke getheilt und gebilligt würden.

Einen großen Einfluß auf das Verhalten des Ministeriums übte auch die Rücksicht auf die slawischen Stämme, deren Sondergelüste nicht

durch den Verzicht auf die Souveränetät Oesterreichs förmlich gerechtfertigt werden sollten. In Prag hatte das Petitionscomité seine Aufgabe gelös't, den Rechtstitel für seinen Fortbestand seit der Erledigung der Wenzelsbader Petition verloren. Die Mitglieder jedoch fanden den Geschmack politischer Macht so süß, daß sie gern einen längeren Genuß derselben sich verschafft hätten. Willig belasteten sie sich mit Nebengeschäften, eifrig sorgten sie für die Sicherheit der Stadt, für die Beruhigung der Arbeiter und ergänzten oder verdrängten wohl auch die ordentlichen Administrativbehörden. Mit nicht geringerer Sehnsucht harrte der Oberstburggraf des Augenblickes, welcher ihn von den lästigen und, wie er selbst erfahren hatte, groben Gehilfen befreien würde. Daß der gewöhnliche Regierungsapparat nicht ausreiche, die Vorarbeiten für den Landtag, die Berathungen über die Robotaufhebung durch volksthümliche Männer am meisten gefördert würden, erkannte auch Graf R. Stadion an. In anderen Provinzen übernahmen die provisorisch verstärkten Stände diese Mission. Die böhmischen Stände mußten nothgedrungen auf eine ähnliche Wirksamkeit verzichten. Wohl gaben (3. April) vierzig Ständemitglieder eine öffentliche Erklärung ab, in welcher sie ihre Anhänglichkeit an die Constitution versicherten, auf ihre Privilegien verzichteten, in die Aufhebung der alten Landesordnung willigten. Nur einmal möge noch der ständische Landtag, aber durch freigewählte städtische Deputirte verstärkt, zusammentreten, um den nächsten constituirenden Landtag vorzubereiten. Diese Erklärung blieb ohne Erfolg. Ihn lähmte zunächst der Umstand, daß nicht der Ständekörper als Ganzes, sondern nur einzelne, wenn auch angesehene Mitglieder das Manifest veröffentlicht hatten, ihn vereitelte der unvertilgbare Haß des Volkes gegen die Stände, und die Furcht der Regierung, welche sich nicht durch Begünstigung der ständischen Pläne neuen Angriffen aussetzen wollte, auch noch aus den früheren Jahren her eine Abneigung gegen die ständischen Frondeurs besaß. Der Oberstburggraf hoffte durch Einberufung von Notabeln sein Ziel besser zu erreichen, mit ihrer Hilfe wieder in die gesetzlichen Bahnen einzulenken. Vierundzwanzig Männer, Vertreter des hohen Adels, des Grundbesitzes, der Intelligenz und Industrie, traten unter Stadion's Vorsitze als „Gubernialcommission (3. April) zusammen, um die Entwürfe für die unentbehrlichsten organischen Gesetze zu liefern. An der Fähigkeit der Gubernialcommission, die ihr anvertrauten Arbeiten zu bewältigen, konnte man nicht zweifeln, auch erwarten, daß sie brauchbare Entwürfe einer Landtagsordnung, Communalverfassung liefern, praktische Vorschläge machen werde, wie die Robot abzulösen, die gleiche Berechtigung der beiden Landessprachen in der Schule durchzuführen sei. Sie offenbarte aber einen wesentlichen Mangel in ihrer Zusammensetzung. Kein Held der Märztage, kein Student, kein Freund des Repeal, kein czechischer Literat saß in ihrer Mitte. Dieses reichte hin, um dieselbe zu verdammen.

Als Gegenzug gegen die Maßregel des Oberstburggrafen wurde von den radicalen Czechen die Verstärkung des ursprünglichen Petitionscomité's, die Erweiterung seines Wirkungskreises und die Permanenz desselben bis zum Zusammentritt des Landtages beschlossen. Eine Volksversammlung, im Wenzelsbade am 10. April einberufen und zahlreich besucht, sollte diesen Beschlüssen den Schein nationaler Willensacte verleihen. Natürlich regte sich in der Volksversammlung kein Widerspruch. Alle Personen, welche der Eine oder der Andere als würdig bezeichnete, dem Comité beizutreten, wurden willkommen geheißen, mit großer Naivetät, da die Anwesenden die bezeichneten Personen nicht kannten, jeder aufgerufene Name angenommen, einer späteren Zeit die Auswahl unter denselben vorbehalten. Trotz dieser Gutmüthigkeit drohte dennoch ein heftiger Zwist mit der Regierung auszubrechen. Die Gubernialcommission blieb verworfen; der Umstand, daß mehrere Mitglieder derselben auch zu den Auserwählten der Volksversammlung gehörten, trug nur dazu bei, die Spannung zu steigern. Die in der Volksversammlung nicht genannten Mitglieder der Gubernialcommission waren demnach von den weiteren Berathungen ausgeschlossen? Als ein Sieg der Ordnung wurde es unter diesen Verhältnissen gepriesen, daß der neuerwählte Prager Bürgermeister Strobach eine Verschmelzung des Petitionscomité's mit der Gubernialcommission empfahl. Die Versammlung nahm den Antrag an, verfügte aber auf den Antrag eines Studenten, daß dieses gemischte Comité den Namen Nationalausschuß führen, seine Wirksamkeit über das ganze Land ausdehnen und, wie mit allen Behörden, so mit jeder Gemeinde in Verbindung treten solle. Mit einem Worte: Eine provisorische Regierung wurde beliebt, welcher der Oberstburggraf zwar vorstand, welche er aber keineswegs nach Belieben lenken konnte. Der Nationalausschuß genoß ungeachtet seines revolutionären Ursprungs eine officielle Anerkennung, führte trotz seiner Bestimmung, Ruhe und Frieden im Lande zu wahren, zu leidenschaftlichen Kämpfen und wurde, obgleich er den Schein einer volksthümlichen Einrichtung behauptete, bald als das Organ einer herrschsüchtigen Partei verdammt. Keine Schöpfung des Jahres 1848 erschien, so lange sie dauerte — was allerdings nur eine kurze Zeit währte — dem Einen so segensreich, dem Anderen so verhängnißvoll und verderblich, keine wurde so rasch vergessen, von den eigenen Gründern so verschämt erwähnt, wie der böhmische Nationalausschuß.

Die Wirksamkeit des Nationalausschusses war von einem lärmenden Geräusche begleitet, hinterließ aber nur geringe Spuren. Die langathmigen Debatten über das Wahlgesetz, die Berathungen über die künftige böhmische Verfassung, über eine neue Gemeindeordnung, über die Robotablösung brachten keine Früchte, da spätere Ereignisse die Einberufung des Landtages verhinderten. Auch was der Nationalausschuß als Sicherheitsbehörde verfügte, wie er rebellische Schneidergesellen zur

Raison brachte, die Arbeitseinstellung der Buchdrucker aufhob, bei einem Judenkrawalle beschwichtigte, ist nicht der Erwähnung werth. Bedeutsam erscheint nur seine Intervention bei den Parlamentswahlen.

Seit dem 15. März brachte jeder Tag Loblieder zum Preise nationaler Versöhnlichkeit, Versicherungen, daß der Frieden zwischen Deutschen und Czechen nicht getrübt werden solle, daß das Wohl des Landes auf der Eintracht der beiden Volksstämme beruhe, brachte jeder Tag aber auch neuen Anreiz zum Streite, zu gegenseitigen Anklagen und Beschwerden. Die Deutschen wurden beschuldigt, daß sie hartnäckig an ihrer privilegirten Stellung festhielten, den Czechen kein gleiches Recht gönnten, die letzteren wieder standen in dem Verdachte, auf ihr numerisches Uebergewicht gestützt, die Alleinherrschaft anzustreben, das deutsche Element aus Böhmen verdrängen zu wollen, ganz abgesehen von ihrer Hinneigung zu Rußland, von ihren panslawistischen Phantasien, über deren Gefährlichkeit damals übertriebene Vorstellungen verbreitet waren. Als in Wien die deutschen Farben zu Ehren gelangten, wollten auch die Deutschen in Prag dieselben anlegen, stießen aber dabei auf einen hartnäckigen Widerstand. Friedensbrecher und Landesverräther wurden sie von denselben Menschen gescholten, welche mit der slawischen Tricolore prunkten. Diese, so behaupteten die Czechen, war nur ein nationales Abzeichen ohne politische Consequenzen, während Schwarzrothgold den Abfall von Oesterreich bedeuten sollte. Sie vergaßen, daß das Programm der czechischen Volksversammlung vom 10. April auch den Antrag auf einen Bund der österreichischen Slawen enthalten hatte, welchen schwerlich ein großes Wohlwollen gegen den alten Kaiserstaat beseelt haben würde. Die Deutschen sannen natürlich auf Vertheidigung. Sie wandten sich klagend nach Wien, wo ein Verein „gegen die Uebergriffe der Ultraczechen" zu ihren Gunsten auftrat, sie hielten in Prag gemeinsame Berathungen und forderten von dem eben gebildeten Nationalausschusse wirksamen Schutz. Wünsche er seinen Namen zu rechtfertigen, so möge er auch Vertreter der deutschen Nationalität in seiner Mitte aufnehmen, wolle er seine Aufgabe, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, erfüllen, so müsse er die Czechen zur Duldung auch deutscher Farben anhalten.

Der Nationalausschuß erörterte gleich in seiner ersten Sitzung (13. März) den leidigen Streit. Die Frage nach dem Rechte, in Prag deutsche Farben zu tragen, fand eine rasche Lösung. Da auch Conservative, auch Deutschgeborene sich gegen die deutsche Tricolore aussprachen, hervorragende Mitglieder des Ausschusses sich auf Bitten verlegten, an die Versöhnlichkeit, die Nachgiebigkeit der Deutschen appellirten, vom Rechte abzusehen, nur auf die Stimme der Klugheit zu hören, sie beschworen, so fügten sich die Deutschen und legten das Symbol ihrer Nationalität ab. In derselben Sitzung regte aber Palazky, welcher bei den Czechen eine ähnliche Verehrung genoß, wie Vater Arndt unter

den Deutschen, die nationalen Leidenschaften in viel tieferer Weise an und entzündete einen Parteikampf, welcher nicht wie der Farbenstreit durch sentimentale Reden und üppige Versöhnungsessen beschwichtigt werden konnte. Es sei ein Mißverständniß, meinte er, daß man Farben den Krieg erkläre in der Hoffnung, ihr Verschwinden werde den Frieden im Lande zurückbringen, nicht das Symbol, sondern die Idee müsse man bekämpfen, nicht dem Prunken mit Schwarzrothgold, sondern der Lust, sich an Deutschland anzuschließen, entgegentreten.

Palazky berichtete*) über die Aufforderung des Fünfzigerausschusses, an den Sitzungen desselben Theil zu nehmen, und verlas öffentlich seine Antwort. Die staatsrechtlichen Gründe, durch welche er sein ablehnendes Votum bekräftigte, hielt er selbst nicht von entscheidendem Gewichte. Er fühlte, daß der „Mangel an jeder historischen Rechtsbasis" allein augenblicklich auch bei seinen Stammgenossen nicht als wesentlicher Mangel werde angesehen werden. Einen desto größeren Nachdruck legte er auf die politische Nothwendigkeit eines mächtigen, selbständigen Oesterreich. „Rußland, im Innern fast unangreifbar und unzugänglich, hat schon längst eine drohende Stellung nach Außen angenommen und sucht, wenn gleich auch im Norden aggressiv, doch vorzugsweise nach dem Süden sich auszubreiten. Jeder Schritt auf dieser Bahn vorwärts führt zur Universalmonarchie, welche ich im Interesse der Humanität nicht weniger tief beklagen würde, wenn sie sich auch als eine vorzugsweise slawische ankündigen wollte. Die verschiedenen kleinen Völker an der zumeist bedrohten Südostgrenze Rußlands sind keines für sich mächtig genug, dem übermächtigen Nachbar erfolgreichen Widerstand zu leisten; das können sie nur dann, wenn ein einiges und festes Band sie alle mit einander vereinigt. Die wahre Lebensader dieses nothwendigen Völkervereins ist die Donau; seine Centralgewalt darf sich daher von diesem Strome nicht weit entfernen, wenn sie überhaupt wirksam sein und bleiben will. *Wahrlich, existirte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europa's, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.*" Ob diese überwallende Begeisterung für Oesterreichs Macht und Wiens Größe aufrichtig gemeint war, steht dahin. Jedenfalls hatte man bisher unter dem Kaiserstaate etwas Anderes verstanden, als einen ziemlich lockeren Völkerverein. Desto größeres Lob muß man der diplomatischen Gewandtheit des Verfassers zollen, welcher seine Hauptargumente aus dem Lager des Gegners holte und seine Ablehnung mit solchen Sätzen begründete, die auch unter den Deutschen Geltung besaßen. Indem er die Schrecken der russischen Universalmonarchie ausmalte, gewann er die Meinung aller

*) Palazky's Antwort wurde zuerst im Constitutionellen Blatte aus Böhmen Nr. 11 unter dem Titel: „Eine Stimme über Oesterreichs Anschluß an Deutschland" abgedruckt.

Russophoben, und deren gab es in Deutschland eine Legion; indem er Oesterreichs Mission im Osten betonte, wiederholte er nur eine Lieblingsansicht deutscher Politiker. Auch was Palazky sonst noch zu Gunsten seiner Behauptung — der Anschluß an Deutschland sei mit dem Selbstmorde Oesterreichs gleichbedeutend — vorbrachte, war mit großer Klugheit darauf berechnet, ihm auch außerhalb der slawischen Kreise Gesinnungsgenossen zu werben. Mit scheinbarer Gutmüthigkeit nahm er die Republik als die selbstverständliche Regierungsform des freien Deutschland an. „Alle Projecte zu einer Reorganisirung Deutschlands auf Grundlage des Volkswillens sind unausführbar und unhaltbar, wenn man sich nicht zu einem rechten Kaiserschnitt entschließt — die deutsche Republik proclamirt."

Palazky hat gegen die Einführung der Republik in Deutschland nichts einzuwenden, aber „entschieden und kräftig will er jeden Gedanken an eine Republik von den Grenzen Oesterreichs zurückgeworfen wissen." „Man denke sich Oesterreich in eine Menge von Republiken und Republikchen aufgelöst, — welch' ein willkommener Grundbau zur russischen Universalmonarchie!" Durch diese Wendung gewann er auch die Sympathien der Conservativen. Es gab in Oesterreich viele Deutschgeborene, welche im eigenen Lande dem deutschen Wesen sein volles Recht wahren wollten, das officielle Oesterreich nicht anders als deutsch sich denken konnten, nicht minder aber an der monarchischen Regierungsform festhielten. Sie glaubten die Herrschaft des deutschen Elementes durch die slawischen Ansprüche weniger gefährdet, als das monarchische Princip durch den Anschluß an das unterwühlte Deutschland bedroht. Mochten sie auch nicht alle Vordersätze Palazky's theilen, mit seinem Schlußsatze waren sie vollständig einverstanden. Beifall zollten seinen Folgerungen auch die Beamtenkreise, auch die Aristokratie, selbst das Wiener Ministerium grollte nicht ernstlich dem Czechenführer, dessen Eifer ihm brauchbare Waffen gegen die Anhänger des strengen Bundesstaates in die Hände lieferte.

Mit der bloßen Zustimmung zu Palazky's ablehnender Antwort an den Fünfzigerausschuß begnügten sich die Czechen und die mit ihnen verbündeten conservativen Deutschen nicht. Das Ministerium hatte dem Oberstburggrafen den Auftrag ertheilt, die Wahlen für das Parlament in Böhmen auszuschreiben, bei diesem jedoch keinen Gehorsam gefunden. Er schilderte die große Abneigung gegen das deutsche Parlament in czechischen Kreisen, hob die Bedenken Gutgesinnter gegen die Uebertragung der Souveränetät an einen fremden Staatskörper hervor und erklärte die Vornahme der Wahlen für überaus schwierig, wenn nicht unmöglich. Mindestens müßten die treuen Freunde eines unabhängigen Oesterreich über die Folgen des Anschlusses beruhigt werden. Der Minister des Innern ließ diese Rathschläge nicht unbeachtet. Der früher erwähnte

Artikel der Wiener Zeitung vom 21. April hatte unter Anderem auch den Zweck, die Aufregung in Böhmen zu beschwichtigen, die kämpfenden Parteien zu einem Compromisse zu bewegen. Die Deutschen hoffte man durch die Vornahme der Wahlen zu befriedigen, die Czechen dadurch zu versöhnen, daß man die Wahlen in einem unschuldigen Lichte, als ein Ereigniß ohne Werth und Bedeutung darstellte. Die Instruction des Oberstburggrafen enthüllte diese kurzsichtig kluge Politik in unumwundener Weise. Er möge das Ministerium entschuldigen, welches nicht füglich einer vom Bundestage, „einer gesetzlich anerkannten Autorität", getroffenen Anordnung Widerstand leisten dürfe, die Besorgniß, als ob Oesterreich an die Beschlüsse des Parlaments gebunden wäre, zerstreuen und nachdrücklich hervorheben, daß die Vornahme der Wahlen eine reine Privathandlung sei, an welcher sich Bezirke und Individuen nach Belieben betheiligen oder von derselben enthalten könnten. Zum Ueberflusse wurde ihm noch gestattet, die ganze Angelegenheit dem böhmischen Nationalausschusse zur Berathung vorzulegen.

Der letztere zögerte nicht, sein Votum abzugeben. Es hatte bereits die Section für innere Angelegenheiten — dieselbe, welche mit der Polizeimacht betraut war — mit dem Oberstburggrafen vertraulich verhandelt und alle Anträge und Entwürfe vorbereitet. In der Sitzung vom 24. April wurden dem Nationalausschusse fertige Thatsachen vorgelegt, gegen welche natürlich kein Widerspruch aufkam. Einstimmig vielmehr beschloß derselbe, an den Kaiser eine Petition zu richten, es möge die Entscheidung über die Parlamentswahlen dem nächsten böhmischen Landtage vorbehalten bleiben. „Wird von den Beschlüssen der Landtage die Vereinigung der böhmischen Kronländer abhängig gemacht, welche doch in einem so innigen Verbande mit einander stehen, um wie viel mehr müssen sie nicht über den Anschluß an Deutschland gehört werden." Um den Schein der Loyalität zu wahren, forderte der Nationalausschuß gleichzeitig zum Anlegen der österreichischen Farben auf, wie denn in der That am nächsten Tage schwarzgelbe Fahnen am Rathhause und anderen öffentlichen Gebäuden prangten; um der Agitation gegen das Frankfurter Parlament keinen nationalen Charakter zu verleihen, wurden vorsichtiger Weise mit der Uebergabe der Petition neben einem czechischen Handwerker zwei Deutsche, ein Mitglied des Hochadels und ein Buchhändler betraut. Die Deputation wurde von Pillersdorff mit großem Wohlwollen empfangen, sie machte die Erfahrung, daß man in einflußreichen Wiener Kreisen das Auftreten des Nationalausschusses keineswegs als Separatismus deute und gern sich vom Frankfurter Parlamente lossagen möchte. Aber abgesehen von den Rücksichten der äußeren Politik, welche das Wiener Cabinet zwangen, seinen Einfluß in Deutschland zu wahren, war auch noch die öffentliche Meinung in der Hauptstadt zu beachten. Dieselben Volksclassen, Studenten, Kleinbürger, Arbeiter, welche in Prag Spottlieder auf

das Frankfurter Parlament sangen, eiferten in Wien leidenschaftlich für den innigsten Anschluß an Deutschland und erklärten jeden Vorbehalt bei den Wahlen für einen Hochverrath am deutschen Vaterlande. Die Wiener Demokratie stand dem Hofe räumlich näher, erweckte daher eine größere Furcht. Ihr schroff entgegenzutreten, wagte Pillersdorff nicht. Der böhmische Nationalausschuß und die mährischen Stände, welche ein ähnliches Begehren gestellt hatten, erhielten den Bescheid, daß es bei den facultativen Wahlen verbleiben müsse, die Regierung nicht „das Recht der einzelnen Staatsbürger, an den Frankfurter Verhandlungen Theil zu nehmen, verletzen dürfe." Die Deputation legte gegen „die möglichen Folgen dieser Erledigung, wie z. B. die Verbreitung communistischer Wühlereien," eine feierliche Verwahrung ein, kehrte aber dennoch beruhigt nach Prag zurück. Sie hatte den guten Willen des Ministeriums erkannt. Daß die Kraft dem Willen nicht entspreche, war beklagenswerth, aber gerade in jenen Tagen zu entschuldigen.

Pillersdorff und die anderen Minister beeilten sich, in den nächstfolgenden Tagen weitere Proben ihres guten Willens zu liefern. Sie boten (8. Mai) Palazky das Portefeuille des Unterrichtes an und ließen den Plan erst auf den dringenden Rath Palazky's selbst fallen. „Meine Ernennung, sagt er in dem Programm, welches er dem Cabinete vorlegte, würde als eine Demonstration zu Gunsten des Slawismus angesehen werden. Das scheint mir bei dem jedenfalls noch unklaren Verhältnisse zu den jetzt in Frankfurt verhandelten Fragen unzweckmäßig, wenn man sich nicht entschließt, diese Fragen durch eine ganz bestimmte Entscheidung zu lösen und eine dieser Erklärung entsprechende Haltung anzunehmen. Ist Letzteres vorläufig unthunlich, so muß ich die Bitte stellen, es von meiner Ernennung wieder abkommen zu lassen." Die Unthunlichkeit mußten die Minister zugeben, dieselbe sah auch Palazky ein. Aber nur die „Opportunität" des czechischen Programms erschien der Regierung zweifelhaft, im Wesentlichen erklärte sie sich mit den Grundsätzen Palazky's vollkommen einverstanden. So versicherte wenigstens der letztere in der Sitzung des Nationalausschusses am 14. Mai, wo er überdies beschwichtigend auseinandersetzte: „Da die größere Masse der österreichischen Deputirten in Frankfurt so stimmen wird, daß die Integrität und Souveränetät der Monarchie ungeschmälert bleibt und das Ministerium sich überdies ein absolutes Veto gegen alle Parlamentsbeschlüsse vorbehält, so ist die Anschlußfrage nur noch von secundärer Bedeutung, zumal die von den Czechen vertretene Ansicht auch unter den Deutschösterreichern immer breiteren Boden gewinne." *)

Unter diesen Umständen konnte die vom Fünfzigerausschusse nach Prag gesendete Deputation, um die böhmischen Wahlen zum Parlamente

*) Nach den Berichten über den Nationalausschuß im Const. Bl. a. Böhmen Nr. 38.

zu betreiben, keinen Erfolg hoffen. Vor dem versammelten Nationalausschusse die deutsche Sache zu vertheidigen, wurde den Deputirten — Kanzler Wächter aus Stuttgart und Kuranda, denen sich Schilling aus Wien, ein zudringlicher Märzheld, angeschlossen hatte — im Interesse ihrer persönlichen Sicherheit abgerathen. Sie mußten sich begnügen, in einem Privathause mit einem Comité (29. April) zu verhandeln.*) Weder die wohlmeinenden Rathschläge Wächter's und Kuranda's, noch die scharfen Drohungen Schilling's übten eine nachhaltige Wirkung. Auf Kuranda's Versicherung, Oesterreich werde durch den Anschluß an Deutschland keineswegs seine Autonomie einbüßen, durch die Verbindung mit Deutschland dagegen sich eine nachhaltige Hilfe in einem Kriege mit Rußland sichern, lautete die Antwort, in einem Kriege Oesterreichs mit Rußland müsse das deutsche Volk um seines eigenen Wohles willen an der Seite des ersteren Staates kämpfen, zunächst handele es sich darum, einen österreichischen Patriotismus zu schaffen, durch Gründung eines neuen politischen Mittelpunktes in Frankfurt werde man aber daran verhindert. „Deutschland und Oesterreich mögen ihre Wiedergeburt abwarten, bevor sie ihre Ehepacten entwerfen." Schilling's Behauptung, ein österreichischer Patriotismus sei ein Unding, Oesterreich müsse sich auflösen oder deutsch bleiben, die deutschen Provinzen würden gewiß die Trennung von Oesterreich einer Unterordnung unter die slawische Mehrheit vorziehen, rief auch unter den nichtczechischen Mitgliedern des Comité's eine große Entrüstung hervor. Die Deputation gewann nach wenigen Stunden die Ueberzeugung von der vollständigen Unfruchtbarkeit ihrer Bemühungen. Ihr trat nicht allein die wohldisciplinirte dichte Schar der czechischen Politiker gegenüber, sie fand in den Reihen der Gegner, wie Kuranda in der Sitzung des Fünfzigerausschusses (3. Mai) erzählte, auch „zahlreiche Deutsche, sowohl die Kirchthurmpatrioten, wie die Masse der furchtsamen und gesinnungslosen Menschen, die weder Kraft noch Muth genug haben, um sich irgend einer Sache kühn anzunehmen, zu welcher eben in Prag viele der angesehensten Einwohner der Stadt und namentlich auch ein Theil des Adels zählen." Sie machte, als sie einer Sitzung des deutschen Vereins am Abende beiwohnte, die schlimme Erfahrung, daß die Deutschen in Prag nicht allein machtlos sind, sondern auch noch eine demüthigende Schutzherrschaft der Czechen erdulden müssen. Slawische Studenten störten in roher Weise die Sitzung, drohten die Versammlung zu sprengen, bis einzelne Czechenführer die Rednerbühne bestiegen, die Ruhe herstellten und den Deutschen mit höhnischem Wohlwollen die Berathungen fortzusetzen erlaubten.

*) Ueber die Mission der Frankfurter Deputation liegen zwei Berichte vor, das Referat der Deputation und das Protokoll, welches für den Nationalausschuß entworfen wurde. Sie ergänzen sich gegenseitig.

Es mochte immerhin Schilling, nach Frankfurt zurückgekehrt, den Czechen mit der Schärfe des deutschen Schwertes drohen; vorläufig behaupteten diese den Kampfplatz und schrieben sich den Sieg zu. Der Nationalausschuß bekam aus den deutschen Grenzkreisen zahlreiche Mißtrauensvota, gegen sein anmaßliches Wirken protestirten deutsche Zeitungen: sein Ziel, die Parlamentswahlen in Böhmen zu vereiteln, erreichte er beinahe vollkommen. Von 68 Wahlbezirken hatten nur 13 ordnungsmäßig gewählt, in 7 Wahlbezirken kamen Minoritätswahlen zu Stande, 46 Wahlbezirke enthielten sich gänzlich der Wahl. Zur Freude der Czechen hatten sich in Prag (23. Mai) nur drei Wähler auf dem Rathhause gemeldet, es gab also, wie sie triumphirend versicherten, nur drei Deutsche in der alten Königsstadt.

Der einzige Trost blieb den bedrückten Deutschen, daß die Czechen dieselben Gründe, welche sie gegen den Anschluß an Deutschland in das Feld führten, von den Mährern gegen ihren Lieblingswunsch, die Vereinigung der böhmischen Kronländer, gerichtet sehen mußten. Gleich als der Wortlaut der ersten Prager Petition bekannt wurde, verwahrten sich die Mährer gegen jede engere Verbindung mit Böhmen, welche sie als eine Unterordnung auffaßten. Die mährischen Stände beschlossen noch in ihrer letzten Lebensstunde (14. April) eine Gegenerklärung. Kajetan Mayer verfaßte dieselbe und erreichte namentlich für den Schlußsatz: „Mähren ist ein von Böhmen unabhängiges, nur dem Gesammtverbande der österreichischen Monarchie angehöriges Land“ eine allgemeine Zustimmung. Vergeblich waren die Bemühungen der Czechen, für ihren Plan Anhänger zu gewinnen. Die Mährer beachteten nicht gelehrte Rechtsdeductionen, sie horchten nicht auf die süßen Worte, welche Palazky im Namen des Nationalausschusses (6. Mai) ihnen spendete. Die „lieben Brüder in Mähren“ ließen sich weder durch die Thatsachen der Geschichte, noch durch Gründe der „gesunden Politik“ von der Nothwendigkeit, Mähren und Schlesien der böhmischen Krone zu incorporiren, überzeugen. Palazky's Lehre von „der durch die Nationalität temperirten Centralisation“ fand hier keinen Anklang. Wehte, wie der gelehrte Historiker behauptete, „Gottes Odem in der Centralisation“, so lag die unmittelbare Verbindung mit Wien näher; hatte die Nationalität auch ein politisches Gewicht, so entschied dieselbe nach der Ansicht der Brünner zu Gunsten der deutschen Nationalität. Die Czechen hatten bei dem Entwurfe ihres Planes vollständig vergessen, daß in den mährischen Städten die Germanisirung weiter vorgerückt war, als in Böhmen, und daß namentlich die tonangebende Hauptstadt längst schon als eine Wiener Vorstadt galt.

In dieser Weise entwickelten sich die Verhältnisse in der westlichen Hälfte der Monarchie. Deutsche und Slawen stritten leidenschaftlich um die Oberherrschaft. Obgleich die letzteren augenblicklich mit den conservativen Deutschen oder, wie das Schlagwort lautete, mit den „schwarz-

gelben Oesterreichern" Hand in Hand gingen, so schwebte ihnen dennoch als letztes Ziel der Sieg des Slawismus vor Augen.

Das Organ der czechischen Partei, die Nationalzeitung, veröffentlichte*), ohne einen Widerspruch zu erfahren, ein Programm, das allerdings demokratisch gefärbt war, das Zweikammersystem verdammte, eine gründliche Kirchenreform, Aufhebung des Cölibats, der lateinischen Cultussprache, die Einführung der Synoden verlangte, schließlich aber für die Slawen „alle Rechte der Majorität" in Anspruch nahm. Die Gleichberechtigung der deutschen Sprache in Schule und Amt hätte doch, da in den Provinzen auf Kosten der Wiener Centralbehörden eine ziemlich schroffe Centralisation herrschen sollte, das allmäliche Uebergewicht des slawischen Elementes nicht gehindert.

Nicht anders, nicht besser standen die Dinge in der Osthälfte des Reiches — in Ungarn. Magyaren, Slowaken, Kroaten, Serben und Romanen stritten sich hier um die Erbschaft des alten Systems. Die Nachgiebigkeit des Wiener Hofes gegen die Forderungen des Reichstages, die endliche Bewilligung eines unabhängigen ungarischen Ministeriums brachte einen kurzen Stillstand in die Bewegung. Die Pesther Agitatoren ruhten von der leidenschaftlichen Arbeit der letzten Tage aus, der Sicherheitsausschuß fand augenblicklich keinen passenderen Gegenstand für seine Proclamationen als das Lob des Wohlstandes und des Fleißes. „Vergesset nicht, sagt er in seinem Aufrufe an die Patrioten (2. April), daß Arbeit und Fleiß die einzigen Stützen der persönlichen Wohlfahrt und Unabhängigkeit sind, daß das freie Ungarn von allen seinen Kindern die Erfüllung ihrer bürgerlichen und häuslichen Pflichten erwartet." Vollends der Reichstag entwickelte ein geringes Leben. Seit der Märzrevolution fühlte er sich gleichsam auf den Aussterbeetat gesetzt und eilte verschämt, die noch übrigen Aufgaben zu erledigen, von den „ehrwürdigen Institutionen" zu retten, was ohne schweren Kampf gerettet werden konnte. Das neue Wahlgesetz rief keine längere Debatte hervor. Durch ein Compromiß wurde Allen, welche bisher das Wahlrecht ausübten, also den Adelichen und privilegirten Bürgern, dasselbe belassen, außerdem das Wahlrecht allen sogenannten Capacitäten, den Besitzern einer Viertelsession, eines Hauses im Werthe von 300 Gulden, einer Rente von mindestens 100 Gulden und allen selbständigen Handwerkern und Kaufleuten — im Ganzen etwa 1,200,000 Männern verliehen. Die Bedingungen der Wählbarkeit bildete das vollendete fünfundzwanzigste Jahr und die Kenntniß der magyarischen Sprache. Die Magnatentafel, die ebenfalls fortdauern sollte, machte zwar einen schüchternen Versuch, den Census zu erhöhen und die Landtagsdiäten — von 5 auf 2 Gulden — herabzusetzen, damit die „Thätigkeit auf dem Landtage nicht zu einem Erwerbs-

*) Narodni Noviny Nr. 53.

zweige sich ausbilde." Als sie aber sah, daß sie nicht durchdrang, gab sie jeden Widerstand auf. Schwieriger war die Lösung einer andern Frage, der Comitatsverfassung. Wenn auch die liberale Partei die schroffen Anschauungen eines Madaraß oder Pázmandy nicht theilte, welche den Nepotismus als ein Grundübel der alten Comitatsverfassung schilderten und der Aristokratie jedes Anrecht auf irgend ein Privilegium absprachen, so war sie dennoch von der Nothwendigkeit einer Reform überzeugt. Einem verantwortlichen Ministerium durften die Comitate nicht wie bisher ihre „vis inertiae" als Schild entgegenhalten, unter der Herrschaft einer Repräsentativverfassung konnte die Comitatsverfassung nicht füglich auf Adelsprivilegien beruhen. Die Mindestforderung der Liberalen ging auf die gleiche Theilung der Rechte zwischen Adelichen und Nichtadelichen, so daß die Hälfte der Comitatsversammlung aus Vertretern des Adels, die andere Hälfte aus Repräsentanten des Bürgerthums zusammengesetzt würde. Aber auch gegen dieses Zugeständniß sträubte sich die Majorität. Sie hatte bereits so große Opfer gebracht, sie hatte auf das persönliche Stimmrecht des Adels im Reichstage verzichtet, die unterthänigen Leistungen aufgehoben, die allgemeine Steuerpflicht anerkannt; raubte man dem Adel seine Sonderstellung in den Comitaten, so verlor er sich gänzlich in der großen Volksmasse. Da namentlich im niederen Adel das ungarische Stammbewußtsein am stärksten ausgeprägt war, so hielten es auch die Radicalen nicht für rathsam, schroff aufzutreten. Man einigte sich endlich zu einer provisorischen Maßregel. In der Comitatscongregation üben alle Personen Stimmrecht, welche dasselbe bisher genossen, überdies besitzen auch die Gemeinden das Recht, Deputirte und zwar in unbeschränkter Zahl zur Comitatsversammlung zu senden. Die eigentliche Gerichtsbarkeit geht auf einen Ausschuß über, welcher aus der Versammlung ohne Rücksicht auf Stand und Geburt gewählt wird.

Das Gesetz über die Comitatsverwaltung war die letzte bedeutende That des ungarischen Reichstages. Am 10. April schloß Kaiser Ferdinand, umgeben von seinen Brüdern und Neffen, umringt von einem glänzenden Gefolge, in eigener Person den Reichstag. Er bestätigte alle vom Reichstage votirten Gesetze*) (einunddreißig Artikel) und empfahl dieselben dem Palatin wie dem ungarischen Volke zur treuen Befolgung. Preßburg sah bereits in den nächsten Tagen die zahlreiche Landtagsgemeinde die Stadt verlassen, um sie nie wieder zu betreten. Das alte ungarische

*) Die wichtigsten Artikel waren: A. 3. Die Einsetzung des unabhängigen Ministeriums; A. 4. Jährliche Sitzungen des Reichstages; A. 5. Deputirtenwahl auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts; A. 7. Vereinigung Ungarns mit Siebenbürgen; A. 8. Gemeinsame Besteuerung; A. 9—12. Aufhebung der unterthänigen Lasten, der grundherrlichen Gerichtsbarkeit und Verwandlung der Urbarialbenefizien in eine Staatsschuld; A. 15. Aufhebung der Aviticität. Mitunterzeichnet wurde die Bestätigungsurkunde durch Mailath, Jellačić, Reesey.

Reich war todt, eine neue Zeit für das ungarische Volk angebrochen. Ob zum Heile desselben? Dieses bezweifelten die Preßburger Pfahlbürger, dieses glaubten nicht die im Herzensgrunde conservativen Tablabiró's, dieses bestritten die Beamten der Hofkanzlei, welche am 15. April zu letzter Sitzung zusammentraten und von dem Vicekanzler Szögenyi verabschiedet wurden; aber es hofften und erwarteten eine glänzende Zukunft die Bewohner von Pesth, deren Stadt erst jetzt zum vollen Range der Hauptstadt emporstieg, die radicale Jugend, die jüngeren Deputirten und alle von dem nationalen Enthusiasmus und von dem Hasse gegen die Slawen erfüllten Männer.

Bereits am 14. April eilten auch die ungarischen Minister nach Pesth, um die selbständige Administration des Landes einzurichten. Außer den gewöhnlichen Schwierigkeiten, welche eine neue Organisation der Behörden mit sich führt, traten ihnen gleich zu Anfang ihres Wirkens zwei große Hindernisse entgegen. Das Ministerium der Finanzen und des Krieges war wohl dem Wiener Hofe abgerungen, aber eine scharfe Abgrenzung der Geschäfte, eine klare Auseinandersetzung mit den Wiener Behörden nicht versucht worden. Jetzt nach vollendeter Revolution war eine friedliche Ausgleichung kaum noch zu erreichen. Die Ungarn wollten kein weiteres Zugeständniß mehr machen, da sie keine Gegenleistung als Preis fordern konnten, sie besaßen bereits Alles, dessen ihr Herz begehrte; die österreichischen Staatsmänner dagegen waren geneigt, ihre Forderungen jetzt höher zu stellen. Auf die Nachgiebigkeit der Ungarn konnten sie doch nicht rechnen; die schroffe Abweisung der österreichischen Wünsche, die eigensinnige Sprödigkeit der magyarischen Minister gab ihnen aber wenigstens einen glaubwürdigen Vorwand, den letzteren auch die Verantwortung für den schlimmen Gang der Dinge, für die allgemeine Zerrüttung der Verhältnisse aufzubürden. Namentlich in der Finanzpolitik des Wiener Ministeriums offenbarte sich frühzeitig diese Tendenz.

Am 7. April richtete der Kaiser an seinen „lieben Herrn Vetter Erzherzog Stephan" einen Brief folgenden Inhalts: „Durch die Zeitungen habe das Wiener Ministerium die Kunde von der Einsetzung einer selbständigen ungarischen Regierung empfangen, gleichzeitig von den sorglichen Zweifeln gehört, welche in Volkskreisen über die Stellung Ungarns zum Kaiserstaate in finanziellen Beziehungen walteten. Auf die Bitte desselben nehme der Kaiser die Angelegenheit in seine Hand, über deren glücklichen Ausgang er sich übrigens sicher fühle, da an der pragmatischen Sanction auch durch die neuen Verfassungsgesetze nichts geändert worden sei. Eine förmliche gesetzliche Verhandlung auf dem ungarischen Reichstage lasse sich zwar bei der vorgerückten Zeit nicht durchführen, doch genüge eine öffentliche Erklärung der Stände, daß Ungarn einen entsprechenden Antheil an der österreichischen Staatsschuld

übernehme, um die herrschende Besorgniß zu zerstreuen. Zur persönlichen Kenntniß des Palatin füge er hinzu, daß nach einem billigen Maßstabe auf Ungarn ein Viertheil der Gesammtstaatsschuld, eine jährliche Quote von zehn Millionen entfalle." Wenige Tage später wurde dieses Schreiben in der Wiener Zeitung veröffentlicht. Es erregte begreiflicher Weise in ungarischen Kreisen eine große Verstimmung. Die Unmöglichkeit der gesetzlichen Regelung gab der Kaiser selbst zu; besaß der versammelte Reichstag nicht die Zeit zu einer eingehenden Berathung, so hatte er noch viel weniger das Recht zu einem die künftige Volksvertretung bindenden Garantiebeschlusse. Daß es der Wiener Regierung erst drei Tage vor dem Reichstagsschlusse einfiel, nach dem Verhältnisse Ungarns zu der österreichischen Staatsschuld zu fragen, dafür konnte man doch nicht das ungarische Ministerium verantwortlich machen. Die Schuld der Verzögerung trifft allein das Wiener Cabinet, demgemäß muß es auch die Folgen derselben tragen. Zu diesen staatsrechtlichen Gründen, das Begehren der Wiener Regierung vorläufig zurückzulegen, bis sich das Parlament darüber ausgesprochen, kamen noch ökonomische Motive hinzu, die Forderung des Königs zurückzuweisen. Sie fanden namentlich unter den conservativen Grundbesitzern großen Anklang. „Uebernimmt Ungarn keinen Theil der Staatsschuld, so wird allerdings der öffentliche Credit Oesterreichs leiden. Aber selbst wenn ein Staatsbankerott ausbräche, würde Ungarn keinen großen Schaden erdulden, da hier die österreichischen Staatspapiere niemals großen Absatz gefunden. Verpflichtet sich dagegen Ungarn, zur Verzinsung und Abzahlung der Staatsschuld jährlich zehn Millionen beizutragen, so müssen die Grundbesitzer nothwendig verarmen. Die Urbarialentschädigung ist vom Reichstage zur Landesschuld erklärt worden; diese Landesschuld würde das Land gewiß sich weigern zu übernehmen, wenn es auch für die österreichische Staatsschuld haften sollte."

Aber auch in österreichischen Kreisen erregte das kaiserliche Schreiben, dessen Natur, ob Privatbrief, ob Regierungsact, Niemand ergründen konnte, großes Aufsehen. Man erschrak über die Kluft, welche schon jetzt Ungarn von den übrigen Erbländern trennte. Nicht für das österreichische Ministerium allein ist Ungarn ein fremder Staatskörper geworden, über dessen Zustände es erst aus den Zeitungen unterrichtet wird; auch der österreichische Kaiser selbst unterhält mit dem ungarischen Ministerium keine amtlichen Beziehungen, sondern muß seine Bitten an den Palatin, als wäre dieser ein gleichberechtigter Regent, richten. Man erschrak aber noch mehr über das unverhüllte Geständniß eigener Hilflosigkeit, über den traurigen Muth, im Angesichte der ganzen Welt die Wahrscheinlichkeit eines Bankerotts zu erklären. Denn nur auf diese Art, daß das Wiener Ministerium die Verantwortlichkeit von sich abwälzen wollte, ließ sich die Veröffentlichung des kaiserlichen Briefes entschuldigen.

Die Zerwürfnisse zwischen den Kriegsministerien beider Länder waren zwar Anfangs nicht so erheblicher Art, offenbarten aber doch die gleiche Wurzel und nahmen schließlich den gleichen verhängnißvollen Ausgang. Hier spielte das ungarische Ministerium die Rolle des Anklägers. Es beschwerte sich (26. April) über die Eigenmächtigkeit der Wiener Behörden, welche über die ungarischen Truppen verfügten, verbot allen einheimischen Commandanten, Befehle von den ersteren anzunehmen, und drohte mit „dem Ausbruche der öffentlichen Meinung", wenn die Rückkehr der ungarischen Truppen aus Italien noch länger verzögert bliebe. Da das Wiener Ministerium beharrlich schwieg, die Militärcommando's ohne Instruction ließ, sie von ihren Pflichten gegen den österreichischen Kriegsminister nicht entband, aber auch gegen ihre Unterordnung unter die ungarische Regierung nicht protestirte, da in den militärischen Kreisen eine bedenkliche Anarchie einriß, so richtete das Pesther Cabinet eine neue Note an das Wiener Ministerium. Es verlangte zunächst die Rücksendung der in Mähren und Galizien stationirten Nationaltruppen, sonst müsse es jede Verantwortlichkeit von sich ablehnen; es gab die Zahl der im Lande anwesenden Soldaten auf 18,000 an, eine unzureichende Summe, um die Ruhe im Lande zu erhalten. „Im Eisenburger Comitate werden die Juden geplündert, im Szathmarer Comitate sind die kleinen Grundbesitzer gegen die größeren Grundherren aufgestanden, in Békes wird von den Unterthanen die Heiligkeit des Eigenthums nicht mehr geachtet, in Mittelszolnok ist bereits ein Beamter der Wuth des aufständischen Volkes zum Opfer gefallen, in Schemnitz und den übrigen Bergstädten droht die slawische nationale Bewegung. Das Ministerium darf nicht das Land eine Beute der Anarchie und Zügellosigkeit werden lassen und muß auf der Vermehrung der Truppen und auf seinem Rechte, über das ungarische Militär zu verfügen, beharren." In Wien wurde in einzelnen Punkten nachgegeben, in anderen, wenn auch in höflicher Form, das eigene Recht behauptet, oder wenigstens jede bestimmte Erklärung vermieden. Es kam nicht zu einem offenen Bruche, es erfolgte aber auch keine klare Auseinandersetzung über die Grenzen des gegenseitigen Wirkungskreises, es geschah mit einem Worte nichts für die Möglichkeit einer dauernden Regierung auf den festgestellten verfassungsmäßigen Grundlagen, weder in Oesterreich noch in Ungarn.

Das ungarische Ministerium*) hatte im Interesse der Selbsterhaltung gehandelt, als es auf die Vermehrung der Armee drang, aber keines-

*) Dasselbe war im Monat April noch unvollständig versammelt. Dee Keiegsministee Messaros weilte noch bei seinem Regimente in Italien und wurde durch Batthyányi vertreten, welchee überhaupt, da Kossuth krank wurde, Széchenyi nue mit halbee Seele bei dem Cabinet war, der Minister des Innern die Einrichtung dee neuen Administration nicht rasch vollenden konnte, die überwiegendste Regierungsgewalt in seinen Händen besaß.

wegs der Wahrheit die Ehre gegeben, als es auf die Gefahren der Judenhetzen, der Robotkrawalle, der slowakischen Umtriebe in Nordungarn hinwies. Um Volksaufläufe zu sprengen, dazu reichte die vorhandene Militärmacht vollkommen aus, und daß die Agitation einzelner slowakischer Pfarrer das Reich nicht bedrohe, die Beschlüsse einer slowakischen Volksversammlung (28. März zu Liptau Sz. Miklos abgehalten) die magyarische Herrschaft nicht erschüttern würden, wußte das Ministerium ganz wohl. Wenn es aber auch mit Recht eine ernste Gefahr für Ungarn nur in den südslawischen und siebenbürgischen Wirren erblickte und rechtzeitig für die Mittel, sie zu bekämpfen, sorgte, so wollte es doch nicht vor der Welt seine Furcht bekennen und die Gegner auf die richtige Fährte seiner Schwäche leiten.

Der Streit zwischen dem ungarischen Reichstage und der Agramer Generalcongregation, zwischen den Magyaren und der illyrischen Partei pflanzte sich als schlimmes Erbe aus der alten Zeit in die neue fort. Einen Augenblick lang schien zwar der Strom der Begeisterung auch den nationalen Haß und die Zwietracht der verschiedenen Volksstämme niederreißen zu können. Der Reichstag nahm das bereits im Januar 1848 redigirte Sprachgesetz*) nicht unter die Artikel auf, L. Batthyányi gab im Namen des Ministerrathes den Kroaten die Versicherung, daß die ungarische Regierung keine Feindseligkeit gegen die kroatische Sprache und die Municipalfreiheiten im Schilde führe; der Pesther Sicherheitsausschuß erließ an die „kroatischen Brüder" eine öffentliche Proclamation mit der Bitte, nicht zu hadern und zu streiten, sondern einträchtig gegen den gemeinsamen Feind, „die österreichische despotische Bureaukratie" zusammenzustehen. Solche Worte, wie sie jetzt von ungarischen Liberalen erklangen, hätten noch vor wenigen Wochen in nationalen Kreisen als schnöder Abfall von der heiligen Sache gegolten. „Wir mengen uns nicht ein, in welcher Sprache ihr redet. Von Euch hängt es ab, die Sprache eurer Jurisdictionen, Gerichtsstühle und euerer Kirche, in allen Zweigen des Lebens und der öffentlichen Verwaltung zu bestimmen. Nur das wünschen wir, daß, wenn ihr mit der Gesetzgebung und Regierung des Mutterlandes in Berührung kommt, ihr euch der diplomatischen ungarischen Sprache bedient. Ohne dieses ist die Einheit des Vaterlandes gefährdet." Aehnliche Ansprachen wurden an die siebenbürger Sachsen, an die serbischen Bewohner Südungarns gerichtet. Den Wunsch einer friedlichen Ausgleichung deutete auch die Absendung einer serbischen Deputation aus Neusatz an den ungarischen Reichstag an, welche in Preßburg am 8. April eintraf und die serbischen Desiderien in 16 Punkte formirte. Dieselbe forderte die Anerkennung der serbischen Nationalität, Unabhängigkeit der Religionsübung, Schutz gegen die katholische Glaubens-

*) Vergl. S. 131.

propaganda, Wiedereinsetzung der Klöster in ihren früheren Besitz, das Recht periodisch zur Nationalversammlung zusammenzutreten, Sitz und Stimme des Metropoliten im Reichstage und freie Wahl der Localbehörden.*) Ueberhaupt schien der Jubel über die endlich errungene politische Freiheit dem nationalen Enthusiasmus auch unter den Südslawen das Gleichgewicht zu halten, der Haß gegen das alte österreichische System die Furcht vor der ungarischen Gewaltherrschaft zurückzudrängen. Preßfreiheit, Volksbewaffnung erschienen als die höchsten Güter, die Absetzung der Magistrate als die wichtigste Pflicht. Sogar in der Militärgrenze drohte der revolutionäre Geist zur Geltung zu kommen und sich gegen die altösterreichischen Einrichtungen und nicht gegen die ungarischen Ansprüche zunächst zu richten. Aber selbst bei einem besseren Willen hätten die ungarischen Machthaber schwerlich den verhängnißvollen Kampf der Nationalitäten aufhalten können. Einzelne Zugeständnisse oder Mäßigung in der Form besaßen keinen Werth, wo nach der Meinung der slawischen Stämme ihr Dasein als Volk gefährdet erschien.

Weder die kroatische noch die serbische Bewegung besaß Anfangs ein entschieden dynastisch-österreichisches Gepräge. Herrschte unter den Südslawen, durch die Ereignisse der letzten Jahre genährt, Haß gegen die Magyaren, so bildete den Grundstoff der Stimmung gegen die Deutschen oder die Schwaben die verächtlichste Abneigung. Die Summe der persönlichen Freiheiten zu erweitern, die politischen Rechte des Volkes zu mehren, die nationale Selbständigkeit auch im Staatsleben zur Geltung zu bringen, war in den Märztagen an der untern Donau ebenso das Ziel der Agitation, wie an der mittleren Donau, an der Moldau, an der Weichsel und am Po. Auch das hat die südslawische Bewegung mit der Wiener, Prager, Pesther Revolution gemeinsam, daß sie ihre ersten Errungenschaften dem österreichischen Hofe mühsam abpreßte und dieselben nicht dem zuvorkommenden Wohlwollen des letzteren, sondern seiner furchtsamen Schwäche, der Unfähigkeit, stürmischen Anforderungen einen dauernden Widerstand entgegenzustellen, verdankt. Parteischriften unter dem Eindrucke des tragischen Endes der ungarischen Revolution verfaßt, behaupten zwar das Gegentheil, sie erblicken überall Verrath, sie finden alle Ereignisse durch eine planmäßige Verschwörung von langer Hand vorbereitet und glauben bereits im März 1848 insgeheim angezettelt, was erst im Herbste an das Tageslicht trat. In Wahrheit aber sind die südslawischen Bestrebungen, weit entfernt von solcher consequen-

*) Vergl. D. Irányi et Ch. L. Chassin, histoire politique de la révolution de Hongrie. Paris 1859. I. livre III. la Rivalité des races. Ist auch dieses Werk von einem durchaus einseitigen Standpunkte geschrieben, in Wahrheit nur eine — durch die Ereignisse schlecht gerechtfertigte — Verherrlichung des Radicalismus, so bleibt es doch wegen der zahlreich mitgetheilten Actenstücke und der nicht selten naiven Geständnisse für den Geschichtsschreiber unentbehrlich.

ten, dämonischen Bosheit, gerade durch den leichtsinnigen Wechsel ihrer nächsten Ziele, durch eine thörichte Leichtgläubigkeit ausgezeichnet. Im Besitze nur geringer Machtmittel, unfähig, durch eigene Kraft den Gegner zu schlagen, müssen sie jeden Bundesgenossen, der sich darbietet, annehmen, dürfen keine Bedingung für die versprochene Hilfe verweigern. Der Bundesgenosse verwandelt sich in den Herrn, die Südslawen sind für ihn ein bloßes Mittel geworden; sie träumen aber noch immer von ihren selbständigen Zwecken und harren fortwährend der Erfüllung ihrer ursprünglichen, längst veralteten politischen Wünsche. Wer das Verhalten namentlich der Kroaten im Herbste und Winter 1848 so darstellt, wie es sich im März dem Auge des Beobachters zeigt, als hätte auch dann noch die nationale Idee in ungetrübter Herrschaft den Kampf gelenkt, täuscht sich oder Andere; noch gröber aber irrt jener, welcher die südslawische Märzbewegung mit den verzerrten Zügen ihres Ausganges schildert. Dieses gilt von den Zuständen, dieses gilt auch von der Persönlichkeit, welche sich am glänzendsten von dem Hintergrunde abhob und gleichsam als Verkörperung des südslawischen Wesens hier gefeiert, dort verflucht wurde, von dem Banus Joseph Jellačić.

Die plötzliche Erhebung eines unbedeutenden, armen Grenzobersten *) zu einem der höchsten Würdenträger des Reiches blieb Anfangs ganz unbeachtet, wurde aber später so dargestellt, als ob die Ernennung des Baron Jellačić zum Banus das wichtigste Ziel gewesen wäre, auf welches die geheime Thätigkeit des Hofes mit wohlberechneter Absicht seit dem Ausbruche der Revolution lossteuerte. Man setzte bei dem Manne innige Beziehungen zu höfischen Kreisen voraus, man schob bald Kolowrat, bald den ungarischen Altconservativen seine Wahl zu und meinte sogar in dem Datum seiner Ernennung (23. März) den Beweis einer fein gesponnenen List zu besitzen. Das Cabinetsschreiben, welches dem Obersten Jellačić die Banuswürde übertrug, war einen Tag vor der Bildung des ungarischen Ministeriums ausgefertigt worden, offenbar, um durch eine vollendete Thatsache jedem Widerspruche des letzteren zu begegnen und der nationalen Politik des Ministeriums Batthyányi-Kossuth gleich Anfangs einen festen Damm vorzuschieben.**)

In Wien war der neue Banus eine vollkommen unbekannte Persönlichkeit, seine Name in den herrschenden Kreisen nie genannt worden. Jellačić, der Sohn eines wackeren, aber nicht immer glücklichen Generals, sorgfältiger erzogen, als die gewöhnlichen Officiere, ohne sich jedoch in der Lebensweise sonderlich von solchen zu unterscheiden, hatte die meisten Dienstjahre in den wenig geachteten Grenzregimentern zugebracht. Die

*) Uebrigens muß bemerkt werden, daß Jellačić' Vorgänger, Graf Haller, gleichfalls als Regimentsoberster die Banuswürde erhielt.

**) Diese Auffassung kehrt bei allen ungarischen Schriftstellern wieder.

Kameraden lobten seinen heiteren, liebenswürdigen Sinn, die Vorgesetzten sein anstelliges Wesen. Militärisches Genie entdeckten erst nachträglich die politischen Freunde des Banus in demselben. So lange er einfacher Oberst des ersten Banalgrenzregimentes war, sprach man über sein Gefecht mit bosnischen Räubern bei Posvid (1845) und seinen Rückzug keineswegs mit unbedingter Anerkennung. In den Kreisen der Armee bisher wenig beachtet, hatte Jellačić dagegen unter seinen Landsleuten viele Freunde gewonnen. Seine leicht entzündbare Phantasie, welche ihn auch verleitete, als Dichter — in deutscher Sprache — aufzutreten, ließ ihn die nationalen Bestrebungen der Kroaten mit Theilnahme verfolgen, für den Aufschwung seines Stammes schwärmen. Blieb er auch dem eigentlichen Parteitreiben fremd, so galt er doch bei Gaj und dessen Anhängern als ein zuverlässiger Patriot, auf welchen sich ihre Blicke bei den Berathungen, wer zum Banus gewählt werden solle, natürlich richteten. Ueber die Nothwendigkeit, die seit Haller's Rücktritt erledigte Banuswürde wieder zu besetzen, herrschte kein Zweifel. Der Banusverweser, Bischof Haulik, war zwar den illyrischen Tendenzen nicht abhold, aber er konnte doch nach seiner ganzen Stellung der nationalen Sache nicht die Dienste leisten, welche man von dem Banus erwartete, namentlich keinen großen Einfluß auf die Grenzregimenter üben. Das Herkommen, wie das augenblickliche Bedürfniß riefen einen Soldaten auf den Posten des Banus. Er mußte ferner ein Eingeborener und, wie die Verhältnisse standen, der Landessprache mächtig sein. Der Oberst des ersten Banalgrenzregimentes Jellačić erfüllte allein diese Bedingungen, auf ihn fiel daher auch die Wahl des Agramer Nationalcomité's. Jellačić verdankt seine Ernennung zum Banus dem Vorschlage Gaj's und der Zustimmung des Nationalcomité's; diese in der Revolutionszeit improvisirte Körperschaft hob ihn auf den Schild und die Wiener Regierung that auch in diesem Falle dasselbe, was sie gegenüber den revolutionären Forderungen aller anderen Provinzen und Stämme that, sie fügte sich in den unabwendbaren Beschluß. Nur um den Schein der freien Selbstbestimmung zu wahren, wartete sie nicht, bis die kroatische Deputation ihr den entschiedenen Willen der Nation kundgab und einen Zwang auferlegte, sondern ernannte gleichsam aus eigenem Antriebe den Obersten Jellačić zum Banus. Bischof Haulik und Baron Kulmer, welche schon früher enge Beziehungen mit dem Hofe unterhielten und zwischen Wien und Agram wirksam vermittelten, empfahlen diesen Schritt, die Stellung des neuen Banus in der Armee diente als fernere Bürgschaft, daß er der Dynastie eine vollkommene Treue bewahren werde.

Soweit waren noch andere Einflüsse, als die bloße Furcht, durch schroffen Widerstand auch in Kroatien die revolutionäre Bewegung zu steigern, bei der Ernennung des Banus wirksam. Zu weiteren Rückschlüssen auf eine planmäßige Kabale der Höflinge, auf eine tiefangelegte Intrigue

conservativer Magnaten und ihrer Anhänger in der Hofkanzlei liegt, soweit die Thatsachen bekannt sind, kein Grund vor. Möglich, daß nach der Ankunft des bereits ernannten Banus in Wien in militärischen Kreisen die künftigen Zufälle besprochen und dem Aerger über die Theilung der Armee in eine kaiserliche und eine ungarische der kräftigste Ausdruck gegeben wurde. Aber über Wünsche kam man vorläufig auch hier nicht hinaus. Noch nahmen die Ereignisse in Italien, die Nachwirkungen der Wiener Revolution alle Aufmerksamkeit in Anspruch, noch wußte man nichts Genaues über die nächste Entwickelung der Dinge in Ungarn, noch war man nicht vollkommen über das Ziel und die Mittel der südslawischen Bewegung unterrichtet. Sprach doch dieselbe kroatische Deputation, welche die Uebertragung der Banuswürde auf Jellačić als Forderung der Nation aufstellte, sich noch für das Verbleiben Kroatiens bei der ungarischen Krone aus und formulirte ihre anderen Wünsche in einer Weise, daß man deutlich bei den Kroaten das gleiche Absonderungsgelüste wie bei den Magyaren wahrnehmen konnte. Auf die Begründung eines zweiten Ungarns, wo zwar nicht das magyarische, wohl aber das kroatische Element herrschen, das Slawenthum unabhängig von Wien wie von Pesth zu politischer Geltung kommen sollte, war ihr Absehen gerichtet. Daß man in Wien im Angesichte solcher Tendenzen zu den kroatischen Patrioten kein rechtes Vertrauen faßte, demnach auch nicht auf die kroatische Bewegung bestimmte politische Pläne gründen konnte, ist begreiflich. Die vom Pesther Sicherheitsausschusse nach Agram gesendete Versöhnungsdeputation, welche übrigens unverrichteter Dinge heimkehrte, hatte Recht, als sie die klerikalen und Beamtenkreise als den Mittelpunkt der antimagyarischen Agitation schilderte, sie irrte aber — wahrscheinlich wissentlich — darin, daß sie den zweiten Mittelpunkt der Bewegung übersah. Außer der politisch conservativen Nationalpartei gab es noch eine andere, welche zwar ebenfalls gegen die magyarischen Ansprüche zu Felde zog, in Verfassungsfragen jedoch nahezu denselben Standpunkt einnahm wie der Radicalkör in Pesth. Zu ihr zählten die literarisch Gebildeten und die Jugend; unmittelbar nach den Märztagen besaß sie aber einen noch viel größeren Anhang und durfte sich mit Recht eine Macht, mit welcher gerechnet werden müsse, nennen. Diese Abrechnung war noch nicht erfolgt, und bis dahin Jellačić mehr als Werkzeug, denn als selbständiger Führer der Kroaten zu betrachten.

Erschienen bereits die kroatischen Zustände den dynastischen Interessen nicht unbedingt günstig, so mußten vollends die Vorgänge in dem vom serbischen Stamme bewohnten Landstriche große Bedenken erregen. Eines stand fest, daß hier der Haß gegen die Magyaren noch stärker aufloderte als in Kroatien. Kam aber dieser Haß Oesterreich zu Gute? Schon seine Wurzeln waren nicht immer der lautersten Art. Hinter dem Schilde nationaler Abneigung barg sich auch die Eifersucht des durch

Trägheit zurückgekommenen Landbauers gegen den fleißigeren und wohlhabenderen Nachbar, die Rivalität der zurückgesetzten orthodoxen griechischen Kirche gegen die bevorzugte römische Confession. Noch dunkeler aber waren die Ziele der serbischen Revolution.*) Werden sich die Bewohner des Banates, der Bacska und illyrischen Militärgrenze mit der Herstellung einer Provinzialautonomie begnügen, werden sie nicht vielmehr von den Stammgenossen in der Türkei sich angezogen fühlen und ihren politischen Schwerpunkt außerhalb Oesterreichs suchen, bilden sie nicht wohl gar ein Werkzeug in der Hand Rußlands, bestimmt, ihm seine orientalischen Pläne ausführen zu helfen? Ein Blick auf die serbischen Führer lös'te die Zweifel nicht. War man auch überzeugt, daß der griechisch-orthodoxe Klerus, den Erzbischof von Karlowitz, Joseph Rajačić an der Spitze, keine weitgehenden Pläne hege und durch die Bestätigung oder Erweiterung der kirchlichen Privilegien sich befriedigen lasse, so blieb doch das Ziel der Führer der städtischen Bevölkerung unklar und die Loyalität der Schriftsteller, der Officiere, welche für die Rechte der Serben eintraten, nicht gewiß.

Gleich im Anfange der Bewegung konnte man hier, ähnlich wie in Kroatien, die Spaltung der antimagyarischen Partei in eine nationalconservative und eine national-demokratische beobachten. Die erstere verlangte in den Genuß der vom Kaiser Leopold I. der „gens Rasciana" verliehenen Privilegien**) wieder eingesetzt zu werden, die andere, vom

*) Die Hauptquelle für die Kenntniß der serbischen Vorgänge, insbesondere für das rege Parteitreiben sind die beiden Zeitungen: Viestnik und Napredak. Das 1851 (Berlin, Duncker) erschienene Buch: Die serbische Bewegung in Südungarn, gut geschrieben und wenn auch serbischfreundlich gefärbt, doch objectiv gehalten, macht natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit der Schilderung.

**) Diese Privilegien bezogen sich (nach serbischer Auffassung) auf die Freiheiten der griechisch-orthodoxen Kirche und auf die politisch-nationalen Rechte des Serbenvolkes. Sie wurden bei der Uebersiedelung der Serben aus ihrer türkischen Heimath auf österreichisches Gebiet ihnen (6. April 1690, 20. August 1691 und 4. März 1695) verliehen, in jedem folgenden Privilegium um einzelne Rechte verkürzt. Das erste Privilegium sicherte ihnen die freie Wahl des Wojwoden, Steuerfreiheit und den unbeschränkten Besitz alles beweglichen und unbeweglichen Eigenthums, welches sie den Türken abnehmen würden. Das folgende Patent bewies ausschließlich noch den kirchlichen Würdenträgern Gunst, stattete den Patriarchen, die Bischöfe und die Popen mit ansehnlichen Vorrechten aus. Die thatsächliche Behandlung der Serben entsprach nicht einmal den späteren Schattenprivilegien. Aber auch abgesehen davon, daß die Leopoldinischen Privilegien eigentlich nur eine temporäre Geltung besaßen bis zur Rückkehr der Raizen in ihre früheren Wohnsitze, bedarf es einer künstlichen Deutung, um alle jene politischen Rechte in denselben zu entdecken, welche die Serben 1848 in Anspruch nahmen. Sie behaupteten das Recht auf ein abgeschlossenes Territorium und auf eine nationale Administration mit einem freigewählten Wojwoden an der Spitze. Ein fest abgegrenztes Territorium, eine abgeschlossene Voivodovina hatte es niemals gegeben und aus dem Tenor der Privilegien: donamus omnibus et singulis liberam bonorum mobilium sive immobilium possessionem — decrevimus ut populus omnis in praediis,

modernen Geiste angeweht, betonte das ausschließliche Recht nationaler Politik. Jene schrieben die Restauration des serbischen Herzogthums (Voivodovina) auf die Fahne, diese schwärmten für die Gründung eines nationalen Staatenbundes, so lange die Umstände die Errichtung eines nationalen Staates nicht erlaubten. Keine Partei durfte sich eigentlich einer folgerichtigen Handlungsweise rühmen. Die Conservativen, welche so laut auf die ehrwürdigen Privilegien pochten und nur ihr urkundliches Recht forderten, scheuten sich nicht, das giltige Staatsrecht zu brechen. Um die Woiwodovina herzustellen, mußten nicht allein mehrere ungarische Comitate aus dem Verbande mit dem Königreiche gelöſ't, sondern noch aus Slawonien und der Militärgrenze einzelne Stücke Landes herausgeschnitten werden. Bestimmte, von Alters her feststehende Grenzen eines serbischen Herzogthums ließen sich nicht auffinden, und wollte man, wie die liberale Partei vorschlug, nach Sprache und Nationalität die Trennung vornehmen, so stieß man in der Wirklichkeit auf unübersteigliche Hindernisse. Die serbische Bevölkerung bildete in Syrmien, im Baranyer Comitate, in der Bacska und im Banate wohl den Kern der Bevölkerung, aber keineswegs den ausschließlichen Bestandtheil. Zwischen den Serben, oft in dichten Haufen, lebten Deutsche, Magyaren und Romanen. Etwa die Hälfte der Bewohner des Landes gehörten dem slawischen Stamme an und nur, wenn man das griechisch-orthodoxe Bekenntniß mit der Nationalität für gleichbedeutend nahm, die Romanen als nicht-unirte Griechen zu den Serben schlägt, wie es thatsächlich geschah, gewinnt man für die letzteren die Majorität. Jedenfalls war aber der national-demokratischen Partei die herrschende Strömung günstig. Sie begann auch die Agitation. Mißliebige Beamte wurden abgesetzt, Gemeindeverfassungen gewaltsam abgeändert, durch die freie Presse schwunghafte Proclamationen voll Begeisterung für die Menschenrechte verbreitet, Versöhnungsfeste aller Confessionen und Nationalitäten gefeiert, den „Märzerrungenschaften" zugejauchzt, Nationalgardendienste fleißig, wenn auch im Schweiße des Angesichtes, geübt.

Gleichzeitig hob man auch den Bann auf, der bisher auf der serbischen Sprache ruhte. Die magyarischen Kirchenbücher wurden verbrannt, die serbische Sprache zur Amtssprache erhoben und bestimmt, daß dieselbe die gleiche Geltung im öffentlichen Leben mit der magyarischen und deutschen besitzen solle. Wäre auch der nationale Enthusiasmus nicht eine Wurzel der Märzbewegung gewesen, so hätte schon die politische Consequenz zu diesen Maßregeln führen müssen. Das Selbstbestimmungsrecht

oppidis, confiniis et ditionibus concessis libero sui ritus exercitio uti et frui valeat — volumus ut sub directione et dispositione proprii magistratus gens Rasciana perseverare valeat — auf die Gewähr nicht allein privatrechtlicher und Municipalfreiheiten, sondern auch einer politischen Jurisdiction zu schließen, geht nicht ohne Schwierigkeiten. Wenigstens wollten die Ungarn diesen Sinn nicht aus den alten Patenten herauslesen.

des Volkes war ein leerer Name, wenn die Form der Verwaltung der Nation fremd blieb, die freie Presse erschien werthlos, wenn sie der Masse des Volkes unverständlich war, die Rechtsgleichheit aller Bewohner des Landes konnte als Spott gelten, so lange ein Sprachprivilegium noch zu Recht bestand. Darüber kam es mit der ungarischen Regierung zum Bruche. Mußte die letztere auch die Berechtigung der serbischen Forderungen grundsätzlich anerkennen, so konnte und wollte sie doch nicht das kaum begonnene System der Centralisation wieder einstürzen sehen. Durch die Märzrevolution kam in Ungarn nicht allein das Princip der Nationalität, sondern auch jenes der Centralisation zur Herrschaft. Das altungarische Reich sollte in einen modernen Staat und zwar auf nationaler Grundlage verwandelt werden. Für den magyarischen Stamm lag in diesem Ziele kein Widerspruch, da er die nationale Grundlage des centralisirten Staates eben als magyarische erklärte; ein desto größerer für die anderen kleinen Völkerschaften, welche den ungarischen Boden bewohnten. Sie fanden die Rettung ihrer Nationalität nur in einer durchaus lockeren Föderativverfassung und sprachen sich entschieden gegen die Herrschaft einer Nationalität im Staate aus, wenn es nicht die eigene war.

Wie der Streit mit den Magyaren, war auch die Unterordnung der liberalen serbischen Partei unter die klerikale nicht zu vermeiden. Bei der geringen Zahl gebildeter Männer in den fetten Marschen Niederungarns konnte ein unmittelbares Verständniß politischer Ideen in weiteren Kreisen nicht erwartet werden. Nur auf dem Umwege nationaler Begeisterung ließen sich auch politische Interessen anregen. Das nationale Bewußtsein stützte sich aber bei den Serben nicht allein auf die Sprache und die historische Ueberlieferung, sondern auch auf das religiöse Bekenntniß. Die griechische orthodoxe Kirche galt ihnen als nationale Kirche, die Träger des Cultus verehrten sie auch als Vertreter der Nationalität. Die Priester, vor Allen den Metropoliten von Karlowitz, an welchem noch ein Schimmer der alten Patriarchenwürde klebte, mußte gewonnen haben, wer die Masse des Volkes bewegen wollte. Von dieser Ueberzeugung erfüllt, beschloß die liberale Partei, welche in Neusatz ihren Hauptsitz hatte, den Metropoliten in die Agitation hineinzuziehen, selbstverständlich um den Preis, daß ihm wenigstens vorläufig die Leitung der Bewegung übertragen bleibe. Zu diesem entscheidenden Schritte drängte sie auch die Lage des Landes, wo bereits die Flamme des Aufstandes hier und da zu züngeln begann. So in Vukovár, wo seit dem 20. März die ungarische und die illyrische Partei in der Comitatsversammlung und auch auf öffentlichen Plätzen mit einander zankten, so in O'-Becse, wo die Verkündigung der Reichstagsgesetze gewaltsam verhindert wurde, so namentlich in Kikinda (24. April), wo bei einem zunächst localen Streite alsbald die nationalen Parteien auf dem Platze erschienen und den blutigen Kampf um die Ehre ihrer Fahnen nicht scheuten. Der Ausbruch

der nationalen Leidenschaften ließ sich offenbar nicht länger zurückhalten. Der Ausgang aber mußte nothwendig zum Nachtheile der Serben ausschlagen, wenn dieselben der Organisirung und des Einigungspunktes entbehrten, zumal der ungarischen Partei noch der ganze Regierungsapparat zu Gebote stand und die Civil- wie Militärbehörden an die Befehle des ungarischen Ministeriums gewiesen waren.

Rajačić, in der Priesterpolitik trefflich bewandert, vorsichtig, schlau, der es mit keiner Macht vollständig verderben wollte, ohne einen festen Rückhalt keinen Schritt wagte und den Schein, als beugte er sich stets dem Zwange, liebte, zögerte Anfangs, auf die Pläne der Neusatzer Patrioten einzugehen. Erst als sie eine förmliche Sturmpetition veranstalteten, in ihrem Programme die Anhänglichkeit an die Dynastie betonten und ihm nahe legten, seine Mitwirkung allein könne das Land vor einer blutigen Revolution bewahren, als große Volkshaufen vor seiner Residenz sich sammelten, immer lauter und heftiger nach der Skuptschina riefen, gab er, aber immer noch zögernd, nach. Sowohl seine Einwilligung, daß das serbische Volk zu einer allgemeinen Versammlung zusammentrete, wie den Tag, an welchem der Nationalcongreß seinen Anfang nehmen soll, ließ er sich abpressen. Seine Gegner behaupteten, nur zum Schein, um im Nothfalle einen Ausweg zu gewinnen, seine Freunde widersprachen diesem nicht.

Am 13. Mai begann die serbische Nationalversammlung in Karlowitz*) ihre Berathungen. Eine gleichmäßige Vertretung der einzelnen Gemeinden lag nicht in der Absicht der Leiter, konnte auch bei der Kürze der Zeit nicht durchgeführt werden. Trotzdem durfte der Congreß mit Fug und Recht von sich behaupten, daß er den Nationalwillen repräsentire. Waren doch selbst die Fesseln der Disciplin nicht stark genug gewesen, um Tschaikisten, Grenzsoldaten, sogar Grenzofficiere von der Theilnahme an der Versammlung abzuhalten. Einstimmig wurden alle Beschlüsse gefaßt. Die Popen hatten jeden Ankömmling wirksam instruirt, und wäre auch bei dem Einen oder dem Anderen die Lust zu widersprechen erwacht, die pomphaft kirchliche Feier, womit der Congreß eröffnet wurde, die Anrufung der heiligen Traditionen, der pathetische Fluch, allen alten und neuen Feinden des Volkes nachgeschleudert, das phantasiereiche Bild der künftigen Größe Serbiens, von zahlreichen Rhapsoden besungen, erwiesen sich als eine Macht, welche jeden Sonderwillen brach, und den Muth, eine persönliche Meinung geltend zu machen, raubte. Unter lautem Jubel wurde Rajačić auf die Schultern der Nächststehenden erhoben und zum Patriarchen ausgerufen, einmüthig, wenn

*) Der Nationalcongreß war ursprünglich nach Neusatz ausgeschrieben, als aber die magyarische Behörde über diese Stadt den Belagerungszustand verhängte, nach Karlowitz verlegt worden.

auch mit größerer Ruhe, ein alter Napoleonischer Krieger, der Grenzoberst Stephan Suplikac zum Wojwoden erwählt. Am 15. Mai tagte der Congreß abermals und nahm folgende, schon früher vorbereitete Anträge an: Die serbische Nation ist eine politisch freie und selbständige unter dem österreichischen Scepter und der gemeinsamen ungarischen Krone; Syrmien mit der Grenze, die Comitate Bacs und Baranya, der Tschaikistendistrict und das Banat bilden von nun an die serbische Wojwodschaft und treten mit dem dreieinigen Königreiche in nähere Verbindung; die nationale Selbständigkeit der Romanen wird anerkannt, ein Nationalcomité (odbor) wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt, ihm die Einsetzung einer provisorischen Regierung anheimgegeben und die Verwaltung der Kirchengelder anvertraut.

Wenige Tage zuvor ließ der Banus Jellačić in Kroatien wie in Slawonien das Standrecht „gegen alle Räuber, Mordbrenner und Rebellen, welche die Nation gegen den König und die Macht des Banus aufwiegeln, den gemeinen Adel mit der Ankündigung erhöhter Steuerlast schrecken, den Bauern vorspiegeln, sie seien nur durch die Magyaren vom Frohndienste befreit worden", verkündigen und verbot den kroatisch-slawonischen Jurisdictionen den unmittelbaren Verkehr mit den ungarischen Behörden. Hatte auch der Krieg noch nicht förmlich begonnen, so war doch der Frieden zwischen Slawen und Magyaren gekündigt worden. Mit keckerem Muthe wagten die Ersteren den entscheidenden Schritt. Aehnlich wie die ungarische Regierung den Kroaten mannichfache Zugeständnisse machte, die Errichtung einer kroatischen Section im Ministerium des Innern und der Justiz anordnete (26. April), die lateinische Sprache noch fernerhin als diplomatische Sprache den kroatischen Behörden gegenüber anerkannte, so suchte sie auch die Serben durch Einberufung eines Kirchencongresses nach Karlowitz zu beschwichtigen. „Ist der griechisch nicht-unirte Klerus gewonnen, so fehlt es der nationalen Agitation an Führern." Diese Hoffnung wurde aber bitter getäuscht. Noch ehe die Erlaubniß des Palatin, zusammenzutreten, nach Karlowitz gelangte, war hier bereits der Nationalcongreß angesagt worden. Kampf war im Süden Ungarns das Losungswort geworden, auf den Kampf mußten sich die Ungarn im Osten des Reiches, in Siebenbürgen, vorbereiten, obgleich ihnen Anfangs hier durch Annahme der Union der Sieg winkte.

Die Märzrevolution fand in Siebenbürgen einen nicht minder günstigen Boden als in den anderen Provinzen. Die Zustände waren unhaltbar, alle Classen der Bevölkerung unzufrieden. Auch hier lebte die Regierung mit dem Landtage im Unfrieden. Die stürmischen Scenen, welche auf den Landtagen 1834 und 1837 vorgefallen waren, fielen zwar in den späteren Sessionen nicht mehr vor, die Zeit wurde nicht mehr mit endlosen Formaldebatten und gegenseitigen Anklagen ausschließlich ausgefüllt, der Landtag 1841 durfte sich vielmehr einer praktischen und

wohlthätigen Wirksamkeit rühmen. Er hatte das Loos der Bauern erleichtert, ihnen das Recht des Grundbesitzes gewährt, die öffentlichen Aemter auch Nichtadelichen zugänglich gemacht. Das Alles erschien aber den durch die früheren Kämpfe erhitzten Liberalen als eine kärgliche Abschlagszahlung, ihre Hoffnungen und Erwartungen wurden vollends durch den im August 1846 einberufenen Landtag getäuscht, in welchem die Regierungspartei die Mehrheit besaß oder, wie die Opposition behauptete, durch Intriguen sich erschlichen hatte.

An der Spitze der Opposition standen die Deputirten der dreizehn magyarischen Comitate und der drei Szeklerstühle. Schon längst hatten dieselben ihre Ohnmacht gegenüber den Regalisten oder vom Könige ernannten Landtagsmitgliedern und den meist conservativen Repräsentanten der sächsischen Nation und der Taxalstädte gefühlt, nach einer Verstärkung ihres Einflusses durch den Anschluß an das Königreich gesucht. Der greise, jetzt erblindete Baron Wesselényi hatte schon vor Jahren die „Union" mit Ungarn mit seiner starken Stimme gepredigt, für sie geworben und unter dem Adel Siebenbürgens zahlreiche Anhänger gefunden. Da dieselben Männer, welche nach der Union riefen, in ihren politischen Anschauungen liberalen Grundsätzen huldigten, so umhüllte auch das Unionsproject der Schein des Liberalismus. Nach den Märztagen bot sich die beste Gelegenheit, die Union zu verwirklichen. Mit stärkerem Nachdrucke als früher konnte der ungarische Reichstag das vermeintliche Recht Ungarns auf Siebenbürgens Einverleibung geltend machen, mit geringerer Zähigkeit, so stand zu erwarten, wird die Regierung diesem Verlangen widerstreben. Der von den Geistern genommene Druck muß aber endlich auch in Siebenbürgen die Minorität in eine Majorität verwandeln und die alten Führer der Opposition zur Herrschaft bringen.

In der That war die erste Wirkung der Nachrichten von den Wiener und Pesther Märzereignissen in Klausenburg und dem von Ungarn und Szeklern bewohnten Landestheile, daß nicht allein von Bürgern und Studenten die Preßfreiheit jubelnd begrüßt und die Nationalgarde in das Leben gerufen, sondern auch vom Gouverneur Grafen Joseph Teleki stürmisch die Verkündigung der Union gefordert wurde. Die ungarische Tricolore wehte von allen Häusern, die schwarzgelben Farben und der kaiserliche Adler verschwanden, und wo dieses nicht rechtzeitig geschah, wurden sie, wie in Udvarhely, beschimpft und mit Füßen getreten. Der Gouverneur, ohne Instructionen gelassen, gab so weit nach, daß er auf eigene Verantwortung den siebenbürgischen Landtag auf den 29. Mai ausschrieb, in der Hoffnung, die ihn auch nicht täuschte, die Regierung werde nachträglich seiner Anordnung zustimmen. Selbst dieser Schritt erschien den Klausenburger Unionsfreunden nicht entschieden genug. Sie sandten (23. April) Vertrauensmänner nach Pesth, um den Palatin zur Eröffnung des siebenbürgischen Landtages einzuladen, da sie die Union

mit Ungarn bereits als eine vollendete Thatsache betrachteten. Nicht so günstig waren die Aussichten für die Union unter der sächsischen und romanischen Bevölkerung. Insgeheim murrte die erstere, offen protestirte die letztere gegen den beabsichtigten Anschluß an Ungarn und die Suprematie der Magyaren.

In einer schlimmen Lage befanden sich namentlich die Sachsen. Mit reichen Privilegien ausgestattet, bisher trotz ihrer Minderzahl*) im ungestörten Besitze der Herrschaft auf dem „Königsboden", sahen sie durch die Ereignisse dieselbe in hohem Grade bedroht. Der Sieg der Magyaren, die Durchführung der Union beraubte sie ihrer politischen Freibriefe, sie hörten auf, eine abgeschlossene Nation mit unbedingtem Selbstbestimmungsrechte zu bilden, und waren nur einige hunderttausend Individuen, die sich unter den zahlreicheren Ungarn nahezu verloren. Vollends bedenklich wurde ihre Lage, wenn die bisher nur geduldeten Walachen, wie alle Heloten rachsüchtig, emancipirt und ihren früheren Herren gleichgestellt wurden. Die Walachen blickten neidisch nicht allein auf die politischen Privilegien, sondern auch auf die durchgehende Wohlhabenheit der Sachsen, welche überdies durch ihr steifbürgerliches Wesen, ihre beinahe finstere Abgeschlossenheit bei allen Nachbarn in schlechtem Ansehn standen. Konnten die alten Zustände nicht länger aufrecht bleiben, so erschien die Stärkung der Centralgewalt in Wien, die engere Verbindung nicht mit dem Königreiche Ungarn, sondern mit dem Kaiserthum Oesterreich allein wünschenswerth. Kein Wunder, daß unter solchen Verhältnissen die Begeisterung für Deutschland und Oesterreich aufflammte, nach Frankfurt eine Begrüßungsdeputation abgesendet wurde und in Hermannstadt die schwarzgelbe Fahne zu großer Ehre gelangte. Nur boten vorläufig diese Demonstrationen gegen die unmittelbar drängenden Feinde keine Hilfe. Die Wiener Regierung besaß kaum Kraft genug, um die locale Bewegung zu bemeistern, wie hätte sie in das Schicksal einer entlegenen Provinz entschieden eingreifen können? Ihr wirksamster Vertreter, die Militärmacht, war in Siebenbürgen theils unzuverlässig, wie die Szekler Grenzregimenter, theils, wo noch unter den Soldaten die alte Disciplin und Treue herrschte, viel zu schwach, um die österreichischen Interessen erfolgreich zu

*) Ueber das Populationsverhältniß Siebenbürgens äußerte sich Bischof Haynald im ungarischen Reichstage 1861 in folgender Weise: „Jedermann weiß, daß sich die Romanen auf Kosten der Sachsen immer mehr ausbreiten. Diese verlieren in Siebenbürgen von Tag zu Tag mehr Terrain und ihre Zahl wird immer geringer, während sich die der Romanen gewaltig vermehrt. Es giebt Orte, wo die früher zahlreiche sächsische Bevölkerung bereits so sehr zusammenschmolz, daß in ihren Kirchen der Pfarrer fast allein für den Cantor predigt und dieser wieder fast allein für den Pfarrer singt. Das Terrain, welches die Sachsen verloren, haben die Romanen gewonnen." (Sitzung des Oberhauses vom 17. Juni.) Man zählt auf dem Sachsenboden 300,900 Romanen gegen 163,000 Sachsen, in ganz Siebenbürgen etwa 1,100,000 gegen 800,000 Magyaren, Deutsche und Zigeuner.

unterstützen. So kamen die Sachsen nicht dazu, ihren Widerwillen gegen die Union in einen Widerstand zu verwandeln, die schüchternen Wünsche zu festen Entschlüssen zu entwickeln. Sie erklärten in einer Volksversammlung (18. Mai) die Union „gegen das Interesse des österreichischen Vaterlandes und der sächsischen Nationalität", sie sprachen ihre begründeten Bedenken dagegen aus, den Landtag in Klausenburg abzuhalten, sie hofften eine Vertagung der Unionsfrage, instruirten ihre Deputirten, wenn die Union nun einmal nicht vermieden werden könne, nur bedingungsweise für dieselbe zu stimmen. Einen entschiedenen und einstimmigen Protest gegen dieselbe aber legten sie nicht ein, weil sie die Bundesgenossenschaft der Walachen scheuten. Ohne die Vereinigung mit den letzteren ließ sich, wie sie wohl wußten, der Kampf gegen die Magyaren nicht mit Aussicht auf Erfolg eröffnen.

Rücksichtslos und frei von ängstlichem Abwägen und Berechnen wagten die Romanen*) den Kampf gegen die privilegirten Nationalitäten und Bekenntnisse. Sie hatten nichts zu verlieren, Alles zu gewinnen. Bereits am 25. März kreis'te in Hermannstadt ein verwegener Aufruf an die Romanen, sich für die Einsetzung in ihre nationalen und kirchlichen Rechte zu erheben. Am folgenden Tage erschien, von einem eifrigen Patrioten, dem Professor Simeon Barnutiu, unterschrieben, eine Aufforderung zu einer Volksversammlung, um über die nationalen Wünsche zu berathen, gleichzeitig traten bei Avram Janeu, einem Advocaten, in welchem das Volk einen Enkel des alten Bauernführers Horja verehrte und welcher in der That in seinem Wesen und Auftreten ganz das Gepräge eines wilden Burzen an sich trug, die jungen Romanen von Blasendorf zum Entwurfe eines Programms zusammen. Eine allgemeine Volksversammlung wurde auf den Sonntag Quasimodo ausgeschrieben, und da bis dahin nicht alle Vorbereitungen vollendet waren, auf den 15. Mai vertagt.

Wie in Serbien übernahm auch hier der orthodoxe Klerus, von dem Bischofe Schaguna geführt, die Leitung der Agitation. Er durfte für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, zuerst das Recht der Romanen gegen die Sachsen vertreten zu haben. Ergrimmt, daß nur Renegaten der Nationalität — die magyarisirten adelichen Romanen und was noch schlimmer war, die Renegaten des Glaubens — die unirten Griechen an den politischen Privilegien theilnehmen konnten, hatte er niemals aufgehört, das Mitrecht der Romanen am Königsboden zu behaupten und gegen die Bezeichnung desselben als Sachsenland zu protestiren und den

---

*) Vergl. Histoire politique et sociale des principautés danubiennes par E. Regnault. Paris 1855. chap. XII. und: Die Romanen der österreichischen Monarchie (von Laureani). Wien 1851. Eine kurze Uebersicht der Rechtsansprüche der Romanen giebt die Flugschrift: L'indipendentia constitutional a Transylvania; de A. Papiu Ilarianu. Jassi 1861.

Sachsen durch seine stets erneuerten „Querelen", durch seine „Schmählibelle" großen Aerger bereitet. Er durfte sich auch der unbedingten Herrschaft über die Volksmasse rühmen. Wohl hingen einzelne gebildete Romanen, besonders aus der Classe der Professoren, der träumerischen Politik an, welche in Jassy und Bukarest blühte; wohl kam auch hier in einzelnen Kreisen die Lehre von dem ausschließlichen Rechte der Nationalität zur Geltung und trieb der moderne Liberalismus, durch die oberflächliche französische Cultur heimisch geworden, Sprossen. Für das eigentliche romanische Volk beschränkte sich das politische Glaubensbekenntniß auf zwei Punkte: Aufhebung der Bauernlasten und Ehre der orthodoxen Kirche. War der Romane von dem Drucke, welchen Zehnte und mannichfache Hand- und Spanndienste auf ihn übten, befreit, so erklärte er sich zufriedengestellt. In allem Anderen folgte er der Weisung der Popen. Was diese guthießen, war ihm heiliges Gesetz. Dem Klerus stand demnach auch die entscheidende Stimme in der Blasendorfer Versammlung zu.

Bereits am 12. Mai begann die Pilgerfahrt der Romanen nach Blasendorf (Balassfalva), der Zuzug der Bauern, der Anmarsch der gefürchteten Burzen, am folgenden Tage die Verhandlung, in welcher Barnutiu das Hauptwort führte. Anerkennung der romanischen Sprache als Staatssprache, gleichberechtigt mit dem Deutschen und Magyarischen, Constituirung eines selbständigen romanischen Territoriums, eine der Volkszahl entsprechende Vertretung der Romanen im Landtage und der Regierung, keine Union mit Ungarn — das bildete die wesentlichen Punkte seines Programmes. Am 15. Mai wurde die Volksversammlung officiell eröffnet. Ob 15,000 oder 30,000 oder wohl gar 40,000 Walachen gegenwärtig waren — alle diese Zahlen wurden angegeben — kann natürlich nicht entschieden werden. Die Versammlung wanderte aus der Kirche auf den Marktplatz, von diesem auf das freie Feld — das „Feld der Freiheit." Das spricht jedenfalls für den großen Andrang und die mächtige Theilnahme der Romanen. Wichtiger noch als die Zahlenbestimmung ist der Umstand, daß das Gubernium durch Absendung von Commissären die Volksversammlung legitimirte und die letztere es schließlich doch angemessen fand, die österreichischen Fahnen aufzupflanzen, und außer dem Begründer Daziens, dem Kaiser Trajan, auch dem Kaiser von Oesterreich rauschende Hoch's ausbrachte. Die praktische Politik der Bischöfe gewann, wie man sieht, über die Phantasie der romanischen Liberalen den Sieg. Die letzteren mußten sich begnügen, daß in den Beschlüssen mannichfacher persönlicher Rechte und Freiheiten gedacht wurde. Sie wurden willig zugestanden, da Niemand dieselben gebrauchen konnte. Ernster gemeint waren die Zugeständnisse an den Bauernstand: Aufhebung der Dienstbarkeit, Verbesserung der Lage der Nomadenhirten, die alljährlich mit ihren Heerden nach der Walachei ziehen, schärfere Abgrenzung der Feld-

marken. Auch der orthodoxe Klerus blieb nicht vergessen. Außer dem gleichen Rechte der Culte wurde die Salarirung der Popen nicht durch die Gemeinden, sondern durch den Staat beschlossen. Auf diese Weise wurde das Interesse eines jeden Standes befriedigt, die Bereitwilligkeit, nun auch mit Kraft für das Gemeinwesen einzustehen, erreicht. Das Hauptgewicht bei den Verhandlungen legten die Führer auf folgende Anträge: „Die Romanen werden von nun an als vierte privilegirte Nation des Landes (neben den Ungarn, Szeklern und Sachsen) anerkannt; die Union darf auf dem siebenbürgischen Landtage nicht verhandelt werden, so lange nicht die romanischen Deputirten in denselben eingetreten sind; jeder Landtagsbeschluß de nobis sine nobis wird für ungiltig erklärt." Einstimmig wurden diese Anträge angenommen, alle Beschlüsse — sechszehn an der Zahl — durch eine Deputation an den Kaiser zur Bestätigung gesendet. Ein Nationalcomité, unter Barnutiu's Vorsitze, blieb in Blasendorf zurück, um die weitere Bewegung zu leiten und die Schritte der Gegner zu überwachen.

Trotz des Widerwillens der Sachsen und der Verwahrung der Romanen kam der siebenbürgische Landtag am festgesetzten Tage zusammen und auf ihm die Union zur Verwirklichung. Die Wiener Centralregierung überblickte augenblicklich keinen weiteren Umkreis, als eine gewöhnliche Localbehörde. In dem unaufhörlichen Streite mit den nimmersatten Wiener Demokraten ermüdet, verlor sie das Verständniß für die Vorgänge in den fernen Provinzen. Und hätte sie auch den Verstand und den festen Willen besessen, so mangelte ihr doch die Kraft, ihn geltend zu machen. Das siebenbürgische Gubernium wagte natürlich unter diesen Umständen auf eigene Verantwortung keinen Staatsstreich, ließ das Begehren der Romanen nach selbständiger Vertretung unbeachtet und hielt sich an die strenge Form. Durch den siebenten Reichstagsartikel hatte der König von Ungarn die Verhandlung über die Union auch für den siebenbürgischen Landtag auf die Tagesordnung gesetzt; von derselben abzuweichen, hatte die Regierung im Angesichte der drohenden Haltung der ungarischen Partei nicht den Muth. Sie wollte freilich auf der andern Seite auch nicht Sympathien für die Union zu erkennen geben und verfiel, um allen Parteien gerecht zu werden, auf das Auskunftsmittel, das Unionsproject unter den königlichen Propositionen erst in die dritte Reihe zu stellen, die Wahl des siebenbürgischen Hofkanzlers — an Josika's Stelle — und des Tabularpräses vorangehen zu lassen. Diese Propositionen hoben sich gegenseitig auf. Wurde die Union angenommen, so mußte nothwendig auf eine selbständige Spitze der Administration verzichtet werden; wurde die Wahl des Kanzlers vorgenommen, so präjudicirte dieses wieder der Verhandlung über die Union. Die Regierung behauptete zwar pfiffig gehandelt zu haben. Niemand errieth, zu welcher Partei sie sich neige. Noch mehr: Wahrscheinlich wird der Landtag die

eine und die andere Proposition annehmen und dadurch sich in einen unentwirrbaren Widerspruch verstricken, die Bewegung in ein vollkommenes Stocken gerathen. Der alte Wesselényi zerschnitt aber mit einem einzigen Worte die Fäden des feingesponnenen Netzes. Er erklärte die Reihenfolge der Propositionen für einen Schreibfehler. Ueber die Union müsse zuerst abgestimmt werden, alles Andere sei und bleibe Nebensache.

Die ungarischen Abgeordneten hatten bereits in der Vorversammlung (18. Mai) sich für die unbedingte Union erklärt, den förmlichen Gesetzentwurf vorbereitet und die Absicht ausgesprochen, jede längere Debatte abzuschneiden, jedem bedingten Votum zu wehren. Von der Haltung der Sachsen*) hing es ab, ob diese Absicht verwirklicht werden konnte. Die Ungarn rechneten auf den gelinden Terrorismus der Klausenburger Bevölkerung, welche noch vor dem Zusammentritte des Landtages die Union proclamirt hatte, sowie auf die Scheu der Sachsen, sich mit den verachteten und in ihren Ansprüchen ebenso maßlosen Romanen tiefer einzulassen. Sie hatten aber gegen sich die Instructionen der Mehrzahl der sächsischen Deputirten. Dieselben lauteten, da eine Verlegung des Landtages, ein Aufschub der Unionsfrage nicht mehr erreicht werden konnte, meistens auf bedingte Annahme der Union. Nur in Hermannstadt blieb die Ansicht, die Union sei unter allen Umständen zurückzuweisen, vorherrschend. Die Zähigkeit der Sachsen hielt aber gegen die Ueberredungskunst der Ungarn nicht Stand.

Die sächsischen Deputirten, unter welchen der Denndorfer Pfarrer Gooß und der Advocat Konrad Schmidt den größten Einfluß besaßen, wurden zuerst dahin gebracht, daß sie sich nicht durch ihre Instructionen gebunden erklärten. Sie fanden es zweckmäßig, sich „nach den Umständen zu richten; nicht nach dem Wortlaute der Instructionen, sondern im Geiste der Sender die Thatsachen zu prüfen." Und nachdem auf diese Weise ihre Sprödigkeit gebrochen, hatten sie auch nichts gegen die Umwandlung der Bedingungen in Wünsche und Bitten einzuwenden. Niemand, versicherten die ungarischen Wortführer, bezweifelt die Billigkeit der Bedingungen (Beachtung der pragmatischen Sanction, Erhaltung der deutschen Sprache, der Municipalfreiheit u. s. w.), Niemand denkt daran, denselben entgegenzutreten. Es fehle aber an Zeit, dieselben genauer festzustellen, es sei passend, wenn die Union jetzt einfach angenommen, alles Andere dem ungarischen Reichstage überlassen würde. Die sächsischen Deputirten fügten sich. In ihrem Auftrage gab am 30. Mai der Kronstädter Deputirte, Elias Roth, folgende Erklärung ab: „In Anbetracht dessen, daß die edle ungarische und Szeklernation die Verbindung Siebenbürgens mit Ungarn einmüthig als ihren heißesten Wunsch erklärt

*) Vergl. Amtlicher Bericht der sächsischen Landtagsdeputirten über ihre Beistimmung zur Union. A. a. O. auch abgedruckt in den Grenzboten 1848 III S. 362.

haben; in Erwägung, daß der Gesetzvorschlag erst durch die Bestätigung des Königs, der zugleich österreichischer Kaiser ist, eine bindende Kraft erhält; aus pflichtmäßiger Rücksicht darauf, daß Siebenbürgen ein unzweifelhaftes Glied der Krone Ungarns ist, trete ich im Namen meiner Sender mit Emporhaltung der pragmatischen Sanction der Union mit Ungarn bei." Unter rauschendem Jubel wurde noch an demselben Tage in Klausenburg die Union proclamirt und durch Deputirte die Bestätigung des Kaisers eingeholt, die auch am 18. Juni eintraf. Die sächsische Bevölkerung von Hermannstadt wollte aber von dem voreiligen, der Instruction widersprechenden Unionsbeschlusse nichts wissen, in Mihalzfálva war es zwischen den romanischen Bauern, die in ihrer Art Socialismus trieben, Felder des Grundherrn sich aneigneten, und den regulären (Szekler) Truppen am 2. Juni zu einem blutigen Kampfe gekommen. Die Union war ausgerufen, aber der Frieden dahin.

2. Gründung und Sturz der Verfassung vom 25. April.

Unmittelbar nach den Märztagen wurden von wohlmeinenden Männern in allen Provinzen Flugblätter verbreitet, welche mehr oder weniger klar und deutlich das Wesen einer Constitution erörterten. Ueber die Nothwendigkeit solcher Ansprachen konnte kein Zweifel herrschen. Dem Landvolke erschien die Constitution mit der Aufhebung der Robot gleichbedeutend, dem städtischen Arbeiter mit Erhöhung seines Lohnes, dem Handwerker mit Wiedereinführung des strengsten Zunftwesens und Vertreibung der Juden; Alle besaßen nur dunkele Vorstellungen von dem Unterschiede, welcher zwischen einem verfassungsmäßigen Regimente und der Anarchie waltet, und meinten, Gesetzlosigkeit sei der geringste Grad der Freiheit, auf welche sie seit der „glorreichen Revolution" einen gerechten Anspruch erheben könnten. Am nothwendigsten wäre eine solche wohlmeinende Belehrung über die Pflichten des constitutionellen Bürgers in der Hauptstadt selbst gewesen. Nicht als ob die Wiener sich noch unwissender gezeigt hätten als die Provinzbewohner; aber jedenfalls stand die Summe ihres politischen Wissens in einem noch größeren Mißverhältnisse zu der Macht, welche sie ausübten. So lange die Organisirung der Nationalgarde die Leute in Athem erhielt, das Waffenspiel durch seine Neuheit ergötzte, blieben Regierung und Volk in gutem Einvernehmen; so lange die Debatte über den Anschluß an den deutschen Bundesstaat noch offenstand, hielt das Gewicht des Gegenstandes die Unbändigen in Zucht und die Unverständigen in Schranken. Bald aber kam die Zeit, wo der politischen Leidenschaft größere Objecte mangelten und dieselbe von der eigenen Flamme zehren mußte. Das Versammlungsrecht war eine stolze Errungenschaft, welche natürlich zu eifriger Benutzung lockte. Leider wußte man in diesen täglich wiederkehrenden

großen Volksversammlungen über nichts Anderes zu berathen, als über die Grausamkeit der Wiener Hausherren, über die schnöde Gewinnsucht der Marktleute, über die freche Zudringlichkeit fremder Arbeiter, welche den Eingeborenen die ohnehin schon karge Nahrung vorwegnahmen. Wenn es hoch kam, so wurden volltönende Phrasen ohne sachlichen Inhalt über die Majestät des Volkes, über die Macht der Freiheit und den gewissen Sieg der Demokratie declamirt. Gelangweilt durch die letzteren, unbefriedigt durch die erfolglosen Reden vollzogen die Zuhörer, überwiegend den unteren Classen angehörig, sehr bald den Proceß von Versammlungen in geschlossenen Räumen zu tumultuarischen Zusammenrottungen auf öffentlichen Straßen, wobei sie durch Katzenmusik, drohendes Gebrüll und zuweilen auch durch Steinwürfe ihren Willen kundthaten. Die Wiener Zeitungen, obgleich zahlreich wie Pilze aus der Erde schießend, waren weit entfernt, die Aufgabe einer ehrenwerthen politischen Presse zu begreifen oder selbst nur zu ahnen. Statt den Verstand des Volkes aufzuklären, Kenntnisse zu verbreiten und ein gesundes Urtheil zu wecken, trugen sie nach Kräften zur Verwirrung des Volksgeistes, zur Lockerung der öffentlichen Sittlichkeit bei. Das Revolutionsjahr hat in Deutschland, in Frankreich und Italien die Phantasie übermäßig erhitzt, den hochfliegendsten politischen Idealismus genährt. Die Zeitungspresse verbrauchte in drei Monaten mehr Ausrufungszeichen, als in ruhigeren Zeiten während dreier Jahre; man schrieb nicht blos mit Vorliebe mit durchschossenen Lettern, auch die Gedanken zeigten groben Lapidarstyl. Die Ueberschwänglichkeit, den schrankenlosen Radicalismus, als ob es gar keine bestehenden Zustände mehr gäbe und eine neue Welt von Grund aus gebaut werden sollte, theilten die Wiener Journale mit allen Zeitungen Mitteleuropa's und dürfen in dieser Hinsicht mit keinem besonderen Vorwurfe belastet werden. Wodurch sie sich von denselben unterschieden, das war die unbeschreibliche Rohheit des Ausdruckes, der wahrhaft kindische Unverstand, mit welchem sie über die öffentlichen Angelegenheiten sprachen. Schwer rächte sich jetzt der Culturhaß des alten Regimentes, die durch Menschenalter fortgesetzte Absperrung des Volkes von allen wichtigen Interessen. Das unpolitische Dasein der Oesterreicher war ehedem als ein Musterzustand gepriesen worden; nun wo die Beschäftigung mit der Politik zum täglichen Brode gehörte, rief die Regierung vergeblich ein gereiftes politisches Urtheil an. Einzelne Kenntnisse vom Staatswesen, insbesondere von dem eigenthümlichen Organismus des österreichischen Staatskörpers, waren nur in Beamtenkreisen vorhanden, trotzdem blieben gerade diese letzteren von der journalistischen Thätigkeit beinahe vollständig ausgeschlossen, nicht allein aus Abneigung gegen die herrschende Richtung der Presse, sondern auch wegen ihrer Unfähigkeit, politische Gedanken klar und volksthümlich auszudrücken. Schreibpapier war im alten Oesterreich in großen Massen verbraucht

worden, desto geringer war der Bedarf an Druckpapier gewesen. Im seltsam gewundenen Kanzleistyle — dem würdigen Seitenstücke zur formlosen Armeesprache — bewegten sich die Staatskundigen wohl bequem, Angstschweiß trat dagegen auf ihre Stirn, wenn sie von den gewohnten Schnörkeln sich lossagen und im gemeinverständlichen Deutsch zu dem Volke reden sollten. So kam die liberale Zeitungspresse ausschließlich in die Hände sogenannter Litteraten vom Fache, welche zwar einige Formgewandtheit besaßen, dafür aber auch der oberflächlichsten Kenntniß politischer Dinge entbehrten. Menschen, welche bisher zu Bäuerle und Saphir hinaufgeblickt, in Sängern und Tänzerinnen die Helden der Weltgeschichte begrüßt hatten, Gesellen, die man im besten Falle charakterlos schalt, welche aber leider in überwiegender Mehrzahl einen schlechten Ruf genossen, in geistiger und socialer Beziehung zum Proletariate gehörten, traten nun auf einmal als Staatsmänner auf, lenkten die öffentliche Meinung, bestimmten das politische Urtheil. Um die Schmach, welche das tolle Treiben der Volksversammlungen, der Unfug der Presse über Wien brachte, von der österreichischen Metropole abzuwälzen, behauptete man später, die Agitation wäre durch „Ausländer" genährt, die Presse von Juden beherrscht worden. Es läßt sich nicht leugnen, daß Wien bis zum Spätherbste politischen Abenteurern als das gelobte Land galt, Juden bei der Mehrzahl der Wiener Zeitungen thätig waren. Um so schlimmer für den Geist der Wiener Bevölkerung, daß sie sich von Fremden und Angehörigen eines verachteten Stammes vollständig beherrschen ließ. Ein gewisser Schütte, der sich Doctor nannte und für einen Agenten einer Bergwerksgesellschaft — im Monde — ausgab, wurde nicht verlacht, als er zu Sturmpetitionen aufforderte, die ja nichts Anderes, als „die persönliche Assistenz der Unterzeichner" vorstellten, sondern als eine ernste, gewichtige Persönlichkeit von den Einen verehrt, von den Andern gefürchtet. In einem Anfalle von Loyalität, wie er periodisch die Wiener Bürger überkam, jagte man ihn zwar zur Stadt hinaus, aber bereits nach wenigen Wochen konnte er wiederkehren und seine Rolle in den demokratischen Vereinen fortsetzen. War dieser Mann verächtlich, welchen Namen verdienen die eingeborenen Anhänger und Freunde Schütte's? Ebensowenig als die Anwesenheit einzelner fremder Demagogen befreit die journalistische Betriebsamkeit der Juden die Wiener Bevölkerung von dem Vorwurfe grober und doch anmaßlicher Unreife. Der politische Standpunkt der jüdischen Zeitungsschreiber entsprach vollkommen der socialen Stellung der Juden in Oesterreich. Diese konnten große Reichthümer sammeln, durch ihre Herrschaft über das Capital die Bauern zinspflichtig machen, durch ihren Handelsgeist die christlichen Mitbürger sich unterwerfen, als Börsenkönige auch auf die Regierung Einfluß gewinnen; dennoch blieben sie dem Staate, in welchem sie lebten, fremd und bei aller Geldmacht doch Bettler an Rechten.

Die tiefe Verbitterung, welche so widerspruchsvolle Zustände natürlich hervorrufen mußten, zeigte jede Zeile der jüdischen Schriftsteller. Mit keinem Worte verriethen sie eine gemüthliche Theilnahme an dem Staatswesen, eine scharf ätzende Kritik, die schließlich auf die Verneinung alles Bestehenden hinauslief, hielten sie nicht allein für berechtigt, sondern für die höchste politische Weisheit. So verwerflich aber auch dieser hohlverständige Radicalismus erscheinen mochte, die Juden vertraten ihn wenigstens mit Ernst und Consequenz. Sie waren Sophisten, wahrten aber sorgfältig den Schein der Bildung. Tief unter ihnen standen die echten Wiener Kinder in der Journalistik, die Häfner, Tuwora, Mahler, Endlich u. s. w., und vollends die Verfasser der zahllosen Placate, welche täglich die Straßenecken bedeckten und untrüglich auf den Ursprung in den niederen bürgerlichen Kreisen zurückwiesen. Hier galt rohe Gemeinheit und demokratisches Wesen, zielloses Raisonniren und Politik, Denunciationen mißliebiger Persönlichkeiten und radicale Anschauung für gleichbedeutend. Jedes Gesetz erschien diesen Leuten als eine unerträgliche Tyrannei, die Verfassung überhaupt als eine lästige Schranke, von welcher man in einem Zeitraume der Freiheit und Vernunft füglich absehen sollte. Solche Rathgeber lenkten die öffentliche Meinung einer Stadt, von deren Urtheil das Schicksal des ministeriellen Constitutionsentwurfes abhing.

Am 15. März war die „Constitution des Vaterlandes" ausgerufen, als Kern des neuen Parlamentes, freilich in seltsam gewundener Sprache, der alte ständische Körper, durch bürgerliche Abgeordnete verstärkt, erklärt worden. War auch über Form und Wesen der künftigen Volksvertretung großes Dunkel gelassen, so konnte doch über die Fortdauer des ständischen Instituts kein Zweifel herrschen. Noch deutlicher bewies dieses das Patent vom 18. März, welches den „getreuen Ständen" die Mittheilung des Staatshaushaltes verhieß und sie aufforderte, über die Reform der ständischen Vertretung, des Gemeindegesetzes und der Ablösung der Unterthanslasten zu berathen. Einzelne ständische Körperschaften folgten willig dem Rufe und sandten Deputirte nach Wien, welche unter dem Vorsitze Montecuccoli's als sogenannter Centralausschuß, unbeachtet von der öffentlichen Meinung, wenig oder gar nicht unterstützt von der Regierung, tagten. Es fehlten die Abgeordneten der böhmischen Stände, welche nach den Märztagen keine Zusammenkunft mehr wagten, es fehlten die lombardischen Delegirten, welche sich nicht mehr als Angehörige Oesterreichs betrachteten. Der Centralausschuß sank dadurch zu einer bloßen Rumpfversammlung herab, durfte seine Beschlüsse keineswegs als den Ausdruck der einstimmigen Willensmeinung aller Provinzen empfehlen. Gefährdet durch den Mangel an äußerem Ansehen und ausgedehnten Vollmachten mußte der Centralausschuß bedacht sein, durch das innere Gewicht seiner Reformentwürfe die Achtung der weiteren Volkskreise zu erringen. Er verstand es aber weder die öffentliche Meinung zu interessiren, noch selbst

im Schoße der eigenen Mitglieder volle Einstimmigkeit herbeizuführen. Das höchste Maß der Freiheiten, welches die steierischen Abgeordneten dem Bürger- und Bauernstande bewilligen wollten, blieb noch weit hinter den sehr mäßigen Reformvorschlägen der österreichischen Deputirten und ließ sich vollends mit den Zugeständnissen, welche sich die Czechen am 7. April erobert hatten, nicht vereinigen. Und wenn auch auf die Nachgiebigkeit der Steiermärker gerechnet und eine Annäherung der Parteien im Schoße des Centralausschusses erwartet werden konnte, eine andere als eine Interessenvertretung mit möglichster Schonung der ständischen Privilegien hätte der Centralausschuß niemals empfohlen. Wie war es aber möglich, für eine so eng umschriebene Verfassung in einem Augenblicke die öffentliche Meinung zu gewinnen, wo der constituirende Charakter des deutschen Parlaments und ein ganz allgemeines Wahlrecht für dasselbe proclamirt wurde? Wenige Tage reichten hin, um constituirende Versammlungen und allgemeines Wahlrecht zu einem Glaubensartikel der Demokraten — alle Welt wollte aber damals als Demokrat gelten — zu stempeln, und die Angriffe auf Census, Zweikammersystem, Vereinbarung der Verfassung, kurz auf das alte constitutionelle Gerüste in Zeitungen und Volksversammlungen stehend zu machen. Die Minister erkannten die Gefahr einer längeren Verschleppung der Verfassungsfrage. Wenn sie die Grundzüge der österreichischen Constitution rasch feststellten, so durften sie hoffen, die Massen zu befriedigen, ohne das conservative Interesse und das monarchische Princip grob zu verletzen; wie viel aber bei der stets steigenden revolutionären Fluth in der nächsten Woche, im nächsten Monate werde gerettet werden können, wußten sie nicht. Von dieser Furcht gepeinigt, überdies von den älteren liberalen Wortführern, welche die Revolution um jeden Preis geschlossen wissen wollten, gedrängt, entschloß sich Pillersdorff zur Octroyirung einer Constitution. Es sollte durch dieselbe den österreichischen Völkern mehr geboten werden, als sie noch am 15. März erwartet hatten, als namentlich die Stände ihnen jemals zugestanden hätten, dafür mußten sie aber von weiteren Forderungen abstehen, namentlich das Gelüste nach einem constituirenden Parlamente überwinden. Der Vorwurf eines willkürlichen Staatsstreiches traf die Regierung nicht. In dem Constitutionsversprechen vom 15. März befand sich zwar die Andeutung, daß die neue Verfassung auf der Grundlage der bestehenden Provinzialverfassungen und unter Mitwirkung von Abgeordneten der Provinziallandtage errichtet werden solle, aber keine bindende Zusage, daß die Stände ihr Wesen und ihre Form selbständig zu bestimmen, die Landtage die Reichsvertreter aus ihrer Mitte zu wählen hätten. Zu Gunsten Pillersdorff's sprach ferner der Umstand, daß durch die für Böhmen erlassene Verfassung vom 8. April das ständische Princip ohnehin schon gebrochen und der Weg der Octroyirung betreten war, endlich aber die Ueberzeugung, daß ein Beharren bei der ständischen Form

einen schweren Sturm der Volksleidenschaft beschworen und vielleicht den Bestand der Monarchie bedroht hätte. Auch sollten die Provinzialverfassungen und die Landtage durch die neue Constitution nicht aufgehoben werden, sondern, was freilich keinen großen staatsmännischen Blick verrieth, neben derselben ruhig einhergehen, wie denn in der That im Laufe des Sommers 1848 die Landtage der kleinen Provinzen, jeder von dem anderen verschieden organisirt, zusammentraten. Dem anderen schwereren Vorwurfe dagegen kann Pillersdorff und die übrigen Minister nicht entgehen, daß sie die Verfassung nur als ein Schutzmittel, um augenblicklich in Wien Ruhe zu schaffen und die Quälgeister zu beschwichtigen, betrachteten, eine dauernde Einrichtung gar nicht beabsichtigten. Ficquelmont*) erzählt, wie er über jeden Zweifel, ob auch eine Constitution nach dem allgemein gebräuchlichen Zuschnitte Oesterreich fromme, durch die Erwägung gehoben worden sei, es handele sich eigentlich nur um eine Maßregel administrativer Vorsicht und keineswegs um die endgiltige Feststellung einer neuen Staatsform. „Ich schloß mich ohne Bedenken den Berathungen über den Verfassungsentwurf an, weil er in seiner Unvollständigkeit nur transitorisch sein konnte, und weil er vorerst nur jene Länder in sich begriff, die unmittelbar unter der Leitung der vereinigten Hofkanzlei standen. Die Hauptfrage, um welche es sich für den Kaiserstaat handelte, jene nämlich, ob Oesterreich als föderativer Staat, wie er früher war, fortbestehen oder ein Centralstaat werden sollte, blieb dabei unberührt." Schärfer als durch diese Worte kann der Constitutionsentwurf nicht verurtheilt werden: Es sollte eine Verfassung gegeben werden, welche die Verfassung Oesterreichs nicht zum Gegenstande hatte.

Am 13. April las Pillersdorff in einer Versammlung von Vertrauensmännern die Grundzüge der österreichischen Verfassung vor. Das „Verdienst der Originalität" wurde ausdrücklich vom Minister zurückgewiesen. Die belgische Charte hatte ihm als Vorbild gedient; eine Verfassung, welche „in kurzer Zeit über Belgien so große Sicherheit, Zufriedenheit, Gemeinsinn und Wohlstand zu verbreiten wußte, daß es zu den gesegnetsten Ländern Europa's gezählt zu werden verdient," erschien ihm wohl würdig, nach Oesterreich verpflanzt zu werden. Pillersdorff hatte zu lange die Wiener Luft eingeathmet, zu lange in der Hofkanzlei sich bewegt, als daß er das vielgliederige Wesen des eigenen Staates, die Pflicht, seiner besonderen Eigenthümlichkeit auch in der Verfassung einen vollen Ausdruck zu geben, hätte begreifen können. Ihm wie allen eingeborenen Wienern dünkte ein anständiges Maß politischer Freiheit, die Verpflanzung der hergebrachten constitutionellen Einrichtungen nach Oesterreich vollkommen ausreichend, um die Zukunft des letzteren sicher zu stellen. Die Vertrauensmänner fanden gegen den Constitutions-

*) Aufklärungen S. 77.

entwurf nichts zu erinnern; auch der Familienrath, welchem alle in Wien anwesenden Erzherzoge (Franz Karl, Franz Joseph, Ludwig) beiwohnten, sprach seine Zustimmung aus. Am 25. April wurde das neue Staatsgrundgesetz feierlich verkündigt und — vom Volke mit Gleichgiltigkeit aufgenommen. Man muß gestehen, daß die Constitution vom 25. April nichts besaß, was Begeisterung hätte erwecken oder auch nur die Phantasie blenden können. Die Patrioten, welche Freiheit und Größe für Oesterreich als unzertrennlich ansahen, durch die Constitution ein festeres Band zwischen den einzelnen Provinzen zu knüpfen hofften, entdeckten unmuthig, daß dieselbe die Theilung des Reiches förmlich heilige. Die Verfassung sah von den ungarischen Ländern vollständig ab und gab nicht einmal dem Wunsche einer Annäherung Wort; sie schloß auch die italienischen Provinzen aus. Geschah dieses in der Meinung, die Lombardei sei für Oesterreich verloren, oder sprach aus dem Ausschlusse des lombardisch-venetianischen Königreiches die Absicht, das wiedereroberte Italien absolutistisch zu regieren? Dagegen gehörte Dalmatien zu den constitutionspflichtigen Ländern. Als Faustschlag in das Antlitz der Kroaten, welche stets von einem dreieinigen Königreiche träumten und über Dalmatien frei verfügen zu können wähnten, mochte dieser Beschluß von den Deutschen mit einem gewissen Wohlgefallen aufgenommen werden, sie erblickten aber auf der anderen Seite dadurch auch den polyglotten Charakter des Reichstages bedenklich verstärkt. Daß die Demokraten an dem Zweikammersystem überhaupt, namentlich aber an der Bildung des Senates theils aus den höchst besteuerten Grundbesitzern, theils aus ernannten Mitgliedern Anstoß nehmen würden, war begreiflich. Obgleich in keinem anderen Continentalstaate so viele gesunde, man möchte sagen natürliche Elemente eines Oberhauses bestehen, wie in Oesterreich, mag man als Grundlage desselben das aristokratische Princip annehmen, oder im Falle einer Föderativverfassung das Oberhaus sich als ein Staatenhaus denken: so konnte doch nicht erwartet werden, daß sich die herrschende revolutionäre Stimmung dieser Einsicht rasch und gern öffnen würde. Desto mehr muß man es beklagen, daß das Ministerium in seiner Hast, die Verfassung fertig zu Papier zu bringen, den Gegnern des Senates die schärfsten Waffen lieferte. In dem Abschnitte über die Bildung des Senates (§. 35) hieß es wörtlich: „Der Senat besteht: a) aus den Prinzen des kaiserlichen Hauses nach vollendetem 24. Jahre; b) aus den vom Kaiser ohne Rücksicht auf Stand und Geburt für die Lebensdauer ernannten Mitgliedern; c) aus hundertundfünfzig Mitgliedern, welche von den bedeutendsten Grundbesitzern für die ganze Dauer der Wahlperiode (5 Jahre) aus ihrer Mitte gewählt werden.“ Die Summe der Senatoren überhaupt suchte man in der Constitution vergeblich. Kein Wunder, daß man nun ein unbeschränktes Ernennungsrecht der Regierung behauptete und den ganzen Senat als ein blindes Werkzeug des Mini-

steriums, bestimmt, die Wirksamkeit der Abgeordnetenkammer zu lähmen, darstellte. Man ließ diese Vorstellung ruhig in den Gemüthern Wurzel fassen, und erst nachdem das Vorurtheil gegen den Senat unüberwindlich geworden war, gefiel es dem Ministerium, dasselbe zu widerlegen. Die provisorische Wahlordnung vom 9. Mai bestimmte die Zahl der Senatoren auf zweihundert. Die kaiserlichen Prinzen mit eingeschlossen kamen nur fünfzig Mitglieder nicht durch Wahl in den Senat. Rechtzeitig kundgegeben hätte diese Bestimmung gewiß alle Zweifel an der Selbständigkeit des Senates zerstreut. Jetzt übte die Berichtigung keinen Einfluß mehr. Die Lenker der öffentlichen Meinung wollten nichts Gutes in der Verfassung erkennen. Sie deckten alle anderen Bestimmungen der Wahlordnung mit der Hand zu und wiesen mit dem Finger nur auf die angeordneten indirecten Wahlen, welche nach dem politischen Katechismus des Jahres 1848 als die gröbste Sünde gegen die Freiheit erschienen.

Diese Mängel rechtfertigen die Unzufriedenheit mit der Constitution, erklären aber nicht die ganz allgemeine Gleichgiltigkeit gegen dieselbe. Sie hatte die öffentliche Meinung in Wien gegen sich, sie hatte die Stimmung der Provinzen nicht für sich. Die kleinen deutschen Erbländer waren die Schleppträger der Residenz; wofür sich Wien entschied, das galt in Linz, Brünn und Graz als höchstes Gesetz. Von Gewicht und Einfluß konnte nur das Urtheil Böhmens und Galiziens gelten. Die galizische Deputation, welche sich in Wien aufhielt, um die begründeten und nicht begründeten Beschwerden der Polen zu betreiben, für die größere Selbständigkeit Galiziens zu wirken und vor Allem, um Anklagepunkte gegen den verhaßten Gouverneur F. Stadion zu sammeln, legte bereits am 27. April gegen die Constitution Verwahrung ein. Die Constitution, behauptete sie, übertrage auf den Wiener Reichstag Rechte, welche nur dem nationalen polnischen Landtage zuständen, und verleihe in Wahrheit nur der Theilung Polens eine neue Sanction. Nicht anders lautete das Urtheil in Böhmen. Die Czechen fanden den Wirkungskreis des Reichstages zu weit abgesteckt, die Autonomie der Provinzen nicht hinreichend geachtet. Wenn sie nicht leidenschaftlich aufwallten, so war dieses nur dem Umstande zuzuschreiben, daß sie augenblicklich mit Judenprügeln vollauf beschäftigt waren und den festen Glauben hegten, die böhmische Verfassung vom 8. April besitze ein Prioritätsrecht und werde durch entgegengesetzte Bestimmungen der Constitution vom 25. April nicht berührt.

Von den größten Provinzen kalt zurückgewiesen, mußte die Constitution in der Wiener Bevölkerung einen festen Halt zu gewinnen suchen. Sie hätte ihn vielleicht gefunden, wenn sie dem unklaren Thätigkeitsdrange der Wiener, der Lust, sich aufzuregen und zu erhitzen, tagtäglich neue Nahrung geboten, wenn der Verkündigung der Verfassung die Kundmachung des Wahlgesetzes, die Wahlen selbst mit all dem geschäftigen Wesen, welches sie gestatten, ja verlangen, und endlich der Zusammentritt

des Reichstages sich unmittelbar angereiht hätte. Durch die langen Zwischenpausen kamen die schlechten Gewohnheiten des Wiener Volkes wieder zur Herrschaft. Die Constitutionsurkunde beschäftigte wie jedes andere Placat vierundzwanzig Stunden die öffentliche Aufmerksamkeit, trat aber schon am nächsten Morgen gegen irgend ein Schandlibell oder das Project einer Katzenmusik in den Hintergrund. Heute denuncirte Häfner's „Constitution", die verbreitetste und schimpflichste Zeitung Wiens, den Prälaten von Klosterneuburg, morgen beschuldigte sie den Ministerpräsidenten Grafen Ficquelmont der Bestechlichkeit. Der russische Kaiser habe ihm unter der Firma seiner Schwägerin einen Antheil an dem sibirischen Goldlager im Werthe von sieben Millionen Silberrubel geschenkt und ihn dadurch für seine Dienste gewonnen. Der Spießbürger würde seinen Liberalismus in das schlechteste Licht gestellt haben, hätte er solche Fabeln nicht für wahr gehalten. Heute wurde das Kloster der Liguorianer gestürmt, morgen dem alten Erzbischofe ein Riesencharivari gebracht. Wer es mit der Freiheit gut meinte, mußte sich natürlich an diesen Excessen betheiligen. Einmal in Uebung gebracht, fand es die Volksmasse zweckmäßig, fortan nur durch Straßenspectakel ihre politische Meinung kundzugeben, nicht mehr zu discutiren, sondern einfach zu pfeifen, nicht länger den Gegner durch Gründe zu widerlegen, sondern ihm die Fenster einzuwerfen. Das nächste Opfer nach dem Erzbischofe und dem juridisch-politischen Leseverein war der Ministerpräsident selbst. Mißtrauen hatte ihn gleich bei dem Eintritte in das Ministerium empfangen. Man wußte in weiteren Kreisen nichts von ihm, als daß er viele Jahre das Wiener Cabinet am russischen Hofe vertreten hatte und zum Nachfolger Metternichs designirt war. Dieses reichte hin, um ihm russische Sympathien anzudichten, ihn als heimlichen Gegner der Verfassung anzuschwärzen und bereits früh im April in den Volksversammlungen Ficquelmont's Abdankung zu fordern. Sein größtes Verbrechen bestand aber in dem angeblich von ihm erzwungenen Rücktritte Zanini's vom Kriegsministerium. Dieser Mann mußte es sich nun einmal gefallen lassen, als der Vertreter des liberalen Princips in der Regierung zu gelten. Ihm wurde der Plan zu einer weitgreifenden Armeereform zugeschrieben, von ihm der entschiedenste Widerstand gegen das Protectionswesen, eine wahrhaft antike Haltung gegenüber den Hochgeborenen behauptet. Als der arme alte Zanini, der bisher im Schatten des Hofkriegsrathes das Leben ruhig genossen, jeden kecken Gedanken weit von sich gewiesen, auf seine wiederholte dringende Bitte die Entlassung erhielt, wurde es als selbstverständlich angenommen, daß ihn reactionäre Intriguen von seinem Posten entfernt hätten. Vollends als der Name seines Nachfolgers (30. April) bekannt wurde: Graf Baillet-Latour, ein Aristokrat, ein angesehener General, ein naher Verwandter Ficquelmont's! Latour's Ernennung zum Kriegsminister war der erste glückliche

Griff der Regierung seit den Märztagen. Seine Autorität in den Kreisen der Armee wurzelte fest und sicherte die Fortdauer ihrer Disciplin. Auf der anderen Seite war Latour, schon in den Napoleonischen Kriegen als Generalstabsofficier erprobt, seitdem als thatsächlicher Chef des Ingenieurcorps wissenschaftlichen Studien eifrig zugewandt, für eine Armeereform durchaus günstig gestimmt. Freudig begrüßte er in seinem ersten Armeebefehle als die unmittelbare Frucht der Verfassung die allgemeine Wehrpflicht, welche „dem Heere Tausende von edelen Elementen aus den gebildeten Classen zuführen wird.“ Durch diesen Satz allein hätte Graf Latour den Beifall aller Verständigen und Freisinnigen sich erwerben sollen. Gesetzt aber auch, die gegen den neuen Kriegsminister geschleuderten Vorwürfe wären mehr oder weniger begründet gewesen, so mußte man ja darüber jubeln, daß sich ein Aristokrat, eine hochstehende Militärautorität für das constitutionelle Leben compromittire. Noch stand die Sache so, daß kein Einzelner, keine Partei die neue Revolution zu bekämpfen wagte, wer sich der Regierung anschloß, auch für jene einstehen mußte. Latour's Ansehen und Einfluß kam daher vorzugsweise den neuen Einrichtungen zu Gute; welche Gesinnungen er auch als General hegen mochte, als Kriegsminister konnte er nur den constitutionellen Grundsätzen des Cabinets sich anschließen. In der Wiener Presse ließ jedoch der Aerger, daß ein hochadelicher Kriegsminister den bürgerlichen verdrängt habe, jeden anderen Gedanken zurücktreten. Von diesem Gesichtspunkte allein faßte auch die große Masse Latour's Eintritt in das Ministerium auf, und da Ficquelmont als der Urheber der Maßregel galt, so einigte man sich rasch zu einer Demonstration gegen den letzteren.

Bereits am Abend des zweiten Mai hatten sich Volkshaufen vor Ficquelmont's Wohnung zusammengerottet und in der üblichen Weise durch Pfeifen, Trommeln, durch virtuose Nachahmung von Thierstimmen ihre politische Meinung kundgegeben. Da der Minister dieselbe nicht gleich verstand, so kehrte der Haufen verstärkt am nächsten Abende wieder. Auch die Nationalgarde und die Studentenlegion nahm Theil an dem Tumulte. „Man habe nichts Schlechtes im Sinne, Excesse würden gewiß nicht vorfallen, Bürger und Volk wollen nur den Rücktritt des Ministers, weil er das Vaterland verrathen,“ sagten sie zu ihrer Rechtfertigung. Rohe Gesellen erbrachen seine Privatwohnung, bedrohten die arme alte Gattin des Ministers, spähten Ficquelmont in der Staatskanzlei aus und setzten ihm mit groben Redensarten so lange zu, bis er müde und erschöpft um zwei Uhr Morgens seine Resignation in die Hände der „Volksgesandten“ niederlegte. Die Nationalgarde rührte sich während der ganzen Dauer dieser Schandscenen nicht. Zu ihrer Entschuldigung muß man anführen, daß ihr Anführer, der ebenfalls längst mißliebige Graf Hoyos, wenige Stunden vorher auf sein Amt resignirt hatte. Ob sie aber auch ohne diesen Zwischenfall den Dienst nicht ver-

weigert, steht dahin, da Nationalgarden in großer Zahl unter den Tumultuanten erblickt wurden. Noch schimpflicher erschien die Unthätigkeit der übrigen Cabinetsmitglieder, welche ihren Präsidenten nicht allein schutzlos ließen, sondern sich auch bereit fanden, nach dem Gewaltacte ihr Amt ruhig weiter zu führen. Dem Minister des Innern vor allem wurde die vollkommen passive Haltung sehr verargt, sogar als Heimtücke, um einen unbequemen Nebenbuhler los zu werden, gedeutet. Man kennt Pillersdorff schlecht, wenn man ihm Machtgelüste zuschreibt. Hatte er ja doch schon am 19. April seinen Rücktritt, da seine geschwächte Gesundheit den politischen und moralischen Stürmen nicht gewachsen sei, angekündigt, und nur, weil sich kein passender Nachfolger fand, zur Fortführung des Amtes sich bereit erklärt. Pillersdorff ging von der Ansicht aus, daß die Erhaltung der öffentlichen Ruhe augenblicklich die wichtigste Aufgabe der Regierung bilde, diese jedes Opfer bringen müsse, um nur den Ausbruch eines politischen Sturmes zu vermeiden. Sein Regierungsprogramm ließ sich in dem einzigen Satze zusammenfassen: die Regierung ist zu schwach, um im politischen Kampfe den Sieg erringen zu können, sie muß daher den Kampf gar nicht beginnen. Selbst die Mißhandlung eines Ministers durch den Pöbel konnte ihn zur Aenderung seiner Grundsätze nicht bewegen. Das Höchste, wozu er sich aufraffte, war eine väterliche Ansprache an die „getreuen Wiener" über die Nothwendigkeit, „das Haus des Bürgers und sein Familienleben als ein unantastbares Heiligthum zu bewahren und zu schützen." Und als Wiener Zeitungen den Vorgang am 3. Mai in folgender Weise meldeten: „Die Studenten haben den Grafen Ficquelmont in der anständigsten Form um die Niederlegung seines Amtes ersucht," hatte er für diesen Hohn kein Wort der Erwiderung bereit.

Die Folgen dieser demüthigenden Rolle des Ministeriums blieben nicht aus. Da dieses nicht regieren wollte oder konnte, so übernahmen die Vereine und sogenannten Volksmänner, insbesondere aber die Studenten ihre Aufgabe. An die Stelle der lärmenden Aulaversammlungen, wo Hunderte von Jünglingen sich als Executivorgane geberdeten, war später ein Studentenausschuß getreten. Die äußere Ordnung wurde bei den Berathungen des letzteren wohl besser gewahrt, eine um so größere Gefahr drohte aber dem Regierungsorganismus. Daß der bunt zusammengewürfelte große Studentenhaufen den Magistrat nicht ersetzen, Polizei und Justiz nicht spielen könne, wäre bald auch dem feurigsten Aulafreunde klar geworden, der Studentenausschuß, aus wenigen Mitgliedern bestehend und mit einer praktischen Geschäftsordnung zur Seite, eignete sich dagegen vortrefflich, die Stelle einer Executivbehörde zu vertreten, und gewann auch in der That rasch eine große Popularität. Selbst eheliche Zwiste zu schlichten erklärte ihn die untere Volksmasse für das competente Amt. Von der Einmischung in so viele Verhältnisse, von der Führung der

Localpolizei bis zur Entfaltung einer ausgedehnten politischen Wirksamkeit war kein weiter Weg, der im Laufe weniger Wochen unmerklich zurückgelegt wurde. Aehnlich wie die Studenten hatten auch die einzelnen Abtheilungen der Nationalgarde sich eine festere Organisation gegeben, Verwaltungsräthe und Ausschüsse gewählt, zunächst um die Disciplin aufrecht zu halten; allmälich mischte sich aber auch hier die Lust zu politischer Agitation ein.

So lange diese verschiedenen „Comité's“ vereinzelt blieben, erschienen sie dem Ministerium wohl unbequem, aber nicht furchtbar; sobald sie aber in Zusammenhang traten, mußte nothwendig eine scharfe Collision erfolgen. Die Vereinigung erfolgte in den ersten Maitagen. Ob der Instinct die mannichfachen Körperschaften sich einander zu nähern hieß, oder ob Studenten, Arbeiter, Nationalgarden äußeren Einflüsterungen folgten, kann vorläufig nicht entschieden werden. Zahlreiche Stimmen haben in späteren Jahren, als nicht etwa die vernünftige Ordnung wiederkehrte, sondern als die gewaltthätige Revolution durch eine nicht minder brutale Reaction in der Herrschaft abgelöst wurde, wie die Ereignisse des Jahres 1848 überhaupt, so auch Alles, was in Wien vorfiel, fremden Aufwieglern, Emissären, Verschwörern von Profession als Schuld angerechnet. Man kann Feuerwerke arrangiren, aber den Donner und Blitz am Himmel kann man nicht nach Belieben her- und wegzaubern; man kann einen Putsch, einen Straßenauflauf verabreden, aber eine Revolution, welche den halben Welttheil umfaßt und plötzlich auch die kräftigsten Staatsordnungen entwurzelt, nicht willkürlich schaffen. Das Räthsel, daß eine durch ihre Loyalität, ihre politische Unschuld berühmte Stadt auf einmal dem schrankenlosen Radicalismus huldigte, ist nicht schwer zu lösen. Hätte die Wiener Bevölkerung sich politischer Erfahrenheit erfreut, so würde sie sich feste Ziele gesteckt, nicht in der bloßen Ungebundenheit das politische Ideal erblickt, nicht Knaben das große Wort in allen öffentlichen Angelegenheiten zu führen gestattet haben. Der Wiener Radicalismus war aber so unreif und offenbarte den gleichen kindischen Geist, wie die frühere Eipeldauer'sche Loyalität. Ein neuer Götze war aufgestellt worden, die Cultusform blieb die alte. Nicht unwahrscheinlich ist allein die oft behauptete Betheiligung der Polen an den Wiener Maiereignissen. Polnische Deputationen hielten sich seit den letzten Märztagen in Wien auf, polnische Patrioten hatten die Sympathien der Aula zu wecken verstanden, Polen besaßen vorzugsweise das Interesse, die österreichische Centralregierung zu schwächen, die Verwirrung in Wien zu steigern.

Alle österreichischen Provinzen durften von den goldenen Früchten der Revolution genießen, allen Nationalitäten winkte der Tag der Auferstehung: nur Galizien hatte sich kein Sonderrecht erobert, nur für die Polen war das Ende der babylonischen Gefangenschaft noch nicht gekommen.

Ohne Widerstandskraft gegenüber den Volksbewegungen in allen Ländern, gezwungen durch fortwährende Zugeständnisse sich von den Demokraten Duldung zu erkaufen, bewahrte die Regierung auch in der Periode ihrer tiefsten Erniedrigung in Galizien volle Macht. Die Agitation, welche in den Märztagen durch die bedenkliche Haltung der Bauern in Stocken gerathen war, kam einige Wochen später, durch heimgekehrte Emigranten angeregt, wieder in vollen Gang. Seit der Mitte des Monates April mehrten sich die Zuzüge der Emigranten in auffälliger Weise. Daß dieselben zur Heimkehr nur durch die Sehnsucht nach idyllischem Leben bewogen würden, wollten die Behörden nicht glauben. Die Vorgänge in Posen, das naive Verlangen der Emigranten, von der Wiener Aula natürlich unterstützt, militärisch organisirt zu werden, und endlich der schwunghafte Handel mit Sensen und anderen Nationalwaffen warfen auf die Friedensliebe der Polen ein seltsames Licht. Am 25. April ermannte sich das Krakauer Kreisamt zu dem Befehle, alle nicht zuständigen Emigranten an der Grenze zurückzuweisen. Noch an demselben Tage wurde die Maßregel vollzogen und an der Einbruchsstation Szczakowa fünfzig fremdgeborenen Emigranten der Eintritt in das Krakauer Gebiet verweigert. Der Bürgerausschuß, eine improvisirte Behörde, verlangte augenblicklich von dem Kreishauptmann Baron Krieg die Zurücknahme des Befehles, und da er nicht gutwillig der Forderung entsprach, so bedrohten und insultirten die Patrioten den armen Mann so lange, bis er sich der Gewalt fügte und den verlangten Widerruf leistete. Thörichter Weise schleppten sie ihn als Geißel mit sich fort. Dadurch überlieferten sie alle Macht in die Hände des commandirenden Generals. Der Widerruf des Kreishauptmanns wurde als erpreßt für ungiltig erklärt und (26. April) die Aufhebung der Waffendepots angeordnet. Das Volk widersetzte sich, griff die Militärescorte, welche die erbeuteten Waffen nach dem Castelle bringen sollte, gewaltthätig an und begann Barrikaden zu errichten. Der Kampf in den Straßen, an welchem auch Frauen und Mönche Theil nahmen, wogte ungewiß hin und her; als aber vom Castelle aus Bomben in die Stadt geworfen wurden, das Landvolk trotz aller Sturmglocken nicht zur Hilfe herbeieilte, gaben die Insurgenten ihre Sache verloren. Schon am Abend des 26. April capitulirte die Stadt; die Waffen wurden ausgeliefert, die Emigranten ausgewiesen, Krakau dem Kriegsgesetze unterworfen und — seitdem die Ruhe ununterbrochen erhalten.

Zur selben Zeit, ja an demselben Tage erlitt die polnische Agitation auch in Lemberg eine entscheidende Niederlage. Das Ziel der Bewegung war das gleiche wie in Krakau, der unmittelbare Gegenstand der Angriffe aber der Gouverneur Graf Franz Stadion, dessen Energie centnerschwer auf den Gemüthern der polnischen Patrioten lastete, dessen Entfernung die österreichische Partei wehrlos gemacht hätte. Die Behörden, insbe-

sondere die durch ihre Thätigkeit während des Aufstandes 1846 traurig berühmten Kreisämter trugen begreiflicher Weise nach den Märztagen den Kopf nicht aufrecht, waren leicht geneigt, die Zügel schlaff zu halten, um durch Unthätigkeit ihre Gegner zu besänftigen. Stadion war es, der ihnen Muth einsprach, den sicheren Weg, um allen Gefahren zu entgehen, zeigte, der ihnen eine feste Richtschnur gab, wie sie die Bundesgenossenschaft der Bauern sich erhalten, dagegen die Zudringlichkeit der Comité's, die Einmischung improvisirter Volksbehörden abwehren könnten. Allen Bitten um Bewilligung der Nationalgarde in den Städten setzte er ein entschiedenes Nein entgegen, dagegen ließ er das flache Land von mobilen Colonnen durchstreifen, die jeden Versuch einer Centralisation der revolutionären Kräfte hemmten. Vergebens denuncirten ihn polnische Deputationen in Wien, vergebens suchten sie seinen Einfluß zu schwächen, indem sie seine vertraulichen Rescripte an die Kreisämter in den Zeitungen veröffentlichten. Stadion blieb unbeugsam. Die Lemberger rada narodova (Volksrath) nahm endlich zur unmittelbaren Einschüchterung des Mannes ihre Zuflucht. Nachdem eine Petition an den Kaiser (6. April) ohne Erfolg geblieben war, wandte sie sich (23. April) an den Gouverneur selbst. „Der Unfug der Regierungsorgane könne nicht länger geduldet, nicht länger vom Volke zugesehen werden, wie die Büreaukratie alle Bande der socialen Ordnung auflöse." Kategorisch forderte die rada narodova die Absetzung aller Beamten, welche die Bauern aufwiegeln, oder als Aufwiegler von der (polnischen) Presse bezeichnet werden, Auflösung des Gensdarmeriecorps, Befreiung der Ortsrichter von dem geheimen Eide, welchen sie angeblich seit 1846 der Regierung leisten, und Vornahme aller Amtshandlungen in Gegenwart von Mitgliedern des Nationalcomité's. Für den Vollzug dieser „Volkswünsche" machte sie Stadion persönlich verantwortlich. Derselbe antwortete, indem er am 26. April das Local der rada narodova schließen, ihre Papiere in Beschlag nehmen ließ und ihre ferneren Versammlungen verbot. Stadion begnügte sich nicht mit diesen Repressivmaßregeln. Er verfügte (17. April) die Aufhebung der Robot und die Entschädigung der Gutsbesitzer durch den Staat, d. h. er nahm den Polen das einzig wirksame Lockmittel, die Bauern zu gewinnen, aus den Händen und machte den meistens zur polnischen Agitationspartei gehörigen Adel von dem guten Willen der Regierung abhängig; er begünstigte außerdem die Ruthenen, regte eine ruthenische Petition (19. April) an den Kaiser an, welche die Gleichberechtigung der ruthenischen und polnischen Nation, des griechischen und katholischen Klerus verlangte, d. h. er setzte einer nationalen Bewegung eine andere nationale entgegen, und brachte die österreichische Regierung in die günstige Lage, als Schiedsrichter zwischen beiden aufzutreten.

Kein Wunder, daß die Polen, in Galizien aus dem Felde geschlagen,

in Wien ihr Heil versuchten, und nachdem sie die Provinzialregierung nicht stürzen konnten, das Ministerium in Wien zu Falle bringen wollten. So wahrscheinlich es aber auch klingt, daß bei den Maiereignissen in Wien polnische Agitatoren mit thätig waren, auf polnische Einflüsse ausschließlich jene zurückzuführen, ist dennoch unstatthaft. Locale Ursachen halfen den politischen Sturm anfachen, die Stimmung in den unteren Kreisen trieb von selbst zu leidenschaftlichen Ausbrüchen. Nach Ficquelmont's Rücktritt trat eine Ministerkrisis ein. Unter den verschiedenen Namen, welche als Candidaten für die einzelnen Portefeuilles auftauchten: Wessenberg, Colloredo, K. Schwarzenberg, Andrian, Bach, Exner u. s. w., fesselte ein einziger das Ohr das Wiener Bevölkerung. Mit dem Patriarchen der Czechen, mit Palazky hatte das Ministerium Verhandlungen eröffnet, dem Slawenführer das Portefeuille des Unterrichtes angeboten. Sein Absagebrief an den Fünfzigerausschuß war erst wenige Wochen alt, die Sprödigkeit der Czechen gegen die Parlamentswahlen, Palazky's Einflusse zugeschrieben, bildete noch täglich den Gegenstand des Zeitungskrieges. Das Organ der Czechen, der böhmische Nationalausschuß, hatte über die „zunehmende Pöbelherrschaft in Wien" offen (8. Mai) Klage geführt und mit der Uebersiedelung des Kaisers nach Prag gedroht, und nun sollte der Mann, der alle diese Bestrebungen genährt und unterstützt, in das Cabinet treten? Der Abfall der Regierung vom Deutschthum, oder was dasselbe hieß, von der Freiheit, stand bevor. Die Gefahr der Reaction wurde aller Orten gepredigt, zu einer energischen politischen Thätigkeit aufgefordert. War einmal ein deutschfeindliches Ministerium gebildet, so hörte auch die Möglichkeit, sich mit demselben auf friedlichem Wege zu verständigen, auf. Jetzt, so lange noch Pillersdorff regierte, der jedem guten Rathe sich zugänglich bewiesen, die Jesuiten und Redemptoristen aufgehoben, in der Nachgiebigkeit gegen die Volkswünsche die Stärke des Ministeriums erkannt hatte, mußte Alles durchgesetzt werden, was den Freunden der Freiheit am Herzen lag. An solchen Wünschen fehlte es bei dem langsamen Wesen der Regierung nicht. Ein liberales Wahlgesetz konnte viele Mängel der Constitution vergessen machen; ein Ministerium „des Ackerbaues, des Handels und der Gewerbe" erschien dringend nothwendig; die Arbeitslosen bei öffentlichen Bauten zu beschäftigen, war eine heilige Pflicht des Staates; ersprießlich fand man es endlich, daß sich die Regierung „täglich mit dem Publicum offen und vertraulich über die Tagesereignisse und über ihre eigenen Ansichten bespreche." Der Studentenausschuß beschloß, alle diese Wünsche Pillersdorff vorzulegen. Die Ausschüsse der Nationalgarde unterstützten diesen Plan und überreichten (6. Mai) dem Ministerium eine ausführliche Petition. Die Aufnahme derselben war nicht unfreundlich. Pillersdorff dankte den „achtungswürdigen Körperschaften" für ihre wohlgemeinten Vorschläge, erklärte die Mehrzahl derselben (das Wahlgesetz,

die Ministerien des Handels und der öffentlichen Arbeiten, welche Doblhoff und Baumgartner übertragen wurden) erledigt, erging sich in Auseinandersetzungen, daß er auch gegen die Provinzen Rücksichten üben müsse, und bat schließlich um Ruhe. „Der Arm der Regierung erhält nur durch das Zusammenwirken der guten Bürger Stärke; die Lähmung seiner Kraft wirkt störend auf alle Theile des Staatskörpers zurück."

Die Studenten und Kleinbürger fanden die Weisheit dieses Satzes so groß, daß sie derselben auch in ihren Kreisen nachzuleben sich vornahmen. Sie waren von ihrem Rechte, in allen politischen Angelegenheiten mitzusprechen, von ihrem Urtheile die Entscheidung abhängig zu machen, überzeugt, sie konnten aber auch, so lange die Stimmen der liberalen Körperschaften nur vereinzelt laut wurden, nicht erwarten, daß denselben die gebührende Achtung gezollt werde. Wie viel geringer waren die Ansprüche des böhmischen Nationalausschusses, gehört zu werden, und dennoch entfaltete derselbe eine größere Macht, als der Wiener Studentenausschuß und die verschiedenen Specialcomité's der Hauptstadt. Der böhmische Nationalausschuß verdankt seine hervorragende Stellung dem Umstande, daß in ihm alle Elemente der Actionspartei vertreten waren. In ähnlicher Weise mußten die Studenten und Bürger Wiens durch Vereinigung ihr Gewicht zu stärken suchen. Ansätze zu einem Centralorgane der öffentlichen Meinung, welches sowohl die stets gefürchteten Arbeiter beruhigen, wie die Regierung überwachen sollte, zählte man seit den Märztagen mehrere; doch erst in den ersten Maitagen kam es darüber zwischen Studenten und der Nationalgarde, den vielgepriesenen Pfeilern der Freiheit, zu voller Verständigung. Vertreter des Studentenausschusses und Abgeordnete der Nationalgarde — je einer auf eine Compagnie — traten am 13. Mai zu einem politischen Centralcomité zusammen.

Alle Mitglieder schwärmten für die große Aufgabe des Comité's: die Rechte des Volkes zu schirmen, die Herrschaft der Verfassung zu befestigen. Diese große Aufgabe ersetzte aber den Mangel einer Agenda nicht, und weil es dem Centralcomité an einem natürlichen Thätigkeitskreise fehlte, so warf es sich auf eine grübelnde, flach raisonnirende Politik. Es zog die galizischen Wirren vor seinen Gerichtsstuhl, es hörte Plaudereien über Finanzen an, erließ ein Tadelsvotum gegen die mährischen Stände und erging sich in einer Kritik des Senates und des endlich publicirten, aber wenig befriedigenden Wahlgesetzes. Ton und Haltung der im Centralcomité gangbaren Debatten erschienen dem Ministerium an sich bereits bedenklich; die größere Gefahr lag aber in der unabwendbaren Verwilderung der Nationalgarde, wenn dieselbe fortan in die politischen Parteiungen gezogen und als eine halb richterliche, halb administrative Behörde anerkannt würde. Im Schoße der Nationalgarde selbst herrschte über ihr Recht, an politischen Berathungen Theil zu

nehmen, keineswegs Einmüthigkeit. Der Wegfall mannichfacher Nahrungsquellen, der Verlust der adelichen Kundschaft, das Aufhören des altgewohnten Genußlebens erregte in einzelnen bürgerlichen Kreisen denn doch Kopfschütteln und dämpfte den Freiheitsenthusiasmus. Zum erstenmale seit den Märztagen entdeckten Kaufleute und Handwerker, man könne auch die demokratischen Bestrebungen übertreiben, und ließen den Ruf nach Ruhe und Ordnung wieder laut werden. Um so mehr war das Ministerium verpflichtet, dem Wirken des Centralcomité's, das in die Reihen der Nationalgarde Zwiespalt brachte, ein Ende zu machen. Ein Tagesbefehl (13. Mai) des Commandanten Grafen Hoyos — er hatte seine Resignation am 7. Mai wieder zurückgenommen — erklärte das Centralcomité mit dem Wesen der Nationalgarde für unvereinbar, da diese weder als Gesammtkörper noch durch Repräsentanten politische Functionen ausüben könne. Natürlich stieß der Tagesbefehl auf großen Widerstand. Deputationen wurden zu Pillersdorff gesendet, um ihn zur Anerkennung des Centralcomité's zu bewegen. Seine Weigerung, welche er durch den Hinweis auf das französische Gesetz über Nationalgarden und das englische Milizenstatut stützte, erhitzte das Blut noch mehr und reizte namentlich die Studenten zu leidenschaftlichen Aeußerungen.

Grimmige Worte fielen in der Aulaversammlung am 14. Mai; so nahe erschien der Ausbruch eines Aufstandes, daß noch am späten Abend Alarm geschlagen, die Nationalgarde versammelt und Thore und Glacis von Linienmilitär besetzt wurden. Nach mehrstündigem Warten und erfolglosem Aufsuchen des Feindes ging die bewaffnete Macht wieder auseinander. Die Studenten und die angeblich mit ihnen verbündeten Arbeiter waren an diesem Tage nur tapfer — in Worten. Der Schrecken, den die Aulaversammlung verbreitet, schmeichelte aber ihrer Eitelkeit; sie machten überdies die Entdeckung, daß das ausgerückte Militär in seinen Bewegungen unsicher war und seine Befehlshaber keine Kampfeslust offenbarten. Uebermüthig geworden, setzten sie am folgenden Tage die Demonstration fort. Seit dem Morgen strömten die Massen in die Aula, ein Redner folgte dem andern, jeder folgende glaubte den vorangegangenen an fieberhafter Heftigkeit übertreffen zu müssen. Bezeichnend für den Zustand der Geister war es, daß nicht die Glocke des Präsidenten, sondern eine Trommel zur Aufrechterhaltung der Ordnung verwendet wurde. „Illegalität, schrie ein Student, werfe man dem Centralcomité vor? Ist nicht Alles, was seit dem 13. März geschah, illegal, sind nicht die Minister illegal? In einem constitutionellen Staate ernennt der Kaiser die Minister nach dem Wunsche der Volksmehrheit. Die Majorität des Volkes ist aber gegen die gegenwärtigen Minister.“ Ein anderer Redner wollte nur aus dem Grunde nicht auf die Abdankung der Minister dringen, weil „Oesterreich so impotent ist, daß wir sicher keine tüchtigeren

und freisinnigeren Männer finden würden." Eine Fülle von Anträgen tauchten auf, Beschlüsse wurden keine gefaßt.

Vielleicht wäre der Tag wieder ohne ein ernstes Resultat vorübergegangen, die Redner, heiser geworden, hätten Heilung ihrer angegriffenen Stimme gesucht, die neugierige Menge sich verlaufen. Da wirbelte wieder die Alarmtrommel. Das Linienmilitär stellt sich abermals vor den Thoren auf; die Nationalgarde und die Legion sammeln sich und marschiren instinctmäßig gegen die Burg, ihnen nach die Masse des Volkes, so daß am Abende der Burgplatz, die Höfe, ja selbst Treppen und Vorgemächer der Burg mit Menschen angefüllt sind. Kein fester Plan, keine bestimmte Verabredung lag dieser Demonstration zu Grunde, auch auf einen ernsten Kampf war man, wie die vielen geputzten Weiber auf den Straßen, zwischen den Garden zeigen, nicht vorbereitet. Die Wirkung war nichtsdestoweniger verhängnißvoll, der Ausgang der vergnügten Promenade eine neue Revolution. Der lärmende Apparat eines Volksaufzuges, das breite Gerüste einer Sturmpetition sollte nicht nutzlos errichtet worden sein. Das Aufgebot der bewaffneten Macht diente dem entgegengesetzten Zwecke. Bestimmt, die Leidenschaften in Schranken zu halten, entfesselte es dieselben. Um 7 Uhr Abends machte sich eine Deputation, die sich selbst das Mandat gegeben hatte, auf den Weg zu Pillersdorff und zog, da sie ihn im Ministerialgebäude nicht fand, in die Burg, wo eine Cabinetsberathung stattfand. Die Minister wollten von einer Zurücknahme des Tagesbefehles, von einer Bestätigung des Centralcomité's, von der Anerkennung der Nationalgarde als einer politischen Körperschaft nichts hören, boten dagegen ihre Entlassung gleichsam zur Sühne an. Die Deputirten wichen nicht. Waren die Minister bereits so sehr entmuthigt, daß sie abdanken wollten, gaben sie selbst ihre Unfähigkeit zum kräftigen Widerstande zu und hielten sich blos durch ihre Ehre an die früheren Beschlüsse gebunden, so ließ sich schon bei zähem Beharren an den gestellten Forderungen ihre endliche Nachgiebigkeit hoffen. Ein Ausweg blieb noch immer offen, daß sie ihre Ehre opferten, um den Staat und die Dynastie zu retten.

Jede Minute verbesserte die Aussichten der Deputation, verschlimmerte die Lage der Regierung. Von außen kamen bedenkliche Nachrichten über die Stimmung der Arbeiter. Man wollte dieselben mit Schaufeln und Hacken bewaffnet zwischen den Reihen der Nationalgarde und Studentenlegion erblickt haben; ja in der Brigittenau zählte man sie angeblich zu Tausenden, fest entschlossen, ihren „Brüdern in der Aula" zu Hilfe zu kommen, und nur mit Mühe von dem Präses des Arbeitercomité's, Montecuccoli, und dem sonst beliebten Doctor Fischhof von dem Einmarsche in die Stadt zurückgehalten. Alle Studenten hatten scharf geladen. Das klang zwar nicht wahrscheinlich, da die Studenten schwerlich mit Gedanken des Selbstmordes umgingen; nichtsdestoweniger wurde es

geglaubt. In der Zwischenzeit prüften die Minister ihre Hilfsmittel und entdeckten, daß sie keine besaßen. Der Kriegsminister, Graf Latour, hatte mit eiserner Consequenz, was er an Mannschaften auftreiben konnte, zur italienischen Armee gesendet. Unbeirrt durch die Tagesmeinung beharrte er bei seiner Ueberzeugung, daß das Schicksal Oesterreichs auf der lombardischen Ebene entschieden werde. Die Existenz Oesterreichs ist abhängig von der Macht, welche es nach außen übt. Ist der Glaube an die letztere gewichen, kann Oesterreich seinen Gegner in Italien nicht überwinden, so bricht es in sich zusammen. Eine Niederlage des österreichischen Heeres hätte nicht den opfermuthigen Patriotismus der verschiedenen österreichischen Stämme entzündet, sondern, wie die Stimmung lag, ihre Sondergelüste genährt und zur Ablösung vom Reiche aufgemuntert. Die Armee zu stärken, gegen die Wechselfälle des Kampfes zu sichern, sah Latour nicht allein als die Pflicht des Kriegsministers, sondern auch als die höchste Aufgabe des österreichischen Staatsmannes an. Durch seine unermüdliche Thätigkeit gab er Radetzky die Mittel zum Siege in die Hand und rettete Oesterreich; augenblicklich jedoch brachte er die Regierung in große Verlegenheit. Wien war von Truppen entblößt, die Garnison bei weitem nicht zahlreich genug, um den Kampf mit der Masse erfolgreich aufzunehmen, und was das Schlimmste war, nicht in allen ihren Gliedern zuverlässig. Latour selbst berichtete im Ministerrathe, ein — magyarisches — Grenadierbataillon verlange nach Ungarn zurückgesendet zu werden, ein anderes habe sich einer Disciplinarstrafe widersetzt.

Da die militärischen Kräfte nicht ausreichten, die Nationalgarde auch nicht aufgeboten werden konnte, die Volksmasse überdies die Burgräume bereits besetzt hielt, so mußte das Ministerium nothwendig capituliren. Unterdessen hatte sich aber das Programm der Deputation erweitert. Während sie bisher nur für die Anerkennung des Centralcomité's das Wort ergriffen hatte, forderte sie jetzt auch die Aenderung des Wahlgesetzes, Abschaffung des Census und des Senates. Bei längerem Verweilen in der Burg würde sie gewiß auch directe Wahlen als ein dringendes Bedürfniß behauptet haben. Gerade dieses stückweise Fordern beweist den Mangel an planmäßiger Vorbereitung und fester Leitung der Agitation. Sobald ein Schlagwort die Reihen durchflog, wurde es zum Range eines Volkswunsches erhoben, jeder neue Wunsch drückte die früheren zurück, um seinerseits wieder von einem noch neueren und darum besseren verdrängt zu werden. Einmal auf der Bahn der Zugeständnisse, ging das Ministerium bis zur äußersten Grenze. Es erklärte sich auf der Stelle bereit, das Centralcomité anzuerkennen, bat sich nur in Bezug auf die verlangte Aenderung des Wahlgesetzes eine Frist zum nächsten Tage aus, nicht um darüber erst einen Beschluß zu fassen, sondern um die Form des Manifestes ruhig feststellen zu können. Die Studenten

und das hinter ihnen stehende Volk wollten aber von einer längeren Zögerung nichts wissen, sie verlangten Alles, verlangten Alles jetzt bewilligt und gewährten dem Ministerium nur so viel Zeit, um die Unterschrift des Kaisers zu holen.

Der Gang Pillersdorff's in das kaiserliche Cabinet war kurz, nur wenige Schritte vom Berathungszimmer der Minister entfernt, doch für den durch Krankheit und große geistige Anspannung geschwächten Mann unendlich schwer. Die Hofdiener überhäuften ihn mit Vorwürfen, „wie lange er es noch dulden werde, daß der Monarch und die Dynastie in Wien dem Verderben preisgegeben werde," nannten ihn einen „schlechten Rath" und stellten ihn mit den Aufwieglern beinahe auf die gleiche Linie. Er sah den mühsam zurückgehaltenen Grimm der Männer, die fieberhafte Angst der weiblichen Hofumgebung, er hörte, wie der Bruder des Kaisers angefleht wurde, wenigstens seine Person und mit ihr das Ansehen der Dynastie zu retten und Wien zu verlassen. Wie aber die augenblicklich drohende Gefahr abgewendet werden könne, wußte Niemand Pillersdorff zu sagen, dagegen mahnten ihn Latour und Doblhoff, die dem Ministerium gewährte Frist sei nahezu abgelaufen, ohne Zögern die Unterschrift des Kaisers zu holen. Sie wurde ohne Widerstreben ertheilt. Gegen Mitternacht verlor sich die befriedigte Menge. Auch Pillersdorff kehrte in seine Wohnung zurück, von einem Schwarm zudringlicher Clienten begleitet. Die Einen hielten seine politische Erziehung noch nicht für vollendet und gaben ihm, wie z. B. der Sprachlehrer Tausenau, auf dem Wege von der Burg zum Trattnerhof Unterricht im Verfassungswesen. Er entledigte sich ihrer nur dadurch, daß er bei der Wichtigkeit des Gegenstandes sich die Fortsetzung der Discussion auf den nächsten Tag ausbat. Die Anderen, mißtrauisch, wichen nicht von seiner Seite, als bis sie die Zugeständnisse der Regierung schwarz auf weiß in der Hand hielten, und verließen nur den Minister, um die Staatsdruckerei in der Singerstraße zu belagern und den Druck des kaiserlichen Manifestes abzuwarten. Um 2 Uhr Nachts war er beendigt, am frühen Morgen des 16. Mai lasen die Wiener die Errungenschaften des vorigen Tages und überzeugten sich, daß sie eine zweite Revolution feiern durften. „Zur Beruhigung der Aufregung und zur Verhütung gewaltsamer Ruhestörungen, hieß es in der kaiserlichen Proclamation, wurde vom Ministerrathe die Zurücknahme des Tagesbefehles vom 13. Mai, sowie die Gewährung der weiteren Bitte: daß die Stadtthor- und die Burgwache gemeinschaftlich von der Nationalgarde und dem Militär besetzt, das letztere stets nur auf Verlangen der Nationalgarde aufgeboten werden solle, beschlossen. Diesen Beschlüssen fügen Wir noch, um alle übrigen Anlässe zu Mißvergnügen und Aufregung zu beseitigen, bei, daß die Verfassung vom 25. April vorläufig der Berathung des Reichstages unterzogen werden soll. Damit die Feststellung der Verfassung durch die

constituirende Reichsversammlung auf die zuverlässigste Weise bewirkt werde, beschließen wir ferner, für den ersten Reichstag nur eine Kammer wählen zu lassen, wonach also für die Wahlen gar kein Census bestehen und jeder Zweifel einer unvollkommenen Volksvertretung entfallen wird." Am Abende brachte die Wiener Zeitung die Nachricht von dem Rücktritte des Ministeriums. Dasselbe habe, für die Sicherheit des Thrones und die Einheit der Monarchie bedacht, dem Kaiser zu dem neuen Patente eingerathen und lehne auch die Verantwortlichkeit dafür nicht ab, fühle sich aber nicht im Stande, noch ferner der Krone eine Stütze zu bieten. Auf den Wunsch des Kaisers werde es bis zur Bildung eines neuen Ministerrathes die Geschäfte interimistisch fortführen.

Die Bevölkerung Wiens bewies, daß dem Siege nicht nothwendig der Triumph nachfolgen müsse. Sie hatte sich als die stärkere Macht geoffenbaret, einen vollständigen Sieg über die Regierung errungen, zeigte aber trotzdem so niedergeschlagene Mienen, als hätte sie eine Niederlage erlitten. Auch das Centralcomité, obwohl nun officiell anerkannt, wußte noch weniger als vorher, was es zu beginnen, worüber zu berathen habe. Die Arbeiterfrage, an deren Lösung Louis Blanc und der Ouvrier Albert gescheitert, zu erörtern, wie Dercsenyi, ein malcontenter alter Hofrath, (17. Mai) vorschlug, wagte es nicht; dem Ministerium Pillersdorff ein Vertrauensvotum zu decretiren, wie ein anderes Mitglied empfahl, dazu besaß es doch zu viel Schamgefühl. Die Unentbehrlichkeit Pillersdorff's wurde zwar zugegeben: „Er unterschreibt täglich an 150 Actenstücke; nur seine vieljährige Praxis läßt ihn die Last seines Amtes bewältigen." Man beschloß eine Petition an den Kaiser, er möge die Dimission des Ministeriums nicht annehmen; wies aber den Antrag auf Auflösung des Centralcomité's, welchen der eigene Präsident vertheidigte, zurück, nachdem die Versammlung eine feierliche Verwahrung gegen das Gerücht eingelegt, die Demonstration am Tage vorher sei vom Centralcomité ausgegangen. „Unberufene haben mit dem Namen desselben Mißbrauch getrieben; überhaupt sei es beklagenswerth, daß die Zugeständnisse mit den Waffen in der Hand abgepreßt und dadurch auf das Wiener Volk der Schein geworfen wurde, als terrorisire es die Regierung."

Einen noch viel stärkeren Rückschlag der Stimmung bemerkte man in den folgenden Tagen. Am 17. Mai unternahm der kaiserliche Hof eine Spazierfahrt nach Schönbrunn. Dort angelangt, wurde, ohne daß man irgendwelche Vorbereitungen getroffen hatte, zum größten Erstaunen der Dienerschaft der Befehl zum Weiterfahren gegeben, die Straße nach S. Pölten und Enns eingeschlagen. Ein Kämmerer erhielt den Auftrag, die Entfernung der kaiserlichen Familie dem Kriegsminister zu melden: „der Kaiser habe sich aus Rücksicht für seine Gesundheit zu einer Reise in die Gebirge Tirols entschlossen, und die Familie wolle ihn nicht allein lassen." So rasch folgten Plan und Ausführung auf einander, daß es

den Flüchtlingen an den gewöhnlichsten Bequemlichkeiten gebrach und namentlich die jüngeren Erzherzoge ohne alle Begleitung geblieben wären, wenn nicht im letzten Augenblicke ihr Ajo, Graf Bombelles, sich der Fahrt angeschlossen hätte. Des Kaisers Flucht war keineswegs das Resultat reifer Ueberlegung, von einem staatsmännischen Geiste entworfen, um den Bruch mit der Revolution einzuleiten, sondern die Frucht einer fieberhaften Angst, welche die kaiserliche Familie für ihre Sicherheit hegte. Es war ihr bekannt geworden, daß die Demonstration am 15. Mai aus dem Grunde beeilt wurde, weil der Kaiser noch nicht nach Schönbrunn übergesiedelt war, seine Person — in der Burg — für die Einhaltung eines liberalen Regimentes haftete; sie wußte ferner, daß vom 18. Mai an die Burgwache auch von der Nationalgarde besetzt werden solle, und fürchtete, diese Maßregel bedeute eine gelinde Gefangenschaft der kaiserlichen Familie; sie hörte endlich täglich die übertriebensten Gerüchte von der herrschenden Stimmung in Wien, von der steigenden Gefahr für die Dynastie, von der zunehmenden Macht der Demokraten und Republikaner. Das entschied und brachte den Entschluß schleuniger Rettung zur Reife.

Am Morgen des 18. Mai wurde die Flucht des Kaisers bekannt. Die Minister hatten nach ihrer eigenen Erklärung keine Kunde „über die Gründe und näheren Umstände der Reise, welche der Kaiser aus Gesundheitsrücksichten angetreten," erst in später Abendstunde war ihnen die „mündliche" unerwartete Mittheilung zugekommen. Das Ereigniß verblüffte die Minister, es wirkte, gleich einem Gorgonenhaupte, Zauber auf die Masse der Bevölkerung. Alle seit Wochen gesperrten Schleusen der Loyalität öffneten sich, der Pariser Affe wich dem echten Wiener Original, der Charakter Wiens als Residenzstadt trat wieder in den Vordergrund. Solche Früchte hatte die Bürgerschaft von der Demonstration am 15. Mai nicht erwartet, einen so verzweifelten Entschluß des Hofes nicht für möglich gehalten. Die Volksstimmung wandelte sich bis zur Unkenntlichkeit um. Prahlte noch gestern der Kleinbürger mit seiner Freiheitsliebe, so kannte er heute nur einen einzigen Wunsch: Ruhe und Ordnung. Alle Welt spielte Polizei; Nationalgarde und Legion patrouillirten Tag und Nacht, um die schändlichen Fürstenfeinde zu entdecken, und als zwei Gesellen, welche sich Schriftsteller nannten, obgleich sie vom deutschen Sprachschatze nur die Schimpfwörter kannten, Häfner und Tuwora, auf den Einfall kamen, die augenblicklich herrschende Verwirrung zu einer republikanischen Agitation zu benutzen, wurden sie von denselben Leuten gemißhandelt, welche wenige Tage vorher ihren radicalen Redensarten zugejauchzt hatten.*) Das Centralcomité erklärte öffentlich, daß es „bei

*) Charakteristisch für die in Wien herrschende Stimmung und ein Zeugniß, wie weit der politische Unverstand bereits reichte, ist ein Artikel der officiellen Wiener Zei-

seinem unerschütterlichen Vertrauen in die Gesinnung des Ministeriums alle Maßregeln desselben unbedingt zu unterstützen bereit sei," und ließ dieser thatsächlichen Auflösung die förmliche bald folgen. Die Einführung von Constablern, die Verschärfung der Fremdenpolizei, die Publication eines Preßgesetzes, die Unterordnung der Nationalgarde unter das Militärcommando, die Androhung des Standrechtes für alle Unruhestifter wurden freudig begrüßt, die Rückkehr des Kaisers um jeden Preis ersehnt. Der Ministerrath hatte zwei Vertrauensmänner, die Grafen Hoyos und Wilczek, der flüchtigen Familie nachgesendet, um sie von ihrem Plane abzubringen. Das genügte aber der Bevölkerung nicht. Alle Corporationen und Stände, alle Vereine, auch die Frauen wählten Deputationen, unterschrieben Petitionen und baten um die Rückkehr des Kaisers.

Von dem Stürmen und Drängen früherer Tage war jede Spur verwischt, mit einer einzigen Ausnahme. Die Ueberschwänglichkeit in den Aeußerungen der Loyalität fand in der Furcht vor dem Staatsbankerott ihr Gegengewicht. Vom Morgen bis zum Abend belagerten Hunderte die Sparcasse und die Nationalbank, die Einen, um ihre Einlagen zurückzuerhalten, die Anderen, um klingende Münze gegen Papiergeld einzutauschen. Politische Gesinnung machte dabei keinen erheblichen Unterschied; auch die Conservativen zitterten für ihr Eigenthum und sahen mit Schrecken den Augenblick kommen, wo sie anstatt Anweisungen auf Bargeld entwerthetes Papier in den Händen hielten. Die Reichen trieb das Mißtrauen, die Armen die Noth zu den Einwechselungscassen, da auch die Scheidemünze selten zu werden begann, die kleinsten Banknoten aber auf fünf Gulden lauteten. Beträge unter dieser Summe konnten auch mit der größten Mühe kaum flüssig gemacht werden. Die Nationalbank bemühte sich, den gegen sie gerichteten Sturm zu beschwichtigen. Sie rechtfertigte (21. Mai) ihr früheres Gebahren. „Noch im Jahre 1847 zeigte die österreichische Nationalbank ein günstigeres Verhältniß zwischen Barschatz und Banknoten als die großen französischen und englischen Institute. Während bei diesen der Münzstand nur den siebenten Theil der umlaufenden Noten deckte, hat er sich hier auf der normalen Proportion 1 : 3 erhalten. Durch fortgesetzte Noteneinziehung (vom 1. October 1847 bis 16. Mai 1848 im Betrage von 46 Millionen, wodurch leider vorzugsweise das Wechselportefeuille, also mittelbar die Industrie und der Handel berührt wurde) war die Bank bemüht, dieses Verhältniß zu bewahren. Schwand auch nach den Märztagen die bare Münze, wurde auch der Bankschatz für die Bedürfnisse der Armee in Italien

tung vom 18. Mai, welcher die Abreise des Kaisers mit der Flucht Ludwig's XVI. vergleicht und mit den Worten schließt: „der letzte Tag des Hierseins S. Majestät würde auch der erste Tag der Republik sein."

bedeutend in Anspruch genommen, so wurde doch auf anderer Seite auch für die Vermehrung des Silberwerthes Sorge getragen. Ein Transport im Werthe von zwei Millionen befindet sich bereits unterwegs; doch wurden alle diese Maßregeln plötzlich durch die unerwarteten Ereignisse der jüngsten Tage paralysirt." Durch diese Erklärung wurde aber der augenblicklichen Noth nicht gesteuert. Die Nationalbank verfügte daher weiter die Vermehrung der Einwechselungscassen, beschränkte aber die einzulösende Summe, um die Agiotage fern zu halten, auf 25 Gulden. Außerdem versprach sie die baldige Emission von Einguldennoten, die freilich momentan einige Erleichterung gewährten, aber, wie sich bald zeigte, das Ende der Krisis verschleppten. Das Ministerium billigte diese Maßregel, befahl überdies, die Banknoten bei allen Zahlungen nach ihrem vollen Nennwerthe anzunehmen. „Gebührt die Zahlung in einer bestimmten Münzsorte, so ist sie nach der Wahl des Schuldners in dieser Münzsorte oder nach deren Werthe zur Zeit der Zahlung in Banknoten zu leisten." In seinem Eifer übersah es, daß, statt Hülfe zu bringen, dieses Decret nur die Anarchie steigere. Da es herkömmlich war, jede Zahlung in Conventionsmünze zu stipuliren, so wurde durch diesen Befehl die Devalvation der Banknoten offen ausgesprochen. Erst durch praktische Finanzmänner auf den verhängnißvollen Wortlaut des Decretes aufmerksam geworden, gab das Ministerium nachträglich die Erklärung, daß unter der „bestimmten Münzsorte" nur Gold oder ausländische Silbermünze gemeint sei.

Diese blinde Hast, dieser Mangel an Ueberlegung machte sich nicht allein in der Finanzpolitik geltend. Hätte das Ministerium unmittelbar nach der Flucht des Kaisers eine sogenannte rettende That gewagt, so würde wahrscheinlich ein vollkommener Erfolg den Versuch gekrönt haben. Unter dem Eindrucke jenes Ereignisses, als nicht allein der Bestand des Staates, sondern auch das Wohl des Einzelnen auf dem Spiele schien, als man hinter jedem kecken Worte republikanische Umtriebe witterte und Demokraten und Verbrecher für gleichbedeutend hielt, konnte die Regierung gegen die Schmarotzerpflanzen der Revolution ohne Gefahr einschreiten. Sie versäumte den rechten Augenblick, theils weil sie selbst über die plötzliche Abreise des Hofes verblüfft war, theils weil sie die Macht des Gegners überschätzte und die allerdings schwere Verantwortung eines Staatsstreiches nicht übernehmen wollte.

Allmälich kehrte Ruhe und Sammlung in die Geister zurück. Die Kleinbürger entdeckten, daß der Hof doch nicht alle Lebensluft entführt habe, und als die kaiserliche Familie nicht gleich dem Rufe der Wiener folgte und wieder heimkehrte, fühlten sie sich in ihrer Eitelkeit verletzt. Die Demokraten kamen von dem ersten Schrecken über die unerwarteten Folgen ihrer Demonstration vom 15. Mai zurück, sie begannen dieselbe zuerst zu entschuldigen; kühner geworden, rechtfertigten sie dann ihre

Handlungsweise und brachten es schließlich dahin, daß alle Schuld auf die Feinde des Volkes geschoben wurde. Diese waren die eigentlichen Störenfriede, diese allein hemmten die Ordnung und hinderten den ruhigen Lebensgenuß. Mannichfache Umstände begünstigten auch neben der kindischen Wandelbarkeit der Wiener den raschen Wechsel der öffentlichen Stimmung. Das Ministerium war über die bevorstehende Abreise des Kaisers nicht verständigt worden, obgleich dieses Versehen die Regierungsthätigkeit beinahe unmöglich machte; erst nachträglich erhielt es eine flüchtige Kunde von dem Ereignisse und als Grund der Flucht die Kränklichkeit des Kaisers angegeben. Desto eifriger hatten „vertrauungswürdige Personen" sich bemüht, die Verbindung mit dem böhmischen Gubernialpräsidenten, Grafen Leo Thun, herzustellen. Diesem wurde unumwunden erklärt: „Tief betrübt über die letzten Ereignisse in Wien haben S. Majestät es am besten gefunden, sich für einige Zeit von dort zu entfernen." Und daß der Aerger über den 15. Mai, keineswegs aber die Gesundheitsverhältnisse des Kaisers die Fluchtgedanken geboren, bewies auch die Proclamation des Salzburger Kreishauptmannes, der „im Auftrage des Kaisers" der Bevölkerung verkündigte: „Die fanatischen Bestrebungen einer nach zügelloser Freiheit trachtenden Partei führten die verhängnißvollen Ereignisse des 15. Mai herbei, welche das am 25. April mit allgemeinem Jubel begrüßte kaiserliche Geschenk einer freisinnigen Constitution mit dem grellsten Undank und der rohesten Gewalt vergalten. Unter den Gewaltschritten einer solchen ungesetzlichen Bewegung, welche jeder schrankenlosen Willkür die Thore zu öffnen droht, beschloß S. Majestät, nicht länger mehr in Seiner Residenz zu verweilen, sondern sich nach Innsbruck zu begeben." Graf **Bombelles**, welcher zu dieser Proclamation die Hauptzüge geliefert hatte, sollte überdies in Salzburg einer Linzer Deputation gegenüber sowohl über die Wiener Zustände, wie über die deutsche Bewegung überhaupt das härteste Urtheil gefällt, die Wiener als Republikaner geschildert, alle gutgesinnten Oesterreicher zum Anschlusse an die Czechen aufgefordert haben. Er leugnete später diese Anschuldigungen ab, fest stand aber, daß die Provinzialbehörden beinahe ohne Ausnahme die „Maierrungenschaften" verdammten, eine Gegenbewegung anstrebten, daß sich in den Provinzen ein Geist der Unbotmäßigkeit gegen die Anmaßungen der Hauptstadt regte. Sprach sich doch auch das kaiserliche Manifest vom 20. Mai, welches Hoyos und Wilczek nach Wien brachten, keineswegs glimpflich über die Wiener aus. „Die Vorgänge in Wien am 15. Mai drangen mir die traurige Ueberzeugung auf, daß eine anarchische Faction, sich stützend auf die meist durch Fremde irre geleitete akademische Legion und einzelne Abtheilungen von der gewohnten Treue gewichener Nationalgarden, mich der Freiheit zu handeln berauben wollte, um so die Provinzen und die gutgesinnten Bewohner meiner Residenz zu knechten.

Es blieb nur die Wahl, mit der getreuen Garnison nöthigen Falles mit Gewalt den Ausgang zu erzwingen, oder für den Augenblick in der Stille in eine der treugebliebenen Provinzen mich zurückzuziehen." Also nicht einmal das Verdienst, aus eigenem Antriebe frech zu sein, gönnte man den Führern des Wiener Volkes. Sie waren verwöhnt, ihre Stärke rühmen zu hören, und nun wurden sie als Schwachköpfe geschildert, unfähig, den Verführungskünsten fremder Aufwiegler zu widerstehen. Es blieb unklar, ob das kaiserliche Manifest nur die brutale Form, in welcher die Aenderung der Constitution bewirkt wurde, oder diese Aenderung selbst angreife. Der Kaiser verwahrte sich gegen den Gedanken, die „Märzgeschenke und deren natürliche Folgerungen" zurücknehmen zu wollen, und erklärte sich bereit, den billigen Wünschen des Volkes Gehör zu geben. „Nur müssen solche sich als wirklich allgemein bewähren, in legaler Weise vorgetragen, durch den Reichstag berathen und ihm zur Sanction vorgelegt werden, nicht aber mit bewaffneter Hand von Einzelnen ohne Mandat erstürmt werden wollen." Galt die Aufhebung der Constitution vom 25. April, die Abschaffung des Census als eine natürliche Folge der Märzgeschenke? Eine Bestätigung der am 15. Mai eroberten Zugeständnisse enthielt das kaiserliche Manifest jedenfalls nicht. In dieser absichtlichen Auslassung offenbarte sich deutlich der schädliche Einfluß der Hofumgebung. Der Kaiser konnte seine Unterschrift nicht zurücknehmen, von seiner Gutmüthigkeit ließ sich auch gar nicht ein schroffer Widerstand gegen die Volkswünsche erwarten. Trat ein solcher ein, wurde die Giltigkeit des 15. Mai angefochten, so geschah es gegen den besseren Willen des Monarchen, so war es das Werk einer Partei, welche sich zwischen den Kaiser und das Volk schob und neben der gesetzlichen Regierung durch das Ministerium eine Geheimregierung zu bilden versuchte. Willig folgte die Wiener Bevölkerung diesem Gedankengange. Sie hatte in den letzten Tagen nicht mit ihrer Freisinnigkeit prahlen dürfen, ihre altberühmte Loyalität verdächtigt gesehen. Nun fühlte sie sich wieder in ihrem gewohnten Fahrwasser. Die Entdeckung einer „Camarilla" sicherte ihre Loyalität und gab ihrem Liberalismus einen neuen Aufschwung. Nicht gegen den Kaiser, sondern nur gegen seine unberechtigten falschen Rathgeber war der Kampf gerichtet, gegen die Hofleute, welche unter dem falschen Vorwande, die persönliche Sicherheit des Kaisers sei in Wien gefährdet, die kaiserliche Familie isolirten, um sie vollkommen beherrschen zu können, welche allein den Vorwurf verdienen, den Willen des Kaisers gewaltthätig gebunden zu haben, und die Wiederherstellung des alten Absolutismus anstreben. Wer oder was eigentlich die Camarilla sei, wußten freilich die Wenigsten zu sagen. Die Einen hielten die Camarilla für einen berühmten Staatsmann aus Metternich's Schule, den leider die Märzstürme nicht weggeweht hatten, die Anderen sahen die Camarilla in einer alten Kammerfrau, Namens Cibbini,

welche ein früheres Geschlecht durch ein virtuoses Clavierspiel entzückt hatte, verkörpert, die Dritten endlich meinten, Camarilla sei ein Beinamen des Grafen Bombelles, der während der Reise des Kaisers öfter genannt wurde und irrthümlich als der Hauptrathgeber der kaiserlichen Familie galt. Die Kutte, der Weiberrock, die Soldatenuniform, der gestickte Diplomatenfrack wurden abwechselnd als die Tracht der Camarilla behauptet. So verschieden auch die Meinungen über das Wesen, das Aussehen, selbst das Geschlecht der Camarilla sein mochten, darin kam alle Welt überein, daß die Camarilla etwas Grundböses sei, das um keinen Preis geduldet werden dürfe.

Vom 18. bis zum 22. Mai überströmten die Zeitungen vom begeisterten Lobe des Monarchen und von feurigen Versicherungen der erprobten Wiener Treue, seit dem 23. las man in denselben nichts als leidenschaftliche Angriffe auf die Camarilla. Die große Masse richtete sich gehorsam nach den Zeitungen und schrie jetzt ebenso tapfer: Nieder mit der Camarilla, wie sie fünf Tage früher sehnsüchtig nach dem Hofe gerufen. Erst nachdem diese Wandlung vollzogen war, dachte das Ministerium an Repressivmaßregeln.

Gleichzeitig mit dem Manifeste wurde ein Handbillet an Pillersdorff bekannt gemacht, in welchem der Kaiser erklärte, er werde nicht eher nach Wien zurückkommen, als bis er sich von der Rückkehr der Wiener zu ihren früheren loyalen Gesinnungen überzeugt habe. Hoyos und Wilczek, aus Innsbruck wieder in Wien angelangt, erläuterten mündlich diese Erklärung dahin, die Auflösung der akademischen Legion werde vom Hofe als die erste Bürgschaft geordneter Zustände betrachtet. Die Unverträglichkeit der akademischen Legion mit einer ruhigeren Entwickelung des politischen Lebens wurde wenigstens in den Provinzen allgemein zugestanden. Auch in Wien gab es unter den Gebildeten und Wohlhabenden gar Manche, welche das Alter von achtzehn bis zweiundzwanzig Jahren nicht für die Zeit männlicher Reife hielten und den Beruf der Studenten nicht erfüllt glaubten, wenn diese in die Administration sich mischen, den Vollzug gerichtlicher Verfügungen hindern, privatrechtliche Streitigkeiten zu schlichten versuchen, Charivaris veranstalten und heute Beamte, morgen Volksrepräsentanten, am nächsten Tage wieder Soldaten spielen. Und wenn man dieses Treiben auch durch die Noth der Zeiten entschuldigte, darüber konnte doch kein Zweifel herrschen, daß die Legion nur so lange bestehen konnte, als es Studenten in Wien gab, der Weggang der letzteren in den Ferien jene thatsächlich auflös'te. Die Vorlesungen hatten schon längst ihr Ende erreicht, die Hörsäle dienten höchstens als Waffendepots. Auf den dringenden Rath der Lehrer erklärte der Unterrichtsminister (24. Mai) das Schuljahr geschlossen; an die Stelle der Prüfungszeugnisse sollten sogenannte Frequentationszeugnisse treten, dem Empfange der letzteren die Waffenabgabe vorausgehen. Als

die Studenten über diesen Zwang murrten, berichtigte Pillersdorff noch an demselben Tage seinen Collegen: Nicht die Studienzeugnisse, nur die Urlaubspässe der Legionäre werden erst nach Ablieferung der Waffen ertheilt. Mit diesem Zugeständnisse, dem deutlichen Zeichen der Schwäche und Unsicherheit, begann Pillersdorff den Kampf gegen die Aula.

Am 25. Mai wurde ein Cabinetsrath über die leider zu einer Staatsfrage emporgewachsene Angelegenheit gehalten. Auch Graf Montecuccoli, erst kürzlich zum Regierungspräsidenten ernannt, und die Professoren Endlicher und Hye wohnten demselben bei. Soll die Sperrung der Universitätsräume — während der Ferienzeit selbstverständlich — und die Auflösung der Legion gleichzeitig vor sich gehen oder nicht, und soll die letztere Maßregel plötzlich und heimlich in nächtlicher Stille oder offen, mit Wahrung der üblichen Formen durchgeführt werden? Alle Anwesenden waren von der Nothwendigkeit der unmittelbaren Auflösung überzeugt; in Bezug auf die Art der Durchführung herrschte Anfangs die Ansicht vor, man möge die Universität spät am Abend, „wenn Niemand mehr zu sehen ist," sperren, die Studentenwache heimsenden und erst am nächsten Morgen den Ministerialbefehl der Auflösung anschlagen. Montecuccoli, welchem es der vorsichtige Pillersdorff überlassen hatte, das Auflösungsedict zu unterzeichnen, empfand eine gerechte Abneigung gegen dieses hinterlistige, nahezu feige Verfahren. Auf seinen Wunsch wurde die Sperrung der Universität auf den nächsten Morgen verschoben. Dann mußte man freilich auf einen stärkeren Widerstand sich vorbereiten, wenigstens Alles vermeiden, was denselben anfachen konnte. Das Gegentheil geschah. Das Auflösungsedict war in einem überflüssig gereizten Tone verfaßt, dagegen nichts vorgesehen, um den Ungehorsam gleich im Keime zu ersticken. Als der Commandant der Legion, Graf Colloredo, am 26. Mai früh Morgens sich in die Universität verfügte, um den Befehl des Ministeriums zu vollstrecken, erhielt er von den anwesenden Studenten, er mochte bitten oder drohen, stets ein kategorisches Nein zur Antwort. Rathlos verließ er die Aula und suchte bei Montecuccoli Hilfe, welcher sich endlich entschloß, seinen persönlichen Einfluß auf die Studenten geltend zu machen. Aber auch Montecuccoli stieß auf einen hartnäckigen Widerspruch. Das im Ministerialbefehl enthüllte Sündenregister der Legion hatte bereits gewirkt und eine große Erbitterung hervorgerufen. Montecuccoli's Worte, welche auf die nächststehenden Studentenreihen einen gewissen Eindruck üben mochten, verhallten, ehe sie die dichten Haufen vor der Universität erreichten. Und wenn auch diese willfährig gewesen, der Conflict hatte unterdessen so weite Kreise getrieben, daß er nicht mehr zwischen Montecuccoli und den Studenten ausgeglichen werden konnte. Die brodlosen Arbeiter, von der Regierung in großen Massen zusammengehalten und dadurch im Glauben an ihre Macht gestärkt, eilten auf die erste Nachricht von den Vorgängen in der Aula

herbei, um ihren „Brüdern" zu helfen; auf der anderen Seite hatten die Mitglieder des am 4. Mai gebildeten Bürgerausschusses und übereifrige freiwillige Constabler die Militärmacht aufgeboten. In den Vorstädten die Arbeiter, in der inneren Stadt die Studenten, zwischen ihnen, an den Thoren und auf den Hauptplätzen die Truppen — die Schlachtordnung war fertig, der Kampf konnte, ja mußte im nächsten Augenblicke beginnen. Zum Glücke fiel im letzten Augenblicke einem der Anwesenden in der Aula — dem Doctor Engel — das Recept ein, welches sich in früheren Fällen als unbedingt wirksam erwiesen hatte. Eine Deputation zog in das Ministerialgebäude, um gegen den Befehl der Auflösung Vorstellungen zu machen und Pillersdorff zur Zurücknahme desselben zu vermögen. Der weitere Verlauf der Begebenheiten rechtfertigte vollkommen die Zuversicht des Mannes, welcher auf die Absendung einer Deputation antrug. Buchstäblich treu wurde das Programm vom 15. Mai wiederholt. Pillersdorff zögerte Anfangs, entschuldigte die Maßregel, und als die Entschuldigung zurückgewiesen wurde, schob er die Schuld auf Andere. Immer stärker gedrängt, berief er den Ministerrath. Mit Waffengewalt den Studenten und ihren Freunden entgegenzutreten, erschien mit Rücksicht auf die geringe Zahl und die schwankende Haltung der Truppen unthunlich; auch schon zu spät, da die letzteren, ohne Anweisung sich selbst überlassen, sich bereits zurückzogen. Auf dem freigewordenen Raume erhoben sich mit Blitzesschnelle Barrikaden, über deren Festigkeit übertriebene Vorstellungen herrschten. So kam Pillersdorff's politischer Grundsatz zu Ehren: „Nicht das Aeußerste auf das Spiel zu setzen, und nicht durch Begünstigung eines anarchischen Zustandes die Rückkehr des Monarchen, das Festhalten der Provinzen an der Regierung zu vereiteln." Die Anarchie konnte nicht bezwungen werden, daher mußte man sie legalisiren. Bereits um die Mittagsstunde wurde der Beschluß des Ministerrathes kundgegeben, daß „derselbe auf der Auflösung der Studentenlegion nicht beharre, dagegen von der letzteren solche Garantien verlange, welche die Sicherheit und die Rückkehr des Kaisers möglich machen." Statt der erwarteten Bürgschaft bekam das Cabinet neue Forderungen zu hören. Alle Welt, Studenten, Schriftsteller, Bürger, Jung und Alt, Ehrgeizige und Wohlmeinende — die letzteren die unbequemsten — strömten in das Ministerialgebäude und gaben Bitten, gute Rathschläge und Warnungen zum Besten.*) Nicht genug daran. Wer einen guten Gedanken gefunden zu haben glaubte, brachte ihn schnell zu Papier oder ließ ihn drucken und als „Einer von Hunderttausend"

*) Vergl. die Denkschrift des Grafen Montecuccoli an den Reichstag über die Vorgänge am 26. Mai. Auch der einschlägige Abschnitt in Pillersdorff's Nachgelassenen Schriften (S. 128) ist lehrreich, da er jede Kritik des Staatsmannes überflüssig macht und des Ministers absolute Unfähigkeit, in stürmischen Zeiten einer Regierung vorzustehen, offenbart.

oder „Im Namen des Volkes" an den Straßenecken anschlagen. Diese Placate unter dem Titel: Was wir wollen, oder: Was haben wir noch zu thun? stellten die mannichfachsten Forderungen auf: „Die Minister geben ihr Ehrenwort, daß sie interimistisch fortregieren und Wien nicht verlassen, alle Truppen marschiren an die russische Grenze; die Klöster werden aufgehoben, eine Einkommen- und Armensteuer eingeführt, alle Hochverräther vor ein Volksgericht gestellt; die Regierung sendet Emissäre in die Provinzen, um die letzteren für die neuen Errungenschaften zu gewinnen, eine mobile Nationalgarde wird errichtet, der Kaiser muß binnen 14, binnen 8 Tagen zurückzukehren, die Nationalitäten sind gleichberechtigt, aber der innigste Anschluß an Deutschland nothwendig" u. s. w. Wie es der Zufall fügte, gelangten diese Forderungen (glücklicher Weise nicht alle) zur Kenntniß des Ministeriums und wurden, sobald die Deputirten sie als Volkswünsche darstellten, bewilligt. Jede Stunde brachte ein neues Zugeständniß. „Die Zusicherungen des Kaisers vom 15. Mai stehen in ihrer ganzen Ausdehnung aufrecht; die akademische Legion bleibt unverändert, den Arbeitern wird Arbeit verschafft, das Militär in die Kasernen zurückgezogen werden," so viel gab das Ministerium bereits in den ersten Nachmittagsstunden nach. Als sich noch immer Mißtrauen besonders gegen die Linientruppen regte, erfolgte eine neue Kundmachung: das Militär erhielt den Befehl, sogleich abzuziehen, und etwas später bestätigten Pillersdorff und Latour, die Garnison hätte sich bereits in die Kasernen zurückgezogen und könne von nun an nur von der Nationalgarde aufgefordert zur Unterstützung derselben aufgeboten werden. Nachdem Graf Hoyos als Geißel in die Aula abgeführt, vom Ministerium das feierliche Versprechen, den Kaiser entweder zur Rückkehr oder Ernennung eines Stellvertreters zu bewegen, gegeben war, fiel jeder Grund, in der revolutionären Haltung zu beharren, fort. Der Sieg war errungen, nun sollte er auch genossen und gefeiert werden. Auf die Frage jedoch, was geschehen sei, um die Ordnung wieder herzustellen, antwortete Pillersdorff, „es müsse denjenigen, welche die Bewegung hervorgerufen haben, auch überlassen werden, sie zu dämpfen und zu bewältigen."*) Dieser Bescheid lautete geradezu wie eine Abdankung des Ministeriums und mußte, auch wenn nicht das Gelüste dazu bereits vorhanden gewesen wäre, zur Einmischung der Studenten und Nationalgarde in die administrativen Geschäfte führen.

Der Bürgerausschuß, welcher in den ersten Maitagen unter dem Namen Sicherheitsausschuß zur Wahrung der Ruhe zusammengetreten war, hatte sich am 26. Mai aufgelös't. Auf seinem Präsidenten, Grafen Breuner, lastete der Vorwurf, durch unzeitiges Anrufen der Militärge-

*) Vergl. die leider nur fragmentarisch veröffentlichten Protokolle des Sicherheitsausschusses.

walt den Conflict an diesem Tage heraufbeschworen zu haben; die Mitglieder bestritten die Thatsache, daß der Sicherheitsausschuß die Intervention der Truppen angerathen; sie warfen alle Schuld auf Breuner, sowie auf die Professoren Hye und Endlicher, welche eigenmächtig für den Ausschuß gehandelt, und ordneten ihre Verhaftung an. Jedenfalls verlor der Ausschuß durch diese inneren Parteiungen an Ansehen und Kraft, und da er seine Bestimmung nicht erfüllte, auch das Recht zu existiren. Am Abend des 26. Mai trat eine neue Volksbehörde in Wirksamkeit. Der zweite Bürgermeister, Bergmüller, wies in einer improvisirten Versammlung von Volksfreunden auf die Nothwendigkeit, der Anarchie zu steuern, hin und berichtete von der Weigerung des Ministers, die Administration und Polizei, soweit sie die Hauptstadt betraf, in die eigene Hand zu nehmen. Der Schluß, daß dann die Bevölkerung von Wien für sich selbst zu sorgen habe, lag nahe. Ueber die Einrichtung der neuen Behörde einigte man sich rasch. Der Gemeinderath ließ sich in derselben durch 20 Mitglieder vertreten, je eine Compagnie der Nationalgarde und der Studentenlegion sandte einen Deputirten; im Ganzen bestand sie aus hundert Mitgliedern. Pillersdorff bestätigte die Concurrenzregierung, stellte unter ihren Schutz sämmtliches Staatseigenthum und erklärte sie „von jeder anderen Behörde unabhängig." Er hoffte, durch das Gewicht der ihm zugewiesenen Verantwortlichkeit den Sicherheitsausschuß von Uebergriffen abzuhalten, mußte aber gleich durch die ersten Beschlüsse desselben erkennen, daß ihn die Verantwortlichkeit keineswegs drücke. Um seinem Namen: Ausschuß der Bürger, Studenten und Garden für Sicherheit, Ordnung und Wahrung der Volksrechte zu entsprechen, verlangte er die Auslieferung von sechs bespannten Batterien an die Studenten, welche ihm auch theilweise zugestanden wurden. Langsamer ging er an die Erfüllung seiner anderen Aufgabe, die Ordnung wieder herzustellen, zunächst die Stadt von den Barrikaden zu säubern. Diese „Bollwerke der Freiheit," mit größerem Eifer als Verständniß aufgethürmt, waren bereits am Abend des 26. Mai, nachdem die Regierung sich allen Forderungen gefügt, überflüssig geworden; aber das Gerücht vom Anmarsche des Fürsten Windischgräz an der Spitze der böhmischen Armee ließ sie noch länger bestehen. Je geringer die Gefahr, desto zahlreicher wurde der Kreis der Barrikadenvertheidiger. Namentlich die Arbeiter wollten um keinen Preis dieselben verlassen. Sie hatten die Barrikaden in den Mußestunden fester gebaut, einzelne förmlich aufgemauert, sie auch mit Schmuck bedacht. Die Kaiserbarrikade krönte das bekränzte Bildniß des Kaisers, von anderen wehte die deutsche Fahne, noch andere zeigten ein Zerrbild, das etwa Montecuccoli oder Colloredo vorstellen sollte. Für die Leibesbedürfnisse der patriotischen Arbeiter war gleichfalls reichlich gesorgt; ohne Mühe und Plage lebten sie gut, sogar geehrt; sie fanden keinen Grund, ihre Lage zu verändern.

Der bekannte Possendichter Kaiser, derselbe, welcher am 15. März hoch zu Rosse, von vier Trompetern begleitet, die Constitution durch alle Straßen Wiens ausgerufen hatte, stellte im Sicherheitsausschusse den Antrag, mit den Arbeitern einen festlichen Umzug zu halten, sie durch die Stadt bis vor die Thore zu leiten und auf diese Art unvermerkt von den Barrikaden zu entfernen. Er erhielt die Vollmacht, seinen Plan auszuführen, setzte ihn aber nicht vollständig durch. Erst allmälich, nachdem noch die Wiener an einer Sonntagspromenade über die Barrikaden sich ergötzt hatten, wurde die Straßenverbindung wieder frei und gewann die Stadt ihre wohnliche Form zurück. Eine Serenade, dem Minister Pillersdorff gebracht, schloß die stürmischen Tage; mit einem Programme, nach welchem seit Wochen alle Welt gerufen, trat endlich das Cabinet (29. Mai) in dem Augenblicke vor, als seine Tage schon gezählt waren. Das Charakteristische an demselben war, daß Pillersdorff behauptete, die Verfassung vom 25. April sei durch die beiden Mairevolutionen in ihren Grundlagen keineswegs angegriffen worden, strenge Consequenz habe die Politik des Ministeriums bisher geleitet.

Die Wiener Zeitungen und die Clubredner sprachen von den Tagen des 15. und 26. Mai nicht anders, als von einer neuen glorreichen Revolution, durch welche die Märzrevolution nicht allein vollendet, sondern auch überstrahlt wurde. Anders lautete das Urtheil in späteren Zeiten. Die folgenden Ereignisse ließen die Maitage nicht glorreich, sondern verhängnißvoll erscheinen, sie zeigten in den sogenannten Maierrungenschaften keineswegs die heilsame Ergänzung der Märzfreiheiten und weckten den Glauben, daß sie den raschen Verfall des constitutionellen Lebens wesentlich verschuldet haben. In dieser Anschauung einigten sich die unbedingten Gegner des neuen politischen Lebens, wie die Freunde der Reform. Die Einen bewiesen aus den Maivorfällen, daß der Abfall von den überlieferten Grundsätzen nothwendig zur wilden Anarchie führe, die Anderen seufzten, daß die plötzliche Einmischung unverständiger Demokraten die ideale Entwickelung Oesterreichs, den ruhigen Ausbau der constitutionellen Monarchie vereitelte. Gewiß kann man die zweite und dritte Wiener Revolution nicht rechtfertigen, kaum den Inhalt, in keinem Falle die Form der am 15. und 26. Mai gestellten Forderungen gutheißen; irrig ist jedoch die Meinung, daß sich diese Vorgänge gar nicht erklären lassen, es sei denn, daß man zu dem Frevelmuthe fremder Sendlinge seine Zuflucht nimmt. Nicht der böse Wille und die absichtliche Zerstörungslust, sondern die merkwürdige Unreife des Wiener Volkes hat den Radicalismus genährt, nur die Schwäche der Regierung, der Mangel an leitenden Persönlichkeiten ihn zur Macht erhoben. Man darf nicht vergessen, daß kein allmälicher Uebergang die alte Zeit mit der neuen vermittelte, das absolute Regiment bei dem ersten Anpralle zusammenstürzte, noch ehe der Grund zu einem politischen Neubau gelegt

war. Unter solchen Umständen war es ganz natürlich, daß viel kindische Begehrlichkeit, aber kein fester mannhafter Wille sich in Wien geltend machte. Die Folgen davon mußte das Staatswesen tragen, gleichviel ob die Maiereignisse unabwendbar waren oder nicht.

Der 26. Mai garantirte den Wienern die Fortdauer der Studentenlegion und schuf die Dictatur des Sicherheitsausschusses; — trieb aber auch die meisten Liberalen in das Lager der Reaction. Alle durch Bildung und sociale Stellung ausgezeichneten Männer, die künstlerischen und wissenschaftlichen Größen Wiens, die namhaftesten Vertheidiger des politischen Fortschrittes in der vormärzlichen Zeit, entsetzten sich vor dem Bilde der Freiheit, welches die jüngsten Tage vor ihren Augen entrollt hatten. Sie sahen nicht allein die ruhige Herrschaft der Verfassung in die weiteste Ferne gerückt, sondern das geistige Leben überhaupt gefährdet, das Reich der Barbarei gekommen und sagten sich von jedem Zusammenhange mit der Bewegung los.

Der 26. Mai bestätigte die Eroberung des 15. Mai, den constituirenden Reichstag. Nicht wenig hatte zur Agitation gegen die octroyirte Verfassung der Aerger über die slawenfreundliche Gesinnung des Ministeriums, der an Palazky ergangene Ruf, das österreichische Unterrichtswesen zu leiten, beigetragen; nicht die schwächste Wurzel des Volksgrimmes war das verletzte deutsche Nationalgefühl gewesen. In dem constituirenden Reichstage, zu welchem einfach nach der Kopfzahl gewählt wurde, besaß aber das slawische Element das entschiedene Uebergewicht, waren die Deutschen zur jämmerlichsten Minorität verurtheilt.

Die Rückkehr des Kaisers stand unter den Forderungen vom 26. Mai obenan. Wenn aber der Monarch nach einer Rechtfertigung seiner Flucht suchte, wenn er beweisen wollte, daß seiner persönlichen Sicherheit in Wien Gefahr drohe, daß die Minister bei ihren Berathungen die Freiheit entbehren, so fand er die besten Belege dafür gerade in den Scenen vom 26. Mai.

Die Wiener rühmten sich, am 15. und 26. Mai die Gewalt des souveränen Volkes geoffenbart zu haben; sie machten aber bald die Entdeckung, daß diese Souveränetät über das Weichbild der Residenz nicht weit hinausreiche. Kaum hatte sich die Nachricht von der Abreise des Kaisers in den Provinzen verbreitet, als sich auch schon das Adressen- und Deputationsfieber, ähnlich wie in den Märztagen, überall regte. Doch galt es diesesmal nicht, dem Herrscher Zugeständnisse abzuringen, sondern die Entrüstung über den Terrorismus der Wiener Bevölkerung kundzugeben. Täglich zogen in Innsbruck Deputirte ein, welche mitunter pharisäerhaft den Hof versicherten, ihre Sender seien nicht so schlimm wie die Bewohner der Hauptstadt, und seinen Wohnsitz in ihre Mitte zu verlegen den Kaiser dringend einluden. Auch wenn man sich über den Erfolg der neuen Revolution freute, suchte man doch die Ereignisse im Sonderinteresse der Provinz auszubeuten und für die Lockerung des Verbandes mit Wien und der Centralregierung zu benutzen.

Am weitesten wurde diese selbstsüchtige Ausnutzung in Prag getrieben. Hier hatten sich die Zustände in ähnlicher Art wie in Wien entwickelt, eine nicht zahlreiche, aber überaus rührige, stets schreiende Partei, zu welcher Studenten, Kleinbürger und Arbeiter gehörten, hatte die Herrschaft an sich gerissen und die Regierung in Banden gelegt, nur daß in Prag die Agitation eine national-czechische Färbung annahm, die Aula hier Museum, die Legion Swornost*) hieß. Dieses Sondercorps aufzuheben, bemühte sich die Provinzialregierung mit dem gleichen Eifer und demselben schlechten Erfolge, welcher in Wien die versuchte Auflösung der Studentenlegion begleitet hatte. Ueber diesem Streite verlor sich die Volksthümlichkeit, welche der neue Gubernialpräsident, Graf Leo Thun, ein bekannter Slawenfreund und Magyarenfeind, ein ehrenwerther aber unbeugsamer Charakter bisher genossen hatte. Augenblicklich ruhete jedoch der Kampf und stellte sich vollständige Einigkeit her, als es galt, auf Kosten Wiens die Selbständigkeit Böhmens und in Böhmen die Macht der czechischen Partei zu stärken.

Bereits am 8. Mai, als die Nachricht von Ficquelmont's erzwungener Abdankung nach Prag gelangte, wurde im Nationalausschusse der Wunsch nach einer Verlegung der kaiserlichen Residenz ausgesprochen und eine Loyalitätsadresse angeregt. Noch überwog die Furcht, von der öffentlichen Meinung der Parteinahme für einen Freund Metternich's beschuldigt zu werden, und es blieb bei dem frommen Wunsche. Als aber die Ereignisse vom 15. Mai und vollends die Flucht des Kaisers bekannt wurde, da begannen die mit einander verbundenen Parteien der Regierungsfreunde und der Czechen unmittelbar ihre Thätigkeit und riefen zur Lostrennung von Wien auf. Die Motive mochten verschieden sein, die Einen haßten das radicale, die Andern fürchteten das deutsche Wien, in dem Ziele waren sie vollkommen einig. Das Erste war, daß Graf Leo Thun den böhmischen Landtag auf den 7. Juni einberief, das Zweite, daß er erklärte, die „vom Kaiser ihm anvertraute Regierungsgewalt zur Aufrechterhaltung des Thrones und der Verfassung anwenden zu wollen," in verblümter Weise vom terrorisirten Ministerium sich lossagte.

In keiner Stadt tönte der „Schrei der Entrüstung über die undankbaren Wiener" so laut, flammte der Enthusiasmus für den „Kaiser und König Ferdinand" so hoch, wie in Prag. Die Nachricht von der Flucht des Kaisers war am Abend bekannt geworden, der Drang zu demonstriren aber viel zu stark, als daß man den nächsten Morgen abgewartet hätte. In tiefer Nacht beschickten sich die verschiedenen Clubs und Casino's

*) Nach der im J. 1848 weitverbreiteten Sitte, die Dinge stets bei verkehrtem Namen zu nennen, hieß die Nationalgardenabtheilung, welche sich trotzig von dem großen Körper der Bürgerwehr abtrennte, im Costüm ein besonderes nationales Privilegium in Anspruch nahm und Zwietracht säete, Swornost, d. h. Eintracht, geradeso wie der Wiener Sicherheitsausschuß für die politische Unsicherheit der Residenz vorzugsweise wirkte.

und feierten ihre Verbrüderung, versammelten sich Studenten und Nationalgarden in der Universität und beschlossen die Absendung einer Loyalitätsadresse. Die conservativen Deutschen meinten es aufrichtig mit der Theilnahme für den flüchtigen Kaiser; die Czechen und die Aristokratie verfolgten aber dabei noch andere Zwecke. In dem an die Deutschen gerichteten Verlangen, sich nun förmlich von Frankfurt loszusagen, sprach sich die geheime Tendenz der Loyalitätsbewegung ziemlich deutlich aus. Auch die Adresse des Nationalausschusses verhehlte nicht die Begierde der Czechen, aus den Wiener Ereignissen Vortheil zu ziehen. Sie bedauerte, daß den Tirolern der Vorzug vor den andern Provinzen gegeben wurde, versicherte, daß die Czechen den Tirolern an Treue und Tapferkeit nichts nachgäben, und versprach im Namen der Böhmen, eine feste Mauer gegen jeden Angriff bilden zu wollen, wenn der Kaiser den böhmischen Landtag persönlich eröffne, die administrative Selbständigkeit des Königreichs anerkenne. Die czechische Partei erwartete, die dreiste Behauptung eines inneren Zusammenhanges zwischen dem Frankfurter Parlamente und der Wiener Aula werde die Deutschböhmen schrecken und von jedem ferneren Widerstand gegen die slawische Agitation zurückhalten; sie hoffte, die augenblickliche Verlegenheit der Behörden, die Nothwendigkeit einer Stütze im Volke werde ihr den Hauptantheil an der Regierung in die Hände spielen. Die Vorstände der Provinzialregierung, die zahlreichen Adelichen, welche in Prag ein Asyl gefunden hatten, rechneten aber gleichfalls. Sie speculirten auf die Eitelkeit der Czechen, welche als echte Spießbürger um den Preis eines freundlichen Blickes oder wohl auch eines Händedruckes sich gern in den Dienst der Aristokratie begeben würden. Sie täuschten sich nicht in den älteren Czechenführern, sie zogen aber den Einfluß der demokratischen Ideen auf die jüngere Generation nicht in Betracht. Als ein kaiserlicher Kämmerer, Graf P. Lažansky, in der Maske eines slawischen Häuptlings vor den Nationalausschuß trat, den Czechen schmeichelte und auf die Wiener Bevölkerung und das Wiener Ministerium den giftigsten Tadel häufte, klatschten die Czechen Beifall; als aber Graf Leo Thun die Aufforderung, sich czechische Vertrauensmänner beizugesellen, scharf zurückwies: „Er werde vielleicht die Wiener Ministerialrescripte nicht annehmen können, aber auch ohne den Beirath des Nationalausschusses wissen, welche Maßregeln er zu ergreifen habe,"*) erhob sich ein gewaltiger Sturm. Nur wenige Tage hielt er diese stolze Meinung aufrecht. Es kamen die Ereignisse vom 26. Mai. Der Gubernialpräsident, der commandirende General Fürst Windischgrätz, der Chef der Justiz und mehrere Vertrauensmänner des Adels traten zusammen, um zu berathen, ob sie noch fernerhin dem Ministerium Gehorsam leisten oder von demselben sich lossagen und die Innsbrucker Fahne aufpflan-

*) N. A. Sitzung vom 29. Mai.

zen sollten. Im ersten Falle hielten sie sich an die loyale Form, leisteten aber den anarchischen Bestrebungen Vorschub; im andern betraten sie selbst das revolutionäre Gebiet, durften jedoch mit Hinblick auf die gute Absicht Verzeihung hoffen. Das Revolutionäre in der Form wurde durch das Loyale in der Tendenz ausgeglichen. Sie entschieden sich für den letzteren Schritt, mußten aber dann nothwendig mit den Czechen die Gewalt theilen. Am 29. Mai erklärte Graf Leo Thun im Nationalausschusse, die Hemmung des freien Verkehrs mit dem Ministerium und die notorische Unfreiheit desselben veranlasse ihn, einen verantwortlichen Regierungsrath für Böhmen, eine provisorische Regierung einzusetzen. Als ihre Mitglieder bezeichnete er zwei Adeliche, zwei Deutsche, von welchen aber der Eine, Fabrikant Herzig aus Reichenberg protestirte, und vier Czechen. Abgeordnete eilten nach Innsbruck, um die Zustimmung des Kaisers zu holen.

Es konnte als das erste Zeichen der wiedererwachenden Besinnung, oder, wenn man will, der gekräftigten Reaction gelten, daß jene verweigert wurde. Der Minister des Innern hatte natürlich (1. Juni) die Errichtung einer provisorischen Regierung in Böhmen für null und nichtig erklärt, und den Grafen Leo Thun zur Niederlegung seines Amtes aufgefordert. *) Der Hof in Innsbruck schloß sich dieser Verwahrung an und zog es trotz allen lockenden Aussichten, die ihm der czechische Separatismus bot, doch vor, die Centralregierung in Wien, mochte auch ihr Ansehen und ihre Macht noch so tief gesunken sein, zu unterstützen.

*) Graf Leo Thun vertheidigte sich in der Prager Zeitung vom 5. Juni ziemlich matt. Er behauptete, nur für außerordentliche Fälle der Zukunft sich vorgesehen und den provisorischen Landesrath nur für solche Regierungsacte eingesetzt zu haben, welche den Wirkungskreis der ordentlichen Behörden überschreiten. Seine Rechtfertigung liege in den „verfassungswidrigen Vorgängen in Wien.“

3. Der Slawencongreß in Prag.

Es war nicht die Schuld der slawischen Stämme, daß sie bei der Schilderung der österreichischen Revolution bis jetzt in den Schatten gestellt erschienen, stets nur genannt wurden, wenn es galt, die Hindernisse der freien Bewegung zu bezeichnen. Sie traten dem Streben der Deutschen nach politischer Einigung entgegen, sie äußerten sich feindselig gegen die liberalen Tendenzen der Magyaren. Das deutsche Parlament, der demokratische ungarische Reichstag kannten keine entschiedeneren Widersacher, als die slawischen Stämme. Dieselben waren aber keineswegs gesonnen, bei der bloßen Verneinung zu beharren, sie wollten durchaus nicht die Fahne der alten politischen Tradition emporhalten; sie wurden vielmehr von einem noch überschwänglicheren Radicalismus beherrscht, als alle anderen Stämme Oesterreichs. Während die letzteren nur das Nächstliegende zu ändern gedachten, über die unmittelbare Heimath hinaus ihre Blicke nur selten lenkten, phantasirten die Slawen von einer vollständigen Umwälzung des herrschenden Staats- und Volksrechtes. Sie zeichneten in Gedanken eine neue Karte Europa's, dachten an die Gründung einer neuen romantischen Welt, wo die Milch und der Honig der Brüderlichkeit und der Liebe fließt, und verstiegen sich zu der Hoffnung, die Entwickelung der Weltgeschichte an einen neuen Träger zu bannen. So kühne Pläne konnten natürlich nicht rasch in das Werk gesetzt werden, zumal es den weitzerstreuten Slawen an einem Mittelpunkte gebrach und sie nicht wußten, wo sie zuerst den Hebel gegen die alte Weltordnung einsetzen sollten. Ihre eigene Isolirtheit mußte gebrochen werden, ehe sie die Föderation aller Völker verwirklichten.

Völkertrennungen und Verbindungen vollzogen sich allerorts. Die politischen Grenzen dachte man sich von nun an mit den nationalen zu-

sammenfallend, ein staatliches Gemeinwesen sollte so weit gelten, so weit ein gleiches Stammgefühl reichte, zwischen wahlverwandten Völkern überdies ein engeres Band geknüpft werden. Nach diesen Grundsätzen gingen die Italiener, die Deutschen, die Magyaren zu Werke. Namentlich die letzteren zeigten den größten Eifer, die neuen politischen Heilslehren sich anzueignen. Nicht genug, daß der ungarische Staat auf streng nationaler Grundlage eingerichtet wurde, auch internationale Bündnisse über die benachbarten Slawen hinweg mit den Deutschen zu knüpfen waren die magyarischen Staatsmänner gern bereit. Vier Tage vor der Eröffnung des Frankfurter Parlamentes beschloß das ungarische Ministerium zwei Bevollmächtigte an dasselbe zu senden. Dieselben sollten die Vertreter der deutschen Nation der Sympathien Ungarns für das deutsche Wesen, „da es ein Element der Civilisation ist," versichern, die Aufnahme auch der deutsch-slawischen Erbländer in den deutschen Bundesstaat dringend empfehlen, weil „sonst Oesterreich in eine slawische Monarchie umgewandelt würde," und einen vortheilhaften Zollvertrag versprechen.*) Eötvös hatte im Ministerrathe mit besonderer Wärme die Wichtigkeit einer engeren Verbindung mit Deutschland hervorgehoben, die übrigen Minister, wenn auch aus andern Gründen, ihm zugestimmt. Jener feingebildete Staatsmann erkannte, daß sich Ungarn in demselben Maße, in welchem es sich politisch abschließe, der occidentalen Cultur öffnen müsse, daß der staatlichen Selbständigkeit kleinerer Volksstämme eine schwerere Gefahr durch hochmüthige Absperrung von den Bildungsquellen drohe, als durch die Aneignung fremder Culturelemente, daß der geistigen Impotenz die politische Ohnmacht auf dem Fuße folge. Solche Erwägungen entschieden nun gerade nicht die Ansicht der anderen Minister; doch billigten sie Eötvös' Vorschlag, weil sie in demselben eine brauchbare Waffe gegen das Slawenthum erblickten.

Der gleiche Grund der Selbstvertheidigung näherte auch die einzelnen slawischen Stämme einander. Auf Kosten der slawischen Macht, so meinten sie, wird in Frankfurt der Bau der deutschen Einheit errichtet, selbst das nackte Dasein der Ungarslawen durch den neuerrichteten magyarischen Staat bedroht. Weit zerstreut, jeder einzelne Stamm für sich zu schwach, sind die österreichischen Slawen der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt, wenn sie sich nicht rasch einigen und Alle für Einen, Einer für Alle einstehen. Die Slowaken und Kroaten fühlten den Druck des Feindes am stärksten, bei ihnen nahm der Wunsch eines slawischen Schutz- und Trutzbündnisses am frühesten eine greifbare Form an. Wie die Magyaren eine Verbindung mit Frankfurt anknüpften, so bemühten sich die kroatischen Patrioten, eine Verständigung mit den Czechen herbeizu-

*) L. Szalay, diplomatische Actenstücke zur Beleuchtung der ungarischen Gesandtschaft in Deutschland. Zürich, 1849.

führen. Der Banus Jellačić begrüßte enthusiastisch den böhmischen Nationalausschuß, der Agramer Landtag wies nicht allein slowenischen, sondern auch czechischen Ablegaten Ehrenplätze an, und beschloß die Beschickung des böhmischen Landtages durch kroatische Vertrauensmänner. Slowaken und Kroaten waren es auch, welche den Slawencongreß in Prag in's Leben riefen.*) Iwan Kukuljewic regte in der illyrischen Zeitung den Gedanken einer allgemeinen Slawenverbrüderung an, Ludwig Stur, ein slowakischer Prediger, der ein großes Agitationstalent für unpraktische Zwecke verschwendete, wirkte in Prag persönlich in der gleichen Richtung. Schon in der letzten Aprilwoche trafen die Beitrittserklärungen so zahlreich ein, offenbarte sich allseitig, auch unter den Polen, deren Widerspruch man am meisten gefürchtet, eine so große Theilnahme für den Slawencongreß, daß das Unternehmen gesichert erschien.

Am 1. Mai überraschten die bisher nur geheim thätigen Agitatoren die Welt mit einem pomphaften Aufrufe an die „Slawenbrüder," welcher aber seine Spitze wesentlich gegen das Frankfurter Parlament kehrte. „Dieses besteht darauf, daß der österreichische Staat auf seine Souveränetät verzichte, daß das Kaiserreich mit allen seinen nicht ungarischen Provinzen dem deutschen Bundesstaate beitrete. Ein solcher Schritt würde nicht nur die Einheit Oesterreichs, sondern auch die Selbständigkeit der slawischen Volksstämme vernichten. An uns ist es, männlich zu schützen, was uns das Heiligste ist, uns mit einander zu verständigen und gemeinschaftlich zu berathen, was das Beste unserer Nation erfordert." Handelte es sich in der That nur um eine Verwahrung gegen das Frankfurter Parlament, so drohte allerdings dem conservativen Interesse durch den Slawencongreß keine Gefahr. Wer bürgte aber dafür, daß das „Beste der slawischen Nation" nicht noch anderen Plänen als Schild diene, nicht etwa eine Slawisirung Oesterreichs bedinge? Was hatten Serben, Ruthenen mit einem Proteste gegen das Frankfurter Parlament zu schaffen, wie konnte man die Einladung auch „nicht österreichischer Slawen" zur Theilnahme am Congresse begründen? Die Czechen, durch die Entwickelung der Verhältnisse mit der Regierungspartei augenblicklich enger verknüpft, fürchteten für den Erfolg ihrer Politik, wenn der Verdacht radicaler Pläne Wurzeln faßte. Sie veröffentlichten daher zur Beruhigung ihrer nichtslawischen Landsleute ein Glaubensbekenntniß (5. Mai), in welchem sie ihre treue Anhänglichkeit an die Dynastie versicherten, die Behauptung, als ob sie dem Panslawismus huldigten, im russischen Solde

*) Vergl. die officielle Zprawa o sjezdu slowanském. w Praze, 1848; Jordan, Actenmäßiger Bericht über die Verhandlungen des ersten Slawencongresses, Prag 1848; Malisz, der Slawencongreß in Prag, Mannheim 1848 und Bakunin's im Dziennik domowy (Juli 1848) abgedrucktes Programm der neuen slawischen Politik. Als Hauptorgan, um ihre Phantasien in Deutschland zu verbreiten und ihre Ansprüche gegen die Deutschen zu vertheidigen, benutzten die Slawen Ruge's Reform.

thätig wären, grob zurückwiesen, nichts als die Gleichberechtigung aller Nationalitäten in Oesterreich anzustreben vorgaben und den wesentlich conservativen Charakter des Congresses, der nur „die Integrität und Souveränetät des Kaiserstates schirmen will," betonten. Es gelang ihnen in der That, namentlich in adelichen Kreisen Anhänger zu gewinnen. Der Gubernialpräsident, Graf Leo Thun, nahm an der vorberathenden Versammlung regen Antheil, zahlreiche Repräsentanten der ältesten und edelsten Geschlechter, — zwei Fürsten Schwarzenberg, drei Grafen Harrach, zwei Grafen Czernin, zwei Grafen Waldstein, ein Chotek, Thun, Kolowrat, Wratislaw u. s. w. ließen ihre Namen in die Listen des Congresses eintragen.

Nur das ungarische Ministerium ließ sich durch den Schein harmloser Loyalität nicht täuschen. Es war überzeugt, daß bei allem träumerischen Wesen der Plan des Slawencongresses doch eine praktische Seite darbiete, es fürchtete, daß zwar der allgemeine Slawenbund ein leeres Project bleiben, dagegen der Widerstand der Kroaten einen greifbaren Schutz finden werde. Sobald der Aufruf zum Slawencongreß in Pesth bekannt wurde, theilte Batthyány dem ungarischen Minister des Aeußern in Wien, dem Fürsten Esterházy, seine Bedenken mit. Es sei kein Zweifel, daß der Congreß den Rebellen in Ungarn Vorschub leisten werde; könne man denselben auch nicht vollständig hintertreiben, so lasse sich doch so viel erreichen, daß er seines panslawistischen Charakters entkleidet, zu einer rein czechischen Provinzialversammlung herabgesetzt werde. Er empfahl Esterházy, bei dem österreichischen Ministerium für ausgedehnte Zugeständnisse an die Polen das Wort einzulegen, damit „sie nicht zur Erreichung ihrer Wünsche in dem Bunde mit anderen Slawenstämmen eine Stütze suchen." Die magyarischen Staatsmänner hatten von den großen Mühen erfahren, welche es gekostet hatte, die Polen für den Slawencongreß zu gewinnen, sie wußten, daß nur eine vom Fürsten Lubomirski geleitete Fraction sich mit den Czechen verständigt habe und auch diese keinen übermäßigen Enthusiasmus für die engumschriebenen Pläne der ersteren mitbringe. Gelang es, die Polen vom Besuche des Congresses zurückzuhalten, so war nicht allein die Allgemeingültigkeit der Congreßbeschlüsse verloren, sondern auch der liberale Schein der Versammlung zerstört. An den Czechen klebte das spießbürgerliche Wesen, das nicht erwärmt und nicht fesselt; bei den Kroaten und Südslawen überhaupt dachte man an kräftige Natursöhne, tapfere Barbaren; das Bild moderner Freiheitshelden in ihnen verkörpert zu schauen, wollte der Phantasie nimmermehr glücken. Dagegen umwehte die Polen noch immer in weiten Kreisen der Nimbus ritterlichen Freiheitssinnes, sie allein waren von der Abneigung, welche Deutsche gegen das Slawenthum fühlten, ausgeschlossen, sie allein konnten die Vermittelung mit den deutschen, den französischen Demokraten übernehmen.

Das Wiener Ministerium hörte auf den Rath der ungarischen Regierung nicht. Der Slawencongreß berührte die Verhältnisse der Hauptstadt nicht, welche allein für die Beschlüsse Pillersdorff's maßgebend waren; die Polen, Dank Stadion und den Ruthenen, wagten nicht mit der gleichen Zudringlichkeit, wie die anderen Stämme, in Wien zu fordern und zu bitten, Pillersdorff aber ließ sich Zugeständnisse wohl abpressen, sie freiwillig, aus kluger Berechnung zu gewähren, stand ihm fern. So ging in Erfüllung, was die Magyaren gefürchtet hatten. Die Polen betheiligten sich am Slawencongreß; selbst die demokratische Partei beschloß, sich zu demselben freundlich zu stellen, und ihn unter Umständen als Werkzeug zu benutzen. Seit den letzten Maitagen brachte jeder Eisenbahnzug zahlreiche Theilnehmer, aus den böhmischen Landstädten, aus Mähren und Schlesien, aus der Slowakei, aus Galizien, Kroatien und dem Banat. Auch Posen, auch das serbische Fürstenthum hatten ein Contingent geliefert, Rußland war wenigstens durch einen Mann, den Flüchtling Bakunin, vertreten. Nach dem officiellen Programme sollten freilich die nicht österreichischen Slawen nur als Gäste betrachtet werden. In Wirklichkeit jedoch übten gerade sie auf die Verhandlungen den größten Einfluß. Die Geschäftsordnung entwarf ein Lausitzer, die Grundzüge zu den wichtigsten Denkschriften lieferte ein fürstlich serbischer Beamter, Namens Zach, und Libelt aus Posen, das größte Leben in die vertraulichen Sectionssitzungen brachte der Russe Bakunin. Am zweiten Juni, nachdem alle Vorbereitungen geschlossen waren, wurde endlich der Slawencongreß feierlich eröffnet.

Aus Höflichkeit für die Czechen, welche sich für die Verwirklichung der Congreßidee am meisten bemüht, aus Rücksicht auch auf die österreichische Regierung, war Prag zum Congreßorte gewählt worden. Am Tage der Eröffnung merkte man erst, wie wenig die alte, halb deutsche, halb slawische Königsstadt zu dieser Bestimmung paßte. Als der lange, seltsam costümirte Zug sich durch die Straßen bewegte, voran ein Sängercorps, zu dessen Liedern Bewaffnete mit den Schwertern den Tact schlugen, dann paarweise die Mitglieder des Congresses, der Mehrzahl nach in Tracht und Körperbildung an den Orient erinnernd, ertönte aus den Reihen der dichtgedrängten, neugierigen Zuschauer auch nicht ein freundlicher Zuruf, wurde keine sympathische Begeisterung laut. Die czechischen Sudenten, welche das Ehrengeleite bildeten, mußten ihr Lärmen verdoppeln, um die unheimliche Stille nicht allzubemerkbar werden zu lassen. Auch das konnte als bedenkliches Zeichen gelten, daß im letzten Augenblicke der Präsident des provisorischen Comité's, Graf Joseph M. Thun, zurücktrat. Der mehr eitle als ehrgeizige Mann schien zu ahnen, daß der Slawencongreß den Schein österreichischer Loyalität nicht lange wahren, die Theilnahme an demselben keineswegs eine bequeme Stufe, um zur Regierungsmacht zu gelangen, bilden werde. Im

Versammlungslocale wurden nach den einleitenden Worten des definitiven Präsidenten Palazky noch sieben lange Reden in den verschiedensten slawischen Sprachen und Dialekten gehalten. Boshafte Zungen behaupteten, um sich gegenseitig verständlich zu machen, hätte man sich der Vermittelung der deutschen Sprache bedienen müssen. Das ist erlogen. Kein deutscher Laut wurde, so lange der Slawencongreß dauerte, vernommen. Ob aber die 340 Theilnehmer am Slawencongresse*), namentlich die 237 Mitglieder der czechischen Section — unter diesen, um den Charakter des Jahres 1848 festzuhalten, auch zahlreiche Studentendeputirte — aller slawischen Sprachen gleichmäßig mächtig waren, muß man freilich bezweifeln. Doch hemmte dieses die Wirksamkeit des Congresses nicht, welcher den Hauptnachdruck auf die privaten Ausschußsitzungen legte, die Generalversammlungen als eine bloße Prunksache betrachtete. In die Hand einiger wenigen Vertrauensmänner war nach der klug ausgearbeiteten Geschäftsordnung die ganze Wirksamkeit gelegt, die große Masse der übrigen Mitglieder mußte sich damit begnügen, heilige Messen, auf öffentlichen Plätzen und in Kirchen, nach griechischem und lateinischem Ritus gelesen, anzuhören, Ballfesten beizuwohnen und durch schmucke Tracht und reiche Waffe die Aufmerksamkeit, besonders der Straßenjugend, zu erregen.

Die Gegenstände der Verhandlungen hatte bereits das provisorische Comité festgestellt, Inhalt und Reihenfolge der Beschlüsse vorbereitet. Zuerst sollte die Stellung der Slawen zum österreichischen Staatswesen erörtert werden. „Wir Slawen dürfen nicht ruhige Zuschauer bei Begebenheiten bleiben, welche die Existenz der Monarchie in Frage stellen und uns am Ende selbst in den Abgrund der Vernichtung reißen, wenn wir nicht außerordentliche Anstrengungen machen. Auf die Minister ist kein Vertrauen zu setzen, sie haben keinen Einfluß bei Hofe, sie hegen eine exclusive deutsche Gesinnung und unterordnen sich einer slawenfeindlichen Partei. Es ist überhaupt zu bezweifeln, ob jetzt dieses oder jenes Ministerium die Monarchie zu retten vermag. Die Rettung liegt allein in einem innigen Anschlusse der Völker aneinander. Die Völker müssen erkennen, daß ihre staatliche Existenz wie ihre constitutionelle Freiheit nur dann gewahrt sei, wenn sie sich zu einem österreichischen Bundesstaate vereinigen. Wir schlagen daher den slawischen Völkern der Monarchie vor, in einen Volksbund zu treten, unter sich ein Schutz- und Trutzbündniß abzuschließen und die österreichische Monarchie als Bundesstaat wieder aufzubauen." Das klang so, als ob die Slawen allein über Oesterreich zu verfügen hätten. Um die Furcht zu beschwichtigen, als wollten die Slawen nun ihrerseits die Politik der Unterdrückung, über welche sie

*) Der Congreß theilte sich in drei gleichberechtigte Sectionen: die südslawische (42 Mitglieder), die polnisch-ruthenische (62 Mitglieder) und die czechoslawische Section (237 Mitglieder). In der letzteren traf man auf sehr viele Namen conservativen Klanges.

selbst sich bisher am heftigsten beschwert hatten, üben, gab der Congreß im zweiten Programmpunkte eine ausführliche Aufklärung über die Stellung der Slawen zu den nichtslawischen Völkern der Monarchie: „Verständigen wir uns auf einem Völkertage in Wien durch eine gleiche Anzahl von Vertretern über unsere gemeinschaftlichen Völkerinteressen.“ Als selbstverständlich wurde angenommen, daß die Magyaren sich zu den Grundsätzen nationaler Gleichberechtigung bekennen, auch den slawischen Idiomen in Amt und Schule und auf dem Landtage gleiche Geltung mit der magyarischen Sprache zugestehen. „Das Verständniß mehrerer Sprachen gehört in allen österreichischen Ländern zu den unabweisbaren Bedingungen für Jene, welche sich dem öffentlichen Leben zuwenden. — Sollten die Magyaren dieser billigen Forderung widerstreben, sollte es zu einem blutigen Kampfe zwischen ihnen und den Südslawen kommen, so erklären wir feierlich, daß wir für unsere Stammgenossen Partei nehmen werden.“ Der dritte Punkt des Programmes beschäftigte sich mit den Verhältnissen der nicht österreichischen Slawen. „Zwischen Polen und Russen handelt es sich hauptsächlich um die Gleichstellung beider Nationalitäten. Ist dieses eingetreten und auch Rußland zu einer liberalen Politik bekehrt, so folgt ein innigeres Verständniß zwischen diesen beiden mächtigen Völkern von selbst nach.“ Dem türkischen Reiche wurde sein nahes Ende angekündigt. „Haben die Slawen in der Türkei ihre Unabhängigkeit erkämpft, dann umschlingt auch sie das brüderliche Band eines slawischen Bundesstaates.“ Dem „aufgeklärten Sachsenvolke“ wurde die Erwartung ausgesprochen, es werde die Lausitzer Nationalität nicht ferner unterdrücken, das gleiche Ansinnen an Preußen gestellt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Pflege slawischer Kunst und Wissenschaft, die Gründung slawischer Akademien und Universitäten, die Einführung slawischer Gelehrtencongresse warm empfohlen. Der vierte Punkt enthielt einen scharfen Protest gegen das Frankfurter Parlament. „Nie und nimmer wollen wir die Souveränetät Deutschlands über uns dulden, nie den Frankfurter Beschlüssen eine bindende Kraft für uns zuerkennen.“

Am dritten Juni begannen die Sectionsberathungen über das Programm. Kaum angefangen, zeigten sie die gänzliche Unbrauchbarkeit des letzteren. Die czechische Section, in welcher die Slowaken das große Wort führten, faßte eine volltönende Resolution, welche aber bei dem Mangel eines Executivorgans eben nur die Luft erschütterte: „Die versammelten Abgesandten der slawischen Gemeinden und Völkerschaften treten auf der Basis der constitutionellen Freiheiten in einen Verein zur Wahrung ihrer Nationalität, und wollen zu diesem Zwecke alle Mittel gebrauchen, welche einer gesetzlich errichteten Verbindung zum Schutze angeborener Rechte gegen die Bedrücker möglich und giltig sind.“ Die serbisch-kroatische Section verfiel in den entgegengesetzten Fehler. Sie verlangte, aufgeregt durch schlimme Nachrichten aus dem Banate, von dem Slawen-

congresse eine unmittelbare Intervention in dem Streite mit der ungarischen Regierung. Der Kaiser müsse die Karlowitzer Beschlüsse unbedingt sanctioniren und um dieses zu erreichen, eine große slawische Gesandtschaft augenblicklich nach Innsbruck abgehen. Abgesehen davon, daß die Ruthenen und Polen die gleiche Forderung an den Congreß stellen und ihn dadurch in einen unentwirrbaren Widerspruch verwickeln konnten, erhielt der Congreß durch den serbischen Beschluß einen einseitig österreichischen Charakter. Ein solcher war wohl ursprünglich angesprochen, durch den Einfluß der Posener Abgeordneten und Bakunin's diese Beschränkung jedoch längst beseitigt worden. Der Congreß gerieth in Gefahr, je nachdem er den slowakischen Predigern oder den serbischen Popen folgte, sich theils in philosophischen Nebel zu verlieren, theils auf einem allzubeschränkten Boden seine Beschlüsse zu bauen. Ein Posener Abgeordneter, der übrigens auch im Frankfurter Parlamente saß, Libelt, zerschnitt den Knoten, indem er am 7. Juni den Antrag auf vollständige Verwerfung des so mühevoll vollendeten Programmes stellte und einen neuen Entwurf vorlegte. Nach seiner Ansicht kam der Congreß seiner Aufgabe, die Einheit der Slawen und mit der Einheit ihre weltherrschende Macht vorzubereiten, näher, wenn er eine stetige Agitation unterhielt, als wenn er die Bedingungen eines Trutz- und Schutzbündnisses erörterte, zu dessen Abschlusse es an Vollmachten gebrach, zu dessen Verwirklichung jede Handhabe fehlte. Er empfahl den periodischen Zusammentritt des Congresses (jährlich zweimal) und die Gründung eines ständigen Ausschusses zur geregelten Verwaltung der Geschäfte. An die Stelle des nichtssagenden Glaubensbekenntnisses sollte ein Manifest an die europäischen Völker treten, ihre Sympathien, vielleicht auch ihre Leidenschaften unmittelbar angerufen werden. Wolle man noch ein Uebriges thun, so überreiche man dem Kaiser eine Petition, welche die Beschwerden und Wünsche eines jeden einzelnen slawischen Stammes darlegt und namentlich für die polnischen und russischen Flüchtlinge Gastfreundschaft in Oesterreich fordert. Man sieht, daß Libelt eine größere Uebereinstimmung der Wirksamkeit des Congresses mit den allgemeinen demokratischen Grundsätzen erreichen, die Versammlung in Prag zu Gunsten einer Partei ausnützen wollte, welche zwar mit den Czechen das Frankfurter Parlament haßte, — die Mehrheit desselben hielt ihr allzustark an der Macht der kaiserlichen Traditionen fest, — mit den Kroaten dem Ministerium Batthyány abhold war, — in demselben hatte nach ihrer Meinung das aristokratische Element ein unberechtigtes Uebergewicht, — welche aber das Betonen des nationalen Standpunktes überhaupt als eine politische Beschränktheit betrachtete und sich in einem wenig fruchtbaren Kosmopolitismus gefiel. Daß Libelt's Intentionen in der That diesem Zwecke entgegensteuerten, beweist die Skizze, welche er von dem Manifeste lieferte. Nichts kommt in derselben vor, was nicht ebenso gut wie die Slawen jeder andere

Volksstamm begehren konnte, alle Punkte sind erwähnt, welche der demokratischen Partei des Continentes am Herzen lagen. Wäre Libelt nicht der bekannte Verfasser des Entwurfs, so könnte man ihn mit Fug und Recht Mazzini oder Pierre Leroux oder Fröbel zuschreiben. Er predigt die Lehre von der absoluten Souveränetät des Volkes, erklärt die Frage nach der Staatsform, ob monarchisch oder republicanisch, für gleichgiltig, wenn für dieselbe nur die Sanction durch den Volkswillen vorliegt, und ergeht sich dann in einer Aufzählung der Menschenrechte, welche die ideale Gesellschaft jedem Individuum garantirt. Die Entwürfe Libelt's fanden allgemeine Zustimmung, die Wendung zur Demokratie namentlich unter allen jüngeren Mitgliedern großen Beifall. Das neue Libelt'sche Programm wurde am 7. Juni angenommen, auf seiner Grundlage in den Sectionen vom 7. bis 10. Juni verhandelt. Palazky erhielt den Auftrag, das Manifest an die europäischen Völker endgiltig festzustellen.

Schwer mochte es dem im Herzensgrunde conservativ gesinnten czechischen Historiker werden, sich den Weisungen eines Libelt, Bakunin, Zach fügen zu müssen. Sie stimmten keineswegs mit den ursprünglichen Tendenzen des Congresses überein; sie sicherten zwar demselben das Wohlwollen der Demokraten, zerrissen aber das Band zwischen der czechischen Partei und der österreichischen Regierung. Sie mochten die Macht der Slawen in ferner Zukunft wirksam vorbereiten, vernichteten aber augenblicklich alle Hoffnungen, welche die czechischen Führer auf die Freundschaft des Adels und des Hofes setzten. Auf der anderen Seite durfte der Welt auch nicht das Schauspiel der Zwietracht geboten, nicht die Einheit der Slawenstämme mit Uneinigkeit und Streit begonnen werden. Nachdem sich einmal die Mehrheit der Mitglieder dem polnischen Einflusse untergeordnet hatte, mußten die Bedenken jedes Einzelnen verschwiegen bleiben. Auch Palazky gab nach, nur daß er in dem Manifeste zu den Grundsätzen der demokratischen Politik — unvermittelt und unverbunden — noch einzelne czechische Lieblingsmeinungen hinzufügte. Seltsam genug nahm sich neben der Phrase am Anfange und Ende des Schriftstückes: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, der Ausdruck leidenschaftlichen Racenhasses aus. „Die romanischen und germanischen Völkerstämme, einst als gewaltige Eroberer in Europa berühmt, haben mit der Kraft ihrer Schwerter für ihre Herrschsucht mannichfache Befriedigung sich zu verschaffen gewußt. Ihre Staatskunst stützte sich zunächst auf das Recht des Stärkeren, nahm die Freiheit nur für die höheren Stände in Anspruch, regierte mittelst Privilegien und erkannte den Volksmassen nur Pflichten, keine Rechte zu. Der freie Brite versagt dem Irländer die volle nationale Ebenbürtigkeit, der Deutsche droht slawischen Volksstämmen mit Zwang, der Magyare scheut sich nicht, das Recht der Nationalität in Ungarn nur für seine Race anzuerkennen." Mit demselben Athemzuge wurde die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und das

höhere Wesen der slawischen Natur, welcher der Freiheitssinn angeboren, schnöde Selbstsucht gänzlich unbekannt ist, ausgesprochen. Diese Widersprüche traten aber gegen den blendenden Schlußsatz in völliges Dunkel, welcher der entschiedensten demokratischen Anschauung huldigte: „Wir, die wir die Jüngsten, doch nicht die Schwächeren, auf der politischen Bühne Europa's wieder erscheinen, tragen sofort auf die Beschickung eines allgemeinen europäischen Völkercongresses zur Ausgleichung aller internationalen Fragen an; denn wir sind überzeugt, daß sich freie Völker leichter unter einander verstehen, als bezahlte Diplomaten."

Das Manifest an die europäischen Nationen bildet das einzige officielle Resultat des Slawencongresses. Die Verhandlungen über die anderen Fragen wurden abgebrochen, ehe sie noch zu einem festen Abschlusse gelangten. Sie forderten ihrer Natur nach eine längere Zeit. Die Mission des Slawencongresses konnte nur dann als vollendet gelten, wenn es gelang, alle Slawenstämme auf eine solidarische Gemeinschaft in ihrem politischen Verhalten zu verpflichten. Die Möglichkeit, als ein Körper aufzutreten, gaben alle Mitglieder bereitwillig zu. Die romantische Träumerei der Einen, die revolutionäre Leidenschaft der Andern ließ sie die tiefe Kluft, welche das verschiedene religiöse Bekenntniß zwischen Ost- und Westslawen schuf, übersehen, die thatsächlich vorhandenen sprachlichen Schranken verleugnen. Weil philologisch Gebildete die einzelnen Idiome bis zu einem gewissen Grade beherrschten, wurde die Gemeinverständlichkeit derselben angenommen. „Es giebt nur unbedeutende Schattirungen einer einzigen Sprache, deren Grenzen vom adriatischen und schwarzen Meere bis zum weißen Meere und den sibirischen Feldern reichen." Ueber den Inhalt der slawischen Zukunftspolitik gingen jedoch die Meinungen weit auseinander. Nach Bakunin's Grundlinien der neuen slawischen Politik sollte ein slawischer Rath eingesetzt werden, welcher als höchste Regierung und oberstes Gericht für alle Slawen fungirte, welchem allein das Recht der Kriegserklärung zustand und unbedingter Gehorsam der verbündeten Völker gebührte. Die letzteren durften keine Allianz mit fremden Nationen eingehen, wie auch kein slawisches Militär einer fremden Macht ferner dienen, die Diplomatie überhaupt aufhören sollte. Für alle diese Opfer wurden sie wieder durch eine ausgedehnte Autonomie in allen inneren Angelegenheiten entschädigt. Da sich die Slawen an den Kämpfen der anderen Nationen nicht betheiligten, ein Bruderkrieg undenkbar erschien, es wenig oder gar nichts im alten Sinne zu regieren gab, so erlitten auch die Befugnisse der Centralgewalt eine große Beschränkung.

Kein solches Utopien ersann Libelt. Aber auch ihm dünkten die politischen Grenzen, welche gegenwärtig die slawischen Stämme trennten, bedeutungslos, der Umstand, daß es unter den Slawen russische, preußische, österreichische und türkische Unterthanen gab, vollkommen gleichgiltig, auch nach Libelt's Theorie sollte eine gemeinsame Organisation alle Slawen unterschiedslos umspan-

nen. Ein anderes Mitglied, Namens Zach, in Belgrad ansäßig, hielt wieder ausschließlich das Interesse des serbischen Fürstenthumes maßgebend. Da dasselbe sich gern auf eine Schutzmacht gestützt hätte, zur wirksamen Unterstützung der serbischen Pläne die Kräfte Oesterreichs ungetheilt bleiben mußten, so empfahl er eine Föderation aller österreichischen Stämme, Deutsche und Magyaren mit eingeschlossen. Man sieht, daß bald diplomatischer Dilettantismus, bald revolutionäre Speculation diese Entwürfe eingaben. Welche Partei schließlich den Sieg errungen hätte, läßt sich nicht bestimmen, da keiner der vorgelegten Entwürfe zur Vollberathung gelangte.

Wenigstens einen Schritt dem Ziele näher brachte es der Slawencongreß in der Verhandlung über den zweiten Punkt des Libelt'schen Programmes. Der Inhalt der Petition, welche dem Kaiser im Namen des Congresses überreicht werden sollte, wurde im Ausschusse festgestellt, dieselbe bis auf die stilistische Redaction von Lubomirski und Helcelet vollendet. Nach der einleitenden Betrachtung, daß „Oesterreichs Großmacht insbesondere auf der freien Entwickelung der slawischen Nationalitäten beruhe," ging die Petition auf die Forderungen der einzelnen slawischen Provinzen und Stämme ein. Die Czechen erklärten sich durch das Patent vom 8. April vollkommen befriedigt, und verlangten nur noch die Unterordnung Mährens unter die böhmischen Centralbehörden und einen gemeinschaftlichen Landtag für beide Länder. Den Slawen in den nördlichen Comitaten Ungarns sollte das Recht, einen Nationalcongreß zu bestellen, eingeräumt, die Pflege ihrer Volksthümlichkeit in den Schulen gesichert werden. Im Namen der Slowenen wurde die Bitte um die Errichtung eines „Königreiches Slowenien" ausgesprochen. Alle Slowenen in Steiermark, Kärnthen, Krain und im Litorale fallen diesem neuen Kronlande zu, dessen Regierung in Laibach ihren Sitz hat. In Bezug auf die Serben und Kroaten begnügte sich der Slawencongreß die Bestätigung der Carlowitzer Beschlüsse und der vom Banus getroffenen Anordnungen zu fordern.

Am längsten währte es, ehe man sich über das künftige Schicksal Galiziens einigte. Die Feindschaft zwischen Polen und Ruthenen hatte die politische Bewegung in Galizien gehemmt, sie drohte, auch die Wirksamkeit des Slawencongresses zu unterbinden. Dieser predigte Gleichheit und Brüderlichkeit für die ganze weite Welt und konnte nicht einmal den eigenen Familienzwist lösen, er sprach den Slawen die Freiheitsliebe als eine Naturgabe zu, und doch klagten die Ruthenen über die grausame Bedrückung, welche sie, ihr Eigenthum, ihre Sprache, ihr Glauben durch die aristokratischen Polen erlitten und schimpften die Polen auf die knechtischgesinnten Ruthenen, deren Anhänglichkeit an die Regierung auch die Märzstürme nicht erschüttern konnten. Wäre es nach dem Herzenswunsche der Polen, die zuerst Revolutionäre und nur in zweiter Linie Slawen waren,

gegangen, so hätten die Ansprüche der Ruthenen keine Rücksicht erfahren. Theils das Drängen der Czechen, theils die Erwägung, daß es sich zunächst darum handeln mußte, der österreichischen Regierung alle Machtquellen zu entziehen, brachte die Polen zur Nachgiebigkeit, obgleich sie auf dem Congresse das numerische Uebergewicht über die Ruthenen besaßen. Sie willigten ein, mit den Ruthenen einen wechselseitigen Vertrag zur Sicherung ihrer Nationalitäten einzugehen. Die Gleichberechtigung der polnischen und ruthenischen Sprache in Schule und Amt wurde anerkannt, die Entscheidung, welche von beiden gelten solle, in jedem einzelnen Bezirke von der Sprache der Mehrheit abhängig gestellt. Durch diese Zugeständnisse beruhigt, willigten die ruthenischen Abgeordneten in einen gemeinsamen Landtag und verzichteten auf die administrative Theilung Galiziens in eine polnische und ruthenische Hälfte. Den Vertrag übergab der Slawencongreß dem Kaiser zur Bestätigung mit der weiteren Bitte, Galizien eine ähnliche Verfassung zu verleihen, wie sie Böhmen durch das Patent vom 8. April besaß, und die gegenwärtigen Beamten durch andere, welche „das allgemeine Vertrauen aller Volksklassen genießen," zu ersetzen.

Die Vertrauensmänner des Congresses waren mit der endgiltigen Ordnung dieser Schriftstücke beschäftigt, sie trafen eben die Anstalten zur letzten Generalversammlung, als am Pfingstmontage (12. Juni) ein Aufstand in den Straßen von Prag losbrach und dem Slawencongreß ein vorzeitiges Ende bereitete. Die Mitglieder desselben flüchteten eilig vom Schauplatze des Aufruhrs, oder sahen sich, wie die Polen, von der siegreichen Militärbehörde gewaltsam vertrieben, zahlreiche Urkunden wurden vernichtet oder confiscirt und der Oeffentlichkeit wohl für immer entzogen. Die unmittelbare Aufeinanderfolge des Congresses und des Aufstandes machte auch einen innern Zusammenhang zwischen denselben glaubwürdig und ließ in den Augen Vieler die Barrikaden als die Frucht, ja als das Ziel der slawischen Versammlungen erscheinen. So fest diese Annahme in der Ueberzeugung der Conservativen und der Deutschen wurzelte, ebenso beharrlich wurde ihr namentlich von den Czechen widersprochen. Sie wiesen auf den groben Schaden hin, welchen gerade ihre Bestrebungen durch den Aufruhr erlitten, sie beriefen sich auf die traurigen Folgen des Straßenkampfes für den Slawencongreß. Derselbe wurde gesprengt, in einem Augenblicke zum Schweigen verurtheilt, wo er die Welt von allen Vorurtheilen bekehrt, seine großartige, segensreiche Wirksamkeit geoffenbart hatte. Nur die Feinde der Slawen besaßen ein Interesse, dieses zu verhindern, nur von ihnen konnte der Aufstand angezettelt sein. Sie führten nicht blos die Logik zu ihren Gunsten an, sie behaupteten auch, den wahren Urhebern auf der Spur zu sein.

Ein schmucker junger Slowake, mit Namen Marcell Turanski, der durch seine schneeweiße Tracht und seinen üppigen Bart die allgemeine

Aufmerksamkeit auf sich gezogen, sogar die Würde eines Fahnenträgers empfangen hatte, war ein magyarischer Späher, von dem ungarischen Ministerium mit der Aufgabe betraut, den Slawencongreß um jeden Preis zu compromittiren. Dieser Turanski reizte zum Aufstande, forderte zum Barrikadenbaue auf, ließ sich dann von den Soldaten fangen und denuncirte die Slawen als Verschwörer. Damit scheint das Ergebniß der officiellen Untersuchung zu stimmen. „Ein Inquisit sagt aus, daß zu Ostern 1847 polnische Emigranten in Eperies einen Geheimbund schlossen, um ein westslawisches Reich zu gründen und Ungarn zu zertrümmern. Ob dieses westslawische Reich die Form einer Monarchie oder einer Republik annehmen werde, darüber standen die Verschwörer mit einem fremden Staate noch in Briefwechsel. Im Jahre 1850 sollte gleichzeitig in Krakau, Agram, Preßburg und Prag ein Aufstand losbrechen. Die Februarrevolution zeitigte rascher diesen Plan und ließ schon im Juni 1848 zur Ausführung schreiten." Diese Anschuldigung war vortrefflich geeignet, eine allgemeine Erbitterung gegen den Slawencongreß zu wecken. Die Conservativen sahen mit Schrecken die radicale polnische Emigration an der Spitze der Bewegung; auf die österreichischen Patrioten wirkte das Project des westslawischen Reiches; die Deutschen und Liberalen mußten über das offenbare Einverständniß mit Rußland entrüstet werden. Aber gerade die tendentiöse Berechnung in den Angaben des „Inquisiten" mußte ihre Grundlosigkeit darthun, wenn nicht die politische Leidenschaft zur Leichtgläubigkeit verleitet hätte.

Die Czechen durften mit vollem Rechte den Verdacht vom Slawencongreß zurückweisen, den Straßenkampf zu den Mitteln seiner Wirksamkeit gezählt, ihn wohl gar beabsichtigt zu haben. Gewiß ist aber auch, daß ohne den Slawencongreß, die durch ihn unwillkürlich bewirkte Aufregung und Spannung der Gemüther, Prag das traurige Schauspiel einer rohen, ohne ein klares Ziel, mit unzureichenden Mitteln unternommenen Empörung erspart worden wäre. Wie in Wien, so fand auch in Prag seit den ersten Maitagen eine allmälige Zersetzung der organischen Staatskräfte statt. Die Behörden versanken nach jedem Versuche, ihre Autorität herzustellen, in eine immer tiefere Schwäche; sie ließen sich gewaltsame Eingriffe selbst in den Gang der Justiz gefallen und sahen ruhig zu, wie die Communalverwaltung in den Händen der Parteien gänzlich zerrüttet wurde. Der Nationalausschuß, bestimmt die Regierung zu unterstützen und den Uebergang aus der alten in die neue Zeit zu vermitteln, hatte schon längst aufgehört, seine Wirksamkeit über das Königreich auszudehnen. Zuerst hatten ihm die Deutschen den Gehorsam versagt; in deutschen Landstädten wurden seine Abgesandten schimpflich verjagt, von der deutschen Bevölkerung überhaupt sein Walten als czechischer Terrorismus dargestellt. Als das Liebäugeln des Nationalausschusses mit den robotpflichtigen Bauern nicht aufhörte, dagegen seine Willigkeit,

den Interessen der Aristokratie zu dienen, nachließ, zogen sich auch die adelichen Mitglieder zurück. Der Protest gegen die Wiener Mairevolution, die Absendung einer Loyalitätsadresse nach Innsbruck bildet den Wendepunkt in der Geschichte des Nationalausschusses. In demselben Augenblicke, wo er als ein Werkzeug der Reaction getadelt wurde, erinnerte er sich wieder seines revolutionären Ursprunges und gestattete den radicalen Elementen einen größeren Einfluß.

Die czechische Abtheilung der Nationalgarde (Swornost) haßte den schwarzrothgoldenen Schmuck der Wiener Bürgerwehr, sehnte sich aber gleichfalls nach einer politischen Rolle, die Prager Studentenschaft zählte in ihrer Reihe grimmige Widersacher der deutschen Fahne, welche die Wiener Aula hoch emporhielt, aber noch ungleich mehr Neider der gefürchteten, mächtigen Wiener Cameraden. Trieb die Bewegung kleinere Wellen, oder gerieth sie gar in Stocken, blieb es bei dem bloßen Neiden und Sehnen, so konnten sie keine Anerkennung ihrer Verdienste erwarten. Als Pfeiler der Freiheit gepriesen zu werden waren sie gewöhnt, als Stützen der Ordnung hätten sie sich in den eigenen Augen lächerlich gemacht. In diesen Kreisen wollte man von einer unbedingten Verdammung der Wiener Vorgänge nichts hören, von der Ausdehnung des Tadels auch auf den Inhalt der „neuen Errungenschaften" nichts wissen. Es sei gut, daß man die Ereignisse im czechischen Interesse verwerthe, zur Lockerung des Verbandes mit Wien benutze, aber die Freiheit dürfe darunter nicht leiden, der Reaction nicht in die Hände gearbeitet werden. Bald waren Verwünschungen der Camarilla, Spott auf die Tiroler in Prag ebenso heimisch, wie in Wien; Volksversammlungen wurden wieder eifriger besucht, radicale Grundsätze mit einer gewissen Auffälligkeit zur Schau getragen.

Um diese Stimmung zu nähren, mußte in denselben Tagen Fürst Alfred Windischgrätz nach längerer Abwesenheit wieder das Militärcommando in Prag übernehmen. Der öffentliche Leumund war dem Manne niemals hold gewesen; er sah in ihm den starren Junker verkörpert, hielt ihn für den unbedingten Gegner nicht nur der freien politischen Einrichtungen, sondern des ganzen modernen Lebens überhaupt, und legte ihm das charakteristische Wort: „der Mensch fängt erst bei dem Baron an," in den Mund. Sein äußeres Auftreten, sein Benehmen gegen Untergebene, die knechtischen Huldigungen, die er von seinen Beamten verlangte, straften jene Vorurtheile nicht Lügen. Dazu kam noch, daß ihm von den Wiener Märztagen her der Ruf eines Volksfeindes anhing. Er hatte am zähesten das alte System vertheidigt, nur mit Widerwillen sich höheren Befehlen gefügt, und nicht mit Waffengewalt die Bewegung erdrückt. Als selbstverständlich wurde angenommen, daß ihn diese erzwungene Entsagung schmerze und er gerne in Prag nachholen möchte, was er in Wien nicht durchführen konnte. Seine Persönlichkeit

forderte an und für sich den politischen Haß heraus, seine Gegenwart in Prag genügte bereits, die Leidenschaften zu entflammen und zu unbesonnenen Entschlüssen zu reizen, zumal Studenten und die jüngeren czechischen Patrioten nach einem Anlasse aussahen, ihren politischen Freimuth zu beweisen, die ärgerlichen Vorwürfe, als wären die Czechen ein gefügiges Werkzeug der Reaction, zu zerstreuen.

Der Slawencongreß dämpfte die vorhandene Aufregung nicht. Vom Morgen bis zum Abend rasselten die czechischen Studenten und die Mitglieder der Swornost — die Ehrenwache des Congresses — mit den Waffen, täglich sangen sie — zum Theil nach italienischen Opernmelodien — glühende Freiheitslieder. Sie hörten in jeder Sitzung Redner die slawische Stärke preisen, die unüberwindliche Macht der vereinigten freien Völker behaupten, die Feinde der Slawen verfluchen. Das vorsichtige, in diplomatischen Windungen sich gefallende Wesen der älteren Czechenführer mißfiel ihnen in hohem Grade, desto größere Verehrung zollten sie den Polen, von welchen Manche eben vom Schlachtfelde zurückgekehrt waren, Andere erst kürzlich den Kerker verlassen hatten. Sie mußten demüthig horchen, sie konnten den Erzählungen von polnischen Großthaten nicht Proben czechischer Tapferkeit entgegenhalten, den Schilderungen vom Siegesmuthe der Kroaten und Serben nichts Aehnliches zur Seite stellen. Es bedurfte gar nicht der Spottreden demokratischer Polen über die nach Innsbruck entsendete Loyalitätsdeputation, über die seltsame Vorliebe für die schwarzgelben Farben, um die czechische Jugend aufzustacheln und zu irgend einem vorlauten Streiche zu reizen. In demselben Maße, als die letztere sich erhitzte, prahlte und drohte, steigerte sich auch die Angst der conservativen Deutschen. Sie traten zu einem Vereine für Ruhe und Ordnung zusammen und blickten hilfesuchend zum Fürsten Windischgräz empor, der es bei der offenbaren Schwüle der politischen Atmosphäre für seine Pflicht hielt, einzelne Vorsichtsmaßregeln zu treffen und die im Ganzen geringe Zahl der verfügbaren Truppen in Bereitschaft zu halten. Die Einrichtung eines Vereines für Ruhe erklärten die czechischen Studenten und die mit ihnen verbundenen Kleinbürger für eine Provocation, die nicht geduldet werden könne, die Maßregeln des Generals für eine Beleidigung des Slawencongresses. In einer Winkelversammlung der Studenten wurde beschlossen, den Fürsten Windischgräz zur Zurücknahme derselben zu zwingen, ihm überdies eine bespannte Batterie und 60,000 Patronen für die Studentenlegion abzufordern. Eine Deputation überbrachte ihm am Pfingstsonntage (11. Juni) dieses förmliche Ultimatum und überhäufte den General, als er das Begehren kurz abschlug, mit Schmähworten. Nach diesem Vorfalle mußte man in jedem Augenblick einen feindlichen Zusammenstoß erwarten. In den Soldatenkreisen hatte man schon längst das prahlerische Säbelklirren der Studenten mit großem Aerger betrachtet, die Beleidigung des Gene-

rals schürte das Feuer. Die Studenten dagegen bemühten sich, das Gefühl der Demüthigung über das kategorische Nein des Fürsten Windischgräz durch verstärktes Pochen auf ihre Stärke und lärmende Drohungen zu beschwichtigen. Zu einer ruhigen Ueberlegung der Sachlage kamen sie aber nicht, an ein planmäßiges Vorgehen dachten sie gleichfalls nicht.

Am nächsten Morgen (12. Juni) sammelte sich eine große Volksmenge auf den Straßen. Nach der leidigen Unsitte der Slawen, Religion und Politik zu mischen, die politische Agitation durch kirchlichen Fanatismus zu stützen, wurde abermals, wie an früheren Sonntagen, auf offenem Markte eine Messe gelesen. Das Gerücht verbreitete sich, ein Verbrüderungsact zwischen Studenten und Arbeitern gegen das Militär und die Deutschen werde daselbst vollzogen, und da man an theatralische Scenerien bei dem Slawencongresse gewohnt war, wurde es willig geglaubt. Nach der Messe zogen die Theilnehmer singend und schreiend durch die Straßen und an dem Hause des Fürsten Windischgräz vorüber, aus welchem in demselben Augenblicke eine Deputation des Vereins für Ruhe und Ordnung heraustrat. Ob ihr Anblick einzelne Exaltirte veranlaßte, eine Katzenmusik anzustimmen, oder ob nur irrthümlich die Gesänge für ein Charivari gehalten wurden; die im Hofe des Hauses aufgestellte Schutzwache glaubte, daß eine feindselige Demonstration gegen den Fürsten im Werke sei, rückte vor und zerstreute mit Waffengewalt den Volkshaufen, der sich eilends flüchtete und unter dem Rufe: man mordet uns, zum Barrikadenbau aufforderte. So begann der Pfingstaufstand.

„Ein zufälliges Ereigniß ward Veranlassung zum Barrikadenbau," erzählte der erste officielle Bericht und trat dadurch selbst den späteren Behauptungen von einer „weitverzweigten Verschwörung," von einer „gewaltigen, lange vorher vorbereiteten Revolution" entgegen. Das Zufällige und Unerwartete des Ausbruches bewies auch der Charakter des Kampfes in den ersten zwei Tagen. Die Soldaten sammelten sich erst nach mehreren Stunden von ihrer Ueberraschung, und ließen es auch dann noch an einem planmäßigen Angriffe fehlen. Sie räumten die nächstgelegenen Hindernisse der Communication weg, sie schossen, wo sich ihnen Gegner in den Weg stellten oder wo sie solche vermutheten, trafen aber zu einer raschen und umfassenden Bewältigung des Aufstandes keine oder schlechte Anstalten. Es hatten sich allerdings auf den Ruf: die Grenadiere morden uns! in allen Stadttheilen Barrikaden erhoben; sie dienten aber, wie schon ihre Beschaffenheit und ihre Anhäufung nicht an den bedrohten Punkten, sondern im Innern des Straßennetzes zeigte, weniger zur Abwehr des Feindes, als vielmehr zur Absperrung der Häuser. Unter den Barrikadenbauern gab es nur wenige, welche an etwas Anderes, als an die Sicherung des Lebens und des Eigenthums dachten, unter den Barrikadenkämpfern keinen einzigen, welcher sich von einer politischen Ueberzeugung leiten ließ. Augenblickliche Aufwallung gab den Einen die

Waffen in die Hand, die Anderen und zwar die überwiegende Mehrzahl beherrschte der blinde Nachahmungstrieb. Sobald Einer rannte, liefen die Uebrigen nach, wie Einer zum Gewehre griff, holten auch die Anderen, von der Aufregung angesteckt, ihre Waffen. Unter diesen Umständen hatten die Soldaten keinen energischen Widerstand zu fürchten. Nach einem kurzen Kampfe fiel die Hauptstraße, welche die enge winkelreiche Altstadt von der regelmäßigen Neustadt scheidet, in ihre Gewalt, und war die Verbindung mit dem anderen Ufer wieder hergestellt; ohne Blutvergießen wurden die angeblichen Mittelpunkte der Agitation, das böhmische Museum und das Universitätsgebäude besetzt und alle größeren Rebellenhaufen zerstreut. Ein letzter kräftiger Stoß hätte genügt, den Aufstand zu erdrücken und die Reste der bewaffneten Studentenschaft, ohne Führer, ohne Munition in dem früheren Jesuitencollegium (Clementinum) versammelt, zu bewältigen.

Leider übertrieb die Angst conservativer Bürger die Macht der Insurgenten. Sie sahen in jedem Mitgliede des Slawencongresses einen Barrikadenhauptmann, in jedem Czechen einen fanatischen Kämpfer, sie glaubten ferner an einen ansehnlichen Zuzug vom Lande und fürchteten von den desperaten Aufrührern das Aergste für das Schicksal der Deutschen. Der Gubernialpräsident, Graf Leo Thun, welcher auf die erste Kunde von den ausgebrochenen Unruhen über die Moldaubrücke nach der Altstadt geeilt war, befand sich in der Gewalt brutaler Studenten. Würde er nicht bei einem erneuerten Angriffe als Opfer fallen? Fürst Windischgräz hielt es daher für seine Pflicht, nur mit großer Vorsicht den bereits erfochtenen Sieg zu verfolgen, oder besser gesagt, er ließ denselben seinen Händen wieder entschlüpfen. Der zweite und dritte Tag vergingen in nutzlosen Verhandlungen. Obgleich die Bedingungen des commandirenden Generals von aller Härte weit entfernt waren, derselbe das natürliche Gefühl der Rache für seine getödtete Gemahlin — sie war an einem Fenster des Palastes lauschend von einer Kugel getroffen worden — männlich unterdrückte: so wurden sie doch nicht angenommen, aus dem einfachen Grunde, weil es im Innern der Stadt keine Autorität gab, jeder Einzelne nach seinem Belieben handelte. Die Auswechslung der Gefangenen bildete die einzige Frucht der Waffenruhe. In der Nacht des 15. Juni verließ das Militär seine Stellung, zog in weitem Kreise um die Stadt und besetzte alle dominirenden Höhen. Jetzt erst, nachdem die Gefahr des Straßenkampfes Mann gegen Mann beseitigt war, suchten mehrere Radicale den Aufstand politisch auszubeuten. Ein öffentlicher Anschlag verkündigte die Forderungen des Volkes: Einsetzung einer provisorischen Regierung und eines verantwortlichen böhmischen Ministeriums, Errichtung einer national-czechischen Armee, also eine förmliche Personalunion mit Oesterreich. Aber dieser Ruf weckte keinen Wiederhall. Auch für die bessere Organisation des Aufstandes geschah nichts. Durch die

weite Entfernung sicher gemacht, postirten sich ein paar kecke Gesellen längs des Moldauufers und vergnügten sich, auf die jenseits des breiten Flusses aufgestellten Soldaten unaufhörlich zu schießen. Sie fügten denselben keinen Schaden zu, reizten sie aber durch das stete Necken, und was noch schlimmer war, vereitelten durch ihre Unbotmäßigkeit den Erfolg aller Verhandlungen. Einen Augenblick schienen zwar dieselben zum Abschlusse zu kommen, sogar zu Gunsten der Czechen sich zu wenden. Das Wiener Ministerium, mehrere Tage ohne alle Nachrichten von Prag, durch die widersprechendsten Gerüchte beunruhigt, sandte zwei außerordentliche Commissäre, den General Mensdorf und einen höheren Civilbeamten nach dem Schauplatze des Kampfes, um sich durch den Augenschein von dem Stande der Dinge zu überzeugen und nach Thunlichkeit eine Versöhnung der Parteien herbeizuführen. Da Palazky's Anhang kein Interesse an dem Aufstande besaß, vielmehr durch denselben seinen politischen Einfluß zerstört sah, da die städtischen Behörden im Herzensgrunde conservativ gesinnt waren, so hielt es nicht schwer, eine friedliche Uebereinkunft zwischen den Commissären und den gemäßigten Czechen zu Stande zu bringen. Die letzteren versprachen die Räumung der Barrikaden, die ersteren (15. Juni) sagten die Entfernung des Fürsten Windischgräz vom Commando zu. Unverhofft und unverdient hätten die Aufständischen die Früchte des Sieges gepflückt, welchen doch eigentlich die Soldaten errungen hatten.

Die Anwesenheit des Fürsten war die wichtigste Ursache der bis zum Wahnwitze gesteigerten Aufregung gewesen, seine Entfernung mußte folgerichtig die Geister beruhigen. Daß diese Ueberzeugung auch bei den Commissären waltete, ist begreiflich, wohl aber muß es Staunen erregen, daß sie für die gleiche Einsicht auch den commandirenden General gewannen und ihn zur Willfährigkeit bewogen. Nur die Rücksicht auf die bedrängte Lage des Ministeriums, das nach Ruhe verlangte und um jeden Preis sie zu erkaufen gewohnt war, vielleicht auch eine übertriebene Meinung von den Streitkräften der Czechen konnte den Fürsten Windischgräz zur Nachgiebigkeit bestimmen. Jubelnd durchzogen bereits Friedensboten die Straßen, mit der Wegräumung der Barrikaden wurde begonnen, als die undisciplinirten Plänkler am Moldauufer abermals (16. Juni) den Kampf eröffneten und dem Fürsten Windischgräz das Recht verliehen, sich von allen Zusagen frei zu erklären. Die Ministerialcommissäre verzichteten auf alle fernere Einmischung und überließen die Stadt ihrem Schicksale. Das Gerücht behauptete, nur gezwungen hätten sie die unbeschränkte Gewalt an den General zurückgegeben, nur die Furcht vor einer Soldatenmeuterei, wenn Windischgräz entfernt würde, sie von weiteren Vermittelungsversuchen abgehalten*); gewiß ist, daß erst von diesem

*) Ueber den Grad der Unbotmäßigkeit unter den Soldaten, über die angedrohte Kündigung des Gehorsams entstand einige Wochen später zwischen dem Grafen Mensdorf

Augenblicke an der militärische Standpunkt zu ausschließlicher Herrschaft gelangte. Von Bedingungen der Uebergabe wollte der General nichts mehr hören, er forderte eine unbedingte Unterwerfung der Stadt und zwölf Geißeln, aus der Reihe der Studenten und der Swornost gewählt, als Bürgen der Ruhe. Die gröbsten Schreier flüchteten darauf aus Prag und suchten in Wien eine sichere Zuflucht, die Masse der Bevölkerung freute sich der Aussicht auf Ruhe und willigte in die Uebergabe der Stadt. Noch einmal vereitelte der Muthwillen einzelner unbändigen Schützen den Erfolg der beinahe abgeschlossenen Verhandlungen. Erst als jetzt die Wurfgeschütze ernstlich zu spielen begannen, Granaten eine Mühle zündeten und nächtlicher Brand (16. Juni) einen panischen Schrecken verbreitete, als am nächsten Morgen der Einfluß der Kirche auf die unteren Volksklassen aufgeboten, von Priestern im Falle längeren Widerstandes die völlige Zerstörung der Stadt angekündigt wurde, kam eine dauernde Waffenruhe zu Stande. Die Stadt ergab sich ohne Bedingungen dem Fürsten Windischgräz. Die czechische Bevölkerung hatte ihn vom Militärcommando entfernen wollen und mußte sich nun seine unbeschränkte Dictatur über das ganze Land gefallen lassen. Das Kriegsgesetz herrschte, die Waffen wurden abgeliefert, das Swornostcorps aufgelöst, massenhafte Verhaftungen, meistens Griffe im Dunkeln, vom Zufall geleitet, durch schmähliche Denuntiationen herbeigeführt, wurden vorgenommen.

Der Prager Juniaufstand besitzt trotz seiner langen Dauer ein geringes dramatisches Interesse; die Insurgenten waren vorsichtige Leute, welche in den Barrikaden das bequeme Mittel, sich vom Feinde abzusperren und ihn fern zu halten, lobten; auch den Soldaten bot sich nur selten der Anlaß zu persönlicher Tapferkeit, daher die Zahl der Opfer auf beiden Seiten kaum nennenswerth erscheint. Dennoch sollte die Prager Pfingstwoche einen entscheidenden Wendepunkt in der österreichischen Revolution bilden. Nicht in dem Sinne, in welchem man unter dem ersten Eindrucke der Ereignisse den Aufstand aufzufassen liebte. Er galt als das Signal zu einem allgemeinen Racenkriege; auf die Niedermetzelung aller Deutschen sei es abgesehen, die Vernichtung der germanischen Cultur das Ziel der Kämpfer. In einer Volksversammlung zu Aussig (20. Juni), welcher die deutschen Bewohner Nordböhmens und Sachsen zahlreich beiwohnten, wurde eine Dankadresse an den Fürsten Windischgräz als den Sachwalter deutscher Interessen beschlossen und von Wuttke aus Leipzig mit kriegerischen Worten zum Ausharren im Kampfe, zur Ausbeute des Sieges aufgefordert, von unzeitiger Humanität ge-

und einigen Czechenführern ein bitterer Wortwechsel. Diese übertrieben die Schilderung von dem undisciplinirten Wesen der Soldaten, jener wich ebenso sehr von der Wahrheit ab, wenn er nun die Gefahr einer Soldatenopposition gänzlich ableugnete. Daß dieselbe besonders unter den Officieren bestand und einen offenen Ausdruck fand, bestätigten viele Ohrenzeugen, ebenso sind zahlreiche Plünderungen in den militärisch besetzten Häusern constatirt.

gen die Czechen abgemahnt. Der deutsche Bundestag erließ an Preußen, Sachsen und Bayern den Befehl, Truppen zur Unterstützung der österreichischen Regierung bereit zu halten. Im Frankfurter Parlamente fanden Viele auch diese Maßregel der Größe der Gefahr nicht angemessen und verlangten (20. Juni) den augenblicklichen Einmarsch deutscher Truppen in Böhmen. Diese Sorglichkeit zeigte sich als übertrieben. Die österreichische Macht genügte vollkommen, um die Ruhe in Prag herzustellen und dauernd zu erhalten; die Angabe, in Prag wären Slawen gegen Deutsche im Felde gewesen, strafte kein Geringerer Lügen, als der Fürst Windischgräz selbst, welcher (19. Juni) öffentlich erklärte, „kein Parteienkampf der Nationalitäten," sondern ein offener Aufruhr gegen die Staatsordnung überhaupt habe in Prag stattgefunden. Mit diesem Bekenntnisse standen zwar andere officielle Enthüllungen über eine panslawistische Verschwörung in grellem Widerspruche. Aber der Ruf des Fürsten als Volksfeind war so wohl begründet, daß man seiner Versicherung, er habe gegen die Demokratie gestritten, gerne Glauben schenkte und die zuerst schnöde behandelten Insurgenten allmälich günstiger zu beurtheilen begann. Am auffälligsten war der Umschwung der öffentlichen Meinung in Wien. Während in den ersten Tagen nach dem Aufstande die Wiener Zeitungen die Vertreibung aller Czechen aus der Stadt empfahlen, der Sicherheitsausschuß die czechischen Flüchtlinge bewachen ließ und für ihre Verhaftung sich aussprach; wußten einige Wochen später dieselben Zeitungen nicht genug von der Blutgier des Fürsten Windischgräz zu erzählen. Sie schilderten den Aufstand als einen „Kampf zwischen der Soldateska und Demokratie," die Gegner der Czechen als „schlaue Helfershelfer der Tyrannei." Auch der Sicherheitsausschuß, verletzt durch die schroffe Zurückweisung der Wiener Studenten in dem wieder eroberten Prag, änderte plötzlich den Ton, machte Frieden mit den radicalen Czechen und erklärte dem Fürsten Windischgräz den Krieg.

Der Prager Aufstand verdankt es nur seinem unglücklichen Ausgange, daß er politisch gedeutet, daß von seinen mannichfachen Wurzeln das radicale Element allein in den Vordergrund gestellt wurde. Hätte der Sieg sich den Czechen zugewandt, sie würden nicht gezögert haben, den nationalen Charakter des Aufruhres zu behaupten und zu Gunsten der slawischen Interessen denselben auszubeuten. Von dieser Gefahr war nun Oesterreich befreit. Aus dem Prager Congresse sollten die slawischen Stämme einig und durch diese Einigkeit unüberwindlich hervorgehen, — nach dem Prager Aufstande zerstreuten sich die Slawenführer, ernüchtert, über die Stärke der slawischen Macht bitter enttäuscht, bereit sich gegenseitig anzuklagen, und Einer dem Andern die Schuld des Mißlingens aufzulasten. Die Polen sahen verächtlich auf die beschränkten Czechen und die selbstsüchtigen Kroaten herab, welche sich nicht für „eine europäische Revolution" begeistern, nicht „mit den Demokraten die ganze

Welt" verbrüdern wollten.*) Die Czechen und Kroaten dagegen erblickten ihr Heil nur noch in der Erhaltung und Unterstützung des Kaiserstaates. Hat sich mit ihrer Hilfe die Macht Oesterreichs aus dem Staube zu neuem Glanze erhoben, so kann es nicht fehlen, daß sich der wiedergeborene Staat dem Retter in die Arme wirft. Und sollte auch das Gefühl der Dankbarkeit die Dynastie an die Slawen nicht fesseln, so vertrauten diese doch ihrer diplomatischen Kunst, das österreichische Staatswesen allmälich in slawische Formen zu bannen. Es gab nach der Pfingstwoche keine slawische Welt mehr, welche sich, innerlich gesammelt und abgeschlossen, drohend der alten Ordnung der Dinge gegenübergestellt hätte, sondern zwei slawische Parteien — die unbedingt revolutionäre und die austroslawische, — welche, wenn auch im letzten Ziel einig, doch zunächst sich gegenseitig anfeindeten, unter einander bekämpften und dadurch aufhörten, gefürchtet zu werden. Die Czechen und Kroaten insbesondere, welche sich für die Wiederherstellung der österreichischen Macht im Gegensatze zu den deutschen und magyarischen Sondergelüsten erhitzten, sanken zu einem bloßen Werkzeuge herab. Sie mußten, um das Vertrauen der Regierung zu gewinnen, eine conservative Politik zur Schau tragen, verloren dadurch ihre Stütze im Volke und ihre Selbständigkeit gegenüber der Regierung. Oesterreich mußte slawisirt werden, so lange die Grundlage seiner Existenz schwankte; war einmal seine Macht wieder gesichert, lag das Staatsschiff vor dem Sturme geborgen wieder im Hafen, so konnte nur sträflicher Leichtsinn es in die Gefahr zurücklocken. Auf diese Thorheit rechneten die Czechen und Südslawen und — verrechneten sich.

Auch einen unmittelbaren Gewinn zog die Wiener Regierung aus der Prager Pfingstwoche. Der böhmische Landtag, welcher im czechischen Programme eine hervorragende Rolle spielte und den ersten Schritt zur Einführung der Föderativverfassung bilden sollte, kam nicht zu Stande. Graf Leo Thun hatte ihn unter den Eindrücken der Wiener Maiereignisse auf den 7. Juni einberufen, dann als die Frist zur Vollendung der nöthigen Vorbereitungen nicht ausreichte, auf den 19. Juni zurückgeschoben; immerhin würden der Landtag und der auf den 26. Juni ausgeschriebene Wiener Reichstag gleichzeitig verhandelt haben. Ueber die Fol-

*) Eine Flugschrift Bakunin's: Aufruf an die Slawen, Cöthen 1848, einige Monate nach dem Slawencongresse veröffentlicht, giebt den besten Aufschluß über die Parteiungen im Schooße des Slawencongresses, welche nach der Pfingstwoche offen ausbrachen. „Wir verwerfen die Politik der Diplomaten und Staatsklugen, welche Euch die Weisheit anempfehlen, daß Ihr in der Wiederherstellung der kaiserlichen Machtvollkommenheit und in der Errettung Oesterreichs, des Gesammtstaates, Euer Heil suchen müßtet. Daß uns diese Politil verführen könnte, das war damals in Prag die einzige Gefahr, die wir liefen und vor der ich auf dem Congresse warnte. Damals entgingen wir der Gefahr und die Partei der Staatspolitiker zog den Kürzern vor der Begeisterung für die gemeinsame Sache aller Slawen und aller freien Nationen."

gen dieses Zusammentreffens konnte kein Zweifel herrschen. Nicht allein, daß die Mehrzahl der böhmischen Deputirten vom Reichstage fern geblieben wäre, mußte man auch einen bitteren Streit zwischen beiden Körperschaften über das Maß und die Grenzen ihrer Rechte erwarten. Beide Versammlungen nahmen den constituirenden Charakter für sich in Anspruch, beide hielten sich für souverän und verlangten die eine von der anderen unbedingte Anerkennung ihrer Beschlüsse. Selbst wenn der Reichstag siegte, konnte dieses nicht ohne langen und gefährlichen Kampf geschehen; viel wahrscheinlicher war jedoch bei der herrschenden politischen Strömung der Triumph der föderalistischen Partei, das Uebergewicht des Landtages, der sich auf den spröden Provinzialgeist stützte, über den haltlosen, ausschließlich von der Wiener Bevölkerung begünstigten Reichstag.

Von diesen Sorgen wurde die Regierung seit der Pfingstwoche nicht mehr gequält. Der Prager Aufstand unterbrach das bereits begonnene Wahlgeschäft auf dem flachen Lande, machte es in der Hauptstadt geradezu unmöglich. Dasselbe nach der Niederlage der Insurgenten fortzusetzen, in dem belagerten Prag den Landtag abzuhalten, reizte selbst die eifrigsten Czechen nicht. Leidenschaftliche Widersacher des Reichstages sehnten sich nun nach seiner Eröffnung, bittere Gegner Wiens, welche den Satz: Wien ist kein Paris unaufhörlich im Munde geführt, die Hegemonie der Donaustadt niemals anerkannt hatten, freuten sich, daß es noch eine sichere Stätte vor den Anfechtungen des Fürsten Windischgrätz gebe, daß eine Macht bestehe, welche allen freien Bestrebungen wirksamen Schutz verleihe. Nur in den adelichen Kreisen Böhmens regte sich gerade jetzt eine größere Vorliebe für den Landtag, sie hofften nach der Niederlage der radicalen czechischen Partei auf einen Umschwung der öffentlichen Meinung, fanden das nüchtern gewordene Prag zugänglicher für conservative Gedanken als Wien, wo der Sicherheitsausschuß herrschte und die Regierung sich von Volkes Gnaden nannte. Graf Leo Thun, dem Ministerium ohnedies schon abhold, hielt daher mit großer Zähigkeit an dem Landtage fest und zögerte, die Reichstagswahlen auszuschreiben, bis ein kategorischer Befehl Pillersdorff's ihn endlich zur Nachgiebigkeit bestimmte.*)

Die reichste Frucht pflückte aber von dem Prager Aufstande die Armee. Alle anderen Folgen desselben, die Sprengung der gesammtslawischen Partei, die mittelbare Kräftigung des Centralisationssystems traten an Wichtigkeit gegen die Thatsache zurück, daß seit der Revolution jetzt zum erstenmal das militärische Selbstbewußtsein gehoben wurde, die Soldaten sich nicht allein als die beste Stütze der Ordnung, sondern auch als der eigentliche Träger der österreichischen Macht und Einheit offenbarten. Auf

*) Die Stellung L. Thun's zum Ministerium in dieser Frage bildete noch nach vielen Monaten den Gegenstand eines Zeitungsstreites zwischen ihm und Pillersdorff.

Kosten der militärischen Ehre hatte man bisher die Radicalen beschwichtigt, die Armee stets zu einer demüthigen Rolle verurtheilt, zuerst sie gezwungen, mit Sonntagssoldaten, mit Studenten und Handwerkern alle Ehrenrechte zu theilen, dann, im Mai, mit der noch größeren Schmach, auf höheren Befehl fliehen zu müssen, beladen. Die Ruhe und der Frieden waren trotzdem nicht hergestellt worden, im Gegentheil nur die Anmaßung der radicalen Partei gestiegen. In Prag hatte sich der commandirende General nicht beugen, nicht zum Rückzuge vor der Volksmacht verleiten lassen und — er bändigte die Aufständischen und bewältigte die Revolution. Von diesem Augenblicke gewann der Gedanke in conservativen Kreisen eine Heimat, die Armee sei zur Rettung des Staates ausersehen, erschien Vielen von der Haltung der Soldaten das Schicksal Oesterreichs allein abhängig. Der größte österreichische Dichter, der Stolz der Wiener in früheren Tagen, Grillparzer, wurde der eifrigste Apostel des Soldatencultus. Im begeisterten Liede pries er das Heer als die meistberechtigte politische Körperschaft im Staate, in welcher sich Weisheit mit Kraft paaret, die wahre Vaterlandsliebe allein noch gefunden wird.*) Ein anderer Dichter, selbst Soldat, begnügte sich nicht, den Gegensatz zwischen dem anarchischen Wien und der patriotischen Armee zu malen, auch das Richteramt gebührt dem Heere, auch die Strafgewalt über die Rebellen und die Feinde Oesterreichs hat dasselbe empfangen.**) Grillparzer klagt, daß Oesterreich, das einst so große und starke Oesterreich nur noch im Kriegslager angetroffen werde, Marsano verwandelt die Klage bereits in eine Drohung gegen Wien und die Aula.

*) Die Constit. Donauzeitung brachte zuerst das Gedicht Grillparzer's an den Feldmarschall Radetzky. Folgende Verse bildeten förmlich den Fahnenspruch der Conservativen:

„In Deinem Lager ist Oesterreich,
Wir andern sind einzelne Trümmer.
Aus Trägheit und aus Eitelkeit
Sind wir in uns zerfallen,
In denen, die Du führst zum Streit,
Lebt noch Ein Geist in Allen.
Dort ist kein Jüngling, der sich vermißt,
Es besser als Du zu kennen,
Der was er träumet und nirgends ist
Als Weisheit wagt zu benennen."

**) Die derbsten Strophen in Marsano's Soldatenliede lauteten:

„Ihr Bürger Wien's, wir warnen euch,
Ihr mögt's auf der Aula erzählen:
Bedenket, daß Wien nicht Oesterreich
Und daß ihr uns nichts zu befehlen.
Doch hört ihr die warnende Stimme nicht,
Die das Heer aus Italien sendet,
So setzen wir selber uns zu Gericht,
Wenn hier unsere Sendung vollendet."

Daß einzelne Gedichte der Armee eine so bedeutsame Sendung zuschrieben, mochte an sich keine Sorge neuer politischer Verwickelungen wecken; dieser Glaube lebte aber nicht allein in der Phantasie der Dichter, von diesem stolzen Selbstbewußtsein war seit dem Juni das Heer selbst erfüllt. Wie weit dasselbe ging, beweist am besten die Ansprache des Fürsten Windischgräz an das böhmische Volk, als er am 20. Juli aus persönlicher Gnade den Belagerungszustand aufhob. Der geringste Versuch zu einem neuen Aufruhre, erklärte er, wird die militärische Dictatur wieder in das Leben rufen, der erste Kanonenschuß das Standrecht abermals zur Herrschaft bringen, nach welchem jeder Empörer unnachsichtlich hingerichtet wird. Am Schlusse der hochfahrenden Proclamation hieß es wörtlich: „Mit dieser ernsten Sprache verbürge ich jedem Gutgesinnten Schutz und Wahrung seiner Rechte, seines Eigenthums, seines Lebens; dem Frevler aber, welcher die öffentliche Ruhe zu stören wagt, diene sie als letzte Warnung." Eine solche Sprache war seit den Märztagen nicht vernommen worden; es würde sie auch jetzt Fürst Windischgräz trotz seines Sieges über die Czechen kaum gewagt haben, wenn nicht die glückliche Wendung der Ereignisse auf dem italienischen Kriegsschauplatze ihm einen festen Rückhalt geboten hätte.

Radetzky hatte auf seinem fluchtähnlichen Rückzuge am Mincio gehalten, in Verona, wo er am 2. April eintraf, endlich einen festen Ruhepunkt gefunden. Nicht die empörten Lombarden allein, auch einen äußeren Feind, Sardinien, galt es zu bekämpfen, welches die Kriegserklärung dem wirklichen Angriffe erst folgen ließ, aus Gründen der Selbsterhaltung in das Mailändische einrückte, um nicht den Mazzinismus zur Herrschaft zu bringen und den nationalen Kampf auch gegen das monarchische Princip gerichtet zu sehen. Gegenüber dem zahlreichen Feinde, durch reguläre Truppen und Freischaaren aus dem übrigen Italien verstärkt, von den kräftigsten Leidenschaften getragen, mußte der österreichische Feldmarschall auf vorsichtige Vertheidigung sich beschränken, und selbst von dieser erwartete er keinen großen Erfolg, da die Verbindungslinien mit dem Herzen der Monarchie theils zerstört, theils in hohem Grade wenigstens bedroht waren, in Wien selbst die Auflösung des alten Reiches täglich fortzuschreiten schien. Als ein großes Glück mußte Radetzky es noch preisen, daß Verona jedem Angriffe einer Feldarmee trotzte und Mantua durch die Geistesgegenwart des Commandanten, eines alten wackeren Haudegens — Gorzkowsky, für Oesterreich erhalten blieb. In dem seither so berühmt gewordenen Festungsvierecke zwischen dem Mincio und der Etsch stand er gut geschützt und wartete mit mannhafter Ruhe ab, bis ihn der Feind zu einer Schlacht zwingen werde.

Der Monat April verlief ohne wichtige Ereignisse. Das sardinische Heer tastete und versuchte auf Gerathewohl die österreichischen Stellungen, nachdem es die Hoffnung, die festen Stützpunkte des Feindes durch Ueber-

raschung zu nehmen, aufgeben mußte; es bedrohte Peschiera, recognoscirte vor Mantua und wagte Einfälle in das Trienter Gebiet, wo die italienische Sache zahlreiche Anhänger zählte und der Anschluß an die Lombardei bereits am 19. März verkündigt worden war. Die letztere Unternehmung mißlang vollständig. Die Sympathien der Wälschtiroler verstummten, als Zobel, schleunig von Radetzky zur Sicherung der Tiroler Grenze entsendet, in Trient einrückte und eine rücksichtlose Strenge entfaltete. Die thätigsten Agitatoren schlug er in Ketten, die Deserteure ließ er erschießen, die Nationalgarde entwaffnen, Trient erklärte er in Belagerungszustand. Auch die italienischen Freischaaren, welche unter Allemandi's Befehl die Tiroler Grenze überschritten hatten, wurden in zwei blutigen Gefechten (19. und 20. April) zurückgeschlagen und zur eiligen Flucht auf denselben Straßen, welche sie siegesgewiß gekommen, gezwungen. Nach dieser derben Lection kehrten zwar die Freischaaren noch öfter wieder; doch genügten dann die Tiroler Freiwilligen und Schützencompagnien, welche in regelmäßigem Wechsel die bedrohten Grenzpunkte besetzten, um jeden Angriff zurückzuweisen. Natürlich übten diese Plänklergefechte auf die Entscheidung des Kampfes keinen Einfluß. Aber auch an Mincio und Etsch wogte der Streit zunächst unsicher hin und her. Die Piemontesen errangen bei Goito (8. April) und dann in den hartnäckigen Gefechten bei Pastrengo (30. April) einige Vortheile, drängten den Feind von Peschiera ab und breiteten sich am rechten Etschufer ungehindert aus; als sie aber den Versuch machten, Radetzky in die Festungswerke von Verona zu werfen und auf dem erhöhten Terrain vor denselben sich festzusetzen, wurden sie bei S. Lucia (6. Mai) zum Rückzuge genöthigt. Sie zwangen durch ihre Tapferkeit den Feinden, die sonst gern geringschätzend von der italienischen Soldatennatur sprachen, Achtung ab; einen ungleich größeren Vortheil errang aber das kleine österreichische Heer, bei welchem die Zuversicht zu dem endlichen Siege erstarkte. Konnte es selbst unter den ungünstigsten Verhältnissen nicht zum Weichen gebracht werden, was hatte es zu fürchten, wenn die sehnsüchtig erwartete Verstärkung eintraf, wenn zur besseren Leitung, strammeren Disciplin, fester Willenseinheit, wodurch schon jetzt die Armee Radetzky's den Gegner überragte, sich auch noch das Gleichgewicht oder wohl gar Uebergewicht der Zahlen gesellte?

Bereits vor vielen Monaten hatte man mit der Aufstellung einer Reservearmee, meist aus slawischen Grenzsoldaten, Kroaten, gebildet, begonnen, allein theils durch die gewohnte Lässigkeit in der Armeeverwaltung, theils durch unvorhergesehene Hindernisse war ihre Ausrüstung verzögert worden. Erst am 26. April überschritt sie den Isonzo, griff aber auch dann noch so langsam in den Gang der Operationen ein, bewegte sich so schleppend auf ihrem Wege und machte sich mit der Pacification der empörten Städte so viel zu schaffen, daß es schien, als werde sie niemals ihre Bestimmung

erreichen. Erst als die Mahnungen Radetzky's immer dringender wurden und das Commando von dem alten, kranken Nugent auf den Grafen Thurn (17. Mai) übergegangen war, traf man zur raschen Vereinigung mit dem Feldmarschall energische Anstalten. Sie erfolgte am 22. Mai, führte Radetzky 20,000 Mann frische Truppen zu und gab ihm die Mittel, von der passiven Vertheidigung zu selbständigem Angriffe zu schreiten. Der Entsatz Peschiera's gelang zwar nicht. Dem kühnen Entwurfe, durch einen Flankenmarsch von Verona nach Mantua im Angesichte der feindlichen Armee in ihren Rücken zu kommen, entsprach nicht die Ausführung. Die Linie von Curtatone (29. Mai) wurde erstürmt, Goito aber, da d'Aspre ausblieb, die Piemontesen von ihrer Ueberraschung sich bald erholten und eine überlegene Artillerie in das Feuer brachten, nicht gewonnen. Am Abende des 30. Mai wurde das Gefecht abgebrochen; an demselben Tage übergab der Commandant von Peschiera die ausgehungerte Festung dem Feinde. Einen desto glänzendern Erfolg hatte die nächstfolgende Unternehmung — der Angriff auf das rückwärts gelegene Vicenza. Es hatte einem Handstreich der vorbeimarschirenden Reservearmee (20. Mai) und auch einem zweiten stärkeren Sturme (24. Mai) widerstanden. Ohne daß die sardinische Armee es bemerkte, — sie wähnte Radetzky unter die sicheren Wälle von Verona zurückgekehrt — brach das Gros des österreichischen Heeres von Mantua auf und stand am 9. Juni vor Vicenza. Nach einem blutigen Kampfe wurde die herrschende Position des Monte Berico erobert, Vicenza zur Capitulation gezwungen. Bereits am 13. Juni stand Radetzky wieder in Verona. Nicht die Einbuße allein, welche Carlo Alberto durch den Abzug der römischen Hilfstruppen — die Neapolitaner waren gleichfalls zurückberufen worden — und die Zerstreuung der Freischaaren erlitt, nicht die Wiederherstellung der wichtigsten Verbindungslinie mit dem Innern der Monarchie, nicht die Unterwerfung des venetianischen Festlandes machten die Eroberung Vicenza's zu einem Wendepunkte im italienischen Kriege. Daß Radetzky sich als unbedingter Herr über seine Bewegungen fühlte, während der Gegner im Widerspruch mit seiner natürlichen Rolle in eine immer größere Unselbständigkeit verfiel, bürgte für den Ausgang des Kampfes. Die Siegeszuversicht wieder ließ in der österreichischen Armee das politische Bewußtsein erwachen. Während dieselbe jubelte, alle außerordentlichen Gefahren endlich bewältigt zu haben, ihre trübe Stimmung mit kühnen Hoffnungen vertauschte, kamen von Wien die schlimmsten Nachrichten. Die Anarchie machte täglich weitere Fortschritte, und was das Schlimmste war, das Ministerium beugte sich hilflos vor der radicalen Partei, unterschätzte, von dem Geschrei der Demokraten betäubt, die Kräfte des alten Oesterreich und willigte um den Preis, Ruhe zu erkaufen, in demüthigende Bedingungen. Diese falsche Anschauung des Ministeriums zu berichtigen, seinen Muth zu heben, oder an seiner Stelle zu handeln, erschien der

italienischen Armee, bei welcher sich mehrere jüngere Erzherzoge befanden, eine ebenso wichtige Aufgabe, als die Piemontesen zu besiegen. Sie erfüllte sie zunächst, indem sie gegen jede vorzeitige Vermittelung, gegen alle schwächlichen Friedensgelüste eine entschiedene Verwahrung einlegte.

Beinahe gleichzeitig mit der officiellen Kriegserklärung gegen Sardinien (1. April), welche dem Ausbruche des Kampfes langsam nachhinkte, begann die Thätigkeit der Diplomaten, den Frieden zu vermitteln. Am 5. April richtete Graf Ficquelmont an den Gesandten in London, Grafen Dietrichstein eine Depesche — die erste seit den Märztagen, — in welcher die guten Dienste des in Italien so mächtigen britischen Cabinetes angerufen wurden. Wie ernst es dem Wiener Ministerium mit der Friedensabsicht war, zeigte nicht allein die resignirte Haltung gegenüber dem englischen Staatsmanne, den man in Wien revolutionärer Sympathien anklagte und als einen alten Gegner Oesterreichs fürchtete, sondern auch die Sendung des Grafen Hartig als außerordentlichen Commissarius nach der Lombardei (10. April). Er sollte der Armee zur Seite bleiben und auf die Wunden, welche die Waffen Radetzky's schlagen würden, Friedensbalsam träufeln. Süß genug klangen die Worte des in der alten Staatskunst wohl erfahrenen Mannes in seiner Proclamation an die Italiener (19. April); ob aufrichtig, möchte man nach den späteren Bekenntnissen Hartig's*) bezweifeln, wenn nicht das überaus milde Verfahren in dem wieder unterworfenen Friaul dafür spräche. Jedenfalls mußte man die Lombarden entschuldigen, welche in den folgenden Sätzen nur den Ausdruck einer vollendeten Heuchelei erblickten: „Das Verwaltungssystem, sagt ihr, entsprach nicht eueren Wünschen und es scheint euer Nationalgefühl zu verletzen. Aber erst gegen das Ende des verflossenen Jahres haben eure Vertreter, die Congregationen — ebenfalls ein königliches Geschenk — kraft ihres Amtes dem Monarchen die Gegenstände euerer Beschwerden und Wünsche zu erkennen gegeben. Und jene Forderungen wurden keineswegs zurückgewiesen, sondern der unmittelbaren unparteiischen Prüfung unterzogen mit der offenbaren königlichen Absicht, euere Deputirten an den Thron zu berufen, zur Berathung über die Mittel, eueren gerechten Ansprüchen zu genügen." Unmöglich konnten diese Versicherungen von dem unausgesetzt guten Willen der Regierung die Lombardei überzeugen, zumal am Schlusse der Proclamation doch auch die „erlittenen Unbilden" erwähnt wurden. Auch die Behauptung, der österreichische Kaiser sei „nach dem Geblüte und dem Herzen mehr Ita-

*) In der „Genesis" spricht sich Hartig überaus geringschätzig über die eigene Mission aus und schildert sie veranlaßt „durch das Jammergeschrei der Wiener Handelswelt, welche ihren Speculationen in Waaren und Eisenbahnactien zu Liebe den Frieden um jeden Preis hergestellt zu sehen wünschte." Der gute Mann hatte keine Ahnung, wie sehr er durch diese übrigens unwahre Behauptung seinen eigenen sittlichen Ruf bloßstellte.

liener" als der Sardenkönig — ein charakteristisches Wort in dem Augenblicke, wo man die deutsche Kaiserkrone in Wien gleichsam als ein Erbgut betrachtete — konnte nicht locken, da sie als Plagiat eines ähnlichen Ausspruches des Kaiser Franz gelten mußte. Hartig und seine Wiener Einflüsterer trösteten sich mit der Hoffnung, daß die vollendete Revolution in Oesterreich auch die Stimmung der Lombardei verändert habe. Der Aufstand in Mailand, der Abfall von Venedig hatte sich ereignet, noch ehe die Umwälzung in Wien vollständig bekannt geworden oder wohl gar gebührend gewürdigt worden war. Alle Vorwürfe, der ganze Haß der Italiener traf das alte System; nun, nachdem dasselbe gefallen war, verloren jene auch ihr Recht und mußten sich vernunftgemäß in eine warme Sympathie verwandeln. Sie vergaßen nur, daß in Zeiten revolutionärer Erregung nicht das ruhige Urtheil waltet, der Sinn der Lombarden schon längst gegen die bloße Interessenpolitik verschlossen war. Die Erklärung Ficquelmont's (5. April): Oesterreich verzichte auf administrative Centralisation und kehre zu dem alten Grundsatze seiner Politik, die Nationalitäten zu respectiren, zurück, hätte vor den Märztagen großen Beifall gefunden, die Verheißungen Hartig's: nationale Verwaltung, freie Presse, Steuernachlaß, Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung, reichen Dank sich erworben. Jetzt besaßen selbst solche Aussichten, wie sie Ficquelmont in einer späteren Depesche dem Grafen Dietrichstein (3. Mai) eröffnete: „Die Reiche können heut zu Tage mehr Reichthum und Kraft in einem gut geregelten Zusammenhalten mit ihren Nachbarn finden, als in einem zu streng abgeschlossenen Souveränetätsrechte," die Andeutung einer Personalunion keine Anziehung.

Gab es eine Stütze für die Friedenshoffnungen, so mußte dieselbe in dem Wunsche der betheiligten Regierungen gesucht werden, jeden allgemeinen Krieg, insbesondere die gefürchtete Einmischung des republicanischen Frankreich zu vermeiden.*) Das letztere Motiv wirkte bei dem englischen Cabinete und trieb es vorzugsweise zu eifriger Vermittelung an. Gegen die politischen Umwandlungen in Italien, gegen den Sieg nationaler Grundsätze daselbst hätte es an und für sich nichts eingewendet, seine Sympathien standen nicht auf der Seite der alten Ordnung der Dinge; um den Preis einer europäischen Krisis wollte es sie aber doch nicht gestürzt sehen. In noch höherem Grade mußte das Wiener Ministerium einen größeren Krieg fürchten. Ihm drohte in diesem Falle der unausbleibliche Staatsbankerott, ihm entgingen dann die Mittel, die widerspenstigen Provinzen im Zaume zu halten, welche möglicher Weise sogar mit dem Feinde gemeinschaftliche Sache machen konnten. Auch das italienische

*) Außer den englischen Blaubüchern, welche bereits Reuchlin (Gesch. Ital. II. S. 151) erschöpfend benutzt hat, vgl. Pillersdorff, Nachgelassene Schriften S. 146 bis 162 und Manin, Documents et pièces authentiques I. 288.

Volk, auch der König von Sardinien waren aus guten Gründen von Mißtrauen gegen Frankreich erfüllt. Das republicanische Frankreich hatte kein Interesse, für die Vergrößerung eines Königthums in Italien einzustehen; Frankreich überhaupt nach den vielhundertjährigen Traditionen seiner italienischen Politik, welche ebenso wenig verrückt werden können wie die Ueberlieferungen deutscher Politik in Wien, durfte eine selbständige Macht in Italien nicht aufkommen lassen. Es war wohl zur Intervention erbötig, aber nur, wenn ihm die Hilfe mit einer Gebietsabtretung abgekauft oder wenn ihm gestattet wird, die Rolle Oesterreichs als Vormund Italiens fortzusetzen. Auf Frankreich zielte das stolze, aber freilich vorzeitige Wort: l'Italia farà da se; zu verhüten, daß nicht Verzweiflung ein französisches Heer über die Alpen rufe, oder der Kampf einen Umfang erreiche, welcher die Einmischung Frankreichs rechtfertige, bildete die wichtigste Aufgabe der sardinischen Staatskunst. Soweit waren die Umstände geeignet, die streitenden Parteien für einen Vergleich empfänglich zu stimmen; auf der anderen Seite gab es aber auch zahlreiche Hindernisse einer erfolgreichen Vermittelung.

Das britische Cabinet unterschätzte die Macht, welche selbst dem unterwühlten Oesterreich noch geblieben war, und hielt den Wiedergewinn Oberitaliens für unmöglich. Es drückte daher auch nicht mit seinem ganzen Einflusse auf Sardinien. In Oesterreich fehlte es allzusehr an der Einheit der Regierungsgedanken, an einem klaren und festen politischen Ziele, als daß man eine sichere Grundlage für die Verhandlungen hätte aufstellen können. „Wir wollen einen Frieden schließen, schrieb Ficquelmont an Dietrichstein, der dauern soll; das heißt mit einem Worte sagen, daß wir ihm die wahren Interessen des Landes zur Grundlage geben wollen. Wir werden in dem Wortlaute der Constitution v. 25. April die Mittel finden, uns mit der Lombardei abzufinden. Die Frage ist völlig frei und unabhängig für beide Theile, denn das lombardisch-venetianische Königreich ist aus dem kaiserlichen Constitutionspatente ausgeschlossen werden." Damit ist aber nur gesagt, was mit der Lombardei nicht geschehen soll; es ist die Unmöglichkeit einer unmittelbaren Centralisation der Verwaltung, einer Gleichstellung Oberitaliens mit den deutsch-slawischen Provinzen eingestanden, ein positiver Plan aber nicht gegeben. Was aber Sardinien betrifft, so war dieses durch das Bündniß mit der revolutionären Partei in seinen Entschlüssen vollständig gehemmt. Möglich, daß es die Früchte der Revolution für sich pflückte, vorläufig diente es als ihr Werkzeug und durfte den Glauben an die Unüberwindlichkeit der Volkswaffen nicht verleugnen.

Die Furcht vor einem Dritten hatte die friedlichen Neigungen geweckt; wie jene schwand, verlor sich auch der Eifer zu vermitteln, die Lust nachzugeben. Die Unglücksfälle allein, welche die Regierung in Wien trafen, die im April und Mai täglich wachsende Hilflosigkeit derselben ver-

hinderten den raschen Abbruch der Verhandlungen und ließen in dem einen und anderen Augenblicke die Hoffnung auf einen baldigen Frieden noch erwachen. Je nachdem in Wien die Stimmung wechselte, Selbstvertrauen oder Muthlosigkeit herrschten, stieg und sank die Summe der angebotenen Zugeständnisse. Als Ficquelmont zuerst die englische Vermittelung ansuchte, hielt er noch die Meinung fest, durch eine liberale Regierungsform die Lombarden versöhnen zu können. Er überzeugte sich bald von seiner Täuschung. An die Zustimmung der Italiener, nach dem ersten Siege einem entschuldbaren Uebermuthe verfallen, war nicht zu denken; aber auch sonst erschien selbst in Regierungskreisen die Wiedereroberung der Lombardei nicht wahrscheinlich.*)

Andere Grundlagen der Verständigung mußten daher aufgesucht werden. Am 12. Mai meldete der englische Gesandte in Wien an Palmerston: „Oesterreich ist geneigt, Alles aufzugeben, mit Ausnahme derjenigen Theile des venetianischen Gebietes, welche zur Vertheidigung Tirols und zur freien Verbindung zwischen Wien und Triest erforderlich sind. Was Oesterreich in Verlegenheit setzt, ist der Umstand, daß es nicht recht weiß, mit wem es auf diese Grundlagen hin Unterhandlungen anknüpfen könnte, und es wünscht, die britische Regierung möge ihm diesen Theil seiner Aufgabe erleichtern und ihm gute Dienste anbieten." Ein diplomatischer Agent, Baron Hummelauer, eilte nach London, um hier die Hauptpunkte des friedlichen Abkommens festzustellen. Da es sich zunächst nur darum handelte, die englische Politik auf eine bestimmte Linie zu lenken, von welcher sie nicht füglich abweichen konnte, das britische Cabinet für die Mediation in der Weise zu gewinnen, daß dasselbe, nachdem es die Vermittlerrolle übernommen, mit seiner ganzen Macht dafür einstand, so wurden ihm mehrere Projecte vorgelegt. Gleichviel, welches es annahm, wenn es dasselbe nur dann als seine eigene Sache behandelte. Das Wiener Cabinet schlug einmal die reine Personalunion vor, eine selbständige Verwaltung, mit einem Erzherzog-Vicekönig an der Spitze, ein nationales Heer, Uebernahme einer festen — übrigens unbedeutenden — Quote des österreichischen Budgets und der allgemeinen Staatsschuld und Einrichtung eines italienischen Ministeriums in Wien, welches die Beziehungen zwischen der kaiserlichen Regierung und dem lombardischen Königreiche

*) Die Ansicht der britischen Regierung ist aus den Blaubüchern bekannt; über die in französischen Regierungskreisen herrschende Meinung erzählt Pillersdorff (Nachgel. Schriften S. 162), indem er über eine Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger de la Cour referirt, Folgendes: „Es wurde mit einem bedeutenden Accente zu erkennen gegeben, daß die französische Regierung die Trennung der Lombardei von Oesterreich als unvermeidlich betrachte, die gänzliche Besiegung Piemonts und das Ueberschreiten der piemontesischen Grenze durch die österreichische Armee sehr ungern sehen würde und sich berechtigt glaubte und geneigt zeigte, in einem solchen Falle den militärischen Fortschritten durch ein bewaffnetes Einschreiten der an den Alpen aufgestellten Beobachtungsarmee Einhalt zu gebieten."

unterhalten sollte. Das andere Mal machte Oesterreich das Zugeständniß einer vollständigen Abtretung der Lombardei bis zu einer Grenzlinie, welche zwischen dem Mincio und der Etsch liefe, gegen die Uebernahme eines verhältnißmäßigen Antheiles an der österreichischen Staatsschuld; das Venetianische hatte bei Oesterreich zu verbleiben und sich mit einer nationalen Verwaltung, ebenfalls unter einem Erzherzog-Vicekönige, zu begnügen.

Irregeleitet durch die ersten Erfolge der italienischen Waffen, fand das britische Cabinet die Grenzen der Nachgiebigkeit noch viel zu enge abgesteckt und verlangte von Oesterreich die Auslieferung des ganzen italienischen Besitzthums gegen eine Geldentschädigung, oder mindestens die Theilung des Venetianischen, so daß nur ein schmaler Streifen Landes den alten Herrscher behalten hätte. Da sich England auf den italienischen Standpunkt stellte, Bedingungen vorschlug, welche auch nach der größten Niederlage nicht härter gedacht werden konnten, so konnte es nicht sein Mittleramt erfolgreich fortsetzen. Das Wiener Ministerium verzichtete (16. Juni) auf die guten Dienste des lauen Bundesgenossen und suchte auf anderem, unmittelbarem Wege seinen Zweck zu erreichen.

Noch galt es nicht als Landesverrath, für die Macht Oesterreichs zu fürchten, die Kräfte der Revolution hoch anzuschlagen und Nachgiebigkeit gegen dieselbe als die beste Politik zu empfehlen. Der Kaiser hatte aus der Väter Burg flüchten müssen, in Wien dictirte der Sicherheitsausschuß Regel und Gesetz, Ungarn konnte kaum mehr ein Glied des Reiches genannt werden, die slawischen Volksstämme waren wohl den Magyaren feindlich gesinnt, ob sie es aber mit Oesterreich gut meinten, war dadurch nicht entschieden, die Deutschen endlich erblickten ihren Schwerpunkt in Frankfurt, — unter solchen Umständen erschien es nicht als der schlechteste Rath, zu retten, was noch gerettet werden konnte und mit der Revolution zu verhandeln, wenn sie zu besiegen keine Hoffnung vorhanden war. Auch im Juni zeigte sich noch die österreichische Regierung zu großen Zugeständnissen bereit. In der Art und Weise jedoch, wie die unmittelbaren Verhandlungen mit den Lombarden eingeleitet wurden, offenbarte sich schon ein Anfang zum Besseren — im Sinne der Regierungsfreunde, zeigte sich die Rückkehr politischer Klugheit und besonnen rechnender Staatskunst, der Tugenden, welche das alte Oesterreich und seine Diplomatie ausgezeichnet hatten.

Nach der Flucht des Kaisers aus Wien herrschte hier nur ein Regierungstorso. Die Aufgabe, ein neues Ministerium zu bilden, scheiterte theils an der Unfähigkeit, theils an dem Widerwillen der ohnehin nicht zahlreichen Persönlichkeiten, auf deren Kreis sich die Auswahl beschränkte. Die Staatsmänner der neuen Periode mußten das Vertrauen des Hofes genießen und durften doch auch nicht der Sympathien des Volkes entbehren; sie sollten Geschäftskunde besitzen und konnten doch nicht aus der Reihe der Männer genommen werden, welche sich für das alte System

compromittirt hatten. Ein einziger Mann vereinigte wenigstens mehrere der für den Reformator Oesterreichs erforderlichen Eigenschaften, Graf Franz Stadion, der Gouverneur Galiziens. Er war als ein vorurtheilsfreier Politiker, als energischer Administrator bekannt, ihm waren die Schwächen der früheren Regierung, das Bedürfniß gründlicher Reformen nicht entgangen, von ihm ließ sich am ehesten erwarten, daß er den alten Schutt aufräumen und einen neuen Staatsbau aufführen werde, ohne die Empfindlichkeit des Hofes nutzlos zu verletzen. An ihn dachte auch die Umgebung des Hofes, wie die politisch Erfahrenen im Volke. Als er aber dem Rufe folgte und von Lemberg über Wien nach Innsbruck eilte, entdeckte er, daß seine Ernennung zum Minister nur einen neuen Sturm der Volksleidenschaft in Wien heraufbeschwören würde. Der Polenhaß hatte sich in Lemberg gegen ihn ohnmächtig gezeigt, er traf ihn desto wirksamer in Wien. Die politischen Deputationen benutzten den in Wien augenblicklich herrschenden Enthusiasmus für allgemeine Völkerverbrüderung, um ihre selbstsüchtigen Wünsche als die Sache der Demokratie darzustellen; sie schilderten Stadion als einen vertrockneten Bureaukraten, als einen starren Despoten, sie zeigten ihn als Bauernhetzer und machten ihn wegen seiner Unterstützung der Ruthenen lächerlich. Es gelang ihnen ohne Mühe, die öffentliche Meinung in Wien, die sich gerne von Trugbildern bethören ließ, für sich zu gewinnen und ein Bild Stadions hier einzubürgern, welches allerdings einem Teufel ähnlicher war, als einem Menschen. Nicht Metternich, nicht Sedlnitzky hatten in den Wiener Journalen eine solche Verunglimpfung zu erdulden, wie sie in den Jubelwochen der Revolution Stadion erlitt. Er sah ein, daß er unter diesen Umständen keine erfolgreiche Wirksamkeit entfalten könne, und verweigerte seinen Eintritt in das Cabinet. Selbst auf seinen Posten als Gouverneur verzichtete er (6. Juni), um in privater Zurückgezogenheit seine Zeit abzuwarten.

So blieb denn nichts Anderes übrig, als mit Pillersdorff und dessen Genossen weiter zu regieren, nur daß wenigstens dafür Sorge getragen wurde, das seit Ficquelmont's erzwungenem Rücktritt verwaiste Ministerium des Aeußeren wieder zu besetzen. Die Wahl traf den alten Freiherrn von Wessenberg. Seit längerer Zeit hatte er den österreichischen Staatsdienst verlassen, nicht freiwillig, sondern, wie das Gerücht sagte, weil seine politischen Ueberzeugungen dem in Wien herrschenden System widersprachen. Er galt als ein Gegner Metternichs, er war der Abneigung des Kaisers Franz gegen alle selbständigen Charaktere zum Opfer gefallen. Die Liberalen sahen sich berechtigt, ihn ihren Kreisen beizuzählen, und nahmen seine Berufung in das Cabinet mit Beifall auf. Das hohe Alter, die lange Entfremdung von den Geschäften verhinderten seinen durchgreifenden Einfluß auf die Leitung der Staatsgeschäfte; aber wenigstens diplomatische Routine kam durch ihn, wie die Behandlung der italienischen Frage offenbarte, wieder zu Ehren.

Die geringe Vorliebe Frankreichs für ein starkes Italien, der Widerwillen der republicanischen Regierung, dem Königreiche Sardinien irgend einen erheblichen Machtzufluß zu verschaffen, war in Wien nicht unbemerkt geblieben. Man glaubte auch einen Zwiespalt zwischen Carlo Alberto und den lombardischen Führern, einen schroffen Gegensatz zwischen den sardinischen Interessen und den italienischen Volkswünschen zu entdecken. Kein Fehler unterlief bei diesen Berechnungen. Die Pariser Regierungsmänner erklärten offen, daß die österreichische Herrschaft in Oberitalien sich mit dem französischen Staatswohle besser vertrage als ein starkes Sardinien, ein italienischer Einheitsstaat nicht geduldet werden könne. Bald offen, bald versteckt kämpften die italienischen Republicaner gegen den Sardenkönig an. Sie machten ihn für alle Unglücksfälle verantwortlich, sie tadelten seine Heerführung, klagten über seine Schwäche, seine geringe Energie und versuchten, als sich das Unvermeidliche vorbereitete, als über den Anschluß der Lombardei an das sardinische Königreich abgestimmt werden sollte, sogar (29. Mai) einen Aufstand in Mailand. Sie hinderten freilich die Fusion nicht. Die Herrschaft Piemonts war eine Naturnothwendigkeit, welche sich unabhängig vom Willen der Einzelnen vollzog und von Jedem anerkannt werden mußte, welcher die Befreiung Italiens vom österreichischen Regimente wünschte. Aber diese Streitigkeiten gaben doch einen Fingerzeig, daß in Italien der spröde Municipalgeist — auf denselben stützten sich die Republicaner vorzugsweise — noch nicht ausgestorben war und boten einer gewandten Diplomatie die brauchbare Handhabe dar, den italienischen Völkerbund zu sprengen und die eine Partei als Werkzeug gegen die andere zu verwenden. Vollends die Zustände und Ereignisse im Venetianischen schienen die Auffassung Wessenberg's zu rechtfertigen, daß ein solidarisches Verhältniß zwischen Venedig und dem übrigen Italien nicht bestehe, wenigstens nicht anerkannt zu werden brauche. Die feierliche Wiederherstellung der altvenetianischen Republik, die eifrigen Versuche, für dieselbe die Anerkennung fremder Staaten zu gewinnen, deuteten weder auf ein kräftiges Einheitsgefühl, noch auf die heiße Sehnsucht, mit den anderen italienischen Provinzen das gleiche Schicksal zu theilen, hin. Manin, welcher als der verkörperte venetianische Geist gelten konnte, dessen Macht und Einfluß auf seine Mitbürger beinahe keine Schranken kannten, sprach unumwunden bei jeder Gelegenheit seine republicanische Ueberzeugung und seinen Glauben aus, daß Venedig nur als ein selbständiger Staatskörper erhalten werden könne. Auch in Venedig konnte man sich auf die Länge der Gewalt der Thatsachen nicht entziehen, sich nicht verbergen, daß gegen die österreichischen Angriffe Sardinien allein Schutz gewähren, Venedigs Vereinzelung nur den Sturz seiner Freiheit herbeiführen könne. Das venetianische Festland, von der österreichischen Armee unmittelbar bedroht, sprach sich zuerst für die „Fusion" aus. Auch in Venedig vermehrte sich in dem Maße,

als sich Welden an der Spitze des zweiten Reservecorps den Lagunen näherte, die sardinische Partei. Nun durfte auch der Dictator Manin nicht länger zögern. Er legte dem auf den 18. Juni einberufenen, dann auf den 3. Juli verlegten venetianischen Parlamente — von 193 Deputirten erschienen nur 133 und auch unter diesen repräsentirte eine große Zahl bereits der österreichischen Herrschaft wieder unterworfene Bezirke — die Frage vor, ob über die künftige Stellung und Verfassung Venedigs jetzt gleich oder erst nach beendigtem Kriege ein Beschluß gefaßt, ob im Falle eine unmittelbare Verhandlung beliebt würde, Venedig ein unabhängiger Staat verbleiben oder Piemont einverleibt werden solle.

Kühl und verdrießlich äußerte sich während der Debatten Manin. Er sprach nicht von den Wünschen des Volkes, sondern von schweren Pflichten, berief sich nicht auf das Herz, sondern auf den Verstand der Deputirten und erklärte deutlich, daß er nur widerwillig der Macht der Verhältnisse weiche und indem er sich nicht der Fusion widersetze, ein großes Opfer bringe. Noch entschiedener drückte Tommaseo seine Abneigung gegen die sardinische Herrschaft aus. Unter dem Vorwande, man verleumde den König, wenn man ihm die Vergrößerung Piemonts als Kriegsziel zuschreibe, einer dynastischen Politik ihn beschuldige, häufte er die heftigsten Vorwürfe auf Carlo Alberto. Er nannte ihn einen Verräther, verglich ihn mit den neapolitanischen Bourbonen, ja hob sogar König Ferdinand, der sich niemals zum Nationalheros hatte ausrufen lassen, über den selbstsüchtigen Herrscher Piemonts; immer nur unter der Voraussetzung, daß Carlo Alberto's Charakter jenen Anschuldigungen widerspreche, was er scheinbar leugnete, in Wahrheit aber als begründet annahm. Trotzdem gewann die Fusion, Dank Paleocapa's unwiderstehlichen Argumenten, die Mehrheit der Stimmen. Manin unterlag, rächte sich aber durch den Antrag, die Einverleibung als einen provisorischen Zustand zu erklären, die definitive Ordnung der Verfassung dem italienischen Parlamente in Rom zu überlassen, wogegen nichts eingewendet werden konnte, obgleich der Schlag die Sache Piemonts empfindlich traf. Kein Wunder, daß Carlo Alberto Gleiches mit Gleichem vergalt und sich bereit erklärte, Venedig aufzugeben, und mit Oesterreich unmittelbar zu verhandeln, wenn dasselbe die Lombardei bis zur Etsch an Sardinien abtrat und die Einverleibung Parma's und Modena's gestattete.

Fielen auch einzelne dieser Ereignisse erst später vor, so hatten doch die österreichischen Staatsmänner bereits im Juni eine sichere Ahnung derselben und gründeten auf dieselben die Hoffnung erfolgreicher diplomatischer Action. Am 10. Juni eröffnete Wessenberg, nachdem die Aussichten der englischen Mediation sich trübten, eine directe Verhandlung mit der früher zurückgesetzten französischen Republik, um das Zustandekommen einer selbständigen Macht im Norden Italiens

zu hindern. Wenige Tage später (15. Juni) wagte er einen weiteren Schritt. Der Legationsrath Schnitzler wurde nach Mailand an die provisorische Regierung gesendet, und bot derselben den Frieden unter überaus günstigen Bedingungen an. Die Trennung der Lombardei von Oesterreich und ihre Unabhängigkeit wird zugestanden, nur die Uebernahme eines verhältnißmäßigen Antheiles der österreichischen Staatsschuld zu Lasten der Lombarden und ein freundschaftlicher Handelsvertrag mit Oesterreich verlangt. Radetzky erhielt gleichzeitig den Befehl, über einen Waffenstillstand zu verhandeln, „welchem sich die provisorische Regierung ohne Zweifel mit Vergnügen anschließen wird." Die Trennung der Sache der Lombarden von Sardinien, das Aufgeben Venedigs bildeten stillschweigend die weiteren Friedensbedingungen. Die provisorische Regierung in Mailand wies (18. Juni) diese Anträge zurück. „Unsere Unabhängigkeit wäre nicht verbürgt, wenn sie nur zur Hälfte bestände, nicht auch auf das Venetianische ausgedehnt würde. Die Lombardei hat sich bereits für die Vereinigung mit Piemont entschieden und ist daher nicht in der Lage, eigenmächtig über den Waffenstillstand zu unterhandeln." Nicht die provisorische Regierung allein ertheilte auf den Friedensantrag eine abschlägige Antwort, eine solche kam auch aus dem österreichischen Hauptquartier. General Schönhals erzählt*): „Der Feldmarschall erhielt von Innsbruck den Befehl, Carlo Alberto einen Waffenstillstand anzutragen. Man sagt, der Feldmarschall habe einen schweren Kampf zwischen seinem Gehorsam als Soldat und seiner Liebe und Treue zu seinem Kaiser und Vaterlande bestanden, ehe er zur Ausführung dieses Befehles schritt. Schon war die verhängnißvolle Feder eingetaucht, da verwandelte sich sein Schreiben an Carlo Alberto in eine dringende Vorstellung an seinen Kaiser, in der er das Verhängnißvolle dieses Schrittes schilderte, die nahe Aussicht des Sieges zeigte und endlich den Kaiser bat, ihn dieses Befehles zu entheben. Er sandte dann auch den General Fürst Felix Schwarzenberg nach Innsbruck und bat ihn, sich der Aufgabe zu unterziehen, dieses Schreiben an den Kaiser zu bringen und durch seine Kenntniß der Lage der Dinge und seine Beredsamkeit diesen unheilvollen Schritt zu hintertreiben. Es gelang." Die Wiener Zeitung vom 1. Juli veröffentlichte gleichsam ein zweites Kriegsmanifest. Sie erzählte in abgekürzter Form den Gang der Verhandlungen, machte die Welt mit den reichen Zugeständnissen Oesterreichs, die aber alle schnöde zurückgewiesen worden, bekannt und erklärte: „Die österreichische Regierung ist es nunmehr ihrer Ehre, der Ehre ihrer treuen Völker schuldig, alle ihre Streitkräfte aufzubieten, um mit der Macht der Waffen den Frieden zu erzielen, den sie, aller

*) Erinnerungen eines österreichischen Veteranen S. 211.

ihrer Bereitwilligkeit ungeachtet, auf anderem Wege nicht hat erlangen können."

Die österreichische Kriegspartei trug den Sieg davon. Windischgräz hatte in Prag eine unbotmäßige Volkspartei überwunden, Radetzky nun eine furchtsame, friedliebende Hofpolitik zurückgeschlagen. So zogen sich allmälich die Fäden zu einem Netze über die österreichische Revolution zusammen.

Drittes Buch.

Die parlamentarische Periode.

1. Die Landtage in den kleinen Provinzen.

Für den oberflächlichen Blick vollziehen sich alle Ereignisse des Revolutionsjahres auf dem großen Wiener Markte. Nebenbei fesseln die Kriegsthaten in Italien, später die Racenkämpfe und der Bürgerkrieg in Ungarn die öffentliche Aufmerksamkeit, höchstens, daß für einen kurzen Augenblick einmal Prag, dann Krakau oder Lemberg die Neugierde reizt: alles übrige österreichische Land, insbesondere die kleinen deutschen Provinzen erscheinen unbewegt, politisch todt, ausschließlich der Losung des Vorortes gehorsam. So weitverbreitet und bei dem gewaltigen Lärm, welchen die Wiener Bevölkerung verübte, begreiflich auch diese Meinung ist, so widerstreitet sie dennoch dem thatsächlichen Verlaufe der Dinge. Jede Provinz, jeder Kreis, jede Stadt, ja beinahe jedes Dorf hatten ihre Märztage gefeiert, den alten Druck und die Dränger abgeschüttelt, die Freiheitsfahne aufgepflanzt und die neue Zeit jauchzend begrüßt, wo alle Wünsche erfüllt, alle, auch die kühnsten Phantasien verwirklicht werden. Diese Bewegung pflanzte sich in den folgenden Monaten fort. Sie bot natürlich nicht das dramatische Interesse dar, wie die Parteikämpfe in Wien, das kriegerische Treiben der Magyaren und konnte daher von den Fernstehenden leicht unterschätzt oder wohl gar übersehen werden. Wer sich aber von der Allgemeinheit revolutionärer Regungen überzeugen, wer insbesondere das Dauernde von dem Vergänglichen in den Bestrebungen und Zielen des Volkes unterscheiden will, muß auf die Seitenströme der Revolution, auf die Entwickelung des Provinziallebens gleichfalls achten.

Die Jubelwochen der Revolution hatten den Frühling nicht überdauert; als der Sommer kam, mehrten sich zum Schrecken der Einen, zur Freude der Anderen die Anzeichen einer kräftigen Reaction. Aber auch die letztere, so wegwerfend sie von dem Treiben der Wiener Aula ur-

theilte, so eifrig sie eine strenge Züchtigung der Radicalen empfahl und die Mittel dazu vorbereitete, führte noch immer „die Märzerrungenschaften" und die Nothwendigkeit ihrer Wahrung im Munde. Was galt ihr als unantastbar an denselben? Gewiß nicht die sogenannten Grundrechte, die verschiedenen Freiheiten, welche die einzelne Persönlichkeit im idealen Staate für sich in Anspruch nahm. Ehedem heiß ersehnt, erschienen sie nun, von unverständigen Leuten gemißbraucht, gar Vielen vom Uebel. Wenn nur die läppische Censur der alten Zeit nicht wiederkehrte, so erklärte sich die Mehrzahl der Gebildeten schon zufriedengestellt. Eine scharfe Zurückweisung der „Preßfrechheit," der vorlauten Clubs, die Wiedereinführung eines starken Regimentes durfte ihren Dank erwarten. Das Bürgerthum überhaupt machte die Reaction nicht zittern. Es hatte sich in allen größeren Städten, namentlich in Wien, politisch unreif, unselbständig und kraftlos gezeigt, es ließ sich jetzt von der radicalen Partei terrorisiren, wie es früher die Vormundschaft der Polizei erduldet hatte, und sah in der ganzen Revolution eigentlich nur einen Rausch, von angenehmer Wirkung im ersten Augenblick, aber von bitteren Nachwehen begleitet. Mit einem einzigen Stande mußte wie mit einer Macht gerechnet werden, mit dem Bauernstande.

Die ländliche Bevölkerung, schon durch ihre Zahl von großem Gewichte, kannte nur einen Wunsch: die Befreiung von den Grundlasten, hatte nur ein Begehren: die Aufhebung der Unterthänigkeit, die Abschaffung der Patrimonialherrschaft. Die absolute Regierung hatte ihre Wünsche nicht erfüllt, sich gegen ihre Interessen spröde erwiesen. Sie wurde daher von den Bauern verlassen. Eine günstige Entscheidung hofften sie von der Revolution; sie verstanden nichts von den mannichfachen Programmen und Manifesten, sie erhitzten sich nicht für Verfassungsrechte und demokratische Grundsätze; sie wußten nur das Eine, daß sie den Preis für ihre Sympathien in den Händen hielten, daß allen Parteien die Erfüllung der Bauernwünsche zunächst am Herzen lag. Die Revolution blieb nur so lange mächtig, als unter dem Landvolke der Glauben bestand, jene könne und werde seine Zustände bessern, ihm die Freiheit verschaffen; die Reaction durfte erst dann offen auftreten, nachdem die Bauernemancipation durchgeführt, das Landvolk von der politischen Bewegung losgelöst war. Der gediegene Egoismus des Bauernstandes bürgte dafür, daß dieses nur nach der Befriedigung seiner Interessen geschah. So bildete der Bauernstand den eigentlichen Träger der Revolution, die Robotfrage den Angelpunkt der politischen Bestrebungen. Der guten Meinung der Bauern, hier eifrige Advocaten ihrer Rechte zu finden, verdankten der böhmische Nationalausschuß und theilweise auch der Wiener Sicherheitsausschuß ihre Autorität, die Hoffnung, für ihre Interessen wirken zu können, weckte den Eifer für die einzelnen

Landtage, die Zuversicht einer liberalen Lösung der Robotfrage begeisterte das Landvolk für den Reichstag, welcher ohne diese Stütze in den ländlichen Kreisen schwerlich zusammengetreten wäre, jedenfalls nur bis zur Lösung der Robotfrage Macht und Bedeutung behielt. Als diese vollendet war, schwebte er in der Luft und stand den Angriffen der Reaction wehrlos gegenüber.

Man irrt, wenn man diese Verquickung der Revolution mit den bäuerlichen Interessen als einen Abfall von der idealen Höhe der Freiheit auffaßt, die Revolution als fehlgeschlagen bezeichnet, weil sie nur eine einzige Frage löste. Abgesehen davon, daß der Sturz der feudal-aristokratischen Staatsordnung auch ein politisches Ereigniß ist, so knüpften sich an die Aufhebung der Unterthänigkeit eine Reihe von Verfassungsänderungen. Sie verlockte zur Centralisation der Verwaltung und ebnete auf der anderen Seite auch der Autonomie der Gemeinden und Provinzen den Boden, sie zwang den Gesetzgeber zur Anerkennung der Rechtsgleichheit und führte, wenn auch langsam, das constitutionelle Princip in Oesterreich ein, welches die Revolution 1848 zwar proclamiren, aber bei der Unreife des Volkes nicht festhalten konnte. Mag aber auch die ausschließliche Betonung der Robotfrage als des positiven Kernes der Revolution begeisterte Gemüther ernüchtern und der großen Zeit, welche Welten neuschaffen wollte, unwürdig erscheinen: an der Thatsache selbst kann man nicht rütteln, daß sich die Sache wirklich so verhält, nicht bezweifeln. Als glaubwürdige Zeugen für die Wahrheit treten der Reichstag und namentlich die Landtage der kleinen Provinzen auf, welche, wenn sie nach dem Gegenstande der Beschäftigung charakterisirt werden sollen, als wahre Bauerntage zu bezeichnen sind.

In Wien, dann in Galizien und Böhmen nahm die politische Bewegung durch die demokratische Agitation ein sprunghaftes Wesen an, in den kleineren Provinzen dagegen, wo die Demokratie keinen festen Mittelpunkt fand, beharrte man bei dem Märzprogramme. Dort fielen die Landtage aus, in Wien besaßen selbst politisch eifrige Männer keine Kunde davon, daß der niederösterreichische Ständeausschuß eine Landtagsordnung*) ausgearbeitet; hier traten, dem kaiserlichen Manifeste vom 18. März entsprechend, die alten Stände noch einmal zusammen, um über Gegenstände der Verfassung zu berathen, hier wurden überall im Laufe des Sommers reformirte Landtage**) einberufen, welche theils selbständige Beschlüsse

*) Nach dieser Wahlordnung sollten im n. ö. Landtage außer den alten Ständen noch 12 Abgeordnete für Wien sitzen, die anderen Städte durch ein bis zwei Deputirte je nach ihrer Bevölkerung, die Landgemeinden durch je einen Deputirten für zwei Viertel vertreten sein.

**) Der Schilderung der Landtage liegen die stenographischen Berichte, oder wo solche nicht existiren, die — ziemlich ausführlich verfaßten — Originalprotokolle zu Grunde. Für den Tiroler Landtag sind außerdem Streit's Studien zu vergleichen.

faßten, theils Vorlagen für den Reichstag zu liefern sich zum Ziele setzten. Die Parteien in diesen Landtagen, die Gegenstände der Verhandlung, die Natur der Beschlüsse, selbst die Reden, die daselbst gehalten werden, sind überall die gleichen. Was in Linz gesagt wurde, wird in Graz und Brünn beinahe wörtlich wiederholt. Gerade diese Einförmigkeit macht die kleinen Landtage bedeutsam. Sie zeigen den reinen Durchschnitt der politischen Bildung und gewähren den Einblick in die wahrhaft allgemeinen, gleichmäßig verbreiteten Anschauungen und Wünsche.

In Oberösterreich hatten die alten Stände bereits am 23. März einen Ausschuß gewählt, denselben durch Repräsentanten des Bürgerstandes, durch Vertreter der nicht landständischen Gutsbesitzer, der nicht landesfürstlichen Städte und Märkte und endlich durch zwölf Abgeordnete des Bauernstandes verstärkt und mit der Aufgabe betraut, Entwürfe einer neuen Provinzialverfassung, einer Gemeindeordnung und eines Gesetzes über die Ablösung der bäuerlichen Lasten auszuarbeiten. Zur Berathung über die rasch vollendeten Entwürfe trat am 24. Juli der Landtag, aus den alten Ständen und aus den Mitgliedern des verstärkten Ausschusses gebildet, in Linz zusammen. Als erster Gegenstand wurde auf die Tagesordnung der Entwurf der Provinzialverfassung gesetzt. Der Referent, Anton Ritter von Spaun, obgleich streng conservativ, begann die Verhandlung mit dem Geständnisse, die alten Stände wären ein morscher Stock, auf welchen die Verfassung nimmermehr dauernd gestützt werden könne. So bescheiden auch diese Aeußerung klang, Wien war zu nahe, als daß die bloße Verneinung ständischer Privilegien vollkommen befriedigt hätte. Einzelne Mitglieder wollten unmittelbar das allgemeine Wahlrecht, die Aufhebung jedes Census ausgerufen wissen, andere sprachen dem Landtage die Befugniß zur Berathung der Constitution ab. Man möge die Resultate des Wiener Reichstages abwarten. Doch fehlte es auch nicht, namentlich unter den Prälaten, an starren Anhängern des alten Unwesens, an Leuten, welche an den Wiener Zuständen großes Aergerniß nahmen. Ob man denn nicht auch Juden und Studenten gegen Naturalverpflegung in den Landtag aufnehmen wolle, fragte ein jovialer Gutsbesitzer, Namens Wenninger; der Abt von Kremsmünster vertheidigte unbedingt die ständischen Privilegien, und wollte Aeußerungen wie: „Wer weiß, wie lange es noch Prälaten geben wird," nicht wieder hören. Die Mehrheit entschied sich für einen Mittelweg. Vielleicht hätten die alten Ständemitglieder ihre Rechte hartnäckiger vertheidigt. Die Drohung der Bauern, den Landtag zu verlassen, wenn (wie Förster von Vöcklabruck ausführte) nur die Stände eine entscheidende Stimme besitzen, die anderen Deputirten gleichsam nur geladene Gäste vorstellen sollten, machte aber den Verzicht auf die Privilegien rathsam. Denn traten die Bauern aus, so konnte eine friedliche Lösung der Zehntfrage kaum noch gehofft werden. Mit 64 gegen 19 Stimmen entschied

(26. Juli) der Landtag, daß bei der neuen Verfassung auf die alten ständischen Rechte keine Rücksicht genommen werden solle. Die geistlichen Deputirten standen ohne Ausnahme bei der Minorität, mit der Mehrheit dagegen gingen die meisten Adelichen. Lauter Jubel begrüßte namentlich den Grafen Camill Stahremberg, als er gleichfalls die Fortdauer der ständischen Privilegien verneinte. Beispiele solcher Opferwilligkeit waren übrigens in jenen Tagen nicht selten. In Salzburg z. B. erklärte der Erzbischof, Cardinal Fürst Schwarzenberg, öffentlich, die politischen Vorrechte des Adels müssen aufhören, und in Brünn nannte sich (Landtagssitzung v. 19. September) Graf Egbert Belcredi pomphaft einen Aristokraten von Geburt, aber einen Demokraten von Gesinnung, der gegen die Aufhebung der adelichen Privilegien nichts einzuwenden habe, nur den Namen als eine „schöne Erinnerung an die Vorfahren" beibehalte.

Das Votum des Landtages beseitigte die ständischen Ansprüche, es wendete sich aber auch gegen die demokratischen Anschauungen. Die Frage, ob nach der Kopfzahl oder nach bestimmten Kategorien und Interessen gewählt werden solle, wurde mit 58 gegen 23 Stimmen zu Gunsten der letzteren entschieden. So rasch die Einigung über den Grundsatz der Interessenvertretung sich vollzog, so schwer hielt es nun, die verschiedenen Interesseklassen zu sondern und genau abzugrenzen. Man empfahl als selbständige Kategorien den „Grundbesitz, das Capital (zu welchem auch Handel und Industrie gerechnet wurde) und höhere Bildung." Wähler in der letzten Klasse waren Alle, welche sich „mit der Staatskunst, Rechtswissenschaft, mit Erziehung, Unterricht und Kunst ernstlich beschäftigten." Diese Scheidung erschien Einzelnen nicht scharf genug; sie wollten eine besondere Arbeiterkategorie stiften, den Groß- und Kleingrundbesitz trennen. Andere tadelten wieder das Kleinliche des Vorschlages und empfahlen die einfache Trennung in Stadt und Land. Sie wurden Anfangs zurückgewiesen; als es sich aber um die Feststellung der Wahlbezirke handelte, entdeckte man die Unmöglichkeit, nach den beliebten Kategorien vorzugehen. Die Wähler der einzelnen Classen ließen sich nirgends zu größeren Gruppen vereinigen, bequem gelegene Wahlorte für dieselben nicht auffinden. Der Landtag kam daher nothgedrungen auf den bereits gefaßten Beschluß zurück, vernichtete die drei Kategorien und erklärte auf Seydl's Antrag (2. August), daß den Wahlen folgende Eintheilung zu Grunde liegen solle: Große Städte, kleine Städte, Märkte und Flachland.

Nachdem eine Woche der Session verstrichen war, ließ sich die Ungeduld der Bauern nicht länger bemeistern. Sie verlangten, daß man die Debatte über die Verfassung aussetze und die Ablösung der bäuerlichen Lasten zuerst berathe. Die grobe Verwirrung der Begriffe, welche sich bei der Verhandlung über die Wahlordnung zeigte und das Ansehen des Landtages herabzusetzen drohte, machte auch andere Mitglieder geneigt, auf die Forderung der Bauern einzugehen. So ließ man die

Verfassungsdebatte fallen und schritt am 3. August zur Erörterung der Robotfrage.

Jetzt erst entfesselten sich die Leidenschaften und wurde offenbar, was dem Lande zunächst am Herzen lag, den Sinn des Volkes am meisten erfüllte. Wohl hatte der verstärkte Ausschuß vorgearbeitet und sich bemüht, die Frage schon halbgelöst vor den Landtag zu bringen, aber nichts als eine Steigerung des gegenseitigen Hasses erreicht. Ein Provisorium für das Fruchtjahr 1848, welches der Ausschuß vorgeschlagen, befriedigte die mißtrauischen Bauern nicht, zu freundschaftlichen Abfindungen und freiwilligem Uebereinkommen zeigten sie sich noch weniger geneigt. Ueberall witterten sie den bösen Willen und die geheime Absicht, sie zu betrügen. Der Umstand, daß einzelne Geistliche sich beeilt, mit den Verpflichteten Privatverträge abzuschließen, wobei sie auf die Unwissenheit der letzteren rechneten, so daß von Amtswegen gegen solche übereilte Contracte Warnungen ergingen, steigerte ihren Verdacht.

Sie fürchteten bei dem Landtage nicht volles Recht zu finden, da „in demselben zu viele Zehntherren sitzen;" die Zehntbesitzer dagegen entdeckten in ihm die Gegner in ungebührlicher Ueberzahl. Sie verlangten eine stärkere Repräsentation ihrer Interessen im Landtage und protestirten gegen jede Maßregel, „welche von terrorisirten Gutsbesitzern, selbstsüchtigen Advocaten, unkundigen Bürgern und habgierigen Zehntverpflichteten" beschlossen werden sollte. Auch der Clerus trat gleich bei dem Beginn der Debatten mit einer feierlichen Verwahrung auf: Durch die Einziehung der Zehnte würden nur die Armen leiden, überdies binde jeden Geistlichen ein Eid, die Rechte der Kirche zu wahren, und müsse jeder Versuch, diese zu verkürzen, als Kirchenfrevel mit dem Banne bestraft werden. Unter solchen Umständen mußte die Hoffnung auf einen raschen und erfolgreichen Schluß der Debatte sinken. Während die Einen unaufhörlich riefen: „der Besitz muß geschützt werden," und die Entschädigung der Berechtigten um jeden Preis gesichert wissen wollten, warfen die Anderen einem Jeden, der es wagte für die Entschädigung sich auszusprechen, Bestechlichkeit vor. Jede Partei klagte die andere schnöder Selbsucht an, jede wollte auf Kosten der anderen ihren eigenen Vortheil wahren. Die Zehntberechtigten, unter denen es übrigens gleichfalls zahlreiche Bauern und Häusler gab, waren gewiß nicht Muster der Opferwilligkeit; hinter dem naiven Egoismus, dem bockbeinigen Eigensinn der Verpflichteten und ihrer Vertreter blieben sie aber doch weit zurück.

So lange blos über die allgemeinen Grundsätze der Ablösung verhandelt wurde, ging die Bauernopposition über das Murren und Seufzen nicht hinaus. Sie schüttelten den Kopf, als der Rohertrag des Feldzehnten nach dem Naturalbruttoertrage des zehntpflichtigen Grundes, wie ihn der stabile Kataster ermittelt, festgestellt wurde; sie wurden nicht müde Einwendungen zu machen, als die Art und Weise, die Veränderungsge-

bühren abzulösen, zur Berathung gelangte. Sie kamen auf ihre Einwendungen zurück, auch wenn ein Beschluß bereits feststand, so daß regelmäßig die geschlossene Debatte wieder eröffnet werden mußte. Ihre zähe Kraft versparten sie aber auf die Spezialberathung. Sie hatten es durchgesetzt, daß Last für Last, jede einzelne Gattung des Zehnten, jede einzelne Art von Gebühren besonders aufgezählt und über ihre Ablösung im Detail verhandelt würde. Beifall folgte der Erklärung: Die Dominicaltaxen, die Inleutsteuer, alle persönlichen Dienste, welche nicht aus dem Obereigenthum oder dem Lehenverbande fließen, werden unentgeltlich aufgehoben. Sobald aber bei den anderen Lasten, wie bei den Getreidediensten, Geldzinsungen der Antrag auf Entschädigung laut wurde, erhoben sich alle Bauerndeputirte zu eindringlicher Gegenrede. In ihrer Phantasie spiegelte sich die Entstehung und Entwickelung der unterthänigen Leistungen gar seltsam ab. „Ihr verlangt Entschädigung für den Sackzehnt? Wißt ihr nicht, daß bei der Occupirung des Thales die öden Weidegründe gegen eine Naturalabgabe den armen Leuten überwiesen wurden? Diese Gabe vertrat den Kaufschilling, der schon längst fünfzigfach bezahlt ist." Von anderen Leistungen behaupteten sie, daß sie ursprünglich freiwilliger Art waren, und erst später willkürlich in Zwangsabgaben verwandelt wurden. Man wurde an das Vorspiel des deutschen Bauernkrieges gemahnt, wenn man die Vertreter des Landvolkes über die Hinterlist und die Gewaltthätigkeit der Herren bittere Klage führen hörte, ihre wilden Blicke und die geballten Fäuste gewahrte, und durfte wohl den Ausbruch der rohesten Leidenschaft fürchten, wenn nicht bald die ganze Frage beseitigt wurde.

Der Hauptsprecher der Bauern war Achleitner aus dem Mühlkreise, derselbe, welcher einem Herrendeputirten, dem Grafen Barth, heftig in das Wort fiel, als der letztere einmal dem Bauernstande Lob spendete. „Er würde dem Herrn Grafen die Hand küssen, wenn er überzeugt wäre, daß ihm, was er sage, vom Herzen gehe; aber das glaube er nicht; der Herr Graf sei ein Bauernfeind, denn er verlange stets die größte Ablösungssumme." Achleitner erläuterte auch am glänzendsten die historischen Anschauungen der Bauern. „Drei Stunden von unserer Herrschaft, erzählte er in der Sitzung v. 23. August, wohnt ein Bauer, der wegen dieser Entfernung keine Robot hatte. Er wird durch ein Decret zur Herrschaft gerufen und es wird ihm gesagt, daß, weil er ein Unterthan sei, er wohl eine Robot leisten möchte. Er sagt, es komme ihm nicht darauf an, etwas Weniges zu leisten und allenfalls eine halbe Klafter Scheitholz zu führen. Er hat in Folge dessen eine Schrift zu unterschreiben. Es steht einige Jahre an, da wird ihm eingesagt, daß er vier Klafter zu führen habe. Er beschwert sich natürlich dagegen, man weist ihm aber die Schrift vor, die er unterschrieben hat. Er geht zu allen Advocaten, er beschwert sich bei allen Behörden, aber Alles umsonst. Nun

hat er die Last und die Pflicht, für jede Klafter zehn Gulden Schein Fuhrlohn zu zahlen, da er drei Stunden zur Herrschaft und ebensoweit in den Wald zu fahren hat. Und so mag es mit vielen Gaben gegangen sein, die ursprünglich alle freiwilig waren." Unwiderleglich erschien den anderen Bauerndeputirten diese Beweisführung; auf die Mehrheit des Landtages machte sie aber nicht die rechte Wirkung. Sie versuchten es daher mit anderen Mitteln. Sie schilderten ihre Noth, ihre Unfähigkeit, eine Entschädigung zu leisten. „Wir mußten alles Korn zum Dienste geben und das ganze Jahr mit Gerstenbrod uns begnügen." Sie appellirten an das Herz der Gegenpartei. „Die Herren sollen dankbar sein, denn aus dem Kreise der Robotpflichtigen stammen die besten Soldaten, die Bauern haben die meisten Vaterlandsvertheidiger geliefert." Der Sinn der Majorität wurde auch durch diese Argumente nicht geändert, der Grundsatz der Entschädigung für Robot *) und Zehnt ausgesprochen. Wer die Entschädigung zu leisten habe, bildete den Gegenstand der weiteren Verhandlung.

Auch auf diesen neuen Boden der Debatte folgten mit unverwüstlicher Zähigkeit die Bauern. Vorausgesetzt, daß sie nichts zu zahlen hatten, waren sie mit der Entschädigung einverstanden. Von ihnen aber durfte man keine Zahlung verlangen. In der Sitzung vom 24. August kamen sie mit einer neuen Erklärung. „Die Unterthanen mußten seit Einführung des Grundsteuerprovisorium vom ganzen Reinertrag ohne Abzug der Urbarialgiebigkeiten die Steuern zahlen. Eine Steuerabrechnung war ihnen zwar zugesichert, aber in achtundzwanzig Jahren nicht ausgeführt worden. Es bleibt daher nichts Anderes übrig, als eine Compensation. Sie verzichten auf die Steuerabrechnung, zahlen dagegen keine Robotentschädigung." Die letztere überließen sie dem „Staate," welchen sie sich als einen reichen Capitalisten, jedenfalls als ein fremdes unabhängiges Wesen dachten, mit dem sie nichts gemein hätten.

Auch hier wurden sie geschlagen. Der Landtag wies die Verpflichteten an, die Entschädigungssumme aufzubringen. Den Bauern war es nicht gelungen, durch Entfernung aus dem Saale Majoritätsbeschlüsse unmöglich zu machen, sie enthielten sich wenigstens fortan der Abstimmung. Daß sie sich begnügten, in einem Pamphlet den Landtag und die Majorität zu beschimpfen, ihrem Grimm nicht auf derbere Art Ausdruck gaben, dazu trug wesentlich die sichtliche Ohnmacht des Landtages und der Glauben, daß seine Beschlüsse ohne alle Kraft und Bedeutung seien, bei.

In einzelnen Punkten herrschte zwar unter den Landtagsmitgliedern ziemliche Einmüthigkeit. Ohne Widerspruch wurde bei der neuen Lesung

*) Dieselbe hatte übrigens in Oberösterreich nicht das Drückende, wie in den slawischen Provinzen. Sie betrug dort durchschnittlich 14 Tage im Jahr, während sie z. B. in Mähren bis auf 100 Tage stieg.

des Verfassungsentwurfes (1. September) Oberösterreich als ein untheilbares Erzherzogthum proclamirt, und damit gegen die Absicht, den Innkreis zu Salzburg zu schlagen, Verwahrung eingelegt. Bei der Berathung der Gemeindeordnung wurde einstimmig beschlossen, den Hausirhandel, Gewerbeverleihungen, Heirathsbewilligungen einzuschränken, den Gemeinden das Recht einzuräumen, die Ansiedlung zu verweigern. „Sonst hätten alle neuen Freiheiten keinen Werth." Auch über die industriellen Nothzustände gingen die Ansichten der Mitglieder nicht auseinander. Die Vorderberger und Innerberger Eisengewerke, — welche letztere der Staat 1798 an sich gebracht — hatten einen Vertrag geschlossen, nur ein bestimmtes Quantum zu erzeugen und um einen vorher festgesetzten Preis abzugeben. Dadurch stieg wohl das Erträgniß der Gewerke, aber für die Consumenten wurden die Preise unerschwinglich. Dienstwilligkeit der Hofkammer gegen den Erzherzog Johann und den Fürsten Schwarzenberg (die Besitzer der Vorderberger Gewerke) hatte diesen Mißbrauch geschaffen, ihn abzustellen, machte der Landtag die eindringlichste Vorstellung.

Im Allgemeinen jedoch erweiterte jeder Tag die Kluft zwischen den alten Ständen und den neuen gewählten Deputirten. Schroff standen sich die Parteien — die Prälaten und Herren auf der einen, die nichtständischen Mitglieder auf der anderen Seite — gegenüber. Die alten Stände klagten, daß Gesetz und Form nicht mehr geachtet würden, die „Gäste" undankbar und übermüthig sich betrügen, diese wieder warfen den alten Ständen Eigensinn und die Unfähigkeit, sich in die Zeit zu schicken, vor. Der Umstand, daß die Landesämter und Kassen ausschließlich von den alten Ständen verwaltet wurden, fachte täglich den Streit an und machte den Bruch unheilbar.

Am 26. September wurde der Landtag geschlossen, nachdem schon längst sein Ansehen untergraben, von allen Parteien, wenn auch aus verschiedenen Gründen, die Meinung angenommen war, daß er einen blos berathenden bedeutungslosen Verein vorstelle. Unmittelbar nach seinem Schlusse reichten alle Bauerndeputirten bei dem Reichstage eine Beschwerde ein gegen die vom Landtage beliebten Ablösungsvorschläge.

Nicht anders verlief der Steirische Landtag. Auch in Steiermark hatten sich die alten Stände noch einmal nach den Märztagen (29. April) versammelt und die Einberufung eines provisorischen Landtages auf den 13. Juni beschlossen, dessen Verhandlungen übrigens auf drei Gegenstände: Gemeindeordnung, Ablösung der Grundlasten und künftige Organisation des Landtages eingeschränkt wurden. Auch sollte er nur Anträge stellen, die endgiltige Entscheidung erst der Reichstag treffen. Das Ministerium (gab 13. Mai) zu dem Plane seine Zustimmung und so trat am 13. Juni ein Landtag in Graz zusammen. Er zählte 120 Mitglieder, von welchen 30 den großen Grundbesitz (unter ihnen 3 Prälaten und 17 altständische Herren und Ritter), 30 die Städte und die Industrie,

30 den unterthänigen Grundbesitz vertraten. Mit der oberösterreichischen Landtagsordnung verglichen, zeigt die Zusammensetzung des Steirischen Landtages ein eifrigeres Streben, liberal zu erscheinen und das Lob der Billigkeit zu gewinnen. Die verschiedenen Interessen werden sorgfältig abgewogen, keinem Stande ein Uebergewicht über die anderen eingeräumt. Die Gegenwart wenigstens in der Provinz anerkannter Capacitäten, wie Wiesenauer, Emperger, Gottlieb, Thinnfeld, Gleispach, ließ auch eine verständige Debatte hoffen. Trotzdem bestimmten die Bauerndeputirten hier wie in Linz den Charakter und das Schicksal des Landtages. Gleich bei der Prüfung der Wahlacte machten sie ihre eigenthümlichen Anschauungen mit großer Beharrlichkeit geltend. In einem Bezirke (Gonobitz) war aus Bequemlichkeit die Wählerschaar in zwei Gruppen zerlegt worden. Jede Gruppe hatte aus Mißverständniß einen anderen Abgeordneten gewählt und sträubte sich nun auf ihr angebliches Recht zu verzichten. Ob der Deputirte das vorgeschriebene Alter besaß oder nicht, war den Bauernwählern ziemlich gleichgiltig. „Er hat unser Vertrauen," antworteten sie auf alle Einwendungen. Diese Vertrauensseligkeit ging aber nicht so weit, daß sie von Instructionen abgesehen hätten. Sie gaben im Gegentheil ihren Abgeordneten ganz bestimmte Verhaltungsregeln mit, welche zuweilen sogar die Drohung enthielten: „Wenn der Abgeordnete gegen das Interesse der Committenten stimmt, so soll er nach §. 1012 des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches*) zum Schadenersatze verpflichtet werden."

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am 15. Juni über den Entwurf einer Gemeindeordnung. Die Prälaten und die Bauern belebten die Debatten. Gegen die Behauptung des Entwurfes, die Gemeinden seien von nun an den Pfarrern nicht mehr zinspflichtig, die Klöster und Stifter seien aufzuheben, um einen Fonds für die Kosten der Gemeindeverwaltung zu gewinnen, erhoben der Abt von Admont und der Prälat von Rein eine scharfe Einrede und als der Verfasser des Entwurfes, Advocat Wasserfall, zur Rechtfertigung auf die bekannten Edicte Kaiser Joseph's hinwies, welcher das entbehrliche Kirchenvermögen für Staatszwecke einzog, gaben sie eine Verwahrung gegen die anmaßliche Obsorge des Staates über die Kirche zu Protokoll. Den Bauern wieder lag zunächst am Herzen, daß nicht etwa mittelbar, z. B. bei der Berathung über die Gemeindedienste, über den Wegebau, den Frohnden der Weg gebahnt, nicht dem ziemlich zahlreichen ländlichen Proletariate ein gleiches Recht mit den ansäßigen Bauern zu Theil werde. Je engherziger die einzelnen Bestimmungen lauteten, desto eher durften sie auf ihre Zustimmung zäh-

*) Der Paragraph (XXII. Hauptstück: Von Vollmachten) lautet: Der Gewalthaber ist schuldig, dem Machtgeber den durch sein Verschulden verursachten Schaden zu ersetzen und die bei dem Geschäfte vorkommenden Rechnungen, so oft dieser es verlangt, vorzulegen.

len. Der Zusammenkauf von Gründen war vollkommen freigegeben, das Recht zu Grundtheilungen dagegen an die Bewilligung des Gemeindeausschusses geknüpft, welcher auch über Gewerbeverleihungen und Ehelicenzen zu entscheiden hatte. Beide nach Kräften einzuschränken, einen privilegirten Stand, dem städtischen Altbürgerthum entsprechend, auch auf dem flachen Lande zu schaffen, war die ausgesprochene Absicht des Entwurfes, ein beschränkter Particularismus in demselben herrschend. Aus diesem Grunde fand er auch eine beifällige Aufnahme bei der Majorität.

Prälaten und Bauern standen auch bei den Verhandlungen über die Grundentlastung wenigstens im Anfange zusammen. Sie wollten nichts von einer eingehenden Detailberathung wissen, erklärten sich zufriedengestellt, wenn nur grundsätzlich ausgesprochen werde, daß entweder der Staat oder die Verpflichteten die Entschädigung zu leisten haben. Beide fürchteten von einer länger dauernden Verhandlung einen schlechten Einfluß auf ihre Interessen und eine gesteigerte Aufregung im Lande. Vor der letzteren bangte nicht allein den Berechtigten, auch die Bauerndeputirten, die ja für die Landtagsbeschlüsse mit verantwortlich waren, zitterten vor der Rache ihrer Wähler. Sie waren mit dem Tode bedroht worden, „wenn sie ihre Sache nicht gut machen," sie wußten, wie ungeduldig das Landvolk auf die Nachricht von seiner endlichen Befreiung harre und wie hoch es seine Erwartungen gespannt habe. Die Nachrichten von der Widersetzlichkeit der Bauern gegen ihre Zehntherren mehrten sich, jede leise Mahnung der Geistlichen zur Ruhe wurde als Versuch, die Bauern um ihre Rechte zu bringen, aufgefaßt und als „Herrntrug" denuncirt. Daraus mochten die Abgeordneten ihr eigenes Schicksal bei der Heimkehr ahnen. Ihre Angst vor den Wählern steigerte das natürliche Mißtrauen gegen die Bestrebungen der Landtagsmajorität. Sie zögerten, sich in die Verhandlungen zu mischen, und erst als sie belehrt wurden, daß es sich um einen bloßen Entwurf handle und ihnen die Abgabe ihrer Sondermeinung zu Protokoll freistehe, beruhigten sie sich. Selbstverständlich übten sie dieses Recht im ausgedehntesten Maße. Gleich der Titel des Entwurfes: Gesetzentwurf, erregte bei ihnen große Bedenken. Es kann also doch das Resultat der Verhandlungen eine gesetzliche Geltung gewinnen. Sie drangen auf namentliche Abstimmung und bemühten sich leidenschaftlich, den Titel in den anderen: Berathungsentwurf, umgeändert zu sehen. Im weiteren Verlauf der Debatte benutzten sie ähnliche Mittel, um die Landtagsbeschlüsse, wenn nicht zu ihren Gunsten zu wenden, so doch zu verschleppen, wie ihre Standesgenossen in Oberösterreich.

Ihr Hauptredner war ein gewisser Scheuchzer, die vortreffliche Ergänzung des Achleitner aus dem Mühlviertel. Wenn dieser mehr ein kriegerisches Wesen zur Schau trug, wie ein Feldhauptmann agirte und einen kurzen, drohenden Ton anschlug, so spielte Scheuchzer den Bauerndiplomaten. Er gab sich den Schein, als könne er den Verhandlungen

nicht folgen; immer wieder bat er um Aufklärung oder heuchelte er ein gewaltiges Mißverständniß. Der unbehilfliche Landeshauptmann, Graf Attems, verzweifelte schier, mit dem verschmitzten Bauer zu Ende zu kommen. Hatte er wie ein Schulmeister lang und breit den Gegenstand der Debatte dem ungelehrigen Schüler erläutert und erklärt, und wußte dieser keine andere Hilfe, so brachte er irgend ein Sprüchwort oder einen moralischen Satz vor, wodurch er den Landeshauptmann zwang, den Unterricht von neuem zu beginnen, und sich vor dem Verdacht, als billige er die Vorschläge des Landtages oder trage er an den Beschlüssen Schuld, bewahrte. Wird über den Maßstab der Entschädigung berathen, so giebt Scheuchzer das Axiom zum Besten: „Was recht ist, soll recht sein;" handelt es sich um die Ausmittelung des Reinertrages, so weiß Scheuchzer keine bessere Methode zu empfehlen als: „Wenn ich gestoßen oder geprügelt werden soll, so wähle ich lieber das Leichtere."

Auch auf dem steirischen Landtage wissen die Bauern von allerhand historischen Thatsachen zu erzählen, welche der übrigen Welt unbekannt geblieben sind. Sie behaupten, es gäbe ein kaiserliches Patent, nach welchem sie zehntfrei sind, wenn nicht die Herrschaft das Gegentheil beweist. Der factische Besitz verleihe daher keinen Rechtstitel auf Entschädigung. Von dem Franzosenkriege her ist ihnen der Staat noch Schadenersatz schuldig. Muß schon den Berechtigten eine Entschädigung gegeben werden, so könnte man jene Summe einrechnen oder die Klostergüter dazu verwenden. Auch hier suchen sie Mitleid zu erregen und die Ueberzeugung, daß sie zahlungsunfähig sind, zu wecken. „Bei der neuen Katastervermessung hat man auf die Lasten keine Rücksicht genommen, und jetzt soll der Kataster als Basis der Ablösung gelten? Die Schätzungscommission gab ihnen die Versicherung, daß mit dem neuen Kataster die Urbariallasten aufhören. Darauf hin haben sie sich die höheren Steuern gefallen lassen. Zu der Steuerüberbürdung darf nicht noch eine neue Last hinzutreten." Diese Erklärung gaben alle dreißig Bauerndeputirten zu Protokoll.

Als trotz ihrer Klagen und Proteste der Grundsatz der Entschädigung für die Zehnte angenommen wird, sind sie auf das Eifrigste bemüht, die Entschädigungssumme herabzudrücken. Nicht nach einem mehrjährigen Durchschnitte, wie die Majorität wünschte, sondern nach dem wohlfeilsten Jahre in ihrer Erinnerung (1824) sollte der Reinertrag bestimmt werden. Sie wollten die Höhe der Entschädigung nicht von dem Werthe der Giebigkeiten, sondern von der Steuersumme, die sie zahlten, abhängig machen und auf keinen Fall mehr als ein Viertheil ihrer Grundsteuer opfern. Sie feilschten endlich an der Quote, die sie jährlich entrichten sollten. Nach dem ursprünglichen Antrage wurden folgende Modalitäten der Ablösung empfohlen: „Die Berechtigten erhalten 4% Staatsschuldverschreibungen, welche unter der Garantie des Landtages stehen und halbjährig im Wege der Verloosung von der Urbarialablösungskasse eingelöst und so

allmälich getilgt werden. Die Ablösungskasse wird durch die Einzahlung von jährlichen fünf Procenten vom Entschädigungscapitale dotirt und zwar sind 2% aus den Ueberschüssen des Domesticalfonds und durch Steuerumlagen einzubringen, 3% entfallen unmittelbar auf die Verpflichteten. Von diesen drei Procenten nun hätten sie gerne etwas abgehandelt. Sie boten 2, 1½, endlich 1% an und verlangten überdies Abrechnung dieses Procentes von der Grundsteuer. Gegen die eng verbundene Majorität der städtischen Abgeordneten und der Delegirten des Großgrundbesitzes blieben aber ihre Bemühungen erfolglos. Als sie sahen, daß alle ihre Wünsche zurückgewiesen wurden, daß ihre Interessen keine billige Vertretung auf dem Landtage fanden, suchten sie in einer grundsätzlichen Opposition ihr Heil. Sie riefen nach dem Schlusse des Landtages, erklärten ihn weder für fähig noch für berechtigt, über die Grundentlastung ein Urtheil zu fällen, und verbreiteten unter dem Bauernvolke ein schlimmes Vorurtheil gegen seine Wirksamkeit. Das freilich falsche Gerücht, der Landtag habe die ganze Entschädigungssumme auf die Schultern der Verpflichteten gewälzt, der unkluge Vorschlag, die Bauern möchten gleich jetzt den Grundherren die Hälfte der Grundsteuer als Abschlag gegen spätere Verrechnung zahlen, erleichterte ihr Beginnen. Die Stimmung unter dem Landvolke wurde so schwierig, daß die Regierung ernstlich daran dachte, außerordentliche Beruhigungscommissionen in die einzelnen Kreise zu entsenden. Nur die Erwartung, der Reichstag in Wien werde sich an die Landtagsbeschlüsse nicht kehren und bauernfreundlicher auftreten, verhinderte den Ausbruch des Volksgrimmes.

Einen vollen Monat (v. 3. Juli bis 8. August) hatten die Verhandlungen über die Robotfrage gedauert, in verhältnißmäßig kurzer Zeit und ungleich friedlicher wurde der dritte Gegenstand des Landtagprogrammes: der Verfassungsentwurf, zu Ende gebracht. Gegen die drei steirischen „Grundrechte:“ Steiermark ist ein untheilbares Herzogthum; das steirische Volk behält seine Selbständigkeit, so weit dieselbe mit der Reichsverfassung vereinbar ist, und Slowenen und Deutsche genießen im Lande gleiche Rechte, erhob Niemand Einwendungen. Als die Landtagsordnung verlesen wurde, nach welcher sich die achtzig Abgeordneten gleichmäßig auf die ganze Bevölkerung vertheilten, klagte zwar Graf Brandis (8. August), daß von den erblichen Ständen im Entwurfe gar keine Rede sei, obgleich sie der Kaiser noch nicht aufgehoben hätte, und erklärte, daß er im Interesse seiner Nachkommen auf sein Standesrecht nicht verzichten könne. Auch Graf Wurmbrandt wünschte eine reichere Vertretung des Grundbesitzes, auf welchem doch in dem ackerbauenden Oesterreich Alles beruhe. Ihre Stimmen fanden aber keinen Wiederhall, ebensowenig gelang es einzelnen kirchenfreundlichen Mitgliedern, den Pfaffenhaß der Mehrheit zu beschwichtigen. „Geistliche Vereine, also wurde beschlossen, können ohne Bewilligung des Landtages nicht begründet, Jesuiten, Liguorianer und

alle Orden, welche sich dem beschaulichen Leben ausschließlich widmen, dürfen in Steiermark nicht ferner geduldet werden." Mit den Jesuiten theilten die Juden die Folgen der allgemeinen Abneigung. Zwar nahm der Landtag den Antrag Haffner's nicht an: „Der Reichstag möge gestatten, daß die Juden wie bisher nur 24 Stunden während der Marktzeit im Lande sich aufhalten und kein Grundeigenthum erwerben dürfen," aber er beschloß, was dasselbe bedeutet: „Das bestehende Privilegium wegen der Aussperrung der Juden soll auch fernerhin aufrecht bleiben."

Nur einmal wurde die Verhandlung erregter, der Kampf leidenschaftlicher, als die neue Eintheilung des Landes erörtert wurde. Der Verfassungsentwurf hatte den Grundsatz nationaler Gleichberechtigung anerkannt, die alten Landeskreise zusammengeworfen und die Sprachgrenzen auch als politische Grenzen empfohlen. Ober- und Mittelsteiermark sollten den deutschen Theil des Landes, Untersteiermark (aus dem Cillier Kreise und Bruchstücken des Marburger gebildet) den slowenischen Theil umfassen. Mit diesem Vorschlage war die Majorität einverstanden, sie gab auch zu, daß Grenzdörfer von doppeltem Sprachcharakter zwanglos, zu welchem Kreise sie zu schreiben seien, wählen durften. Bei der Frage jedoch, in welcher Sprache die Kreistage berathen sollen, geriethen die Deutschen mit den Slowenen in einen heftigen Streit. Der Hauptredner der ersteren, List, behauptete, man könne gar nicht windisch verhandeln, die Kreisstände würden sich gar nicht verstehen; die slowenische Sprache sei brauchbar, wenn es sich um den Einkauf von Ochsen und Kälbern handle, eine ernste Angelegenheit sei aber in ihr nicht abzumachen, da sie nicht den Rang einer Schriftsprache besitze, in eine Unzahl halbentwickelter Dialekte zerfalle. Dagegen warfen die Slowenen den Gegnern ein unehrliches Treiben vor. Die Sprachgrenzen wurden angenommen, die nationale Gleichberechtigung grundsätzlich anerkannt, bei dem ersten praktischen Falle aber verleugnet. Daß auf dem Landtage deutsch gesprochen werde, müssen sich die Slowenen gefallen lassen, wenn sie aber in dem von Slowenen bewohnten Kreise das gleiche Recht für ihre Sprache in Anspruch nehmen, werden sie zurückgewiesen und von den Deutschen über Sprachenzwang geklagt. Nach langer, unerfreulicher Debatte wurde endlich der Ausweg getroffen, daß dem Kreistage Untersteiermarks der Gebrauch der einen und der anderen Sprache überlassen blieb.

Am 17. August wurde der steirische Landtag geschlossen, nachdem noch in der letzten (fünfundzwanzigsten) Sitzung die Bauerndeputirten eine charakteristische Probe ihres Particularismus geliefert hatten. Sie, die sonst politischen Debatten abhold waren, verlangten jetzt stürmisch das Recht der Recrutenbewilligung für den Landtag. „Man sendet die steirischen Regimenter in die ungesundesten Gegenden, verwendet sie als Garnison in Komorn, Mantua. Es mag das ein Zeichen des Vertrauens

sein, dasselbe ist aber mit jährlich fünfhundert Todten viel zu theuer erkauft. In manchen Kreisen sind junge gesunde Männer ganz ausgestorben. Das wird nicht besser werden, als bis wir selbst über das steirische Truppencontingent frei verfügen."

So stand es mit dem österreichischen Patriotismus und der Opferwilligkeit in den alten Kernprovinzen. Um entscheiden zu können, ob der Geist, der sich in den Verhandlungen des Oberösterreichischen und Steirischen Landtages wiederspiegelt, zufälligen Eigenthümlichkeiten der österreichischen Alpenländer seinen Ursprung verdankt, oder der wirkliche, allgemeine Provinzialgeist ist, muß noch die Schilderung des Landtages in dem halbslawischen, flachen Mähren hinzutreten.

Die Mährischen Stände wurden gleich nach den Märztagen zu einer außerordentlichen Sitzung (30. März) einberufen und ihnen das Patent vom 18. März bezüglich der Erweiterung der ständischen Rechte vorgelegt. Glücklicher als ihre böhmischen und niederösterreichischen Genossen, durch keine demokratische Partei behindert oder wohl gar zur schimpflichen Flucht gezwungen, entwickelten sie eine eifrige und, wie es schien, auch erfolgreiche Thätigkeit. Gleich in der ersten Sitzung gestanden sie den königlichen Städten die Virilstimme zu, in der nächstfolgenden wurde beschlossen, auch den Bauernstand in den Landtag aufzunehmen und den Unterschied zwischen habilitirten, d. h. mit Standschaft begabten, und nichthabilitirten Grundbesitzern zu vernichten; in der Sitzung vom 17. April endlich übertrugen sie auf das Bürgerthum 30 Stimmen. Sie setzten (3. April) ein vorberathendes Comité für die Robotfrage ein und entwarfen eine provisorische Verfassung, welche auch das Ministerium (10. Mai) bestätigte. Am letzten Maitage trat der reformirte Landtag, von Vielen als ein constituirender begrüßt, zusammen. Er gliederte sich in 5 Gruppen: Landesoffiziere, Großgrundbesitzer, Städte, Landgemeinden und Intelligenz und zählte nach dem Entwurfe 247 Mitglieder. Die slawische und deutsche Nationalität hielten sich das Gleichgewicht, auch die alten Stände und die gewählten Volksvertreter würden in gleicher Stärke einander gegenübergestanden haben, wenn nicht die ersteren in einer Anwandlung von Furcht auf ihr persönliches Stimmrecht vielfach verzichtet hätten. Nur eine kleine Zahl von Grundherren fand sich ein, 122 Großgrundbesitzer, die dem Landfrieden nicht trauten, blieben vom Landtage fern.

Auch auf dem Brünner Landtage bildete die Robot den ersten und wichtigsten Gegenstand der Berathungen. Allen, den Berechtigten sowohl wie den Verpflichteten, lag daran, aus dem Zustande der Ungewißheit sich bald zu retten und das eigene Schicksal entschieden zu sehen. Diese Entscheidung dachte sich freilich jede Partei wesentlich anders. Die früheren Grundherren wollten zunächst den Grundsatz der Entschädigung deutlich ausgesprochen wissen. Sie beschworen den Landtag, öffentlich und feierlich zu erklären, daß mit der Robot keineswegs alle anderen Rechts-

verbindlichkeiten aufhören, und bemühten sich, ihre Forderung eines Ersatzes als eine Pflicht gegen den Staat darzustellen. „Auch die galizischen Grundbesitzer wollten die Robot schenken, aber der Kaiser hat es nicht erlaubt, weil die Hypotheken dadurch beirrt würden. Die Waisen- und Sparkassengelder haften größtentheils auf dem Grundbesitze. Wird der Werth des letzteren herabgesetzt, so giebt es auch für jene keine Sicherheit." Aehnlich suchte auch der Clerus die Aufhebung des Zehnten als überaus bedenklich zu schildern, obgleich Kajetan Mayer, eine der einflußreichsten Persönlichkeiten auf dem Landtage wie später auf dem Wiener Reichstage, meinte, der Zehnt habe mit der Religion nichts gemein und der Clerus keinen Grund zu der Besorgniß, als würde er nach Aufhebung des Zehnten betteln müssen.

Die Bauern wieder erwarteten bereits vom Landtage die unmittelbare und unbedingte Befreiung von allen Lasten. Je früher die Entscheidung fällt, desto günstiger, hofften sie, werde sich dieselbe für ihre Interessen gestalten. Sie fürchteten bei einer Verschleppung der Debatte das Nachlassen der opferfreudigen Stimmung, welche die Märzrevolution geweckt, sie besorgten auch, manche Vortheile später mit den Häuslern theilen zu müssen, deren Begehrlichkeit nach Gemeindegründen und Gemeindevermögen sich täglich mehrte. Dieser Gegensatz in Wünschen, Interessen und Zielen machte es aber gerade unmöglich, blos den allgemeinen Grundsatz der Aufhebung der bäuerlichen Lasten auszusprechen, und zwang den Mährischen Landtag, wie er den Oberösterreichischen und Steirischen Landtag gezwungen hatte, sich in eine eingehende Berathung der Einzellasten und ihrer Entschädigung einzulassen. Damit wechselte aber sofort der Standpunkt der Parteien. Die Bauern, früher die ärgsten Dränger, erklärten sich jetzt auch bei einer späteren Entscheidung beruhigt, und während sie bisher für die Machtvollkommenheit des Landtages geschwärmt, seiner Wirksamkeit die weitesten Grenzen gesetzt, mit zahllosen Petitionen, selbst mit ihren privaten Anliegen ihn behelligt, entdeckten sie plötzlich, daß der Landtag keine definitiven Beschlüsse fassen dürfe, höchstens schätzbares Material für den Wiener Reichstag liefere. Dieser Ansicht hatten noch vor wenigen Wochen auch die Gutsbesitzer gehuldigt. Ist nur vom Landtage das Princip der Entschädigung ausgesprochen, so mögen immerhin die näheren Bestimmungen der Zukunft überlassen werden; so war die ursprüngliche Meinung und der erste Antrag (von Baron Widmann) in folgender Weise gefaßt gewesen: Die Robot hat mit dem 1. Juli „gegen „seinerzeitige Entschädigung" aufzuhören. Jetzt fürchteten sich dieselben Männer vor der Entscheidung des Reichstages und hofften von dem praktischen Verstande, der genaueren Sachkenntniß des Landtages einen gerechteren Spruch. Sie unterstützten den Antrag: „Die Entschädigungsbeträge sind gleich nach Bestätigung des Landtagsbeschlusses mit der Grundsteuer einzuheben und im Wege einer Creditkasse den Be-

rechtigten zuzuwenden," wodurch dem Reichstage offenbar vorgegriffen worden wäre.

Am 7. Juni wurde mit der Berathung der Einzellasten und ihrer Entschädigung begonnen. Daß für die Robot, den Zehnt und das Laudemium eine billige Entschädigung zu leisten sei, darüber wurde endlich eine Einigung erzielt; den Maßstab für die billige Entschädigung hatte aber bereits die Commission des alten Ständetages nicht finden können, noch weiter gingen darüber die Meinungen auf dem Landtage auseinander. Was ist der Werth eines Robottages? So lange die Grundherren sich im unangetasteten Besitze der Robot befanden, wußten sie nicht Schlimmes genug von derselben zu erzählen. Der nachtheilige Einfluß derselben auf den Rechtssinn und die ökonomischen Anschauungen des Landvolkes erschien in ihren Augen nicht größer, als der Schaden, welchen sie mittelbar und unmittelbar den Grundherren brachte.*) Jetzt, bei der Abschätzung der Zwangsarbeit fanden sie dieselbe durchaus nicht werthlos, während die Bauern ihre alten Klagen über die unerschwingliche Last der Robot, über die großen Kosten, welche sie ihnen verursachte, vollständig vergaßen und daß ihre Aufhebung den Grundherren einen schweren materiellen Schaden bringe, heftig bestritten. Viele Sitzungen brachte der Landtag damit zu, Gebot und Gegengebot der beiden Parteien anzuhören. Preisbestimmungen, welche die Grundherren als ein Uebermaß von Billigkeit bezeichneten, nannten die Bauern unverschämt, die Schätzungswerthe dagegen, welche die Bauern vertheidigten, wiesen die Anderen als einen offenbaren Hohn zurück. Auch der Ton der Verhandlungen wurde täglich bitterer. Viele Abgeordneten klagten über den herrschenden Terrorismus und verlangten eine geheime Abstimmung; der Präsident, Fürst Hugo Salm, in früheren Zeiten ein ständischer Frondeur, seitdem aber zum Cultus der absoluten Stabilität bekehrt, dankte ab, Furchtsame verließen den Landtagssaal, in welchem die Zahl der Anwesenden rasch auf 120, später sogar auf 90 herabsank. Um wenigstens ihren guten Willen zu zeigen, beschloß die Landtagsmehrheit (9. Juni)

*) Dem Verfasser liegt eine Sammlung von Memoiren und Gutachten über die Robotfrage (im Manuscripte) vor, welche in den Jahren 1836 — 1847 Mitglieder des Hochadels (Graf J. M. Thun, Graf F. Deym, Graf Stollberg) verfaßt hatten. In jedem derselben findet sich bis zum Wortlaute gleich folgender Passus: „Der Verpflichtete wird durch die Servituten in der Benutzung seines freien Eigenthums gehindert, vorzugsweise aber durch die Robot gewöhnt, den Tag zu verschleudern und schlecht zu arbeiten. Der Berechtigte andererseits ist auf die Masse der ihm zu Gebote stehenden Robotkräfte nun einmal angewiesen und muß die schlechte Arbeit verwenden; er kann nicht an die rationelle Verbesserung der Bodencultur Hand anlegen, so lange er nicht seine Rechnung dabei findet, eigene Bezüge und Werkzeuge anzuschaffen, wozu noch kommt, daß auch ihn und seine Leute der Robotschlendrian ansteckt und bei seinen freien Arbeitern Zeitversäumniß und unvollkommene Arbeit nicht in dem Maße vermieden werden, als es sein könnte und sollte."

mit Zustimmung des Ministeriums eine öffentliche Proclamation: „Die Robot- und Zehntschuldigkeit ist vom 1. Juli 1848 gegen eine billige Entschädigung aufgehoben.“ Sie wirkte, vielleicht, weil sie so allgemein nichtssagend abgefaßt war, beruhigend im Lande; auch die Proteste, welche Freiherr Bretton, Fürst Salm u. A. gegen die Landtagsbeschlüsse als eigenmächtige, herrenfeindliche Acte schleuderten, trugen dazu bei, die Volksmeinung günstiger zu stimmen, zumal seit dem Zusammentritte des Wiener Reichstages die Hoffnungen und Erwartungen des Bauernstandes sich vorzugsweise diesem zuwendeten. Kein schroffer Widerstand machte sich mehr geltend, als über die Ablösung des Naturalzehnten berathen und die Gründung einer mährischen Hypothekenbank, um die Entschädigung zu vermitteln, beschlossen wurde. Die Ablösungssumme wurde in 4% Pfandbriefen an die Berechtigten ausgefolgt und mit 5 Procenten (1% geht zum Tilgungsfonds) auf die Hypothek des Verpflichteten versichert. Das allgemeine Interesse wurde sogar wach, als der Landtag die Verhandlungen über die Provinzialverfassung begann.

Das Ministerium Pillersdorff hatte in einem seiner seltenen lichten Augenblicke, wo nicht die Angst vor den Wiener Demokraten auf dasselbe drückte, die Erkenntniß gewonnen, daß für den Reichstag Vorlagen ausgearbeitet, Reformen der Gesetzgebung vorbereitet werden müssen. Durch ein Ministerialschreiben vom 6. Juni wurde der mährische Landtag aufgefordert, seine Berathungen auch auf andere Gegenstände als die Robotfrage auszudehnen. Willig ging derselbe auf das Verlangen ein und wählte Commissionen zum Entwurfe einer Provinzialverfassung, Gemeindeordnung, zur Abfassung von Vorschlägen, wie die Judenemancipation, die Gerichtsreform, die neue politische Verwaltung u. s. w. in das Werk zu setzen sei. Der Verfassungsentwurf, an welchem der überaus tüchtige, vorurtheilsfreie und geschäftskundige Ritter P. Chlumetzky den größten Antheil hatte, kam am 12. August den Landtagsmitgliedern in die Hände und sofort zur Verhandlung. Obgleich der Landtag sich den Einflüssen Brünns nicht vollständig entziehen konnte und in Brünn vielfach nur das als vortrefflich galt, was die Wiener dafür ausgaben, so huldigte der mährische Verfassungsentwurf doch keineswegs den hier herrschenden Modeansichten, sah nicht in dem ausschließlichen politischen Schwergewichte Wiens das Heil Oesterreichs, betonte vielmehr die Freiheit und Autonomie der Provinzen, und wahrte dieselbe wenigstens auf parlamentarischem Gebiete. „Bei der Ordnung der gesetzgebenden Gewalten dürfen die kleineren Provinzen nicht den größeren zum Opfer fallen; im Reichsparlamente muß einmal die Majorität der Bevölkerung schlechthin nach den Köpfen gezählt, das andere Mal die Provinzialgleichheit vertreten sein.“ Aber auch gegen die Ansprüche der Czechen auf das böhmische Kronland richtete sich der Entwurf mit großer Entschiedenheit. E. Belcredi's pathetische Worte: „Aus dem Trödelmarkte vergilbter, durch

alte Pergamente kaum zusammengehaltener Kronen soll nur eine einzige, die des constitutionellen Reiches erstehen," erregten stürmischen Beifall, der oberste Verfassungsgrundsatz: „Selbstgesetzgebung und Selbstverwaltung Mährens, soweit es mit einem starken Oesterreich vereinbar ist," fand allgemeine Zustimmung. Die kaum beschwichtigten Leidenschaften schärften sich wieder, die Parteien standen abermals schroff einander gegenüber, als über die Wahlordnung (17. August) verhandelt wurde. Nach dem Verfassungsentwurfe sollten die Landgemeinden, die Städte und die Olmützer Universität im Landtage vertreten sein, und zwar so, daß in den Städten bereits auf 3000 Einwohner, auf dem flachen Lande dagegen erst auf 20,000 Einwohner ein Deputirter entfiele. Gegen dieses Uebergewicht der Städte sträubten sich nicht allein die Bauern, sondern auch die Repräsentanten des altständischen Adels. Wenn man die Wirksamkeit der alten Stände, meinte Graf Belcredi, anfechte, so dürfe man nicht neue Stände einführen, nicht die Provinz in Stadt und Land ganz einseitig theilen. Die Kopfzahl oder der Steuercensus möge entscheiden, einfach je 10,000 Einwohnern, gleichviel, ob sie in Städten oder auf dem Lande leben, ein Abgeordneter gegeben werden. In ähnlichem Sinne äußerte sich Graf Mitrowsky: „Nachdem im März alle Privilegien abgeschafft wurden, wollen die Städte neue Vorrechte für sich ansprechen. Sie behaupten, die Intelligenz vorzugsweise zu vertreten. Gerade in den kleinen Städten aber suche man die letztere vergebens, hier sei, wie das Verhalten in allen Handels- und in der Industriefrage beweise, ein engherziges Monopolgelüste und freche Selbstsucht zu Hause." Sogar Fürst Salm, welcher doch sonst allen modernen Anschauungen mit stolzer Verachtung begegnete, sprach sich gegen eine Gliederung der Wähler nach Ständen und Interessen aus. Um so zäher vertheidigten die städtischen Deputirten die Bestimmungen des Verfassungsentwurfes. „Wenn man den Städten nicht ein gewisses Uebergewicht gönne, sei das liberale Princip gefährdet. Die Städte haben die Revolutionen im März und Mai durchgekämpft, die Freiheit in Oesterreich geschaffen. Man kenne die Natur der Bauern; habe man ihnen einmal die Robot geschenkt, so kümmern sie sich nicht weiter um Politik oder, was noch schlimmer ist, lassen sich dann von ihren reactionären Neigungen, von ihrer Vorliebe für das Alte, selbst Veraltete beherrschen. Man durchschaue auch den scheinbaren Liberalismus der adelichen Großgrundbesitzer. Sie sind für die Wahl einfach nach der Kopfzahl, weil sie sich dann mit den von ihnen abhängigen Häuslern und mit den von Natur conservativen Bauern verbinden zu können hoffen." Noch ein anderer Grund regte den Eifer der städtischen Deputirten an. In den mährischen Städten herrschte beinahe ohne Ausnahme das deutsche Wesen; ebenso ausschließlich dominirte auf dem Lande das slawische Element. Wurde den Städten nicht durch die Wahlordnung ein künstliches Uebergewicht verschafft, so fiel die Majorität im Landtage zweifellos den

Slawen zu und wurde — nach ihrer Ueberzeugung wenigstens — selbst die Existenz des Deutschthums in Mähren bedroht. Es gelang ihnen, ihre Ansicht durchzusetzen und den 103 Landdeputirten (je einen auf 15,000 Einwohner) 49 städtische Abgeordnete anzureihen.*) Als es aber zur dritten Lesung des Verfassungsentwurfes (16. September) kam, mußten sie den mühsam errungenen Sieg sich wieder entrissen sehen. Abermals trat Graf Belcredi als Bauernsprecher auf, und schilderte mit glänzenden Farben die Vortheile der Wahl nach der einfachen Kopfzahl, abermals traten „Städter und Gegenstädter," die einzigen lebendigen Parteien im Landtage, in hartem Kampfe einander gegenüber. Diesesmal siegten die Gegenstädter. Die Summe der Landdeputirten blieb aufrecht, jene der städtischen Abgeordneten wurde auf dreißig beschränkt. Unter lauten Protesten und Drohungen verließen nach der Abstimmung die Städtedeputirten den Landtagssaal. Diese Wirkung des Sieges hatte die Majorität nicht erwartet. Sie verhandelte im Schooße einer deutschen, leicht erregbaren Stadt, sie fürchtete die Verpflanzung der Leidenschaft in weitere Volkskreise und sah durch das dauernde Wegbleiben der städtischen Abgeordneten das Ansehen des Landtages, selbst seine Beschlußfähigkeit gefährdet. Ueber Nacht kamen ihr Friedensgedanken. Sie suchte und fand in der nächsten Sitzung (18. Sept.) Formfehler, welche den Beschluß des Vortages vernichteten, und einigte sich endlich nach langen Debatten mit der Gegenpartei zu folgendem Compromisse: „Zwischen Städten und dem flachen Lande wird kein Unterschied gemacht, auf je 10,000 Einwohner ein Deputirter gewählt." Durch die engere Begrenzung der Bezirke stieg der Einfluß der städtischen Wähler. Nur der Olmützer Universität wurden ausnahmsweise drei Abgeordnete zugestanden, um „die Wissenschaft und die Verdienste der Universitäten um die Märzrevolution zu ehren."

Das war die letzte wichtige That des mährischen Landtages. Er blieb zwar noch mehrere Monate beisammen, erörterte eine Fülle von Gegenständen und faßte zahlreiche Beschlüsse. Er hob die Vorrechte des Adels, die Titel mit eingeschlossen, auf; er verbot die Jagd auf fremdem Boden und gestattete ihre Ausübung nur auf einem zusammenhängenden Grundbesitze von mindestens 200 Joch; er debattirte über die Militärbequartirung, über die Vorspannspflicht und über den Nutzen einer polytechnischen Schule. Die rechte Lebenslust jedoch besaß er nicht mehr. Ihm stand die herrschende politische Strömung entgegen; seine Bemühungen, in die Ereignisse des Tages einzugreifen, nach der Octoberrevolution eine Versöhnung zwischen dem rebellischen Wien und dem flüchtigen Kaiser zu vermitteln, offenbarte nur seine Machtlosigkeit. Ihn lähmte

*) Die Vertheilung der Abgeordneten geschah in folgender Weise: Jede Stadt von 3000 Einwohnern wählt 1 Abgeordneten, für je 9000 Einwohner wird ein neuer Deputirter zugefügt, je 2 Städte zwischen 2000—3000 Einw. wählten zusammen 1 Abgeordneten.

auch die Gleichgiltigkeit der Wähler, welche die Diäten der Deputirten aus ihrem eigenen Säckel bezahlen mußten, und daher die Sitzungen bald übertrieben langgedehnt fanden. Ihn schädigte endlich der Widerwille der Regierung gegen ein selbständiges Provinzialleben. Das Ministerium Pillersdorff hatte den Landtag zu einer regen Thätigkeit aufgemuntert, bereits das nächste Ministerium (Wessenberg-Doblhoff) sich zu allen Landtagsbeschlüssen passiv verhalten, jede unmittelbare Berührung mit dem Landtage vermieden. Als der Letztere im November seine Klage über die geringschätzige Behandlung wiederholte, erhielt er folgende Antwort: „Die Thätigkeit der Landtage kann sich höchstens auf die Sammlung schätzbaren Materials beschränken; selbst eine provisorische Giltigkeit kann die Regierung ihren Beschlüssen nicht zugestehen, da die Provinzen noch keine Autonomie besitzen." Ohne Sang und Klang wurde der Mährische Landtag am 24. Januar 1849 geschlossen.

Nur scheinbar weicht der Tiroler Provinziallandtag von den bisher geschilderten parlamentarischen Versammlungen ab. Der eine wichtige Unterschied freilich, welcher zwischen den Verhältnissen Tirols und insbesondere der slawischen Provinzen waltet, kehrt auch in der Natur der Landtage wieder. Tirol kannte keine Unterthanschaft, war von der Patrimonialgerichtsbarkeit frei. Die Ablösung eigentlicher Unterthanslasten konnte daher auch nicht den Hauptgegenstand der Landtagsberathungen abgeben. Die anderen charakteristischen Merkmale der österreichischen Provinziallandtage, die Gleichgiltigkeit gegen die Interessen des Gesammtstaates, der Mangel an einem wahrhaft österreichischen Patriotismus, die Absperrung nach außen, der entschiedene Materialismus der Anschauungen, so daß nur was greifbaren Vortheil bringt, geschätzt wird, das Uebergewicht des bäuerlichen Elementes treffen auch in Tirol zu. Im Tiroler Landtage übte das bäurische Wesen eine so große Anziehungskraft, daß die Herren- und die geistliche Bank nicht allein in ihrer Politik, sondern auch in ihren Sitten dasselbe nachahmte.

Wie in den übrigen kleinen Provinzen, so bildete auch hier das Patent vom 18. März den Ausgangspunkt des neuen parlamentarischen Lebens. Je größeren Schrecken die Nachrichten von der Wiener Revolution verbreiteten, desto hastiger griff der Gouverneur, Graf Brandis, nach der Handhabe, welche das Patent vom 18. März zur Rettung der conservativen Interessen darbot. Dasselbe knüpfte die neue Constitution an die alten ständischen Einrichtungen an und erblickte in den — nur erweiterten — Ständen die Träger auch der künftigen Verfassung. Graf Brandis beeilte sich, der Mahnung des Patentes zu folgen und mit den „getreuen Ständen" über die wünschenswerthe Form der Constitution oder was ihm dasselbe schien, über die Reform der ständischen Verfassung zu berathen. Er berief auf den 17. April den ständischen Ausschuß nach Innsbruck, welcher blind gehorsam den ihm vorgelegten Reformplan bil-

ligte und zum Beschlusse erhob. Es sollte auch fernerhin bei der strengen ständischen Gliederung verbleiben, nicht das Volk, sondern die Herren, der Clerus, die Bürger und Bauern im Landtage vertreten werden. Das einzige Zugeständniß erpreßte die Noth der Zeit dem Ausschusse, daß die Summe der bürgerlichen und bäuerlichen Repräsentanten beinahe verdoppelt wurde, den 13 Herren und 13 Clerikern 23 Bürger und 23 Bauern (aus Deutschtirol 52, aus dem Wälschlande 20 Deputirte) sich zugesellten.

Wohl regten sich vereinzelte Stimmen in Innsbruck oder Bozen gegen diesen starren Geist und den blinden Haß des modernen Lebens. Sie wurden aber nicht allein durch den Beifall, welchen die große Volksmenge dem Plane zollte, zur Ruhe gebracht, sondern auch durch das Urtheil der angeblich unbefangenen Wissenschaft widerlegt. Der Benedictinermönch Albert Jäger hatte sich vor einigen Jahren von einem liberalen Gelüste anwandeln lassen und in einer öffentlichen Vorlesung jesuitenfeindliche Aeußerungen gewagt. Um diese Sünde abzubüßen, lieh' er nun seine Feder und seine Kenntnisse der clerical-conservativen Partei. Von ihm war das Programm der reformirten Ständeverfassung ausgegangen, er lieferte auch die Rechtfertigung desselben. Die ständische Verfassung, behauptete er, sei so alt wie das deutsche Volk, in der nach mittelalterlichem Muster ständisch gegliederten Gesellschaft seien alle wesentlichen Interessen des Volkes — die Intelligenz durch die Kapuziner- und andere Mönche — am reinsten vertreten, dem Clerus insbesondere gebühre kraft seines historischen Rechtes ein überwiegender Antheil an der politischen Herrschaft. Wie die heidnischen Priester und die Krieger den altgermanischen Adel bildeten, so müssen die Erben der ersteren, die katholischen Geistlichen, gemeinsam mit den Herren das christliche Volk lenken. Wie überall, wo der Wissenschaft der freie Pfad versperrt ist und der Forschung enge Bande angelegt werden, die Halbgelehrsamkeit sich aufbläht und unbedingte Autorität sich anmaßt, so auch in Tirol. Des Pater Jäger Beweisgründe galten für unwiderleglich, jeder Widerspruch erschien geradezu als Verbrechen.

Der Clerus war gern bereit dieser Lehre nachzuleben und zeigte sich eifrig bemüht, die Zeit bis zum Zusammentreten des Landtages zu seinem Vortheil auszunützen. Glieder desselben predigten zwar gegen die Revolution als ein leidiges Satanswerk, bedrohten ihre Anhänger mit allen erdenklichen Strafen; jedoch selbst von ihren Früchten zu pflücken, hielten sie keineswegs für unerlaubt. Der Gewinn, welchen die Kirche dabei schöpfte, verwandelte das Unreine in Reines. Mußte doch auch im Mittelalter gar oft der Teufel Gott dienen und machte Exorcismus heidnisches Goldgeräthe für den kirchlichen Dienst und Besitz brauchbar. Die rührigsten Demokraten offenbarten eine geringere Hast, die Preßfreiheit, das Clubwesen zu verwirklichen, als die von dem Brixener Bischof geleitete und von den Münchener Ultramontanen inspirirte cleri-

cale Partei. Der „katholische constitutionelle Verein," bestimmt „die katholischen Interessen im Lande Tirol und Vorarlberg, sowie die Grundsätze der constitutionellen Monarchie mit Berücksichtigung der eigenen Provinzialverfassung" zu fördern, stärkte durch Filiation seinen Anhang im ganzen Lande und verschaffte seinen Bestrebungen in kurzer Zeit die Zustimmung in weiten Kreisen. Selbst unter gebildeten Männern regte sich nicht der Gedanke eines kräftigen Widerstandes gegen ein Programm, welches zwar auch für die Constitution zu wirken vorgab, in Wahrheit aber nur die Herrschaft des Clerus über das Volk ansprach. Theils hielten sie bei ihrer geringen Zahl und beschränktem Einflusse jeden Widerstand für nutzlos, theils hofften sie die Clericalen als Staffel, um die eigene Person in die Höhe zu bringen, benutzen zu können. Gegen die Ansiedlung der Protestanten sich auszusprechen, die sogenannte Glaubenseinheit Tirols zu verfechten erschien gar Vielen kein zu großer Preis, um, sei es in das Frankfurter Parlament, sei es in den Wiener Reichstag oder den Innsbrucker Landtag zu gelangen. Vollends die Masse des Landvolkes beugte willig den Nacken unter das Joch von Menschen, welche „den Frieden in die Hütte, die Eintracht in die Gemeinde und dadurch die Segnungen des Himmels über das Land bringen." Sie verstand zwar zu wenig vom katholischen Dogma, um sich für die Erhaltung seiner Reinheit erwärmen zu können, lebte im Allgemeinen zu geistlos, um geistige Anfechtungen fürchten zu müssen. Hätten die cle ricalen Volksführer sich damit begnügt, die Landleute zur „Abwehr des entfesselten Wortes und anderer schädlichen Einflüsse" aufzufordern, sie würden schwerlich ihre tieferen Leidenschaften aufgestachelt haben. Unter „den Gütern und Vorzügen Tirols, wodurch dieses allein Tirol bleiben kann," und welche sorgfältig bewahrt werden müssen, wurden die Bauern belehrt, habe man auch die Beschränkung der Gewerbe und der Niederlassungen, die Abschaffung des Stempels und der Verzehrungssteuer zu verstehen. Nur durch den Anschluß an die engherzige, materialistische Bauernpolitik, nur durch das kluge Vermengen der clericalen Interessen mit den Wünschen der Bauern und Spießbürger, als ob die letzteren mit jenen stehen und fallen, durch das listige Vorgeben, mit dem Einzuge der Protestanten werde das gerühmte wohlfeile Leben im Lande, der Wohlstand der alten Gemeindeglieder ein Ende nehmen, als ob es der protestantischen Ansiedler eine Legion gebe und diese es auf die Vertreibung der Tiroler von Grund und Boden abgesehen hätten, gewann die clericale Partei die gute Meinung der beschränkten, leicht bethörten Volksmasse für sich. Sie siegte bei allen Wahlen, welche nach der Märzrevolution stattfanden, und brachte es glücklich zu Stande, daß die Tiroler Wahlen für das Frankfurter Parlament als Hohn auf die deutsche Einheit gelten durften, wie die Wahlen für den Innsbrucker Landtag die Freiheit Oesterreichs verspotteten.

Die Uebersiedelung des kaiserlichen Hofes nach Innsbruck im Mai

trug wesentlich zur Stärkung der clericalen Partei bei. Durch dieselbe wurde Tirol als das auserlesene Land loyaler und conservativer Gesinnung anerkannt, ihm ein Vorzug vor den anderen Provinzen eingeräumt, welcher sich vortrefflich ausbeuten ließ. Herrschte in Tirol ein loyaler Geist und conservatives Wesen, wem anders war dieses zu danken, als den Geistlichen, welche das Volk führten? Alle ihre Bestrebungen wurden fortan durch den Schild der Loyalität gedeckt, jeder Widerspruch als Auflehnung gegen die gesetzmäßigen Gewalten, als Unterstützung der verworfenen Wiener Aula bezeichnet. In der Hofgunst fanden sie den Muth, nicht nur gegen die Maiereignisse zu protestiren und an der Aprilverfassung auch dann noch festzuhalten, als dieselbe durch das Zugeständniß eines constituirenden Reichstages beseitigt war, sondern auch gehässige Bestimmungen der Aprilverfassung selbst zu bekämpfen. Unter den letzteren stand der §. 31, welcher allen Oesterreichern das freie Religionsbekenntniß sicherte, obenan. Kaum bekannt geworden, wurde er der Gegenstand einer überaus heftigen, auch von der Kanzel genährten Agitation. Niemand kann den Erfolg derselben bestreiten: 124,000 Unterschriften bedeckten das Majestätsgesuch, in welchem die Tiroler kategorisch erklärten: „Wir wollen in unserem Lande, wie es unsere Väter schon seit dem Erscheinen des Toleranzpatentes ausgesprochen, keine anderen Kirchen als die katholischen, und verlangen insgesammt, daß von der Anordnung des §. 31 der Verfassungsurkunde Tirol und Vorarlberg durch ein Gesetz ausgenommen und diese Provinz in dem Besitze der unvermischten Ausübung des katholischen Gottesdienstes erhalten und beschützt werde." Seltsam nahmen sich gegenüber diesem Separatismus die hochmüthigen Ermahnungen, die Einheit Oesterreichs zu achten, aus, welche Tiroler Stimmen an die anderen Provinzen richteten. Als sich in Innsbruck Beileidsdeputationen, nach des Kaisers Flucht an ihn gesandt, sammelten und auch Adressen an die Tiroler veröffentlichten, antworteten diese mit großem Selbstgefühle, daß sie als deutsches Kernvolk an Oesterreichs Einheit und an der engsten Verbindung mit den „deutschen Brüdern" festhalten und eine gleiche Gesinnung den anderen Provinzen empfehlen.

Durch demagogische Künste der mannichfachsten Art hoffte man das Volk in seinen Vorurtheilen so sehr befestigt, in seinem politischen und religiösen Aberglauben so mächtig gestärkt zu haben, daß man den Resultaten des Landtages, welcher am 7. Juni zusammentrat, ruhig entgegensehen konnte. Schlimm war es freilich, daß die beiden südlichen Kreise keine Deputirten nach Innsbruck senden wollten. Den wahren Grund der Ablehnung bildete nationale Eifersucht. Die Wälschtiroler sahen sich in Innsbruck zu einer unfruchtbaren Minorität verurtheilt, durch Beschickung des Landtages in Widerspruch mit ihren italienischen Sympathien versetzt. Sie fanden aber einen passenden Vorwand für ihr Fernbleiben

vom Landtage in der ständischen Gliederung desselben, welche sich weder mit dem freien Geiste der Zeit noch mit dem Wortlaute der Verfassung vereinigen ließ. Gewann diese Ansicht auch in den nördlichen Kreisen Eingang, so war der Bestand des Landtages bedroht. Zum Glück herrschte hier ein so entschiedener Wälschenhaß, daß der Protest der Südtiroler (in zwei Versammlungen, zu Trient und Roveredo am 20. Mai gefaßt) ohne Nachhall blieb. Zeigte auch der Innsbrucker Landtag keine vollständige Vertretung des Landes, so repräsentirte er dafür, wie dies schon die Wahl des Landeshauptmanns offenbarte, desto treuer die clericale Partei. Graf Brandis, welcher jene Würde bald nach den Märztagen niedergelegt hatte, wurde trotz seiner Kirchentreue nicht wieder gewählt. Er stimmte mit den Clericalen in den politischen Zielen überein, ob aber seine altadeliche Natur auch alle Mittel und Hebel, welche der Moniteur der Geistlichkeit, Moy's Tiroler Wochenblatt, angewendet wissen wollte, billigte, ob er das Programm des letzteren: „Gegen radicale Stadtherrlen brauchen wir nur Fäuste und Knüttel" mitvollziehen würde, war nicht sicher gestellt. Die Wahl traf an seiner Stelle den Grafen Leopold Wolkenstein, dessen Leidenschaftlichkeit und von Natur verhärteter Sinn ihn zum Werkzeuge der Clericalen besser empfahl. Als Vicepräsident fungirte ein gewisser Schuler, früher als ein freisinniger, gebildeter Mann im Lande berühmt, jetzt zu streng kirchlichen Anschauungen bekehrt und dafür mit dem Amte eines Deputirten zum Frankfurter Parlamente belohnt, wo er übrigens nur einmal — als er (12. August) die Tiroler mit Ochsen verglich — sich durch Redekunst bemerkbar machte.

Wie in allen übrigen Landtagen, so beschränkten sich auch in Innsbruck die Verhandlungen auf die Verfassungsfrage und die Zehntablösung. Zwei Umstände schwächten den Erfolg der clericalen Partei. Noch zitterte die Märzluft nach und verhinderte den vollkommenen Bruch mit dem modernen politischen Bewußtsein. Ebenso ließ sich der Bauernstand in allen Dingen, die ihn unmittelbar angingen und welche er verstand, von keinem anderen Motiv als dem des eigenen Interesses leiten. An seiner Selbstsucht zerschellten alle Mahnungen der Clericalen. Die ständische Gliederung wurde zwar beibehalten, das Uebergewicht des adelichen und insbesondere des geistlichen Standes gerettet. Wurden auch den Städtern 22, den Bauern 35 Abgeordnete zugestanden, die Zahl derselben gegen früher mehr als verdoppelt, so hob doch die Bestimmung, daß der Adel 12, der Clerus 13 Deputirte zu wählen habe, jenen Vortheil wieder auf, da die Geistlichkeit auch in den ländlichen Wahlbezirken mitwählte und hier überall einen unbeschränkten Einfluß besaß. Die Einschränkung des activen und passiven Wahlrechtes auf jene Bauern, welche eine directe Steuer zahlen, ging gleichfalls durch. Der Vorschlag des Grafen Brandis jedoch, die „Intelligenz vom Landtage grundsätzlich auszuschließen — soweit dieselbe eine Vertretung verdiene, genüge dem Be-

dürfnisse der Clerus und nebenbei der Adel; am besten wäre es aber, das unpraktische Wort, das erst seit Kurzem aufgetaucht, aus der Tiroler Verfassung gänzlich zu beseitigen — fand nicht den Beifall der Mehrheit, ebensowenig als der Ausschluß des nichtständischen Adels beliebt wurde. Noch spröder zeigte sich der Bauernstand in der Ablösungsfrage. Unbekümmert um die Klagen der geistlichen Deputirten, gleichgiltig gegen die Drohungen der Pfarrer, daß der Fluch des Himmels auf den Ablösungen ruhe, beharrte er auf seinem Rechte und verlangte die Ablösung vom Zehnten um den billigsten Preis. Am deutlichsten wurde die Scheu, den beschränkten Tiroler Standpunkt schon jetzt unumwunden zu bekennen, bei der Verhandlung über die Glaubenseinheit offenbar. Der Landtag besaß nur den Muth zu folgendem Beschlusse: „Es wird als die fortwährende Aufgabe des Landtages erklärt, dahin zu wirken, daß der römisch-katholischen Kirche allein die öffentliche Ausübung des Gottesdienstes gesichert werde." Den förmlichen Ausschluß der anderen Confessionen im Sinne der Riesenpetition zu fordern, wagte er also nicht. Der clericalen Partei blieb nur der Trost, daß dieser Beschluß geheim gefaßt wurde, also keine gesetzliche Kraft besaß, daher er auch in dem officiellen Verfassungsentwurfe nicht vorkommt, und die Hoffnung, durch fortgesetzte Agitation auch die letzte Spur eines scheuen Wesens aus dem Landtage zu vertreiben. Am 12. Juli schloß der Landtag seine Sitzungen, welche oft den Glauben erweckten, des Grafen Brandis frommer Wunsch sei bereits Thatsache geworden, um im Spätherbste noch einmal zu einer zwar episodischen, aber überaus charakteristischen Wirksamkeit erweckt zu werden.

---

2. Der Wiener Reichstag.

Die Entfernung des Hofes von Wien, unheilvoll für den Staat, dessen neue Ordnung sie verzögerte, dessen Kräftigung sie bei dem Bestande zweier Regierungen verhinderte, wirkte zunächst auf die Stimmung der Residenzbewohner beruhigend. Theils die Angst, durch wiederholte politische Demonstrationen der Rückkehr des Hofes Hindernisse zu bereiten, theils die Unmöglichkeit, noch mehr und Größeres zu fordern, als das Ministerium bereits bewilligt hatte, brachte die Agitation zum Stillstande. Der Sicherheitsausschuß, von einem jüngeren Arzte, Fischhof, geleitet, herrschte unumschränkt. Die Regierung trat ihm nicht entgegen, als er die zahllosen Arbeiter, welche Noth oder Faulheit auf das Pflaster geworfen und der Gemeinde zur Ernährung überliefert hatte, für seine unmittelbaren Schützlinge erklärte; die Behörden gaben willig Aufschluß über alle Truppenbewegungen, welche dem Wiener Volke bedenklich schienen und die alten Besorgnisse einer militärischen Gegenrevolution weckten; nirgends regte sich Widerspruch gegen die Verwaltung der Localpolizei durch Mitglieder des Ausschusses. Einer vollkommenen Ungebundenheit erfreute sich auch die Presse. Wenn auch das Gerücht von einem halben Tausende von Preßprocessen sprach, welche der Staatsanwalt vorbereitete, in Wahrheit strengte er doch keinen einzigen an. Die demokratischen Vereine feierten. Zum ersten Male seit den Märztagen mangelte ihnen der Zündstoff, um die Massen zu entflammen, fehlten die Zuhörer bei ihren Versammlungen. Es schien, wie Pillersdorff*) erzählt, die Periode einzutreten, wo die Regierung erstarken und in dem „Reichstage eine wichtige Stütze finden konnte."

*) Nachgelassene Schriften S. 137.

Sorgenfrei war allerdings das Ministerium auch jetzt nach den Maistürmen nicht. Mit jedem Monatsschlusse stellte sich die Finanzbilanz schlechter, mit jedem Monate verringerten sich die Einnahmen, vermehrten sich die Ausgaben, steigerte sich insbesondere der Geldbedarf für die Armee. Im April betrugen die Einnahmen sechs Millionen, im Juni fielen sie auf fünf Millionen herab, die Ausgaben stiegen dagegen in diesem Zeitraume von zehn auf zwölf Millionen, beziehungsweise das Deficit von drei auf sechs Millionen Gulden. Seit dem Anfange des Finanzjahres (1. November 1847) bis zum letzten Juni berechnete man das Deficit auf 35 Millionen. Der Gewinn der Bankactionäre hatte zwar durch die revolutionären Ereignisse keine Einbuße erfahren; die Dividende für das erste Halbjahr 1848 war dieselbe wie im ersten Semester 1847 — vierzig Gulden. Für die Nichtactionäre jedoch besaß das Verhältniß des Baarschatzes der Bank zu den umlaufenden Noten (1 : 8) etwas Erschreckendes. Alle die rettenden Thaten der Finanzverwaltung: Das Verbot der Silberausfuhr, die Gmundner Hypothekenscheine, der Zwangscours der Banknoten, die Emission von Einguldennoten erwiesen sich wirkungslos und mußten unaufhörlich fortgesetzt werden. Der Finanzminister Kraus, der Mann kleiner Mittel und großer Hoffnungen, besann sich nicht lange. Die Reihe der Maßregeln, welche dem Staatsbankerotte vom Jahre 1811 vorangegangen waren, hatte er noch lange nicht erschöpft; auf ihre vollständige Wiederholung schien er es aber abgesehen zu haben. Er befahl (1. Juni), daß alle bei den Gerichten und den Patrimonialämtern aufbewahrten Depositengelder an den Staatsschuldentilgungsfonds abgeführt, an ihrer Stelle 3procentige Schuldscheine niedergelegt werden sollten. Nicht die Gewaltsamkeit dieser Maßregel, welche das Depositenvermögen den Wechselfällen des Courses überlieferte, verdient so sehr betont zu werden, als die beispiellose Unkenntniß der wirklichen Zustände, welche dieselbe offenbart. Der Finanzminister hoffte einige hundert Millionen Gulden für die Staatsbedürfnisse flüssig gemacht zu haben, in Wahrheit lagen in den Depositenkassen kaum zehn Millionen. Eine rettende That mehr hatte er vollbracht, welche in allen Provinzen die größte Bestürzung erregte, von der Verlegenheit der Regierung zeugte und doch eine kaum nennenswerthe Hilfe darbot.

Ein anderer Gegenstand der ministeriellen Kümmerniß war die Stellung der Wiener Centralregierung zu dem Hofe in Innsbruck. Die Verschleppung der Geschäfte bedeutete noch wenig gegen die Anarchie in den Regierungskreisen, welche die Entfernung des Hofes darbot. Die fremden, bei dem Kaiser accreditirten Gesandten waren ihm natürlich nachgefolgt. Allmälich trafen auch mehrere österreichische Diplomaten, theils solche, welche die Ereignisse um ihr Amt gebracht hatten, dann aber auch andere, welche unter der Herrschaft revolutionärer Grundsätze nicht länger dem Staate dienen wollten, in Innsbruck ein. Unmittelbar nach den März-

tagen hatte sich zwar der Mehrzahl von ihnen eine wahre Verzweiflung bemächtigt; sie glaubten, die Welt gehe unter, weil ihre Welt nicht mehr bestand, sie gaben vor, mit dem öffentlichen Leben überhaupt geschlossen zu haben. Auf die Dauer dieser Stimmung durfte man aber nicht übermäßige Hoffnungen bauen, die Möglichkeit, daß unberufene Rathgeber in Innsbruck Einfluß gewinnen könnten, nicht unbedingt zurückweisen. Die Absendung des Handelsministers Doblhoff, dessen Gegenwart in Wien durch Facharbeiten nicht in Anspruch genommen wurde, hatte den Zweck, wenigstens eine nothdürftige Verbindung zwischen dem Hofe und dem Ministerium herzustellen und übereilte Beschlüsse, welche die Volksleidenschaften wieder aufregen würden, zu verhüten. Seine Einwirkung zeigte sich auch in dem versöhnlichen Manifeste vom 3. Juni: „Ich habe am 16. Mai keinen Anstand genommen, den nächsten Reichstag als einen constituirenden zu erklären und die damit im Einklange stehenden Wahlen zuzusichern. Die Art und Weise, wie Ich hierzu veranlaßt worden bin, hat Mich tief verletzt. Allein die Sache selbst bin Ich bereit festzuhalten, weil sie Mir die Bürgschaft gewährt, daß die Verfassung, welche Meinem Reiche geistige und materielle Macht verleihen soll, in ihren Grundlagen wie in ihren Einzelnheiten ein Werk des gesetzlich ausgeprägten Gesammtwillens sein werde, mit welchem Hand in Hand zu gehen Ich fest entschlossen bin. Mein sehnlichstes Verlangen ist nunmehr, daß die baldige Eröffnung des Reichstages in Wien, dem Sitze Meiner Regierung, möglich werde." So waren also die „Maierrungenschaften" förmlich bestätigt, die Meinung, als herrsche in Innsbruck eine volksfeindliche Camarilla, als Aberglauben nachgewiesen und — was den Ministern besonders wichtig erschien, die Wiener Demokraten durch ihr eigenes Interesse zu einer ruhigen Haltung verpflichtet.*)

Das Manifest vom 3. Juni beschwichtigte allerdings die Gemüther und nahm der Flucht des Hofes aus Wien die allgemein befürchtete Bedeutung eines unbedingten Protestes gegen die Maiereignisse; die schlimme Lage des Ministeriums verbesserte es aber nicht. Zwei seiner Mitglieder, Wessenberg und Doblhoff, weilten in Innsbruck, ein drittes, der Kriegsminister Graf Latour, weigerte sich entschieden, Cabinetsberathungen beizuwohnen, über den engsten Fachkreis hinaus seine Wirksamkeit auszudehnen. Die Last und die Verantwortlichkeit ruhte ausschließlich auf Pillersdorff's Schultern. Seine Nachgiebigkeit gegen alle Forderungen, die im Namen des Volkes gestellt wurden, hatte ihn schließlich zu einem populären Manne gemacht; er empfing von den Studenten mannichfache

*) In einem zweiten Manifeste vom 6. Juni: „An die getreuen Niederösterreicher," wurde geradezu als Preis der fortdauernden Ruhe und Ordnung in Wien die Eröffnung des Reichstages durch den Kaiser in Person geboten, übrigens noch schärfer betont, daß der Kaiser niemals „der überwiegenden Meinung seiner Völker Schranken setzen wolle."

Huldigungen und las in denselben Blättern, die ihn kurz vorher als einen unfähigen Menschen gelästert, seinen Charakter beschimpft hatten, sein wärmstes Lob. Er galt als „Mann des Volkes," als „Bürgschaft des Friedens," als „einzig möglicher Minister." In demselben Maße weckte er aber auch das Mißtrauen der Conservativen und fand bittern Tadel in höfischen Kreisen. Begreiflicherweise suchte er für die Zugeständnisse, die ihm vielleicht noch die Begehrlichkeit der Radicalen abzwingen würde, eine bessere Deckung, für seine Maßregeln eine formell unantastbare Vollmacht. Eine solidarische Einheit des Cabinetes bestand nicht, an die nahe Rückkehr des Kaisers, so oft sie auch verkündigt wurde, war gleichfalls nicht zu denken, und auch wenn sie erfolgte, so schaffte sie bei der bekannten Schwäche seiner Willenskraft doch nur geringen Nutzen. Ein Stellvertreter des Kaisers allein, der mit seinem Namen den Minister schützte, die Prärogative des Monarchen verwaltete, konnte helfen. Bereits am 31. Mai richtete Pillersdorff an den Erzherzog Johann einen Brief*), in welchem er ihn flehentlich bat, das Amt eines österreichischen Reichsverwesers zu übernehmen. „Es ist dringend und unerläßlich, daß keine der beiden Ideen sich verbreite, entweder daß schlecht regiert wird, weil das Haupt der Regierung abwesend ist, oder daß sich auch ohne ein solches die Regierung führen läßt; und darum bitte ich, kommen Sie nach Wien, — ohne Vollmacht und ohne Regierungsgewalt, damit jene nicht mit Forderungen bestürmt, diese nicht abgenützt werde. Die Bevölkerung Wiens soll sehen, daß die Minister selbst auch noch einer Controle unterliegen, welche, wenn sie auch nicht in ihre Handlungen eingreift, doch ruhig Materialien zu ihrer Prüfung sammelt." Der Erzherzog weigerte sich, auf diesen Plan einzugehen. „Was soll, schrieb er an den Minister zurück, meine Sendung nach Wien für eine Bestimmung und welchen Erfolg haben? Täusche man sich nicht. Zuerst Freude, Hoffnungen, selbst guter Wille, bald darauf Forderungen, so wie wir es erfahren, endlich, da ich solche nicht erfüllen kann, jene Stellung, in welcher Manche sich befinden, und da ich mich niemals zum Werkzeug oder zu einem Schattenbilde herabwürdigen werde, nichts Anderes, als ein vielleicht noch gut gehaltener Gefangener oder Geißel, gleich Anderen meiner unbedingten Freiheit beraubt. Ich muß gestehen, daß ich mich für eine solche Stellung als freier Mann zu gut halte."

Es walteten aber in Innsbruck gegen den Plan noch andere Bedenken. Man mußte zugeben, daß die einem kaiserlichen Prinzen zugemuthete Mission in den Händen des Erzherzogs Johann allein einen Erfolg versprach, daß sie dem Bruder des Kaisers, wenngleich dieser dem Throne näher stand, nicht anvertraut werden konnte, ohne den kaum erst

*) Pillersdorff's Brief und die sehr charakteristische Antwort des Erzherzogs sind in Pillersdorff's Nachgelassenen Schriften S. 140 abgedruckt.

hergestellten Frieden abermals zu gefährden. Erzherzog Franz Karl war zwar als ein überaus gutmüthiger und wohlwollender Mann bekannt, dem Kaiser in Geistesart vielfach verwandt, desto ungünstiger äußerte sich die öffentliche Meinung über seine Gemahlin, welcher man nicht allein einen großen Einfluß im Familienkreise zuschrieb, sondern auch eine entschiedene Begünstigung des reactionären Treibens, wenn nicht gar seine Leitung vorwarf. Lag nicht in der Wahl des Erzherzog Johann eine Zurücksetzung für den künftigen Thronfolger, wurde dadurch nicht im Voraus ein Schatten auf seine Fähigkeit zu herrschen geworfen? Und dann das Andere. In den Ländern der ungarischen Krone vertrat bereits Erzherzog Stephan mit unbeschränkter Vollmacht den Kaiser; wurde nun noch für die übrigen Provinzen ein kaiserlicher Stellvertreter bestellt, gab es, wenn auch nur provisorisch, in Oesterreich zwei Repräsentanten der souveränen Würde, wie konnte man dann noch von einer Reichseinheit sprechen und über die Trennungsgelüste der Magyaren sittliche Entrüstung äußern?

Die Noth der Zeiten gewann schließlich doch den Sieg über alle Bedenklichkeiten. Pillersdorff in Wien und Doblhoff in Innsbruck ließen nicht nach, zu drängen und zu mahnen. Der Einsicht, daß wenigstens die Eröffnung des Reichstages durch ein Mitglied des kaiserlichen Hauses vollzogen werden müsse, konnte sich auch der Hof auf die Länge nicht entziehen. Am 15. Juni erschien eine Proclamation des Kaisers, welche für die Zeit seiner Abwesenheit den Erzherzog Johann mit der unbedingten Regierungsvollmacht bekleidete; am 25. Juni trat der Erzherzog die Regentschaft an. „Als Stellvertreter des Kaisers habe ich den Reichstag in seinem Namen zu eröffnen und bis zu seiner Rückkehr nach Wien die ihm als constitutionellem Kaiser zustehenden Regierungsgeschäfte zu leiten.“ Als der Erzherzog dieses wahrlich nicht leichte Amt übernahm, war seine Wahl zum deutschen Reichsverweser, seine Berufung nach Frankfurt bereits gewiß.*) Wie man sich in Regierungskreisen die Vereinigung beider Würden in einer Person möglich dachte, ist nicht recht klar. Wahrscheinlich dachte man gar nicht an die Folgen einer solchen Doppelstellung, man achtete nur, was dem augenblicklichen Bedürfnisse abzuhelfen versprach, und freute sich, die nächste Klippe, — den Zusammentritt des Reichstages ohne die Intervention eines Mitgliedes der kaiserlichen Familie, den republicanischen Schein — glücklich umschifft zu haben.

---

*) Die förmliche Wahl durch das deutsche Parlament erfolgte allerdings erst am 29. Juni. Aber nicht allein die öffentliche Meinung hatte schon viel früher für den Erzherzog Johann sich entschieden, sondern auch die deutschen Regierungen ihre Stimmen gegeben. In der Adresse des Bundestages an den Reichsverweser vom 29. Juni heißt es: „Die Regierungsbevollmächtigten waren schon vor dem Beschlusse der Berathungen über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt von ihren Regierungen ermächtigt, für eine Wahl Ew. k. Hoheit zu hohem Berufe sich zu erklären.“ Vgl. auch die Erklärung Schmerling's in der Parlamentssitzung vom 4. Juli.

Auf den Reichstag lenkten sich nun ausschließlich alle Blicke. Die Mairevolution hatte den Senat beseitigt, an der Organisation der Kammern der Abgeordneten und der Wahlordnung für dieselbe nicht gerüttelt. Pillersdorff war daher in seinem Rechte, wenn er bei der Ausschreibung der Wahlen sich einfach an die Bestimmungen der Aprilverfassung hielt, das System der indirecten Wahlen, die Ausschließung der Arbeiter, die Bedingung eines sechsmonatlichen Aufenthaltes im Wahlbezirke aufrecht stehen ließ. Gegen diese Anordnungen hatten die Vereine und die Presse im Mai nicht geeifert, sie bemühten sich nun im Juni das Vergessene nachzuholen. Zunächst wurde die Verpflichtung, die Ansäßigkeit im Wahlbezirke seit den letzten sechs Monaten nachzuweisen, angegriffen. Das Ministerium gab nach. Dann warf sich die Kritik auf die Ausschließung der Arbeiter. Auch darin war Pillersdorff willfährig. „Jeder selbständige Arbeiter über 24 Jahre ist Wähler." Nun entspann sich ein Streit über die Bedeutung des Begriffes: selbständiger Arbeiter. Noch immer war die Friedensliebe des Ministeriums nicht erschöpft; es gab eine sehr weite Definition des Wortes, so daß nur eigentliche Dienstboten von der Wahl ausgeschlossen blieben. Als aber die Einzeichnungen in die Wahllisten (13. Juni) vorgenommen wurden, bemerkte man, daß nur wenige Arbeiter von ihrem Bürgerrechte Gebrauch machten. Die Schuld durfte nicht an den Arbeitern haften. Es gehörte ja zu den Glaubensartikeln, namentlich der Wiener Demokratie, daß nächst den Studenten das Proletariat, „die lieben Brüder und Freunde" des Sicherheitsausschusses, das am meisten entwickelte politische Bewußtsein besäßen, wie auch in ihnen das Schwergewicht des freien Staates ruhe. Waren die Arbeiter säumig, so mußte die Schuld in dem wenig lockenden Wahlgesetze liegen. Der Sturm gegen die indirecten Wahlen begann. Noch am Abende des 14. Juni wurde das Ministerium zur Ausschreibung directer Wahlen aufgefordert. Es galt als selbstverständlich, daß es sich auch diesesmal fügen werde. Zur allgemeinen Ueberraschung gewann es, das erste Mal seit seinem Bestande, den Muth zu einem kategorischen Nein. Mit directen Wahlen verknüpfte das Vorurtheil republicanische Tendenzen. Das Ministerium, augenblicklich bemüht, den Hof mit Wien auszusöhnen und zur Rückkehr in die Hauptstadt zu bewegen, wußte, daß die Verhandlungen sofort abgebrochen würden, wenn es auch dieses Zugeständniß an den Sicherheitsausschuß und den demokratischen Verein machte. Abgesehen davon verzögerte jede Aenderung des Wahlgesetzes den Zusammentritt des Reichstages und weckte in den Provinzen den entschiedensten Widerspruch. Auf die erste Nachricht von den Vorgängen in Wien protestirte der Steirische Landtag (20. Juni) gegen jede fernere Verschleppung der bereits eingeleiteten Wahlen. Aehnliche Verwahrungen standen aus allen anderen Provinzen in Aussicht. Pillersdorff beharrte daher bei den indirecten Wahlen trotz der steigenden Aufregung in einzelnen politischen Krei-

sen Wiens. Der Sicherheitsausschuß hielt es für unmöglich, daß das Ministerium seinen Widerstand gegen „Volkswünsche" lange fortsetzen werde. Nachdem die Urwahlen bereits vollzogen waren, kam er abermals auf die Vorzüge des directen Wahlsystems zurück und forderte nichts weniger als die Cassation der vollendeten und die Anordnung neuer Wahlen, und da natürlich diesem Begehren nicht Folge gegeben wurde, so entlud sich der Aerger über die mißlungene Agitation auf dem Haupte Pillersdorff's.

Das Wahlgeschäft erhitzte an und für sich die politische Stimmung und erhöhte den Thatendrang namentlich des Sicherheitsausschusses. Da galt es, Programme aufzustellen, Candidaten zu prüfen, Wahlcomité's zu bilden. Daß die Radicalen mit ihren früheren Ueberzeugungen in Widerspruch geriethen, von einer Unterordnung Oesterreichs unter Deutschland nichts mehr wissen wollten, der „alleinseligmachenden Kraft der Frankfurter Parlamentsbeschlüsse" spotteten, hatte nicht viel auf sich. Auf ein folgerichtiges Denken und Handeln erhoben sie niemals Anspruch. Eitelkeit hatte sie früher bestimmt, Selbstüberschätzung leitete sie jetzt. „Was sollen wir in Frankfurt, da wir vielleicht auf dem Punkte stehen, freier zu werden als Deutschland?" Mit diesen dürren Worten kehrten sie ihrem früheren Standpunkte den Rücken. Hätte die Linke in Frankfurt die Majorität gewonnen, so würden sie für das deutsche Parlament sich begeistert haben; weil sie die Herrschaft ihrer Gesinnungsfreunde im Wiener Reichstage hofften, schwärmten sie für dessen Allgewalt. Sie hatte kein unwiderstehlicher Zug der Natur nach Frankfurt getrieben, sie fesselte kein patriotisches unmittelbares Gefühl an den alten Kaiserstaat, sie berechneten nur den Vortheil ihrer eigenen Parteiinteressen. Wichtiger war, daß der Sicherheitsausschuß und der mit ihm verbundene demokratische Verein*) bei dieser Gelegenheit mit dem Gemeinderathe, welcher gleichfalls ein Wahlcomité bilden wollte, in Streit geriethen und wie wenig Pillersdorff zu demokratischen Grundsätzen bekehrt sei, entdeckten. Im Streite mit dem Gemeinderathe, dem sie als einer Behörde das Recht, sich in die Wahlen zu mischen, absprachen, blieben sie Sieger. Dieses hob ihren Muth und reizte sie zu einem heftigen Angriffe auf den Minister. Pillersdorff's Wahlreden verriethen, daß er im Herzen noch immer zur Aprilverfassung sich bekenne, die Aufhebung einer Pairskammer bedauere und nur nothgedrungen der neuen Ordnung sich füge. In Wien wagte er nur schüchtern Aeußerungen, desto offener sprach er sich gegen Provinzbewohner aus. Oberösterreichischen Landtagsmitgliedern gegenüber

*) Der demokratische Verein war der im März gegründete Verein der Volksfreunde, welcher im Mai seine Umtaufe vollzogen hatte. Seine Seele war und blieb Tausenau, selbst vom Krankenbette aus leitete er den Verein, welcher übrigens durch die Wahl seiner namhaftesten Mitglieder nach Frankfurt seine besten Kräfte eingebüßt hatte. Vgl. Kolatschek, Monatschrift 1850, IV. S. 195.

behauptete er, daß die Mairevolution wohl den Senat als eine für sich bestehende Körperschaft aufgehoben, keineswegs aber den einzelnen zweihundert Senatoren das Recht, persönlich im Reichstage zu erscheinen, genommen habe. „Die Reducirung der Repräsentanten ist nicht gerechtfertigt.“ Er beklagte es, daß die „Bewegung der Zeit auf eine allgemeine Volksvertretung gerichtet sei. Daß die an Kopfzahl stärkste Klasse der Bevölkerung das Uebergewicht erhält, ist eine natürliche Folge, welche das Ministerium nicht beseitigen kann.“ Pillersdorff hatte den Willen des Sicherheitsausschusses in dem Streite, ob directe, ob indirecte Wahlen, nicht beachtet, noch in den letzten Tagen bei dem Entwurfe einer provisorischen Geschäftsordnung für den Reichstag die parlamentarische Freiheit arg beschnitten. Damit nicht genug. Die Deputirten, welche der Sicherheitsausschuß in der Pfingstwoche nach Prag entsendet hatte, waren vom Fürsten Windischgrätz übel empfangen, entwaffnet worden. Der Sicherheitsausschuß forderte von Pillersdorff Satisfaction; nur die Abdankung des Generals, die Absetzung des Grafen Thun konnten die Ehre der Körperschaft wieder herstellen. Außerdem verlangte der Sicherheitsausschuß die Auslieferung der Acten über den Prager Juniaufstand. Pillersdorff wies alle diese Begehren von sich. Er duldete den Grafen Thun im Amte, er überließ auch fernerhin dem Fürsten Windischgrätz das Commando der böhmischen Armee. Damit war das Maß seiner Sünden in den Augen des Sicherheitsausschusses gefüllt, welchem es ohnehin gelüstete, dem Gerede von seiner nahen Auflösung durch eine kräftige That entgegenzutreten und in Gegenwart des Erzherzogs Johann seine ungeschwächte Macht zu beweisen.

Während Wien den Abgeordneten des deutschen Parlamentes, welche zur Begrüßung des neuen Reichsverwesers gekommen waren, zujubelte und die große Volksmasse über die Oesterreich widerfahrene Ehre aufjauchzte, nur der Freude sich hinzugeben schien, wurde im demokratischen Vereine und im Sicherheitsausschusse (7. Juli) die Nothwendigkeit, den Rücktritt des Ministers zu erzwingen, eifrig besprochen. Es war hart für Pillersdorff, so nahe am Hafen scheitern zu müssen. Nur noch einige Tage hatten bis zur Eröffnung des Reichstages zu verstreichen. Mit diesem, hoffte er, würden ruhigere Zustände zurückkehren, in ihm seine Geschäftskenntniß, seine politische Gewandtheit die volle Anerkennung finden. So lange trotz aller Stürme aufrecht stehend, sollte er jetzt, wo das Stehen leicht schien, zum Falle kommen. Er berief die einflußreichsten Mitglieder des Ausschusses zu sich und bot gute Worte; er führte ihnen zu Gemüthe, wie schädlich in diesem Augenblicke öffentliche Ruhestörungen wirken würden, forderte sie auf, ihn im Reichstage anzuklagen, bei dem Kaiser Beschwerde zu führen, wenn sie mit seiner Thätigkeit unzufrieden seien, nur jetzt gewaltsamer Demonstrationen sich zu enthalten. Er glaubte, auf die Anwesenden Eindruck gemacht, ihren Groll versöhnt

zu haben — am anderen Tage beschloß der Sicherheitsausschuß mit 156 gegen 5 Stimmen: „Die Träger des alten Systems sind unbedingt aus dem Cabinete zu entfernen, Doblhoff ist mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu betrauen, in welchem außer Wessenberg kein Mitglied des bestehenden einen Sitz haben soll." Um diesem Wunsche den rechten Nachdruck zu verleihen, begab sich eine Deputation des demokratischen Vereins zum Erzherzoge Johann und trug ihm die gleiche Bitte vor. Die Herren Deutsch, Silberstein und Löbenstein wurden vom Erzherzoge (8. Juli) huldvoll empfangen. „Er sei von der Unzulänglichkeit der Minister vollkommen überzeugt und werde das Nöthige verfügen." „Wir, fügte der Erzherzog hinzu, sind Männer und können offen mit einander reden. Sie — nämlich die Herren Deutsch, Silberstein und Löbenstein — sind gescheidte Männer, kommen Sie so oft Sie wollen zu mir. Ich bin ein ehrlicher Mann."*) Graf Hartig**) und andere ältere Staatsmänner hielten es für eine moralische Unmöglichkeit, daß ein österreichischer Erzherzog so gesprochen habe. Eins ist gewiß, daß dem Berichte der Deputirten nicht widersprochen wurde, daß also der Wunsch vorhanden war, den Glauben zu verbreiten, als hätte der Erzherzog so vertraulich sich geäußert.

Pillersdorff, in seiner Ehre gekränkt, nahm am 8. Juli seine Entlassung, ihm folgten Sommaruga und Baumgartner, die Minister der Justiz und der öffentlichen Arbeiten. Mit einem Fuße bereits im Reisewagen, gab der Erzherzog mit flüchtigen Worten Doblhoff den Auftrag, ein neues Cabinet zusammenzustellen und eilte in Begleitung Wessenberg's nach Frankfurt, um hier das Amt des deutschen Reichsverwesers zu übernehmen. Erst am 19. Juli, nach der Rückkehr des Erzherzogs, trat das neue Cabinet in Wirksamkeit, so daß Oesterreich zehn Tage ohne alle Regierung blieb. Es muß das politische Fahrwasser sich sehr beruhigt oder die alten Steuerleute einfach auch nichts Anderes gethan haben, als das Schiff seinem Laufe zu überlassen, wenn dieses ohne Gefahr, ja beinahe unbemerkt geschehen konnte. Niemand beklagte den Rücktritt Pillersdorff's, keine Partei erblickte in seinem Sturze ihre Niederlage. Der Hof und die Conservativen hielten seine Nachgiebigkeit für die einzige Ursache der fortdauernden Anarchie, die Radicalen verdächtigten die Ehrlichkeit seiner liberalen Anschauungen und meinten, er warte nur mit diplomatischer Schlauheit auf den passenden Augenblick, um die Maske abzuwerfen. Sie sahen in ihm stets den Mann des alten Systems, welchem man nicht trauen dürfe, während die Anderen seine ehrenvolle dreiundvierzigjährige Dienstzeit vollständig vergaßen und ihn als einen Mann, der um die

*) Der Bericht über die Deputation ist in der Wiener „Presse" vom 9. Juli und im „Demokraten" vom 17. Juli 1848 abgedruckt.

**) Genesis S. 270.

Gunst der Revolution buhle, darstellten. In späteren Jahren, als eine maßlose Reaction den Greis mit schimpflichen Demüthigungen überhäufte, wandte sich ihm menschliche Theilnahme zu, die Achtung als Staatsmann konnte er nicht gewinnen. Er hat nicht mit Willen gesündigt, aber durch seine Schwäche schweres Unheil über den Staat heraufbeschworen und die Gefahren der Revolution über das nothwendige Maß hinaus vermehrt.

Das Ministerium Pillersdorff galt vom ersten Tage seines Bestandes an als ein bloßes Uebergangsministerium, das man dulden müsse, bis sich die neuen Kräfte gesammelt haben. Das Cabinet Doblhoff dagegen, bei dessen Bildung der Sicherheitsausschuß und der demokratische Verein thätig mitgewirkt, durfte auf den Namen einer revolutionären, demokratischen Regierung vollen Anspruch erheben. Die Ministerliste befriedigte zwar nicht unbedingt die Wünsche der herrschenden Partei. Außer Doblhoff und Wessenberg waren auch noch Kraus und Latour aus dem alten Cabinete in das neue herübergenommen worden. Das Verbleiben des Finanzministers fand geringen Widerspruch, da Niemand ihn um seinen Posten neidete, die Leitung der österreichischen Finanzen mehr die Sache des verzweifelt Muthigen als des Ehrgeizigen erschien. Desto größeren Anstoß erregte Latour's Beharren im Amte. Nur die dringendsten Vorstellungen von seiner Unentbehrlichkeit, von der nothwendigen Rücksicht, die man auf die Armee und ihre Führer nehmen müsse, verhinderten den offenen Ausbruch der Parteileidenschaft. Die Radicalen konnten übrigens die Gegenwart der alten Minister im Cabinete leicht dulden, da ihnen die Mehrzahl der Cabinetsmitglieder: Doblhoff, Hornbostel, Schwarzer, Bach eine sichere Gewähr demokratischen Wirkens boten, da das Ministerium in seinem Programme die „Gründung einer volksthümlichen Monarchie auf Grundlage des gesetzlich ausgesprochenen Volkswillens" versprach und das Bekenntniß ablegte, daß „eine Regierung nur dann kräftig sei, wenn sie im Volke wurzele."

Doblhoff insbesondere wurde als das Muster eines Volksministers gefeiert. Wenn zu den Merkmalen eines solchen die vollständige Unkenntniß der Staatsgeschäfte, ein schweres Begreifen, ein langsames Sichentschließen, eine unbedingte Ziellosigkeit des Handelns gehört, dann war jene Bezeichnung richtig. Ob aber das Wohl des Staates dadurch gefördert wurde, wenn man dem Reichstage einen Mann gegenüberstellte, der im Privatleben allerdings makellos, im öffentlichen Leben dagegen höchstens zum Präsidenten eines landwirthschaftlichen Vereins taugte, ist eine andere Frage. Doblhoff hatte unter dem alten Regimente die ständische Opposition, die jetzt zu den Conservativen zählte, mitgeführt. Das machte ihn den höheren Kreisen genehm. Er hatte in Innsbruck mit Entschiedenheit einer versöhnenden Politik das Wort geredet und die schleunige Rückkehr des Hofes empfohlen. Das sicherte ihm das Wohlwollen der Liberalen. Diese Verdienste waren nicht unbedeutend, es waren

aber die letzten, welche er sich in Oesterreich erwarb. Hornbostel, der neue Handelsminister, ein tüchtiger Industrieller, schwärmte auch als Minister für den allgemeinen Fortschritt, wie er es als Privatmann gethan, blieb aber auch als Minister so politisch harmlos wie früher. Seine Wahlrede, denn auch im Reichstage saß er als Abgeordneter für Wien, hatte er mit der Versicherung begonnen, daß er „von der Politik und Speculationen dieser Art nichts verstehe." Die Ernennung Hornbostel's zum Minister schmeichelte dem Wiener Localpatriotismus, wie überhaupt die Stärke des neuen Cabinets in der reichen Vertretung des Wiener Elementes ruhte, aber dem Staate selbst trug sie begreiflicher Weise geringe Früchte.

Täuschten schon Doblhoff und Hornbostel vielfach die auf sie gesetzten Hoffnungen, so entsprachen Schwarzer, der Minister der öffentlichen Arbeiten, und Alexander Bach noch weniger den Erwartungen, mit welchen ihr Eintritt in das Cabinet begrüßt wurde. In Schwarzer's Wahl lag eine Anerkennung der Presse, wie sie noch vor wenigen Monaten auch die kühnste Phantasie nicht geträumt hätte. Gegen seine Persönlichkeit ließ sich Manches einwenden. Weder die Stellung, welche er früher eingenommen hatte, — zuerst Feuerwerker in einem Artillerieregiment, dann untergeordneter Agent bei verschiedenen Industrie- und Handelsvereinen — noch seine Bildung verliehen ihm hervorragende Ansprüche auf den Ministerposten. Auch die Allgemeine Oesterreichische Zeitung, welche jetzt die Aufmerksamkeit auf ihn lenkte, wurde wohl von Schwarzer herausgegeben, aber nicht geleitet, geschweige geschrieben. Jedenfalls konnten Büreaukraten, welche sich den Staat als eine unverrückbare Stufenleiter von Aemtern dachten, wo nur ein bedächtiges Klimmen von Sprosse zu Sprosse gestattet ist, konnten die Freunde des ehrwürdigen Herkommens durch Schwarzer's Berufung sich verletzt fühlen; am allerwenigsten ließ sich voraussetzen, daß seine Gesinnungsfreunde, daß die Männer der Presse an der Erhebung eines Journalisten Anstoß nehmen würden. Und dennoch kam es so. Nicht die alten Beamten, sondern die Zeitungsschreiber erklärten das Ministerportefeuille in Schwarzer's Händen für eine Herabwürdigung der Regierung; nicht reactionäre, sondern radicale Blätter bespöttelten seine Ernennung mit den Worten: „Nun sitzt das Proletariat im Ministerium." Der Repräsentant der Demokratie im Ministerium wurde von den Demokraten in Bann gethan, wie umgekehrt wieder der Mann, welchem der Eintritt in das Ministerium gleichbedeutend war mit dem Kampfe gegen die Demokratie, sich von ihnen auf den Schild gehoben sah.

Alexander Bach, durch Vater und Oheim, zwei der geachtetsten Advocaten Wiens, in die Geschäftswelt und die besten bürgerlichen Kreise eingeführt, durch eine große Klientel selbständig gestellt, durch wiederholte längere Reisen der gewöhnlichen Selbstzufriedenheit reicher Wiener

entfremdet, nahm bereits vor der Revolution, soweit es die eng gezogenen Polizeischranken erlaubten, regen Antheil an allen politischen Bestrebungen. Er pflegte Verbindungen mit gleichgesinnten Männern in den Provinzen, übte einen überwiegenden Einfluß auf die Richtung des juridisch-politischen Lesevereins und stand in genauen Beziehungen zur ständischen Oppositionspartei. In den Märztagen half Bach den Adressensturm vorbereiten, den Magistrat vertreiben, die Krisis beschleunigen. Nach der Revolution zog er sich, klüger als seine Freunde, in ein vieldeutiges Halbdunkel zurück. Er geizte nicht nach der Ehre, eine Woche lang von der Aula vergöttert zu werden, um schon in der folgenden Woche in Vergessenheit, wenn nicht gar in schnöde Verachtung zu fallen, ihn lockte auch nicht der Eintritt in das erste Revolutionsministerium, über dessen Dauer er sich keiner Täuschung hingab. Seine Zurückhaltung ging aber nicht soweit, daß sie ihn in den Verdacht politischer Gleichgiltigkeit brachte; er protestirte nicht, wenn sein Namen unter den Vertrauensmännern für den Fünfzigerausschuß, unter den Candidaten für das deutsche Parlament genannt wurde; nur zu einem bindenden Glaubensbekenntniß mochte er sich nicht verstehen. Gab er politische Aeußerungen kund, so geschah es in einer Weise, daß er keine Partei verletzte, von jeder zu ihren Anhängern gezählt werden konnte. Er hielt z. B. in dem Gemeinderathe (10. Juni) dem 26. Mai eine Lobrede, sprach von „leserlicher Barrikadenschrift", fand aber die Bedeutung des Tages darin, daß sich „Wien für den unbedingten Anschluß an Deutschland ausgesprochen habe." Durch diese unschuldige Interpretation entwaffnete er die Conservativen. So kam es, daß ihm diese ihr Vertrauen nicht völlig entzogen und auch die Demokraten Bach vollständig gewonnen zu haben sich rühmten. Namentlich Häfner in seiner berüchtigten „Constitution" wurde nicht müde, Bach's demokratische Gesinnung zu preisen und seine Berufung in das Ministerium zu fordern. Der demokratische Verein unterstützte trotz Tausenau's Warnungen gleichfalls mit seinem ganzen Einfluß den jungen vielversprechenden Advocaten, und setzte in der That die Uebergabe eines Ministerportefeuilles an Bach durch.

Während in Wien Cabinette gestürzt und neu aufgerichtet wurden, vollzogen die Provinzen die Wahlen zum Reichstage. Am frühesten war das Contingent der galizischen Abgeordneten gesammelt. Bereits in den ersten Julitagen sahen die erstaunten Residenzbewohner Männer in ihrer Mitte wandeln, deren Aeußeres eine bedenkliche Gleichgiltigkeit gegen die Seife verrieth, welche Casernen für Hôtels ansahen, in jedem Corporal einen einflußreichen Würdenträger des Staates begrüßten, welche ihre Lebensbedürfnisse in eigener Person auf dem Markt einkauften und durch eine vollständige Unkenntniß der deutschen Sprache, der bürgerlichen Sitte, der modernen Bildung glänzten. Diese schmutzigen, rohen galizischen Bauern waren Repräsentanten des souveränen Volkes. In Galizien

kannten die Landleute ein einziges Losungswort: Fluch den Herren. „Von jeher hat die Herrschaft uns so bedrückt und beschwert, wie es nur immer möglich war. Der Bauer hat keine Wohnung, keine Kleidung, nichts, Alles hat ihm die Herrschaft in Galizien zu entreißen gesucht." So klagte ein galizischer Deputirter gleich in der ersten Sitzung des Reichstages. Diese Klage kräftig auszusprechen, dieses Bekenntniß abzulegen, die Freiheit der Bauern zu sichern, sie unabhängig von den Grundherren zu machen, dazu wählten die galizischen Landleute Abgeordnete nach Wien. Natürlich taugten zu dieser Aufgabe Standesgenossen am besten. Krakau, Lemberg, die größeren Städte mochten von anderen Grundsätzen sich bestimmen lassen, Adeliche, Grundherren, Advocaten nach Wien senden; die Bauern hielten sich einfach an Männer, von deren Treue gegen den Kaiser und ihrem Haß gegen die Gutsbesitzer sie überzeugt waren. Die galizische Repräsentation zählte 36 Bauern; in den ruthenischen Kreisen allein fanden auch griechische Pfarrer in den Augen der Bauern Gnade; verändert wurde aber der Charakter des galizischen Contingents dadurch nicht wesentlich. Auch in den meisten anderen Provinzen trat das bäuerliche Element einseitig in den Vordergrund. Von 16 oberösterreichischen Deputirten gehörten 13, von 37 niederösterreichischen Abgeordneten 9, von 19 steierischen Deputirten 6 dem Bauernstande an, beinahe der vierte Theil des Reichstages — 92 von 383*) — wußte mit der Pflugschar aus eigener Erfahrung Bescheid. Aus dem Küstenlande und aus Dalmatien kamen keine Bauern, weil ein eigentlicher Bauernstand hier nicht besteht. In Tirol beherrschte der Klerus die Wahlen und ließ neben seinem Interesse kein anderes aufkommen. Daß unter anderen Abgeordneten Tirol auch den aus Venedig verjagten Polizeidirector Call in den Reichstag sendete, ist charakteristisch für die politische Elasticität des Mannes, wie für das Maß politischer Sittlichkeit im Lande. Auffallend erscheint nur die geringe Zahl von Bauern aus den böhmischen und mährischen Wahlkreisen, wo doch die Unterthanslasten als besonders drückend galten und die Aufhebung der Robot schon längst den Gegenstand eifriger Verhandlungen bildete. Aus Böhmen kamen 7 (von 90), aus Mähren und Schlesien 9 (von 48) Bauerndeputirte. Theils hatten hier die nationalen Kämpfe ein reicheres Parteileben entwickelt, so daß sich das Glaubensbekenntniß der Wähler und Gewählten nicht in einem einzigen Punkte zusammendrängte, theils fanden die Bauern, namentlich slawischen Stammes, in den czechischen Patrioten, welche bereits früher, wie z. B. Brauner, für ihre Interessen das Wort ergriffen, sich als Bauernfreunde erwiesen hatten, sichere Vertrauensmänner. So weit übten sie freilich auch in Böhmen

*) Dieser Sollstand von 383 wurde aber niemals erreicht, daher sich das Verhältniß für die stets und vollzählig anwesenden Bauern noch günstiger stellte.

und Mähren entscheidenden Einfluß, daß die alten Obrigkeiten von der Wählbarkeit ausgeschlossen wurden, wie denn überhaupt neben dem Vorherrschen des bäuerlichen Elementes die gänzliche Abwesenheit der Aristokratie das wichtigste Merkmal des Reichstages darbot. Es gab wohl einige polnische Edelleute (Lubomirski, Potocki, Borkowski, Dzieduszycki) im Reichstage — auch Graf Stadion war in Galizien gewählt —; doch der eigentliche österreichische Adel, die Träger der glänzenden historischen Namen, die Stützen der alten Staatsordnung fehlten vollständig.

Dieser letztere Umstand hätte dem Reichstage die Gunst der Wiener Demokraten sichern müssen, wenn nicht die Niederlage, welche diese bei den Wahlen in Wien erlitten, und dann das entschiedene Uebergewicht der Slawen in der Reichsversammlung sie verstimmt hätte. Unter den 15 Abgeordneten Wiens gehörten nur 5 (Fischhof, Füster, Goldmark, Brestel und der Student Purtscher) der radicalen Partei an. Daß die Namen der Minister siegreich aus den Wahlurnen hervorgingen, war begreiflich. Abgesehen von dem natürlichen Selbstgefühle, die ersten Männer des Staates sich enge verbunden zu wissen, konnten die Wiener auf die verwandte liberale Gesinnung der Minister verweisen. Wie ließ sich aber die Wahl solcher Kirchthurmgrößen, welche überdies durchaus conservativ gesinnt waren, wie der Professoren Kudler und L. Neumann, des Advocaten Schmitt, des Bankcontrolleur Zöpfl ominösen Namens mit der gangbaren Behauptung, hinter dem Sicherheitsausschuß stehe die ganze Bevölkerung von Wien, vereinigen? Die Aula und die verschiedenen radicalen Vereine hatten also den Residenzgeist doch nicht aus den Wienern vertrieben, ebenso wenig als die schwarzrothgoldene Fahne am Stephansthurme und am Balcon der Staatskanzlei die Thatsache verschleiern konnte, daß die Majorität der Oesterreicher, selbst wenn man die ungarischen und italienischen Länder abrechnet, nichtdeutschen Stämmen angehört. Nicht die Hälfte unter den 383 Abgeordneten zum Wiener Reichstage konnte sich der deutschen Muttersprache rühmen, und ließ man vollends nur jene gelten, welche ein offenes nationales Bewußtsein besaßen, so sanken die Deutschen gar zur Minderzahl herab. Einzelne Wiener Blätter, wie z. B. der „Radicale" und der „Proletarier", erschienen von einem schwarzen Rande eingefaßt, als das Uebergewicht der Slawen auf dem Reichstage festgestellt war, andere, wie die „Constitution", ergingen sich in Schmähungen über die Majorität der Barbaren. Sie reizten und ärgerten die letzteren, an dem factischen Verhältnisse konnten sie nichts ändern. Auch der Trost blieb ihnen nicht, daß das Uebergewicht der Slawen sich als ein todtes herausstellen, dieselben stillschweigend der Tradition, welche die deutsche Sprache als Staatssprache anerkannte, folgen würden.

Am 10. Juli kamen die in Wien anwesenden Deputirten zum ersten Male in der kaiserlichen Reitbahn zusammen und begannen, wenn auch

zuerst noch ohne officiellen Charakter, ihre Berathungen.*) Kaum waren die ersten Sätze der provisorischen Geschäftsordnung verlesen worden, so entflammte auch schon der Sprachenstreit. Die Einen verlangten die Uebersetzung aller Anträge und Motionen in die verschiedenen Landessprachen, die Andern wollten von einem solchen babylonischen Reichstage nichts wissen und meinten, wer der deutschen Sprache unkundig sei, müsse einfach als Taubstummer, seine Wahl als ungiltig betrachtet werden. Dagegen protestirten natürlich die galizischen Bauern auf das heftigste. „Die hochwürdigste Kammer soll und muß uns Dolmetscher geben, sonst sind wir umsonst hieher gekommen und müssen glauben, daß man Keinen aus Galizien hier brauchen wolle.“ Nach langen, leidenschaftlichen Debatten wurde zwar die Bitte um Dolmetscher zurückgewiesen, aber zur förmlichen Erklärung der deutschen Sprache als Geschäftssprache des Reichstages fehlte gleichfalls der Muth. Die Frage blieb unerledigt, dem Einzelnen überlassen, sich auf privatem Wege die Kenntniß der Debatten zu verschaffen. In einer der nächsten Sitzungen riefen andere Gegenstände die nationale Eifersucht wach. Als die Wahlprüfungen soweit vollendet waren, daß die beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten (192) legitimirt erschien, sollte nach der Geschäftsordnung sofort zur Wahl des Präsidenten geschritten werden. Diesem widersetzten sich die czechischen Abgeordneten, welche noch Zuzug aus der Heimat erwarteten, und setzten auch mit Hilfe der galizischen Deputirten durch, daß die Präsidentenwahl verschoben wurde. Der Zweck dieser Vertagung war offenbar, den Nichtdeutschen die Majorität bei der Wahl zu sichern. Nun ließ sich der Zorn der Wiener nicht länger halten. Sie beschimpften und mißhandelten czechische Deputirte auf der Straße, mußten aber in der nächsten Sitzung es sich nicht allein abermals vorhalten lassen, daß die Slawen über die Majorität im Reichstage gebieten, sondern auch die Drohung vernehmen, wenn sich die Wiener ungeberdig zeigen, werde man den Reichstag in eine andere Stadt verlegen. Diese Drohung zu verwirklichen, daran dachten allerdings die slawischen Abgeordneten vorläufig noch nicht; sie waren verständig genug, bei der Wahl des ersten Präsidenten, welche endlich am 20. Juli erfolgte, ihre Stimmen gleichfalls auf einen Wiener Deputirten, den Advocaten Schmitt, abzugeben. Aber zum Vicepräsidenten wurde, „um das slawische Princip anzuerkennen“, der Czeche Strobach gewählt, welcher bei der gänzlichen Unfähigkeit des Präsidenten, die Verhandlungen zu leiten, thatsächlich den Vorsitz übernahm und denselben bis zur Auflösung des Reichstages abwechselnd mit einem anderen Slawen, dem Polen Smolka,

*) Vergl. Verhandlungen des österreichischen Reichstages nach der stenographischen Aufnahme. 4 Bände. Wien, aus der k. k. Staatsbuchdruckerei. Ein completes Exemplar dieser stenographischen Berichte gehört zu den bibliographischen Seltenheiten, da der Schluß des 4. Bandes, erst nach der Auflösung des Reichstages gedruckt, nicht mehr zur Vertheilung an die Abgeordneten gelangte.

führte. Die Wiener Demokraten täuschten sich über die Bedeutung dieser Vorgänge keineswegs. Mochte immerhin der Sicherheitsausschuß an die „Souveraine Reichsversammlung" eine Ergebenheitsadresse erlassen, in welcher er übrigens auch seinen eigenen Fortbestand decretirte und um die Sanction des Reichstages bat, so blieb es doch klar, daß das politische Leben durch den Reichstag in eine andere Strömung gerathen war, die bisher in Wien herrschenden Gewalten sich auf die Länge nicht neben dem Reichstage erhalten konnten, nationale Kämpfe viel ernsterer Art, als sie Oesterreich bereits erduldet hatte, demselben bevorstanden.

Von scharfen Parteigegensätzen war in der ersten Zeit des Reichstages nicht viel zu bemerken. Dazu dachte die Mehrzahl der Abgeordneten in politischen Dingen zu unklar, bestand die Versammlung zu sehr aus Neulingen im Staatswesen. Jedenfalls traten nationale Sympathien und Antipathien bei der Gruppenbildung am deutlichsten hervor. Die rechte Seite des Reichstages nahmen die Czechen ein. Der Geschichtschreiber Palazky, der zwar noch nach vielen Monaten, wie man spöttisch bemerkte, seine erste Rede schwieg, bei den privaten Berathungen aber desto nachdrücklicher seine Stimme erhob, übte nebst dem Prager Advocaten Pinkar den größten Einfluß auf dieselben. Die Meinung, zu welcher Palazky's Autorität die Czechen bestimmte, öffentlich zu vertheidigen, überließen die Czechen gewöhnlich Ladislav Rieger, einem jungen Manne von entschieden oratorischer Begabung, dessen sonore Stimme man gern klingen hörte, auch wenn man seine Gedanken nicht selten breitspurig fand. Den Czechen benachbart saßen die ruthenischen Bauern, die Blicke auf ihre geistlichen Führer gerichtet. Jede Bewegung der letzteren wiederholten sie mechanisch, unbeirrt durch die Rippenstöße, die sie gar häufig von rechts oder links empfingen, unbekümmert um das Schicksal ihrer Rockschöße, an welchen sie eifrige Parteimänner gegen den Willen ihres Leithammels festzuhalten suchten. Daß bei manchen wichtigen Abstimmungen diese Bauern den Ausschlag gaben, konnte auch in Liberalen über den Werth des parlamentarischen Systems in Oesterreich Zweifel erregen.

Im Centrum, dicht hinter der Ministerbank, hatten sich die Tiroler Abgeordneten, die conservativen Deputirten aus den altösterreichischen Provinzen, die sogenannten Schwarzgelben niedergelassen, jeder Einzelne ein ehrenwerther, gebildeter Mann, im Ganzen aber ohne Ansehen und Bedeutung. Eine spätere Periode erblickte sie als streng ministerielle Partei, vorläufig besaßen sie keinen Halt und festen Zusammenhang, stimmten in rein politischen Fragen mit den Czechen, in anderen Fällen, wo die Nationalität mit im Spiel war, mit der deutschen Linken. Der Mann, welchem von Rechtswegen die Leitung der Conservativen gebührte, Graf Stadion, saß einsam, beinahe wie ein Geächteter, auf einer der hintersten Bänke. Murren begrüßte regelmäßig seine Reden, Zischen

folgte, sobald er den Mund schloß. Man hielt ihn für politisch todt, seinen Ehrgeiz nur auf das Einpeitschen und Einreden der Bauern gerichtet und selbst diese Rolle gönnte man ihm nicht, sondern beschuldigte ihn, durch falsche Vorspiegelungen die Bauern zu bethören und zu irrigen Abstimmungen zu verleiten.

Stadion gegenüber auf der linken Seite des Centrums hatte gleichfalls ein einsamer Mann seinen Platz genommen, ein geborener Parteiführer, durch Anlage und Bildung zu einer hervorragenden Stellung im Reichstage berechtigt, welchem aber trotzdem ein fruchtbares Wirken verwehrt, die Isolirtheit als Loos beschieden blieb. Ludwig Löhner, seit den Märztagen der eifrigste Verfechter deutscher Interessen, ließ hoffen, daß in seiner Person die deutsche liberale Partei ihren Sprecher und Leiter finden werde. Obgleich Arzt, stand er doch dem platten politischen Materialismus, welcher in den Wiener medicinischen Kreisen herrschte, vollkommen fern; obgleich Dichter, begriff er doch die positive Natur des Staates und die Forderungen, welche dieselben an den Politiker stellten. Dazu kamen eine stets schlagfertige Dialektik, eine ungewöhnliche Redegewandtheit, leider aber auch ein blinder Slawenhaß, der ihn häufig von seinen politischen Zielen gar weit abbrachte. Den verachteten Czechen ein Schnippchen zu schlagen, sie zu ärgern, war oft der ausschließliche Zweck seiner Theilnahme an den Verhandlungen; das Geständniß der Furcht ihnen abzupressen, erschien ihm nicht selten werthvoller, als der Sieg der eigenen Sache. Dieses leidenschaftliche Wesen führte nicht allein zu einer bedauerlichen Kraftverschwendung, sondern raubte Löhner auch die Mittel, über die Linke des Reichstages zu herrschen. Statt ihren wilden Fanatismus zu dämmen, sie politischen Gedanken zugänglich zu machen, lieh er, wenn auch nur scheinbar, ihrem Programme, das sich aus lauter Ausrufungszeichen zusammensetzte, seine Billigung.

Die Linke des Reichstages nahm für sich den deutschen Charakter und das Recht, das wahre Volk zu vertreten, ausschließlich in Anspruch. Wer in Ruge, Fröbel und Genossen die Helden Deutschlands verehrte und in den Wiener Studenten und Arbeitern das eigentliche Volk erblickte, mußte dieser Behauptung zustimmen. Es konnte namentlich der feste Rückhalt, welchen die Linke an dem Sicherheitsausschusse, an der Aula und dem demokratischen Vereine besaß, nicht geleugnet werden. Dadurch gewann sie eine größere Bedeutung, als ihr nach der Zahl ihrer Mitglieder zukam; zur Stärkung des Reichstages trug aber dieses Verhältniß nichts bei. Im Gegentheil verlockte es die Linke, die Lage einer Minorität unerträglich zu finden und vom Reichstage vorlaut die Berufung an die Straßenpolitiker einzulegen. Die harte Verfolgung, welche die meisten Mitglieder der Linken in späterer Zeit traf, die böswillige Verläumdung ihres Privatcharakters durch ihre siegreichen Widersacher, ist dem unbefangenen Urtheile in hohem Grade hinderlich. Ihr Tadel

erscheint als eine Bestätigung der Vorwürfe, welche die reactionäre Partei gegen die Linke erhob. Daß eine verkehrte politische Handlungsweise eine grobe Unsittlichkeit voraussetze, daß insbesondere radicale Anschauungen mit verbrecherischen Neigungen innig zusammenhängen, galt in den folgenden Jahren als selbstverständlich. Wie schlecht begründet diese Meinung ist, zeigte schon der Umstand, daß die Linke bei keinem ihrer Schritte die eigene freie Ueberzeugung zur Richtschnur nahm, sondern stets ängstlich fragte, was man wohl in den Wiener Kreisen wünsche und verlange, und darnach sich bestimmen ließ. Die Mitglieder der Linken waren unselbständige Leute, welche bald von den listigen Polen, bald von den fieberhaft erhitzten Zeitungsschreibern als Werkzeug benutzt wurden; sie waren unfähig, den Abstand zwischen einer Clubberathung und der Reichsversammlung zu ermessen, den Unterschied zwischen der März- und Julistimmung zu begreifen; sie waren eitel und wollten die Volksthümlichkeit, welche sie sich durch politische Declamationsübungen errungen hatten, festhalten; sie waren unreif und unwissend in demselben Maße, wie die Wiener Bevölkerung, aber keineswegs in ihrer privaten Sittlichkeit anders geartet, als die conservativen Abgeordneten. Wie oft geschah es, daß Violand — seines Zeichens k. k. Landrechtsauscultant — oder Goldmark — ein Spitalarzt — während der Verhandlungen in den Vorsaal des Reichstages eilten, und hier sich Rath holten, für welchen der schwebenden Anträge sie zu stimmen hätten. „Nur recht radical" verlangten sie den Rath, und rieben sich freudig in die Hände, wenn sie glaubten, den radicalsten Vorschlag in die Debatte werfen zu können. Fischhof lebte noch so sehr in Maiphantasien, daß er bei den grammatikalischen Streitigkeiten, wie sie häufig im Reichstage vorkamen, von „stilistischen Barrikaden und einem stilistischen Windischgrätz" zu sprechen pflegte. Füster, der Universitätsprediger, ein feister Pfaff, der sich mit den Studenten duzte, führte den Wahlspruch im Munde: „Der studirende Jüngling ist der lebensfrische Ausdruck des Zeitgeistes" und hielt allen Ernstes den Reichstag für eine Art von Collegium, zu welchem den Studenten freier Zutritt gebühre. Einen solchen Brutus hatte kein Cäsar zu fürchten, ebensowenig als ein Marat oder Robespierre unter den Helden der Reichstagslinken wieder geboren war, mochten dieselben immerhin mit der Erinnerung an Ludwig XVI. ihre Gegner schrecken und dem Märchen gläubig horchen, daß die französische Revolution in der österreichischen, wie Paris in Wien sich wiederhole.

Die Gruppirung des Reichstages, wie sie hier kurz angedeutet wurde, begann schon am ersten Tage seines Zusammentritts und war nahezu vollendet, als derselbe am 22. Juli durch den deutschen Reichsverweser feierlich eröffnet wurde. Die Thronrede sprach von der Gleichberechtigung aller Nationalitäten in Oesterreich und von der Nothwendigkeit eines innigen Verbandes mit Deutschland; sie drückte die Hoffnung aus, das

Rechtlichkeitsgefühl der Ungarn werde alle schwebenden Fragen befriedigend ausgleichen und protestirte gegen den Verdacht, als wäre der Krieg in Italien gegen die Freiheitsbestrebungen der italienischen Völker gerichtet. Die Regierung müsse zwar die Ehre der österreichischen Waffen behaupten, sei aber weit entfernt, die italienische Nationalität zu verleugnen. Sie erklärte ferner zum Schrecken der Börse: „Durch die Folgen früherer Finanzoperationen und das Zusammentreffen außerordentlicher Ereignisse sind die finanziellen Verhältnisse des Staates in einen Zustand versetzt worden, welcher gleichfalls außerordentliche Maßregeln erheischt;" in Bezug auf die Aufgabe des Reichstages kargte sie auffallend mit den Worten und noch mehr mit den Gedanken: „Der Reichstag ist berufen, das große Werk der Wiedergeburt des Vaterlandes zu vollbringen; die Befestigung der erworbenen Freiheit verlangt sein offenes, unabhängiges Zusammenwirken in der Feststellung der Verfassung." Man mußte mit der Deutung von Orakelsprüchen guten Bescheid wissen, um aus diesen Sätzen den Standpunkt des Ministeriums zu errathen. Gerade die Allgemeinheit des Spruches fand Beifall, verhinderte wenigstens jeden Streit mit dem Reichstage. Diesen zu vermeiden, eine feste Stütze in der Kammer zu gewinnen, erschien aber dem neuen Ministerium um so wichtiger, als gleich seine erste Handlung gegen den Hof in Innsbruck gerichtet war.

Nur unter der Voraussetzung, daß entweder der Kaiser nach Wien zurückkehren oder durch einen Bevollmächtigten sich vertreten lasse, hatten die Mitglieder des Cabinets ihren Eintritt in die Regierung zugesagt. Die Uebergabe der souverainen Gewalt an den Erzherzog Johann erfüllte diese Bedingung. Als deutscher Reichsverweser konnte er aber nicht auch gleichzeitig den österreichischen Kaiser in Wien vertreten. Der Tag seiner Abreise nach Frankfurt stand bevor, er hatte seine österreichischen Vollmachten bereits zurückgelegt. Der alte unerträgliche Zustand einer Doppelregierung in Wien und Innsbruck, oder, was noch schlimmer war, eines souveränen Ministeriums, drohte wiederzukehren. Unmittelbar nach seiner Constituirung richtete daher das Ministerium an den Kaiser eine dringende Mahnung zur Rückkehr. Es lehnte alle Verantwortlichkeit für die Folgen einer noch längeren Abwesenheit des Hofes von sich und forderte, wenn seine Bitte nicht gewährt würde, die Entlassung. Es empfing nicht die Zusage der Rückkehr, aber auch nicht die Entlassung, sondern (25. Juli) folgende seltsame Antwort: „Der Reichstag ist berechtigt, mit seiner definitiven Organisirung und seinen legislativen Befugnissen sich zu beschäftigen. Bevor der Reichstag seine Gesetze nicht festgestellt hat, ist meine Gegenwart oder jene meines alter ego nicht nothwendig." Nun blieb dem Ministerium nichts Anderes übrig, als die Mahnung durch den Reichstag in noch dringlicherer Form wiederholen zu lassen. Doblhoff stellte (29. Juli) im Namen des Ministeriums den Antrag auf die Absendung einer Reichstagsadresse an den Kaiser. Er hoffte nicht allein

auf diese Art den Widerstand des Hofes zu brechen, sondern auch ein anderes, von der Regierung ersehntes Ziel zu erreichen. Der Sicherheitsausschuß, welcher neben dem Ministerium als eine unverantwortliche Behörde bestand und einen schlecht umschriebenen, daher unbeschränkten Wirkungskreis besaß, bildete das größte Hinderniß für die Rückkehr des Kaisers. Wenn er Garantien der Ruhe und der dauernden Ordnung verlangte, so bedeutete dieses, wie alle Welt wußte, die Auflösung des Sicherheitsausschusses. Trat nun der Reichstag als Bürge auf, und gab er die Versicherung, daß er sich in Wien frei und unabhängig fühlte, mußte er dann nicht auch mit dem Sicherheitsausschuß sich auseinandersetzen, denselben in bestimmte Grenzen bannen, und da dieser durch Begrenzung seiner Wirksamkeit die Grundlage seines Daseins verlor, ihn auflösen, das aus eigenem Antriebe thun, wozu keine Regierung den Muth und die Kraft hatte?

In dieser Hoffnung täuschte sich jedoch das Ministerium. So nahe auch Stadion, der dieses Mal ganz im Sinne des Cabinets sprach, dem Reichstage diesen Entschluß legte und als die natürliche Consequenz seiner Einmischung in die Angelegenheit darstellte: der Reichstag ging nicht darauf ein. Die Verlockung, auf wohlfeile Art durch Declamationen sich den Ruf freisinniger Gesinnung zu erwerben, war zu groß, als daß sich nicht auch außerhalb des Kreises der Linken viele Mitglieder derselben ergeben hätten. „Die Zeit des Bittens ist vorüber; nicht bitten, sondern fordern müssen wir die Rückkehr des Kaisers im Namen des Volkes", tönte es von der Rechten; „Garantie verlangt der Kaiser von uns? An uns ist es, Garantien zu erhalten gegen die fluchwürdige Camarilla, welche das Herz des Kaisers wie eine dreifache Mauer umgiebt", lautete der Gegenruf auf der Linken. Dem Ministerium drohte das Schicksal des Zauberlehrlings. Bereits ließen sich Stimmen vernehmen, daß es dem Monarchen überhaupt nicht zustehe, einen Stellvertreter zu ernennen, sondern daß im Falle seiner Verhinderung der Reichstag das Nöthige zu verfügen habe. Den Beistand des Reichstages hatten die Minister angerufen und nun schien jener die ganze Staatsgewalt an sich reißen zu wollen. Zum Glücke für die Regierung überstürzten sich die Mitglieder des Reichstages in ihrem Eifer. Indem jeder Einzelne die größte Ehre einlegen, jeder den andern übertreffen, sich den Löwenantheil an den Beschlüssen der Kammer zuwenden wollte, ging der erhabene Ernst, die imponirende Einstimmigkeit, welche bei dem Beginne der Verhandlung herrschte, verloren. Durch drei lange Sitzungen schleppte sich die Adreßdebatte. An dem ersten Entwurfe, welchen Cajetan Mayer (aus dem Centrum) verfaßt hatte, fand Jedermann etwas auszusetzen. Der Gedankengang erschien schleppend, die Form nicht schwungvoll, nicht herzlich genug, der Stil zerhackt, die Worte nicht sorgsam gewählt. Er wurde fallen gelassen, über Nacht von verschiedenen Mitgliedern sechs neue

Adressen geschrieben, und in der nächsten Sitzung (30. Juli) der Reihe nach vorgelesen. Daß der Reichstag während der Vorlesung dieser „Stilübungen" den Ernst nicht bewahrte, war begreiflich, erhöhte aber nicht die Würde der Verhandlung. Endlich fand man einen Entwurf, welcher zur Grundlage der Debatte dienen konnte; als es aber zur Feststellung der einzelnen Sätze kam, offenbarte sich wieder die bedenkliche Neigung der Majorität, auf eigene Kosten die Welt zu erheitern. Soll man den Kaiser „Euere Majestät" oder „Euer Majestät" anreden, „fließen Interessen zusammen" oder „treffen sie zusammen", sind die Völker Oesterreichs „einig" oder „vereint", darf man überhaupt in einer Staatsschrift Metaphern oder wie es hieß „farbige Ausdrücke" gebrauchen oder nicht? Diese Erbärmlichkeiten bildeten den Gegenstand stundenlanger Verhandlungen. Ein Abgeordneter von Prag, der Buchhändler Alois Borrosch, erlebte da goldene Tage. Der Mann war schon bei früheren Anlässen bekannt geworden, daß er tapfere Reden zu halten liebte, wenn man ihm das tiefste Geheimniß versprach. Auch jetzt pochte er stets auf seinen Muth und seine Unerschrockenheit. Vielleicht war seine Phantasie wirklich so aufgeregt, daß er überall im Kampfe Verfolger und Verfolgte erblickte. In viel höherem Grade aber spiegelte ihm nur seine maßlose Eitelkeit die Gefahren für seine Person vor. Große Männer erkennt man auch an der Zahl ihrer Feinde. Dieselbe Eitelkeit ließ es nicht zu, daß er sich einer bestimmten Partei zuzählte — er saß auf der Rechten, stimmte aber bald mit dem Centrum, bald mit der Linken, am liebsten gab er ein Separatvotum ab — sie verhinderte ihn auch, die Tugend des Schweigens zu schätzen. Keine Sitzung verging, in welcher Borrosch nicht Dutzendmale den Präsidenten unterbrach, die Protokollführer verbesserte, die ganze Versammlung schulmeisterte. Sprachliche Berichtigungen, pedantische Verweisungen auf die Geschäftsordnung bildeten sein Monopol, Kritteln und Klauben an jedem Antrage, jeder Abstimmung, jedem Beschlusse sein wichtigstes Geschäft. Daß Borrosch im Reichstage saß, nimmt nicht Wunder, da die Mehrzahl der Abgeordneten localen Einflüssen ihre Wahl verdankte; daß aber Borrosch bis zur Octoberrevolution eine hervorragende Stellung im Reichstage behaupten, von der Wiener Bevölkerung zu einem Ministerposten vorgeschlagen werden konnte, wirft auf die herrschende politische Cultur ein eigenthümliches Licht.

Unter seiner Mitwirkung wurde denn auch die Adresse an den Kaiser endlich festgestellt. Die Versammlung hatte sich in die grammatikalischen Studien so sehr vertieft, daß auch die Verhandlung, ob der Reichstag die Rückkehr des Hofes fordern oder erbitten solle, wesentlich nur vom grammatikalischen Standpunkte geführt wurde. Eine abschlägige Antwort auf die Bitte des Reichstages verletzte nicht die Ehre des letzteren; weigerte sich aber der Kaiser auf die Forderung der Kammer einzugehen, so blieb ein Bruch zwischen den beiden Gewalten unvermeidlich. Statt die

politischen Folgen eines kategorischen Rufes zu erwägen, wurden die Synonyma des Wortes: fordern erörtert und nur über die formale Berechtigung, dasselbe zu gebrauchen, gestritten. Die „Forderung" gewann schließlich die Mehrheit. Die Adresse, von allen Mitgliedern unterschrieben oder wenigstens bekreuzt, wurde von einer zahlreichen Reichstagsdeputation in Innsbruck überreicht, und ob gut oder schlecht stilisirt, gleichviel, sie brachte den Kaiser nach einer dreimonatlichen Abwesenheit nach Schönbrunn (12. August) zurück.

Die Adressenverhandlung war nur eine zufällige Episode, welche mit der eigentlichen Aufgabe des Reichstages nichts gemein hatte. Freilich hatte sich diese Aufgabe im Laufe der letzten Wochen so sehr ausgedehnt, daß eigentlich kein Gegenstand derselben fremd erscheinen konnte. Auch nach der Mairevolution erschien trotz des Namens: constituirende Versammlung in Regierungskreisen seine Wirksamkeit noch festbegrenzt, auf die Berathung und Abänderung der Verfassung vom 25. April eingeschränkt, so daß die letztere als die feste Grundlage gelten sollte. Aber bereits am 5. Juni ließ die Regierung*) diese Grenze fallen und erklärte als Aufgabe des Reichstages ganz allgemein „die Berathung der für die Monarchie zu ertheilenden Verfassung." Ob der Reichstag noch mit weiteren Gegenständen der Gesetzgebung, organischen Einrichtungen oder wichtigeren Verwaltungsfragen sich befassen könne, wurde von dem Ausfalle der Verfassungsdebatte abhängig gemacht. Aber auch von dieser Schranke sieht die Thronrede vollständig ab, weist vielmehr Finanzgesetze ganz ausdrücklich zur Competenz des Reichstages. So blieb dem Reichstagsbelieben das Programm seiner Wirksamkeit vollständig freigestellt. Dennoch verfiel er nicht in eine ziellose Zerfahrenheit. Nachdem die Aprilverfassung stillschweigend beseitigt war, konnte, unvorbereitet wie fast alle Mitglieder des Reichstages waren, nicht sofort ein neuer Entwurf an ihre Stelle gesetzt werden. Der Reichstag begnügte sich (31. Juli) einen Verfassungsausschuß zu wählen, welcher den Constitutionsentwurf ausarbeiten sollte, viele Monate hindurch kein Lebenszeichen seiner Thätigkeit von sich gab, weil er trotz des fleißigsten Horchens und Spähens von keinem brauchbaren Verfassungsgedanken hörte, von keiner einzigen Seite kräftige Anregungen empfing. Nicht einen Augenblick war der Reichstag über den ersten und würdigsten Gegenstand seiner Verhandlungen im Zweifel. Die zahllosen Petitionen**), welche in Angelegenheiten

*) Ministerialschreiben vom 5. Juni an alle Länderchefs, die Vornahme der Wahlen betreffend.

**) Das Petitionsfieber war, wie überall, so auch in Oesterreich während der parlamentarischen Periode die herrschende Krankheit. Schwerlich aber hat dasselbe sich ausschließlich einem Gegenstande zugewendet, wie in Oesterreich. Man kann wohl annehmen, daß von zehn Petitionen sich neun mit bäuerlichen Angelegenheiten beschäftigten. Die Bitte um Aufhebung der Robot, Beschwerden gegen die Obrigkeiten wegen Bedrückung

der Robot an ihn gerichtet wurden, zeigten deutlich genug die Wünsche des Volkes, in jedem Deputirten lebte überdies das Bewußtsein, daß die Befreiung der unterthänigen Bauern von den materiellen Lasten und rechtlichen Beschränkungen allen anderen Thaten der Revolution vorangehen müsse, daß die Robotaufhebung den wahren Grundstein des Baues bilde, zu dessen Errichtung der Reichstag schritt.

In der dritten Sitzung des Reichstages (26. Juli) stellte das jüngste Mitglied, Hans Kudlich, in einem schlesischen Bezirke gewählt, aber in Wien wohnhaft, wo er sich auf die Doctorprüfung vorbereitete, folgenden Antrag: „Die hohe Versammlung möge erklären: Von nun an ist das Unterthänigkeits-Verhältniß sammt allen daraus entsprungenen Rechten und Pflichten aufgehoben; vorbehaltlich der Bestimmungen, ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei." Nach seiner Meinung lag die Sache so klar, daß es einer eingehenden Erörterung in Ausschüssen und Abtheilungen gar nicht bedurfte, der Reichstag sofort die voraussichtlich ganz kurze Debatte darüber eröffnen könne. Einstimmig, unter großem Jubel, wurde der Antrag angenommen, die sogenannte Vollberathung auf den dritten Tag angesetzt. Nicht weil sich etwa Zweifel gegen die Zweckmäßigkeit dieses Beschlusses regten, sondern weil andere Gegenstände, wie die Geschäftsordnung, die Adresse an den Kaiser nach augenblicklicher Erledigung riefen, beachtete der Reichstag die gestellte Frist nicht. Aber kaum waren einige Tage darüber hinaus verstrichen, so regte sich die Ungeduld der Bauern in und außerhalb der Versammlung. Die letzteren schrieben an die Deputirten derbe Mahnbriefe: „Lassen Sie uns nicht länger warten; wir haben versprochen ruhig zu sein, bis der Reichstag eröffnet ist, und erwartet, daß die hohen Herrschaftsbesitzer herabsteigen werden, um ihren armen Unterthanen die Hand zu bieten. Lassen Sie es nicht darauf ankommen, daß die Unterthanen zu ihnen hinaufsteigen, denn Gott weiß, was daraus entstehen könnte." In einzelnen oberösterreichischen Bezirken drohten sogar die Wähler, die Häuser der Deputirten anzuzünden, wenn aus dem Reichstage nicht bald eine Stimme zu Gunsten des Landvolkes gehört werde. Dadurch wurde der Eifer, namentlich der Bauerndeputirten, im Reichstage in hohem Grade angespornt. Täglich interpellirten sie den Präsidenten über die fortdauernde Verzögerung der Debatte und setzten es mit Hilfe der Linken durch, daß Kudlich's Antrag endlich am 8. August auf die Tagesordnung kam. Derselbe hatte in der Zwischenzeit ein reiches Schicksal erfahren. Von allen Seiten drängten sich die Geschäftskundigen, die Rechtsfreunde unter den Reichstagsmitgliedern an Kudlich heran, um ihm guten Rath zu ertheilen. Sie

und gewaltsamer Grundentziehung wiederholen sich mit erschreckender Einförmigkeit. Es ist bezeichnend, daß den Bauernpetitionen, mit Klagen gegen die Grundherren erfüllt, an Zahl die Häuslerpetitionen am nächsten kommen, welche wieder über die Bauern Klage führen und die Vertheilung der Gemeindegüter verlangen.

beklagten die Undeutlichkeit seines Antrages, welcher es von einer Reihe der drückendsten Abgaben, z. B. dem Zehent, unentschieden lasse, ob dieselben auch aufgehoben werden sollten. Sie warfen ihm vor, daß er nur die aus dem Feudalnexus stammenden Lasten betonte, von jenen Giebigkeiten, welche zwar einen anderen Ursprung besitzen, aber dennoch mit den eigentlichen Unterthanslasten gleichzeitig abgelöst werden müssen (wie z. B. die emphyteutischen Zinsungen), nicht gesprochen habe, sie fragten ihn, wie er es denn mit den Patrimonialgerichten fernerhin gehalten wissen wollte? Dem unerfahrenen jungen Manne bangte für das Schicksal seines Antrages, als er von den ungeahnten Schwierigkeiten, von der Verschiedenartigkeit der Lasten im wirklichen Leben, an welche er gar nicht gedacht, von den zahllosen Einzelrechten, welche er vergessen hatte, hörte. Wie schön wäre es gewesen, wenn sich in Wien das Schauspiel jener berühmten Augustnacht wiederholt hätte, welche auf die Anfänge der französischen Revolution ein so ideales Licht wirft, wenn der Reichstag durch ein einziges Wort Tausende von Belasteten frei, Tausende von Bedrückten mit den vollen Staatsbürgern gleich gemacht hätte. Und nun sollte diese große That vereitelt werden, weil Kudlich in seinem Eifer das Laudemium und Mortuarium, die Haferstreu für herrschaftliche Rehe und den Bierzwang und wie sonst die barbarischen Rechte heißen mochten, vergessen hatte. Er gab gute Worte, zeigte den besten Willen, alle Einwendungen zu beseitigen. Wenn er zu seinem ursprünglichen Antrage noch die eine und die andere Last beispielsweise hinzufügte, auch die Patrimonialgerichtsbarkeit mit einigen Worten erwähnte, die Ausarbeitung eines Detailgesetzes über die Ablösung einer besonderen Commission übertrug, so glaubte er alle billigen Forderungen erfüllt, seinem Antrage auch das Verdienst der Gründlichkeit verschafft zu haben. Kudlich überreichte in den ersten Augusttagen einen Verbesserungsantrag, welcher sich von dem ursprünglichen durch eine, freilich unvollständige, Aufzählung der Hauptlasten, durch Punctation des ursprünglich ganz allgemein aufgestellten Grundsatzes unterschied. Die Reichstagslinke, zu deren eifrigsten Mitgliedern Kudlich gehörte, billigte diese That, da sie ihrer Partei die Ehre, die Initiative in der Robotfrage ergriffen zu haben, um jeden Preis sichern wollte, und merkte erst viel zu spät, welchen Schaden dadurch gerade die Parteiinteressen erfuhren. Ihr Augenmerk mußte darauf gerichtet sein, den Reichstag unmittelbar nur den allgemeinen Grundsatz der Robotaufhebung aussprechen, die Entschädigungsfrage unerledigt zu lassen. Sie blieb dann Herr der Situation, hielt das Landvolk in der gespanntesten Erwartung und konnte zu gelegener Zeit entweder durch Verweigerung der Entschädigung in jeder Bauernhütte einen leidenschaftlichen Anhänger gewinnen, oder durch Nachgiebigkeit die Gegenpartei zu Zugeständnissen in anderen politischen Fragen zwingen. Sobald der Reichstag sich in eine specielle Erörterung der Unterthanslasten einließ, trat nicht allein die Linke, des

Landes und der Leute unkundig, naturgemäß in den Hintergrund, auch über die Entschädigungsfrage mußte dann sofort ein endgiltiger Beschluß gefaßt werden. Immer war das Interesse des Landvolkes von der Revolution abgelöst, der gehoffte Rückhalt der Länder in „Millionen Eichenherzen" nicht mehr vorhanden.

Am 8. August betrat Hans Kudlich die Rednerbühne, um seinen Verbesserungsantrag zu begründen. Es fehlte seiner Rede nicht an buntschillernder Rhetorik. „Die Lerche der Freiheit schmetterte ihr Lied, der Bauer — ein gefesselter Prometheus — klirrte mit seinen Ketten, der Grundherr, ein adelicher Schnapphahn, ein finsterer Thrann, schwang die Peitsche. Dem Landmanne muß (im August?) sein Weihnachtsgeschenk werden, der Reichstag, indem er die Aufhebung der Unterthänigkeit ausspricht, soll als souveraines Volk seine Thronrede halten." Allgemeiner Beifall begleitete alle diese Sätze. Doch als Kudlich am Schlusse der Rede die Versammlung aufforderte, „das Wort auszusprechen, welches als Friedensbote mit dem Oelzweige in die Hütte des Armen und Gedrückten fliegen, aber ein Donnerwort sein wird in den Palästen der Großen", da weigerte sich der Reichstag dieses Wort zu sprechen. Ein Abgeordneter nach dem andern eilte vielmehr auf die Tribüne und las und begründete seinen Verbesserungsantrag. Nachdem Kudlich sich in eine halbe Specialisirung eingelassen hatte, stand nicht allein jedem Deputirten das gleiche Recht zu; es hatte sogar jeder Einzelne die Pflicht, die andere Hälfte wo möglich zu ergänzen. In der Sitzung vom 8. August zählte der Präsident bereits 20 Verbesserungsanträge auf; sie mehrten sich in jeder folgenden Sitzung und erreichten schließlich die Summe von 73, von welchen die meisten parallel mit dem Antrage Kudlich's gingen, den Namen von Amendements in der parlamentarischen Sprache nur uneigentlich führten. Sie waren alle vortrefflich gemeint, trugen zur Aufhellung der bäuerlichen Zustände, zum besseren Verständniß des ursprünglichen Antrages wesentlich bei. Kudlich hatte geglaubt, daß sich Unterthanen nur auf dem flachen Lande unter den Ackerbauern befänden. Nun kam es zu Tage, daß das unterthänige Verhältniß auch in zahlreichen Städten und Märkten gelte, daß auch Handwerker zur Zinspflicht herangezogen wurden. Kudlich's Rede konnte zu der Meinung verleiten, als ob den Lasten der verpflichteten Bauern nur Rechte der Grundherren gegenüberständen. In Wahrheit waren aber auch mit der obrigkeitlichen Würde mannichfache Lasten verknüpft. Alle Schulen-, Straßen- und Brückenbauten z. B. wurden durch sogenannte Concurrenzarbeit ausgeführt. Die Unterthanen leisteten Spanndienste, die übrigen Kosten trugen die Obrigkeiten nach dem Maßstabe ihrer Dominiealeinkünfte. Fielen diese letzteren fort, hörten die unterthänigen Leistungen auf, so verlangte es die Gerechtigkeit, daß auch die obrigkeitlichen Gegenleistungen wegfielen. Nicht die Obrigkeiten allein, auch die hinter den Bauern stehenden Häusler und Inleute, das

ländliche Proletariat, riefen den Billigkeitssinn des Reichstages an. Die Großbauern gingen nicht zu Grunde, auch wenn der Reichstag eine Entschädigung für die aufgehobenen Unterthanslasten beschloß; die robotpflichtigen Tagelöhner dagegen brachte die Forderung, selbst der geringsten Lösesumme, an den Bettelstab. Mehrere Anträge empfahlen daher, die unentgeltliche Aufhebung der Lasten solcher Inleute, die nicht mehr als fünf Metzen Grund besitzen, gleich jetzt auszusprechen.

Bei aller Verdienstlichkeit der meisten Verbesserungsanträge erhob sich doch stets in der Kammer, sobald ein neues Amendement angekündigt wurde, ein gewaltiger Sturm. Sie machten den ursprünglichen Antrag nicht faßlicher, die Entscheidung nicht leichter. Ein je reicheres Material sie dem Reichstage über die Robotfrage zuführten, desto mehr sank die Hoffnung auf eine rasche und befriedigende Erledigung der letzteren. Aus allen Verbesserungsanträgen las man den beschränkten provinziellen Standpunkt der Deputirten heraus. Was sie vorschlugen, war für ihr specielles Heimatland ganz vernünftig, paßte aber nicht für die anderen Provinzen. Die natürliche Folgerung daraus zu ziehen, die Verschiedenartigkeit der Bauernzustände in den einzelnen Provinzen anzuerkennen, ihre Regelung dem Provinziallandtage zu überlassen, dagegen sträubte sich die Majorität des Reichstages. „In den Provinziallandtagen", versicherte Kudlich, „herrscht nicht die Wiener Luft. Wenn wir unter dem Einflusse des Wiener Klima einen Keim in den Boden legen, so wird er eine edle Form erhalten, während derselbe Keim an den Grenzen Rußlands unter dem Einflusse der sibirischen Kälte verkrüppelt herauskommen wird."

Noch blieb die Hoffnung übrig, daß ein gemeinsamer Antrag, welcher die einzelnen Vorschläge umfaßte, die verschiedenen Verbesserungen vereinigte, vorgelegt werde. Kudlich, nachdem er sich mit mehreren Freunden verabredet, brachte am 11. August einen neuen, nun den dritten, Antrag ein. Eine schärfere Fassung und größere Vollständigkeit konnte demselben im Vergleiche mit den übrigen Amendements nicht abgesprochen werden. Ohne sich in die Aufzählung endloser Details zu verlieren, schloß er dennoch alle Arten von unterthänigen Lasten ein. „Alle Robot und jeder Zehnt, so wie überhaupt alle aus dem Unterthänigkeitsverbande, dem Obereigenthum, der Dorf- und Schutzobrigkeit, aus dem (Wein-) Bergrecht, der Vogteiherrlichkeit, dem bäuerlichen Lehnsverbande entsprungenen oder ihnen ähnlichen Natural-, Geld- und Arbeitsleistungen des Haus- und Grundbesitzes haben, einschließlich aller Besitzveränderungs-Gebühren, von nun an aufzuhören." Aber auf der andern Seite enthüllte er auch zum ersten male deutlich den Plan, welchen die Linke mit der Robotaufhebung beabsichtigte. Der neue Verbesserungsantrag Kudlich's überwies die Ausarbeitung eines erschöpfenden Gesetzes, welches auf die provinziellen Verhältnisse Rücksicht nimmt, einer Commission, und übertrug dieser auch die Entscheidung der Frage, ob und welche Entschädigung für die

aufgehobenen Lasten zu leisten sei. „Diese Frage," behauptete Kudlich, „liegt nicht im dringenden Interesse des Landes, mit ihrer Entscheidung hat es keine Eile, da die Bauern gewiß zufrieden sind, wenn sie auch erst nach Wochen erfahren, ob sie entschädigen sollen." Also ein Aufschub der vollständigen Lösung, eine fortdauernde Spannung der Bauern lag im Wunsche der Linken, um jene in der Leidenschaft erstarken zu lassen und auch für den politischen Radicalismus empfänglich zu machen. Die Behauptung Kudlich's, die Entschädigungsfrage interessire die Bauern nicht, reizte die letzteren, machte sie auch gegen die Linke mißtrauisch und täuschte doch die Conservativen nicht. Die Blöße, welche sich Kudlich durch die wiederholte Selbstamendirung gegeben hatte, wurde von der Majorität geschickt benutzt. Sie erklärte auch den neuen Antrag Kudlich's für ein Amendement, welches nach der Geschäftsordnung wie alle anderen zu behandeln sei, und fuhr fort, die Verbesserungsanträge und ihre Begründung geduldig anzuhören. Endlich am 17. August war die Reihe der Verbesserungsanträge erschöpft, damit aber der Schluß der Verhandlung noch lange nicht erreicht. Im Gegentheil sollte erst jetzt die eigentliche Debatte, die Reden für und gegen den Kudlich'schen Antrag beginnen. Dreißig Redner waren bereits am 12. August vorgemerkt. Daß ihre Zahl noch beträchtlich wachsen werde, war nicht zu bezweifeln. Die große Bedeutung des Gegenstandes rechtfertigte diesen Andrang zur Tribüne, sie spiegelte sich aber in den Reden selbst nur unvollkommen ab. Der Mehrzahl der Redner merkte man es an, daß sie nur eine Gewissenspflicht gegen die Wähler erfüllten. Es sollten die letzteren von dem Thätigkeitstriebe ihrer Vertrauensmänner überzeugt, und daß diese nicht umsonst ihre Diäten bezögen, belehrt werden.

Mit frischer Begeisterung und voller Entschiedenheit sprachen die wenigsten, theils weil die Redner selbst mit sich uneins waren, theils weil abermals die Rücksicht auf die Wähler Vorsicht gebot. Diese gehörten überwiegend dem Bauernstande an und durften in ihren wohlbekannten Wünschen nicht verletzt werden. Allgemeine Redensarten über das Unwürdige und Rechtswidrige der alten Unterthansverhältnisse übten keine Anziehungskraft mehr. Man hatte dieselben bereits bei der Begründung der einzelnen Anträge bis zum Ueberdrusse gehört; sie paßten nicht einmal mehr auf bestehende Zustände. Die Robot und alle anderen Bauernlasten waren thatsächlich aufgehoben, in einigen Provinzen, wie z. B. in Galizien, Inneröfterreich, durch provisorische Regierungsdecrete, in den anderen durch den Trotz der Bauern und die Furcht der Herren. Die Entschädigungsfrage allein bot ein praktisches Interesse, weckte die Leidenschaften und spannte die Geister. Gerade in dieser Frage war aber bei vielen Abgeordneten die Ueberzeugung unsicher, der Muth zu einem offenen Bekenntnisse nicht vorhanden. Namentlich bei den Czechen. Die meisten unter ihnen hätten gern gegen die Entschädigung gestimmt, mußten

aber bei der strammen Disciplin, welche die Parteiführer hielten, auf die ausgegebene Parole horchen. Diese lautete für die Entschädigung. Der deutsche Sprachschatz kennt leider kein Wort, welches die Bedeutung von Ja und Nein vereinigt; die Redner der Rechten mußten daher auf andere Weise den inneren Zwiespalt zu verdecken suchen. Sie hüllten sich in ein doctrinäres Gewand, sie sprachen nicht für, nicht gegen, sondern über den Kudlich'schen Antrag; sie erläuterten den Ursprung der Robot, ergingen sich in historischen Excursen und juristischen Commentaren, lieferten mannichfache Variationen auf das Thema: Heilig ist das Eigenthum; sie sprangen regelmäßig vom eigentlichen Gegenstande ab und beschrieben die wahrscheinlichen Folgen der Robotaufhebung. Das Unterthanen-Strafpatent verliert seine Wirksamkeit; die Grundbuchsordnung wird sich ändern, die Unterschiede zwischen dominicalem und rusticalem Besitze in der Gesetzgebung werden fallen. Sobald sie aber an die Entschädigungsfrage kamen, schwankten sie unklar in ihren Meinungen hin und her. Nur das Princip der Entschädigung wollten sie anerkannt wissen, keineswegs jedoch den Grundherren eine volle Vergütung für widerrechtlichen Besitz gewähren. Es sei selbstverständlich, daß das Maß der Entschädigung auf das geringste herabgedrückt werden müsse, daß es das Angebot der Bauern, welches dieselben angeblich aus reiner Großmuth gethan, nicht übersteigen dürfe.

Die Redner der Rechten waren nicht im Stande, die Aufmerksamkeit der Versammlung zu fesseln. In höherem Grade gelang dieses den polnischen Edelleuten, aber nur, weil sie ihre Reden mit scharfen Ausfällen gegen Stadion würzten und auch bei diesem Anlasse ihrer Schmähsucht freien Lauf ließen. In der Sache selbst offenbarten sie jene Geringschätzung der Wahrheit, welche nun einmal den patriotischen Polen in politischen Angelegenheiten erlaubt scheint. Sie sprachen den alten galizischen Landtagen das Verdienst zu, die Befreiung der Bauern von allen Lasten gefordert zu haben; sie behaupteten, freiwillig hätten die Gutsbesitzer gleich nach den Märztagen die Robot geschenkt, den Ostertag 1848 als den Zeitpunkt bestimmt, von welchem an die Unterthänigkeit in Galizien aufzuhören habe, um „am Auferstehungsfeste des Erlösers auch das Auferstehungsfest des Volkes zu feiern." Die Regierung sei aber gewaltsam dazwischen getreten, sie habe nicht allein der Großmuth der Gutsbesitzer gewehrt, sondern sogar die Entschädigung, auf welche jene verzichtet, befohlen. Da sehe man, wer es mit den Bauern besser meine, die angefeindeten galizischen Edelleute oder die als bauernfreundlich gepriesenen österreichischen Beamten. Sie waren keck genug, Stadion's Zeugniß anzurufen. Derselbe erhob sich (23. August) entrüstet, diese dreiste Herausforderung zu beantworten. „Es ist wahr, die galizischen Landtage haben sich in den Jahren 1843 und 1844 mit der Robotfrage beschäftigt; doch wollten sie die Robot keineswegs aufheben, sondern nur — ohne Scha-

den für ihre Interessen — reguliren. Es ist wahr, es haben im April etwa 70 bis 80 Edelleute die Robot geschenkt, die meisten unter ihnen waren aber so sehr verschuldet, daß die Schenkung ihnen nicht den geringsten Nachtheil brachte. Sie hatten von ihren Gütern doch keine Einnahme." Stadion's Reden überzeugten sonst nicht die Mitglieder des Reichstages. Sie fürchteten, durch Vertrauen zu Stadion ihren Liberalismus zu verdächtigen. Kaum bedurfte es aber noch des Glaubens an die Wahrheit der Erzählung Stadion's. Die polnischen Edelleute sprachen sich jetzt alle (mit Ausnahme Borkowski's) eifrig für die Entschädigung aus, sie forderten ferner in ihren Anträgen nicht die Aufhebung der Unterthanslasten, sondern den Wegfall der Herrenpflichten, welche in Galizien seit dem letzten Aufstande allein in Kraft bestanden. Ihre Großmuth gegen die Bauern ging mit ihrem materiellen Vortheile Hand in Hand, ihr Egoismus barg sich schlecht genug hinter dem Schilde humanistischer Grundsätze; dennoch verlangten sie durch den Mund Smolka's die Anerkennung des Reichstages für die „großen Opfer, welche sie der Sache der Freiheit und Brüderlichkeit gebracht hatten."

Die Unklarheit, Zweideutigkeit und Heuchelei so vieler Redner machte die Debatte schleppend und gehaltlos; sie erwärmte sich nur in den wenigen Fällen, wo mit Entschiedenheit und derber Offenherzigkeit, sei es für, sei es gegen die Entschädigung gekämpft wurde. Daß der letztere Standpunkt im Reichstage nicht unvertreten bleiben werde, verbürgte die Anwesenheit der Bauern. Bereits bei der Ankündigung der Verbesserungsanträge hatten sich einzelne in diesem Sinne vernehmen lassen. „Wer gab dem Gutsherrn das Recht, den Unterthan zu knechten, und wie kann jener jetzt die Ablösung der Bauernlasten fordern? Der Bauer ist noch gut, aber eine aufgedrungene Ablösung wird er nicht dulden." Diesem Mahnrufe eines oberösterreichischen Landwirths folgte die stärkere Drohung eines Kärnthner Bauern: „O diese unbarmherzigen Gutsbesitzer, welche dem Bauer die letzten Tropfen Blutes ausgesogen haben und nun noch eine Entschädigung verlangen! Eine namentliche Abstimmung verlange ich, damit man auch weiß, wer diese Unterdrücker noch in Zukunft unterstützen will, und der Unterthan es erfahre, wer ihm noch ferner eine ungerechte Steuer abpressen will." Dieser Ton wurde auch in der eigentlichen Debatte von den Bauerndeputirten beibehalten: „Keiner Behörde, keiner Regierung möchte ich rathen, eine Robotsteuer einzuführen, wenn sie nicht gestürzt sein will. Mögen diejenigen, die sich in ihren Rechten verkürzt glauben, an die hohen Ahnengeister appelliren, Millionen können Einzelner wegen nicht leiden. Der Bauer kann keine Entschädigung leisten, er soll sie auch nicht leisten, denn die Kaste, welcher wir die Entschädigung zusprechen würden, ist uns nicht freundlich gesinnt. Das ist aber ein schlechter Feldherr, welcher dem Feinde die Waffen und die Munition in die Hände liefert. Die Köpfe jener, welche für die Ent-

schädigung stimmen, sind nicht mehr werth, als die anatomischen Anstalten für sie bezahlen."

Die Bauern aus Galizien und der Bukowina kümmerten sich nicht, was in den anderen Provinzen geschehen sollte, wenn nur in ihrem Heimatlande die Robot unentgeltlich aufgehoben wurde. „Die Bukowiner Grundherrn hatten vermöge der Tractate nur das Anrecht auf zwölf Robottage im Jahre; sie dehnten dieselben allmälich bis auf 150 Tage aus. Sie hielten das Josephinische Patent nicht, daher sind wir auch nicht mehr schuldig, ihnen etwas zu zahlen. Wir haben unsere Gründe durch die übermäßige Robot bezahlt." So argumentirte Bodnar aus Radautz. Martini, ein galizischer Dorfrichter, erklärte mit großer Naivetät: „Die galizischen Bauern haben gehofft, daß sie die Robot geschenkt erhalten. Für eine Schenkung zahlt Niemand; wir nehmen daher die Befreiung von der Robot ohne Entschädigung mit Dank an." Noch weiter ging der Ruthene Goy, welcher von den Grundherrn die Rückgabe aller früheren Rusticalgründe und eine förmliche Commassation verlangte, damit „die Herren nicht alle guten und die Bauern nicht die schlechten Gründe allein behalten." Gar häufig unterbrach Gelächter die oratorischen Versuche der Bauern. Aber niemand lachte, ein schwerer Ernst vielmehr lagerte auf der Versammlung, als ein anderer galizischer Bauer, Kapuszak, schwerfällig, in gebrochenem Deutsch, aber den fanatischen Haß gegen den Edelmann in jeder Gesichtsmuskel ausgeprägt, mit geballter Faust und rollendem Auge, seine Meinung über die Robotfrage kund gab. „Ja, der Edelmann hat den Bauer liebevoll behandelt. Wenn er ihn auch die Woche über arbeiten ließ, so bewirthete er ihn doch am Sonntage — er ließ dem Bauer Ketten anlegen und sperrte ihn in den Kuhstall, damit er in der nächsten Woche noch fleißiger arbeite. Ja, der Edelmann ist human, denn er muntert den ermüdeten Robotbauer mit Peitschenhieben auf, und beklagt sich einer, er hätte zu schwaches Zugvieh und könne die verlangte Arbeit nicht leisten, so wird ihm zugerufen: Spanne dich und dein Weib ein. Ja, die Grundherren haben uns Bauern den Robot geschenkt. Aber wann? Etwa im Jahre 1836 oder im Januar dieses Jahres, oder am 8., am 9. März? Nein, erst am 17. April, nachdem die Söhne des deutschen Volkes für unsere Rechte ihr Leben als Opfer dargeboten haben. Dreihundert Schritte vor dem Palaste des Edelmannes mußten wir schon die Mütze demüthig abziehen, und wollten wir etwas bei dem Gutsherrn durchsetzen, so mußten wir den Juden bestechen. Denn der Jude hatte das Recht, mit dem Herrn zu sprechen, der arme Bauer aber nicht. Wollte der arme Bauer die Stiege des Palastes hinaufsteigen, so hieß es, er solle nur im Hofe bleiben, er stinke, und der Herr könne seine Ausdünstung nicht leiden. Und für diese Mißhandlungen sollten wir jetzt noch eine Entschädigung leisten? Ich sage: Nein! Die Peitschen und Knuten, die sich um unsere Köpfe,

um unsere ermüdeten Körper gewickelt haben, damit sollen sich die Herren begnügen, das soll ihre Entschädigung sein."

Neben dieser in Zorn und wildem Grimme entflammenden Rede verloren die Phrasen der Linken alle Farbe, dagegen reizte sie freilich die Vertheidiger der Entschädigung zu ähnlicher Leidenschaft und drohte dadurch den Reichstag zum Schauplatze gewaltthätiger Handlungen zu machen. Wie sich, nachdem Kapuszcak die Tribüne verlassen hatte, die polnischen Edelleute nicht beruhigen konnten, so tobten wieder die Bauern, als ein Abgeordneter des Centrums, ein gewisser Alex. Helfert, sie geradezu der Diebesgelüste beschuldigte. „Die Aufhebung der unterthänigen Lasten ohne Entschädigung ist eine neue Auflage der Legende vom h. Crispin. Den Gutsherren will man das Leder stehlen, um den Bauern daraus Schuhe zu machen." Derselbe, durch häufige spöttische Aeußerungen ohnehin verhaßt, entging nur mit Mühe den Mißhandlungen der entrüsteten Bauern.

Kudlich, der Antragsteller, erhielt am 26. August endlich das letzte Wort. Er erklärte, trotz der vielwöchentlichen Debatte sei er doch nur so klug wie zuvor. Für seine Person mochte er Recht haben; die Versammlung selbst war nicht in der gleichen günstigen Lage, sondern offenbar weniger klug als am ersten Tage der Debatte. Sie sah durch die zahllosen Amendements den Weg einer klaren und raschen Entscheidung versperrt, sträubte sich aber dennoch auf den ursprünglichen, ganz allgemein gefaßten Antrag zurückzukommen. Nachdem die Entschädigungsfrage so scharf betont, zu einer Parteifrage geworden war, konnte die zweideutige Form, in welcher sie Kudlich's erster Antrag erwähnt, nimmermehr genügen. Auch Löhner's scheinheiliger Vorschlag, man möge das kleine Wörtchen: Ob, welches so großen Anstoß errege, aus dem ursprünglichen Antrage weglassen und nur „welche Entschädigung zu leisten sei", späteren Bestimmungen vorbehalten, täuschte nicht. Der neue Wortlaut schreckte weniger, sagte im Grunde aber dasselbe, bejahte gleichfalls das Princip der Entschädigung nicht unbedingt. Kudlich konnte nur noch auf zwei günstige Umstände rechnen, auf die Abspannung der Versammlung, welche schließlich doch alle besonderen Bestimmungen einer späteren Debatte zuschieben werde, und auf die scheinbare Gleichgiltigkeit des Ministeriums. Es hatte sich bisher in keiner Richtung ausgesprochen, den Drohungen der Bauern und der Linken kein Gegengewicht durch ein ministerielles Programm gestellt. Auf die Zaghaften und Unentschlossenen wirkte allein die Furcht vor dem Landvolke, und dieser einseitige Einfluß ließ eine Mehrheit für den Kudlich'schen Antrag hoffen. Kudlich bat den Reichstag, am Abende wieder zusammenzukommen und die Abstimmung in dieser Abendsitzung zu erledigen. Die Sache kam aber ganz anders, als er es erwartete. Nach Kudlich ergriff noch Bach im Namen des Ministeriums das Wort. „Ueber zwei große Principienfragen wird die Entscheidung

des Reichstages aufgerufen. Es gilt die Aufhebung des persönlichen Unterthänigkeitsverbandes und der Entlastung des Grundes und des Bodens. Für die Aufhebung des persönlichen Unterthansverbandes, für die Aufbesserung der obrigkeitlichen Gewalt und Gerichtsbarkeit wird Niemand den Grundherren auch nur einen Heller bewilligen. Was dagegen die dingliche Belastung des Bodens betrifft, so ist die Entschädigung dafür nach der einstimmigen Ansicht des Ministeriums eine Frage des Rechtes und der politischen Klugheit. Das Cabinet wird mit der Entschädigungsfrage stehen oder fallen." Die Linke hatte den Minister ruhig die Rednerbühne betreten lassen; sie brauste wild auf, als sie diese Worte vernahm und das schwere Gewicht fühlte, welches die Minister zu Gunsten der Entschädigung in die Wagschale warfen. Unter dem unmittelbaren Eindrucke der Ministerrede mußte die Majorität für die entgeltliche Ablösung stimmen. Die Linke verschanzte sich hinter die Geschäftsordnung und verlangte für Kudlich, als den Antragsteller, noch einmal das Wort. Das formale Recht sprach für sie, aber der Präsident, regierungsfreundlich gesinnt, vertrat die entgegengesetzte Deutung, welche dem Minister das Wort „zu jeder Zeit", also auch nach dem Antragsteller gestattete, und wies das Begehren Kudlich's nach längerem scharfen Streite ab. Auch der andere Wunsch der Linken nach rascher Erledigung der ganzen Sache, wenigstens in den Grundsätzen, ging nicht in Erfüllung. Eine Abstimmung über die sämmtlichen 73 Amendements, in der Reihe, wie sie angekündigt worden waren, erschien mit Recht unthunlich; Niemand hätte sich am Schlusse der Stimmenabgabe noch der ersten Amendements deutlich erinnert; grobe Widersprüche, Aufhebung der einen Abstimmung durch die andere, wären unvermeidlich gewesen. Nothgedrungen mußte man dem Präsidenten eine dreitägige Frist zugestehen, um die verschiedenen Anträge logisch zu ordnen und in ein förmliches System zu bringen.

Am 29. August lag auf dem Pulte jedes Abgeordneten ein stattliches Folioheft, welches in 20 Capiteln 159 Fragen, den Kern von 55 Amendements — die andern waren mittlerweile zurückgezogen worden — enthielt. Dieses Fragesystem, von Strobach mühselig entworfen, war eine gründliche Arbeit, aber gleichfalls zwecklos. Hätte man auch sämmtliche 159 Fragen erledigt, über die Annahme des ganzen Systems hätte man sich nimmermehr geeinigt, die nothwendige Schlußredaction wieder zum Anlaß neuer Debatten genommen. Nach langen Zwischenreden, wobei Kudlich stets den Versuch wagt, auf Bach's Rede eingehend zu antworten und stets unterbrochen und zurückgewiesen wird, beschließt die Versammlung, das Fragesystem Strobachs, als ein unentwirrbares Labyrinth, fallen zu lassen, dagegen die einzelnen Antragsteller zu einer Verständigung unter einander, zu einem Compromiß aufzufordern. Bringen sie einen Collectivantrag zu Stande, so soll diesem die Priorität bei der

Abstimmung gebühren. Bis tief in der Nacht verhandelten die betheiligten Abgeordneten. Wie zu erwarten stand, blieb auch dieser Schritt ohne Erfolg. Kudlich hatte kein Interesse an einer Verständigung, welche sich wesentlich auf seine Nachgiebigkeit gründete. Er fand die Verhandlung viel zu schleppend und begnügte sich, wie er selbst im Reichstage erzählte, durch den wiederholten Zuruf: Vorwärts, vorwärts! seine Anwesenheit in der Conferenz zu bekunden. Noch geringere Lust sich zu vereinigen zeigten Kudlich's Einflüsterer auf der Linken. So lange die Entschädigungsfrage in der Schwebe blieb, hielt die Linke alle Bauern des Reichstages, auch die slawischen, in der Hand; war jene gelöst, so trennte sich auch naturgemäß die Verbindung zwischen deutschen Demokraten und ruthenischen Bauern. Etwa 25 Abgeordnete, dem Centrum und der Rechten angehörig, unterschrieben einen Collectivantrag, welcher für eine bestimmte Reihe von Lasten die Entschädigung empfahl und dieselbe zwar durch Vermittelung des Staates, aber nicht aus Staatsmitteln, sondern aus eigenen Provinzialfonds den Berechtigten zukommen ließ. Kudlich und seine Freunde beharrten dabei, die Entschädigungsfrage zu verschieben, jedenfalls die unmittelbare Last der Ablösung von den Verpflichteten zu nehmen. Gegen eine Entschädigung aus Staatsmitteln hatten sie geringere Bedenken. Sie rechneten nämlich auf die Dummheit der Bauern, in deren Augen der Staat als eine fremdartiges halbmythisches Wesen erschien. Daß zu einer Entschädigung durch den Staat auch jeder Einzelne beisteuern müsse, verstanden dieselben nicht.

Beide Parteien, die conservative, als deren Sprecher ein sach- und geschäftskundiger Salzburger Abgeordneter Lasser auftrat, und Kudlich's Anhang, legten die Angelegenheit abermals dem Reichstag (30. August) vor. Ehe derselbe aber eine Entscheidung treffen konnte, mußte er erst wieder die Qualen einer endlosen Debatte über die Priorität des einen oder des anderen Antrages erdulden. Sowohl Lasser wie Kudlich hatten einen Collectivantrag formulirt; ein Kammerbeschluß vom vorigen Tage sicherte dem Collectivantrage die Priorität bei der Abstimmung. Welcher war nun der wahre Collectivantrag? Um die Verwirrung voll zu machen, wurden die beiden neuen Collectivanträge abermals amendirt, richtete sich das Mißtrauen der Bauern schließlich auch gegen Kudlich. Derselbe hatte in seinem neuesten Antrage das Wort „nexus subditelae" gebraucht. Hinter diesem „Juristenworte" witterten die Bauern eine betrügerische Absicht. Wenn man es ehrlich mit ihnen meinte, würde man gemeinverständlich mit ihnen reden. Je näher die Abstimmung rückte, desto störrischer zeigten sich namentlich die galizischen Landleute. Schlimm genug wurde freilich auch mit ihnen verfahren. Sobald irgend eine Unterstützungsfrage oder wohl gar ein Antrag zur Abstimmung gelangte, erhoben sich die Bauern, um zu erklären, daß sie von der ganzen Sache nichts verständen. Geschäftsordnungsmäßig hob der Präsident die Sitzung

auf zehn Minuten auf. In dieser Frist mußten sie sich unterrichten lassen, diese Frist benutzten alle Parteien, um die Bauern auf ihre Seite zu ziehen. Hier berief der griechische Pfarrer Szaszkiewicz, der einflußreichste Ruthenenführer, die Bauern in seine Nähe und predigte ihnen Weisheit, dort gesticulirte auf das heftigste der Pole Sierakowski und stellte ihnen den Gegenstand gerade im entgegengesetzten Lichte dar; er hatte noch nicht ausgesprochen, als sich auch schon irgend ein Czeche an sie herandrängte, um sie vor dem polnischen Pharisäer zu warnen. War die Frist verstrichen, so standen sie rathloser da, als zuvor. Sie wagten nicht, sich der Abstimmung zu enthalten, sie waren ja in den Reichstag geschickt worden, um zu stimmen, sie trauten sich aber auch nicht die Fähigkeit zu, zur rechten Zeit aufzustehen oder sitzen zu bleiben. Gar häufig schnellten sie rasch empor und fuhren eben so schnell wieder zurück, daß der Präsident die größte Mühe hatte, zu unterscheiden, zu welcher Partei sie sich geschlagen hatten.

Auch die Sitzung vom 30. August ging vorüber, ohne daß der Reichstag zur Abstimmung geschritten wäre. Nach stundenlangem Streite wurde endlich beschlossen, am nächsten Tage zuerst über Lasser's, dann über Kudlich's Collectivantrag abzustimmen, keine weitere Debatte zuzulassen, sondern gleich nach der Eröffnung der Sitzung mit der Stimmenabgabe zu beginnen. Dieses Programm schien die Versammlung mit ziemlicher Treue einhalten zu wollen. Die erste Frage des Lasser'schen Antrages: Ist die Unterthänigkeit und das schutzobrigkeitliche Verhältniß sammt allen diese Verhältnisse normirenden Gesetzen aufgehoben? wurde einstimmig unter laut schallendem Jubel bejaht. Die Bauern verließen ihre Bänke und drückten den Abgeordneten, die sie erreichen konnten, herzlich die Hand. Auch bei der zweiten und dritten Frage: Werden alle Unterschiede zwischen Rustical- und Dominicalgründen aufgehoben? Sind alle dem unterthänigen Grunde anklebenden Lasten, alle aus dem grundherrlichen Obereigenthum herrührenden Leistungen abgeschafft? herrschte dieselbe Einmüthigkeit. Noch war aber die Hauptschlacht nicht geschlagen, über die Entschädigung nichts entschieden.

Als der Präsident sich anschickte, den vierten und fünften Absatz des Lasser'schen Antrages zu verlesen, welche von der Entschädigung handelten, verwandelte sich die Einmüthigkeit in bitteren Streit, die friedliche Ordnung in wilden Aufruhr. Die Bauern und die Linke wollten von einer weiteren Abstimmung nichts hören. Ein ehemaliger Polizeiagent, der jetzt den Demokraten spielte, Umlauft, drohte nicht undeutlich mit der Volksrache: „Wir Bauernvertreter können über die Entschädigungsfrage nicht früher urtheilen, als bis wir eine genaue und detaillirte Grundlage vor uns haben. Wir enthalten uns aller Abstimmung, protestiren gegen das weitere Verfahren und werden unseren Committenten gleich mittheilen, daß heute ein Beschluß über die Entschädigung gefaßt worden ist." Sprach's

und verließ mit Füster, Violand und mehreren Bauern trotzig den Saal. Er kehrte aber wieder leise zurück, als er merkte, daß seine Absicht, den Reichstag beschlußunfähig zu machen, nicht erreicht wurde. Was Umlauft durch seine täppische Weise verdorben hatte, das suchte der grundehrliche, stets elegische Schuselka, der österreichische Venedey, zu verbessern. Er legte dem Reichstage die Pflicht der Versöhnlichkeit an das Herz, er bat, seine Gewissensruhe nicht zu stören. Daß eine Entschädigung geleistet werden solle, könne er allenfalls aussprechen, nimmermehr jetzt schon über die Modalitäten derselben ein Urtheil fällen. In der gleichen Lage befänden sich zahlreiche Genossen. Man möge daher nur über das Princip abstimmen, alles Andere der Entscheidung einer Commission vorbehalten. Unbekümmert um den Beschluß des vorigen Tages, die Abstimmung durch keine Debatte unterbrechen zu lassen, gestattete die Majorität die Wiedereröffnung der Verhandlungen, welche, in einem überaus persönlichen Tone geführt, die Kluft zwischen den beiden Parteien nur erweiterten. Vorwürfe der Unredlichkeit, feiger Furcht, unwürdigen Benehmens wurden von jeder Seite der andern entgegengeschleudert.

War schon die Form der Verhandlung dem Ansehen des Reichstages nicht förderlich, so ließ ihr Ausgang vollends die Achtung vor seiner Weisheit sinken. Nach langem Hin- und Herreden wurde endlich beschlossen, zur Beruhigung aller Gemüther vor den vierten Absatz des Lasser'schen Antrages folgende Worte zu stellen: „Für einige aufgehobene Lasten wird keine, für einige eine Entschädigung geleistet." Gleichzeitig aber erklärte der Reichstag, der Beschluß des vorigen Tages, die Abstimmung über den Lasser'schen Antrag ohne Unterbrechung zu Ende zu führen, solle aufrecht bleiben. Diese grobe Inconsequenz hatte aber nicht einmal die erwartete versöhnende Wirkung. Der Einschub wurde angenommen, auf Palazky's Rath stylistisch verbessert, da nach dem ursprünglichen Wortlaute, welcher eine halbe Position, eine halbe Negation enthielt, ein Ja und Nein dasselbe bedeutet. Kaum war dieses abgethan, so erhob sich abermals die Linke und verlangte, nachdem ja die Entschädigung im Principe angenommen sei, nun die Abstimmung über Lasser's Antrag abzubrechen. Die Geduld des Präsidenten Strobach war endlich erschöpft. „Einer Versammlung, welche einen gestern gefaßten, heute umgestoßenen, dann wieder bestätigten Beschluß abermals brechen will, mag ich nicht länger vorsitzen." Mit diesen Worten verließ er den Präsidentenstuhl und erklärte sein Amt für erledigt. Erst dieses Gewaltmittel brachte die Linke zur Besinnung. Sie ließ ihren Antrag fallen, Strobach wurde mit Acclamation wieder zum Präsidenten gewählt und endlich zur Abstimmung über den Cardinalpunkt: „Billige Entschädigung für alle Leistungen und Abgaben, welche der Grundbesitzer als solcher dem Gutsherrn schuldet" geschritten. Es stimmten 174 Abgeordnete mit Ja, 144 mit

Nein; 36 Abgeordnete, mehr klug als muthig, enthielten sich der Abstimmung, unter ihnen 15 Böhmen, 9 Mähren und der Ruthenenführer, Pfarrer Szaszkiewicz. Die noch übrigen Absätze des Lasser'schen Antrages regten die Leidenschaften nicht auf. Ein einziger Punkt erschien wichtig genug, um abermals durch namentliche Abstimmung entschieden zu werden. Soll der Entschädigungsfonds für jede Provinz besonders gebildet, aus Mitteln der Provinz zusammengebracht und nur in der letzteren verwendet werden oder ist derselbe in einer Reichskasse zu vereinigen? Diese Frage griff bereits in die Verfassungspolitik ein; sie anerkannte, je nachdem sie beantwortet wurde, die Selbständigkeit der verschiedenen Provinzen in ihren überlieferten Grenzen, sicherte denselben eine gewisse Autonomie oder rechtfertigte die andere Anschauung, welche im neuen Oesterreich die Eigenart der Provinzen nicht dulden, an ihrer Stelle selbstlose Departements eingeführt wissen wollte. Natürlich änderte sich jetzt die Stellung der Parteien. Zur deutschen, schroff centralistisch gesinnten Linken gesellten sich auch mehrere conservative Mitglieder aus den kleinen altösterreichischen Provinzen; dagegen fielen Polen und Ruthenen von jenen ab. Mit 224 Stimmen gegen 125 wurde die Bildung unabhängiger Provinzialfonds beschlossen, und damit, wie die Wiener Zeitungen klagten, die Grundlage zu einer Föderativverfassung gelegt.

Nach Lasser's Antrag gelangte der Verabredung gemäß jener Kudlich's zur Abstimmung, obgleich er durch die Annahme des ersteren größtentheils schon erledigt war. Die Kammer ließ ihm aber nicht allein volles Recht widerfahren, mit großer Majorität bejahte sie sogar jetzt die Entschädigung durch den Staat, nachdem sie einige Minuten früher diesen Grundsatz abgelehnt hatte. Der Triumph der Linken machte die Gegner auf den begangenen Fehler aufmerksam. Viele Mitglieder der Rechten und des Centrums hatten die Frage schlecht begriffen oder, geistig abgespannt, mechanisch ihr Ja ausgesprochen. Sie benutzten die nächste Gelegenheit, um den Fehler wieder gut zu machen. Als der Kudlich'sche Antrag als Ganzes zur Abstimmung kam, wurde er, freilich nur mit einer Mehrheit von 4 Stimmen, verworfen. Nun herrschte auf der Rechten und im Centrum großer Jubel, bei den Mitgliedern der Linken leidenschaftliche Entrüstung. Sie behaupteten einen Betrug, klagten das Bureau einer absichtlichen Fälschung bei der Stimmenzählung an und setzten den Streit noch auf offener Straße zum Ergötzen der herbeigeströmten Volksmenge fort. Von diesem Zeitpunkte an wurde es unter den Wiener Demokraten Sitte, über die „Tyrannei" des Reichstages Beschwerde zu führen und namentlich die Reichstagsrechte einer finsteren Verschwörung gegen die Freiheit des Volkes zu beschuldigen.

Mit der Abstimmung über die beiden Collectivanträge war übrigens die Aufgabe des Reichstages noch keineswegs erschöpft. Noch lagen zahlreiche Amendements vor, deren Verfasser aus Eigensinn oder Eitel-

keit oder auch im Parteiinteresse sich weder Lasser noch Kudlich angeschlossen hatten. Auch über diese — etwa 40 an der Zahl — mußte abgestimmt werden und zwar, wie Löhner, nur um die Rechte zu ärgern, durchgesetzt hatte, mit öffentlichem Namensaufruf. Dagegen hatten wieder die Rechte und das Centrum den Beschluß erzwungen, daß bei jedem einzelnen Amendement die Vorfrage gestellt werde, ob es nicht durch die frühere Abstimmung bereits erledigt sei. Der Linken lag daran, die Verhandlung noch in die Länge zu ziehen, um durch Ueberraschung der Gegner vielleicht noch einen oder den anderen Einzelsieg zu erringen, die Gegner wieder waren eifrig bemüht, die Nachlese der Amendements als eine bloße Förmlichkeit ohne Sinn und Bedeutung darzustellen. Beide Parteien konnten sich kleiner Erfolge rühmen. Eine lange Reihe von Anträgen wurde als erledigt angesehen, von welchen in dem Lasser'schen Collectivantrage auch nicht die leiseste Spur entdeckt werden konnte; dagegen wurden wieder auch nachträglich einzelne Lasten aufgehoben, welche mit dem ursprünglichen Gegenstande in keinem unmittelbaren Zusammenhange standen, wie z. B. der Bier- und Branntweinzwang, über dessen einfache Abschaffung namentlich die Vertreter brauberechtigter Städte sich gar nicht beruhigen konnten. Jeder Abstimmung, mochte sie so oder anders ausfallen, folgten regelmäßig zahlreiche Proteste der angeblich gekränkten Partei.

Die Verhandlung über die Grundentlastung, so reich an Zwischenfällen, so fruchtbar insbesondere an Anlässen zu bitterem Streite, sollte nicht zu Ende geführt werden, ohne schließlich auch noch einen Conflict mit dem Ministerium heraufzubeschwören. Unter anderen nachträglichen Amendements kam noch ein Antrag vor, den Reichstagsbeschluß auf amtlichem Wege kund zu machen. Diese Gelegenheit benutzte (2. September) Bach, um im Namen des Ministeriums sich über das Verhältniß der Regierung zum Reichstage zu erklären. Das Ministerium erkannte den constituirenden Charakter des Reichstages soweit an, als derselbe die Verfassung feststellt und mit dem Kaiser vereinbart; „wenn derselbe aber auch eine legislatorische Wirksamkeit eröffnet, wie in dem vorliegenden Falle, so sind seine Beschlüsse der Sanction des Monarchen unterworfen." Von unmittelbaren praktischen Folgen war diese Erklärung nicht. Das Ministerium dachte nicht daran, dem Reichstagsbeschlusse über die Aufhebung der Feudallasten die Bestätigung zu verweigern. Durch die Gegenüberstellung von Sanction und Vereinbarung hoffte es den Reichstag zu täuschen und in dem Glauben, als ob der constituirende Charakter desselben unangetastet bliebe, zu bestärken. Trotzdem übten die Worte des Justizministers nicht allein auf die Linke des Reichstages einen tief erschütternden Eindruck. Es war nicht die Beschränkung der Reichstagsmacht, gegen welche die besseren Geister sich auflehnten. Wer nur einigermaßen politisch zu denken gelernt hatte, wußte, daß die Souveränetät des Reichstages

ein eitel Ding war. Er konnte das Recht in Anspruch nehmen, die Verfassung der einen Hälfte des Staates in selbständiger Weise zu bestimmen. So lange die Verfassung nur für die eine Hälfte Oesterreichs galt, besaß sie nicht den geringsten Werth. Um dieselbe aber auf das ganze große Reich auszudehnen, dazu fehlte es dem Reichstage nicht allein an innerer Macht, sondern auch an Berechtigung, das konnte nur auf dem Wege der Verhandlung, des Compromisses durchgeführt werden. Mit Sorgen erfüllte die andere Wahrnehmung, wie das Cabinet allmälich seinen Standpunkt verrückte, sich stetig von seinem ursprünglichen Programme entfernte und eine immer größere Elasticität der Grundsätze offenbarte. Schon früher hatten die Minister den ihnen gespendeten Ehrentitel: „demokratische Regierung" mit der unverfänglicheren Bezeichnung: „volksthümliche Regierung" vertauscht, und zuerst leise, dann lauter die Rechte der Krone zu betonen versucht. Jetzt stellten sie bereits anarchische Gelüste, republicanische Tendenzen und monarchische Gesinnung als lebendige Gegensätze einander gegenüber, zwischen welchen der Kampf ausgefochten werden müsse. Werden die Minister auch zur rechten Zeit in der gleitenden Bewegung einhalten, das Maß und die Grenze finden, welche die conservative Politik von reactionärem Fanatismus scheidet, werden sie nicht, wie alle Neubekehrte, um die früheren Sünden vergessen zu machen, sich in ihrem Eifer überstürzen? Durch grundsätzlich conservative Regierungen wird die wahre Freiheit nicht in so hohem Grade gefährdet, als durch sogenannte liberale Ministerien, welche ihren Halt verloren haben und ihr Amt länger als ihre Grundsätze bewahren. Wenn sich diese Furcht und der Argwohn, namentlich gegen den ehrgeizigen Justizminister, im Reichstage nicht offener aussprach, so verdankte es die Regierung nur der persönlich gereizten Stimmung unter den einzelnen Parteien, dem gegenseitigen Hasse zwischen Deutschen und Slawen. Violand kündigte einen Protest „im Namen aller österreichischen Völker" gegen die Ministerialerklärung an; der wortreiche Borrosch nahm von demselben Anlaß zu einer hohl pathetischen Interpellation, deren Inhalt stellenweise selbst die Linke zum Lachen reizte. Mit Violand, mit Borrosch mochte die Majorität nicht gemeinsame Schritte machen. Die derbe Abfertigung des verhaßten Borrosch in Doblhoff's Antwort (7. September) ließ sie das Gewundene und Gekünstelte der letzteren übersehen. Nach derselben war der Reichstag „zu kluger und kräftiger Mitwirkung an dem Verfassungswerke" berufen, die Verfassung selbst das Resultat „des gesetzlich ausgeprägten Gesammtwillens, mit welchem der Kaiser Hand in Hand zu gehen fest entschlossen ist." Unter der „Vereinbarung" endlich verstand das Ministerium „den feierlichen Act der Vermählung zwischen der Volksfreiheit und dem erblichen Throne, die auf freier Selbstbestimmung beruhende Annahme der durch den Reichstag festgestellten Constitution durch den Monarchen."

Auch ein indirectes Mißtrauensvotum gegen das Ministerium wurde durch die Parteienwuth im Reichstage verhindert. Löhner hatte (6. September) den Antrag gestellt, über die Form der Kundmachung den Beschluß aufzuschieben, bis eine authentische Interpretation der Minister über die Erklärung Bach's vorliege. „Der Reichstag hat ohne Vermittelung des Ministeriums den Kaiser in Innsbruck angeredet; ebensowenig bedarf er der letzteren bei einer Ansprache an das Volk. Wehre das Ministerium dem Reichstage die Ausübung seiner souveränen Gewalt, so müsse dieses, da es sich um eine Principienfrage handele, förmlich und ausdrücklich constatirt werden, damit die Kammer über die Grenzen ihrer Befugnisse volle Gewißheit erlange." Wäre die Majorität auf diesen Antrag eingegangen, so hätte sie die Behauptung des Ministeriums, durch Bach's Erklärung sei die Stellung des Reichstages nicht verändert worden, Lügen gestraft. Mit 183 gegen 119 Stimmen wurde Löhner's Antrag abgelehnt. Gegen denselben hatten auch die ruthenischen Bauern gestimmt, angeblich, weil ihnen Stadion zugeflüstert: Wer mit Ja stimme, wolle den Kaiser abschaffen. Stadion wurde von einem polnischen Abgeordneten denuncirt und sollte sich vor einer Reichstagscommission rechtfertigen. Die Sache wurde unter dem Drange der folgenden Ereignisse vergessen. Auch das Ministerium machte aber von seinem Rechte, den Reichstagsbeschluß über die Grundentlastung dem Kaiser zur Sanction vorzulegen, keinen Gebrauch. Die Rechte hatte gegen Löhner gestimmt, vertraulich aber durch ihre Führer der Regierung mittheilen lassen, daß die Rücksicht auf ihre Wähler und auf die öffentliche Meinung überhaupt sie zwingen würde, in das Lager der Opposition überzugehen, wenn die Regierung bei ihrer Ansicht von der Nothwendigkeit einer Sanction des Reichstagsbeschlusses beharre. Die Zeit war noch nicht gekommen, daß das Ministerium der Unterstützung der Reichstagsmehrheit entbehren konnte. Es gab nach und einigte sich mit Strobach dahin, daß der Reichstagsvorstand den Beschluß der Kammer über die Grundentlastung dem Ministerium „zur beistimmenden Fertigung des Kaisers mittheile." Endlich am 7. September waren auch die letzten Schwierigkeiten beseitigt, der letzte Widerspruch verstummt, der Kudlich'sche Antrag endgiltig erledigt, — die Freiheit der früheren Unterthanen ein vollendetes Werk. Der Reichstag hatte seine erste, seine letzte große That vollbracht.

Die Furcht der Demokraten war nicht unbegründet gewesen. Vom 7. September an verlor sich in der großen Volksmasse die Theilnahme an der Wirksamkeit des Reichstages. Die Bauern Niederösterreichs konnten noch einmal zu einer Ovation, — einem Fackelzuge — für Kudlich zusammengetrieben werden, im Uebrigen kümmerten sie sich, und ebenso ihre Genossen in den Provinzen, nicht im geringsten um die Vorgänge in der kaiserlichen Reitschule. Der Reichstag selbst hatte noch in einer anderen Beziehung Ursache zur Klage. Es fehlte ihm nach Vollen=

dung der Debatte über die Feudallasten an würdigem Berathungsstoffe, er verlor sich seitdem immer mehr in müßige Interpellationen und war außer Stande, der Neigung zahlreicher Mitglieder, eine Executivbehörde zu spielen, sich in die Wiener Localwirren zu mischen, einen festen Damm vorzubauen. Man kann daher immerhin sagen, die Erledigung des Kudlich'schen Antrages hat den unmittelbaren, raschen Fortgang des Verfassungswerkes gehemmt, den vollständigen Sieg der Revolution verhindert. Man darf aber darüber nicht vergessen, daß erst seit dem 7. September Oesterreich in Wahrheit in die Reihe der modern organisirten Staaten eintrat, mit dem Mittelalter gründlich und für immer brach, und daß in dem Beschlusse vom 7. Sept. der Reaction eine unübersteigliche Schranke gesetzt wurde. Dieselbe konnte viele Thaten der Revolution vernichten, an dem Beschlusse vom 7. Sept. konnte und durfte sie nicht rütteln. War die Reactionspartei — wesentlich vom grundbesitzenden Adel getragen — nicht im Stande, in diesem Punkte das alte Oesterreich in das Leben zurückzurufen, so war überhaupt das größte Interesse an der Reaction geschwunden. Denn in jeder anderen Beziehung hatte das alte System auch die Unzufriedenheit des Adels erregt, den Wunsch nach einer politischen Aenderung geweckt.

---

3. Der Agramer Landtag.

Im Hochsommer 1848 saßen nicht allein die Landtage der verschiedenen kleinen Provinzen und der Reichstag in Wien in eifriger Berathung: auch in Agram, auch in Pesth hatten sich nationale Parlamente versammelt, um den revolutionären Gewinn dauernd ihrer Heimat zu sichern und die neue Staatsordnung endgiltig festzustellen. In Wirklichkeit dienten freilich diese beiden Parlamente nur dazu, den Bürgerkrieg zu schüren und den blutigen Kampf zwischen Bewohnern desselben Reiches vorzubereiten. Dem Agramer Landtage fehlte sogar die gesetzliche Grundlage. Sowohl das ungarische Ministerium wie der österreichische Hof hatten gegen seine Einberufung protestirt, seinen Beschlüssen alle Rechtsgiltigkeit abgesprochen. Nirgends herrschte aber auch der voraussetzungslose Radicalismus in so unumwundener Weise, wie in der Agramer Versammlung. Dieselbe bekämpfte alle bestehenden Verfassungszustände, richtete sich gegen jede überlieferte politische Sitte, verwarf überhaupt die bisher giltige Gliederung des Staates und verlangte nichts weniger als eine vollständige Aenderung der Karte Oesterreichs. Wenn die Mitglieder des Landtages trotzdem ihre loyale Gesinnung behaupteten, da sie ja die persönliche Macht des Monarchen nicht mindern wollten, wenn schließlich die conservativen Interessen ihre Rettung den Kroaten zu verdanken glaubten, so zeigt dieses nur die ganz merkwürdige Verschiebung der Verhältnisse und läßt unwillkürlich den ironischen Ton in der Schilderung der Ereignisse anschlagen.

Der Banus nahm an demselben Tage (14. April) von seinem Amte Besitz, an welchem das ungarische Ministerium in Pesth seine Thätigkeit eröffnete. Er fand das Land dem Aufruhr nahe, den Gefahren der Anarchie preisgegeben. Ein Nationalcomité, auf die kroatische Jugend gestützt,

übte thatsächlich die Regierungsgewalt aus; Gaj's Zeitung spielte den Gesetzgeber, die Bauern, vom ungarischen Reichstage ihrer Lasten enthoben, steigerten täglich ihre Begehrlichkeit, selbst der Grenzbevölkerung hatte sich die Leidenschaft, zu neuern und zu bessern, bemächtigt. Aber auch die ungarische Partei zählte in Kroatien noch einzelne Anhänger. Während Ivan Kukuljević in Gaj's Zeitung die Macht des Banus und des kroatischen Landtages auch über Krain und die slawischen Gemeinden Kärnthens und der Steiermark ausgedehnt wissen wollte, der Agramer städtische Magistrat alle Zuschriften des ungarischen Ministeriums uneröffnet zurückschickte, saßen in den Comitatsbehörden noch sogenannte Magyaronen, bediente sich der Agramer Comitat noch der lateinischen Amtssprache und erklärte der Agramer Vicegespan Zuvić seine Unabhängigkeit vom Banus. Die größere Macht war bei der national-illyrischen Partei; ihren Rathschlägen folgte der neue Banus. Er legalisirte die Volksdemonstrationen gegen den Vicegespan, duldete die Vertreibung zahlreicher Beamten und ihre Ersetzung durch eifrige illyrische Patrioten; er gab zu, daß der Versammlungsort der Magyaren, das Agramer Casino, gewaltsam von Studenten gesperrt wurde, und unterschrieb eine Aufforderung an kroatische Vertrauensmänner, eine Wahlordnung für den künftigen Landtag des dreieinigen Königreiches zu berathen. Dieses Alles ging über das Maß der revolutionären Bewegungen in den anderen Provinzen nicht hinaus und hätte die Verständigung mit dem ungarischen Ministerium noch nicht unmöglich gemacht. Zwei andere Maßregeln des Banus, deren Spitze übrigens auch gegen die übermüthige nationale Partei gerichtet werden konnte, führten den Bruch herbei. Jellačić verbot allen Jurisdictionen, von irgend einer anderen Behörde Befehle anzunehmen oder mit ihr in amtlichen Verkehr zu treten, als von der Banalkanzlei; er ordnete ferner für Kroatien und Slawonien (2. Mai) das Standrecht an, welchem nicht allein Räuber und Mordbrenner, sondern auch alle politischen Malcontenten unterworfen sein sollten.*) Mit diesem Schritte erklärte er der ungarischen Regierung offen den Krieg. Er hätte ihn nicht gewagt, trotz der dringenden Umstände, welche bei längerer Zögerung den Bund der liberalen und ungarischen Partei in Aussicht stellten, wenn ihm die ungarischen Cabinetsverhältnisse genauer bekannt gewesen wären.

Jellačić wußte, daß der Slawenhaß und der entschiedene Widerwille gegen die Sonderstellung der partes adnexae vorzugsweise von Kossuth und dessen Anhang ausgehe, die Mehrzahl der Minister, wie der Palatin selbst eine Ausgleichung wünschen. Er rechnete auf die bekannte Eifersucht der letzteren gegen Kossuth, vergaß aber, daß jene Maßregeln nicht nur Kossuth's Plänen ein Hinderniß setzten, sondern auch die Prä-

*) Vergl. Seite 285.

rogative des Palatinus verletzten, auf Jellačić den Schein der Illoyalität zurückwarfen. Waren die Befehle des Banus Mittel der Selbsterhaltung, so bestimmte der gleiche Trieb auch die Haltung des Palatinus. Es war um sein Ansehen geschehen, wenn es ein untergebener Beamter — und untergeordnet war der Banus nicht allein nach der neuen ungarischen Verfassung, sondern auch nach altungarischem Staatsrechte — ungestraft wagen durfte, eine förmlich souveräne Macht auszuüben. Von diesem Standpunkte die Angelegenheit in Wien darzustellen, Jellačić nicht als den Gegner des ungarischen Ministeriums, sondern als den persönlichen Beleidiger des Erzherzog-Statthalters anzuklagen, wurde Batthyány der Auftrag gegeben. Batthyány's Mission (Anfangs Mai) hatte den besten Erfolg. Theils fühlte man in Wien gleichfalls die Nothwendigkeit, den Palatin zu stützen, theils hoffte man durch Nachgiebigkeit in einer streng ungarischen Sache Zugeständnisse in dem ungarisch-österreichischen Streite zu erlangen. Der Kaiser wies (Handschreiben v. 7. Mai) alle in Ungarn commandirenden Generale — unter ihnen auch Jellačić — zum Gehorsam gegen das ungarische Ministerium an und befahl dem österreichischen Kriegsminister, sich in allen wichtigen Angelegenheiten mit seinem ungarischen Collegen zu verständigen. An den Banus schrieb überdies der Kaiser, daß er „nie eine Lockerung des gesetzlichen Verbandes der ungarischen Kronländer durch eigenmächtige Verordnungen dulden werde," Jellačić daher „in allen Zweigen der Verwaltung" dem ungarischen Ministerium pünktlich Folge leisten müsse. In dem Handschreiben an den Palatinus wiederholte der Kaiser seinen Tadel über den „kroatischen Separatismus" und gab ihm die Vollmacht, nöthigenfalls außerordentliche Commissäre zur Unterdrückung desselben nach Kroatien zu senden. Das ungarische Ministerium säumte nicht, von der ungarnfreundlichen Stimmung am Hofe Nutzen zu ziehen. Der Banus wurde zum Widerrufe seiner Verordnungen aufgefordert, ihm ein Termin zur persönlichen Rechtfertigung in Ofen gesetzt und der commandirende General in Slawonien, Baron Hrabowsky, ein alter Theresienritter, zum königlichen Commissar ernannt. Noch ehe diese Befehle vollzogen waren, kamen neue, noch schlimmere Nachrichten aus dem Süden von der steigenden Aufregung unter der serbischen Bevölkerung, von der fortgesetzten Eigenmächtigkeit des Banus.

Er hatte den vom Palatin eingesetzten Comitatsvorständen andere entgegengestellt, seine Gewalt auch auf das ungarische Litorale ausgedehnt, alle Geldsendungen nach Pesth verboten. Das ungarische Ministerium glaubte durch erhöhte energische Strenge den rebellischen Geist bezwingen zu können. Hrabowsky wurde (14. Mai) beordert, alle von Jellačić getroffenen Anordnungen zu annulliren, diesen selbst von seiner Würde zu suspendiren, und ihm als Hochverräther den Proceß zu machen.

Ebensowenig als im April die Versuche, einzulenken, übte jetzt der

Anlauf, die Autorität zur vollen Geltung zu bringen, einen erheblichen Einfluß auf die kroatischen Zustände. Bestimmend wirkte allein auf der einen Seite die unausgesetzte serbische Agitation, auf der anderen Seite die schlimme Kunde, die man täglich aus Wien erhielt. Die illyrische Partei, vorläufig die stärkere, erblickte den Mittelpunkt der Bewegung in dem von Serben bewohnten Banate. Dort, glaubte sie, werde sich das Schicksal der Slawen entscheiden, um so rascher und günstiger entschei-den, je eifriger auch in Kroatien die serbischen Forderungen unterstützt wurden. Ein selbständiges Programm stellte sie daher für Kroatien nicht auf, noch weniger lag die Wiederherstellung des alten staatsrechtlichen Verhältnisses zu Ungarn in ihren Wünschen. Sie bekämpfte nicht die nationale Grundlage der neuen ungarischen Politik, sondern bestritt nur die Ausdehnung ihrer Giltigkeit auch auf slawisches Gebiet. Die illyrische Partei drückte schwer auf die Entschließungen des Banus. In unbewachten Augenblicken mochte auch seine Phantasie von dem Bilde eines südslawischen Reiches geblendet werden; im Ganzen lebte aber in Jellačić doch zu sehr der österreichische Soldatengeist, als daß er sich nicht mit großer Vorliebe einer rein dynastischen Politik zugeneigt hätte. Nur das Gebot harter Nothwendigkeit machte ihn fügsam und ließ ihn eine Zeit lang mit den Vertretern der südslawischen Idee Hand in Hand gehen. Die Ereignisse nahmen übrigens bald einen solchen Gang, daß Jellačić noch froh sein mußte, sich auf die illyrische Partei stützen zu können.

Die Herrschaft der Radicalen schien sich, nach den Nachrichten aus Wien, täglich mehr zu befestigen, die Gefahr für die Dynastie zu steigern. Ob der Zusammenhalt der Monarchie nicht eine Unterbrechung erfahren werde, erwogen sorglich die Freunde des Hofes. Es trat an die gutgesinnten Gouverneure der Provinzen die Pflicht heran, wenigstens einzelne Bestandtheile zu retten und für die Dynastie zu erhalten, wenn schon der Mittelpunkt des Reiches vorläufig dem Feinde überlassen werden mußte. In diesem Sinne hatte Graf Leo Thun in Prag gehandelt, in dem gleichen Sinne, aber mit besserem Erfolge, wirkte Jellačić in Agram. Daß er in seiner Stellung das Augenmerk mehr auf Pesth als auf Wien zu richten habe, hemmte nicht seinen Eifer. Nach seiner Ansicht, die sogar mancher Ungar theilte, herrschte derselbe Radicalismus, welcher in Wien den Kaiser bedrängte, auch in Pesth. Willkommen war ihm daher die illyrische Partei mit ihrem Hasse gegen die Deutschen und Magyaren. Ihr nationaler Gegner war sein politischer Feind, ein Sieg über den ersteren auch eine Niederlage des letzteren. Aehnlich wie Graf Leo Thun sich in der zweiten Maihälfte den Czechen näherte, eine provisorische Regierung für Böhmen einführen wollte und den Landtag schleunig einberief, ebenso glaubte Jellačić in der Verbindung mit Gaj und dessen zahlreichem Anhange eine Stütze der conservativen Interessen zu finden.

Er willigte in die Errichtung eines Banalrathes, welcher ihm zur Seite stehen, mit ihm die Verantwortlichkeit für alle wichtigeren Beschlüsse in den Augen der Nation theilen sollte; er gab dem Drängen der illyrischen Partei nach allgemeiner Volksbewaffnung wenigstens so weit nach, daß er die Conscription der waffenfähigen Mannschaft anordnete, und duldete feindselige Demonstrationen gegen die ungarische Regierung und die Person des Palatinus.

Als die Weisungen des letzteren, insbesondere die Ernennung des Generals Hrabowsky zum außerordentlichen Commissär in Agram bekannt wurde, gab es hier einen gewaltigen Tumult. Das Volk ließ sich nicht durch die Erklärung, die Palatinalbefehle seien ungiltig, beruhigen, sondern zündete auf öffentlichem Markte ein großes Feuer an, in welches die Pesther Zuschriften geworfen werden sollten. Auf Zureden des Banus gab es dieses Vorhaben auf, that aber, was noch schlimmer war; es zerriß und verbrannte unter lautem Jubel das Bildniß des Erzherzog Stephan. Diese Acte, sowie die eigenmächtige Berufung des Landtages auf den 19. Juni erregten nicht allein in Pesth, sondern auch in den Wiener Regierungskreisen arges Mißfallen. Der Gedanke, mit Hilfe der Sondergelüste einzelner Provinzen den Radicalismus der Hauptstadt zu bannen, erschien mit Recht bedenklich. Mit den particularen Bestrebungen ging eine unberechenbare nationale Bewegung Hand in Hand, welche dem Reiche und seinem unversehrten Bestande noch größere Gefahren bereiten konnte, als die gröbste demokratische Agitation. Der böhmische Gouverneur wurde bekanntlich zur Zurücknahme seiner Rettungspläne gezwungen, die gehoffte Billigung seiner Maßregeln durch den Hof in Innsbruck verweigert. Gleiches widerfuhr dem Banus. Wenn Jellačić, unbekümmert um den officiellen Tadel, trotzdem bei den einmal getroffenen Maßregeln beharrte, so hat dieses keineswegs seinen Grund in einem geheimen Einverständnisse mit dem Hofe und dem Wiener Ministerium*),

*) Der Glaube an ein geheimes Einverständniß des Banus mit der Hofpartei, ganz allgemein verbreitet und als sichere Thatsache festgehalten, stützt sich auf das angebliche Selbstbekenntniß des Banus, er habe keinen Schritt ohne die Zustimmung des Erzherzog Franz Carl unternommen. Dieses Bekenntniß aber lautet (Agramer Zeitung vom 27. Mai) folgender Maßen: „Uebrigens können wir mit der größten Sicherheit sagen, daß seit der Zeit, als der Banus als solcher fungirt, er nicht einen noch so kleinen Schritt gethan hat, von welchem er nicht Sr. Majestät unmittelbar oder Sr. k. Hoheit, dem Erzherzog Franz Carl, an Höchstwelchen er diesfalls angewiesen ist, die Anzeige gemacht hätte, und es ist bis nun keiner seiner Schritte mißbilligt worden, wodurch alle seine Handlungen als gebilligt und gerechtfertigt erscheinen.“ Man sieht, die positive Billigung ist nur ein Schluß des Banus, welchen er aus dem Schweigen des Erzherzogs folgert. Es ist aber nicht anzunehmen, daß er vielleicht aus Rücksicht für den Hof nur die halbe Wahrheit sagt. Den schlimmen Schein warf er auch durch jene Erklärung auf den Hof, nur daß diesem die Ehre der energischen Initiative verloren geht. Die Sache verhielt sich in Wahrheit so, daß Jellačić wie jeder andere

sondern in der vollkommenen Unmöglichkeit, den bereits eingeschlagenen Weg zurückzugehen. Hätte Jellačić sich geweigert, dem deutlich ausgesprochenen Volkswillen nachzugeben, so hätte ihn die illyrische Partei entfernt, die weiteren Schritte nichts desto weniger gethan. Er mußte bei längerer Zögerung fürchten, daß die benachbarten Serben ausschließlich die Leitung der Agitation übernehmen, dem Kampfe das reine Gepräge des Nationalkrieges ohne österreichische Färbung verleihen würden. Diese Erwägung bestimmte ihn zu raschem Vorangehen. Er kürzte die Frist bis zur Einberufung des Landtages um vierzehn Tage und setzte den Beginn desselben schon auf den 5. Juni fest. Er gewann auf diese Weise den noch nicht vollständig organisirten Serben einen Vorsprung ab und rettete die Wahlordnung, welche von kroatischen Vertrauensmännern für die Zeitverhältnisse überraschend conservativ entworfen worden war. Den in Kroatien oder Slawonien ansässigen Magnaten, den Bischöfen und höheren Beamten blieb das Stimmrecht zugesichert, die Wahlfähigkeit auf die Bekenner der griechischen und römischen Kirche eingeschränkt. Die Instructionen der Abgeordneten wurden aufgehoben, dagegen von denselben Kenntniß des Lesens und Schreibens verlangt. In zwei Punkten allein errang die illyrische Partei einen Sieg. Auch die Militärgrenze, die Stabsorte und Communitäten sollten den Agramer Landtag beschicken, in demselben Deputirte aus anderen slawischen Provinzen, z. B. Böhmen, Krain, Nordungarn, gleichfalls einen Sitz — doch vorläufig ohne Stimme — erhalten.

Am 5. Juni trat der Landtag*) zusammen, um der Installation des Banus beizuwohnen und den Eid desselben auf die Verfassung zu empfangen. Außer den Abgeordneten war noch eine so große Menschenmenge herbeigeströmt, — unter anderen 70 serbische Deputirte mit dem Patriarchen an der Spitze aus Karlowitz, — daß der Landtagssaal im Theatergebäude nicht alle fassen konnte. Es wurde daher die Installation auf offenem Platze vorgenommen, die erste Sitzung des Landtages in eine Volksversammlung verwandelt. Der geschulte Politiker Westeuropa's mag die Begrüßungsrede des Banus mit überflüssigem Wortprunke ausgestat-

---

Gouverneur von der Noth der Dynastie unterrichtet war; welche Mittel er zu ihrer Rettung ergreifen wolle, überließ man seiner Verantwortung. Die südslawische Bewegung wurde im Mai und Juni nicht anders als die czechische oder deutsche Agitation aufgefaßt: man mißtraute ihr und fürchtete den politischen Separatismus als Folge. Man fürchtete in Wien auch die Magyaren, setzte aber noch in den genannten beiden Monaten auf die ungarische Regierung große Hoffnungen, erwartete mit Zuversicht ihre Nachgiebigkeit in der Armeefrage. Erst als diese Hoffnung scheiterte, als Jellačić seine militärische Natur offener darlegte, und als die Kriegsereignisse in Italien sich günstiger für die Dynastie gestalteten, kam die entscheidende Wendung, welche überhaupt mehr in militärischen als in höfischen Kreisen spielt.

*) Vergl. das officielle Protocoll der Landtagsverhandlungen und Pejaković, Actenstücke zur Geschichte des kroatisch-slawonischen Landtages 1848. Wien, 1861.

tet finden, an der Grenze des Orients gesprochen zündete sie die Zuhörer und weckte eine mächtige Begeisterung. „Dem Volke ist ein Banus aus dem Volke gegeben. Da bin ich nun, theueres Volk, mit Leib und Seele Dein Ban, Dein glücklicher Ban. Denn mir ist die Seligkeit geworden, der Erste zu sein, der Euch Volksvertretern das Wort: Freiheit verkündigen kann. Ihr seid nicht die Abgesandten privilegirter Stände; nein, Ihr seid freie Männer und freie Vertreter eines freien und ruhmvollen Volkes. Der Freiheitsruf brachte auch Euch, Vertreter unserer heldenmüthigen Grenze, hieher. Vorüber sind die Zeiten, wo Ihr allein mit Euerem mächtigen Arme uns schützen mußtet; jetzt sind auch wir Vertheidiger des Vaterlandes. Droht Gefahr, so wird das ganze Volk ein unbesiegbarer Held sein, in den holden Friedenszeiten aber wollen wir uns durch den Genuß der gleichen Landesrechte unser Leben versüßen. Auf der Grundlage der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit werden und müssen die Verhältnisse zwischen Regierung und Volk, zwischen Staat und Staat, zwischen Volk und Volk geregelt werden. Auf dieses Fundament wollen wir auch unsere Verhältnisse zu Ungarn gründen. Der achthundertjährige brüderliche Nachbarverband rathet zu einer freundschaftlichen Beilegung des herrschenden Zwistes. Sollten aber die Magyaren gegen uns und unsere Stammverwandten in Ungarn als Unterdrücker auftreten, so mögen sie wissen, daß noch immer des tapferen Banus Johann Erdödy Spruch gilt: regnum regno non praescribet leges, daß wir mit den Waffen in der Hand beweisen werden, die Zeit sei längst verstrichen, wo ein Volk über das andere herrschte." Die große Masse der Zuhörer entzückte schon der Ton der Rede, die einsichtsvolleren waren auch von ihrem Inhalte befriedigt. Sie enthielt alle wichtigeren Punkte des nationalen Programms und wiederholte die Hauptgedanken der illyrischen Partei, welcher überdies durch die symbolische Vereinigung der griechischen und römisch-katholischen Confession gehuldigt wurde. Nicht der Agramer Bischof Haulik, wie es die Ernennungsurkunde des Banus v. 23. März vorschrieb, sondern der serbische Patriarch vollzog die kirchliche Installation, in altslawischer Sprache sang der römisch-katholische Bischof von Zengh das Tedeum.

Der laute Jubel, die vollkommene Eintracht, welche am ersten Tage herrschte, versprach ein gedeihliches Wirken, rasche Erfolge des Landtages. Aber schon die nächste Sitzung ließ diese Erwartung beträchtlich sinken. Die illyrische Partei sah ihren Triumph durch das Ausbleiben der dalmatinischen Abgeordneten verkümmert. Wohl kamen Serben aus dem türkischen Gebiete, sogenannte Serbianer, um den Landtag zu begrüßen, und saß auf einem Ehrenstuhle der Ablegat der czechischen Nation, ein Prager Student; wohl pries der Abgeordnete eines slowenischen Clubs aus Steiermark den Zusammentritt des Landtages als eine Epoche in der Geschichte der Slawen, und brachte Hurban aus der Slowakei die Klagen

seiner Landsleute vor den Richterstuhl des Landtages: „Der türkische Unterthan hat kein schlimmeres Loos als die Slowaken unter magyarischer Herrschaft; jene haben doch hinreichende Nahrung, während von den Slowaken an 40000 allein in den letzten zwei Jahren durch Hunger zu Grunde gingen." Das schmeichelte der kroatischen Eitelkeit, brachte aber keine greifbaren Vortheile. Welche Hoffnung konnte man für die Herstellung des südslawischen Reiches schöpfen, wenn selbst das historisch berechtigte dreieinige Königreich ein bloßer Name, ein Lufthauch blieb? Hätte äußere Gewalt die Dalmatiner vom Erscheinen abgehalten, hätten Parteiumtriebe die Wahlen für den Landtag gestört, so hätte es wenigstens an Trost für die Zukunft nicht gemangelt. Die Dalmatiner wollten aber nicht kommen, sie erklärten, von dem Streite zwischen Kroatien und Ungarn nichts zu verstehen, serbische Interessen nicht zu kennen, und zogen es vor, wenn schon einmal eine Deputation außer Landes geschickt werden müsse, sich unmittelbar in Wien vertreten zu lassen. An diesem Entschlusse änderten die rührendsten Klagen des Agramer Landtages, die kräftigsten Repräsentationen nichts. Dalmatien endlich war nicht durch das ungarische Ministerium, sondern durch die Wiener Regierung dem dreieinigen Königreiche entfremdet worden, durch dieselbe Regierung, in deren Interesse der Banus zu den Waffen greifen wollte. Eine noch schlimmere Kunde kam aus Slawonien. Die Stände des Veröczer Comitates beschlossen, an dem ungarischen Reichstage sich zu betheiligen, also dem Nationalfeinde sich anzuschließen. Ebensowenig wollte die Stadt Fiume die kroatische Herrschaft über das Litorale anerkennen. Konnte aber ein solcher Abfall von der guten Sache Staunen erregen, da selbst zwischen Serben und Kroaten eine so geringe Einigkeit herrschte, verwerfliche Eifersucht jeden Schritt der „Brüder" belauschte, Neid jeden Erfolg mißgönnte?

Als Gaj in der zweiten Sitzung (6. Juni) die Verdienste der Serben um die slawische Freiheit, die große Bedeutung der Karlowitzer Nationalversammlung und den Muth des Odbor mit hellen Farben schilderte, meinten Viele, er thue den Kroaten Unrecht, und murrten. Der Banus unterbrach ihn: Gaj möge doch nicht die Serben besonders hervorheben, es gebe keinen Unterschied zwischen Serben und Kroaten, beide bildeten vielmehr nur eine Nation. Trotzdem, daß der Banus noch öfter zu dieser Zauberformel seine Zuflucht nahm, durch süße Worte, durch Umarmung des Patriarchen den Zwist auszugleichen bemüht war, brach doch Neid und Mißgunst, der schroffe Gegensatz der katholisch-kroatischen und der griechisch-serbischen Partei, immer wieder hervor. „Wozu", fragte der Bischof Ozegović, „bedarf es eines serbischen Woywoden, nachdem wir doch nicht gegen die Türken, wie in alten Zeiten, zu Felde ziehen, und im Banus bereits den Generalcapitän der Königreiche besitzen?" Auch die Ansprüche der Serben auf Syrmien wollten Viele nicht gelten lassen, das Gebiet der Wojwodina vielmehr auf jene Landstrecken ein=

schränken, welche die Serben mit den Waffen in der Hand den Magyaren entreißen würden. Nur mit Mühe gelang es dem Einflusse Gaj's, welcher eindringlich die Gefahren einer einseitigen und beschränkten „lateinischen" Politik darstellte und zum Festhalten an den Grundsätzen slawischer Einheit aufforderte, den Landtag zur Anerkennung der serbischen Ansprüche zu bestimmen. Der Landtag nahm das angetragene Bündniß der neuen Wojwodschaft mit dem dreieinigen Königreiche an, beschloß, die Forderungen der Serben sich anzueignen und durch eine gemeinsame Deputation dem Kaiser zu überreichen. Dagegen verbreitete sich im kroatischen Lande, von den Pfarrern in Kanzelreden genährt und von dem Bischofe Haulik — der sich von dem Landtage ferne gehalten hatte — aufgemuntert, das Gerücht, es sei auf den Sturz des Katholicismus abgesehen und der Triumph der griechischen Kirche in allen südslawischen Ländern im Werke.

Alle Pläne der künftigen Landesordnung blieben lustige Phantasiebilder, so lange über das Verhältniß Kroatiens zu Ungarn und zur österreichischen Monarchie nichts festgestellt war. Die Verhandlungen über diese Gegenstände, langwierig nicht allein durch das Beharren an dem Geschäftsgange der altungarischen Reichstage, sondern auch durch die Natur der Sache, begannen am 9. Juni. In Circularsitzungen hatte man die einzelnen Anträge vorläufig berathen, die Vorschläge an den Kaiser vorbereitet; doch blieb auch noch für die öffentlichen Sitzungen viel Stoff zu leidenschaftlichem Streite übrig. Rasch einigte man sich über den ersten Punkt: Alle bisher vom Pesther Ministerium erlassenen Verordnungen werden für ungiltig erklärt, die ungarische Regierung wird überhaupt als Landesbehörde nicht anerkannt. Aber schon über die Bildung des verantwortlichen Provinzialrathes, welcher die Administration des Königreiches leiten sollte, gingen die Meinungen auseinander. Die illyrische Partei wollte die Mitglieder desselben vom Volke wählen lassen, und sprach dem Kaiser nur das Bestätigungsrecht zu; die Gegner dagegen bestritten das Wahlprincip. Der Banus wird Candidaten vorschlagen, der Monarch nach freiem Ermessen sie ernennen. Die letzteren behielten den Sieg, gaben dafür großmüthig nach, als die illyrische Partei das Project einer engeren Verbindung Niedersteiermarks, Krains, Kärnthens, Istriens und Görz mit dem dreieinigen Königreiche und der serbischen Wojwodschaft vorbrachte. Gewann dieser Gedanke einer südslawischen Provinz, die sich von der siebenbürgischen Grenze bis an die Alpen und das adriatische Meer ausdehnte, Körper, so war es wahrlich nicht der Mühe werth, dem Anschlusse an die österreichische Centralregierung, der Integrität der Monarchie eifrig das Wort zu reden. In der That offenbarte auch der Landtag trotz alles Magyarenhasses eine überraschend geringe Begeisterung für den österreichischen Einheitsstaat. Ob man sich mit Oesterreich enger verbinden solle oder nicht, wurde ausschließlich von dem politischen Vortheile abhängig gemacht, ein unbedingter Anschluß

entschieden verworfen. Das Landtagsoperat dachte sich das Verhältniß der südslawischen Provinzen zu Oesterreich in folgender Weise: „Das verantwortliche Centralministerium in Wien umfaßt die Portefeuilles des Krieges, der Finanzen und der äußeren Angelegenheiten. Demselben wird ein kroatischer, dem Agramer Landtage verantwortlicher Minister beigesellt, welcher die gleiche Stellung, wie die früheren ungarischen Hofkanzler einnimmt und provisorisch Baron Kulmer als Vertreter der südslawischen Völker beim kaiserlichen Hoflager beglaubigt."

Da diese Vorschläge in die Organisation des österreichischen Staates tief eingriffen, die Verfassung Oesterreichs überhaupt berührten, so beschloß der Landtag, durch vier Abgeordnete den Wiener Reichstag zu beschicken. Doch gleich tauchte auch das Mißtrauen auf, ob nicht die Deutschen dieses Zugeständniß selbstsüchtig ausbeuten würden. „Sollen unsere Abgesandten in Wien deutsch reden, von einer Minorität sich Gesetze vorschreiben lassen?" Die Zuversicht, daß, wenn nicht schon in diesem, doch gewiß im nächsten Reichstage eine slawische Sprache als Parlamentssprache werde angenommen werden, ließ den Landtag dieses Bedenken endlich übersehen. Desto fester beharrte er bei der Forderung, daß die Deputirten keine Verpflichtung in Bezug auf die österreichische Staatsschuld übernehmen und im Falle ihre Anträge in Wien zurückgewiesen würden, dann wieder das Bündniß mit Ungarn gesucht werden solle. Die Gewohnheit des politischen Zusammenlebens mit Ungarn hatte noch nicht jeden Reiz verloren. Einzelne Mitglieder des Landtages besaßen den Muth, inmitten der aufgeregten Versammlung vor einem übereilten Beschlusse zu warnen: Man möge nicht wegen des augenblicklichen Uebergewichtes der Radicalen in Pesth ein achthundertjähriges Bündniß leichtsinnig brechen, nicht ein altes Verhältniß aufgeben, ehe ein neues noch festgeknüpft sei. Auch die leidenschaftlichsten Gegner der Magyaren, auch die Führer der illyrischen Partei, wollten sich den Rücken sichern. „Was werden wir", fragte Kukuljević, „in dem Falle thun, wenn unsere Bedingungen in Wien nicht angenommen werden, weil man die Suprematie der Slawen fürchtet? Wir sind leider zu schwach, um uns unabhängig erklären zu können, und müssen daher einen Mittelweg einschlagen, den Oesterreichern offen sagen: Wollt ihr uns nicht in eueren Bund aufnehmen, so werden wir gezwungen sein, uns wieder mit Ungarn zu vereinigen. Wir haben in alten Zeiten unser Geld gemünzt, unsere Könige gekrönt und unsere eigenen Heere gestellt und sind dennoch im innigsten Bunde mit Ungarn geblieben. Warum könnte dieses nicht auch heute stattfinden?" Die Besorgniß, die Wiener Mission werde von keinem Erfolge begleitet sein, war vollkommen begründet. Siebenzehn Tage weilten die vier Abgeordneten in Wien. Wie ihr Führer L. Vukotinović in seinem Rechenschaftsberichte später erzählte, wurden sie von dem Erzherzoge Johann leutselig empfangen, aber nur mit schönen Worten

gespeist. Die Besprechungen mit dem Ministerium führten ebensowenig zum Ziele. Dieser, ohne Plan und festes Ziel, hatte nur ein Streben, die augenblicklichen Verlegenheiten und Gefahren zu beseitigen. Es lebte von heute auf morgen, und war schon zufrieden, wenn es den einzelnen Tag glücklich zu Ende brachte. Auch auf den Reichstag, fanden die Deputirten, sei bei seiner Furcht vor dem Panslawismus kein Verlaß, sein Recht überdies, sich mit den kroatischen Angelegenheiten zu beschäftigen, in hohem Grade zweifelhaft. „Man muß," schloß der Rechenschaftsbericht, „geduldig die Zeit abwarten, bis es sich entscheidet, ob Oesterreich von einem centralistischen Ministerium geleitet, oder jede Nation von ihrer selbständigen Regierung geführt werden wird; jedenfalls ist es besser: Kein Oesterreich, als Wiederherstellung des alten, wo der Slawe nichts galt."

Der Landtag und das südslawische Volk kam nicht in die Lage, sich nach dem Rathe seiner Wiener Deputirten zu richten. Lange ehe dieselben nach ihrer Heimat zurückgekehrt waren, hatten die Ereignisse über das Schicksal des Landes entschieden. Alle bisher gepflogenen Verhandlungen bezogen sich auf künftige Dinge. Was unmittelbar Noth that, war die Verständigung mit dem Könige, welcher seit den Märztagen nur durch den Mund des Palatins, nur im Sinne des ungarischen Ministeriums mit den Kroaten gesprochen hatte, dessen Bekehrung zu richtigen Anschauungen ersehnt wurde, nicht allein um eine wirksame Waffe gegen die Magyaren zu gewinnen, sondern auch, um den wankenden Muth im eigenen Volke zu befestigen. Ueber den Inhalt der Repräsentation an den König herrschte vollkommene Einigkeit; nur ob dieselbe in slawischer oder deutscher Sprache überreicht werden solle, darüber brach ein heftiger Streit aus. Viele hielten durch den Gebrauch der deutschen Sprache die nationale Ehre beleidigt. „König Otto von Griechenland verstand bei seiner Thronbesteigung auch kein Griechisch und doch hat ihm die Nationalversammlung niemals eine deutsche Adresse gesandt." Jedenfalls müsse die kroatische Schrift als das Original gelten, dieses allein dürfe hier vorgelesen werden. Abermals waren es Glieder der illyrischen Partei, welche den Sturm beschwichtigten und aus Gründen der Klugheit, „damit uns nicht Intriganten des Separatismus beschuldigen," Nachgiebigkeit empfahlen.

Am 13. Juni verließ die Landtagsdeputation, mit ihr gleichzeitig die serbische Gesandtschaft, vom Patriarchen geführt, Agram, um am Hoflager in Innsbruck die Sache der Südslawen zu vertreten. Der Banus nahm den gleichen Weg. Ihn vor Allen drängte es, endlich einen sicheren Boden zu gewinnen und die Last der Verantwortung zu verringern. Was er bis jetzt gewagt und gethan, mochte vielleicht im Interesse der Dynastie sein, ob aber auch die Handlungen, zu welchen ihn der Landtag aufforderte, die Billigung des Hofes erfahren würden, wußte er nicht

zu sagen. Theils die natürliche Ungeduld der Abgeordneten, die Früchte ihres Eifers zu ernten, theils der Druck der Ereignisse im benachbarten Banate drohten den Landtag auf eine abschüssige Bahn zu bringen. Die Einen verlangten augenblickliche Herabsetzung des Salzpreises, also den Wegfall eines ausgiebigen Einnahmepostens, die Anderen wollten die einheimischen Regimenter aus Italien zurückgerufen wissen, also die Armee, die Hauptstütze der Dynastie, schwächen, noch Andere endlich träumten von einem unmittelbaren Angriffe auf die Magyaren. In der letzten Sitzung vor der Abreise des Banus erhob sich ein Grenzsoldat, welchen seine Commune als Deputirten in den Landtag gesandt hatte, und sprach in unbewußter Nachbildung eines antiken Helden folgende Worte: „Meine Freunde und Nachbarn haben mich aufgefordert, ihnen zu sagen, wie die Sache stehe. Ich habe ihnen geantwortet: sie sollen Kugeln gießen, Flinten putzen, die Tornister schnüren, die Klingen schärfen, damit sie bereit sind, wenn sie die Stimme des Banus ruft. Und sie haben mir heute zurückgemeldet: Die Kugeln sind gegossen, die Flinten geputzt, die Tornister geschnürt, die Klingen geschliffen; wohin ruft uns die Stimme des Banus?" Eine unmittelbare blutige Entscheidung lag nicht in den Wünschen des Banus, ebensowenig im Interesse der Dynastie eine noch größere Aufregung der Grenzer, unter welchen ohnehin ein revolutionärer Geist gährte und Wünsche nach Verbesserung ihrer socialen Verhältnisse, nach Aufhebung der militärischen Zwangsherrschaft laut wurden. Auch in den Beziehungen des Banus zum ungarischen Ministerium war eine schlimme Wendung eingetreten.

Das Ministerium hatte sich eifrig bemüht, die Wiener Maiereignisse im ungarischen Interesse auszubeuten. Auf die erste Nachricht von der Flucht des Kaisers beschloß es, demselben ein Asyl in Ofen anzubieten, und da schon die Reise nach Innsbruck entschieden war, so befahl es dem Minister des Aeußeren, Fürsten Esterhazy, sich gleichfalls nach dem neuen Hoflager zu begeben.*) Auch säumte es nicht, den Reichstag einzuberufen. Die Eröffnung desselben wurde auf den 2. Juli angesetzt. Alle diese Maßregeln hatten eine dynastisch-freundliche Färbung. Kein Wunder, daß der Innsbrucker Hof sich den ungarischen Anschauungen näherte, und die Pläne des Ministeriums zu unterstützen versprach. Wohl standen die letzteren mit den centralistischen Neigungen der Hof- und Militärpartei im Widerspruche; seitdem aber im Centrum des Reiches selbst ein schnöder Abfall von allen Einheitsgedanken herrschte, in Wien Oesterreichs Farben und Oesterreichs Namen verpönt waren, verhielt man sich in Innsbruck weniger spröde gegen die Provinzen. Den schlechten Wiener Geist

*) Kossuth's Name fehlt unter dieser vom 19. Mai datirten Proclamation der ungarischen Regierung, wie er denn überhaupt erst im Sommer im Cabinete in den Vordergrund tritt.

zu bannen, dem argbedrängten Heere in Italien Verstärkungen zu verschaffen, das waren augenblicklich die leitenden Gedanken am Hoflager. In der einen wie in der anderen Hinsicht konnte man sich von den Ungarn der Hilfe versehen. Man wußte, wie geringschätzend die Ungarn von der Wiener Bevölkerung dachten, wie herbe der „Pesti Hirlap" über die Mairevolution urtheilte. Ein Ministerium, welches der Aula gehorcht und durch Katzenmusiken seine Politik bestimmen läßt, kann doch nicht von der ritterlichen Nation der Ungarn anerkannt werden. Auf diese Weise wurde die Zögerung des Ministeriums, mit dem Wiener Cabinete in Bezug auf die Armee und die Finanzen ein Abkommen zu treffen, entschuldigt. Würde der König selbst zur Nation sprechen, ihren Schutz anrufen, so würde das Schauspiel, welches die enthusiastischen Ungarn vor hundert Jahren dem erstaunten Europa darboten, sich gewiß wiederholen. Wer diese Versicherung ertheilte, läßt sich nicht genau ermitteln, gewiß ist, daß man einen Augenblick in Innsbruck 40000 Ungarn gegen Wien im Anmarsche erblickte, um die widerspenstige Stadt zur Botmäßigkeit zu bringen, während andere 40000 Mann zum Heere Radetzky's stießen, um auch hier für die Integrität des Reiches zu kämpfen. Batthyány eilte nach Innsbruck. Er brachte nicht die Bestätigung dieser Gerüchte, verlangte vielmehr neue Zugeständnisse. Die Berufung des Reichstages sollte genehmigt, die Gegenwart des Kaisers bei seiner Eröffnung zugesichert, die Vollmacht des Erzherzog Stephan auch auf Siebenbürgen ausgedehnt, allen von der ungarischen Regierung getroffenen Maßregeln die nachträgliche Billigung ertheilt werden. Dafür gab er im Namen des Ministeriums das Versprechen, daß dasselbe im Reichstage die Bewilligung von Geld und Truppen zur Fortführung des italienischen Krieges antragen und durchsetzen werde. Unter diesen Umständen erschienen die Südslawen und ihr Führer Jellačić als Störenfried, welche allein durch fortgesetzte Agitationen die Ungarn hinderten, ihre Loyalität thatkräftig zu erweisen, und hielt es nicht schwer, den Hof zu einem entschiedenen Schritte zu bewegen. Ein kaiserliches Handschreiben vom 29. Mai forderte den Banus auf, den eigenmächtig einberufenen Agramer Landtag sogleich aufzulösen und 24 Stunden nach Empfang des Handschreibens sich in Innsbruck einzufinden. Und als der Banus, dessen Willensfreiheit durch die illyrische Partei in hohem Maße eingeschränkt war, dem Befehle nicht Folge leistete, erzwang Batthyány die verhängnißvollen Manifeste vom 10. Juni.

Es wurden durch dieselben zunächst die Bittsteller aus Siebenbürgen, Sachsen und Romanen, zurückgewiesen. Sie waren gekommen, um gegen die Union zu protestiren, und erfuhren nun aus kaiserlichem Munde, daß durch die Union alle ihre Wünsche erfüllt, ihre Nationalität nicht gefährdet, sondern befestigt werde, daß sie fortan ausschließlich im ungarischen Reichstage ihre Vertretung suchen müßten. Der österreichische Kriegsminister empfing neuerdings den Auftrag, die Grenzen seiner eigenen und

des ungarischen Kriegsministers Wirksamkeit wohl zu beachten. „Ich weise Sie an, die nöthigen Verfügungen zu treffen, damit alle im Interesse der Ihnen untergeordneten Truppen in Ungarn und den Nebenländern, dann in der Militärgrenze und in Siebenbürgen erforderlichen Maßregeln durch meinen ungarischen Kriegsminister veranlaßt und nur von ihm die weiteren Befehle an die betreffenden Generalcommandos erlassen werden." Und damit nicht etwa militärische Eifersucht den Gehorsam hindere, verlieh er dem ungarischen Kriegsminister, dem Husarenobersten Meßaros, ähnlich wie dem Banus, den Generalsrang. An dieser mittelbaren Abfertigung der kroatisch-serbischen Ansprüche war es nicht genug; auch zu einer unmittelbaren Verurtheilung des Banus entschlossen sich die Innsbrucker Rathgeber des Kaisers, um sich die versprochenen Gegenleistungen der Ungarn gewiß zu sichern. Der ungarische Kriegsminister wurde aufgefordert, Dalmatien gegen den gefürchteten Angriff italienischer Freischaaren zu schützen und die dort befindliche Truppenzahl zu verstärken. Es galt also diese Provinz, welche die Kroaten als einen Bestandtheil des dreieinigen Königreiches ansahen, als ungarisches Territorium, wobei man denn allerdings übersah, daß durch die Berufung dalmatinischer Abgeordneter in den Wiener Reichstag dasselbe Gebiet gleichzeitig auch der ungarischen Krone abgesprochen und zu den österreichischen Erbländern gezählt wurde. Halbironisch fügte das kaiserliche Handschreiben an Meßaros hinzu, der Letztere möge „den Banus aufklären, daß die Aufstellung einer Observationslinie längs der Drave — gegen Ungarn — überflüssig sei, Kroatien von dieser Seite durchaus keine Gefahr drohe." Die Bewohner der Militärgrenze bedeutete der Kaiser, daß sie in allen Dingen den Befehlen des Palatinus, seiner Minister und seines Commissärs Hrabowsky zu gehorchen hätten; am schärfsten jedoch sprach sich die Entrüstung des beleidigten Monarchen in dem berühmten Manifeste an die Kroaten und Slawonier aus. Daß eine ungarische Hand die Feder dabei führte, bezeugt nicht allein sein Inhalt, sondern auch die Sprache, welche alle österreichischen Kanzleitraditionen geradezu verhöhnte und den Kaiser die Rolle eines leidenschaftlichen Anklägers spielen ließ. Mit heftigen Vorwürfen wird das kroatische Volk überschüttet. Allein unter allen Nationen Oesterreichs haben die Südslawen die Erwartungen des Kaisers getäuscht, die ihnen verliehene Freiheit schlecht angewendet, mit der Gnade des Monarchen Mißbrauch getrieben. Falschen Gerüchten haben sie Glauben geschenkt, Lügnern gehuldigt, welche „die Fahne der fanatischen Verdächtigung aufpflanzten, und die Ungarn böswillig als Feinde der Slawen verkündeten und durch alle erdenklichen Mittel zwei Nationen, welche achthundert Jahre innig verbunden waren, zu entzweien suchten." „Unseren Schmerz über dieses Treiben vermehrte die Besorgniß, ob nicht etwa zum Führer dieser verbrecherischen Agitation sich derjenige Mann hergegeben habe, den Wir,

mit Beweisen unserer königlichen Gnade überhäufend, zum Hüter der Ordnung und der Gesetze bestimmten, ob nicht gerade er, von Parteisucht getrieben, die Leidenschaften noch mehr entflammte und uneingedenk seines Unterthaneneides sich gegen die Integrität Unserer heiligen Krone Eingriffe erlaubte." Der Banus war durch diese Worte deutlich genug bezeichnet. Um aber keinen Zweifel zu lassen, daß er allein als der Schuldige gelte, ging das Manifest, nachdem es den Kaiser pathetisch einen „Eid bei dem lebendigen Gotte schwören ließ, die Integrität der ungarischen Krone und die Constitution zu wahren und zu befolgen", zu einer persönlichen Anklage des Banus über. „Der Banus und seine Genossen haben sich gegen das Gesetz aufgelehnt; der Banus war nicht allein selbst ungehorsam, sondern forderte auch Andere zu gleichem Ungehorsam auf, zwang das Volk durch Gewaltmittel zu feindseligen Schritten gegen die ungarische Krone." Daß jedem Anklagepunkte das Wörtchen: „Soll" beigefügt wurde, nahm von der Wucht der Vorwürfe nur Geringes weg, zumal das Volk Kroatiens und Slawoniens förmlich aufgefordert wurde, Zeugenschaft gegen den rebellischen Banus abzulegen. Das Manifest schloß mit der Warnung an die Südslawen, „keinen Glauben zu schenken bethörenden Einflüsterungen, mit welchen man das Volk zur Erreichung widerrechtlicher Zwecke mißbrauchen und das Vaterland der Knechtschaft und unendlichem Elende preisgeben will," und verkündigte dem Banus, daß er bis zu seiner Rechtfertigung sowohl von seiner Banalwürde wie von allen militärischen Aemtern suspendirt sei.

Mit diesen Errungenschaften eilte Batthyány siegesfreudig nach Pesth. Am 14. Juni langte er hier an; am 16. brachten die officiellen ungarischen Blätter der überraschten profanen Welt die Kunde von den Innsbrucker Manifesten. An demselben Tage trafen Jellačić und die beiden südslawischen Deputationen in der tiroler Hauptstadt ein. Sie trugen das Haupt nicht hoch. Bewiesen nicht die neuesten Nachrichten aus Prag, der blutige Ausgang des Slawencongresses, welchen die Freunde des Banus angeregt, Kroaten und Serben besucht, der Agramer Landtag förmlich anerkannt hatte, die Wahrheit der ungarischen Anschuldigungen? Jellačić und die Abgeordneten bemühten sich zwar auf das Eifrigste, jeden Zusammenhang ihrer Forderungen mit der panslawistischen Agitation abzuleugnen, ihre Unschuld an den Prager Ereignissen zu behaupten. Sowohl in seinen privaten Aeußerungen, wie in seiner öffentlichen Proclamation an die Tiroler beharrte Jellačić bei der Versicherung seiner unverbrüchlichen österreichischen Loyalität. Er hob hervor, daß wenigstens einzelne der kroatischen Desiderien, wie z. B. die unmittelbare Unterordnung der Armee und der Finanzen, den dynastischen Interessen besser entsprächen, als die magyarischen Anmaßungen. Alles, was er vorläufig erreichte, war nur der Wiederbeginn der Verhandlungen mit dem bereits Gerichteten, keineswegs, wie er gehofft hatte, die unbedingte Anerkennung

seines Wirkens; und auch jene Gunst verdankte er nur dem Umstande, daß nach Batthyány's Abreise Fürst Esterhazy und der conservative Zsedenyi die ungarische Regierung am Innsbrucker Hofe vertraten, Männer, welche in ihren politischen Anschauungen Jellačić näher standen, als Kossuth, und eine friedliche Beilegung des Streites schon aus dem Grunde wünschten, weil ein nationaler Kampf nothwendig Kossuth's und der radicalen Partei Macht verstärken mußte. Sie empfahlen die Vermittelung des Erzherzogs Johann. Bereits in Innsbruck begann er sein Mittleramt zu üben. Auf seinen Wunsch stand Esterhazy von dem Verlangen ab, bei jeder Audienz des Banus gegenwärtig zu sein. Die Zusammenkunft des letzteren mit dem Erzherzoge Franz Carl (17. Juni) fand ohne Zeugen statt, dagegen erreichte der ungarische Minister das Zugeständniß, daß er bei der officiellen Audienz, welche der Kaiser dem Banus (19. Juni) ertheilte, intervenirte, und daß die beiden Deputationen nur als Privatpersonen ohne amtlichen Charakter empfangen würden. Die Antworten des Kaisers auf die verschiedenen Anreden waren natürlich ganz allgemein und vorsichtig abgefaßt, alle Forderungen sollten zurückgelegt werden, bis Erzherzog Johann den Schiedsspruch gethan. Doch klang im Ganzen in denselben die ungarische Anschauung wieder. Insbesondere konnten die Ungarn mit dem Bescheide zufrieden sein, welchen der Erzbischof Rajačić und die serbischen Deputirten erhielten, als sie um die Bestätigung der Karlowitzer Resolutionen baten. „Ich kann die Beschlüsse eines ungesetzlichen Convents, welche von einigen griechisch nicht-unirten Unterthanen unter einem Zusammenfluß von Fremdlingen aus Serbien gefaßt wurden, nicht bestätigen. — Ich bin bereit, alle loyalen, auf gesetzlichem Wege unterbreiteten Wünsche meiner griechisch nicht-unirten Unterthanen zu erfüllen, aber nur der ungarische Landtag, das ungarische Ministerium und euer gesetzmäßiger (d. h. kirchlicher) Nationalcongreß sind die Organe, durch welche ihr Mir euren Wunsch kundzugeben habt." Nicht einmal den Namen: Serben gönnte ihnen die kaiserliche Antwort; nur durch das religiöse Bekenntniß, nicht durch die Nationalität erkannte diese sie verschieden von den anderen Reichsbewohnern und raubte daher allen ihren politischen Forderungen die rechtliche Grundlage. Noch in Innsbruck begannen auch Besprechungen zwischen Esterhazy und Jellačić, ohne aber zu einem Resultate zu führen. Der Banus durfte mit Recht verlangen, daß zuerst die gegen ihn am 10. Juni geschleuderte Bannbulle zurückgenommen würde, da seine Aburtheilung mit dem gegenwärtigen Versuche, sich mit ihm in friedlicher Weise abzufinden, in grellem Widerspruche stand. Esterhazy war auch bereit, auf diesen Wunsch einzugehen. Er sandte einen Eilboten nach Pesth mit der Bitte, die Manifeste vom 10. Juni zurückzuhalten. Als derselbe aber in Pesth ankam, waren dieselben schon das Eigenthum der Zeitungen geworden. Ob Batthyány den in Innsbruck empfangenen Instructionen mit Bewußtsein untreu wurde, als er

die eilige Veröffentlichung der Manifeste zuließ, oder blos geheime Wünsche nicht errieth, ist nicht sichergestellt, gewiß ist nur, daß seine Hast ihm in Hofkreisen zahlreiche Feinde erwarb und das Vermittelungsgeschäft dadurch geradezu vereitelt wurde. In Innsbruck wenigstens rückte dasselbe auch nicht den geringsten Schritt vorwärts. Der ungarische Minister wußte nicht, auf welcher Grundlage er mit dem Banus verhandeln solle; der letztere war gleichfalls noch an die Beschlüsse des Agramer Landtages, welche er überbracht hatte, gebunden, und mußte erst seine Landsleute vorbereiten, wie weit ihre Nachgiebigkeit wohl gehen würde, prüfen; der Vermittler endlich, Erzherzog Johann, war augenblicklich mit so vielen anderen Sorgen beladen, so ausschließlich mit den Gedanken an sein Doppelamt eines kaiserlichen Stellvertreters in Wien und Reichsverwesers in Frankfurt beschäftigt, daß er weder die Zeit noch das Interesse, den kroatisch-magyarischen Streit zu schlichten, übrig behielt, deshalb auf den Wunsch des ungarischen Ministeriums, persönlich in Agram für die Herstellung der Ruhe zu wirken, nicht eingehen zu können behauptete. Diese Weigerung war das erste offene Zeichen des Umschwunges, welcher sich in der Stimmung des Hofes vorbereitete. Die Leidenschaft der radicalen Partei in Pesth, die Klugheit des Banus sollten ihn rasch vollenden.

Die Freunde des Hofes, die Anhänger der alten Monarchie, ängstigte seit dem Beginn der Revolution der Gedanke am meisten, daß die nationalen Bestrebungen in den verschiedenen Provinzen auch die Einheit der Armee sprengen und damit die stärkste Stütze des Reiches und seine Macht niederreißen würden. In Bezug auf die deutschen Truppen war die Furcht, als könnten sie in einen Kampf zwischen nationalem Bewußtsein und der Berufspflicht gerathen, unbegründet. Die deutsche Frage regte die gebildeten Kreise an, bewegte aber nicht die Tiefe des Volkes. Anders stand es mit den ungarischen und südslawischen Bestandtheilen der Armee. Sie horchten nicht allein schärfer auf jeden Heimatsklang, sondern waren auch stärkeren Versuchungen ausgesetzt. Euer Vaterland ist in Gefahr; kommt und rettet! riefen ihnen die Mütter, die Brüder, die Bräute zu; das tausendzüngige Gerücht erzählte ihnen von dem nahen Ausbruche des Krieges, von der steigenden Noth im Lande. Im Schooße der ungarischen Regierung, in der Mitte der kroatischen Abgeordneten wurde der Wunsch nach Zurückberufung der Nationaltruppen, dort der ungarischen Regimenter, hier der Grenzer laut. Kein Wunder wenn diese, von allen Seiten gedrängt, sich nicht halten ließen, und wenn schon gekämpft werden mußte, lieber gegen den Feind der eigenen Nation, als gegen die italienischen Patrioten das Schwert ziehen wollten. Traten sie aber den Rückzug an, verließen sie Radetzky's Lager, dann war es um die Monarchie geschehen. Wer es mit dem Kaiser ehrlich meinte, mußte das Verharren der Magyaren und Kroaten in den Reihen der italienischen Armee wünschen, mit dem Heere überhaupt ein freundliches Verhältniß

unterhalten. Diesen Maßstab legte man in Innsbruck dem Urtheile über das ungarische Ministerium und den Banus zu Grunde; nach diesem Maßstabe mußte man, was in Pesth geschah, verurtheilen, dem Banus als Retter der Monarchie zujauchzen.

In Pesth wie in allen größeren Städten Oesterreichs hatte sich eine tiefe Kluft zwischen der herrschenden radicalen Partei und dem Militär gebildet; man sprach von dem letzteren nur wie von Tyrannenschergen, erklärte die Soldaten durch die Nationalgarden vollkommen ersetzt und traute ihnen die schlimmsten Absichten gegen die neuerrungene Freiheit zu. Dieselbe Rolle, welche die öffentliche Meinung in Wien und Prag dem Fürsten Windischgräz zuschrieb, sollte in Ofen nach der Ansicht des Radicaltör der commandirende General, Baron Lederer, spielen. Einzelne Reibungen fielen schon seit längerer Zeit vor; als aber am Abende des 10. Mai dem Baron Lederer eine Katzenmusik gebracht wurde, kam es zu einem ernsten Conflicte. Die verlauten Musikanten wurden durch Kolbenstöße und Säbelhiebe zum Schweigen gebracht, wenige Schuldige, und wie es bei solchen Anlässen zu geschehen pflegt, mehrere Unschuldige verwundet. Darüber kam es zu einem gewaltigen Volkssturme. Man forderte Bestrafung der Soldaten, welche Säbel und Taktirstab verwechselt; man verlangte die Absetzung des commandirenden Generals. Und das ungarische Ministerium? Es ahmte die Wiener Collegen nach und hielt die Beschwichtigung der leidenschaftlichen Straßenpolitiker für die wichtigste Regierungspflicht. Der General, welcher auf Geheiß des Palatinus flüchtete, um weiteren Mißhandlungen zu entgehen, aber auch in Komorn vor Verfolgungen nicht sicher war und nur durch heimliche List gerettet werden konnte*), wurde wegen dieser Flucht vom Ministerium hart getadelt. „Baron Lederer hat sich, wie behauptet wird, nach Wien entfernt, ohne den Kriegsminister hiervon in Kenntniß gesetzt zu haben. Da aber auch gegen ihn das gerichtliche Verfahren eingeleitet werden muß, so hat der Ministerrath den Fürsten P. Esterhazy beauftragt, das Erscheinen des Baron Lederer hierselbst im geeigneten Wege zu bewerkstelligen." Diesem Schimpfe, von einem Volksgerichte abgeurtheilt zu werden, entging der General, nicht so die Officiere und Soldaten, welche bei dem nächtlichen Tumulte gegenwärtig waren. Sie mußten einer improvisirten Untersuchungscommission Rede und Antwort stehen und bei der öffentlichen Sitzung manchen Spott und zahlreiche Kränkungen erdulden. Begreiflicher Weise mehrten diese Vorgänge die Erbitterung in militärischen Kreisen. Die Officiere klagten

*) Am 12. Mai schrieb General Lederer von Komorn aus an den Palatin und Interimscommandanten General Boineburg einen Brief, in welchem er ihnen dringend empfahl, die Besatzungen von Ofen und Pesth zusammenzuziehen, gegen die radicale Partei gewaltsam einzuschreiten und im Falle der Noth sich nach Komorn zu werfen. Er erhielt keine Antwort.

nicht allein in Privatbriefen über die schimpfliche Stellung, zu welcher sie das Ministerium und die Unklarheit der Verhältnisse verurtheilte, sondern erließen auch öffentliche Adressen an ihre Waffenbrüder in Italien mit dem Ausdrucke der „Scham und Entrüstung, daß sie verdammt sind, auf dem Tummelplatze roher Leidenschaft und frechen Uebermuthes, maßlosen Angriffen der Ränkesucht preisgegeben auszuharren zu müssen", mit dem Wunsche, „bald ein Land verlassen zu können, wo sie vielleicht in die Lage kommen werden, ihrem Gewissen entgegen in den Kampf zu ziehen gegen jenes heldenmüthige Volk, das in treuer Anhänglichkeit an Oesterreichs Fahne Niemandem nachsteht."*) Sie warfen die radicale Partei und den magyarischen Stamm zusammen, sie machten das ungarische Ministerium für das Benehmen der Bevölkerung verantwortlich und verbreiteten in dem österreichischen Heere die Meinung, die ungarische Regierung sei diesem feindlich gesinnt und habe es auf seine Zerrüttung oder wohl gar Auflösung abgesehen. Mannichfache Umstände schienen für die Richtigkeit dieser Meinung zu sprechen. Durch Ministerialbefehl (14. Mai) wurde die Errichtung einer mobilen Nationalgarde von 10,000 Mann in das Werk gesetzt, den Garden eine höhere Löhnung, als sie der Liniensoldat bezog, versprochen und das active Militär zum Uebertritt aufgefordert. Lag nicht darin die Absicht, dem österreichischen Heere ein zweites, nationales gegenüberzustellen? Die Abschaffung der Stockprügel bei den ungarischen Regimentern, die Erklärung des Kriegsministers, daß fortan das Protectionsunwesen bei dem Avancement aufhören, bei der Beförderung der Officiere auf die Kenntniß der Sprache des Regimentes werde Rücksicht genommen werden, war das nicht eine Kritik der österreichischen Heereseinrichtungen, wurde nicht auf solche Art zwischen ungarischen und nicht ungarischen Regimentern eine Kluft gebildet? Noch mehr. Am 1. Juni leistete die Garnison der Hauptstadt den Eid auf die Verfassung. Als die Reihe an das italienische Regiment Ceccopieri kam, und ihm in der Eidesformel auch die Verpflichtung, den Kaiser gegen alle Feinde zu schützen, vorgehalten wurde, ertönte ein hundertstimmiges no, no. Vier Compagnien desselben Regimentes hatten einige Tage später (11. Juni) einen Kasernenstreit mit ungarischen Mobilgarden. Sie zeigten sich dabei so ungeberdig, daß Kanonen aufgefahren werden und der Palatin selbst

*) Aehnliche Erklärungen und Adressen der Officiere wurden auch aus anderen Garnisonen bekannt. Die Lemberger Garnison veröffentlichte eine Erklärung an ihre Kameraden vom 23. Mai. Sie ist wesentlich gegen die Wiener Bevölkerung gerichtet und fordert „im Orgeltone" die Feldherrn auf, „die Armee dorthin zu stellen, wo sie den Kaiser und das Vaterland schirmen kann." Die Pesther Adresse ist vom 30. Mai datirt. Eine Erklärung der Prager Garnison gegen „eine wühlerische Faction" wurde am 12. Juni den Zeitungen zugesandt, kam aber durch den Ausbruch des Aufstandes erst verspätet zum Abdrucke. Für die Geschichte der militärischen Reaction, welche seit dem Herbste 1848 eintrat, sind diese Demonstrationen nicht unwichtig.

seine Ueberredungskunst versuchen mußte, um sie zur Vernunft zurückzubringen. Sie wurden entwaffnet und außer Landes geschickt. Dieser grobe Bruch der Disciplin konnte doch nur durch den schlechten Geist, der im Lande herrschte, durch das schlechte Beispiel gelockerten Gehorsams in allen Kreisen hervorgerufen worden sein. Noch schlimmer wirkte ein anderes Ereigniß. Auch zu den Husaren, welche in Galizien in Garnison lagen, war die Kunde von den Wirren mit den Serben und Kroaten, von der Unbotmäßigkeit der „verfluchten Raitzen" gedrungen. Eine Escadron Würtemberg-Husaren konnte dem Drange, zu helfen, dem Wunsche, sich zu rächen, nicht widerstehen; sie ließ ihre Officiere zurück und desertirte (1. Juni) nach Ungarn. Und für dieses militärische Vergehen fand sie selbst bei dem Kriegsminister keinen scharfen Tadel. „Mit tiefer Betrübniß machte er bekannt, daß eine Husarenschwadron, vielleicht aus übereifrigem Patriotismus, nach Ungarn übersiedelte." Solchen Thaten gegenüber wog das Versprechen Batthyány's, für die Verstärkung der italienischen Armee Sorge zu tragen, am Innsbrucker Hofe ziemlich leicht.

Auch unter den Grenzregimentern, welche unter Radetzky kämpften, regten sich ähnliche Gelüste; auch sie wurden in die Heimat zurückgerufen, auch sie hätten lieber gegen die Magyaren, die Stammfeinde, als gegen die Sardinier, losgeschlagen. Was that aber der Banus? Er richtete von Innsbruck (20. Juni) eine Proclamation an sie: „Lasset euch durch die Nachrichten und Besorgnisse über die Gefahren, in welchen euer Vaterland schwebt, von der Pflicht, in Italien zu kämpfen, nicht abwendig machen. Betrübt nicht euren Kaiser durch Eidbrüchigkeit. Dort, wo ihr steht, gilt es euren geliebten Kaiser, das Gesammtvaterland. Bleibet dessen versichert, daß wir in Kroatien und Slawonien uns stark genug fühlen, auch ohne eure Hilfe unseren Herd zu beschützen und unsere Rechte zu vertheidigen." Diese Proclamation entschied in den Kreisen der Armee den Proceß des Banus schon jetzt zu seinen Gunsten. Er verließ Innsbruck verfehmt und gerichtet; auf seiner Rückreise nach Agram las er auf jeder Station die kaiserlichen Manifeste vom 10. Juni, die Anklageschrift des ungarischen Ministeriums, das Urtheil des Kaisers, das auf Absetzung lautete. Officiell ein Hochverräther, wußte Jellačić doch, daß wenigstens in der militärischen Umgebung des Hofes sein Auftreten milde beurtheilt, von allen Officieren der Armee seine Handlungsweise gebilligt werde. Mit dem Hofe hatte er nur einen Waffenstillstand, mit dem österreichischen Heere aber bereits den Frieden geschlossen.

Während der Banus in Innsbruck weilte, wurde auf serbischem wie kroatischem Boden der Knoten im kriegerischen Sinne geschürzt. Gleich nach dem Schlusse der Karlowitzer Nationalversammlung war der permanente Ausschuß (glavni odbor) in Thätigkeit getreten. An seiner Spitze stand in Abwesenheit des Patriarchen ein sechsundzwanzigjähriger Mann, Georg Stratimirović, eine der räthselhaftesten Figuren in der österreichi-

schen Revolutionsgeschichte. Seine Außenseite hätte alles Andere eher, als den wilden Serbenhäuptling in ihm vermuthen lassen. Zart, fast schwächlich gebaut, durch die feine Schönheit seiner Hände auffallend, in seiner äußeren Erscheinung ein vollendeter Salonheld, zeigte er auch sonst keine Eigenschaft, welche ein Naturvolk hätte blenden können. In Neusatz 1822 von begüterten Eltern geboren, in der Wiener Ingenieurakademie erzogen, kam er 1840 als schmucker Husarenlieutenant in eine italienische Garnison. Er war ähnlich wie Jellačić poetisch angeregt; Uhland war sein dichterisches Ideal, Verse machen (in deutscher Sprache) seine Lieblingsbeschäftigung. Das langweilige Garnisonsleben suchte er sich durch lockere Streiche zu verkürzen. Die Entführung eines Mädchens machte seiner militärischen Laufbahn ein vorzeitiges Ende. Er quittirte 1843 den Dienst und lebte seitdem in stiller Verborgenheit im Banate. Erst nach den Märztagen tauchte er wieder auf. Er wurde Mitglied der Deputation, welche bei dem ungarischen Reichstage die serbischen Gravamina vorbrachte; er gewann durch seinen Oheim, den Erzpriester Stamatović, unter dem einflußreichen griechischen Klerus einzelne Anhänger; er verstand es aber besonders vortrefflich, die serbische Jugend zu fesseln und der serbischen Fortschrittspartei Vertrauen einzuflößen. Diese brachte ihn, zu geringer Freude des conservativen Patriarchen, an die Spitze des Ausschusses.

Der Patriarch hielt nur die schlauen Künste, welche die orientalische Kirche so gut übt, für wirksam; Stratimirović dagegen glaubte an die siegreiche Kraft der Mittel, deren sich die Revolution im Occidente zu bedienen pflegt. Er legte ein großes Gewicht auf die Zeitungspresse, gründete selbst in Neusatz ein Journal und erwarb sich die Gunst der Belgrader Zeitungen. Noch eifriger bemühte er sich um die Organisation seiner Partei und die rasche Bewaffnung des wehrhaften Volkes. In allen Städten, sogar in vielen Dörfern wurden Ausschüsse gewählt, welche mit dem Karlowitzer Hauptcomité correspondirten und für die Ausführung seiner Beschlüsse Sorge trugen; der Aufruf zu den Waffen mußte unter den benachbarten Grenzregimentern und den Bewohnern des Fürstenthums Serbien verbreitet werden. Von den letzteren kamen zunächst nur wenige über die Donau; desto größern Anklang fand der Aufruf bei dem illyrischen und deutsch-banater Grenzregimente. Die Officiere hielten sich zwar auch hier noch vorsichtig zurück, da sie nicht wußten, ob nicht doch schließlich der Kaiser dem ungarischen Ministerium das Recht zusprechen werde; die gemeine Mannschaft dagegen erklärte sich zum Kampfe bereit, als (10. Juni) der Odbor die serbische Bevölkerung aufforderte, sich mit Waffen und Munition zu versehen, Anführer zu wählen und feste Lager am linken Theißufer bei Perlas, dann bei Karlowitz und in der Bacska bei den alten Römerschanzen zur Abwehr der Magyaren zu beziehen. Diese Proclamation, eine förmliche Kriegserklärung der Serben, war die Antwort

auf das Martialgesetz, welches die ungarischen Commissäre verkündigen ließen.

Unter diesen Umständen glaubte der General Hrabowsky nicht länger mit der Anwendung militärischer Gewaltmittel zögern zu dürfen. Bereits hatte vom syrmischen Waldgebirge her ein Serbenhaufe einen Angriff auf Tittel gewagt, hier mit den Tschaikisten fraternisirt und sich einiger Kanonen bemächtigt, Unternehmungen auf Pancsowa und Weißkirchen, wo sich ebenfalls Waffenvorräthe befanden, waren verabredet, das Land zwischen der Donau und Theiß, sowie das ganze Banat erhob sich im Aufruhr. Sollte Hrabowsky warten, bis sich der Gegner gesammelt hatte und durch seine Uebermacht ihn erdrückte? Der siebenzigjährige General, welcher sich schon vor einem Menschenalter im Kampfe mit Marmont das Theresienkreuz erobert, verstand sich nicht auf Politik; er kannte nur seine officiellen Instructionen, welche ihm die Serben als Rebellen darstellten, ihre Niederwerfung unbedingt befahlen. Er that seine Dienstpflicht, wenn er die größte Energie entwickelte. Von Peterwardein aus rückte am 12. Juni auf seinen Befehl eine mobile Colonne gegen Karlowitz. Die meisten Einwohner, auch die Mehrzahl der Mitglieder des Odbor flohen, Stratimirović allein an der Spitze von einigen Tausend schlecht bewaffneten Serben setzte sich den eindringenden Schaaren entgegen, welche durch die Ungunst des Terrains und die unsichere Führung verhindert wurden, von ihren schärferen Waffen und ihrer besseren Disciplin den rechten Gebrauch zu machen. Sie warfen einige Granaten in die Stadt, und steckten mehrere Häuser in Brand; als aber die tollkühnen Serben zum Angriffe übergingen, traten sie eilig den Rückzug an. Die Expedition war mißlungen. Einen glänzenden Sieg hatte Stratimirović nicht erfochten, aber doch eine achtungswerthe Widerstandskraft bewiesen. Das Vertrauen der Bevölkerung stieg, die nahe Gefahr überwand auch alle Bedenken bei den Grenzsoldaten. Das Tschaikistenbataillon, das Peterwardeiner Grenzregiment erklärte sich offen für den Odbor, welchem nun Waffen und Waffenträger in überraschend großer Zahl zuströmten. Doch ließ er in den kriegerischen Bewegungen einen Stillstand eintreten, theils weil die Massen in den verschiedenen Lagern erst organisirt werden mußten, theils weil die Nachrichten aus Prag und Innsbruck den Muth hemmten und vorläufig ein leiseres Auftreten empfahlen. Das gleiche Bedürfniß nach Waffenruhe fühlten auch Hrabowsky und die ungarischen Commissäre. Sie waren gegen Rebellen und Mordbrenner ausgezogen und hatten respectable Feinde gefunden. Ohne einen größeren Truppennachschub hielten sie sich ihrer Aufgabe nicht für gewachsen. Von beiden Seiten beeilte man sich, einen Waffenstillstand (vom 24. Juni bis 4. Juli laufend) abzuschließen, während dessen Dauer die Positionen der Serben unangefochten blieben.

Auch auf den Agramer Landtag warfen die Ereignisse in Karlowitz

und Innsbruck einen starken Widerschein. Auf die erste Kunde von dem Angriffe Hrabowsky's hatte der Landtag einen Courier an den Banus gesendet, er möge bei dem Kaiser die Einstellung der Feindseligkeiten betreiben, ferner ward die Vertretung Kroatiens bei dem serbischen Odbor durch einen Vertrauensmann, und die solidarische Verbindung der südslawischen Länder beschlossen. Die Aufregung stieg, als die Kunde von der Absetzung des Banus und den ungarfreundlichen Manifesten vom 10. Juni laut wurde. In den unteren Volkskreisen konnte man eine Zeitlang den Glauben unterhalten, dieselben seien erdichtet oder doch wenigstens gefälscht; durch das Abfangen der ungarischen Staffetten ließ sich die Verbreitung der Unglücksbotschaft im Lande hindern, im Landtage selbst war man von der Aechtheit der Manifeste überzeugt. Ebendarum galt es rasch zu handeln, Gegenmaßregeln zu ergreifen, ehe die Muthlosigkeit zur Herrschaft gelangte. Der Landtag trat am 21. Juni zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und decretirte nach kurzer Debatte folgende Beschlüsse: An den Kaiser ist ein Ultimatum zu senden, in welchem die Wiedereinsetzung des Banus in seine Würde, die Genehmigung der kroatischen Petition gefordert wird, augenblicklich aber eine provisorische Regierung mit unbeschränkter dictatorischer Gewalt zu errichten, da das Land nicht der Anarchie preisgegeben werden kann.

Es war hohe Zeit, daß der Banus zurückkehrte, und die wilde Bewegung der Geister, die das feste Ziel zu verlieren drohte, wieder dämmte. Er beschwichtigte die Allzueifrigen, ermuthigte, indem er auf die Vermittlung des Erzherzogs Johann hinwies, die Allzuängstlichen, gab den Manifesten eine mildere Auslegung, betonte die Nothwendigkeit, bei der loyalen Gesinnung um so fester zu beharren, je ärger sie verketzert werde, und lenkte, was das Wichtigste war, das Vertrauen wieder auf seine Person zurück. Ihm blieb die Regelung des Streites, die Führung der Verhandlungen überlassen; er behielt die gesammte Regierungsmacht in seinen Händen. Jellačić hütete sich, gewaltsam den Einfluß der illyrischen Partei zu brechen. Ihre Macht schien nach seiner Rückkehr sogar zu steigen; der Ton der Verhandlungen zeigte zunächst die Leidenschaften in heftigsten Flammen. „Nach dem Bombardement von Prag," meinte Verbanić, „nach der Einkerkerung von zweihundert der angesehensten böhmischen Patrioten, noch von Pacificationen mit jenen zu reden, die an allem Unheil die Schuld tragen, ist doch zu viel. Jedenfalls müssen die gefangenen Böhmen freigegeben, dem Fürsten Windischgräz ebenso wie Hrabowsky der Befehl ertheilt werden, nicht mehr gegen unsere Brüder loszuschlagen." Ojegović forderte die Intervention des Banus auch für die Slowaken in Nordungarn; Vukalović pries Karlowitz mehr kühn als wahr, als „das slawische Rom, Sion, Athos." „Dort sind unsere Heiligthümer, unser Patriarch, unsere Standarten. Wüßten die in Italien kämpfenden Grenzer, was in Karlowitz geschehen, wohl keiner bliebe in

der Fremde, alle würden eilen, den heimischen Herd zu vertheidigen." Diese scharfen Reden wurden aber im Landtage selbst von anderen zurückgewiesen. „Ich wundere mich," rief Matić, „über diesen Hang zu declamiren und disputiren. Unsere Brüder in Syrmien und im Banate gehen zu Grunde und wir vertreiben uns hier die Zeit mit schönen Reden. Kein Augenblick ist zu verlieren, den Bedrängten zu Hilfe zu eilen, unsere nächste Pflicht." Und abermals erhob sich ein Grenzsoldat und sprach wie in alten Zeiten ein Krieger in einer Volksversammlung gesprochen hätte: „Ihr Herren redet immer von Geld und von Lebensmitteln und von Munition, und wisset nicht, daß der Grenzer, wenn es Noth thut, binnen 24 Stunden sich erhebt, ohne viel an Brod und Geld zu denken. Nur ein Stück Maisbrod im Ranzen, ein Messer und zwei Pistolen im Gürtel, eine Flinte über die Schulter, das ist seine Rüstung. Ihr aber möchtet, weiß Gott, erst volle Wagen mit Waizenbrod und Tausende von Gulden haben; ihr sorget so viel um Officiere; reihet euch, Ihr Herren, nur in unsere Glieder und wir werden euch besser führen als Officiere."

Jellačić verlor den Gleichmuth nicht, als bei der Berathung über die Repräsentation, welche an den Erzherzog Johann gerichtet wurde, unter den vorliegenden Entwürfen der radicalste — von Mažuranić herrührend — ausgewählt, die vollständige Reorganisation Oesterreichs auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Stämme als der beste Ausgangspunkt für die Pacification empfohlen wurde. Je freier sich die illyrische Phantasie in ihren Wünschen und Plänen erging, desto deutlicher wurde es für Jedermann, daß die heimischen Kräfte zu ihrer Verwirklichung nicht genügten, auf offenem Wege das ersehnte Ziel nicht erreicht werden könne. Das ungarische Joch ließ sich nicht abschütteln, wenn nicht die Hilfe Oesterreichs in Anspruch genommen, die Freiheit Serbiens, die Selbständigkeit des dreieinigen Königreiches nur errungen, wenn das Interesse des Hofes und der Wiener Regierung dafür geweckt wurde. Die Kroaten besaßen zu ihrer Klugheit ein größeres Vertrauen als zu ihrer Tapferkeit; sie hofften durch diplomatische Künste zu gewinnen, wozu ihre kriegerischen Tugenden ohnmächtig erschienen. Wie alle Welt, wußten auch sie, daß das Dasein einer Doppelregierung in Wien und Pesth von den Conservativen und Dynastischgesinnten am meisten beklagt, die Wiederherstellung der Einheit am sehnlichsten gewünscht werde. Sie setzten daher als Bedingung der Pacification das „Aufhören des Dualismus, die Erhaltung der Einheit der österreichischen Monarchie" fest; sie sagten aber nicht, daß sie unter dieser Einheit eine überaus lockere Föderation der einzelnen Provinzen und Volksstämme verstanden. Meinte die illyrische Partei, den Hof überlisten zu können, glaubte sie, die Wiener Regierung werde den Sieg über die Magyaren dazu benutzen, um den Slawen freiwillig zu gewähren, was ihr die ersteren in den Märztagen abgetrotzt

hatten? Gelegentliche Aeußerungen, unbedachte Geständnisse machen diese Vermuthung glaubwürdig. Slawische Abgeordnete im Wiener Reichstage sprachen offen das stolze Wort aus: „Nur so lange die Slawen wollen, besteht Oesterreich." Daß Oesterreich nur durch die slawische Bevölkerung gerettet werden könne, predigten täglich die kroatischen wie die czechischen Blätter und knüpften daran die zuversichtliche Hoffnung, daß die Sieger dann auch das Gesetz dictiren würden. So weitverbreitet auch diese Hintergedanken bei den Slawenführern waren, so fest sie glaubten, daß die von ihnen empfohlene Centralisation blos einen Durchgangspunkt zur Föderativverfassung bilden werde: vorläufig stand nur die Allianz der Kroaten mit den österreichischen Conservativen fest. Die besonderen kroatischen und serbischen Wünsche traten gegen die Forderung einer einheitlichen Reichsregierung in die zweite Linie zurück. Nachdem man einmal mit der Revolution, wenn auch unter Vorbehalt, gebrochen hatte, mußte man sich auch im äußeren Auftreten zu höfischen Formen bequemen. Es war im Landtage zuerst von einem Beirathe die Rede gewesen, welcher aus den Mitgliedern desselben gewählt, dem Banus zur Seite gestellt werden, die Gewalt mit ihm theilen, ihn controliren sollte. Unter den veränderten Verhältnissen fand man es jetzt angemessen, dem Banus eine unbeschränkte persönliche Vollmacht auszustellen und auch den Schein eines demokratischen Regimentes sorgfältig zu vermeiden. Jellačić hatte Alles erreicht, was er brauchte, um im Sinne der Armee, als deren politischer Vorkämpfer er sich täglich mehr fühlte, zu wirken und die österreichische conservative Partei von der Loyaliät seiner Absichten zu überzeugen. Er konnte die Wiedervereinigung des ungarischen Kriegs- und Finanzministeriums mit dem Wiener als den Preis seiner Rehabilitation anbieten, und an der Art und Weise, wie in Kroatien alle Regierungsgewalt in die Hände eines Generals übergegangen war, ein Musterbeispiel für die Behandlung der andern Provinzen aufstellen.

Was der kroatische Landtag sonst noch anstrebte und beschloß, kümmerte ihn nicht. Ein pomphaftes Manifest an alle österreichisch-slawischen Stämme wurde in den Landtagssitzungen berathen, die Grundzüge einer neuen Verfassung der Militärgrenze entworfen. Das Manifest rechtfertigte die kroatischen Ansprüche aus dem natürlichen und historischen Rechte, verdammte die Herrschaft einer Nation über die andere als unerträgliche Tyrannei, und verlangte eine neue politische Gliederung Oesterreichs nach den Sprachprovinzen. Zum Nutz und Frommen der Diplomaten fügte es noch eine staatsrechtliche Abhandlung über das Verhältniß Kroatiens zu Ungarn hinzu, nach welcher angeblich erst 1779 die Unabhängigkeit Kroatiens gebrochen wurde. Die neue Grenzverfassung hätte in der That das Loos der Grenzsoldaten wesentlich verbessert. Sie hob das Obereigenthum auf, gab die Gemeindeweiden den Gemeinden zu freier Benutzung, erweiterte die socialen und politischen Rechte der Grenzer, hob

einzelne Schranken der gewerblichen Thätigkeit auf, und verlieh der Grenzbevölkerung die Repräsentation im Landtage, sie setzte die Capitulation auf vier Jahre herab und verbot den Massenausmarsch der Grenzregimenter im Falle eines äußeren Krieges. Nur in dem gleichen Verhältniß wie die bewaffnete Bevölkerung der anderen Provinzen sollten von nun an auch die Grenzsoldaten in das Feld ziehen. Dieses Alles galt als „provisorische Erleichterung;" eine „radicale Reform" der Grenzverfassung wurde späteren, ruhigeren Zeiten vorbehalten. Kein Landtagsbeschluß besaß aber praktische Folge, so lange die unbeschränkte Vollmacht des Banus galt. Vorläufig waren daher alle diese Ansätze zu einer revolutionären Politik unschädlich. Um jedoch vor jeder weiteren Störung sicher zu sein, griff der Banus zu einem wahrhaft genialen Mittel. „Der Banus," heißt es im letzten Landtagsartikel, „hat mit Rücksicht auf den ausdrücklichen Willen des Volkes, welches nicht eher auseinander zu gehen beschlossen hat, als bis alle seine gerechten Wünsche vom Kaiser befriedigt sind, auf einstimmiges Verlangen der Volksvertreter den Landtag für **permanent** erklärt, — in Erwägung jedoch, daß das Heil des Vaterlandes derzeit mehr von einer physischen als moralischen Hilfe abhängig ist, denselben (9. Juli) mit einem väterlichen Gruße an die Nation auf glücklichere Zeiten **vertagt**." Dieses Mittel, den Staat zu retten, war nicht allein neu, sondern wirksam; die vertagte Permanenz verwandelte sich in eine permanente Vertagung; Agram sah den Landtag nicht wieder, der Banus blieb unbeschränkter Herr der Situation.

Im Rücken gesichert — eine Rundreise durch Slawonien verschaffte dem persönlich liebenswürdigen Banus noch zahlreiche Ovationen — begab sich Jellačić nach Wien, wo unter dem Vorsitze des Erzherzogs Johann neue Verhandlungen mit dem ungarischen Ministerium beginnen sollten, freilich, ohne daß irgend eine Partei einen günstigen Ausgang derselben hoffte. Waren die Vorschläge, welche der Banus machte, für die Gegner nicht annehmbar, so galt das Gleiche von den Instructionen, welche die ungarischen Unterhändler mitbrachten. Am 4. Juli hatte der ungarische Ministerrath in einer an den Palatinus gerichteten Denkschrift seine Ansichten über das Vermittelungsproject entwickelt. Dieselbe gab aber viel weniger die Bedingungen einer friedlichen Ausgleichung als eine Rechtfertigung der magyarischen Politik. Sind in Kroatien einzelne Uebelstände abzustellen, so kann sich dieses nur auf Ueberreste des früheren unheilvollen Regierungssystems beziehen; seit dem Eintritte des gegenwärtigen Ministeriums ist Alles geschehen, um die gerechten Ansprüche auch der slawischen Bewohner Ungarns zu befriedigen. „Der kroatischen Sprache sind solche Zugeständnisse gemacht worden, wie sie die österreichische Regierung den nichtdeutschen Provinzen niemals in solcher Ausdehnung bewilligt, wie sie überhaupt kein Staat der Welt, welcher Völker verschiedener Zungen in sich vereinigt, bis jetzt geboten hat. An allen

constitutionellen Freiheiten haben die Kroaten und Serben den gleichen Antheil, wie die Bürger magyarischen Stammes. Das ist es übrigens nicht, worüber die Kroaten klagen. Sie scheinen an Rechten und Freiheiten zu viel zu haben und wollen sich den österreichischen Provinzen anschließen und die Finanz- und Kriegsangelegenheiten wieder von dem Wiener Ministerium verwalten lassen. Sie wollen die Rolle der alten Vendée spielen, die aber durch keinen Terrorismus von unserer Seite provocirt wurde und wobei die Treue zum Fürsten nur zum Deckmantel bedenklicher Sondergelüste dient. Oder ist es ein Beweis von Treue, wenn die Kroaten ein achthundertjähriges Bündniß brechen und lieber dem Wiener Ministerium anhängen wollen, welches nicht einmal so viel Kraft besitzt, um den Monarchen in der Burg seiner Väter zu schützen, welcher einem auf Grundlage des suffragium generale gewählten Reichstage rathlos gegenüber steht, über die künftige Constitution des Reiches keinen Gedanken besitzt, welches dem Zufalle es überläßt, ob Oesterreich fortan von seinem Kaiser oder von dem deutschen Parlamente regiert werden soll?" An diese Philippica schloß sich die Wiederholung des Wunsches, Erzherzog Johann möge sich persönlich nach Agram begeben, sowohl den Grenzsoldaten wie dem Landtage mündlich erklären, „der Kaiser mißbillige die serbische Revolution, wolle den Verband Kroatiens mit Ungarn unversehrt aufrecht erhalten," und die feierliche Versicherung aussprechen, daß „alle Mitglieder der Dynastie die Gefühle des Kaisers theilen, und wer das Gegentheil behaupte, für einen Majestätsbeleidiger zu halten sei."

Am 26. Juli trafen der Palatin und Batthyány, am folgenden Tage Jellačić in Wien ein, um nach dem Wunsche des Hofes eine Vermittelung des Streites zu versuchen. Ihre Aufnahme hier war sehr verschieden. Die Ungarn, im März als die Befreier Oesterreichs gefeiert, wurden von dem Wiener Volke kaum beachtet; wurden sie erwähnt, so geschah es im feindseligen Sinne. Die demokratische Partei, welche die „vereinigten Staaten von Deutschland" unmittelbar an das freie magyarische Reich grenzen ließ, gegen ein selbständiges Oesterreich ankämpfte, war noch nicht organisirt. Den übrigen Theil der Bevölkerung ärgerte der wiederholte Versuch der ungarischen Regierung, den Kaiser von Wien weg nach Ofen zu locken, verstimmte die beharrliche Weigerung, zu den Lasten des Gesammtstaates in entsprechendem Maße beizutragen, die Leitung der Finanzen und des Heerwesens an das Wiener Ministerium abermals abzutreten. Auch die verächtliche Weise, wie magyarische Staatsmänner und Journalisten gewohnheitsmäßig von den Wienern sprachen, ihr Spott über die Aula, ihr Hohn über die Wiener Minister, weckte den Ungarn viele Feinde. Man fing an zu ahnen, daß die Magyaren die Wiener Bewegung nur als ein Mittel für ihre selbstsüchtigen Zwecke benutzten und einen herzlichen Antheil an dem österreichischen Befreiungswerke nicht

nahmen. Jellačić dagegen fesselte auch viele Liberale durch das Pathos, welches er wohlgefällig zur Schau trug. Er gab bereitwillig zu, daß er Gefühlspolitik treibe, daß nur sein österreichisches Herz ihn leite, und traf damit die schwache Seite zahlreicher Wiener Kreise, welche gleichfalls nur in der augenblicklichen Empfindung und nicht im wohlerwogenen Interesse ihren politischen Führer besaßen. Wie Jellačić den kroatischen Banus zurückschob und den enthusiastischen Oesterreicher in den Vordergrund rückte, so vergaß auch die große Masse des Wiener Volkes für einige Tage die Slawenfurcht und freute sich an dem „ritterlichen Sinne" des Mannes.

Mannichfache Huldigungen wurden dem Banus gespendet. Die rauschendste und willkommenste bot ihm aber die Wiener Garnison. Das Officiercorps machte dem Banus, um den amtlichen Ausdruck zu gebrauchen, seine Aufwartung und veranstaltete ihm zu Ehren (27. Juli) einen Fackelzug. Jellačić fühlte seinen Muth wachsen und wagte in seiner Antwort an die Officiere eine zuversichtlichere Sprache, als er sie bis jetzt geführt hatte. „Ich bin überzeugt, kein Mann von Ehre, keiner von Ihnen wäre im Stande, auch nur einen Schuß auf uns zu feuern. Die Huldigung, die Sie mir heute erweisen, wird ein starkes Gewicht in meine Wagschale werfen. Ich bin kein Feind der ungarischen Nation, aber ich bin ein Gegner der Männer, welche durch Eigennutz oder durch separatistische Tendenzen getrieben, Ungarn von Oesterreich losreißen, Oesterreich schwächen wollen. Ich werde siegen, weil ich für die gerechte Sache und für die Ehre kämpfe, meine Gesinnung von Ihnen getheilt wird." Unter dem Eindrucke dieser Rede begannen die Verhandlungen. Der österreichische Minister Doblhoff erwähnte ihrer im Reichstage (27. Juli) mit dem Zusatze, es stehe zu erwarten, daß eine günstige Lösung des Streites aus denselben hervorgehen werde. Dann war er aber schlecht unterrichtet.

Die Verhandlungen wurden in höflicher Weise geführt, obgleich namentlich bei Batthyány, trotz seiner Furcht vor Kossuth, die Ungeduld mit dem stets zögernden und hinhaltenden Hofe sich steigerte. Der stolze, reiche Magnat hatte niemals seine Abneigung gegen Jellačić verhehlt, der sich offen einen „Proletarier, welcher nur von seinem Solde lebt," nannte; ihn verletzte die Zudringlichkeit des Emporkömmlings, die Anmaßung des Fremden, welcher sich nicht mit Zugeständnissen an die slawischen Bewohner Ungarns begnügte, sondern den Umsturz der ungarischen Verfassung forderte, und als wäre er der Repräsentant der österreichischen Monarchie auftrat. War Batthyány in seinen politischen Anschauungen conservativ, das nationale ungarische Bewußtsein lebte in ihm eben so kräftig, wie in der Brust Kossuth's. Er dachte von den Kroaten und Serben geringschätzig und verlor seine Ruhe und Gelassenheit, indem er erwog, daß durch diese verachteten Stämme die Entwicklung der

ungarischen Verfassung zerrissen werden sollte. Batthyány hatte bereits zu seinem eigenen Schaden die Größe der Macht Kossuth's erprobt; so manche Pläne und Entwürfe Batthyány's waren an dem Widerspruche des Agitators gescheitert, selbst Versprechungen, welche der Ministerpräsident geleistet hatte, mußten unerfüllt bleiben, weil Kossuth einen anderen Weg einzuschlagen liebte. Noch hegte Batthyány die Hoffnung, mit der Rückkehr friedlicher Zustände werde Kossuth's Einfluß sinken. Dann mußte aber der leidige kroatische Streit rasch abgethan sein. Nur das letzte Wort des Kaisers fehlte noch, nur eine unmittelbare, aber freilich unzweideutige Mahnung war noch an die bereits erschütterten Kroaten zu richten, und gerade dessen weigerte sich der Hof und ließ im Widerspruche mit Allem, was er bereits gethan oder geduldet, die Verhandlungen immer wieder zu ihrem Anfangspunkte zurückkehren.

Unter diesen Umständen zeigte Batthyány geringe Neigung, auf die Vorschläge des Banus zu hören, an deren Spitze die Anerkennung des Karlowitzer Nationalcongresses, der Widerruf der Innsbrucker Manifeste stand. Es wurde mit anderen Worten der ungarischen Regierung zugemuthet, auf das formelle Recht, das sie stark machte, zu verzichten, ein demüthigendes Selbstbekenntniß der Ohnmacht abzulegen. In einem einzigen Falle erklärte Jellačić von seinen Forderungen abstehen und gleichfalls für die Uebersiedelung des Hofes nach Ofen sprechen zu wollen, wenn das Frankfurter Parlament eine thatsächliche Herrschaft auch über Oesterreich ausüben, das letztere seine Selbständigkeit an die neuerrichtete deutsche Centralgewalt ausliefern sollte. Darüber bekam aber Jellačić von dem Reichsverweser selbst, sowie von den österreichischen Ministern die beruhigendsten Versicherungen.

Ein eigenthümlicher Zufall wollte es, daß der Banus, nach Agram zurückgekehrt, seine Proclamation über die Erfolglosigkeit auch dieses letzten Vermittelungsversuches vom 6. August datirte, von demselben Tage, an welchem auf Befehl des deutschen Kriegsministeriums das Bundesheer dem Reichsverweser förmlich huldigen und die deutschen Farben anlegen sollte. Die Huldigungsfeier des österreichischen Contingentes erschien den deutschen Patrioten keineswegs frei von unliebsamem Zwange. An mehreren Orten, wie z. B. in Prag, wurde dieselbe gar nicht abgehalten, anderwärts, wie in Linz, versammelte der commandirende General die Truppen so früh am Tage, daß, als die Bewohner der Stadt erwachten, die „öffentliche" Feier längst vorüber war. Auch in Wien sparte man in auffälliger Weise gegen die sonstige Gewohnheit an Pulver, ließ die üblichen Salven aus und riß gleich nach der Parade die deutschen Bänder von den Fahnen, die deutschen Kokarden von den Tschakos. Im Wiener Reichstage schimpfte (11. August) ein heißblütiger deutscher Abgeordneter diesen Vorgang eine „Komödie", der Kriegsminister aber verwies ihn und las folgende Cabinetserklärung: „Die Grundlage unseres

Staatsgebäudes ist die Anerken-ung der Gleichberechtigung aller Nationalitäten. Von diesem Gesichtspunkte faßt das Ministerium auch die Frage über die Anerkennung der deutschen Farben. Sie hatten bei den Truppen keineswegs einen nationalen Charakter und sollen nur das gemeinsame Bundeszeichen für die Truppenkörper sein, welche die deutsche Reichsarmee zu bilden haben, ohne daß dadurch eine nationale Suprematie ausgedrückt werde." Die Anschauungen klärten sich, die verwandten Parteien traten einander näher. Das Wiener Ministerium eignete sich in demselben Augenblicke den Wahlspruch der Slawenstämme: Gleichberechtigung der Nationalitäten an, in welchem Jellačić in Agram die Centralisation, die Vereinigung der ungarischen Portefeuilles des Aeußeren, des Krieges und der Finanzen mit dem Wiener Cabinete an die Spitze seines Programmes stellte. Aber auch jetzt war das Bündniß zwischen Jellačić und der Wiener Regierung noch nicht förmlich vollzogen. Wenn der Banus in der Proclamation an die Kroaten erzählte, die Verhandlungen in Wien wären erfolglos gewesen, weil weder der Palatin noch Batthyány die entgegengesetzten Einflüsse des ungarischen Reichstages brechen könnten, es müsse noch das Ultimatum des letzteren abgewartet werden; so waren das nicht erheuchelte Worte. Noch hatte man in Wien den Muth nicht gefunden, gegen die ungarische Regierung offen aufzutreten; auch fehlte noch das rechte Vertrauen zu der Kraft des Banus. Gerade jetzt drohte ihm im eigenen Lande eine gefährliche Opposition. Auf das Andrängen der ungeduldigen Serben richtete der Patriarch an Jellačić (12. August) die Frage, ob er endlich einmal Ernst machen werde mit dem verkündigten Kampfe gegen die Magyaren. Könne er keine Hilfstruppen senden, wolle er die Donau nicht überschreiten, so habe es auch mit dem Bündniß zwischen Kroaten und Serben ein Ende. Das Organ des Odbor schilderte Jellačić als einen Phantasten, der nicht wisse, was er wolle und solle, und vollends die Belgrader Zeitung, „der Serbe," überhäufte den früheren Liebling der Nation mit giftigen Vorwürfen. „Das ist der Fluch der Völker, wenn sie ihren Führern blind vertrauen und hochgestellten Männern auch einen wirklich hohen, sittlichen Geist zumuthen. Wie die Sache der Czechen durch den Grafen Thun verdorben wurde, so richtet der Baron Jellačić die Südslawen zu Grunde. Das ist nicht der rechte Weg zur Freiheit, wenn man einem Individuum abgöttische Ehren erweist und immer nur singt und declamirt. Des Banus Heldenthaten bisher sind sein Spaziergang zur jesuitischen Camarilla in Innsbruck, seine öfteren Fahrten nach Wien. Daran erfreut sich das verblendete kroatische Volk, und läßt seine Söhne in Italien gegen die Freiheit kämpfen, die serbischen Brüder sich verbluten. Jellačić ist auch nur ein Aristokrat, wie diese ein Feind der Freiheit und daher des unbedingten Vertrauens unwürdig."

Es mußten erst die Serben zur Verzweiflung getrieben werden und für ihr Dasein fürchten, es mußte auf der anderen Seite der ungarische Reichstag rücksichtslos gegen Oesterreich auftreten und Kossuth's Fahne aufpflanzen, ehe Jellačić frei über die Kräfte der Südslawen verfügte und in Wien die Entscheidung getroffen wurde.

---

4. Der ungarische Reichstag.

Am 20. Mai unterschrieb der Palatinus im Namen des flüchtigen Königs das Patent, welches den ungarischen Reichstag auf den 2. Juli nach Pesth berief. Außerordentliche Umstände, die Ereignisse in Wien, die Agitation in den südlichen und östlichen Grenzgebieten des Landes hatten diesen Entschluß im ungarischen Cabinete gezeitigt, zu einer außerordentlichen Aufgabe war der Reichstag auserſehen. So groß auch das Bedürfniß einer Reform der Gesetzgebung sein mochte, so dringend eine neue Organisation der Verwaltung und Justizpflege erschien: so mußte doch Alles zurücktreten gegen die Pflicht, „die feste und unabhängige Existenz der gefährdeten Krone und des erschütterten Vaterlandes sicher zu stellen." Die Beschlüsse des Reichstages sollten in der Wagschale den Ausschlag gegen die kroatischen Malcontenten und die serbischen Rebellen geben, seine Eröffnung dazu benutzt werden, um den Kaiser zur Reise nach Ofen zu bewegen. Einmal hier angelangt, konnte er nicht anders als Zeugniß geben für die Gerechtigkeit der ungarischen Sache. Seine Anwesenheit in Pesth würde an und für sich die Behauptung, daß der Hof es im Herzen mit den Gegnern Ungarns halte, Lügen gestraft haben. Aus diesem Grunde bemühte sich das Ministerium auf das Eifrigste, den Kaiser für die persönliche Eröffnung des Reichstages zu gewinnen. Batthyány hatte bereits in diesem Sinne in Innsbruck gewirkt. Da seine Argumente ohne Erfolg blieben, eilte der Palatinus selbst (23. Juni) von Szechényi und Eötvös begleitet, nach dem Hoflager, um eine günstige Entscheidung zu holen. Aber derselbe Grund bestimmte auch die Umgebung des Kaisers, die Bitte beharrlich zu verweigern. Der Kaiser sollte nicht unbedingt Partei ergreifen, nicht durch eine vorschnelle Handlung das Vermittlungsgeschäft unterbrechen, abge-

sehen davon, daß der Monarch nicht füglich den Ungarn bewilligen konnte, was er eben erst der Wiener Deputation abgeschlagen hatte. Hinderte ihn „schwere Krankheit" an der Rückkehr nach seiner Residenz, so mußte sie ihn auch billiger Weise von der Reise nach Ofen abhalten. Erzherzog Stephan und sein Minister erreichten zwar nicht vollständig ihre Absicht; der Kaiser kam nicht zur Eröffnung des Reichstages nach Ungarn, aber vielsagende Zugeständnisse errangen sie dennoch von der Verlegenheit des Hofes. Der Kaiser richtete an die versammelten Barone und Repräsentanten seines Ungarnreiches zwei Rescripte (v. 26. Juni datirt), welche wenigstens mittelbar als eine Rechtfertigung der magyarischen Politik aufgefaßt werden konnten. In dem ersten wurde dem Palatin als königlichem Commissar der Auftrag ertheilt, dem Reichstage den festen Willen des Kaisers, daß die ungarische Krone unverletzt bewahrt, die sanctionirten Gesetze des letzten Landtages aufrecht erhalten werden, kund zu thun, sowie „seine Mißbilligung der Empörungen und Ruhestörungen im Süden und die einstimmige Empfindung aller Mitglieder der kaiserlichen Familie darüber" zu versichern. Das andere Rescript ernannte den Palatin zum „plenipotentiären Stellvertreter" mit allen Befugnissen, welche dem Souveräne zukommen. Ihm steht es zu, die Reichstagsbeschlüsse zu sanctioniren, und ihnen dadurch gesetzliche Kraft zu verleihen, auch den Reichstag nach seiner besten Einsicht zu vertagen oder auch zu schließen. „Alles, was unser geliebter Vetter Erzherzog Stephan anordnen, verfügen, beschließen und befehlen wird, erklären Wir als gemäß unserer königlichen Macht angeordnet, verfügt, beschlossen und befohlen. Gutheißend, was er gutheißen, verdammend, was er verdammen wird, weisen wir alle kirchlichen, Civil- und Militärbehörden, alle Beamte, Würdenträger, Bewohner Ungarns, Siebenbürgens, sowie der Nebenländer mit Inbegriff der Militärgrenze zum ehrerbietigen Gehorsam gegen Unseren Statthalter und Stellvertreter an unter der Last der gesetzlichen Strafe."

Alles, was im gegenwärtigen Augenblicke die Magyaren wünschen und fordern mußten, war durch die kaiserlichen Rescripte befriedigt; durch den Zusammentritt der Nationalversammlung, wo keine Privilegien galten, freie Volksvertreter sich versammelten, war die Sehnsucht eines langen Zeitalters erfüllt. Wer sich des leidenschaftlichen Eifers erinnerte, mit welchem in früheren Jahren für die Reform der Verfassung gekämpft, wer an die Zuversicht zurückdachte, mit welcher der Aufschwung des Landes zu Macht und Reichthum von einer freieren politischen Bewegung erwartet wurde, mußte nothwendig glauben, die ersten Julitage würden in Ungarn als nationale Festtage begangen werden. Das Gegentheil traf ein; anstatt lebendiger Freudigkeit gewahrte der Beobachter einen trüben Sinn und sorgenvolle Ahnungen, was wohl die Zukunft bringen dürfte. Die Masse des Volkes wurde durch den Ruf: das Vaterland ist

in Gefahr! aufgeschreckt; die ehemaligen Führer der Opposition hatten vollends den Muth und die Thatkraft verloren. Sie waren mit dem Gange der Ereignisse nicht einverstanden und fühlten sich doch unfähig, demselben eine andere Richtung zu geben. In dem Augenblicke, in welchem Széchényi, Deák, Eötvös an die Spitze der Regierung traten, scheinbar die Fülle der Macht in ihren Händen sammelten, sank thatsächlich ihr Einfluß und verlor sich ihre Gewalt über die Geister. Eine einzige Persönlichkeit blieb unangefochten von der wilden Strömung, welche so viele edle Männer zu Boden zog; zu ihr blickten die Einen hoffnungsvoll, die Andern mißtrauisch empor, alle mit der festen Ueberzeugung, daß ihr das Schicksal des Landes überliefert sei, die nächste Zukunft den Stempel ihres Willens tragen werde. Das war der Finanzminister Ludwig Kossuth.

Die erste Zeit nach vollendeter Revolution hielt sich Kossuth in auffälliger Zurückgezogenheit. Seine schwache Gesundheit zwang ihn zur Flucht aus der Stadt; aber auch im ländlichen Asyle belästigten ihn, wie er öffentlich (8. Mai) klagte, Besucher und Bittsteller. „Mir ist mein Ministerposten eine Last, welche ich mich glücklich schätzen würde, von mir abwälzen zu können. Es ist daher nicht in meinem persönlichen Interesse, sondern in Würdigung der Verantwortlichkeit, die auf meinen kranken Schultern ruht, wenn ich Jedermann auffordere, mich mit allen amtlichen Angelegenheiten verschonen zu wollen." Durch seine Entfernung von Pesth befreite sich Kossuth nicht allein von der Zudringlichkeit der Privatpersonen, sondern rettete auch seinen politischen Ruf in dem Falle, daß die Thätigkeit des Ministeriums das Mißfallen des Volkes erregte oder schlechte Früchte trug. Er hatte an den Cabinetsberathungen nicht Theil genommen, ihn konnte daher auch keine Schuld an verkehrten Maßregeln treffen. Diese Entfremdung von seinen Genossen, trefflich geeignet, um Kossuth's Persönlichkeit bei allen Verehrern in ein glänzendes Licht zu setzen, aber verhängnißvoll für das Land, hinderte übrigens den Finanzminister nicht, mit seinem Wiener Collegen zu scharmützeln und auf seine eigene Hand den Angriff gegen die österreichische Regierung vorzubereiten. Die letztere kaufte alljährlich ihren Bedarf an Tabakblättern auf ungarischen Märkten und wies die Zahlungen vorläufig bei den ungarischen Staatskassen an. Eine der ersten Handlungen Kossuth's nach Uebernahme des Finanzministeriums war, diesen Credit der österreichischen Hofkammer einzustellen. „Das Gesetz schreibt vor, daß für den Haushalt des Königs und zu den Kosten der Armee Ungarn die Summe von drei Millionen Gulden beisteuere. Es ist daher dem ungarischen Finanzminister nicht gestattet, auch nur einen Heller auf Rechnung des österreichischen Finanzministeriums zu setzen, wenn der Betrag nicht von jener Pauschalsumme abgezogen wird." Auch dem Agramer Generalcommando verweigerte Kossuth beharrlich jede Geldsendung aus

der ungarischen Staatskasse. Da die kroatischen Truppentheile nicht füglich ohne Sold gelassen werden konnten, so mußte das Wiener Ministerium aushelfen. War die erste Maßregel von offenbarer Feindseligkeit dictirt, so verrieth die letztere vollends Mangel an politischer Klugheit. Nimmermehr hätte der österreichische Finanzminister den Banus mit Geld unterstützt, wenn die ungarische Regierung die Kosten des kroatischen Generalcommandos getragen hätte. Willigte aber Jellačić in die Annahme ungarischer Gelder, machte er sich vom ungarischen Finanzministerium abhängig, so zerriß er selbst jeden Rechtstitel seiner Sonderpolitik.

Der ungarische Finanzminister handelte in seinem formellen Rechte, wenn er die Abfuhr der ungarischen Bergwerksproducte nach Wien verhinderte und, um die Ausrüstung der mobilen Nationalgarde zu beschleunigen, dreiprocentige Schatzkammeranweisungen im Betrage von 2½ Millionen Gulden ausgab. Minder klar erschien das Recht, entschieden gehässig die Absicht, bei der Emission des ungarischen Papiergeldes, welche Kossuth am 24. Mai ankündigte. Wie in allen übrigen österreichischen Ländern, so äußerte sich auch in Ungarn die Furcht vor einer Entwerthung des Papiergeldes, wurden auch hier namentlich seit der Wiener Mai-Revolution die Einlösungskassen von der Volksmasse stets belagert gehalten und die klingende Münze aus dem Umlaufe gezogen. Jene Furcht beschwichtigte Kossuth mit Worten, welche die ängstlichen Gemüther nur noch stärker aufregen mußten. Er warnte vor zu großem Mißtrauen, denn „noch sei keine begründete Ursache vorhanden, eine Entwerthung der Banknoten zu besorgen," er vergaß aber nicht zu erwähnen, daß „das ungarische Aerar sich mit der Wiener Bank in keiner verpflichtenden Solidarität befinde, daher das bei den ungarischen Staatskassen eingehende Metallgeld keineswegs zur Einlösung der Wiener Banknoten verwendet würde." Ein besseres Mittel, den Credit der österreichischen Nationalbank zu schmälern, konnte nicht leicht ausfindig gemacht werden. Aber auch dieses genügte Kossuth nicht. Der Mangel an Silbermünze war zu einer förmlichen Landplage geworden. Geldbeträge unter fünf Gulden — dem Werthe der kleinsten Banknoten — ließen sich nicht anweisen, nicht auszahlen, da alles Metallgeld aus dem Verkehr zu schwinden begann, Aequivalente in Papier für Kleingeld nicht vorhanden waren. Die österreichische Nationalbank hatte der Noth in den Erbländern durch die Ausgabe von Ein- und Zweiguldennoten zu steuern gesucht; sie war zu dem gleichen Dienste in Ungarn bereit. Kossuth erhielt von ihr das Angebot eines Darlehens von 12½ Millionen in kleinen Banknoten, woran sich nur die einzige Bedingung knüpfte, daß die ungarische Regierung das Privilegium der Nationalbank achte und das ausschließliche Recht der letzteren auf die Ausgabe von Papiergeld in Oesterreich anerkenne. Kossuth's Antwort war die Ankündigung (24. Mai) ungarischer Banknoten im Be-

trage von 12½ Millionen, von welchen die Regierung 5 Millionen für ihre eigenen Bedürfnisse in Anspruch nahm, 4 Millionen für Eisenbahnbauten bestimmte und den Rest der Pesther Commercialbank zur Hebung des Verkehres überließ.

In den conservativen Kreisen Oesterreichs war die ungarische Regierung ohnehin übel angeschrieben, die Armee blickte scheel auf die Versuche, eine selbständige nationale Armee zu gründen*), durch Kossuth's Maßregeln wurden nun auch die einflußreichen Geldmächte feindselig gegen die neue Ordnung gestimmt, auch das Finanzinteresse Oesterreichs an die Niederlage der ungarischen Verfassung geknüpft. Mit Recht klagten die älteren Führer der Nation über Kossuth's leidenschaftlichen Sinn und beschränkte Anschauung; gegründet war der Vorwurf, der freilich nur unter vertrauten Freunden laut wurde, einer unklugen Herausforderung der Feinde, falsch jedoch die Meinung, als ob Kossuth, jetzt im Besitze der Macht, von blindem Ehrgeize getrieben, seinen Charakter geändert, seiner Natur Gewalt angethan hätte. Es ist vielmehr der wohlbekannte Agitator für den Schutzverein, der aus den Verordnungen des Finanzministers spricht, es ist dieselbe falsche Voraussetzung, als ob Ungarn sich selbst genügen, in starrer Abgeschlossenheit sein Heil finden könnte, welche Kossuth's Finanzpläne beherrschte, wie sie früher seine national-ökonomischen Anschauungen geleitet hatte. In keinem Augenblicke seines Lebens hat Kossuth weniger geheuchelt, als in dem gegenwärtigen, wo er im Wetteifer mit der österreichischen Nationalbank einen selbständigen ungarischen Credit schaffen will. Auch darin offenbart sich die Rückkehr zur alten Natur, daß Kossuth sein Ministerportefeuille in eine Redactionsstube überträgt und seine Wirksamkeit als Minister durch seine Thätigkeit als Journalist ergänzt.

Am 3. Juli erschien in Pesth, mit gespannter Neugierde erwartet, ein neues Zeitungsblatt. Es führte nicht allein Kossuth's Namen im Schilde, auch die leitenden Aufsätze — wenigstens der ersten Nummern — rührten von dem unermüdlichen Manne her. Es ist gewiß, Kossuth's Zeitung (Kossuth Hirlapja) verpflanzte seinen Einfluß in solche Kreise, welche für Ministerialerlässe nicht empfänglich waren; nicht minder gewiß ist auch das Andere, daß zum Bruche mit Oesterreich und der conservativen Partei dieselbe Zeitung wesentlich beigetragen hat. Schon der Eingangsartikel führte eine Sprache, wie sie von einem Minister bisher nicht erhört worden war, und deutete an, daß Kossuth vor keiner Conse-

*) Gleich nach dem Aufrufe zum Uebertritte aus der Linie in die mobile Nationalgarde, welcher den Officieren der Nationalgarde den gleichen Rang mit den k. k. Officieren sicherte und sie auch an dem Avancement der letzteren theilnehmen ließ, gaben sich viele Linienofficiere das Ehrenwort, mit den Individuen, welche jenem Aufrufe Folge leisten würden, jedes kameradschaftliche Verhältniß abzubrechen, ihre Rückkehr in die Kreise der kaiserlichen Armee nicht zu dulden.

quenz zurückschrecken werde. Kossuth betonte zunächst seine Uneigennützigkeit, seine Opferfreude. „Ich kämpfe nicht für die Erhaltung meines Portefeuilles; kommt einmal der Augenblick, wo ich auch auf die Neigungen meines Herzens hören darf, so verlange ich von meiner Nation keinen andern Lohn als den: Sie möge mir die Ruhe der stillen Einsamkeit gönnen." Er legt sodann im Angesicht des Volkes Rechenschaft von seinem Amte ab, schmeichelt dem Souveränetätskitzel der Radicalen, indem er seine Sünden bekennt, um Verzeihung bittet, daß noch nicht alle billigen Wünsche erfüllt, alle gerechten Klagen abgestellt sind. Das Sündenbekenntniß verwandelt sich aber plötzlich in eine Selbstanpreisung, die um so sicherer auf Beifall zählen konnte, als sie den populären Leidenschaften rastlos huldigte. „Ein Finanzminister, der eine leere Kasse übernimmt, der sich allnächtlich mit der Sorge in das Bett legt, wie er die laufenden Ausgaben der nächsten Woche wohl decken werde, hätte sich wohl gegen jede neue Ausgabe mit aller Kraft sträuben und stemmen sollen. Ich that es nicht; ich forderte die Regierung auf, so viel Mannschaft als nur möglich bei Szegedin und im Banate zusammen zu ziehen; ich machte keine Einwendung gegen die Solderhöhung der Mannschaft auf dem Kriegsschauplatze, gegen die Kosten ihrer Ausrüstung. Ich redete selbst zu, man möge die Zahl der Batterien vermehren, die Festungen verproviantiren, und für Waffen hätte ich den letzten Heller der Staatskasse hergegeben. Ich zahlte bereitwillig alle Summen, welche nöthig waren, hier um eine Gewehrfabrik zu errichten, dort um ein Kriegsdampfschiff auszurüsten. Mit einem Worte, wenn man zur Vertheidigung des Vaterlandes, zur Wahrung unserer nationalen Ehre von mir Geld verlangte, wenn man mich fragte, ob ich die Ausgaben zu decken im Stande sei, so war meine Antwort jederzeit die: Nur zu! Zur Rettung des Vaterlandes ist Geld da, wird Geld da sein. Die Nation verläßt uns nicht, und wenn uns der Himmel verläßt, so schaffen wir das Geld aus der Hölle herbei!"

Diese Worte, am Vorabende des Reichstages unter das Volk geschleudert, von dem einflußreichsten Manne im Lande gesprochen, übten eine große Wirkung. Auch wer den Unterschied zwischen einem Zeitungsartikel und einem Regierungsprogramme festhielt und wußte, daß Kossuth keineswegs im Namen des Cabinets, noch weniger im Sinne desselben gesprochen hatte, fühlte doch das schwere Gewicht des Schriftstückes. Kossuth, welcher den Schein der Volksthümlichkeit über Alles liebte, hätte sich nicht an die Leidenschaften des Volkes gewendet, wenn er dieselben nicht schon erwacht und im Steigen begriffen gesehen hätte; er hätte nicht so wohlgefällig seine Bemühungen, für den Kampf zu rüsten, gerühmt, wenn er nicht von der Kampflust der Magyaren überzeugt gewesen wäre. Die politische Seite des Streites mit den Kroaten und Serben verstand die große Masse nicht, sie sah nur den räuberischen Angriff eines frem-

den Volksstammes auf die ungarische Krone, und hörte nur auf die Stimme des längst erregten nationalen Hasses. Diese nationale Seite des Streites griff Kossuth auf und suchte sie als die Grundlage für seine persönliche Macht zu benutzen. Am Reichstage war es nun, die Entscheidung zu geben. Je nachdem er dem Anpralle der volksthümlichen Leidenschaft widerstand oder sich gleichfalls von derselben hinreißen ließ, bestimmte er Krieg oder Frieden als das Schicksal des Landes.

Am 4. Juli traten die beiden Häuser des Reichstages zur ersten vorberathenden Sitzung zusammen. Die frühere Ständetafel war schwer wieder zu erkennen; es fehlten die Absentisten, die furchtsame städtische Deputirtenplebs, alle 377 Abgeordnete besaßen gleiche Rechte, wie sie auch alle auf dieselbe Weise — durch Volkswahlen — in das Haus gekommen waren. Kein Privilegium galt, außer jenem der Sprache. Der Deputirte von Neusohl, Strebiger, wurde zurückgewiesen, weil er des magyarischen Idioms nicht mächtig war, und ihm eine Frist von zwei Monaten gesetzt, um sich die mangelnde Sprachkenntniß zu verschaffen. Die Radicalen, von Madaraß, Perczel und eine Zeit lang auch von Nyáry geführt, geboten nicht über viele Stimmen; aber schon die Gegenwart von Männern im Reichstagssaale, welche ausschließlich dem revolutionären Geiste des Westens huldigten und Ungarn nur als ein Glied der großen europäischen Demokratie betrachteten, zeigte den langen Weg, welchen Ungarns politisches Leben in den letzten Monaten zurückgelegt hatte. In noch höherem Grade verändert erschien der Charakter und das Aussehen der ehemaligen Magnatentafel. Selbst den Namen hatte sie der neuen Zeit zum Opfer bringen müssen: sie hieß von nun an im amtlichen Stile das Oberhaus.

Wenn sich früherhin die Stände zu einer gemeinsamen Sitzung vereinigten, so forderte es die Sitte, daß sich die Mitglieder der unteren Tafel zu den Magnaten verfügten: jetzt mußten die letzteren im Pesther Redoutensaale — dem Versammlungsorte der Volksrepräsentanten — sich einfinden. Sonst gab die Magnatentafel bei allen wichtigeren Debatten den Ausschlag. Es achtete nicht blos die Regierung sorgfältig auf die Stimmung, welche unter den Magnaten herrschte: auch das Volk ehrte in ihnen seine legitimen Vertreter und pries mit stolzem Gefühle die traditionelle Weisheit, welche sich in den Beschlüssen der Magnaten kundgab. Konnten sich die beiden Tafeln nicht vereinigen, so galt es als selbstverständlich, daß die Stände nachgeben müssen. Jetzt führte das Oberhaus nur ein geduldetes Dasein. Niemand horchte auf seine Beschlüsse, Niemand legte seinen Verhandlungen ein größeres Gewicht bei. Und selbst der Duldung setzte der Ungestüm der Liberalen enge Grenzen. Bereits in der ersten vorberathenden Sitzung kündigte Eugen Beöthy einen Antrag auf die Reform des Oberhauses an. Neben dem Unterhause, welches aus directen Volkswahlen hervorgegangen ist, kann eine

privilegirte Versammlung nicht ferner bestehen. Kein Widerspruch regte sich, als die Axt an diesen letzten Zweig der alten aristokratischen Verfassung gelegt wurde. Die Conservativen zogen die Flucht dem Kampfe vor. Ein Magnat nach dem andern verließ Pesth, die Einen, um in stiller Zurückgezogenheit die Rückkehr ruhigerer Zeiten und eines billigeren Urtheiles abzuwarten, die Anderen, um den Schutz des österreichischen Hofes gegen die maßlose Revolution anzuflehen. Es war gut, daß gleich am Anfange der Sitzungen der Name: Magnatentafel officiell abgeschafft wurde. Denn nach wenigen Wochen, als das Fluchtfieber unter dem hohen Adel einriß und die Versammlung im Museum durch die neuernannten Obergespäne allein beschlußfähig erhalten wurde, hätte diese Benennung nur als Ironie gedeutet werden können.

Die feierliche Eröffnung des Reichstages fand am 5. Juli statt. Der Palatin sprach im Namen des „kranken" Kaisers die Thronrede. Drei Sätze in derselben verdienen hervorgehoben zu werden, sowohl weil sie besonders wichtige Verhältnisse berühren, als auch, weil sie die Politik des Cabinets Batthyány gut charakterisiren. „Mit schmerzlichem Gefühl und tiefstem Mißfallen hat Se. Majestät in Erfahrung gebracht, daß sich in Kroatien und den unteren Donaugegenden böswillige Aufwiegler fanden, welche die Bewohner verschiedenen Stammes und Bekenntnisses gegen einander hetzten, mit der verläumderischen Unterstellung, als ob die jüngsten ungarischen Gesetze nicht der freie Ausfluß des königlichen Willens wären. Se. Majestät und alle Mitglieder des königlichen Hauses mißbilligen streng die Tollkühnheit jener, welche es wagen, sich bei ihrem Ungehorsam gegen die Gesetze auf den Willen Sr. Majestät zu berufen und das Interesse des königlichen Hauses vorzuschieben." Gegenüber Jellačić und den Serben hielt das Ministerium unwandelbar an dem formellen Rechte fest, welches ihm die Innsbrucker Patente verliehen. Mit größerer Vorsicht sprach es sich über zwei andere Punkte aus. „Im lombardisch-venetianischen Königreiche, wo die feindlichen Truppen des Königs von Sardinien und einiger anderen italienischen Mächte die Armee Sr. Majestät angegriffen haben, hat der Krieg noch nicht beendigt werden können." Durch diese Wendung, welche von der Theilnahme der Lombarden und Venetianer am Kampfe gegen Oesterreich absah, hoffte das Cabinet einer unangenehmen Debatte über die italienische Politik Oesterreichs zu entgehen. Es war ihm nicht unbekannt, daß im Gegensatze zu den deutsch-österreichischen Liberalen die Freisinnigen in Ungarn ganz allgemein Partei für die Italiener nahmen. Jene konnten die Einbuße an Macht, welche Oesterreich durch den Sieg Italiens erleiden mußte, nicht verschmerzen, die Furcht nicht überwinden, daß die Anerkennung der Nationalität als Grundlage der Staatenbildung ihre herrschende Position in Oesterreich gefährden werde. Auf der anderen Seite ruhte die ungarische Politik wesentlich auf dem starken nationalen Bewußtsein,

und schärfte jede neue Kunde von den Umtrieben des Banus, von den Gewaltthaten der Serben die nationale Leidenschaft. Bei so reicher Verwandtschaft der Beziehungen und Verhältnisse konnte es nicht ausbleiben, daß sich zwischen Magyaren und Italienern ein freundschaftliches Band zu knüpfen begann. Das ungarische Ministerium wagte es nicht, sich bei der Erwähnung des Krieges in der Lombardei offen auf die Seite Oesterreichs zu stellen; es sprach kein Urtheil aus, sondern berichtete nur eine Thatsache. Da die öffentliche Meinung nicht herausgefordert war, so ließ sich immerhin erwarten, daß auch die liberalen Stimmführer rücksichtsvoll auftreten und es vermeiden würden, durch Betonung des Rechtes der Italiener die Summe der Streitfragen zwischen Ungarn und Oesterreich noch zu vermehren.

Lag in der lakonischen Weise, wie der italienische Krieg erwähnt wurde, ein Zugeständniß an die Liberalen, so wurde wieder ein anderer Satz über das Verhältniß Ungarns zu Oesterreich so formulirt, daß der Hof seine Wünsche befriedigt glauben konnte. „Seine Majestät ist überzeugt, daß die versammelten Vertreter der Nation es als den Hauptgegenstand ihrer Fürsorge betrachten werden, alle jene Mittel aufzubringen, welche erforderlich sind zur Wiederherstellung des gestörten Friedens und zur Wahrung der Integrität der Krone. Die Landesvertheidigung und die Finanzen werden also jene Hauptgegenstände sein, mit welchen sich unter den gegenwärtigen außerordentlichen Umständen der Reichstag beschäftigen muß." Die Landesvertheidigung und die Finanzen bildeten aber gleichzeitig diejenigen Gegenstände, deren Regelung das Wiener Ministerium dringend forderte; die Vermehrung der ungarischen Streitkräfte — freilich im österreichischen Interesse, um die Armee Radetzky's zu verstärken, war der Köder gewesen, mit dessen Hilfe man dem Hofe die Bannbulle gegen Jellačić entlockt hatte. Indem das ungarische Ministerium die Armee- und Finanzfrage auf die Tagesordnung des Reichstages setzte, zeigte es seinen guten Willen, den Frieden mit Oesterreich zu wahren, ein Compromiß abzuschließen, und erfüllte es, soweit an ihm war, das Versprechen, welches Batthyány in seinem Namen in Innsbruck gegeben hatte. Aber schon die vorsichtige Fassung des Satzes in der Thronrede deutete an, daß das Cabinet sich nicht vollkommen sicher fühlte und die Opposition der Abgeordneten fürchtete. Mit gutem Grunde, da selbst im Schooße des Ministeriums kein zuverlässiger Geist waltete. Kossuth hatte zwar gegen den Wortlaut der Thronrede keine Einsprache erhoben und sich im Allgemeinen zur Vertheidigung der Cabinetspolitik verpflichtet. Er konnte aber seine Natur nicht ändern, keine Bürgschaft leisten, daß er nicht, wie gewöhnlich, in der Hitze der Debatte sein ursprüngliches Programm überbieten, in einer höheren Tonart schließen werde, als er begonnen hatte. Seine Verantwortlichkeit war allerdings gegen die früheren Zeiten gewachsen. Wenn er jetzt als Redner auftrat,

so sprach er im Namen des Ministeriums, welches, seine Macht und seinen Einfluß erkennend, ihm die specielle Vertretung des Cabinets im Unterhause — wie Szemere bei den Magnaten — anvertraut hatte. In dem gleichen Maße aber wuchs auch der Reiz, seiner agitatorischen Natur nachzugeben. Im Ministerium herrschte eine verhältnißmäßig conservative Majorität. Batthyány, Deák, Eötvös waren zwar gleichfalls entschlossen, die Ansprüche des Banus zurückzuweisen und die Selbständigkeit des Landes gegenüber dem Wiener Ministerium zu wahren, nimmermehr wollten sie aber ihre Stütze in den Leidenschaften des Volkes suchen, das Schicksal Ungarns auf eine einzige Karte setzen. Für sie war die Revolution mit der Annahme der Gesetzartikel des letzten Reichstages geschlossen, jede fernere Berührung mit der europäischen Demokratie vom Uebel. Unter solchen Genossen fühlte sich Kossuth nicht heimisch, als Mitglied eines Cabinets, das nach Batthyány den Namen führte, und wo er sich täglich durch Szechényi's alterworbenen Ruhm, Eötvös' tiefen Geist, Deák's Gerechtigkeitsliebe — hatte doch dieser im heftigsten Revolutionssturme es durchgesetzt, daß Metternich's Name nicht aus der Adelsliste gestrichen wurde — gedrückt sah, konnte er seinen Ehrgeiz nicht befriedigt finden. Riß er durch die Gewalt seiner Rede, indem er den halblauten Wünschen der Nation Gestalt gab, die geheimen Gedanken des Volkes verkörperte, die Abgeordneten mit sich fort, wurde er der Führer des Parlamentes und dadurch der Herr des Volkes, so konnte es nicht fehlen, daß er auch das Haupt der Regierung bilden mußte. Um diesen Preis die bestehende Regierung zu compromittiren, hielt er, wie beinahe alle seine Reden im Reichstage beweisen, für erlaubt.

Die erste Regierungsvorlage betraf die Vermehrung der Armee und die Ermittelung der Fonds, um die Kosten der Ausrüstung zu bestreiten. Kossuth übernahm es, den Antrag zu motiviren. Hinfällig, die Fiebergluth in den Augen, Todtenblässe auf den Wangen, betrat er (11. Juli) die Rednerbühne. Gleich die ersten Worte, die er mit zitternder Stimme hervorbrachte, zündeten in der Versammlung. „Indem ich die Tribüne besteige, um Euch aufzurufen, das Vaterland zu retten, wirkt die Großartigkeit des Momentes beklemmend auf meine Seele. Mir ist zu Muthe, als hätte Gott in meine Hand die Posaune gegeben, um die Todten zu erwecken, damit sie, wenn sündhaft und schwach, wieder in den Schlaf zurücksinken, wenn aber noch Lebenskraft in ihnen, für die Ewigkeit erwachen. So steht in diesem Augenblicke das Schicksal der Nation. Euch hat Gott mit dem Beschlusse, den Ihr auf meinen Antrag fassen werdet, die Entscheidung über Tod und Leben Ungarns in die Hände gelegt." In großen Zügen, mit glühenden Farben, malte sodann Kossuth die Gefahren, welche von allen Seiten Ungarn bedrohten. Er schilderte die jämmerlichen Verhältnisse, unter welchen das erste verantwortliche Ministerium das Amt antreten mußte, „mit leeren Kassen, ohne Waffen, angefeindet

von allen jenen Leidenschaften, deren Kampf Metternich's Politik uns als fluchwürdiges Erbtheil hinterlassen hat." Er erzählte von der panslawistischen Verschwörung, die im Norden wie im Süden des Reiches, von Czechen und Kroaten angezettelt wurde, eine übertriebene Loyalität zur Schau trägt, in Wahrheit aber den Untergang der österreichischen Dynastie herbeiführen wird; er beschrieb nicht ohne scharfe Seitenhiebe auf die „Camarilla" die Vorgänge in Innsbruck und alle die billigen Schritte, welche die ungarische Regierung im Interesse des Friedens, aber freilich bis jetzt ohne allen Erfolg, gethan habe. Den Banus fand Kossuth wenigstens seines Zornes werth, von den Serben dagegen sprach er nur in einem wegwerfenden Tone. „Wer auf dem Territorium Ungarns ein besonderes Reich gründen will, ist ein Rebell, dem man nur mit dem Stricke des Standrechtes antworten kann." Ausführlich, wie die inneren Kämpfe, besprach der Finanzminister auch die äußeren Beziehungen Ungarns. Er entdeckte keine unmittelbare Gefahr für das Reich in der Ansammlung russischer Heeresmassen am Pruth. „Auf unsere Anfrage bei dem russischen Gesandten in Wien erhielten wir die Antwort, daß Rußland seine Armee nur zum Schutze des eigenen Gebietes concentrire, gegen Ungarn keine feindlichen Schritte beginnen werde, so lange in Ungarn keine gegen Rußland gerichteten feindseligen Bewegungen stattfinden." Wie die Sachen standen, drohte in der That der russischen Macht von der wallachischen und südslawischen Bewegung eine größere Gefahr, als von der magyarischen Agitation.*) Kossuth berichtete ferner von den diplomatischen Verbindungen, welche das Ministerium mit England, Frankreich und der deutschen Centralgewalt angeknüpft hatte. Er begnügte sich, anzuführen, daß von der englischen Regierung eine Antwort eingelaufen war, „wie wir sie von der liberalen Denkungsart, zugleich aber auch von der nüchternen, nur auf ihr eigenes Interesse bedachten englischen Nation erwarten konnten," d. h. das englische Cabinet wies jedes Engagement von sich und behielt sich seine Entschließungen vor, bis es vollendete Thatsachen gewahren würde. In Bezug auf Frankreich warnte er vor Illusionen. „Ich habe für die Franzosen die größte Sympathie, aber das Leben meiner Nation will ich von ihrem Schutze nicht abhängig wissen. Auch Polen hat sich auf die französischen Sympathien gestützt; diese Sympathien sind noch da, aber Polen ist untergegangen." Das Verhältniß Un-

---

*) Kossuth's Auffassung wurde durch die russische Circularnote vom 31. Juli, welche den Einmarsch der russischen Truppen in die Moldau (9. Juli) rechtfertigen sollte, bestätigt. Die russische Intervention wurde durch das Programm der Bukarester Radicalen motivirt, nach welchem auf einer unhistorischen Grundlage „die alte romanische Nationalität wieder hergestellt, ein dako-romanisches Königreich errichtet werden soll, zu dessen Bildung jene ihre Brüder auch in Bessarabien, in der Bukowina und in Siebenbürgen einladen." Man sieht, vorläufig ging das russische und magyarische Interesse noch Hand in Hand.

garns zu Oesterreich durfte natürlich nicht vergessen werden. Und hier war es, wo nicht der Minister des Königs von Ungarn, der sich gleichzeitig Kaiser von Oesterreich schrieb, sondern der Agitator sprach und Kossuth die bereits bestehende Kluft zwischen den beiden Regierungen noch wissentlich erweiterte. Er denuncirte das Wiener Cabinet als den Helfershelfer des „geliebten Rebellen" Jellačić. „Es schmerzt die Wiener Regierung, nicht mehr willkürlich über Ungarn verfügen zu können; es finden Bewegungen statt, welche darauf hinzielen, das Finanz- und Kriegsportefeuille dem Wiener Ministerium wieder einzuverleiben. Das letztere hat es gewagt, uns im Namen des österreichischen Kaisers anzuzeigen, daß, wenn wir nicht um jeden Preis mit den Kroaten Frieden schließen, es uns gegenüber die Neutralität aufgeben werde, das heißt so viel als der österreichische Kaiser kündigt sich selbst, dem ungarischen Könige den Krieg an. Es hat auch den Banus mit Geld unterstützt, nachdem ich jede Geldsendung an den Feind Ungarns untersagt habe. Zum Glücke ist dieses Ministerium (Pillersdorff) von dem Hauche der Aula weggeblasen worden, von der neuen Regierung dürfen wir hoffentlich eine bessere Politik erwarten."

Beinahe zwei Stunden sprach Kossuth; wie die Erregtheit im Redner von Minute zu Minute stieg, so wuchs auch die leidenschaftliche Gluth in der Versammlung. Es war hohe Zeit, daß Kossuth endlich an die Formulirung seines Antrages schritt, ehe ihn die eigene Beredsamkeit vollends berauschte und weit über die Grenzen der politischen Vernunft hinausführte. „Ich hatte in früheren Tagen immer gewünscht, Gott möge mir nur einen Punkt geben, auf welchen gestützt ich sagen könnte, daß diese Nation sich für ihre Freiheit zu begeistern weiß und ich — wolle nicht an ihrer Zukunft verzweifeln. Gott hat mich diesen Augenblick erleben lassen; der Ungar ist begeistert, ich verzweifle nicht mehr an der Zukunft der Nation. Nur jenes Volk wird leben, das in sich selbst genug Lebenskraft besitzt; wer sich nicht durch eigene Kraft, sondern nur durch Unterstützung Anderer zu erhalten weiß, hat keine Zukunft. Mögen daher die Vertreter des Volkes einen großen Entschluß fassen, erklären, daß sie in keine Transaction sich einlassen, welche der Freiheit oder Selbständigkeit Ungarns zu nahe tritt, mögen sie die Regierung ermächtigen, die disponible Kriegsmacht bis auf 200000 Mann zu erhöhen und die Kosten für dieselben — 42 Millionen — auf dem Wege der Anleihe oder durch Ausgabe von Papiergeld aufzubringen." Kossuth wollte noch hinzufügen, daß er die Zustimmung des Hauses nicht als Vertrauensvotum für das Cabinet verlange, daß er Geld und Soldaten fordere, weil nur auf diese Art das Vaterland gerettet werden könne; da versagte ihm die Stimme, er sank halbohnmächtig auf den Sitz zurück. Inmitten der lautlosen Stille erhebt sich Nyáry. Die Hand zum Schwure erhoben, ruft er: „Wir geben Alles", und ihm nach wiederholt die ganze Versammlung

begeistert den Schwur und das Angebot. Kossuth fand nur noch die Kraft zu folgenden Worten: „Ich beuge mich vor der Größe der Nation. Entspricht die Energie in der Durchführung des Beschlusses dem Feuereifer in den Anerbietungen, so werden selbst die Pforten der Hölle Ungarn nicht überwältigen."

Kossuth errang durch seine Rede einen großartigen Triumph. Ehe er die Tribüne betreten hatte, zuckten gar viele Abgeordnete über die Regierungsvorlage mitleidig die Achseln. Es möge wohl nöthig sein, diesen gewagten Schritt zu versuchen, um das eigene Gewissen zu sichern, aber einen praktischen Erfolg dürfe man nicht erwarten. Wenn auch das Geld vielleicht aufzutreiben wäre, die Abneigung der Magyaren gegen das Recrutirungswesen lasse sich nimmermehr überwinden. Und jetzt gab es auch nicht einen einzigen Deputirten, welcher nicht an die Vortrefflichkeit der Maßregel glaubte und ihre leichte Durchführbarkeit behauptete. Wie den Reichstag, so hatte Kossuth auch das Volk bekehrt. Seine Rede, als Flugblatt gedruckt, drang in die entlegensten Winkel des Landes, und wer sie las, von ihr hörte, pries Kossuth und gelobte die größten Opfer. Aber die Stellung des Ministeriums war durch Kossuth's Auftreten nicht gekräftigt worden. Ein Führer der Linken hatte das Beispiel des enthusiastischen Zurufs gegeben, die Linke zuerst und am lautesten ihm zugestimmt, dieselbe Partei, welche noch am Tage vorher geklagt hatte, die Regierung werde durch eine Kabale geführt, das Interesse des Landes durch dieselbe verrathen. Was brachte diesen plötzlichen Umschwung der Meinung hervor, wenn nicht die Zuversicht, daß die auf Grund der Rede Kossuth's geworbenen Soldaten sich gern von der radicalen Partei die Waffen in die Hände würden drücken lassen, keineswegs zur freien Verfügung der Regierung stehen würden? Auch die grobe Abfertigung des Wiener Ministeriums, die Stichelreden auf die Hofcamarilla waren nicht darnach angethan, die Spannung zwischen Pesth und Wien zu verringern. Seufzend duldete die Mehrheit des Cabinets Kossuth's Genossenschaft und seine Unterstützung im Reichstage; nur das Gefühl seiner Unersetzlichkeit verhinderte den Ausbruch inneren Streites. Kossuth setzte übrigens die Nachgiebigkeit des Ministeriums noch auf härtere Proben.

Am 20. Juli begann die Adreßdebatte im Unterhause. Bei den Magnaten, welche ohnehin eine geringe Redelust offenbarten, war dieselbe von keinem bemerkenswerthen Zwischenfalle begleitet gewesen. Der alte, blinde Wesselényi, sonst so grimmig, jetzt über Kossuth's dunkle Pläne geängstigt, von dem Agitator überdies persönlich verletzt — auf eine wohlgemeinte Mahnung zur Mäßigung hatte er die grobe Antwort empfangen: Mit dem corpus juris kann man doch das Vaterland nicht retten — beeilte sich, die Sendung ungarischer Hilfstruppen nach Italien zu empfehlen, damit nicht Jellačić allein das Verdienst loyaler Opferwilligkeit in die Wagschale werfe. Sein Antrag fand allgemeinen Anklang. Nicht

minder einstimmig wurde von den Magnaten „die Intervention der königlichen Autorität zur Herstellung des inneren Friedens" erbeten. Ueberaus heftig äußerte sich dagegen der Zwiespalt der Meinungen im Unterhause. Gleich am Anfange der Adreßdebatte nahm Kossuth im Namen des Ministeriums das Wort. Er hielt sich nicht lange bei der Schilderung der allgemeinen politischen Lage auf, selbst über die brennende Frage, ob die Mediation des Erzherzog Johann den kroatisch-serbischen Streit beilegen werde, ging er flüchtig hinweg, um desto ausführlicher die Stellung des Ministeriums zu Oesterreich im italienischen Kriege zu erörtern.

Bereits im Cabinetsrathe war dieser Gegenstand ernstlich und eingehend, doch ohne rechten Erfolg behandelt worden. Der Palatin drängte unaufhörlich auf eine kategorische Erklärung, daß Ungarn Hilfstruppen zu Radetzky's Armee senden wolle und senden werde. Die magere historische Notiz in der Thronrede genügte ihm nicht. Er wies auf die ministerielle Mehrheit im Reichstage hin, welche nicht anders als zustimmend sich äußern könne, und erinnerte Batthyány an die in Innsbruck gemachten Zusagen. Die Minister fühlten das Gewicht dieser Gründe, sie wußten, daß eine abschlägige Antwort auf die wiederholten Bitten des Hofes den Bruch mit Oesterreich vollenden werde; mehrere unter ihnen konnten aber auf der anderen Seite die Furcht vor der öffentlichen Meinung nicht überwinden, die Ueberzeugung nicht fassen, daß sie ungestraft die Majorität des Reichstages zur Unterstützung der österreichischen Politik überreden könnten. Endlich einigte sich das Ministerium zu folgendem Zugeständniß an den Hof: „Die ungarische Regierung verpflichtet sich zur Vertheidigung der österreichischen Interessen in Italien, wenn die Wiener Regierung ihre guten Dienste bei der Unterwerfung Kroatiens anbieten will, vorausgesetzt, daß nach beendigtem Kriege den Italienern alle berechtigten nationalen Forderungen bewilligt würden." Das war das Aeußerste, wozu sich das Ministerium verstand. Als es aber an die Adreßcommission die Zumuthung stellte, der Antwort auf die Thronrede einen ähnlich lautenden Satz einzuverleiben, stieß es auf einen allgemeinen Widerspruch. Kossuth blieb daher die Aufgabe vorbehalten, den versammelten Reichstag gegen den offen ausgesprochenen Volkswillen, gegen den Wunsch der Adreßcommission durch seine oratorischen Künste für die ministerielle Politik zu gewinnen.

Bei keiner Gelegenheit zeigte sich die geringe Festigkeit seines Charakters, der Mangel an staatsmännischer Bildung so deutlich, wie jetzt. Er begann mit dem Bekenntnisse, daß er es im Herzen mit Oesterreichs Feinden halte, seine politischen Grundsätze ihn Italiens Sieg wünschen ließen. Nur sei es gegenwärtig nicht an der Zeit, eine grundsätzliche Politik zu treiben und die praktischen Vortheile, welche die ungarische Sache aus einer vorübergehenden Unterstützung der Hofpolitik schöpfen könne,

in die Schanze zu schlagen. Er wußte also nicht, daß in einer Periode revolutionärer Aufregung nichts verhaßter ist, als eine opportune Politik, daß enthusiastischen Demokraten gegenüber keine Maßregel durchgesetzt werden könne, außer wenn man sie im Lichte principieller Consequenz darstellt. Keine Waffe konnte den Plan des Ministeriums schwerer treffen, als der Vorwurf diplomatischer Pfiffigkeit. Und diese Waffe schwang der Vertreter des Cabinets im Reichstage. Kossuth erzählte treuherzig von dem stetigen Zank mit der Wiener Regierung. „Die letztere verlangte, daß Ungarn einen bestimmten Antheil an der österreichischen Staatsschuld übernehme. Wir antworteten, daß wir Ungarn in thesi gar nicht für verpflichtet halten, sich an der österreichischen Staatsschuld zu betheiligen.“ So möge denn Ungarn wenigstens das Beste zu einem ehrenvollen Abschlusse des italienischen Krieges beitragen. Wenn die ungarische Regierung auch dieses verweigert, so muß das Wiener Ministerium nothgedrungen sich mit Jellačić abfinden. „Der Banus,“ sagen die Wiener Minister, „verspricht uns Hilfe; wir müssen daher seine Partei nehmen, denn sonst, wenn wir nicht freundlich dorthin blicken, von wo uns Hilfe kommen kann, sind wir verloren.“ Nur aus diesen Nützlichkeitsgründen empfiehlt Kossuth dem Reichstage die Annahme des ministeriellen Antrages, nur die Furcht, daß dann auch die Grenzregimenter — 35000 Mann — den Rückmarsch in die Heimath antreten würden, bewog ihn, den Wunsch nach einer Zurückberufung der ungarischen Regimenter — 10000 Mann — aus Italien zu bekämpfen. Eine solche Vertheidigung der Regierungspolitik machte jeden Angriff auf dieselbe überflüssig.

Zwar versuchten Eötvös und Deák einzulenken und die Wirkung der Rede Kossuth's abzuschwächen. Eötvös bestritt dem italienischen Kriege die Natur eines Freiheitskampfes. „Seitdem die Welt steht, ist noch kein Eroberer anders aufgetreten, als unter der Maske des Vorkämpfers für die Freiheit des Volkes. Wie so viele Fürsten vor ihm, so benützt auch Carlo Alberto den Namen der Freiheit zur Ausdehnung seiner Macht. Den Krieg in Italien führt das Haus Savoyen gegen das Haus Oesterreich; wenigstens ist dieses gegenwärtig der wahre Charakter des Kampfes und daher Ungarn zur Unterstützung Oesterreichs verpflichtet. Eötvös wie Deák wiesen ferner auf die pragmatische Sanction hin, deren Wortlaut das Königreich Ungarn unzweifelhaft bindet, an allen Vertheidigungskriegen des Kaiserstaates theilzunehmen. Daß aber Oesterreich sich in der Defensive befindet, könne man im Angesichte des Einmarsches sardinischer Truppen in das lombardische Gebiet nicht ableugnen. Die Bemühungen der Minister hatten keinen Erfolg.

Die Opposition hielt sich an Kossuth's Bekenntniß. „Der Minister,“ rief Zrinyi, „habe ja selbst zugestanden, daß man sich mit dem Teufel verbinden wolle, um in den Himmel zu kommen,“ daß man an dem un-

gerechten Kriege in Italien nur in der Absicht theilzunehmen wünsche, um sich die Gunst der Wiener Regierung in dem kroatischen Streite zu sichern. Noch schärfer rückten Perczel, Nyáry, Teleki dem Ministerium zu Leibe. Sie bestritten die von Eötvös und Anderen aus der pragmatischen Sanction gezogenen Folgerungen, und stellten den dehnbaren staatsrechtlichen Verpflichtungen das unbedingt gewisse nationale Recht entgegen. Die Magyaren würden ihr eigenes politisches Dasein bekämpfen, wenn sie Oesterreich in Italien unterstützen wollten, nicht als selbstsüchtiger Eroberer, sondern als Vollstrecker des nationalen Willens trete der Sardenkönig auf, nicht gegen die piemontesischen Soldaten, sondern gegen das italienische Volk müßten die ungarischen Hilfstruppen kämpfen. Freilich verwahre sich das Ministerium gegen den Verdacht, die freien Bestrebungen der Italiener unterdrücken zu wollen, und verspreche seine Intervention bei dem Friedensschlusse im liberalen Sinne. Aber welche Bürgschaft besitze denn das Ministerium, daß Oesterreich seine Einmischung in die Friedensverhandlungen dulden werde, mit welchen Waffen werde es die nationale Freiheit im Vaterlande vertheidigen, nachdem es dieselben zur Unterjochung der italienischen Nationalität hergeliehen habe? „Ein Sieg Oesterreichs in Italien widerstreitet den ungarischen Interessen; denn ist Italien einmal unterworfen, so wird die Dynastie alle ihre Kräfte sammeln, um auch in Ungarn den Liberalismus zu brechen."

Kossuth merkte, daß die Gunst der Volksmeinung sich keineswegs der von dem Ministerium vertretenen Politik zuneige. Er zeigte eine geringe Lust, den Sieg des Cabinets mit dem Verluste seiner persönlichen Popularität zu erkaufen. Kaum hatte der letzte Redner der Opposition die Lippen geschlossen, so erhob sich Kossuth, um einen neuen Antrag zu formuliren: Die ungarische Regierung verpflichtet sich nur unter der Bedingung zur Theilnahme am italienischen Kriege, daß Oesterreich die Etschlinie als Grenze anerkennt, dem jenseits der Etsch liegenden Lande die volle Unabhängigkeit zugesteht, das venetianische Gebiet mit constitutionellen Rechten beschenkt. Paul Nyáry eilte, im Namen der Linken die unbedingte Zustimmung zu diesem Plane auszusprechen. Zu solcher Vermessenheit hatten sich auch die kühnsten Wünsche der Opposition nicht erhoben. Ein desto größerer Schrecken waltete in dem Kreise der Cabinetsmitglieder. Setzte sich in Wien der Glauben fest, daß Kossuth diesen Antrag im Namen des Ministeriums gestellt, so mußte man des grimmigsten Hasses gewärtig sein. Zum Glücke für das Cabinet vertagte der Reichstag die Debatte auf den folgenden Morgen. Der Ministerrath trat zusammen und protestirte auf das Eifrigste gegen die Anmaßung Kossuth's, nach seinem Belieben die Regierungspolitik zu ändern. Er mußte eingestehen, nicht allein, daß er das Ministerium schwer compromittirt, sondern auch seine persönlichen Interessen geschädigt habe. Noch durfte er nicht hoffen, bei einer Entlassung des Cabinetes die Erbschaft

seiner Macht anzutreten, noch mußte er der Verbindung mit Batthyány pflegen und die freundlichen Beziehungen zur älteren Oppositionspartei unterhalten. Kossuth versprach, den begangenen Fehler in der nächsten Sitzung wieder gut zu machen. Er erbat sich (21. Juli) zu einer persönlichen Bemerkung das Wort. In seiner letzten Rede hätte er nur seine Privatmeinung kundgegeben, keineswegs im Namen des Ministeriums gesprochen. Er wiederholte sodann den gestrigen Antrag und zählte die Bedingungen auf, unter welchen Oesterreich auf Ungarns Hilfe rechnen könne. Von der Etschgrenze aber schwieg er jetzt, die Zugeständnisse an die Italiener schränkte er auf die Personalunion mit Oesterreich ein. Der Widerspruch zwischen der Erklärung von heute und jener von gestern blieb natürlich nicht unbemerkt. Die Linke protestirte gegen die absichtliche Täuschung, verlangte zunächst den Druck des neuen Antrages, um seinen Inhalt genau festzustellen, mit dem ursprünglichen vergleichen zu können. Es entspann sich ein leidenschaftlicher Streit. Durch ein unwürdiges Mittel brachte Kossuth, welchem die Verhandlung begreiflicher Weise überaus peinlich war, dieselbe zu Ende. An ein Wort Perczel's, das Cabinet habe zu einer Intrigue seine Zuflucht genommen, anknüpfend, erhob sich der Finanzminister scheinbar entrüstet und wie vom heftigsten Zorne übermannt und drohte mit dem Rücktritt des Cabinetes, wenn der Verläumder nicht zur Ordnung gerufen und dem Ministerium ein Vertrauensvotum gegeben werde. Da der Reichstag von der Unentbehrlichkeit des Cabinets vollständig überzeugt war, so zögerte er auch nicht, der Forderung Kossuth's zu entsprechen. Das Vertrauensvotum erklärte dann Kossuth auch als Billigung des heute verlesenen Antrages. Bei der Schlußabstimmung über die Adresse zeigte es sich, wie überflüssig Kossuth's Gewaltschritt gewesen war. Sie wurde mit 233 Stimmen gegen 36 angenommen. Nur sechsunddreißig Abgeordnete wollten von einer Unterstützung der österreichischen Politik in Italien nichts wissen. Die Majorität war in Uebereinstimmung mit dem Ministerium bereit, „nach wiederhergestellter Ordnung in Ungarn dem Kaiser hilfreiche Hand zur Erkämpfung eines Friedens zu bieten, welcher der Würde des Thrones und den billigen Wünschen der italienischen Nation gleichmäßig entsprechen soll."

So war denn der Zwiespalt im Schooße des Cabinets nothdürftig überdeckt, die feindselige Haltung Ungarns zu den Machtinteressen Oesterreichs verhüllt, aber nur auf wenige Tage. Bei Gelegenheit der Debatte über die deutsche Frage und das Recrutirungsgesetz, bei jeder einzelnen Finanzmaßregel brach die Wunde wieder auf und zeigte sich die Unverträglichkeit und der nothwendig feindliche Gegensatz der beiden Sonderregierungen in Wien und Pesth.

Ein richtiges politisches Gefühl hatte das ungarische Ministerium geleitet, als es (14. Mai) Dionys Pazmandy und Ladislav Szalay nach

Frankfurt sandte, um das deutsche Parlament zu begrüßen und eine enge Verbindung zwischen der deutschen Centralgewalt und der ungarischen Regierung einzuleiten. Der Haß aller Slawen gegen Deutschlands Wiedergeburt mußte naturgemäß bei den Magyaren Sympathien für die deutschen Einheitsbestrebungen wecken, der Protest der Slawenführer gegen jeden Einfluß des Frankfurter Parlamentes auf die österreichischen Angelegenheiten diesen unter den Ungarn wünschenswerth erscheinen lassen. Nicht nationale Sympathien allein wirkten aber in dieser Hinsicht bestimmend, auch Erwägungen rein politischer Natur trugen wesentlich dazu bei, das ungarische Ministerium für die deutsche Revolution freundlich zu stimmen. Dazu waren die ungarischen Staatsmänner viel zu praktisch gebildet, als daß sie dem Lieblingsplane der Wiener Politiker, ein großes centralisirtes Oesterreich zu gründen, gleichzeitig aber auch in Deutschland die Führerrolle zu spielen, irgend eine ernste Bedeutung zugeschrieben hätten. In dem Verhältnisse Ungarns zu Oesterreich spiegelten sich für sie deutlich auch die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland ab. So wenig sich ein selbständiges Verfassungsrecht Ungarns mit der Herrschaft einer knappen Centralisation in Oesterreich vertrug, ebensowenig konnte Oesterreich dem nationalen deutschen Bundesstaate angehören oder wohl gar an dessen Spitze treten, ohne den absoluten politischen Schwerpunkt von Wien wegzurücken. Die unbedingte österreichische Einheit und die deutsche Einheit', wie sie die Mehrheit im Frankfurter Parlamente auffaßte, bildeten einen unauflöslichen Widerspruch. Die ungarischen Staatsmänner irrten freilich in der Schätzung der Kraft des nationalen deutschen Bewußtseins. Sie hielten den Drang nach Einigung, den Abscheu vor dem alten politischen Flickwerke für stark genug, um alle Hindernisse der staatlichen Reform zu überwinden. Ihr Irrthum wär verzeihlich, wurde er doch damals von der ganzen Welt getheilt.

Ganz allgemein galt die Ueberzeugung, daß die deutsche Centralgewalt die wichtigsten Rechte der Einzelstaaten sich aneignen werde, eben so gewiß stand der Glaube, daß Oesterreich, wenn es sich dem neuen deutschen Staatsorganismus nicht einordne, nothwendig in ein slawisches Reich sich verwandeln, von der slawischen Mehrheit seiner Bewohner Regel und Gesetz annehmen müsse. Den wirklichen Ausgang der revolutionären Kämpfe, die vollständige Ohnmacht der Centralgewalt, die Ausbeutung des slawischen Ehrgeizes zur Gründung eines österreichischen Einheitsstaates mit der alten deutschen Regierungsform ahnte im Sommer 1848 auch der umsichtigste Politiker nicht. Auf jene Thatsachen nun bauten die ungarischen Führer ihr Programm. Das Uebergewicht der Slawen in Oesterreich war gleichbedeutend mit dem Sturze der magyarischen Verfassung, der Sieg der deutschen Politik in Oesterreich daher eine Lebensfrage für jeden ungarischen Patrioten. Auch in Frankfurt hatte man das Bedürfniß einer innigen Verbindung Deutschlands mit Ungarn über die

Köpfe der Slawen und der ausschließlichen Oesterreicher hinweg anerkannt. Ein österreichischer Abgeordneter, Hauptmann Möring, stellte (22. Juli) den Antrag: die Centralgewalt möge unverzüglich die nöthigen Anstalten zum Bündnisse mit Ungarn treffen; der Berichterstatter des internationalen Ausschusses, Wydenbrugk, schloß sich demselben unbedingt an:*) so reger Sympathie auf halbem Wege entgegenzukommen, erschien dem ungarischen Reichstage als eine Ehrenpflicht. Auf die Aufforderung Gorove's erklärte das Unterhaus (3. August) einstimmig seinen aufrichtigen Wunsch einer engen Allianz zwischen den beiden Zukunftsstaaten.

An diese im Ganzen unschuldigen Demonstrationen knüpfte sich aber eine Verhandlung, welche durch Kossuth's Einmischung abermals eine neue Scheidewand zwischen der Pesther und der Wiener Regierung aufrichten sollte. Ladislav Teleki, dessen leidenschaftliche Natur den Gesinnungsgenossen unbequemer war als den Gegnern, erhob sich zu flammender Rede. „Ein Verräther an Deutschland, auch ein Verräther an Oesterreich ist der Mann, welcher sich weigert, der Vereinigung der Erbländer mit Deutschland entgegenzutreten. Es giebt keinen österreichischen Patriotismus. Ein österreichischer Patriotismus ist so wenig denkbar, als etwa ein besonderer Patriotismus auf den verschiedenen Gütern des Fürsten Esterhazy. Oesterreich war bis jetzt kein Staat, sondern eine Familie, welche mannichfache Besitzthümer besaß. Man kann dem Hause Oesterreich und den Erbländern keinen besseren Dienst erweisen, als wenn man ihnen Einheit und Centralisation verleiht und ausspricht, daß dort, wo bisher zwischen den einzelnen Ländern kein Band bestand, die Verschmelzung mit dem deutschen Reiche dieses Band bilden solle." Nyáry eilte, noch einen weiteren Beschluß des Hauses zu erwirken: „Sollte die Wiener Regierung mit der Centralgewalt wegen der Frage der deutschen Einheit in einen Krieg verwickelt werden, so kann die erstere keineswegs auf den Beistand Ungarns hoffen." Vom Standpunkte der Opposition, welche nur nationale Interessen kannte und durch keine diplomatischen Rücksichten gebunden war, ließ sich dieser Antrag rechtfertigen. Wohl aber mußte es Staunen erregen, daß Kossuth unaufgefordert, im Namen des Ministeriums, ohne aber dessen Zustimmung eingeholt zu haben, im gleichen Sinne sich aussprach, ja Nyáry noch an feindseliger Gesinnung gegen den Wiener Hof überbot. Er meinte, es sei ganz natürlich, daß die Aussaat der Märzsympathien schon nach vier Monaten den Haß gegen Ungarn als Frucht getragen habe, da in Wien die reactionäre Partei und das slawische Element vorherrsche, welchen sich das österreichische Ministerium unbedingt unterworfen habe. „Alle drei Factoren arbeiten darauf hin, die sogenannte Absonderung Ungarns wieder aufzuheben. Sollte ihre Absicht verwirklicht werden, so würde entweder

*) Vergl. Stenographische Berichte a. d. deutschen Parlamente. II. S. 1113.

die Herstellung des alten Absolutismus oder der Sturz der Dynastie die unausweichliche Folge sein. Gerettet kann Oesterreich nur werden, wenn die Erbländer sich auf das engste dem deutschen Bundesstaate anschließen, welcher wieder in eine feste Allianz mit dem freien Ungarn treten wird." Er schloß abermals mit der Anrufung der nationalen Leidenschaften. „Der Magyare kann nur als das Glied einer freien selbständigen Nation leben. Eine solche Nation aber kann keine Macht der Erde vernichten, einer solchen Nation, so lange sie dieses stolze Gefühl bewahrt, sichert Gott ein ewiges Leben." Rauschender Beifall begleitete seine Worte; aber auf der Ministerbank herrschte arge Verlegenheit. Wer sollte es der Wiener Regierung verargen, wenn sie sich in den Stand der Nothwehr setzte und eilte, Ungarn unschädlich zu machen, noch ehe dieses die Zeit und die Macht fand, zum Angriffe gegen Oesterreich vorzugehen? Wenige Tage waren erst vergangen, seit der ungarische Reichstag die pragmatische Sanction dahin ausgelegt hatte, daß Ungarn in jedem Vertheidigungskriege Oesterreich beistehen müsse. Ungleich stärker als durch die italienische Nationalität wird das alte Kaiserreich durch die deutschen Einheitsideen in seiner Macht, ja in seinem Bestande bedroht, und nun erklärt ein Mitglied der ungarischen Regierung, in diesem Falle dürfe Oesterreich nicht auf die ungarische Hülfe hoffen. Batthyány und Deák bemühten sich zwar, die Wirkung der Rede Kossuth's abzuschwächen und in den Weg der Versöhnlichkeit einzulenken. Ihrem Einflusse war es zuzuschreiben, daß das Oberhaus den Muth zu einer Abänderung des Nyáry'schen Antrages faßte und denselben in folgender Weise (17. August) formulirte: „Ungarn wird sich mit den Gegnern der deutschen Einheit um so weniger verbinden, als es überzeugt ist, daß die Einigung Deutschlands auch von der Dynastie angestrebt wird und dem Interesse Oesterreichs vollkommen entspricht." Dadurch wurde aber nur bewiesen, daß Kossuth's Auftreten die allgemeine Billigung nicht finde, keineswegs sein gefährlicher Einfluß beseitigt. Blieb er doch nach wie vor im Amte, trotzdem er in seiner Zeitung*) entschieden für die Vereinigung aller nichtdeutschen Erbländer mit Ungarn, für die Uebergabe der Krone an den Erzherzog Franz Joseph agitirte und den alten Kaiserstaat dem Concurse verfallen erklärte.

Die Beschlüsse des Reichstages, die Aeußerungen Kossuth's in der italienischen und deutschen Frage hätten an sich den Hof und die Regierung in Wien noch nicht zu einer offenen Kriegserklärung gegen Ungarn veran-

*) Kossuth Hirlapja v. 1. August: „Wenn die österreichischen und ungarischen Ministerportefeuilles in einer Hand vereinigt sein müssen, so sollen sie es in einer ungarischen Hand sein. Unser Herr und König hat dann zwei Reiche, das eine, wo er vollkommen Souverain und dessen Mittelpunkt Ofen ist, das andere, wo er von Frankfurt abhängt."

laßt. Die angekündigte Feindschaft der Magyaren bezog sich auf künftige Fälle, deren Eintritt zunächst abgewartet werden konnte, um den Ernst der Drohung zu erproben. Keinen Aufschub der Entscheidung duldeten dagegen die Maßregeln, welche der Reichstag wesentlich auf Kossuth's Betreiben in Bezug auf die Armee und die Finanzen faßte. Am 16. August begannen die Verhandlungen über das Recrutirungsgesetz. Ein früheres Votum des Reichstages hatte bereits die Vermehrung der ungarischen Truppen angeordnet; es handelte sich nun darum, ob die alten Regimenter auf einen höheren Stand gebracht, oder die neuen Mannschaften als Kern einer nationalen Armee selbständig gestellt werden sollten. Die meisten Minister, insbesondere Batthyány und Meßaros, sprachen eifrig für die Fortdauer des alten Armeesystems. Der Ministerpräsident schilderte die bedenklichen politischen Folgen einer plötzlichen Armeereform. Für die Einführung eines eigenen nationalen Heeres könne man keinen anderen Grund anführen, als das Mißtrauen in den Patriotismus der alten Regimenter; dennoch müsse man diesen wenigstens vorläufig die Vertheidigung des Vaterlandes anvertrauen. Ob man denn glaube, daß ein solcher Vorwurf, in die Welt hinausgeschleudert, die Sache nicht noch verschlimmern, nicht auch die Wohlmeinenden, deren Ehre man verketzert, von sich stoßen werde? Nimmermehr könne man ferner für einen radicalen Wechsel in der Heeresorganisation die freiwillige Zustimmung des Königs erhalten, und werde, wenn man sie erzwingen wolle, die so sehr gefürchtete Krisis herbeiführen. Meßaros vertheidigte vom administrativen Standpunkte die alte Heeresverfassung, erklärte es rundweg für eine bare Unmöglichkeit, auf der Stelle eine nationale Armee zu organisiren, ohne die militärischen Verhältnisse vollkommen zu verwirren und die Wehrkraft des Landes zu schwächen. Er überzeugte die Linke nicht. Teleki, Madaraß, Nyáry ergriffen nach einander das Wort, um den eigensinnigen Kriegsminister zu widerlegen. Ihr Spott auf die allerdings wenig kleidsame Soldatenuniform — die deutschen Schwalbenschwänze — verfing nicht; Meßaros konnte ihnen mit Fug entgegenhalten, ob Schwalbenschweif, ob Attila, auf das Kleid komme es nicht an, auch die Schwalbenschwänze hätten zu siegen verstanden. Die ernsten Einreden dagegen, die Regierung wolle erst die Armee deutsch machen, um sie später zu magyarisiren, sie schaffe Schwierigkeiten, wo solche nicht vorhanden seien, und setze mit ihren Vertröstungen auf eine künftige Zeit nur die Politik der früheren Regierung fort, übten Eindruck auf die Versammlung. Teleki hatte Recht, wenn er die Forderung einer nationalen Armee als ein legitimes, durch die einstimmigen Vota aller früheren Reichstage sanctionirtes Verlangen darstellte. Doch hätte schwerlich die Opposition den Sieg errungen, wäre nicht abermals Kossuth mit seiner zweideutigen Versöhnungspolitik dazwischen getreten. Dem Scheine nach erbat er sich ein Zugeständniß der Linken, in der Wirklichkeit bereitete er ihren Triumph vor

und opferte dem lockenden Schimmer der Popularität die Existenz des Ministeriums. Grundsätzlich, behauptete er, müsse auch die Regierung für die nationale Organisation der Armee stimmen, dieselbe liege überdies im wohlverstandenen Interesse der Dynastie, denn auf ein ungarisches Heer könne sich der König doppelt sicher verlassen. Er weiche daher von den furchtsamen Anschauungen des Kriegsministers weit ab. Man müsse aber dessen Empfindlichkeit schonen; daher trage er darauf an, je drei Bataillone der ungarischen Regimenter in der üblichen Weise zu ergänzen, die vierten Bataillone dagegen auf nationalem Fuße einzurichten. Er verlangte mit anderen Worten die Aufstellung einer doppelten Armee. Auf die dringenden Bitten Kossuth's gab Meßaros nach. „Ich beuge mich dem Wunsche des Hauses, obgleich ich dadurch mein gegebenes Wort breche und die schlimmsten Folgen für die Disciplin des Heeres aus dem eben gefaßten Beschlusse fürchte."

Viele eifrige Patrioten wurden weder durch die große Majorität, welche für Kossuth's Plan einstand, noch durch den rauschenden Jubel, welcher seine Rede begleitete, in ihrer Ueberzeugung wankend, daß der Reichstag durch diese Maßregel einen abschüssigen Pfad einschlage, und besser gethan hätte, sofort die Nationalisirung aller ungarischen Truppen zu decretiren, als eine Doppelarmee aufzustellen, die nothwendig durch Eifersucht und Haß auseinander fallen müsse. Wenn die Hälfte der neugeworbenen Mannschaft den deutschen Rock, die andere den Attila trägt, wird nicht jene darin eine unverschuldete Herabwürdigung erblicken, werden nicht die alten Regimenter und besonders das Officiercorps derselben in der äußeren Absonderung eine gewisse Rechtfertigung finden, die nationale Sache als eine fremde aufzufassen? Zu solchen und ähnlichen Erwägungen war aber keine Zeit mehr vorhanden. Am 21. August kamen nach Pesth Nachrichten aus dem Süden, welche eine revolutionäre Politik als die einzig richtige empfehlen mußten und die nationale Leidenschaft auf das Höchste spannten.

Der zwischen den Magyaren und Serben geschlossene Waffenstillstand (24. Juni bis 10. Juli) hatte während seiner Dauer die Kampfwuth der Gegner nicht zurückhalten können. In Neusatz kam es bei Gelegenheit der Wahl eines Abgeordneten zum ungarischen Reichstage (26. Juni) zu blutigen Händeln; an den Römerschanzen in der Bacska wechselten Serben und Ungarn tagtäglich Schüsse; in den offenen Ortschaften des Banates erschienen zu wiederholten Malen Mordbrenner. Sie schwuren bald bei Kossuth, bald bei Rajačić, zeigten aber alle die gleiche Grausamkeit, dieselbe Plünderungslust. Konnten solche Scenen, so lange noch der Waffenstillstand galt, vorfallen, wie mußte sich erst die Lage des unglücklichen Landes nach dem Ablaufe desselben gestalten! Auf beiden Seiten wurde das Standrecht*)

*) Die Proclamation des Serbenführers Stratimirowić (Pancsowa 24. Juli) lau-

proclamirt, jeder der es mit dem Gegner hielt, mit dem Tode nicht allein bedroht, sondern auch bestraft. Da die meisten Ortschaften nach einander in die Gewalt der einen und der andern Partei geriethen, so fühlten alle Bewohner gleichmäßig die Geißel des Siegers, wurden die Anhänger beider Parteien ohne Unterschied, nur die Einen früher, die Andern später, an Leben und Eigenthum geschädigt.*)

Im Allgemeinen zogen die Serben aus dem Waffenstillstande bessere Früchte, als die ungarische Regierung. Die letztere sah täglich das Mißtrauen und die feindliche Stimmung in den Reihen der Armee wachsen und mußte jeden Schritt in der Organisation der nationalen Wehrkraft mit dem Abfalle alter Truppen theuer bezahlen. Ehe ein magyarisches Heer bis zur Feldtüchtigkeit ausgebildet werden konnte, drohte die bestehende Armee vollständig zu schmelzen und das Land schutzlos zu lassen. Dagegen besserten sich mit jedem Tage die militärischen Verhältnisse der Serben. Dieselben benutzten die Waffenruhe, um ihre Rüstung zu vollenden. Sie vermehrten die Zahl der stehenden Lager und betrieben den Zuzug aus dem türkischen Serbien, wo der Fürst, von den entgegengesetzten Einflüssen des Volkswillens und der abmahnenden Pforte hin und hergetrieben, sich blind stellte, seine Neutralität versicherte, doch es geschehen ließ, daß Waffen und Mannschaften über die Donau gebracht wurden. Auch der fühlbare Mangel an kriegskundigen Führern begann allmälich sich zu heben. Es war nicht genug, daß die Officiere der

---

tete: Das Banat ist die Heimat der Serben, mit ihrem Blute den Türken abgerungen; alle anderen Stämme sind fremde Ansiedler. Dennoch wollen die Serben mit ihnen Brüderschaft halten; wer aber gegen uns auftritt, den werden wir fürchterlich strafen. Wir führen den Krieg im Namen Gottes, der Freiheit und des Kaisers. Wir befehlen mit Zustimmung des Nationalausschusses: Bis zum Ende des Kampfes bleiben sowohl die Civil- wie die Militärbehörden suspendirt; dagegen ist den Anordnungen des Nationalausschusses in Karlowitz, sowie dessen Filialen unbedingter Gehorsam zu leisten. Alle nicht serbischen Bewohner des Banates liefern ihre Waffen aus, alle vom Hofe oder dem Wiener Ministerium einlaufenden Zuschriften werden dem Nationalausschusse zur Prüfung vorgelegt.

*) Magyarische und serbische Journale aus d. J. 1848 liefern zahlreiche Proben der kannibalischen Grausamkeit, mit welcher im Banate gehaust wurde. Natürlich heben sie bloß die Schandthaten des Gegners hervor, verschweigen die auf Freundesseite verübten. In Wahrheit aber kann man nur sagen, daß es zweifelhaft bleibt, welche Partei die andere an Brutalität übertraf. Die Magyaren henkten ihre Gefangenen, die Serben schnitten ihnen die Köpfe ab, die Magyaren pfählten, die Serben rösteten ihre Gegner bei lebendigem Leibe, die Magyaren blendeten gefangene Spione, die Serben schnitten ihnen die Zunge aus, die Magyaren erschlugen Unschuldige und zerstörten die serbischen Dörfer, die Serben ermordeten auch Weiber und steckten ungarische Ansiedlungen in Brand. Eines muß übrigens ausdrücklich bemerkt werden, daß über die von den Ungarn verübten Greuelthaten nur die slawischen Parteiblätter berichten, dagegen über die Unmenschlichkeit der serbischen Freischaaren zuerst und am lautesten die österreichischen Feldherrn Beschwerde führen.

gegenüberstehenden Regimenter sich beharrlich weigerten, gegen die kaiserlichen Grenzsoldaten das Schwert zu ziehen, die serbischen Freischaaren mußten in ihren eigenen Führern die Bürgschaft des Sieges erblicken. Bereits in den ersten Julitagen erhielten kaiserliche Officiere vom österreichischen Kriegsminister die Erlaubniß, sich den Insurgenten anzuschließen*); Grenzofficiere, bisher so spröde, gewannen den Muth, Patente des Karlowitzer Odbor anzunehmen und das Commando über einzelne Serbenlager zu führen. Auch die Furcht, durch eigenmächtige Parteinahme eine große persönliche Verantwortung auf sich zu laden und die Gesetze der Disciplin zu brechen, verlor sich, seitdem der Banus zwei Bataillons des Peterwardeiner Regimentes auf dem Marsche nach Italien anhielt und ihnen befahl, sich in Karlowitz zu sammeln, seitdem der österreichische Consul in Belgrad, Oberst Mayerhoffer, ein kleiner Metternich, die serbische Revolution unter seinen Schutz nahm und alle Zweifel an der Loyalität der Insurgenten widerlegte. Wohl hätten die Serben klüger gehandelt, die zudringliche Protection kaiserlicher Stabsofficiere und Diplomaten zurückzuweisen, da sich hinter derselben das Streben barg, die nationale Regierung von ihren ursprünglichen Zielen abzulenken. Doch die Noth und das augenblickliche Bedürfniß geschulter Führer duldete keine Wahl. Die Serben gewannen wenigstens den einen Vortheil, daß sie besser gerüstet und mit reicheren materiellen Hilfsmitteln versehen den Kampf nach Ablauf des Waffenstillstandes wieder beginnen konnten.

Sowohl im Banate, wie in der durch die Theiß vom Banate getrennten Bacska kam es bereits im Juli zu zahlreichen Gefechten. Dort, wo die Serben an dem überrumpelten Pancsowa, die Magyaren an dem deutschen Weißkirchen ihre wichtigsten Stützpunkte besaßen, bei der gemischten Bevölkerung die Kräfte beider Parteien sich ziemlich die Wage hielten, blieb es bei bloßen Scharmützeln ohne alle Entscheidung. Den Serben mißlangen die Angriffe auf Ecska und Groß-Beckerek, ebenso wie der Rachezug gegen Werschetz (10. Juli), welchen sie unternahmen, um für die Verwüstung eines serbischen Dorfes durch ungarische Freiwillige Vergeltung zu üben. Oberst Blomberg von Schwarzenberg-Uhlanen trieb die Serben in das Lager von Alibunar zurück und nahm mehrere ihrer Führer gefangen, die am 19. Juli in Temesvar als Hochverräther von Henkershand starben. Aber auch die Magyaren, welche — neben Blomberg — der Husarenoberst Kiß, der reichste Gutsbesitzer des Banates, commandirte, errangen keine nachhaltigen Erfolge, sie konnten nicht tief und dauernd in die Banatgrenze eindringen, die wiederholte Ansammlung der Serben in den verschiedenen Lagern nicht hindern. Es war, abgesehen

*) Vgl. die Erlebnisse eines k. k. Officiers im serbischen Armeecorps. Wien 1861. S. 13.

von einzelnen Brutalitäten, ein Krieg, wie sich ihn der Genremaler wünscht. Die Artillerie spielte keine hervorragende Rolle, geschlossene Schlachten kamen gar nicht vor. Drohte ein Angriff des Feindes, so eilte die serbische Mannschaft auf Wagen herbei, Weiber, Kinder schlossen sich ihr an und halfen mitunter auch im Kampfe. Proben gewaltiger Tapferkeit wurden von Einzelnen verübt, Persönlichkeiten, wohl würdig, als Helden einer Ballade zu glänzen, wie der Kapetan Jancsa und die Wachtel (prepelica), sein Schlachtroß, das er dem Feinde nicht lebend gönnt, tauchen auf; dabei fehlte es auch an komischen Vorgängen nicht, so wenn der Commandant seine Truppen trotz der wogenden Schlacht vom labenden Brunnen nicht wegbringen kann, oder wenn die Serben, um von der Hitze weniger zu leiden, die Patrontasche über den nackten Leib hängen und in dieser paradiesischen Tracht dem Gegner entgegenziehen.

Von größerer Bedeutung waren die Kämpfe in der Bacska. Die Serben hatten hier den Ungarn in der Besetzung der wichtigsten Punkte einen entschiedenen Vorsprung abgewonnen. In ihrer Gewalt war der Tschaikistendistrikt mit dem Titler Plateau, dessen Besitz allein Offensivbewegungen gegen das Banat gestattet hätte, in ihren Händen befanden sich die Römerschanzen und am Franzenskanal, welcher die Landschaft quer durchschneidet, Szent Tomasch, auf drei Seiten von Sumpf und Wasser umgeben, in der jüngsten Zeit noch durch die Anlage einer Sternschanze (Srbobran), eines Brückenkopfes und ausgedehnter Brustwehren gesichert. An der Eroberung dieses Bollwerkes mußte den Ungarn Alles liegen; entrissen sie es den Händen der Serben, so sicherten sie sich die Herrschaft über den Franzenskanal und die untere Theiß, und konnten die südliche Hälfte der Bacska, den Hauptsammelplatz der Serben, widerstandslos occupiren. Bereits am 14. Juli versuchte General Bechtold, welcher die ungarischen Truppen in der nördlichen Bacska befehligte, einen Angriff auf Szent Tomasch. Nur ein Feldwebel Bosnič leitete die Vertheidigung, entwickelte aber gegenüber dem durch seine theoretischen Kenntnisse berühmten General eine solche „Kraft", daß dieser es „für gut fand, die Angriffscolonne zurückzuziehen und die alte Position in O-Becse wieder einzunehmen."*) Nicht genug daran. An strategischer Wichtigkeit wetteiferte mit Szent Tomasch der Flecken Földvar, an der Ausmündung des Franzenskanals in die Theiß. Auch diesen Punkt räumte Bechtold, weil er fand, daß derselbe „keine 1400 Schritte von den Römerschanzen entfernt liegt, diese aber von mehreren Tausend bewaffneten Rebellen besetzt gehalten werden."**) Die Summe der Truppen, über welche Bechtold gebot, betrug nahezu 10000 Mann. Natürlich beeilten sich die Serben, aus dem

*) Amtlicher Bericht Bechtold's aus dem Szegedin-Theresiopoler Lager an den Kriegsminister v. 15. Juli.
**) Amtlicher Bericht Bechtold's v. 18. Juli.

Fehler des Feindes Vortheil zu ziehen. Sie besetzten Földvar und verstärkten die Position von Szent Tomasch. Als am 19. August Bechtold den Angriff wiederholte, stieß er auf einen ungleich härteren Widerstand. Sein Kanonenfeuer wurde kräftig erwidert, seine Sturmcolonnen von den Vertheidigern erfolgreich zurückgewiesen. Dennoch wäre der Sieg schließlich den Ungarn geblieben, wenn nicht Bechtold seine Kräfte zersplittert, den Angriff auf zu vielen Punkten gleichzeitig unternommen hätte. Der Oberst Bakonyi an der Spitze des ungarischen Regimentes Alexander hatte bereits die Schanzen, welche den Krivajasumpf mit dem Franzenskanal verbanden, überstiegen und drohte trotz alles Heroismus der Besatzung in das Innere von Szent Tomasch einzudringen. In diesem entscheidenden Momente besaß der österreichische Feldherr auch nicht einen Soldaten unter der Hand, um die eingedrungenen Truppen zu unterstützen. Bakonyi mußte die Schanzen verlassen, die ungarische Armee den Rückzug in das Verbaser Lager unverrichteter Dinge wieder antreten. Bechtold erzählt in seinem Schlachtbericht: „Das Resultat des Kampfes war, daß wir trotz aller Kraftanstrengung und der Tapferkeit unserer Truppen in den Besitz von Szent Tomasch nicht gelangen konnten und obzwar ermüdet, doch wohlgeordnet uns zurückzogen."

Diese Nachricht war es, welche in Pesth (21. August) die Volksleidenschaft aufstachelte und die Opposition im Reichstage zu heftigen Anklagen gegen die Regierung reizte. Der ungarische Nationalstolz ertrug den Triumph serbischer Waffen am wenigsten. Räuberhorden, feiges Gesindel, welches der erste Trompetenstoß wegblasen würde, hatte man die Insurgenten geschimpft und nun war eine Uebermacht ungarischer Truppen durch dieselben in schimpfliche Flucht geschlagen worden. Auch politische Gründe ließen die erlittene Niederlage schmerzlich empfinden. Die ungarische Regierung brauchte den Sieg, um auf den Wiener Hof einen Druck ausüben zu können. Ein militärischer Erfolg hätte die Armee der ungarischen Sache günstiger gestimmt, die Unterdrückung der serbischen Revolution den Banus zur Nachgiebigkeit gezwungen und die österreichische Mediation gegenstandslos gemacht. Moritz Perczel gab im Reichstage der erregten Stimmung Ausdruck. Er beschuldigte die Kriegsleitung geradezu des Verrathes. Es sei nicht möglich, solche Dispositionen zu treffen, wie sie bei dem Angriffe auf Szent Tomasch beliebt wurden, außer wenn man absichtlich den Sieg dem Feinde zuwenden wolle. Er verlangte die Absendung außerordentlicher Commissäre nach dem Kriegsschauplatze, er wollte dem General Bechtold den Proceß gemacht wissen und erklärte auch den Kriegsminister Meßaros des Vertrauens des Reichstages unwürdig. Die Minister kannten die mißliche Lage der Dinge an der untern Donau gar wohl und wußten, daß Perczel's Anklagen nicht ganz unbegründet waren. Schon am 16. Juli hatten Officiere eines galizischen Regimentes dem General Bechtold gegenüber ihre entschiedene

Weigerung, gegen die Grenzer, die Slawen überhaupt zu fechten, kundgegeben, einige Wochen später das Officiercorps der Esseger Garnison sich in dem Kampfe zwischen Ungarn und Serben neutral erklärt. Oberst Blomberg im Banate verhandelte eifrig mit dem serbenfreundlichen Mayerhoffer, sogar Hrabowsky weigerte sich nicht, mit dem geächteten Banus (19. Juli) Conferenzen abzuhalten. Das Ministerium war gezwungen, aus der Noth eine Tugend zu machen und den Austausch der nicht ungarischen Regimenter auf dem Kriegsschauplatze mit ungarischen Truppenkörpern in den Erbländern*) in Wien zu erbitten. Dennoch wollte es Perczel nicht Recht geben, und trat für Meßaros und Bechtold im Reichstage in die Schranken. Es sollte ein vorzeitiger Ausbruch der Krisis vermieden, die von Perczel und der Opposition angeklagten österreichischen Officiere nicht schon jetzt zu einer offenen Kundgebung ihrer Sympathien gereizt werden. Das konnte aber nicht verhütet werden, daß die sichtliche Ohnmacht der Magyaren im Felde ihre Gegner zur Energie anspornte und diesen den Muth zu weiteren Rüstungen verlieh. Kaum bedurfte es noch der feindseligen Finanzpolitik Kossuth's, um namentlich die Wiener Regierung aus ihrer Lethargie aufzurütteln und zu einer entschiedenen Parteinahme für Jellačić zu bestimmen.

Am 24. August begannen im Unterhause die Budgetberathungen. Kossuth hatte bei dem Antritte des Ministeriums eine halbe Million Gulden im ungarischen Staatsschatz vorgefunden. Bis zum Jahresschlusse hoffte er noch 10 Millionen einzunehmen, dagegen mußte er auf eine Ausgabe von 28 Millionen — darunter 16 Millionen für die Kriegsrüstungen — sich vorbereiten. Das Budget für das nächste Jahr berechnete er auf 16 Millionen Einnahmen und, im Falle der Krieg fortdauern sollte, 62 Millionen Ausgaben. Das Deficit sollte theils durch eine Anleihe, theils durch Banknotenemission gedeckt werden. Auch auf die Reform der bestehenden Steuern und die Auffindung neuer Steuer-

*) Dieser Austausch wurde durch einen kaiserlichen Befehl v. 20. August, den noch Esterházy contrasignirte, bestätigt. Für den Standpunkt, welchen damals noch das Wiener Ministerium einnahm, ist die Antwort Latour's im österreichischen Reichstage auf eine Interpellatien charakteristisch: Er beklagte den Krieg als einen unnatürlichen, da beide Parteien demselben Monarchen gehorchen. „Der Kaiser ist angegangen werden, in seiner Weisheit ein Mittel zu finden, um diesem Zustande ein Ende zu machen, was aber nur erreicht werden kann, wenn die Rathgeber der ungarischen Krone thätig mitwirken, da auf sie allein die Verantwortlichkeit fällt. Ich wünschte, daß die ungarischen Officiere aus den deutschen Regimentern den Wunsch aussprächen, zu den vaterländischen Truppen versetzt zu werden, aber bis jetzt haben dieses nur Wenige gethan, denn selbst ungarische Officiere haben eine Abneigung in diesen Kampf zu geben." (Stenogr. Verhandl. des Oesterr. Reichst. I. S. 714.) Eine unbedingte Parteinahme lag also am 22. August noch nicht in der Absicht des Wiener Ministeriums; man wollte nur, daß nicht noch solche Truppentheile in den Kampf hineingezogen würden, welche kein Interesse an demselben hatten.

objecte war er bedacht gewesen. Unter den letzteren stand die „Abwesenheit vom Lande" obenan. Alle Absentisten, welche sich außerhalb Ungarns aufhalten, sollten die doppelten-directen Steuern bezahlen. Der Zweck dieser Steuer war durchsichtig genug. Kein Patriot wurde von derselben getroffen, dagegen machte sie sich den conservativen Magnaten, welche vor den Stürmen der Revolution in Wien Zuflucht gesucht, überaus fühlbar.

Die Aufstellung eines förmlichen Staatsbudgets, als ob Ungarn bereits feierlich in die Familie der selbständigen Reiche Europa's aufgenommen wäre, fand selbst im Kreise der Opposition, so wenig sie auch Oesterreich liebte, einen geringen Beifall. Spöttisch fragte Madaraß den Ministerpräsidenten, wo denn die Diplomaten wären, für deren Bewirthung er sich so ansehnliche Tafelgelder anweisen lasse? Im Ernste entrüstet war man in Wien über die Rücksichtslosigkeit, mit welcher Kossuth über die Finanzen und den Credit Ungarns verfügte, für eine besondere ungarische Diplomatie, für ein unabhängiges ungarisches Heer im Budget Gelder auswarf, als ob Oesterreich vollständig aus dem Dasein gestrichen wäre. Auch an kleinen Nadelstichen ließ es Kossuth, so oft sich ihm die Gelegenheit darbot, nicht fehlen. Die Wiener Nationalbank besaß das ausschließliche Privilegium zur Ausgabe von Papiergeld in Oesterreich. Selbstverständlich mußte das Wiener Ministerium den Umlauf ungarischer Guldennoten wenigstens in den Erbländern verbieten. Darin erblickte aber Kossuth eine absichtliche Gehässigkeit und verbot nun auch seinerseits „als Repressalie" die Annahme der österreichischen Guldennoten bei den ungarischen Staatskassen; auch die Silberausfuhr über den Betrag von 500 Gulden hinaus blieb untersagt und die Einlösung der ungarischen Noten beschränkt, damit nicht zu Gunsten des österreichischen Papiergeldes Agiotage getrieben, das ungarische Papiergeld als Vermittler benutzt würde, die Wiener Banknoten in Silber umzusetzen. Bei so allseitig gespannter Atmosphäre mußte man in jedem Augenblicke den Ausbruch des politischen Gewitters gewärtigen.

Ueber die Stimmung des Hofes, über die politischen Anschauungen des Wiener Ministeriums in Bezug auf Ungarn herrschte längst kein Zweifel mehr. Am Hofe sah man in allen Vorgängen zu Pesth nur die fortgesetzte Revolution, welche um so gefährlicher erschien, als sie durch Kossuth auch in die Regierungskreise eingedrungen war. Das Wiener Ministerium erblickte in dem ungarischen Cabinet eine Concurrenzregierung, deren längere Dauer mit dem eigenen Bestande unvereinbar war. Nur fehlten die Handhaben und die Machtmittel, um die feindselige Gesinnung auch durch die That zu bekräftigen. Beides bot sich endlich im Spätsommer der Wiener Regierung dar. Mit ängstlicher Sorge hatte sie die Bemühungen der Ungarn, den Kaiser zur Uebersiedlung nach Ofen zu bewegen, beobachtet. So lange der letztere in Innsbruck weilte, blieb die Gefahr, daß er dem dringenden Verlangen der Ungarn doch schließlich

nachgeben werde, blieb jedenfalls die Möglichkeit ausgeschlossen, den Palatin seiner Alter-ego-Würde zu entkleiden. Der Kaiser in Innsbruck hieß krank und mußte demnach einen Stellvertreter haben. Erst seine Rückkehr nach Wien bahnte den Weg zu einem unmittelbaren Eingreifen in die ungarischen Wirren. In Pesth ahnte man gar wohl, daß in diesem Falle die Stunde der Entscheidung näher gerückt sei, und eilte noch im letzten Augenblicke auf den Hof in Innsbruck einen kräftigen Druck zu üben. Ladislav Teleki, welchen sonst die Pietät für die Dynastie nicht übermäßig beschwerte, stellte im Reichstage (24. Juli) den Antrag, durch eine außerordentliche Deputation nochmals die Verlegung der kaiserlichen Residenz nach Ofen zu erbitten. Nun war auch für das Wiener Ministerium die höchste Zeit zu handeln. Es wußte, daß die Bitte der ungarischen Deputation keine Erhörung finden werde; würde aber die abschlägige Antwort allein durch die Krankheit des Kaisers begründet, so mußte auch die Rückkehr nach Wien verschoben bleiben, und ging die Angriffsbasis im Feldzuge gegen die ungarischen Sondergelüste verloren. Doblhoff säumte nicht, im Namen des Wiener Ministeriums den österreichischen Reichstag (29. Juli) zu einem gleichen Schritte aufzufordern. Er hütete sich natürlich vor dem versammelten Reichstage diese geheimen politischen Fäden zu spinnen; es gab ja noch andere schwer wiegende Motive*), welche die Rückkehr des Kaisers wünschenswerth machten. Schwerlich hätten jedoch auch die conservativen Mitglieder, Stadion an der Spitze, für das Recht des Reichstages, den Kaiser zurückzurufen, gesprochen, gewiß die Minister die anmaßende Sprache unreifer Liberaler nicht so geduldig hingenommen, wenn die Rücksicht auf die ungarischen Verhältnisse nicht so zwingender Art gewesen wäre.

Das Wiener Ministerium trug den Sieg davon. Als die Deputation der ungarischen Magnaten und Abgeordneten in Innsbruck (8. August) anlangte, fand sie den Hof bereits mit den Vorbereitungen zur Rückkehr nach Wien beschäftigt und erhielt auf ihre Bitte, „der Monarch möge seine königlichen Rechte persönlich in der Mitte seiner getreuen Nation ausüben", folgende vieldeutige Antwort: „Ihren Wunsch, durch die Sanction der Gesetze den Reichstag persönlich zu schließen, werde ich erfüllen, wenn die Vorsehung es mir gestattet."

Bei der scharfen Trennung der österreichischen und ungarischen Administration würde das Wiener Ministerium nur mühsam das Recht, einzusprechen und sich einzumischen, erobert haben, wenn nicht die ungarische Regierung selbst in einem unbedachten Augenblicke es ihr gegeben hätte. Als die Mediation des Erzherzog Johann, wie alle früheren Vermittelungsversuche, sich erfolglos bewiesen, richtete Batthyány an das Wiener Cabinet eine Note, in welcher er sich darüber Auskunft erbat, ob das

*) Vgl. S. 409.

Wiener Ministerium die pragmatische Sanction in Bezug auf die Integrität der ungarischen Kronländer anerkenne, und ob es mit Rücksicht auf die Bestimmungen der pragmatischen Sanction Ungarn in dem Kampfe gegen Kroatien unterstützen wolle. Die Antwort lautete: „Das Ministerium ist entschlossen, die Geltung der pragmatischen Sanction in allen ihren Richtungen aufrecht zu erhalten, es glaubt aber nicht, daß die Kroaten die Absicht hegen, sich von der Krone Ungarns loszureißen, es muß vielmehr darauf aufmerksam machen, daß auch der Banus seine Forderungen auf die pragmatische Sanction stützt. Das Ministerium wird die Sachlage untersuchen und nach gründlicher Erörterung der staatsrechtlichen Verhältnisse sein Urtheil abgeben."*) Aus dem kühl abweisenden Tone der Antwort ließ sich bereits erkennen, welcher Seite die Sympathien der Wiener Regierung zuneigten. Doch damit ja kein Zweifel darüber walte, erging sich Doblhoff, als er im Reichstage (8. Aug.) von dem Stande der Verhandlungen erzählte, in heftigen Anklagen gegen Kossuth und die ungarische Regierung. „Ihre einseitige, selbstsüchtige und undankbare Politik kann keine lange Dauer haben; sie trägt den Keim des Todes in sich." Doblhoff kündigte gleichzeitig das baldige Erscheinen einer Staatsschrift an, welche alle zwischen Oesterreich und Ungarn schwebenden Fragen erörtern sollte. Auf die Schlußfolgerungen derselben übte die glückliche Wendung der Dinge in Italien den größten Einfluß.

Nach dem siegreichen Zuge Radetzky's nach Vicenza, nach der Capitulation Peschiera's und der Besetzung Rivoli's, dessen Wichtigkeit man übrigens übertrieb, durch die Sardinier ruhten die Waffen. Die österreichische Armee benutzte die Kampfpause, um ihre Organisation zu vollenden, die Verpflegung besser zu ordnen und die durch Krankheiten mehr noch als durch Verluste in den Schlachten gerissenen Lücken wieder zu ergänzen. Sie hatte nur ein Ziel vor Augen: den Feind zu schlagen, und rüstete sich ausschließlich für dasselbe. Nicht so gut wurde es dem Könige von Sardinien. Wohl hegte auch er keinen leidenschaftlicheren Wunsch, als die Oesterreicher über die Alpen zurückzujagen, dabei mußte er aber sein Auge stets auch nach rückwärts gerichtet halten, um die wilden Strömungen des italienischen Volksgeistes zu beobachten und mit den verschiedenen Parteien abzurechnen. Seine Sorgen und auch seine Leiden waren in dem Augenblicke, wo das Schlachtgetümmel ruhte, die im Lande herrschenden Stimmungen sich hörbar machten, am größten. Dann regten sich die Allerweltsklugen mit ihren Rathschlägen, die Ungeduldigen mit ihrem blinden Vorwärtshetzen, die Furchtsamen mit ihrem ewigen Mißtrauen bald in den guten Willen, bald in die Fähigkeiten des Königs; dann gewann jenes unverständige Treiben Bedeutung, welches einer

*) Verhandlungen des österr. Reichstages (Stenogr. Berichte) I. S. 416.

der edelsten Italiener, Giusti*), in classischer Weise schildert, dann „verwandelt sich der Gardasee in eine Pfütze und der Mincio in ein schwaches Rinnsal, Männer und Pferde bekommen Flügel, die Kanonen ziehen und laden sich von selbst und treffen selbst die rechten Ziele, jeder Soldat hat einen Raben zur Seite, wie Elias der Prophet, und wird von diesem verpflegt, das Werk eines Monates hätte in einem Tage abgethan sein sollen, zur Arbeit eines Tages wurde — in der Phantasie der Furchtsamen und Ungeduldigen — ein volles Jahr verwendet." Schweres Unglück hat seitdem die politischen Tugenden der Italiener gereift, ihre Fähigkeit, das Einzelne und Persönliche dem Allgemeinen und Sachlichen unterzuordnen, in einem Grade entwickelt, daß sie manchen Völkern darin zum Vorbilde dienen können; im Jahre 1848 hatten sie die politischen Kinderschuhe noch nicht ausgetreten. Die Mängel der politischen Bildung bei den Italienern wurden für den Ausgang des Kampfes verhängnißvoller als die militärischen Fehler, welche sich Carlo Alberto und seine Generale zu Schulden kommen ließen. Ohne einen festen Plan, ohne ein klares Ziel beginnt Carlo Alberto am 12. Juli die Offensivbewegung**), nur um dem Zersetzungsprocesse der politischen Parteien in seinem Rücken Einhalt zu gebieten. Drei Wochen später steht Radetzky vor Mailand. Es war ihm gelungen, während die Sardinier sich zur Eroberung Mantua's anschickten, ihr geschwächtes Centrum zu durchbrechen (23. Juli), die Höhen von Sommacampagna, S. Justina, Soma und Madonna del Monte zu nehmen, und trotz des Vortheiles, welchen das italienische Heer (24. Juli) über eine starke österreichische Brigade, von Simbschen commandirt, errang, jenes bei Custozza (25. Juli) so vollkommen zu schlagen, daß der Ausgang des Krieges nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Das Gefecht in Volta, von allen Schrecken der Nacht und fanatischer Verzweiflung begleitet, änderte in der Sachlage nichts. Die sardinische Armee war demoralisirt und näherte sich mit jedem Schritte, den sie zurückzuweichen gezwungen war, ihrer Auflösung. Da die Oesterreicher von einem Waffenstillstande nichts wissen wollten, politische Rücksichten den König zwangen, die strategisch allein richtige Rückzugslinie hinter den Po aufzugeben, so vollzog sich das Schicksal der Lombardei mit furchtbarer Schnelligkeit. Am 3. August langte Carlo Alberto mit den Trümmern seines Heeres in Mailand an, drei Tage später mußte er es, vom Hasse des Mailänder Pöbels verfolgt, heimlich gleich einem Geächteten verlassen; am Morgen des 6. August rückte der Feldmarschall als Triumphator in die Stadt, wehte wieder die schwarz-

*) Brief Giusti's an Adriano Biscardi in dem trefflichen Buche: The tuscan poet Giuseppe Giusti and his times by Susan Horner, London 1864. p. 258.

**) Vgl. Reuchlin, Geschichte Italiens II. S. 251 u. ff.

gelbe Fahne von den Thürmen herab, die Rückkehr der alten Herrschaft verkündend.

Auch wer Oesterreich übel wollte, mußte die unverwüstliche Kraft des greisen Radetzky bewundern, an dem frischen Soldatenleben, das in seinem Lager waltete, sich freuen, die Kühnheit der Entwürfe, die Sicherheit der Ausführung bei allen kriegerischen Operationen anerkennen. Groß war der Opfermuth der Soldaten, groß die Bravour der Officiere, am größten aber der unverzagte patriotische Sinn in allen Reihen des Heeres. Jede österreichische Nationalität zählte ihren Vertreter im Lager des Feldherrn. Der magyarische Husar kämpfte neben dem kroatischen Grenzer, dem polnischen Uhlanen schritt der Tiroler Jäger zur Seite, der czechische Infanterist wetteiferte mit dem deutschen an Tapferkeit; alle zusammen boten das Bild fester Einheit. Dadurch gewann der italienische Krieg für Oesterreich auch eine politische Bedeutung. Wäre Carlo Alberto der Sieger im Felde geblieben, so hätte wahrscheinlich auch der lockerste Verband der österreichischen Stämme jedem einzelnen ein unerträglicher Druck geschienen; ein unglücklicher Ausgang des Krieges würde vielleicht die Existenz Oesterreichs bedroht, jedenfalls die schwersten Verfassungskämpfe hervorgerufen haben. Der Sieg Radetzky's zwang jetzt die Italiener, ihre nationalen Wünsche auf bessere Zeiten zu versparen und sicherte wenigstens im Süden Europa's dem Kaiserstaate seine alte Weltstellung; der Triumph der österreichischen Waffen machte alle Pläne der Gegner, welche etwa auf die Erbschaft Oesterreichs rechneten, zu nichte. Das Wichtigste war aber, daß in der bewährten Organisation der Armee das Muster einer österreichischen Constitution vorlag, die Schöpfer der ersteren das Recht für sich in Anspruch nahmen, auch in den allgemeinen Verfassungsfragen das entscheidende Wort zu sprechen. Wie in der Armee die verschiedenen Nationalitäten einträchtig nebeneinander stehen, im Dienste für den Kaiser ihre Einigung finden, ebenso müssen im Gesammtstaate die einzelnen Stämme durch die Idee eines großen und starken Oesterreichs zusammengehalten werden: eine stramme Centralisation frommt allein Oesterreich, nur durch dieselbe können die unberechtigten Sonderbestrebungen gebändigt werden. In militärischen Kreisen wurde der Gedanke eines centralisirten Oesterreichs geboren und zu einer Zeit bereits gepflegt, in welcher die altgeschulten Staatsmänner noch immer an der lockeren Form eines Reiches festhielten.

Noch waren die Wege nicht geebnet, um diese mit größerer Keckheit als Sachkenntniß entworfenen Pläne systematisch auszuführen, am wenigsten erschien das Wiener Ministerium geeignet, nach einem festen Programm vorzugehen. Der Minister des Innern, Doblhoff, hatte feierlich im Reichstage (8. August) erklärt: „Der Weltgeist macht die Politik." Es war gut, daß sich der Weltgeist mit dieser Aufgabe befaßte, Doblhoff, der nicht einmal im Stande war, auf Befragen eines Deputirten

augenblicklich den Gouverneur von Galizien zu nennen*), zeigte dazu geringe Fähigkeiten. In der ungarischen Frage allein spornte der Selbsterhaltungstrieb das Wiener Cabinet zu größerer Thätigkeit, hier zeigte sich auch zuerst der Wiederschein der muthigen Stimmung, welche die Siege der Armee in Italien bei allen Conservativen weckten. Wenige Tage nach der Rückkehr des Kaisers wurden (22. August) die außerordentlichen Vollmachten des Palatinus zurückgenommen, der unmittelbare Verkehr zwischen dem ungarischen Ministerium und dem Wiener Hofe wiederhergestellt. Ueber die Bedeutung dieser Schritte blieb man nicht lange im Zweifel. Von jetzt an mußte die Sanction für die Reichstagsbeschlüsse in Wien geholt werden; als dieses für das Recrutirungsgesetz und das Anleiheproject geschah, wurde die Bestätigung verweigert. Batthyány und Deák eilten (30. August) nach Wien, um den Sturm zu beschwören. Sie durften sich rühmen, was an ihnen lag, gethan zu haben, um jene Reichstagstagsbeschlüsse in eine mildere Form zu kleiden, sie hatten sich stets gegen Kossuth's leidenschaftliche Politik erklärt. Doch jetzt mußten sie für die Anerkennung der ersteren eintreten. In dem Augenblicke, wo Jellačić offen rüstete, der Commandant seiner Vortruppen, General Neustädter, den nahen Einmarsch in Ungarn, „im Namen des Kaisers" ankündigte, wo es sich also nicht mehr um die Vertheidigung der angeblichen Rechte Kroatiens, sondern um den Angriff auf das Verfassungsrecht Ungarns handelte, war eine Verweigerung der Sanction der Parteinahme für den Banus, einer Kriegserklärung gegen Ungarn gleichzuachten. Die ungarischen Minister verlangten, um in die Situation Klarheit zu bringen, nicht allein die Sanction des Finanz- und Recrutirungsgesetzes, sondern überdies einen Befehl an die in Ungarn garnisonirenden Truppen, der Pesther Regierung zu gehorchen, und ein Verbot an Jellačić, die Rüstungen fortzusetzen; sie wiederholten ferner die Bitte an den Kaiser, durch seine Gegenwart in Ofen alle Gerüchte von einer zwischen dem Monarchen und seiner Regierung bestehenden Span-

*) Man würde die Sache nicht glauben, wäre sie nicht urkundlich bezeugt. Am 25. Juli interpellirte der Abgeordnete Machalski den Minister, wer in diesem Augenblicke Gouverneur von Galizien sei, ob Stadion oder der commandirende General Hammerstein, welcher einzelne Regierungsacte unterzeichnete. Doblhoff antwortete, er müsse sich erst aus den Acten informiren und werde am nächsten Tage Auskunft geben. Machalski wiederholte am folgenden Tage seine Interpellation. Doblhoff bittet abermals um Geduld. Er hat den Auftrag gegeben, die Acten zusammenzustellen, und werde in der nächsten Sitzung über die Sache, die „ihm nicht ganz klar ist", eine ausführliche Erklärung vorlegen. Endlich am 27. Juli erstattet der Minister den Bericht, daß Stadion allerdings am 6. Juni seine Demission eingereicht und einen Stellvertreter bestellt habe. „Im Ministerium ist aber über diese Stellvertretung nichts bekannt geworden, ebenso kann ich den auffallenden Umstand, daß Stadion's Demission bis jetzt keine Erledigung gefunden hat, nur damit erklären, daß ich der Ueberzeugung gelebt habe, diese Demission sei schon längst erledigt." (Stenograph. Berichte I. S. 1[illegible]3, 163, 186.)

nung niederzuschlagen. Die Forderungen wie die Bitte waren berechtigt, wenn man am Hofe noch an dem Standpunkte festhielt, welcher wenigstens officiell in den Innsbrucker Manifesten sich aussprach. Man erinnerte sich aber in Wien nur mit Scham der Zugeständnisse, welche die Ungarn der Noth und Hilflosigkeit des Hofes abgerungen hatten, und geizte durchaus nicht nach dem Ruhme einer consequenten Politik. Am 31. August schrieb der Kaiser an den Palatin, „eine Denkschrift seiner Wiener Minister hätte ihn von der Gefahr überzeugt, welche die seit dem letzten Preßburger Reichstagsschlusse in Ungarn eingeschlagene Richtung dem Gesammtreiche bringe; es thue Noth, die allseitig als sicherer Stützpunkt angenommene pragmatische Sanction zur vollen Geltung zu bringen, eine Verständigung über alle streitigen Punkte rasch herbeizuführen. Zu diesem Ende mögen Mitglieder des ungarischen Cabinets zu einer Conferenz mit dem österreichischen Ministerrathe in Wien sich einfinden, doch sei als Bedingung festzuhalten, daß auch der in seine Aemter und Würden eingesetzte Banus an den Conferenzen theilnehme, die Militärgrenze provisorisch dem Wiener Kriegsministerium untergeordnet, jede Rüstung, jeder Angriff Ungarns gegen Kroatien, Slawonien und die Militärgrenze eingestellt werde." Die letzte Forderung traf den ungarischen Stolz am schwersten. Nach der Zusammenkunft Batthyány's mit Jellačić in Wien waren die ungarischen Truppen an der Drau zurückgezogen worden, wogegen der Banus das Versprechen gab, auch seinerseits die bewaffnete Macht von der Grenze zu entfernen. Diese Zusage hatte Jellačić, wie Batthyány *) behauptet, nicht gehalten, vielmehr bei Varasdin ein beträchtliches Corps in drohender Stellung versammelt. Die ungarische Regierung sah sich gezwungen, in Ermangelung regulärer Truppen eiligst Nationalgarden zu mobilisiren, um wenigstens dem ersten Anpralle des Feindes zu begegnen, und nun sollte sie das Land wehrlos den Wechselfällen einer unsicheren Zukunft überlassen? Freilich deutete das königliche Schreiben an, daß an Jellačić das gleiche Ansinnen gestellt sei. Man traute aber in Ungarn dem Gehorsam des Banus nicht und trug sich

---

*) Verordnung des Ministerpräsidenten an die Behörden zwischen der Donau und Drau v. 15. Aug. Gegen dieselbe protestirte der Banus in seiner „Kundmachung" v. 22. Aug. „Er sei nicht das blinde Werkzeug einer Partei, wie Batthyány behaupte, noch weniger diene er der Reaction. Sein ganzes Leben beweise, daß er den Fortschritt liebe. Auch habe er keineswegs sein Wort gebrochen; er habe gesagt, der Friede sei nur möglich, wenn alles Militär zurückgezogen würde. Das sei aber nicht geschehen. Ungarische Commissäre beunruhigen das Land, und schicken in Slawonien Soldaten auf Execution, um die Wahlen für den Pesther Reichstag zu erzwingen." Allerdings, schloß die Vornahme von Regierungsacten bereits eine feindselige Handlung in sich, so war der Banus in seinem Rechte; welche Frivolität muthete er aber der ungarischen Regierung zu, wenn er verlangte, daß dieselbe seine Anschauungen theile! Es muß übrigens hervorgehoben werden, daß der Banus schon in dieser Kundmachung v. 22. Aug. die Innsbrucker Manifeste als zurückgenommen erklärt.

gerade jetzt zur Unzeit mit bedenklichen Aussprüchen seiner Freunde herum: „Man muß im Herzen des Regenten und nicht in seinen Worten lesen“ oder: „zuweilen ist der Ungehorsam die höchste Unterthanenpflicht.“ Wer leistete der ungarischen Regierung dafür Bürgschaft, daß Jellačić dem Beispiel der Magyaren folgen und gleichfalls entwaffnen werde? Weniger entrüstet zeigten sich die ungarischen Staatsmänner über die anderen Bedingungen des neuen Vermittelungsversuches. Es wurde die Rechtsgiltigkeit der letzten Reichstagsbeschlüsse anerkannt, nur, was seit dem 10. April geschehen war, beklagt und abgeändert gewünscht, es wurde ferner offen zugestanden, daß die Rehabilitation des Banus vom ungarischen Cabinete ausgehen müsse. Zunächst verlangte die „Staatsschrift“ des Wiener Ministeriums eine eingehende Prüfung.

Dieselbe*) begann mit einem historischen Rückblicke auf die Beziehungen zwischen Ungarn und Oesterreich und entwarf ein wahrhaft idyllisches Bild von den alten Zeiten, wo der „deutsche Gewerbefleiß zu seinen Richtpunkten den Bedarf der Ungarländer nahm und der Magyare seinem reichen Boden jene Bestimmung gab, welche ihm der österreichische Begehr nach Schlachtvieh und Tabak empfahl.“ Die stetig steigende Annäherung der beiden Hälften der Monarchie gewann in der pragmatischen Sanction (1723) ihren staatsrechtlichen Ausdruck. Untheilbar und unzertrennlich (indivisibiliter ac inseparabiliter) standen seitdem die einzelnen österreichischen Kronländer zu einander, „die Einheit der obersten Staatsleitung, in der Leitung des Gesammtfinanzwesens, in der Verwaltung und Führung des Heeres“ galten als die unzweifelhafte Folge jenes Vertrages. Oesterreich ist auch stets den Bestimmungen der pragmatischen Sanction nachgekommen; für die Pesther Ueberschwemmten 1839 wurden in allen Provinzen milde Beiträge gesammelt, um Ungarn zu retten, 1809 Napoleon die westlichen Erbländer preisgegeben. „Erst die Mitglieder der ungarischen Reichstagsdeputation, welche am 16. März mit dem Hofe in Wien verhandelte, begannen von der richtigen Auffassung der pragmatischen Sanction abzuweichen. Sie nahmen für das verantwortliche ungarische Ministerium auch die Departements des Handels, des Kriegswesens und der Finanzen in Anspruch, ohne die Beziehungen zu den übrigen Erbländern zu beachten, welchen schon am Tage vorher durch das Patent vom 15. März die Constitution verliehen war.“ Ebenso bestand bereits ein verantwortliches österreichisches Ministerium, lange bevor das ungarische Cabinet organisirt war, bei der Bildung des letzteren mußte daher auf die Rechte und den Wirkungskreis des ersteren Bedacht genommen werden; da dieses nicht geschah, so waren alle den Ungarn gemachten Zugeständnisse als gewaltsam usurpirt, als ungiltig anzusehen.

*) Sie wurde erst am 17. Sept. in den ungarischen Zeitungen publicirt, am 19. von Bach in der Sitzung des Wiener Reichstages vorgelesen.

Die Verfasser der Denkschrift, welche wohl in den Reihen der alten Hofkanzleibeamten zu suchen sind, mochten wohl fühlen, daß sie sich bei einer solchen Argumentation auf unsicherem Boden bewegten, und nicht allein Kossuth's Anhänger, sondern auch die Männer der alten Opposition schwer verletzten. Sie lenkten daher ein und bemühten sich zu zeigen, daß die Wiener Regierung es an Versöhnlichkeit nicht habe fehlen lassen, der Uebermuth der radicalen Partei, die Herrschsucht des ungarischen Ministeriums aber jeden billigen Vergleich verhindere. Auf diese Art hofften sie wenigstens die gute Meinung der billig denkenden Politiker zu gewinnen. Das Sündenregister, welches die Denkschrift entrollte, war lang und gewichtig. Den größten Raum nahmen natürlich Kossuth's Finanzmaßregeln ein, aber auch die Uebergriffe der anderen Minister blieben nicht vergessen. Der Kriegsminister, welchem das freilich undeutliche Gesetz nur die Leitung der Landesvertheidigung zuwies, usurpirte die Gewalt des alten Hofkriegsrathes, als ob dieser nicht durch das Wiener Kriegsministerium ersetzt wäre, und dehnte eigenmächtig seine Wirksamkeit über die Militärgrenze und Siebenbürgen aus. „Aus dem Ministerium für die Beziehungen Ungarns zu den übrigen österreichischen Ländern (Art. III. 13) hat man einen Minister der auswärtigen Angelegenheiten (Külügy-minister) gemacht", welcher sofort den selbständigen diplomatischen Verkehr mit anderen Staaten anbahnte. Endlich wurde dem Palatin in Abwesenheit des Königs die vollziehende Gewalt übertragen, wodurch nothwendig ein Gegensatz zwischen dem ungarischen und nichtungarischen Ministerium hervorgerufen und die Einheit der Monarchie gestört wird.

Vom ungarischen Rechtsstandpunkte ließ sich gegen diese Vorwürfe und Anklagen Mancherlei einwenden. „Die Absendung zweier Individuen nach Frankfurt", über welche sich die Staatsschrift so bitter beschwerte, geschah nicht etwa im Rücken des Wiener Cabinetes, nicht heimlich und hinterlistig. Die Instructionen der ungarischen Gesandten, Pázmándy und Szalay, waren dem österreichischen Ministerpräsidenten Pillersdorff mitgetheilt, von diesem (20. Mai) gebilligt worden: „Ich bin mit der Vollmacht und den Instructionen vollkommen einverstanden und wüßte den Abgeordneten meinerseits keine weiteren Instructionen zu ertheilen." Nach der Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser blieb Szalay allein als ungarischer Bevollmächtigter in Frankfurt zurück. Auch jetzt regte sich von österreichischer Seite noch kein Widerspruch. Zwar ging Szalay's Wunsch, Fürst Felix Lichnowsky möchte als deutscher Gesandter bei dem Palatinus accreditirt werden, nicht in Erfüllung, auch merkte er wohl, daß geheime Intriguen im Gange waren, um den directen diplomatischen Verkehr zu verhindern, aber ein öffentlicher Protest gegen seine Zulassung, eine Verwahrung der österreichischen Rechte kam ihm nicht zu Gesichte. Am 26. August wurde Szalay in feierlicher Audienz vom Reichsverweser empfangen, in den nächstfolgenden Tagen trat er unge-

hindert in geschäftliche Beziehungen zu dem deutschen Reichsminister des Aeußern. Was aber den anderen Beschwerdepunkt, die außerordentlichen Vollmachten des Palatinus betrifft, so mochten dieselben unbequem sein; unerhört und den herrschenden Rechten absolut widersprechend waren sie nicht. Seit Jahrhunderten war anerkannt, daß für den minderjährigen König der Palatinus in Ungarn die Vormundschaft führe; in den übrigen Erbländern dagegen gebührte dieses Recht dem nächsten Agnaten. Das war derselbe Fall, wie er nach dem neuen so hart angefochtenen Gesetze vorlag; dennoch hatte Niemand bis jetzt durch jene verschiedenen Rechtsbestimmungen das Dasein des Reiches bedroht gefunden.

Das politische Urtheil hielt sich übrigens nicht bei den einzelnen Angaben der Staatsschrift lange auf, eilte vielmehr, die Schlußfolgerungen der Verfasser zu erfahren, von deren Inhalte das Schicksal der ungarischen Verfassung, die Frage, ob Krieg oder Frieden, abhing. Die österreichische Staatsschrift erklärte die „Veränderungen, welche die ungarische Landesregierung seit dem März 1848 vorgenommen hatte," mit der pragmatischen Sanction im Widerspruche, sie behauptete dieselben mit dem Wohle des Gesammtstaates und seiner Theile unverträglich und bestritt endlich dem Monarchen das Recht, die erwähnten Zugeständnisse an einen Theil des Gesammtstaates zu machen. „Er hätte dieselben selbst vor den Märzereignissen nicht für sich allein, ohne Einvernehmen mit den einzelnen Provinzialständen gewähren können. Die früher unbeschränkte kaiserliche Macht war nie in solcher Ausdehnung vorhanden und geübt gewesen, daß feierlich geschlossene Recesse und ständische Beschlüsse für sich allein geändert oder aufgehoben worden wären. Das gilt noch viel entschiedener für die Zeit seit dem 15. März 1848, seit der Verleihung der Constitution, von welchem Augenblicke an die legislative Gewalt nicht mehr bei dem Monarchen allein war."

Es gab keinen Ungarn, dem nicht, als er diese Sätze las, das Blut in die Augen trat und die Ueberzeugung klar wurde, daß sein Land erst jetzt die größte, die schwerste Revolution durchkämpfen müsse. Nicht die neuen Errungenschaften, das alte ehrwürdige Recht seines Landes sah er bedroht, die politische Existenz Ungarns, die allen Stürmen bisher siegreich widerstanden, in Frage gestellt. Auch die Angehörigen der andern Provinzen hatten Mühe und Noth, von ihrer Ueberraschung zurückzukommen. Wohl jagten sich die Ereignisse so rasch, daß schon nach wenigen Wochen die österreichische Denkschrift in den Hintergrund trat, wohl drängten die politischen Leidenschaften das ruhig abwägende Urtheil gewaltsam zurück. So kurz aber auch die Spanne Zeit war, während welcher sich die öffentliche Aufmerksamkeit mit der Staatsschrift beschäftigen konnte, das entging keinem politischen Denker, daß vielleicht noch niemals unter einer so unscheinbaren Form so gewaltige Neuerungen in das Leben gerufen wurden, wie in diesem Falle. Ohne das entschei-

bende Wort offen auszusprechen, war die Staatsschrift doch nichts Anderes als die Apologie der Centralisation, die Verkündigung des vollständigen Bruches mit der österreichischen Vergangenheit, eines schärferen, als ihn selbst die Märzrevolution gewagt hatte. Der alte Absolutismus hatte sich durch das todte Nebeneinander der einzelnen Provinzen nicht beengt gefühlt, die Märzrevolution zunächst die Gleichgiltigkeit der verschiedenen Länder zu einander bis zur äußersten Grenze fortgeführt, die nationale Selbstsucht ausschließlich walten lassen, den Zerfall des Reiches wahrscheinlich gemacht. Die Nähe der Gefahr zwang die Conservativen zu außerordentlichen Anstrengungen, die Einseitigkeit des herrschenden revolutionären Standpunkts weckte die natürliche Reaction. Die Noth der Zeiten empfahl, alle Machtmittel zu sammeln und die Kräfte des Staates unter den Händen zu halten, das Bild des Radetzky'schen Heerlagers verlieh den Muth, für die österreichische Staatsidee thätig aufzutreten und alle Theilungstendenzen zu bekämpfen.

Wenn der Denkschrift in sehr vielen Behauptungen widersprochen werden muß, in einem Punkte spricht sie die volle Wahrheit aus: „der Bestand eines von dem österreichischen Kaiserthume getrennten Königreichs Ungarn ist eine politische Unmöglichkeit." Wer an Oesterreich glaubte und dessen Macht fortdauernd wünschte, konnte sich mit der ungarischen Politik nicht befreunden; dem erschien die Erklärung der ungarischen Staatsmänner: „Ungarn hat nicht nur ein eigenes unabhängiges Ministerium, sondern für den Augenblick selbst einen eigenen von jenem der österreichischen Erbländer verschiedenen Regenten"*), nothwendig als arger Frevel. Darin aber gaben sich die Verfasser der Staatsschrift einer groben Täuschung hin oder sie trieben verwerfliche Sophistik, daß sie ihre Pläne auf das formale Recht gründeten. Das formale Recht war auf der Seite der Ungarn; an ihrer neuen Verfassung auch nicht ein Titelchen von zweifelhafter Giltigkeit. Die Bestimmungen derselben waren im Reichstage nach hergebrachter Weise berathen und beschlossen, die Beschlüsse vom Könige gebilligt, und zuletzt noch feierlich in den Reichstagsartikeln sanctionirt worden. An ihrem Inhalte mochte man mäkeln, ihre formelle Giltigkeit ließ sich nicht bestreiten. Wäre dieses möglich gewesen, schwerlich hätte die österreichische Denkschrift sich hinter die angeblich mißachteten Rechte der alten Provinzialstände verschanzt. Dieser Eifer für die altständischen Rechte nahm sich bei einer Regierung, die selbst aus der Revolution hervorgegangen war, seltsam genug aus. Hatte man denn die Zustimmung der Herren- und Ritterbank auch für die constitutionellen Neuerungen in den Erbländern verlangt? war nicht der Wiener Reichstag dann gleichfalls seiner gesetzlichen Grundlage beraubt, überhaupt Alles, was seit dem 15. März in Oesterreich geschehen war, unter An-

*) Szalay, diplomatische Actenstücke. S. 17.

derem auch die Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums verdammenswerth? Worüber aber sollten die alten Stände oder der Wiener Reichstag gehört werden? Die ungarischen Angelegenheiten gehörten nach österreichischem Staatsrechte überhaupt nicht zu ihrer Competenz. Weder vor noch nach dem März 1848 gab es gesetzlich einen anderen gemeinsamen Berührungspunkt zwischen Ungarn und den übrigen Erbländern, als die Person des Monarchen, dieser aber hatte sich mit den Schritten seiner ungarischen Regierung bisher selbst einverstanden erklärt. Und hätte auch die Einmischung in die ungarischen Angelegenheiten zur Competenz der Stände oder des Wiener Reichsrathes gehört: über die pragmatische Sanction konnten dieselben kein Urtheil fällen, weil die pragmatische Sanction durch die ungarischen Vorgänge durchaus nicht berührt war. Fälschlich behauptete die österreichische Staatsschrift, durch die Errichtung eines selbständigen ungarischen Ministeriums würde die pragmatische Sanction verletzt. Jenes mochte beklagenswerth erscheinen, eine kräftige Regierung in Oesterreich unmöglich machen, aber den Bestimmungen der pragmatischen-Sanction widersprach es nicht. Die pragmatische Sanction*) war einfach eine Erbfolge-Ordnung, sie bestimmte, daß von nun an derselbe Fürst, welcher in den Erbländern zur Herrschaft gelangt, auch den ungarischen Thron besteigen soll, sie verbot fernere Theilungen der Monarchie, wie sie noch unter K. Ferdinand I. vorgekommen waren, sie machte die Bestandtheile des österreichischen Reiches in Bezug auf die Dynastie untheilbar und unzertrennlich, sie schuf mit anderen Worten zwischen Ungarn und den Erbländern die Personalunion. Von einer Realunion, davon, daß diesseits und jenseits der Leitha die gleiche Verfassung, die Einheit der Verwaltung herrschen sollte, sagte sie nichts, im Gegentheile garantirte sie Ungarn die politische Selbständigkeit, wie denn in der That auch nach der pragmati-

*) Der entscheidende Passus der pragmatischen Sanction (Art. 2. 1723) lautet folgendermaßen: SS. et OO. H. in defectu sexus masculini C. A. R. M. jus haereditarium succedendi in Hungariae Regnum et coronam etiam in sexum domus Austriacae foemineum juxta stabilitum per regnantem C. ac R. Maiestatem in aliis quoque suis regnis et provinciis hereditariis, in et extra Germaniam sitis et cum regno Hungariae et partibus eidem annexis indivisibiliter ac inseparabiliter, invicem et insimul possidendis, primogeniturae ordinem transferunt et memoratam successionem acceptant. Hinzugefügt werden aber sofort die Bedingungen dieses Zugeständnisses: „extensis ad eam successionem foemineam nunc pro tunc artic. 2 et 3 a. 1687 et pariter 2, 3 a. 1715, Bedingungen, die sich auf Ablegung des Krönungseides, die Ausstellung des Krönungsdiplomes und die Garantie der Landesrechte beziehen. Aus den Reichstagsverhandlungen 1790 und zwar aus den Aussprüchen der Regierung selbst überzeugt man sich am besten, daß die sog. pragmatische Sanction ein bilateraler Vertrag war und weit entfernt die Verfassungsrechte Ungarns zu schmälern, gerade den festen Rechtsboden für die Forderung politischer Selbständigkeit und unabhängiger Administration abgab.

schen Sanction Ungarn und die Erbländer als für sich bestehende politische Organismen angesehen wurden. Die Denkschrift sündigte auf die geringe Bekanntschaft selbst politisch-gebildeter Kreise mit der pragmatischen Sanction; sie versah sich wenigstens zu ihren deutschen Lesern, daß dieselben gläubig die von ihr beliebte Deutung der Urkunde annehmen würden, ähnlich wie sie auch beharrlich jeden Unterschied zwischen Kossuth's Anhange und der gemäßigten nationalen Partei leugnete, die Sache so darstellte, als ob erst der jüngste revolutionäre Schwindel den begehrlichen Sinn der Magyaren geweckt hätte, während doch der Grundstock der ungarischen Forderungen mehrere Menschenalter zählte, das Streben nach politischer Selbständigkeit durch die Ereignisse der letzten Monate nur rascher gezeitigt, in radicalere Formen gehüllt, aber keineswegs erst geschaffen wurde.

Man kann eine Politik nicht groß, nicht würdig nennen, welche in einem Augenblicke mit Rechtsfragen spielt, in welchem sich ein schweres Verhängniß für Reich und Volk vorbereitet, vereinzelte Paragraphe zu Rathe zieht, wo das ganze historische Verhältniß zwischen Ungarn und Oesterreich einer vollständigen Umwandlung entgegengeht. Das alte österreichische Regierungssystem trug an der stets nur abwehrenden Sprödigkeit der Ungarn allein die Schuld. Zu wiederholten Malen hatten in früheren Jahren helle politische Geister in Ungarn einer engeren Verbindung mit den übrigen österreichischen Völkern das Wort geredet;*) sie waren schnöde zurückgewiesen worden, weil man in Wien die politische Unschuld der Erbländer durch die Berührung mit constitutionellen Ketzern nicht gefährden wollte. Dagegen ließ es der Hof an Versuchen niemals fehlen, dem Absolutismus, der in den deutschslawischen Provinzen waltete, auch in Ungarn Raum zu verschaffen. Auf diese Weise wurde es eine Erbweisheit in Ungarn, alle näheren Beziehungen zu Oesterreich zu scheuen, in der politischen Abgeschlossenheit der Heimat die Rettung für die Verfassung und die Landesrechte zu erblicken. So lange in der Hälfte des Reiches der Absolutismus galt, bildete diese doppelte Regierung kein unübersteigliches Hinderniß für das politische Leben, jetzt dagegen, wo auch die Erbländer zu einem Verfassungsstaate sich zusammenschlossen, entwickelte sich aus derselben ein grober Widerspruch, kam die doppelte Regierung der Halbirung des Staates gleich. Der Widerspruch konnte aber nicht auf dem Wege feiner Rechtsdeductionen gelöst werden. Fanden sich die Ungarn zur Nachgiebigkeit nicht willig, konnte in ihrem Geiste das österreichische Bewußtsein nicht geweckt werden, so blieb der gewaltsame Staatsstreich allein als Rettungsmittel übrig. Auf den Staatsstreich arbeitete man in der That auch in Wien hin, in täppischer Weise, ohne die volle Kraft einzusetzen, ohne die Widerstandsmittel des

*) Vgl. Bd. I. S. 469 und 477.

Gegners und die eigenen Machtquellen genau zu kennen, ohne die letzten Folgen des Wagnisses zu bedenken. Man wollte den Schein des Rechtes nicht ganz aufgeben, hoffte auf einen Umschwung der Anschauungen in den ungarischen leitenden Kreisen, rechnete auf eine siegreiche Diversion des Banus und die brennende Noth der Magyaren und erwartete sodann, daß beide Parteien das Vermittleramt der österreichischen Regierung annehmen und allen Bedingungen sich fügen würden. Die Folge dieser halbklugen und halbwahren Politik war nur eine Verschleppung der Krisis, eine beklagenswerthe Verschiebung der sittlichen Begriffe.

Batthyány wollte den amtlichen Charakter der österreichischen Staatsschrift nicht anerkennen, da dem Wiener Ministerium das Recht nicht zustand, dem ungarischen Könige einen officiellen Rath zu ertheilen. Er blieb in Wien, beharrlich bemüht, Hof und Minister in eine bessere Stimmung zu bringen, sie von der Rechtmäßigkeit der ungarischen Forderungen zu überzeugen. Sein Eifer war umsonst; er sah sich überall abgewiesen, sogar mit Vorwürfen überhäuft. Kein Wunder, daß dann auch der stolze Magnat unmuthig aufbrauste und bittere Worte vom Undanke der Dynastie, von Intriguen der Minister sprach, an welche Batthyány selbst später kaum mehr dachte, die man aber in Wien nicht vergaß, gar bald zu Klagepunkten gegen den unglücklichen Grafen, den ungarischen Egmont drehen sollte. Auch in Pesth fand die Denkschrift eine schlechte Aufnahme. Das ungarische Cabinet bestritt ihre formale Giltigkeit, befreundete sich noch weniger mit ihrem Inhalte. Die grobe Gewalt konnte Ungarn im schlimmsten Falle nicht mehr rauben, als ihm hier als freiwilliges Zugeständniß abverlangt wurde. Dazu kam noch, daß die Denkschrift mit ihren Forderungen um einen Schritt weiter ging als das kaiserliche Handschreiben an den Palatin vom 30. August. Wer bürgte dafür, daß nicht die österreichische Begehrlichkeit in dem Maße wachsen werde, als das ungarische Ministerium nachgiebigen Willen zeigt? Es wurde daher beschlossen, bei dem alten Standpunkte zu beharren, welcher den Wiener Hof zwang, zuerst aus den legalen Kreisen herauszutreten, und Kossuth die Aufgabe zugewiesen, den Reichstag für die gleiche Ansicht zu gewinnen.

Kossuth begann (4. Sept.) seine Rede mit der trotz der häufigen Wiederholung immer wirksamen Phrase, „wie unglücklich er sich fühle, gerade in diesem Augenblicke, wo Jedermann die doppelte Kraft nöthig hat, so sehr von Krankheit erschöpft zu sein, daß er kaum sprechen, kaum sich aufrechthalten könne." Nachdem er so die persönliche Theilnahme geweckt, den möglichen scharfen Widerspruch der Gegner beseitigt hatte, — wer wollte den armen kranken Mann reizen? — warf er einen kurzen Rückblick auf die Ereignisse der letzten Monate. Er gab zu, daß die Handlungsweise des Hofes die Kroaten wie die Armee zu dem Glauben berechtige, die ungarische Regierung besitze nicht die Gunst des Königs.

Ein großer Theil des Heeres sei bereits abgefallen, ein anderer stehe schwankend zwischen den beiden Fahnen, die ihm vorgehalten werden. Nachdem die nach Wien gesendeten Minister sich bisher bei dem Könige kein Gehör verschaffen konnten, bleibt nur noch ein gesetzlicher Schritt übrig: „der Reichstag möge aus seiner Mitte eine Deputation nach Wien schicken, diese die Gefahr des Vaterlandes, die Noth des Thrones dem Monarchen offen erklären und von ihm jene Schritte fordern, welche die Erhaltung der Nation erheischt." Außerdem stellte er den Antrag, ein Manifest an die europäischen Nationen zu erlassen und eine Commission zu wählen, welche unmittelbar mit den Kroaten verhandeln solle. Schwerlich sprach er im Namen des Cabinets, gewiß glättete er die Schwierigkeiten der Lage nicht, als er am Schlusse seiner Rede bekannte: „Die gesetzlichen Mittel schrumpfen immer mehr zusammen, das Ministerium kann mit gebundenen Händen die Nation nicht retten. Das Haus muß sich daher zu voller Entschiedenheit, zu großen Entschlüssen vorbereiten, es darf nicht vor dem Gedanken zurückbeben, daß es vielleicht einer außerordentlichen vollziehenden Gewalt bedürfe, welche die Mittel ihrer Thätigkeit nicht aus dem Gesetze, sondern aus der Gefahr des Vaterlandes schöpft."

Die Deputation, hundert Reichstagsmitglieder, vom Präsidenten des Unterhauses Dionys Pázmándy geführt, traf am 6. September in Wien ein. Der Text der Ansprache, welche an den König gerichtet werden sollte, wurde am folgenden Tage festgestellt. Dem Fürsten wurde zugemuthet, alle ungarischen Regimenter in die Heimat zurückzurufen, die in Ungarn befindlichen Truppen an ihre Pflicht zu mahnen und ihnen den Kampf gegen die Rebellen zu befehlen, die Räumung Fiumes und der slavonischen Comitate von den Kroaten zu bewirken; er sollte ferner die Camarilla von seiner Person entfernen und sogleich nach Budapesth seinen Wohnsitz verlegen, um die ungarische Politik durch seine persönliche Gegenwart zu legitimiren. War schon dieses Begehren nicht der bescheidensten Art, so klang vollends der Schlußsatz der Ansprache wie ein drohendes Ultimatum: „Die Weigerung des Königs würde das Vertrauen der Nation erschüttern und dieselbe zwingen, fortan eine Bahn einzuschlagen, welche sie sich nicht selbst gewählt hat, die zu betreten sie aber das Gefühl der Selbsterhaltung unbedingt verpflichtet." Dem diplomatischen Gebrauche gemäß wurde der Wortlaut der Ansprache, ehe sie gehalten wurde, dem Hofe zur Kenntnißnahme mitgetheilt. Wie zu erwarten stand, verlangte der Obersthofmeister Fürst Lobkowitz die Ausmerzung der gröbsten Stellen. Nach langer Berathung änderte die Deputation den Schlußpassus in die unverfänglicheren Worte: „Wenn der König die Bitten der Deputation nicht erhört, so wird die Regierung der Mittel beraubt, die Ruhe im Lande zu erhalten." Aber auch dieses Zugeständniß änderte die Stimmung des Hofes nicht. Als am

9. September die ungarische Deputation sich in feierlicher Auffahrt nach Schönbrunn verfügte, und durch Pázmándy die Wünsche der Nation aussprach, erhielt sie von dem Kaiser eine kühle Antwort. Kränklichkeit verhindere ihn, nach Pesth zu reisen, die Gesetzvorschläge werde er prüfen und seine Meinung kundgeben. „Wenn Ich in Beziehung auf dieselben eine Bemerkung zu machen hätte, so möge das Niemand so auslegen, als ob Ich die schon bestehenden Gesetze beseitigen oder verletzen wollte. Ich wiederhole es, daß es Mein entschlossener Wille ist, das Gesetz, die Integrität und die Rechte Ungarns Meinem königlichen Eide gemäß aufrecht zu halten." Schweigend zog sich die Deputation zurück. War auch die Antwort des Königs im Allgemeinen correct, so enthielt sie doch nicht ein Wort der Aufmunterung für die Ungarn.

Der Deputation harrte aber noch eine peinlichere Ueberraschung. An demselben Tage brachte die Agramer Zeitung nach Wien die officielle Ehrenrettung des Banus. Ein kaiserliches Handschreiben, vom 4. September datirt, gab Jellačić alle Würden zurück, widerrief das Innsbrucker Manifest und sprach die Ueberzeugung aus, „daß Jellačić bei seiner unzweifelhaften Treue und Anhänglichkeit an die Dynastie und die Gesammtinteressen der Monarchie niemals die Absicht hegen konnte, den kaiserlichen Befehlen sich hochverrätherisch zu widersetzen oder an einer Trennung der Nebenländer von der ungarischen Krone zu arbeiten." Die Wiener Minister hätten eine längere Verheimlichung des Documentes gern gesehen, bis die gehoffte Reaction in Pesth selbst eingetreten wäre. Doch der Banus konnte nicht noch ferner zuwarten, nicht das Mißtrauen der südslawischen Patrioten, die Bedenklichkeiten der regulären Truppen noch weiter wachsen lassen. Trat er nicht schnell in Action, so verlor er den Anhang unter seinen Landsleuten und gefährdete den Erfolg seines Unternehmens, welcher darauf gegründet war, daß die Ungarn voraussichtlich noch schlechter gerüstet waren als der Banus. Mit jedem Tage hob sich die Wehrfähigkeit des Gegners, mit jedem Tage der Zögerung schmolz die Macht des Banus zusammen. Seine bunt zusammengewürfelten Haufen waren bereits dem Lande eine furchtbare Last und drohten, da ihre Besoldung und Verpflegung immer schwieriger zu beschaffen war, vollends auseinander zu laufen. Zur Action konnte aber der Banus nicht eher übergehen, als bis er sein Auftreten legitimiren, daß er im Auftrage des Königs handle, beweisen konnte, sonst fehlte ihm der Zuzug der kaiserlichen Officiere, die sehr nothwendige Unterstützung der österreichischen Behörden. Die Wiedereinsetzung in seine Würden war das Geringste, was der Banus verlangte; er war unzufrieden, daß in Wien so wenig für ihn geschah, sein Zug nach Ungarn nicht unter den förmlichen Schutz des Hofes genommen wurde. Dennoch war aber dieser Schritt groß genug, um den Bruch zwischen Oesterreich und Ungarn zu vollenden.

Mit der Zeitungsnummer in der Hand eilte Deák zum Erzherzoge Franz Karl, Pulszky zu Wessenberg, um sie über die Aechtheit des Handschreibens zu befragen. Die Antwort, die sie hier erhielten, nahm ihnen jeden Zweifel an der feindseligen Gesinnung des Hofes. Batthyány gab augenblicklich seine Entlassung als Ministerpräsident. Unter dem ersten Eindruck des Zorns pflanzten viele Reichstagsdeputirte auf ihrer Heimkehr rothe Federn auf die Hüte, die verhängnißvolle Verbrüderung mit der unreifen Wiener Demokratie mit diesem Symbole beginnend, und kündigten alle Mitglieder der ungarischen Nobelgarde dem Könige den Dienst. Noch schlimmere Wirkungen drohte das Handschreiben in Pesth hervorzurufen. Der radicale Gleichheitsclub im Kordik'schen Kaffeehause wählte ein permanentes Comité, eine Art von Wohlfahrtsausschuß, welcher über die Regierung, auch über den verdächtigen Palatin die Aufsicht führen, die Executivgewalt mitübernehmen sollte. Von der Dictatur Kossuth's, als dem einzigen Rettungsmittel, sprach man offen, wie alle Welt von dem Verrathe des Hofes, von dem Rechte der reinen Verzweiflungspolitik überzeugt war. So begannen die revolutionären Blasen abermals, ja noch reicher als im März zu treiben, die Herrschaft der Anarchie sich unwiderstehlich vorzubereiten. Auch die Reaction glaubte aber den günstigen Augenblick zu einem glimpflichen Staatsstreiche gekommen.

Dionys Pázmándy berichtete in der geheimen Sitzung des Unterhauses (11. Sept.) über den schlechten Erfolg der Deputation, über den Rücktritt Esterhazy's und die Abdankung Batthyány's. Nach beendigter Erzählung verlas er ein Rescript des Palatin, daß dieser vorläufig die Zügel der Regierung selbst ergreifen wolle. Das Interregnum sollte, wie auch die Zusammenziehung nichtungarischer Truppen in der Nähe der Hauptstadt andeutete, zur Bändigung der extremen Parteien, zu einem sanften Bruche der Verfassung benutzt werden. Der Palatin, von Natur ohnehin zu kühnen Entwürfen und rücksichtsloser Energie in ihrer Durchführung nicht geschaffen, hatte aber auf Deák's loyale Correctheit und Szemere's radicalen Trotz nicht gerechnet. Der Erstere bezweifelte die Giltigkeit des Palatinalschreibens, tadelte es, daß das Ministerium ohne Vorwissen des Hauses seine Entlassung erhalten habe, Szemere vollends erklärte, erst dann von seinem Ministerposten abzutreten, wenn ein neues Cabinet auf gesetzlichem Wege gebildet sei, „denn ich fürchte, daß, wenn das gegenwärtige Ministerium sich zurückzieht, ehe seine Nachfolger bekannt sind, kein zweites Ministerium mehr ernannt werden dürfte."*) Szemere's Muth ermannte auch Kossuth, welcher bereits die Ministerbank verlassen und sich inmitten der Opposition auf der Linken mit den

*) Vgl. Szemere, Politische Charakterskizzen aus dem ungarischen Freiheitskriege. Hamburg 1853, III. S. 111.

Worten niedergelassen hatte, daß er Gott für die Gnade freudig danke, endlich der Last des Ministeramtes ledig zu sein. Indem er einen Stuhl emporhob und vor die Ministerbank stellte, rief er: „Der Palatin hat nicht das Recht, das Finanzportefeuille allein zu verwalten. Kraft der Gewalt, welche mir das Gesetz verleiht, setze ich mich wieder auf die Ministerbank und will den sehen, der mich von diesem Platze vertreibt." Die Scene macht, aus der Ferne betrachtet, den Eindruck eines gesuchten Theatereffectes. Sie verfehlte aber auf die leidenschaftlich erregte Versammlung die Wirkung nicht. Lauter Jubel begrüßte Kossuth bei diesen Worten; er steigerte sich, als Kossuth fortfuhr: „Ich habe keine Aemtersucht, ich bitte Gott nur um ein stilles zurückgezogenes Leben, mein ganzes Dasein war ja ohnedies bis jetzt nur Pein und Leiden. Wohin mich aber mein Vaterland ruft, dort will ich stehen. Ich nehme mir von jetzt an vor, nicht mehr krank zu sein. Ich befehle den Staatssecretären, sich bei mir einzufinden, ich verpflichte den (abwesenden) Kriegsminister, sein Amt zu behalten, verpflichte alle Repräsentanten meinen Anordnungen Folge zu leisten und fordere Nyáry, Pázmándy und Perényi auf, mir mit ihrem Rathe zur Seite zu stehen." Kossuth's Dictatur erschien begründet durch die Zustimmung der Deputirten — auch Batthyány erklärte, die bis jetzt fehlende Einmüthigkeit der Regierung würde am besten durch die Vereinigung der Gewalt in den Händen eines einzigen verantwortlichen Ministers erreicht werden — und durch die rauschenden Acclamationen der vor dem Redoutensaale harrenden Volksmasse bestätigt. Kossuth benutzte die errungene Gewalt, um folgende Maßregeln vorzuschlagen: Es werden ohne besondere Deckung gegen allgemeine Haftung des Staates ungarische Fünfguldennoten ausgegeben, die von dem Reichstage bereits beschlossene Truppenaushebung wird sofort in das Werk gesetzt, der Uebertritt der Officiere und Soldaten aus der Linie in die neue Landwehr (Honvéd) gestattet, die Auszeichnung im Landwehrdienste durch Grundanweisungen auf Cameralherrschaften gelohnt — alles „unbeschadet der künftigen Sanction der Gesetze durch den König." Kein Widerspruch regte sich gegen diese Anträge, die am 15. Sept. im Namen des Reichstages kundgemacht und den Ministern zur Durchführung übergeben wurden.

Der Schrecken des Palatinus war nicht gering, als er von den Vorgängen im Reichstage erfuhr. Er beschwerte sich über das unverdiente Mißtrauen der Versammlung, betonte seinen guten Willen, für die Nation zu wirken, ja sich „mit derselben zu identificiren," verweigerte aber seine Zustimmung zur Dictatur Kossuth's. Auf seine Bitte übernahm (12. Sept.) Batthyány abermals die Bildung eines neuen Cabinetes. Kossuth erklärte sich bereit, das Ministerium Batthyány zu unterstützen. Ob es ihm damit Ernst war, ob er in Wahrheit, wie er im Kossuth Hirlapja (13. Sept.) verkündigt, frohlockte, daß „seine Hände keine Fes-

feln der Ministercollegialität mehr bänden, er aus der erstickenden Atmosphäre der Zopfcabale befreit sei," mußten die nächsten Tage beweisen. Batthyány wollte den Hauptverbündeten Ungarns, „die Loyalität", auch in das neue Cabinet aufgenommen wissen. „Verlassen wir diese Bahn, so bin ich überzeugt, daß nach kurzer Illusion ein lächerlicher Untergang das Ende unserer Bestrebungen sein wird." Er knüpfte außerdem an den Wiedereintritt in das Ministerium zwei Bedingungen: Jellačić muß von Wien aus vom Einbruche in Ungarn abgehalten werden, der Reichstag dem Ministerium unbedingtes Vertrauen schenken. Auf dem Pfade der Loyalität auszuharren, machte aber die Erbschaft, welche Batthyány von der vierundzwanzigstündigen Dictatur Kossuth's übernahm, die Banknotenemission und Recrutenaushebung ohne Zustimmung des Königs, schwierig, wenn nicht unmöglich. Und auch von den aufgestellten Bedingungen zeigte sich bereits am 17. September die eine durch die Ereignisse vernichtet. Ein außerordentlicher Courier des Reichstagscommissärs Csanyi brachte die Nachricht, Jellačić habe am 11. September die Drau überschritten und mit seinem Heere das ungarische Gebiet betreten. Der Bürgerkrieg war da.

Viertes Buch.

Die Krisis der Revolution.

---

1. Die Octoberrevolution.

Das Wetterglas wies seit Mitsommer entschieden auf Sturm in der politischen Luft. Alles, was man in den Märztagen vom ewigen Völkerfrühling geschrieben und gesprochen hatte, waren eitle Worte gewesen, der anfängliche Idealismus der revolutionären Bewegung, der Einigkeitsrausch, der Enthusiasmus für Freiheit und Menschenrechte war schon längst wie ein Traum verflogen. Mechanisch hatte sich die Revolution, nachdem einmal in Paris der erste Anstoß gegeben war, von Staat zu Staat, von Land zu Land fortgewälzt, ohne erheblichen Widerstand überall die bestehende Ordnung der Dinge beseitigt, weitgreifende Neuerungen an ihre Stelle gesetzt. Zunächst bewies der leichte Sieg der Revolution nur ihr inneres Recht, die Hilflosigkeit der herrschenden Regierungssysteme, das ausgelebte Wesen der letzteren. Doch brachte jener auch die große Gefahr, daß kein Gedanke so schief und unreif, keine Forderung so maßlos war, daß sie nicht eine reiche Vertretung gefunden hätten, sowie auch die große Sicherheit, deren sich die Kämpfer für Volksfreiheit erfreuten, alle Phantasten und Schwätzer, alle Eiteln und Selbstsüchtigen auf den öffentlichen Markt lockte.

Man spottet oft im Hinblicke auf die geringe Begabung einzelner Fürsten, wie wenig in Erbmonarchien dazu gehöre, die Herrscherrolle zu spielen: die Geschichte des Jahres 1848 zeigt, daß absolute Nichtigkeit, ein verkommenes Wesen, ein erbärmlicher Charakter auch den Demokratenführer an einer glänzenden Laufbahn nicht hindern, Macht und Einfluß ihm nicht nothwendig rauben.

Die Bewegung wurde in hohem Grade unreinlich und dadurch vielfach selbst für Männer abstoßend, welche jahrelang an dem Sturze der alten Zustände gearbeitet, noch in den Märztagen an eine rasche und

glückliche Entwickelung der politischen Verhältnisse fest geglaubt hatten. Den Staub, der sich bei dem Einsturze eines Baues entwickelt, einzuathmen, ist überhaupt unangenehm, wird dabei vollends absichtlich Schmutz aufgewühlt, so ist es begreiflich, daß Viele lieber fliehen als sich der mühseligen Arbeit unterwerfen, mit Hilfe von Seife und Bürste die Flecken zu entfernen, welche die nahe Berührung mit unsauberen Zerstörungselementen macht. Die Liberalen, maßvoll in ihren Wünschen, wählerisch in ihren Mitteln, mehr weise als kühn, begannen sich allmälich zurückzuziehen. Der unbändige Radicalismus konnte nur gewaltsam gebrochen werden. Dieses zu thun, überließen die Liberalen der reactionären Partei, uneingedenk, daß dann auch die Frucht des Sieges der letzteren in den Schooß fallen würde. Die Freunde der alten Staatsordnung, die unbedingten Gegner der Revolution, gewannen wieder Muth und versuchten die im Märzsturm verlorene herrschende Stellung zurückzuerobern. Sie mußten sich aber dann gleichzeitig auch zum Kampfe rüsten. Noch zählten die Demokratenführer einen zahlreichen Anhang, welchen durch den stets wiederholten Warnungsruf: Die Reaction naht! zu vermehren, durch die Aufstachelung der Leidenschaften zur Thätigkeit zu spornen, sie sich eifrig bemühten. Sie rechneten auf die Jugend und die Arbeiter, sie stützten sich vorzugsweise auf die leicht erregbare Bevölkerung großer Städte. Als ihr wichtigstes Bollwerk galt ihnen aber Wien, wo die Verhältnisse und Stimmungen allerdings darnach angethan waren, um den rücksichtslosen Radicalismus in Siegeshoffnungen zu wiegen. Ein verfallendes Reich ohne inneren Halt, ohne äußere Unterstützung, eine Regierung ohne Kraft und ohne einen greifbaren politischen Plan, die Summe der praktischen Staatsweisheit auf einige wenige leicht faßliche Formeln: Gleichberechtigung der Individuen und Nationalitäten, Föderation der Volksstämme u. s. w. zurückgeführt, die Studenten als Helden gefeiert, dann ein zahlreiches Kleinbürgerthum durch eitle Phrasen lenkbar, ein gewaltiges Proletariat als Kernpunkt eines demokratischen Heeres — wo hätte sich ein besseres Material für radicale Bestrebungen finden lassen?

Kein Wunder, daß Wien bald das Mekka für deutsche und slawische Demokraten wurde. Die Polen hatten niemals aufgehört, nachdem die Agitation in ihrer Heimat erfolglos geblieben, die Vorgänge in Wien mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und fromme Wünsche für die dauernde Herrschaft der Linken und der demokratischen Vereine zu äußern. Seit dem Monate August begannen auch deutsche Demagogen den fruchtbaren Wiener Boden zu bearbeiten. Der verrufene Schütte stellte sich abermals ein, um sein im April unterbrochenes Komödienspiel fortzusetzen, der falsche Apostel Ronge eilte, die guten Wiener mit seiner Afterweisheit zu beglücken, auch Julius Fröbel entdeckte jetzt, daß seine Zeit gekommen und Wien — weil er in Berlin nur Spott geerntet hatte — allein würdig sei, seine Offenbarungen zu vernehmen. Er begann hier

im September seine republicanischen Predigten. Je unklarer er sprach, desto mehr bewunderten ihn seine Zuhörer. Da er auch der Eitelkeit des Wiener Volkes zu huldigen nicht verschmähte, Wien als den Vorort seines erträumten mitteleuropäischen Bundesstaates pries, so gewann er rasch großen Einfluß in den radicalen Kreisen. Durch diese und andere Wanderdemokraten kam in das Clubwesen, in die lange Zeit verödeten Volksversammlungen ein neues Leben.

Die Eröffnung des Reichstages, mit dem Cabinetswechsel zusammenfallend, hatte die localen Interessen in den Hintergrund gedrängt, die Neugierde, welche sich sonst den Sitzungen des Sicherheitsausschusses, den Aulaversammlungen zuzuwenden pflegte, auf die Debatten in der Stallburg gelenkt. Das leise Auftreten des Ministeriums verbunden mit einzelnen äußerlichen Zugeständnissen an die radicale Partei — Mitglieder der Studentenlegion dienten als Ministerordonnanzen — verhinderte die Anhäufung des Agitationsstoffes; dazu kam noch der zufällige Umstand, daß eine lange und schwere Krankheit des Sprachlehrers Tausenau, welcher die eigentliche Seele der radicalen Umtriebe war und alle seine Gesinnungsgenossen an Einsicht und Willenskraft weit überragte, die demokratischen Vereine während des Sommers ihres natürlichen Führers beraubte. In der Stille wurde aber an der Organisation und Ausbreitung der letzteren emsig fortgearbeitet. Zu dem alten Vereine der Volksfreunde — seit den Maitagen in den demokratischen Club umgetauft —, der im Wirthshause „zum Engländer" in der Rossau seine Sitzungen hielt, gesellte sich nach und nach der liberale Verein auf der Wieden, von einem lüderlichen Barbiergesellen Chaizes geleitet, mannichfache Arbeitervereine und schließlich auch ein demokratischer Damenclub, an welchem außer einigen halbverrückten alten Närrinnen meistens unbekehrte Magdalenen theilnahmen. Das Rüstzeug für die Agitation war also vorhanden und wurde mühelos hervorgeholt, als der Reichstag die politische Neugierde der Masse nicht mehr befriedigte, an dem Ministerium Anwandlungen größerer Energie bemerkbar wurden und die Gewißheit von der nahenden Reaction in Wien wie anderwärts die Stimmung erhitzte.

Reibungen zwischen dem provisorischen Gemeinderathe und dem Sicherheitsausschusse, Zwiespalt im Schooße des letzteren, ob der äußersten Linken im Frankfurter Parlamente eine Huldigungsadresse gesendet werden solle, und endlich Arbeiterkrawalle kündigten die Rückkehr der Sturmperiode deutlich an. Schütte hatte in der Aula und in demokratischen Vereinen den Entwurf einer Zustimmungsadresse an die Partei Robert Blum's colportirt, durch seine Reden, namentlich durch die Ankündigung, auch Hecker wolle Wien besuchen, dieser Demonstration eine republicanische Färbung verliehen. Das förderte da und dort nur seine Zwecke und half die Summe der Unterschriften vermehren; nur im Sicherheitsausschusse sträubte sich eine Minderheit hartnäckig, durch die

Annahme der Adresse ein offenes republicanisches Glaubensbekenntniß abzulegen. Sie erreichte so viel, daß der bereits beschlossene Beitritt wieder (18. Aug.) zurückgenommen wurde, sie war schwach genug, den Antrag zu billigen, daß der Sicherheitsausschuß eine Warnung an die Majorität des Frankfurter Parlamentes erlasse, dieselbe möge das demokratische Bewußtsein in Ehren halten und keinen Terrorismus gegen die Linke üben. Dieses Zugeständniß genügte den entschiedenen Radicalen nicht, reichte aber hin, um in conservativen Kreisen die Furcht vor neuen Uebergriffen der Revolutionsbehörde wieder zu beleben. Die gleichzeitigen Versammlungen im Odeon, wo deutschkatholische Prediger gegen die Kirche eiferten und Skandalscenen herbeiführten, die allnächtlich wiederkehrenden Katzenmusiken, das tactlose Benehmen der Studentenlegion, als sie vor dem Kaiser (19. August) Revue passirte, hatten ohnedies die Nerven der ruhigen Leute aufgeregt. Die Minister wurden daran erinnert, daß die Rückkehr des Kaisers von der Auflösung der Legion oder wenigstens der Abdankung des Sicherheitsausschusses bedingt gewesen sei, und aufgefordert, ihr Versprechen zu erfüllen. Sie wären in eine arge Verlegenheit gerathen, wie dieser kleine Staatsstreich ausgeführt werden könne, hätte ihnen nicht der Zufall einen vortrefflichen Anlaß in die Hände gespielt.

Auch in Wien verstand man unter Arbeiterassociationen das Nichtsthun in Gesellschaft, auch in Wien galt es als eine Pflicht des Staates, durch unnütze Werke das faule Proletariat in guter Laune zu erhalten. Monate lang sah das Ministerium geduldig zu, wie im Prater und in der Brigittenau Massen angeblich brodloser Arbeiter sich auf Staatskosten vergnügten, wie sie gruben und karrten, nur wenn sie die Langweile dazu zwang, im Uebrigen aber wohlgemuth ihren privaten Neigungen nachgingen oder auch, so gut sie es verstanden, politische Studien trieben, d. h. schimpften, Katzenmusiken organisirten, von Abgesandten der Aula als Studentenbrüder sich begrüßen, von Agenten demokratischer Vereine als die beste Stütze der Freiheit sich preisen ließen. Endlich ermannte sich das Ministerium und kündigte (19. Aug.) eine Herabsetzung des Taglohnes um fünf Kreuzer für Weiber und Halberwachsene an. Ohne Murren nahmen die Arbeiter diese Maßregel hin. Erst nachdem sie am nächstfolgenden Sonntage von ihren demokratischen Freunden eines Besseren belehrt wurden, erhoben sie sich (21. Aug.) zum Widerstande. Vier Tage währte der Krawall, welcher Wien und die Vorstädte in ein förmliches Kriegslager verwandelte und nur durch wiederholte Anwendung scharfer Waffen beigelegt werden konnte. Dieser Vorfall, an sich von keiner großen Bedeutung, trug reichere politische Früchte, als Demokraten und Conservative anfangs vermutheten.

Die Arbeiter hatten sich an die Aula um Unterstützung gewendet, und hier so viel erzielt, daß die Studentenlegion ihre Neutralität während des Aufstandes erklärte, sie hatten vom demokratischen Club guten

Rath verlangt und von diesem das Versprechen empfangen, der demokratische Verein und der Sicherheitsausschuß würden sich der Arbeiter annehmen. Der Sicherheitsausschuß schmollte ohnedies den Ministern, daß diese in selbständiger Weise, ohne den Sicherheitsausschuß zu fragen, über die Arbeitslöhne verfügten, und war gern bereit, mit der Regierung Streit zu beginnen. Er glaubte einen gewaltigen Trumpf auszuspielen, indem er dem Ministerium mit seiner Selbstauflösung drohte. Nimmermehr wird das Ministerium die Ausführung der Drohung zugeben, sei es weil es dann der einreißenden Anarchie keinen Schild entgegenstellen kann, sei es weil es bei der Popularität des Sicherheitsausschusses in den niederen Kreisen die Folgen des Schrittes fürchtet. Groß war die Enttäuschung, als die Regierung in einem höflichen Briefe (24. Aug.) auf das Angebot einging, die Mitglieder des Sicherheitsausschusses bat, „in das Privatleben das Bewußtsein redlich erfüllter Pflicht mitzunehmen" und erklärte, daß von nun an das Ministerium als Wiener Localbehörde handeln, alle Executivorgane, auch die Nationalgarde sich unmittelbar unterordnen werde. Blumenkränze radicalgesinnter Frauen, eine pomphafte Grabrede des Universitätspredigers Füster mußte der Sicherheitsausschuß in seiner letzten Sitzung empfangen und erdulden, der erwartete Protest des Wiener Volkes, oder wohl gar die bewaffnete Erhebung zu seinen Gunsten blieben aus. Im Gegentheile schien die öffentliche Meinung der energischen Regierung hold zu werden. Die seit Monaten verborgen gehaltenen schwarzgelben Farben wagten sich jetzt hervor, conservative Vereine traten in das Leben, und auch in der Presse hörte man jetzt nicht mehr ausschließlich radicale Stimmen. Ebersberg's „Zuschauer" konnte zwar das conservative Bewußtsein nicht kräftigen. Der gute Mann dachte sich, ähnlich wie Castelli, auch während der Revolutionsperiode das Wiener Volk als dumme Kinder, unterhielt seine Leser mit Fabeln und knüpfte an jede Fabel eine politisch-moralische Nutzanwendung. Desto einflußreicher war Böhringer's „Geißel", welche den unflätigen Ton der radicalen Blätter vortrefflich nachahmte, sogar übertraf und dadurch sich zahlreiche Leser verschaffte. Waren schon diese Wandlungen des öffentlichen Geistes der demokratischen Partei in hohem Grade anstößig, so gerieth sie vollends in argen Zorn über den Abfall des Reichstages von ihrer Sache.

Das Ministerium hatte über die Arbeiterunruhen im Reichstage (22. Aug.) berichtet, triumphirend hervorgehoben, zum ersten Male habe die Regierung einer Volksbewegung nicht nachgegeben, und durch den Mund des Justizministers Bach „die anarchischen und republicanischen Umtriebe" einzelner Vereine denuncirt. Seinen Erklärungen, daß das Ministerium die constitutionell-monarchischen Grundsätze strenge wahren, für eine kräftige Executivgewalt sorgen werde, folgte rauschender Beifall.*)

*) Verhandlungen des österr. Reichstages (Stenogr. Berichte) I. S. 713.

Der Reichstag sagte sich aber nicht allein von der demokratischen Bewegung los, die Mehrheit in demselben verleugnete auch das deutsche Wesen Oesterreichs. Die Unfähigkeit zahlreicher Abgeordneter, der deutschen Verhandlungssprache zu folgen, hatte seit dem Beginne des Reichstages vielfache Mißverständnisse hervorgerufen, selbst zu Intriguen Anlaß gegeben. Dennoch blieb es bei der thatsächlichen Herrschaft der deutschen Sprache, wagte Niemand zu Gunsten der galizischen Bauern, welchen ja nicht allein die Sprache, sondern auch die Sache unverständlich blieb, das gleiche Recht für die anderen Landessprachen zu fordern. Anders gestaltete sich das Verhältniß, als endlich die dalmatinischen Deputirten in den Reichstag eintraten, gebildete Männer, welche allerdings im Stande waren, in den Gang der Debatte einzugreifen, ein sachliches Interesse an den Verhandlungen besaßen, von jeder Thätigkeit aber durch das ausschließliche Privilegium der deutschen Sprache sich ausgeschlossen sahen. Die Einwendungen, welche man gegen die Ansprüche der Ruthenen, Slowenen erheben konnte, paßten hier nicht. Hätte man die Protocolle, die Anträge und Beschlüsse des Reichstages auch in das Ruthenische, Slowenische übersetzen lassen, welchen Nutzen gewährte die Maßregel, wenn man nicht gleichzeitig die Bauern aus Galizien und der Bukowina lesen lehrte? Dazu kam noch, daß die slawischen Idiome — auch das Czechische — einer gangbaren staatswissenschaftlichen Terminologie entbehrten, eine Philologencommission hätte zuerst eingesetzt werden müssen, um den nothwendigen Wortschatz zusammenzustellen. Die Dalmatiner dagegen verlangten für die italienische Sprache das gleiche Recht mit der deutschen, sie forderten es für eine ebenbürtige Culturspache, welche überdies schon unter der alten Regierung in Oesterreich neben der deutschen einen officiellen Charakter besaß.

Von ihrer ursprünglichen Absicht, auch auf der Tribüne italienisch zu sprechen, gingen sie auf vieles Zureden ab; dagegen stellten sie den Antrag, daß von allen Verhandlungen und Reden italienische Uebersetzungen gedruckt würden, und daß ihnen frei stehe, ihre italienisch verfaßten Anträge und Interpellationen durch einen freigewählten Translator übersetzen und vortragen zu lassen. Als ihre Petition, welcher sich auch die Istrianischen Deputirten angeschlossen hatten, im Reichstage (11. Sept.) zur Sprache kam, gab es einen gewaltigen Sturm.*) Der geschwätzige Borrosch, welchem es die übelberathene Linke überlassen hatte, gegen den Antrag zu sprechen, hatte in einem Punkte nicht Unrecht, wenn er betonte, daß nächstens die übrigen acht bis zehn Nationalitäten Oesterreichs die gleichen Ansprüche erheben würden. Noch in derselben Sitzung wurde vorgeschlagen, daß auf Verlangen von zehn Deputirten jede Abstimmungsfrage in das Polnische, Ruthenische, Böhmische, Wallachische übersetzt werden solle, und dieser Vorschlag zahlreich unterstützt. Das Gespenst

*) Ebend. II. S. 321.

des polyglotten Reichstages drohte Fleisch und Blut zu werden. Um so zarter mußte der Gegenstand behandelt, um so vorsichtiger alles vermieden werden, was den leicht aufbrausenden nationalen Stolz verletzte. Vorrosch konnte aber auch dieses Mal den herausfordernden Schulmeisterton nicht lassen. Die deutsche Sprache allein, meinte er, passe zur Staatstoga, alle andern in Oesterreich noch üblichen Sprachen dagegen glichen einem bequemen, aber wenig anständigen Haus- oder Schlafrocke. Wer der Parlamentssprache nicht mächtig sei, möge aus dem Reichstage treten; das sei eine Forderung, welche die Deutschen mit dem gleichen Rechte an die Slawen und Italiener stellen können, wie sie die Franzosen gegenüber den Basken und Provençalen schon längst durchgesetzt haben, gegen welche sich höchstens die leidige „Nationalitätsliebhaberei" sperren werde. Natürlich blieben die so hart Angegriffenen die Antwort nicht schuldig. Die deutsche Staatstoga sei für Slawen und Italiener eine Zwangsjacke, das Verlangen, auf den Gebrauch der Muttersprache zu verzichten, unerhört. „Nur dem Slawen kann es geboten werden, daß man ihm zumuthet, in Oesterreich die Herrschaft einer Nationalität, die sich in der Minderheit befindet, über sich zu dulden. Wir Slawen bilden bei weitem die größere Macht dieses Staates; nur durch unser Geld und unser Blut wird er erhalten." Eine Bitte hatten die Dalmatiner an den Reichstag gerichtet. Nun, Dank dem ungeschickten Angriffe der Gegner, galt es als eine förmliche Gnade, daß noch die deutsche Sprache in den Reichstagsräumen herrschen durfte. So hart auch die czechischen Drohungen klangen, so wagte doch kein Deutscher, weder auf der Linken noch im Centrum, denselben entgegenzutreten. Die Majorität der Nichtdeutschen war unzweifelhaft, und wenn sie noch länger gereizt würden, stand zu befürchten, daß sie ihre Stärke noch deutlicher fühlbar machen. Mit 244 gegen 16 Stimmen wurde die Petition der Dalmatiner bewilligt, mit großer Mehrheit auch der andere Antrag, jede Abstimmungsfrage auf Verlangen in die verschiedenen Sprachen zu übersetzen, angenommen.

Die praktische Befähigung des Reichstages litt durch diese überdies nur billigen Beschlüsse keinen Schaden, wohl aber verlor sich der glänzende Nimbus, welcher die Parlamente nationaler Einheitsstaaten umgiebt. Das Bewußtsein, daß ein Theil der Zuhörer gewissermaßen aus Taubstummen bestehe, drückte unwillkürlich jeden Redner, und vollends vor jeder Abstimmung, wenn die verschiedenen Dolmetscher vortraten, gleichzeitig polnische, rutheniſche, czechische, italienische, romanische Töne durch die Luft schwirrten, ernüchterte sich gar sehr der Geist der Versammlung. Auch der sympathische Zusammenhang zwischen dem Reichstage und dem Wiener Volke ging verloren. Dieses ahnte bereits, daß die radicale Anschauung, welche in Wien vorherrschte, am Reichstage keine feste Stütze besitze, nun erfuhr es auch, daß die deutsche Demokratie auf die Gunst desselben nicht rechnen könne. Um so nothwendiger er-

schien es, abermals eine selbständige demokratische Gewalt in Wien zu errichten, welche dem theils von Slawen terrorisirten, theils vom Ministerium blind abhängigen Reichstage das Gegengewicht halte, um so sehnsüchtiger wünschte man die Tage des Sicherheitsausschusses herbei. Dieser Wunsch gab einem localen Krawalle, welcher zufällig gerade in den Tagen in Wien ausbrach, als die Slawen im Reichstage ihre Omnipotenz verkündigten, seine bestimmte politische Färbung.

Die kleinen Gewerbsleute litten unsäglich durch die unruhigen Zeiten. Der Verkehr stockte, das Geld wurde selten, das Leben theuer. Die Revolution hatte nicht allein die besten Kunden vertrieben, sondern raubte auch noch die Zeit und verlangte Barauslagen. Der kleine Gewerbsmann trieb den Nationalgardendienst am eifrigsten, besuchte am fleißigsten die öffentlichen Versammlungen, opferte verhältnißmäßig das Meiste politischen Zwecken. Als seine Ersparnisse aufgezehrt, auch die letzten Stücke des entbehrlichen Hausrathes im Leihhause versetzt waren, rief er den Credit des Staates an oder ließ sich von den Vortheilen der Association Wunderdinge erzählen. Schwindler waren eilig zur Hand, seine Leichtgläubigkeit auszubeuten, unter Andern ein Klavierstimmer, Namens Swoboda, welcher unter dem Vorgeben, die Gesammtheit der Wiener Bürger garantire sein Unternehmen, eine „Privatleihanstalt und Aushilfsverein" gründete. Er gab Actien aus, deren Courswerth er mit kühner Phantasie behauptete, obgleich von einem Fonds zu ihrer Deckung keine Rede war. Tausende von Handwerkern drängten sich zu diesem Verein, nahmen Actien und verlangten, als die erwartete Verwandlung des Papieres in Geld ausblieb, in echt Wienerischer Weise die persönliche Intervention des Kaisers. Dieser solle die Actien garantiren, mit dem Klavierstimmer in Compagnie treten. Hier und auch vom Gemeindeausschusse abgewiesen, wandten sie sich an Doblhoff. „Ein Volksministerium muß auch dem Volke helfen; zum Narren lassen sich die Wiener Bürger nicht halten." Diese Argumente erschienen ihnen unwiderleglich. Sie belagerten bereits am Abend des 11. Sept. das Ministerialgebäude auf dem Judenplatze und kehrten am nächsten Morgen wieder, um von Doblhoff die Erfüllung ihrer Wünsche zu erzwingen. Seine Weigerung, sowie die in öffentlichen Anschlägen gegen Ruhestörer angedrohte Strenge empörte die Spießbürger. Sie ließen ihren Zorn an Thüren, Tischen und Stühlen des Ministerialgebäudes aus und zwangen die Beamten, selbst den Minister zu eiliger Flucht. Zu weitern Excessen kam es nicht. Am Abend verloren sich die Menschenmassen von den Straßen und Plätzen, wie es schien beruhigt, nachdem sie vernahmen, daß im Reichstage der Antrag, der Stadt Wien einen außerordentlichen Credit zu bewilligen, werde gestellt werden.

Es überraschte daher nicht wenig, als am nächsten Morgen (13. Sept.) sich die Unruhen abermals wiederholten. Ueber Nacht kamen die Führer

der demokratischen Vereine zu dem Entschlusse, die bestehende Aufregung für ihre Parteizwecke zu benutzen und die Agitation auf das politische Feld hinüberzuspielen. Die Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses wurde als Parole ausgegeben, in der Hoffnung, daß auch die Masse des Volkes in diesen Ruf einstimmen werde, das wahre Ziel war aber der Sturz des Ministeriums, oder wenigstens der Rücktritt der drei Minister, deren Namen die radicalen Zeitungen in der letzten Zeit nie anders als mit einem Schimpfworte oder Fluche begleitet, zu nennen pflegten. Latour, der Vertreter der Armee, verdankte seinem Amte das Mißtrauen in seine Gesinnung. Die Kluft zwischen der herrschenden politischen Partei und dem Heere war bereits so breit, daß selbstverständlich jeder Soldat und insbesondere jeder Officier als Gegner der Constitution und Verschwörer gegen die Volksfreiheit angesehen wurde. Schwarzer war seit den Augusttagen bei den unteren Volksklassen schlecht angeschrieben und von seinen früheren Kameraden seit der ersten Stunde seiner Ministerherrlichkeit mit giftigem Neide verfolgt. Der schärfste Haß traf aber Bach, welcher, einmal zur Herrschaft gelangt, die Stufen, die zu derselben geführt hatten, abbrach, im Cabinete am eifrigsten zum Widerstande rieth und seine früheren Gesinnungsgenossen vollkommen verleugnete. Er galt in Tausenau's Augen als Volksverräther und mußte tagtäglich zur Zielscheibe leidenschaftlicher Angriffe dienen. War Bach beseitigt, so hoffte man namentlich mit dem schwachen, der Furcht stets zugänglichen Doblhoff schon fertig zu werden. Mehrere Mitglieder der Reichstagslinken, wie Goldmark, Füster, Violand, wußten von diesen Umtrieben und billigten auch dieselben, einen eigentlichen Kampfplan konnten sie aber freilich bei der Kürze der Zeit nicht verabreden. Dagegen schien der Zufall für den günstigen Ausgang der Bewegung zu arbeiten. Während in der Aula eine Volksversammlung lärmte und eine Sturmpetition an das Ministerium, den Sicherheitsausschuß wieder einzusetzen, beschloß, saß der Reichstag über die Hauptstütze der Dynastie und der Regierung, über die Armee zu Gerichte.

An der Tagesordnung stand — seit vielen Wochen verschleppt — der Antrag, der italienischen Armee den Dank des Reichstages zu votiren. Die Begründung des Antrages durch einen Tiroler Abgeordneten war unerhört abgeschmackt, auf eine Skandalscene geradezu berechnet. Sie verhöhnte die Italiener, bedrohte die Liberalen, die sich für den Ruhm des Heeres nicht begeistern wollen, und wußte doch von der Armee nichts Besseres zu sagen, als daß sie „sich tapfer gerauft habe." Trotzdem hätte der Reichstag klug gehandelt, sich durch Straßer's Rede nicht beirren zu lassen, das verlangte Hoch auf die Armee auszurufen und damit die leidige Sache zu Ende zu bringen. Die Linke war solcher Resignation unfähig. Sie sah den schlimmen Eindruck, welchen der Tiroler Demosthenes selbst auf die gemäßigten und unbefangenen Mitglieder des

Reichstages machte, und kannte die Abneigung der czechischen Rechten gegen die Armee von dem Prager Pfingstaufstande her. Die Aussicht auf den Sieg lockte unwiderstehlich zur Debatte. Polnische Edelleute und Wiener Demokraten bestiegen nach einander die Tribüne, theils um offen gegen Straßer's Antrag zu protestiren, theils um das Dankesvotum so enge zu begrenzen, daß es füglich einem Mißtrauensvotum glich. Kein namhafter Mann trat für die Armee in die Schranken, ja als der Kriegsminister, in seinem Standesstolze tief verletzt, einen Redner unterbrechen wollte, hörte er nur den allgemeinen Ruf: Zur Ordnung, und mußte gedemüthigt auf seinen Platz zurückkehren. Das war eine vortreffliche Stimmung, um die Vorgänge auf den Straßen Wiens wohlwollend zu beurtheilen. Der Reichstag versprach sogar noch mehr zu leisten. Es sollte eben die Sitzung auf den Wunsch des Präsidenten geschlossen werden, um der Finanzcommission Zeit zu ihren Arbeiten zu gönnen, als der Kriegsminister die Mittheilung machte, in der Aula werde eine Volksversammlung gehalten und von dieser der Sturz des Ministeriums, die Sprengung des Reichstages beabsichtigt. Er fügte hinzu, die Nationalgarde sei bereits alarmirt, verlange aber die Mitwirkung der Garnison, welche er auch seiner Pflicht gemäß angeordnet habe. Den Augenblick der ersten Ueberraschung benutzte Löhner zu dem Antrage: der Reichstag möge sich permanent erklären. Einstimmig wurde derselbe angenommen.

Die Permanenz war eine sinnlose Demonstration, wenn sich nicht die Absicht daran knüpfte, sich in die Tagesereignisse zu mischen und in die Executivgewalt unmittelbar einzugreifen. Diese Bedeutung besaß sie auch in den Augen Löhner's und der Linken. Der unerwartete Sieg, den sie errangen, die rasche und allgemeine Zustimmung der Kammer zu einer so außerordentlichen Maßregel blendete sie aber und ließ sie alle Vorsicht vergessen. Anstatt ruhig zu warten, bis sich in der Kammer selbst Regierungsgelüste regten, was schwerlich ausgeblieben wäre, eilten Goldmark und Löhner, ihre Politik zu enthüllen. „Wir müssen von jedem Schritte des Ministeriums vorher verständigt werden, zu jedem Schritte unsere Zustimmung geben. Das Ministerium muß uns von Minute zu Minute von allen Vorgängen in Kenntniß setzen, es darf bei seiner Verantwortlichkeit keine Maßregel ergreifen, welche nicht vom Reichstage gutgeheißen wird." Ueber diese Zumuthung erschrak die Majorität. Sie hatte doch eigentlich nur durch die Furcht zur Permanenzerklärung sich hinreißen lassen, in dem Zusammenweilen den besten Schutz gegen äußere Gefahren geahnt, jetzt sollte sie diese Gefahren freiwillig auf ihr Haupt beschwören, jetzt mußte sie ihren Beschluß als einen revolutionären gedeutet hören. Als vollends Bach gegen Löhner's Antrag sprach, derselbe schließe die Abdankung des Ministeriums in sich und wolle die Stellung des Reichstages gänzlich verrücken, als er zur Einigkeit aufforderte und mit

unleugbarer Gewandtheit die Regierung als den Träger der Freiheit, die Straßenemeute als reactionär schilderte, da veränderte sich ebenso plötzlich die Stimmung.

Von der Permanenzerklärung konnte man nicht mehr füglich abgehen, wohl aber hatte es die Majorität in der Hand, sie unfruchtbar zu machen, und dem Ministerium keine ferneren Schwierigkeiten zu bereiten. Der Präsident Strobach, der es jetzt gleichfalls bereuete, daß er sich von Löhner hatte überrumpeln lassen und den Beschluß der Permanenz voreilig ausgesprochen, spielte seine Rolle vortrefflich. Er ließ reden, und immerfort reden, bis der Reichstag todtmüde wurde, er gab bereitwillig Jedermann, der einen Antrag stellen wollte, das Wort, umgab aber dann jeden Antrag mit dem weitläufigsten Apparate, zu welchem ihm die Geschäftsordnung die Handhabe bot, verschleppte die Abstimmung, und machte es so unmöglich, irgend einen compromittirenden Beschluß zu fassen. Violand und Sierakowsky, dieser letztere der rechte Typus eines polnischen Gewohnheitsrevolutionärs, glaubten die günstige Gelegenheit gekommen, den Reichstag für die Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses zu gewinnen. Sie durften Reden halten, Anträge stellen, aber eine klare Abstimmung erreichten sie nicht. Der Reichstag horchte auf jeden Klatsch, der ihm von außen zugetragen wurde. „Um 8 Uhr Abends rufen die Studenten die Republik aus; in der Nähe der Aula werden Barrikaden gebaut, das Militär zieht mit Kanonen gegen die Universität;" er schickte Mitglieder aus, um sichere Kunde von den Vorgängen außerhalb des Reichstagssaales einzuziehen, und horchte auf die nicht immer klaren Mittheilungen der Minister. Darüber verstrichen die Stunden bis zum späten Abend. Auch die Volksbewegung war in Stocken gerathen. Nur langsam verpflanzte sich die Agitation von der Aula auf die Straßen. In den sicheren Räumen der Universität zu schreien und zu poltern, fanden sich Viele willig. Die Beschlüsse des souveränen Volkes aber den Ministern zu überreichen, auch auf offener Straße zu agitiren, zögerten die Meisten aus Rücksicht auf die scharfen Waffen der Soldaten und die zweifelhafte Stimmung der städtischen Nationalgarden. Erst in den Nachmittagsstunden hatte man ein kleines Häuflein Sturmpetitionäre organisirt. Chaizes vertheilte unter dieselben gedruckte Zettel, auf welchen die Worte: Nur der Sicherheitsausschuß kann uns retten, zu lesen waren. Mit solchen Zetteln an den Hüten und Kappen marschirte ein Trupp Studenten und Garden, der feiste Füster an ihrer Spitze, zum Kriegsministerium, wo Cabinetsrath gehalten wurde. Er fand bei der großen Volksmasse keine Zustimmung und stieß auf dem „Hofe" auf eine überlegene Macht, die ihn langsam wieder zurückdrängte und schließlich, ohne daß die Waffen gebraucht wurden, auseinanderjagte. Die Bewegung war im wahren Sinne des Wortes verzettelt. Die Straßendemokraten wie die Linke im Reichstage eilten, ihre Niederlage damit zu

bemänteln, daß sie ihre friedlichen Gesinnungen betheuerten, und allein dem Umstande, daß die Garnison ausgerückt war, die Schuld an der herrschenden Aufregung und den Unruhen aufbürdeten. Sie beschränkten sich jetzt auf die Forderung, daß die Soldaten zurückgezogen würden. Darauf ging auch der Reichstag und das Ministerium ein, letzteres mit der Einschränkung „nach Maßgabe der Umstände und soweit es die strategischen Rücksichten erlauben." Goldmark allein konnte sich nicht beruhigen: „Durch einen Schusterbuben kann in der Finsterniß der Nacht ein Blutbad bereitet werden." Er verlangte die Fortdauer der Permanenz, bis auch der letzte Soldat von den Straßen verschwunden sei. Seine Warnung blieb wirkungslos. Um 11 Uhr Abends hob der Reichstag seine Permanenz auf, zog sich die bewaffnete Macht zurück und schlichen die Demokraten beschämt und ärgerlich in ihre Behausung. Der 13. September hatte kein Resultat gebracht, den Demokraten eine neue empfindliche Niederlage bereitet. Es war offenbar geworden, daß sie auf keine thätige Unterstützung, selbst bei den unteren Volksklassen, rechnen durften, daß ein großer Theil der Nationalgarde ihr Treiben verdammte, die Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung den unklaren Freiheitsdrang an Stärke zu überragen begann. Dennoch verlor die demokratische Partei den Muth nicht. Sie sorgte zuerst für eine bessere innere Organisation, deren Mangel sie vorzugsweise das Mißlingen des letzten Aufstandes zuschrieb. Auf Tausenau's Antrieb bildete sich ein „Centralcomité der radicalen Vereine." Dasselbe, aus acht bis zehn Personen bestehend, hielt im Wirthshause zur Ente seine Sitzungen, nahm die Leitung der Agitation in seine Hand und bildete eine förmliche Geheimregierung, deren Gefährlichkeit glücklicherweise dadurch gemildert wurde, daß außer Tausenau kein ernster Mann in derselben saß.

Auch die andere Lehre hatten die Demokraten aus den letzten Ereignissen gezogen, daß der Anschluß an bloße Localinteressen die Partei nicht kräftige. Sie hofften einen desto besseren Erfolg von der Verbindung mit den deutschen Radicalen, erwarteten eine tiefere Belebung der Leidenschaften und Vermehrung ihres Anhanges von einer großen politischen Agitation. Zu derselben boten die ungarischen Wirren den nächsten Anlaß. In dem Maße, als Jellačić den österreichischen Feldherrn in seinen Anschauungen und Forderungen vortreten ließ, und das ungarische Ministerium von der Wiener Regierung angefeindet wurde, mehrten sich die Sympathieen der Wiener Demokraten für die Magyaren. Auch jene erblickten ihren schlimmsten Feind in der Armee und standen in bitterem Kampfe den Wiener Ministern gegenüber. Das Programm der ungarischen Politik, die Schwächung der Centralgewalt, die Unterordnung der deutsch-slawischen Erbländer unter das deutsche Parlament entsprach gleichfalls den Wünschen der radicalen Partei in Wien, so daß es wahrlich nicht erst der angeblichen Bestechung durch Batthyány, Kossuth,

Pulszky bedurfte, um sie für die Sache der Magyaren zu gewinnen. Bereits im August begannen die meisten Wiener Zeitungen im Wetteifer mit den Pesther Journalen das ungarische Recht gegen die österreichische Regierung zu vertheidigen, der letzteren eine Politik der Hinterlist vorzuwerfen und sie einer förmlichen Verschwörung gegen die Freiheit zu beschuldigen. Alles, was Lästerzungen von den höfischen Verbindungen des Banus erzählten, fand hier gläubige Ohren, jedes Gerücht bereitwillige Aufnahme. Die Sympathie steigerte sich, als die Riesendeputation des ungarischen Reichstages am 6. September in Wien eintraf, um einen letzten Vermittlungsversuch am Hofe zu wagen. Unwillkürlich erinnerten sich die Wiener an eine ähnlich große Reichstagsdeputation in den „glorreichen Märztagen;" sie hatte die Freiheit Oesterreichs mitgründen helfen, das letzte Hinderniß des zögernden Hofes überwunden, die Herrschaft des Verfassungsrechtes durch ihr Erscheinen entschieden. Nun kam abermals eine Magyarendeputation, zum Theil dieselben Männer, nach Wien, bittend und Hilfe suchend. War es nicht Pflicht der Wiener, sich dankbar zu beweisen, und für die Sache der Ungarn einzutreten? Solche Anrufungen des Gefühles fielen in Wien stets auf einen fruchtbaren Boden. Aber noch unmittelbarer sollte die Theilnahme der Hauptstadt für die ungarischen Interessen in Anspruch genommen werden.

Die Nachricht vom Einbruche des Banus in ungarisches Gebiet brachte in Pesth eine fieberhafte Aufregung hervor. Von allen Seiten drängten sich die Rathschläge und Anträge, wie das bedrohte Vaterland erfolgreich vertheidigt werden könne. Der Landsturm wurde organisirt, die Werbungen beschleunigt, mit größerer Begeisterung als Einsicht an der Befestigung der Hauptstadt gearbeitet, der Palatinus endlich aufgefordert, persönlich an der Spitze der Armee dem Feinde entgegenzutreten. Man durfte sich aber nicht damit begnügen, der Masse des Volkes Waffen in die Hand zu geben, man mußte sie auch für den Kampf begeistern, ihr materielles Interesse an den Sieg der nationalen Partei ketten. M. Perczel empfahl die unentgeldliche Aufhebung der Bauernlasten, Kossuth dagegen (15. Sept.) eine außerordentliche Unterstützung der Grundbesitzer, welche durch den plötzlichen Verlust der Robot in ihrem Vermögen geschädigt werden. Der Staat gewähre ihnen einen Vorschuß (von 15 Millionen) auf die versprochene Entschädigung und helfe ihnen bei der Auseinandersetzung mit ihren Gläubigern. Perczel's Vorschlag hätte das Landvolk kaum opferwilliger gemacht, Kossuth's Plan dagegen hielt den Adel von einer engeren Verbindung mit der reactionären Partei zurück und zwang ihn, da die Vorschüsse in ungarischen Schatzscheinen und Papiergeld geleistet wurden, für den Triumph der ungarischen Regierung die besten Wünsche zu hegen. Kossuth's Plan wurde ohne Widerspruch angenommen, und um nicht den Vorwurf einseitiger Begünstigung auf sich zu laden, den Bauern gleichzeitig der verhaßte Weinzehnt geschenkt.

Obschon Kossuth keinen Ministerposten mehr bekleidete, hielt er doch thatsächlich die Zügel der Regierung in seiner Hand; er erließ Mahnungen an das Volk, er lenkte den Reichstag, verfügte über die Beamten, erörterte die Mittel zur Rettung des Vaterlandes und ergriff, ohne sich um Batthyány, den bloßen Berichterstatter der Regierung, zu kümmern, bei den meisten Anträgen die Initiative. In derselben Sitzung vom 15. September erzählte er, daß bereits eine Compagnie Freiwilliger, von einem gewissen Preßlern von Sternau geführt, aus Wien angelangt sei; er schilderte, wie die Entfremdung des Wiener Volkes nur durch künstliche Mittel erzeugt worden und schon jetzt einer besseren Einsicht zu weichen beginne, wie tapfer in Wiener Zeitungen und Volksversammlungen das ungarische Recht vertheidigt werde, und wie es daher an der Zeit sei, eine feste Allianz mit der freien österreichischen Nation zu knüpfen. „Senden wir Gesandte nach Wien, aber nicht an den verrätherischen Hof, sondern an das Volk; sagen wir dem Volke, daß wir bereit sind, alle unsere Zwistigkeiten, falls solche bestehen, in freundschaftlicher Weise zu schlichten, daß unser Beistand ihm gewiß ist im Augenblicke der Gefahr, daß wir aber auch auf seine Unterstützung in dem Kampfe gegen den Absolutismus rechnen." Wie alle Anträge Kossuth's, so fand auch dieser die Zustimmung des Unterhauses. Zwölf Deputirte, unter ihnen Deák, Eötvös, Szemere, von vier Magnaten begleitet, gingen nach Wien, um die Versicherungen guter Freundschaft dem österreichischen Reichstage zu überbringen und den letzteren zu einer unmittelbaren Einmischung in die ungarischen Streitfragen zu vermögen. Ob Kossuth und sein Anhang einen großen Erfolg von diesem Schritte erwartete, kann man nicht genau bestimmen. Wenn sie von der Stimmung des österreichischen Reichstages gut unterrichtet waren, so mußten sie wissen, daß die Majorität desselben nimmermehr zu Gunsten Ungarns sich entscheiden werde. Vielleicht hofften sie auf die Redegewalt der Linken, welche mit der Deputation gleich nach ihrer Ankunft in Verbindung trat und durch Borrosch die eifrigste Unterstützung versprach.*) Jedenfalls regten sie in Wien eine mächtige Agitation an und warfen einen neuen Feuerbrand unter die Parteien. Gelang es, die ungarische Frage wenigstens für die Demokraten zu einer allgemeinen österreichischen zu gestalten, sich in Wien Bundesgenossen zu erwerben, so wurden die Kräfte des Gegners getheilt, die Aussichten auf seine endliche Niederlage gehoben.

Am 19. September eröffnete Strobach dem Reichstage, die ungarische Deputation habe ihm ihr Beglaubigungsschreiben überreicht und verlange den Eintritt in die Versammlung. Als Präsident verpflichtet, die Geschäftsordnung aufrecht zu halten, war Strobach in seinem Rechte, wenn er auf die Bestimmung hinwies, nach welcher Deputationen in den

*) Irányi, hist. pol. de le revol. de Hongrie II. p. 81.

Reichstag nicht zugelassen werden. Das Ministerium und die Majorität täuschten sich aber, in der Hoffnung, der formale Grund der Abweisung werde genügen und jede Debatte abgeschnitten werden. Sierakowsky, die Zange, deren sich die Linke gewöhnlich bei brennenden Fragen bediente, stellte den Antrag, in diesem Falle von der Geschäftsordnung abzusehen, und Borrosch, seinem Versprechen gemäß, begründete denselben. Von ihm wie von den zahlreichen anderen Rednern wurde zwar der Weltgeist ungebührlich belästigt. Dieser pochte fortwährend an die Pforte des Hauses und begehrte Einlaß. Auch die Freiheit wollte sich hartnäckig durch die ungarische Deputation die Gasse öffnen. Solcher starker Verbrauch rhetorischer Bilder entsprach nun einmal der Sitte der Zeit und des Ortes. Doch verhinderte das Gefühl, daß eine entscheidende That heute vollzogen werde, die Leidenschaften, die allseitig in das Spiel kamen, das Versinken in Plattheit. Den Streit auf dem Gebiete der formalen Geschäftsordnung auszufechten, widerstrebte als Heuchelei allen Parteien. Gegner wie Freunde der Magyaren führten vorzugsweise politische Gründe in den Kampf. „Sind die Ungarn, fragten die Redner der czechischen Rechten, etwa nach Wien gekommen, um zu erklären, daß sie den gemeinsamen Reichstag der Monarchie beschicken, einen Theil der Staatsschuld übernehmen, die nicht magyarischen Stämme Ungarns in ihre nationalen Rechte wieder einsetzen wollen? Sie beharren bei der alten separatistischen Politik gegenüber der Wiener Regierung, sie schalten nach wie vor despotisch über die slawischen Stämme und verlangen von uns Unterstützung gegen unsere Freunde und Stammesgenossen." Aus jedem Worte der czechischen Abgeordneten sprach glühender Magyarenhaß und die übermüthige Hoffnung, den gefährlichsten Gegner slawischer Träume für immer vernichten zu können. Ihr blindes Vertrauen auf Jellačić begann zwar zu wanken, sie konnten sich den sorglichen Gedanken, daß er den österreichischen General über den kroatischen Banus stelle, daß er wohl eitel, aber nicht ehrgeizig sei, slawisch phantasire, aber gutösterreichisch handle, nicht verschließen. Noch immer glaubten sie aber an ihr entscheidendes Gewicht im Staate und erwarteten als Frucht ihrer Politik, daß die Herrschaft in Oesterreich den Slawen zufallen werde. Sie nahmen unmittelbaren Antheil an dem Kreuzzuge gegen die Magyaren, halfen dem slowakischen Prediger Hurban, Freischaaren ausrüsten, welche im nördlichen Ungarn einfallen sollten; sie ließen offen im Reichstage*) verkündigen, das Heil Oesterreichs bedinge die Annahme des Föderativsystemes, sahen im nächsten Reichstage zuversichtlich die Kroaten und Serben an ihrer Seite sitzen.

Nimmermehr durfte man von der slawischen Partei eine Förderung magyarischer Interessen verlangen, nimmermehr ihr zumuthen, daß sie

*) Verhandlungen des österr. Reichstages (Stenogr. Berichte) II. S. 479.

ihr eigenes Programm zerstören helfe, es sei denn, daß man ihr die Ueberzeugung beibrachte, der Krieg in Ungarn berge unter einer nationalen Hülle einen politischen Kern giftigster Art, bereite durch Verhetzung der verschiedenen Volksstämme den Sieg des Absolutismus vor. Dieses zu beweisen, versuchten mit großem Eifer die Redner der Linken, insbesondere Löhner, welcher an diesem Tage seinen größten oratorischen Triumph feierte, den Parteiführer völlig zurücktreten ließ, von der Bedeutung des Augenblickes ergriffen in Gedanken und im Ausdrucke einen mächtigen Schwung entfaltete. Hammerschlägen gleich, traf jedes seiner Worte das politische Gewissen der Gegner und erschütterte sie, wenn es auch ihren Entschluß, die Deputation zurückzuweisen, nicht brach. Löhner gab zu, daß die nächste Aufgabe des Reichstages in der Feststellung der Constitution bestehe; woher soll aber derselbe die Ruhe und die Kraft zu seiner Arbeit nehmen, wenn ringsum der Bürgerkrieg wüthet, welchen Werth wird noch das geschriebene Wort der Verfassung besitzen, wenn die Waffen über die Zukunft des Staates entscheiden? Er wies auf den Widerspruch der Centralisten hin, welche stets das Wohl der Gesammtmonarchie im Munde führen und doch in diesem Falle Ungarn als Ausland behandelt wissen wollen, er fragte die Föderalisten, ob denn durch Cabinetsbefehle der Bund der österreichischen Völker geschlossen werden solle, er brandmarkte die Heuchelei, welche dem Reichstage das Recht absprach, sich in die ungarischen Angelegenheiten zu mischen, den österreichischen Ministern aber die Vollmacht gab, über Ungarn zu Gericht zu sitzen. Die politischen Fehler der ungarischen Regierung beschönigte er keineswegs. Beweist aber nicht die Thatsache, daß sie sich an den österreichischen Reichstag wendet, wo die Slawen über die Majorität gebieten, ihre Umkehr, offenbart sich nicht darin ihr ehrlicher Wille, den Streit mit den Kroaten und Serben friedlich zu schlichten, die nationalen Rechte derselben anzuerkennen? „Wohlan, Slawen, wenn Ihr sagt, die Monarchie halte nur so lange zusammen, als Ihr Slawen wollt, zeigt es heute, daß es Ernst ist und haltet sie. Wenn Ungarn ganz darnieder liegt, dann ist es zu spät, dann wird die Hand des Demokraten vergeblich in das Schwert fallen, welches der Krieger schwingt, dann mögen die Völker, die hier im Kreise sitzen, sich beschämt aus demselben schleichen, denn man wird von ihnen sagen: Sie ließen ein Brudervolk morden, um bald alle geknechtet zu werden.“*)

Schon viele Stunden tobte die parlamentarische Schlacht. Zuweilen zeigten sich die Streiter so ungeberdig und brach ein solcher Tumult los, daß der Präsident die Sitzung unterbrechen mußte. Das Ministerium allein, trotz wiederholter Aufforderungen, seine Politik zu rechtfertigen, verhielt sich vollkommen passiv. Erst am späten Abend erhob sich Wes-

*) Ebend. S. 480.

fenberg zu einer kurzen Ansprache, in welcher er die „vermittelnde und versöhnende Stellung des Ministeriums" versicherte, und die Anerkennung der Gleichberechtigung aller Nationalitäten als den obersten Grundsatz der Regierungspolitik erklärte. Ausführlicher schilderte Bach den Standpunkt des Ministeriums. Er verlas von der Tribüne die bekannte österreichische Denkschrift, gab eine Uebersicht der Verhandlungen, welche das Cabinet Pillersdorf und Wessenberg seit dem April mit Batthyány, leider ohne allen Erfolg, geführt hatten, und knüpfte daran eine gewandte Vertheidigung der Wiener Politik. Bach dachte von den Rechten des Reichstages besser als die Majorität. Er zweifelte nicht, daß „die ungarische Frage den Gegenstand einer umfassenden, principiellen Debatte auch im Wiener Reichstage" bilden werde, hob die große Bedeutung bereits der heutigen Verhandlung hervor, „indem man von nun an nicht mehr werde sagen können, nur die Politik des Ministeriums, nicht aber die Ansichten der österreichischen Volksvertreter wären bekannt," und gab zu verstehen, daß die Regierung sich dem Eintritte der ungarischen Deputation nicht widersetzen würde, wenn dadurch nur eine praktische Grundlage für eine Verständigung gewonnen werden könnte. „Soweit aber die Verhandlungen des ungarischen Parlamentes bekannt sind, waren die Grundsätze, nach welchen diese schwierigen Verhältnisse ihre Lösung finden sollen, nicht erörtert worden, als die Absendung der Deputation beschlossen wurde, und auch darüber liegt nichts vor, welchen Gesichtspunkt das ungarische Ministerium festhält, um eine wirkliche Ausgleichung herbeizuführen, und von Nation zu Nation zu unterhandeln und abzuschließen." Die mangelhafte Instruction also bildete allein in den Augen des Ministers das Hinderniß, der Bitte der Deputation zu willfahren. Der Name des Banus kam nicht über seine Lippen, kein harter Tadel der ungarischen Staatsmänner, so berechtigt der Minister dazu gewesen wäre, wurde laut. Im Gegentheile sprach er die Hoffnung aus, „das neue in Bildung begriffene Cabinet werde sich freundlicher zeigen und die angebotene versöhnende Hand annehmen." Auch das verdient hervorgehoben zu werden, daß Bach zwar wiederholt auf die pragmatische Sanction und ihre angeblichen Rechtsfolgen zurückkam, schließlich aber doch das Staatsinteresse, den politischen Vortheil als die Richtschnur der ministeriellen Thätigkeit bezeichnete. Trat der Minister so leise und behutsam auf, um die etwa noch unschlüssigen Mitglieder des Reichstages bequem auf seine Seite zu ziehen, oder wollte in der That die Regierung noch nicht alle Brücken hinter sich abreißen? hoffte sie noch immer auf eine friedliche Verständigung mit Ungarn? So zahlreich auch die Slawen im Reichstage anwesend waren, die offenbar absichtliche Zögerung, die kroatisch-serbischen Ansprüche mitgeltend zu machen, weckte in keinem derselben Bedenken über die Richtigkeit ihrer Politik, das Ministerium unbedingt zu unterstützen.

Nach wie vor beharrte sie bei dem Versuche, das Begehren der ungarischen Deputation zurückzuweisen. Löhner warnte zwar noch einmal. „Wenn man die alten Verträge und ständischen Recesse in Ungarn gegen die Märzversprechungen geltend macht, welches bessere Recht haben dann wir im Reichstage? Sollen alle Zugeständnisse des Kaisers aufgehoben werden, weil sie den alten Pergamenten widersprechen, dann dürfen auch wir hier nicht länger sitzen. Und wenn das Staatswohl, der politische Vortheil dem gegenwärtigen Ministerium das Recht giebt, die ungarische Verfassung zu brechen, kann nicht ein künftiges Ministerium das Staatswohl und den politischen Vortheil als Rechtsgrund anrufen, gegen uns und die österreichische Verfassung einzuschreiten?" Einen so richtigen prophetischen Blick Löhner in diesen Worten zeigte, sie verhallten wirkungslos. Mit 186 gegen 108 Stimmen wurde die Bitte der ungarischen Deputation, im Reichstage erscheinen zu dürfen, zurückgewiesen, und nur aus Höflichkeit wurde Lasser's Antrag angenommen: „Die Deputation möge ihre Mittheilung schriftlich durch den Vorstand an die Reichsversammlung bringen."

Abgewiesen vom Reichstage fand die Deputation bei den Wiener Demokraten eine desto günstigere Aufnahme. Große Volksmassen, von Fackelträgern begleitet, zogen am Abende des 19. September vor die „Stadt Frankfurt", wo die Deputation abgestiegen war; lauter Zuruf begrüßte die Deputirten, endlose Hoch's folgten der Rede des alten blinden Wesselényi, der die neuen Menschen und neuen Ideen so gar nicht verstehen konnte, in seinem tiefsten Herzen der Revolution abhold war und doch im Gefolge ihrer Helden sich überall mitschleppen ließ; vollends wie ein Sturm brauste die Begeisterung, als Tausenau vortrat und unter Verwünschungen des „Hyänenministeriums" und seiner „Schacherpolitik," unter heftiger Bedrohung des „elenden Reichstages" den Magyaren die Hilfe des Wiener Volkes zusicherte. Tausenau's Zusage war keine bloße Phrase. Von diesem Augenblicke an lebte in den Wiener demokratischen Kreisen nur ein Gedanke: der ungarischen Politik des österreichischen Ministeriums entgegenzutreten, um jeden Preis die Vereinigung größerer Streitkräfte zum Kampfe gegen die Magyaren zu verhindern. Von diesem Augenblicke an herrschte überhaupt in Wien, ja in ganz Oesterreich nur ein Interesse — jenes an den ungarischen Wirren. Der Reichstag mochte das Budget berathen, über die Möglichkeit, die Judensteuer aufzuheben, verhandeln — kein Mensch horchte zu, die Mitglieder selbst klagten über Langeweile und waren nur mühsam auf ihren Sitzen zu halten. Es kam die Kunde von dem Frankfurter Aufstande und der schmachvollen Ermordung Lichnowsky's und Auerswald's, man las in den Zeitungen von dem drohenden Kampfe zwischen der radicalen Nationalversammlung und der Militärgewalt in Berlin. Zu anderen Zeiten hätte man darüber die eigenen Angelegenheiten voll-

ständig vergessen, jetzt kümmerte man sich nur so weit um jene Vorfälle, als man in ihnen die Mahnung erblickte, auch in Oesterreich sich gegen die nahende Reaction zu rüsten, und als die fanatische Leidenschaft nur noch mächtiger aufflammte. Aller Augen blieben auf Ungarn gerichtet, wo jeder Tag neue Ueberraschungen bereitete, Furcht und Hoffnung durch die rasch auseinanderfolgenden Ereignisse gleichmäßig in der Schwebe gehalten wurden.

Batthyány hatte am 12. September sich bereit erklärt, noch einmal an die Spitze eines ungarischen Ministeriums — in welchem selbstverständlich Kossuth und Szemere kein Platz eingeräumt war — zu treten, und von diesem Zugeständnisse die größte Wirkung in Wien erwartet. Ein Compromiß abzuschließen, widerstrebte seinen politischen Anschauungen keineswegs, nur mußte auf beiden Seiten der nachgiebige Sinn sich äußern und die Giltigkeit der Verfassung nicht in Zweifel gezogen werden. Am 16. September kam die Antwort aus Wien. Der König bestätigte zwar Batthyány als Ministerpräsidenten, verschob aber in Bezug auf die Bedingungen, welche Batthyány gestellt hatte, jede definitive Erklärung. Das königliche Rescript schloß mit einem herben Tadel des Reichstages, daß derselbe sich nicht eifriger für die Beilegung des Streites bemüht, dagegen über das Maß seiner Befugnisse hinaus ein Finanz- und Recrutirungsgesetz, ohne die Sanction des Königs abzuwarten, erlassen habe. Unter diesen Umständen wollte Batthyány nicht länger eine amtliche Verantwortlichkeit tragen, und kündigte im Unterhause seinen Rücktritt an. Er fand in Wien nicht die geringste Unterstützung, er glaubte auch im Reichstage Mißtrauen gegen seine Persönlichkeit und seine Politik wahrzunehmen, er sah überhaupt seine Stellung als eine unhaltbare an. „Ich bin zwischen zwei Unmöglichkeiten gedrängt. In Wien will man keine Männer, welche der ungarischen Nation genügen, hier in Pesth wieder will man die Personen nicht, deren Einfluß allein uns in Wien bessere Bedingungen verschaffen könnte. Wollte ich mich auch noch einmal in das Joch spannen lassen, so würde doch nur eine Verschleppung des Provisoriums dadurch erreicht und dem Lande es doch schließlich überlassen bleiben, sich zu helfen wie es kann. Wir hätten nichts gewonnen, nur Zeit verloren. Denn wenn ein Volk einmal gezwungen ist, sein Leben und sein Dasein zu vertheidigen, und es an der Grenze anlangt, wo es keinen Hoffnungsstrahl mehr giebt, so kann die Loyalität in gewisser Hinsicht nur zum Hindernisse werden. Möge daher der Reichstag ernstlich prüfen, ob nicht jener ernste letzte Augenblick schon gekommen ist, in welchem die Nation zur Selbstvertheidigung gedrängt, nicht mehr fähig ist, die Loyalität zu respectiren, ja nicht einmal mehr dazu verpflichtet."

Die Verzweiflung preßte Batthyány dieses Geständniß ab. Der stolze Magnat konnte nicht auf die Dauer mit den Helden des Radicalkör zusammengehen, der Mann, welcher bereits vor dem Ausbruche der

Revolution das höchste Ansehen genossen hatte, nicht durch die Interessen des Ehrgeizes an die letztere gefesselt werden. Ihm war das Ziel der radicalen Partei unklar, ihre Mittel, um den Sieg zu gewinnen, verhaßt. Natürliche Neigung und seine Vergangenheit ließen ihn jedes ungesetzliche Treiben verdammen, sein politischer Verstand zeigte ihm aber die Werthlosigkeit einer legalen Opposition. Konnte er in dieser nicht beharren, wollte er an jenem sich nicht betheiligen, so war der Verzicht auf jede fernere öffentliche Wirksamkeit der einzige rettende Ausweg. Verzweiflung hatte Stephan Széchenyi zu einem Selbstmordversuche (5. Sept.) getrieben. Er glaubte in den Sternen das blutige Schicksal seines Vaterlandes zu lesen, er sah Pesth, seine Schöpfung, als einen wüsten Trümmerhaufen, Mord und Brand von einer Grenze Ungarns zur andern wüthen. Sein Leben, sein Streben war also vergeblich, der größte Ungar nur ein Träumer gewesen. Sein Geist, unfähig diese Gedanken zu ertragen, verdunkelte sich, seine Heimat wurde fortan eine Irrenanstalt.*) Das Vorgefühl des nahenden Sturmes hatte Eötvös in die Fremde getrieben, die Ueberzeugung, daß jedes loyale Wirken unmöglich sei, Deák verstummen gemacht. Batthyány ließ sich dadurch nicht warnen. Die Linke, welche sonst wahrlich keine Liebe für Batthyány besaß, seiner zögernden Politik, seiner starren Loyalität die Hauptschuld an den Leiden des Landes beimaß, fühlte auf einmal Begeisterung für den Mann. Nyáry, Madaraß, sogar Kossuth beschworen ihn, auszuharren und an der Spitze der Regierung zu verbleiben und — Batthyány gab nach. Merkwürdig, die Majorität des Reichstages wollte von Szent Kiralyi's Vorschlag nichts wissen, die Versammlung möge dem König ihre Treue versichern und feierlich erklären, nach dem Rückzuge der Kroaten auf dem Boden des Rechtes und der Billigkeit mit der Wiener Regierung verhandeln zu wollen, und fand doch gegen die Ministerliste nichts einzuwenden, welche Batthyány in der nächsten Sitzung (17. Sept.) mittheilte. Kossuth, Szemere, selbst Deák waren von derselben ausgeschlossen, dieselbe vielmehr mit den Namen sogenannter conservativ-liberaler Staatsmänner: Coloman Ghiczy, Szent Kiralyi, Alex. Erdödy, Nicolaus Vay, Dionys Kemény gefüllt. Offenbar wollte die radicale Partei Zeit gewinnen und Batthyány nur als Werkzeug benützen. Noch hallte der Schrecken über die kroatische Invasion nach, noch hielten Viele die Niederlage der ungarischen Freiwilligen und Nationalgarden gegen die altgedienten Truppen des Banus für unabwendbar. Dann bot Batthyány jedenfalls eine bessere Bürgschaft für leidliche Bedingungen des Siegers als Kossuth. Wer aber die Entscheidung nicht so unmittel-

*) Es ist für die herrschende Stimmung bezeichnend, daß die radicalen Zeitungen an Széchenyi's Krankheit nicht glaubten, der Martius Tizenötödike (der fünfzehnte März) ihm verwarf, Széchenyi simulire den Wahnsinn, um sich zu sichern.

bar nahe gerückt glaubte, fand, daß Batthyány's Namen einen festen Schild gewähre, in der Zwischenzeit die Rüstungen zu vollenden, und einen wirksamen Widerstand vorzubereiten.

Batthyány wurde aber auch von der Wiener Regierung als ein bloßes Werkzeug angesehen und sein Name an der Spitze des ungarischen Ministeriums nur vorläufig geduldet, bis man über die Politik, die gegenüber den „rebellischen Ungarn" eingeschlagen werden müsse, sich geeinigt habe. Als Pulszky am 24. September die Ministerliste dem Erzherzog Franz Karl überreichte, erhielt er eine ausweichende Antwort, der Kaiser werde sich schriftlich äußern, nebenbei sogar die Zusicherung, daß alles auf legalem Boden werde ausgeglichen werden. Noch war man in Wien des Sieges nicht sicher und fürchtete, nicht ausreichende Mittel zu besitzen, auf dem Wege der Gewalt den Willen des Hofes durchzusetzen.

Hatte man in Wien mit dem Pesther Ministerium und Reichstage falsches Spiel getrieben, alle Zugeständnisse nur mit dem Vorbehalt, sie je bei guter Gelegenheit zurückzunehmen, bewilligt, so kam jetzt die Strafe für solche Heuchelei. Nicht alle Truppenführer und Festungscommandanten verstanden die Kunst des Banus, aus den empfangenen Befehlen das Gegentheil herauszulesen, oder besaßen den Muth, mit Jellačić zu erklären: „Ich habe seit Meiner Ernennung zum Banus vom Kaiser einundzwanzig Handbillets erhalten, die ich nicht befolgte. Der Kaiser könnte mir noch einmal einundzwanzig Handbillets senden; wenn sie mich von meinem Ziele ablenken, so würde ich abermals nicht gehorchen. Ich muß für den Kaiser handeln, wäre es auch gegen seinen Willen."*) Was dem Soldaten im Frühlinge und Sommer nicht hätte verziehen werden können, mußte man dem nationalen Führer nachsehen. Mit großer Gewandtheit hatte Jellačić bald die eine, bald die andere Seite seiner Doppelstellung vorgeschoben, heute auf den Banus, morgen auf den General sich gestützt, und dadurch das Ausgleiten auf seinem schlüpfrigen Wege verhindert. Den anderen österreichischen Commandanten ging es nicht so gut. Als einfache Soldaten an pünktlichen Gehorsam gewöhnt, zu fein diplomatischen Unterstellungen und Auslegungen nicht befähigt, hielten sie sich an den Wortlaut ihrer Vorschriften. Wenn es daher in denselben hieß, daß der Palatin durch das ungarische Ministerium über die Verwendung aller in Ungarn und den Nebenländern stationirten Armeeabtheilungen frei verfügen solle," so kamen sie, ohne weiter zu grübeln, dem Befehle nach. Diese Instruction bestand noch lange, nachdem in Wien die Stimmung umgeschlagen, der Kampf zwischen der österreichischen Regierung und dem ungarischen Ministerium offen ausgebrochen war. Der politischen Meinung jedes Einzelnen blieb es überlassen, sich

*) Bericht in einem aufgefangenen Briefe, welcher mit vielen anderen in einem Pesther Flugblatte vom 28. Sept. publicirt wurde.

zu entscheiden, in welchem Grade der Fahneneid noch Geltung besitze, ob das Beharren bei dem militärischen Gehorsam oder Aufkündigung desselben der militärischen Ehre besser entspreche. Politische Debatten aber im Schooße der Armee bedeuteten so viel wie Aufhebung der Disciplin, welche auch in der That unter den eingeborenen Regimentern nur dem Namen nach bestand. Während die Mannschaft zur nationalen Fahne übertrat, theilte sich das Officiercorps in zwei Parteien, die eine, welche unbedingt sich dem Ministerium unterwarf, die andere, welche zwar nicht gegen Jellačić kämpfen wollte, aber auch sich ihm anzuschließen zögerte, am liebsten eine strenge Neutralität beobachtet hätte.

Nicht genug daran, daß in den Reihen der früher so einigen Armee Zwiespalt und Unsicherheit herrschte, die Monate selbständiger Herrschaft hatte natürlich das ungarische Ministerium benutzt, mit Vorwissen und der Zustimmung der Wiener Regierung benutzt, die nationale Wehrkraft zu verstärken. Aus den kaiserlichen Zeughäusern wurden die Waffen der Nationalgarde geholt, im Auftrage des Wiener Kriegsministers ungarische Honvédofficiere in der Fabrication der Zünder unterrichtet, der Bedarf an Munition für das ungarische Heer zuerst von österreichischen Artilleriedepôts geliefert, die meisten Festungen der ungarischen Regierung ausgeliefert. Rukavina in Temeswar und der achtzigjährige Berger in Arad retteten diese beiden Festungen dem Kaiser. Die Nähe der Serben, die unmittelbare Berührung mit den slawischen Insurgenten erleichterte den Commandanten den Entschluß, sich von den Magyaren loszusagen; die anderen festen Plätze in Ungarn: Esseg, Peterwardein, Munkacs, Leopoldstadt, Komorn fielen in die Hände der Ungarn. Am schmerzlichsten empfand man in Wien den Verlust Komorns. Wer über diese Festung, den „Schlüssel Ungarns", gebot, hatte die Donaustraße in seiner Gewalt, übte, wenn es zum Kampfe kam, den größten Einfluß auf den Verlauf des letzteren. Der Aerger, daß in Komorn der kaiserliche Adler nicht herrschte, war daher begreiflich, unrichtig jedoch und nur durch die leidenschaftliche Verblendung, welche in späteren Zeiten jedes ruhige Urtheil der Wiener Machthaber aufhob, zu erklären die Behauptung, als ob schnöder Verrath oder wenigstens unerhörte Nachlässigkeit die Festung den Ungarn in die Hände gespielt hätte. Die Schuld an diesem verhängnißvollen Ereignisse trug allein das falsche Sparsystem der Regierung vor der Revolution, welches Komorns Wehrhaftigkeit in schimpflichster Weise preisgab, und die Anarchie, welche seit den Märztagen in den österreichischen Militärverhältnissen waltete.*)

*) Vergl. „Darstellung der Ereignisse und des Verfahrens, wodurch der k. k. Feldmarschall-Lieutenant von Mertz zu Wien kassirt worden ist. Als Manuscript gedruckt 1860." Mertz wurde von der Centraluntersuchungscommission, dem Kriegsgerichte und dem Appellationsgerichte freigesprochen, schließlich aber doch vom obersten Gerichtshofe „wegen Vernachlässigung seiner Pflicht" 1850 kassirt.

In Komorn commandirte seit 1845 General Mertz, ein alter braver Haudegen, von mittelmäßiger geistiger Begabung, aber makelloser Rechtlichkeit, ihm zur Seite stand der Genieoberst Baron Schauroth, einer der gediegensten und loyalsten Officiere der österreichischen Armee. Lange vor dem Ausbruche der Revolution klagte der Commandant über die mangelhafte Ausrüstung der Festung und die geringe Garnison. Er hatte nur 50 invalide Kanoniere zu seiner Verfügung, ihm fehlten Pontons und Pontoniere, er mußte ein Zeughaus und die so nothwendigen Bespannungszüge entbehren. Statt die verlangte Abhilfe zu gewähren, befahl der Hofkriegsrath eine weitere Reduction der Mannschaft und zog namentlich die zuverlässigen deutschen Regimenter, um Kosten zu sparen, aus Komorn. Als die Revolution ausbrach, befanden sich nur ungarische Truppen in der Festung. Die Lage des Commandanten wurde mit jedem Tage immer bedenklicher. Er richtete an das ungarische Ministerium, an dessen Befehle er ausschließlich gewiesen war, die dringendsten Vorstellungen über die unhaltbaren Zustände in der Festung, er ließ bei jeder Gelegenheit den Wiener Kriegsminister, mit welchem die Verbindung niemals abgebrochen wurde, warnen und um schleunige Unterstützung anflehen. Die ersehnte Hilfe kam nicht. Das ungarische Ministerium entzog Komorn noch die wenigen brauchbaren Truppen, die sich daselbst befanden, um sie gegen die Serben oder gegen (Anfangs September) die ungeberdige radicale Partei in Pesth zu verwenden, und ließ daselbst vier Compagnieen zuchtloser Italiener und ein demoralisirtes ungarisches Bataillon zurück. Es konnte sich auf die zahlreiche Komorner Nationalgarde verlassen, welche, streng national gesinnt, die Festung gegen den rechten Feind schon vertheidigt hätte. Unter dem rechten Feinde verstand diese den österreichischen Commandanten. Um aber Mertz jeden Grund zur Klage zu nehmen, sandte es ihm zur Verstärkung der Garnison — Graner Freiwillige, deren politische Anschauungen mit jenen der Nationalgarde vollkommen übereinstimmten. Aus Wien empfing Mertz nur trockene Trostworte, man bedauere ihn, würde ihm gern helfen, wenn man nur die Mittel dazu besäße, bitte ihn, noch länger auszuharren. Endlich am 15. September brachte ein verkleideter österreichischer Officier klare Instructionen. „Das ungarische Ministerium ist aufgelöst, ihm daher kein Gehorsam zu leisten, der Commandant möge schleunig für Proviantirung der Festung sorgen, Hilfstruppen seien von Preßburg (vier Compagnieen Walachen, gegen welche hier eine gerichtliche Untersuchung wegen Einverständnisses mit dem Banus eingeleitet war) im Anmarsche." Aber die Walachen kamen nicht, der Commandant in Preßburg, General Lamberg, hielt sie zurück, das aufgelöste Ministerium constituirte sich abermals in der Person Batthyány's, die alten Verhältnisse zu demselben kehrten wieder, die Proviantirung hätte nur bewerkstelligt werden können, wenn die Wiener Regierung Geld geschickt hätte. Sie konnte aber nicht ein-

mal ihren Courier mit dem nöthigen Reisegeld versehen. Durch gewaltsame Requisitionen die Lebensmittel sich zu verschaffen, war auch nicht möglich, da der Commandant und der kleine treugebliebene Besatzungstheil von der Nationalgarde bewacht wurde. So befand sich Mertz in absoluter Hilflosigkeit.

Auf Schauroth's Rath wagte Mertz noch einen letzten verzweifelten Versuch, Komorn für Oesterreich zu retten. Am 15. September, beinahe gleichzeitig mit dem Wiener Courier, kam ein Dampfschiff stromaufwärts an der Festung vorüber. Es führte ein galizisches Bataillon (vom Regimente Erzh. Wilhelm) am Bord, welches der Reichstag aus Furcht vor einem Staatsstreiche nicht in Pesth duldete, und das Ministerium nach Wien zurücksandte. Dasselbe offen in die Festung zu führen, ging nicht an. Es wurde daher mit dem Bataillonsführer verabredet, die Truppe möge in Gönyö, eine Meile oberhalb Komorn, am rechten Donauufer, Halt machen und nächtlicher Weile in die Festung einrücken. Der Plan wurde verrathen, die Schiffbrücken ausgehängt, der Einmarsch vereitelt. Doch gelang es dem Bataillon, freilich halbverhungert, sich im Brückenkopfe festzusetzen. Ein Schreiben des commandirenden Generals in Ungarn, Hrabowsky, zwang aber Mertz, die Truppen wieder zu entfernen. „Das Bataillon hat auf Befehl des Kaisers eine andere Bestimmung erhalten." So wurde auch die letzte Hoffnung vereitelt. Im Reichstage tobte die Linke, als sie von den Vorfällen in der Nacht des 15. Sept. erfuhr. Madaraß verlangte eine kriegsrechtliche Untersuchung gegen Mertz. Kossuth empfahl die Absendung von Commissären, welche „allen Verräthern den Säbel von der Seite reißen sollen." Das Ministerium verfuhr glimpflicher und bewilligte dem Commandanten (22. Sept.) Urlaub. Schauroth war schon früher vom Wiener Ministerium abgerufen, an seine Stelle Török, der Lehrer Görgey's und Klapka's, e b e n f a l l s v o m W i e n e r K r i e g s m i n i s t e r, nach Komorn gesendet worden. Diesem, dem rangältesten Officier, übergab Mertz reglementmäßig (28. Sept.) das Commando, Török aber und Majthényi, der Anführer der Graner Freiwilligen, pflanzten in Komorn die ungarische Tricolore auf.

Bange Sorge beschlich die Wiener Staatsmänner, als sie die Unmöglichkeit, Komorn zu sichern, entdeckten und von der Gährung, den politischen Umtrieben in den ungarischen Soldatenkreisen hörten. Auf die Armee hatten sie ihre Sache gestützt, und mußten nun das Schwanken ihrer einzigen Stütze erfahren. Auch die Nachrichten, welche von dem Banus kamen, steigerten die Siegeshoffnungen nicht. In drei Heerhaufen hatte derselbe die ungarische Landesgrenze überschritten. Der linke Flügel, von Jellačić selbst geführt, rückte langsam über Groß-Kanisa, das südliche Ufer des Plattensee's entlang, wo jetzt die Eisenbahn von Stuhlweißenburg nach Pettau in Steiermark geht, vorwärts, das Centrum,

welches General Hartlieb commandirte, schlug eine östliche Richtung über Ibáros-Berény und Kaposvár ein, um sich erst am 23. September bei Enyéng mit dem Banus zu vereinigen, der rechte Flügel, unter Roth und Phillipović, folgte als Reserve auf der Straße von Esseg nach Fünfkirchen. Auf 40,000 Mann schlug man die kroatische Armee an, der Troß war aber zahlreicher als die Summe der streitbaren Soldaten, dieselben in der Einbildung des aufgeschreckten Ungarvolkes furchtbarer als in der Wirklichkeit. Wenn man auch die Nachricht nicht wörtlich nehmen muß, daß die Retter des Staates täglich mit tausend Stockschlägen beschenkt wurden, so ist doch der Mangel an straffer Disciplin unter den slawischen Kreuzfahrern durch unverdächtige Zeugen sicher gestellt. Des Banus Geldmittel duldeten keine Verschleppung des einmal begonnenen Wagstückes. „Ohne Geld, schrieb er an Latour, kann ich auch nicht einen Schritt weitergehen, da ich die gute Stimmung der Soldaten erhalten muß, was ohne pünktliche Zahlung des Soldes nicht möglich ist."*) Auf die gute Stimmung und die Begeisterung seiner Truppen kam es allerdings wesentlich an, da ihre Ausrüstung und Kriegstüchtigkeit durchaus nicht den Sieg verbürgte. Stand doch das alte Steinschloßgewehr bei der Armee des Banus in großen Ehren und galten auch die Vogelflinte, die Pike und Sense als brauchbare Waffen.

Jeder Tag, welchen Jellačić im feindlichen Lande verweilte, brachte ihm neue Enttäuschungen. Er hatte es bei seinem Einmarsche an lockenden Proclamationen nicht fehlen lassen. „Möge Niemand fürchten, daß ich irgend ein Recht, welches das königliche Wort kürzlich der ungarischen Nation bewilligte, beseitigen werde. Nicht ein Feind überzieht Ungarns Ebene, sondern ein Freund kommt den loyalen Unterthanen des constitutionellen Königs zu Hilfe. Sie werden mir die brüderliche Hand reichen und mit Gottes Hilfe wollen wir das Land vom Joche einer unfähigen, verhaßten Rebellenregierung befreien." Da ihn sein Weg durch magyarische Comitate führte, so machten diese Worte keinen Eindruck. Vor ihm flohen die Einwohner der wehrlosen Städte und Dörfer, ihm zur

*) Diese und die meisten nächstfolgenden Aeußerungen sind Briefen entlehnt, welche zwei tapfere magyarische Sauhirten der kroatischen Feldpost abgejagt und dem Regierungscommissär ausgeliefert hatten. Die ungarische Regierung veröffentlichte eine Auswahl derselben, als Illustration der österreichisch-kroatischen Politik und Beweis des geheimen Einverständnisses zwischen dem Wiener Ministerium und den südslawischen Rebellen. Da das letztere bereits früher festgestellt war (durch einen von Kiß bei dem Sturm auf das Perlasser Lager 12. Sept.) erbeuteten Brief des Generals Spanocchi in Graz an Rajačić), so übten die später publicirten Briefe nicht die erwartete Wirkung. An ihrer Echtheit kann man übrigens nicht zweifeln. Sie wurden durch die äußeren Umstände verbürgt und durch den Inhalt bestätigt. Der folgende Passus z. B.: „Ich bitte um die Zuwendung eines hinreichenden Verlagsquantums für die beihabende Feldoperationskasse," kann nur dem österreichischen „schreibenden Hauptquartier" entstammen.

Seite und im Rücken sammelte sich der Landsturm, durch die Plünderungslust der Kroaten auf das höchste erbittert und zu feindseligen Neckereien gern geneigt. Er hatte eine unmittelbare, augenfällige Unterstützung von Wien erwartet: Geld, Batterien, Brückenequipagen, Generalstabsofficiere. Die Hilfe, zwar zugesagt, blieb aus. Bereits auf dem Marsche begriffen, verlangte Jellačić noch dringend Hosen und Mäntel, alte Cavalleriesäbel und Steinschloßpistolen, um seine Heerhaufen bekleiden und wenigstens nothdürftig bewaffnen zu können. Er mußte es sogar erfahren, daß, als ihn Officiere der gegenüberstehenden Armee um seine Legitimation befragen ließen, damit sie ihren Uebertritt in seine Reihen rechtfertigen könnten, er dieselbe vorzuweisen nicht im Stande war.*) Eiligst wurde ein Courier nach Wien gesendet, aber erst am 24. September brachte Graf Mensdorf das Verbot des Kaisers an die ungarischen Truppen, den Banus anzugreifen. Jellačić hatte zuversichtlich auf die Auflösung des ungarischen Heeres, sobald er nahte, gerechnet, und auf den Abfall wenigstens aller alten Regimenter von der dreifarbigen Fahne gebaut. Auch diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung. General Ottinger, welcher zuerst das ungarische Observationscorps an der Donau commandirt hatte, ging zwar in das Lager des Banus über; sein Nachfolger im Commando, General Teleki, wurde nur durch äußere Umstände abgehalten, das Gleiche zu thun, verhinderte wenigstens durch sein unschlüssiges Wesen die Thätigkeit des kampflustigen Heeres; böhmische Cuirassiere und italienische Chevauxlegers stießen zu den Kroaten: aber die ungarischen Infanterieregimenter und die Husaren, welche dem Banus gegenüberstanden, hörten auf keine Lockung. Jellačić klagte bitter über diese unerwarteten Hindernisse. „Die Magyaren fanatisiren alles und haben leider die ungarischen Truppen so vollständig bethört, daß die Hoffnung, Linientruppen würden nicht gegen uns fechten, sich nicht bestätigt. Ich kann nicht leugnen, daß mir vor dem Gedanken schaudert, auf Husaren meine Kanonen zu richten. Es wäre dadurch vielleicht auf ewig ein Riß in die Armee gebracht und in den Händen der Armee allein liegt die Rettung der Armee." Den eingeschlagenen Weg wieder zurückzugehen, war nicht möglich; es galt also dem bei dem Donauübergange angenommenen Wahlspruche: Sto bog dade i sréca junacka (Was Gott giebt und Soldatenglück) Ehre zu machen, vorwärts zu marschiren, und durch keckes Auftreten die eigene geringe Macht zu verdecken.

*) Erklärung des unter dem Commando des Grafen Teleki stehenden Officiercorps v. 16. Sept. Nach derselben zog sich die Armee vor den Kroaten zurück, weil sich Gerüchte einer republikanischen Bewegung in Pesth verbreitet hatten. Als man darüber beruhigt war, beschloß man, gegen Jellačić sich zu vertheidigen, wenn er nicht den Befehl des Kaisers zum Einmarsche in Ungarn vorweise. Eine Officiersdeputation überbrachte dem Banus diese Erklärung.

Die kroatischen Heerhaufen standen bereits eine Woche im Lande, ohne daß ihnen der Gegner einen erheblichen Widerstand entgegengestellt hätte. Teleki war auf der Pesther Straße bis nahe an Stuhlweißenburg zurückgegangen und hier vom Palatinus selbst im Commando abgelöst worden. Gleich nachdem sich die Kunde von dem kroatischen Einbruche in Pesth verbreitete, forderte der Reichstag den Palatin auf, sich an die Spitze des nationalen Heeres zu stellen. Er weigerte sich dessen nicht, da „er seine constitutionellen Pflichten wohl kenne." Ehe der Palatinus abreiste, empfing er auf Kossuth's Antrag die Vollmacht, den Frieden abzuschließen, wenn sich die Gelegenheit dazu böte, vorausgesetzt, daß die Ehre der Nation und die Integrität der Krone gewahrt bleiben. Erzherzog Stephan zog es natürlich vor, diesen letzten Auftrag zuerst zu vollziehen, noch einen letzten Versuch der Friedensvermittlung zu wagen, ehe er das Schwert aus der Scheide ziehe. Er sandte seinen Kämmerer, Grafen Zichy, zum Banus nach Kis-Komarom, um den letztern zum Stillstande zu bewegen, und als er eine ausweichende Antwort empfing, verlangte er eine persönliche Unterredung mit Jellačić. Ein Dampfschiff führte den Erzherzog von Füred quer über den Plattensee nach Szemes, wo Jellačić (21. Sept.) sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte. Die Zusammenkunft sollte am Bord des Dampfschiffes stattfinden. So viele Adjutanten aber auch der Palatin an das Ufer schickte, der Banus kam nicht. Das Officiercorps, von Jellačić befragt, was er thun solle, verlangte stürmisch sein Verbleiben auf dem festen Lande, und der Banus ließ sich gern Gewalt anthun. „Wer weiß, ob die Maschine nicht stärker gewesen wäre als das Ehrenwort des Erzherzogs, und ob man mich nicht meiner Armee entführt hätte, trotz aller Verzweiflung des Prinzen." Der Palatin kehrte unverrichteter Sache zurück. Da sank auch ihm der Muth; kämpfen wollte er nicht, den Frieden stiften konnte er nicht, welche Stellung war ihm von nun an beschieden? Heimlich verließ er das ungarische Lager und eilte nach Ofen. Auch hier hielt er sich nur wenige Stunden auf. Mit Hilfe des Schloßpfarrers — aus dem böhmischen Kreuzherrenorden — fand er die Mittel, unvermerkt aus Ofen zu fliehen und unerkannt über die Grenze zu entkommen. Er traf am 24. September in Wien ein, wo er sein Amt in die Hände des Kaisers niederlegte. Wenige Tage später befand er sich bereits auf seinem mütterlichen Erbgute in Schaumburg an der Lahn, um nie wieder aus dem Privatleben herauszutreten. Der Ruf eines Landesverräthers folgte ihm nach.

Kein Beiname wird in revolutionären Zeiten häufiger gespendet, als der eines politischen Judas. Wie jetzt der Palatin mit demselben belastet wurde, so erhielten ihn später auch die meisten anderen Führer der Nation; die Untersuchung, ob sie einen so schnöden Verdacht auch verdienen, überließ man der späteren Zeit. Daß Erzherzog Stephan den Plänen des Banus fern stand, bewies der schlechte Erfolg seiner Expe-

dition auf dem Plattensee; daß er auch kein geheimes Einverständniß mit dem Wiener Hofe hegte, diesem keineswegs zu Danke Ungarn regiert hatte, zeigte die schlechte Aufnahme, die er in Wien fand. Eine brutale Zerstörung des Verfassungslebens lag nicht in seinem Sinne, die Herrschaft eines strammen Centralisationssystemes nicht in seinem Interesse. Er mochte aber auch nicht die Macht mit Kossuth theilen, oder wohl gar mit Waffengewalt die Fortdauer revolutionärer Zustände, die er haßte, vertheidigen. Er kam daher zwischen die Parteien zu stehen und blieb dem Angriffe auf beiden Seiten ausgesetzt. An dieser bedrängten Lage trug theilweise der Widerspruch die Schuld, welcher an der Palatinalwürde seit den Märztagen klebte. Wollte man nicht die japanesische Institution des Doppelkaisers in Oesterreich einführen, ließ sich der Monarch in Wien nicht gutwillig als Mikado behandeln, so mußte ein stetiger Kampf zwischen diesen beiden Spitzen der Regierung bestehen, welcher durch die Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums in Pesth nicht vermittelt, sondern nur geschärft wurde. Zum guten Theile hatte aber der Palatin durch sein persönliches Verhalten seinen Sturz heraufbeschworen. Die Unentschiedenheit und schwächliche Verzagtheit hatte er niemals verleugnen können, leichter den Vorwurf eines politischen Falschspielers getragen, als eine entschlossene That gewagt. So duldete er auch jetzt lieber den häßlichen Schein, den die heimliche Flucht vom Heere und aus dem Lande auf ihn warf, als daß er sich offen mit dem Reichstage auseinandergesetzt hätte.

Die Abdankung des Palatin zwang den Wiener Hof, seine Pläne endlich zu enthüllen. Bis jetzt hatte er officiell nur in mittelbarer Weise das kriegerische Benehmen des Banus begünstigt. Das Wiener Ministerium hatte ihn, wie Latour im Wiener Reichstage bekannte, „dürftig mit Geld unterstützt", es hatte das steyrische Generalcommando ruhig gewähren lassen, als dasselbe Gegenstände der Ausrüstung an die schlecht versorgten kroatischen Truppen abgab, sich aber der Kriegserklärung des Banus gegen Ungarn noch nicht offen angeschlossen. Am 22. September unterschrieb der Kaiser ein Manifest, welches zwar über den ungarischen Reichstag eine herbe Kritik übte, die wohlbekannten Vorwürfe gegen denselben, er habe seine Vollmachten überschritten, mit Hilfe einzelner Minister die Rechte der Krone zu schmälern versucht, wiederholte, den Verdacht aber, daß man in Wien die ungarische Constitution zu brechen beabsichtige, mit Entrüstung zurückwies, sogar das formelle Recht der Ungarn gegenüber den Serben und den Kroaten zugab, nur die Möglichkeit, dasselbe durchzusetzen, bezweifelte. „Als ich zufolge der Rechte der ungarischen Krone die neuen ungarischen Gesetze auch für die Nebenländer und die Militärgrenze sanctionirte, glaubte ich den Wünschen dieser Ländertheile zu entsprechen. Den Widerstand derselben zu überwinden, wurden alle von dem ungarischen Ministerium vorgeschlagenen

Maßregeln der Strenge genehmigt. Die Entschiedenheit, mit welcher auf kroatisch-slawischer Seite bei ihren Forderungen beharrt wurde, mußte bald der Ueberzeugung die Bahn öffnen, daß es sich hier um die Wünsche eines treuen Volkes handle, dessen Unterdrückung nicht im Interesse Ungarns liegt." Hätte also die ungarische Repressivpolitik den Sieg davon getragen, so wäre sie auch von Oesterreich anerkannt werden. Deutlicher konnte man doch nicht den Streit zwischen den Magyaren und Südslawen als eine reine Machtfrage bezeichnen. Gleichzeitig mit diesem Manifeste wurde eine Ansprache an die in Ungarn befindlichen Truppen erlassen, in welcher ebenfalls nicht etwa zur Zerstreuung der nationalen Armee aufgefordert, sondern eindringlich vor einem Zusammenstoße mit derselben gewarnt wurde. Noch am 24. September empfing Pulszky die Zusicherung, daß nur legale Mittel zur Abwehr des Bürgerkrieges angewendet werden sollten. Doch die Mittel selbst, gleichviel ob gesetzliche oder ungesetzliche, wurden bis zum 25. September mit keinem Worte angedeutet. Erst nach der Ankunft des Palatinus in Wien, und nachdem derselbe sein Amt niedergelegt hatte, machte der Wiener Hof seiner Zauderpolitik nothgedrungen ein Ende.

Der index curiae, Graf Georg Majlath, sollte den Palatinus zeitweilig vertreten, Baron Vay, der ungarische Regierungscommissar in Siebenbürgen, ein neues Cabinet bilden und was das Wichtigste war, der General Graf Lamberg als außerordentlicher Commissär den Befehl über alle Truppen, über die kroatischen Heerhaufen sowohl wie über die ungarischen Truppen, übernehmen und die Waffenruhe herstellen. Die beiden ersteren Maßregeln widersprachen nicht dem verfassungsmäßigen Rechte, über die Giltigkeit der Vollmacht, welche dem Grafen Lamberg ohne die Zustimmung des ungarischen Ministeriums übertragen wurde, konnten staatsrechtliche Zweifel sich regen, doch bewies die Wahl der Persönlichkeit, daß man in Wien noch nicht alle Brücken zur Verständigung mit Ungarn abwerfen wollte. Man hoffte in Wien, Graf Lamberg, ein human gesinnter Mann, dem Grafen Batthyány befreundet, mit den ungarischen Verhältnissen wohl vertraut, werde die Vorurtheile, die gegen seine Sendung sich äußern würden, leicht beschwichtigen, als ein unparteiischer Schiedsrichter willkommen geheißen werden. Wußte man auch nicht, wie weit die letzten Ereignisse seine früheren Sympathieen für die Magyaren abgeschwächt hatten, so war doch von ihm keine Zuneigung zu slawischen Phantasien zu erwarten. Die Anhänger des Banus murrten, die Enthusiasten für ein slawisches Oesterreich klagten über die zweideutige Politik des Hofes. Seine Mission war ein Mißtrauensvotum gegen Jellačić, ein Zugeständniß an die Ungarn. Als ein solches sahen sie auch Batthyány und die Mehrzahl der leitenden Männer im Pesther Reichstage an.

Kaum hatte Batthyány von der Ernennung des Grafen Lamberg

erfahren, als er in Pesth eine Versammlung von Vertrauensmännern — Kossuth war abwesend und predigte inzwischen den Kreuzzug in den benachbarten Comitaten — einberief, um mit ihnen über die nächsten Schritte zu berathen. Sie einigten sich in dem Entschlusse, Lamberg's Mission nicht unbedingt zurückzuweisen. Batthyány sollte ihn bewegen, keine ungesetzlichen Maßregeln zu ergreifen und den Banus durch das Vorweisen des kaiserlichen Manifestes von weiterem Vorrücken abzuhalten.*) Er meinte Lamberg in der Nähe der Armee zu finden, wohin diesen auch seine Aufgabe berief, und eilte in das ungarische Lager. Er empfing hier die Zusicherung des alten Officiercorps, gegen Jellačić die Waffen zu kehren, wenn dieser sich weigern sollte, Lamberg's Vollmachten anzuerkennen, den letzteren selbst traf er nicht. Der unglückliche Graf hatte den Weg nach Pesth eingeschlagen, um hier die Unterschrift Batthyány's für das kaiserliche Patent zu holen, seine Ernennung zum außerordentlichen Commissär legalisiren zu lassen. Er wurde ein trauriges Opfer seiner Gesetzestreue. Als seine Sendung in Pesth bekannt wurde, war Batthyány bereits fern, die thatsächliche Regierungsgewalt in den Händen eines revolutionären Ausschusses, Kossuth wieder von seinen Kreuzzugspredigten zurückgekehrt und dem Fanatismus, den er durch gewaltige Reden entzündet hatte, im höchsten Grade selbst verfallen.

Schon am 22. September, als Batthyány's Ministerliste weder angenommen noch verworfen in Wien ruhte, verlangte Kossuth die Einsetzung eines außerordentlichen Regierungsrathes. Er sprach sein Bedauern über den vielgeplagten Batthyány aus, welcher allein die Geschäfte des Ministeriums führen müsse, und bat, denselben doch zu schonen, ihm Beihilfe in seinem mühevollen Amte zu gewähren. Batthyány widersetzte sich, auch Deák durchschaute die Absichten Kossuth's und eiferte gegen den Antrag. Die verlangte Beihilfe bieten die Staatssecretäre, welche noch immer functioniren und die laufenden Arbeiten besorgen. Kossuth blieb jedoch beharrlich bei seinem Antrage. Da er nimmermehr hoffen konnte, im Namen des Königs als Minister das Land zu beherrschen, so wollte er es im Namen des Reichstages als Dictator regieren. Batthyány hatte das schwerlich aufrichtig gemeinte Mitleiden mit seiner Ueberbürdung nicht gelten lassen; Madaraß brachte ein anderes Motiv vor: die Unthätigkeit des Ministerpräsidenten, welche das Land in die größte Gefahr stürze, und setzte es in der That bei dem eingeschüchterten Reichstage durch, daß Kossuth's Antrag angenommen, sechs Deputirte „zur rascheren Vollziehung der Anordnungen des Ministers“ diesem bei-

*) Nach einem Briefe L. Batthyány's v. 16. October, in welchem er seine Politik rechtfertigt, und seine Ehre vertheidigt. Das Letztere ist ihm besser gelungen, als das erstere; jedenfalls hat er den Beweis geliefert, daß er auch das letzte Mittel friedlicher Ausgleichung nicht verschmähte und dem revolutionären Treiben gründlich abhold war.

gesellt wurden. Dieser Beirath: Kossuth, Szemere, Nyáry, L. Madaraß, Pataÿ und Zsemberÿ hatte zunächst nur den Minister zu unterstützen, säumte aber nicht, denselben zu controliren und bei der ersten Gelegenheit die ganze Executivgewalt an sich zu reißen. Aus der parlamentarischen Commission entwickelte sich der Landesvertheidigungsausschuß, die revolutionäre Regierung Ungarns, in deren Namen Kossuth die Verwaltung nahezu uneingeschränkt führte.

Die Abwesenheit Batthyány's im Lager gab der Reichstagscommission den erwünschten Anlaß, von ihrer Herrschaft Besitz zu ergreifen. Am 27. September kam gleichzeitig mit der Nachricht, daß die ungarische Armee endlich Stand halte und bei Velencze, östlich von Stuhlweißenburg, den Angriff des Feindes festen Fußes erwarte, die andere Kunde, General Lamberg sei mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüstet in Pesth angekommen, und werde den Reichstag vertagen, sowie das Heer in Eid für den Kaiser von Oesterreich nehmen. Man erfuhr ferner, daß Baron Vaÿ und nicht Batthyány mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut, Georg Majláth zum Statthalter ernannt sei. Der Präsident des Unterhauses, Pázmándy, entbot die Deputirten sofort zu einer geheimen Sitzung, die von nun an überhaupt die öffentlichen Verhandlungen zurückdrängten. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, die Sitzung auf den nächsten Tag vertagt. Aber schon nach wenigen Stunden traten die Abgeordneten abermals zu einer geheimen Berathung zusammen. Die Linke fürchtete, daß sich die öffentliche Meinung, wenn sie nicht in einer bestimmten Richtung geleitet werde, mit den Maßregeln des Hofes befreunden könne. Wer über Lamberg's Sendung murrte, mußte doch die Berufung Vaÿ's als ein Zugeständniß an die Constitution anerkennen, wer die Auflösung der ungarischen Armee fürchtete, fand Trost in der Demüthigung des Banus, welcher sich gleichfalls dem Befehle Lamberg's unterordnen sollte. In diesem Sinne hatte ja Batthyány selbst und mehrere Führer der gemäßigten Partei dem Grafen Lamberg ihre Unterstützung zugesagt. Die größte Eile war nothwendig, sollte die Volksstimme für die radicale Partei noch gewonnen werden. Dreißig Mitglieder des Reichstages, der Linken angehörig, bestürmten den Präsidenten, noch am Abende des 27. September eine Sitzung abzuhalten. Pázmándy gab nach. In vertraulicher Berathung des Rumpfparlamentes — wer es nicht mit Kossuth hielt, blieb den Sitzungen fern, in welchen ohnehin das ruhig besonnene Urtheil keine freundliche Stätte mehr fand — wurden die passenden Gegenschritte erörtert, sodann in der öffentlichen Sitzung nach vertheilten Rollen das Drama zu Ende gespielt. Madaraß denuncirte die kaiserlichen Manifeste als ungesetzliche Handlungen und erklärte dieselben ungiltig, da kein Minister sie unterschrieben habe. Darauf erhob sich Kossuth, welcher eiligst von seiner Rundreise zurückgerufen worden war, und noch nicht die Zeit gefunden hatte, seinen Säbel abzuschnallen.

„Der König sagt, Ungarn gehört zu Oesterreich; ich weiß aber nichts davon. Aus dem Manifeste sehe ich nur, daß man unsere Constitution vernichten will, und glaube daher, daß wir einstimmig uns dagegen verwahren müssen." Er hatte bereits eine Proclamation an das ungarische Volk entworfen, die er nun verlas und natürlich auch zum Beschlusse des Hauses erhob. „Die Repräsentanten der Nation verbieten dem General Lamberg, das Commando über die ungarische Armee zu übernehmen, sie befehlen allen bewaffneten Truppenkörpern, ihn als Commandanten zurückzuweisen, und erklären den General Lamberg, wenn er sich den Reichstagsbeschlüssen nicht fügt, für einen Verräther an der Constitution."

Dieser Beschluß wurde am folgenden Morgen in Pesth bekannt. Er verlieh den Radicalen neuen Muth und erhitzte das gemeine Volk, welches kein anderes Organ für das Verständniß religiöser und politischer Interessen besitzt, als eine von abergläubischen Vorstellungen beherrschte Einbildungskraft. Wie sein religiöser Glauben gern zu der Annahme neigt, daß nichts auf der Welt mit rechten Dingen zugehe, wie es hier überall nach Wundern späht, so wittert auch sein politischer Sinn stets geheime Pläne und unerhörte Gewaltthaten. Hand in Hand mit diesen thörichten Phantasien geht ein greller Wechsel von unwürdiger Verzagtheit zu tollem Uebermuthe. Dieselben Leute, die wenige Tage zuvor verzweifelten, Pesth gegen einen Angriff der Kroaten vertheidigen zu können, scheuten heute nicht die gröbste Herausforderung des Gegners. Das Wort: Landesverrath, welches die Volksmasse aus dem Reichstagsbeschlusse herauslas, widerhallte in allen Straßen. Als vollends Vasvary aus dem ungarischen Lager die Nachricht brachte, dem Banus sei (am 27. Sept.) ein vierundzwanzigstündiger Waffenstillstand bewilligt worden, die Armee murre und wolle die Kroaten um jeden Preis angreifen, werde aber von ihren Anführern daran gehindert, galt der Landesverrath bereits vollbracht. „Lamberg war nicht gekommen, um den Frieden zu vermitteln, sondern um mit Waffengewalt Ungarn und zunächst die Hauptstadt zu unterwerfen." Die aufgeregte Phantasie spiegelte der Menge vor, die Thore der Ofener Festung seien schon gesperrt, die Kanonen auf die Wälle gepflanzt, alle Anstalten zum Bombardement von Pesth getroffen. Wuthentbrannt jagten Volkshaufen durch die Straßen; sie riefen zu den Waffen und fahndeten auf den Grafen Lamberg, den vermeintlichen Träger grausamer Blutbefehle. Der unglückliche Graf, welchen nur Pflichttreue zur Uebernahme seiner schwierigen Mission bewogen, das drückende Bewußtsein einer unklaren Stellung um die Sicherheit im Auftreten gebracht hatte, irrte inzwischen muthlos zwischen Pesth und Ofen. Er besprach sich mit dem commandirenden Generale Hrabowsky, der selbst machtlos ihm keine Unterstützung gewähren konnte, forschte nach Majláth und Batthyány, ohne sie zu treffen, er wäre gern in das Repräsentantenhaus gegangen, bedachte sich aber unterwegs eines

Andern. Auf dem Rückwege nach Ofen wird er erkannt und mit Schmähworten und Mißhandlungen bedroht. Mühselig befreit ihn die Nationalgarde vor weiteren Verfolgungen, indem sie ihn als Gefangenen erklärt und nach Pesth in sicheren Gewahrsam zu bringen sich anschickt. Dieser Schritt hatte einen revolutionären Schein, war aber in der That zur Rettung Lamberg's gemeint. Doch mitten auf der Schiffbrücke in der Nähe der Johanneskapelle, begegnete dem Grafen und seiner Escorte ein fanatisirter Volkshaufen, mit Sensen, Aexten und Knitteln bewaffnet. Lamberg wird aus dem Wagen gerissen und in schmählicher Weise von den Blutmenschen erschlagen. Noch am Leichnam kühlten sie ihre brutalen Leidenschaften, bis mitleidige Seelen am Abend den furchtbar verstümmelten Körper in das Hospital niederlegten. Die Schuld an dem schändlichen Morde wälzte man in Wien auf den ungarischen Reichstag, man nannte Kossuth den moralischen Urheber desselben, bezeichnete sogar namentlich einige Deputirte, welche angeblich das Volk zu der blutigen That aufgefordert hätten. Der Reichstag wieder klagte den Hof der Mitschuld an. „Es sei schrecklich, daß die Gesetze in Wien nicht beobachtet und dadurch auch die Volkskreise zur Ungesetzlichkeit gereizt würden. Der Kaiser möge es nicht dulden, daß man seinen Namen zu rechtswidrigen Handlungen mißbrauche und so die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet werde." Diese gegenseitigen Vorwürfe sind ebenso begreiflich, wie der Eifer der Wiener Regierung natürlich ist, Lamberg's Ermordung im politischen Interesse auszubeuten und aus derselben die Nothwendigkeit strenger Maßregeln zu beweisen. Eine vortreffliche Handhabe bot ihr die laue Verfolgung der Verbrecher durch die ungarischen Behörden. Obwohl der Name eines der Mörder, eines Siebenbürgers, der auch nach der Restauration der österreichischen Herrschaft hingerichtet wurde, wohl bekannt war und gleich in den nächsten Tagen durch alle Zeitungen verbreitet wurde, so ging Kolossy doch nicht allein straflos aus, sondern fand noch in einem Honvédbataillone Unterkunft. Nur der Umstand, daß nach Lamberg's Ermordung keineswegs eine Reaction in der öffentlichen Stimmung eintrat, die Aufregung des Volkes sich vielmehr stetig steigerte, kann die verhängnißvolle Lässigkeit des ungarischen Reichstages erklären. Erfüllt von dem Wahne, daß Pesth ein unmittelbarer Angriff drohe, beobachtete das Volk mißtrauischen Blickes nicht allein die Ofener Festung, sondern auch die Donau. Auf der letzteren kam eine Flotille von Schleppschiffen in Sicht. Kein Zweifel, daß sich österreichische Truppen am Bord befinden, bestimmt die Hauptstadt zu stürmen und das nationale Recht Ungarns zu brechen. Vom Leich-

*) Nach Batthyány's Bericht hatte Graf Bubna im Namen der ungarischen Armee den Waffenstillstand (27. Sept.) angetragen und abgeschlossen, aber keineswegs einen Verrath damit beabsichtigt, sondern nur ein unnützes Blutvergießen vor der erwarteten Ankunft Lamberg's verhüten wollen.

name Lamberg's eilt das Volk stromaufwärts, die Alarmtrommel ertönt, Nationalgarden und Sensenmänner halten sich zur Abwehr bereit. Erst nach längerer Zeit entdeckte man die Grundlosigkeit aller Gerüchte und legte die Waffen zur Seite. Aber die ruhige Besonnenheit kehrte noch nicht wieder, am wenigsten gestatteten die Ereignisse der folgenden Tage einen ernsten Rückblick auf die vergangenen Dinge. Am 29. September wurde das Treffen bei Velencze geschlagen, am 30. September der frühere Administrator des Stuhlweißenburger Comitates, Graf Eugen Zichy, standrechtlich verurtheilt und hingerichtet.

Jellačić hatte in Stuhlweißenburg mehrere Tage gerastet, endlich aber, nachdem die angekündigte Vermittlung Lamberg's noch immer auf sich warten ließ, die Meinung des Banus, die kaiserlichen Manifeste vom 22. und 25. September, sowie Lamberg's angebliche Mission wären eine magyarische Finte, um ihn irre zu führen, sich zu bestätigen schien, den Marsch auf der Pesther Straße angetreten. Ob er die Hoffnung der jüngeren Officiere theilte, die Nachricht vom Anrücken der Kroaten werde hinreichen, den „Demagogenconvent" in Pesth in die Flucht zu jagen und der „revolutionären Wirthschaft" überhaupt ein Ende zu machen, ist nicht bekannt. Schwerlich glaubte er an einen hartnäckigen Widerstand, jedenfalls erwartete er einen raschen Sieg, wozu ihn auch seine Uebermacht vollkommen berechtigte. Er täuschte sich in dem Einen und dem Anderen. Das ungarische Heer wollte nicht weiter zurückgehen, selbst die Officiere nicht länger den Kroaten immer nur den Rücken kehren. Sie tadelten den Beschluß des Unterhauses vom 27. September, welcher Lamberg's Sendung für ungesetzlich erklärte, sie stützten vielmehr auf diese ihren Entschluß, den Angriff des Banus mit den Waffen in der Hand zurückzuweisen. Lamberg, wie sie durch Bathyány erfuhren, sollte Jellačić von einem gewaltthätigen Vorgehen abhalten, das Commando über die ungarischen wie kroatischen Truppen übernehmen. Da sich der Banus weigerte, die Vollmachten Lamberg's anzuerkennen, so waren sie im vollen Rechte, sich zu vertheidigen. Am 29. September stieß er auf das ungarische Heer, welches sich bei Sukoro vor Velencze aufgestellt und seine Flanken durch zwei Sümpfe gedeckt hatte. Sei es, daß der Banus auf sein numerisches Uebergewicht zu sehr pochte, sei es, daß der Anblick regulärer Truppen in den feindlichen Reihen ihn verwirrte — die Kanonen wurden auf beiden Seiten von Soldaten desselben Regimentes bedient —: der Angriff der Kroaten war weder geschickt eingeleitet, noch mit Nachdruck unterstützt worden. Der ungarische rechte Flügel behauptete sich in seiner Stellung, das Centrum errang sogar über die Kroaten, welche allerdings in der Mehrzahl nur aus Freischaaren bestanden, Vortheile. Nach einer fünfstündigen Kanonade zog sich Jellačić abermals gegen Stuhlweißenburg zurück. Die Ungarn, von General Moga geführt, blieben in ihrer Stellung und nahmen erst am nächsten Tage freiwillig

eine mehr rückwärts gelegene Position bei Mártonvasar ein, welche, bei dem erwarteten neuen Angriffe des Banus, einen besseren Schutz versprach. Es kam aber zu keinem weiteren feindlichen Zusammenstoße, vielmehr wurde ein dreitägiger Waffenstillstand verabredet, welchen Jellačić anbot, der ungarische Kriegsrath willig annahm. Beide Parteien erwarteten Zuzug und hofften in wenigen Tagen mit verstärkter Macht dem Feinde entgegentreten zu können.

Moga bezeichnete in seinem Schlachtberichte das Resultat des Treffens bei Velencze vom militärischen Standpunkte als überaus gering. Die ungarische Armee zählte sieben Todte, der Verlust der Kroaten war schwerlich größer. Nach dem Treffen zogen sich beide Heere gleichmäßig zurück. Dagegen hebt Moga die moralische Wirkung hervor, welche die siegreiche Abwehr des Gegners auf die junge ungarische Mannschaft übte. Die abergläubische Furcht vor den Schaaren des Banns schwand, die Hoffnung auf einen erfolgreichen Widerstand gewann unter den Magyaren wieder Raum. Sie wurde in hohem Grade noch gehoben, als sich die Nachricht von der Hinrichtung des Grafen Eugen Zichy auf Befehl eines ungarischen Standgerichtes verbreitete. Daß ein einfacher Major das Unerhörte wagen, einen reichen Magnaten, einen Würdenträger des Reiches, vor ein Kriegsgericht stellen und als Landesverräther an den Galgen bringen konnte, gab dem Volke von seiner Macht keine geringe Meinung. Zichy's trauriges Schicksal bewies, daß den Gegner der nationalen Sache, mochte er noch so hoch gestellt sein, nicht allein der Volkshaß traf, sondern auch eine schwere äußere Vergeltung ereilte, daß die nationale Regierung wie das Recht, so auch die Kraft zu strafen besaß. Zichy war nicht meuchlings getödtet worden, nicht als ein Opfer ungezügelter Volksrache gefallen; der herkömmliche juridische Apparat hatte, soweit es der Kriegszustand erlaubte, seine Geltung behalten, das Standgericht die üblichen legalen Formen nicht verletzt. Man weiß nicht, war der Schrecken, welchen Arthur Görgei's rücksichtslose Energie den Conservativen einjagte, größer, oder die Zuversicht, welche er den Radicalen einflößte; gewiß ist, daß von diesem Augenblicke an die Gegner der Revolution scheu zurücktraten, der Parteienstreit verstummte.

Zum ersten Male wird der Name des Mannes genannt, welcher noch entscheidender als Kossuth in das Schicksal Ungarns eingreifen, dessen wenige Monate später in der ganzen Welt nur mit Begeisterung, noch einige Monate später mit ebenso allgemeiner Verwünschung gedacht werden sollte. Der Honvédmajor Arthur Görgei, welcher dem Kriegsgerichte über den Grafen Zichy präsidirte, stand in seinem dreißigsten Jahre. Nur wenige Menschen hatten von seinem Dasein bis jetzt Kunde gehabt, die ihn kannten, nimmermehr den Revolutionshelden in ihm vermuthet. Einer armen adelichen Familie in der Zips entstammend, ergriff er, wie so viele seiner Standesgenossen, die militärische Laufbahn.

Die Pionirschule zu Tulln zählte Görgei unter ihre besten Zöglinge, die ungarische Nobelgarde zu den solidesten Cameraden. Von der Nobelgarde wurde er als Lieutenant zu den Palatinalhusaren nach Böhmen versetzt. Er langweilte sich mehrere Jahre gründlich in kleinen Dorfgarnisonen, lernte noch gründlicher das alte Armeesystem hassen. Görgei gehörte zu dem Holze, aus welchem Oesterreich in der langen Friedensperiode nicht seine Feldherren, sondern seine pensionirten Hauptleute schnitzte. Grundsätzlich wurde zwar bei der Beförderung in der Armee auf Stand, Reichthum und Geburt keine Rücksicht genommen; in der Wirklichkeit fügte es sich aber so, daß der vornehme Adeliche (durch den Einkauf) in die höheren Stellen zwanzig Jahre früher einrückte, als der Arme und Bürgerliche. Der letztere konnte auch bis zum General avanciren; nur verging darüber eine so lange Zeit, daß er gewöhnlich die Lust oder die Tüchtigkeit weiter zu dienen verlor.

Görgei besaß keine Hiobsnatur und quittirte den Dienst als Oberlieutenant 1846. Seit seiner frühesten Jugend dem Naturstudium zugeneigt, ging er nach Prag, wo die Universität in den naturwissenschaftlichen Fächern eine vereinzelte Blüthe trieb, insbesondere das chemische Laboratorium unter Redtenbacher's Leitung trefflich gedieh. Die Arbeiten in dem letzteren betrieb Görgei mit großem Eifer; seinen Umgang schränkte er freiwillig auf einen ganz kleinen Kreis von Männern und Frauen ein, und auch diesen gegenüber verhielt er sich so zurückhaltend, daß keiner seiner Bekannten sich rühmen konnte, dem einsamen Trotzkopf näher gekommen zu sein. Ueber seine Willenskraft, seine Stärke, sich selbst zu beherrschen, herrschte nur eine Meinung. Er traute sich selbst das Schwerste zu und trieb die Abhärtung bis zur äußersten Grenze. Natürlich stellte er auch an Andere hohe Anforderungen und neigte leicht zu einem harten Urtheile. Er galt als ein Mann der Thatsachen. Wenn er von großen Gedanken, schwungvollen Anschauungen hörte, schwebte das Wort: Ideologen und Phrasenhelden auf seinen Lippen. Großes Vergnügen machte es ihm, wenn Jemand über die Sixtinische Madonna in Verzückung gerieth, zu behaupten, dieselbe wäre eine simple Modellfigur, und wenn er aus Lenau, den er vortrefflich inne hatte, einzelne Verse citirte, so geschah es nur, um empfindsame Seelen zu verhöhnen. Von allen Formen der Phantasie war ihm nur eine einzige zugänglich: die Ironie. Doch wollten Manche bemerken, daß er seiner Natur Gewalt anthue, und einer tiefen persönlichen Verbitterung einen größeren Einfluß auf sein Urtheil und seine Anschauungen gestatte, als billiger Weise erlaubt ist. Auch das wurde hervorgehoben, daß sein sittlicher Stolz, den er gern zur Schau trug, vielfach nur auf falscher Scham beruhe, wie er denn z. B. Alles, was seine ärmlichen Verhältnisse verrathen hätte, ängstlich vermied, lieber hungerte, als daß er durch einen gesunden Appetit den Verdacht, er entbehre materielle

Genüsse, heraufbeschworen hätte. Andere bemerkten wieder, daß seine gerühmte Consequenz häufig nur eigensinnigen Trotz verberge. Er wollte niemals Unrecht haben, und mißlang ihm ein Plan, kam das entgegengesetzte Resultat zu Tage, so war Görgei vollkommen der Mann darnach, zu behaupten, dieses letztere allein hätte er angestrebt und als Ziel verfolgt. Eine bestimmte politische Farbe bekannte er nicht, einen Widerwillen gegen die Czechen, deren Treiben er in der Nähe kennen lernte, einen tiefgewurzelten Haß gegen die Armeeeinrichtungen und einen gewissen Stolz auf seine magyarische Nationalität, das war Alles, was seine Freunde an politischen Gedanken aus seinem verschlossenen Wesen herauslesen konnten.

Mit einer wissenschaftlichen Untersuchung über die flüchtigen Säuren des Cocosnußöls fand ihn der Frühling 1848 beschäftigt. Nicht der Eifer, dem bedrohten Vaterlande zu dienen, noch weniger revolutionäres Interesse, sondern rein private Verhältnisse riefen ihn nach Ungarn zurück, private Verhältnisse waren es auch, welche ihn bewogen, im Sommer seine militärischen Dienste dem Ministerium anzubieten. Zunächst wurde er, seiner unmittelbaren Vergangenheit entsprechend, in den technischen Zweigen verwendet. Er sollte Gewehrkäufe abschließen, Zündhütchenfabriken einrichten, in Wien und Prag die neuesten Fortschritte in der Munitionsbereitung sich aneignen. Als sich die Aussicht auf die friedliche Beilegung des kroatischen Streites immer mehr verfinsterte, in Ungarn größere Streitkräfte zusammengezogen wurden, rief die Regierung Görgei von seinem ursprünglichen Thätigkeitskreise ab, und ernannte ihn (30. August) zum Commandanten der mobilen Nationalgarde im Kreise diesseits der Theiß. Mit derselben besetzte er Ende September die Donauinsel Csepel, unterhalb Pesth, um einen Uebergang der Kroaten zu verhindern. Hier brachte das Verhängniß den Grafen Eugen Zichy in seine Gewalt. Derselbe war am 29. September von Görgei's Vorposten aufgegriffen worden. Ihn verdächtigte sein Reiseziel, Kálozd, wo die kroatische Reserve unter General Roth erwartet wurde, in noch höherem Grade der Besitz eines kroatischen Schutzbriefes und zahlreicher Exemplare der kaiserlichen Manifeste vom 22. September. Grundlos war dieser Verdacht keineswegs. Die politischen Gesinnungen des Grafen mußten ihn den herrschenden Zuständen abgeneigt machen und den Sieg den Kroaten wünschen lassen. Auch seine Antworten im Verhöre — den Schutzbrief habe er vom Banus empfangen, um seine Unterthanen vor den Plünderungen der Kroaten zu schützen, das dicke Bündel mit Proclamationen sei aus Versehen zu seinem Gepäcke gekommen — entkräftigten wenig die Beschuldigung des Einverständnisses mit dem Feinde. Dennoch hätte schwerlich Görgei so rasch die Strafe über den „Vaterlandsverräther", den Tod mit dem Strange, ausgesprochen, wenn nicht seine Stimmung seit Jahren gegen die Aristokratie so tief verbittert, nicht auch sein persönliches Interesse mit im Spiele gewesen wäre. Der un-

erbittliche Richter selbst des mächtigsten Magnaten, der energische Rächer jedes an der nationalen Freiheit verübten Treubruches mußte die Phantasie des Volkes beschäftigen, an Bedeutung in dessen Augen gewinnen. Görgei verrechnete sich nicht. Sein Name, bisher kaum vernommen, schwebte auf allen Lippen, sein Lob verkündigten alle Magyaren, auf seine Dienste baute insbesondere Kossuth große Hoffnungen. Er beeilte sich, den jungen Honvédmajor zu erhöhen und einem größeren Wirkungskreise zuzuführen. Als ächtes Glückskind hatte Görgei auch einen hervorragenden Antheil an dem ersten, übrigens unblutigen Siege, welchen die ungarischen Truppen über ihre Gegner errangen. Die Reserve des Banus war mehrere Tagemärsche hinter dem Hauptcorps zurückgeblieben. Bis Fünfkirchen hatte sie ihren Marsch unbelästigt fortgesetzt, sobald sie aber (26. Sept.) über Fünfkirchen hinausgerückt war, zeigte sich in der Flanke und im Rücken der ungarische Landsturm. Er störte die Zufuhr der Lebensmittel, und was noch schlimmer war, er hob bei Mohacs (28. September) einen großen für die Reserve bestimmten Munitionstransport auf. Nicht die Reserve allein, auch die Truppen des Banus hatten mittelbar von dem Landsturm zu leiden. Jellačić's Zuversicht auf den triumphirenden Einzug in der Hauptstadt war eitel gewesen, ebenso wie die prahlerische Mahnung der kroatischen Officiere an ihre Correspondenten, die nächsten Briefe nach Pesth zu adressiren. Seine Truppen hatten sich schlechter, die ungarischen Soldaten und Freiwilligen besser geschlagen, als er erwartete. Ohne wiederholte Gefechte, deren Ausgang überdies unsicher war, konnte er auf die Eroberung von Pesth und Ofen nicht hoffen. Dazu kam noch, daß seiner Armee, weil der Landsturm alle Transporte auffing, die Lebensmittel ausgingen, die ohnehin schlecht disciplinirten Kroaten in Marodeure auszuarten drohten, von seiner Reserve nichts zu sehen und zu hören war. Jellačić, in die Enge getrieben, fand keinen besseren Rath, als den Waffenstillstand zu einem mehr schlauen als ehrenhaften Rückzuge gegen die österreichische Grenze zu benutzen. In Agram ließ er als Motiv dieses Schrittes, „die Furcht, durch fortgesetzte Kämpfe die Einheit der österreichischen Armee noch mehr zu zerstören" angeben, in einem (aufgefangenen) Briefe an General Dahlen spricht er selbst sich offener darüber aus: „Ich fand es nicht für angemessen, meine Vorrückung gegen Ofen fortzusetzen, weil ich den zahlreichen Husaren nur ein Regiment Cuirassiere und vier Schwadronen Chevauxlegers entgegenstellen konnte. Meine Operationslinie fing an, durch feindliche Einflüsse bedroht zu werden. Ofen mit den beihabenden Mitteln zu nehmen, war unmöglich, da ungarische Truppen fanatisirt gegen die meinigen fochten. Ich benutzte also einen mit den Gegnern abgeschlossenen dreitägigen Waffenstillstand zu einer Flankenbewegung gegen Raab, um auf fester Basis zu stehen und Verstärkungen an mich zu ziehen. Ich bin der thunlichsten Unterstützung

vom k. k. hohen Kriegsministerium gewärtig."*) Es gelang dem Banus, von der ungarischen Armee unbehelligt, am 6. October die österreichische Grenze bei Altenburg zu erreichen, seine Reserve — 10,000 Mann — mußte er freilich dabei opfern. General Roth, ihr Commandant, seit längerer Zeit ohne Nachricht von Jellačić, entdeckte plötzlich, daß sich nicht allein ein ungarisches Corps zwischen ihn und den Banus geschoben, sondern daß er auch von dem letzteren ohne Hilfe gelassen sei. Da sich gleichzeitig der Landsturm in seinem Rücken immer stärker sammelte, der Ring immer fester schloß, so blieb ihm nichts anderes übrig, als die Waffen zu strecken. Am 7. October gaben sich bei Ozora zwei österreichische Generale mit ihrer gesammten Mannschaft und zwölf Kanonen den Schaaren Görgei's und Perczel's gefangen.

Der Nachhall aller dieser Ereignisse in Pesth war natürlich laut und kräftig. Sobald die Kunde vom Treffen bei Velencze sich verbreitete, begann eine förmliche Völkerwanderung in das Lager. Der Verkehr wurde auf acht Tage gesperrt, von jedem Zuzügler verlangt, er solle sich für zwei Tage mit Lebensmitteln versehen, durch öffentliche Anschläge aufgefordert, jeder Vater möge mit dem waffenfähigen Sohne, jeder Meister mit seinen Gesellen, jeder Bauer mit seinen Knechten gegen den Feind marschiren. Das Gerücht von der Flucht des Banus — man erwartete, er werde sich verstohlen längs der steierischen Grenze nach Kroatien zurückzuschleichen versuchen — hob noch mehr die tapfere Stimmung. „Es wird, verkündigte ein Placat am 3. October, unseren Truppen und dem Landsturme gelingen, Jellačić, welcher den durch ihn erbetenen Waffenstillstand schändlich gebrochen hat, sammt seiner Armee zu vernichten." Der Husarenrittmeister Gaspar, welcher sich bei Ozora hervorgethan, und als Courier die Waffenstreckung Roth's in Pesth gemeldet hatte, wurde im Reichstage im Triumphe herumgeführt, von Kossuth unter großem Jubel sofort als Major begrüßt, allen Husaren der Dank des Vaterlandes ausgesprochen. Nur die Ungewißheit, wie man wohl in Wien die Ereignisse aufnehmen, welche Maßregeln man gegen den einmüthigen Widerstand des Landes ergreifen werde, störte die Freude und weckte bedenkliche Sorgen.

Batthyány war, sobald er von Lamberg's Ermordung erfahren hatte, nach Wien geeilt und zeigte sich hier eifrig bemüht, die österreichischen Staatsmänner von Gewaltschritten gegen Ungarn abzuhalten. Er kam zu spät. Wessenberg hörte seine warnenden Worte, die Vertagung oder wohl gar Auflösung des Reichstages sei ungesetzlich, die Einsetzung eines Statthalters im Widerspruche mit der Constitution, ruhig an, er wollte oder konnte ihn aber über die Politik des Cabinets nicht

*) Der (aufgefangene) Brief, datirt: Altenburg, 6. October, wurde am 9. Oct. in Pesth publicirt.

aufklären, wie weit sich der Kaiser noch an die Bestimmungen der Constitution gebunden glaube, nicht angeben. Batthyány verlangte und erhielt seine Demission, und mußte es noch als ein Zugeständniß ansehen, daß ihm gestattet wurde, die Ernennung Vay's zum Ministerpräsidenten zu contrasigniren. So wurde wenigstens die constitutionelle Form-gewahrt, die Continuität der Regierung erhalten. Mit der Berufung Vay's, der in Siebenbürgen weilte, war es aber dem Hofe kein rechter Ernst, jedenfalls unbequem, bis zu seiner Ankunft alle rettenden Maßregeln, die man im Sinne hatte, zu verschieben. Es wurde daher Batthyány's Unterschrift auch unter das Patent verlangt, welches einen alten invaliden Soldaten, den Gardecapitän Récsey an Esterházy's Stelle zum Ungarischen Minister des Aeußeren erhob. Da Batthyány dieser Forderung widerstrebte, indem er mit gutem Grunde behauptete, die Vertheilung der Portefeuilles sei die Sache des neuen Cabinetspräsidenten*), so nahm die Wiener Regierung kurz entschlossen von den verfassungsmäßigen Formen überhaupt Umgang. In den höheren Armeekreisen rief man laut und dringend nach Rache für die schnöde Ermordung Lamberg's; diese That hatte die öffentliche Meinung gegen die Magyaren in empfindlicher Weise gereizt; von Jellačić wußte man nur, daß er sich wenige Märsche von Ofen entfernt befinde, und die ihm gegenüberstehenden Truppen auf dem Rückzuge begriffen seien. Diese Gelegenheit mußte rasch und entschieden zu einem Streiche gegen die ungarische Revolution benutzt werden, wenn man dieser nicht die Zeit gönnen wollte, sich wieder zu sammeln und zu kräftigen. Récsey**), an Subordination gewöhnt, war leicht gewonnen: Er hatte zwar am 2. October Batthyány versprochen, sich nicht zum Werkzeuge eines Staatsstreiches gebrauchen zu lassen. Als er aber am folgenden Tage vor den österreichischen Ministerrath geladen und ihm hier seine Ernennung zum ungarischen Ministerpräsidenten mitgetheilt wurde, hatte er nichts Erhebliches einzuwenden. Er unterschrieb willig das ihm vorgelegte Manifest, bat nur, als er es gethan, um seine baldige Entlassung. Das Manifest vom 3. October, in welchem sich der Kaiser Kossuth und dessen Anhängern als Partei geradezu gegenüberstellte, war eine offene Kriegserklärung gegen Ungarn. Es erklärte den Reichstag für aufgelöst, dessen jüngste Beschlüsse für ungiltig, verhängte über Ungarn das Kriegsgesetz, übergab dem Banus den Befehl über alle Landestruppen und ernannte ihn zum Stellvertreter des Königs. Eine leise Hoffnung, daß Ungarn nicht unbedingt seinem Feinde überliefert sei, konnte man nur aus dem Schlußsatze des Manifestes herauslesen. „Wie die Einheit der Wahrung (sic) und Leitung der gemeinsamen In-

*) Nach einem Briefe Batthyány's.

**) Récsey, in den Octobertagen gefangen, wurde in der Aula verhört und erzählte daselbst die Geschichte, wie er Minister wurde.

teressen der Monarchie hergestellt, die gleiche Berechtigung aller Nationalitäten gewährleistet und auf dieser Grundlage die Wechselbeziehungen aller unter unserer Krone vereinigten Länder und Völker geordnet werden sollen, wird das Geeignete mit Zuziehung von Vertretern aller Theile berathen und im gesetzlichen Wege festgestellt werden."

Mit Proclamationen und Manifesten ließ sich aber die Revolution nicht zwingen. Im letzten Augenblicke suchte der Kriegsminister, Graf Latour, nachzuholen, was zum größten Nachtheile für die Armeeinteressen so lange versäumt worden war. Er sandte an alle Truppencommandanten in Ungarn klare Instructionen, entband die Feldarmee wie die Festungsbesatzungen ihres der ungarischen Regierung geleisteten Eides, und verpflichtete sie zu unmittelbarem Gehorsam, theils gegen Jellačić, theils gegen das Wiener Ministerium. Komorn, wo bereits Majthényi den Befehl übernommen hatte, konnte Latour nicht mehr retten, auch nicht den Plan durchführen, gleichzeitig aus allen Nachbarprovinzen Truppen in Ungarn einrücken zu lassen, welche jene des Banus unterstützen, den Heerd der Revolution immer enger schließen und zuletzt in der Hauptstadt ihn ersticken sollten. Es fehlte an ausreichenden Streitkräften, und wo solche vorhanden waren, wurden sie durch locale Aufstände festgehalten. Und wären dieselben zahlreicher und weniger gebunden gewesen, nachdem der Banus sich bis an die österreichische Grenze zurückgezogen hatte, konnte nicht füglich mehr der kroatische Heerhaufen die Bewegungen der anderen Truppentheile bestimmen, diese nicht mit Jellačić in Uebereinstimmung handeln. Es galt zunächst, Jellačić wieder kampffähig zu machen, zu verhüten, daß er nicht vollständig aus Ungarn herausgedrängt werde. Geschah dieses, so war nicht nur die Herstellung der Ruhe in Ungarn überaus erschwert, sondern auch die Existenz der Monarchie bedroht. Alles, was Latour an verfügbaren Truppen unter der Hand hatte, dirigirte er an die Grenze, unbekümmert um die Drohungen der radicalen Partei, welche den Angriff auf Ungarn gegen die Freiheit der österreichischen Völker überhaupt gerichtet glaubte, ohne Rücksicht auf die Gefahr, welche die Verringerung der Truppenmacht in Wien mit sich führte. Der Marsch aus den Landgarnisonen ging ohne Störung vor sich; schwieriger gestaltete sich die Sache, als der Befehl zum Ausrücken an die Wiener Truppen gelangte. Schon das italienische Grenadierbataillon mußte unter starker Cavallerieescorte (5. October) auf die Eisenbahn gebracht werden. Die Soldaten, durch langen Garnisonsdienst verwöhnt, durch die Ereignisse der letzten Monate verwildert, fanden es grausam, daß man sie von den Wiener Fleischtöpfen entferne und in den wilden Krieg hinausschicke, um für eine Sache zu kämpfen, welche sie gar nicht verstanden. Bei den geringen Beziehungen, welche zwischen den Italienern und dem Wiener Volke walteten, fand ihr Murren und

Klagen keinen vollen Anklang. Am nächsten Tage sollte ihnen das Grenadierbataillon Richter nachrücken, lauter Landeskinder, vom großstädtischen Proletariate nur durch die Uniform, nicht durch die Gesinnung unterschieden, unter ihnen viele Exerciermeister der Studentenlegion, welche ihren Mangel an Disciplin durch politisches Raisonnement verdeckten und die natürlichen Führer ihrer ohnehin längst unzuverlässigen Kameraden wurden. In den Kneipen der radicalen Vorstadt Gumpendorf, wo ihre Caserne gelegen war, holten sie sich Muth zu ihrer Feigheit, empfingen sie, weinberauscht von Weinberauschten, die feierliche Zusicherung werkthätiger Hilfe. Während eine Deputation der Gumpoldskirchner Nationalgarde bei dem Kriegsminister um Rücknahme des Marschbefehles bat — die Grenadiere wären „moralische Männer, die sich stets mit dem Volke brüderlich vertragen hätten, auch dürften sie als deutsche Bundestruppen nicht außerhalb der Grenze Deutschlands verwendet werden" — begrüßte eine Deputation des demokratischen Vereins die Grenadiere in ihrer Caserne und bestärkte sie in ihrer Widerspenstigkeit. Von allen Seiten drängten sich die Anzeichen des nahenden Sturmes, kamen Warnungen, daß ein Pöbelexceß bevorstehe. Der Kriegsminister blieb standhaft und wollte, aller Mahnungen und Bitten ungeachtet, den Marschbefehl nicht zurücknehmen. Darin war er in seinem vollen Rechte. Sei es aber, daß er glaubte, die Grenadiere würden im letzten Augenblicke doch ihres Fahneneides sich erinnern, sei es, daß ihm die schlimmen Nachrichten aus Ungarn die Geistesgegenwart und den freien Ueberblick der Thatsachen raubten; es wurden keine Maßregeln ergriffen, um den Tumult im ersten Entstehen zu ersticken. Bis zum Abmarsche blieb das Grenadierbataillon allen demoralisirenden Einflüssen ausgesetzt, ebensowenig wurde etwas dafür gethan, durch Besetzung des Bahnhofes die ungehinderte Abfahrt der Soldaten zu sichern. Die Grenadiere traten den Marsch aus der Caserne in aufgelösten Reihen, mit den vorstädtischen Nationalgarden bunt gemischt, an, auf der Nordbahn aber hatten sich frühzeitig Legionäre und Arbeiter eingefunden, die Schienen aufgerissen, die Eisenbahnbrücke zerstört. Bei der Ankunft der Grenadiere entstand daher eine natürliche Stockung, welche von den Nationalgarden und Legionären benutzt wurde, größeren Zuzug herbeizuholen, und die Verlegenheit der militärischen Befehlshaber steigerte. Lange Zeit standen sich das herbeigerufene galizische Regiment Nassau mit vier Kanonen auf der einen, die Grenadiere mit ihren Bundesgenossen auf der anderen Seite einander beobachtend gegenüber. Umsonst verschwendeten die Officiere gute Worte und scharfe Drohungen an die treulose Truppe. Endlich riß dem Generalmajor Bredy, welcher den Ausmarsch überwachen sollte, die Geduld. Er befahl die Communication über die Brücke wiederherzustellen, die Grenadiere mit Gewalt voranzutreiben, die Nationalgarden und Arbeiter mit den Waffen zurückzuweisen. In dem

Kampfe, der sich darüber entspann, fiel der General Bredy, wurden die Kanonen von der Nationalgarde genommen. Was man damals Sache des Volkes und der Freiheit nannte, hatte gesiegt. Triumphirend zogen Garde, Legionäre und Grenadiere in die Stadt zurück, den Hut des Generals als Trophäe mitschleppend.

Während in einer fernen Vorstadt an der Taborbrücke bereits Blut floß, und alle Leidenschaften eines fanatisirten Volkshaufens entfesselt waren, begann es auch in der inneren Stadt unruhig zu werden. Die Alarmtrommel rief die Nationalgarden zusammen, jene aus der inneren Stadt, dem reicheren Bürgerstande angehörig, um die gestörte Ordnung wiederherzustellen, die anderen aus den Vorstädten, meistens radical gesinnt, um dem Aufstande eine festere Stütze zu verleihen. Im alten Hofkriegsrathe waren seit dem frühen Morgen die Minister versammelt. Sie beriethen lange und veröffentlichten endlich eine Proclamation, welche „geeignete Maßregeln versprach, um dem Conflict zwischen den Truppen Einhalt zu thun“ und die friedliebenden Bürger Wiens aufforderte, „ihre Wohnungen nicht zu verlassen.“ Auch im Reichstagsgebäude fanden sich zahlreiche Deputirte ein. Der Sitzungssaal war zwar geschlossen, weil der Reichstag, mit der Prüfung der Grundrechte in den Abtheilungen beschäftigt, an diesem Tage keine Plenarsitzung hielt, desto heftigere Debatten wurden in der Vorhalle und im Lesezimmer geführt. Die Linke verlangte vom Präsidenten die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung. Strobach weigerte sich dessen, nicht allein aus formellen Gründen der Geschäftsordnung, sondern auch in Erinnerung der peinlichen Scenen, welche die Permanenz des Reichstages am 13. September hervorgerufen hatte. Es ist wahrscheinlich, daß eine außerordentliche Sitzung des Reichstages und die Gegenwart der Minister in derselben ein schändliches Verbrechen gehindert hätten; aber nicht minder wahrscheinlich, daß der Reichstag die Minister zu Concessionen gedrängt, das Ansehen der Regierung noch mehr geschwächt und doch nur die Krisis verzögert haben würde. Da die Furcht der Einen, die Aufregung der Anderen ein stilles Zuwarten nicht duldete, so begaben sich viele Abgeordnete in das Kriegsministerium, sei es um sichere Nachrichten einzuholen, sei es um wohlfeilen guten Rath zu spenden. Sie verwandelten das Berathungszimmer der Minister in einem Augenblicke, wo nur ein rascher Entschluß, eine kräftige That den wilden Aufstand bändigen konnte, in einen Sprechsaal. Pillersdorff interpellirte mit flüsternder Stimme den Grafen Latour nach dem Grunde der herrschenden Unruhen, Löhner verlangte eine Aenderung der Cabinetspolitik, ein czechischer Deputirter protestirte wieder gegen jeden Zwang, dem man dem Ministerium in seinem Verhalten gegen die Magyaren auflegen wolle. Solche Scenen waren nicht geeignet, die ohnedies verwirrten, aller Thatkraft beraubten Minister zu ermuthigen. Fischhof dictirte ihnen eine neue bündige Proclamation in

die Feder, die aber Niemand mehr beachtete, da die Ereignisse bereits einen solchen Gang genommen hatten, daß die Besinnung bei der großen Volksmasse gänzlich verloren ging.

Widersprechende Befehle des Kriegsministers an die Truppen, sich nur zu vertheidigen und dann wieder, „jeden Widerstand mit Waffengewalt zu unterdrücken," falsche Dispositionen der einzelnen Commandanten lähmten die Bewegungen der Soldaten. Diese zersplitterten sich, während der Pöbel sich zu einem immer dichteren Haufen zusammenballte. Er hatte in den ersten Nachmittagsstunden in der inneren Stadt das Uebergewicht. Auf dem Stephansplatze versuchten ihm conservativ gesinnte, sogenannte schwarzgelbe Abtheilungen der Nationalgarde entgegenzutreten, aber mit keinem anderen Erfolge, als daß sie, da sich vorstädtische Garden dem Aufstande anschlossen, in den Stephansdom gejagt, zur schimpflichen Flucht gezwungen wurden. Nicht besser erging es einzelnen Truppenkörpern, welche zur Unterstützung der bedrängten städtischen Garden anrückten. Die vom Hofe entsendeten Pioniere mußten sich vom Stephansplatze auf den Graben zurückziehen, wo sie sich vollständig zerstreuten; in ähnlicher Weise gerieth das Bataillon Nassauinfanterie, welches durch das Schottenthor in die Stadt eindringen sollte, in Verwirrung und sah sich zum schleunigen Rückmarsche genöthigt. Immer unheimlicher wurde das Ansehen der Straßen. Das Sturmgeläute von den Thürmen, das Donnern der Kanonen, welche auf der Taborbrücke erbeutet oder aus dem bürgerlichen Zeughause herbeigeschleppt worden waren, die unmittelbare Aufforderung demokratischer Agenten hatten vom Südbahnhofe und aus den Arbeiterquartieren zahlreiche Haufen Bewaffneter herbeigelockt, verwilderte Gesellen, welche nur der Eingebung roher Leidenschaft folgten. Zu ihnen gesellten sich Nationalgarden der Vorstädte, herabgekommene Handwerker, durch die freilich selbstverschuldete Noth erbittert und jedem Gewaltstreiche zugeneigt, sowie Mitglieder der Studentenlegion, welche übrigens schon längst das Recht auf diesen Namen verscherzt, allen Individuen ohne geregelte Beschäftigung reichlichen Unterstand geboten hatte. Die wenigen besseren Elemente, welche sich in den Morgenstunden am Auszuge nach der Taborbrücke und am Kampfe daselbst betheiligt hatten, waren längst vom Schauplatze zurückgetreten, außer dem in jeder großen Stadt unvermeidlichen Schwarm Neugieriger nur bewaffneter Pöbel auf der Straße zu erblicken. Der leichte Sieg an der Taborbrücke hatte ihn berauscht, der vom Gerüchte übertriebene Kampf auf dem Stephansplatze zwischen Bürgern — so erzählt, als hätten die „schwarzgelben" Nationalgarden die radicalen Vorstädter hinterlistig überfallen — ihn vollends in Wuth versetzt. Er verlangte ungestüm nach einem Opfer, um seinen Racheburst zu stillen, und fand es in dem unglücklichen Kriegsminister, welchen die Gassenblätter seit Wochen förmlich an den Pranger gestellt, als den ärgsten Volksfeind geschildert und dem Pöbelhasse geradezu aus-

geliefert hatten. Nach dem Hofe, wo im alten Hofkriegsrathe der Ministerrath versammelt war, strömte die Volksmasse, ohne Führer, ohne ein bestimmtes politisches Ziel. Kein Wunder, daß sie das Schlagwort den Zeitungsnummern der jüngsten Tage entlehnte und gegen Latour in blindem Grimm ihre Angriffe beinahe ausschließlich richtete.

Der Ministerrath, welchem auch der Präsident des Reichstages beiwohnte, hatte eine Petition der Studenten, welche den Rückzug des Militärs aus der Stadt verlangte, mit einem Hoch auf den „Kaiser und die deutschen Interessen" schloß, zurückgewiesen, als er aber die wachsende Macht des Aufstandes merkte, und wahrnahm, daß er bereits im Hofkriegsrathe förmlich blockirt sei, den Mahnungen zur Nachgiebigkeit sich gefügt. Latour, Doblhoff, Wessenberg unterschrieben hastig auf einzelnen Papierstreifen den Befehl, das Feuern überall einzustellen. Derselbe gelangte zu den am Josephstädter Glacis aufgestellten Truppen und wurde von ihnen, zum Unheile für den Kriegsminister, befolgt, auf den wilden Pöbelhaufen vor dem Kriegsgebäude blieb er natürlich ohne Wirkung. Die Anstalten, welche man im letzten Augenblicke getroffen hatte, um den ausgedehnten Palast vor einer plötzlichen Ueberrumpelung zu schützen — das Hauptthor war geschlossen, die anderen Eingänge verrammelt, die äußere Wache in den inneren Hofraum zurückgezogen worden — dienten nur dazu, den Fanatismus der Anstürmenden zu steigern. Sie begannen das Thor einzuschlagen, übertäubten mit ihrem wilden Gebrüll den Zuruf, daß das Ministerium zu capituliren beginne, bedrohten jeden, der sich am Fenster zu zeigen wagte, mit langen Eisenstangen, welche die Meisten von ihnen als Waffe in den Händen trugen. Noch gab es ein Mittel, die eingesperrten Minister, Officiere und Soldaten zu retten. Mit der äußeren Wache war auch eine mit Kartätschen geladene Kanone in den Hofraum zurückgezogen worden. Hätte man plötzlich das Thor geöffnet, die Kanone abgefeuert und dann von der Wache — mit der Verstärkungsmannschaft 160 Grenadiere — einen Bajonettangriff ausführen lassen, so würde der Volkshaufen auf dem Platze gewiß in schleuniger Flucht sein Heil gesucht haben. Zu einem kräftigen Ausfalle riethen mehrere Generale; Graf Latour wollte aber nicht, daß seine Rettung mit einem Blutbade erkauft werde. Er that noch mehr. Männlich gesinnt wie er war, und auf die Macht eines männlichen Auftretens sicher bauend, befahl Latour, das Thor zu öffnen, und verbot der Mannschaft jede gewaltsame Zurückweisung der eindringenden Schaaren. Er sprach sein eigenes Verderben aus.

Gleich einem Waldstrome ergoß sich jedem Widerstande spottend die Volksmasse durch das geöffnete Thor, füllte den Hof und schob sich unaufhaltsam über die Treppen nach den oberen Stockwerken. Den Ministern gelang es, sich vor dem Anpralle zu retten und ungefährdet das eroberte Haus zu verlassen, auch die Generäle und Officiere fanden die

schleunigste Flucht gerathen, und entzogen sich zum Theil durch unkenntliche Verkleidung dem Hasse des Volkes. Die Grenadierwache, von kopflosen Führern befehligt und ohnehin wenig kampflustig, zerstreute sich oder sah, das Gewehr im Arm, unbeweglich dem wilden Treiben der Fanatiker zu. Latour, von zwei Adjutanten umgeben, war allein zurückgeblieben. Er entdeckte jetzt viel zu spät die Größe der Gefahr und sah sich wehrlos einer wüthenden Horde preisgegeben. Der Plan, durch die anstoßende Kirche zu fliehen, mußte, kaum gefaßt, wieder aufgegeben werden, denn die Thüre, welche zur Kirche führte, war vermauert, es blieb nichts übrig, als sich in Civilkleider zu werfen und einen Versteck zu suchen, in welchem er ausharren konnte, bis der Sturm weiter gebraust oder Hilfe von außen geschafft war. In einer dunklen Kammer, welche zur Kaminfegung diente, wurde ein solches gefunden. Unterdessen eilte ein Adjutant zu den auf dem Glacis aufgestellten Truppen, der Minister Hornbostl in den Reichstag, um die bedrängte Lage des Kriegsministers zu melden und zum Schutze desselben aufzufordern. Die Truppen auf dem Glacis, einige Tausend Mann stark, rührten sich nicht. Die militärischen Befehlshaber hatten sich beinahe ohne Ausnahme von den Ereignissen nicht allein überraschen, sondern völlig betäuben lassen, sie schienen jede Willenskraft, selbst die Fähigkeit, einen Entschluß zu fassen, verloren zu haben. Dagegen bemühten sich mehrere Deputirte, dem Kampfe Einhalt zu thun und den Kriegsminister zu retten. Borrosch sprach ernstlich und eindringlich zu dem Volkshaufen, gab die Zusage, daß Latour in Anklagestand versetzt werden solle, beschwor aber die Versammelten, sich nicht mit einer Schandthat zu beflecken, von jeder gewaltthätigen Handlung gegen denselben abzustehen. Freundlicher Zuruf, welcher ihm von Einzelnen gespendet wurde, verleitete ihn zu dem Glauben, er habe die Leidenschaften beschwichtigt. Proletarier hatten ihn im Hofraume des Kriegsgebäudes auf ihre Schultern gehoben, damit er vernehmlicher reden könne, ihn den „Vater Borrosch" genannt. Mit sich zufrieden, verließ er das Kriegsministerium, bestieg ein ihm angebotenes Pferd und eilte in andere Straßen, das Amt des Friedenspredigers auszuüben. Hinter ihm schlugen die einen Augenblick zurückgehaltenen Leidenschaften nur in mächtigeren Wogen zusammen.

Die eingedrungene Menge hatte die Gemächer, welche sie erreichen konnte, geplündert, die Papiere, angebliche Beweise des Volksverrathes, geraubt, die Einrichtungsstücke zerschlagen, zu den Fenstern herausgeworfen. Als sich nichts mehr dem Zerstörungstriebe darbot, ertönte wieder, immer stärker, immer furchtbarer der Ruf: „Wo ist der Kriegsminister? Wir müssen ihn haben!" So fanden Smolka, Fischhof, Sierakowsky, welche zur Rettung Latour's herbeigeeilt waren, die Lage der Dinge. Smolka hoffte, durch ein halbes Zugeständniß den Pöbel beruhigen zu können. Wenn der Kriegsminister abdankt, in das Privatleben freiwillig

zurücktritt, wenn er zum Gefangenen erklärt wird, welchen ein strenges Gericht erwartet, so wird dieser Triumph über den einst so mächtigen Mann den Rachedurst stillen. Latour wurde auf Smolka's Andrängen aus seinem Verstecke herbeigeholt und bewogen, auf sein Amt zu verzichten. „Mit Genehmigung seiner Majestät lege ich meine Stelle als Kriegsminister nieder," schrieb er eigenhändig auf einen Bogen Papier. Mit lauter Stimme verkündigte Smolka die Abdankung des Ministers der Masse, welche bereits bis in das dritte Stockwerk vorgedrungen war. Er erreichte nichts anderes, als daß jeder Zweifel an der Gegenwart des Kriegsministers im Hause beseitigt wurde. „Der Hallunke ist da, er muß hängen," war die Antwort auf Smolka's Rede. So blieb denn nur ein Mittel noch übrig: Latour als Gefangenen durch die Volksmasse hindurch nach einem anderen sicheren Orte — das Zeughaus — zu geleiten. Smolka und Fischhof gaben dem ungestüm lärmenden Pöbel das Versprechen, den Kriegsminister aus seinem Verstecke heraus zu holen und dem Volke zu überantworten, wenn sich eine Anzahl von Männern finde, welche sein Leben zu beschützen sich verpflichteten. Etwa zwanzig Nationalgarden und Arbeiter traten vor und schwuren einen feierlichen Eid, bei ihrer Ehre und ihrem Leben den Kriegsminister zu schützen. Mit dieser improvisirten Schutzwache, welcher aber eine Rotte berauschten und wuthentflammten Gesindels auf dem Fuße folgte, begaben sich die Abgeordneten zu Latour zurück. Er kam ihnen mit den Worten entgegen: „Hier bin ich. Ich habe die Kugeln und Bajonette nicht gescheut, ich fürchte auch keine Dolche; denn ich bin ein ehrlicher Mann und habe ein gutes Gewissen."

Von seinen Adjutanten und den Reichstagsabgeordneten unterstützt, von der Schutzwache eingeschlossen, begann Latour die Treppe herabzusteigen. Mit jedem Schritte, den er vorwärts that, mehrten sich die Drohungen, steigerte sich der Tumult. Schon auf der Treppe konnte ihn die Schutzwache vor Mißhandlungen nicht schützen. Der Hut wurde ihm vom Kopfe geschleudert, mit Stöcken auf ihn losgeschlagen, sein Haar so grausam gezerrt, daß er taumelte und nur mit fremder Hilfe sich aufrecht halten konnte. Kaum hatte er den Hof betreten, so entfesselte sich vollständig die Furie des Pöbels. Seine Begleiter wurden gewaltsam von seiner Seite gerissen, ein Säbelhieb, und gleichzeitig ein Hammerschlag nach seinem Haupte geführt. Das war das Signal für die Unmenschen, mit Kolben, Knitteln, Spießen und Bayonetten über den wehrlosen Greis herzufallen. Er sank zu Boden. Noch lebend, wurde er wieder emporgerissen, mit einer bereitgehaltenen Schnur an ein Fenstergitter gehängt. Die Schnur riß, er fiel abermals zu Boden, wurde röchelnd, blutend, mit abgerissenen Kleidern über das Pflaster geschleift, hier, als sich der Lärm vom Anmarsche von Soldaten verbreitete, liegen gelassen, doch nach wenigen Minuten, da die Nachricht als blinder

Lärm erkannt wurde, auf den Platz vor dem Hofkriegsrathe geschleppt, an einem Gascandelaber zum zweiten Male aufgeknüpft, und noch der Leichnam von den Cannibalen in schauderhafter Weise gemißhandelt. Dreiundvierzig Wunden, die meisten noch so lange er lebte ihm zugefügt, zählte man an seinem Körper. Latour ist nicht einfach erschlagen, sondern zu Tode gemartert worden. Die Mörder Lichnowsky's in Frankfurt, jene Lamberg's in Pesth hatten in Wien ihre Meister gefunden.*)

*) Die im Texte gegebene Darstellung weicht in wesentlichen Punkten von dem Berichte ab, welcher 1850 unter dem Titel: „Ergebnisse der von dem k. k. Militärgerichte geführten Untersuchung wider die Mörder des k. k. Kriegsministers, Feldzeugmeisters Theodor Gr. Baillet von Latour" veröffentlicht wurde, und eine officielle Geltung besitzt. Diese Ergebnisse werden in dem Satze präcisirt: „Der Mord des Kriegsministers war planmäßig bedacht und beschlossen worden; er wurde auf der Aula angeordnet, vorbereitet, förmlich kundgemacht und von dort aus geleitet." Ganz abgesehen davon, daß die so schwer beschuldigte Aula ein vieldeutiges, unklares Wort ist, dessen Bedeutung nicht erläutert ist, — soll man unter der Aula die studentische Körperschaft, welche notorisch in den Ferienmonaten sich aufgelöst hatte, oder eine Volksversammlung oder einen demokratischen Club verstehen? — so widerspricht jene Behauptung der Erzählung der Vorfälle, wie sie auch in der officiellen Denkschrift gegeben wird, in wesentlichen Dingen. Die drei Mörder Latour's, welche am 14. März 1849 zum Galgen verurtheilt wurden und als die Hauptthäter anzusehen sind, der Eisenbahnarbeiter Wangler, der Zimmermaler Brambosch und der Cravattenmacher Jurkovich, sind zufällig auf den Hof gekommen, mit Revolutionsgelüsten, keineswegs mit offenen Mordgedanken in der Brust; erst die wahnsinnige Wuth des Pöbels, „weil auch die Uebrigen mit Drohungen über den Grafen herfielen, versetzte auch jene in Wuth und Erbitterung." (S. 57) Die wirklichen Mörder, verthierte Menschen, wie sie in jeder revolutionären Zeit vorkommen, waren also nicht gedungen; aber auch die intellectuelle Urheberschaft ist von der Untersuchungscommission keineswegs mit Sicherheit festgestellt worden. Es werden zwar viele Namen genannt, nach der Aussage meistens anonymer Zeugen, bald Tausenau und Pulszky, bald Silberstein und Chaizes, bald Schütte, Eckardt und Becher, bald Goldmark und Kudlich, bald Kossuth und Batthyany als „Mitwisser an dem Complotte gegen das Leben Latour's" bezeichnet, schließlich die ungarische Regierung, die Reichstagslinke, alle demokratischen Vereine in die Verschwörung verflochten. Das Ungeheuerliche solcher Behauptungen leuchtet jedem unbefangenen Sinne ein, namentlich Batthyany's angebliche Begünstigung des Mordes gehört in das Reich der Fabeln. Der Mann, der Lamberg's Ermordung so scharf verurtheilte, in derselben das Unglück der Nation erblickte, so feindselig der Partei Kossuth's gegenüberstand, kann unmöglich in Gemeinschaft mit Kossuth's Emissären zu der gleichen Unthat angefeuert haben. Leider wurde die officielle Denkschrift zu einer Zeit verfaßt, wo politische Unbefangenheit nirgends anzutreffen war, sonst hätte ihr Verfasser die zahlreichen Widersprüche der Erzählung nicht übersehen, den parteiischen Ton der Schilderung gewiß vermieden. Wie kann man es z. B. rechtfertigen, daß es S. 39 heißt: „Fischhof betheuert, Smolka behauptet, Sierakowsky versichert, die ersten Streiche von Latour abgewehrt zu haben, festgestellt ist es, daß Hauptmann Graf Gondrecourt den Grafen mit seinem Leibe deckte bis er unter den gräßlichsten Drohungen weggerissen wurde." Soll darunter verstanden werden, daß die liberalen Reichstagsabgeordneten Latour nicht ernstlich vertheidigt haben? Aber auch der Hauptmann hatte keine Wunden von seiner Vertheidigung aufzuweisen und konnte nur wie die Abgeordneten seine Bemühungen, den Grafen zu retten, „behaupten, betheuern, versichern." Es ist genug an der schweren

Nachdem das Verbrechen verübt war, gingen die Unmenschen mit dem letzten Reste von Besinnung, der ihnen geblieben war, daran, sich gegen die Folgen ihrer That sicher zu stellen. Sie mußten die schwersten Strafen fürchten und namentlich erwarten, daß die Armee an ihnen harte Vergeltung üben werde, wenn die Regierung wieder die Mittel zu einem kräftigen Auftreten gewinne, wenn nicht die demokratische Partei und ihr Anhang in den Handwerker- und Arbeiterkreisen über eine ansehnliche Macht dauernd gebiete. Die Barricaden, an welchen seit den Mittagsstunden in zahlreichen Straßen eifrig gebaut worden war, schützten sie nicht, wenn sich nicht Bewaffnete fanden, dieselben zu vertheidigen. An Waffen hatte aber das Proletariat den größten Mangel. Vom Hofe zogen daher die Pöbelhaufen zu dem kaiserlichen Zeughause, um sich durch Plünderung desselben wehrhaft zu machen. Doch erst nach langem Kampfe, der bis tief in die Nacht währte, und nachdem sie auch die Brandfackel als Angriffswaffe verwendet hatten, kamen sie in den Besitz des festen Gebäudes und seiner Waffenschätze. Die Besatzung — zwei Compagnien Infanterie, durch flüchtige conservative Nationalgarden verstärkt — traute nicht den Versprechungen eines freien Abzuges, besorgte, sobald sie die Thore öffne, niedergemetzelt zu werden, und ergab sich erst, als ein Theil der Angreifer, von den Anstrengungen des Tages ermüdet, sich zurückgezogen und der Reichstag die Vermittelung übernommen hatte.

Der Reichstag bemühte sich in der Nacht vom 6. auf den 7. October durch Vielgeschäftigkeit wieder gut zu machen, was er in den früheren Stunden durch Unthätigkeit verschuldet hatte. Mitglieder der Linken hatten den Sitzungssaal, unbekümmert um den Protest der Redner, aufsperren, durch öffentliche Anschläge die Deputirten zu einer außerordentlichen Sitzung auffordern lassen. Die Sorge, durch längeres Zögern die vollständige Herrschaft über den Reichstag der Linken in die Hand zu spielen, bestimmte endlich Strobach, eine Sitzung auf die fünfte Nachmittagsstunde anzuberaumen. Die Ungeduld der anwesenden Deputirten, etwa sechzig an der Zahl, konnte aber diesen Zeitpunkt nicht erwarten. Sie constituirten sich unter dem Vorsitze Pillersdorffs als eine Privatversammlung, nahmen aber die Befugnisse des Reichstages für sich in Anspruch. Sie entsendeten die früher geschilderten Friedensboten und such-

---

Verantwortung, welche die demokratische Presse zu tragen hat. Sie hat die geistige Luft Wiens vergiftet, an die Worte: Mord und Todtschlag das Ohr des Volkes gewöhnt. Man denke nur an das bei dem Edlen von Schmidt gedruckte Flugblatt v. 4. October: mit dem Titel: „Jellacic hängt! Camarilla capores!" wo es am Schlusse heißt: „Jellačić hängt — nur noch an einem Faden. Der Teufel hat ihn schon. Camarilerl, dein Armensünderstündlein hat geschlagen, rufe schnell einen Capuziner, damit du nicht räudig, sondern reuig in das Jenseits hinüber marschirst." Es ist genug an der allgemeinen frevelhaften Agitation, die in demokratischen Kreisen getrieben wurde, um die Möglichkeit solcher Thaten, wie sie am 6. October verübt wurde, zu erklären.

ten durch unmittelbare Intervention der Deputirten den gräuelvollen Kampf abzubrechen. Endlich bestieg Strobach den Präsidentenstuhl, weigerte sich aber, da die beschlußfähige Zahl der Abgeordneten nicht vorhanden war, die Sitzung zu eröffnen. Der Tumult, der sich darüber erhob, bewies ihm, daß er die Leitung der Geister verloren habe, das Erscheinen bewaffneter Arbeiter im Saale, gleichzeitig mit dem Eintreffen der Nachricht von Latour's Ermordung, machte ihn für seine persönliche Sicherheit besorgt. Während der wirren Auftritte, der rasch wechselnden Streitreden verließ Strobach, nur von Wenigen bemerkt, den Saal und das Haus. Durch das Gerücht, daß man ihn sowie den Minister Bach suche und gegen Beide Todesdrohungen ausspreche, aufgeschreckt, flüchtete er noch in derselben Nacht aus Wien, seinem Beispiele folgten in den nächsten Tagen die meisten czechischen Deputirten. An Strobach's Stelle übernahm der Vicepräsident Smolka, ein Lemberger Advocat, den Vorsitz, welcher in langer Kerkerhaft seinen polnischen Patriotismus gebüßt, dennoch aber, den Meisten seiner Landsleute unähnlich, sich stets von maßlosem Radicalismus frei bewahrt hatte. Er gehörte zur Linken, hielt sich aber von geheimen Umtrieben und unlauterer Agitation vollkommen fern.

Eingehende Verhandlungen wurden natürlich in der Nachtsitzung des 6. Octobers nicht geführt. Wer ein Mittel zur Beschwichtigung des Sturmes zu kennen glaubte, schlug es vor und konnte der einmüthigen Annahme desselben gewiß sein. Der Reichstag erklärte sich in Permanenz, bestellte einen Sicherheitsausschuß, welcher gemeinschaftlich mit den Organen der Regierung, soweit solche noch bestanden, für die Herstellung der Ruhe sorgen sollte, sandte eine Deputation an den commandirenden General Grafen Auersperg, mit der Bitte, von jedem Angriffe auf das Volk abzustehen, erließ an die Eisenbahndirectionen das Verbot, Truppen zu befördern, und beschloß eine Adresse an den Kaiser, in welcher eine allgemeine Amnestie, die Bildung eines volksthümlichen Ministeriums mit Doblhoff und Hornbostl, den beiden „ehrlichen Männern", als Mitgliedern desselben, und endlich die Zurücknahme des Manifestes v. 3. October, also die Aenderung der ungarischen Politik verlangt wurde. „Das Manifest v. 3. October, behaupteten Ziemialkowski und andere Deputirte der Linken, ist die Hauptursache des Aufstandes und der Unzufriedenheit im Volke."

Die Adresse wiederholte, nur in höflicheren Formen, die Mehrzahl der Forderungen, welche der demokratische Centralverein, noch während der Kampf tobte zu einer Sitzung eilig einberufen, aufgestellt hatte. Diese Uebereinstimmung erscheint bei dem Uebergewichte der Linken im Reichstage und dem Beschwichtigungseifer, der hier überhaupt waltete, wohl erklärlich, desto mehr mußte es Wunder nehmen, daß der Hof auf die Wünsche des Reichstages bereitwillig einging. Der Kaiser empfing die

Abgeordneten, welche noch in später Nacht nach Schönbrunn gesendet wurden, mit ungetrübter Ruhe und gab dem Reichstage die schriftliche Zusage, daß er ein neues volksthümliches Ministerium bilden werde; für das rebellische Wiener Volk wurden auch jetzt noch nur freundliche Worte laut. „Er hoffe, daß dasselbe zur Wiederherstellung eines geordneten und gesetzlichen Zustandes kräftig mitwirken werde." Zum erstenmale seit vierundzwanzig Stunden regte sich im Reichstage, als diese Antwort vorgelesen wurde, eine freudige Stimmung: Es konnte also Alles wieder in das alt Geleise zurückgebracht werden, es hatte sich wenigstens das Verhältniß zwischen dem Reichstage und dem Monarchen nicht geändert. Ja noch mehr, man hatte dem Hofe ein großes Zugeständniß abgewonnen und durfte sich rühmen, daß die letzte Bewegung zwar stürmisch und blutig, aber doch nicht erfolglos gewesen sei. Schon hielten Manche die Phrase von der glorreichen Octoberrevolution, der würdigen Tochter der Mairevolution, in Bereitschaft. Da kam am nächsten Morgen die Nachricht von der Flucht des Kaisers aus Schönbrunn und mit ihr eine Botschaft, welche alle Hoffnungen grausam vernichtete.

Entweder war man in Schönbrunn von den Wiener Vorgängen noch nicht genau unterrichtet gewesen, oder man wollte durch eine freundliche Antwort an den Reichstag Zeit gewinnen: im Laufe weniger Stunden hatten sich die Entschlüsse des Hofes vollständig geändert. Unter dem Schutze einer ansehnlichen Truppenmacht flüchtete der Kaiser bei Tagesanbruche (7. Oct.) aus Schönbrunn. Er schlug nicht, wie man anfangs meinte, den Weg nach Linz und weiter nach Innsbruck ein, sondern ging bei Krems über die Donau und nahm seinen Wohnsitz (14. October) in Olmütz, inmitten einer slawischen Bevölkerung. Durch einen Burgwächter empfing bald nach der Abreise des Kaisers der Finanzminister Kraus ein Manifest, mit der Aufforderung, dasselbe zu contrasigniren, oder auch ohne ministerielle Gegenzeichnung durch den commandirenden General veröffentlichen zu lassen. Das Manifest — muthmaßlich von Alexander Hübner verfaßt — enthielt nicht allein eine scharfe Verwahrung gegen die Wiener Ereignisse, sondern hob sich am Schluß zu einem schwungvollen Aufrufe an die Völker Oesterreichs zum Kreuzzuge gegen die Revolution. „Die Anarchie hat ihr Aeußerstes vollbracht. Wien ist mit Brand und Mord erfüllt, mein Kriegsminister, den schon sein Greisenalter hätte schirmen sollen, hat unter den Händen einer meuchlerischen Rotte geendet. In diesem entscheidenden Augenblicke vertraue ich auf Gott und meine Rechte und verlasse die Nähe der Hauptstadt, um Mittel zu finden, der unterjochten Bevölkerung von Wien Hilfe zu bringen, und die durch die empörendsten Frevel bedrohte Freiheit zu retten. Wer Oesterreich, wer die Freiheit liebt, schaare sich um seinen Kaiser!" Es mochte dem Reichstage eine kleine Genugthuung gewähren, daß Kraus seine Mißbilligung über das Manifest äußerte und dasselbe auf den Tisch

des Hauses zur Prüfung und beliebigen Benutzung niederlegte. Der Reichstag belohnte auch seine constitutionelle Gesinnung, indem er als Vertrauensvotum für den loyalen Minister die Forterhebung der Steuern nicht für 6 Monate, wie es vor der Octoberrevolution beschlossen gewesen, sondern für ein volles Jahr bewilligte und die freie Benutzung des Bankcredites gestattete. Die schlaue Gefügigkeit des Finanzministers, die gutmüthige Ergebenheit Hornbostl's besserten aber die Lage des Reichstages nicht. Die Abreise des Kaisers, die Auflösung des Ministeriums — fern von Wien vergaß der Hof bald der kaiserlichen Zusage eines volksthümlichen Cabinetes — brachte den Reichstag in eine unhaltbare Stellung. Die Majorität wollte sich weder für noch gegen die Octoberrevolution erklären. Für das Ausharren in Wien sprachen sich nicht allein Mitglieder der Linken aus, welchen die Unverletzlichkeit der Reichstagsdeputirten einen willkommenen Schild gegen mögliche Anfechtungen der Militärpartei darbot, sondern auch Abgeordnete des Centrums, deren Slawenhaß in diesem Falle jedes politische Bedenken überwog. Das Verbleiben in Wien mußte aber nach der Flucht des Hofes als eine Billigung der Revolution ausgelegt werden, zwang jedenfalls zu Rücksichten auf die Wiener Bevölkerung, deren radicaler Bestandtheil vorläufig noch das große Wort führte. Die Hoffnung, über die Schandthaten des 6. Octobers unvermerkt hinüberzuschlüpfen, war vereitelt, die Rolle des Reichstages von nun an auf das undankbare und unfruchtbare Geschäft des Abwehrens und Vermittelns eingeschränkt. Er erließ Proclamationen an die Völker und beschloß Petitionen an den Monarchen, er correspondirte mit aller Welt, hörte täglich die Berichte des Sicherheitsausschusses an, ließ sich als die einzige Stütze der Ordnung und Freiheit preisen: das Bewußtsein vollkommener Machtlosigkeit schleppte er überall mit.

Die Flucht des Kaisers war nicht die einzige Hiobspost, welche die nächsten Tage nach der Revolution brachten. Die slawischen Mitglieder der Rechten und die hervorragendsten Männer des Centrums hatten nicht etwa nur in einer plötzlichen Anwandlung von Furcht von der Sitzung des Reichstages sich fern gehalten, um nach wiederhergestellter Ruhe wieder in die Versammlung einzutreten. Sie verließen in Masse Wien, bildeten in Prag einen parlamentarischen Sonderbund, erklärten den Austritt aus dem Wiener Reichstage für eine Parteipflicht und kündigten dem letzteren offen den Krieg an. Auf den Antrag von Borrosch wurde am 6. October in Wien eine Declaration folgenden Inhalts beschlossen: „Der Reichstag, als eine constituirende Versammlung an sich unauflöslich, erklärt unter keiner Bedingung auseinanderzugehen: er ist ein untheilbares Ganzes, das einzige Organ der Einigung zwischen dem Monarchen und Volke. Alle abwesenden Mitglieder werden demnach aufgefordert, sich binnen vierzehn Tagen in Wien wieder einzufinden." Die Czechen antworteten (13. October) mit einem Proteste gegen alle am 6. October gefaßten Be-

schlüsse, sowie gegen das Forttagen des Reichstages in Wien überhaupt, sie warfen den in Wien versammelten Abgeordneten vor, daß dieselben ihr Mandat überschreiten, den Reichstag zu einem Sicherheitsausschusse für die Stadt Wien herabwürdigen, durch Beschönigung eines barbarischen Mordes die Verantwortlichkeit für diesen Frevel auf sich laden, und schlossen ihre Erklärung mit den Worten: „So lange die Anarchie in Wien herrscht, die gesetzliche Ordnung nicht wiederhergestellt ist, werden wir unsere Sitze im Reichstagssaale nicht einnehmen, halten wir alle daselbst gefaßten Beschlüsse für ungiltig.“ Sie veröffentlichten eine „Darstellung der letzten Ereignisse nach Mittheilungen der böhmischen Reichstagsabgeordneten,“ in welcher die Linke ziemlich deutlich als der Anstifter der Revolution bezeichnet, ihre Freude über Latour's Ermordung — „während der gräßlichen Vorgänge in den Straßen fand im Restaurationssaale des Reichstages ein fröhliches Champagnergelage statt,“ heißt es in der Denkschrift — geschildert, einzelne Deputirte mit Namen dem Strafgerichte denuncirt wurden.*) Die czechischen Deputirten, deren Auftreten Stadion, Bach, Wessenberg bei ihrer Anwesenheit in Prag unbedingt billigten, blieben bei den Verwahrungen und Anklagen nicht stehen. Sie schrieben eine Versammlung aller loyalen Abgeordneten in Brünn auf den 20. October aus, mit dem offen ausgesprochenen Vorsatze, dort den Reichstag fortzusetzen.

Ob die Rechte klug daran that, die Rolle des öffentlichen Anklägers gegen den Reichstagsrumpf in Wien zu spielen, der übrigens bis zum 16. October die beschlußfähige Zahl von Mitgliedern besaß, — wenigstens meldeten sich an diesem Tage 221 Deputirte zum Empfange ihrer Diäten —, steht dahin. Der Schlag, welchen die Czechen der deutschen Linken zu versetzen meinten, prallte auf sie zurück, traf schließlich die Verfassung. Augenblicklich erreichten sie ihr Ziel, gaben den Gegnern der Revolution eine wirksame Waffe in die Hand, und lähmten vollends die Wirksamkeit der Wiener Versammlung. Was wollte die Zustimmung der Grazer Demokraten, der Brünner Nationalgarden, die Unterwürfigkeit einzelner furchtsamen Beamten gegen die Auflehnung einer Partei sagen, von welcher noch kurz vorher ohne Widerspruch behauptet worden war, daß sie das Schicksal des Staates entscheide? Mit der größten Aengstlichkeit prüfte der Wiener Reichstag jeden Antrag, untersuchte er jeden Beschluß, ob nicht durch dieselben die Vorwürfe der czechischen Denkschrift, die Unfreiheit der Versammlung, die Uebergriffe in die Executivgewalt u. s. w. bestätigt würden, und trieb von nun an die strengste Defensivpolitik.

*) Die Erklärung wie die Denkschrift der czechischen Abgeordneten wurden im Const. Blatte aus Böhmen (Nr. 90 und 92) veröffentlicht, die letztere auch in besonderen Abdrücken unter dem Titel: „Darstellung der letzten Wiener Ereignisse nach Mittheilungen böhmischer Reichstagsabgeordneten“ verbreitet.

Die Ohnmacht des Reichstages außerhalb des Weichbildes von Wien wurde keineswegs durch sein locales Ansehen ersetzt. Neben ihm wirkten noch der Studentenausschuß und der am 7. October constituirte neue Gemeinderath als öffentliche Behörden. Doch trat der erstere mit jedem Tage mehr in den Hintergrund zurück. Eine Petition an den Reichsrath, dieser möge die Armee in eine freie Volkswehr verwandeln, zunächst den Soldaten das Recht zu desertiren verleihen, war seine letzte That. Dieselbe begann mit folgenden Worten: „In jedem Augenblicke der Säumniß spühlt die nagende Woge der Ereignisse einen Grundstein des Baues der gesetzlichen Ordnung hinweg; wehe uns, wenn das ganze Gebäude erschüttert zusammenbricht und Szilla und Charibdis (sic) seine Trümmer verschlingt!" Der Studentenausschuß adressirte seine Bitte an den Reichstag; er hätte besser gethan, sie an einen Schulmeister zu richten, zu dessen Obliegenheiten die Correctur unreifer Stilübungen gehört. Der Gemeinderath setzte die Lachmuskeln nicht in dem gleichen Grade in Bewegung, wie der Studentenausschuß, mußte aber, da nicht die Jugend seiner Mitglieder die Rohheit der politischen Anschauungen entschuldigte, nur noch verächtlicher erscheinen. Der Gemeinderath begann seine Thätigkeit damit, daß er die obdachlosen Deserteure, die eidbrüchigen Grenadiere mit Geld unterstützte und für die Wittwen und Waisen der „gefallenen Freiheitshelden" Pensionen bewilligte. Einige Tage später ordnete er eine allgemeine Bewaffnung an und nahm das Proletariat unter dem Namen der Mobilgarde in seinen Sold, er verbot aber den Angriff auf das Militär, wie er denn überhaupt die Verantwortung für alle Ereignisse dem Reichstage auflastete, der seinerseits wieder die Initiative für alle Vertheidigungsmaßregeln dem Gemeinderathe zuschob. Ungleich tapferer als der Reichstag und der Gemeinderath war der Finanzminister, welcher den Sold der mobilen Nationalgarde aus Staatsmitteln erhöhte, und die Verzehrungssteuer provisorisch abschaffte, damit die aufständische Bevölkerung Wiens nicht etwa durch Theuerung der Lebensmittel gedrückt werde. Denn die Bauern, anstatt einen Landsturm zu Gunsten der Wiener zu organisiren, wie Kudlich und andere Enthusiasten des freien Bauernstandes zuversichtlich erwartet hatten, benutzten die Marktstörungen, um auf die Preise aller Lebensmittel aufzuschlagen. Aus der Ausdauer des Finanzministers darf man übrigens nicht auf seine Zuneigung zu revolutionären Grundsätzen, auf eine Spaltung in den Regierungskreisen schließen. Ihn hielt allein das Fachinteresse in Wien zurück, ihn bestimmte die begründete Ueberzeugung, daß seine Gegenwart und eine freundliche Stellung zu den herrschenden Gewalten jede extreme Finanzmaßregel verhindern werden. Um diesen Preis durfte er schon den schlimmen Schein, als wäre er der Octoberrevolution nicht abhold, auf sich laden. Er lief keine Gefahr, bei dem Hofe in Olmütz verdächtigt zu werden, da dieser seine Motive kannte und billigte; er hatte aber auch

von der demokratischen Partei keine Anfechtungen zu fürchten, da in ihrem Schooße gar bald die Muthlosigkeit zu herrschen begann, die Nothwendigkeit einer Vermittelung sich geltend machte.

Der Sorge, welche in den ersten Tagen nach der Octoberrevolution die Wiener Bevölkerung am meisten drückte, wurde man freilich in der späteren Zeit ledig. Der commandirende General, Graf Auersperg, hatte die Reste der Garnison in der Vorstadt Wieden vereinigt und im Schwarzenberg'schen Garten ein Lager bezogen. Seiner Versicherung, daß er keine feindselige Absicht gegen die Stadt hege, und nur die Beruhigung der Gemüther abwarte, um die Truppen wieder in altgewohnter Weise in die verschiedenen Kasernen zu vertheilen, traute man nicht, ebensowenig wagte man es aber auch, ihn mit Gewalt aus seiner Stellung zu vertreiben. Endlich, am Morgen des 12. October, verließ Auersperg freiwillig dieselbe. Doch währte der Triumph der Wiener über den Rückzug des nächsten Feindes nur einen kurzen Augenblick. Die Truppen Auersperg's, für sich zu schwach, um einen Angriff auf Wien zu unternehmen, entfernten sich aus der Vorstadt, verstärkten aber die Armee des Banus, welcher am 8. October den österreichischen Boden betreten, am 10. sein Hauptquartier in Rothneusiedl aufgeschlagen hatte. Nun wurden Jellačić und seine „kroatischen Horden" der Gegenstand ängstlicher Beobachtungen. Er ließ sich nicht durch Bitten, nicht durch Drohungen auf das ungarische Gebiet, wo ja seiner Moga's Schaaren harrten, zurückweisen. „Als Staatsdiener bin ich verpflichtet, der Anarchie zu steuern, als Soldat zeigt mir der Donner der Geschütze meine Marschroute. Auf österreichischem Boden kenne ich keine kroatischen, sondern nur österreichische Truppen," lautete seine Antwort an die Deputation, welche ihn zum Rückmarsche bewegen und das Unberechtigte seines Vorgehens beweisen sollte. Der Banus erlaubte sich eine große poetische Freiheit, wenn er behauptete, „strategische Grundsätze" hätten ihn über die Grenzen Ungarns hinausgeführt. Er war auf der Flucht begriffen, suchte um jeden Preis einen Stützpunkt zu gewinnen und Verstärkungen an sich zu ziehen. Bittere Sorge überfiel ihn, als er von der feindlichen Stimmung, die in Preßburg gegen ihn waltete, hörte, denn dort wollte er in gesicherter Stellung den weiteren Verlauf der Ereignisse abwarten; er athmete auf, als er durch die Octoberrevolution eine bestimmte Direction erhielt. Darin aber entfernte er sich nicht von der Wahrheit, wenn er auf sein österreichisches Pflichtgefühl pochte, und seine Lage mit der eines Menschen verglich, der einen Brand gewahrt, und nun Alles verläßt, um hier zu retten. Zum Glücke für ihn ging sein unmittelbares Interesse mit dem patriotischen Pflichtgefühle Hand in Hand, und als er vor Wien erschien, trat er nicht allein als Schirmer der Dynastie und Rächer der schmählich gestörten Staatsordnung auf, sondern half sich auch aus einer peinlichen Verlegenheit.

Jellačić hatte den Grafen Auersperg in den Hintergrund gedrängt; ihm widerfuhr nach wenigen Tagen das Gleiche. Man kümmerte sich wenig um ihn, als man erfuhr, daß Fürst Windischgräz an der Spitze einer mächtigen Armee vom Norden gegen Wien anrücke.

Am 11. October lasen die Bewohner Prags zu ihrer nicht geringen Ueberraschung an allen Straßenecken eine Proclamation des Fürsten Windischgräz, in welcher er seinen Aufbruch zum Kampfe gegen die rebellischen Wiener ankündigte und die loyalen Gesinnungen der Czechen belobte. Unerwartet kam dieses Lob aus des Fürsten Munde. Die älteren Parteiführer, welche als Ankläger des Wiener Reichstages auftraten, mußten sich dasselbe schon gefallen lassen, einen so schlimmen Schein es auch auf ihre angeblich unveränderte demokratische Politik warf. Die jüngeren und unteren Volkskreise dagegen wollten das Lob des gehaßten Generals nicht verdienen und ließen sich durch den Umstand, daß Windischgräz sich so leidenschaftlich gegen die Wiener Ereignisse erklärte, zu einem günstigeren Urtheile über dieselben bestimmen. Die bisher so fest organisirte czechische Nationalpartei zeigte zum ersten Male Spaltungen in ihrem Schooße, welche zeitweilig wieder verdeckt, aber seitdem niemals vollständig geschlossen wurden. Auffällig war aber ferner, daß der Fürst sich mit keinem Worte auf einen Auftrag des Kaisers bezog. „Die Anarchie in Wien legt mir die Pflicht auf, mich mit einem Theile der mir unterstehenden Truppen zum Schutze des Monarchen und zur Wahrung der Einheit der constitutionellen Monarchie von hier zu entfernen." Gewiß konnte man Jenen nicht arglistig nennen, der diese Worte so auslegte, als handle Windischgräz aus eigenem Antriebe. Das war also schon der zweite General, welcher sich auf eigene Faust zum Retter des Staates aufwarf und den Willen des Monarchen kurzweg voraussetzte. Die Wiener Zustände bezeichnete man mit Recht als Anarchie, aber auch die Weise, wie Jellačić und nach ihm Windischgräz auftraten, entsprach schlecht einem geordneten Staatswesen. Jedenfalls war das Glück dem böhmischen Feldherrn günstiger, als dem slawischen Banus. Am 16. October erschien ein kaiserliches Manifest, welches den Fürsten Windischgräz zum Oberbefehlshaber aller österreichischen Truppen, Radetzky's Armee allein ausgenommen, ernannte und mit dem Stabe des Feldmarschalls belohnte. Die Herrlichkeit des Banus hatte somit ihr Ende erreicht, Jellačić war von nun an ein einfacher Lieutenant des Fürsten und noch dazu keiner der brauchbarsten.

Langsam schob Windischgräz seine Bataillone vorwärts. Böhmen und Mähren wurden von allen Truppen entblößt, die Zeughäuser der nördlichen Provinzen vollständig ausgeleert, allmälich eine überwältigende Macht vor Wien gesammelt. Hinter diesen Vorbereitungen zum Angriffe blieben die Maßregeln des Wiener Volkes zur Abwehr gar weit zurück. Das wirksamste Mittel, das Eingreifen der ungarischen Armee in den

Kampf, wagte man nicht zur Anwendung zu bringen. Taufenau und die anderen Demokratenführer mochten noch so dringend auf die Nothwendigkeit eines engen Bundes mit Ungarn hinweisen, Deputationen radicaler Vereine noch so eifrig bei dem Gemeinderathe das Herbeirufen der Ungarn petitioniren, ihre Bemühungen blieben dennoch vergeblich. Der Gemeinderath und der Reichstag hätten gegen die thatsächliche Intervention des ungarischen Heeres schwerlich im Ernste protestirt, doch die unmittelbare Verantwortung dafür zu tragen, durch einen Beschluß die Intervention selbständig anzuregen, weigerten sie sich beharrlich. Aber auch in Pesth zögerte man, die flüchtigen Truppen des Banus auf österreichischem Boden zu verfolgen und durch einen rechtzeitigen Angriff auf die Kroaten den Wienern Hilfe zu leisten.

Das Manifest vom 3. October kam nur wenige Stunden früher zur Kenntniß des ungarischen Reichstages als die Nachricht von der Wiener Revolution. Die Aufregung, in welche sein Inhalt die Abgeordneten versetzte, ließ sie die Gräuelthaten des sechsten October übersehen und in dem siegreichen Aufstande nur die gerechte Vergeltung der Treulosigkeit des Hofes erblicken. Es empörte die Gemüther die rücksichtslose Vernichtung des formalen Rechtes, die Auflösung des Reichstages, ehe noch das Budget bewilligt war, die Aufhebung der Comitatscongregationen, vollends als eine höhnische Herausforderung des magyarischen Stolzes mußte die Auslieferung des Landes an Jellačić, die cynische Wahl Récsey's zum Ministerpräsidenten, erscheinen. Kossuth, von einer neuen Werbefahrt durch das Land zurückgekehrt, seit Batthyány's Rücktritte vom politischen Leben der unbestrittene Beherrscher des Volkes, gab der leidenschaftlichen Stimmung des Reichstages (7. October) den entsprechenden Ausdruck. Mit wegwerfender Verachtung sprach er von Récsey. „Dieser Mensch hat dasselbe Recht über Ungarn zu verfügen, als ich ein solches auf die dreiunddreißig Herrschaften des Fürsten Esterhazy besitze.“ Sein wichtigster Angriff richtete sich gegen das Manifest, der Donner seiner Rede traf zum ersten Male offen und unmittelbar die Dynastie. Das Manifest nannte er eine Komödie, deren sich selbst ein Sobri schämen würde, das kein Bandit ohne Erröthen unterschrieben hätte. „Es wird und muß auch den gleichgiltigsten Magyaren aus seiner Ruhe reißen und zum Widerstande waffnen, es wird nichts anderes bewirken, als daß von nun an das Volk, wenn es den Namen des Königs hört, damit den Begriff des Eidbruches verknüpfen wird. Die Dynastie, deren Absetzung der Reichstag nur aus Großmuth noch nicht ausgesprochen hat, glaubt, daß, wenn sie das Individuum Kossuth ausrottet, die Nation sich dann willig beugen werde. Ich sage aber, gäbe es auch hunderttausend Kossuth und Alle würden ausgerottet, die Nation würde auch nicht ein Haar breit von ihrem Rechte weichen. Ungarn ist erwacht, der Löwe hat nur geschlummert.“ Der Beschluß des Reichs-

tages, in welchem übrigens die Magnatentafel nur dem Namen nach vertreten war*) und auch im Unterhause die radicale Partei ausschließlich herrschte, sprach die Entrüstung über das Manifest in gleich scharfer Weise aus. „Das Manifest ist untergeschoben, die Unterschrift des Monarchen gefälscht. So krank und unbehilflich auch immer der König sein mag, so läßt sich doch nicht annehmen, er sei der Fähigkeit des selbständigen Denkens in solchem Grade beraubt, daß seine Hand nicht vor der Furcht des göttlichen Gerichtes zurückschrecken sollte, bei der Unterschrift eines Manifestes, durch welches er den constitutionellen Bestand seines treuen Ungarreiches unbarmherziger Weise einem Räuberanführer zur Beute hinwerfen würde." An dieser Meinung, „aus Hochachtung für den König," festhaltend, verurtheilte der Reichstag die Rathgeber des Kaisers als Fälscher und Landesverräther; er erklärte selbstverständlich das Manifest für ungiltig, ächtete Jellačić und dessen Helfershelfer und lud Récsey vor das Strafgericht. Récsey war fern, Jellačić mußte erst aus der Mitte seiner Soldaten herausgeholt werden; insofern besaßen jene Beschlüsse nur geringen praktischen Werth, desto tiefer griffen andere Maßregeln in die politische Wirklichkeit ein.

Der Landesvertheidigungsausschuß, bisher ohne einen genau umschriebenen Wirkungskreis, gestaltete sich zu einer förmlichen provisorischen Regierung, in welcher Kossuth alle Macht in seinen Händen vereinigte. „Werde ich, rief Kossuth, als ihm am 10. October das Amt des Präsidenten im Ausschusse**) übertragen wurde, durch meine Thaten dem Vaterland nichts nützen, so jaget mich fort, werde ich ihm schaden, so schlaget mir den Kopf ab." Das Urtheil über sein Wirken stand bei der Zukunft, jedenfalls ließ er es an Stoff für das Urtheil nicht fehlen. Eine Verordnung jagte die andere. Alle im Auslande weilenden Ungarn mußten binnen vierzehn Tagen in die Heimat zurückkehren; die ungarischen Truppen in den anderen Provinzen wurden im Namen des bedrohten Vaterlandes zur Desertion ermahnt, die Festungscommandanten in Ungarn aufgefordert, binnen acht Tagen die Tricolore aufzupflanzen und ihre Unterwerfung unter den Reichstag und den Landesvertheidi-

*) Bereits am 4. October wurde zur Beschlußfähigkeit der Magnatentafel die Anwesenheit von 20 Mitgliedern für genügend erklärt.

**) Ueber die Genesis der provisorischen Regierung giebt es zwei zum Theil abweichende Relationen. Der Landesvertheidigungsausschuß wurde als Beirath des Ministeriums am 22. Sept. in das Leben gerufen und ursprünglich aus sechs Mitgliedern zusammengesetzt, zu welchen später noch Meßaros und als Repräsentanten der Magnatentafel S. Perényi, M. Esterhazy und Jósika hinzukamen. Am 8. Oct. stellte Kossuth den Antrag auf die Bildung eines engeren Ausschusses, eines Triumvirates, welchem die eigentliche Regierung anvertraut werden sollte. Nach der Erzählung der Freunde Kossuth's nahm der Reichstag gegen Nyáry's Protest diesen Antrag an, nach der Versicherung der Feinde Kossuth's (vgl. Szemere, Charakterskizzen III. S. 111) usurpirte Kossuth die Präsidentengewalt.

gungsausschuß zu erklären. Für die Bildung neuer Honvédbataillone, für die Ausrüstung der Armee sorgte Kossuth mit dem größten Eifer, und was nicht die Begeisterung des Volkes durch freiwillige Gaben von Geldmitteln herbeischaffte, zauberte die Banknotenpresse hervor.

So war die Stimmung, so lagen die Verhältnisse, als die Nachricht von der Octoberrevolution in Pesth anlangte. Sie wurde (9. October) vom Polizeichef Paul Hajnik dem Volke mit dem Motto: „Wo die Noth am höchsten, ist die Hilfe am nächsten" kundgegeben. In den radicalen Kreisen regte sich natürlich der Wunsch, thatkräftig in die Wiener Revolution einzugreifen, die ungarische Armee, welche die kroatischen Truppen bis an die Grenze verfolgt hatte, vor die Mauern Wiens vorrücken zu lassen. „Nachdem Wiens biederes Volk so heldenmüthig für die ungarische Freiheit sich erhoben hat, ist es billig, daß auch wir uns dankbar erweisen," heißt es in einer Reichstagsproclamation v. 10. October. Dennoch wagte man diesen Schritt nicht unaufgefordert zu thun, wartete einen officiellen Hilferuf des Wiener Reichstages ab, nicht allein, weil man die Selbständigkeit des letzteren achtete, sondern auch, weil man Gewissensscrupel der eigenen Truppen fürchtete.

Herbe Erfahrungen hatten alle denkenden Ungarn zu Fanatikern der Legalität gemacht. Die selten unterbrochenen Angriffe des Wiener Hofes auf die Verfassung und die Rechtsgewohnheiten des Landes schufen hier einen förmlichen Gesetzescultus und ließen bei allen Patrioten das unbedingte Festhalten an den Gesetzen als die beste Richtschnur des politischen Handelns erscheinen. Seit Menschengedenken bewahrte der politische Kampf zwischen Ungarn und Oesterreich den Charakter, daß dort auf das gesetzliche Recht gepocht, über die Verletzung desselben geklagt und seine Wiederbelebung verlangt wurde, während hier das höhere Staatsinteresse Neuerungen empfahl und in den bestehenden Gesetzen nur Hindernisse der gedeihlichen Entwickelung erblickte. Nicht anders verhielt es sich bei dem Beginne der Revolution. In erster Reihe der Opposition standen die Männer mit dem starren Rechtsbewußtsein, welche zwar die Beschlüsse des letzten Reichstages nicht immer mit Jubel begrüßt, sie vielmehr so lange dieselben als bloße Anträge bestreitbar waren, bestritten hatten, aber dann unbedingt für ihre Befolgung einstanden, nachdem sie die gesetzliche Geltung erlangt. Von dieser Ueberzeugung ließen sie auch dann nicht ab, als sie sich nur als vorgeschobenen Posten der radicalen Partei betrachten mußten, denn die größte, die allein wirkliche Gefahr erkannten sie in der Verletzung der gesetzlichen Formen, in der Verläugnung der Reichstagsautorität. Durch die Gesetzesartikel v. J. 1847 und die späteren königlichen Decrete fanden die Ungarn ihren Widerstand gegen Jellačić, gegen Lamberg und Récsey vollkommen gerechtfertigt. Die Kroaten auf ungarischem Boden zu bekämpfen, hielten sie für eine heilige Pflicht; ob sie aber auch berechtigt seien, die Verfolgung des Feindes auf

fremdem Boden fortzusetzen, erregte bei Manchen große Bedenken. Zweimal (den 17. und 21. October) überschritt die ungarische Armee, welche seit dem 10. October bis an die Grenze vorgerückt war, die Leitha, kehrte aber eben so rasch wieder zurück, weil sich weder die Truppenführer, theilweise altgediente kaiserliche Officiere, noch der Landesvertheidigungsausschuß mit dem Gedanken einer Invasion vertraut machen konnten. Nur der Ruf des Wiener Reichstages hätte die Invasion in eine gesetzlich unanfechtbare Intervention verwandelt. Der Ruf, sehnlich erwartet, tagtäglich in Pesth angekündigt, kam nicht.

Der Wiener Reichstag und der Gemeinderath hofften auch ohne zu diesem äußersten Mittel zu schreiten, den Sturm von Wien abzuwenden. Sie versuchten es mit Deputationen an den Kaiser in Olmütz, mit Adressen an den deutschen Reichsverweser. Die Deputationen wurden von der militärischen Umgebung des Hofes nicht in der freundlichsten Weise aufgenommen, vom Kaiser mit ausweichenden Antworten abgefertigt. „Ich sehe mit Vergnügen, sagte er (15. October) den an ihn gesendeten Abgeordneten, daß der Reichstag der Anarchie entgegenzutreten sucht. Ich werde meinerseits Ruhe und Sicherheit in der Hauptstadt wieder herstellen und dem Reichstage die Möglichkeit fernerer ungestörter Berathung verschaffen." Was an dieser Antwort etwa unklar und vieldeutig war, erläuterte Fürst Windischgräz in plattverständlicher Weise, als ihn Pillersdorff (18. October) in einer vertraulichen Mission aufsuchte: „Mit Rebellen werde ich nicht unterhandeln."*) Da sich alle Vermittelungsversuche erfolglos zeigten, so betraten der Reichstag und der Gemeinderath den Weg der Protestationen. Schon früher hatten die beiden Körperschaften gegen die Ansammlung der Truppen unter Auersperg, gegen das Verharren des Banus auf deutsch-österreichischem Gebiete Verwahrung eingelegt. Sie wiederholten dieselbe gegenüber den außerordentlichen Vollmachten, welche dem Fürsten Windischgräz durch das Manifest v. 16. October übertragen wurden. Der Reichstag bestritt die Nothwendigkeit, über Wien den Belagerungszustand zu verhängen. Derselbe sei das letzte Mittel, um die gestörte Ordnung wieder herzustellen, noch wären aber die anderen glimpflicheren Mittel nicht erschöpft. Darüber konnte man verschiedener Ansicht sein. Auch die weiteren Erwägungen des Reichstages waren anfechtbar, daß in Wien nur die constituirende Versammlung, ähnlich wie in Paris, den Belagerungszustand decretiren, daß das Militär nur auf Requisition der ordentlichen Behörden einschreiten könne. Sachlich begründeter erscheint der formelle Einwand: So lange der Minister Kraus in Wien verweilt, in seiner Person die Mehrzahl der Portefeuilles vereinigt, besitzt der Minister des Aeußern, der glücklich nach Olmütz entkommene Wessenberg, nicht das Recht, als ausschließlicher

*) Handschriftlicher Nachlaß des Freiherrn v. Pillersdorff. S. 163.

Rathgeber des Monarchen aufzutreten und Verordnungen, welche seinem Fache fern stehen, zu contrasigniren.

Thatsächlich blieben freilich die feierlichen Verwahrungen ebenso unwirksam wie die früheren Bitten; dennoch übten sie einen großen Einfluß auf den weiteren Gang der Ereignisse. Sie gaben der Vertheidigung Wiens eine legitime Basis. Man kämpfte nicht gegen den Monarchen, sondern gegen „Generäle, welche den Willen des Kaisers mißachten," gegen Usurpatoren, welche vom Reichstage, der gesetzlichen Behörde, in Bann gethan sind. Durch den Reichstagsbeschluß: „Alle vom Fürsten Windischgräz gegen die Stadt Wien ergriffenen Maßregeln sind ungesetzlich, seine Vollmachten ungiltig" rechtfertigte der Gemeinderath die Besoldung der Mobilgarde, in demselben erblickten die bewaffneten Körperschaften Wiens die unmittelbare Aufforderung, sich zu organisiren und als Macht gegen die Truppen des Fürsten Windischgräz und des Banus aufzutreten. Der Reichstag, nothdürftig in der beschlußfähigen Anzahl versammelt, sträubte sich nicht mehr wie in den ersten Tagen nach der Revolution gegen die Uebernahme der Executivgewalt. „Der Drang der Ereignisse hat uns dazu gebracht," gab der Berichterstatter des Sicherheitsausschusses, der stets wohlmeinende Schuselka, als Entschuldigung an. Dazu aber konnte sich der Sicherheitsausschuß nicht aufraffen, daß er nun auch ernstlich die Leitung der Vertheidigungsanstalten übernommen hätte. Er begnügte sich, die Verantwortlichkeit für die Ereignisse mitzutragen, die Führerrolle überließ er und ebenso der Gemeinderath den demokratischen Vereinen, in welchen der trübste Bodensatz der radicalen Partei herrschte. Die Klügeren, wie Tausenau, hatten, von der Unhaltbarkeit der Wiener Zustände überzeugt, sich rechtzeitig entfernt*) und an Phantasten, wie der Musikkritiker Becher, oder an Menschen, die nichts mehr zu verlieren hatten, wie Chaizes, ihre Gewalt übertragen.

Das dringendste Geschäft war die Wahl eines Commandanten der Nationalgarde. Der Weinhändler Scherzer und die anderen Notabilitäten Altwiens, welche unmittelbar nach dem 6. October zu dieser Würde auserkoren wurden, hatten in der Regel nach wenigen Stunden die Bürde des Amtes zu beschwerlich gefunden und ihre Entlassung gegeben. Da griffen die demokratischen Vereine ein und erzwangen die Ernennung eines früheren Officiers Wenzel Messenhauser zum Obercommandanten. Die Bezirkschefs der Nationalgarde, in deren Händen die Wahl

*) Angeblich soll Tausenau (25. Oct.), die Flucht ergriffen haben, weil er den Arbeitern Wiens geschenkte Lebensmittel als sein Privateigenthum betrachtete und zu eigenem Vortheile verkaufte. Die Arbeiter entdeckten dieses Treiben und drohten Tausenau sowie seinem Helfershelfer Chaizes Rache, welcher er sich durch die Flucht entzog. Die Thatsache mag richtig sein, bestimmte jedoch keineswegs Tausenau ausschließlich Wien zu verlassen. Eben so gut wie Chaizes wäre es auch ihm gelungen, Frieden mit dem Proletariate zu machen.

ruhte, wollten eigentlich von ihm nichts wissen, der Gemeinderath, wie der Reichstag zeigten ebenfalls keinen Eifer, das Schicksal Wiens einem Manne anzuvertrauen, der nur durch einige bombastische Zeitungsartikel sich bekannt gemacht hatte, nach seiner Natur nothwendig das gefügige Werkzeug der demokratischen Vereine werden mußte. Wer hätte aber gewagt, dem laut und deutlich ausgesprochenen Wunsche der letzteren entgegenzutreten? Die demokratischen Vereine schlugen Messenhauser vor, das Ministerium des Innern im Einverständnisse mit dem Reichstagsausschusse bestätigte (12. Oct.) ihn als provisorischen Obercommandanten der Nationalgarde. Am 13. October nahm er von seinem Amte mit einer wunderbar kindischen Ansprache Besitz. „In diesen Stunden, wo jeder Tag ein Blatt der Weltgeschichte füllt, versenken wir trübe Erinnerungen auf ewig in den Strom des Vergessens, und wollen theuere Errungenschaften durch begeisterte Hingebung und kalte Besonnenheit gegen mächtige Gefahren behaupten."

Ein dunkler Freiheitsdrang hatte dem jungen Lieutenant das öde Garnisonsleben in Lemberg unerträglich gemacht, ihn sehnsüchtig nach dem reicheren Leben, der tieferen Bildung blicken lassen, welche außerhalb der Grenzen Oesterreichs Jedermann leicht zugänglich waren, in der Heimat vor jedem Unterthanen ängstlich fern gehalten wurden. Daß Messenhauser sich von dem wirklichen Leben irrige Vorstellungen machte, zu falschen Culturquellen griff, war nicht seine Schuld. Er war nicht der einzige Oesterreicher, welcher in den Leipziger Literaten die wiedergeborenen Weisen Griechenlands bewundernd schaute, aus Louis Blanc's Geschichtswerke die meiste politische und historische Bildung schöpfte, in Robert Blum das Ideal des volksthümlichen Staatsmannes verehrte. Die Märztage fanden ihn mit dem Studium eines Blum'schen Flugblattes: „Ueber die Stellung der Soldaten in Deutschland" beschäftigt, mit Freuden bereit, in seinem Kreise das Muster einer freien deutschen Volkswehr einführen zu helfen. Er lehrte polnische Nationalgarden das Exercitium. Darüber gerieth er mit seinen Vorgesetzten in Streit und nahm seine Entlassung. Den Sommer verbrachte er in Wien als eifriger, übrigens harmloser Mitarbeiter an demokratischen Tageblättern. Messenhauser's Gutmüthigkeit und unzerstörbare Naivetät bezwang die Herzen der radicalen Parteiführer, so wenig diese auch sonst zur Anerkennung fremder Persönlichkeiten geneigt waren. Voll Enthusiasmus sich für Ideen zu opfern, unfähig, bei Anderen selbstsüchtige Interessen vorauszusetzen, empfahl sich Messenhauser als passendes Werkzeug der Demokratie, während anderseits seine angebliche militärische Erfahrung ihn der öffentlichen Meinung genehm machte. So willig auch die radicale Partei Messenhauser den Titel eines Obercommandanten spendete, so wollte sie ihm doch keineswegs die eigentliche Leitung des Kampfes anvertrauen. Er war gut genug, um nach außen hin den Schein einer gewissen Ehr-

barkeit zu wahren und Proclamationen zu verfassen, welcher Aufgabe er sich auch mit unermüdlichem Eifer, wenn auch geringem Geschicke, unterzog. Er richtete an den Banus „Noten im düsteren Charakter eines Ultimatums," er belehrte den General Auersperg über die Natur der am 6. October in Flammen ausgebrochenen Bewegung, „welche sonnenklar eine Volkssache sei", und theilte ihm mit, daß er „in seinem diplomatischen Verkehre die Richtschnur angenommen, offen vor dem ganzen Volke zu verhandeln," er gab der Nationalgarde den Trost, daß „auf den Fittigen der Minuten im Felde Erfolg und Sieg ruhe," sowie die Versicherung, daß er, „der Mensch, das Individuum, der Bürger Wenzel Messenhauser gar keine Ansicht habe, sondern nur die Ueberzeugungen der tagenden Völker vollstrecke." Noch niemals ist in einer so traurigen Sache so viel komisches Pathos verschwendet worden, wie in den Octobertagen durch den provisorischen Obercommandanten. Daß Messenhauser zur militärischen Leitung des Aufstandes unfähig war, hatte die demokratische Partei erkannt, noch ehe derselbe in einem Tagesbefehle: „Mit Redensarten schlägt man keinen Gegner" sich selbst das Urtheil gesprochen. Ebensowenig konnte sie die Vertheidigung der Stadt der gewöhnlichen Nationalgarde oder wohl gar den alten privilegirten Bürgercorps anvertrauen.

Die letzteren waren wegen ihrer „schwarzgelben" Gesinnung verrufen, die ersteren, wenn auch theilweise liberaler gestimmt, doch keineswegs willig, für die Freiheit zu sterben. Sie mußten, wie der technische Ausdruck lautet, bei Alarmirungen stets erst aus ihren Wohnungen „herausgekitzelt" werden. Geworbene Söldner, bewaffnete und bezahlte Proletarier gaben der demokratischen Partei eine bessere Bürgschaft des Kampfmuthes. Diese bildeten unter dem Namen der Mobilgarde neben den Resten der academischen Legion und einzelner Freicorps, den Kern des revolutionären Heeres, dessen Führung entlassenen und unwiderruflich compromittirten Officieren, wie Fenneberg, Haug, und Polen wie Jelowicky und Bem übergeben wurde. Der wahre General en chef war Bem, ein alter Napoleonischer Soldat, von Ostrolenka her berühmt, welcher nach den Märztagen sein Exil verlassen und in Lemberg die Nationalgarde organisirt hatte. Auf die Nachricht von dem Ausbruche der Octoberrevolution eilte er — ob freiwillig, ob gerufen, ist nicht genau bekannt, das Letztere übrigens wahrscheinlicher*) — nach Wien und übernahm (15. Oct.) den Befehl über die mobilen Truppen.

*) Ob er freiwillig kam, ob er gerufen wurde, hat Bem stets unaufgeklärt gelassen. In seiner Ankündigung, daß er das Commando über die Mobilgarde übernommen, sagt er: „Als Mitglied der Lemberger Nationalgarde habe ich den festen Willen, die Constitution des Reiches und die Arbeiten des hohen Reichstages nach Kräften zu vertheidigen." In einem späteren Berichte (4. April 1849) an den bekannten Polenfreund Lord Dudley Stuart gerichtet und in einem Londoner Meeting (4. Mai) vorgelesen,

Nicht von den Polen und Magyaren allein, auch von den deutschen Demokraten in Frankfurt kamen den Wienern Glückwünsche, Zusagen werkthätiger Hilfe und persönlicher Zuzug. Am 12. October hatte der österreichische Abgeordnete zum Frankfurter Parlamente **Joh. Berger**, ein Mitglied der Linken, den Antrag gestellt, der Majorität des Wiener Reichstages und der Wiener Bevölkerung für ihre Verdienste im Kampfe gegen eine „freiheitsmörderische Camarilla" den Dank des Hauses auszusprechen. Das Parlament ging auf diesen Antrag nicht ein, konnte aber doch nicht die Sache vollständig todtschweigen. Vier Tage später kam dieselbe wieder zur Sprache. Das Parlament erfuhr aus dem Munde Schmerling's, des Reichsministers, daß die provisorische Centralgewalt Sympathieen für Ungarn hege, wenn sie auch nicht in unmittelbare Beziehungen zur ungarischen Regierung trete, weil man nicht wisse, wo sich dieselbe eigentlich befinde,*) daß ferner die Wiener Revolution die Aufmerksamkeit des Reichsministeriums in hohem Grade fessele, bei der großen Entfernung Wiens jedoch vorläufig nichts gethan werden konnte, als zwei Commissäre, Welcker und Mosle, nach Oesterreich zu senden, welche den Frieden wieder herstellen sollten. Mit diesen Maßregeln war natürlich die Linke nicht zufrieden gestellt. Sie hatte offene Unterstützung der Revolution verlangt und empfing das Versprechen einer Neutralität. Die Clubs mußten den Fehler des Parlaments verbessern. Die Gesellschaften des Donnersberges und deutschen Hauses schickten Robert Blum, Julius Fröbel, Moritz Hartmann und Alb. Trampusch als Deputation der „vereinigten Linken" nach Wien. Sie überbrachten den Wienern, wie sie dieselben durch ein Straßenplacat (18. October) belehrten, „den Bruderkuß von vielen Tausenden", versprachen ihnen „die Gefahren zu theilen, mit der Wiener Bevölkerung zu stehen und zu fallen," und eilten sodann, sich als Mitglieder im demokratischen Centralvereine aufnehmen zu lassen. Hatten Robert Blum und seine Genossen sich Illusionen über die Bedeutung der Wiener Revolution und die Kraft der Wiener Demokratie hingegeben, so wurden sie gleich in der ersten Sitzung des Centralvereines, welcher sie (19. Oct.) beiwohnten, bitter enttäuscht.

---

erzählt er: „Ich kehrte im Frühling 1848 nach meinem Heimatlande Galizien zurück, um mir dessen gegenwärtigen Zustand anzusehen. Da erkannte ich, daß die Milde der österreichischen Regierung nur erheuchelt war. Um den Stand der Dinge gründlich kennen zu lernen, und in der Absicht meinem Vaterlande zu dienen, begab ich mich nach Wien, wo ich wenige Tage nach der Revolution und der Abreise des Kaisers ankam." Mehrere Mitglieder der österreichischen Reichstagslinken standen im Verdacht, Bem's Berufung vermittelt zu haben.

*) Gegen den ungarischen Abgesandten L. Szalay hatte sich Schmerling schon am 1. October unumwunden ausgesprochen und dem Königreiche Ungarn das Recht eigener diplomatischer Vertretung unbedingt bestritten. Vgl. **Szalay**, diplom. Actenstücke S. 30.

Sie hörten wie Chaizes gegen den Reichstag schimpfte, der nur immer vermitteln wolle und das Vertrauen des Volkes verwirkt habe, sie waren Zeugen, wie Heinrich Wuttke aus Leipzig, der freilich nicht in liebenswürdigster Weise den Magister in der Versammlung spielte, grob ausgewiesen wurde, und erkannten die ganze Hilflosigkeit der angeblichen Volksführer. Man darf wohl Fröbel Glauben schenken, wenn er erzählt,*) schon am 20. October habe die Deputation ihre Heimreise beschlossen und sei nur durch äußere Umstände daran verhindert worden. Dieser Entschluß stand zwar mit dem tapferen Wunsche, für Wiens Freiheit zu sterben, im Widerspruche, war aber begreiflich. Als er nicht mehr ausgeführt werden konnte, kehrten die Deputirten der Frankfurter Linken wieder zur heroischen Stimmung zurück. Robert Blum ließ eine Volksversammlung in der Aula (23. Oct.) zusammenrufen, in welcher er als Hauptredner auftrat. Er sparte nicht grelle Farben, um den Abscheu gegen Windischgräz zu wecken, warnte vor der Vertrauensseligkeit und trat am Schlusse seiner Rede als Prophet auf: „Wenn Wien im Kampfe den Tod für die Freiheit sterben sollte, so würde aus seiner Asche ein zermalmender Rachegott über Deutschland sich erheben." Er verfaßte ferner im Namen des Centralvereins einen Aufruf an die Bewohner Wiens, „gleich dem schlichten Hirtenvolke in der Schweiz gegen den Uebermuth der kaiserlichen Vögte zu kämpfen." Da in diesem Aufrufe die Frage aufgeworfen wurde: „Wer ist der Feigling, der an diesem heiligen Kampfe nicht theilnimmt?" so blieb den vier Frankfurter Deputirten nichts anderes übrig, als sich gleichfalls den Bewaffneten anzureihen. Sie wählten ein sogenanntes Corps d'élite, welches L. Hauk aus Nationalgarden, Mitgliedern der academischen Legion und Arbeitern organisirt hatte. Zum „größten Erstaunen," wenigstens Fröbel's**), war dasselbe keineswegs, wie er geglaubt hatte, dazu bestimmt, Polizeidienste im Innern der Stadt zu verrichten, sondern wurde auch zur Abwehr des äußeren Feindes, im Barrikadenkampfe verwendet. Sobald dieses die Deputirten merkten, gaben sie ihre Entlassung ein. Ihre Dienstzeit hatte nur vier Tage gedauert.

Weder die unfreiwilligen Heldenthaten der Frankfurter Deputirten, noch die wortreichen Proclamationen Messenhauser's, noch die täglichen tiefen Seufzer Schuselka's im Reichstage hielten das Schicksal Wiens auf. Am wenigsten änderten die schüchternen Mahnungen der beiden Reichscommissäre Welcker und Mosle die Entschließungen des Fürsten Windischgräz. Die Reichscommissäre, den österreichischen Verhältnissen vollkommen fremd, unwissend, wie sie ihre Aufgabe angreifen, mit wem

---

*) Nach Fröbel's Bericht im Frankfurter Parlamente.

**) Vgl. Fröbel's Rede im Parlamente am 18. Nov. Stenograph. Bericht V. S. 3419.

sie verhandeln sollten, verlegten sich auf das Horchen. Sie begannen schon in München zu horchen und setzten das Geschäft auf jeder Station, bei jedem Pferdewechsel fort. Was sie da hörten, stimmte ihre Hoffnungen merklich herab, ließ sie namentlich den Aufenthalt in Wien für den Erfolg ihrer Mission bedenklich finden. Sie begnügten sich, von Passau (19. Oct.) eine doctrinäre Ansprache an die österreichischen Völker zu richten, umgingen zu großer Entrüstung des Reichstages Wien, wählten als Reiseziel vielmehr Olmütz, wo sie ebenso wie im Lager des Fürsten Windischgräz für eine versöhnliche Politik zu wirken, bei der Vermittlung ihre guten Dienste anzubieten sich vornahmen. Dem österreichischen Feldmarschall konnte man es nur mühsam begreiflich machen, daß die deutschen Reichsgesandten nicht zur verächtlichen Demokratenpartei gehören. Er milderte seine anfängliche Schroffheit, behandelte die Commission, wie Welcker nachträglich berichtigte, „mit größter gesellschaftlicher Auszeichnung." Wie man ihm aber zumuthen könne, mit einem Oldenburgischen Officier und einem Badenschen Professor über österreichische Angelegenheiten zu verhandeln, ging ihm nimmermehr in den Sinn. Er hatte von seinem Kaiser unbedingte Vollmachten empfangen, schickte sich an, von denselben den entsprechenden Gebrauch zu machen; was bedurfte es der weiteren Erörterungen? Scheinbar eingehender verhandelte Wessenberg in Olmütz mit den Commissären. Seine Achtung für die Centralgewalt ging so weit, daß er den Gesandten für ihre Expeditionen nach Frankfurt österreichische Couriere zur Verfügung stellte, welchen er natürlich diese Schriftstücke mitzugeben vergaß, und als Welcker, stets mit sich selbst zufrieden, die sanguinische Meinung äußerte, seine Gegenwart hätte wohl auf die liberalen Kundgebungen des Olmützer Hofes einen gewissen Einfluß geübt, widersprach der höfliche Wessenberg nicht. Sobald Welcker vernahm, die Verfassung sei in Oesterreich nicht bedroht, hielt er seine Mission im Wesentlichen vollendet, ohne zu bemerken, daß in der ganzen Haltung Wessenberg's sich der feste Wille kundgab, die Unabhängigkeit der österreichischen Regierung von Frankfurt zu wahren, in den beiden Commissären mehr die Agenten des österreichischen Erzherzogs Johann als die Gesandten der deutschen Centralgewalt zu achten.*)

Die Rüstungen des Fürsten Windischgräz waren in der dritten Octoberwoche soweit vollendet, daß er sich unmittelbar gegen das rebellische Wien wenden konnte. Zunächst in Proclamationen. Am 20. October kündigte er aus seinem Hauptquartier in Lundenburg das Anrücken seiner Armee an. „Ihr werdet in mir den Willen und die Kraft finden, Euch aus der Gewalt einer Handvoll Verbrecher zu befreien." Belagerungszustand, Standrecht und Suspension aller Civilbehörden hielt er für die

*) Vgl. die Verhandlungen des Parlamentes in der Sitzung v. 29. Nov.

passenden Mittel, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Drei Tage später erließ er als Antwort auf die Verwahrungen des Reichstages und die Bitten einzelner Deputationen, doch glimpflicher zu verfahren, eine neue wohl von keinem Stilisten corrigirte Proclamation: „Im Verlaufe des Belagerungszustandes habe ich befunden, folgende fernere Bedingungen zu stellen: Alle bewaffneten Corps werden aufgelöst, die Aula gesperrt, die Vorsteher der academischen Legion und 12 Studenten als Geißeln gestellt; mehrere von mir noch zu bestimmende Individuen sind auszuliefern; alle Zeitungen bis auf die officielle Wiener Zeitung bleiben suspendirt und auch diese auf die Wiedergabe amtlicher Nachrichten eingeschränkt." Er gab eine Bedenkzeit von 48 Stunden, nach deren Verlauf er mit dem Beginne der Feindseligkeiten drohte. Es folgten nun Proteste des Reichstages gegen die in Form und Inhalt barbarischen Manifeste des Fürsten, neue Deputationen in sein Hauptquartier Hetzendorf, um seinen harten Sinn zu beugen. Er gab soweit nach, daß er nur die Auslieferung folgender Personen verlangte: „Des angeblichen polnischen Emissärs Bem, der sich unberufen in die Wiener Angelegenheiten mischt, Pulszky's, eines demokratischen Schreiers Namens Schütte und der Mörder Latour's." Man sieht, mit der diplomatischen Kanzlei des Feldmarschalls war es nicht zum Besten bestellt. Auf bloße Zeitungsgerüchte hin wurde die Liste zusammengestellt, blindlings Personen genannt, welche zufällig in der Erinnerung der Kanzleibeamten lebten. Die Deputationen des Gemeinderathes und andere Notabilitäten, welche den Feldmarschall aufgesucht hatten, wagten gegen diese Bedingungen keinen weiteren Widerspruch. Sie gaben aber dem Fürsten zu bedenken, daß es wohl nicht möglich sei, so lange das Proletariat unter den Waffen stehe, die Führer desselben gebunden dem Feldherrn zu überliefern. Sie forderten ihn auf, unverweilt in die schlecht vertheidigte Stadt zu rücken, die Entwaffnung der Mobilgarden selbst vorzunehmen und dann die verlangten Geißeln und Rädelsführer zu greifen. Diesen Vorschlag wies Windischgrätz unbedingt von sich. Der Mann hatte von dem Werthe eines jeden einzelnen, auch des niedrigsten Soldaten übertriebene Vorstellungen. Schonung der Truppen erschien ihm als die höchste Feldherrenpflicht, nicht weil er sich als Vater derselben fühlte, solche gemüthliche Beziehungen blieben ihm fremd, sondern weil er es nicht verantworten zu können glaubte, im Interesse bloßer Bürger die Soldaten zu opfern. Er wollte sie nicht der Noth und den Gefahren eines Straßenkampfes preisgeben.*) Dafür gab er Wien den Gefahren eines Bombardements preis.

Kleine Plänklergefechte, Alarmirungen der Vorposten hatten seit mehreren Tagen stattgefunden, auch Ausfälle waren an verschiedenen Punk-

*) Pillersdorff's Nachgel. Schriften S. 165.

ten versucht worden, um die immer enger die Stadt umkreisenden Truppen zu durchbrechen und die bereits arg gefährdete Zufuhr von Lebensmitteln wieder zu erleichtern. Die ausgedehnteren Kämpfe nnd planmäßigen Angriffe begannen am 26. October, wo das Kanonen- und Musketenfeuer beinahe den ganzen Tag von der Nußdorfer bis zur St. Marxerlinie ertönte. Die Truppen des Fürsten Windischgräz machten überall große Fortschritte. Sie hielten, als das Gefecht abgebrochen wurde, die Brigittenau und den Prater besetzt, bestrichen vom Eisenbahndamm aus die erste Barrikade am Praterstern und drängten auch sonst die Vertheidiger in die inneren Vorstädte zurück. Nichts hätte am Abend des 26. Oct. den Feldmarschall gehindert, durch die öde Jägerzeile bis in die Stadt zu rücken. Derselbe führte aber den Krieg nach einer festen Schablone. Der eigentlichen Schlacht muß regelrecht eine scharfe Recognoscirung vorangehen. Am 26. wollte er nur recognosciren und gab daher selbst die im Laufe des Tages errungenen Vortheile wieder auf, ließ z. B. die Barrikade am Ausgang der Jägerzeile unbesetzt. Seltsam genug erklärte Windischgräz am 27. Oct. in einer neuen Proclamation, nun sei seine Geduld erschöpft und werde er unwiderruflich durch die Gewalt der Waffen die Entscheidung erzwingen, als ob die Kämpfe am vorhergehenden Tage nur zum Schein geführt worden. Gleichzeitig befahl er bei standrechtlicher Bestrafung alle Hausthore zu schließen; ebenfalls bei Strafe des Standrechtes befahl Fenneberg im Namen Messenhauser's, sie offen zu halten. Die armen Wiener konnten nach Belieben zwischen dem einen und dem anderen Standrechte wählen. Der folgende Tag belehrte sie, daß das Standrecht des Fürsten Windischgräz mehr zu fürchten sei, als die Drohungen der demokratischen Führer.

Am Morgen des 28. October wurde der Hauptangriff auf die Vorstädte ausgeführt. Die Sturmglocke des Stephansthurmes gab die verabredeten Nothsignale. Von allen Seiten eilten die Mobilgarden auf die am meisten bedrängten Punkte: die Jägerzeile und die Landstraße. Dort, in der Jägerzeile, wo Bem persönlich die Vertheidigung leitete, war die letztere ziemlich nachhaltig. Wurde auch die erste Barrikade am Praterstern rasch genommen, so hielten dagegen die Mobilgarden desto hartnäckiger die zweite, rückwärts gelegene Barrikade, bis sie auf Nebenstraßen endlich umgangen und zur schleunigen Flucht in die innere Stadt gezwungen wurden. Unbedeutend waren die Kämpfe auf der Landstraße. Die Barrikaden wurden hier wie dort, sobald sich Kroaten zeigten, verlassen, das Gefecht nirgends ernstlich aufgenommen. Triumphirend konnte der Feldmarschall am Abend nach Olmütz telegraphiren: „Die Truppen sind nach neunstündigem Kampfe der Disposition gemäß in die Vorstädte Landstraße, Rennweg, Leopoldstadt und Jägerzeile eingedrungen und haben dieselben bis an die Wälle der inneren Stadt besetzt.“ Schauerlich leuchteten im weiten Umkreise die Flammen der theils zufällig durch Gra-

naten entzündeten, theils absichtlich in Brand gesteckten Rothbrücken, Holzvorräthe und zahlreicher Baulichkeiten, unter anderen des Odeon in der Leopoldstadt, wo noch vor wenigen Wochen die Radicalen ihre politischen Orgien gefeiert, in tumultarischen Volksversammlungen die Revolution, den Haß der Dynastie und den Sturz der Regierung gepredigt hatten. Die Soldaten gaben sich bereits in ihrer Weise dem Siegesgenusse hin. Sie mißhandelten Bewohner der Vorstädte, plünderten ihre Häuser und ließen es bei jeder Gelegenheit merken, daß sie nun die Herren und Meister seien. Sie konnten ihr Benehmen durch die Proclamation des Feldmarschalls rechtfertigen, welche ihnen erlaubte, „in jedem Hause, aus welchem geschossen wird, alles niederzumachen und das Haus selbst der Zerstörung preiszugeben", und zu ihrer Entschuldigung den Kasernenunterricht, sowie die grellgefärbten Schilderungen anführen, welche ihnen auf dem Marsche von dem Treiben der Wiener gemacht worden waren. Jedenfalls durften die Radicalen über das Auftreten der Truppen nicht klagen. Sie hatten Monate lang von der Phrase der „verthierten Söldlinge" gelebt, die Rache des Heeres unermüdlich heraufbeschworen. Leider waren es nicht immer Radicale, welche die rauhe Hand der gereizten Soldaten zu fühlen bekamen.*)

Während die Vorstädte theilweise schon die traurigen Nachwehen eines unseligen Bürgerkrieges erduldeten, verhandelte man in der inneren Stadt noch leidenschaftlich über Abbruch oder Fortsetzung der Feindseligkeiten. Die Ueberläufer, welche sich in die Mobilgarde hatten einreihen lassen, und einzelne jugendliche Hitzköpfe wollten von der Uebergabe der Stadt nichts wissen; weitaus die Mehrheit der Bevölkerung jedoch sah die Erfolglosigkeit einer weiteren Vertheidigung ein und rieth zum Nachgeben. Auch Messenhauser, welcher am Abend des 28. Okt. im Gemeinderathe erschien, das Bekenntniß, daß es ebensosehr an brauchbarer

*) Ueber das Auftreten in den eroberten Vorstädten gibt Dunder, „Denkschrift über die Octoberrevolution, Wien 1849" die sicherste Auskunft. Der Verfasser gehört der conservativen Partei an, schrieb sein Buch unter den Augen der Militärbehörden, wurde für dasselbe officiell belobt. Er giebt S. 754—777 eine Schilderung, wie die Soldaten in abgelegenen Vorstädten die Einwohner mißhandelten, selbst tödteten, die Häuser plünderten, dann in Brand steckten. „Erst am Morgen des 29. Oct. hörte das Plündern und Würgen auf und wurden die Soldaten zusammengezogen. Am 30. Oct. führte man aus einer Gasse (Johannagasse) und vom Linienwalle 57 Leichen fort, jene nicht mitgerechnet, die das Militär aus den Häusern geholt und über dem Walle auf den Feldern erschossen, auch daselbst begraben hatte. Man hält sie alle für schuldlose Opfer. So viel ist gewiß, daß von allen 57 Todten nicht einer in der Gegenwehr gefallen ist, und ebenso sicher ist es, daß keines der Häuser in der Johannagasse durch das Bombardement angezündet wurde, sondern einzig und allein durch die Rache und den Muthwillen der Soldaten, mitunter auf das Geheiß ihrer Officiere." Die Soldaten waren nicht Kroaten, welchen man später ausschließlich alle Gewaltthaten zur Last legte, sondern gehörten böhmischen (Latour, Baumgarten) und galizischen (Parma) Regimentern, sowie der Jägertruppe an.

Mannschaft wie an Munition mangele, ablegte und zur Unterwerfung aufforderte. Dieselbe Meinung hegten alle verständigen militärischen Führer. Sie hatten zwei Tage vorher in einer vertraulichen Berathung die Unmöglichkeit, Wien noch ferner zu halten, ausgesprochen, sie wiederholten ihre Ueberzeugung in der Versammlung von Vertrauensmännern, welche Messenhauser (29. Oct.) aus allen Abtheilungen der Nationalgarde einberief. Eine Deputation des Gemeinderathes eilte in das Hauptquartier des Fürsten Windischgräz, um ihn von einzelnen besonders drückenden oder wohl gar unmöglichen Bedingungen (z. B. die Entwaffnung des Proletariates durch den Gemeinderath) abzubringen, und als ihr dieses nicht gelang, die unbedingte Unterwerfung Wiens anzubieten. Dem steifen, förmlichen Wesen des Feldherrn waren aber rasche Entschließungen in hohem Grade zuwider. Es mußte zuerst noch eine „gemischte Commission“ von Officieren und Gemeinderäthen zur Berathung über die Modalitäten der Entwaffnung bestellt, dann eine neue Punctation der Bedingungen entworfen werden. Darüber ging eine kostbare Zeit verloren. Am 29. October und noch am Vormittage des nächsten Tages herrschte in Wien die hoffnungslose Stimmung so allgemein, daß der Einmarsch der Truppen gewiß in aller Ruhe vor sich gegangen wäre. Der demokratische Centralverein hatte sich aufgelöst und seine Papiere vernichtet, die Aula stand leer, die Studenten suchten Sicherheit für ihre Personen, die Garden begannen die Waffen wegzuwerfen, ließen ohne Widerstand die Kanonen von den Vertheidigungsplätzen zurückziehen. In den ersten Nachmittagsstunden am 30. October trat ein plötzlicher Umschwung, ein letztes fieberhaftes Aufflackern der revolutionären Kräfte ein. Die so lange erwarteten, so oft verkündigten Magyaren rückten zum endlichen Entsatze der bedrängten Wiener heran.

Zweimal hatte das ungarische Heer den Grenzfluß überschritten, zweimal sich wieder auf heimisches Gebiet zurückgezogen, weil politische Bedenken die militärische Action durchkreuzten. Die ersteren steigerten sich, seitdem Fürst Windischgräz den Befehl über die österreichische Armee übernommen. Seine außerordentlichen Vollmachten regten die nationalen Leidenschaften nicht in dem Grade auf, als man vielleicht erwartet hatte. Lag doch in denselben eine gewisse Zurücksetzung für den Banus oder, wie sich Nyáry im Reichstage (24. Oct.) derb darüber aussprach: „Die Camarilla hat endlich eingesehen, daß Jellačić seine Popularität verloren hat, sie schiebt jetzt Windischgräz vor, der wenigstens kein Räuber und kein Feigling ist.“ Die Lage der ungarischen Armee wurde aber dadurch nur verschlimmert. Gegen Jellačić hätten viele alte Officiere mit ruhigem Gewissen gekämpft; ob sie auch gegen einen österreichischen Feldmarschall den Degen ziehen dürfen, erschien den Meisten zweifelhaft. Kossuth eilte in das Lager bei Parendorf, um die Bedenklichen zu beschwichtigen und die Armee für eine Offensivbewegung zu gewin-

nen.*) Unwandelbar hielt er an der Ueberzeugung fest, daß es die Pflicht Ungarns sei, den bedrängten Wienern zu Hilfe zu eilen, zweifellos erschien ihm der Sieg politischer Begeisterung über bloße militärische Routine. Um die ängstlichen Gemüther zu beruhigen, richtete er zunächst eine Aufforderung an den Fürsten Windischgräz, eine Art von Ultimatum (25. Oct.), in welcher von der Entwaffnung des Banus und der Kroaten, von der offenen Anerkennung der Rechte Ungarns, und schließlich von der Aufhebung der Belagerung Wiens der Frieden abhängig gemacht wurde. Fügte sich Windischgräz diesem Begehren, so sollten die Truppen Moga's die ungarische Grenze nicht überschreiten. Der österreichische General gab auf diese Zumuthung seine stereotype Antwort: „Mit Rebellen unterhandle ich nicht", der Ueberbringer der Depesche, Oberst Ivánka, wurde im Lager des Banus als Kriegsgefangener zurückgehalten. Ein so grober Bruch des Völkerrechtes brachte die politischen Bedenken zum Schweigen. Am 26. brach die ungarische Armee auf, am 30. stand sie bei Schwechat den kaiserlichen Truppen gegenüber. Jellačić führte über die letzteren den Befehl; doch waren es nicht dieselben Leute, welche er auf dem abenteuerlichen Zuge durch Ungarn mit sich geschleppt, sondern großentheils deutsche Kerntruppen, deren Angriffe die ungarischen Nationalgarden und Freiwilligen durchaus nicht gewachsen waren. Der Vortheil, welchen Guyon auf dem rechten Flügel bei Mannswörth errang, konnte bei dem schlechten Ineinandergreifen der einzelnen Bewegungen, und bei der schleunigen Flucht, welche die große Masse nach den ersten Kanonenschlägen ergriff, nicht verfolgt werden. Die Ungarn erlitten, wie auch Jellačić gesteht**), keine vollständige Niederlage, dazu hätten sie länger im Gefechte aushalten müssen; jedenfalls war aber ihr Zweck, die Wiener von dem Drucke einer überwältigenden Militärmacht zu entlasten, verfehlt. Am 31. October standen Moga's Heerhaufen bereits wieder auf ungarischem Boden. Kossuth wälzte die Schuld des unglücklichen Ausganges des Treffens auf die Wiener Bevölkerung. „Obgleich die Schlacht unter ihren Augen geschlagen wurde, so machten sie doch keinen Ausfall, ließen den Feind vollkommen unbeschäftigt." Daß die Unfähigkeit der ungarischen Officiere, meist ehemalige Tablabiro's, und die schlechte Organisation des Generalstabes vorzugsweise den Verlust der Schlacht herbeigeführt, vergaß er zu erwähnen. Er tröstete den Reichstag: „Verloren ist nichts, als daß unser Vaterland nicht mit einem Schlage von allen Gefahren befreit wird." Für das Schicksal Wiens jedoch sollte der Kampf bei Schwechat verhängnißvoll werden.

Das Gerücht vom Anmarsche der Magyaren hatte sich in Wien am frühen Morgen des 30. October verbreitet. Messenhauser, der bereits

*) Vergl. Görgei. Mein Leben und Wirken in Ungarn I. S. 72.

**) Bericht v. 1. Nov. in der Wiener Zeitung v. 8. Nov.

sein Commando niedergelegt, dann auf Andringen des Gemeinderathes wieder übernommen hatte, bestieg das Observatorium auf dem Stephansthurme, um sich vom Stande der Dinge zu überzeugen. Gegen Mittag wurde ein Zettel mit Messenhauser's Unterschrift unter das Volk vertheilt, welcher meldete: „Man sieht deutlich ein Gefecht hinter Kaisers-Ebersdorf, ohne die kämpfenden Truppen oder den Gang des Treffens ausnehmen zu können." Ihm folgten bald zwei weitere Bulletins, welche die offenbare Annäherung der Schlacht, also den Sieg der Ungarn, versicherten und die Nationalgarden aufforderten, „im Falle ein geschlagenes Heer sich unter den Mauern Wiens zeigen sollte, auch ohne Commando unter das Gewehr zu treten." Dieser Befehl konnte unter den gegebenen Verhältnissen nichts anderes bedeuten, als durch einen Ausfall die bedrängten österreichischen Truppen vollends zu vernichten. Messenhauser war übrigens der Erste, welcher sich bemühte, die voreilig angeregten Hoffnungen wieder zu dämpfen. Er erkannte nach wenigen Stunden seinen Irrthum; der Kanonendonner entfernte sich immer mehr, verstummte gegen Abend vollständig, über die Niederlage der Magyaren, über die Unmöglichkeit eines Entsatzes konnte kein Zweifel herrschen. So eifrig aber auch Messenhauser gegen die Wiederaufnahme des Kampfes sprach, so laut und häufig der Gemeinderath versicherte, die Capitulation sei bereits abgeschlossen, es ließen sich die einmal entfesselten Leidenschaften des verwilderten Proletariates — und nur dieses stand in den letzten Octobertagen noch unter den Waffen — nicht beschwichtigen. Den Phrasen Messenhauser's: „An Wien soll sich nicht eine Erinnerung, gräßlich und erschütternd, wie jene von Troja und Jerusalem, knüpfen; jede belagerte Stadt muß sich ergeben, wenn es zum Sturme gekommen ist", stellten die Arbeiter ihre Zuversicht auf die ungarische Hilfe entgegen; die Anerbietungen des Gemeinderathes, den Arbeitern und unbemittelten Nationalgarden auch fernerhin „bis zur hergestellten Ordnung der gestörten Gewerbsverhältnisse" den Sold auszuzahlen, beantworteten sie mit der Aufzählung der ungleich größeren Vortheile, welche sie während der Belagerung genossen hatten. Messenhauser galt allen Furchtsamen als Hauptträger der Revolution, er hatte alle Conservativen durch seine prahlerischen Manifeste in Zorn versetzt; nun mußte er es noch erleben, daß ihn das Proletariat einen Verräther an der Volkssache schimpfte und seine Absetzung stürmisch verlangte. Darüber, ob er bleiben, ob er abdanken solle, erhob sich ein erbitterter Streit; der kopflose Mann selbst war zu dem Einen wie zu dem Anderen willig und auch mit dem Auswege, der schließlich getroffen wurde, einverstanden, daß er mit Fenneberg das Commando theilen solle. So fuhr er denn fort, wenn auch protestirend und warnend, mit seinem Namen die unverantwortlichsten Schritte des fanatisirten Pöbelhaufens zu decken. An eine Leitung des Kampfes, den er entschieden mißbilligte, konnte er nicht denken, dazu war auch die Anarchie bereits zu weit vorgerückt. Er

hielt nochmals mit Fenneberg einen Kriegsrath, um die „Nothwendigkeit der bereits eingeleiteten Convention" zu erörtern. Weder die Proletarier noch der Feldmarschall warteten den Ausgang desselben ab. Die Ersteren durchzogen seit dem Abend des 30. October die Straßen der Stadt und preßten Freiheitskämpfer, hielten die Basteien besetzt und trafen Anstalten zur Wiederaufnahme des Gefechtes. Am nächsten Morgen erschien eine neue Deputation des Gemeinderathes in dem Hauptquartier des Fürsten, um ihn über die verzweifelte Lage der Dinge im Innern der Stadt zu unterrichten und seinen Schutz gegen den unbezähmbaren Volkshaufen, welcher die Bürgerschaft terrorisirte, anzuflehen. Windischgrätz, im Allgemeinen offensiven Bewegungen nicht zugeneigt, konnte und wollte doch nun nicht länger einen entscheidenden Angriff aufschieben. Er hatte bereits am 30. Oct. seinen Sieg, die unbedingte Unterwerfung der Stadt, ihre Besetzung durch seine Truppen nach allen Weltgegenden telegraphiren lassen; daß er dieser Nachricht einen hinkenden Boten nachsenden mußte, erbitterte den stolzen Feldherrn in hohem Grade. Dazu kam noch die Sorge, durch längeres Zögern die Streitkräfte der radicalen Partei besser organisirt und vermehrt zu sehen. Trotz der Absendung eines größeren Heertheiles gegen die ungarische Armee blieben die österreichischen Truppen vor Wien stark genug, um alle Positionen zu beherrschen. Sie hatten am 30. Oct. alle Vorstädte occupirt, den Widerstand, der sich hier und da wie in Gumpendorf regte, durch einige Granatschüsse gebrochen, und standen am Mittage des folgenden Tages zum Sturme auf die innere Stadt bereit. Von den Basteien wurden Kanonen gegen die vorrückenden Soldaten abgefeuert, gegen Alle, die von Entwaffnung und Uebergabe sprachen, Gewalt gebraucht, wie im Taumel des Rausches ohne Ziel und ohne Plan gekämpft. Eine bei den kaiserlichen Stallungen gegenüber dem Burgthore aufgestellte Batterie brachte bald die Basteikämpfer zum Schweigen, und als vollends durch eine Granate der Thurm der Augustinerkirche und das Dach der Hofbibliothek*) in Brand geriethen, in das verbarrikadirte Burgthor Bresche geschossen war, sank auch dem wildesten Fanatiker der Muth. Die Waffen wurden weggeworfen, die Basteien verlassen, wie man flüchten, die eigene Person in Sicherheit bringen könne, allein noch bedacht. Am Abende rückten die Truppen in die Stadt, besetzten alle Plätze, zertrümmerten auf dem Hofe den Candalaber, welcher Latour's Leichnam getragen hatte. Am 1. November wehte vom Stephansthurme eine riesengroße schwarzgelbe Fahne. Wien war unterworfen, und wie die Conservativen jubelten, in Wien auch Pesth und Frankfurt besiegt.

*) Nach der officiellen Darstellung wurde die Hofbibliothek von Proletariern angezündet. Doch ist dieser Behauptung stets von Sachkundigen widersprochen, noch niemals ein Beweis für dieselbe angetreten worden.

An demselben Tage begannen auch die Verhaftungen. Sie wurden bald zu Hunderten gezählt. Wie weit man dabei griff, mit welcher Rücksichtslosigkeit man verfuhr, bezeichnet am besten die Thatsache, daß am 7. December bereits 1540 Individuen aus der Haft entlassen wurden und bis zum 6. Mai 1849 doch nur 144 Verurtheilungen erfolgten. Wie viele Unschuldige mußten die Qualen einer peinlichen Untersuchung erdulden, ehe man einen Schuldigen fand! Auf diese Nachwehen der Octoberrevolution mußte man übrigens gefaßt sein. Hatten doch die neuen Machthaber ganze Stände in Acht und Bann gethan. Wer eine Studentenkappe trug, wer in seinem äußeren Auftreten sich von den gehäbigen Philistern unterschied, Haare und Bart nicht unter der Scheere hielt, wer dem Proletariate angehörte, galt als verdächtig und konnte von dem harten Gesetze, welches im Belagerungszustande herrschte, getroffen werden. Als den Zweck des letzteren hatte der österreichische Dictator „den Uebergang von der Anarchie zu dem constitutionellen Rechtsleben" bezeichnet und um diesen Uebergang zu erleichtern, die Presse unter die Censur der Militärbehörden gestellt, alle in Wien nicht zuständigen Personen ausgewiesen und das „Standrecht" über Jedermann, der sich in die politischen Angelegenheiten mischte und über die öffentlichen Zustände eine selbständige Meinung laut werden ließ, verhängt. Von dem Eifer der Militärgerichte konnte man eine ausgedehnte Benutzung der ihnen verliehenen Vollmachten erwarten; dennoch erschien derselbe vielen Bürgern Wiens nicht beharrlich und groß genug, daher sie sich verpflichtet hielten, durch zahllose Denunciationen der Untersuchungscommission zu Hilfe zu kommen. Die Bürgerschaft Wiens hatte sich während der Herrschaft der radicalen Partei mit Schmach bedeckt, ihre Feigheit in den Mantel begeisterter Zustimmung zu dem unsinnigen Treiben der Aula und der demokratischen Clubs gehüllt. Sie belastete sich jetzt mit gleicher Schande. Wie der Wiener Philister sich ehedem vor dem Stürmer gebeugt und in jedem Studenten einen Halbgott verehrt hatte, so kroch er jetzt vor jeder Soldatenmütze und blickte zu jedem Sereschaner wie zu einem höheren Wesen empor. Widerlich war die kriechende Demuth, das Prunken mit sclavischem Sinne, welches die ehrsamen Bürger, durch den Belagerungszustand sicher gemacht, zur Schau trugen, empörend ihr ununterbrochener Aufruf zur Rache. Wäre es nach ihrem Willen und nach dem Wunsche der wenigen reactionären Zeitungen, welchen der souveräne Wille des Feldmarschalls zu erscheinen gestattete, gegangen, so hätte die Bevölkerung Wiens decimirt werden müssen. In der That wurden auch in den ersten Tagen nach der Eroberung der Stadt Gerüchte von massenhaften Hinrichtungen laut. Sie regten die Gemüther nicht auf, höchstens daß die Neugierigen nach dem Namen der Erschossenen forschten, oder die Kannegießer sich stritten, ob dieser oder jener Rebell bereits verurtheilt sei oder nicht. Die Gerüchte erwiesen sich als unwahr.

Acht Tage vergingen, ohne daß eine Execution stattgefunden hätte; die Meinung begann Glauben zu finden, daß Fürst Windischgrätz, von Rechtsbedenken geplagt, kein Todesurtheil bestätigen werde. Seine Vollmachten waren vom Reichstage nicht anerkannt, seine Proclamationen vom 20. und 23. October ungiltig erklärt worden. Konnten auch die Proteste des Reichstages den Widerstand gegen die kaiserlichen Truppen nicht legitimiren, so milderten sie doch die Schuld der Einzelnen, welche als Verführte erschienen und mit Fug sich auf die Zustimmung des Reichstages zu allen revolutionären Maßregeln berufen durften. Die Mitglieder des letzteren aber zur Rechenschaft zu ziehen, hielten Windischgrätz und die anderen Lenker des Hofes noch nicht für opportun. Die zweite Novemberwoche brachte in die Situation endlich Klarheit. Der Feldmarschall erfüllte nicht die Hoffnungen der Fanatiker, welche in der Arbeit des Generalprofoßen die beste Verfassung des Vaterlandes erblickten, er täuschte aber auch die gute Meinung, welche Fernstehende von seinem Rechtsgefühle und seinem politischen Tacte hegten. Er verhängte die Todesstrafe nicht in dem ausgedehnten Maße, als man gefürchtet*), übte Gnade, wo man sie nicht erwartet hatte; für das Eine und Andere ließ sich aber kaum ein besserer Beweggrund anführen, als die persönliche Willkür.

Am 10. November meldete die amtliche Wiener Zeitung: „Mittelst standrechtlichen Urtheiles v. 8. ist Robert Blum, Buchhändler aus Leipzig, überwiesen durch sein eigenes Geständniß, wegen aufrührerischer Reden und bewaffneten Widerstandes gegen die kaiserlichen Truppen zum Tode durch den Strang verurtheilt, und in Ermangelung eines Freimannes die Sentenz mit Pulver und Blei durch Erschießen am 9. November vollzogen worden." Von Blum's und Fröbel's Verhaftung hatte man wohl gehört, diese Männer aber am wenigsten durch das Martialgesetz gefährdet geglaubt. Schützte sie doch ihr Charakter als Deputirte, und war ihre Betheiligung an der Wiener Revolution keineswegs eine hervorragende gewesen. Bei den letzten Ereignissen, bei dem Bruche der bereits abgeschlossenen Convention, hatten sich die Abgeordneten der Frankfurter Linken als bloße Zuschauer ruhig verhalten. Um so furchtbarer wirkte die plötzliche Nachricht von Blum's Hinrichtung. Die Meisten erfuhren sie erst aus den Zeitungen nach vollbrachter That, sträubten sich aber auch dann noch, an die Wahrheit der Kunde zu glauben, weil sie es nicht für möglich hielten, daß man ein politisches Programm „in Ermangelung eines Freimannes durch Pulver und Blei" veröffentlicht. Als politische Demonstration wurde nämlich auch von Conservativen

*) Nach Dunder's Berechnung wurden v. 1. Nov. 1848 bis 9. Mai 1849 wegen Theilnahme an der Octoberrevolution 141 Personen stand- und kriegsrechtlich bestraft, unter diesen 24 zum Tode verurtheilt.

Robert Blum's Hinrichtung aufgefaßt. Der Urtheilsspruch ging über das parlamentarische Amt des Mannes einfach hinweg. Man fragte nicht ohne Grund: Wäre Robert Blum in der That nur ein simpler Leipziger Buchhändler und nicht ein Führer der Frankfurter Linken gewesen, hätte das Militärgericht eine so harte Sühne von ihm gefordert? Mochte auch in der Umgebung des Fürsten Windischgräz das staatsmännische Wissen nicht groß sein, so herrschte doch darüber bei ihr kein Zweifel, daß Blum's Verurtheilung den Krieg mit dem Frankfurter Parlamente bedeute und das letztere in seinem Mitgliede getroffen werden solle. Das bewies das vollständige Uebergehen des Frankfurter Immunitätsgesetzes, welches übrigens wie die meisten anderen Parlamentsbeschlüsse in Oesterreich niemals rechtsverbindlich publicirt worden war,*) das zeigte die Begnadigung Fröbel's. Auf diesem lastete die gleiche Schuld wie auf Robert Blum. Er hatte dieselbe Mission in Wien übernommen, ebenfalls für das Recht der Revolution gesprochen und als Hauptmann im Elitecorps gedient. So schlimme Dinge wie von Blum erzählte man sich freilich nicht von Fröbel. Blum soll in einer Volksversammlung am 23. October den Wienern zugerufen haben: Ihr müßt noch zweihundert Aristokraten latourisiren. Auch wollte man bei ihm eine Proscriptionsliste mit 6000 Namen gefunden haben. Für das Gericht war aber nicht entscheidend, was man sich von Blum erzählte, sondern was er gethan, und dieses fiel mit den Thaten Fröbel's zusammen. Die Militärbehörde verurtheilte daher ganz folgerichtig auch Fröbel zum

*) Den in militärischen und Regierungskreisen herrschenden Standpunkt spiegelt am deutlichsten ein Artikel des officiösen Lloydjournals v. 21. Nov. ab, in welchem es heißt: „Oesterreich steht in einem Ausnahmsverhältniß zur deutschen Nationalversammlung. Seine eigenthümliche Stellung hat es ihm nicht erlaubt, die Beschlüsse des Frankfurter Parlamentes ohne Weiteres als bindend anzuerkennen. Es wurde daher bei Beschickung dieser Versammlung ausdrücklich durch das österreichische Ministerium festgestellt, daß nur solche Beschlüsse des deutschen Reichstages, welche die Zustimmung der österreichischen Regierung erhielten, als maßgebend für dieses Land angesehen werden sollten. Das Gesetz über die Unverletzlichkeit der Parlamentsabgeordneten hat nie diese Zustimmung erhalten, und schwerlich dürfte sie demselben je zu Theil werden. Die österreichische Regierung wird den deutschen Abgeordneten kein Privilegium zugestehen, welches österreichische Abgeordnete nicht haben und nicht haben sollen, sie kann nicht dulden, daß dieselben, ohne dem Gesetze Oesterreichs zu verfallen, die Waffe gegen die gesetzliche Obrigkeit des Landes kehren. Vergesse niemand, daß die Regierung Oesterreichs eine Regierung von deutschen und nicht-deutschen Ländern, daß Wien die Hauptstadt eines Reiches ist, welches noch zum größten Theile mit Deutschland in gar keiner Verbindung steht und daß ein Schlag, welcher hier gegen die Regierung geführt wird, den Galizier, den Kroaten und den Dalmatiner ebenso schwer wie den Deutschen trifft. Es muß darum ein österreichisches und kein anderes Gesetz den Mann, welcher gegen Oesterreich Verrath gesponnen hat, zur Verantwortung und Strafe ziehen. Das Gesetz der deutschen Nationalversammlung in Bezug auf die Unverletzlichkeit ihrer Mitglieder hätte erst dann bindende Kraft gehabt, wenn die österreichische Regierung es den Civil- und Militärgerichten zur Darnachachtung mitgetheilt hätte, dieses ist aber niemals geschehen."

Tode durch den Strang — Windischgräz begnadigte ihn unbedingt. Seine Rettung verdankte er der Flugschrift: Wien, Deutschland und Europa. Verziehen wurde ihm die republikanische Färbung seiner Ansichten, das revolutionäre Element in seiner Politik; hatte er doch Wien zur Hauptstadt des erträumten mitteleuropäischen Staatenvereins auserkoren, und die Bestrebungen der Frankfurter Majorität, den nationalen Einheitsstaat, leidenschaftlich bekämpft. Wer gegen den letzteren auftrat, war ein Freund Oesterreichs, selbst wenn er sich in eine republikanische Maske hüllte. Diese Rücksicht auf die allgemeine politische Gesinnung der Angeklagten machte der Klugheit der Gewalthaber Ehre, ließ aber ihre Unparteilichkeit in einem zweifelhaften Lichte erscheinen. Jedenfalls durfte sie die allgemeine Aufregung, welche Blum's Schicksal hervorrief, nicht befremden. Gar Manche, welche den Leipziger Agitator bei seinen Lebzeiten gehaßt und gefürchtet, söhnten sich jetzt mit seinem Andenken aus, beurtheilten ihn billiger und gewannen erst durch den lächerlichen Cultus, der mit Robert Blum von sentimentalen Radicalen noch Jahre lang getrieben wurde, ihre Unbefangenheit zurück. Auch im Frankfurter Parlamente traten nicht allein Blum's Parteifreunde und Gesinnungsgenossen gegen die österreichische Regierung auf; beinahe einstimmig vielmehr wurde (16. Nov.) der Beschluß gefaßt, „gegen die Tödtung des Abgeordneten Robert Blum feierliche Verwahrung einzulegen und das Reichsministerium zur Bestrafung der unmittelbaren und mittelbaren Schuldtragenden aufzufordern." Das Reichsministerium und dessen Seele, Schmerling, welcher auch als Reichsminister nicht aufgehört hatte, vorzugsweise, ja ausschließlich österreichischer Staatsmann zu sein, hatte einen schweren Stand. Schmerling versuchte zwar in seiner gewöhnlichen Art durch einen leichten Witz sich aus der Verlegenheit zu ziehen und citirte (18. Nov.) als Antwort auf die zahlreichen Interpellationen das alte Sprichwort: „Wer sich in Gefahr begiebt, kommt darin um." Die Stimmung im Parlamente war aber doch zu ernst, die Entrüstung über den Fürsten Windischgräz zu allgemein, als daß dasselbe mit einer solchen Abfertigung sich zufrieden gestellt hätte. Mit schwerem Herzen mußte Schmerling das öffentliche Bekenntniß ablegen, daß die Maßregeln des österreichischen Feldmarschalls, z. B. Denunciationsprämien, den gangbaren Rechtsansichten widerstreiten, er mußte sein Bedauern über die geringe Mäßigung des Siegers aussprechen und daß eine Abhilfe wünschenswerth sei, zugeben. Diese Zugeständnisse halfen die Wogen der Leidenschaften wieder ebnen.

In Oesterreich selbst lenkten die rasch aufeinanderfolgenden Hinrichtungen Messenhauser's, Becher's und Jellinek's die Aufmerksamkeit und das Interesse von Blum's Schicksale ab. Die Reihe der Verbrechen, welche das Kriegsgericht an dem armen Obercommandanten der Nationalgarde fand, war ziemlich groß, am gravirendsten

seine Thätigkeit in den letzten Octobertagen. „Er hat sogar nach abgeschlossener Capitulation zwei Bulletins über das angeblich siegreiche Vorrücken der Ungarn in zahlreichen Abdrücken verbreitet und dadurch den Bruch der Capitulation herbeigeführt." Messenhauser schützte nicht die vom Ministerium, vom Reichstage und Gemeinderathe übergebene Vollmacht, nicht sein Protest am 31. October gegen die Wiedereröffnung des Kampfes, ihn retteten nicht die vielen an den Feldmarschall und an den Kaiser in Olmütz gerichteten Gnadengesuche. Die öffentliche Meinung in den Provinzen griff zu abenteuerlichen Gerüchten, um sich Messenhauser's unerwartete Hinrichtung zu erklären. Bald erzählte man sich, daß Windischgräz gern Gnade geübt hätte, daß aber die unerbittliche Armee Messenhauser's Tod als Sühne für Latour's Ermordung verlange, bald raunte man sich in das Ohr, daß der Hof und die Regierung in Olmütz gegen die Hinrichtung sich ausgesprochen, der eigenmächtige Feldmarschall jeder Weisung getrotzt habe. Alle diese Deutungen erwiesen sich als unbegründet, so daß doch schließlich jene Recht behielten, welche vermutheten, die persönliche Schuld des Mannes sei aus keinem anderen Grunde so schwer gewogen worden, als weil der Sieger in ihm gleichzeitig den an sich unerreichbaren Reichstag traf. Messenhauser hatte als Mandatar des Reichstages gehandelt; die Verurtheilung, die er erdulden mußte, galt daher eigentlich dem Reichstage und dem Sicherheitsausschusse des letzteren, welcher bis zu den letzten Tagen der Revolution den Widerstand gegen den Feldmarschall gebilligt, durch seine Proteste unterstützt hatte.

Auch das Todesurtheil, welches über den Redacteur des „Radicalen", den Musikkritiker Becher und dessen Mitarbeiter Jellinek, verhängt wurde, erklärte die öffentliche Meinung, soweit sie sich äußern durfte, aus der Absicht, in diesen beiden Individuen die demokratische Presse überhaupt zu strafen. Becher hatte es an volltönenden Phrasen, an leidenschaftlichen Declamationen während der Octoberrevolution nicht fehlen lassen, er konnte aber kaum für zurechnungsfähig gelten, vollends Jellinek war der unschuldigste weil unverständlichste radicale Schriftsteller, halbwüchsige Gedanken in der hegelschen Schulsprache ausgedrückt wucherten in jedem seiner Artikel; das Militärgericht hatte sein Urtheil durch die Haltung des Radicalen noch vor dem 23. October, wo Windischgräz alle Zeitungen suspendirte, mitbestimmen lassen, es hatte das Unerhörte gethan, und einen förmlich aufgehobenen Paragraphen (§. 53) des Strafgesetzbuches*) widerrechtlich angewendet. Juristisch war demnach das über Becher und Jellinek gefällte Todesurtheil wohl anfechtbar; es entschied aber eine andere Erwägung. Journalisten und insbe-

*) Das Preßgesetz v. 9. Mai §. 9. sagt: „Es werden hiermit die Vorschriften der §§ 52—58 des I. Theiles und 234—237 des II. Theiles des Strafgesetzbuches in Bezug auf Preßübertretungen aufgehoben.

sondere jüdische Literaten haben die Revolution herbeigeführt und gepflegt: da kein anderer Vertreter dieser Stände der Untersuchungscommission unter den Händen war als Becher und Jellinek, so mußten sie sich das Loos eines Sündenbockes gefallen lassen und die Verbrechen ihrer Genossen sühnen.

Eine zahlreiche Partei in Wien fand alle diese Urtheile und alle Gewaltmaßregeln, welche der Feldmarschall dictirte, in der Ordnung, dankte ihm in schwungvollen Adressen für seine Milde, beklatschte in dem wieder geöffneten Burgtheater jede Phrase, welche das Glück der guten alten Zeit pries. In den Provinzen dagegen herrschte eine desto trübere Stimmung. Das constitutionelle Gerüste stand zwar noch aufrecht. Der Reichstag sollte in den nächsten Tagen wieder zusammentreten und das Verfassungswerk berathen. Dennoch sagte sich Jeder leise und von einzelnen Muthigen wurde es auch laut ausgesprochen, daß die Tage der Freiheit in Oesterreich gezählt seien, das unglückliche Land nur die Leiden der Anarchie, aber nicht die Freuden der glücklich vollendeten Reform zu genießen habe.

---

2. Der Reichstag in Kremsier.

Ein kaiserliches Rescript v. 22. October schloß die Sitzungen des Reichstages in Wien und berief denselben auf den 15. November nach Kremsier. Gar Manche, welche das Rescript lasen, mußten erst die Landkarte und geographische Handbücher zu Rathe ziehen, um sich über die genaue Lage und Beschaffenheit des unbekannten Städtchens eine klare Anschauung zu verschaffen. Was sie erfuhren, klang nicht tröstlich. Dem Landwirth mochte das Herz im Leibe lachen, wenn er von der Fruchtbarkeit der mährischen Marchebene, von dem Bodenreichthum der Hana, von dem üppigen Wohlleben der Bewohner hörte. Den Abgeordneten aber wurde schlecht zu Muthe bei dem Gedanken, in diesem Bauernparadiese viele Monate zubringen zu müssen. Sie konnten doch nicht immer die ziemlich leichtfertigen Fresken bewundern, mit welchen das vorige Jahrhundert das Sommerschloß der Olmützer Erzbischöfe geschmückt hatte, oder den Park auf- und abschreiten inmitten von Hanaken, welche rothe Hosen lieben, Bärte hassen, für bunte Bänder und fette Mehlspeisen schwärmen, im Uebrigen selbst unter ihren Stammgenossen den Ruf eines gering begabten Volkes besitzen. Der Reichstag wandert in das Exil, war die allgemeine Klage, als der Befehl zu seiner Uebersiedelung nach Kremsier bekannt wurde. Das Verdienst, in dem kleinen, abseits von allem Verkehre gelegenen slawischen Landstädtchen den passendsten Sitz für die österreichische constituirende Versammlung entdeckt zu haben, gebührt den Czechen und namentlich ihrem Führer Palazky.

Die Mitglieder der Reichstagsrechten, welche sich nach der Octoberrevolution in Prag versammelt hatten, gewannen bald die Ueberzeugung, daß sie auch im eigenen Interesse noch andere Schritte thun müßten, als blos das Wiener Rumpfparlament der Mitschuld an den October-

ereignissen anzuklagen, gegen seine fernere Wirksamkeit Verwahrung einzulegen und Loblieder auf die Kroaten zu singen. Sie wollten den Terrorismus der Wiener Demokratie brechen, die übermüthige Linke in enge Schranken zurückgewiesen wissen, sie sträubten sich aber mit gutem Grunde gegen die Wiederkehr der altösterreichischen Zustände, unter deren Herrschaft die nichtdeutschen Stämme am meisten gelitten, gegen die einseitige Feststellung der neuen Ordnung durch den Hof und dessen Rathgeber, bei welchen eine große Neuerungslust keineswegs vorausgesetzt werden konnte. Ohne eine vollständige Neubildung der politischen Verhältnisse ließen sich aber die Wünsche der slawischen Völker nicht befriedigen, ohne ein reiches Maß liberaler Zugeständnisse die nationale Gleichberechtigung, dieses heißersehnte Ziel aller Czechen nicht verwirklichen. In den Formen conservativ, hegten die letzteren doch entschieden revolutionäre Gedanken und forderten von der Regierung in Wahrheit Größeres als die meisten Wiener Radicalen. Die beste Politik wäre es daher gewesen, den Augenblick, wo die conservativen Formen so hoch geschätzt wurden, der Olmützer Hof in seiner Bedrängniß nach Noth und Hilfe ausspähte, zu benützen und die Zügel der Regierung selbst zu ergreifen. Hielten die Czechenführer ihre Partei für die stärkste in Oesterreich, ihr Programm für das einzig richtige, so mußten sie auch den Muth zur Herrschaft fassen, die Leitung des Staates für sich in Anspruch nehmen. In der That wurden gleich nach der Octoberrevolution der Rechten mehrere Ministerportefeuilles angeboten. Im Schooße der Rechten gab es aber keinen Mann, welcher sich stark genug gefühlt hätte, dem gangbaren Vorurtheile zu trotzen, als verübe man durch die Annahme eines Amtes einen Treubruch. Es wurde vielmehr in den Berathungen auf dem Prager Rathhause der Beschluß gefaßt, die Uneigennützigkeit der Partei durch die Verweigerung jedes Antheiles an der Regierung zu bethätigen. Durch diesen falschen Schritt von dem unmittelbaren Einwirken auf die Ereignisse ausgeschlossen, blieben die Czechen darauf angewiesen, durch Bitten, Mahnungen und Vorstellungen die Regierung auf den rechten Weg zu leiten. Sie fandten zahlreiche Vertrauensmänner nach Olmütz, um den Hof von reactionären Maßregeln zurückzuhalten. Es gelang denselben in der That, ein bereits gedrucktes kaiserliches Manifest, welches vom Reichstage absah, das Verfassungsversprechen auf die Einsetzung einer Art von vereinigtem Landtage beschränken wollte, zu beseitigen und die Umgebung des Hofes versöhnlicher zu stimmen, zur Anerkennung des Reichstages zu bewegen.

Noch am 15. October hatte sich der Kaiser unmittelbar an die Bauern in einer feierlichen Proclamation gewendet und dieselben aufgefordert, jeden, der das Wort des Kaisers zu verdächtigen suche, als Verräther zu behandeln; am folgenden Tage wies eine kaiserliche Ansprache auf die Nothwendigkeit hin, die wichtigsten constitutionellen Rechte zu be-

schränken, erst am 19. October erschien, Dank der czechischen Intervention, ein Manifest, welches das bereits rege gewordene Mißtrauen in die Absichten des Hofes vollkommen beschwichtigte.*) Der Kaiser verbürgte mit seinem fürstlichen Worte den ungeschmälerten Genuß aller „den Völkern gewährten Rechte und Freiheiten", bestätigte die vom Reichstage vor der Octoberrevolution gefaßten Beschlüsse und erklärte seinen festen Willen, daß das begonnene Verfassungswerk von dem constituirenden Reichstage fortgesetzt und vollendet werde. Das Nächste war, eine passende Stätte für den Reichstag aufzufinden.

An Wien dachten weder der Hof noch die Czechenführer, gegen Brünn erhob der erstere mannigfache Bedenken. Brünn hatte die Giltigkeit seines alten Spottnamens einer Wiener Vorstadt auch in den Octobertagen bewährt. Nicht allein, daß die Brünner Nationalgarden den größten Eifer zeigten, der bedrängten Hauptstadt zu Hilfe zu eilen, auch im Mährischen Landtage herrschte eine der Octoberrevolution günstige Stimmung. Kajetan Mayer, ein Führer des Reichstagscentrums, war am 9. October in seine Vaterstadt zurückgekehrt und hielt im Landtage eine Rede, in welcher er die gesetzliche Haltung des Reichstages nachwies, die Octoberrevolution als eine nothwendige Uebergangsstufe, als „Geburtswehen der Freiheit" schilderte und von der Zurückberufung der Mährischen Abgeordneten abmahnte. Wurde der Reichstag nach Brünn verlegt, so blieb noch immer die Gefahr, daß die Stimmen der einzelnen Abgeordneten von einem demokratischen Chore übertönt würden. Den Sitz des Reichstages in Prag aufzuschlagen, wie einzelne Hofleute empfahlen, widerriethen selbst die Czechen, da dadurch die Freiheit der deutschen Deputirten in den Augen der ganzen Welt verletzt erschiene. Palazky half in der allgemeinen Rathlosigkeit aus der Noth, indem er auf Kremsier hindeutete. Diese erzbischöfliche Sommerresidenz lag zwar fern von allen größeren Städten, nicht einmal bequem für das Hoflager, sie sicherte aber den Reichstag unbedingt vor demokratischen Einflüssen und gewährte demselben volle Muße, sich ohne Unterbrechung ausschließlich dem Verfassungswerke zu widmen. Der im Studium der Pergamente altgewordene Provinzialhistoriker besaß keinen Maßstab für die Schätzung lebendiger politischer Mächte, hatte keine Ahnung von dem nothwendigen Wechselverkehr zwischen dem Parlament und dem Volke, aus welchem es durch Wahl hervorgegangen war. Die Abgelegenheit Kremsiers, über welche so Viele klagten, erschien Palazky als besonderer Vorzug, da er die Meditation über die beste Verfassungsform als die ausschließliche Aufgabe

*) Auch Mitglieder des Centrums wie K. Mayer und Helfert waren eifrig bemüht, an die Stelle des Manifestes v. 16. jenes v. 19. zu bringen und constitutionelle Garantien zu erlangen, ehe über Wiens Schicksal entschieden wurde. Erst nach dreitägigen Verhandlungen erreichten sie ihr Ziel.

des Reichstags ansah und dem Aberglauben huldigte, eine Constitution müsse nur sauber geschrieben sein, um sofort in Wirksamkeit zu treten. Daß am Hofe die Wahl Kremsiers gebilligt wurde, ist begreiflich, wurde doch auf diese Art der Reichstag von allen wichtigeren Lebenskreisen abgeschnitten, das Interesse an seinen Verhandlungen vollständig gebrochen und die Versammlung gezwungen im guten Willen der Regierung die Quelle aller ihrer Rechte zu achten. Am 22. October verkündigte ein kaiserliches Manifest die Wiedereröffnung des Reichstages in Kremsier, am 10. November wurde die ursprüngliche Frist für den Beginn seiner Verhandlungen vom 15. auf den 22. November ausgedehnt.

Die Linke, welche in Wien zurückgeblieben war, murrte zwar und zeigte anfangs große Lust, dem Proteste, welchen sie am 24. October im Wiener Reichstag durchgesetzt hatte, Folge zu geben, nicht in die Verbannung zu ziehen. Nach dem Falle Wiens, als sie den Ausgang des strengen Soldatenregiments sahen, besannen die Abgeordneten der Linken sich anders. Sie hatten keine Hoffnung, die Verlegung des Reichstages nach Kremsier zu hintertreiben, wohl mußten sie aber befürchten, daß bei längerem Zögern, wenn sie ihr Mandat verlören, das Kriegsgericht die rauhe Hand nach ihnen ausstrecken würde. Die deutsche Linke erschien in Kremsier am 22. Nov. vollzählig, während im Centrum und auf jenen Bänken, welche für die Abgeordneten Galiziens belegt waren, sich noch große Lücken zeigten. Diesem Umstande, sowie der Abneigung auch conservativer Deutschen gegen die Czechen, verdankt sie ihren Sieg in der Präsidentenwahl. Nicht Strobach, der Candidat der Rechten, sondern Smolka, welcher die Versammlung im October geleitet, an allen Schritten gegen Windischgräz sich betheiligt hatte, gewann die Mehrheit der Stimmen. Die Czechen rächten ihre Niederlage bei der nächsten Gelegenheit. Sie erklärten die Reichstagsprotokolle vom 28. bis 31. October für ungiltig, weil zu jener Zeit der Reichstag bereits vertagt war, und setzten es durch, daß in den offiziellen stenographischen Berichten der Sitzung v. 7. October unmittelbar die erste Kremsierer v. 22. Nov. angereiht wurde. In dieser Frage konnten die Czechen auf die Unterstützung des Centrums mit Sicherheit rechnen und weil sie des Triumphes gewiß waren, überhoben sie sich in ihrem Uebermuthe und spotteten durch Rieger's Mund in unwürdiger Weise über die Ohnmacht der Linken. Sie forderten sie auf, doch ihren Octoberbeschluß zu vollziehen, die Flüchtlinge unter den Abgeordneten, die nicht in der festgesetzten Frist auf ihre Sitze zurückgekehrt waren, derselben für verlustig zu erklären, sie fragten höhnisch, ob die Linke wohl für Messenhauser in die Schranken treten, Windischgräz vor ihren Richterstuhl ziehen werde? Die Gegner des Reichstags freuten sich über dieses Gezänke, die Verfassungsfreunde staunten über die Beschränktheit der Czechen, welche in einem Augenblicke an der Erweiterung der Parteienkluft arbeiteten, in welchem nur fester Zusammenhalt

die Fortdauer des Reichstages sichern konnte. In den nächstfolgenden Wochen freilich vergaßen Freund und Feind den Reichstag im Exile und erinnerten sich kaum noch, daß ein Städtchen Namens Kremsier in der Welt bestehe. Andere Ereignisse fesselten ausschließlich die öffentliche Aufmerksamkeit: Am 21. November erhielt Oesterreich ein neues Ministerium, am 2. December begrüßten die Völker einen neuen Herrscher.

Das Ministerium Wessenberg-Doblhoff hatte der Octobersturm verweht. Von seinen leitenden Persönlichkeiten blieb Wessenberg allein noch in der Nähe des Hofes; doch war dieser keineswegs gesonnen, einen Ministerposten auch in dem neuen Cabinet zu übernehmen, so wenig als der Hof Neigung zeigte, einen Mann noch ferner an die Spitze der Regierung zu stellen, welcher zwar durch diplomatische Routine glänzte, aber Oesterreich vollkommen entfremdet war und schon durch sein hohes Alter und seine Gebrechlichkeit energisches Auftreten kaum hoffen ließ. Der Besitz voller Autorität und die Kraft, von derselben den ausgedehntesten Gebrauch zu machen, galt bei Vielen als die wichtigste, ja allein wesentliche Eigenschaft des neuen Ministeriums. Die früheren Regierungen, welche kein Vertrauen in den höheren Kreisen genossen, keine Gewalt über die Parteien sich erworben hatten, sollten durch ein Cabinet ersetzt werden, das weder durch einen Familienrath beirrt oder durch unerwartete Hofereignisse überrascht werden kann, noch in dem stetigen Zurückweichen vor drängenden Volksmassen die Summe der politischen Weisheit erblickt. Eine starke Regierung lautete die allgemeine Losung. Sie durfte aber nur dann auf ihre Stärke pochen, wenn sie auch den Beifall der Armee und ihrer Führer sich zu erwerben verstand. Das Heer hatte seit den Märztagen seine bestimmte politische Stellung kundgegeben, vorläufig freilich bei der widrigen Strömung der Zeit auf mürrisch ärgerliche Proteste und Drohungen sich eingeschränkt. Schon nach den italienischen Siegen hob sich aber sein politisches Bewußtsein und vollends nach der Eroberung Wiens machte es mit aller Entschiedenheit den Anspruch geltend, daß in dem Staate, den sein Muth und seine Treue allein gerettet, auch seine Stimme vorzugsweise gehört werde. Es wollte nicht etwa als eine Partei gegenüber anderen gleichberechtigten erscheinen, sondern dachte sich als den besten Vertreter der Staatsvernunft, als den würdigsten Träger des Staatswillens, als den eigentlichen politischen Stand. In diesem Sinne sandte die Armee Radetzky's an das Heer des Fürsten Windischgräz (7. November) ihre Grüße und spendete Kaiser Nikolaus (10. Nov.) den beiden österreichischen Feldherren Windischgräz und Jellačić reiches Lob. Die Adresse der italienischen Armee feierte die Waffenthat des Fürsten Windischgräz als einen politischen Sieg, wodurch erst die Möglichkeit gegeben sei, die rechte Verfassung für Oesterreich zu schaffen; das Schreiben des russischen Kaisers spricht die Hoffnung aus, daß das Heer auch „an andern Punkten der Monarchie die Umsturzpartei bezwingen

werde" und dankt für den der „europäischen Ordnung" geleisteten Dienst. Das neue Ministerium konnte unter diesen Verhältnissen auf keinen Beistand rechnen, wenn es nicht einen gewissen militärischen Charakter offenbarte, es mußte bei dem herrschenden Uebergewichte der Armee den Namen eines Feldherrn an seiner Spitze tragen. Die Wahl war nicht schwer.

Der „Armeediplomat", Fürst Felix Schwarzenberg, welcher in Radetzky's Lager nicht blos Proben persönlichen Muthes, sondern auch politischer Gewandtheit abgelegt hatte, bei dem Heere beliebt war, bei dem Hofe großes Ansehn genoß, in diplomatischen Geschäften kein Neuling heißen konnte, dabei alles liberale Wesen gründlich verachtete, vereinigte alle wünschenswerthen Eigenschaften eines Ministerpräsidenten in sich. Von seinen vergangenen Tagen wußte freilich mehr die Skandalchronik als die politische Geschichte zu erzählen. Der österreichischen Gesandtschaft in Petersburg als Attaché zugetheilt, hatte er den Zorn der russischen Regierung durch sein Benehmen während des Aufstandes im Jahre 1825 in hohem Grade gereizt. Wer die Schritte der Rebellen so kühl beobachten, so ungezwungen in ihrer Mitte sich bewegen konnte, mußte für die Dynastie ziemlich gleichgiltig fühlen. Er wurde von Petersburg abberufen, zuerst in Dom Miguel's Diensten verwendet, dann nach London versetzt. Seitdem Schwarzenberg, hier in eine häßliche Ehebruchsgeschichte verwickelt, von Lord Ellenborough als Mitschuldiger der eigenen Gattin angeklagt und vom Oberhause verurtheilt worden war, blieb England gleichfalls ihm verschlossen. Auch in Turin hatte er sich durch sein persönliches Auftreten bald unmöglich gemacht. Das Jahr 1848 fand ihn als österreichischen Gesandten in Neapel, wo er zu den eifrigsten Fürsprechern des starren Absolutismus gehörte und als unbedingter Bewunderer der brutalen Gewaltherrschaft König Ferdinand's galt. Wer den abgelebten Mann mit dem matten Auge, den müden Zügen hier sah, mußte seine Laufbahn für abgeschlossen halten. Auf ihn, wie auf so manche physisch erschöpfte Naturen wirkte aber die Revolution wie ein künstliches Reizmittel. Das Leben gewann zwar keinen tieferen Werth, aber doch wieder ein Interesse, das Spiel mit der Gefahr, das blinde Wagen und kecke Trotzen boten eine willkommene Unterbrechung des öden, einförmigen Daseins. Schwarzenberg handelte nicht, wie so viele seiner Standesgenossen, nach festen Grundsätzen, aus Begeisterung für das legitime Recht. Ihn fesselte wesentlich nur die Macht im Staate, ihn empörte das revolutionäre Treiben nicht so sehr, weil dadurch das hergebrachte Recht aufgehoben, als vielmehr, weil durch die demokratischen Bestrebungen die Regierungsmacht zu Gunsten der individuellen Freiheit verringert, zwischen den Parteien getheilt wurde. Soweit durften sich manche conservative Staatsmänner reinerer Ueberzeugungen rühmen, dagegen überragte er sie wieder Alle durch seine kalte Ruhe in der Beurtheilung der Verhältnisse und durch die Rücksichtslosigkeit, mit welcher er alle Hindernisse seiner Pläne beseitigte. Er rechnete stets

darauf, den Gegner durch schroffes Auftreten einschüchtern zu können, und da unmittelbar nach der Revolutionsperiode Verzagtheit und Schwäche in den weitesten Kreisen herrschte, so errang er gar häufig glänzende Erfolge.

Ob Fürst Felix Schwarzenberg die Einsicht und die staatsmännische Kraft besitze, um den unbedingt nothwendigen Neubau Oesterreichs zu begründen, bezweifelten auch seine Freunde. Sie wiesen aber dann auf den Minister des Innern, auf den Graf Franz Stadion hin, dessen Name mit gleicher Sicherheit ein Reformministerium verbürge, wie jener des Fürsten Schwarzenberg eine starke widerstandsfähige Regierung bezeichne. An Geschäftskenntniß und Arbeitskraft fehlte es Stadion nicht, und wenn auch sein Haß gegen die Revolution, seine Abneigung gegen das parlamentarische Regiment sattsam bekannt war, so hob doch wieder der Umstand, daß Stadion bereits vor den Märztagen den Verfall der Administration offen bekannt und auf Abhilfe gedrungen hatte, die Zuversicht, er werde die wünschenswerthe Reform auch jetzt durchführen, trotzdem daß dieselbe auf dem Programm der Opposition stand. Seinen freien Blick schien er bereits durch den Eifer zu bekunden, mit welchem er Bruck's Berufung als Handelsminister in das Cabinet betrieb. Die verunglückten Speculationen des Bonner Buchhändlers Bruck im Anfang der zwanziger Jahre waren längst vergessen, des Philhellenen und Ostindienschwärmers abenteuerlicher Sinn, sein Hang zu ausschweifenden Plänen, so durfte man glauben, vollkommen besiegt. Man kannte Bruck nur als den genialen Schöpfer des Triester Lloyd, als den rastlosen Förderer des österreichischen Handels, als einen trefflichen Organisator, dessen Blick nicht in dumpfer Kanzleiluft getrübt, sondern durch ein reiches praktisches Leben erhellt worden war. Er galt weithin als das Ideal eines Fachministers, und war man auch über seine politische Richtung nicht genau unterrichtet, so durfte man doch von dem welterfahrenen Manne keine blinde Liebe für veraltete Zustände fürchten. Da aus dem früheren Ministerium noch Krauß und — freilich erst nach längerem Zureden — Bach in das neue Cabinet traten, welche beide sich ihrer constitutionellen Gesinnungen rühmten, und in der Wahl des übrigens obscuren Abgeordneten des Centrums, des Hüttenbesitzers Thinnfeld aus Steiermark, zum Minister der Landwirthschaft sogar ein Zugeständniß an die in Parlamentsstaaten herrschende Sitte erblickt werden konnte, so begrüßten innerhalb und außerhalb des Reichstags die meisten Parteien den Antritt des neuen Ministeriums mit freudigen Hoffnungen. Die Demokraten grollten wohl und prophezeiten von dem Cabinet Schwarzenberg-Stadion die schlimmsten Dinge. Sie hatten aber seit dem Falle Wiens allen Einfluß verloren und konnten als lebendige Partei kaum noch gerechnet werden.

Die zuversichtliche Stimmung steigerte sich, als das Programm des neuen Ministeriums (27. Nov.) bekannt wurde. In demselben sprach sich die Regierung „aufrichtig und ohne Rückhalt" für die constitutionelle

Monarchie aus und erklärte, daß das Ministerium, weit entfernt, liberale Institutionen zu verdammen, sich „an die Spitze der Bewegung" stellen wolle. Das Programm gab die Zusage eines freisinnigen Gemeindegesetzes, „denn die Grundlage des freien Staates ist die freie Gemeinde", kündigte Gesetzvorlagen über die Reform der Administration, über die Aufhebung der Patrimonialgerichte, die Umgestaltung der Rechtspflege im constitutionellen Geiste und die Trennung der Verwaltung von der Justiz an und ließ sogar die Hoffnung auf eine baldige Zurücknahme der außerordentlichen Vollmachten des Fürsten Windischgrätz durchschimmern. In der italienischen Frage zurückhaltend — das Programm behauptete, die organische Verbindung der Lombardei mit dem constitutionellen Oesterreich gebe den Italienern die beste Bürgschaft für die Wahrung ihrer Nationalität — über die ungarischen Wirren mit einer allgemeinen Phrase hinüberschlüpfend — „nicht der Freiheit gilt der Krieg, sondern jenen, welche das Volk der Freiheit berauben wollen" —, ließ das Manifest des Ministeriums in Bezug auf die deutsche Frage nichts an Deutlichkeit wünschen. „Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfniß. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprocesses entgegen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zur neuen und festen Form gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen." Großer und anhaltender Beifall wurde im Kremsierer Reichstage laut, als diese Stelle vorgelesen wurde. Die österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlamente kamen durch den offenen Scheidebrief des Ministeriums in bittere Noth. Mit welchem Recht durften sie noch ferner an dem deutschen Verfassungswerke theilnehmen, wenn dasselbe für ihr Vaterland doch keine Geltung haben sollte? In nicht geringe Verlegenheit geriethen auch jene Freunde im Parlamente, welche sich das neugebaute deutsche Reich nur mit einer „österreichischen Spitze" denken konnten und nun erfuhren, daß diese Spitze bereits einen andern Bau kröne. Die überwiegende Mehrheit der heimischen Politiker dagegen befand sich mit der ministeriellen Erklärung in vollkommenem Einverständnisse. Nur die Wiener Demokraten hatten sich für das deutsche Parlament begeistert, auch diese ihre Liebe gar bald ausschließlich auf die Frankfurter Linke übertragen und die Autorität des Parlamentes verhöhnt. Die Anerkennung der letzteren lag noch weniger in dem Interesse der großen Zahl Deutschösterreicher, welche schon im Frühlinge sich mit dem bloßen Staatenbunde begnügten, in Wahrheit nur die Fortdauer des österreichischen Einflusses in Deutschland, keineswegs aber eine bestimmende Einwirkung Deutschlands auf Oesterreich wollten. Ihre Wünsche erhielten in der Erklärung des Ministeriums, Oesterreich werde mit Deutschland wie

Macht mit Macht unterhandeln, einen vollendeten Ausdruck. Daß die Nichtdeutschen in Oesterreich, soweit sie im Reichstage vertreten waren, insbesondere die Slawen, die scharfe Betonung des Gesammtstaates gern hörten, war begreiflich. Sie dachten sich den Gesammtstaat allerdings anders als das Ministerium, sie täuschten sich auch in dem Glauben, die Regierung habe in der deutschen Sache das letzte Wort gesprochen. Zunächst wurde es allseitig rathsam erachtet, von schärferen Auseinandersetzungen, welche die tieferen Gegensätze gezeigt hätten, abzusehen und den Schein des vollkommenen Einverständnisses zu wahren. Fand doch auch der greise Radetzky den rechten Zeitpunkt gekommen, sich „trotz seines treuen deutschen Herzens" gegen das Frankfurter Parlament und dessen übermäßige Forderungen auszusprechen. „Man faselt viel in Deutschland von den Gefahren des Panslawismus, man thut aber wirklich Alles, um dieses Gespenst zu verkörpern, denn schon ist die Empörung fast identisch mit Deutsch geworden. Oesterreich mit seinen nichtdeutschen Provinzen zählt 38 Millionen; möge man das in Frankfurt nicht vergessen, und sich nicht mit einem starren Deutschthum um einen solchen Bundesgenossen bringen. Oesterreich wird sich eher von Deutschland als von Oesterreich trennen."*)

Ministerwechsel und Ministerprogramme traten bald gegen das ungleich wichtigere Ereigniß des Thronwechsels in den Hintergrund. Am 2. December wurde der Kremsierer Reichstag zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. Niemand wußte die Ursache, um so geschäftiger zeigte sich die Phantasie, den ungewöhnlichen Vorgang zu deuten. Die Einen meinten, es werde das Ministerium die Auslieferung mehrerer Abgeordneten der Linken an das Militärgericht verlangen. Die Andern dachten wieder an irgend eine wichtige Mittheilung in Bezug auf die ungarischen Angelegenheiten. Viel zu spät für die ungeduldigen Deputirten erschien in der Mittagsstunde das aus Olmütz herbeigeeilte Ministerium. Der Ministerpräsident bestieg die Tribüne und eröffnete dem Reichstage: „Heute hat in Olmütz ein Act von weltgeschichtlicher Bedeutung stattgefunden. Kaiser Ferdinand hat unwiderruflich abgedankt, sein Bruder, der Erzherzog Franz Karl auf sein Nachfolgerecht verzichtet, dessen Sohn als Kaiser Franz Joseph I. den österreichischen Thron bestiegen." Die Kunde traf den Reichstag eben so unerwartet, wie sie die Bevölkerung von Olmütz, welche sie einige Stunden früher erfuhr, überrascht hatte und in der ganzen Monarchie das größte Staunen erregte. Gerüchte von der bevorstehenden Abdankung Kaiser Ferdinand's hatte man zwar im Laufe des Sommers öfter vernommen, auch daß die Krone unmittelbar auf seinen Neffen übergehen werde, war das eine und andere Mal laut ge-

*) Brief Radetzky's v. 9. Nov. an den Parlamentsdeputirten Egger. Abgedr. in der A. A. Z. 1848 No. 336.

worden*); da sich dieselben aber stets als unbegründet erwiesen hatten, so hatte man beinahe vollständig an die Wahrscheinlichkeit eines Thronwechsels zu denken vergessen. Jedenfalls glaubte man nicht, daß jetzt, nachdem bereits ein neues Ministerium in Thätigkeit getreten und der Reichstag zu seinen Verfassungsberathungen zurückgekehrt war, ein Thronwechsel beabsichtigt würde, und hielt es für unmöglich, denselben geräuschlos und mit so merkwürdiger Schnelligkeit in das Werk zu setzen. Am 1. December wurde der 18jährige Prinz großjährig erklärt, am folgenden Tage um acht Uhr Morgens in Gegenwart der kaiserlichen Familie, des Ministeriums, des engeren Hofstaates und der aus Wien herbeigerufenen beiden Feldherren Windischgräz und Jellačić die Abdication vollzogen und der Regierungsantritt des neuen Kaisers verkündigt. In der Mittagsstunde reiste bereits Kaiser Ferdinand nach Prag, wo er seitdem still vergnügt, mit Blumenzucht und anderen harmlosen Dingen beschäftigt, als Privatmann lebt.

Die Heimlichkeit bei den Vorbereitungen des Staatsactes, die plötzliche Durchführung desselben reizte natürlich die politische Neugierde und weckte die Lust zu grübeln und an den Vorgang noch allerlei Erträumtes und willkürlich Ersonnenes zu knüpfen. Weil die Armee den Thronwechsel mit großem Jubel begrüßte, so mußte derselbe nothwendig das Werk der Militärpartei und ihrer Führer sein; weil der nächste Thronerbe auf sein Recht verzichtete, so erschienen längere und nicht immer ruhige Verhandlungen im engen Hofkreise, ehe auch diese Angelegenheit geordnet wurde, überaus wahrscheinlich. Vollends in späteren Tagen, als die Verfassung aufgehoben, alle Märzversprechungen zurückgenommen wurden und der strengste Absolutismus waltete, beharrten Viele bei der Meinung, daß die Anhänglichkeit Kaiser Ferdinand's an constitutionelle Formen auf die Thronentsagung mitgewirkt und in der Olmützer Residenz ein heftiger Kampf zwischen großen politischen Gegensätzen stattgefunden habe. Ueber dem Suchen einer recht packenden dramatischen Motivirung des Vorganges vergaß man vollständig seine natürlichen Ursachen. Der Zustand des Kaisers, für die geregelte Führung der Staatsgeschäfte stets beschwerlich, war seit der Revolution geradezu ein Hinderniß der Regierung geworden. Die Rücksicht auf das persönliche Befinden des Kaisers hatte in den ersten Revolutionsmomenten oft zu einer vorzeitigen Nachgiebigkeit verleitet, seine Willensschwäche große Zugeständnisse an das drängende, stürmisch fordernde Volk veranlaßt. Alle Schritte zu Gunsten der Dynastie, alle rettenden Thaten im Interesse der alten Ordnung mußten von einzelnen muthigen Männern auf eigene Verantwortung, ja im Widerspruch mit dem formalen Willen des Souverains vollführt wer-

*) Vgl. die Wiener Zeitungen und auch die Provinzjournale aus den Tagen v. 27. bis 30. Mai.

den. Jetzt freilich hatten dieselben das entschiedene Uebergewicht, jetzt konnten sie auf die Herrschaft im Staate wieder Anspruch erheben; um so gebotener erschien die Berufung auf den deutlichen und festen Willen des Monarchen, der Nachweis vollkommener Uebereinstimmung zwischen ihm und seinen Rathgebern und Stellvertretern. Beides mißlang. Bei jedem Manifeste, das im Namen des Kaisers kundgegeben wurde, erhoben sich Stimmen, welche die Aechtheit bezweifelten, die erzwungene Unterschrift behaupteten. Immer wurde die Krankheit des Kaisers als Vorwand benutzt, um unbequeme Regierungsmaßregeln als erschlichen und ohne Vorwissen des Monarchen getroffen darzustellen. Den Gegenbeweis zu liefern, den Kaiser den Völkern vorzuführen und durch irgend einen öffentlichen Act seine Willensfreiheit darzuthun, verbot nicht allein die Schicklichkeit, es wäre dadurch die Ueberzeugung von seiner Krankheit nur noch gekräftigt worden. So wurde der Monarch ein unfreiwilliger Bundesgenosse der revolutionären Parteien. Am wenigsten konnte, so lange er regierte, der persönliche Dynastencultus, in welchem conservative Kreise die Hauptstütze der guten monarchischen Ordnung erblickten, Stärke und große Verbreitung gewinnen. Durch den Regierungsantritt des nächstberechtigten Erben hätten diese leidigen Verhältnisse keine wesentliche Aenderung erfahren, bei dem allgemeinen Vorurtheile, welches man gegen die Erzherzogin Sophie hegte, die neue Regierung gleich im Anfange alle Popularität verloren. Es war daher nur folgerichtig, daß man gleich weiter griff und den Erzherzog Franz Joseph auf den Thron brachte, welcher zwar überaus jung und unerfahren, doch des festen Willens und der Thatkraft nicht entbehrte, für die Repräsentation der monarchischen Macht sich gut eignete und durch kein Ereigniß der Revolutionsperiode gebunden erschien. Das Letztere fiel namentlich in Bezug auf die ungarischen Verhältnisse entscheidend in die Wagschale.

Die österreichischen Staatsmänner mochten noch so eifrig die Beschränktheit und Gewaltthätigkeit der ungarischen Politik beweisen, noch so bitter über die Ueberhebung der Magyaren klagen, die eine Waffe konnten sie dem Gegner nicht entwinden: Alle magyarischen Forderungen gründeten sich auf die bestimmten Zusagen des Königs, für jede sogenannte Anmaßung, für jeden angeblichen feindseligen Schritt gegen die österreichischen Gesammtinteressen zeigten sie die ausdrückliche Billigung des Monarchen auf. Diese Berufungen auf königliche Eide und zustimmende königliche Rescripte, dieses Berühren von Gewissensfragen peinigte das österreichische Ministerium und bedrohte den Erfolg des Invasionskrieges, zu welchem Windischgrätz die ausgedehntesten Vorbereitungen traf. Noch in der letzten Zeit war diese bedenkliche Seite der Hofpolitik, ihr Widerspruch mit dem feierlich beschworenen königlichen Worte an die Minister ganz nahe herangetreten.

Die ungarischen Bischöfe hielten am 20. October eine Conferenz,

in welcher sie über die Stellung der Kirche zu den politischen Ereignissen beriethen. Mehrere der Versammelten, wie die neuernannten Bischöfe von Csanad und der Zips, der berühmte Historiker Michael Horváth und Jekelfalusy waren persönlich der Revolution zugethan, andere, wie der Erzbischof von Erlau, Lonovics und der Studiendirector Fogarasy wenigstens national gesinnt und den Centralisationsgelüsten der Wiener Regierung abhold; noch andere endlich ließen sich von der Erwägung leiten, daß ein Abfall von der Sache des Volkes das letztere gegen die Kirche feindselig stimmen, dieser alle Macht und jeden ferneren Einfluß rauben würde. Das kirchliche Interesse bestimmte ihre politische Haltung. Mochte sie auch durch ihre Parteinahme für die Revolution die Pflichten gegen den weltlichen Herrscher verletzen, der Billigung ihres Benehmens durch ihre allein legitime Obrigkeit, die römische Curie, konnten sie gewiß sein. Denn nach dem römischen Sittencodex geht, wie die Stellung der Ultramontanen zur Polenfrage beweist, die Rücksicht auf das Wohl der Kirche jeder anderen Verpflichtung voran. Die Frucht der bischöflichen Conferenz war ein Hirtenbrief, welcher zur Vertheidigung des bedrohten Vaterlandes aufforderte, den strengsten Gehorsam gegen die ungarischen Behörden empfahl und zu Gebeten für den Sieg der ungarischen Waffen, für die Erleuchtung der verblendeten Feinde mahnte. Damit nicht zufrieden richteten die Bischöfe (28. Oct.) eine Repräsentation an den König und sandten als ihre Deputirten Lonovics und Fogarasy an das Olmützer Hoflager. Auch diese Repräsentation begann mit dem Zweifel, ob der König wohl über die wahre Sachlage genau unterrichtet sei, bestritt die Möglichkeit, daß der „Aufruhr der Serben und Kroaten", die Angriffe auf die freie Verfassung Ungarns mit Zustimmung des Fürsten geschehen, behauptete den schnöden Mißbrauch des königlichen Namens und fragte, „wer wird der königlichen Majestät die ursprüngliche Reinheit zurückgeben, wenn sie einmal in den Schmutz der verderblichsten Leidenschaften hinabgerissen würde, wer den Glauben und das Vertrauen in das Wort des Fürsten und den Eid des Königs wieder herstellen?" Sie schloß mit folgenden Worten: „Wir hoffen, daß Ew. M., eingedenk des Schwures, den Sie so oft und feierlich bekräftigten, die furchtbare Verantwortlichkeit von Ihrer königlichen Person abwenden werden, die ein so unheiliger und blutiger Krieg auf Ihren Thron häuft, und daß E. M. jenes Gewebe niedriger Falschheit zerreißen werden, mit welchem verderbliche Rathgeber Sie umstrickt halten."

Der Umgebung des Kaisers gelang es, die Mission der bischöflichen Abgeordneten zu durchkreuzen. Lonovics, an dem Erfolge verzweifelnd, reiste von Olmütz ab, ehe er eine Audienz erlangt hatte; Fogarasy, von zäherer Natur, erbat sich endlich das Gehör des Fürsten, durfte aber die „Tagespolitik" in der Unterredung mit dem Kaiser nicht berühren, mußte sich mit der gnädigen Frage, wie weit der Bau der Pesther Kettenbrücke

gediehen sei, genügen lassen. Die Gefahr war auch dieses Mal glücklich beseitigt, konnte aber in der nächsten Zeit wiederkehren. Solche Scenen sollten am Hofe überhaupt nicht mehr vorkommen, darin stimmten Hofleute und Staatsmänner überein; das einzige Mittel, der Wiederholung vorzubeugen, war der Regentenwechsel. Die starren Anhänger des ungarischen Staatsrechtes konnten freilich auch dadurch nicht bekehrt werden. Diese hielten an der Ansicht fest, daß der König von Ungarn nur mit Wissen und unter Mitwirkung des Reichstages der Krone entsagen könne, daß der neue König gleich nach seinem Regierungsantritte die Stände einberufen müsse und erst durch Inauguraldiplom und Krönung seine souveraine Macht volle rechtliche Geltung erlange.*)

In den Augen der weniger Kundigen gewann aber die Regierung mannigfache Vortheile. Die rechtmäßige Berufung des Erzherzog Franz Joseph auf den kaiserlichen Thron stand unzweifelhaft fest. Da aber nun mit der Kaiserkrone jene des heiligen Stephan unwandelbar verbunden ist, so trat der Kaiser an demselben Tage, an welchem er österreichischer Herrscher wurde, auch die Regierung in Ungarn an. Die feinen Unterschiede des ungarischen Staatsrechtes zwischen dem blos factischen und dem gesetzlich gekrönten Könige erschienen den gangbaren politischen Anschauungen außerhalb Ungarns wenig verständlich, wie denn überhaupt die übermäßige Betonung der Krönung, des Inauguraldiplomes Vielen als eine mittelalterliche Schrulle galt. Bisher konnte der ungarische Reichstag und seine Führer mit dem Namen des Königs alle Ansprüche rechtfertigen, wollte er die letzteren auch jetzt verfolgen, so blieb ihm kein anderer Ausweg übrig, als die Bestreitung des Thronrechtes des thatsächlich regierenden Kaisers; ob ihm auch dann noch die ganze Nation unbedingt anhängen werde, darüber herrschten in den leitenden österreichischen Kreisen große Zweifel. Jedenfalls erschwerte der Thronwechsel die Lage Ungarns und erleichterte die Pläne des Ministeriums, welches sich und Andere der Täuschung hingab, die von dem früheren Herrscher eingegangenen Verpflichtungen bänden den Nachfolger nicht, und nun von der Furcht befreit, der Fürst würde zur Unzeit an seine Eide und feierlichen Versprechungen erinnert werden, die absolute Staatseinheit, den Bruch mit dem vielgliedrigen Reichswesen offen verkündigte. In der Proclamation des neuen Kaisers heißt es: „Fest entschlossen, den Glanz der Krone ungetrübt zu erhalten, aber bereit, Unsere Rechte mit den Vertretern Unserer Völker zu theilen, rechnen Wir darauf, daß es mit Gottes Beistand und im Einverständniß mit den Völkern gelingen werde, alle Länder

*) Daß den staatsrechtlichen Formen nicht vollkommen Genüge geleistet, wurde zwölf Jahre lang hartnäckig bestritten, erst im J. 1861 anerkannt, wo dem ungarischen Landtage die Abdicationsurkunden zur Immatriculirung in das Gesetzbuch übergeben wurden. Deák konnte daher in seiner berühmten Adresse mit Recht über verhängnißvolle Formfehler Klage führen.

und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper zu vereinigen."

Das war mehr als ein Ministerprogramm, welches mit jedem Cabinetswechsel geändert wird, das war die Verkündigung einer neuen Verfassung, welche von dem historischen Oesterreich, wie es bis zu den Märztagen bestanden und wie es sich auch nach dem Märze noch die Führer der Revolution gedacht, nur wenige Formenreste übrig ließ. Das Schicksal Ungarns wurde durch das kaiserliche Manifest endgiltig entschieden. Es mußte durch Waffengewalt unterworfen, geradezu für Oesterreich neu erobert werden. Wie sich aber die Regierung zu dem Kremsierer Reichstage stellen werde, darüber herrschte eine große Unklarheit. Die Organisation des Reichstages hatte noch den Dualismus des Reiches zum Ausgangspunkte, setzte die Selbständigkeit der ungarischen Kronländer voraus und schränkte seine Wirksamkeit außer auf Galizien, Istrien und Dalmatien auf die deutschen Bundesprovinzen ein. Es war schon vom Uebel, daß die Gewalt des Ministeriums weiter reichte, als die Macht des Reichstages, das erstere nur für die kleinere Hälfte des Reiches dem Parlamente Rede und Antwort stand und die sogenannte Verantwortlichkeit der Regierung nur für einzelne Provinzen galt; wie sollte man es aber mit der Verfassung halten, welche der constituirende Reichstag entwarf, zunächst nur für die im Reichstage vertretenen Provinzen feststellen konnte? Die feierlich proclamirte Einheit des Staates war wieder aufgehoben, wenn verschiedene Grundgesetze in demselben herrschten; auf der anderen Seite durfte aber der Reichstag nicht willkürlich über Länder, welche in demselben unvertreten waren, verfügen, er durfte nicht einmal die Regierung auffordern, die für die eine Hälfte des Reiches entworfene Verfassung der andern zu octroyiren, da ja dadurch das Recht des eigenen Daseins gefährdet wurde. War es billig, die Volkssouverainetät in den ungarischen und italienischen Provinzen zu mißachten, mit welchem Rechte verlangte man die Achtung derselben in den deutsch-slawischen Ländern? Da zeigte sich zum ersten Male deutlich die Verblendung der Männer, welche die Verlegung des Reichstages nach Kremsier angerathen hatten. Ueberall in der Welt verhandelte man über diese Lebensfrage des Reichstages, prüfte die Bedingungen der Fortexistenz desselben, untersuchte die Möglichkeit des Bestandes eines gesammtösterreichischen Ministeriums und eines halbösterreichischen Reichstages neben einander. Nur in Kremsier selbst, diesem Isolirschemel der Volksvertreter, wußte man nichts von der entscheidenden Wendung der Dinge, hielt abergläubisch an der Unveränderlichkeit der politischen Verhältnisse fest und berieth, als ob Oesterreich sich noch im Wonnemonde der Revolution befände, — die Grundrechte.

Die unveräußerlichen und angeborenen Rechte des Menschen festzustellen, die unverrückbaren Linien zu ziehen, welche die Machtsphäre des Staates von dem Freiheitskreise des Individuums scheiden, galt in allen

constituirenden Versammlungen des Jahres 1848 als der wichtigste Theil ihrer Aufgabe. Die Berathung der Grundrechte kostete überall die meiste Zeit und — brachte die geringsten Früchte. Die Grundrechte konnten keine praktische Geltung erringen, weil sie den Staat nur als eine lästige Schranke der einzelnen freien Persönlichkeit auffaßten. Dieser Irrthum war bei der Jämmerlichkeit der politischen Verhältnisse vor dem Ausbruche der Revolution wohl begreiflich, nicht minder natürlich mußte es aber dann auch erscheinen, daß, nachdem sich die Leidenschaft gelegt hatte, die staatlichen Mächte wieder erstarkt waren, die Grundrechte ohne große Mühe beseitigt wurden. Dieselben konnten auch in das Fleisch und Blut des Volkes nicht übergehen, weil sie vielfach über die politische Sitte hinausschritten, als deren einfacher Ausdruck sie sich doch eigentlich kundgaben. Sie machten Anspruch im Bewußtsein des Volkes zu wurzeln, fanden darin ihre wesentliche Kraft und ihren wichtigsten Schutz und blieben theilweise der Volksmasse unverständlich, widerstrebten, wie die Civilehe, gangbaren Vorurtheilen, oder gestatteten, wie das Grundrecht der freien Kirche, eine so vieldeutige Auslegung, daß das vermeintliche Recht in wildem Parteizanke begraben wurde.

Man konnte von dem österreichischen Reichstage nicht erwarten, daß er reifer und bedächtiger über diese Dinge denken würde als die anderen Parlamente. Schon die Eifersucht gegen die Frankfurter Nationalversammlung, der Wunsch, den Oesterreichern mindestens das Gleiche an Freiheiten und Rechten zu bieten, als die Deutschen vom Frankfurter Parlamente empfangen, zwang die Grundrechte in Berathung zu ziehen. Der erste Entwurf wurde noch in Wien von einer engeren Commission, aus den Deputirten Goldmark, Hein und Rieger bestehend, ausgearbeitet. Man merkte ihm auch die demokratische Wiener Luft deutlich an. Kühne theoretische Lehrsätze wurden gebaut: „Die Herrschaft des erkennbaren Volkswillens ist ein angeborenes und unveräußerliches Recht des Volkes. Die Regierung besteht nur durch die Autorität desselben.“ Schonungslos wurden die scheinbar ehrwürdigsten Institutionen aus dem socialen Boden gerissen: es sollte fortan in Oesterreich keinen Adel, keine Fideicommisse, keine privilegirte Kirche geben, dagegen verlieh der Entwurf jedem einzelnen Oesterreicher das ausgedehnteste Petitions-, Associations- und Waffenrecht und schenkte ihm eine kaum beschränkte Preßfreiheit. Er vergaß über dem Großen auch das Kleine nicht. Besonders auf Rieger's Andrängen wurde dem Paragraphen, welcher von der Unverletzlichkeit der Wohnung handelt, der Zusatz angefügt, daß die Soldateneinquartierung in einem Privathause unzulässig sei, und dieses Verbot durch die Rücksicht, die man der Moralität der Bauernmägde schulde, begründet. So viel Einsicht in die thatsächlichen Verhältnisse besaß die Mehrheit der Abgeordneten, um zu merken, daß die Wiener Vorlage in Kremsier einer gründlichen Umänderung bedürfe. Im größeren Verfassungs-

ausschusse bemühten sich die verständigeren und älteren Männer mit Erfolg die Ueberschwänglichkeit des ersten Entwurfes zu mildern und die übrigens ziemlich flachen theoretischen Sätze aus demselben zu entfernen. Ihre Bestrebungen wurden von den Abtheilungen und den Clubs fortgesetzt, in welchen über die Grundrechte in den letzten Decemberwochen eifrig verhandelt wurde.*) Auf die Weise hoffte man in den öffentlichen Kammerverhandlungen allzuschroffen Gegensätzen auszuweichen und dem Vorwurfe des Ministeriums, daß man einem unreifen Radicalismus huldige, zu entgehen. Der eine wie der andere Glauben erwies sich als Täuschung.

Durch Neuwahlen waren einzelne Heißsporne der Loyalität in den Reichstag gekommen, welche jede Gelegenheit benutzten, der Versammlung ihre politischen Sünden vorzuhalten, in jedem Reichstagsbeschlusse die revolutionäre Absicht witterten und die Grundrechte wegen ihrer unpatriotischen Fassung schlechthin verwarfen. Auch in den Regierungskreisen zeigte sich der Umschlag der Stimmung täglich deutlicher. Ueber die eigentliche Richtung des Ministeriums belehrte der Entwurf eines Gemeindegesetzes, welcher (14. December) unter die Deputirten zur Prüfung vertheilt wurde. Die Rechte erschrak über die schroffe Centralisation, die unmittelbare Unterordnung der kleinen Kreisgemeinden unter das Ministerium mit Uebergehung der Provinzialbehörden, die Linke ereiferte sich über die Wiedereinführung mehr oder weniger privilegirter Bürgerclassen und protestirte gegen die engherzigen Absperrungsgelüsten gewährte Gunst, welche selbstsüchtige Bauern befriedigen mochte, aber mit dem Bekenntnisse des Ministerprogrammes: „die freie Gemeinde ist die Hauptstütze des freien Staates" in grellem Widerspruche stand. Die scharfe Verurtheilung dieses Entwurfes, die verächtliche Behandlung, welche Helfert's mit Vorwissen Stadion's ausgearbeitetes Gegenproject zu den Grundrechten erfuhr, erweiterte die Kluft zwischen dem Reichstag und der Regierung. Wäre auch das Ministerium einer Verständigung zugänglicher gewesen, so überwog doch die Rücksicht auf die Militärpartei, welche auf die Entschlüsse der Regierung stark drückte und eine allzugroße Nachgiebigkeit gegen die „Handvoll Taugenichtse" wie der gebildetste österreichische General den Reichstag titulirte**), gewiß nicht geduldet hätte. Am heftigsten

---

*) Durch das Clubwesen unterschied sich der Kremsierer Reichstag wesentlich von dem Wiener. Es bestand ein slawischer Club mit einer besonders scharf ausgebildeten Organisation, ein Club der Linken, von welchem sich aber die Polen in vielen Verfassungsfragen trennten, ein Verein der Deutsch-Oesterreicher, der jedem Uebergriffe der nichtdeutschen Nationalitäten entgegentreten, aber freilich den Anschluß an Deutschland nur, soweit die Souverainetät Oesterreichs nicht gefährdet würde, bewirken wollte. Klagen über Clubterrorismus tauchten häufig auf, durch die Gebundenheit der Mitglieder an die Clubbeschlüsse wurde häufig die öffentliche Debatte ein leeres Spiel. Gegenüber der Zerfahrenheit, die in Wien herrschte, erscheint aber jedenfalls die festere Gliederung der Parteien als ein Fortschritt.

**) Schönhals, Erinnerungen eines österreichischen Veteranen II. S. 120.

polterte dieselbe gegen das Princip der Volkssouverainetät, gegen den §. 1 der Grundrechte: „Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus und werden auf die in der Constitution festgesetzte Weise ausgeübt." Seltsam genug nahm sich jener Grundsatz in einem Staate aus, dessen größere Hälfte nur durch Waffengewalt gegen den deutlich ausgesprochenen Volkswillen vom Abfalle zurückgehalten werden konnte. Auf der anderen Seite hielt es für den Reichstag schwer, einen Grundsatz zu verleugnen, dessen Verkörperung die constituirende Versammlung selbst war. Die slawische Reichstagsrechte sann auf einen Ausweg und empfahl die Volkssouverainetät aus den Grundrechten zu streichen, dieselbe dagegen in irgend einem heimlichen Winkel der Verfassung unterzubringen. Auf diese Art hoffte sie, dem Liberalismus gerecht zu werden, ohne die Regierung zu verletzen. Die letztere ging aber auf das Vertuschungsgeschäft nicht ein, sie verlangte einen vollständigen offenen Bruch mit dem Grundsatze der Volkssouverainetät und entschloß sich zu einem unmittelbaren Angriffe gegen den verhängnißvollen ersten Paragraphen.

Am 4. Januar 1849, ehe die Generaldebatte über die Grundrechte eröffnet wurde, bestieg Stadion die Tribüne und gab im Namen des Ministeriums eine feierliche Verwahrung ab „gegen eine Theorie, unter deren Banner die Begriffe der Menge verwirrt, das Blut des edlen Grafen Latour vergossen wurde." „Nicht die Volkssouverainetät, sondern das erbliche monarchische Recht ist in Oesterreich die unveräußerliche Quelle der obersten Gewalt, in einer constitutionellen Monarchie erscheint es überhaupt unzulässig, den Ursprung der Regierungsgewalt neu festzustellen, die bestehende von einer neuen Bestätigung abhängig zu machen. In der Anerkennung des Satzes: Alle Gewalt geht vom Volke aus, erkennt das Ministerium einen Eingriff in die unwandelbaren Grundlagen des monarchischen Principes." Welchen Sinn sollten die Abgeordneten dieser Erklärung unterlegen? Das Ministerium wußte, daß der §. 1 von der Majorität beseitigt würde, und besaß, wenn es auf die Abstimmung Einfluß üben wollte, hinreichende Muße, im Verlaufe der Debatte seine Meinung kundzugeben. Daß es dieses vor dem Beginne der letzteren that, bewies, daß es die Berathung überhaupt zu hindern wünsche, in der Erörterung des Grundsatzes der Volkssouverainetät bereits einen Act von Hochverrath erblicke. So faßte in der That die Mehrheit die Erklärung Stadion's auf. Die Debatte über die Grundrechte wurde auf den Antrag Szabel's (aus dem Centrum) verschoben, bis der Reichstag den Inhalt und die Bedeutung der ministeriellen Erklärung sich klar gemacht hätte.

Große Aufregung herrschte in den parlamentarischen Clubs. Fügte man sich der Zumuthung des Ministers und strich den §. 1 aus den Grundrechten, nicht weil man von seiner Unrichtigkeit überzeugt war, sondern weil es die Regierung also wollte, so konnte man der Wiederholung des kategorischen Imperativs vor der Berathung eines jeden sol-

genden Paragraphen gewiß sein. Dann berieth und beschloß nicht der Reichstag die Verfassung, sondern das Ministerium dictirte dieselbe, dann konnte überhaupt von einer parlamentarischen Wirksamkeit nicht füglich mehr die Rede sein. Widerstand man der Versuchung, beharrte man bei dem Rechte des Reichstages, selbständig zu berathen und zu beschließen, so mußte man die Auflösung der widerspenstigen Versammlung gewärtigen. In jedem Falle erschien das Leben des Reichstages bedroht. Besonders gereizt war die Stimmung im slawischen Club und unter den czechischen Abgeordneten, welche auf die Dankbarkeit des Ministeriums gerechnet, in den schwierigen Octobertagen die Dynastie gestützt, die Regierung gehalten hatten, und nun als Lohn ihrer Loyalität eine so schimpfliche Behandlung erfuhren. Sie hatten sich als die unentbehrlichen Bundesgenossen des Ministeriums betrachtet, mit Stolz von ihrem entscheidenden Gewichte gesprochen; begreiflicher Weise befriedigte sie nicht die Rolle eines untergeordneten Werkzeuges, welches nach dem Gebrauche ruhig bei Seite gesetzt wird. Nicht einmal die Genugthuung genossen sie, einen Stammgenossen und Parteiverwandten im Cabinete zu wissen. Es saß zwar daselbst seit dem 2. December ein croatischer Edelmann als Minister ohne Portefeuille, man könnte sagen ohne Sitz und Stimme. Baron Kulmer's Ernennung war kein Zugeständniß an die Slawen, sondern ein leeres Compliment, den conservativen croatischen Magnaten gespendet; selbst ohne persönliche Bedeutung vertrat er eine Menschenclasse, deren Einfluß auch in der engeren Heimat gebrochen war. Aus dem Heiligthum der Regierung — durch eigene Schuld — verwiesen, suchten die Czechen seitdem in dem Glanze ihres parlamentarischen Wirkens Ersatz. Da sie nicht unmittelbar im Rathe des Fürsten herrschen konnten, so wollten sie mittelbar durch den Reichstag den Staat mit regieren. Eine Verkümmerung des letzteren traf daher ihre Partei am härtesten.

Im Schooße des slawischen Clubs wurden zuerst die Schritte zur Abwehr berathen und ein Protest gegen die ministerielle Erklärung beschlossen. Abgeordnete desselben begrüßten den Club der Linken, welche freudig auf das angebotene Bündniß einging, und nach Kräften die Oppositionslust der Czechen nährte. Auch mehrere Mitglieder des Centrums zeigten sich bereit, einen Antrag, welcher die Unabhängigkeit der Kammer sicherte, zu unterstützen, die überwiegende Majorität des Reichstages, mit Ausnahme der Beamten, der ruthenischen Bauern und der Tiroler alle Parteien vereinigten sich unter einer gemeinsamen Fahne. Der Reichstag lebte einige Tage lang einen schönen Traum. Die Geschäftigkeit in den Clubs und den Privatversammlungen gab den Schein, als ob wirkliche Thaten vorbereitet würden, das gespannte Interesse aller Deputirten auf den Ausgang des Kampfes weckte den Glauben, daß im Ernste das Schicksal Oesterreichs von den Beschlüssen des Reichstages abhänge. Es trat

der Mißmuth und der Zweifel zurück, es hob sich der Muth und das Selbstbewußtsein, es tauchte die Hoffnung auf, als würde denn doch trotz aller Hindernisse Kremsier sich als ein Mittelpunkt der politischen Welt geltend machen. „Kremsier, schrieben die Deputirten an ihre Freunde, feierte heute, am 8. Januar, einen Festtag. Der Reichstag hat seine alte Würde, das Gefühl seiner Macht wieder gewonnen.“ Leider stimmte der Kremsierer Kalender mit dem in der profanen Welt üblichen nicht überein. So guten Grund die kleine Reichstagsgemeinde hatte, den 8. Januar festlich zu begehen, außerhalb Kremsier, wo andere Interessen walteten und das Vorurtheil gegen die nachhaltige Kraft des Reichstages herrschte, sah man in dem 8. Januar einen gewöhnlichen Werktag.

An diesem Tage wurde im Namen von 178 Deputirten ein dringlicher Antrag vorgelegt, der Reichstag möge die Erklärung Stadion's als eine „unwürdige Beirrung der freien Meinungsäußerung“ zurückweisen. Der Abgeordnete Pinkas war vom slawischen Club auserſehen worden, den Antrag zu begründen. Durch Alter und Stellung die Meisten seiner Genossen überragend, erfreute er sich auch eines großen Vertrauens bei den anderen Parteien. Seine praktischen Anschauungen vom Staate näherten ihn dem Centrum, seine Zugänglichkeit für rein politische Gedanken, im Gegensatze zu den von nationalen Vorurtheilen arg befangenen Czechen, befreundete ihm die Deutschen. Die Wahl dieses Mannes zum Sprecher sicherte in hohem Grade den Erfolg des Antrages, wie sie auch auf der anderen Seite das Gewicht, welches man auf die Sache legte, andeutete. Sie erschien so wichtig, daß sogar der Präsident des Reichstages — seit dem 22. Dec. wieder Strobach — auf sein Vorrecht der Neutralität verzichtete und „im Interesse der Aufrechthaltung der freien Debatte“ dem Antrage sich anschloß. An seiner Stelle leitete der Vicepräsident Doblhoff die Debatte. Pinkas schilderte in kurzer kräftiger Rede, wie unvereinbar die Ministererklärung mit den kaiserlichen Zusagen v. 16. Mai und 6. Juni 1848 sei, wie dieselbe das Wesen des constituirenden Reichstages verletze, mit schnöden Verläumdungen ohne jeden Grund denselben überhäufe und eine ehrliche loyale Gesinnung förmlich verhindere. Denn welchen Werth könne man einer Abstimmung zuschreiben, die unter dem Einflusse einer unmittelbaren harten Drohung erfolgt? Als er mit den Worten schloß: „Mag jetzt die Existenz dieser Kammer verloren sein, so ist doch ihre Ehre gerettet,“ ertönte ein stürmischer allgemeiner Beifall. Mit 196 Stimmen gegen 99 wurde der Antrag angenommen. Und dennoch feierte der Reichstag keinen Triumph. Es schwächte die Wirkung des Reichstagsprotestes in den weiteren Kreisen gar sehr ab, daß derselbe ausdrücklich nicht als ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium bezeichnet wurde. Als man vollends die Verwerfung des §. 1, an dessen Berathung man noch am 8. Januar schritt, erfuhr, fragte man erstaunt nach dem Grunde eines so heftigen Angriffes

gegen das Ministerium, wenn sich doch schließlich der Reichstag mit ihm einverstanden erklärte. Wer die tapferen Reden, die zu Gunsten der Volkssouverainetät gehalten wurden, hörte, den Beifall sah, der eine jede derselben begleitete, wer bemerkte, wie schüchtern die Gegner auftraten, zu welchen krummen Beweisführungen sie ihre Zuflucht nahmen, mußte überzeugt sein, daß der Grundsatz der Volkssouverainetät beinahe die ganze Versammlung zu Anhängern zählte. Dennoch wurde derselbe, wenn auch nur indirect, verworfen, der Antrag nemlich mit großer Majorität angenommen, daß der §. 1 als nicht zu den Grundrechten gehörig wegzulassen und der Constitutionsausschuß mit einer neuen Redaction desselben zu betrauen sei. Der Minister Bach konnte also mit Recht am 11. Januar den Reichstag dafür beloben, daß derselbe durch seinen Beschluß „das Princip, welches das Ministerium in seiner Erklärung v. 4. Jan. ausgesprochen, bestätigt habe."

Seitdem die Einmischung des Ministeriums in die Debatte so übel vermerkt wurde, hielt sich das letztere von den Sitzungen des Reichstages gänzlich fern. Ab und zu reiste Stadion auf einige Stunden nach Kremsier, um die angehäuften Interpellationen in Bausch und Bogen zu beantworten; für gewöhnlich vertrat der Minister der Landwirthschaft, Ritter Thinnfeld, allein das Cabinet, durch sein ewiges Spiel mit der Papierscheere ein ergötzliches Bild für die Umgebung. Ruhig und unbehindert durch ministerielle Erklärungen berieth der Reichstag die folgenden Grundrechte.

In der Heimat der Lichtensteine und Schwarzenberge, in dem Lande, wo sich das Wörtchen von vor jedem bürgerlichen Namen längst eingebürgert hatte, stand eine billige Beurtheilung des Adels zu erwarten. Der schroffe politische Gegensatz, in welchem sich alte und junge Adelsgeschlechter zu der großen Volksmasse gestellt hatten, ließ jedoch die unbefangene Würdigung des Adelsinstitutes nicht aufkommen. Der Reichstag fand sogar den Antrag des Ausschusses: „Alle Standesvorrechte, auch jene des Adels, sind abgeschafft", nicht kräftig genug und bestimmte mit großer Majorität, daß „Adelsbezeichnungen jeglicher Art vom Staate weder verliehen noch anerkannt werden." In ähnlicher Art weckte die Erinnerung an die schlimmen Dienste, welche Ausländer dem österreichischen Staate erwiesen hatten, der Aerger über die zahlreichen fremden Söldner in den Kanzleien und in der Armee, die Lust, Ausländer überhaupt vom österreichischen Staatsdienste auszuschließen. Es mußte in der That als zweideutige Ehre für Oesterreich gelten, daß jeder Convertit und Renegat daselbst goldene Früchte ernten wollte, daß es keinen Junker von noch so zweifelhaftem Herkommen und so beschränktem Verstande gab, der sich nicht gut genug dünkte, eingeborene österreichische Männer commandiren zu können. Diese Fremden halfen nicht allein bereitwillig jede Freiheitsregung im Innern zu unterdrücken und in der Armee den volksfeindlichen Geist zu erhalten, sondern brachten auch, da man nach ihnen die

echten Oesterreicher beurtheilte, die letzteren in einen schlechten Leumund. Nur mit Mühe gelang es dem Einflusse einzelner Besonnenen, welche vor der Gefahr einer vollständigen Absperrung warnten, die Nothwendigkeit z. B. der Berufung fremder Gelehrten betonten, daß der Reichstag die Ausnahmen von dem allgemeinen Verbote durch ein besonderes Gesetz zu regeln versprach. So wurde ein Stein nach dem andern zu dem Baue des neuen öffentlichen Rechtes gefugt. Es folgte (seit dem 19. Januar) die Berathung über eine österreichische Habeas-corpus-Acte, über die Aufhebung jeglicher Ausnahmsgerichte, über die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens und die Einsetzung der Jury bei Beurtheilung von Strafsachen, über die Unverletzlichkeit des Hausrechtes und Briefgeheimnisses, über die Freizügigkeit von Personen und das Petitions- und Versammlungsrecht. Man kann nicht sagen, daß über alle diese Materien wesentlich neue Gedanken wären zu Tage gefördert oder der gangbare Durchschnitt der politischen Rhetorik überragt worden. Die Debatte bewegte sich genau in denselben Geleisen, welche auch in anderen Parlamenten die Berathung über die Grundrechte durchschritt. Dagegen überraschte die Einstimmigkeit der Beschlüsse, der ehrliche Eifer aller Parteien, dem Volke nicht allein ein großes Maß von Freiheiten zu gewähren, sondern auch ihren Genuß gegen mögliche Anfechtungen der Regierungsgewalt zu schützen. Man hatte weder den Abgeordneten den Muth zugetraut, so mannhaft für die Volksrechte einzustehen, noch auch den Glauben gehegt, daß das sachliche Interesse die Parteiwirren so vollständig werde zurücktreten lassen. Dadurch hob sich der Reichstag in der öffentlichen Meinung. Die Wiener Journale freilich fuhren fort, denselben als einen neuen Kain darzustellen, und die Frage: Wo ist Latour? an ihn zu richten, in dem Armeekreise wurde er als eine Versammlung, wo Alles, nur nicht Macht, Besitz und Intelligenz vertreten ist, geschildert, der Domprediger Veith schimpfte ihn von der Kanzel herab eine Fleckenreinigungsanstalt, der es aber nicht gelingen werde, den Flecken vom 6. October zu tilgen, die Militärbehörde forderte zu Mißtrauensvoten gegen angesehene Deputirte auf. Doch außerhalb der reactionären Wiener Kreise stieg das Vertrauen in den Reichstag. Es war für das sittliche Gefühl wohlthuend, daß er in demselben Augenblicke mit großer Majorität die Todesstrafe abschaffte, in welchem die Begnadigungen zu Pulver und Blei in Wien auf der Tagesordnung standen, es stärkte das Rechtsbewußtsein, daß er durch seine Vota wenigstens gegen die Gewaltherrschaft in der Hauptstadt protestirte. Das Interesse und die Achtung mehrte sich noch, als der Reichstag (12. Februar) die Kirchenfrage in Angriff nahm.

Das alte absolute Regiment hatte es glücklich dahin gebracht, daß Kleriker und Gemeinden, Kirchlichgesinnte und Liberale gleichmäßig den herrschenden Zustand unerträglich fanden. Die Bischöfe wußten der Re-

gierung nur geringen Dank für den thatsächlichen Schutz, welchen dieselbe den katholischen Privilegien angedeihen ließ, da sie ihn mit der Anerkennung der staatlichen Machtvollkommenheit auch in kirchlichen Dingen bezahlen mußten; die Gegner der katholischen Hierarchie freuten sich nicht über die strenge Zügelung der kirchlichen Gewalten, da dieselbe doch nicht der Freiheit zu Gute kam. Die Polizei besorgte die Interessen der Kirche. Sie nahm den gehässigen Druck einer lieblosen Staatskirche von den Gemüthern nicht weg, nährte die Erbitterung gegen die Träger des religiösen Glaubens, ohne sich die letzteren zu verpflichten. Juden und Protestanten klagten über schnöde Behandlung, aufgeklärte Katholiken über unnatürlichen Zwang, die Fanatiker über unbillige Bevormundung. Kurz vor der Revolution erreichte die Verstimmung den höchsten Grad. Die ultramontane Partei gewann sichtlich an Einfluß. In höfischen Kreisen bemerkte man eine zunehmende Neigung zu jesuitischem Wesen, bei den Behörden eine deutliche Scheu, die josephinischen Traditionen in der üblichen Weise festzuhalten. Die Ansprüche der Kirche steigerten sich, die Conflicte mit den Laien wurden zahlreicher, die Regierung verstrickte sich immer mehr in Widersprüche und wußte keinen Rath, wie sie kirchenfreundliches Wesen mit rationalistischen Formen vereinigen sollte. Aus der unheimlichen Spannung erlöste endlich die Märzrevolution. In jedem anderen Interessenkreise hielten sich Furcht und Hoffnung das Gleichgewicht, in Bezug auf die kirchliche Politik erwarteten alle Parteien nur die Besserung der bestehenden Verhältnisse. Die gebildeten Classen harrten der Gleichstellung aller Bekenntnisse, der Zurückweisung der unberechtigten Ansprüche der katholischen Kirche auf die Herrschaft im Staate und in der Schule, der niedere Klerus sah zuversichtlich einer Hebung seiner materiellen Lage, seiner Befreiung von oberhirtlicher Willkür entgegen, die Bischöfe hofften im Namen der freien Kirche in den Vollgenuß ihrer kanonischen Macht zu kommen. Die Agitation begann in den Kreisen des niederen Klerus. Zuerst wurden die Abzeichen des geistlichen Standes in der Tracht abgelegt, welchem Wagnisse Einzelne den kühnen Schritt nachfolgen ließen und aus dem Kloster oder Pfarrhause in die profane Welt überhaupt zurücktraten, dann wurden in den Zeitungen die wünschenswerthen Reformen besprochen, wie die constitutionelle Freiheit auch in der Kirche eingebürgert werden könne, erörtert, endlich Versammlungen abgehalten, um ein festes Programm zu entwerfen und insbesondere den Zusammentritt der Synoden vorzubereiten.*) Auf die letzteren

*) Die interessantesten geistlichen Versammlungen waren jene, welche in Prag am 18. und 22. Mai unter dem Vorsitze des Seminardirectors Nahlowsky abgehalten wurden, wie überhaupt in Böhmen die kirchliche Gährung sich am stärksten kenntlich machte. Ein vortrefflicher Aufsatz in der const. Prager Zeitung (27. April), von einem jungen Geistlichen geschrieben, hatte dem Klerus die Fähigkeit, selbständig die kirchliche Reform durchzuführen, abgesprochen und namentlich den geringen Nutzen der Synoden

legten die gemäßigten Liberalen unter dem niederen Klerus das Hauptgewicht, sie stießen ebensowohl bei den radicalen Klerikern, und deren Zahl war vom März bis zum Mai 1848 keine geringe, wie bei den Kirchenvorstehern auf hartnäckigen Widerspruch, fanden weder rechts noch links Unterstützung, und ließen, theils eingeschüchtert, theils gleichgiltiger geworden, bald die Agitation fallen. Sie wurde von den Bischöfen aufgenommen.

Von dem ersten Schrecken ermannt, durch das Beispiel der deutschen Amtsbrüder ermuntert, von der Gefahr längeren Stillschweigens überzeugt, stellten die österreichischen Bischöfe in den letzten Monaten des Jahres 1848 ihre Forderungen zusammen und überreichten sie, da „leider" die katholische Kirche als solche keine Vertretung im Reichstage gefunden, als Adresse dem letzteren.*) Diese Forderungen lauteten überraschend gleichförmig. Aehnlich wie die in Würzburg versammelten deutschen Bischöfe widerstrebten die österreichischen Kirchenfürsten der beabsichtigten Trennung der Kirche vom Staate, d. h. protestirten gegen die Gleichstellung mit den anderen ketzerischen Bekenntnissen. Jedenfalls verlangten sie für die katholische Kirche absolute Freiheit und Selbständigkeit, damit nicht das Entsetzliche geschehe und jene etwa mit einem „akatholischen oder jüdischen Cultusminister in Berührung komme." Die besonderen Forderungen folgen mit Nothwendigkeit aus dem constitutionellen Rechte. Die Verfassung ist ein leerer Schall, wenn der „heiligen" Kirche nicht jene „Rechte und **Prärogative** erhalten bleiben, welche sie nach göttlicher Anordnung und den kanonischen Satzungen zu genießen hat, das

---

betont. Dadurch kam in die geistlichen Kreise eine große Aufregung und um zu zeigen, daß der Klerus nicht nur den Muth, sondern auch die Kraft habe, Reformen einzuleiten, wurde von Nahlowsky eine Priesterversammlung einberufen. Auch in diesem ganz und gar loyalen Kreise galt es als selbstverständlich, daß der Katholicismus sich der modernen Bildung enger anschließen und einer Reihe von Irrthümern und Mißbräuchen entsagen müsse. Empfohlen wurde die Einführung der Landessprache in der Liturgie, die Aufhebung des Cölibats, die freie Wahl der Pfarrer und Bischöfe unter Mitwirkung der Gemeinde, die Decentralisation der kirchlichen Verfassung durch Vermehrung der Bisthümer und eine billigere Vertheilung der Benefizien. Aber bereits in der zweiten Versammlung wurden die meisten Vorschläge widerrufen und auf den Befehl des Erzbischofes jede weitere Erörterung so kitzlicher Dinge unterlassen.

*) Die wichtigsten Episkopaladressen waren das Memorandum des Episkopates der mährischen Kirchenprovinz, das beinahe gleichlautende des Salzburger Erzbischofes, die Adresse der küstenländisch-krainischen Kirchenprovinz, die Antwort des böhmischen Episkopates auf die Frage: Welches ist das Verhältniß zwischen Staat und Kirche, insoweit es das eigentliche Kirchenregiment betrifft? wozu später die Proteste des Erzbischofes von Wien, des Erzbischofes von St. Pölten und des Linzer Katholikenvereins gegen die Grundrechte traten. Im Texte wurde eine treue Analyse des Mährischen Memorandums gegeben, welches am ausführlichsten die fraglichen Punkte bespricht und schon durch die Person des Verfassers, des späteren Wiener Weihbischofes Kutschker besondere Beachtung verdient.

Land ist nicht frei, wo die Kirche ihrer eigenen Freiheit entbehrt." Zu dieser Freiheit gehört die ausgiebige Dotation von Knabenseminaren, die Rückgabe des vom Kaiser Joseph gestifteten Religionsfonds an die Bischöfe, die unbedingte Gewalt der letzteren über die Pfarrer und Priester, die Fortdauer des Naturalzehnten, der „ganz anderer Art ist als der den Laien gebührende Zehnt und schon aus dem Grunde nicht aufgehoben werden darf, weil mit jedem Angriffe auf das Kirchenvermögen ein eigenthümlicher Unsegen verbunden ist." Die ferneren Wünsche des Episkopates waren der freie Verkehr der Bischöfe mit dem Papste, denn „der General muß mit seinem Oberfeldherrn in stetem Rapport stehen, soll das seiner Führung anvertraute Armeecorps zu dem für den Gesammtstaat ersprießlichen Ziele führen", Provinzialsynoden und Priesterexercitien nach den Vorschriften des Tridentinischen Concils, unbeirrte Regierungsgewalt der Bischöfe in kirchlichen Dingen, Reformen des Ehegesetzes im Sinne der kanonischen Satzungen, Unterordnung der Schule unter die Kirche und Aufsichtsrecht der Pfarrer über die Lehrer und endlich Gleichstellung der Kirche mit der Verfassung in dem Preßgesetze, so daß derjenige die gleiche Strafe erduldet, welcher kirchliche Einrichtungen schmäht, wie jener, welcher die Constitution angreift. Diese stattliche Summe von Forderungen nannten die Bischöfe „nichts Unbilliges, sondern worauf die Kirche einen gegründeten Anspruch hat, was ihr, wenn noch ein Rechtsverhältniß auf Erden besteht, nicht verweigert werden darf, selbst in dem Falle nicht, daß die katholische Kirche aus ihrer alten Stellung zu einer nur privatrechtlich gesicherten Genossenschaft zurückgedrängt würde."

Zum Ueberflusse wurde noch der Abschluß eines Concordates empfohlen, damit endlich „die einseitige Normirung der kirchlichen Angelegenheiten durch die weltliche Regierung ein Ende nehme."

Auf die Beschlüsse des Reichstages übten die Episkopaladressen und die Petitionen der Katholikenvereine keinen Einfluß. Man fühlte, daß dem Reichstage ein mächtiger Gegner gegenüberstehe, man wollte aber nicht ohne Kampf sich für unterworfen erklären. Die Mehrheit der Abgeordneten stand zur Kirche in dem Verhältnisse, welches bis dahin als Regel in gebildeten Kreisen galt. Das katholische Dogma war mit dem Kinderkatechismus vergessen worden, es wurde nicht an demselben gemäkelt, aber ihm auch kein Einfluß auf das gegenwärtige lebendige Bewußtsein gestattet, welches vielmehr wie in Mitteleuropa überhaupt wesentlich von protestantischen Ideen sich nährte. Die gewohnheitsmäßige Theilnahme an den glänzenden Cultushandlungen befriedigte vollständig das religiöse Bedürfniß. Es herrschte in den mittleren Schichten der Bevölkerung katholische Sitte, aber keine katholische Ueberzeugung; die eine zu verdrängen, die andere zu schaffen, hielt gleich schwer, am schwersten für die Kirche und ihre Würdenträger die sociale Stellung wieder zu erobern, welche sie seit mehreren Menschenaltern, wie es schien, unwiederbringlich

verloren hatten. Gegen die sogenannte Pfaffenherrschaft anzukämpfen, erschien jeder Partei im Lande nur billig, dem Einflusse des Klerus in der Familie, in der Schule und in der öffentlichen Verwaltung zu steuern, darin vereinigten sich ohne Mühe Deutsche und Slawen, Conservative und Liberale, Beamte und Bürger. Das wohlbekannte Treiben in den Klöstern, die Verfolgungen, welche aufgeklärte Priester wie Bolzano, Hurdalek, Feßl von fanatischen Standesgenossen erdulden mußten, der Eifer des Klerus für die Aufrechthaltung des alten schlechten Unterrichtsystemes, die zahlreichen Beispiele des Friedensbruches, wo die Ultramontanen auch die weltliche Macht an sich gerissen hatten, wirkten entscheidend auf die Anschauungen der Mittelklassen, aus deren Kreisen die hervorragendsten Abgeordneten stammten.

Unter diesen Verhältnissen konnten die Forderungen der Klerikalen auf keine günstige Aufnahme im Reichstage rechnen, auch wenn ihren Petitionen niemals ein hinkender Bote gefolgt wäre, wie der Petition des Erzpriesters aus dem Teschener Kreise, welcher im Namen seiner geistlichen Heerde die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche „mit allen ihren Consequenzen" verlangte, aber eine Gegenpetition zahlreicher Gemeinden veranlaßte, der Reichstag möge auf jene keine Rücksicht nehmen, da die Unterschriften erpreßt wären. Mit Ausnahme Helfert's, des neuen Unterstaatssecretärs im Cultusministerium, dessen Vergangenheit eine so vollkommene Bekehrung zu strenger Kirchlichkeit nicht erwarten ließ, traten nur einzelne wenige Geistliche und dann die Tiroler Deputirten für die Ansprüche der Bischöfe in die Schranken. Mitunter waren es bedenkliche Streiter. Gleich der erste Redner, ein katholischer Pfarrer aus Galizien, Bielecki, hob als Hauptbeschwerde gegen die alte Regierung das Verbot derselben hervor, für den von ihr hingerichteten „Märtyrer" Wiesnowski Seelenmessen zu lesen, und gründete darauf seinen Antrag auf Emancipation der Kirche. Einen zweiten feurigen Vertheidiger hatte die ultramontane Partei an dem Abgeordneten von Roveredo, dem Abbate Prato gewonnen. In seiner Heimat zählte er zu den Italianissimi. Da die Ereignisse seinen und seiner Landsleute Herzenswunsch, unter Carlo Alberto's Scepter zu kommen, vereitelten, so ließ er sich in das Frankfurter Parlament wählen, um wenigstens die Entlassung Istriens und Trients aus dem deutschen Bunde, die Trennung Wälschtirols von Deutschtirol durchzusetzen. Als ihm auch dieses mißlang, eilte er in den Wiener Reichstag und schloß sich hier der Linken an, von welcher er allerdings eine größere Freigebigkeit im Länderverschenken erwarten durfte. Ein gewandter Mann von glatten Formen und feinen Manieren, spielte der Abbate während der Octoberrevolution eine große Rolle. Man sah ihn bald bei Jellačić, bald am Olmützer Hoflager als „Reichstagsdiplomaten" mit Vermittlungsversuchen beschäftigt. Jetzt hoffte er durch Begünstigung ultramontaner Interessen sein Ziel zu erreichen und widerlegte

ohne es zu wollen die Argumente eines anderen Kirchenfreundes, des aus Venedig vertriebenen Polizeidirectors Call, welcher von den Bevormundungsgelüsten der alten Regierung den Abfall des italienischen Klerus herleitete. An Prato konnte man sehen, daß die italienischen Patrioten nur das Werkzeug wechseln, keineswegs ihr Ziel aufgeben wollen.

Prato's Bundesgenossenschaft war für die Klerikalen von zweifelhaftem Werthe, vollends abschreckend wirkte die zudringliche Hilfe der Tiroler Abgeordneten. Sie ließen es freilich an glänzenden Phrasen nicht fehlen und unterließen es nicht, am Eingange ihrer Reden ihren allgemeinen Liberalismus zu betheuern. Haßlwandter gab folgenden Wahlspruch kund: „Jedem das Seine, dem Kaiser eine feste Krone, der Kirche eine freie Mitra, dem Volke einen grünenden Bürgerkranz.“ Straßer verwahrte sich feierlich gegen den Verdacht, als wolle er dem „Moloch religiöser Intoleranz“ Opfer bringen. Klebelsberg, der Innsbrucker Bürgermeister, fand es sogar rathsam, die bekannte Riesenpetition zu Gunsten der Glaubenseinheit zu entschuldigen. „Sie ist unvernünftig, aber der Tiroler schätzt nun einmal die katholische Kirche als die kräftigste Stütze des Friedens, er ist aufgeregt, fürchtet für seine Religion, und das ist nun nicht auf einmal und mit einem Sprunge zu ändern.“ Den Kern dieser Rede bildeten die Amendements Straßer's und Ingram's. Nach Straßer's Ansicht sollten kirchliche Gemeinden eines Bekenntnisses, welches bisher in einer Provinz noch nicht anerkannt war, zu ihrer Constituirung einer besonderen gesetzlichen Erlaubniß bedürfen. Ingram ging noch weiter. Er stellte den Antrag: Jedem österreichischen Staatsbürger ist die Freiheit des Glaubens und des Religionsbekenntnisses gewährleistet, er darf aber ohne Erlaubniß der Gemeinde dasselbe nicht öffentlich ausüben, die Gemeinde die Erlaubniß nicht ertheilen, wenn das Landesgesetz dagegen spricht. Und als Abgeordnete über diese sonderbare Religionsfreiheit ihr Staunen ausdrückten, erläuterte Ingram den verborgenen liberalen Charakter seines Antrages durch die Worte, daß ja auch abgeschlossene Judengemeinden, deren es freilich in Oesterreich nicht gab, den katholischen Cultus aus ihrer Mitte zurückweisen können.

Solche Gegner zu widerlegen hatten die Redner der Majorität keine große Mühe. Die Klerikalen gaben sich den Anschein, als ob sie für die katholische Kirche kein größeres Recht, keine weitere Freiheit verlangten, als für die anderen Confessionen, sie schlüpften flüchtig über den Unterschied weg, daß es sich bei Protestanten und Juden um die Gewährung eines rein persönlichen Rechtes handelte, während sie für sich die ausgedehntesten Corporationsrechte verlangten. Dort stand der einzelne Protestant, der einzelne Jude, hier der selbständige politische Organismus der katholischen Kirche mit dem Anspruche als göttliche Institution geachtet zu werden. In ähnlicher Art bedeutete die Trennung der Kirche vom Staate für die Protestanten etwas Anderes als für die Ultramon-

tanen. Jene wollten nur an den Wohlthaten der bürgerlichen Gesetze gleichen Antheil wie die Katholiken nehmen, die Episkopaladressen dagegen verlangten Umformung der bürgerlichen Gesetze zu Gunsten der Kirche, die Bildung eines Staates im Staate.

Zahlreiche Redner sprachen sich in diesem Sinne aus. Die Debatte währte lange, sie wurde warm, aber stets in würdiger Weise geführt. Großen Eindruck machte es, als gegenüber den Schmähungen des Josephinischen Systems ein angesehener alter Priester, Halter aus Salzburg, für dasselbe seine Stimme erhob. „Ich muß mich entschieden für das Josephinische System aussprechen, denn trotz aller seiner Beschränkungen gewährt es mehr Freiheit, als alle Episkopalmemoranden, die in jeder Zeile das Wort Freiheit athmen. Dem Josephinischen Systeme allein verdanken wir die Aufrechthaltung des confessionellen Friedens in Oesterreich." Diesen Standpunkt theilte die Mehrheit des Reichstages. Sie erklärte sich für das Recht unbeschränkter öffentlicher Ausübung eines jeden Bekenntnisses, soweit nicht das Gesetz und die Sitte dadurch verletzt wird, und beschloß weiter, daß keine Religionsgesellschaft vor der anderen ein Vorrecht durch den Staat genießen solle, daß Niemand zur Theilnahme an den Handlungen und Feierlichkeiten eines fremden Cultus verpflichtet, Niemand zur Erfüllung religiöser Gelübde gezwungen werden könne.

Noch einmal rafften die Freunde der Hierarchie ihre Kräfte zusammen, noch einmal versuchten sie gegen die bessere Ueberzeugung der Deputirten Sturm zu laufen, als (1. März) der §. 15 der Grundrechte berathen wurde, welcher speciell über das Verhältniß der katholischen Kirche handelte, das Schicksal der Klöster, des Kirchenvermögens bestimmte. In derb leidenschaftlicher Weise kämpfte der Erzbischof von Przemysl Wierzchlejski für die Autonomie der Bischöfe in allen inneren Verfassungsfragen, in der Verwaltung der Schule und des Kirchenvermögens. Er bestritt die Fähigkeit des Staates, kirchliche Reformen einzuleiten. „Denn etwas Anderes ist das Messer in der Hand des weisen Gärtners, etwas Anderes in der eines unerfahrenen Gärtnerbuben." Dasselbe wiederholte nur in höflicheren Worten Helfert. „Die Reformen dürfen nicht von Laien, sondern von geweihten Männern ausgehen." Odi profanum vulgus übersetzte er den Gärtnerbuben. Die Majorität, durch Wiser, Szabel, Pinkas und Rieger auf der Rednerbühne vertreten, beharrte bei ihrer Ansicht, daß die Bischöfe nicht die Kirche repräsentiren, die Freiheit der Hierarchie beschränkt werden müsse, um die Freiheit der Individuen zu sichern. Der Reichstag nahm schließlich (6. März) Wiser's Amendement an, welches die Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat einem organischen Gesetze zuwies, schon jetzt aber als wesentlichen Inhalt des letzteren Folgendes bestimmte: „Jede Kirche steht bei selbständiger Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten unter den Gesetzen des

Staates; das Recht, die Kirchenvorsteher durch freie Wahl zu bestellen, wird den kirchlichen Gemeinden und Synoden, zu welchen auch die Gemeinden Vertreter senden, eingeräumt; das Kirchenvermögen wird durch Gemeindeorgane unter dem Schutze des Staates verwaltet."

Während der Reichstag in seinen öffentlichen Sitzungen die Kirchenfrage zwar gegen die Wünsche des Episkopates und der sich ihm stetig nähernden Regierung, wohl aber in Uebereinstimmung mit den Volksanschauungen verhandelte und entschied, hatte der Constitutionsausschuß auch den Entwurf der österreichischen Verfassung vollendet. Lange Zeit konnte man fürchten, es werde der Reichstag seine wichtigste Aufgabe unerfüllt lassen, die Unklarheit über die Natur des Reiches, die Zerfahrenheit der Meinungen darüber, wie das lose Conglomerat von Ländern und Stämmen vereinigt erhalten werden könne, eine Constituirung des Staates verhindern. Am 31. Juli hatte der Reichstag den Constitutionsausschuß gewählt*), in den ersten Augusttagen der letztere sich organisirt. Ein doppelter engerer Ausschuß, einer für die Grundrechte, einer — aus fünf Mitgliedern bestehend — für die eigentliche Verfassung, sollten die ersten Entwürfe ausarbeiten, auf deren Grundlage der weitere Ausschuß dann seine Berathungen fortführen würde. Der Entwurf für die Grundrechte konnte, da es an passenden Vorbildern nicht mangelte, rasch vollendet werden. Noch ehe der Reichstag Wien verließ, befand sich derselbe in den Händen der Abtheilungen. Desto länger schleppten sich die Arbeiten des Fünfer-Ausschusses hin.

Wohl war gleich in den ersten Sitzungen des Reichstages das Schlagwort: Föderation oder Centralisation gefallen. Viel mehr aber als die Namen kannten die meisten Abgeordneten nicht, und wurden sie angegangen, das Wesen des föderirten oder des centralisirten österreichischen Staates zu erläutern, so mußten sie eingestehen, daß die gangbaren Begriffe von Föderation und Centralisation auf die österreichischen Verhältnisse nicht passen. Denn die einzelnen Provinzen besaßen nicht souveraine Rechte, wie die Glieder anderer Föderativstaaten, und ebenso wenig war in Oesterreich jene natürliche Gleichförmigkeit vorhanden, welche die nothwendige Bedingung einer kräftigen Centralisation bildet, ganz abgesehen davon, daß der mit so großem Prunke proclamirte Grundsatz der nationalen Gleichberechtigung sich ohne ein ausgedehntes Selbstverwal-

*) Die Wahl erfolgte erst nach einer langen stürmischen Debatte. Nach der Geschäftsordnung sollten in dem Geschäftsausschusse alle Provinzen, unbeschadet ob groß oder klein, gleichmäßig vertreten sein, jedes Gouvernement drei Mitglieder in denselben wählen. Durch diesen Wahlmodus sahen sich die Slawen verkürzt und verlangten eine reichere Repräsentation der größeren Provinzen, so daß das entscheidende Gewicht bei den galizischen und czechischen Deputirten verblieben wäre. Sie wurden aber, da sich in dieser Frage das Centrum mit der Linken verband, geschlagen und die Wahl der Geschäftsordnung gemäß vorgenommen.

tungsrecht der Provinzen gar nicht durchführen ließ. Die Ereignisse des Herbstes verkehrten überdies die Stellung der Parteien. Die deutschen Elemente des Reichstages waren anfangs auch gegen den leisesten Anklang eines Föderativsystems mit großer Leidenschaft aufgetreten; seitdem sie aber ihre Theilnahme der magyarischen Politik zugewendet, durften sie das Bedürfniß einer starken Centralgewalt in Wien nicht mehr unbedingt behaupten, die Versuche zur Lockerung der staatlichen Verhältnisse nicht mehr entrüstet verdammen. Auf der anderen Seite konnten sich auch die slawischen Deputirten, die eifrigsten Vertheidiger der föderativen Ideen, der Einsicht nicht entziehen, daß ihre Unterstützung der Cabinetspolitik in dem ungarischen Staate wesentlich nur dem Centralisationssysteme zu Gute kommen werde. Sie hätten mit gutem Rechte den Tadel eines gar wenig folgerichtigen Auftretens verdient, wenn sie in demselben Athemzuge die Kräftigung der Wiener Regierung gegenüber den Magyaren und ihre Schwächung gegenüber den slawischen Stämmen gefordert haben würden. Nach der Octoberrevolution wandelte auch einzelne Mitglieder der Linken die Lust an, die alte österreichische Monarchie in einen Bundesstaat zu verwandeln. Die Brünner Zeitung vom 18. November brachte ein Parteiprogramm, angeblich von Löhner verfaßt, welches Oesterreich, soweit der Reichstag vertreten war, in fünf „Nationsstaaten" theilte, von einem italienischen, deutschen, polnischen, slowenischen und czechischen Oesterreich sprach, diesen Nationsstaaten eben so viele Minister in Wien bewilligte, die Centralgewalt überhaupt beinahe bis zur Nichtigkeit zurückführte. Die alten Föderalisten wurden durch diese Phantasien verzweifelter Demokraten unangenehm berührt, vollends durch die unerwartete Bundesgenossenschaft, welche sie bei den Ultramontanen Tirols fanden, in Verlegenheit gesetzt. Hier hatten kirchlicher Fanatismus und der Haß gegen das revolutionäre Wien den föderalistischen Wünschen einen greifbaren Körper verliehen und die Beziehungen zum Gesammtreiche thatsächlich bis zur leeren Personalunion gelockert.

Sobald sich die Kunde im Lande von den liberalen Beschlüssen des Frankfurter Parlamentes und des Wiener Reichstages verbreitete und bekannt wurde, daß Religionsfreiheit, Zehntablösung auch für Tirol gelten solle, erhob sich eine trefflich geleitete Volksagitation. Unter der Maske eines simpeln Bauern, des Joseph Ladurner, schrieben Klerikale einen „Hilferuf an unsere Landsleute in Tirol", der nichts weniger als die volle Selbständigkeit Tirols verlangte, radicalere Anschauungen vom Staate predigte, als sie Wiener Demokraten auszusprechen gewagt hatten. Die Organisation der Gesellschaft schloß nach diesem frommen Flugblatte bereits mit der Gemeinde; über die Gemeinde hinaus gab es nur „durch Beamtenkniffe geschaffene Trugbilder." Ein Antheil an den Staatsschulden darf den Tirolern nicht aufgebürdet werden, denn „sie haben keine Staatsschulden gemacht, folglich auch nicht die Pflicht, sie zu

tilgen," ebenso wenig sind sie an die Beschlüsse irgend eines Reichstages oder Parlamentes gebunden. „Wir Tiroler haben eine eigene Regierung und stehen nicht unter dem Ministerium, sondern unter dem Grafen von Tirol, der auch Kaiser von Oesterreich ist." Begründet wurde der Hilferuf durch die angebliche Verschwörung des Reichstages gegen die katholische Religion. „Bald haben wir die Protestanten in unserem Lande, und wenn sie einmal da und dort angekauft sind, so bringen wir sie nimmer heraus und es beginnt in unserem Tirol der Jammer, der in Deutschland schon über dreihundert Jahre dauert." Die Verfasser des Hilferufes hatten es nicht verschmäht, die Religionseinheit und die Priesterherrschaft mit der Herabsetzung der Accise und der Stempelgebühren, mit dem freien Tabaksbaue in Verbindung zu bringen. Auf diese Weise den Begriffen des Landvolkes mundgerecht gemacht, übte derselbe eine große Wirkung. Die rathlose Provinzialregierung sandte zahlreiche Berichte nach Wien, schilderte die gefährliche Volksstimmung, bat um Verhaltungsmaßregeln, erreichte aber nichts, als daß in der Person eines geschwätzigen Salzburger Advocaten, Alois Fischer, ein außerordentlicher Commissarius in Innsbruck eintraf, der nun seinerseits Berichte machte und um Instructionen bat. Darüber kam die Octoberrevolution.

Sollten nicht bereits angekündigte Bauernparlamente die Anarchie noch weiter treiben und Bauernkönige die Regierungsgewalt an sich reißen, so mußten jetzt die Behörden ihre Thatenscheu überwinden. Das Gubernium hob (25. Oct.) auf eigene Verantwortung die Verzehrungssteuer auf und setzte die Abgabe von Wein und Branntwein herab. Das Opfer erschien unvermeidlich; indem es die Regierung aus freien Stücken darbrachte, sicherte sie sich die Dankbarkeit des Volkes. Am nächsten Tage trat auf Aufforderung des Landeshauptmanns L. Wolkenstein der im Sommer vertagte Landtag wieder zusammen. Wohl mangelte ihm die gesetzliche Grundlage; das Wegbleiben der Wälschtiroler, die Einberufung sogenannter Vertrauensmänner des Bauernvolkes, 28 an der Zahl, trugen auch nicht dazu bei, die Rechtskraft der Landtagsbeschlüsse zu stärken. Alle Bedenken überwog aber die Sorge, durch sprödes Wesen nur die Begehrlichkeit des Volkes zu steigern, bei längerem Zögern die Leitung der Geister vollends zu verlieren. Trugen sich doch schon einzelne politische Speculanten mit dem abenteuerlichen Plane, Tirol zu einem unmittelbaren deutschen Reichslande zu erklären, welches von keinem gottlosen Parlamente abhängen soll.

Zwei Fragen beschäftigten vorzugsweise den Landtag*), jene der Grundentlastung und die andere über die Stellung Tirols zu den übrigen Provinzen. Das Gelüste nach schroffer Absperrung von der Außenwelt oder, wie es in der Tiroler Sprache hieß, Liebe zur Einheit bildete

*) Vgl. Streiter, Studien eines Tirolers S. 205.

den Grundzug der Verhandlungen. Unbekümmert um den vom Kaiser sanctionirten Reichstagsbeschluß v. 7. September erklärte es der Landtag als überaus wünschenswerth, daß die Entschädigung für aufgehobene Grundrechte ausschließlich von der Provinzialvertretung geregelt werde, er empfahl ferner Privatvergleiche zwischen Berechtigten und Verpflichteten und meinte, es müsse dem Landvolke unverwehrt bleiben, sich neuerdings zur Leistung von Naturalabgaben zu verbinden. Auf diese Weise hoffte man den Kirchenzehnt retten zu können, gegen dessen Ablösung überdies der Tiroler Klerus eine Verwahrung einlegte und auf den Papst sich berief. Die Erfüllung der klerikalen Wünsche war aber nur unter der Voraussetzung möglich, daß Tirol überhaupt eine selbständige Verfassung gewinne. Daher wurde von der kirchlichen Partei die lockere Föderation der österreichischen Länder in das Landtagsprogramm geschrieben. Die Conservativen des alten Schlages waren nicht wenig überrascht, als sie die „loyalen" Tiroler die gleiche Sprache führen hörten, wie die rebellischen Magyaren und des Panslawismus verdächtige Czechen und Serben, und von einem Bauer, Niederstetter, vernahmen, das Tiroler Volk sei durch den langen Druck bereits rasend geworden, werde nöthigenfalls zu den Waffen greifen und äußere die Meinung: „Ehe nicht die meisten Herren erschlagen werden, ist keine Ruhe." Die Einflüsterer hatten große Mühe, die Wirkung dieser derben Reden abzuschwächen. Doch beharrten sie bei der Forderung einer Föderativverfassung. „Ein gleiches Oberhaupt, ein gleiches Ministerium wollen wir haben, meinte Flir, der Vertreter des Salzburger Erzbischofes, aber nicht einen Reichstag für die ganze Monarchie, wobei wir uns Alles müßten gefallen lassen, was die Mehrheit ausspricht. Das ist aber gefährlich, denn wir haben ziemlich specielle Interessen, Rechte, Bedürfnisse." Auch dem pfiffigen Schuler schien ein allgemeiner Reichstag in Oesterreich ein unglückliches „Experiment" und die „uralte Verbindung des Volkes durch die geheiligte Person des Monarchen" ausreichend. Schuler's und seiner Freunde Wünsche blieben unfruchtbare Projecte. Die auf dem Landtage ausgearbeiteten Denkschriften fanden keine Leser, die deutsch-österreichischen Abgeordneten, welche am Olmützer Hoflager gegen den Reichstag und für einen katholischen Bundesstaat wirken sollten, haben niemals die Reise nach der Mährischen Residenzstadt angetreten. Wohl aber zogen denkende Männer aus den Innsbrucker Vorgängen die Lehre, daß das Föderativsystem zweischneidiger Natur sei und keinesfalls unbedingt die Freiheit sichere. Ob aber das entgegengesetzte System bessere Garantien biete, war auch nicht bewiesen, jedenfalls im Fünferausschusse des Reichstages eine Einigung über die verschiedenen Verfassungspläne nicht zu erzielen.

Palazky hatte die Aufgabe, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten, übernommen. Der starre Doctrinär, an welchem die politischen Ereignisse spurlos vorübergingen, brachte rasch seine Gedanken über die

künftige Organisation Oesterreichs zu Papier. Als er aber den Entwurf im Fünferausschuß vorlas, schwebte den Mitgliedern desselben die Frage auf den Lippen, wie groß wohl das Heer sei, über welches der czechische Historiker verfüge? Denn nur ein Eroberer konnte so willkürlich über den Staat walten, so schlechtweg das Reich als eine todte Materie behandeln, welche die belebende Form ausschließlich dem souverainen Willen des neuen Herrschers verdankt. Nach Palazky's Entwurfe bleiben dem Kaiser und der Centralgewalt nur jene Angelegenheiten überlassen, welche sich auf die Einheit des Reiches beziehen und wird der Reichstag blos als ein Ausschuß der verschiedenen Landtage angesehen. An der Spitze einer jeden großen Provinz steht ein Ministerpräsident oder Vicekönig mit verantwortlichem Rathe, den Reichsministern nebengeordnet, aus deren Geschäftskreis Administration, Justizpflege, Cultus, Unterricht und der überwiegende Theil der Finanzen genommen und den Landesministern übertragen würde. Da gleichzeitig in jeder einzelnen Provinz die strengste Centralisation walten sollte, so war es dem guten Willen der Einzelländer überlassen, den Zusammenhang mit dem Reiche zu wahren. Das letztere hing von der Gnade der Bestandtheile ab; diese allein waren stark und kräftig, das Reich selbst schwach und machtlos von Palazky gezeichnet worden. Daß er solches that, kann man ihm nicht vorwerfen, es entsprach der Entwurf den übertriebenen Ansichten, welche er von der Bedeutung der slawischen Stämme hegte, auch enthielt derselbe nur solche Bestimmungen, welche den Czechen Vortheile brachten. Sie herrschten nach dem Entwurfe in Böhmen, da hier Alles von der Volkszahl abhing, unbeschränkt, und hatten keine Berichtigung ihrer Ansprüche durch eine energische Centralgewalt zu fürchten. Das aber verdiente Tadel, daß der Schöpfer des Entwurfes sich dem Glauben hingab, der Hof, der Adel, die Armee, die Deutschen, die kleinen Provinzen würden ohne Murren oder wohl gar freiwillig das über sie verhängte Loos tragen. Palazky's Plan konnte nur nach einer neuen, für die Slawen siegreichen Revolution verwirklicht werden, eine Revolution verdammte aber der in streng politischen Dingen conservative Historiker unbedingt.

Der föderalistische Entwurf wurde von dem Fünferausschusse zurückgewiesen und da keine Verständigung erfolgte, von jedem Mitgliede der Commission ein selbständiger Entwurf eingefordert. Smolka und Goldmark, der polnische Patriot und der extreme deutsche Demokrat, brachten keinen zu Stande; jene aber, welche Kajetan Mayer und der Triestiner Advocat Gobbi ausgearbeitet hatten, besaßen keiner einen Berührungspunkt mit Palazky's Ideen. Alle Versuche, einander näher zu kommen, mißlangen, alle Hoffnungen auf eine einheitliche Grundlage der Verhandlungen scheiterten. Namentlich auf das Andrängen des Abgeordneten Pinkas entschloß sich der Constitutionsausschuß, sowohl den Mayer'schen Entwurf wie die Varianten Palazky's als die Basis für die Debatte zu benutzen

und dem Gange der letzteren die Entscheidung zu überlassen, wie viel von dem einen und anderen Plane in den definitiven Plan aufzunehmen sei. Am 15. Januar wurden die lithographirten Entwürfe unter die Mitglieder des Constitutionsausschusses vertheilt, am 22. Januar begann die Berathung über dieselben.*)

Die lange Verzögerung des Verfassungswerkes brachte wenigstens den Vortheil, daß man über die entschiedene Absicht der Regierung, mit dem Dualismus in Oesterreich zu brechen, vollkommene Klarheit gewann. Eine Verfassung, welche ausschließlich auf die im Reichstage vertretenen Provinzen paßte, auf die ungarischen Kronländer — von der Lombardei sah man stillschweigend ab — keine Anwendung fand, besaß dieselbe Aussicht auf Verkörperung wie die ungarische Sonderconstitution. Sie war todtgeboren. Dieser Umstand vermehrte in nicht geringem Grade die Schwierigkeiten der Verhandlung. Der Kremsierer Reichstag hatte nur ein beschränktes Mandat, er durfte nicht die Vertretung Ungarns sich anmaßen, ebenso wenig konnte er auf der anderen Seite, wollte er nicht den Grund des eigenen Daseins verleugnen, einer Octroyirung der Kremsierer Verfassung in Ungarn das Wort reden. Ließ sich denn aber hoffen, daß die Ungarn freiwillig auf ihre Constitution verzichten würden, lag nicht die größte Gefahr für das Verfassungsleben Oesterreichs, wenn man nicht zwangsweise gegen Ungarn vorging, darin, daß die Monarchie zwar ein gemeinsames Ministerium, aber kein gemeinsames Parlament besitzt? Die Sanguiniker des Constitutionsausschusses gaben sich dem Glauben hin, der Kaiser werde nach der zweiten Lesung der Verfassung den Reichstag prorogiren und in der Zwischenzeit die Vertreter Ungarns nach Kremsier berufen, damit diese an der dritten, letzten Lesung auch theilnehmen könnten. Eine Bürgschaft für diesen Plan leistete aber Niemand der Anwesenden, das Ministerium hielt sich von allen Berathungen fern und so blieb nichts Anderes übrig, als der Kremsierer Verfassung einen so weiten Rahmen zu verleihen, daß sie unter Umständen sich auch auf die ungarischen Länder übertragen ließ. Darüber herrschte im Ausschusse kein Zwiespalt der Meinungen, ob aber unter dem weiten Rahmen nothwendig die Conföderation zu verstehen sei, erschien keineswegs sicher gestellt. Auch hier hielten sich die entgegengesetzten Bedenken das Gleichgewicht. Ließ man die verschiedenen Stämme Ungarns in dem bisher giltigen politischen Verbande, so nahmen die nationalen Kämpfe kein Ende. Eine Theilung

*) Der Bericht über die Arbeiten des Constitutionsausschusses beruht auf den umfangreichen Sitzungsprotokollen, von welchen dem Verfasser eine diplomatisch-treue Abschrift vorliegt. Ihre vollständige Publication hätte auch jetzt noch, abgesehen vom historischen Interesse, einen großen politischen Werth. Kein Actenstück gibt über die Schwierigkeiten eines österreichischen Verfassungswerkes so genaue Auskunft, keines unterrichtet so ausführlich über die herrschenden Stimmungen und Tendenzen der Parteien wie die Protokolle des Constitutionsausschusses.

Ungarns nach den Nationalitäten empfahlen nicht allein die slawischen Abgeordneten, auch die deutschen Mitglieder des Ausschusses wußten keine erheblichen Einwürfe gegen den Plan vorzubringen. Wurde aber in Ungarn das historische Recht beseitigt, die Nationalität als die ausschließliche Grundlage einer vernünftigen politischen Gliederung anerkannt, so mußte auch in den Erbländern die alte Provinzialeintheilung fallen und die nationale Gliederung beliebt werden. Dagegen sträubten sich die Deutschen und die Vertreter der kleinern Kronländer auf das heftigste. Die Debatte währte mehrere Sitzungen, ohne daß eine Annäherung der Parteien erfolgte. Palazky's Erklärung, er sei ein absoluter Föderalist, die Reconstruction Ungarns auf rein nationaler Basis, dessen Theilung in ein slawisches, romänisches, magyarisches, kroatisches und serbisches Kronland bilde den unerläßlichen Grundzug der österreichischen Verfassung, war nicht geeignet, das Vertrauen der Gegner zu wecken. Ebenso verletzten die Argumentationen des Abgeordneten Pinkas gegen die Fortdauer kleiner Provinzen die Kirchthurmpolitiker. In dem Maße als die Czechenführer ihre Pläne enthüllten, verdichtete sich der Widerstand der Centralisten, welche in Hein, Lesser und Brestl ihre Hauptsprecher fanden.

Da die Erörterung der Principienfragen sich als unfruchtbar erwies, schlug Gobbi vor, die Bestandtheile des Reiches nach einander aufzuzählen. Kennt man die letzteren, ist das Schicksal der kleineren Provinzen entschieden, so läßt sich über die allgemeine Verfassungsform Bestimmteres aussagen. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete Galizien, für dessen Spaltung in ein polnisches und ruthenisches Kronland die Ruthenen seit Monaten agitirten. Die Czechen, ihrem Programme getreu, unterstützten die ruthenischen Forderungen, entzweiten sich aber darüber mit den Polen, welche nur eine kirchliche Differenz, aber keineswegs einen nationalen Unterschied zwischen den galizischen Volksstämmen anerkannten und gegen eine nationale Gliederung Oesterreichs auf ihre Kosten sich verwahrten. Mit großer Bitterkeit warf Ziemialkowski den Czechen Inconsequenz vor. Sie eiferten gegen den Bestand kleinerer Provinzen und schlugen doch die größte Provinz muthwillig in Trümmer, sie fanden in dem nur künstlich geschürten Hasse zwischen Polen und Ruthenen einen ausreichenden Grund für die Theilung Galiziens, von einer Trennung der Deutschen von den Slawen in Böhmen aber, welche bekanntlich in alter Feindschaft leben, wollten sie nichts wissen. So in die Enge getrieben, erklärten Palazky und Rieger ihre Bereitwilligkeit, für eine Trennung Deutschböhmens von dem czechischen Landestheile zu stimmen, obgleich sie dadurch an der heilig gehaltenen böhmischen Krone rüttelten. Palazky meinte, durch die Bildung einer großen deutschen Provinz, zu welcher außer den alten österreichischen Stammländern auch die deutschen Theile von Böhmen und Mähren gehören sollten, werde ein

vollkommenes Gegengewicht gegen die czechische Provinz — die slawischen Bezirke von Böhmen, Mähren, Schlesien und die ganze Slowakei — geschaffen, jede Eifersucht beschwichtigt.*) Er vergaß aber, daß für jedes, auch das kleinste Ländchen, bereits mehrere Prätendenten aufgetreten waren, in Oesterreich die Lust provinzieller Absonderung jedes politische Gefühl weit überragte. Kaum war die Möglichkeit einer neuen Gruppirung der Provinzen, eine veränderte Eintheilung des Reiches ausgesprochen, als sich sofort die Vertreter der verschiedenen Landschaften erhoben, um ihre Ansprüche auf Selbständigkeit, ihr Recht auf Vergrößerung zu begründen. Wälschtirol muß von Deutschtirol getrennt, das Fürstenthum Trient als ein unabhängiger Bestandtheil der Kaiserkrone anerkannt werden. Dasselbe Begehren stellten einzelne Mitglieder des Ausschusses in Bezug auf Vorarlberg, Salzburg, Görz. Um den Besitz der Quarnerischen Inseln stritten sich Istrianer und Dalmatiner, Kärnthen und Krain erschien vollends als herrenloses Gut, über welches nach Belieben verfügt werden konnte. Es fanden sich Stimmen sowohl für die Selbständigkeit der beiden Herzogthümer, wie für ihre Vereinigung, wie für ihre Zutheilung an benachbarte Provinzen. Je weiter man sich von der bisher giltigen Provinzialeintheilung entfernte, desto mehr schwand auch die Aussicht auf Einigung. Mit dem Bekenntnisse, daß die Gliederung des Reiches einer gründlichen Reform bedürftig sei, begannen, mit der Erklärung, daß jede durchgreifende Aenderung gefährlicher sei als der bestehende Zustand, schlossen die meisten Redner. Alle Anträge, die auf die Gründung neuer Ländercomplexe lossteuerten, wurden verworfen und nach viertägigen Debatten Brestl's Vorschlag, es sei im Wesentlichen die alte Provinzialeintheilung beizubehalten, angenommen.

In einem einzigen Punkte änderte der Ausschuß die letztere, indem er sich mit zwanzig gegen neun Stimmen für die Trennung Wälschtirols von Deutschtirol aussprach. Hier wirkte außer der Ueberzeugung, daß das italienische Volksthum dem österreichischen Staatswesen am fernsten liege, auch noch die politische Antipathie gegen die Deutschtiroler entscheidend. Neue Erfahrungen über den Patriotismus der Deutschtiroler sammelte der Constitutionsausschuß gleich am Morgen, nachdem er das Votum über die Theilung Tirols abgegeben hatte. Die Vertreter Nordtirols erschienen in der Sitzung (27. Januar) nicht, ließen vielmehr durch Hein melden, daß sie die Zurückberufung aller tiroler Abgeordneten vom

*) Die vollständige Reihe der Ländergruppen Palazky's ist folgende: 1) Deutsch-Oesterreich, 2) Czechisch-Oesterreich, 3) Polnisch-Oesterreich mit Galizien, der Bukowina und den ruthenischen Comitaten Ungarns, 4) Illyrisch-Oesterreich mit Slawonien, den slawischen Bezirken von Steiermark, Krain, Kärnthen und Litorale, 5) Italienisch-Oesterreich mit Wälschtirol, Lombardei, Venedig, 6) das südslawische Oesterreich mit Kroatien, Dalmatien, Woiwodovina, 7) die magyarischen Länder und 8) die walachische Provinz, aus Theilen von Ungarn, Siebenbürgen und der Bukowina zusammengeschweißt.

Reichstage und die Verleihung einer besonderen Landesverfassung vom Kaiser erbitten wollen. Der Aerger der Ausschußmitglieder machte sich in groben Redensarten über die „Stupidität und verrätherische Gesinnung" der Tiroler Luft. Dieselben hatten nicht allein ihre Ehre preisgegeben, indem sie das angelobte Schweigen über die Ausschußverhandlungen brachen, sondern auch über den Reichstag die größte Gefahr heraufbeschworen. Kam es zu dem verkündigten Austritte aus dem Reichstage, wurde dem letzteren von seinen eigenen Mitgliedern der Gehorsam aufgesagt, so öffnete sich für die Regierung die glänzendste Aussicht, mit ihren Octroyirungsplänen durchzudringen. Der Finanzminister hatte zwar die Furcht vor einer Octroyirung belächelt, den Trost gespendet, das Ministerium sei viel zu klug, um in diesem Falle Preußen nachzuahmen. Man kannte aber sein specielles Interesse, den Reichstag bei guter Laune und zur Bewilligung der Geldforderungen stets bereit zu erhalten, und wußte, daß er keineswegs als der Vertrauensmann des Cabinetes gelten könnte. Wäre überdies die Octroyirungslust auch geringer gewesen: nachdem der Constitutionsausschuß selbst ihr das Recht, die Verfassung in der östlichen Hälfte der Monarchie zu octroyiren, zugesprochen hatte, durfte sie, von den Tiroler Abgeordneten gleichfalls angerufen, kaum länger zögern, das halbe Recht in ein ganzes zu verwandeln. Diese Erwägungen bestimmten die Majorität des Ausschusses trotz alles Zornes zur Nachgiebigkeit, zumal sie erfahren hatte, daß die Deutschtiroler ein kaiserliches Handschreiben besitzen, welches die Integrität der Grafschaft Tirol zusicherte, die Sanction des Beschlusses demnach nicht zu erwarten stand. Eine Deputation des Ausschusses bot den beiden Vertretern Deutschtirols, Pfretzschner und Ratz, Versöhnung an und erhielt von denselben das Versprechen, den Sitzungen wieder beizuwohnen, jedoch nur unter der Bedingung, daß der bereits gefaßte Beschluß nochmals zur Debatte komme, was auch in mehr oder weniger verblümter Weise zugesagt wurde.

Nach diesem unangenehmen Zwischenspiele kehrte der Ausschuß wieder zu seiner eigentlichen Aufgabe zurück. Die Föderalisten und Anhänger des strengen Nationalstaates hatten in der Frage über die Gliederung Oesterreichs nicht gesiegt; dennoch gaben sie ihre Sache noch nicht verloren, bemühten sich vielmehr in der Verhandlung, wie viel an Gewalt dem Reiche, wie viel den einzelnen Ländern zugewiesen werden solle, die Einbuße zurückzugewinnen. Ihrem Grundsatze getreu, daß jedes Land von seiner Autonomie nur jenen Theil an das Reich abzugeben habe, der zur Bildung einer Centralgewalt unumgänglich nöthig ist, verlangten sie, daß man die Befugnisse der letzteren einzeln aufzähle, alle anderen Rechte den Landtagen und der verantwortlichen Landesbehörde überliefere, überdies offen erkläre: in jedem zweifelhaften Falle spricht die Vermuthung für die Landesgewalt. Rieger empfahl mit staunenswerther Naivetät das Muster der Schweiz, Nordamerika's oder wenigstens der deutschen Bun-

desstaaten. Das reichte hin, um die Centralisten zum entschiedensten Widerstande anzuspornen. Mit leidenschaftlichem Eifer betonten sie die Nothwendigkeit einer starken Centralgewalt, mit treffendem Spotte stellten sie als das Glaubensbekenntniß der angeblich demokratischen Gegner den Satz auf: Alle Gewalten gehen nicht von dem Volke, sondern von den Provinzen aus. Es gelang ihnen, den Grundsatz zur Geltung zu bringen, daß zuerst der Umkreis der Ländergewalten umschrieben werden müsse und in zweifelhaften Fällen die Vermuthung für die Competenz der Reichsgewalt spreche. Nun mußten die Föderalisten sich bemühen, jenen Umkreis nach Möglichkeit auszudehnen. Niemand erhob einen Einwand dagegen, daß die Herstellung der Vicinalwege und Commerzialstraßen, die Aufsicht über das Armenwesen, das Recht, Sparkassen zu begründen, Feuerlöschordnungen zu verkündigen, den autonomen Provinzialbehörden zustehe. Die czechischen Abgeordneten verlangten aber auch, daß die Justizpflege und die Administration zu dem Wirkungskreise der Landesgewalten geschrieben werde, und drohten, wenn ihr Antrag durchfiele, ihre Heimat auf Grundlage des Patentes v. 8. April*) selbständig zu constituiren. Einen schlechteren Zeitpunkt konnten die Czechen für die Enthüllung ihrer Herzenswünsche nicht wählen. Eben war über den Separatismus der Tiroler das herbste Urtheil gefällt, ihre Anmaßung, unter besonderen Gesetzen stehen zu wollen, scharf zurückgewiesen worden. Und nun kamen schon wieder die Vertreter einer Provinz mit der Erklärung, das einige Oesterreich sei eine vortreffliche Einrichtung, vorausgesetzt, daß den Czechen gestattet werde, in Böhmen unumschränkt zu herrschen und alle nicht eingeborenen Beamten zu vertreiben. Die Czechen in Böhmen und die Klerikalen in Tirol, behauptete Hein, überbieten einander in fanatischer Herrschsucht und Unverträglichkeit.

Rieger's Worte: „Ohne Gewalt lassen wir uns den 8. April nicht nehmen, und wird Gewalt angewendet, so wird auch die Revolution nicht ausbleiben; wir haben verantwortliche Centralbehörden im Lande und einen constituirenden Landtag zugesagt erhalten und wollen nicht wieder um dieselben betrogen werden", weckten spitzige Gegenreden. Man wisse gar wohl, daß man die Anwesenheit der Czechen im Reichstag eigentlich dem Fürsten Windischgräz verdanke. Hätte er nicht durch das Bombardement von Prag in der bekannten Juniwoche und die Verhaftung der Czechenführer das Athmen der böhmischen Luft erschwert, so säßen wahrscheinlich die Czechen auf dem Hradschin und dictirten im Namen der böhmischen Krone dem Kaiser von Oesterreich Gesetze. Sie wären nun einmal aber in den constituirenden Reichstag, wenn auch nur nothgedrungen eingetreten und hätten dadurch die Sonderverfassung vom 8. April verwirkt. Sie hätten sie zum zweiten Male verwirkt, als sie am 19. Sep-

*) S. o. S. 230.

tember gegen die Zulassung der ungarischen Deputation stimmten, gegen die Sonderstellung Ungarns protestirten und die österreichische Denkschrift mit enthusiastischem Beifall begrüßten. Was dem Einen recht, müsse dem Andern billig sein. Der 8. April ruht auf demselben Grunde, wie die Ungarn gemachten Zugeständnisse. Wer die letzteren verdammt, darf nicht auf die Giltigkeit des ersteren sich berufen.

Die Majorität des Ausschusses strich die Justizpflege und Administration aus der Competenz der Ländergewalten, sowie sie auch die Industrialgesetzgebung denselben nicht zuwies, aus Furcht, daß Provinzialegoismus und locale Eifersucht sich jedem gewerblichen Fortschritte widersetzen und ihre Absperrungsgelüste auch in die ökonomischen Kreise übertragen würden. Palazky erkannte in dem Ausgange dieser Abstimmung die grundsätzliche Feindschaft des Ausschusses gegen seine föderalistischen Pläne. Konnten die letztern nicht verwirklicht werden, so verlor das Verfassungswerk überhaupt alles Interesse für ihn. Seine Gegner, und deren gab es sehr viele, klagten ihn der Selbstsucht an und behaupteten, er könne den Gedanken, daß seine Partei auf die Alleinherrschaft verzichten solle, nicht ertragen. Seine Anhänger versicherten, die Ueberzeugung, daß nur eine Föderativverfassung für Oesterreich passe, nur eine solche Kraft und Dauer gewinnen könne, hätte ihm die Pflicht auferlegt, sich von einem unfruchtbaren, nach seiner Ansicht sogar verderblichen Beginnen fernzuhalten. Palazky trat am 6. Februar aus dem Constitutionsausschusse. Sein Ersatzmann Strobach schloß sich in der Regel dem Abgeordneten Pinkas an, welcher in Verfassungsfragen jeder Schroffheit auszuweichen bemüht war, so daß nur noch Rieger, der blinde Jünger Palazky's, für das Föderativsystem, mitunter freilich gar inconsequent kämpfte.

Nachdem der Umkreis der einzelnen Ländergewalten festgestellt war, handelte es sich darum, auch ihre gegenseitigen Beziehungen zu bestimmen. Mayer's Entwurf enthielt darüber folgenden Satz: „Jedes der aufgezählten Reichsländer steht zu den anderen im Verhältnisse der vollen Gleichberechtigung, zum ganzen Kaiserstaate aber im Verhältnisse eines untrennbaren organischen Bestandtheiles. Gegen die volle Gleichberechtigung sprach sich Rieger aus. „Je größer die Bevölkerung des einzelnen Landes, je größer sein materieller Reichthum, desto größer muß auch die Summe der ihm zustehenden Rechte sein. Absolute Gleichberechtigung der großen und kleinen Provinzen liefert jene in die Gewalt der letzteren und muß die Revolution der in ihren Rechten gekränkten Majorität gegen die tyrannische Minorität der kleinen Provinzen permanent machen." Der angekündigten Empörung der Majoritäten stellte Lasser den besser begreiflichen Aufstand unterdrückter Minoritäten entgegen, die Definition Rieger's: Gleichberechtigung gibt nicht gleiche Rechte, verhöhnten Hein und Goldmark mit wirksamen Waffen. Die Schöpfer des Begriffes der nationalen Gleichberechtigung dürfen nicht über die unbequemen Folgen desselben in der

praktischen Anwendung klagen, die Männer, welche das natürliche Uebergewicht der deutschen Cultur, des magyarischen Reichthums bestreiten, müssen es sich gefallen lassen, daß man auch in der größeren Kopfzahl nicht den ausschließlichen Grund der Herrschaft anerkennt. Rieger war von der Furcht geplagt, daß in den Reichstag aus jeder Provinz eine gleiche Zahl von Abgeordneten gesendet würde, wodurch die kleinen deutschen Provinzen zusammen allerdings über eine größere Stimmenzahl geboten hätten, als die großen slawischen Ländercomplexe. Diesem wollte er durch die Annahme einer nur relativen Gleichberechtigung vorgebeugt wissen. Es half nichts, er wurde bei der Abstimmung geschlagen und mußte schon den Kampf in der Hauptfrage selbst über die Organisation des Reichstages wagen.

Palazky's Entwurf ließ den Reichstag aus den Landtagen hervorgehen, und zwar in der Art, daß die Abgeordneten jedes Landtages aus ihrer Mitte die Mitglieder des Reichstages, je einen auf 150,000 Einwohner, wählten. Nach Mayer's Entwurfe bestand der Reichstag aus zwei Kammern, einer Volks- und einer Länderkammer. Soweit hatten sich die Erfahrungen des letzten Jahres lehrreich erwiesen, daß das Zweikammersystem keine nennenswerthen Anfechtungen erfuhr. Nur Rieger eiferte gegen dasselbe, auch dieser aber mehr aus Nützlichkeitsgründen. Eine Kammer, welche aus directen Volkswahlen hervorgeht, wird sich über die parlamentarische Sprache nicht einigen. Man kann nicht einen Sprachcensus einführen, im anderen Falle es nicht hindern, daß der Reichstag dasselbe vielsprachige Wesen offenbart, welches die österreichischen Völker darbieten. Wird dagegen der Reichstag durch die Landtage gewählt, so kann man mit großer Sicherheit auf eine Versammlung intelligenter Männer, gleichsam die Elite der Provinzialgrößen, rechnen, welche sich ohne Mühe auch sprachlich verständigen werden. Der Constitutionsausschuß achtete die sprachlichen Schwierigkeiten geringer als die Gefahr eines bloßen Landtagsausschusses, dessen centrifugale Bestrebungen durch kein Gegengewicht beschränkt werden. Die Föderalisten, in deren Namen Rieger sprach, erlebten nicht allein den Kummer, daß eine Volkskammer beschlossen wurde, sie mußten überdies in der Zusammensetzung derselben eine empfindliche Beschränkung ihrer natürlichen Macht erfahren. Unter der ländlichen Bevölkerung zählten sie ihren größten Anhang, in den Bauernkreisen fand die Autonomie der Provinzen die reichste Zustimmung, in den Ackerbauintereffen das nichtdeutsche Element den kräftigsten Ausdruck. Das wußten auch die Gegner. **Brestl** brachte daher den Antrag ein, daß von den 360 Abgeordneten der Volkskammer 80 den größeren Städten und Industrieorten vorbehalten blieben und 280 unter die Landbezirke vertheilt würden. Gern hätte er auch das Wahlrecht von der Kenntniß des Lesens und Schreibens abhängig gemacht, wodurch den Bauern in der östlichen Hälfte des Reiches die Entscheidung über

den Ausfall der Wahlen aus den Händen gespielt worden wäre. Die Majorität des Ausschusses zog einen, übrigens ganz niedrigen, Steuercensus vor, der Zuweisung von 80 Deputirtensitzen an die Städte schloß sie sich aber an. Von einer Stellung in die andere zurückgeworfen, blieben die Föderalisten schließlich darauf hingewiesen, nicht zu schnell die Fahne zu streichen, wenigstens durch zähes Beharren einzelne Concessionen von den Gegnern zu erlangen, wenn sie schon auf den Sieg ihrer Grundsätze verzichten mußten.

Eine lange Debatte entspann sich bei der Frage über die Gliederung der Länderkammer. Die Föderalisten hätten jetzt am liebsten aus jeder Provinz eine gleiche Anzahl von Vertretern in die Länderkammer gesandt. Da es als selbstverständlich angesehen werden konnte, daß für die Landtage die Vertretung nach der einfachen Kopfzahl angenommen werde, so kam in den Provinzen gemischter Nationalität, wo die Summe der Nichtdeutschen überwog, die Landtagsmajorität in die Hände der letzteren. Daß die Landtage, wenn sie die Abgeordneten zur Länderkammer wählten, auf das Mehrheitsrecht verzichten würden, ließ sich nicht erwarten. Es durften in diesem Falle z. B. die Czechen auf die ausschließliche Wahl ihrer Stamm- und Parteigenossen hoffen. Nachdem aber die nationale Gleichberechtigung von den Föderalisten so stark betont worden war, mußten sie auch in dieser Frage gegen die nationalen Minoritäten Billigkeit üben. Rieger stellte daher folgenden Antrag: „Die Länderkammer besteht aus je sechs Abgeordneten für jede einzelne Provinz, welche von den Landtagen nach nationalen Curien so zu wählen sind, daß auf jeden Volksstamm des Landes eine gleiche Anzahl von Vertretern entfällt." Dadurch gingen zwar für die Slawen die Majoritätsrechte in einzelnen Provinzen verloren, sie gewannen aber dafür in anderen Provinzen, wo sie als Minorität auftraten, Ersatz. Die nationalen Landtagscurien, ein Lieblingsplan der czechischen Politiker, bestimmt alle Stammesfehden friedlich zu schlichten, fanden jedoch geringen Beifall im Constitutionsausschusse, zumal der Begriff der Nationalität schwankte. Nichts in der Welt hätte einen Polen bewogen, eine ruthenische Nationalität anzuerkennen. Zwischen uns und den Ruthenen, predigte unaufhörlich Ziemialkowsky, gibt es religiöse und politische Differenzen, aber nimmermehr Stammesunterschiede. Sollte nicht der von Brestl mit Vorliebe verfolgte Plan, auch in die Länderkammer die Centralisation einzuschmuggeln, die Wahl der Abgeordneten den Kreisen, der niedrigsten Stufe in der Organisation des Staates zu überlassen, den Sieg gewinnen, so mußten noch größere Zugeständnisse an die deutschen und die kleineren Provinzen gemacht werden. Pinkas schlug vor, zu den sechs Abgeordneten, welche der Landtag jeder einzelnen Provinz in die Länderkammer schickt, noch Kreisdeputirte zu gesellen, und zwar in den Ländern, welche mehrere Kreise enthalten, je einen für jeden Kreis. Dieses Auskunftmittel wurde denn auch angenommen.

Die Kreise, ihr Wirkungskreis und ihre parlamentarische Vertretung beschäftigten hier zum ersten Male den Constitutionsausschuß. Sie sollten nach der Meinung der Centralisten gegen den Separatismus der Provinzen ein heilsames Gegengewicht bilden, die Reichsgewalt über die Köpfe des Landtages hinweg mit den kleinen und kleinsten Einheiten des Staates verknüpfen. Während Palazky's Anhänger innerhalb der Provinzialgrenzen alle Macht im Landtage und in den Landesbehörden ansammeln wollten, sprachen Brestl und die deutschen Deputirten eifrig für die Decentralisation in der Kreis- und Gemeindeverwaltung, statteten die letzteren freigebig auf Kosten der Landesgewalt mit Befugnissen aus. Sie wußten, daß die Autonomie der Kreise und Gemeinden dem Reichsbestande niemals Gefahr bringen, eine ausgedehnte Autonomie der Provinzen, die Anerkennung der Einzelländer als geschlossener politischer Körper leicht zur Ueberhebung und zum Begehren vollkommener Selbständigkeit führen könne. Auf Brestl's Vorschlag wurde an die Spitze auch eines jeden Kreises ein „verantwortlicher Kreischef gestellt, welcher nur in den Angelegenheiten, welche dem Landtage zugewiesen sind, dem Landeschef, in allen anderen Gegenständen aber unmittelbar dem Ministerium untersteht." Vergebens drohte Rieger abermals mit der Revolution. „In der Form der Centralisation kann sich Oesterreich nicht erhalten: wenn die großen Provinzen nicht zu ihrem Rechte kommen, so wird und muß auch das Reich zu Grunde gehen." Vergebens protestirte er gegen die Einführung des Departementalsystems in Oesterreich und spottete über die künftige Präfectenwirthschaft. Besser Präfecte, meinten die Gegner, als eigenmächtige Proconsuln, besser eine verwickelte Verwaltungsmaschine, ein überreicher Instanzenzug, als ein so locker und einfach geschlungenes Band zwischen Provinzen und Reich, daß es bei der geringsten Berührung sich löste. Es konnte bereits als ein Beweis großer Nachgiebigkeit der Centralisten gelten, daß sie verantwortliche Räthe des Landeschefs nicht unbedingt verwarfen, die Agende des Landtages bei einer wiederholten Berathung der einschlägigen Paragraphe genauer bestimmten und erweiterten, daß sie endlich die Kreisabgeordneten und Landesvertreter trennten, und nicht, wie es Brestl empfohlen hatte, zusammenwarfen. Eine Nebenordnung der Gouverneure in den einzelnen Provinzen und der Reichsminister, eine Verantwortlichkeit der ersteren im constitutionellen Sinne ließ sich nicht durchsetzen, selbst der Titel: Ministergouverneur wurde gestrichen und der minder klangvolle: Landeshauptmann oder Statthalter angenommen, dagegen der constituirende Charakter der ersten Landtage anerkannt und der Reichstag zur Bestätigung der von den constituirenden Landtagen festgestellten Verfassung verpflichtet, wenn dieselbe nicht den Grundsätzen der Reichsconstitution widersprach.

Beinahe bis zum letzten Sitzungstage währte der Kampf zwischen

Föderalisten und Centralisten, wiederholte sich die Klage der ersteren über Unterdrückung. Man darf aber mit diesen beiden Parteinamen nicht die Begriffe verbinden, welche in den späteren Jahren mit ihnen verknüpft wurden. Aehnlich wie auch conservative Staatsmänner im Jahre 1848 unversehens viel liberales Gift geschluckt und eine Menge von politischen Sätzen arglos unterschrieben hatten, welche nachmals als schlimme Ketzereien galten, so waren auch die österreichischen Centralisten jener Tage von einer unbedingten Verdammung der föderativen Ideen noch weit entfernt und ohne Ahnung des später giltigen Systems, mittelst des Telegraphendrahtes vom Wiener Ministerialbureau auch die entlegenste Gemeinde zu lenken. Die Centralisten im Constitutionsausschusse wollten nur nicht schroff mit den historischen Ueberlieferungen brechen, nicht Oesterreich in einen Bund souverainer Provinzen, durch die Personalunion lose verknüpft, verwandeln, nicht die Freizügigkeit und das gleiche Recht des Oesterreichers in allen Provinzen, wogegen sich die czechischen Abgeordneten sträubten, aufheben. Sie waren aber für die Uebertragung eines bedeutenden Geschäftskreises an die Landtage, für die Gliederung der Landeskreise nach Nationalitäten, für die Einführung nationaler Schiedsgerichte. Eine „centralistisch-föderative" Verfassung nannte die Mehrheit des Constitutionsausschusses ihr Werk und wenn auch einzelne Gegner dasselbe als einen „pfiffigen, echten Jesuitengedanken" schilderten, so nahmen doch Andere, wie Strobach, Pinkas, die Bezeichnung wohlwollend auf und versöhnten sich schließlich mit der Arbeit, welche freilich mannigfache Fehler in sich barg, einer Verbesserung in vielen Punkten bedürftig war, aber den augenblicklichen Verhältnissen und Zuständen am besten entsprach. Bei der dritten Lesung der Verfassung und ihrer späteren Revision ließen sich noch immer einzelne Veränderungen anbringen.

Die Annäherung der Parteien gestattete einen raschen Fortgang der Verhandlungen. In rein politischen Fragen, wie über die Abgrenzung der executiven und legislativen Gewalt, über das Budgetrecht, die Unabhängigkeit des Richterstandes, die Stellung der Armee, herrschten keine schroffen Gegensätze, in den peinlicheren Nationalfragen aber lernte man allmälich Duldung. Gegenstände, welche am Anfange der Sitzungen die Leidenschaften in hohem Grade aufgeregt hatten, wurden am Schlusse bei wiederholter Besprechung glatt erledigt. Die Vereinigung von Deutsch- und Wälschtirol, die Abtrennung der Bukowina von Galizien stießen jetzt auf keinen erheblichen Widerstand. Der Glauben des Ausschusses an die Fruchtbarkeit seiner Bemühungen stieg mit jedem Tage; wie hätte er auch freiwillig sich selbst das Todesurtheil sprechen und daß sein ehrenwerther Fleiß verschwendet gewesen zugeben sollen? Zuletzt, als die Farben des neuen constitutionellen Staates berathen wurden, kam sogar über ihn eine poetische Stimmung. Das alte Schwarz-gelb beizubehalten, erschien

unmöglich. Abgesehen von dem Vorurtheile, welches an diesen Farben haftete, mußte doch ein freier Staat eine Tricolore besitzen. Weiß-roth-gold hatten daher Palazky und Mayer in ihren Entwürfen vorgeschlagen. Weiß-roth ist die Farbe des österreichischen Stammlandes, Roth-gold die Farbe des Hauses Lothringen, weiß oder roth endlich kommen an allen Landesfarben vor. Mayer, für poetische Regungen sonst nicht empfänglich, fügte noch zur Rechtfertigung der Farbenwahl hinzu: „Weiß war die in den Märztagen allgemein getragene Farbe, roth war der Aufgang der Freiheit, und golden wird unsere Verfassung sein."

Auch die Hoffnungen des Reichstages auf einen friedlichen Schluß seiner Berathungen mehrten sich, als am 2. März die Mitglieder des Constitutionsausschusses, bereits mit den neuen Reichsfarben geschmückt, den Sitzungssaal betraten und der Vorstand, ein biederer Magistratsrath aus Brünn, Feifalik, die Vollendung des Verfassungswerkes verkündigte. Eine geringe Zahl genügsamer czechischer Deputirten ausgenommen, welche es nicht verschmähten, mit den Hanaken zu singen und den Hanakinnen zu tanzen, und ihre Popularität in die Bauernkreise übertrugen, hatten die Abgeordneten den Kremsierer Winter recht lang und recht hart gefunden. Die Zeit, welche sie außerhalb des Reichstagssaales zubrachten, war für sie vollkommen öde, die kleinen Zwischenfälle in den Sitzungen die beste, ja die einzige Würze ihres sonst unendlich eintönigen Lebens. Endlich nahte die Erlösung und durften sie ihren Aufenthalt in der hanakischen Hauptstadt nur noch nach Wochen zählen. Es war bestimmt, daß der Entwurf der Verfassung vom 7. bis zum 14. März in den Abtheilungen berathen und am 15. März gleichsam zur Feier der Revolution das erste Mal verlesen werden sollte. An eine Verzögerung der Abstimmung durch langwierige Debatten dachte Niemand. Niemand rechnete aber auch auf die unangenehme Wirkung der Verhandlungen über die Kirchenfrage am Hofe, Niemand bedachte den Einfluß der ungarischen Ereignisse und der Frankfurter Parlamentsbeschlüsse auf die Entschließungen des Ministeriums. Jene Wirkungen und diese Einflüsse veränderten vollkommen das Schicksal des Reichstages und die Geschichte Oesterreichs.

---

3. Der Winterfeldzug in Ungarn.

Die Lage Ungarns nach der Wiederbesetzung Wiens durch die kaiserlichen Truppen und dem Verluste des Treffens bei Schwechat schien verzweifelt. Latour's Plan, das rebellische Land vollständig zu umzingeln, von allen Seiten gleichzeitig gegen die Hauptstadt vorzurücken und hier am Heerde, das Feuer der Empörung zu verlöschen, nahte endlich seiner Verwirklichung. In allen benachbarten Generalaten wurde gerüstet, an der nördlichen wie an der südlichen, an der westlichen wie an der östlichen Grenze Truppen gesammelt und der Aufstand der nichtmagyarischen Stämme in das Werk gesetzt oder wenigstens thatkräftig unterstützt. Während die Hauptarmee unter dem Commando des Fürsten Windischgräz an der obern Donau zum Einbruche bereit stand, sollten General Simonich von Mähren, Schlick von Galizien aus in Ungarn einrücken. An der steirischen Grenze organisirte Nugent ein Armeecorps, bestimmt gegen Esseg und die südlichen Provinzen vorzudringen, in Siebenbürgen wartete Puchner nur auf einen günstigen Zeitpunkt, um sich über Großwardein den anderen Heeressäulen zu nähern. Die serbischen Insurgenten, der walachische Landsturm, die slowakischen Freischaaren konnten zwar nicht mit jenem Erfolge in die Operationen der regulären Armee eingreifen, welchen die Schwärmer für Volksbewaffnung hofften, immerhin beschäftigten sie den Feind und zwangen ihn, seine Kräfte zu theilen. Dieser überwältigenden österreichischen Macht — sie betrug 110000 Mann an verfügbaren regulären Truppen und zwischen 30000 bis 40000 Mann aufgebotenen Volkes — konnten die Magyaren nur Trümmer der alten und rohes Material einer neuen Armee, das Ganze vorläufig wenig besser als ein ungeübter Landsturm, entgegenstellen. Der Landesvertheidigungsausschuß gebot über 21 Bataillone alter Infanterie, welche zu

der neuen Fahne geschworen hatten, dann über 35 Honvédbataillone, anfangs aus Freiwilligen gebildet, später durch eine förmliche Recrutirung ergänzt, und endlich über 16 Husarenregimenter. Zehn Regimenter gehörten zum österreichischen Armeeverbande; soweit sie aber nicht in Ungarn selbst garnisonirten oder noch vor dem Ausbruche des Krieges dahin beordert wurden, bestand ihr Stamm nur aus Deserteuren, welche einzeln und truppweise aus Galizien, Böhmen und Steiermark flüchteten und unter unsäglichen Entbehrungen die Heimat gewannen. Sechs Regimenter wurden erst im Winter 1848 neu formirt, theilweise wie die Károlyihusaren auf Privatkosten ausgerüstet. Die Artillerie mußte vollkommen neu organisirt werden und ebenso waren Gewehrfabriken, Kanonengießereien kaum über die nothdürftigsten Anfänge hinausgekommen. Selbst bei dem höchsten Anschlage blieben die ungarischen Streitkräfte gegen die Kaiserlichen um ein gutes Dritttheil in der Zahl zurück und mußten vollends unzureichend sich erweisen, wenn man die bessere Bewaffnung und Disciplin des Gegners mit in die Schätzung brachte und erwog, daß die Magyaren eine ausgedehnte Cordonlinie beziehen, zur Deckung der weiten Grenzen sich zersplittern mußten, während es den Oesterreichern freistand, nach Belieben da und dort entscheidende Offensivstöße zu führen.

Glücklicher Weise verhinderten theils nicht vorgesehene Schwierigkeiten, theils die geringen Fähigkeiten der österreichischen Feldherren die rasche Ausführung des Kriegsplanes und gönnten den Magyaren die nöthige Frist, sich von dem ersten Schrecken zu erholen und die nationale Armee besser zu organisiren. Der Ring schloß sich nicht, die österreichischen Einzelcorps griffen nicht rechtzeitig in ihren Bewegungen in einander, die Volksaufstände gewannen weder die erwartete Ausdehnung, noch den vorlaut verkündigten Erfolg. Das schlimmste Schicksal hatte die slowakische Insurrection, welche die Prediger Hodza, Stur, Hurban in den letzten Septembertagen aufgerufen hatten. Der angesehenste Slowake, mit dessen Namen alle slawischen Stämme so gern prunkten, der Dichter Kollár, sagte sich feierlich von seinen Landsleuten los, erklärte*) den Aufstand für ungesetzlich und verwerflich und that die „verblendeten Führer, welche das arme Volk auf Abwege leiten“, förmlich in den Bann. Das arme Volk bedurfte übrigens kaum einer Warnung. Trotz aller wortreichen Proclamationen des „Nationalrathes“ ließen sich die Bewohner der Slowakei aus ihrer todten Ruhe nicht aufrütteln. Sie warteten auf den Sieg der von Hurban in Wien geworbenen Freischaaren. Hurban und seine Freunde fühlten sich aber auf der Kanzel heimischer als auf dem Schlachtfelde. Sie dirigirten ihre Schaaren auf jene Punkte, wo sie die meisten theologischen Freunde und litterarischen Anhänger hatten, unbe-

*) Pesther Zeitung v. 30. September.

kümmert, ob dieselben auch militärisch wichtig oder haltbar seien, ihr Heergefolge, in welchem das ursprünglichste Lerchenfelder Deutsch zahlreich, Schuhwerk sehr spärlich vertreten war, machte sich dem Freunde furchtbarer als dem Feinde; so kam es, daß sich bereits in den ersten Octobertagen Hurban und Stur in Wien wieder in Sicherheit befanden, die slowakische Freischaar spurlos vom Schauplatze verschwand. Einige Monate später brachte Hurban abermals eine Freischaar zusammen. Da er jetzt den Rath kriegskundiger Männer nicht verschmähte, so nahm die zweite Expedition keinen geradezu lächerlichen Ausgang. Aber auch dieses Mal gelang es Hurban nicht, seine Landsleute zum Kampfe zu verlocken oder mit seinen Freiwilligen einen selbständigen Erfolg zu erringen. Sie verloren sich unbeachtet in der österreichischen Heeresmasse.

Die kriegerische Stimmung slowakischer Prediger und Schriftsteller machte dem Landesvertheidigungsausschusse geringe Sorgen. Er brauchte nur die Summe eingeborener Slowaken in den Honvédbataillonen zu zählen, um sich von der Unpopularität der slawischen Großmachtspläne zu überzeugen. Desto mehr kümmerten ihn die Vorgänge auf serbischem Boden, obgleich auch hier das volksthümliche Element des Kampfes immer stärker zurücktrat und die Serben schließlich inne wurden, daß sie gerade derjenigen Sache zum Siege verhalfen, gegen welche sie mit wüthender Leidenschaft die Waffen ergriffen hatten. Den Serben gelang es jetzt ebenso wenig wie früher, im Banate vorzurücken und die ungarischen Truppenkörper hier und in der Bacska aus ihrer Verbindung zu reißen. Die Weißkirchner Deutschen, wiederholt angegriffen, wiesen die Serben stets mit blutigen Köpfen zurück. Das serbische Lager bei Perlas eroberte nach heißem Kampfe (2. September) Kiß und bedrohte nun ebensowohl Titel wie Pancsowa, die Hauptstützpunkte der Serben im Banate. Diese Gefahr wurde zwar durch Stratimirović, dem Sieger von Kemenin, der seinen Zug durch die Bacska sofort hemmte und mit seiner Mannschaft zu Wagen herbeieilte, abgewendet, aber der weitere Plan des jungen Serbenführers, Kiß aus Becskerek zu vertreiben, kehrte sich gegen seinen Unternehmer und führte zur Niederlage bei Aradatz und Elemer (11. Sept.). Dagegen blieb Szent Tomasch nach wie vor im Besitze der Serben. Zum dritten Male versuchten die Magyaren, von Meßaros in eigener Person commandirt (21. Sept.), die verschanzten Linien zu stürmen. Trotz ihrer Uebermacht wurden sie abermals von der tapferen Besatzung zurückgeschlagen und als die letztere Verstärkung erhielt, zum schimpflichen Rückzug in das Lager von Verbas gezwungen. Durften sich auch die Serben keines entscheidenden Erfolges rühmen, so erreichten sie doch wenigstens den Vortheil, daß die ungarische Heeresmacht im Süden gebunden blieb, gegen die Armee des Banus und jene des Fürsten Windischgräz keine größere Truppenzahl verwendet werden konnte. Die Serben siegten mittelbar, vorausgesetzt, daß ihre Sache eins war mit jener der

österreichischen Feldherren. Darüber herrschte aber unter den südslawischen Patrioten begründeter Zweifel.

So viele Lager die Serben zählten, ebenso viele Parteien gab es unter ihnen. Die österreichischen Offiziere, welche sich jetzt häufiger den Insurgenten anschlossen, kämpften für ein ganz anderes Ziel, als Stratimirović und dessen Anhänger. Die Hilfstruppen, welche unter Knićanin's Commando aus dem serbischen Fürstenthume herübergekommen waren, hatten nicht allein die Aufgabe, ihren österreichischen Stammgenossen in der Abwehr der magyarischen Angriffe beizustehen, sondern auch die Bestimmung, jene zu beobachten und eine Wendung der serbischen Politik zu Ungunsten des Fürstenthumes zu verhindern. Denn es trieb sich ein Prätendent des serbischen Fürstenstuhles, ein Sohn des verbannten Milosch, in den Serbenlagern herum, bemüht, jede Gelegenheit zur Wahrung seiner persönlichen Interessen zu nützen. Endlich bestand zwischen dem Patriarchen und dem Karlowitzer Odbor ein grundsätzlicher Gegensatz, der kein Vertrauen, kein gemeinsames Handeln aufkommen ließ, vielmehr zu der häßlichsten inneren Entzweiung führte.

Unmuthig blickten die Volksführer auf die officiellen Befehlshaber, welche, so lange die Sache verzweifelt stand, sich fern gehalten hatten und nun sich beeilten, die Früchte der nationalen Bewegung einzusammeln. Ihren Groll steigerte das Bewußtsein eigener Machtlosigkeit. Der österreichische Consul in Belgrad, Mayerhoffer, bisher nur als Dilettant anwesend, hatte sich in Wien Instructionen geholt, trat im September als Stellvertreter des Banus auf und übernahm den Befehl über die Grenzregimenter und die regulären Truppen. Dadurch wurden die letzteren aus den Händen der nationalen Agitation gerissen, dem in erster Linie slawischen, nun in zweiter Linie österreichischen Aufstande das werthvollste Material geraubt. Die Grenzsoldaten kämpften wohl auch noch ferner gegen die Magyaren, aber im Namen des Kaisers, im Interesse des österreichischen Einheitsstaates, nicht, wie der Odbor anfangs gehofft hatte, in der Begeisterung für slawische Freiheit und des wiedererstandenen Serbiens Größe. Der Odbor verfügte weder über Geld und Rüstungsgegenstände noch über eine hinreichende Zahl von Offizieren, Mayerhoffer bot das Eine und das Andere an und bewies überdies, daß sein Wort mächtiger sei, als die serbische Waffe. Magyarenführer steckten auf Mayerhoffer's Zureden das Schwert ein, und Städte capitulirten, welche dem serbischen Angriffe erfolgreich Trotz geboten hatten. Sobald der Patriarch das Uebergewicht der österreichischen Partei merkte, schloß er sich derselben enge an. Ihm lagen die Privilegien der orientalischen Kirche mehr am Herzen als die Freiheit des serbischen Volkes, jene konnten errungen werden, auch wenn diese nicht verwirklicht wurde, wie denn auch in der That Mayerhoffer (30. Sept.) der serbischen Nation die Fortdauer ihrer alten Privilegien „im Sinne der pragmatischen

Sanction" zusicherte. Durch die österreichischen Zusagen ermuthigt, wagte der Patriarch einen offenen feindseligen Schritt gegen den am meisten gefürchteten Stratimirović.

Die bei Elemer erlittene Schlappe hatte die Gunst des letzteren bei dem leicht beweglichen Volke vermindert, den Geschwätzigen die Lust verliehen, alte Gerüchte wieder aufzuwärmen. Diesen Augenblick glaubte Rajačić zum Sturze des Gegners benutzen zu können. Er setzte es mit Hilfe der ihm ergebenen Odbormitglieder durch, daß Stratimirović seines Commandos entsetzt, zum Stadtarrest in Karlowitz verurtheilt und aufgefordert wurde, sich über eine ganze Reihe ihm zur Last gelegter Verbrechen: Vergeudung der Nationalgelder, Umtriebe, um für sich die Würde des Woiwoden zu gewinnen, verrätherische Verhandlungen mit Ungarn u. s. w. zu rechtfertigen. Stratimirović floh aus Karlowitz in das Lager Kničanin's und als er sich auch hier nicht sicher fühlte, begab er sich nach Tittel in die Mitte der Freiwilligenbataillone, die er so oft zum Siege geführt, die auch jetzt sich wieder unter seinen Befehl stellten und die Aufforderungen des Patriarchen, den Verräther auszuliefern, grob zurückwiesen. Rajačić sah die Nothwendigkeit einer Verständigung ein. Er erklärte sich bereit, einer Volksversammlung die Entscheidung über seinen Streit mit Stratimirović zu übergeben, und erkannte den letzteren bis zur Ankunft des Woiwoden als obersten Heerführer der Nation an, wogegen Stratimirović in einem öffentlichen Manifeste seine Anhänglichkeit an Oesterreich und seine Loyalität betheuerte. Diese Nachgiebigkeit kostete übrigens dem Patriarchen nur geringe Opfer. An dem Tage (4. Oct.), an welchem er sich mit Stratimirović aussöhnte, besaß er bereits die Kunde von der bevorstehenden Ankunft des Woiwoden. Am 7. October traf der in der Skupština v. 3. Mai erwählte Woiwode, Generalmajor Suplikać in Karlowitz ein, Stratimirović's Regiment war zu Ende.*)

Ohne den Zauber, der an dem Namen Woiwode für jedes serbische Ohr haftet, wäre die Autorität des neuen Feldherrn der Nation gleich in den ersten Stunden zusammengebrochen, ohne die Verzagtheit, welche die liberale Partei bereits seit längerer Zeit ergriffen hatte, die Enttäuschung über den vermeintlichen Retter des Volkes zu einem deutlichen Ausdrucke gekommen. Suplikać, in der Schule Radetzky's politisch erzogen, wie jeder alte Soldat der Insurgentenwirthschaft abgeneigt, eilte, die Volksversammlung darüber aufzuklären, daß er nicht der Volkswahl seine Woiwodenwürde verdanken wolle. Ernenne ihn der Kaiser zum Woiwoden, so werde er, dem kaiserlichen Befehl gehorsam, das Amt übernehmen. Bis dahin bleibe er ein österreichischer Offizier, welcher den ihm von Radetzky bewilligten zweimonatlichen Urlaub benutze, seine Heimat

*) Vgl. die Serbische Bewegung in Südungarn. Berlin 1851. S. 189 ff. und die Erlebnisse eines k. k. Offiziers im österreich-serbischen Armeecorps. Wien 1861. S. 67.

aufzusuchen und seinen Landsleuten militärischen Rath zu ertheilen. Dieser letztere bestand in der Aufforderung an die Grenzsoldaten, den Cordon wie in den guten alten Zeiten zu beziehen, und die politische und sociale Unfreiheit, welche auf dem Grenzer lastet, noch ferner zu dulden, sowie in der allgemeinen Mahnung, die Freiwilligen aus dem Fürstenthume sobald als möglich heimzusenden, und das Ansehen der kaiserlichen Behörden, durch die souveraine Macht des Odbors arg beschädigt, wieder herzustellen. Demgemäß verwandelte sich das nationale Heer in ein „österreichisch-serbisches Armeecorps", wurde die Vermehrung der regulären Truppen eifrig betrieben und an den Fürsten Windischgrätz die Bitte um Absendung einer größeren Zahl von Offizieren gerichtet. Dieses alles geschah mit Zustimmung des Patriarchen, welchem die Volksversammlung eine unbedingte Vollmacht in der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten übertrug und als dem „provisorischen Verwalter" der Woiwodowina huldigte. Stratimirović wurde (4. Nov.) an die Spitze einer Gesandtschaft gestellt, welche in Olmütz die definitive Regelung der serbischen Verhältnisse betreiben sollte, und auf diese Art beseitigt. Er mochte in Olmütz seine diplomatischen Talente gegenüber dem zähen Stadion erproben, in Kremsier von den slawischen Abgeordneten (14. Dec.) feierlich begrüßt werden, bei dem Festmahle an der Seite des serbischen Prätendenten Michael Obrenowić sitzen und auf die künftige Freiheit Rußlands trinken. Rajačić gönnte ihm die diplomatischen Erfolge und persönlichen Ehren, vorausgesetzt, daß sie den gefährlichen Mann von der Heimat fern hielten, hier die thatsächliche Macht in seinen Händen gesammelt blieb. Das war auch der Fall. Er setzte seinen Beirath aus lauter ergebenen Männern zusammen, theilte die Aemter, so daß kein Individuum die ganze Verwaltungsmaschine beherrschte, und trieb die widerstrebenden Elemente aus allen einflußreichen Stellungen. Die Executivgewalt behielt er ausschließlich für sich. Kein Wunder, daß einzelne Patrioten einen friedlichen Ausgleich mit den Magyaren jetzt nicht mehr unbedingt von sich wiesen, lieber durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Gegner sich ihr Recht sichern, als auf die Gnade des Hofes warten wollten. Auch Kossuth erkannte, nur viel zu spät, den verhängnißvollen Fehler der ungarischen Politik, welche es versäumt hatte, durch rechtzeitige Zugeständnisse die Südslawen und Romanen gegen die glänzenden Wiener Zusagen taub zu machen. Die Versuche der ungarischen Regierung, durch ihren Commissar Beöthy und den Commandanten von Peterwardein, General Blageovich, die Serben von ihren friedlichen Neigungen zu überzeugen, blieben ohne Erfolg. Die Wiener Nachrichten hoben den Muth der Serben und weckten den Glauben, daß Kossuth aus keinem anderen Grunde Verhandlungen mit den Serben einleite, als um die ungarischen Truppen aus dem Süden zurückziehen und gegen Windischgrätz benutzen zu können. Dann aber war seit der unbestrittenen Herrschaft

des Patriarchen der nationale Kampf in einen politischen Krieg umgewandelt worden. Mit Stratimirović hätten sich vielleicht die Magyaren verständigt, von Rajačić und Suplikać trennte sie eine unausfüllbare Kluft.

An den Waffen war es, die Entscheidung zu bringen. Die Waffen zeigten sich aber auf beiden Seiten dazu unfähig. Noch manche glänzende That wurde im Laufe des Winters vollführt. Magyaren und Serben durften sich einzelner Siege rühmen, im Ganzen blieb aber der bereits sechs Monate währende Kampf ohne große Resultate. Die Serben hatten die Unterdrückung von sich abgewehrt, die Magyaren die Verbreitung des Aufstandes über seinen ursprünglichen Heerd hinaus verhindert. Die serbische Bewegung behielt ihren insularen Charakter, so lange die ungarische Tricolore in Peterwardein und Esseg wehte. Die eine Festung schnitt die Verbindung zwischen der Bacska und Syrmien ab, die andere beherrschte Slawonien und vereitelte jeden Versuch, über die Drau in das Baranyer Comitat vorzubringen. Dagegen machten aber die Magyaren weder in der Bacska noch im Banate, wo das Zurückwerfen des Feindes auf Pancsowa ihre Hauptaufgabe bildete, irgend einen erheblichen Fortschritt. In ihrer Fronte trotzten die zahlreichen serbischen Lager, im Rücken sahen sie sich stets durch die kaiserlich gesinnten Besatzungen von Arad und Temesvar bedroht.

Viermal gingen die österreichischen Truppen*) zur Offensive über. In langem, von Becskerek über Werschetz bis Weißkirchen reichenden Bogen rückten am 30. Nov. die Magyaren, von Vetter — in Abwesenheit des eigentlichen Commandanten Ernst Kiß — befehligt, gegen die befestigten Lager von Tomaschowatz, Alibunar und an der Teufelsbrücke (am Karaschflusse), gleichzeitig griff Bakonyi in der Bacska die Sireger Schanzen an, deren Besitz den Weg in die südliche Landschaft bahnte und den Fall von Szent Tomasch wirksam vorbereitete. Die Colonne, welche Maderspach von Weißkirchen gegen die Teufelsbrücke führte, operirte allein glücklich, alle anderen Angriffe schlugen fehl und endigten mit dem Rückzuge der Magyaren in ihre alten Stellungen. Derselbe schlechte Erfolg begleitete die Wiederholung des Angriffes am 5. December. Er galt vorzugsweise dem Lager von Tomaschowatz, dessen Besatzung aber die Serben noch in den letzten Tagen verstärkt und der Obhut des tapfern Kničanin anvertraut hatten. Zwar geboten die Magyaren über eine größere Truppenzahl, da aber ihre Bewegungen nicht scharf in einander griffen, die Angriffe vereinzelt erfolgten, so behielt Kničanin Zeit und Kraft, alle Stürme abzuschlagen, die bereits in das Dorf Tomaschowatz eingedrungenen Truppen hinauszujagen und den Feind über die Temes zurückzutreiben. Noch immer aber gab Kiß, der seine Weigerung, Trup-

*) Ihre Zahl betrug im Banate 20000, in der Bacska 15000 Mann. Die Serben geboten über 21000 Mann, überwiegend Grenztruppen.

pen an die Nordarmee abzulassen, durch eine größere That rechtfertigen wollte, den Plan eines gewaltigen Offensivstoßes nicht auf. Während Damianich über Alibunar und Jarkovac vordringen und Knićanin in den Rücken fallen sollte, dirigirte Kiß die Hauptmacht auf den Brückenkopf von Tomaschowatz, um hier Damianich's Ankunft zu erwarten und dann von allen Seiten das serbische Bollwerk zu stürmen. Damianich, von Geburt ein Serbe, dabei aber der grimmigste Serbenfeind, bahnte sich mit seinen tapferen Rothkäpplern (dem 3. und 9. Honvédbataillon) siegreich den Weg. Er schlug (17. Dec.) den Feind bei Karlsdorf, vertrieb ihn aus Alibunar, steckte den Ort in Brand und stand am Abende des 13. December in Jarkovac. Unterdessen hatten sich auch die Serben gesammelt, Suplikać die Besatzung von Tomaschowatz an sich gezogen, und da er durch Einwohner von Jarkovac die Erschöpfung der ungarischen Truppen erfahren, einen nächtlichen Ueberfall beschlossen. Ein furchtbares Würgen beginnt nach Mitternacht, erst bei Tagesanbruch können die Honvéds einen geordneten Widerstand leisten, durch eine geschickte Bewegung gelingt es ihnen sogar, einen Theil der Feinde abzuschneiden, diesen nach längerem Kampfe zum Weichen zu bringen. Um den Schlag gegen Damianich auszuführen, mußten die Serben Tomaschowatz von allen Vertheidigungsmitteln entblößen. Dieses fällt in die Gewalt der Ungarn, wird verbrannt, seine Schanzen zerstört. Soweit erreichte Kiß den ersten Angriffszweck; das weitere Ziel der Offensive, der Marsch auf Pancsowa, war aber dennoch vereitelt. Auf das geschwächte Corps Damianich's konnte man nicht rechnen, durch die Zerstörung von Tomaschowatz und die Verwüstung des Landes hatten sich die Magyaren selbst ihres Stützpunktes und ihrer Hilfsquellen beraubt, überdies bedrohte der alte unerschütterliche Rakowina in Temesvar ihre Verbindungen mit Ungarn.

Den Stillstand der kriegerischen Bewegungen, der jetzt eintrat, zu unterbrechen, ihrerseits die Offensive zu ergreifen, lag nicht in der Macht der Serben. Sie betrauerten den Tod ihres Woiwoden. An demselben Tage (27. December), an welchem das kaiserliche Patent mit der Bestätigung des „Generalfeldwachtmeisters“ Suplikać in der Würde eines Woiwoden in Pancsowa eintraf, starb derselbe am Schlagflusse. An seiner Stelle übernahm auf die Aufforderung des Patriarchen Mayerhoffer die Heerleitung. Der magyarische General rechnete auf die natürliche Entmuthigung und Verwirrung der Serben und glaubte diese Gelegenheit zur Wiederaufnahme seines alten Planes benutzen zu können. Rasch zog er seine zerstreuten Truppen zusammen und rückte auf der Straße nach Pancsowa vor. Mayerhoffer, in diplomatischen Geschäften besser bewandert, als in der Kriegkunst, war nicht im Stande, Kiß aufzuhalten. In dem Gefechte bei Neudorf (1. Januar 1849) siegte der letztere und sah sich bereits im Besitze von Pancsowa. Wäre es nach dem Sinne Mayerhoffer's gegangen, so wäre auch seine Zuversicht erfüllt worden. Mayer-

heffer schlug im Kriegrathe den Rückzug über Baziasch nach Siebenbürgen vor. Kničanin aber und die Insurgentenführer widersetzten sich und stimmten für die weitere Vertheidigung. Ihre Meinung drang durch. Vor Pancsowa begann (2. Januar) ein hartnäckiger Kampf, welcher namentlich durch Kničanin's begeisternde Tapferkeit sich zu Gunsten der Serben wendete und mit der Flucht der Magyaren schloß. Sie kamen erst bei Becskerek und Werschetz wieder zu Athem, auch hier aber war nicht lange ihres Bleibens, da die Ereignisse im nördlichen Ungarn die Abberufung der meisten und besten Truppen vom serbischen Kriegsschauplatze dringend verlangten. Nur ein kleines Beobachtungscorps unter Haddig's Commando blieb an der Maroschlinie stehen.

Nicht besser als im Banate standen die ungarischen Angelegenheiten in Siebenbürgen.*) Seit der Blasendorfer Maiversammlung herrschte im Lande Aufregung und wildes Parteitreiben. Die Union war zwar durch die königliche Bestätigung v. 10. Juni rechtskräftig geworden, fand aber bei der sächsischen Bevölkerung keine Zustimmung, rief vollends unter den Romanen laute Proteste hervor. Eine kleine Zahl friedliebender Männer hoffte noch vom Pesther Reichstage eine Ausgleichung der Gegensätze. Die magyarische Majorität, von revolutionärer Leidenschaft erfüllt, besaß aber nicht die Unbefangenheit des Geistes, um den Nutzen einer Mittelpartei in Siebenbürgen zu würdigen. Als eine sächsische Deputation in Pesth anlangte und eine Denkschrift überreichte, welche die Bedingungen der Union schärfer bestimmte, wurde sie von den ungarischen Ministern gar hart empfangen. Wie könne man, meinte Deák, jetzt noch von Bedingungen sprechen, nachdem die Union bereits durchgeführt sei, wie noch Privilegien, fragte erstaunt Kossuth, für den Sachsenstamm in Anspruch nehmen, nachdem seine Stellung durch die begehrlichen Walachen in so hohem Grade bedroht sei. Er vergaß, daß die sächsischen Abgeordneten über die ungleich größere Gefahr, welche der romanische Aufstand der magyarischen Herrschaft bereitete, vollkommen genau unterrichtet waren, durch Schreckbilder nicht leicht eingeschüchtert werden konnten. Nicht minder unpolitisch war die Haltung des Reichstages. Durch eine förmliche Ueberrumpelung der Siebenbürger Deputirten, so versicherten wenigstens die letzteren, wurde das Schicksal Siebenbürgens entschieden. Die Anträge über die künftige Verwaltung des vereinigten Landes berieth nicht der für die Siebenbürger Angelegenheiten eingesetzte Ausschuß; sie kamen vielmehr unmittelbar vor den Reichstag. Ueber ziemlich gleichgiltige Dinge, wie über die Einsetzung eines Appellhofes in Klausenburg, begannen (13. September) die Debatten. Natürlich

*) Vgl. Der Winterfeldzug des Revolutionskrieges in Siebenbürgen von einem österreichischen Veteranen, Leipzig 1861 und Die Romanen der österreichischen Monarchie (von Laureani) 3 Hefte, Wien 1850.

widersetzte sich Niemand ihrer Annahme. Als aber in der nächsten Sitzung das Protokoll verlesen wurde, hörten zur größten Ueberraschung die Siebenbürger Deputirten, daß auch noch über andere wesentliche Punkte, wie über die Aufhebung der freien Beamtenwahl im Sachsenlande, endgiltig abgestimmt worden sei. Sie erklärten diesen Vorgang für eine betrügerische Handlung, die Behauptung der Stimmabgabe auch über diese Punkte für eine Lüge. Die Worte des Präsidenten: der Beschluß darüber ist gefaßt und bleibt gefaßt, schlugen alle Proteste nieder. Die sächsischen Deputirten traten (19. Sept.) aus dem Reichstage, in welchem „die Gesetzlichkeit nicht länger herrscht und die sächsische Nation keine Anerkennung findet."

Konnte das ungarische Ministerium nicht einmal mit den gemäßigten, zu Compromissen leicht geneigten, Sachsendeputirten den Frieden wahren, so ließ sich noch viel weniger erwarten, daß es ihm gelingen werde, den Fanatismus des romanischen Volkes zu dämpfen. Es hielt theilweise noch den immerhin wirksamen Regierungsapparat in Siebenbürgen in seinen Händen. Gleich nach der Bestätigung der Union wurde eine Reihe zuverlässiger Männer zu Obergespanen ernannt, überdies Baron N. **Vai** als königlicher Commissar mit unbeschränkten Vollmachten nach Klausenburg gesandt und durch zahlreiche Regierungsagenten (Al Kormány biztos) ein heilsamer Druck auf die öffentliche Meinung wie auf die etwa lässigen Behörden auszuüben gesucht. Eine feste Stütze besaß ferner das Ministerium an dem wehrhaften Szeklerstamme, welcher schon im eigenen Interesse die Gleichberechtigung der Romanen zurückweisen mußte. Doch fehlte es ihnen auch nicht an Gegnern. Alle Romanen, ein großer Theil der sächsischen Bevölkerung und endlich die nichtmagyarischen Linienregimenter sprachen sich gegen die ungarische Herrschaft und was bald mit dem Proteste gegen die letztere gleichbedeutend wurde, für die unmittelbare Unterordnung unter das Wiener Ministerium aus. Die Zahl der Feinde wuchs trotz des Standrechtes und der Verhaftung romanischer Agitatoren (19. August).

In militärischen Kreisen regte sich zuerst thatkräftiger Widerstand. Ein (walachisches) Grenzbataillon verweigerte den Eid auf die ungarische Constitution, das Grenadierbataillon Uracca kehrte (24. Sept.) von Großwardein eigenmächtig wieder in seine siebenbürger Garnison zurück, als es von der Spannung zwischen dem Hofe und dem Pesther Ministerium hörte. Die magyarische Partei klagte über den groben Bruch der militärischen Disciplin, der ungarische Kriegsminister und der königliche Commissar schalten und drohten. An der Standhaftigkeit der beiden romanischen Grenzregimenter prallten die Drohungen ebenso wirkungslos ab, wie die früher gespendeten Schmeicheleien. Sie wollten um jeden Preis mit der Pesther Regierung brechen und scheuten selbst revolutionäre Agitationsmittel nicht, um ihre Absicht zu erreichen. Am 10. September hielt das

erste romanische Grenzregiment im Stabsorte Orlat eine Volksversammlung ab, in welcher die Einsetzung einer kaiserlichen Commission verlangt, der feste Entschluß, „sich von der erdrückenden Suprematie der magyarischen Nationalität zu befreien," ausgesprochen wurde. Das zweite romanische Grenzregiment, im Norden Siebenbürgens stationirt, that einen weiteren Schritt und kündigte protokollarisch (7. Sept.) dem ungarischen Ministerium den Gehorsam auf. Der Absagebrief, von dem Regimentscommandanten, Oberstlieutenant Urban, verfaßt, zählte die Verbrechen des Ministeriums und Reichstages ausführlich auf. An der Spitze derselben stand die Absendung von Deputirten nach Paris und Frankfurt, welche That in Urban's Meinung einen offenen Verrath in sich schloß. „Wir Grenzer haben aber den Beruf, gemeinschaftlich mit der übrigen Armee die Untheilbarkeit Oesterreichs aufrechtzuhalten, müssen daher jener verrätherischen Handlungsweise mit aller Kraft entgegentreten." Als Lohn für seine Treue erbat sich das Regiment vom Kaiser die „allergnädigste Erlaubniß, daß die beiden Walachenregimenter diesen zu Witzeleien herausfordernden Namen mit der Benennung Romanenregimenter vertauschen dürften." Der Schritt Urban's wurde durch die Offiziere des Regiments Erzherzog Karl Ferdinand noch überboten. Sie entsetzten den magyarenfreundlichen Obersten Baldueei vom Commando, erklärten jeden Offizier, der es mit dem Ministerium halte, für vogelfrei, und schrieben dem österreichischen Generalcommando in Hermannstadt förmlich sein ferneres Verfahren vor. Es mußte auf der Stelle das Standrecht verkündigen, die Truppen mobilisiren und mit denselben gegen Klausenburg, den Heerd der Revolution, angriffsweise vorgehen.

Insgeheim seufzten die alten österreichischen Generale über solche „Janitscharenacte", ihre Lage duldete aber keine Empfindlichkeit. Sie mußten die Hilfe, in welcher Gestalt sie sich auch anbot, annehmen. Denn auch die Szekler hatten ihrerseits Volksversammlungen (auf der Haide bei Agyágfalva am 16. Oct.) veranstaltet, in Gegenwart angesehener Gubernialbeamten einen Kossuthhut als ihr Fahnenzeichen aufgepflanzt und die Bewaffnung aller Szekler, die Aufhebung der militärischen Grenzverfassung, den Kriegszug gegen die „rebellischen" Sachsen und Romanen beschlossen. Die letzteren blieben natürlich nicht stumm. Die Sachsen, ihrem gehäbigen Wesen gemäß, begnügten sich, gegen die außerordentlichen Vollmachten Vai's und die vom ungarischen Ministerium angeordnete Recrutirung zu protestiren. Desto leidenschaftlicher traten die Romanen auf. Sie hatten sich, durch das Landesgesetz vom Nationalgardendienst ausgeschlossen, auf eigene Faust bewaffnet. Zählten sie auch nicht viele Bayonettgewehre, so verstanden sie sich desto besser auf die Verwendung der Feuerbrände. Romanenfreundliche Schriftsteller erzählen von der Pyromanie als einer eigenthümlichen Krankheit, welche unter den Walachen im Revolutionsjahre herrschte. Als dieselben von der Unab-

hängigkeitserklärung Urban's in Naszod vernahmen, strömten sie zu Tausenden dahin, um in seine Hände den Eid der Treue für den imperatu abzulegen und Waffen zu empfangen, mit deren Herausgabe aber die österreichischen Militärbehörden noch zögerten. Urban konnte kaum 700 Freiwillige mit alten Steinschloßgewehren versehen. Ihr wahres Verbrüderungsfest feierten die Romanen in Blasendorf, wo (24. Sept.) abermals ungezählte Schaaren zusammentrafen und die Beschlüsse der Maiversammlung theils bestätigt, theils noch erweitert wurden. Sie lauteten in der neuen Fassung folgendermaßen: Keine Union mit Ungarn, unmittelbare Unterordnung unter das Wiener Ministerium, Giltigkeit der österreichischen (noch nicht geborenen) Constitution auch für Siebenbürgen, Vertretung des Siebenbürger Volkes auf dem Landtage nach der Kopfzahl und endlich die Einsetzung einer provisorischen Regierung, in welcher ebenso viele Romanen als Sachsen und Ungarn sitzen sollen. Ohne erst die Zustimmung des commandirenden Generals abzuwarten, wählte die Versammlung einen „Pacificationsausschuß", welchem sie, wenigstens gegenüber dem romanischen Stamme, die volle Regierungsgewalt, eine wahre Dictatur einräumte.

Der commandirende General, Baron Puchner, ein alter kränklicher Mann, verlebte schlimme Wochen. Die Summe der verfügbaren Kerntruppen betrug kaum 6000 Mann. Was sich ihm als Verstärkung anbot, wie der romanische Landsturm, war zweideutiger Art und hielt die Waffen im Namen eines Grundsatzes empor, für welchen die gewohnte Armeesprache keinen Ausdruck besaß. Auch wollte er mit dem ungarischen Ministerium nicht offen brechen, so lange dasselbe den Schein einer ordentlichen Regierungsgewalt bewahrte. Selbst die Kunde von dem kaiserlichen Manifeste v. 3. October, welches ihm auf verstecktem Wege zuging, brachte ihn noch zu keinem festen Entschluß. Puchner schützte seine Krankheit vor und übergab das Commando dem General Pfersmann, welcher sich (13. Oct.) damit begnügte, die untergeordneten Truppenführer anzuweisen, nur von Puchner oder dessen Stellvertreter, vom Adjutanten überdies contrasignirte Befehle anzunehmen, und dieselben belehrte, daß „in Folge der kaiserlichen Manifeste die Zeit eintreten werde, welche männliches Wirken, aber auch die größte Umsicht und Behutsamkeit erfordere." Erst directe Instructionen aus Wien, welche keine Erwägung zuließen, den unbedingten Gehorsam zur Pflicht machten, gaben Puchner die genaue Richtung seiner Handlungsweise an. In einer Proclamation v. 18. October sagte er sich „von der ungesetzlichen terroristischen Regierung des Präsidenten Kossuth" los, verhängte über Siebenbürgen das Kriegsgesetz und verpflichtete Volk und Behörden, nur dem Generalcommando Folge zu leisten. Der Protest des königlichen Commissars (23. Oct.) verhallte wirkungslos, sein Gegenbefehl: Jedermann möge sich erheben, Jung und Alt die Waffen ergreifen und zur Vertheidigung des Vaterlandes sich vereinen, war über-

flüssig, da thatsächlich der Aufstand und der allgemeine Kampf bereits begonnen hatten.

Die reguläre österreichische Macht, an sich nicht groß, war überdies noch getheilt. Im Norden bei Bistritz stand Urban, durch galizischen Zuzug verstärkt, mit etwa 3000 Mann, im Süden bei Hermannstadt sammelte sich das Hauptcorps, 7000 Mann stark, aber gezwungen, zahlreiche kleine Besatzungen in die verschiedenen Festungen und Städte abzugeben. Dazu rechneten die Romanen freilich noch ihren Landsturm, angeblich 195000 Mann, von diesen aber standen immer nur wenige Abtheilungen gleichzeitig im Felde, schlecht bewaffnet und nach der Aussage österreichischer Offiziere von äußerst geringem Werthe. Nachdem Puchner öffentlich als Feind Ungarns aufgetreten war, durfte er die ihm von den Romanen angebotene Hilfe nicht verschmähen, er mußte vielmehr bemüht sein, sie in der Hand zu behalten, um dem gewaltig brausenden Fanatismus des Volkes eine weniger unheilvolle Richtung zu geben. Am 17. October berieth er mit den Volksführern über die Organisation des Landsturmes, am 21. October wurde die Eintheilung des romanischen Landes in 15 Bezirke kundgemacht, von welchen jeder eine Legion in das Feld stellen sollte und einem Präfecten untergeordnet wurde. Die romanische Phantasie liebte die Anklänge an das römische Alterthum und so kamen zu den Präfecten noch die Tribunen und Centurionen hinzu; weil aber die Präfecten, Mitglieder des Pacificationsausschusses, Pfarrer, Advocaten, vom militärischen Handwerke blutwenig verstanden, so wurde jedem derselben ein subalterner Offizier als Rathgeber zugesellt. Die wichtigste Aufgabe des Landsturmes war die Entwaffnung der magyarischen Ortschaften. Er ging dabei gründlich zu Werke, erschlug die Waffenträger und steckte die Ortschaften in Brand. Die Gräuel, welche die Banden Jancu's, Buteanu's, Balinte's in Zalatna, Nagy-Enyed, Brád und anderwärts verübten, gaben den magyarischen Schriftstellern reichen Stoff zur Klage. Welchen Antheil natürliche Brutalität, welchen Rache für erlittene blutige Unbill an den Mord- und Brandscenen hatte, läßt sich nicht entscheiden. Aehnlich wie im Banate mögen auch in Siebenbürgen beide Parteien in die Schuld sich theilen, nur daß der tiefen Culturstufe des Siebenbürgischen Volkes entsprechend hier die Gewaltthaten noch mehr den kannibalischen Charakter an sich trugen. Auf die eigentlichen Kriegsoperationen übte der „friedenstiftende“ Landsturm keinen großen Einfluß.

Anfangs errangen die Szekler, von Zsombory geführt, einzelne Vortheile. Sie schlugen Urban (31. Oct.) bei Vaida-Szent-Iván zurück und besetzten Szasz-Regen, Máros-Vásárhely fiel dagegen in die Hände des österreichischen Südcorps, welches sich nun nach der Zerstreuung der Szekler mit Urban vereinigen und einen ernstlichen Angriff auf Klausenburg wagen konnte. Von drei Seiten rückten die Kaiserlichen gegen diese

Hauptstadt. Urban nahte sich ihr über Dees, Kalliany marschirte von Máros-Vásárhely auf Klausenburg los, am linken Marosufer bewegte sich der Landsturm langsam vorwärts, um die Operationen der regulären Truppen zu unterstützen. Der Commandant von Klausenburg, Baldacci, raffte, was er an Honvéds und Nationalgarden zur Verfügung hatte (etwa 4000 Mann), zusammen, um den zunächst stehenden Urban wegzudrücken. Er wurde aber bei Szamos-Ujvár (13. Nov.) schmachvoll geschlagen und bis Klausenburg zurückgeworfen, an dessen Vertheidigung nicht weiter gedacht werden konnte, da die einzige noch feste Truppe, ein Bataillon Carl-Ferdinand-Infanterie, sich jetzt offen für Urban erklärte. Klausenburg capitulirte (17. Nov.) und wurde mit einer Brandsteuer von zwei Millionen Gulden belegt. Die Reste des magyarischen Corps flüchteten entmuthigt in das ungarische Grenzgebirge und harrten unthätig am Csucsapasse auf eine bessere Wendung der Dinge. Mit Ausnahme des fernen Haromszeg im östlichen Winkel des Landes stand Siebenbürgen im November wieder unter der österreichischen Botmäßigkeit. Die Proclamationen Urban's mit dem stereotypen Schlußsatze: „Wer gegen meine Befehle handelt, wird erschossen", und der wiederholten Drohung: „Für jeden hingerichteten Romanen henke ich zwei Ungarn" bewies aber, daß der innere Frieden noch Manches zu wünschen übrig ließ. Puchner's Absicht, über Großwardein in das Königreich einzubrechen und sich mit den Oesterreichern im Banate in eine dauernde Verbindung zu setzen, stieß auf unübersteigliche Hindernisse. Es galt schon als ein großes Glück, daß es ihm gelang, die halb ausgehungerte Festung Arad (8. December) mit Proviant zu versehen und die Gefahr ihrer Capitulation an das magyarische Cernirungscorps zu beseitigen. Um die häufigen Einfälle der Szekler in das Burzenland abzuwehren und alle Rebellionsversuche der magyarischen Bevölkerung gleich im Beginne zu unterdrücken, sah sich Puchner gezwungen, seine Kräfte zu zersplittern und jede größere Offensivbewegung zu verschieben.

Für den Eifer der kaiserlich Gesinnten, für den Enthusiasmus der Patrioten mochten die Dinge in Siebenbürgen und im Banate nicht rasch und glänzend genug sich entwickeln, dem Landesvertheidigungsausschusse erschien die Lage mit Recht bedenklich. Siebenbürgen sah er als einen verlorenen Posten an, auf die Wiedereroberung des serbischen Gebietes leistete er vorläufig Verzicht. Mochten auch an und für sich weder der romanische Landsturm noch die serbischen Freiwilligen die Unabhängigkeit Ungarns ernstlich bedrohen, so lag doch in ihrer Vereinigung mit der Hauptarmee, in der Gemeinsamkeit der allseitigen Angriffe keine unerhebliche Gefahr. Trostreich wirkte daher die Ueberzeugung, daß das zögernde Auftreten des Fürsten Windischgrätz die Combination des Kampfes vollkommen verschoben habe, ermuthigend der weitverbreitete Glauben, daß der Feldmarschall die Schwierigkeiten eines Winterfeldzuges scheue und

erst im Frühlinge in Ungarn einbrechen werde. Eine Woche nach der anderen verging, und noch immer behielt Windischgräz sein Hauptquartier in Schönbrunn, noch immer wurden statt Kanonenkugeln nur Proclamationen, die bei der Absperrung des Landes weit vor dem Ziele niederfielen, nach Ungarn geworfen. Am 20. October wurde von Olmütz eine „letzte Aufforderung an Alle, die sich durch eine kleine Faction bethören und verführen ließen, zur Rückkehr an ihre Pflicht für König und Vaterland" gerichtet, am 6. November in schärferer Sprache die Ungiltigkeit aller nicht sanctionirten Reichstagsbeschlüsse ausgesprochen, die fernere Emission des Papiergeldes verboten und „Kossuth wie die Genossen des durch ihn angezettelten Aufruhres als Hoch- und Landesverräther" erklärt. Gleichzeitig bemühte sich aber der Hof, das Landvolk zu beschwichtigen und zu gewinnen. „Die Befreiungen, heißt es in dem kaiserlichen Manifeste v. 7. Nov., von der Robot und dem Zehent bleiben unangetastet. Dafür bürgt euch das Gesetz und mein königliches Wort. Ich will nur die Ruhe herstellen, ohne welche ihr die Früchte der euch gewordenen Freiheiten nicht genießen könnt, weil übermäßiger Nationalgardendienst und der Landsturm alle euere Kräfte in Anspruch nehmen. Trauet euerem Könige, welcher die magyarische Nationalität stets geliebt und geschätzt hat, schließt euch meinen Truppen an, im Uebrigen verhaltet euch ruhig." Eine ähnliche Tonart schlug die Proclamation des Feldmarschalls v. 13. Nov. an. Er will „den Landmann seiner nützlichen Beschäftigung wiedergeben, und nur die Aufrührer, welche sich gegen das Ansehen des gekrönten Königs aufgelehnt, nach der Strenge des Gesetzes bestrafen." Die nachdrückliche Betonung des gekrönten Königs, die Zurückweisung auf das Gesetz des siebenundvierziger Reichstages zeigten, daß die centralistischen Pläne des Wiener Ministeriums noch nicht die volle Reife besaßen, und daß am Hofe zwar Gegner Kossuth's, aber nicht grundsätzliche Feinde des Königreichs Ungarn das Wort mitführten.

Schwerlich hatte die Verschleppung des Angriffes darin ihren Grund, daß Windischgräz erst die Wirkung dieser Manifeste abwarten wollte. Seine Truppen konnten sich an Feldtüchtigkeit keineswegs mit der Armee Radetzky's messen und wurden nur langsam für ihre Aufgabe ausgerüstet, die an sich nicht klein, von dem verblendeten Feldmarschall noch viel größer und mächtiger geträumt wurde. „Ich befinde mich in einer so schwierigen Lage, wie sich vor mir vielleicht noch nie ein Mensch befunden hat", pflegte er den Deputationen zu antworten, welche ihm zu seinem Wiener Triumphe ihre Glückwünsche darbrachten. Jedenfalls hätten die Manifeste eine weitere Verbreitung finden müssen, um auf die Volksstimmung Einfluß zu üben. Daß der Reichstag, welchem sie die Oedenburger Comitatsverwaltung (21. Nov.) sandte, keinen großen Eifer bewies, dieselben bekannt zu geben, ist begreiflich. Auf L. Madaraß' Antrag erklärte sie die Versammlung für unächt, für eine Erfindung der Cama-

rilla. Und wären die Manifeste v. 6. und 13. November von Dorf zu Dorf, von Haus zu Haus getragen worden, das Ereigniß des zweiten Decembers machte sie vollkommen nichtig. Die Abdication Kaiser Ferdinand's, die Thronbesteigung Kaiser Franz Joseph's wurde durch die österreichischen Vorposten dem Commissar bei der Donauarmee, dem unerschütterlichen L. Csányi mitgetheilt, von diesem an den Landesvertheidigungsausschuß gesandt. Eine geheime Conferenz des Reichstages (7. December) entschied über die Ungesetzlichkeit beider Vorgänge, so daß in der öffentlichen Sitzung ohne jede Debatte, es sei denn, daß L. Madaraß in anstößiger Weise die Person des neuen Monarchen angriff, der Protest gegen den Thronwechsel veröffentlicht werden konnte. „Ohne Einwilligung des Reichstages darf über den ungarischen Thron nicht verfügt werden, selbst der unmittelbare Thronerbe wird erst durch Inauguraldiplom und Krönung legitimer König, im Falle der Unfähigkeit des regierenden Fürsten bestellt das Land einen Regenten: aus diesen Gründen sind die Olmützer Staatsacte ungiltig, und wer dem illegitimen Herrscher huldigt, ein Hochverräther."

Radicale Hitzköpfe glaubten die Gelegenheit günstig, mit der Dynastie und der monarchischen Ordnung überhaupt abzurechnen, wäre es auch nur, um die allgemeine Verwirrung in Europa zu steigern und eine Intervention der einen oder der anderen Macht zu erzwingen. In dem Regierungskreise ließ man sich aber glücklicher Weise auf solche aberwitzige Pläne nicht ein. Die Erklärung, daß Ungarn nach wie vor an seinem gekrönten Könige in unwandelbarer Treue festhalte, gab dem Lande thatsächlich die Unabhängigkeit, und fesselte gleichzeitig viele Conservative an die aufständischen Fahnen. Die Fiction, daß Windischgräz der eigentliche Rebelle sei, Ungarn nur für sein Uebermaß an Loyalität dulden müsse, war namentlich auf die zahlreichen altgedienten Offiziere und Soldaten in den Insurgentenreihen berechnet, für welche der Königsname noch einen lebendigen Klang besaß. Die Vorurtheile derselben zu schonen, empfahl Görgei, nach Moga's Rücktritt zum Commando der Donauarmee berufen, angelegentlich. Sie bildeten nach seiner Ansicht den wahren Kern des Heeres, während sich der vielgepriesene Landsturm nur durch Schnellfüßigkeit auszeichnete, die freiheitsliebenden Nationalgarden nur dann Stand hielten, wenn sie „in jeder Tasche eine Kanone verspürten."*) Da auf der Widerstandskraft der Donauarmee die Rettung Ungarns beruhte, so hütete sich der Landesvertheidigungsausschuß, ihre Stimmung zu reizen.**) Diese Rücksicht war löblich, die erwartete Wirkung, die Siegeszuversicht, wurde aber nicht erreicht. Bei der ersten Berührung mit den österreichischen Truppen stob Görgei's Armee sofort auseinander.

*) Görgei, Mein Leben und Wirken in Ungarn. I. S. 108.

**) Der Reichstag nannte seine Beschlüsse nicht Gesetze, sondern nur Decrete, fügte jedem der letzteren die Formel: „unbeschadet der höheren Genehmigung" hinzu.

Windischgräz hatte endlich seine Rüstungen vollendet, seinen Feldzugsplan endgiltig festgestellt. Das erste Armeecorps, vom Banus befehligt, überschritt am 15. December bei Bruck an der Leitha auf dem rechten Donauufer die ungarische Grenze und begann gleich am ersten Tage die Operationen, während das zweite Corps, vom Grafen Wrbna commandirt, auf dem linken Ufer sich zunächst abwartend verhielt und zu Demonstrationen verwendet wurde. Görgei's Schaaren, in langgestreckter Cordonlinie aufgestellt, auf jedem Punkte dem Feinde an Zahl untergeordnet, hielten den Anprall nicht aus. Ihr Führer selbst, ohne Begeisterung für die Sache, ohne Glauben an die Wehrfähigkeit seiner Truppen, half durch rasch wechselnde Befehle die Verwirrung vollenden. Die Ungarn wurden auf ihrem äußersten rechten Flügel von Simunich bis über Tyrnau hinaus geschlagen, gaben ohne Schwertstreich Preßburg auf, und erlitten auf ihrem linken Flügel bei Parendorf eine empfindliche Schlappe. Derselbe schlug sich mühselig durch die Sümpfe am Neusiedler See durch, der Rest der ungarischen Armee sammelte sich bei Wieselburg, wo Görgei (18. Dec.) ohne Schaden ein lebhaftes Kanonenfeuer aushielt, dann bis Raab sich zurückzog. Trotz der ausgedehnten Verschanzungen, welche hier in aller Hast angelegt worden waren, fand Görgei auch bei Raab keinen passenden Stützpunkt für seine erschütterten Truppen, setzte daher, unbekümmert um die Gegenbefehle Kossuth's, seinen Rückzug gegen die Hauptstadt (27. Dec.) fort, sobald er von der Annäherung der methodisch langsamen Oesterreicher hörte. Noch dringender wurde nun die Mahnung des Landesvertheidigungsausschusses, Ofen-Pesth zu decken, in geordneter Schlacht dem Feinde entgegenzutreten. Er hatte Perczel, der an der steierisch-kroatischen Grenze mit Erfolg operirte, schleunig zurückgerufen, um sich mit Görgei zu vereinigen. Aber Perczel und Görgei, von Natur unverträglich, der Eine ein roher brutaler Mensch, der jedes Urtheil in ein Schimpfwort kleidete und seinem Radicalismus Alles nachgesehen glaubte, der Andere ein stolzer Berufssoldat, empfindlich, launisch, seiner Superiorität bewußt, überdies seit der Affaire von Ozora*) geschworene Feinde, waren zu freier Verständigung, zu einem gemeinsamen Handeln nimmermehr zu bewegen. Kossuth schrieb wiederholt an Görgei, der die schlimme Eigenschaft hatte, die Regierungsdepeschen ohne Antwort zu lassen, nannte ihm Vereinigungspunkte mit Perczel, und befahl ihm, die Position bei Gálla zu behaupten. Kossuth und Csányi richteten auch an Perczel mehrere Briefe, in welchen sie ihn zur Eintracht und Einigkeit aufforderten, ihm die Combinirung seiner Angriffe mit jenen Görgei's dringend empfahlen.**)

*) Görgei hatte als Major dem Befehle Perczel's nicht Folge geleistet, und war von diesem mit dem Tode bedroht worden.

**) Die Correspondenz des L. V. A. mit den Generälen wurde im Geheimarchiv der ungarischen Revolution im Sept. 1849 veröffentlicht.

Wie viel Schuld der böse Wille Görgei's, wie viel Perczel's Ungeschick trägt, welchen Antheil unberechenbare Kriegszufälle an dem Gange der Dinge hatten, läßt sich nicht entscheiden. Während Görgei erst den passendsten Kampfplatz recognoscirte, wurde der isolirte Perczel bei Moor (30. December) von Ottinger's Cürassieren überfallen und in die Flucht geschlagen. Erst jenseits der Donau in Pesth sammelte er die Reste seines Corps, Görgei selbst stellte sich in unmittelbarer Nähe von Ofen auf, erklärte aber sein Heer weder groß noch tapfer genug, um die Hauptstadt zu schützen.

Ein panischer Schrecken ergriff den Landesvertheidigungsausschuß, den Reichstag und die Bevölkerung von Buda-Pesth. Die letztere glaubte an den Schanzen, welche seit dem Herbste bei Preßburg, Wieselburg, Raab und vor Ofen gegraben worden waren, ein sicheres Bollwerk zu besitzen. Sie hatten freilich den Feind nicht zurückgehalten. Darüber machte sich aber das Volk nicht übermäßige Sorgen. Ein Regierungsplacat (29. Dec.) belehrte es, daß „General Görgei die Würfel der Schlacht bei Raab nur aus dem Grunde nicht fallen ließ, weil er wirksamer gegen die Kriegsbewegung des Feindes operiren will. Je später die Schlacht, desto vollständiger der Sieg; je tiefer der Feind in das Land dringt, desto sicherer ist sein Untergang." Den Reichstag blendeten zwar solche Hoffnungen nicht, die Größe der Gefahr, die Schwierigkeit der Lage war ihm wohl bewußt, aber ein so nahes, so leichtes Ende des Kampfes hatte auch er nicht erwartet. In einer Anwandlung von Römersinn war er im November zu seinen gewöhnlichen Arbeiten zurückgekehrt. Während das Land vom Kriegsgeschrei widerhallte, verhandelte der Reichstag über die Grundsteuerreform und berieth das Maß der Entschädigung, welches dem Grundherrn für die aufgehobenen Unterthanslasten gebührt. Kossuth begünstigte die stoische Haltung des Reichstages, welche ihm die volle Freiheit in der Regierung des Landes gestattete. Früher als er es gehofft und gewünscht hatte, mußte er die gesetzgebende Versammlung zur Theilnahme an Executionmaßregeln herbeiziehen. Perczel's Niederlage, Görgei's Rückzug bis hart unter die Mauern von Ofen war am 31. December kein Geheimniß. Der Präsident des Unterhauses, J. Pázmandy, forderte Kossuth, den Chef des Landesvertheidigungsausschusses auf, dem Reichstage in geheimer Sitzung (31. Dec.) über die Lage der Dinge einen genauen und aufrichtigen Bericht zu erstatten. Kossuth nannte jene überaus gefährlich, den Ausgang einer jeden Schlacht zweifelhaft. Er empfahl daher die Verlegung der Nationalversammlung in eine andere gesicherte Stadt, damit sie dort, vereint mit dem Landesvertheidigungsausschusse, für die fernere Vertheidigung des Vaterlandes wirke. Er stellte weiter den Antrag, eine Deputation an den Feldmarschall zu senden, damit man „endlich erfahre, was er wolle; denn wir wissen nicht, warum wir angegriffen werden." Die Fluchtgedanken, mit früheren tapferen Erklärungen in grellem

Widerspruche, hätten den Deputirten eine stärkere Scham in das Gesicht getrieben, wäre ihnen nicht zu guter Stunde eine erhebende historische Erinnerung zu Hilfe gekommen. „Ofen stand hundertundfunfzig Jahre unter dem türkischen Joche und Ungarn verlor dennoch nicht das Dasein." L. Batthyány, welcher nach seinem Rücktritte aus dem Ministerium Nationalgardendienste geleistet hatte, aber durch einen Sturz beschädigt nicht in das Feld ausgerückt war und nun, im Eisenburger Comitate wieder gewählt, als einfacher Deputirter im Unterhause saß, billigte den Plan, daß sich der Landesvertheidigungsausschuß hinter die Theiß zurückziehe, von einer Uebersiedlung des Reichstages aber wollte er nichts hören, dieser müsse vielmehr in Pesth ausharren und einen letzten Vermittelungsversuch wagen. Aus diesem Grunde sprach er auch eifrig für die Absendung einer Deputation an den Fürsten Windischgräz, verlangte sogar als eine persönliche Gunst, sich derselben anschließen zu dürfen, obgleich zahlreiche Freunde ihn warnten und seine Sicherheit bedroht glaubten.

Der ungarischen Nation wurde oft ihr unverbesserlicher Hang zur Gesetzlichkeit vorgeworfen, ähnlich kann man auch an Batthyány die unzerstörbare Vertrauensseligkeit tadeln. Trotz aller bitteren Erfahrungen hoffte er immer noch einen friedlichen Ausweg und zweifelte nicht, daß Windischgräz den angebotenen Waffenstillstand annehmen, das Wiener Ministerium in neue Verhandlungen sich einlassen werde. Die Mitglieder der Deputation, welche sich in das Hauptquartier des Feldmarschalls nach Bicske begab, durften wohl den Anspruch erheben, wenigstens gehört zu werden. Die angesehensten, besonnensten Männer des Landes, altberühmte politische Größen, bildeten die Gesandtschaft: die früheren Oberlandrichter und Hofkanzler, die Grafen Georg und Anton Majláth, der Erzbischof Lonovics, Deák und Batthyány. Windischgräz hatte für dieselben nur eine Antwort: „Mit Rebellen unterhandle ich nicht." Der Reichstag wartete den Erfolg der Friedensdeputation nicht ab. Die Majorität desselben, soweit sie noch in Pesth ausgeharrt hatte, kannte die Stimmung des Hofes besser als Batthyány und wußte, daß sie nur zwischen unbedingter Unterwerfung und fortgesetztem Widerstande zu wählen habe. Sie entschloß sich für das letztere und decretirte, daß der Reichstag gleichzeitig mit dem Landesvertheidigungsausschusse seinen Sitz nach Debreczin verlegen solle. Bereits am ersten Januar 1849 begann der Umzug. Wohl verpackt wanderten die Reichskleinodien, die Banknotenpresse, die Landescassen und die Vorräthe der Gewehrfabrik auf der Eisenbahn nach Szolnok und von da in die sicheren Verstecke hinter die Theiß. Kossuth, das Regierungspersonal und der Reichstag folgten am nächsten Tage. Doch fand sich namentlich der letztere bei weitem nicht vollzählig in Debreczin ein, als die Sitzungen am 9. Januar wieder eröffnet wurden. Es fehlten die beiden Präsidenten des Unterhauses, D. Pázmandy und J. Palfy, es fehlten Batthyány und Deák, und vollends

die Magnatentafel konnte sich erst am 12. März constituiren, obgleich schon im December die beschlußfähige Zahl bis auf zwanzig herabgesetzt worden war.

Ueber das Schicksal von Buda-Pesth sollte ein Kriegsrath entscheiden, welcher am 2. Januar unter Vetter's Vorsitz zusammentrat. Der Wunsch Kossuth's, dem Feinde vor Ofen eine große Schlacht zu liefern, dabei aber die Hauptstädte möglichst zu schonen und die Armee auf das linke Donauufer unversehrt zu bringen, war artig, aber nicht ausführbar. Einstimmig beschloß der Kriegsrath, Ofen und Pesth preiszugeben, das Heer durch einen rechtzeitigen Rückzug zu retten, durch Theilung desselben Windischgrätz von einem raschen Vordringen auf Debreczin abzuhalten. Während Görgei an der Waag gegen Simunich operiren, nöthigenfalls auf Komorn sich stützen sollte, blieb Perczel die Aufgabe, den Theißübergang bei Szolnok zu decken. Man durfte erwarten, daß Windischgrätz gegen das Perczel'sche Corps nicht energisch vorrücken werde, so lange er Görgei fürchten mußte. Die Bewegungen der ungarischen Truppen, jener Görgei's nach Waizen, der anderen auf der Szolnoker Straße wurden unverzüglich und im Ganzen ohne Hinderniß ausgeführt; nur Görgei's Nachtrab wurde (3. Januar) von Ottinger's Cürassierbrigade ereilt, zuerst geworfen, dann aber durch herbeigeeilte Husaren in den Stand gesetzt, den Angriff kräftig zurückzuweisen. Dieses Gefecht diente dazu, die aufgeregten Pesther zu beschwichtigen. „Die Stadt kann ruhig sein, die Hauptstadt kann sich freuen, der Feind ist bei Tétény aus dem Felde geschlagen", ließ der Regierungscommissar Csanyi öffentlich ausrufen, ohne aber jetzt größeren Glauben zu finden, als am Tage vorher, als er das Treffen bei Moor als unbedeutend geschildert und Perczel's Entschluß, die Hauptstadt bis zum letzten Blutstropfen zu vertheidigen, verkündigt hatte. Am Abende des 4. Januar räumten die letzten ungarischen Truppen Ofen. Die Bewohner der Hauptstadt wußten, daß sie dem Feinde ausgeliefert seien; handelsbeflissen, theilweise zur magyarischen Sache erst neubekehrt, von Natur mehr praktisch als schwärmerisch angelegt, hüteten sie sich, etwa durch bewaffneten Widerstand ihr Schicksal ändern zu wollen. Wer die Oesterreicher fürchtete, war, mit wenigen Ausnahmen, mit der Armee weggewandert, die Zurückgebliebenen beschlossen, ihr Glück mit den neuen Herren zu versuchen. Am 5. Januar rückte die österreichische Armee in Ofen und von da mit übertriebener Vorsicht über die neuerbaute Kettenbrücke in Pesth ein. Der Mahnung der „städtischen Behörde", sich „der Aufreizung der einziehenden Truppen unter Gewärtigung der härtesten Strafe zu enthalten", fügten sich die Pesther willig. Ohne Schwertstreich wurde die Hauptstadt besetzt; die schwarzgelbe Fahne wehte auf dem Rathhausthurme, der Aufstand, so schien es, war besiegt, der Krieg im Wesentlichen zu Ende.

Die österreichischen Bulletins, welche der redselige und schreiblustige

Militärgouverneur, General Welden, veröffentlichte, beklagten es förmlich, „daß der schnelle Fortgang der militärischen Operationen nicht die nöthige Zeit ließe, das Publicum mit den Hauptereignissen bekannt zu machen.“ Die Erbärmlichkeit der ungarischen Defensivanstalten, erzählte breitspurig Welden, könne aber nicht Wunder nehmen, da sich in „dem militärischen Auftreten der Rebellenbanden der crasseste Unverstand kündete, dieselben von Fanatikern, welche aus den unteren Chargen der Armee entwichen sind, oder von Advocaten geführt werden.“ Wohl nur um das Eintönige der Berichte zu unterbrechen, wurden in die öffentlichen Bulletins die Fabeln von Fleischvergiftungen und anderen Missethaten der Ungarn aufgenommen und doch auch von dem Jubel, mit welchem selbst magyarische Ortschaften ihre Befreier begrüßten, von ihrem Kossuthhasse geschmückte Schilderungen geliefert. Die Zeitungen kündigten die Uebergabe von Komorn für die nächsten Tage an, die Privatbriefe der Offiziere erklärten alle großen Actionen zu Ende und ließen nur kleinen Streifcolonnen noch einen ersprießlichen Wirkungskreis übrig, die Polizeiblätter enthielten bereits die Steckbriefe gegen die, wie man voraussetzte, flüchtigen Rebellenhäupter. Schwerlich hätte man im Januar Pulszky an dem Merkmale erkannt, daß er im Sommer den Hemdkragen umgeschlagen trug, die Schilderungen des „geschmeidigen“ Kossuth, des „geregelten Menschen“ Meßaros, des „jähzornigen“ Madaraß, „welcher sich aber im Zorn zu mäßigen weiß“, konnten als Verhöhnung des Polizeistyles gelten; sie waren aber ernst gemeint und was das Wichtigste ist, sie wurden zuerst in Mährischen Amtsblättern publicirt. Die Polizei trug sich also mit der Meinung, daß Kossuth und dessen Anhänger den ungarischen Boden bereits verlassen hätten. Auch im österreichischen Hauptquartier herrschten ähnliche Ansichten. Der Feldherr trat gegen den Gerichtsherrn zurück, der Soldat gab dem Auditeur und dem Profoßen Raum. Beinahe zur selben Stunde lernten die Ungarn ihre Schuld kennen und erlitten die Strafe für dieselbe. Von allem Verkehre mit den Nachbarprovinzen abgeschnitten, wußte die Masse der Bevölkerung nichts von den kaiserlichen Manifesten und den Proclamationen des Feldmarschalls, welche im November und December erschienen waren. Theils kamen dieselben gar nicht in das Land, theils wurden sie von den magyarischen Behörden unterdrückt; namentlich versagte die hauptstädtische Presse, von Madaraß und Hajnik strenge überwacht, als Chronik der Ereignisse vollständig die Dienste. Erst nach der Besetzung Pesths durch die kaiserlichen Truppen erfuhren die weiteren Volkskreise, daß der Feldmarschall keineswegs mit feindseligen Absichten in das Land rücke, den Reumüthigen Verzeihung gewähren wolle, daß aber der Pardon wenigstens für die ehemaligen österreichischen Soldaten am 26. November verstrichen sei. Fürst Windischgrätz hatte noch in Schönbrunn (14. Dec.) alle Seelsorger, welche nicht von der Kanzel herab den Bauern die Bestätigung ihrer Freiheiten durch den neuen Kaiser verkündigen, mit dem Standrechte

bedroht, durch die Raaber Proclamation (29. Dec.) Kossuth, den Landesvertheidigungsausschuß, die Regierungscommissare vogelfrei erklärt, und ihre Verhaftung befohlen. „Wer den revolutionären Behörden Gehorsam leistet, wird hingerichtet, jede feindlich gesinnte Ortschaft der Erde gleich gemacht, jeder Dorfrichter haftet mit seinem Kopfe für die ruhige Haltung der Gemeinde." Als Neujahrsgruß unterschrieb der Feldmarschall in seinem Hauptquartier Kots eine andere Verordnung, welche das Vermögen „aller der Kossuthischen Partei dienenden, mit ihm gemeine Sache machenden Individuen mit dem Sequester belegt." Den Bedrohten und Angeschuldigten blieb keine Muße, sich zu rechtfertigen. Während die Zeitungen in der einen Spalte die Regierungsmanifeste veröffentlichten, enthielten sie in der anderen die Nachricht von der bereits vollzogenen Sequestration der Rebellengüter und erzählten die Verhaftung der angesehensten Führer der Nation und des Heeres. Unter den Verhafteten befanden sich Graf L. Batthyány und sein Schwager Graf Károlyi, D. Pázmandy und die Generale Hrabowsky, Lázar und Moga.

Den Militärgerichten, welche in allen wiedereroberten Städten sofort in Wirksamkeit traten, schien es nicht genug, nur die muthmaßlichen Schuldigen, die thätigen Förderer der Revolution abzuurtheilen, die ganze Nation war verdächtig, allen Bewohnern Ungarns sollte von Rechtswegen der Proceß gemacht werden. Am 15. Januar trat zu Ofen eine „militärisch-politische Centralcommission" zusammen, vor welcher sich auch „diejenigen Individuen, welche an den revolutionären Umtrieben entweder gar nicht oder nur im minderen Grade theilgenommen hatten," rechtfertigen mußten. Dieser Befehl stand freilich mit der officiellen Versicherung, daß nur eine kleine Partei der Revolution huldige, die überwiegende Mehrheit des Volkes loyale Gesinnungen hege, in schroffem Widerspruche, ebenso ließen sich die bereits im Januar vollzogenen Hinrichtungen schlecht mit dem Geständnisse des Feldmarschalls zusammenreimen: Er wisse, daß die Octobermanifeste und Novemberproclamationen im Lande unbekannt geblieben seien, gar viele der Rebellen nur aus Unwissenheit gesündigt haben. Wie sollte es aber anders kommen, da im Hauptquartiere die Einheit des Beschließens und Handelns überhaupt unbekannt blieb? Fürst Windischgrätz, in seinem äußeren Auftreten scheinbar so schroff und hart, war in Wahrheit von seiner Umgebung gänzlich abhängig. Der hohe Herr, der auch in seiner Schreibweise den Souverain nachahmte, hatte sich niemals mit den öffentlichen Angelegenheiten genau vertraut gemacht, ein selbständiges Urtheil weder über Sachen noch über Personen gewonnen. Wer zufällig in der Nähe des Feldmarschalls weilte, übte für den Augenblick auf ihn den entscheidenden Einfluß, mußte aber freilich vielleicht schon am nächsten Tage einem anderen Rathgeber weichen, welcher es verstand, seine Meinung in noch unterthänigere Formen zu kleiden. Dieser Mangel an Folgerichtigkeit würde früher Anstoß

erregt haben, wenn nicht die allgemeine Ueberzeugung, das Wichtige und Wesentliche sei doch bereits gethan, geherrscht hätte. Nicht allein äußere Zeichen sprachen für das Ende des Aufstandes. Die revolutionären Straßennamen wurden wieder umgetauft, die Tricoloren zerrissen oder wenigstens versteckt, Leute, welche sich in den letzten Jahren beeilt hatten, eine magyarische Maske in Tracht und Namen anzulegen, kehrten wieder zu den alten deutschen Gewohnheiten zurück. Es schien in allem Ernste ein Umschwung der politischen Anschauungen einzutreten, die Unterwerfung unter das österreichische Ministerium in weiten Kreisen für unabwendbar zu gelten. Die Communalbehörden von Pesth und Ofen huldigten dem Kaiser, und fanden bald in anderen Städten, ja selbst in einzelnen Comitaten, wie im Graner und Preßburger, Nachfolge. Es hatte also die officielle Wiener Zeitung Recht, als sie (22. Januar) den „glorreichen Schluß des Feldzuges" verkündigte. „Die fliehenden magyarischen Truppen plündern auf ihrem Rückzuge alle Städte und Dörfer, alle Disciplin hat aufgehört, der sogenannte Kossuth'sche Reichstag die Auflösung der ganzen ungarischen Armee decretirt. Man erwartet stündlich die Waffenstreckung des Rebellenchefs Görgei." Die Versammlung in Debreczin hüllte sich in vollkommenes Schweigen, von den Bewegungen des Revolutionsheeres verlautete kein Wort. Dieses Alles bestärkte nur die Meinung von der Hoffnungslosigkeit der magyarischen Zustände, und wer nun gar von der offenen Rebellion Görgei's gegen den Landesvertheipigungsausschuß hörte, mußte vollends an der Möglichkeit des Sieges verzweifeln.

Kaum hatte Görgei's Armeecorps Waitzen erreicht, als der auf Kossuth, Perczel, den Landesvertheidigungsausschuß, den Reichstag, die Radicalen, die Civilisten gleichmäßig ergrimmte spleenbehaftete General eine Ansprache an seine Truppen (6. Januar) richtete, welche angeblich den gesunkenen Muth derselben heben sollte, in Wahrheit aber nur eine harte Anklage der ungarischen Regierung enthielt. Daß Görgei derselben Vertrauen geschenkt, ihre Verheißungen für wahr gehalten, ihr überhaupt Gehorsam geleistet hatte, erklärte er als die einzige Ursache der schlimmen Kriegswendung, er begünstigte eine mürrische, allseitig verletzende Haltung des Heeres und that und sprach, als ob er es auf den Bruch mit der Nationalregierung angelegt hätte. Auf seine Aufforderung unterschrieben die Offiziere des Armeecorps ein Manifest, welches alle Beschwerden des Generals wiederholte, gegen den Landesvertheidigungsausschuß die öffentliche Meinung aufreizte, daß die Armee Parteiintereſſen diene oder wohl gar republicanische Umtriebe begünstige, leugnete und der Regierung förmliche Bedingungen stellte. „Die Armee vertheidigt ausschließlich die vom K. Ferdinand sanctionirte Constitution, sie gehorcht keinem anderen Kriegsminister als dem vom Kaiser ernannten Meßaros, sie muß bei allen Verhandlungen mit dem Feinde zu Rathe gezogen, das Resultat derselben ihr zur Prüfung vorgelegt werden." Görgei entschuldigte diesen unerhörten Schritt durch die Rücksicht, welche er

auf die Stimmung der altgedienten Offiziere nehmen mußte; seine Feinde entdeckten nachmals in dieser Auflehnung den ersten Versuch, Dumouriez' Rolle zu spielen. Die That war weder so unschuldig, wie sie Görgei darstellte, noch so schwarz, wie sie die Gegner schilderten. Das bestimmende Motiv bildete, außer der Eifersucht auf die anderen Führer der Nation, der Aerger über den mißlungenen Feldzug, an welchem der rechthaberische Mann nimmermehr die Schuld tragen wollte. Zum Glücke für die magyarische Sache wurde die „Erklärung der oberen Donauarmee" in weiteren Kreisen nicht bekannt und legte der Landesvertheidigungsausschuß auf dieselbe kein großes Gewicht, bewahrte wenigstens äußerlich Görgei das alte Vertrauen. Dazu zwang ihn die bittere Noth der Verhältnisse, die Ueberzeugung von der Unentbehrlichkeit des Görgei'schen Armeecorps. Das ungarische Heer zählte zwar acht Armeecorps, theils konnten aber dieselben nicht gegen den Hauptfeind herangezogen werden, wie das Beobachtungscorps, welches unter Haddik bei Szegedin und Therisiopel gegen die Serben aufgestellt war, wie die Cernirungstruppen von Arad, die Besatzung von Komorn und die Trümmer des Siebenbürgischen Armeecorps am Csicsapasse, theils befanden sich dieselben in einem jämmerlichen Zustande, wie das Corps, welches im December unter Pulszky und Meßaros an der galizischen Grenze gefochten hatte.

Dem Operationsplane des Grafen Latour entsprechend, sollte eine österreichische Truppenabtheilung von Galizien aus in Ungarn einfallen, während die Hauptmacht unter Windischgräz an der oberen Donau vorrückte. Die Aufgabe derselben war, bei der beabsichtigten concentrischen Bewegung auf die Hauptstadt mitzuwirken, durch eine Diversion die Magyaren zur Zersplitterung ihrer Kräfte zu zwingen und die Verbindung zwischen Ungarn und Galizien zu sperren. Denn in dem letzteren Lande herrschte nicht allein im Allgemeinen ein unruhiger Geist, welcher bereits Lemberg (2. Nov.) zu einem blutigen Aufstande, zum Bombardement der Stadt und gewaltsamen Reactionsmaßregeln geführt hatte. Die Regierung war auch nicht ohne Grund besorgt, daß zwischen Ungarn und Polen ein freundschaftliches Einverständniß bestehe und die erste Gelegenheit werde benützt werden, die ungarische Revolution auch über polnisches Land zu verbreiten. Der Führer des galizischen Armeecorps, Graf Schlick, ein prächtiger Reitersoldat, von den Truppen geliebt und bewundert, hatte nicht die Geduld, seine Bewegungen nach dem methodischen Schneckengange des Feldmarschalls zu richten. Kaum hatte Schlick sein Corps — etwa 8000 Mann — bei Dukla versammelt, als er auch schon (5. Dec.) aufbrach und die Karpathen überschritt. Ohne Widerstand besetzte er Bartfeld und Eperies. Erst vor Kaschau bei Budamér stieß er (11. Dec.) auf den Feind, welcher durch hastig aufgeworfene Verschanzungen seine Stellung zu sichern bemüht war, aber bereits nach den ersten gewechselten Kanonenschüssen es gerathener fand, sein Heil in der Flucht zu ver-

suchen, ohne erst die volle Entwickelung der österreichischen Streitkräfte abzuwarten. Von den Honvédrecruten und den schlecht disciplinirten Nationalgarden, welche Pulszky zur Verfügung standen, konnte man kaum Besseres hoffen. Ihre übereilte Flucht rettete sie vor dem Schicksale, abgeschnitten zu werden; sie mußten aber ihre und ihrer Kanonen Rettung mit dem Verluste der Hauptstadt Oberungarns bezahlen. Schlick hielt noch am Nachmittage des Schlachttages seinen Einzug in Kaschau, wo er die Ausrüstung seiner Soldaten für den harten Winterfeldzug durch ausgedehnte Requisitionen vollendete, einen Truppennachschub aus Galizien an sich zog und auf das Einrücken der Hauptarmee in die Angriffslinie wartete. Auf die Nachricht von Pulszky's Niederlage sandte der Landesvertheidigungsausschuß den Kriegsminister Meßaros gegen Schlick. Obgleich die Journale in Pesth das Beste aus der Sache machten, Schlick, wenn er tiefer in das Land eindringe, Roth's Schicksal vorhersagten und ihn als den Waffenlieferanten der ungarischen Armee verspotteten, obgleich Meßaros prahlte, er hoffe „Schlick zu verschlucken", so gebrauchte doch die Regierung die Vorsicht, noch mehrere Honvédbataillone zu Wagen nach Miskolcz zu schicken, wo Pulszky's geschlagene Truppen Halt gemacht hatten, und jeden Tag einem neuen Angriffe Schlick's entgegensahen. In ihrer traurigen Verfassung, vollkommen aufgelöst, würden die Magyaren keinen nennenswerthen Widerstand geleistet haben. Die Folgen eines neuen Unfalles ließen sich nicht schlimm genug denken. Der Kriegsschauplatz war dann in die Theißgegend versetzt, der Zufluchtsort der ungarischen Regierung, Debreczin, bedroht, bei einiger Energie der Oesterreicher die Revolution, ehe sie ihre Kräfte frei entfalten konnte, erdrückt. Auch Schlick sah das Entscheidende eines siegreichen Zuges nach Miskolcz ein. Er wagte aber denselben so spät und mit so wenigen Truppen, daß für ihn die Gefahr, von seiner Operationsbasis abgeschnitten zu werden, näher lag, als die Aussicht auf einen glänzenden Erfolg. Am 25. Dec. setzte er sich über Szikszo gegen Miskolcz in Bewegung, kehrte aber nach einem kurzen Gefecht bei Szikszo von der „Recognoscirung" schon am 30. December nach Kaschau wieder zurück. Die Magyaren hatten während der Kampfpause vom 11. bis 26. December Zeit gefunden, sich neu zu ordnen und Verstärkungen an sich zu ziehen. Das magyarische Heer, bereits unter Meßaros' Commando, zählte 15000 Mann, von welchen allerdings beinahe die Hälfte dem Stande der Nationalgarde angehörte, während Schlick nur über drei schwache Brigaden verfügte. Auf ihre Uebermacht gestützt, gingen die Ungarn zur Offensive über, folgten dem Feinde auf seinem Rückzuge und versuchten ihn aus Kaschau zu werfen. Am 4. Januar kam es hart vor dieser Stadt zum Gefechte, welches nach

*) Vgl. Kocziczka, Die Wintercampagne des Graf Schlick'schen Armeecorps. Olmütz. 1850.

kaum dreistündiger Dauer abermals, Dank den schlechten Anordnungen Meßaros' und der schlechten Disciplin der Nationalgarde, mit der schimpflichsten Niederlage der Ungarn und der vollständigen Auflösung der mühsam neugeordneten Armee endigte. Die Oesterreicher erbeuteten zehn Kanonen und sechs Munitionskarren, aus welchen sie die sogenannte Schlickbatterie zusammensetzten, nahmen 700 Mann gefangen und verloren selbst drei Todte, dreizehn Verwundete, neun Gefangene. Ein härterer Schlag konnte die Debrecziner Regierung nicht treffen. Da Perczel's Corps nur allmälich kampffähig gemacht werden konnte, so ruhte ihre Hoffnung beinahe ausschließlich auf Görgei, welcher mit 6000 Mann am 5. Januar in Waitzen stand und durch Diversionen den Feldmarschall von der Verfolgung Perczel's abzuhalten den Auftrag hatte.*) Unter Görgei commandirten Aulich, Kmety und Guyon, die Geschäfte des Generalstabes leitete Bayer, Männer, welche alle eine militärische Erziehung genossen und Offizierstellen in der österreichischen Armee bekleidet hatten, und wenn sie auch von Görgei nicht immer die glänzendsten Prädicate empfingen, sich doch dem Gegner ziemlich gewachsen zeigten.

Sobald Fürst Windischgrätz von der ausweichenden Bewegung Görgei's erfuhr, detachirte er ein beträchtliches Corps unter Wrbna, Csorich und Colloredo zur Verfolgung des Feindes, welcher zunächst den Entsatz der von Simunich bedrängten Festung Leopoldstadt im Auge hatte, nun selbst aber in der Gefahr, eingeschlossen zu werden, sich befand. Denn im Rücken Görgei's operirte Csorich, welcher an des vollkommen unfähigen Wrbna Stelle den Befehl über das österreichische Corps übernommen hatte, in der Fronte mußten die Ungarn nothwendig mit Simunich zusammenstoßen und außerdem rückte vom Jablunkerpasse her Götz mit 3000 Mann an, um sich mit Simunich zu vereinigen. Diesen Massen gegenüber fühlte sich Görgei wehrlos. War er auch in Bezug auf die Truppenzahl nicht im Nachtheile, so belehrte ihn doch jedes Gefecht von der Unzuverlässigkeit der neuangeworbenen Mannschaft. Auf den Rath seines Generalstabchefs, dem man es nicht anmerkte, daß er vor einem Jahre keinen anderen Feind als die österreichische Censur bekämpft hatte**), beschloß Görgei, seine Rückzugslinie zu ändern und sich in den District der Bergstädte: Schemnitz, Kremnitz, Altsohl und Neusohl zu werfen. Das unwirthbare Gebirgsland, von der reißenden Gran durchschnitten, mit Wald bedeckt, machte zwar den Aufenthalt nicht angenehm, die Verpflegung nicht bequem. Dieselben Hindernisse hatten aber auch die nachrückenden Oester-

*) Vgl. Görgei, Mein Leben und Wirken in Ungarn. I. S. 156—196.

**) Joseph Bayer, ein Deutschungar, war Cadettenlehrer in einem böhmischen Regimente. 1843 quittirte er den Dienst und wurde, wie so viele seiner Standesgenossen, Oppositionsschriftsteller. 1847 erschien von ihm unter dem Titel: Oesterreichische Flüchtlinge, in Mannheim bei Hoff, ein Band politischer, ziemlich leerer Gedichte.

reicher zu überwinden, größere Schwierigkeiten noch zu besiegen, wenn sie zu einem Angriffe schreiten wollten. Am 17. Januar traten die ungarischen Colonnen den beschwerlichen Marsch an; die Reserve, von Guyon geführt, erlitt bei Windschacht (21. Januar) eine empfindliche Schlappe, auch die anderen Divisionen hatten vom Feinde und von den Elementen viel zu leiden. Endlich fand sich doch (25. Januar) das ganze Armeecorps bei Neusohl glücklich vereinigt.

Bisher war die Erhaltung der Truppen der wesentliche Zweck der Bewegungen Görgei's gewesen. Er wollte nicht den Feind schlagen, sondern nur verhüten, daß er nicht geschlagen werde, die Mannschaft allmälich in einen kampffähigen Zustand versetzen. Jetzt, nachdem das österreichische Armeecorps die Verfolgung aufgegeben hatte, konnte und mußte er an ein positives Operationsziel denken. Als solches war ihm bereits am 14. Januar durch Kossuth die Beunruhigung Schlick's, die Annäherung an die obere Theiß vorgezeichnet worden. Görgei, übelgelaunt, wie immer, wenn er nach fremden Instructionen handeln sollte, hatte sich anfangs gar ungeberdig angestellt, und den Ungehorsam gegen den Regierungsbefehl als eine Pflicht gegen das Vaterland dargestellt. Aber schon sein Marsch in die Bergstädte bildete den Beginn der Verwirklichung jenes Planes und vollends nach der Vereinigung seines Corps in Neusohl blieb ihm nichts anderes übrig, als Schlick in den Rücken zu fallen und dessen Gelüste, über die Theiß vorzudringen, zu brechen. Am 27. Januar traten Görgei's Truppen, in zwei Colonnen getheilt, den Marsch in die Zips an, ohne vom Feinde behelligt zu werden. Csorich war mit dem größeren Theile seines Armeecorps vom Fürsten Windischgräz nach Pesth zurückgerufen worden, die beiden Brigaden, welche unter dem Commando des General Götz sich an Görgei's Fersen heften sollten, verloren seine Spur, Schlick aber, mit ganz anderen Entwürfen beschäftigt, hatte keine Ahnung von der raschen Annäherung der Magyaren in seinem Rücken, am wenigsten hielt er sie für stark genug, zu einem kräftigen Angriffe überzugehen.

Nach dem siegreichen Treffen von Kaschau (4. Januar) ruhte Schlick volle vierzehn Tage. Theils bedurften seine von Krankheit und den Strapazen eines Winterfeldzuges in der That hart mitgenommenen Truppen einer Erholung, theils hielt er, nachdem auch die Hauptstadt wieder in der kaiserlichen Gewalt war, den Kampf im Wesentlichen zu Ende. Kleine mobile Colonnen durchstreiften die benachbarten Comitate, um dieselben von dem revolutionären Schmutze zu „reinigen." Sie ließen überall das Bildniß des neuen Kaisers in Husarenuniform zurück und vertheilten die kaiserlichen Proclamationen und Manifeste unter das Volk. Wie erfolglos diese Pacificationsversuche waren, bewiesen die Ereignisse des nächsten Monates. Erst am 17. Januar erwachte Schlick aus seiner Ruhe und schickte sich zu einem neuen Angriffe an, als er vernahm, daß die Magyaren

zum dritten Male sich an der oberen Theiß sammeln und trotz aller erlittenen Einbußen den Muth nicht sinken lassen. An Meßaros' Stelle war Georg Klapka getreten, der glücklichste und gediegenste unter allen Revolutionsgeneralen, ein junger Mann, welcher seine militärische Bildung in der trefflichen Schule der österreichischen Artillerie genossen hatte. In kurzer Zeit hatte er sein Corps wieder bis auf 10000 Mann gebracht und was das Wichtigste war, demselben Kampflust und Siegeshoffnungen eingeflößt. Schlick's Plan, die Magyaren, welche sich bei Tokai concentrirt hatten, über die Theiß zurückzuwerfen und Debreczin zu bedrohen, mißlang vollständig. Als er bei Tarczal (22. Januar) die Höhen des Tokaier Lagers stürmen wollte, wurde er mit Verlust zurückgewiesen und auch der zweite Angriff, welchen er (31. Januar) mit verstärkten Massen unternahm, um das linke Theißufer zu forciren, hatte keinen Erfolg. Schlick verzichtete auf die Ausführung seines Planes und trat am 1. Februar den Rückzug an, welchen er natürlich nur noch beschleunigte, sobald ihn die sichere Kunde von dem siegreichen Vorrücken Görgei's in der Zips erreichte. Nicht allein, daß Schlick's Offensivbewegungen vereitelt wurden, es drohte ihm nun sogar die Gefahr, zwischen zwei Feuer zu gerathen und dasselbe Schicksal zu erdulden, welches er den Gegnern bereiten wollte.

Seit den letzten Januartagen trafen Schlick's Ohr unheimliche Gerüchte von Görgei's Bewegungen in der Zips. Schlick hatte den General Götz in Leutschau vermuthet, in Verbindung mit diesem Görgei einzuschließen gehofft, an die Möglichkeit einer ernsten Gefahr von dieser Seite nicht gedacht. Die kleine Besatzung von Leutschau konnte den offenen Ort nicht halten, vereinigte sich, durch einen verunglückten Ueberfall bei Iglo (3. Februar) arg geschwächt, mit der Brigade des Grafen Deym, um den Branißko-Paß, welcher nach Eperies, Schlick's Rückzugsbasis, führte, zu sperren. Görgei ließ den Paß durch die Division Guyon stürmen, welche trotz ihres schlechten Rufes diese Aufgabe mit Bravour (5. Februar) ausführte. Deym trat nach einem heftigen Artilleriegefecht, durch Umgehungscolonnen überdies bedroht, den Rückzug nach Eperies an. Auch Eperies wurde von Schlick's Truppen geräumt und am 6. Februar von den Magyaren besetzt. Wohl suchte der österreichische Feldherr jetzt das Versäumte nachzuholen und seine verzettelte Armee rasch zu concentriren; Eilmärsche wurden den verschiedenen Corps anbefohlen, von Schlick selbst, um in die Sache Eifer zu bringen, Ordonnanzdienste geleistet. Es war zu spät, die Vereinigung Klapka's, welcher den Oesterreichern auf dem Fuße folgte, mit Görgei zu verhindern, es war unmöglich, der vereinigten ungarischen Armee mit Aussicht auf Erfolg die Stirne zu bieten.

Mit schwerem Herzen faßte Schlick den Entschluß, auf die bis jetzt eifersüchtig gewahrte Selbständigkeit zu verzichten, den Schauplatz seiner

Wirksamkeit zu verlassen, und um jeden Preis sein Corps für die Hauptarmee zu erhalten, in welcher dasselbe nur eine untergeordnete Thätigkeit entfalten, er selbst die undankbare Rolle eines bloßen Lieutenants des Fürsten Windischgrätz spielen konnte. Er gab Kaschau auf, und schlug, Görgei und Klapka ausweichend, die Straße über Torna, Rima-Szombath und Losoncz ein, um sich dem Feldmarschall zu nähern. Rettung der Armee war jetzt das einzige Ziel Schlick's, welcher mit so großen Hoffnungen und anfangs auch mit so großem Erfolge den Feldzug begonnen hatte. Mit fliegenden Fahnen waren seine Truppen im December in Kaschau eingerückt, in mitternächtlicher Stunde, nachdem sie große Vorräthe in den Hernathfluß versenkt hatten, und ohne Trommelschlag verließen sie (9. Februar) dasselbe, dreifache Tagesmärsche erschienen bei schlechter Verpflegung, schlimmem Wetter und ungebahnten Wegen kein zu hoher Preis, um dem nachsetzenden Gegner einen kleinen Vorsprung abzugewinnen und sich den freien Rückzug zu sichern. Schlick's Bewegungen sind das reine Wiederspiel des Marsches, welchen Görgei vier Wochen vorher unternommen hatte, auch darin einander verwandt, daß die verzweifelte That unerwartet zu Gunsten des Waghalses ausschlug. Schlick's Armeecorps war verloren, wenn die Gegner aus ihrer Vereinigung den rechten Nutzen zogen, durch eine energische Verfolgung jenem die Besinnung und den ohnehin wankenden Muth raubten. Dieses verhinderten aber die Mißhelligkeiten, die bald verdeckte bald offene Zwietracht, welche mit Dembinski's verhängnißvollem Auftreten auf dem Kriegsschauplatze unter den ungarischen Führern sich regten.

Seit dem Beginne des Krieges bildete die Wahl eines tauglichen Feldherrn den Gegenstand der größten Sorge für den Landesvertheidigungsausschuß. Auf die Generäle aus der altösterreichischen Schule war kein Verlaß; sie hatten sich soweit compromittirt, daß Windischgrätz sie vor ein Kriegsgericht stellen durfte; daß sie aber der revolutionären Fahne unbedingt treu bleiben, den Aufstand bis zur letzten Consequenz billigen würden, erschien nicht wahrscheinlich. Die Regierung, durch die Noth gedrängt, hatte zwar Feldherren improvisirt, doch dabei natürlich blind in einen Glückshafen gegriffen, keine Gewähr künftiger Tüchtigkeit empfangen. Frühe lenkten daher namentlich die radicalen Mitglieder der Regierung ihre Blicke auf die polnischen Emigranten, welchen der Ruf einer gewissen Kriegskenntniß vorherging und die sich stets bereitwillig finden ließen, irgend einer revolutionären Partei Europa's ihre militärischen Erfahrungen zu leihen. Nach der Eroberung von Wien war General Bem nach Pesth geeilt und hatte dem Landesvertheidigungsausschusse seine Dienste angeboten. Sie wurden gern angenommen, obgleich der Widerwille der eingeborenen Soldaten gegen einen fremden Anführer zu fürchten war. Diese Abneigung hoffte Kossuth zu besänftigen. Dagegen konnte er nicht erwarten, daß Bem's Anstellung bei den Polen

selbst auf so harten Widerstand stoßen und dieselben bis zum Verbrechen treiben werde.*)

Bem hatte sich seit langer Zeit mit der demokratischen Polenpartei überworfen. Diese beschuldigte ihn des geheimen Einverständnisses mit dem Fürsten Czartoryski, klagte ihn panslawistischer Tendenzen an und schimpfte ihn einen Abtrünnigen, welcher nur vom Ehrgeize und von der Selbstsucht geleitet werde; Bem wieder denuncirte die polnischen Demokraten als russische Söldlinge, unter falscher Maske die Emigration zu verderben und die Pläne der wahren Patrioten zu vereiteln bemüht. Die Demokraten, zur Hälfte aus Schurken, zur Hälfte aus Dummköpfen bestehend, trugen nach Bem's Behauptung die Schuld an den gräßlichen Vorgängen in Galizien im Jahre 1846, sie hatten den schlecht berechneten Posener Aufstand provocirt und nach den Februartagen Alles gethan, um die Sympathien der Völker Europa's von dem unglücklichen Polen abzuwenden. Mit diesen Streitigkeiten und gegenseitigen Anklagen hatten sich die polnischen Parteien die Langeweile des Emigrantendaseins verkürzt, sie ließen von denselben aber auch jetzt nicht, als sie auf ungarischem Boden zusammentrafen und den Magyaren die Bundesgenossenschaft anboten. Die demokratische Partei brachte durch Werbung eine polnische Legion auf; einzeln oder zu kleinen Haufen vereinigt kamen über Schlesien und aus Galizien die Freiwilligen, welche in Ungarn für die polnische Sache kämpfen wollten. Die ungarische Regierung wollte anfangs nur ein Corps von 1200 Mann in ihre Dienste nehmen, weil sie vom Slawencongresse her gegen alles Slawische ein gewisses Mißtrauen hegte; erst Wisocki's, Bulharin's und anderer polnischen Demokraten Bemühungen gelang es, Kossuth von der Lauterkeit der neuen Freunde zu überzeugen. Die Polenlegion sollte 20000 Mann stark auftreten, zwar im ungarischen Solde stehen, ihre innere Organisation aber von dem polnischen Revolutionscomité ausschließlich geleitet werden. Da trat Bem dazwischen, bestritt den polnischen Agenten das Recht, im Namen irgend einer polnischen Behörde zu verhandeln, schimpfte Wisocki und Dzierzkowski, welche in Preßburg (Anfangs Nov.) mit Kossuth die Bedingungen der polnischen Allianz festsetzen sollten, Communisten, russische Spione und brachte es in der That dahin, daß von einer selbständigen polnischen Legion abgesehen und nur die Bildung eines kleinen isolirten Corps gestattet wurde. Die polnischen Demokraten wußten kein anderes Mittel, sich von dem gefährlichen Gegner zu befreien, als den Mord. Ein Fanatiker Namens Kolodziejski suchte (10. Nov.) Bem in

*) Ueber diese Vorgänge sind zu vergleichen mehrere Flugblätter in Pesth am 10. u. 11. Nov. veröffentlicht, sodann eine Denkschrift Bem's v. 12. Nov., welche die ungarischen Zeitungen am 21. Nov. publicirten und endlich Wisocki's Memoiren, auszugsweise in den Grenzboten 1850. II. S. 510 ff. mitgetheilt.

seiner Wohnung auf und schoß ein Pistol auf ihn ab. Das Attentat schlug fehl. Die Mitglieder der polnischen Legion verhehlten aber nicht ihr Bedauern, daß der Anschlag mißlungen sei; sie blieben bei ihren Protesten gegen Bem's Verwendung in ungarischen Diensten, so daß dem Landesvertheidigungsausschusse nichts übrig blieb, als die Parteien zu trennen. Die polnischen Legionäre wurden theils nach Arad, theils an die obere Theiß befehligt, Bem selbst mit dem Commando der siebenbürgischen Armee, die nicht existirte, betraut, auf einen, wie es schien, verlorenen Posten gesandt.

Diese Erfahrungen machten Kossuth und seine Freunde nicht klüger. Durch die Vermittelung des Grafen Teleki, welcher als ungarischer Gesandter in Paris fungirte und mit den radicalen Parteien in aller Herren Ländern in Beziehungen stand *), wurden die Dienste des bekannten Polengenerals Dembinski gewonnen. Dem alten Napoleonischen Soldaten hatten alle bisher gemachten Erfahrungen und erduldeten Enttäuschungen den Glauben an Polens Zukunft nicht rauben können. Nur darin zeigte er sich weniger phantastisch als die meisten seiner Landsleute, daß er die Befreiung Polens nicht von Verschwörungen und localen Aufständen, sondern von der Hilfe fremder Mächte erwartete. Bald nach der Februarrevolution richtete Dembinski an Lord Palmerston eine Denkschrift, in welcher er zum Kriege gegen Rußland aufforderte und die Mitwirkung der polnischen Nation versprach. Von dem britischen Staatsmanne ohne Antwort gelassen, suchte er bei dem Emigrantencongresse in Breslau (Mai 1848) seine Landsleute für eine abwartende Politik zu gewinnen. Hier wurden ihm insgeheim die ersten Aussichten auf den ungarischen Militärdienst eröffnet. Vorläufig fand Dembinski in dem Prager Slawencongresse ein besseres Mittel für seine Pläne, welche stets nicht Ungarns, sondern Polens Freiheit zum Ziele hatten. Er schrieb an den Congreßpräsidenten, Grafen Joseph Matthias Thun, und machte ihm den Vorschlag, aus dem Schooße des Congresses eine Friedensdeputation nach Pesth und Agram zu senden, und wenn derselben ihre Aufgabe gelungen, der Zwist zwischen Kroaten und Magyaren beigelegt wäre, ein slawisches Massenaufgebot gegen die russische Tyrannei in's Werk zu setzen. An den Kanonen des Fürsten Windischgrätz scheiterte auch dieses Project. Dembinski kehrte nach Paris zurück, wo ihm Graf Teleki neuerdings eine

*) Graf Teleki war noch unter dem Ministerium Batthyány nach Paris gesendet worden, nicht weil man auf den Gesandtschaftsposten in Paris ein besonderes Gewicht legte, oder dem Grafen besondere diplomatische Fähigkeiten zutraute, sondern weil die Entfernung von Pesth und Ungarn überhaupt seinen zahlreichen Freunden das einzige Mittel schien, um den liebenswürdigen, aber hitzköpfigen Grafen, der einen unauslöschlichen Hang sich zu compromittiren besaß, zu retten, und aus seiner bedenklichen Verbindung mit den Pesther Radicalen zu reißen.

Führerstelle in der ungarischen Armee anbot. Perso.
Pole die Sache bereits zurecht gelegt. Es ist Oesterreichs hatte sich der eine Vormauer gegen Rußland zu bilden und die letztere Ale gewesen, kämpfen. Da Oesterreich dieser Pflicht nicht nachkommt, so mu be. jetzt die Slawenstämme um Ungarn schaaren, welches an Oesterr. Stelle getreten ist. Es galt aber auch, die öffentliche Meinung zu beschwichtigen. In zahlreichen Conferenzen wurde zwischen Teleki und Dembinski das politische Verhältniß, in welchem Kroaten und Serben künftig zu dem herrschenden Stamme stehen sollten, erörtert. Teleki versprach den ungarischen Kronländern bei seiner Regierung die vollständige Autonomie zu erwirken, dagegen sollten die ersteren nicht mehr ihren politischen Schwerpunkt ausschließlich in Wien suchen, mit den Magyaren zu einem ungarischen Föderativstaate sich verbinden. Sie konnten dieses um so leichter, als sie ja aus Erfahrung wissen mußten, daß nur die Verbindung mit Ungarn sie vor der Gefahr der Germanisirung bewahrt hatte.*) Auf diese Bedingungen hin nahm Dembinski die ihm angebotene Generalswürde in der ungarischen Armee an und gelangte Ende Januar 1849 auf mannigfachen Umwegen nach Debreczin, wo ihm sofort das Commando über Klapka's und Perczel's Armeecorps, sowie ein drittes, welches unter Damjanich aus dem Süden heranrückte, übertragen wurde. Seine Kriegserfahrung mochte ihn immerhin besser zum Oberbefehlshaber befähigen als jeden anderen ungarischen Führer, sein Alter, sein Ruhm, ihn in Kossuth's Augen gegen die Eifersucht der jüngeren, improvisirten Generale sicher stellen: dennoch blieb seine Wahl ein großer politischer Fehler. Von Dembinski konnte man nicht wie von Bem behaupten, es sei eben nur ein Soldat mehr in der ungarischen Armee, er war kein bloßer Condottiere, sondern vertrat eine Partei. Mit ihm kamen Zielpunkte in die ungarische Revolution, welche derselben ursprünglich fern lagen, sogar der Mehrheit der Nation widerstrebten. Für die Befreiung Polens hatte der Reichstag und das Ministerium nicht gegen das Wiener Cabinet gekämpft, nicht dazu hatten die Magyaren Gut und Blut geopfert, um sich mit den verhaßten Serben und verachteten Slowaken zu föderiren. Jeder Unterbefehlshaber, welcher sich mit Dembinski nicht vertrug, empfing einen trefflichen Vorwand, seinen Ungehorsam zu beschönigen. Nicht Eifersucht und Mangel an Disciplin, sondern berechtigte Abneigung gegen Dembinski's politisches Programm wurden als die Gründe des Widerstandes angeführt. Daß es aber zu zahlreichen Reibungen kommen werde, ließ Dembinski's Unkenntniß von Land und Leuten, sein schroffes, unzugängliches Wesen, seine Ueberschätzung des eigenen Werthes fürchten. Mit welchem ungarischen Führer er in Berührung kommen mochte, mit jedem gab es Streit.

*) Vgl. Dembinski's Denkschrift in d. A. A. Z. v. 20. März 1849.

Zuerst stieß er mit Perczel zusammen. Derselbe hatte sich nicht lange auf die ihm befohlene Ueberwachung der Theißübergänge beschränkt, sondern als er die dauernde Unthätigkeit des Fürsten Windischgräz gewahrte und die Schwäche des ihm unmittelbar gegenüberstehenden Feindes merkte, wieder zur Offensive gegriffen. Er vertrieb Ottinger's Reiterbrigade (22. Januar) aus Szolnok und zwang diesen am folgenden Tage zu weiterem Rückzuge bis über Czegled hinaus. Kaum gelangte die Kunde von Perczel's kecker Bewegung nach Pesth, als auch alsbald die versteckten Tricoloren auf allen Straßen auftauchten und in lärmender Weise der nahe Sieg der nationalen Armee gefeiert wurde. Windischgräz und Wrbna, der Platzcommandant, erließen grimmige Proclamationen, drohten Jedermann, der sich mit der Tricolore zeige, unter die Soldaten zu stecken und erklärten den Vormarsch Perczel's für einen wahnwitzigen Streich; gleichzeitig traf aber doch der vorsichtige Feldmarschall Anstalten, sich den Rückzug auf das rechte Donauufer zu sichern. Nach allen Richtungen sprengten Couriere, um die weit zerstreuten, „auf Räubercommando" entsendeten Truppen zu sammeln, aus Ofen und Pesth wurde beinahe die ganze Garnison gezogen, Windischgräz selbst stellte sich an die Spitze des Heeres, um die „übermüthigen Rebellen" zu züchtigen. Sie wagten nicht, wie es im 19. Armeebulletin heißt, die angebotene Schlacht (26. Januar) anzunehmen, sondern zogen in Eile verfolgt über die Theiß wieder zurück. Dembinski war mittlerweile bei Perczel's Armeecorps angekommen, von dem Gerüchte geängstigt, daß die Oesterreicher an der oberen Theiß sich verstärken und Debreczin bedrohen. Perczel war mit Dembinski darüber einig, daß er sich zurückziehen und die Vereinigung mit Klapka anstreben müsse. Doch über den Weg, welchen Perczel einschlagen, ob er sich Klapka am rechten oder am linken Theißufer nähern solle, entstand bitterer Streit, welcher Perczel's Abdankung zur Folge hatte.

Dembinski marschirte mit der Hälfte des Perczel'schen Corps auf weitem Umwege nach der oberen Theiß, wo er Klapka's Pläne in ähnlicher Art durchkreuzte, wie früher Perczel's Absichten, durch seinen Eigensinn Klapka im entscheidenden Augenblicke die so nöthige Hilfe entzog, diesen zu nutzlosen Hin- und Hermärschen zwang, durch seine schwankenden Anordnungen Schlick entschlüpfen ließ und alle Vortheile, welche Görgei's und Klapka's Vereinigung in Kaschau bringen konnte, vereitelte. Dembinski's strategische Entwürfe waren überaus kunstreich erdacht, besaßen nur einen einzigen kleinen Fehler, daß sie den Gegner als eine todte Schachfigur und nicht als eine lebende Persönlichkeit behandelten. Daran knüpfte sich die weitere Untugend, daß Dembinski den einmal gefaßten Plan nicht mit zäher Energie verfolgte, sondern, sobald sich irgend welche Schwierigkeiten in der Durchführung zeigten, rasch mit einem anderen wechselte. Sowohl Klapka wie Görgei waren über Dembinski's

falsche Maßregeln und widerspruchsvolle Befehle in hohem Grade ergrimmt, der letztere überdies durch eine Armeeeintheilung, welche den Corpsverband auflöste und nur selbständige Divisionen bestehen ließ, schwer verletzt. Mißtrauen gegen Görgei hatte diese Aenderung in der Heeresorganisation eingegeben, die Furcht vor dem Prätorianerwesen, welches sich in der oberen Donauarmee entwickelte, eine bunte Mischung der einzelnen Truppentheile empfohlen. Dann mußte aber überhaupt Görgei beseitigt werden. Da man diesen Schritt nicht wagte, so wurde auch der Sondergeist der Görgei'schen Truppen nicht gebrochen. Sie fühlten sich noch immer als privilegirte Wesen, ärgerten sich über die „Debrecziner Schreiber", welche die Demüthigung der Armee im Schilde führten und waren nahe daran, dem Landesvertheidigungsausschuß den Gehorsam zu kündigen. Mühselig wurden die Schranken der Disciplin wieder aufgerichtet, der Bruch zwischen Görgei und Dembinski verschoben; den Schaden aber konnte man nicht verhüten, daß durch den Zwiespalt der Führer und die Unzufriedenheit der Truppen in alle Bewegungen eine gewisse Zerrissenheit kam, die Offensive, zu welcher Dembinski auf Befehl des Landesvertheidigungsausschusses schritt, gleich in ihrem Beginne (22. Februar) an Kraft verlor.

Dembinski's Absicht war, auf der Erlauer Straße über Kápolna und Gyöngyös gegen die Hauptstadt zu rücken und nachdem die Vereinigung Schlick's mit Windischgrätz nicht verhindert werden konnte, diesen dadurch zur Theilung der Kräfte zu zwingen, daß Damjanich von Süden her gegen Szolnok sich in Bewegung setze und Flanke und Rücken der Oesterreicher bedrohe. Der Plan versprach einen guten Erfolg, wenn Windischgrätz in seiner Unthätigkeit nach wie vor verharrte und der Concentration der ungarischen Armeecorps noch eine Weile ruhig zusah. Auf des ungeduldigen Schlick Andrängen aber entschloß sich der Feldmarschall, dem Angriffe Dembinski's zuvorzukommen und ihn aufzusuchen, noch ehe derselbe seine Kräfte entwickelt hatte. An der Torna, welche vor Erlau an Verpeléth, Döbrö und K á p o l n a vorüberfließt, stießen die beiden Heere (26. Febr.) auf einander. Eine heftige Kanonade währte vom Mittage bis zur einbrechenden Nacht. Die Ungarn, auf keinem Punkte dem Gegner gewachsen, zogen sich vom rechten auf das linke Ufer der Torna zurück, die Entscheidung des Kampfes blieb erst dem nächsten Tage vorbehalten. Sie brachte der kecke Marsch Schlick's von Petervására durch den Engpaß von Sirok, welcher noch am Abende des 26. Februar nach kurzer Gegenwehr erstürmt wurde und dem Armeecorps Schlick's den Weg auf Verpeléth zum Anschluß an Windischgrätz öffnete. Klapka hatte eine viel zu geringe Truppenzahl in der Hand, um Schlick aufhalten zu können. Verpeléth fiel nach kurzem Kampfe in die Gewalt der Oesterreicher, die Magyaren flohen halb aufgelöst in der Richtung auf Kerecsend. Durch Schlick's siegreiches Vordringen auf dem linken Flügel ermuthigt, gab Windischgrätz

auch dem Centrum den Befehl zum Angriffe. In raschem Anlaufe wurde das Dorf Kápolna genommen, von dem 47. Honvédbataillon und dem (übergetretenen) italienischen Bataillon Zanini wieder erobert, endlich aber doch von den Oesterreichern behauptet, welche das italienische Bataillon beinahe vollständig gefangen nahmen. Da Schlick die gewonnenen Vortheile mit Nachdruck zu verfolgen sich anschickte, die magyarischen Reserven unter Guyon und Kmety theils zu ermüdet, theils zu entfernt waren, um noch wirksam in das Gefecht einzugreifen, so entschloß sich Dembinski zum Abbruche der Schlacht und Rückzuge gegen die Theiß. So vollkommen war er von der Unmöglichkeit, das Schicksal zu wenden, überzeugt, daß er auch die Gelegenheit, welche ihm ein glückliches Rückzugsgefecht (28. Febr.) zum Wiederergreifen der Offensive darbot, unbenutzt vorübergehen ließ. Die ungarischen Streitkräfte standen vereinigt bei Mezö-Kövezd, der Gegner in seinen Bewegungen unsicher, mit jedem Marsche den Verpflegungsmagazinen und der Munitionsreserve mehr entrückt, besaß nicht mehr das Uebergewicht und mit ihm die Bedingung des Sieges wie am vorigen Tage. Als sich die Cavalleriebrigade Deym, welcher zunächst die Verfolgung Dembinski's übertragen war, in die Nähe von Mezö-Kövezd wagte, wurde sie von Kmety's Husaren angegriffen und gezwungen, mit Hinterlassung von drei Kanonen zu fliehen. Vergebens baten die Soldaten und verlangten Görgei und Klapka, Dembinski möge den Befehl zu einem allgemeinen Angriffe geben und auf Mäklár, wo Csorich unvorbereitet überfallen werden konnte, losgehen. Dembinski, ähnlich wie Windischgräz, ein Freund beobachtender Stellungen, ließ seine Armee ruhig bis zur sinkenden Nacht in Schlachtordnung stehen — dasselbe that Windischgräz am anderen Morgen mit seinem Heere — und traf dann die Disposition für den weiteren Rückzug, welcher, Dank der unerhörten Lässigkeit des Grafen Wrbna*), Commandanten des österreichischen Operationscorps, unbehelligt über Poroszlo nach Tißa-Füred jenseits der Theiß fortgesetzt wurde.

Die ungarische Armee war gerettet. Den Theißübergang bei Poroszlo zu erzwingen, verhinderte die mit Ueberschwemmungen drohende Jahreszeit, die abscheuliche Beschaffenheit der Wege, die mangelhafte Ausrüstung einzelner Truppentheile und die begründete Sorge, daß die Ungarn, während Windischgräz mit der Masse seines Heeres die Theiß überschreite, südlich ausbrechen und Flanke und Rückzugslinie bedrohen könnten. Win-

*) Eine Thatsache mag für zahllose andere zur Charakteristik Wrbna's dienen, welcher im österreichischen Heere nach Windischgräz den höchsten Rang bekleidete. Mit 14000 Mann sollte er die Magyaren bei Poroszlo über die Theiß werfen und dann als Observationscorps längs derselben sich bewegen. Er hatte nichts Eiligeres zu thun, als um Verstärkung zu bitten, weil er sonst die Offensive nicht ergreifen könne, und als dieselbe (3. März) eintraf, sofort den Rückzug anzutreten.

dischgräz verlegte sein Hauptquartier wieder nach Ofen zurück und verhielt sich längere Zeit in der Defensive. Wenn aber auch der materielle Verlust, welchen die ungarische Armee in der Schlacht bei Kápolna erlitt — etwa 1000 Todte und Verwundete — leicht verschmerzt werden konnte, so wurde dennoch das Fehlschlagen des ersten Offensivversuches besonders in den politischen Kreisen schwer empfunden. Nach der Meinung Fernstehender war nur die radicale Partei im Debrecziner Parlamente vertreten, was soweit richtig ist, als in der That nicht allein die sogenannten Altconservativen, sondern auch die berühmten Führer der constitutionellen Opposition sich vom Landesvertheidigungsausschusse losgesagt hatten. Keineswegs bestand aber der Debrecziner Landtag ausschließlich aus Anhängern Kossuth's. Er gebot nur über einen geringen Bruchtheil der Versammlung; keine dreißig Abgeordnete zählten zu seinen unbedingten Verehrern. Die beiden Madaraß, deren Freundschaft sich kein anständiger Mann gern laut rühmte, dann eine Reihe zweideutiger oder unbedeutender Persönlichkeiten, welche zu wachsen glaubten, wenn sie sich in Kossuth's Schatten legten, wie Irانyi, Glatz, Kállay u. A. bildeten die eigentliche Partei des Dictators. Die Majorität des Reichstages gehörte Kossuth's Gegnern. Sie durfte auf glänzende Namen pochen. Paul Nyáry, Stephan Bezeredy, Ludwig Kovács, Gabriel Kazinczy, Franz Kubinyi, Paul Hunfeldy, Stephan Gorove flößten jedem Ungarn unbedingte Achtung ein, galten seit langen Jahren als die gediegensten Vertreter der magyarischen Nationalität. Sie konnten sich auch einer reiferen politischen Erfahrung rühmen. Eben diese Erfahrung flößte der Majorität eine große Friedensliebe ein. Sie wollte nicht die Dinge auf das Aeußerste treiben, nicht dem Wiener Hofe die Gelegenheit bieten, daß er, auf das Recht des Eroberers gestützt, alle Verbindlichkeiten gegen das Land und das Volk verleugne. Nach ihrer Ansicht kämpften die ungarischen Heere nicht gegen den König, sondern nur gegen die Camarilla, an deren Spitze Windischgräz stand, und war die Ruhe und Ordnung alsbald wieder hergestellt, wenn der Monarch seine ungesetzlichen Vormünder beseitigte und vertrauensvoll den wahren Vertretern der Nation und treuen Anhängern der Krone Gehör lieh. Die unerschütterliche Autorität, welche Kossuth in den weitesten Volkskreisen genoß, hinderte die Majorität des Reichstages allein, von ihrem parlamentarischen Uebergewicht vollen Gebrauch zu machen.

Wie überall, so hing auch in Ungarn die Masse des Volkes an Namen. Kein Landsmann hatte es so vortrefflich verstanden, sich in den Herzen der Magyaren festzusetzen, wie Kossuth, der alle Tugenden und alle Fehler des magyarischen Volksstammes in seiner Person vereinigte, in dessen heißem Blute, feurigem Stolze, hochfliegender Phantasie sich jeder Einzelne wieder erkannte, dessen Schmeichelworte Niemand widerstand. Szechényi oder Batthyány allein hätten mit Kossuth ringen kön-

nen, aber Szechényi war krank, Batthyány saß gefangen, die anderen alle mußten seine Dictatur dulden und seiner Macht sich beugen. Doch ließ die Mehrheit des Reichstages keine Gelegenheit vorübergehen, ihre Nichtübereinstimmung mit Kossuth kundzugeben. Ihr Parteiorgan, der Esti Lapok (Abendblatt), kämpfte täglich gegen Csernatoni's und Pálfi's „funfzehnten März", welcher für Kossuth und eine radicale Politik in die Schranken trat. Als Kossuth am 13. Januar den Reichstag zu der Erklärung aufforderte: die Nationalversammlung wird nicht eher auseinandergehen, als bis das Vaterland von den fremden Unterdrückern befreit ist, brachte Nyáry den Antrag ein: „die ungarische Regierung ist bereit, auf Grundlage der Gesetze v. J. 1848 mit dem österreichischen Ministerium zu verhandeln." Die Majorität sträubte sich nicht gegen die Finanzmaßregeln des Landesvertheidigungsausschusses, bewilligte die Ausgabe von Papiernoten im Betrage von 30 und 15 Kreuzern, die Prägung ungarischer Scheidemünze; Angesichts der bitteren Geldnoth und der zahllosen Verlegenheiten, welche im Verkehrsleben durch den Mangel currenter Münze auftauchten, trat in Debreczin gerade so wie in Kremsier jeder Parteistreit zurück. Sie ließ sich auch die Einsetzung außerordentlicher Tribunale zur Aburtheilung politischer Verbrecher gefallen; Windischgrätz und die österreichischen Behörden waren mit gutem Beispiele vorangegangen, hatten jede Aeußerung nationaler Sympathien mit Todesstrafe belegt. Da verlangte es das Gleichgewicht, daß auch die Ungarn die österreichischen Gesinnungen in die Acht erklären. Als aber Madaraß auf die schleunige Reinigung des Parlamentes drang und verlangte, alle Deputirten, welche nicht bis zum 1. Februar in Debreczin erscheinen, sollten sofort gelöscht werden, widerstand die Majorität mit großer Zähigkeit und wußte die Entscheidung wenigstens zu verschieben. Würden nicht die Feinde triumphiren, wenn sie aus den Parlamentsverhandlungen authentisch erführen, daß 155 Deputirte ihren Sitz im Reichstage verlassen hätten? In Wahrheit fürchtete die Majorität, daß, wenn alle Abgeordneten aus der Liste der Deputirten gestrichen und neue Wahlen ausgeschrieben würden, dann bei der herrschenden Stimmung im Lande die Partei Kossuth's eine große Verstärkung gewinne. Ihren Bemühungen gelang es, für die Mehrzahl der Abwesenden noch eine neue Frist bis zum 24. April zu erreichen.

Die Kunde von der Niederlage der ungarischen Waffen bei Kápolna mußte nothwendig die Friedensliebe der parlamentarischen Majorität vermehren und einem leidlichen Compromiß geneigt machen. Der ungarischen Sache drohte noch eine größere Gefahr — die offene Meuterei des Heeres. Die Armee, Führer wie Soldaten, schoben die Schuld des schlechten Kriegserfolges auf Dembinski, der in der That seinem Feldherrenrufe schlecht entsprochen und kaum eine einzige Anordnung erlassen hatte, welche nicht der Armee zum Verderben gereichte. Bereits am 2. März

erklärten Klapka, Aulich, Kmety und Pöltenberg, nicht länger Dembinski's Befehle annehmen zu wollen.*) Görgei war damit wohl zufrieden, da zwischen ihm und dem Oberfeldherrn schon längst eine unerträgliche Spannung herrschte. Nur gegen die Einsetzung eines Kriegsrathes, welchem Dembinski zur Seite stehe, die Entwürfe des letzteren stets prüfen und über dieselben entscheiden sollte, hatte er begründete Bedenken. Die Sache kam vor den Regierungscommissar Szemere. Jeder Versuch zu freundlicher Beilegung scheiterte an der Festigkeit der ungarischen Offiziere, wie an dem Starrsinne Dembinski's. Es blieb nichts anderes übrig, als Dembinski förmlich abzusetzen und das Commando an den rangältesten General Görgei zu übertragen. Kossuth, welcher mit Meßaros von Debreczin (5. März) herbeigeeilt war, um Frieden zu stiften, billigte Dembinski's Entfernung, den militärischen Oberbefehl übertrug er, Görgei mißtrauend, dem General Vetter. Auf diese Weise wurde nothdürftig genug die Eintracht unter den Führern der Armee zusammengekittet.

Im österreichischen Lager wußte man weder von dem Dasein einer friedliebenden Partei in Debreczin, noch von den meuterischen Bewegungen im Schooße des ungarischen Heeres. Windischgräz hatte sich selbst von allen Kundschaftsquellen abgeschnitten. Wer von Kossuth's Partei ausgehende Zeitungen und Schriften besitzt, erklärte eine Proclamation des Feldmarschalls v. 11. Februar, wer Briefe von und nach den Theißgegenden befördert, wird standrechtlich hingerichtet, ist der Hingerichtete ein Jude gewesen, so zahlt überdies seine Gemeinde eine Buße von 20000 Gulden. „Denn die Israeliten lassen sich vorzugsweise zu Spionen und Lieferanten der Rebellen gebrauchen und machen es sich zur Aufgabe, schlechte Nachrichten über angebliche Siege der Magyaren zu verbreiten." Begreiflicher Weise beeilte sich Niemand, mit seiner Wissenschaft der Verhältnisse und Zustände jenseits der Theiß zu prahlen. Die Oesterreicher lebten in Ungarn wie in einem Nebellande, sahen weder einen Schritt vorwärts noch rückwärts und mußten, was bei dem Feinde vorgieng, auf gut Glück rathen. Sie legten alle Ereignisse zu ihren Gunsten aus. Was hätten sie erst gethan, wenn sie von dem Zwiespalte in den politischen und militärischen Kreisen Ungarns genau unterrichtet gewesen wären! Blendete sie doch der im Ganzen bedeutungslose Sieg bei Kápolna so sehr, daß das österreichische Ministerium auf denselben eine

*) Die Erzählungen Görgei's (Mein Leben und Wirken in Ungarn. I. S. 265) und Szemere's (Charakterskizzen aus dem ungarischen Freiheitskriege. II. S. 42) über die Verhältnisse zu Tißa-Füred weichen in wesentlichen Punkten ab. Der Vergleich mit den gelegentlichen Angaben Klapka's und dem officiellen Berichte im Kozlony vom 11. März zeigt, daß sich Szemere von der Wahrheit ungleich mehr entfernt als Görgei, welcher von Dembinski ein carrikirtes Bild entwirft, aber im Ganzen die Thatsachen treu wiedergibt.

kühne Restaurationspolitik gründen zu können glaubte. Noch niemals hat in der neueren Geschichte ein so arges Mißverhältniß zwischen Ursache und Wirkung stattgefunden, wie zwischen der Schlacht bei Kápolna, die mit dem geordneten Rückzuge beider Heere endigte, und der octroyirten österreichischen Reichsverfassung, welche schwerlich verkündigt worden wäre, hätte man nicht von dem Siege bei Kápolna das Ende des ungarischen Krieges zuversichtlich erwartet.

Fünftes Buch.

Die Rückkehr zum Absolutismus.

1. Die octroyirte Verfassung

Die Reichstagkreise zu Kremsier lebten in den ersten Märztagen der zuversichtlichen Hoffnung, daß die früher ängstlich gefürchtete Auflösung des Reichstages doch nicht stattfinden, das Verfassungswerk in friedlicher Weise werde vollendet werden. Sie gaben zu, daß die endgiltige Constitution in Einzelnheiten von dem Reichstagsentwurfe abweichen dürfte. Die Unterschiede sind aber dann gewiß nur die Frucht eines freundschaftlichen Ausgleiches zwischen der Regierung und der parlamentarischen Mehrheit, welche um den Preis, einer Octroyirung zu entgehen, zu großen Zugeständnissen sich bereit zeigte. Dieser gute Glauben ruhte leider auf keinem besseren Grunde, als auf der Annahme: Nachdem die Regierung so manche passende Gelegenheit zu einem gewaltsamen Staatsstreiche ungenutzt vorübergehen ließ, wird sie nicht jetzt zur letzten Stunde noch zu einer aggressiven Politik zurückkehren. Der Verfassungsausschuß in Kremsier wußte nichts davon, daß das Ministerium bereits ungarische Vertrauensmänner berufen hatte, um mit diesen über die künftige Constitution Ungarns zu verhandeln. Den Ausgangspunkt bildete Stadion's Programm: keine fernere Sonderstellung Ungarns, Centralisation aller Regierungsgewalten in Wien, Gleichberechtigung aller Nationalitäten. Ob die Vertrauensmänner, S. Josika, Graf Appony, Emil Dessewffy, Barkoczy u. A. auf diese Vorschläge eingehen würden, konnte zweifelhaft erscheinen, wie denn auch in der That die Verhandlungen zu keinem Ziele führten; sichergestellt war schon jetzt so viel, daß das Ministerium die Constituirung Ungarns ausschließlich in seine eigene Hand nehmen wolle, sich um die Vorschläge und Pläne der Kremsierer Versammlung nicht kümmere.

Der Reichstag wußte auch nichts von dem Drucke, welchen die deut-

schen Verhältnisse, die Frankfurter Parlamentsdebatten und die unberechenbaren Wandlungen der preußischen Politik auf die Entschlüsse der eigenen Regierung übten. Ebensowenig als in Wien hatte sich der Reichstag in Kremsier mit der deutschen Frage eingehend beschäftigt. Die nationale Spannung machte sich ohnehin häufig genug geltend, als daß man sie noch durch das Hereinziehen der verwickelten und unklaren Anschlußfrage freiwillig verstärkt hätte. Einige spärliche Interpellationen gaben allein von dem Dasein auch deutscher Interessen im Reichstage Kunde und bewiesen, daß deutsche Sympathien wohl verborgen, aber nicht verwischt waren. Auch das Ministerium verhielt sich in dieser Sache auffallend wortkarg, aber keineswegs weil es etwa die Entwicklung der deutschen Verfassungsverhältnisse mit Gleichgiltigkeit betrachtete oder weil es sich zu anderen Anschauungen, als sie in den österreichischen Regierungskreisen seit Menschengedenken üblich waren, bekehrt hatte. Die Continuität der österreichischen Politik offenbart sich vielmehr nirgends so deutlich wie in der Behandlung der deutschen Frage, aber auch die andere Tugend der überlieferten Staatskunst, nicht durch vorzeitige Enthüllungen den Erfolg eines Planes zu gefährden, kam hier in glänzender Weise zur Geltung. Vorläufig war durch die Wahl eines österreichischen Erzherzoges zum Reichsverweser, durch den Eintritt eines österreichischen Patrioten, des Ritter Schmerling, in das deutsche Ministerium dafür gesorgt, daß Oesterreichs Interessen in Frankfurt nicht übermäßig verkürzt würden.

Mehr zu thun, hinderte die Ungewißheit, in welcher Richtung sich die deutschen Zustände entwickeln würden, und die bittere Noth in der eigenen Heimat. Das Ministerium Pillersdorff-Doblhoff hatte die Wahlen in das Frankfurter Parlament nicht hintertrieben, aber sie auch nicht in den widerspenstigen Wahldistricten erzwungen. Noch im August 1848 waren über sechszig Wahlen in Oesterreich rückständig. Niemand dachte an die Ergänzung der erledigten Deputirtensitze; es war genug, daß überhaupt in Frankfurt auch österreichische Abgeordnete mitberiethen und das besondere deutsch-österreichische Bewußtsein hervorhoben. Die Glaubensartikel desselben waren: die Pflicht Deutschlands, im italienischen Kriege Oesterreichs Partei zu ergreifen, die Unzertrennlichkeit der deutschen und österreichischen Interessen in Italien, das Recht Oesterreichs, den Begriff des deutschen Volksthumes auf Hanaken und Rußniaken auszudehnen, und die entschiedene Verwahrung gegen die Bildung eines slawischen Bundesstaates an der Stelle des alten Oesterreich. Die Regierung hielt sich kluger Weise von jeder Bevormundung der Abgeordneten fern, und ließ denselben in den ersten Monaten die volle Freiheit, nach ihrer persönlichen Ueberzeugung zu stimmen. Vom steinernen Hause bis zum Donnersberge zählte jede Parlamentspartei auch Oesterreicher unter ihren Mitgliedern, vom Herrn von Linde angefangen bis zu Vogt jeder Fractionsführer auch Oesterreicher unter seinen Anhängern. Das Wiener Mini-

sterium sah diesem zerfahrenen Wesen ruhig zu, nahm für sich aber gleichfalls das Recht in Anspruch, nach seinem Belieben, gleichviel ob folgerichtig oder nicht, zu handeln, z. B. einen österreichischen Gesandten in Kopenhagen zu unterhalten, obgleich Deutschland mit Dänemark im Kriege stand. Diese Politik, welche zu nichts verpflichtete, dem Particularismus der meisten deutschen Staaten, den ausschweifenden Plänen der deutschen Demokraten die volle Muße gab, sich zu entfalten und das Einheitswerk zu verderben, barg nur die eine Gefahr in sich, daß eine entscheidende Wendung der Dinge und der dringende Anlaß zu positivem Eingreifen in einen Zeitpunkt fiel, in welchem die österreichische Regierung nicht frei über ihre Kräfte verfügen konnte. Die Grundrechtdebatte ließ das Wiener Ministerium gleichgiltig, doch als die eigentliche Verfassung des künftigen deutschen Reiches berathen wurde, hätte es gern das ganze Gewicht seines Einflusses in die Wagschale gelegt. Ein widerlicher Zufall brachte aber den deutschen Constitutionsentwurf in einem Augenblicke auf die Tagesordnung, in welchem Wien unter Waffen stand, der Kaiser die Flucht ergriffen hatte, das Ministerium gesprengt, der Staat mit naher Auflösung bedroht war. Unter solchen Umständen war an eine Leitung der österreichischen Abgeordneten, an die Aufstellung eines klaren Programmes nicht zu denken.

Am 20. October begann im Frankfurter Parlamente die Verhandlung über die §§ 2—4 der Reichsverfassung: „Kein Theil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen und muß das Staatsoberhaupt entweder in seinem deutschen Lande residiren oder in demselben eine Regentschaft niedersetzen, zu welcher nur Deutsche berufen werden können." Diese Bestimmungen griffen in das Wesen des österreichischen Staates tief ein und zwangen ihm, falls sie Gesetzeskraft erhielten, den Dualismus auf. Sie entschieden über die Zukunft Oesterreichs und gaben bereits den Magyaren in dem Streite mit dem Wiener Hofe unbedingt Recht. Begreiflicher Weise verhielten sich die österreichischen Parlamentsglieder bei der Verhandlung über diese Paragraphe weniger zurückhaltend als gewöhnlich. Wiesner und Arneth, Berger und Würth, Giskra und Somaruga, alle Oesterreicher, die beredt waren oder sich für beredt hielten, bestiegen nach einander die Rednerbühne, um ihre Meinung über das wünschenswerthe und allein mögliche Verhältniß des Kaiserstaates zu Deutschland auszusprechen. Das Wunderbare dabei war aber, daß jeder folgende Redner die Richtigkeit der Ansichten seines Vorgängers bestritt, daß jeder Redner für sich allein die genaueste Kenntniß der österreichischen Zustände in Anspruch nahm und jeder zu anderen Schlüssen gelangte, daß jeder Redner endlich am Ende seiner Ansprache das Gegentheil von

dem behauptete, was er am Eingange als seine unwandelbare Ueberzeugung hingestellt hatte. Arneth glühte für die Vereinigung Deutschlands mit Oesterreich, sprach aber der Versammlung das Recht ab, über die Bedingungen derselben zu berathen, Würth erklärte die Annahme der Paragraphe gleichbedeutend mit dem Ausschlusse Oesterreichs, Giskra, der es vortrefflich verstand, durch die Wärme der Empfindung über die Flachheit seiner Gedanken zu täuschen, fand wieder in ihrer Annahme die wesentlichen Interessen Oesterreichs gewahrt, donnerte aber gleichzeitig gegen die preußischen Hegemoniegelüste, während Andere gerade in den §§ 2—4 den Wiederschein der letzteren entdeckten. Durch die Reden der conservativen Oesterreicher klang freilich der Wunsch, ganz Oesterreich mit Deutschland vereinigt zu sehen, leise durch. Aber noch war die schlimmste Form des Particularismus, welcher den Plan eines großen einigen Deutschlands dadurch hintertrieb, daß er ihm das Traumbild eines noch größeren, noch einigeren mitteleuropäischen Reiches gegenüberstellte, nicht gereift; noch stand durch die Wiener Octoberrevolution und die ungarischen Wirren die Existenz Oesterreichs selbst für Viele in Frage und erschien daher das Angebot eines Zuwachses an Macht und Größe durch den Eintritt Gesammtösterreichs in den deutschen Bundesstaat von zweifelhaftem Werthe. Ein festes Programm wagte Niemand aufzustellen. Vergeblich warnte Waitz vor den Folgen eines zweideutigen Verhältnisses zwischen Oesterreich und Deutschland. „Die deutschen Oesterreicher ganz mit und bei Deutschland oder die deutschen Oesterreicher ganz mit und bei Oesterreich. Für beide Seiten sind Sympathien, auf beiden Seiten Rechte. In keinem Falle einen unklaren Mittelzustand ähnlich dem, den wir in den letzten dreißig Jahren gehabt haben, wo Oesterreich Einfluß auf Deutschland übte, aber Deutschland niemals auf Oesterreich, wo Deutschland in der Schwebe blieb zwischen einer eigenen und einer österreichischen Politik und am Ende nur ein Appendix war der österreichischen Monarchie." Die Mehrzahl der österreichischen Abgeordneten konnte nicht darüber klar denken, ihre Bundesgenossen, die rheinischen Ultramontanen, die süddeutschen Pseudodemokraten wollten es nicht. Selbst Männer, von welchen man die genaueste Kenntniß der österreichischen Regierungsgedanken vermuthen durfte, wie Schmerling, wußten keinen besseren Rath, als daß sie das Verfassungswerk, soweit es Oesterreich betrifft, auf spätere, ruhigere Zeiten zu verschieben empfahlen.*)

*) Als die Annahme der §§ 2—4 in Oesterreich bekannt wurde, zeigte sich die Volksstimmung anfangs ganz ruhig. In dem Congresse der Deutschböhmen zu Eger (20. Nov.), wo die Elite der Deutschösterreicher vertreten war, wurde ohne allen Widerspruch die Personalunion gebilligt, da ja doch ein einiges Oesterreich nicht möglich, die Centralisation hier undenkbar sei. Auf dem Congresse wurden nur Bedenken gegen eine Zoll- und Handelseinigung laut, weil unter derselben die materiellen Interessen

Durch das österreichische Ministerprogramm vom 27. November kam endlich Klarheit in die Lage. Dasselbe erklärte rund heraus die unbedingte österreichische Staatseinheit als das Ziel der neuen Regierung und machte die Verhandlung über das deutsch-österreichische Bündniß von der Vollendung der österreichischen und deutschen Constitution abhängig. „Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zur neuen und festen Form gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu begründen."*) Deutlicher konnte die Absicht des österreichischen Ministeriums, sich vom deutschen Bundesstaate loszusagen, nicht ausgesprochen werden. So faßte auch alle Welt das Programm auf. Die Slawen jubelten, die Vertreter Deutschösterreichs im Parlamente dachten an ihren Austritt aus der Versammlung, die Vertheidiger eines blos völkerrechtlichen Bündnisses zwischen Oesterreich und Deutschland, wie Mühlfeld u. A., freuten sich ihres unerwarteten Sieges, Graf Deym, welchen der Hohn des Parlaments dafür getroffen hatte, daß er freilich mit übertriebener Offenheit bekannt hatte, Oesterreich gehöre nicht zu Deutschland, habe stets nur das gethan, was es in seinem Interesse für gut befunden, und lasse sich nur mit Waffengewalt in einen Bestandtheil des deutschen Einheitsstaates verwandeln, durfte jetzt den Spott auf seine Gegner zurückwerfen. Weniger schroff in der Form, aber gleichbedeutend im Inhalte war das Olmützer Ministerprogramm. In Oesterreich selbst stieß das letztere auf keinen Widerspruch, die Centralisation, welche es an die Spitze der österreichischen Verfassung stellte, zählte namentlich unter den deutschen Bewohnern Oesterreichs die eifrigsten Anhänger, desto zersetzender wirkte es auf die Parteien im Frankfurter Parlamente. Seine nächsten Folgen waren der Rücktritt Schmerlings vom Reichsministerium, welcher übrigens — zum Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt — deshalb nicht aufhörte, für die österreichischen Interessen thätig zu sein, und die Bildung des Gagernschen Cabinets. Der neue Präsident des Reichsministeriums, ein Mann von beschränkt rechtschaffener Gesinnung, hielt es für seine Pflicht, auf Grundlage des Olmützer Programmes sofort eine positive deutsche Politik zu entwickeln. Es ist, so lautet Gagern's politisches Glaubensbekenntniß, für welches er die Zustimmung des Parlaments verlangte, das Sonderverhältniß Oesterreichs anzuerkennen, das Kaiserreich als aus dem deutschen Bundesstaat ausgeschieden zu betrachten und seine Stellung zu Deutschland durch einen besondern Unionsact zu regeln. Gagern irrte nicht, wenn er diese Folgerungen aus dem Olmützer Ministerprogramm zog, er beging aber

des Kaiserstaates leiden würden. Erst später begann die Agitation gegen die Paragraphen, aber zumeist nur in Tirol und im Salzburgischen, zum Theil aus Gründen, die mit der Verfassungspolitik nicht das Geringste gemein hatten.

*) S. o. S. 594.

als Staatsmann einen unverantwortlichen Fehler, daß er es nicht der österreichischen Regierung überließ, die Last ihrer Politik zu tragen. Nichts war leichter, als das Gehässige von Sondergelüsten und undeutschem Wesen auf die österreichischen Minister zu wälzen und indem man von ihnen ein positives Programm verlangte, sie zum Bruche mit dem Parlament und der öffentlichen Meinung von ganz Deutschland zu zwingen. Der Plan der österreichischen Regierung, das lockere Band zwischen den Gliedern der Monarchie fester zu knüpfen, und das Ziel der deutschen Revolution, das deutsche Reich in einen nationalen Bundesstaat zu verwandeln, standen zu einander in einem grellen Widerspruch, da hier und dort auf eine stärkere Centralisation losgesteuert, hier und dort ein einziger staatlicher Mittelpunkt, aber auf jeder Seite ein anderer, ausgerufen wurde. Die Lostrennung Oesterreichs von Deutschland zählte nicht allein unter den Katholiken und süddeutschen Preußenfeinden leidenschaftliche Widersacher, sie erfüllte auch die politischen Idealisten, deren es innerhalb und außerhalb des Parlaments so viele gab, mit Unwillen. Der Schein von Größe und der Namen von Macht genügte denselben, sie träumten vollends jetzt von dem unmittelbaren Anfang deutscher Weltherrschaft. Und nun wurde ihnen zugemuthet, das neue freie Deutschland einzuweihen mit dem Verzicht auf so und so viel Millionen deutscher Brüder, mit der Einengung der deutschen Grenzen um so und so viel tausend Meilen. Damals wie in späteren Zeiten besaß Oesterreich den Vortheil, daß es sich noch zu dem deutschen Bunde rechnen, als den ersten und mächtigsten deutschen Staat bezeichnen durfte, daß es nicht erst um Aufnahme in den deutschen Bundesstaat bitten mußte, sondern scheinbar nur die Fortsetzung des alten Verhältnisses fordern konnte. Wer an den Bedingungen, die es stellte, mäkelte, nicht „den eigenthümlichen Zuständen des Kaiserstaates" die größte Nachsicht erwies, hörte die trotzigen Worte: er wolle Oesterreich aus Deutschland herauswerfen und das letztere verkleinern; er wurde von der öffentlichen Meinung sofort verurtheilt. Dieser Vortheile hätte Gagern das österreichische Ministerium berauben sollen. Gerade von seinem Standpunkte, weil er den Dualismus in Oesterreich überwunden glaubte, den Eintritt Gesammtösterreichs in den deutschen Bundesstaat mit der nationalen Grundlage des letztern unverträglich fand, mußte er den Schein wahren, als ob es nur von dem freien Willen der österreichischen Regierung abhinge, sich an dem Verfassungswerke wie alle andern deutschen Staaten zu betheiligen, als ob nicht die geringste Schwierigkeit waltete, daß sich die deutschen Erbländer dem Bundesstaate anschließen. Es wäre dann die Sache des österreichischen Ministeriums gewesen, diese Schwierigkeiten zu entwickeln, das Unpassende jenes deutschen Einheitsstaates, wie sich ihn die begeisterte Volksphantasie ausgemalt hatte, für die österreichischen Verhältnisse zu erörtern und schließlich zu erklären, daß es sich keiner Centralgewalt,

keinem Parlamente unterordnen könne, eine Ausnahmsstellung für sich in Anspruch nehmen müsse. Dieser undankbaren Aufgabe überhob es Gagern durch sein freimüthiges, aber beispiellos unkluges Ministerprogramm. Indem er selbst die Initiative ergriff, dasjenige aussprach, was die österreichische Regierung zu bekennen gerechten Anstoß nahm, belud er sich und seine Partei mit dem Hasse, welchen eigentlich die österreichischen Minister verdienten, regte er einen gewaltigen Sturm im Parlament auf und gab dem Gegner Muße, Waffen zu sammeln und den Fehler, der in dem Olmützer Programm vom 27. November halbverdeckt war, bis zur letzten Spur wieder zu verwischen.

Das Olmützer Ministerprogramm war von Stadion entworfen worden, welcher von äußerer Politik wenig verstand, überdies dem nationalen deutschen Wesen von seinem Wiener karikirten Bilde her abhold war und nur darauf ausging, die inneren Verfassungswirren so rasch als möglich zu lösen. Ein ausschließlicher Verwaltungspolitiker erblickte er in der Centralisation das einzige Mittel, die Schäden der Metternich'schen Administration zu heilen und die von ihm in dem alten Oesterreich schmerzlich vermißte stramme Regierungsgewalt wieder herzustellen. Die weiteren Consequenzen des Programms kümmerten ihn nicht. In dem Maße als sich das Cabinet Stadion-Schwarzenberg kräftigte, kehrte aber auch das Bewußtsein der traditionellen österreichischen Politik zurück und wurden die durch das Novemberprogramm gelockerten Beziehungen zu Deutschland wieder fester geknüpft. Dieses wäre kaum so rasch und so glänzend gelungen, wenn nicht neben der Pietät des preußischen Königs für das habsburgische Kaiserhaus und dem Particularismus der Kleinstaaten auch noch ein unklarer Großmachtskitzel des deutschen Volkes den österreichischen Plänen zu Hilfe gekommen wäre.

Je weiter die Aussicht auf den nationalen Einheitsstaat zurücktrat, desto größere Zustimmung fand der Plan eines mitteleuropäischen Reiches. Je mehr die Hoffnung schwand, auch den kleinsten der kleinen deutschen Fürsten unter den nationalen Willen zu zwingen, desto heißer erglühten Viele für ein „gewaltiges Mitteleuropa, um dessen Gunst England buhlt, vor dem Rußland und Frankreich erzittern, welches an den Balkan seine Grenzen setzt, durch die freie Donau Amerika mit Asien verbindet und das Schicksal der Welt entscheidet." Die Form des mitteleuropäischen Reiches zu bestimmen, war den Wenigsten gegeben, aber gerade das Nebelhafte und Verschwommene reizte die Phantasie, welche nach dem schlimmen Ausgange der Revolution wieder das einzige Organ der deutschen Politiker wurde. In den letzten Tagen des Jahres 1848 tauchten in Wiener Zeitungen einzelne Stimmen zu Gunsten des mährchenhaften „Siebzigmillionenreiches" auf. „Deutschlands weitblickende philosophische Männer geben sich nicht der Täuschung hin, als ob es sich nur um das Gebiet innerhalb der Grenzen des alten deutschen Bundes handle.

Deutschland muß mehr wollen: den Hafen von Pola, die ganze Donau, die Einfahrt in das schwarze Meer, die Anwartschaft auf das türkische Erbe, die ganze große Zukunft, welche still, hoffnungsvoll im Osten des Kaiserreiches keimt. Deutschland muß sich mit dem Slaventhume vereinen, einer neuen Aera die Bahn brechen, die Herrschaft des ewigen Friedens beginnen." Die Einbildungskraft der Schwärmer sah bereits eine neue Race, die „Slawogermanen" erstehen und dachte sich das neue mitteleuropäische Reich im Bilde einer orientalischen Despotie, wo ein Kaiser über zahlreichen Königen, der Mächtigste über den Mächtigen thront. Von den Wiener Blättern empfingen einzelne Parlamentsglieder wie Möring, Sepp, M. Mohl u. a., Männer, welche keine ernsthafte Beurtheilung zulassen, die Inspiration; bald war auf dem politischen Markte die Idee des Siebzigmillionenreiches eine der gangbarsten Waaren. Es mochte wohl seltsam erscheinen, daß man gerade in Oesterreich für das Siebzigmillionenreich schwärmte, wo die Mehrzahl der siebenunddreißig Millionen, die zum Kaiserstaate gehörten, nur mit Waffengewalt bei demselben erhalten werden konnte, und daß die Deutschösterreicher ein so unwiderstehliches Gelüste nach allgemeiner Menschenverbrüderung verspürten, welche doch mit ihren nächsten Stammgenossen nur eine engere Handelsverbindung einzugehen sich sträubten. Der Anschluß an den deutschen Zollverein stieß gerade in den an hohe Schutzzölle gewöhnten deutschösterreichischen Provinzen auf den größten Widerspruch. Es konnte auffallen, daß die deutschen Liberalen, welche sich für die nationalen Rechte der Polen, Magyaren und Italiener in so hohem Maße begeisterten, doch alle diese Völkerschaften zum Eintritte in das Siebzigmillionenreich zwingen wollten. Genug, die Idee fand Anklang und ebnete den Gegnern des Einheitsstaates, den Anhängern des alten Staatenbundes und des Absolutismus trefflich den Weg. An ein parlamentarisches Regiment war im Siebzigmillionenreich nicht zu denken und ebensowenig der nationale Charakter in einem Gemeinwesen dauernd festzuhalten, in welchem die Majorität fremden Volksstämmen anheim fällt.

Das österreichische Ministerium, vorsorglicher Natur, rief aber nicht allein die Unterstützung eines unklaren und ungesunden Volksgelüstes an, sondern sicherte sich auch die unter Umständen noch wirksamere Sympathie der deutschen Mittelstaaten. Die Vereinbarungstheorie, welche es früher nur für Oesterreich, wegen seiner „eigenthümlichen Verhältnisse" in Anspruch nahm, ließ es in der Note vom 28. December 1848 allen deutschen Regierungen zu Gute kommen. Es wußte, daß nur die preußenfeindlichen Mittelstaaten dasselbe in der rechten Weise gebrauchen würden.

Der gesunde Menschenverstand hatte Mühe, den Zorn der österreichischen Regierung auf Gagern's Programm und ihre eifrige Verwahrung gegen die Giltigkeit des letztern zu begreifen. War es doch nur der Wiederhall des eigenen Programms und im Wesentlichen von den Anträgen, welche

Oesterreichs Anhänger gelegentlich der Berathung der §§ 2—4 gestellt hatten, nicht verschieden. Der Erfolg bewies, daß in der politischen Welt Inconsequenz häufig als Tugend belohnt wird. Gagern hatte sein Programm dem Parlament vorgelegt, von der Annahme desselben sein Verbleiben im Ministerium abhängig gemacht. Bei der Debatte darüber (11.—13. Januar) sprach sich zwar die Majorität zu Gagern's Gunsten aus, aber mit solchen Einschränkungen und mit einem so offenen Bekenntnisse, für die Sache nicht ernsthaft einstehen zu wollen, daß der Ausgang in Wahrheit den Triumph der österreichischen Politik bedeutete.

Gleich der Ausschußbericht, von dem immer wohlmeinenden, aber nicht immer klaren Venedey vorgetragen, warf Gagern und dessen Freunden vor, daß sie den deutschen Bundesstaat als etwas Zukünftiges ansähen und seine Existenz nicht von dem Zusammentritt des Parlaments datirten, während es doch die österreichische Regierung war, welche dem gegenwärtigen Parlament jede Macht und jedes Rechtsbefugniß absprach. Der Ausschußbericht zählte mit größter Ausführlichkeit alle Sünden der österreichischen Regierung auf; die Ungiltigkeit der Reichsgesetze in Oesterreich trotz der entgegengesetzten Versicherungen des kaiserlichen Bevollmächtigten, Herrn von Bruck, die Weigerung für die deutsche Flotte die Matricularbeiträge zu leisten, die Zurückweisung der deutschen Wechselordnung u. s. w. Mit Recht wurde in dem Berichte als das Ziel der österreichischen Politik die „Restauration der vorrevolutionären Zustände" bezeichnet. Man hätte glauben sollen, der Ausschußbericht werde folgerichtig zu Zwangsmaßregeln anrathen, um den Bundesstaat gegen das widerspenstige Oesterreich durchzusetzen, und die Beseitigung der Schwierigkeiten eines deutschen Bundesstaates, welche in den Centralisationsgelüsten Stadion's lagen, von der österreichischen Regierung verlangen. Das Gegentheil geschah. Der Centralgewalt wurde der schnöde Vorsatz, Deutschland theilen zu wollen, aufgebürdet, das österreichische Ministerium gegen Gagern förmlich in Schutz genommen. Die ungünstige Stimmung, welche im Allgemeinen gegen Gagern's Pläne herrschte, verlieh den österreichischen Parlamentsmitgliedern Muth und Zuversicht. Arneth erklärte offen, daß Oesterreich in der Weise, wie es die deutsche Nation und das Parlament wünsche, niemals dem Bunde beitreten werde, jedenfalls vorher die §§ 2 und 3 aus der Verfassung ausgemerzt werden müssen. Der Mann, der sich conservativ nannte, vergaß in seinem Eifer, dem österreichischen Ministerium zu dienen, daß, so lange die ungarische Constitution wenn auch nur auf dem Papier bestand, so lange der Kremsierer Reichstag keine centralisirte Verfassung beschlossen hatte, Niemand das Recht besaß, von einem österreichischen Einheitsstaat zu reden, thatsächlich wie rechtlich Oesterreich aus zwei getrennten Theilen sich zusammensetzt, welche nur durch die Person des Monarchen vereinigt werden. Die Versammlung nahm keinen Anstoß an Arneth's Begehren: den „eigenthümlichen

Verhältnissen Oesterreichs" muß Alles, auch das Ziel der deutschen Bewegung und die Aufgabe des Parlaments geopfert werden, sie hatte ja für den Schimpf Schmerling's: „Es gebe keine deutsche Geschichte, erst durch die Verbindung mit Oesterreich werde Deutschland mächtig und damit auch historisch bedeutsam", nur ein leises Murren zur Antwort. Schmerling's herausfordernder Ton hallte auch in der Rede seines Freundes Würth, des früheren Unterstaatssecretärs im Reichsministerium nach. „Deutschland ohne Oesterreich ist ein jämmerliches, zerstückeltes, ohnmächtiges Deutschland, ohne natürliche Grenzen, des österreichischen Schutzes bedürftig, in allen Handelsbeziehungen von Oesterreich abhängig." Diesem Schauerbilde stellte Würth das glänzende Gemälde eines mit Oesterreich vereinigten Deutschland gegenüber. „In der österreichischen Armee besitzt letzteres ein Hauptmittel der Propaganda des Deutschthums, durch die Verbindung mit Oesterreich wird die deutsche Streitkraft vermehrt, der Strom der deutschen Auswanderung nach dem Osten, wo noch für viele Millionen Raum ist, geleitet, kurz ein Weltreich geschaffen, welches die höchsten Wünsche der Nation befriedigen muß." Wer sich für diese Aussichten nicht begeisterte, wer sich auch nicht durch die Drohung, das isolirte Oesterreich „werde auf die Schwäche Deutschlands speculiren", einschüchtern ließ, der sollte durch die stets wirksame Anfeindung Preußens gewonnen werden. „Preußen will sich ebensowenig der Centralgewalt unterordnen, zeigt eine ebenso geringe Opferwilligkeit wie Oesterreich, es behandelt die Reichscommission ebenso verächtlich wie Fürst Windischgrätz und theilt mit Oesterreich die Vorliebe für die Vereinbarungstheorie, welchen Standpunkt übrigens die meisten deutschen Regierungen, insbesondere jene Bayerns, Sachsens und Hannovers gleichfalls festhalten." Aus der gleichmäßigen Auflehnung Oesterreichs und Preußens gegen den nationalen Willen schloß Würth nicht etwa auf eine gleichmäßige Verdammung dieser Sonderbundspolitik, sondern verlangte die Verurtheilung Preußens und die Anerkennung Oesterreichs, welchem Staate zu Liebe man sich wohl über „theoretische Gründe" hinwegsetzen dürfe. Der letzte österreichische Redner, Giskra, in der oratorischen Feuerwerkskunst wohlbewandert, konnte blenden, aber die zahlreichen Widersprüche in den Anschauungen seiner Landsleute nicht tilgen. Er half sich, indem er dieselben noch steigerte. Giskra sprach gegen den Kremsierer Reichstag, dessen nichtdeutsche Majorität und für den österreichischen Föderativstaat, er sprach für die §§ 2—4 und gegen die Ausscheidung Oesterreichs aus dem deutschen Bundesstaate, für die Einverleibung Gesammtösterreichs in Deutschland und gegen die Ausdehnung des deutschen Bundesstaates über die nationalen Grenzen hinaus. Da er aller Welt Recht gab, wer hätte ihm Unrecht geben sollen? Giskra's Rede folgte rauschender Beifall.

Je zerfahrener die Parteien im Parlamente wurden, je deutlicher sich

zeigte, daß wenig guter Willen und noch weniger Macht in der Paulskirche anzutreffen sei, desto rücksichtsloser trat das österreichische Ministerium auf. In der Note vom 2. Februar wurden die Deutschen darüber belehrt, daß „eine nähere Verschlingung der einzelnen Staaten die gemeinsame Aufgabe der Fürsten und Völker Deutschlands sei, daß es sich dabei aber nur um die Wahrung der lebendigen Glieder des Reiches handeln könne." „Der unitarische Staat ist für Deutschland nicht wünschenswerth, weil er für Oesterreich nicht ausführbar ist und der persönlichen Freiheit der Deutschen zu nahe treten würde." Die Note deutete die Absicht der Wiener Regierung an, auch die nichtdeutschen Provinzen dem deutschen Bunde einzuverleiben, und beklagte den Widerwillen Preußens, sich mit Oesterreich zu verständigen. „Oesterreich wollte doch keinen größeren Antheil an der Leitung der deutschen Angelegenheiten, als ihm seine Stellung als erste deutsche und als europäische Großmacht thatsächlich und vertragsmäßig bisher gesichert hatte." Schließlich verwahrt sich das österreichische Ministerium auf das feierlichste gegen eine Unterordnung des Reiches unter eine nichtösterreichische Centralgewalt. An Deutlichkeit ließ es diese Erklärung nicht fehlen. Gagern's Freunde und die Anhänger des preußischen Erbkaiserthums erfuhren genau, was Oesterreich nicht wolle. Aber Oesterreichs Freunde hätten gern auch was Oesterreich will, erkundet und verlangten immer dringender nach einem positiven Programme. Deputirte wanderten von Frankfurt nach Olmütz, um sich hier Rath zu holen. Darüber herrschte kein Zweifel, daß die ungeordneten Zustände in Oesterreich eine energische Politik des Ministeriums wesentlich hindern und die Einsprache gegen den Oesterreich zugemutheten Dualismus viel kräftiger lauten könnte, wenn der österreichische Einheitsstaat bereits als vollendete Thatsache bestände. Dieses ließ sich aber nur durch ein gewaltsames Einschreiten gegen den Kremsierer Reichstag erreichen. Sein Dasein allein, seine auf die nichtungarischen Länder eingeschränkte Wirksamkeit gaben den Dualisten innerhalb und außerhalb des Parlamentes willkommene Argumente gegen die österreichischen Regierungspläne.

Vor dem Staatsstreiche konnte nur die Furcht zurückhalten, daß der Reichstag einen mächtigen Anhang im Volke besitze, welcher die Auflösung desselben als einen Rechtsbruch auffassen und sich zum Widerstande gegen die Regierung waffnen werde. Aber auch diese Sorge wurde durch mannigfache Erwägungen gemildert. Wien war politisch todt. Die wenigen Stimmen, welchen General Welden sich zu äußern erlaubte, wie Zang's Presse und Kuranda's Ostdeutsche Post, lauteten der Centralisation günstig und sprachen sich leidenschaftlich gegen die Reichstagsmajorität aus. Sie wollten lieber mit Republikanern Hand in Hand gehen als mit den Föderalisten, welche die Revolution in Oesterreich permanent erklären. Nicht so sicher war das Ministerium der Provinzialstädte. Krakau und

Lemberg wurden zwar durch Militärgewalt niedergehalten, dagegen stand Prags Bevölkerung überwiegend auf der Seite der czechischen Partei, welche sich durch die Auflösung des Reichstages am empfindlichsten verletzt fühlen mußte. Doch auch hier spendete der Gedanke Trost, daß es in den Provinzen wesentlich auf die Haltung des Landvolkes ankomme, dieses seit der Befreiung von den Grundlasten kein Interesse an dem Siege der Revolution besitze. Und hätte auch Stadion die Gefahren eines Staatsstreiches höher angeschlagen, dem immer stürmischeren Drängen des Hofes, der Aristokratie, der Militär- und klerikalen Partei konnte er auf die Dauer nicht widerstehen. Die klerikale Partei hatte sich zuletzt den Gegnern des Reichstages angeschlossen, übertraf aber alle an Verfolgungseifer. Die Beschlüsse des Reichstages in der Kirchenfrage, seine „Religionsmacherei", wie es in den betreffenden Kreisen hieß, erregten den höchsten Zorn des Episkopates. Durch dieselben wurden nicht allein die vermeintlichen Rechte der katholischen Kirche geschädigt, sondern da sie eine ganz allgemeine Zustimmung im Volke fanden, auch der Einfluß des verderblichen Reichstages gehoben. Der letztere Umstand machte das Ministerium willfährig, auf die Wünsche der klerikalen Partei einzugehen und die Entscheidung zu beschleunigen, zumal die Nachricht von dem Siege bei Kápolna jedes weitere Bedenken in Bezug auf Ungarn niederschlug. Man mußte den ersten erschütternden Eindruck, welchen die vollständige Niederlage des Revolutionsheeres bei den Magyaren hervorrief — und daß dieses der Fall sei, daran zweifelte man in Olmütz nicht im geringsten — benützen, und ehe sich dieselben von ihrem Schrecken erholt hatten, eine Verfassung octroyiren. Eine begeisterte Aufnahme derselben ließ sich zu keiner Zeit hoffen, jetzt brauchte man wenigstens keine schroffe Zurückweisung zu fürchten.

Spät am Abende des 6. März*) langte unerwartet Stadion von Helfert begleitet in Kremsier an. Die hervorragendsten Mitglieder des Centrums und der Rechten wurden gleich nach der Ankunft des Ministers zu ihm entboten, um eine ebenso dringende wie wichtige Mittheilung zu empfangen. Von dem Inhalte derselben hatte keiner der Berufenen: Haßlwandter, Hornbostl, Szaszkiewicz, Mayer, Lasser, Gredler, Brauner, Rieger, Palacky, Gleispach, Strobach, Petranovich, Thiemann, Pinkas, L. Neumann, Neuwall, Jachimovicz eine Ahnung. Einzelne Sanguiniker hofften, Stadion werde die Beschleunigung des Verfassungswerkes empfehlen und wolle mit den Vertrauensmännern des Reichstages über einige wenige Punkte, welche durch Vereinbarung erledigt werden sollen, berathen. Der Minister trat vor die versammelten Abgeordneten mit

*) Vergl. die zwischen dem Abg. Pinkas und dem Unterstaatssecretär Alexander Helfert gewechselten Streitschriften, wo die Vorgänge während der Nacht vom 6. März genau geschildert sind.

der Erklärung, daß der Kaiser mit Rücksicht auf die ungarischen Wirren und weil bis zum 15. März doch etwas Entscheidendes gethan werden müsse, eine Verfassung für Gesammtösterreich octroyirt habe; eine weitere Rechtfertigung liege in dem Umstande, daß der Reichstag nur einen Theil der Monarchie vertrete, über eine Constitution der nichtrepräsentirten Länder abzustimmen nicht befugt sei. Er bat Mayer, den Wortlaut der octroyirten Verfassung vorzulesen. Lautlos hörten die Deputirten zu, sie konnten den Werth oder Unwerth des kaiserlichen Geschenkes nicht unbefangen abwägen, die Thatsache allein, daß sie der Gnade verdanken sollten, was sie als ihr unveräußerliches Recht angesehen hatten, trieb den Meisten die Zornesröthe in das Antlitz. Stadion, über die schlechte Wirkung seiner Botschaft verblüfft, bemühte sich in längerer Rede die Versammlung von der Nothwendigkeit der Maßregel, sowie von der Vortrefflichkeit der octroyirten Verfassung zu überzeugen, er schmeichelte den berufenen Vertrauensmännern, erbat sich ihren Rath bei der Ausarbeitung der Provinzialverfassungen, lud sie nach Wien ein, um dort gemeinsam mit den Ministern an der Reform der Gesetzgebung zu wirken — es gelang ihm nicht, die Deputirten umzustimmen.

Pinkas erhob sich zuerst und wies das ministerielle Angebot mit Entrüstung zurück. Er habe das Mandat übernommen, für Oesterreich eine freie Verfassung zu votiren, er sei nicht gewählt worden, um bei willkürlichen Octroyirungen zu helfen. Es klinge pharisäisch, daß der 15. März als Jahrestag der Revolution durch die Verleihung einer Verfassung gefeiert werden solle, während man doch durch Aufhebung der kaiserlichen Zusagen vom 15. Mai, 2. Juni und 2. December den Bruch mit der Revolution beweise. Uebrigens könne bis zum 15. März eine Constitution auch mit dem Reichstage vereinbart werden, was jedenfalls mehr zu empfehlen sei als die Octroyirung einer überdies mangelhaften und in vielen Punkten anstößigen Verfassung. In ähnlichem Sinne sprachen sich die andern czechischen Abgeordneten aus; sie beklagten die Schwächung des kaiserlichen Ansehens, welche dasselbe durch eine so rücksichtslose Gewaltthat erleiden müsse, und schilderten, von ihrer zornigen Erregung auf die allgemeine Volksstimmung schließend, die blutigen Folgen des Staatsstreiches. Palacky allein verlor den Gleichmuth nicht; er verdammte die Octroyirung, er trauerte aber nicht übermäßig über die Beseitigung des Reichstagsentwurfes, welchen er im Constitutionsausschusse heftig bekämpft und als ein unheilvolles Werk verdammt hatte. Nach seiner Meinung war die Auflösung des Reichstages mit der Wiederbelebung der böhmischen Sonderconstitution vom 8. April gleichbedeutend und der nothwendige nächste Schritt des Ministeriums die Einberufung des böhmischen constituirenden Landtages. Stadion überließ es der Zeit, den Czechenführer von seinem Wahne zu heilen, seine ganze Aufmerksamkeit nahm der unerwartete energische Protest der Centrums-

mitglieder gegen die Octroyirung in Anspruch. Ein einziger Deputirter, Thiemann, ein früherer Hausdiener des Fürsten Windischgräz, billigte den Plan der Regierung. „Die Verfassung wird allgemeinen Beifall finden, denn die Arbeitgeber werden mit der Aufhebung der Zwischenzolllinie einverstanden sein, den Arbeitnehmern aber kann und muß man die Sache in der rechten Art begreiflich machen." Alle andern Abgeordneten beschworen den Minister, von seinem Vorhaben abzustehen, nicht den Staat eigensinnig neuen Stürmen preiszugeben. Kajetan Mayer, Hornbostl, Lasser, Leopold Neumann, der doch sonst fest zu Stadion hielt, alle widerriethen den Staatsstreich. Müsse octroyirt werden, meinte Haßlwandter, so octroyire man den Reichstagsentwurf und die Frankfurter Grundrechte, dafür könne man vielleicht das Volk gewinnen, nimmermehr werde aber dasselbe das mattherzige Schriftstück, welches soeben verlesen wurde, ruhig hinnehmen. Auf Stadion machten diese Einwürfe sichtlichen Eindruck. Namentlich Lasser's entschiedene Sprache, seine offene Weigerung, für den Staatsstreich in der Kammer einzustehen, die octroyirte Verfassung dem Volke anzupreisen, weckte im Minister große Bedenken. Es mußte doch die Sache des Reichstages nicht schlecht stehen, die Regierung ihre Kraft weit überschätzen, wenn so conservative Männer wie Lasser es rathsam fanden, ihr Interesse von jenem des Ministeriums zu trennen. Stadion's Unsicherheit stieg, als Neuwall, ebenfalls eine Hauptstütze der conservativen Partei im Reichstage, mit einem wie es schien ganz annehmbaren Antrage vortrat. In der nächsten Sitzung möge der Reichstag durch eine kaiserliche Botschaft zur Beschleunigung des Verfassungswerkes aufgefordert und für den Abschluß desselben der 15. März als Frist gesetzt werden. Der Reichstag wird den Constitutionsentwurf sofort ohne Debatte und mit Umgehung aller Förmlichkeiten der Geschäftsordnung annehmen und dem Ministerium zur Vereinbarung vorlegen. Der Verfassungsausschuß, von dem Reichstage mit den nöthigen Vollmachten versehen, einigt sich mit der Regierung über die wenigen strittigen Punkte, am 15. März wird die Constitution proclamirt und sofort vom Kaiser feierlich beschworen. Stadion zog sich in eine Nebenstube zurück, um diesen Vorschlag zu überlegen. Ihm folgte der Unterstaatssecretär Helfert, bei welchem die Abgeordneten persönliche Motive, die Fortdauer des Reichstages nicht zu wünschen, voraussetzten. Als Stadion in die Versammlung zurückkehrte, nahm er allen Deputirten das Ehrenwort ab, über den Gegenstand der Debatte unbedingt zu schweigen. Dagegen versprach er, doch ohne sich durch eine feste Zusage zu binden, im Olmützer Ministerrathe die Suspension des Staatsstreiches zu empfehlen. Lasser schlug eine Reichstagsdeputation nach Olmütz vor, L. Neumann trug sich Stadion als Begleiter an. Wenn der Ministerrath aus dem Munde der Conservativen die gewichtigen Bedenken gegen die Octroyirung hörte, würde er sich vielleicht leichter umstimmen lassen.

Stadion lehnte diese Anerbietungen ab und reiste allein nach Olmütz zurück.

Mit ängstlicher Spannung sahen die Abgeordneten dem nächsten Morgen entgegen, an welchem sie durch den Telegraphen Kunde von dem Resultate der Stadion'schen Bemühungen empfangen sollten. Das Gerücht von der unerwarteten Ankunft des Ministers, von der geheimnißvollen Versammlung im Schlosse hatte sich trotz der späten Stunde rasch in Kremsier verbreitet. Die Vertrauensmänner, in ihre Behausung heimgekehrt, wurden von den andern Deputirten mit Fragen bestürmt. Sie durften keine Antwort geben, doch gaben ihre bestürzten Mienen, ihre Fassungslosigkeit wenigstens den Mitgliedern der Linken, welche an der Octoberrevolution thätigen Antheil genommen hatten, einen deutlichen Wink, daß das Aergste zu fürchten sei. Goldmark, Violand, Füster, Kudlich verließen noch vor Tagesanbruch Kremsier und flohen in das Ausland. Hastig eilten die Deputirten am Morgen des 7. März in die Reichstagsräume, um ihr unwiderrufliches Schicksal zu erfahren. Ihre Hoffnungen auf die Zurücknahme der octroyirten Verfassung waren gesunken, doch lebten sie des guten Glaubens, daß man dem Reichstage noch einige Zeit zum Ordnen seiner Geschäfte gönnen, ihn auflösen, aber nicht gewaltsam und unmittelbar auseinander jagen, die octroyirte Verfassung erst am 15. März proclamiren werde. Sie fanden den Schloßhof in ein Soldatenlager verwandelt, sie sahen die Zugänge zu den Reichstagsräumen von Wachen besetzt und versperrt und lasen an den Straßenecken die kaiserlichen Manifeste, welche den Schluß des constituirenden Reichstages aussprachen und eine Verfassung für Gesammtösterreich, vom 4. März datirt, octroyirten. Schwere Anklagen schleuderte das erste Manifest gegen den Reichstag. Durch die Stellung, welche derselbe während der Octoberrevolution eingenommen hatte, waren eigentlich seine Rechtsansprüche bereits vollkommen verwirkt. Dennoch gestattete ihm der Kaiser, das Verfassungswerk fortzusetzen, „in der Hoffnung, der Reichstag werde die gegebenen Verhältnisse im Auge behalten und seine Aufgabe rasch vollenden. Diese Erwartung wurde aber nicht erfüllt, vielmehr durch gefährliche theoretische Erörterungen die Wiederkehr der Ruhe und geordneten Zustände ferngerückt." Die Pflicht der Regierung, die Revolution endlich zu schließen, der Wunsch, die Siege der kaiserlichen Waffen in Ungarn auch auf politischem Gebiete zu verfolgen, die Beschränktheit des Mandates der Kremsierer Versammlung ließen den Entschluß zur Octroyirung einer Constitution reifen, welche das „ganze untheilbare Oesterreich umfaßt und nach kaiserlichem Wissen und Gewissen dem Wohle des Volkes und des Staates am besten zusagt."

Derselbe Mann, welcher in der Verfassungsurkunde dem kaiserlichen Namenszuge unmittelbar die eigene Unterschrift folgen ließ, die Bürgschaft für die laut ausgesprochene Trefflichkeit des Werkes dadurch mit

übernahm, hat dreißig Monate später die octroyirte Verfassung unbedingt verdammt. Als es sich am Schlusse des Jahres 1851 darum handelte, auch die äußerliche und formelle Rückkehr zum Absolutismus — denn thatsächlich war diese Wandlung schon viel früher erfolgt — zu rechtfertigen, schrieb der Ministerpräsident Fürst Felix Schwarzenberg in einer Circulardepesche folgende Worte: „Die octroyirte Verfassung vom 4. März bildete nur das Terrain, auf welchem man die Autorität des Thrones wieder aufbauen wollte. Man ermangelte aber der Zeit, um die Grundsätze der Verfassung selbständig zu prüfen und zu sichten, entlehnte dieselben vielmehr Constitutionen anderer Länder, so daß die Acte vom 4. März recht eigentlich eine Nachbildung fremder Muster wurde. Ein solches Werk konnte keinen Erfolg haben und hat ihn auch nicht gehabt." Die Fehler der octroyirten Verfassung gab Schwarzenberg richtig an. Ihren Schöpfern lagen offenbar die belgische, die in Berlin octroyirte Constitution, die Frankfurter Grundrechte und der vom Grafen Albert Nostiz im September 1848 veröffentlichte Entwurf einer österreichischen Verfassungsurkunde als Muster vor, aus welchen sie die zahmsten und augenblicklich bequemsten Bestimmungen herausklaubten und dann in oberflächlicher Weise an einander reihten. Es ging nicht füglich an, von den Grundrechten und persönlichen Freiheiten, welche die Mehrheit des Volkes als den Hauptgewinn der Revolution von jeher pries, gänzlich abzusehen oder die übliche Einrahmung eines constitutionellen Staatswesens einfach bei Seite zu setzen. Die Namen der Grundrechte und das hergebrachte constitutionelle Gerüste wurden beibehalten, jene aber wesentlich verkürzt, dieses zur Durchführung der Centralisation benutzt. Die octroyirte Verfassung gewährte dem Bürger nur das Recht der freien häuslichen Religionsübung, sie hob die Präventivcensur auf, gab aber gegen ein tyrannisches Repressivgesetz keine Sicherheit und verlieh nur den einzelnen Personen ein unbeschränktes Petitionsrecht. Von den Grundrechten, welche der Reichstagsentwurf enthielt, waren die meisten und gewichtigsten gestrichen oder wenigstens ihrer bedenklichen Form entkleidet worden. Noch schärfer unterschied sich das Patent vom 4. März von dem Reichstagsentwurfe in den eigentlichen constitutionellen Bestimmungen. Die octroyirte Verfassung proclamirte Oesterreich als eine selbständige, untheilbare und unauflösliche Erbmonarchie und erklärte jeden Unterschied zwischen den einzelnen Provinzen aufgehoben. Die Kronländer bildeten von nun an nur Verwaltungsgebiete, demgemäß auch die Landtage mit geringen Befugnissen ausgestattet, zu bloßen Verwaltungsorganen herabgesetzt wurden. Der Entschluß des Monarchen, sich als Kaiser von Oesterreich krönen zu lassen, deutete symbolisch die Umwandlung des locker gefügten Reiches in einen streng centralisirten Staat an; daß auch im Wesen und in der Sache Oesterreich von nun an nur einen einzigen politischen Mittelpunkt in Wien besitzen werde, bewies die ausgedehnte Macht, welche

das Reichsministerium gewann und offenbarte die Zusammensetzung des Reichstages. Selbstverständlich hielt die octroyirte Verfassung an dem Zweikammersysteme fest. Das „Unterhaus" wurde durch directe Wahlen in der Weise gebildet, daß auf 100,000 Seelen ein Abgeordneter entfiel. Dagegen erhoben sich geringe Einwendungen, auch der Census der Wähler — 6 bis 20 Gulden directe Steuern auf dem Flachlande und in den Städten — erregte keinen heftigen Widerspruch, desto größere Anfechtungen erlitt die Zusammensetzung des „Oberhauses". Die Abgeordneten des Oberhauses wählten die einzelnen Landtage; jedes Kronland sandte je zwei aus der Mitte der Landtagsdeputirten, die anderen, nach dem Verhältnisse der Bevölkerung unter die Kronländer vertheilt, mußten aus der höchsten Steuerklasse herausgegriffen werden. Alle Erfindungen der Particularisten und Föderalisten, dem Volkshause in einem Staatenhause ein Gegengewicht zu schaffen, in der Bildung wenigstens der obern Kammer die gleichen Rechte der einzelnen Provinzen und Nationalitäten zu wahren, waren beseitigt, wie in dem strengsten Einheitsstaate Land und Volk nivellirt.

Mit großer Spannung blickte Jedermann auf die Bestimmungen bezüglich Ungarns und der Lombardei. „Die Verfassung des Königreichs Ungarn, hieß es in §. 71, wird aufrecht erhalten." Doch folgt gleich der Nachsatz: „Soweit sie nicht der Reichsverfassung und dem Grundsatze der Gleichberechtigung der Nationalitäten widerspricht." Da jene in der That in allen wesentlichen Punkten der octroyirten Charte widersprach, da überdies die Gründung einer serbischen Woiwodschaft in Aussicht gestellt, die Unabhängigkeit Kroatiens und Siebenbürgens, die unmittelbare Unterordnung der Militärgrenze unter das Kriegsministerium in dem Patente vom 4. März ausgesprochen war, so konnte man den §. 71 kürzer und richtiger auch so fassen: Die ungarische Constitution ist aufgehoben. Das Ministerium traute sich die Kraft zu, den kühnen Anschlag gegen die alte ungarische Constitution durchführen zu können und fand in deutsch-österreichischen Kreisen vielfache Zustimmung; an die Möglichkeit, die italienischen Provinzen dem Staate organisch einzuverleiben, glaubten auch der Armeediplomat Schwarzenberg, auch der unbedingt centralistisch gesinnte Stadion nicht. Der sechsundsiebenzigste Paragraph verfügt, daß ein besonderes Statut die Verfassung des lombardisch-venetianischen Königreichs und das Verhältniß dieses Kronlandes zum Reiche feststellen werde. Für den politischen Beobachter ist die Erfahrung in hohem Grade lehrreich, daß weder der constituirende Reichstag noch die octroyirende Regierung sich ein klares Bild von den Beziehungen Oberitaliens zu Oesterreich entwerfen konnte, daß alle Parteien in Oesterreich darin sich einigten, in dem lombardisch-venetianischen Königreich gewissermaßen eine zweite Militärgrenze zu erblicken. Die Liberalen beklagten das Verhängniß, welches ein culturreiches, in jeder Faser selbständiges Volk an

Oesterreich kettet, sie mochten insgeheim für die Freiheit der Italiener die besten Wünsche hegen, — öffentlich für diese Meinung einzustehen, fehlte ihnen der Muth und auch die Kraft. Sie duldeten, daß das lombardisch-venetianische Königreich als eine Militärpräfectur behandelt wurde, während in den Regierungskreisen die Fortdauer des streng militärischen Regimentes wenigstens in einer Provinz einen großen Reiz besaß. Für die Männer, welche als die rechte Constitution nur den Belagerungszustand und die Herrschaft der Kriegsgerichte erkannten, gewann die Lombardei nothwendig den Schein einer Musterprovinz. Die militärischen Führer, die Diplomaten, welche so gern Machtgelüste mit staatsmännischen Gedanken und Interessen verwechseln, die ultramontane Partei treiben mit Eifer italienische Politik, der großen Masse des österreichischen Volkes dagegen bleibt es völlig gleichgiltig, ob die italienische Frage in dieser oder jener Weise ihre Lösung finde. Dagegen konnte zu keiner Zeit und von keiner Seite eine Aenderung österreichischer Verhältnisse angeregt werden, ohne daß Ungarn in das engste Mitleiden gezogen wurde. Die Föderalisten wie die Anhänger des Einheitsstaates, die Radicalen wie die Conservativen, alle fühlten die Nothwendigkeit, sich zuerst mit den ungarischen Volksstämmen auseinanderzusetzen, alle sahen sich verpflichtet, in dem ungarischen Kriege eine ganz bestimmte Parteistellung zu nehmen und waren überzeugt, daß das Schicksal eines jeden österreichischen Verfassungsplanes von dem Verhalten der Magyaren zu demselben abhänge. Das Bewußtsein der steten Wechselwirkung der ungarischen und österreichischen Zustände hatte auch das Ministerium, wie sein Wahlspruch: Kein Oesterreich ohne Ungarn, bewies. Es zog falsche Folgerungen aus dem Programm, glaubte den guten Willen und die freiwillige Zustimmung der Ungarn übersehen zu dürfen, es wollte aber ganz richtig über die österreichischen Erbländer keine Entscheidung fällen, wenn nicht gleichzeitig das Schicksal Ungarns mit bestimmt wird, es wollte nicht, wie es in dem Reichstagsentwurfe geschah, Oesterreich eine Constitution geben, welche Ungarn nicht berührt. In diesem Punkte entsprach die octroyirte Verfassung besser den österreichischen Interessen, mochte sie auch dieselben sonst völlig außer Acht lassen und in den meisten übrigen Beziehungen als eine fehlerhafte Arbeit erscheinen.

Zu dieser Erkenntniß kamen übrigens die österreichischen Politiker nicht durch die Erfahrung. Wenn Fürst Schwarzenberg in seiner Circularnote die octroyirte Verfassung als ein erfolgloses Werk schildert, so darf dieses Wort nicht so aufgefaßt werden, als hätte die octroyirte Verfassung die Probe nicht bestanden. Sie wurde vielmehr niemals auf die Probe gesetzt. Der aufgelöste Reichstag hemmte die Verwirklichung der Constitution nicht durch leidenschaftlichen Widerspruch oder wohl gar, wie Einzelne gefürchtet hatten, durch den Aufruf des Volkes zu den Waffen.

Nur einen einzigen gemeinsamen Schritt wagten die Mitglieder desselben nach seiner Verjagung. Sie rechtfertigten sich gegen die Vorwürfe der Unthätigkeit, theoretischer Liebhabereien, und des geringen Verständnisses ihrer Aufgabe, welche das Manifest vom 4. März gegen sie schleuderte. „Hätte der Reichstag auch nichts geleistet, als mehrere Millionen gedrückter Landleute von schweren Fesseln zu befreien und zu der Würde freier Staatsbürger zu erheben, so würde ihm für diese That allein reicher Segen folgen. Aber auch in der Verfassungsfrage war der schwierigere Weg bereits zurückgelegt; es waren nicht tiefgreifende Principienfragen ferner zu erörtern, bei welchen das Gebiet der Theorie nicht unberührt bleiben kann und soll, es handelte sich nur mehr darum, den aufgestellten Grundsätzen eine consequente Anwendung zu sichern. Hätte sich die Regierung bei der Debatte des Reichstages betheiligt, hätten Vertrauen und Offenheit die Stellung der Executivgewalt zum Reichstage bezeichnet, wären endlich alle im Ministerprogramm vom 27. Nov. angekündigten Gesetzvorlagen wirklich erfolgt, so hätte der Reichstag allerdings eine noch reichere Wirksamkeit entfaltet. Er war aber leider auf sich selbst beschränkt und seit vier Monaten von den Mittelpunkten der Intelligenz und des öffentlichen Lebens getrennt. Selbst die Absicht des Ministeriums, eine Verfassung für das ganze Reich herauszugeben, blieb dem Reichstage bis zur letzten Stunde unbekannt; er hätte sonst dieses Vorhaben mit Freuden begrüßt. Es steht daher der Regierung schlecht an, loyale Gesinnungen mit dem Makel unverdienten Argwohns zu beflecken und es hätte wahrlich nicht militärischer Gewalt bedurft, um den Beschlüssen des Monarchen Geltung zu verschaffen." Selbst diesen schüchternen Protest wagten nur 33 Mitglieder der Reichstagsmajorität zu unterschreiben. Das Ministerium überzeugte sich gar bald von der Ungefährlichkeit der Reichstagsopposition, sobald der Einzelne seinen Rücken nicht mehr durch die Immunität des Reichstages gedeckt sah und sich nicht mehr durch das solidarische Einstehen der ganzen Partei geschützt fühlte. Dieselben Männer, welche in der Nacht vom 6. März den Minister vor dem verhängnißvollen Staatsstreiche warnten, jeden Antheil an der Einführung der octroyirten Constitution barsch zurückwiesen, wohlgefällig in blutigen Phantasien von der aufsteigenden Volksrache sich ergingen, überlegten sich, in ihre Heimat zurückgekehrt, die Sache besser und nahmen — einzelne bereits nach wenigen Wochen — im Ministerium Dienste. Die Andern, welche ihrer Meinung treu blieben, versuchten eine Zeit lang noch durch die Presse zu wirken oder in den Communalverwaltungen den Oppositionsgeist einzubürgern, ermüdeten und erlahmten aber allmählich und zogen sich ohne Ausnahme in das Privatleben zurück. Nach wenigen Jahren schwebte der constituirende Reichstag nur noch dunkel vor dem Gedächtnisse der Zeitgenossen. Die Ereignisse kamen und gingen, es folgte sogar nach einem Jahrzehnt ein mächtiger politischer Umschwung;

an die Reichsversammlung des Revolutionsjahres knüpfte keine spätere Thatsache an, auf die weitere Entwicklung des Staates blieb jene ohne Einfluß.

Verstummte auch bald die Opposition der Reichstagsmitglieder, so gewann doch die octroyirte Verfassung deshalb keinen Anhang. Namentlich im Schooße der czechischen Bevölkerung weckte die gewaltsame Enttäuschung und Ernüchterung von allen hochfliegenden Plänen einen tiefen Grimm. Die jungen Leute und die Kleinbürger, welche in Prag den Kern der czechischen Partei bildeten, waren einig in dem Verdammungsurtheile der Regierung, einig aber auch in dem Entschlusse, sich nicht wieder von den alten Führern und Häuptern des Czechenthums lenken zu lassen. Was hatte die diplomatische Pfiffigkeit der letzteren, ihr schmiegsames Wesen, ihre Verläugnung liberaler Grundsätze aus Liebe zu dem Ministerium für Früchte getragen? Das Ministerium hatte der Reichstagsrechten geschmeichelt, so lange es ihrer Dienste bedurfte, einmal ausgenutzt dieselbe mit schnödem Danke entlassen. Die jüngeren Czechen schwärmten für eine Actionspartei. Dann mußten sie aber auch auf die nationale Abgeschlossenheit verzichten und die politische Uebereinstimmung höher anschlagen als die gleiche Abstammung. Ein solcher Wechsel der Anschauungen fiel ihnen nicht so schwer, als man nach der Höhe des nationalen Enthusiasmus im Vorjahre hätte glauben sollen. Die jüngeren czechischen Kreise waren nur durch Palacky's und anderer Männer Autorität von radicalen Kundgebungen zurückgehalten worden; sie ergriffen jetzt eifrig den Anlaß, mit einer gewissen Berechtigung den rücksichtslosen Radicalismus zu pflegen. Die Beziehungen zu polnischen Demokraten und insbesondere zu Bakunin, auf dem Slawencongresse zuerst geknüpft, wurden aufgefrischt, außerdem aber auch mit deutschen Radicalen geheime Abrede getroffen. Auch in Deutschland nahte die politische Krisis mit raschen Schritten. In den altliberalen Kreisen herrschte vollkommene Entmuthigung und wurde nur noch Ehren halber der Kampf ohne den geringsten Glauben an Erfolg fortgesetzt. Die Radicalen wollten, ehe sie sich für überwunden erklärten, noch einen letzten verzweifelten Versuch wagen und gewaltsam der drohenden Reaction den Sieg aus den Händen reißen. Sie rechneten auf eine allgemeine Volkserhebung. Im westlichen und mittleren Deutschland gährte es mächtig, hier und dort züngelte bereits die Flamme des Aufstandes. Durch eine Diversion die Kräfte des Gegners zu theilen, Oesterreich von jedem kräftigen Einschreiten zurückzuhalten, im eigenen Lande zu beschäftigen, erschien den deutschen Demokraten ganz vortheilhaft. Sie hießen daher das Anerbieten der jüngeren Czechen zu gemeinsamer Thätigkeit willkommen. Diese wieder hofften von den bekannten kosmopolitischen Liebhabereien der deutschen Radicalen eine Unterstützung der slawischen Demokratie, deren Pläne an Oesterreichs Bestande ebenso scheiterten, wie die Verkörperung des deutschen

Einheitsstaates. Seltsam genug nahm sich der reine sächsische Dialekt — zwischen Dresden und Prag herrschte der regste Demokratenverkehr — in den geheimen czechischen Conventikeln aus, wenig dauerhaft erschien die ewige Verbrüderung deutscher und slawischer Studenten; für den Augenblick fanden beide Parteien ihr Interesse darin, sich gegenseitig in Bezug auf ihr Ziel zu vertrauen, in Bezug auf ihre Mittel aber gemeinsam zu täuschen. Die Prager Verschwörer konnten kaum auf zwei Dutzend Freiheitssoldaten zählen, unter den Häuptern der Revolution befanden sich nicht wenige halberwachsene Schüler. Wäre der Anschlag auf die Festung und die Garnison zur Ausführung gekommen, so hätte ihn einfach die Lächerlichkeit des ganzen Unternehmens niedergeworfen. Dazu kam es leider nicht. Die Behörde, durch unvorsichtige Reden und die Aufregung in den studentischen Kreisen aufmerksam gemacht, vereitelte den Plan durch die rechtzeitige Verhaftung der Theilnehmer und setzte allen Revolutionsgelüsten der czechischen Partei eine Grenze, indem sie über Prag den Belagerungszustand verhängte und wie in Wien, in der Lombardei, in Galizien und Ungarn auch in Böhmen eine strenge Militärherrschaft walten ließ. Wenige Wochen nach der Verleihung der octroyirten Constitution war sie nur noch für eine schwindende Minderheit der österreichischen Bevölkerung in Wirksamkeit.

Der Widerspruch der Czechen gegen die octroyirte Verfassung ließ sich verschmerzen, wenn dafür die Zustimmung der Deutschen erworben und namentlich der rechte Ausgangspunkt für die Lösung der deutsch-österreichischen Frage in Frankfurt gewonnen wurde. Das österreichische Ministerium zögerte nicht, auf Grundlage der centralisirenden Verfassung vom 4. März seine Stellung zu Deutschland zu ordnen. Schwarzenberg richtete bereits am 9. März an Schmerling ein Schreiben, in welchem er ausführte, daß die Bedingung, von welcher die Regelung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Deutschland abhängt, erfüllt sei. Durch die octroyirte Verfassung ist Oesterreich ein Einheitsstaat geworden, haben alle Zumuthungen, Oesterreich zu theilen und zu spalten, ihren thatsächlichen Boden verloren. „Oesterreich, auf seine eigene Macht gestellt, kann seine Provinzen nicht aus dem innigen Verbande der Monarchie reißen. Wenn Deutschland dieses Bedürfniß nicht anerkennt, wird die kaiserliche Regierung es beklagen, aber deshalb ihre Lebensbedingung nicht aufgeben." Schwarzenberg stellte weiter den Grundsatz auf, daß „die deutsche Einheit allein auf dem Wege gesucht werden dürfe, welcher es Oesterreich möglich macht, ohne Aufgeben seiner selbst, im großen Gesammtvaterlande zu verbleiben" und zog daraus die Folgerung, daß das deutsche Volk auf den Bundesstaat und das Parlament verzichten müsse. Von den Vertrauensmännern des Wiener Ministeriums erfuhr man das Maaß der österreichischen Zugeständnisse: Ein Bundesdirectorium unter Oesterreichs Vorsitze, die Eintheilung Deutschlands in Kreise, als deren erster

und vornehmster der ganze Kaiserstaat zählte, und endlich die Gründung eines Staatenhauses, dessen Mitglieder gemeinsam von den Einzelregierungen und Kammern bestimmt, in ihrer Mehrheit aus Oesterreich geholt werden sollten.

Die Freunde Oesterreichs im Parlament waren über den Staatsstreich und die Folgerungen, welche das Wiener Ministerium aus demselben zog, wenig erbaut. Zur ungelegensten Zeit brachte Welcker im Parlamente (12. März) den Antrag ein, im Angesichte der drohenden Einsprachen der Fürsten und fremden Mächte die Reichsverfassung durch einen einfachen Beschluß ohne Debatte anzunehmen und die erbliche Kaiserwürde dem Könige von Preußen zu übertragen. Welcker hatte bisher zu den eifrigsten Anhängern Oesterreichs im Parlament, zu den heftigsten Gegnern des Erbkaiserthums gehört; aber die Stellung, welche das österreichische Ministerium zur deutschen Verfassungsfrage einnahm, zwang ihn, nach seinem eigenen Bekenntniß, in das feindliche Lager überzutreten. „Ich habe verhindern wollen, daß Oesterreich von der deutschen Staatsgemeinschaft ausgeschlossen werde und wollte alle Mittel erschöpfen, um Deutschlands Integrität zu retten. Diese Mittel sind erschöpft; es ist daher an der Zeit, mit Verzicht auf Oesterreich, welches nun einmal nicht zu halten ist, Deutschland zu einem festen Staatskörper zusammenzufügen."

Welcker's Antrag war die erste Frucht der octroyirten Verfassung. Daß durch die letztere Oesterreichs Eintritt in den Bundesstaat vereitelt sei, war die Meinung auch der meisten österreichischen Abgeordneten. Schmerling gab seine Entlassung als Bevollmächtigter bei der Centralgewalt ein, weil „Oesterreichs deutsche Provinzen sich in Folge der Verfassung vom 4. März nicht mehr an dem deutschen Bundesstaate betheiligen können", für die Fortführung seines Amtes die rechtliche Basis fortfalle; aus demselben Grunde trat Schmerling's Freund Würth aus dem Parlamente, welchem Beispiele mehrere Oesterreicher, wie Arneth, Kaiser folgten; noch Andere fanden sich in ihrem Gewissen verpflichtet, gegen die octroyirte Verfassung zu protestiren — dieses war bei den grundehrlichen, aufrichtig deutschgesinnten Makowiczka und E. Rößler der Fall — oder halfen sich so aus der Klemme, daß sie wie der sophistische Berger versicherten: „Die octroyirte Verfassung dürfe man nicht ernst nehmen, sie habe keinen Boden, keine Wirklichkeit und bedeute nur ein Provisorium, von welchem man die endgiltige Form der deutschen Verfassung nicht abhängig machen könne." Schwarzenberg tröstete und belehrte. Auf Schmerling's Entlassungsgesuch antwortete er (17. März): „Nur in einen Bundesstaat, welcher die Selbständigkeit der Einzelstaaten vernichtet, kann und will Oesterreich nicht eintreten. Ein solches Extrem ist aber mit dem Begriffe des Bundesstaates nicht nothwendig verknüpft. Man kann sich denselben auch so denken, daß dem Auslande gegenüber

ein einheitliches Deutschland entgegentritt, im Innern den verschiedenen Staaten und Stämmen eine vernünftige Gemeinsamkeit der materiellen Interessen und der nationalen Rechtsinstitutionen gewahrt wird. In einen solchen Bundesstaat einzutreten, ist Oesterreich jeden Augenblick bereit." Schmerling ließ sich gern ermuthigen, für ihn war der bevorstehende Bankerott der Nationalversammlung ohnehin eine feststehende Thatsache. In dem Hasse gegen Preußen, in dem Entschlusse, dessen vorherrschende Stellung in Deutschland nicht zu dulden, standen die meisten der österreichischen Abgeordneten einig zu einander; aber ein positives Programm gab es für dieselben nicht mehr, seitdem das Wiener Ministerium sich so entschieden gegen die Volksvertretung im Bundesstaate ausgesprochen hatte. Zwar versuchten 50 österreichische Abgeordnete noch in der letzten Stunde Schwarzenberg für ein deutsches Volkshaus zu gewinnen, doch blieb natürlich auch dieser Schritt ohne Erfolg, nachdem man in Wien sich immer mehr in den Glauben hineingelebt hatte, daß Oesterreich Deutschlands immerhin entbehren könne.

Die österreichischen Abgeordneten blieben fortan auf bedeutungslose Proteste und eine unfruchtbare Opposition angewiesen. Sie konnten die Annahme des §. 2 in der zweiten Lesung, wenn auch in abgeschwächter Form nicht hindern, nicht den Beschluß über die Erbmonarchie, nicht die Kaiserwahl, nicht die Zurückweisung des Vereinbarungsprinzipes abwenden. Sie schwächten jederzeit die Majorität, die Majorität für sich zu gewinnen, gelang ihnen nicht. Für die Mehrzahl von ihnen war die österreichische Note vom 5. April, welche sie vom Parlamente abberief, eine Erlösung aus peinlicher Lage. In zwei Sätzen faßte die österreichische Regierung ihr Verhältniß zu Deutschland zusammen: „Der österreichische Kaiser wird sich niemals die Unterordnung unter einen deutschen Fürsten gefallen lassen, der österreichische Kaiser wird niemals einwilligen, daß ein fremder gesetzgebender Körper auf den österreichischen Staat seine Wirksamkeit und seinen Einfluß ausdehne."

Das war das Ende der Beziehungen Oesterreichs zu dem deutschen volksthümlichen Parlamente.

Die große Masse der österreichischen Bevölkerung nahm natürlich von den Vorgängen in Frankfurt keine Kenntniß. Ihre Blicke blieben vorzugsweise dem ungarischen Lande zugewandt, wo die octroyirte Verfassung wenigstens nach dem Sinne des Ministeriums die Lösung aller Wirren bringen sollte. Niemand hoffte auf eine unmittelbare und unbedingte Zustimmung des Magyarenstammes, wohl war man aber zu der Voraussetzung berechtigt, daß die Regierung sich wenigstens des Beifalles der Serben und Kroaten versichert hatte, ehe sie sich zu dem gewaltsamen Staatsstreiche entschloß. Es gehörte nicht allein der Banus zu den einflußreichsten Persönlichkeiten am Hofe, es saß auch ein kroatischer Vertrauensmann im Cabinete. Der ungarische Krieg hatte überdies nur

dadurch eine so große Ausdehnung gewonnen, daß das Wiener Ministerium die Sache der Südslawen zu seiner eigenen erklärte und für ihre Ansprüche einstand. Die Gleichheit der südslawischen und österreichischen Interessen, von welchen im Herbste 1848 so viel gesprochen worden war, mußte auch in der octroyirten Verfassung ihren Ausdruck finden. Nicht gering war daher die Verwunderung, als man hörte, daß die Charte vom 4. März in Agram und Karlowitz auf den entschiedensten Widerstand stoße und Serben wie Kroaten dieselbe als ein Attentat auf ihre Nationalität auffassen.

Nach dem Tode des Woiwoden hatten die Parteiwirren unter den Serben von neuem begonnen. Der Patriarch, der Theilung der Gewalten von Natur wenig zugeneigt, beharrte jetzt nur noch hartnäckiger auf seinem vermeintlichen Rechte, die Leitung der Nation selbständig zu führen; dagegen glaubte der Odbor die günstige Gelegenheit gekommen, die seinen Händen entwundene Macht wieder zu erobern. Abermals wie im October spitzte sich das Zerwürfniß zu einem persönlichen Streite zwischen dem Patriarchen und Stratimirović. Dieser erhob den Anspruch auf die Woiwodenwürde, welche Rajačić eigenmächtig, wenn auch nur provisorisch, auf den General Theodorović übertragen hatte. Ihn unterstützte der Odbor, die Freiwilligen im Heere und die national gesinnte Jugend, während der einflußreiche Klerus wie natürlich auf der Seite des Patriarchen stand. In der zweiten Hälfte des Januar entbrannte zwischen beiden Parteien ein heftiger Kampf. Der Odbor verlangte die Rückkehr des Patriarchen, welcher in Semlin seinen Sitz aufgeschlagen hatte, nach Karlowitz oder seine Abdankung; der Patriarch antwortete (21. Januar) mit einem Verhaftbefehle gegen Stratimirović, „den vom Ehrgeize verblendeten jungen Mann, der sich berufen wähnt, an der Spitze der Nation zu stehen". Rajačić beschuldigte ihn offen revolutionärer Pläne. Der Odbor war nicht mehr in der Lage, dem Patriarchen einen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Die nationale Armee war längst desorganisirt, bestand nur noch als ein österreichisches Hilfscorps, die Jugend zeigte sich entmuthigt, die Haltung des Fürsten Alexander in Belgrad, auf welchen die serbische liberale Partei so große Hoffnungen gesetzt hatte, war zweideutig. Auf das Versprechen hin, nach erfolgter Verständigung die Residenz in Karlowitz aufzuschlagen, bewog der Patriarch den Odbor, daß dieser seine sichere Stätte verließ und in der Festung Temesvar (10. Februar) mit dem Patriarchen zu verhandeln sich bereit erklärte. Kaum hatte der Odbor Karlowitz verlassen, so wurde diese Stadt in Belagerungszustand versetzt und die nationalen Vereine, sowie die Zeitungen suspendirt. In Temesvar hielt es nicht schwer, den Odbor einzuschüchtern. Derselbe nahm nicht allein seinen Protest gegen Stratimirović Verhaftung zurück, sondern löste sich sogar auf und übertrug dem Patriarchen die förmliche Dictatur.

Der Triumph des letzteren war von keiner Dauer. Die österreichischen Offiziere fanden auch den Patriarchen nicht kaiserlich genug gesinnt, jedenfalls ihre Interessen noch besser gewahrt, wenn alle Befehle im Lande ausschließlich im Namen der österreichischen Armeecommandanten ergehen. Die serbischen Farben und die südslawische Nationalität besaßen in ihren Augen keinen größeren Werth, als die ungarische Tricolore und das magyarische Volksthum. Bald ertönten allseitig Klagen über die Bedrückung der Serben durch die kaiserlichen Befehlshaber, welche weder die Autorität des Patriarchen achten, noch die durch blutige Opfer erkauften Rechte der slawischen Nation anerkennen. Eine Berufung an den Commandanten von Temesvar, den alten Rukawina, blieb ohne Erfolg. Dieser lebte mit dem Patriarchen in stetigem Streite und hatte die Volksstimmung in so hohem Grade gereizt, daß er die Androhung des Standrechtes (12. März) für nothwendig hielt, um Unruhen vorzubeugen. Vollends thöricht mußte jede auf den Fürsten Windischgräz gesetzte Hoffnung erscheinen, welcher dadurch, daß er seine Vollmacht auch auf die serbischen Landschaften ausdehnte, die letzteren als integrirende Theile Ungarns anerkannte, also den magyarischen Standpunkt festhielt. Windischgräz verhängte auch über die Woiwodowina das Martialgesetz, ernannte Meyerhofer zu seinem Stellvertreter im „siebenten Militärdistrict" und duldete es eben nur, daß der Patriarch als Ablatus des Generals in Civilangelegenheiten eine beschränkte Wirksamkeit entwickeln durfte.

So sehr hatten sich im Laufe weniger Monate die Verhältnisse geändert, daß das Gerücht, die Serben hätten den Kaiserlichen bei Hatzfeld eine mörderische Schlacht geliefert, selbst in Agram willigen Glauben fand. Denn auch hier stieg die Unzufriedenheit. Bei den Serbenfreunden erregte Haulik's Weigerung, für den Schismatiker Suplikać Seelenmessen zu lesen, dann die Abberufung Kničanin's und seiner Serbianer (8. März) gewaltigen Zorn. Niemand glaubte, daß der Einfluß der Pforte den serbischen Fürsten zu diesem Entschlusse gebracht, noch weniger wollte man die Plünderungssucht der Freischaaren als den Grund anerkennen, welcher das österreichische Ministerium bewogen hätte, sich dieser Bundesgenossen zu entledigen. Die Patrioten waren überzeugt, daß die Eifersucht Oesterreichs auf die nationale Armee Kničanin's Schaaren über die Donau zurückdrängte. Und wer nicht serbenfreundlich gesinnt war, hielt doch große Stücke auf die kroatische Selbständigkeit und ärgerte sich über das Rescript, welches die Finanzsection des Banalrathes dem österreichischen Finanzminister unmittelbar unterordnete, Kroatien von Wien in derselben Art abhängig machte, wie es früher von Ofen abhängig gewesen war. In dieser gereizten Stimmung empfingen die Südslawen Kunde von der octroyirten Verfassung. Sie suchten vergebens die serbische Woiwodowina im Verzeichnisse der einzelnen Kron-

länder, sie sahen vielmehr zu ihrem Schrecken die Möglichkeit der Vereinigung ihrer Heimat mit einem andern Kronlande (§. 72) angekündigt, die Militärgrenze aus dem nationalen Verbande herausgerissen und dem Wiener Kriegsminister unmittelbar untergeordnet. Alle hochfliegenden Pläne des Revolutionsjahres löften sich durch die octroyirte Verfassung in hohle Träume auf. „Unser Leben wird fortan nicht mehr in unserer Heimat, es wird in Wien sein; uns erwartet das Loos der französischen Departements; wir waren leichtgläubig genug, uns nicht zuerst die Freiheit zu sichern und dann erst mit Oesterreich zu verhandeln, wir wußten es noch nicht, daß Oesterreich und die Freiheit zwei entgegengesetzte Dinge sind, daß es in Oesterreich keine Freiheit gab, niemals eine Freiheit geben wird." So lautete das öffentliche Urtheil über die octroyirte Verfassung, nicht allein in den liberalen Zeitungen, sondern auch im Vjestnik, dem Organe des Patriarchen. Zur Unzeit brachte die Belgrader Zeitung in demselben Augenblicke den Verfassungsentwurf, welchen der Odbor ausgearbeitet hatte und der serbischen Nationalversammlung, deren Wiederberufung stürmisch begehrt wurde, vorlegen wollte. Derselbe zog die Grenzen der serbischen Woiwodschaft begreiflicher Weise sehr weit, erklärte das Land vollkommen autonom, gab dem Volke die freie Wahl des Woiwoden und trat nur einzelne wenige Rechte der Wiener Centralregierung ab. Ein grellerer Abstand zwischen den Wünschen des Volkes und dem, was die Wirklichkeit bot, ließ sich nicht denken. So unerträglich erschien der durch die octroyirte Verfassung geschaffene Zustand, daß selbst in der Umgebung des Banus eine Abhilfe für nothwendig erachtet wurde. Man drang in Jellačić, daß er am Hofe seinen Einfluß gegen die verderbliche Politik des Fürsten Windischgräz geltend mache, die Pensionirung Rukawina's in Temesvar verlange, die Sanction der Agramer Landtagsbeschlüsse vom 9. Juli durchsetze, für die serbischen Forderungen einstehe und die Bitten der Slowaken, welche (20. März) die Abgrenzung eines slowakischen Kronlandes mit einem selbständigen Landtage nachgesucht hatten, unterstütze.*) Der Banus, dessen Unfähigkeit zu einer kräftigen Willensäußerung mit jedem Tage zunahm, entsprach nicht den auf ihn gesetzten Hoffnungen; doch konnte er es nicht hindern, daß eine kroatische Deputation in Olmütz (6. Mai) eine Adresse überreichte, welche die Mehrzahl der nationalen Wünsche wiederholte und die Abänderung der octroyirten Constitution in wesentlichen Punkten erbat.

Bei dem geringen Anklange, welchen die octroyirte Verfassung bei der Mehrzahl der österreichischen Stämme fand, blieb wohl nichts anderes übrig, als entscheidende Siege der Armee für sie werben zu lassen. Im

*) Die Belgrader Zeitung veröffentlichte zuerst dieses Memorandum, mit dem Vorgeben, dasselbe wäre vom Banus dem Kaiser überreicht worden. Die letztere Angabe ist falsch, richtig dagegen, daß die nächsten Freunde des Banus es colportirten.

Gefolge des triumphirenden Heeres den ungarischen Völkern vorgeführt, mußte sie wohl eine günstige Aufnahme erhalten. Die entscheidenden Siege verwandelten sich aber gerade in einem Augenblicke in schmähliche Niederlagen, in welchem man mit der größten Wahrheit behaupten durfte, das Schicksal des Staates sei an das Schicksal der Armee gebunden. Es war, als ob seit der Verleihung der Verfassung das Glück von den österreichischen Fahnen vollständig gewichen wäre. Die Unfähigkeit der Feldherren trat jetzt greller als je an den Tag und wurde nicht wie früher theils durch die unverwüstliche Tapferkeit der Soldaten, theils durch die Gunst des Zufalls verborgen. Im März und April 1849 verging kaum ein Tag, der nicht von irgend einer Schlappe der kaiserlichen Heere in Ungarn Nachricht brachte. Die octroyirte Verfassung war kaum einige Wochen alt geworden und hatte schon für die Hälfte des Reiches ihre Wirksamkeit verloren, weil die Hälfte des Reiches: Ungarn, Siebenbürgen, der größte Theil des südslawischen Landes wieder in die Hände des Feindes gerathen war. Blendend und zu ungemessenen Hoffnungen verlockend waren namentlich die Erfolge des ungarischen Revolutionsheeres in Siebenbürgen.*)

Als Bem am 16. December 1848 das Commando über sein Armeecorps übernahm, fand er dasselbe halb aufgelöst, in einem Grenzwinkel versteckt und in jedem Augenblick der gänzlichen Vernichtung gewärtig. Weder die Zahl der Truppen — ungefähr 10,000 Mann, von welchen die Hälfte aus schlecht bewaffneten Nationalgarden bestand — noch ihre Disciplin und bewiesene Haltung ließen Bem hoffen, seine Aufgabe, die Wiedereroberung Siebenbürgens, jemals erfüllen zu können. Sein einziger, sein bester Bundesgenosse waren abermals die österreichischen Führer, welche ihre Kräfte zersplitterten, jeden bedrohten Punkt mit übelangebrachter Vorsicht zu decken sich bemühten, nirgends eine ausreichende Truppenzahl sammelten und dennoch die Offensive nicht aufgaben. Bem gelang es, die schlecht combinirten Angriffe des Feindes (19. December) zurückzuweisen, die ihm gegenüberstehenden Truppencorps einzeln zu schlagen und sie auf ihrem Rückzuge immer weiter auseinander zu bringen, während er die eigenen Truppen concentrische Bewegungen vornehmen ließ. Er drängte das österreichische Hauptcorps unter Wardener weit über Klausenburg hinaus bis Thorda zurück, verhinderte Urbans Vereinigung mit Wardener, drückte Jablonski's detachirtes Corps seitwärts nach Bistritz und zog am 25. December unbelästigt in Klausenburg ein. Die ersten Tage des neuen Jahres sahen die Oesterreicher nicht in Großwardein auf ungarischem Boden, wie Windischgrätz vorausgesetzt hatte,

*) Vgl. Czetz, Bem's Feldzug in Siebenbürgen, Hamburg 1850; Der Winterfeldzug in Siebenbürgen, von einem österr. Veteranen, Leipzig 1861, und Die Romanen der österreichischen Monarchie (von Laureani), 2. Heft, Wien 1851.

sondern das im Norden Siebenbürgens aufgestellte Corps zersprengt. Ein Theil unter Urban rettete sich in die Bukowina, der andere suchte hinter den festen Mauern von Karlsburg Sicherheit. Bem zögerte nicht, den Szeklern die Hand zu reichen, welche sich in ihrem Gebirgslande mit abwechselndem Glücke geschlagen hatten, schließlich aber doch ermattet und entmuthigt in Friedensverhandlungen sich einließen. Die letzteren wurden sofort abgebrochen, als die Nachricht von Bem's Annäherung sich verbreitete. Er war am 13. Januar in Maros Vasárhely eingerückt, hatte am Kokelflusse die Oesterreicher abermals zum Rückzuge gezwungen und stand am 21. Januar vor Hermannstadt. Hier verwandelte sich für einige Wochen der Dränger in den Bedrängten. Bem verdankte seine unerwartet glänzenden Erfolge der merkwürdigen Raschheit in allen Bewegungen, welche er namentlich auch seiner Artillerie mitzutheilen verstand, der verblüffenden Kühnheit in seinen Entwürfen, der leidenschaftlichen Heftigkeit, mit welcher er jeden Angriff begann, kurz dem Umstande, daß er den Krieg als Parteigänger trieb. Auf diese Kampfweise waren die österreichischen Regimenter schlecht vorbereitet, noch weniger verstanden sich die alten österreichischen Generale darauf. Die Vortheile des Guerillakampfes gingen aber in einer geordneten Schlacht, welche den Gegner gefaßt und gesammelt traf, verloren. Bem wurde bei Hermannstadt auf das Haupt geschlagen; er sammelte den Rest der ihm nach dem schlimmen Ausgange der Schlacht und nach der Detachirung einer Abtheilung gegen Deva geblieben war, bei Salzburg (Viz-akna), wo er sich verschanzte, jedoch von einer Uebermacht angegriffen, abermals (4. Februar) eine Niederlage erlitt und zum weiteren Rückzuge auf Mühlenbach gezwungen wurde.

Der österreichische Feldherr, der alte kränkliche Puchner, dachte bereits den Feldzug beschlossen zu haben. Er forderte Bem, den er von allen Seiten eingeschlossen wähnte, auf, zu capituliren. Doch jetzt zeigten sich wieder die Parteigängerkünste Bem's in glänzendstem Lichte. Er schlug sich glücklich in westlicher Richtung nach Szászváros durch, näherte sich den Verstärkungen, welche ihm aus dem südlichen Ungarn entgegeneilten, siegte bei Piski (9. Februar) nach einem hartnäckigen Gefechte und stand, durch einen kühnen Flankenmarsch die Oesterreicher täuschend, am 15. Februar in Mediasch, inmitten reicher Hilfsquellen, die er vortrefflich auszunützen wußte. Sobald er hörte, daß Urban Miene mache, aus der Bukowina vorzudringen, ging er demselben entgegen, schlug ihn bei Jád (23. Februar) und zwang ihn, sein altes Versteck in der Bukowina abermals aufzusuchen. Am 1. März hatte er schon wieder sein Hauptquartier in Mediasch genommen. Dieser Beweglichkeit gegenüber fühlten sich die österreichischen Feldherren machtlos. Auch die Sachsen und Romanen hielten sich nicht mehr unter dem Schutze der kaiserlichen Armee sicher genug. Die Bürger von Kronstadt

und Hermannstadt, in steter Furcht vor einem Szeklerüberfalle, blickten seit längerer Zeit sehnsüchtig nach der Walachei, wo große russische Heeresmassen die revolutionäre Bojarenbewegung gedämpft hatten und nun die Vorgänge in Siebenbürgen aufmerksam beobachteten. Eine städtische Deputation, welche die Besetzung von Hermannstadt und Kronstadt durch russische Truppen erbeten, beschied General Lüders abschlägig; doch berichtete er gleichzeitig nach Petersburg und empfing (21. Januar) den Befehl, nur auf die ausdrückliche und unmittelbare Aufforderung der österreichischen Militärbehörden zu interveniren.*) Puchner, von der städtischen Bevölkerung immer heftiger gedrängt, berief (25. Januar) einen außerordentlichen Kriegsrath, in welchem die Bitte um russische Hilfe beschlossen wurde. Den Ausschlag gab die Erwägung, daß in diesem Falle das ganze österreichische Armeecorps zum Felddienste verwendet werden könne. Am 2. Februar rückten die Russen ein; 3000 Mann unter General Engelhardt besetzten Kronstadt, 2000 Mann unter Oberst Skariatin bildeten die Garnison von Hermannstadt. Der Pfortencommissär in den Donaufürstenthümern, Fuad Effendi, schüttelte den Kopf über diese Weise, neutrale Politik zu treiben, Diplomaten stellten im Namen ihrer Regierungen in Constantinopel, Petersburg und Wien Anfragen und verlangten Auskunft: die Russen blieben im Lande, bis sie der immer geschlagene und schließlich doch immer siegreiche Bem mit den Oesterreichern zusammen aus Siebenbürgen verjagte.

Puchner, über das Schicksal Hermannstadts und Kronstadts beruhigt, rüstete sich in den ersten Märztagen zu einem entscheidenden Angriffe. Er rückte mit seiner ganzen Macht gegen Mediasch, zwang am 1. März die ungarische Avantgarde zum Rückzuge und brachte am 3. März nach einem hartnäckigen Gefechte Bem eine große Niederlage bei, die mit der Flucht der Magyaren nach Schäßburg endigte. Puchner hegte nicht den geringsten Zweifel, daß diesesmal wirklich das Ende des Kampfes gekommen sei: Bem wurde nach seiner Meinung ohne Mühe bei Schäßburg umgangen, eingeschlossen und nothwendig aufgerieben. Da die Sache so gewiß war, so gönnte Puchner seinen Truppen zwei Rasttage und marschirte erst am 6. März in weitem Bogen auf Schäßburg los. Er fand es zu seinem größten Erstaunen leer, entdeckte von Bem keine Spur. Mit wahrer Fuchslist hatte der letztere die Fahrlässigkeit der Oesterreicher benutzt, den nicht bewachten Weg von Schäßburg nach Mediasch wieder zurückgemacht und sich gegen das schlecht vertheidigte Hermannstadt gewendet. Die russische Besatzung leistete geringen Widerstand; in zwei Gefechten geworfen, verließ sie in der Nacht vom 11. März die Stadt und zog sich

*) Bericht des österreichischen Consuls in Bukarest an General Puchner vom 22. Januar. Abgedruckt im Közlöny vom 1. April.

nach dem Rothenthurmpasse zurück. Die Kunde von der Eroberung Hermannstadts raubte Puchner alle Geistesgegenwart. Der General, in Ehren grau geworden, von makelloser persönlicher Tapferkeit, gab plötzlich das Commando ab, überließ die Truppen ihrem Schicksale und flüchtete mit seinem Stabe nach der Walachei. Daß die Soldaten seinem Beispiele folgten, der russische General in Kronstadt sich nicht kampfmuthig zeigte, sondern es gleichfalls vorzog, seine Truppen in Sicherheit zu bringen, ist begreiflich. Das österreichische Armeecorps in Siebenbürgen mußte in den letzten Märztagen auf walachischem Boden gesucht werden, das ganze Land mit Ausnahme der kleinen Festung Karlsburg und des Schlosses von Deva befand sich in Bem's Gewalt. Die kaiserliche Sache zählte nur noch Jancus' im Gebirge versteckte Banden zu ihren Streitern.

In derselben Zeit, in welcher die Magyaren in Siebenbürgen triumphirten, errangen sie auch in der Bacska und im Banate bedeutende Erfolge. Ueberaus mißlich war für jene im Januar und Februar hier der Stand der Dinge gewesen. Esseg gerieth in Feindesgewalt, dem hart bedrohten Peterwardein schien das gleiche Schicksal bevorzustehen; dagegen blieben alle Bemühungen, sich der kaiserlichen Festungen Arad und Temesvar zu bemächtigen, vergeblich. Glücklicher Weise nützten die Gegner die Gunst des Augenblickes schlecht. Theils die inneren Spaltungen, theils die nach einem achtmonatlichen Kampfe begreifliche Ermattung des Volkes nahmen der Kriegsführung alle Energie. Die Serben, jetzt von österreichischen Linienoffizieren geführt, verloren mit der nationalen Begeisterung ihre alte Siegeszuversicht, und gewannen doch nicht die unerschütterliche Festigkeit disciplinirter Truppen. Das Schicksal hatte sich gewendet. Im Sommer 1848 wurden die Ungarn von kaiserlichen Generalen befehligt und unausgesetzt von den improvisirten serbischen Feldherren geschlagen; im Frühlinge 1849 commandirten österreichische Generale auf der serbischen Seite, leitete die Magyaren ein Abenteurer, und richtig heftete sich der Sieg an des letzteren Ferse. Am 17. März übernahm Moritz Perczel das Commando über die Reste des vierten ungarischen Armeecorps in Szegedin. Seit seiner Entfernung von der Armee in Folge des Streites mit Dembinski hatte er sich in Debreczin aufgehalten, als Reichstagsdeputirter einen unbequemen Eifer entwickelt, so daß der Landesvertheidigungsausschuß bald seine ehrenvolle Entfernung für zweckmäßig erachtete. In Görgei's Nähe war für den unverträglichen Mann kein Platz, desto besser schien er auf den serbischen Kriegsschauplatz zu passen, wo Kühnheit zu den wichtigsten Feldherrntugenden gehörte. Perczel täuschte die Erwartungen nicht. Er drang ohne Aufenthalt vorwärts, überschritt, den Feind bei Seite schiebend, am 26. März den Franzenskanal, entsetzte Peterwardein, wo er in aller Eile einen kleinen Staatsstreich vollführte, zwei Generale, sechzig verdächtige Offiziere aus

der Festung jagte und einen neuen Commandanten ernannte und stand am 3. April vor Szent Tomasch, der unbezwinglichen Brustwehr der Serben. Eine vierstündige Kanonade und ein feuriger Bajonettangriff machten ihn zum Meister dieser Position, an welche sich die Magyaren im vorigen Jahre so oft und stets vergeblich gewagt hatten. Die Serben flüchteten nach der großen Römerschanze, konnten sich aber auch auf dieser für ihre Truppenzahl übermäßig langen Linie nicht halten und wurden nach dem unglücklichen Gefechte bei Gospodincze (7. April) gewungen, auf dem von Natur befestigten Titeler Plateau Schutz zu suchen. Dieses zu erobern gelang Perczel nicht. Dagegen säuberte er auch den größten Theil des Banates vom Feinde.

Nach dem Falle von Szent Tomasch und der Römerschanzen erkannte der Patriarch seinen Irrthum in der Werthschätzung der nationalen Kräfte. Auf seiner hastigen Flucht von Becskerek nach Semlin, um nicht Perczel's vorrückenden Schaaren in die Hände zu fallen, sagten ihm Blick und Wort der Fluchtgenossen, wenn es ihm das eigene Gewissen nicht sagte, daß seine falsche Politik den schlimmen Gang der Ereignisse wesentlich, wenn nicht ausschließlich, verschuldet habe. Von einem Kničanin oder Stratimirović geführt, hätten die Serben nimmermehr so schmählich aus ihren festen Stellungen sich vertreiben lassen. Der Patriarch, von der geringen Wirkung aller offiziellen Ansprachen überzeugt, suchte seine Fehler zu verbessern. Er berief Kničanin wieder aus Belgrad zurück und übergab Stratimirović, dem leichtverſöhnten, abermals das Commando. Stratimirović traf im rechten Augenblicke in Titel ein, um die Tschakisten von einer übereilten Flucht abzuhalten. Mit raschem Blicke ordnete er die Maßregeln an, welche das Titeler Plateau unnahbar machen. Das Sumpfland an der Theiß wurde mittels eines Durchstiches der Dämme unter Wasser gesetzt, das wehrhafte Volk zusammengezogen und alle bedrohten Punkte mit ausreichender Mannschaft besetzt.*) Die Gefahr, vom Titeler Plateau glücklich abgewendet, stieg in desto höherem Grade für das Banat. Es rückte nicht allein Perczel auf das linke Theißufer, um Theodorović aufzusuchen, auch Bem bereitete sich nach der Unterwerfung Siebenbürgens zu einem Einfalle in das Banat vor. Nirgends leisteten die serbischen Schaaren dem Feinde einen erheblichen Widerstand. Perczel siegte bei Melencze (29. April), drängte Theodorović über die Temes und jagte den ohnehin desorganisirten Serben einen so großen Schrecken ein, daß sie ihre Flucht nicht früher einstellten, als bis sie die breite Donau zwischen sich und den Magyaren sahen. Im Lager von Karlowitz, in Syrmien, in Türkisch-Serbien sammelten sich langsam die

*) Vgl. Erlebnisse eines k. k. Offiziers im österreichisch-serbischen Armeecorps S. 162 ff.

Trümmer des österreichisch-serbischen Armeecorps. Da gleichzeitig auch Bem den General Malkowsky, welcher an Puchner's Stelle das österreichische Commando übernommen und aus der Walachei über Orsowa nach der Banater Grenze sich in Bewegung gesetzt hatte, zu schnellem Rückzuge zwang, so konnte in den ersten Maitagen der Besitz des Banates für gesichert gelten. Am 10. Mai rückte Perczel in Pancsowa ein und am 15. Mai suchte das Corps Malkowsky's abermals auf walachischem Boden Schutz und Rettung.

Bem's und Perczel's Triumphe waren nur das Vorspiel der großen Triumphe, welche die ungarische Hauptarmee über den Feldmarschall Windischgräz erfocht. Als Politiker sah der letztere pflichtschuldig mit Verachtung auf die rebellischen Ungarn herab, als General lernte er dagegen den Feind täglich mehr fürchten. Windischgräz war viel zu stolz, um sich um die Volksstimmung zu kümmern oder wohl gar die Bildung einer österreichischen Partei zu begünstigen. Er duldete in seiner Umgebung einige ungarische Cavaliere, die im Lande ohne Einfluß waren, er horchte flüchtig in den ihm fremden Sachen der Verwaltung auf den Rath einzelner betitelter Männer, welche gewöhnlich nur das augenblickliche Interesse im Auge hatten, der eigentlichen Nation zeigte er unverändert die strengste Miene. Kein Wunder, daß dieselbe seinen Worten nicht Glauben schenkte, als er in einer grimmigen Proclamation (11. März) die ungarischen Soldaten Communisten schimpfte und ihre Führer als „den Auswurf der menschlichen Gesellschaft" bezeichnete, daß dieselbe vielmehr die österreichische Armee als Eindringlinge betrachtete und vollends nach der Kunde von der octroyirten Verfassung der Revolution besten Fortgang wünschte, diesen auch thatkräftig förderte.

Windischgräz sah die Zahl der Mißvergnügten und der Rebellenfreunde sich täglich mehren, in gleichem Maße den Glauben an seine Uebermacht schwinden. Den Feldmarschall schien ein förmlicher Zauber an die Hauptstadt zu bannen. Drei Monate waren seit seinem siegreichen Einzuge vorübergegangen; daß demselben die Unterwerfung des ganzen Landes sofort folgen werde, hatte der Triumphator versichert, die Menge für wahrscheinlich gehalten, und noch immer befand sich mit Ausnahme der Grenzcomitate nur die Hauptstadt in seinem Besitze und auch dieser Besitz war ihm nicht mehr sicher. So hofften wenigstens die Regierungsfeinde, welche, als die vorgeschobenen Brigaden Karger und Oettinger bei Szolnok (5. März) von Damianich eine empfindliche Niederlage erlitten, alsbald die Tricolore aus dem Verstecke zogen und die nahe Ankunft des ungarischen Heeres verkündigten. Dasselbe begannen aber auch die Regierungsfreunde zu fürchten, als sie merkten, daß das Invasionsheer sich auf die Defensive beschränke, die verachteten Rebellen zu muthigen Angriffen übergehen.

Der Operationsplan, welcher nach Dembinski's Abdankung im ma-

gyarischen Hauptquartier beschlossen wurde, besaß die größte Aehnlichkeit mit dem früheren, dessen Verwirklichung durch den schlimmen Ausgang der Schlacht bei Kápolna vereitelt wurde. Abermals sollte nach dem Theißübergange der wirkliche Angriff durch eine Demonstration maskirt werden, doch diesesmal die Demonstration nördlich auf der Erlauer Straße, der wirkliche Angriff südlich auf der Szolnok-Pesther Linie stattfinden. Görgei übernahm es, mit seinem Armeecorps die Operationen der Hauptarmee zu decken; er setzte bei Tokai über die Theiß und rückte über Miskolcz auf der Gyöngyöser Straße vorwärts. Unterdessen hatte aber der Obercommandant Vetter auf das Anrathen Klapka's und Damianich's den ursprünglichen Plan geändert und den Theißübergang nicht bei Szolnok, sondern weiter nördlich bei Tissafüred angeordnet. Dadurch wurde Görgei's Corps ein integrirender Bestandtheil der Hauptarmee, sämmtliche Truppentheile in eine engere Verbindung gebracht, das numerische Uebergewicht im bevorstehenden Kampfe der eigenen Armee besser gesichert. Görgei murrte anfangs über die abermalige Aenderung des Operationsplanes, doch nachdem ihm in Folge der Erkrankung Vetter's der Oberbefehl zugefallen war, söhnte er sich mit der neuen Disposition aus und zeigte den besten Eifer, dieselbe energisch durchzuführen.

Während die Magyaren sich zu einem einfachen aber kräftigen Offensivstoße vorbereiteten, ergingen sich Windischgrätz und sein Generalstab in ewigen Vermuthungen des wahren Zieles und der ernsten Absicht des Gegners. Ihn entschuldigte einigermaßen der Umstand, daß Komorn noch immer nicht erobert war und, so lange diese wichtigste Operationsbasis an der Donau sich in Feindeshänden befand, ihm jede freiere Bewegung untersagt blieb. Die Hoffnung, die Festung, welche erst im Beginne des Revolutionsjahres vollendet und mit 260 Geschützen ausgerüstet worden war, auf die bloße Aufforderung zur Uebergabe zu gewinnen, hatte sich nicht erfüllt. Die längste Zeit hindurch mußte man aus Mangel an Truppen und Belagerungsgeschütz sich mit einer leichten Cernirung begnügen, erst im März 1849 konnte man an eine ernsthafte Belagerung denken.*) Vom 19. März an überschütteten die Oesterreicher die Festung mit einem gewaltigen Feuer, dessen Wirkungen aber dadurch verringert wurden, daß die Belagerer die Distanzen von den Batterien zu der Festung viel zu weit nahmen. Der Gouverneur von Wien, General Welden, eilte (30. März) persönlich herbei, eine Bande gefürchteter Sereschaner mit rothen Mänteln, krummen Säbeln und langen Flinten im Gefolge, eine geharnischte Proclamation an die Komorner Garnison im Gepäcke. „Tod und Verderben ist jenen zugedacht, welche dem gottlosen Bürgerkriege Vorschub leisten. Ich gebe nur noch zwölf Stunden Frist, um daß ein Jeder zu den kaiserlichen Fahnen zurückkehren

*) Vgl. Welden, Episoden aus meinem Leben. Graz 1853. S. 72 ff.

kann. Nach Verlauf dieser Frist werde ich die Zerstörung Komorns so lange fortsetzen, als ich noch einen braven Soldaten und meine Kanonen noch Schießbedarf haben." Die Rothmäntler schreckten nicht, die Proclamation wirkte nicht; Welden kehrte nach wenigen Tagen nach Wien zurück, ärgerlich über die Ausdauer der „Schurken", aber auch von der Schwierigkeit, Komorn zu erobern, überzeugt. Jedenfalls mußte man von den neu gesammelten ungarischen Armeen energische Versuche erwarten, die Belagerer zu stören, die Festung zu entsetzen. Mit diesem sorglichen Gedanken trug sich namentlich der Feldmarschall. Jede Bewegung des Feindes deutete er in solchem Sinne, jede Nachricht, die er empfing, brachte er mit dem gefürchteten Entsatze von Komorn in Verbindung. Dieser mußte von den Ungarn versucht werden, wenn anders ihren „Manoeuvres ein strategischer Calcul zu Grunde liegt".*) Wie aber, wenn die Magyaren eigensinnig waren und nicht so, wie es der Feldmarschall erwartete, rechneten, wenn sie zunächst auf die Hauptstadt lossteuerten oder sich auf das Armeecorps des Banus, welches bei Kecskemet stand, zuerst warfen? Auch diese Möglichkeit mußte erwogen, auch diese Wechselfälle von dem vorsichtigen Feldherrn vorgesehen werden. Vor lauter Ueberlegen kam Windischgrätz zu keinem Entschlusse. Je nachdem er dem Feinde den einen oder den andern Plan zuschob, ließ er seine Truppen bald südlich schwenken, bald in nördlicher Richtung sich sammeln, bald in der Fronte der Hauptstadt sich concentriren. Er lähmte dadurch nicht allein den kriegerischen Eifer der Soldaten, die nutzlos den größten Strapazen unterworfen wurden, er reizte auch durch seine Unklarheit und Unschlüssigkeit die Besserwisser der Armee, mit ihren Entschlüssen vorzutreten und die Befehle des Feldmarschalls verächtlich zu behandeln, sich nach ihnen zu richten, soweit es ihnen behagte, im Uebrigen ihrem eigenen Verstande zu folgen. Besonders den Banus zog ein natürliches politisches Interesse stets nach dem Süden, seiner Heimat entgegen, wo seine Gegenwart die Parteileidenschaften allein dämpfen konnte, namentlich Jellačić schien die ängstliche Sorge um Komorn ungegründet, der Vormarsch der Armee nach Szegedin, die Vereinigung mit den Serben und eine Offensivbewegung gegen Debreczin und Großwardein der einzig sichere Weg zum Siege. Des Banus Wünsche wurden zwar nicht erfüllt, ihnen aber doch so weit nachgegeben, daß die Operationen in ein stetiges Schwanken geriethen.

Am 6. März hatte Windischgrätz, durch das Gefecht von Szolnok aufgeschreckt, die Vereinigung seiner Armee**) bei Szolnok und

*) Vgl. der Winterfeldzug in Ungarn 1848 und 1849, geschrieben im Auftrage Sr. Durchlaucht des Fürsten Windischgrätz; Wien 1851. S. 392.

**) Die Eintheilung der österreichischen Armee am 12. März war folgende: 1. Armeecorps unter Jellačić 15000 Mann mit 69 Kanonen; 2. Armeecorps unter Wrbna,

Czibakháza angeordnet. Schlick stand bei Czegled, um dem Banus die Hand zu reichen, Ramberg's Division bildete bei Jászberény den linken Flügel. Kaum waren diese Truppen in der ihnen angewiesenen Stellung (12. März) angekommen, als auch Windischgrätz seinen Plan änderte. Der Banus wurde nach Czegled zurückgerufen, Ramberg in Eilmärschen nach Waitzen gesendet, dem Schlick'schen Corps die Position bei Jászberény angewiesen, Csorich mit einer Reiterbrigade nach Hatvan vorgeschoben. Aber bereits am 24. März rückte Schlick nach Nagy-Káta und Alberti, also in südlicher Richtung, um dem angeblich bedrohten Banus einen Stützpunkt zu gewähren. Die Deckung Komorns und der Theißübergang bei Szolnok dienten abwechselnd zur Rechtfertigung der ermüdenden Hin- und Hermärsche. Die österreichische Armee befand sich in einer vollständigen Abhängigkeit von den Bewegungen des Feindes und würde die demüthige Rolle des Nachlaufens wahrscheinlich noch länger gespielt haben, wenn ihr nicht endlich der energische Angriff der Ungarn eine bestimmte Direction gegeben hätte.

Vier ungarische Armeecorps, von Gáspár — dem Nachfolger Görgei's — von Klapka, Aulich und Damianich geführt, etwa 50,000 Mann mit 182 Geschützen, vereinigten sich am 27. März am rechten Theißufer zwischen Kápolna und Poroszlo; am 30. März übernahm Görgei provisorisch das Obercommando und führte mit Entschlossenheit seine Truppen vorwärts. Auf Klapka's Rath ließ er nur Gáspár's Corps auf der großen Pesther Straße gegen die Oesterreicher operiren, die übrigen Truppentheile verwendete er zur Umgehung des Feindes auf der rechten Flanke bei Jászberény. Dort stießen die Ungarn auf das Schlick'sche Armeecorps, welches Windischgrätz zur Recognoscirung auf die Hatvan-Gyöngyöser Straße beordert hatte, hier mußten sie den Kampf mit den Truppen des Banus, die sich an der Szolnoker Eisenbahnlinie nach Monor zurückziehen und mit Schlick in Verbindung setzen sollten, aufnehmen. Bei **Hatvan** stießen jetzt (2. April) die Gegner aufeinander. Schlick's Avantgarde unter dem Commando des Generalmajors Parrot errang anfangs einige Vortheile; Gáspár entwickelte aber bald eine so große Ueberlegenheit, bedrohte so nachdrücklich die linke Flanke der Oesterreicher, welche vergeblich auf die Unterstützung durch Csorich's Division warteten, daß Schlick den Rückzug nach Aszod und weiter nach Gödöllö gerathen fand. Am Abende des Schlachttages hielten die Ungarn die vortheilhafte Zagyvalinie besetzt und harrten hier in vollkommener Sicherheit auf Nachrichten von der Umgehungscolonne. Bei dieser schienen sich die Ereignisse weniger günstig zu gestalten. Klapka stieß am 4. April bei **Tapio Bicske** auf den Nachtrab des Banus, die Brigaden Stern-

---

theilweise als Garnison in Pesth, Ofen und Gran verwendet, 14000 Mann mit 63 Geschützen; 3. Armeecorps unter Schlick 11000 Mann mit 51 Geschützen.

berg und Rastic. Eine heftige Kanonade, dann ein stürmischer Cavallerieangriff entschieden nichts; als aber die österreichische Infanterie vorging, wandten sich zuerst die unzuverlässigen Kaiserhusaren, bald die ganze ungarische Truppenmasse zur Flucht. Zum Glücke waren Damianich's berühmte Rothkäppler, das dritte und neunte Honvédbataillon zur Hand. Sie nahmen das Gefecht auf und zwangen die Oesterreicher zum Rückzuge nach Szecsö. Auf diese Art schloß sich der Kreis um das österreichische Heer immer enger. Die äußersten Endpunkte der ungarischen Stellung: Hatvan und Sülh, waren kaum drei Meilen von einander entfernt, die Möglichkeit, in wenigen Stunden die größte Truppenzahl zu vereinigen, schien gesichert. Selbst die Gefechte von Hatvan und Tapio Bicske waren nicht im Stande, den Feldmarschall aus seiner Unwissenheit über die wirklichen Absichten des Feindes zu reißen. Eine Recognoscirung gegen Hatvan (5. April) verschaffte ihm nicht besseres Licht, die Nachrichten, die er vom Armeecorps des Banus empfing, vergrößerten sogar seine Verwirrung. Er machte aus der Noth eine Tugend und zog seine Armee auf dem Rakosfelde östlich von Pesth zwischen Gödöllö und Isaszeg zusammen, um hier den Angriff der Ungarn abzuwarten. Das hinderte freilich nicht, daß der Commandant der Hauptstadt, General Wrbna, am 5. April pomphaft in einem Bulletin „den Beginn der Operationen verkündete, welche mit der Vernichtung der Rebellen enden werden." Bereits der nächste Tag lieferte eine unerwartete Illustration zu dieser stolzen Behauptung.

Am frühesten entbrannte (6. April) der Kampf vor Gödöllö, wo Gáspár's Armeecorps gegen Schlick demonstriren sollte, diese Aufgabe aber so wörtlich nahm, daß Schlick alsbald den Scheincharakter des Angriffes durchschaute und mit einem Theile seiner Truppen sich südlich gegen Isaszeg zur Unterstützung des Banus wenden durfte, unbekümmert um Gáspár, welcher im weiteren Verlaufe des Tages in beklagenswerther Unthätigkeit beharrte. Die ganze Wucht des Kampfes lastete daher ausschließlich auf den Truppen Klapka's und Damianich's (1. und 3. Armeecorps). Klapka's Heertheil auf dem linken Flügel, am südlichen Rande des Königswaldes, der sich von Isaszeg ausbreitet, aufgestellt, vermochte nichts gegen den Banus auszurichten. Im Gegentheil, als der letztere seinerseits zur Offensive schritt, traten die ungarischen Regimenter ohne erheblichen Widerstand sofort den Rückzug an. Es waren dieselben Truppen, welche schon zwei Tage vorher bei Tapio Bicske traurige Proben ihrer Schreckhaftigkeit geliefert hatten. Damianich am nördlichen Waldrande wurde durch den fluchtartigen Rückzug des linken Flügels natürlich an jeder Offensivbewegung gehindert und darauf angewiesen, seine Position zu halten. Und selbst diese beschränkte Rolle konnte er kaum noch durchführen, als am Nachmittag die Division Lichtenstein vom Schlick'schen Armeecorps unvermuthet in seiner rechten Flanke sich zeigte und die

Waldhöhen zu stürmen sich anschickte. Zum Glücke für die Ungarn befanden sich die Schlick'schen Truppen in einem Zustande großer Erschöpfung. Durch die Märsche der früheren Tage ermüdet, seit einiger Zeit ohne regelmäßige Verpflegung, hatten sie namentlich am Schlachttage selbst nicht mehr abkochen können, mit knurrendem Magen und schlotternden Beinen den Sturm unternehmen müssen. Der Angriff, viermal von der Brigade Fiedler wiederholt, wurde ebenso oft abgeschlagen. Zu noch größerem Glücke für die Ungarn rückte endlich die ungarische Reserve unter Aulich in die Schlachtlinie ein. Aulich stand in Dány, als er den Kanonendonner von Isaszeg her vernahm. Ohne erst auf Instructionen zu warten, folgte er, von dem Generalstabschef Bayer in seinem Vorhaben bestärkt, dem Rufe der Geschütze und erreichte zur rechten Zeit das Schlachtfeld, um die Entscheidung herbeizuführen. Jellačić hatte sich mit dem Gedanken einer großen Reiterattaque auf das feindliche Centrum getragen, seine Cavallerie unter Ottinger zusammengestellt, auch von Schlick acht Schwadronen zu diesem Zwecke geliehen. Als er neue frische Truppen vorrücken sah und auch auf Klapka's Seite den erhöhten Muth, den Wiederbeginn der Offensive merkte, gab er den Tag verloren. Er zog sich auf das rechte Rakosufer zurück, überließ das brennende Isaszeg dem Feinde und retirirte unausgesetzt bis nach Gödöllö, wo er zu nicht geringem Schrecken des Marschalls in der Nacht ankam. Dieser hatte zuversichtlich ein siegreiches Vorgehen des Banus oder doch mindestens die feste Behauptung seiner Position bei Isaszeg erwartet. Nachdem Isaszeg aufgegeben war, ließ sich auch Gödöllö nicht mehr halten. Windischgrätz beschloß den weiteren Rückzug unter die Mauern von Pesth, wo er (7. April) die Armee auf dem berühmten Rakosfelde lagern ließ.

Die Pesther Bevölkerung durch falsche Nachrichten täuschen zu wollen, war nutzlos. Der Augenschein belehrte sie über den wahren Stand der Dinge, überdies fehlte es an zuverlässigen und zahlreichen Verbindungen mit dem ungarischen Hauptquartier in Gödöllö nicht. In Pesth fand es die Militärbehörde angemessener, durch Drohungen zu wirken. Alle Zusammenrottungen auf der Straße wurden (7. April) verboten, auf meuterische Bewegungen das Bombardement der Stadt als Strafe gesetzt. Selbst dadurch ließen sich die Pesther in ihrem Jubel nicht beirren; sie waren gewiß, daß die nächsten Tage ihnen die Befreiung bringen müssen. Der öffentlichen Meinung außerhalb Ungarns glaubte man aber ungestraft Sand in die Augen streuen zu können. Am 9. April publicirte Welden in Wien, doch unzweifelhaft auf Grundlage von Mittheilungen des Feldmarschalls, das 34. Bulletin, welches in seiner Art unsterblich geworden ist, in der That in der Kriegsgeschichte der neueren Zeiten seines Gleichen nicht findet. Es lautete im Wesentlichen folgendermaßen: „Der Feldmarschall wollte sich selbst von der Stellung und Stärke des Feindes — in allen früheren Bulletins war nur von Rebellenbanden die

Rede gewesen — überzeugen und traf deßhalb am 4. April in Gödöllö ein. Die vorgenommene Recognoscirung zeigte die ganze Stärke des Feindes, der nun einen Angriff vermuthend zuerst seine Hauptkräfte gegen das dritte, endlich gegen das erste Armeecorps entwickelte. Eine Bewegung mit dem dritten Corps in des Feindes rechte Flanke (bei Hatvan), ein rühmliches Gefecht, welches Jellačić bei Tapio-Bieske bestand, hatten dem Feldmarschall die Ueberlegenheit des Feindes vorzüglich an leichter Cavallerie dargethan und er hatte sonach den Befehl ertheilt, um sich seinen von allen Seiten anrückenden Reserven zu nähern, die Armee so lange in einer concentrirten Stellung vorwärts Pesth zu vereinigen. Bei dieser Bewegung, welcher der Feind mit großer Eile folgte und sich vorzüglich auf das erste bei Isaszeg aufgestellte Corps warf, während er das vor Gödöllö aufgestellte dritte Armeecorps zu beschäftigen vermeinte, kam es am 6. zu einem Gefechte, bei welchem die Brigade Fiedler den Feind zwang, den Rückzug anzutreten, den er später durch einen großen Reiterangriff zu decken suchte, der aber durch einen Flankenangriff von drei Schwadronen ebenfalls vereitelt wurde, bei welcher Gelegenheit dem Feinde Kanonen abgenommen wurden und er viele Todte auf der Walstatt ließ. Auch der Banus griff den Feind lebhaft an und nahm dann die für ihn bestimmte Stellung ein. Der Feldmarschall ist entschlossen, in derselben seine Verstärkungen abzuwarten und da seine Arme vollkommen concentrirt ist, bietet ihm dieses Gelegenheit, nach allen Richtungen mit derjenigen Kraft zu operiren, welche die Ereignisse erheischen könnten." In diesem Spiegel wurde den Wißbegierigen das Bild der Schlacht von Gödöllo und Isaszeg vorgeführt.

Die Leser waren nicht über die Mißhandlung der Sprache und die Geringschätzung des gesunden Verstandes in dem Bulletin überrascht, desto mehr schreckte sie die im Schlußsatze ausgesprochene Aussicht, daß Windischgräz auch ferner noch die Operationen leiten werde. Das sollte und durfte nicht geschehen. Die ungarischen Patrioten, erzählte ein boshaftes Gerücht, lassen täglich in den Kirchen für die Erhaltung des Feldmarschalls beten.*) Die Pessimisten — und deren Zahl war seit dem 7. März in allen Provinzen im Steigen begriffen — ergingen sich in ironischen Lobeserhebungen des Fürsten Windischgräz, welcher den Radicalen alle Arbeit abgenommen hat, besser als jede revolutionäre Partei den Verfall Oesterreichs vorbereitet. Unter den Conservativen, in den regierungsfreundlichen Kreisen herrschte die größte Aufregnng, regte sich

*) Auch Görgei (II. S. 46) hebt den unfreiwilligen Antheil des Fürsten Windischgräz an den ungarischen Siegen hervor. „Nach meinen Erfahrungen muß ich bekennen, daß ein ansehnlicher Theil des Dankes der Nation für die so rasche und glückliche Beendigung der Aprilcampagne in letzter Analyse dem Feldmarschall Fürsten Windischgräz und dem Baron Jellachich gebühren."

der heftigste Zorn gegen den Mann, der sich nicht mit dem Ruhme begnügte, unter den vielen Armeeverderbern Oesterreichs zuoberst genannt zu werden, sondern auch noch den Ruf eines Staatsverderbers gewinnen wollte. Sie hielten eine politische Rückschau und verglichen die früheren Zustände und Stimmungen mit den gegenwärtigen. Noch vor wenigen Monaten konnte man gegen die Wiener Radicalen keinen schlimmeren Vorwurf schleudern, als daß sie ihre Dienste der ungarischen Sache gewidmet hatten; es gab unter den slawischen Stämmen keinen verhaßteren Namen als jenen Kossuth's und erschien namentlich den Czechen kein Opfer zu groß, wenn nur des unerbittlichen Slawenfeindes Tyrannei gebrochen wurde; es herrschte in der Armee nur ein Urtheil über die abtrünnigen Soldaten und Offiziere und zugleich die feste Zuversicht, daß sie in kurzer Zeit würden zu Paaren getrieben werden. Und jetzt weideten sich nicht allein die unteren und mittleren Volksklassen an der Verlegenheit, welche die ungarischen Siege der Regierung bereiteten. Wieder wie in der alten guten Zeit trennte das Volk die Regierung vom Staatswesen und glaubte, jeder Schlag der jene treffe, gereiche diesem zum Nutzen. In Böhmen war das Unerhörte geschehen und Kossuth's Namen besonders unter den jüngeren Czechen populär geworden. Eljen Kossuth las man auf jeder Mauer, Eljen Kossuth bildete bei jeder Zusammenrottung, bei jeder Widersetzlichkeit die Parole. Selbst in der Armee zeigte sich eine bedenkliche Wandlung. Sie hatte ihre Siegeszuversicht vollkommen verloren, sie war äußerlich herabgekommen, ohne Vertrauen zu ihren Führern, durch die Anarchie, die in der Heeresverwaltung herrschte, durch die Gleichgiltigkeit der Oberen gegen das Schicksal der gemeinen Soldaten, um welches sich Niemand kümmerte, empört und demoralisirt. Allmählich hatten die subalternen Offiziere an den „Rebellenhäuptlingen", ihren frühern Cameraden, ein gewisses Interesse gewonnen. Sie fühlten weniger das Demüthigende einer Niederlage, welche ihnen ein Gegner beigebracht hatte, der die Kriegskunst unter den gleichen Fahnen wie sie erlernt hatte und fanden durch Görgei, Klapka, Bayer die Kriegstüchtigkeit der österreichischen Offiziere glänzend bewiesen. Für das Alles wurde Windischgräz verantwortlich gemacht. Seine Unfähigkeit als Feldherr hatte die Niederlagen verschuldet, seine Beschränktheit als Politiker und Administrator den Rebellen die Waffen in die Hand gegeben, die Möglichkeit eines dauernden Widerstandes gewährt. Unter den Anklagepunkten, welche die in diesem Falle gar nicht beschränkte Presse gegen den Feldmarschall hervorhob, standen obenan seine Verbindung mit der altconservativen Partei und seine finanziellen Maßregeln.

Die erste Sünde war lässiger Art. Wollte der Fürst nicht jeden Verkehr mit Eingeborenen abbrechen, so mußte er wohl die Altconservativen in seiner Nähe dulden, die einzigen unter seinen ungarischen Standesgenossen, welche der Einmarsch der Oesterreicher nicht aus Pesth

verjagt hatte. Ueberdies bildeten die Anhänger der altungarischen Verfassung die wahrhaft legitimistische Partei. Windischgräz wurde nicht erst jetzt zu ihrer Meinung bekehrt, sondern begegnete in ihrem Kreise nur den eigenen aristokratischen Anschauungen. Endlich aber konnte man den Altconservativen vor dem Staatsstreiche nicht vorwerfen, daß ihre Wünsche den allgemeinen Staatsinteressen und der österreichischen Verfassung widersprechen. Hatte ja doch auch das Ministerium aus ihren Reihen Vertrauensmänner berufen, um mit ihnen die noch gar nicht festgestellte Constitution zu berathen, und ihre Mitwirkung bei der Administration der wieder eroberten Landestheile gebilligt.

Schwerer wog die andere Schuld, die Duldung und officielle Anerkennung des ungarischen Papiergeldes, der sogenannten Kossuthnoten. Bis zum Schlusse des Jahres 1848 war von der ungarischen Regierung Papiergeld im Betrage von 23 Millionen ausgegeben worden, darunter durch Silbervorräthe gedeckte Eingulden- und Zweiguldennoten im Betrage von 3,700,000 Gulden, Fünfguldennoten im Betrage von 11 Millionen und Hundertguldennoten im Betrage von 9 Millionen Gulden. In allen Punkten mit der Wiener Regierung in Fehde, hatte doch das ungarische Ministerium die österreichische Finanzpolitik sich angeeignet. Es konnte sich allerdings damit entschuldigen, daß es die zerrütteten Finanzzustände aus der früheren Verwaltungsperiode geerbt habe, während der Kriegsdauer eine gründliche Finanzreform nicht durchzuführen sei. Die klingende Münze war seit den Märztagen 1848 aus dem Verkehre verschwunden, allmälich der Mangel an einem Circulationsmittel überhaupt fühlbar geworden. Die Emission von Papiernote.. und zuletzt sogar von papiernem Kleingeld bot hier wie in den andern österreichischen Provinzen die einzig mögliche Aushilfe. Daß Kossuth nicht den Credit der Wiener Nationalbank benutzte, hatte gute Gründe. Seine politischen und ökonomischen Anschauungen empfahlen, wie früher*) geschildert worden, die Unabhängigkeit Ungarns von dem österreichischen Institute. Durch die Emission ungarischen Papiergeldes wurde er ferner von einer lästigen Controle befreit, welche seinen Plänen hinderlicher gewesen wäre als die nicht einmal bedeutende Coursdifferenz zwischen den ungarischen und österreichischen Noten. Der willigen Annahme der ersteren im Lande konnte er gewiß sein, es gab eben kein anderes Tauschmittel; mußte aber einmal eine größere Silbermasse gekauft werden, um die im Auslande bestellten Waffen zu bezahlen, so wurde einfach so manipulirt, daß die Regierung zunächst mit einem Verlust von etwa 5 Procent österreichische Banknoten kaufte, und diese dann beliebig gegen Silber und Gold umsetzte. Die Kossuthnoten waren in Ungarn in der Zeit, als Windischgräz an der Spitze des österreichischen Heeres daselbst einrückte

*) Vgl. S. 465.

und die Hauptstadt besetzte, vollkommen eingebürgert. Niemand nahm Anstoß an ihrem Dasein, ohne Anstand wurden sie auch im Januar 1849 bei den öffentlichen Kassen angenommen, freiwillig im Privatverkehre verwendet.

Der Feldmarschall thronte bereits längere Zeit im Ofener Schlosse, als in seiner Umgebung der Scrupel auftauchte, ob denn auch die Giltigkeit des Rebellengeldes nicht gegen die Grundsätze der Legitimität verstoße? Der allgemeine Nothschrei, wenn das ungarische Papiergeld aufgehoben würde, wäre es auch mit dem Verkehre überhaupt zu Ende, beschwichtigte die loyalen Zweifel. Uebrigens waren wenigstens die Ein- und Zweiguldennoten mit der Sanction des Palatinus ausgegeben worden, ihre gesetzmäßige Giltigkeit demnach unantastbar. „Mit Rücksicht auf den fühlbaren Mangel kleinerer Geldsorten" gestattete der Feldmarschall die Annahme der Ein- und Zweiguldennoten bei allen Kassen zu ihrem vollen Nennwerthe und behielt sich die Entscheidung über die höheren ungarischen Noten vor. Die letzteren sanken natürlich im Course; so lange sie aber nicht unbedingt außer Cours gesetzt wurden, empfand die Debrecziner Regierung keine Sorge. Um den Coursverlust auszugleichen, brauchte sie nur die glücklicher Weise nach Debreczin gerettete Banknotenpresse in eine regere Bewegung zu versetzen. Die Masse mußte die Entwerthung wieder ausgleichen; die Speculation that ihr Uebriges und so blieben den Januar und Februar hindurch die Kossuthnoten fortwährend im Verkehre. Auch die Anwendung eines Controlestempels für die eingehenden Ein- und Zweiguldennoten erwies sich wirkungslos, da kein Präclusivtermin für die Ablieferung derselben an die kaiserlichen Kassen gesetzt war.

Erst gegen das Ende des Februarmonates ermannte sich das Wiener Ministerium zu einer energischen That. Die Nationalbank sah begreiflicher Weise die ungarischen Noten, welchen sich im Laufe des Winters auch serbische zugesellt hatten, mit scheelen Blicken an. Ihr Dasein war mit dem Bankprivilegium unvereinbar und wenn das ausschließliche Recht der Nationalbank auf die Ausgabe von Papiergeld in einer Provinz nicht mehr galt, so konnte es auch in anderen Provinzen und endlich im ganzen Reiche aufgehoben werden. Sie rief den Schutz des Wiener Ministeriums an, welches überdies noch von anderer Seite auf den Vortheil aufmerksam gemacht wurde, welchen die Revolutionspartei aus der fortdauernden Anerkennung des ungarischen Papiergeldes zog. Durch die Zulassung des letzteren zu dem allgemeinen Verkehre besoldete und nährte die österreichische Regierung die magyarische Armee und gab dem Gegner die Mittel in die Hand, seinen Widerstand noch länger fortzusetzen. Am 24. Februar verbot zwar nicht das Ministerium, aber doch die niederösterreichische Landesregierung den Umsatz der ungarischen Noten und deren Verwendung bei Zahlungen, bei den öffentlichen Kassen sowohl

wie im Privatverkehre. Wunderbarer Weise hob das österreichische Generalcommando in Ofen dieses Verbot wieder auf, gestattete (2. März) die freie Circulation der Kossuthnoten in Ungarn. Windischgrätz war an dieser Maßregel unschuldig; er verstand von den finanziellen Dingen noch weniger als von militärischen Angelegenheiten und unterschrieb ohne weiteres Bedenken Alles, was ihm von seinen Rathgebern vorgelegt wurde. Auch den General Rousseau, in dessen Wirkungskreis die Finanzpolizei zunächst fiel, leiteten keineswegs unlautere persönliche Motive. Derselbe hörte von Jedermann die Unentbehrlichkeit des ungarischen Papiergeldes versichern, wenn nicht er selbst, so hatten doch die untergeordneten Beamten das letzte fällige Gehalt noch in Kossuthnoten ausbezahlt erhalten. Er konnte daher mit gutem Gewissen die Maßregel dem Feldmarschall empfehlen, der letztere aber hatte nicht den geringsten Zweifel, daß er als alterego des Kaisers ganz nach seinem Ermessen handeln dürfe. In Wien sah man freilich die Sache anders an. In dem Augenblicke, in welchem das Centralisationssystem feierlich verkündigt und die Ministerialherrschaft eingeweiht war, mußte die Einsprache der Ofener Militärbehörde in einer Verwaltungssache die Cabinetsmitglieder doppelt empfindlich treffen. Sie waren nicht im Stande, die öffentliche Meinung von der Einheit und Einigkeit in den Regierungkreisen zu überzeugen; sie wollten aber doch wenigstens in der Sache Recht behalten. Der alte Kübeck ging nach Ofen, um den Feldmarschall auf bessere Wege zu leiten. Er stieß auf keinen harten Willen. Windischgrätz nahm (8. März) die frühere Verordnung zurück, welche angeblich gegen sein besseres Wissen erlassen worden war und schränkte die Giltigkeit des ungarischen Papiergeldes auf die fundirten Eingulden- und Zweiguldennoten ein. Er bekannte, daß er das „illegale Papiergeld nicht sogleich außer Cours gesetzt habe, in der Hoffnung, das schnellere Ende der unseligen Rebellion herbeizuführen," jetzt freilich sei es erwiesen, daß das Papiergeld „ein Hauptbilfsmittel der Rebellion bilde." Vier Tage später (12. März) erließ er eine Verordnung, in welcher er auch die Giltigkeit der Ein- und Zweiguldennoten nur bis zum Betrage von vier Millionen anerkannte und ihre Einlösung gegen österreichisches Papiergeld längstens bis zum 24. März befahl. Niemand glaubte aber an den Ernst dieser Drohungen. Noch am 17. März hielten die ungarischen Fünfguldennoten den Cours von 85; die folgenden Kriegsereignisse, das Vorrücken des ungarischen Heeres, die Siege bei Gödöllö und Isaszeg waren nicht angethan, sie tiefer herabzudrücken. Am 17. April notirte man den Cours des ungarischen Papiergeldes zu 87, der österreichischen Banknoten zu 89, und auch diesen geringen Unterschied hoffte die ungarische Regierung durch fernere Siege aufheben zu können.

Am Tage nach der Schlacht bei Isaszeg hielten die ungarischen Generäle in Gegenwart Kossuth's einen Kriegsrath, in welchem als

nächste Operation der Entsatz Komorns beschlossen wurde. Während Aulich mit dem zweiten Armeecorps auf der Pesther Straße vorrückte und Windischgrätz in dem Wahne erhielt, daß er noch immer die ganze ungarische Armee vor sich habe, marschirten Damianich und Klapka nach Waitzen, um die hier stehenden österreichischen Truppen seitwärts nach Balassa Gyarmath zu drängen und sich dann Komorn zu nähern. Die Oesterreicher, zwei Brigaden, unter dem Commando des alten Generalmajor Götz hielten die Stadt Waitzen und die südlichen Zugänge zu derselben besetzt, konnten sich aber, von der feindlichen Uebermacht (10. April) angegriffen, durch einen wüthenden Sturm der Rothkäppler zurückgeworfen und überdies von einer Umgehungscolonne bedroht, nicht halten, traten nach einem scharfen fünfstündigen Gefechte den Rückzug an, bei welchem General Götz tödtlich verwundet wurde. Nun endlich gewann der Feldmarschall einige Klarheit über die Pläne des Gegners. Auf die Nachricht vom Verluste von Waitzen beschloß Windischgrätz, den überwiegenden Theil seiner Truppen über Gran an das linke Donauufer zu senden, um daselbst mit dem neugebildeten österreichischen Reservecorps gegen Görgei zu operiren, doch ließ er auch jetzt noch von nutzlosen Recognoscirungen auf dem Rakosfelde nicht ab, wo ihm Aulich gegenüber stand, und meisterhaft sein Vexirspiel mit den Oesterreichern fortsetzte. Das waren die letzten Feldherrnthaten des Fürsten.

In Olmütz war am 12. April großer Minister- und Kriegsrath gehalten und die verzweifelte Lage der Dinge in Ungarn und wie ihr abzuhelfen wäre, berathen worden. Daß die Hauptschuld an derselben die militärische Unfähigkeit des Feldmarschalls trage, ließ sich nicht ableugnen, daß partielle Maßregeln, wie die bereits früher beschlossene Entfernung der unglücklichen oder untüchtigen Generale Bellegarde, Deym, Karger, Wrbna, Nobili u. a. keine Rettung bieten, mußte zugegeben werden. Die Unfähigkeit des Fürsten Windischgrätz offenbarte sich namentlich in der Wahl seiner Rathgeber und Gehilfen. Was nützte es, daß man seine gegenwärtige Umgebung beseitigte, wenn man doch keine Bürgschaft für eine künftige bessere Wahl besaß. Die Entfernung des Feldmarschalls vom Oberbefehle war das einzige Mittel, ferneres Unheil von der Armee und dem Staate abzuhalten. Der Entschluß dazu mochte dem Ministerium wohl schwer werden. Galt auch in einem Cabinete, dessen Haupt Fürst Felix Schwarzenberg bildete, die Dankbarkeit nur für eine Tugend unpolitischer Köpfe, so war denn doch die Person des Feldmarschalls mit dem reactionäre Systeme so innig verschmolzen, daß seine Absetzung möglicher Weise das letztere schwächen konnte. Die Noth des Augenblicks gestattete aber kein längeres Zögern und überwog alle Bedenklichkeiten. Das Resultat des Cabinetsrathes war die Abberufung des Feldmarschalls vom Obercommando, allerdings in den höflichsten Formen und in schonender Weise. Er sollte am Hoflager seine „Einsicht

und vielseitigen Erfahrungen bei wichtigen Berathungen" nutzbringend machen; seine Entlassung führte den wohlklingenden Namen Urlaub, auch behielt er nach wie vor die Würde eines Oberbefehlshabers aller österreichischen Truppen diesseits des Isonzo. Zu seinem Nachfolger in Ungarn wurde der Gouverneur von Wien, General Welden, ernannt. Den alten Mann hatten seine Journalartikel lächerlich gemacht, sein Kampf gegen „die bösen Buben und den radicalen Auswurf der Menschheit in Wien" nicht in der Achtung der Vernünftigen und Unbefangenen erhöht. Bei allen Schrullen und politischen. Verkehrtheiten war aber Welden eine tüchtige militärische Natur, welcher über die Armeeverhältnisse in Ungarn die genaueste Kenntniß besaß und ähnlichen Selbsttäuschungen, wie Fürst Windischgräz, nicht unterlag. Er erkannte rasch, daß seine Aufgabe sich auf die Rettung der Armee beschränken müsse, und setzte den Entschluß, so schwer derselbe auch seinem militärischen Stolze ankommen mußte, unverzüglich in das Werk. Denn auch die letzte Hoffnung, den Entsatz Komorns zu hindern, war durch den unglücklichen Ausgang des Treffens bei Nagy Sarlo verschwunden.

General Wohlgemuth, vom italienischen Kriege her rühmlich bekannt, hatte das Commando über das Reservecorps übernommen und stand, nachdem er die bei Waitzen geschlagenen Truppen an sich gezogen hatte, in der Stärke von 12,000 Mann zwischen der Gran und Neitra um die Straße nach Komorn zu decken und das Vordringen Görgei's abzuwehren. Den Uebergang des letzteren über die Gran zu hindern, was bei dem hohen Wasserstande des Flusses leicht möglich war, vereitelten die Befehle des Banus, welcher die wenigen Tage seines Interregnums dazu benutzte, die Verwirrung in der Armee zu steigern und durch thörichte Anordnungen das Verderben zu beschleunigen. Die Ungarn hatten bei ihrem Uebergange über die Gran nur mit natürlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, sammelten sich auf dem rechten Ufer der Gran und griffen am 19. April mit Uebermacht die Oesterreicher bei Nagy Sarlo an. Damianich und Klapka theilten abermals die Ehren des Tages, welcher mit dem schleunigen Rückzuge der Oesterreicher schloß. Diese fanden erst hinter der Waag vollkommene Sicherheit und öffneten dadurch den Ungarn den Weg nach Komorn. Am 21. erschien der seit Monaten zum Festungscommandanten designirte Guyon mit 60 Husaren in der Festung, am 22. rückten Klapka's und Damianich's Truppen ein. Komorn war auf dem linken Donauufer entsetzt.

---

*) Vgl. Welden, Episoden aus meinem Leben. S. 98 ff.

**) Selbst Welden, so vorsichtig er sonst in der Beurtheilung der österreichischen Feldherren ist, spricht mit ziemlicher Geringschätzung von Jellačić. S. 117.

Die Oesterreicher unter Simunich standen zwar noch mit einem gewaltigen Belagerungspark auf dem rechten Ufer, an die Fortsetzung der Belagerung war aber nicht zu denken, selbst die Position bei Pesth nicht länger zu halten. Das Hauptobject der Vertheidigung, wie auch Welden zugab, war jetzt Wien geworden, der Verzicht auf Pesth und alles jenseits der Donau gelegene Land eine bittere, aber unabwendbare Nothwendigkeit. Welden entledigte sich zuerst des überaus lästigen, immer und überall störenden Banus. Er sandte ihn heimwärts nach Esseg, um hier eine selbständige Südarmee zu organisiren. Diese Stellung schmeichelte der Eitelkeit des Banus, sie versprach aber auch politische Vortheile, da Jellačić die Reste seiner Popularität zur Dämpfung der Opposition benutzen konnte, welche sich in den südslawischen Ländern seit der Octroyirung der Constitution regte. In die Ofener Festung setzte Welden eine starke Garnison mit der Weisung an den Commandanten, den General Hentzi, den Platz so lange als möglich zu halten, mit allen übrigen Truppen trat er den Rückzug an. Der Troß, die Kranken, deren Stand an 10,000 betrug, das schreibende Hauptquartier, die „compromittirten Civilarrestanten", unter welchen sich auch Graf Ludwig Batthyány befand, wurden im weiten Bogen über Stuhlweißenburg und Oedenburg gesendet, die Armee selbst mußte längs der Donau marschiren, um den Troß zu decken und das Belagerungscorps von Komorn aufzunehmen. Wenig fehlte, so wäre der Armee der Rückzug verlegt worden. Der Umstand, daß die Schiffbrücke, welche den Donaubrückenkopf mit der Stadt Komorn verband, zerstört war und nur langsam und mühselig durch eine Floßbrücke ersetzt werden konnte, verzögerte den Uebergang der Ungarn auf das rechte Donauufer. Als sie (26. April) dasselbe betraten, fanden sie bereits das Belagerungscorps durch die Truppen von Csorich und Schlick verstärkt, den Feind zur Abwehr des Angriffes, der eigentlich ein Ueberfall sein sollte, vollkommen gerüstet. Es entspann sich ein heftiges Gefecht, welches namentlich durch eine glänzende Charge der österreichischen Cavallerie zum Nachtheile der Ungarn endigte. Die kaiserliche Armee setzte unbelästigt ihren Rückzug fort und lagerte (21. April) an der österreichischen Grenze.

Der Ausgang des letzten Gefechtes vor Komorn (Nagy Igmand) übte auf den allgemeinen Stand der Dinge keinen Einfluß. Ungarn war und blieb aufgegeben, die schmähliche Niederlage der österreichischen Waffen das Resultat des so übermüthig angekündigten Feldzuges. Nach den zahllosen schöngefärbten Berichten und Bulletins, welche die Vernichtung der Rebellenhaufen als nächstens bevorstehend versicherten, mußte es der Wiener Regierung schwer werden, ein offenes Sündenbekenntniß abzulegen. Und dennoch konnte sie sich diesen Schritt nicht sparen, da nur verzweifelte Mittel Besserung bringen konnten, auf diese aber die öffentliche Meinung nothwendig vorbereitet werden mußte. Das

Organ des Ministeriums*) berichtete: „Die kaiserliche Armee war am 4. Januar widerstandslos in Pesth eingezogen; die magyarische Armee war entmuthigt, ihre Disciplin gelockert. Bei rascher Verfolgung wäre die ungarische Armee in völlige Auflösung gerathen, die Rebellion hätte ein Ende gehabt. Die Verfolgung wurde ausgesetzt, man gab sich der eiteln Hoffnung hin, daß die Rebellen, erschreckt, sich von selbst unterwerfen würden, man wollte Blutvergießen sparen, das Land schonen. Diese Berechnung hat sich als falsch herausgestellt. Die Folgen des langen Zauderns und der Art, wie der Krieg seit drei Monaten geführt wurde, sind, daß Pesth von den Kaiserlichen geräumt, daß Komorn von den Rebellen entsetzt wurde. Der Krieg muß neu beginnen, dort beginnen, wo er im December des verflossenen Jahres angefangen hat." Man merkte es dem Schrecken der Conservativen, die sich kaum von ihrer Betäubung erholen konnten, wie der nur halb unterdrückten Freude der Radicalen an, daß eine politische Krisis als die nothwendige Folge der ungarischen Siege erwartet wurde. Gar Viele sahen bereits die Magyaren in Wien, in dessen untern Volksschichten noch ein unruhiger Geist herrschte, sie besorgten einen Einbruch derselben in Mähren, und glaubten an die Wiedererweckung einer revolutionären Macht in Mitteleuropa. Es gab hier keinen Volksstamm, der sich nicht in seinen gerechten Hoffnungen getäuscht wähnte, der nicht unmuthig die wiederhergestellte Ordnung als schweren Druck empfand und nicht begierig den Lockungen der Freiheitsstimmen horchte. Die vordringende Reaction hatte die verschiedenen radicalen Parteien einander genähert. Es wechselten nicht allein in Turin und Venedig Italiener und Magyaren Freundschaftsbezeugungen aus, man konnte sich auch von der Abnahme des nationalen Hasses, welcher bisher Slawen, Deutsche und Magyaren auseinander gehalten hatte, überzeugen. Wie in Prag Czechen und Deutsche sich gemeinsam zum Sturze Oesterreichs verschworen, so beriethen in Paris slawische und magyarische Emissäre einträchtig über die Gestalt des künftigen freien Osteuropa. Selbst unter den Romanen der Donaufürstenthümer bereitete sich eine merkwürdige Veränderung vor. Sie waren Gegner der Magyaren, aber in noch höherem Grade Feinde Rußlands. Seitdem sie das letztere so feindselig gegen die selbständige Verfassung Ungarns auftreten sahen, gewannen sie eine bessere Meinung von den Magyaren und wehklagten nicht mehr über ihre Siege. Die Magyaren galten in den früheren Jahren als die Tyrannen der kleinen Völkerschaften des Ostens, Oesterreich als ihr natürlicher Schutzherr; jetzt gewann es den Anschein, als ob die Magyaren an die Spitze aller unterdrückten kleinen Nationen treten wollten, um sie an den beiden antinationalen Mächten: Oesterreich und Rußland zu rächen.

*) Oesterreichischer Correspondent vom 23. April.

Schwere Zeiten drohten über Oesterreich zu kommen, aber auch für Ungarn nahte der Augenblick verhängnißvoller Entscheidung. Die Führer der Nation waren verpflichtet, den militärischen Erfolgen auch einen politischen Ausdruck zu verleihen, sie mußten überdies zur österreichischen octrohirten Verfassung eine bestimmte Stellung einnehmen. Die Abdankung Kaiser Ferdinands hatte den Ungarn im Winter einen vortrefflichen Fahnenspruch verschafft. Sie fochten für den „gewaltsam abgesetzten, seiner Freiheit beraubten" alten König; und jeder Husar hielt sich für einen auserwählten Königsstreiter. Dieser legale Schein hatte sich aber nicht nur abgenützt, gegenüber den neuen realen Verhältnissen trat der Streit über Personenfragen vollständig in den Hintergrund. Es handelte sich jetzt einfach um die Existenz des ungarischen Reiches, es galt zu entscheiden, ob Ungarn noch ein selbständiges Königreich oder der bloße Bestandtheil eines centralisirten Staates, die leere Summe von so und so viel Departements sei. Die öffentliche Aufmerksamkeit wendete sich wieder dem seit langer Zeit kaum mehr beachteten Debrecziner Parlamente zu. Die Freunde des letzteren hatten alle Ursache, sich über die Unzugänglichkeit Debreczins und die vollkommene Absperrung des Parlamentes von der Außenwelt zu freuen. Die letztere erfuhr wenigstens nichts von dem kleinlichen Parteitreiben, welches in Debreczin herrschte, nichts von den unsauberen Dingen, mit deren Besprechung die Sitzungen ausgefüllt wurden. Die Friedenspartei und die Anhänger Kossuth's standen in dauerndem Widerstreite einander gegenüber. An Kossuth selbst wagten sich die ersteren nicht, da sie mit keinem einzigen angesehenen Namen den Glanz seiner Popularität zu überdecken vermochten, ebenso vorsichtig vermieden die Radicalen jeden gewaltsamen Bruch mit den Gegnern, um nicht dem Lande das bedenkliche Schauspiel des Zwiespaltes zwischen seinen Vertretern zu liefern. Insgeheim bemühten sich beide Parteien, einander zu schaden oder wenigstens zu demüthigen. Kossuth's Freunde verdächtigten den Patriotismus der Friedenspartei und wiederholten den Antrag, alle abwesenden Deputirten aus der Parlamentsliste zu streichen, die Gemäßigten wieder, da sie das politische Uebergewicht der Gegenpartei nicht ableugnen konnten, stellten die bürgerlichen Tugenden derselben in Zweifel. Sie richteten ihre Angriffe insbesondere gegen eine Persönlichkeit. Unter allen Mitgliedern des Landesvertheidigungsausschusses hatte sich keiner so verhaßt gemacht, auch keiner so arge Blößen gezeigt wie Lad. Madaraß, der Chef des Polizei- und Postwesens. Durch die indiscreten Fragen, was wohl aus dem Nachlasse des standrechtlich hingerichteten Grafen Eugen Zichy geworden sei, brachten die Führer der gemäßigten Partei, Kazinczy, Nyáry u. A., den Polizeichef in bittere Verlegenheit und dämpften die zuversichtliche Stimmung der Radicalen. Es stand fest, daß Görgei gleich nach der Hinrichtung des unglücklichen Grafen die Pretiosen und kostbaren Goldsachen desselben

an die Regierung gesendet hatte, daß dieselbe den ganzen Schatz in Pesth inventarisiren, in Kisten packen und versiegeln ließ, daß ferner bei der Uebersiedelung nach Debreczin Madaraß die Kisten unter seine Obhut nahm, bei welcher Gelegenheit die Siegel verletzt, die Kisten erbrochen, die einzelnen Pretiosen gestohlen wurden. Den Dieb nannte Niemand, daß aber Madaraß die Hände nicht rein erhalten, leugneten auch seine Freunde nicht.*) Es war Zeit, daß Kossuth, der oft und gern im Hauptquartiere verweilte, nach Debreczin zurückkehrte und daß die Ereignisse die Aufmerksamkeit der Versammlung auf ein anderes Gebiet lenkten. Kossuth eilte am 25. März von Tissaföred nach Debreczin, beschwichtigte durch seine Autorität einigermaßen die Leidenschaften und nahm den Deputirten das Versprechen ab, alle wichtigeren Beschlüsse auf den Zeitpunkt zu verschieben, in welchem die Waffen über Ungarns Schicksal entschieden haben. Dann werde er auch die passende Antwort auf den Staatsstreich vom 4. März im Parlamente vorschlagen. Er reiste schleunig wieder zur Armee, begleitete dieselbe auf das Schlachtfeld von Gödöllö-Isaszeg, schlief am 7. April in demselben Bett, in welchem die Nacht zuvor Fürst Windischgräz geruht hatte und kehrte dann abermals (11. April) nach Debreczin zurück.

Unmittelbar nach Kossuth's Ankunft wurden die Deputirten zu einer geheimen Sitzung einberufen. Sie ahnten die Antwort, welche Kossuth auf die octroyirte Verfassung geben wollte. Die Leiden des letzten Winters hatten bei Vielen auch die letzte Spur der Anhänglichkeit an die Dynastie verwischt, Andere fühlten sich so sehr compromittirt, daß sie nur in einem rücksichtslosen Ausbeuten der Revolution ihr persönliches Heil fanden, noch Andere endlich, welche nicht alle Brücken hinter sich abbrechen wollten, besaßen nicht den Muth und die Macht, ihre maßvollen Anschauungen zur Geltung zu bringen. Kossuth entrollte vor der Versammlung das Bild der österreichischen Politik, schilderte die mannigfachen Bemühungen des Hofes, Ungarn um sein gutes Recht zu betrügen, und die Gewaltthaten, zu welchen jener seine Zuflucht nahm, nachdem er die Erfolglosigkeit der Intriguen erkannt hatte. Mit der Berufung der Russen in das Siebenbürgische Land, mit der Octroyirung einer Verfassung für Gesammtösterreich hat die Dynastie sich aller legitimen Ansprüche auf Ungarn selbst begeben. Durch die glorreichen Siege des Heeres ist Ungarn thatsächlich frei geworden; diese Freiheit und Unabhängigkeit auch in gesetzlicher Form auszusprechen, ist nun die Pflicht der Volksvertreter. Bei der Majorität des Parlamentes fanden diese Worte willige Zustimmung; die Minorität wagte es nicht, unmittelbar Kossuth's

*) Ausführliche Mittheilungen über diesen öffentlichen Skandal bringt die histoire politique de la revol. de Hongrie par Irányi et Chassin II. p. 339.

Plan zu bekämpfen; sie hatte nichts gegen die Unabhängigkeit Ungarns einzuwenden, glaubte nur den rechten Zeitpunkt noch nicht gekommen, um dieselbe öffentlich zu erklären. Noch ist die Hauptstadt des Landes in den Händen des Feindes. Erst bis Ofen und Pesth zurückerobert ist, bis das Parlament sich wieder in Pesth versammeln kann, möge man über das Schicksal Ungarns eine endgiltige Entscheidung treffen. Diese Bedenklichkeiten, überdies schüchtern vorgebracht, ließen sich ohne Mühe widerlegen. Die Hauptstadt des Landes sei eben, wo Regierung und Parlament weilen, überdies setze die Anerkennung Ungarns als eines selbständigen Staates durch die anderen Mächte die Unabhängigkeitserklärung voraus, verzögere man die letztere, so verspäte man auch jene und damit die Hilfe, welche die liberalen Völker Europa's den Magyaren zu bieten bereit stehen. Nach zweitägiger Debatte wurde die Minorität wenigstens dahin gebracht, daß sie auf jeden lauten Widerspruch verzichtete und sich bei dem feierlichen Acte ruhig zu halten versprach.

Nicht in dem gewöhnlichen Sitzungslocale, dem protestantischen Collegium, sondern in der geräumigen Kirche der Reformirten versammelte sich am 14. April das Parlament, Magnaten und Deputirte, um in feierlicher Weise den ewigen Bruch mit Oesterreich zu proclamiren.*) Kossuth bestieg die Kanzel, von der verhängnißvollen Bedeutung des Augenblickes sichtlich bewegt, am Leibe ermattet, wenn auch sein Geist noch den gewaltigsten Anstrengungen Trotz bot. Indem er das Mitleiden der Anwesenden für sich in Anspruch nahm, dämpfte er zugleich jede oppositionelle Regung. „Ich bitte um Ruhe, begann er seine Rede, denn die Kirche ist groß und ich krank, meine Brust schmerzt mich." Kossuth versuchte dann seine wohlerprobten Zauberkünste. Er wollte nicht die Leidenschaften heraufbeschwören, nur die unerbittliche Logik der Thatsachen reden lassen, aber er bestritt selbst dem Himmel die Macht, Ungarn unter das österreichische Joch zu bringen. „Gott kann Alles über mich verhängen, mit Krankheiten mich heimsuchen, zum Exil, zum Giftbecher verurtheilen, Eins kann er aber nicht über mich kommen lassen, daß ich jemals wieder ein Unterthan des österreichischen Hauses werde." Er wollte nicht zu sanguinischen Hoffnungen verlocken, er spottete aber der Möglichkeit, daß der Siegeszug der ungarischen Truppen noch könnte aufgehalten werden. „Oesterreich hat uns nicht bezwungen, als wir noch unvorbereitet waren, wie würde es dem Feinde jetzt ergehen, wo wir geordnet, gerüstet und begeistert auch ein zehnfach stärkeres Heer nicht zu fürchten haben." Er empfahl dem Parlamente Mäßigung, sparte aber die schärfsten Ausdrücke nicht, malte in den grellsten Farben, um den

*) Nach den Berichten in der Pesther Zeitung, welche zwar erst nachträglich erschienen, aber dennoch die größte Vollständigkeit besitzen.

Haß gegen die Dynastie zu entflammen. Er überließ es der Versammlung, Beschlüsse zu fassen, sprach aber schon jetzt seine felsenfeste Ueberzeugung aus, daß der Augenblick gekommen sei, wo Ungarn seine Unabhängigkeit bekennen müsse. „Es ist unsere heilige Pflicht, vor Gott und den Menschen zu erklären, daß wir frei, daß wir unabhängig sein wollen." Jetzt wie immer bewies die Beredsamkeit Kossuth's ihre unwiderstehliche Kraft. Jubelnde Zustimmung folgte jedem seiner Sätze, Beifall konnten ihm selbst jene nicht versagen, welche Kossuth fürchteten und seine Pläne abenteuerlich fanden und als er das Haus Habsburg-Lothringen der Herrschaft verlustig, aus Ungarn für ewige Zeit verbannt proclamirte und mit gehobener Stimme: So soll es sein, Amen! hinzufügte, hallte in der ganzen Kirche das Amen nach. Europa zählte seit dem 14. April einen neuen Staat, welchem durch allgemeine Zustimmung Kossuth als Oberhaupt gegeben wurde. Die Wahl einer Commission — Kossuth, Szacsvay, Gorove aus der Deputirtenkammer, Bischof Horváth und Obergespan Hunkár aus dem Oberhause — um die Unabhängigkeitsacte festzustellen und ein Manifest an die Völker Europa's zu verfassen, konnte füglich als eine bloße Formalität gelten.

Das überaus umfangreiche Elaborat, ausgezeichneter durch rhetorischen Schwung als durch politischen Tact, entwickelte in der bekannten Weise die staatsrechtlichen Verhältnisse Ungarns, es gab eine magyarisch gefärbte Uebersicht der Ereignisse der letzten Jahre, in welcher natürlich der Aufstand der südslawischen und walachischen Völker als eine teuflische Hofintrigue gedeutet wurde und ging dann zur Erörterung der Gründe über, welche den Abfall Ungarns von der österreichischen Monarchie rechtfertigen. „Die ungarische Nation, bis zum Tode von ihren unerbittlichen Feinden verfolgt, ist es sich selbst schuldig, sie vollzieht nur die Mahnung des Selbsterhaltungstriebes, wenn sie sich von Oesterreich lossagt und ihr unveräußerliches natürliches Recht wieder in Kraft setzt. Die Dynastie hätte Dank geerntet, wenn sie nur die natürliche Entwickelung des herrlichen Ungarlandes nicht gehindert hätte; sie kann aber keinen einzigen Herrscher aufweisen, welcher nicht dafür arbeitete, Ungarn zu schwächen und den anderen Provinzen dienstbar zu machen, damit diese den größten Nutzen aus Ungarn wie aus einer zinspflichtigen Colonie ziehen. Von Sohn zu Sohn befolgte die Dynastie gegenüber Ungarn beharrlich die Politik des Meineides, jeder neue Schwur, der von den königlichen Lippen glitt, war nur der Anfang eines Eidbruches: Alle Sünden und Verbrechen, welche einzeln verübt eine Dynastie der Herrschaft verlustig machen, haben Ungarns Könige zusammen begangen, die Langmuth der Nation bis zum letzten Tropfen erschöpft. Die Vertreter des ungarischen Volkes verkündigen daher im Namen des letzteren Ungarn mit Siebenbürgen und den vereinigten Königreichen als einen freien, autonomen und unabhängigen Staat, sie erklären den Thron für erledigt, die Glieder

der Dynastie aller bürgerlichen Rechte verlustig und verbannen sie auf ewig aus dem Reiche, sie geben ihren guten Willen kund, mit den österreichischen Völkern in gutem nachbarlichen Einvernehmen, mit allen anderen Staaten in Frieden und Freundschaft zu leben, sie übertragen endlich die Regierung, bis eine Nationalversammlung über die definitive Regierungsform entschieden haben wird, auf Kossuth, welcher als verantwortlicher Gouverneurpräsident an die Spitze des Staates treten und durch von ihm gewählte Minister die Verwaltung leiten wird." Die Urkunde der Unabhängigkeitserklärung zeigte die Unterschriften des Baron Perényi, Vicepräsident des Oberhauses, und Paul Almásy's, Vicepräsident der Deputirtenkammer, und war vom 19. April 1849 datirt.

Ueber die künftige Regierungsform Ungarns sagte die Unabhängigkeitserklärung nichts Bestimmtes, doch glaubte alle Welt, daß die monarchische Ordnung ausgeschlossen sei und die Einführung der Republik in Ungarn bevorstehe. Die radicale Partei, nicht stark durch ihre Zahl, aber einflußreich, ja entscheidend durch ihren Muth, verbarg nicht ihre republikanischen Tendenzen. Im Gasthause zum weißen Rosse, ihrem Versammlungslocale, lag eine Liste auf, in welcher die Deputirten, welche für die republikanische Regierungsform stimmen wollten, sich einschrieben. Als am 13. April die Namen gezählt wurden, fand es sich, daß die Majorität der Deputirtenkammer sich zu republikanischen Grundsätzen bekenne. Darauf hin forderte die radicale Partei Kossuth auf, am nächsten Tage gleichzeitig mit der Absetzung der Dynastie die Republik zu proclamiren. Kossuth wies die Aufforderung keineswegs schroff von sich, hielt es nur für rathsam zu warten, bis man über die Dispositionen der großen Mächte genau unterrichtet sei. Noch günstiger der republikanischen Sache zeigte sich das von Kossuth (2. Mai) zusammengestellte Ministerium. Der Finanzminister Duschek, ein altgeschulter österreichischer Beamter, war zwar ein reiner Fachmann, welchem es an politischer Einsicht wie an Charakter gänzlich mangelte, vom Cultusminister Horváth, dem jüngsternannten Bischof von Chanad, durfte man eher eine gemäßigte Denkweise erwarten, auch dem Grafen Casimir Batthyány, dem Minister des Aeußeren, standen republikanische Anschauungen nicht zu Gesichte. Dem demokratischen Wesen zugänglich waren eigentlich nur der Justizminister Vukovich, der Minister der öffentlichen Arbeiten, der für alle revolutionären Interessen überaus thätige Csány und endlich der Ministerpräsident Szemere. Es kamen aber nicht die persönlichen Meinungen der einzelnen Minister in Betracht, sondern was als Tendenz des Cabinets, als Ministerprogramm gelten konnte. Ein solches trug Szemere gleich am Tage nach dem Zusammentritte des Ministeriums im Parlamente vor. „Das Cabinet stellt sich auf den revolutionären Boden, bekennt sich zu republikanisch-demokratischen Grundsätzen und huldigt unbedingt der Volkssouveränität. Eine

gleiche Erklärung gab Bukovich im Namen des Ministeriums im Oberhause ab, das sich, nebenbei gesagt, jetzt wieder zu füllen begann, 60 gegenwärtige Mitglieder zählte, wie auch in der Deputirtenkammer in den ersten Maitagen die Zahl der Anwesenden auf zweihundert stieg. Aus Kossuth's Zugeständnissen und Szemere's Erklärungen schloß man mit Recht auf die Absicht der Regierung, das Werk der Befreiung Ungarns durch seine Verwandlung in eine Republik zu krönen. Was blieb auch, nachdem die Absetzung der österreichischen Dynastie ausgesprochen war, Anderes übrig, als der Wechsel der Regierungsform. Man muß nicht in Kossuth's brennendem Ehrgeize oder in der Eitelkeit seiner Frau die Haupttriebfedern aller politischen Aenderungen vermuthen, um die Pläne einer ungarischen Republik begreiflich zu finden. Kein europäisches Fürstenhaus konnte und wollte nach der ungarischen Krone greifen, kein Glied eines alten Königsgeschlechtes hätte das ihm angebotene Scepter angenommen. Und wenn auch ein Fürst irgend einer jüngeren Linie Herrschergelüste verspüren mochte, kein größerer europäischer Staat würde ihn unter seinen Schutz genommen haben. Denn über Ungarn wachte nicht wie etwa über Belgien die Eifersucht verschiedener Mächte, hier galt es nicht durch ein Compromiß entgegengesetzte Interessen auszugleichen, durch Anerkennung von Thatsachen dem weiteren Umsichgreifen revolutionärer Bewegungen vorzubeugen. Der Kampf Ungarns mit Oesterreich berührte die äußeren politischen Verhältnisse Europa's nur in geringem Grade, weckte nicht den Ruf nach Congressen, bot den Diplomaten keine würdige Beschäftigung. Die Magyaren vertraten jetzt die Sache der reinen Revolution, sie fanden bei den organisirten Revolutions-Parteien Unterstützung und genossen die Sympathien aller Unzufriedenen, auf den offenen Beistand geordneter Regierungen und insbesondere auf den Schutz der alten Dynastien konnten sie nicht rechnen. Damit war auch jede Hoffnung, in Ungarn einen neuen monarchischen Staat zu gründen, ausgeschlossen, die Republik das einzig mögliche Ziel. Aber wenn auch der Gedanke einer ungarischen Republik folgerichtig genannt werden durfte, so hörte er doch nicht auf, im höchsten Grade unpolitisch und verderblich zu sein.

Die Ereignisse vom 14. April wirkten auf die große Masse des Volkes und auf die Armee verwirrend und entmuthigend, sie raubten der Nation das einfache, sichere Rechtsgefühl und machten die Behauptung unwahr, daß Ungarn nur seine alte beschworene Verfassung gegen Ministerwillkür und Staatsstreiche vertheidige. Diese Defensivstellung, der Schein einer conservativen Politik bildete die größte Stärke der ungarischen Sache, er einigte das magyarische Volk und gewann diesem selbst im Lager der Gegner heimliche Gönner. Der Tausch der Defensivstellung mit einer mehr kecken als klug gewählten Angriffsposition brachte Zwietracht in die ungarischen Volkskreise, vermehrte und kräftigte die Feinde.

Der Widerstand gegen die centralisirende und zugleich reactionäre Wiener Regierungspolitik fand auch in den anderen Provinzen zahlreiche Billigung, der Abfall von Oesterreich erregte den Grimm selbst liberaler Männer und entzog den Magyaren alle Sympathien.

Kossuth's Freunde wiesen zwar auf die widerspruchslose Zustimmung des Debrecziner Parlamentes hin, sie konnten aber nicht ableugnen, daß demselben keineswegs die Autorität der alten Reichstage innewohne. Es war ein Rumpfparlament, in welchem die freie Meinungsäußerung auf mannigfache Hindernisse stieß, die Majorität aus lauter Furcht und Verzagtheit die Rolle der Minorität spielte. Sie beriefen sich auf Volksadressen, welche sich beifällig über Szemere's demokratisches Programm äußerten. Aber diese Adressen stammten aus dem Hajdukendistricte, dessen Bewohnern man kaum große Verfassungskenntnisse zutrauen darf. Sie betonten endlich das gute Einverständniß mit der Armee, welches sich in Görgei's Proclamation vom 29. April aussprach. In derselben wird allerdings nicht der leiseste Widerspruch gegen die Unabhängigkeitserklärung laut, vielmehr die Bereitwilligkeit, ihre Consequenzen anzuerkennen, offenbar. „Viele der Unseren glauben, die ersehnte Zukunft sei nun schon errungen. Täuscht euch nicht. Diesen Kampf — nicht Ungarn allein gegen Oesterreich — Europa wird ihn kämpfen für die natürlichsten Rechte der Völker gegen die anmaßende Tyrannei." Diese pomphaften Phrasen von der Völkerverbrüderung und von dem Siege der europäischen Revolution standen freilich im Einklange mit den Debrecziner Redensarten. Bedenklich blieb es nur, daß der Feldherr für Ungarn in diesem Freiheitskampfe kein Heil erblickte. „Ihr aber dürftet den Sieg kaum erleben, so ihr euch unerschütterlich treu dem Kampfe weihet; denn dieses könnt ihr nur mit dem festen Entschlusse, als Opfer jenes Sieges zu fallen." So spricht man nicht zu einem Heere, das man für das Kampfziel begeistern will. Noch bedenklicher war es, daß dieser einen Rede Görgei's viele andere Reden, insbesondere aber alle seine Handlungen widersprachen. Ehe Kossuth im Parlamente den Antrag auf die Absetzung der Dynastie stellte, hatte er zuvor die Meinung der Armeecommandanten eingeholt. Er versammelte sie am 7. April in Gödöllö zur Berathung. Es wäre begreiflich und verzeihlich gewesen, wenn sie am Tage nach einem glänzenden Siege sich im Bewußtsein überhoben und auch die kühnsten Entwürfe für ausführbar erklärt hätten. Dennoch weckte Kossuth's Plan keinen Enthusiasmus. Damianich und Klapka unterordneten ihre Ansichten den Wünschen Kossuth's, Görgei dagegen mahnte dringend von dem verhängnißvollen Schritte ab. Mochte er auch schwerlich alle jene treffenden Argumente gebraucht haben, welche in seinen Denkwürdigkeiten*) zu lesen sind: daß er im Allgemeinen mißver-

*) Görgei, Mein Leben und Wirken. II. S. 9.

gnügt und mit Kossuth's Plänen nicht einverstanden war, dafür gibt es vollgiltige Zeugnisse.*) Und als die Armee kurz vor der Schlacht bei Nágy-Sarlo die Nachricht von der in Debreczin vollzogenen Thatsache erhielt, nährte Görgei namentlich in seinem alten, dem siebenten Armeecorps die Unzufriedenheit, spendete Beifall den spöttischen Bemerkungen über die „Schwätzer von Debreczin", und that Alles, um seinen persönlichen Gegensatz zur Regierungspolitik zu bekunden. Nur eines that er nicht, was für einen Mann von Grundsätzen das Nächste gewesen wäre, wozu sich auch der Commandant des siebenten Armeecorps, General Gáspár, verpflichtet hielt: er reichte seine Entlassung nicht ein. Görgei übernahm vielmehr das Amt eines Kriegsministers in dem demokratischen Cabinete Szemere's und half dadurch den Glauben verbreiten, als ob zwischen ihm und Kossuth, zwischen der Armee und dem Parlamente eine vollkommene Eintracht herrsche. Im Angesicht eines so widerspruchsvollen Benehmens denkt man natürlich an eine politische Intrigue und späht nach den geheimen Absichten dieses zweideutigen Wesens. Nachträglich suchte zwar Görgei selbst sein Auftreten durch seine politischen Grundsätze zu rechtfertigen und die Welt von seinem folgerichtigen Handeln zu überzeugen.**) Wenn er nicht die Welt täuschen wollte, so belog er sich selbst. Ihn beseelte kein Eifer für die eine oder andere Verfassungsform, ihn erfüllten einzig und allein Machtgedanken. Noch standen die Dinge nicht so schlecht, daß er nicht noch einzelne militärische Triumphe zu erringen hoffen durfte. Das fesselte ihn an die Fahnen des unabhängigen Ungarreiches. Diese Triumphe wollte er mit keinem Anderen theilen, die Macht ausschließlich in seinen Händen halten. Daher duldete er keinen Kriegsminister neben sich, aber auch das active Commando wollte er nicht aufgeben, sondern vereinigte beide Aemter in seiner Person.

Mit einem ohnmächtigen Parlamente, mit einer unsicheren Armee und selbstsüchtigen Führern trat die neue Regierung an die Spitze des Landes, dessen politische Verhältnisse durch die veränderte Verfassungsform keineswegs einfacher und hoffnungsvoller sich gestalteten. Nachdem die magyarische Bewegung die streng nationale Grundlage verlassen und

*) Görgei nennt als den Schauplatz der Unterredung Gödöllö; in dieser Unterredung soll nach Klapka (Memoiren S. 157) Görgei keinen offenen Widerstand gezeigt, sondern sich nur verschlossen und stumm gehalten haben. Erst in Levenz (17. April) enthüllte er seine Abneigung gegen die Debrecziner Vorgänge. Aber Kossuth (Irányi II. p. 441) gibt selbst zu, daß Görgei, ehe noch die Unabhängigkeiterklärung erfolgte, sich gegen dieselbe ausgesprochen habe, nur nennt er als Conferenzort Tissafüred. Ob sich Kossuth in der Ortsbezeichnung irrte oder ob zwei Conferenzen stattfanden, läßt sich aus den vorliegenden Quellen nicht ermitteln.

**) Görgei, Mein Leben und Wirken. II. S. 45, 58.

sich auf den Boden des reinen Radicalismus gestellt hatte, mußte auch die Politik gegenüber den anderen Volksstämmen in Ungarn eine Aenderung erfahren. Die absolute Demokratie kennt ebensowenig nationale Unterschiede wie Standesprivilegien. Kossuth war klardenkend genug, um die Nothwendigkeit einer raschen Aussöhnung namentlich mit den Romanen einzusehen, deren Macht in den westlichen Gebirgen Siebenbürgens noch immer nicht gebrochen werden konnte. Er sandte einen magyarisirten Romanen, Johann Dragosiu, nach Abrudbanya, um mit den Romanenführern zu verhandeln. Der Augenblick war günstig gewählt. Der Rückzug des österreichischen Armeecorps in die Walachei hatte das Vertrauen in die kaiserlichen Waffen erschüttert, die Nichtanerkennung der romanischen Rechte in der octroyirten Verfassung vom 4. März, während doch die Sachsenprivilegien daselbst bestätigt wurden, Unzufriedenheit erweckt. Mehrere der romanischen Präfecten sprachen sich für eine friedliche Einigung mit den Magyaren aus, alle bei den Conferenzen in Abrudbanya (4. Mai) anwesenden Romanen fanden die Anträge Dragosiu's wenigstens der Erwägung werth. Ein unglückliches Mißverständniß vereitelte den Erfolg der Verhandlungen. Der Commandant des nächsten magyarischen Truppenkörpers Hatvani hielt den Zeitpunkt zu einem Streifzuge gegen den romanischen Landsturm geeignet. Er rückte siegreich in Abrudbanya ein, wurde aber bald wieder (11. Mai) verjagt, der Gesandte Kossuth's, wie alle Magyaren, deren man habhaft werden konnte, von den über den angeblichen Verrath wüthenden Romanen grausam erschlagen.*)

Auch auf die Kriegführung schien die veränderte politische Stellung Ungarns Einfluß zu nehmen; der Bund Ungarns mit der europäischen Revolutionspartei duldete nicht mehr die Localisirung des Kampfes, er legte den Ungarn die Pflicht auf, den Kriegsschauplatz auszudehnen, ihn weit über die Landesgrenzen hinaus zu verpflanzen. Diese Absicht deutete Görgei's Proclamation vom 29. April an, sie wurde auch durch die Aufstellung eines Armeecorps an der galizischen Grenze bestätigt, welches wenigstens in den Augen der Polen die Bestimmung empfing, den Aufstand in Galizien anzufachen, auch polnische Führer wie Dembinski und Wysocki an seiner Spitze besaß. Nicht die revolutionäre Pflicht allein gebot den Krieg zunächst in die benachbarten österreichischen Provinzen zu tragen, auch die Gelegenheit reizte dazu. Alle Welt erwartete nach dem Entsatze von Komorn, dem fluchtähnlichen Rückzuge der Oesterreicher aus Pesth, daß Görgei die Trümmer der österreichischen Armee unausgesetzt verfolgen, die Grenze überschreiten, einen Anschlag auf Wien wagen werde. Selbst die Wiener Regierung blieb nicht sorgenfrei und

*) Die Romanen in Oesterreich. II. S. 27.

traute in der That den Magyaren die Verwegenheit zu, den Krieg auf das deutsch-österreichische Gebiet zu verpflanzen. Vollends von den radicalen Magyaren wurde dieser Plan als sicher im Erfolge und leicht in der Ausführung gepriesen, und daß er aufgegeben wurde, an die Stelle des Marsches auf Wien die Belagerung von Ofen trat, als das verhängnißvollste Ereigniß für Ungarn dargestellt.*) Niemand wollte daher die Schuld an seinem Scheitern tragen.

Görgei entschuldigt den Aufschub der Operationen nach dem Entsatze von Komorn durch den vollkommenen Munitionsmangel. Als dieses Hinderniß beseitigt war, entschied der formelle Befehl Kossuth's und Klapka's eindringlicher Rath, daß gegen das militärische Gewissen Görgei's und seines Generalstabchefs die Verfolgung des Feindes eingestellt, Ofen als das nächste und wichtigste Operationsobject festgehalten wurde.**) Klapka dagegen macht Görgei's Ehrgeiz, durch eine bequeme und doch glänzende Waffenthat seine Volksthümlichkeit zu krönen, für die Veränderung des Kriegsplanes verantwortlich***) und auch Kossuth†) klagt in bitteren Worten über Görgei's Ungehorsam, welcher allein es verschuldet, daß nicht „Wien einer reifen Frucht gleich in die Hände der Ungarn fiel." Daß Kossuth die Eroberung von Ofen gerne gesehen, den Angriff auf die Festung empfohlen, läßt sich nicht wegleugnen. Er verlangte freilich auch gleichzeitig die Verfolgung Welden's und des Banus, hielt die ungarische Armee stark genug, um drei verschiedenen Zwecken zu genügen. Der Irrthum, in welchem er sich in dieser Hinsicht befand, spricht ihn nicht frei von dem Vorwurf, Görgei einen Vorwand zur Abbrechung der kräftigen Operationen an der oberen Donau geliefert zu haben. Denn auch Görgei's Lust, das Kriegstheater nach Oesterreich zu spielen, hatte sich rasch abgekühlt, wenn sie ihn überhaupt jemals

*) Szemere, Charakterskizzen. II. S. 68. „Zwei Hauptfehler wurden im Feldlager von Seiten der Ungarn begangen. Beide an der österreichischen Grenze; der eine im October 1848, als wir hinter Jellačić nicht sogleich nach Wien drangen; der andere im Mai 1849, als wir nach Ofen zurückkehrten, statt nach Wien zu eilen.

**) Görgei, Mein Leben und Wirken. II. S. 56.

***) Klapka, Memoiren. S. 4.

†) Kossuth, Die Katastrophe von Ungarn. Leipzig 1849. S. 8. „Dem fliehenden Jellačić gestattete Görgei unangefochten nach dem Süden zu eilen mit seinen 12,000 Mann, die man sammt und sonders gefangen nehmen konnte; und was das Aergste, während ich ihm befahl, gegen Ofen blos ein Armeecorps von 8 bis 10,000 Mann zu senden, mit 30,000 aber die geschlagenen Oesterreicher rastlos zu verfolgen, that er verkehrt, sendete er nur 10,000 Mann zur Verfolgung des Feindes, hinter Jellačić aber nicht einen Mann, dagegen begann er mit 30,000 Mann die Belagerung von Ofen." Wie es möglich war, mit derselben Armee gleichzeitig gegen Jellačić und Welden zu operiren, darüber läßt Kossuth uns im Dunkeln.

ernstlich angewandelt hatte. Er theilte nicht den revolutionären Standpunkt, von welchem aus der Zug nach Wien allerdings geboten erschien, sondern hielt noch an der nationalen Politik fest, welche Ungarns Selbständigkeit mit seiner Isolirtheit gleichbedeutend nahm und mit der Befreiung des Landes von allen österreichischen Truppen den Krieg geschlossen dachte. Sich in die Angelegenheiten der anderen Provinzen zu mischen, die revolutionäre Bewegung dorthin zu verpflanzen, widerstrebte seinen persönlichen Anschauungen und widersprach überhaupt der ungarischen politischen Tradition. Er sträubte sich um so weniger, den Angriff auf Ofen zu wagen, als er wie alle ungarischen Führer den Glauben hegte, die Festung durch einen Handstreich ohne Verlust an Zeit und Truppen nehmen zu können.

Görgei wurde seines Irrthumes bald inne. Am 3. Mai hatte er vor Ofen Stellung genommen, in Raab nur Pöltenberg mit einem einzigen Armeecorps zurücklassend. Eine dreistündige Kanonade aus Feldgeschützen übte auf die Festungswerke eine ebenso geringe Wirkung, als die Aufforderung zur Uebergabe auf den tapferen Commandanten Hentzi. Auch die folgenden Versuche, sich ohne eine förmliche Belagerung Ofens zu bemächtigen, erwiesen sich fruchtlos. Jetzt freilich mahnte Klapka ab und klagte Kossuth über das unsinnige Unternehmen; nachdem es aber einmal begonnen, hielt es Görgei mit seiner Ehre unvereinbarlich, unverrichteter Dinge wieder von Ofen abzuziehen. Er ließ von Komorn grobes Geschütz kommen und begann am 15. Mai Bresche zu schießen. Hentzi erwiederte nicht allein das Feuer der Belagerer, sondern bombardirte auch Pesth, obgleich von der Pesther Seite kein Angriff geschah und die billige Voraussetzung hier herrschte, ein österreichischer General werde nicht muthwillig eine wehrlose Stadt, welche er denn doch als eine kaiserliche ansehen mußte, in Brand stecken. Der erste Sturm, noch ehe eine Bresche geöffnet war (16. Mai) unternommen, mißlang, erst ein zweiter Sturm (21. Mai) brachte die Festung nach schwerem blutigem Kampfe, in welchem Hentzi fiel, in die Hände der Magyaren. Der Jubel über die Eroberung von Ofen und den Wiederbesitz des alten Königsschlosses war groß, beinahe noch größer, als am 24. April, an welchem Tage sich zuerst nach dem Abzuge der Oesterreicher Husaren in den Straßen von Pesth gezeigt hatten und im Triumphe blumenbekränzt umhergeführt worden waren. Kossuth hielt am 6. Juni seinen feierlichen Einzug, eine glänzende Illumination wurde ihm zu Ehren veranstaltet, die Rückkehr des Parlamentes nach Pesth, gleichzeitig freilich auch seine Vertagung auf zwei Monate angeordnet, kurz einige Zeit so gelebt, als wäre das Schlimmste überstanden, die Rückkehr zu friedlichen Zuständen nahe bevorstehend. Um so bitterer war die Enttäuschung. Görgei hatte in einem Berichte an den

Landesgouverneur im Angesichte der brennenden Häuser von Pesth geschrieben: „Hentzi hat die Fackeln zur Leichenfeier der habsburgischen Dynastie angezündet.“ In Wahrheit aber hatte er durch die langwierige opferreiche Belagerung von Ofen der Revolution das Grab gegraben, dem Feinde die Muße verliehen, sich zu rüsten, zu sammeln und durch die bloße Uebermacht die Gewißheit des Sieges zu gewinnen.

2. Der Sommerfeldzug in Ungarn.

Die Unabhängigkeitserklärung vom 14. April erscheint bei einer retrospectiven Betrachtung als die That der Verzweiflung einer extremen radicalen Partei. Kossuth und seine Freunde sahen sie natürlich nicht in demselben schlechten Lichte an, hofften vielmehr, die Unabhängigkeit Ungarns durchführen zu können, unter den zwei Voraussetzungen, daß die ungarischen Heere keinen anderen Feind als Oesterreich bekämpfen und daß Oesterreichs militärische Kraft dauernd in Italien werde gebunden werden. Die eine wie die andere Erwartung wurde durch die Ereignisse widerlegt. Zur guten Stunde für den Kaiserstaat, als wollte das Schicksal der zweifelnden Welt von neuem das ewige Bündniß Oesterreichs mit dem Glücke überzeugend vor die Augen bringen, endigte im März 1849 der italienische Krieg in unerwartet glänzender Weise. Sieben Monate waren seit der Wiedereroberung Mailands und dem Abschlusse eines Waffenstillstandes zwischen Sardinien und Oesterreich verflossen. Die Hoffnung einer friedlichen Lösung der italienischen Frage, eines wirklichen Erfolges der vielgenannten Mediation hatte Niemand ernstlich gehegt, und wenn dieses ein vertrauensseliger Mann einen Augenblick gethan, sie längst wieder aufgegeben. Gegenseitige Anklagen, leidenschaftliche Vorwürfe wurden gleich am Tage nach dem Waffenstillstande laut und wiederholten sich seitdem mit ununterbrochener Regelmäßigkeit. Jede Partei beschuldigte die andere, die Bedingungen des Waffenstillstandes verletzt zu haben, es überhaupt mit dem Friedenswunsche nicht ehrlich zu meinen. So war es auch, so mußte es sein, so lange Venedigs Schicksal noch unentschieden schwebte, die Hälfte Italiens bereits der Reaction verfallen war, während in der anderen die extreme revolutionäre Partei die Zügel führte, so lange sowohl Oester-

reich wie Sardinien von der nächsten Wendung der Ereignisse das Höchste erreichen zu können glaubten, jenes die Wiederkehr seiner Herrschaft über die ganze Halbinsel, dieses das Zusammenbrechen des wankenden Kaiserstaates. Daher ließ Sardinien Venedig nicht gänzlich fallen, unterstützte es die ungarischen Bestrebungen und duldete die radicale Agitation im eigenen Lande. Aus dem gleichen Grunde blieb auch die Mediation Frankreichs und Englands ohne Erfolg und war der Brüsseler Congreß ein todtgeborenes Unternehmen. Die vermittelnden Mächte wollten den Frieden Europa's nicht preisgeben, Oesterreich die Basis der Verträge von 1815 nicht verlassen, Sardinien und das italienische Volk die Giltigkeit der letzteren nicht anerkennen. Eine solche Lage war auf die Dauer nicht haltbar. Soweit stimmten die italienische Actionspartei und der alte Radetzky überein, daß beide die Entscheidung durch Waffengewalt anriefen, beide mit Freuden den Tag begrüßten, an welchem (12. Mai) der allseitig drückende Waffenstillstand gekündigt wurde. Die Ereignisse rechtfertigten nur die Freude Radetzky's und der Oesterreicher. Radetzky's Wunsch, in seinem herben Kriegsmanifest ausgesprochen, in Turin die Friedensverhandlungen weiter zu führen, ging zwar nicht wörtlich in Erfüllung; der Widerstand der sardinischen Armee aber war es wahrlich nicht, was ihn daran hinderte. Am 20. März überschritten die österreichischen Truppen siegesgewiß den Ticino, am 21. erstürmten sie Mortara und bedrohten die Rückzugslinie des Feindes, am 23. schlugen sie bei Novara die sardinische Armee, trotz des hartnäckigen Widerstandes, welchen dieselbe wenigstens am Anfange der Schlacht den Oesterreichern entgegen stellte, so vollkommen auf das Haupt, daß an eine Fortsetzung des Kampfes nicht mehr gedacht werden konnte. Die Kunde von der Eröffnung des Feldzuges, jene von dem entscheidenden Siege der Oesterreicher, von der Thronentsagung Carlo Alberto's und dem Abschlusse eines neuen Waffenstillstandes unter demüthigenden Bedingungen für Sardinien kamen beinahe gleichzeitig nach Wien. Die Nachrichten thaten doppelt wohl. Sie ließen die Hiobsposten, welche allmälich aus Ungarn anlangten, mit größerer Ruhe vertragen, weckten das in der letzten Zeit arg erschütterte Selbstgefühl und das Vertrauen zu den Machtmitteln der Regierung und gestatteten derselben, nun ihre ungetheilte Kraft auf die Bändigung der ungarischen Revolution zu richten.

Wer die Begebenheiten im Zusammenhange betrachtet und mit dem Blicke verweilend spätere Ereignisse mit den hier geschilderten Thatsachen verknüpft, wird den wunderbar schnellen Sieg der österreichischen Truppen nicht heilbringend für den Staat finden. Ganz abgesehen von dem beklagenswerthen Uebermuthe, welcher sich einzelner Armeekreise bemächtigte und zu völliger Verkennung der Stellung des Heeres im Staate diente, gewöhnte man sich in Oesterreich daran, das italienische Volk zu verachten, den scheinbar ohnmächtigen Haß desselben geradezu herauszufordern,

und die eigenen italienischen Provinzen als Feindesland zu behandeln, welches kraft des Eroberungsrechtes von Oesterreich besessen und nur dadurch bei demselben erhalten wird, daß die rauhe Hand des Eroberers stets dasselbe drückt. Bis zum Jahre 1849 konnte man die Behauptung der Lombarden, daß sie sich in Oesterreich fremd fühlen, als eine Aeußerung des nationalen Fanatismus deuten, zu welchem die Maßregeln der Regierung nicht berechtigten. Wenigstens betonte die letztere immer und überall ihren Wunsch, sich auch die Herzen der italienischen Unterthanen zu gewinnen. Seit der Niederlage der italienischen Revolution offenbarte die österreichische Regierung selbst ihren Unglauben, die Lombarden organisch dem großen Reiche einordnen zu können. Jeder Tagesbefehl des alten Marschalls, jede Bewegung der Truppen, die Handlungen der Soldaten und die Reden der Officiere, jede administrative Verordnung und namentlich jede Finanzmaßregel*) bewiesen, daß die Regierung das Land als ein gewaltsam occupirtes ansah, aus welchem der möglichst größte Vortheil gezogen werden müsse, da man der Zukunft nicht sicher ist. Es wurde weder der gute Wille der Bewohner begehrt noch die Capitalkraft des Landes geschont, Alles geschah, was die Entfremdung des Volkes auf den höchsten Grad steigern konnte.

Das stets zur Schau getragene Bewußtsein des unüberwindlichen Siegers machte Oesterreichs Stellung in Italien auf die Dauer unhaltbar, augenblicklich aber bildete der Ruhmesglanz, welchen Radetzky's Armee sich erworben hatte und auf welchen jedes einzelne Glied derselben Anspruch erhob, eine mächtige Hilfe gegen die Ungarn. Die österreichische Armee in Ungarn hatte das Vertrauen zu ihrem Führer verloren. Man holte nun die Feldherren aus Radetzky's Schule herbei und gab den Soldaten ihre Siegeszuversicht zurück. Ob die Clam und Schwarzenberg, Lichtenstein und Wohlgemuth ihre Vorgänger im Commando an Begabung wirklich übertrafen, bezweifeln die Fachmänner, genug daß es geglaubt wurde. Jedenfalls war die Wahl des neuen, auch aus den Reihen der italienischen Armee geholten Oberbefehlshabers ein glücklicher Griff.

Der Name Baron Haynau sagte Freund und Feind, daß jetzt wilde Energie und rücksichtslose Verfolgung des einmal festgestellten Zieles die österreichische Action charakterisire, daß Schonung, maßvoller Verstand, mit Milde gepaarte Klugheit, und ähnliche Worte von nun an

---

*) Jacini in seinem trefflichen Buch über den Grundbesitz und das Landvolk in der Lombardei (deutsche Uebersetzung), Wien 1857. S. 125 sagt: „Die Lombardei, welche den dreißigsten Theil der Oberfläche des österreichischen Kaiserthums bildet und 1/4 der Bevölkerung desselben zählt, leistet 1/9 der Gesammtausgaben der Monarchie, und der lombardische Boden, der wegen natürlicher Hindernisse beinahe nur zur Hälfte angebaut ist, trägt 1/6 der Grundsteuer des ganzen Staates." Diese Daten sind nicht widerlegt worden.

Sinn und Bedeutung verlieren werden. Männer vom Schlage Haynau's kommen in revolutionären Zeiten nicht selten vor; sie stehen aber dann gewöhnlich auf der Seite der Bewegung, sind bemüht, durch die Herrschaft des Schreckens zu erreichen, was durch Begeisterung und Freiheitsliebe nicht gewonnen werden konnte, und heißen Terroristen. In seinem Auftreten mit diesen bis zur Verwechslung ähnlich, unterschied sich Haynau von ihnen nur dadurch, daß die Quelle seiner Schreckensthaten nicht immer Fanatismus, sondern häufig nur rohe Laune und ein an Wahnwitz grenzender Eigensinn war. Ein natürlicher Sohn des berüchtigten ersten Kurfürsten von Hessenkassel — mit einer gewissen Rebecca Ritter aus Schlesien erzeugt — hatte Haynau von seinem Vater die meisten Charakterfehler geerbt; er besaß wohl einen schärferen Verstand, die Eigenschaften seines Willens dagegen entbehrten vielleicht in noch höherem Grade der gesunden Entwickelung. Im fünfzehnten Jahre in einem österreichischen Regimente untergebracht, machte er sich bald durch seine Tapferkeit, gleichzeitig auch durch seinen unbeugsamen Trotz und seine Unfähigkeit zu gehorchen bekannt. Die Zahl seiner Conflicte mit Vorgesetzten überragte weit die Summe seiner Dienstjahre. Mit der ganzen Welt zerfallen, ohne Amt und Beschäftigung lebte der Feldmarschalllieutenant 1847 in Graz. Er wäre hier im Ruhestande im Rufe eines geschickten aber unverträglichen Officiers gestorben, hätte nicht der italienische Krieg ihm eine neue Laufbahn eröffnet. Der alte Radetzky kannte das Maß seiner Fähigkeiten und wußte von denselben den rechten Gebrauch zu machen. Er übergab ihm 1848 das Commando in Verona, wo ein entschlossener selbständiger Mann an seinem Platze war, und übertrug ihm im zweiten italienischen Feldzuge die Ueberwachung der unruhigen lombardischen Städte. Die blutige Unterdrückung des Aufstandes von Brescia bewies, daß die Wahl abermals den richtigen Mann getroffen hatte, welcher das rücksichtslose Wesen bis zur Grausamkeit trieb und durch Verbreitung eines unerhörten Schreckens jedes weitere revolutionäre Gelüste im Keime zerbrach.

Die in Italien vollbrachten Thaten empfahlen ihn als Oberbefehlshaber in Ungarn, von welchem Amte Welden schon im Mai wieder zurückgetreten war. Ob Ungarn nach dem Schlusse des Krieges noch viele blühende Städte und zahlreiche Einwohner zählen werde, war bei der Kampfweise Haynau's nicht gewiß, wohl aber verbürgte seine militärische Tüchtigkeit und Energie das möglichst rasche und siegreiche Ende des Krieges. So weit ließ sich gegen Haynau's Bestallung nichts einwenden. Der Eindruck, welchen Haynau's Ernennung bei den Feinden Oesterreichs hervorrief, bewies am besten, daß sich die Regierung in ihrer Wahl nicht vergriffen habe. Desto unbegreiflicher mußte es Jedermann erscheinen, daß das Ministerium Haynau's Wirksamkeit nicht auf das eigentliche Kriegscommando beschränkte, sondern uneingedenk der Schwie-

rigkeiten und Gefahren, welche die Ausnahmestellung des Fürsten Windischgrätz der Regierung bereitet hatte, auch Haynau mit unumschränkten Vollmachten (30. Mai) versah. Es handelte nicht allein inconsequent. Das Centralisationssystem, kaum in das Leben eingeführt, wurde durch diese Militärdictaturen empfindlich verkürzt, überdies das Ansehen des Ministeriums unmittelbar verletzt. Während ein kaiserliches Handschreiben dem Feldherrn einen „Civiladlatus" in der Person des Freiherrn Geringer setzte und denselben auf eine Ministerialinstruction verwies, verpflichtete ein anderes Handschreiben die Einwohner Ungarns „jeden Standes und Ranges" zu unbedingtem Gehorsam gegen Haynau, verlieh demselben geradezu die Gerechtsame eines Souverains. Aber abgesehen von dem principiellen Widerspruche war die Individualität des Feldherrn durchaus nicht für die Uebernahme einer politischen Rolle geeignet. Die Regierung ließ sich nicht durch die treffende Charakteristik warnen, welche Radetzky von seinem Kameraden lieferte: „Haynau ist wie ein Rasirmesser; hat man es gebraucht, muß man es sofort in das Futteral legen"; sie wußte, daß Haynau in manchen Beziehungen für unzurechnungsfähig gelten durfte; sie kannte seinen krankhaften Eigensinn, seine brutale Wildheit, sie mußte von seiner Spielwuth auf seine Unfähigkeit, die Leidenschaften zu beherrschen, schließen, und wenn sie auch seine Grausamkeit an und für sich nicht tadelnswerth fand — es läßt sich ihm in der That nichts vorwerfen, was nicht auch andere österreichische Generale als Schuld auf sich geladen hatten; Frauen peitschen zu lassen, fand auch Radetzky nicht barbarisch — so mußte doch die Brutalität, mit welcher er sich seiner grausamen Thaten rühmte, die frivole Freude, die er darüber empfand, als Vogelscheuche und Knecht Ruprecht sich geschildert zu sehen, seine staatsmännische Begabung in bedenklichem Lichte erscheinen lassen. Daß man einem solchen Manne die Entscheidung über das Wohl und Wehe von Millionen übertrug, von Haynau's Laune das Schicksal Ungarns abhängig machte, ist eine der sträflichsten Handlungen des Ministeriums Schwarzenberg. Die Strafe blieb auch nicht aus. Der Gerichtsherr und Administrator Haynau entfremdete Oesterreich die öffentliche Meinung Europa's und machte es der Regierung unmöglich, im passenden Zeitpunkte die Versöhnung mit der Mehrheit des ungarischen Volkes zu suchen. Noch am 20. März hatte Fürst Windischgrätz zugesagt, daß „der freie Wirkungskreis der ungarischen Landesgesetzgebung, soweit die Rücksicht auf die Reichseinheit gestattet, unangetastet bleiben solle," er hatte auf die Rechtscontinuität angespielt, die „Zugeständnisse des Kaisers im Frühlinge 1848" als den Ausgangspunkt der politischen Reform bezeichnet und den Zusammentritt des Landtages gleich nach hergestelltem Frieden verkündigt.*) Daß nur auf diesem Wege, durch die

*) Figyelmező (das officiöse Blatt in Pesth während der österr. Occupation) v. 4. April.

Verbindung mit der gemäßigten Partei, welche Kossuth vollkommen in den Hintergrund gedrängt hatte, die Versöhnung und der innere Frieden erreicht werden konnte, ist ebenso gewiß, wie das Andere, daß Haynau's weit über die Kriegsdauer ausgedehnten Vollmachten diesen Weg zu betreten verhinderten.

Die glänzenden Siege Radetzky's in Italien gestatteten den Wechsel der Führer bei der Armee in Ungarn ziemlich vollständig durchzuführen. So willig aber auch Radetzky war, die Generäle seines Heeres auszuleihen, so spröde that er, wenn es sich um ein einziges Regiment handelte. Für die entlassenen Officiere glaubte er ohne Mühe gleich guten Ersatz finden zu können, die erprobten Soldaten hingegen hielt er für unersetzlich. Die Wiener Regierung wollte aber in dem Kampfe mit den Magyaren vollkommen sicher gehen. Geschickte Feldherren ließen den günstigen Ausfall des Krieges hoffen, eine absolut erdrückende Uebermacht im Felde machte denselben gewiß. Auch an dieser Voraussetzung, daß Oesterreich keine Bundesgenossen finden werde, hatte Kossuth hartnäckig festgehalten, auch hier wurde er bitter enttäuscht.

Am 1. Mai kündigte die Wiener Zeitung amtlich die russische Intervention zu Gunsten Oesterreichs an. „Der Aufstand in Ungarn hat seit einigen Monaten eine solche Ausdehnung genommen und er zeigt in seiner dermaligen Phase so entschieden den Charakter einer Vereinigung aller Kräfte der europäischen Umsturzpartei, daß das Interesse sämmtlicher Staaten ein gemeinschaftliches ist, die österreichische Regierung in dem Kampfe gegen die Auflösung aller gesellschaftlichen Ordnung zu unterstützen. Aus diesem Grunde hat sich der Kaiser von Oesterreich bewogen gefunden, die benachbarte Hilfe Rußlands in Anspruch zu nehmen, und selbe ist ihm vom Kaiser Nicolaus mit edelster Bereitwilligkeit sofort und in dem ausgedehntesten Maße zugesichert worden." Einen ähnlichen Ton schlug auch das Manifest des Czaren, in der Petersburger Zeitung vom 11. Mai publicirt, an. Auch in diesem mit stolzem Selbstbewußtsein verfaßten Schriftstücke wird der ungarische Aufstand als ein Glied der allgemeinen europäischen Revolution geschildert, die Verpflichtung aller geordneten Regierungen, zur Unterdrückung desselben beizutragen, anerkannt, die russische Intervention aber noch dadurch gerechtfertigt, daß sich „Banden polnischer Verräther aus dem Jahre 1831" den Magyaren beigesellt und der ungarischen Revolution auf diese Weise eine Rußland feindselige Richtung verliehen haben. Es ist kein Grund vorhanden, zu bezweifeln, daß sich Kaiser Nicolaus in der That als den Retter der conservativen Interessen Europa's betrachtete und von diesem Standpunkte die Sache Oesterreichs zur eigenen machte. Das bekannte Manifest, welches der Czar bald nach dem Ausbruche der Februarrevolution (14. März 1848) gegen die Heiden in Europa erließ, deutete bereits den krankhaften Zustand des russischen Selbstherrschers an, und was sich seitdem auf dem

Continente zutrug, mußte ihn nur in dem Wahne bestärken, er halte unter allen Fürsten allein die Macht eines wahren Königs in seinen Händen. Welches Ziel verfolgte aber der russische Kaiser außer seinen ritterlichen Intentionen? Die Worte, welche ihm einige Jahre später in der Unterredung mit dem Lord Seymour entschlüpften: „Wenn ich von Rußland spreche, spreche ich zu gleicher Zeit auch von Oesterreich," weckten den Glauben, als ob sich Oesterreich zu einer solidarischen Politik verpflichtet und namentlich in der orientalischen Frage seine Interessen den russischen Wünschen blind untergeordnet hätte. Bindende Verabredungen wurden gewiß nicht getroffen, die Petersburger Regierung sah aber bereits in der Thatsache, daß das Haus Habsburg sich ohne die russische Hilfe für verloren erachtete, die Abdication von politischer Selbständigkeit, welche in ihren Augen die Stelle einer förmlichen Zusage vertrat. Sie that wenigstens Alles, um Oesterreich seine Abhängigkeit von der russischen Macht fühlen zu lassen.

Die ersten Andeutungen, daß Rußland Hilfe zu bieten bereit sei, die ersten vertraulichen Eröffnungen, daß Oesterreich der äußeren Unterstützung wohl bedürfen werde, um die Anarchie siegreich zu bekämpfen, fallen in den Monat Mai 1848 und knüpfen an die Flucht des Kaisers von Wien nach Innsbruck an. Ihr näherer Inhalt entzog sich natürlich der öffentlichen Kenntniß; ist doch selbst über die späteren officiellen Verhandlungen trotz mannichfacher lockender Anlässe von keiner Partei Genaueres mitgetheilt worden. Im März 1849*) richtete das Wiener Ministerium die Bitte nach Petersburg, russische Truppen an der Grenze aufzustellen, damit diese im Nothfalle die österreichischen Armeeabtheilungen unterstützen; als Siebenbürgen aufgegeben werden mußte, ließ es das weitere Gesuch um den Einmarsch von 30,000 Russen in Siebenbürgen folgen und als die Nothwendigkeit eintrat, Ungarn zu räumen, sogar Wiens Sicherheit bedroht erschien, bat es um den beschleunigten Einmarsch der Russen in Ungarn; unter allen auch den mißlichsten Umständen ging Oesterreichs Wunsch nur auf die Sendung eines Auxiliarcorps, welches der österreichischen Armee ihre Aufgabe erleichtern, aber keineswegs abnehmen sollte. Eine so beschränkte Rolle wollte aber die russische Regierung nicht übernehmen. Kaiser Nicolaus erklärte seine Bereitwilligkeit zu helfen, behielt sich aber vor, die Stärke des Auxiliarcorps selbst zu bestimmen, und verweigerte die Unterordnung desselben unter österreichische Führer. Die Noth der Wiener Regierung gestand ihm nicht allein dieses zu, sondern gewährte auch die noch demüthigendere Forderung, daß die russische Armee, vom greisen Feldmarschall Paskiewitsch commandirt, stets concentrirt und auf einer einzigen Linie

---

*) Bericht über die Kriegsoperationen der russischen Truppen gegen die ungarischen Rebellen, nach officiellen Quellen zusammengestellt von H. v. N. Berlin 1851.

operirend, gewissermaßen als das Hauptheer auftrete, neben welchem die österreichische Armee schon durch die kleinere Truppenzahl in ihrem Ansehen und ihrer Bedeutung herabgedrückt wurde. Es ist begreiflich, daß man in Wien nur zögernd und nur, weil die eigene Hilflosigkeit nicht duldete, dem Bundesgenossen Bedingungen vorzuschreiben, auf dieses Verhältniß einging. Es läßt sich aber auf der andern Seite auch nicht leugnen, daß das massenhafte Auftreten der Russen gleich von allem Anfange den Erfolg des Feldzuges entschied und für jeden Magyaren den unheilvollen Ausgang des Kampfes sofort gewiß machte.

Die bloße Ankündigung der russischen Hilfe verbreitete in Ungarn einen panischen Schrecken. So lange es möglich war, wurde die Thatsache der russischen Allianz hartnäckig bestritten. Groß gedruckt brachten die ungarischen Zeitungen die Nachricht, daß sich die beiden Mächte über die Bedingungen des Bündnisses nicht einigen konnten, die russische Hilfe zurückgewiesen sei. Auf die Dauer ließ sich diese Selbsttäuschung nicht durchführen. Am 17. Mai kündigte der Közlöny die russische Intervention an. Aber auch jetzt noch war der Schatz der Beruhigungsmittel nicht erschöpft. Ob die Siegeskraft der Honvéd und die Unmöglichkeit selbst für Gott, den österreichischen Thron wieder herzustellen, wie der Közlöny versicherte, die Volksmassen beschwichtigte, steht dahin. Desto williger glaubten sie an eine europäische Verwickelung, an einen allgemeinen europäischen Krieg als die nothwendige Folge des russischen Einmarsches und knüpften daran die günstigsten Schlüsse für die nationale Sache. Zahlreiche Gerüchte tauchten als Vorboten des bevorstehenden Umschwunges der Dinge auf. Bald hörte man von der Ankunft sardinischer Agenten in Debreczin, denen leider die officielle Beglaubigung fehlte; bald erzählten die Zeitungen, Radetzky habe, in seiner Soldatenehre durch die Anrufung russischer Hilfe gekränkt, seine Demission gegeben; als sichere Thatsache wurde verbreitet, daß die französische Republik die ungarische Schwester anerkannt habe, 100,000 Franzosen bereits am linken Rheinufer stehen, ein Einfall der Franzosen in Italien in den nächsten Tagen zu gewärtigen sei. Kossuth widersprach dem ermuthigenden Glauben an eine diplomatische Mediation zu Gunsten Ungarns nicht, obgleich die Berichte aller Agenten ihm die Grundlosigkeit dieser Hoffnungen längst gezeigt hatten.*)

Die europäischen Mächte verweigerten beharrlich die Anerkennung der ungarischen Republik, die Regierungen der größeren Staaten wagten keinen einzigen Schritt, welcher den europäischen Frieden gefährdet hätte. Graf Teleki in Paris, von dem enthusiastischen Ungarnfreunde Aug. Gerando und von Fr. Szarvady kräftig unterstützt, entwickelte eine reiche publicistische Wirksamkeit. Die Mehrzahl der Pariser Zeitungen ergriff

*) Vgl. Chassin et Iranyi p. 462—484.

für Ungarn Partei, die Demokraten in der Nationalversammlung ermüdeten nicht, im Interesse der Magyaren Anträge zu stellen, Professor Michelet donnerte täglich in seinen Vorlesungen gegen die russische und österreichische Tyrannei. Aber weder die Regierung Cavaignac's noch jene des Präsidenten der Republik erklärte Oesterreich den Krieg. Die gleiche Fruchtlosigkeit hatten Szalay's und Pulszky's Werbungen bei dem britischen Cabinete. Szalay war, nachdem seine Frankfurter Mission durch Schmerling's Weigerung, mit ihm den amtlichen Verkehr fortzusetzen, ihr Ende erreicht hatte, nach London gegangen, in der Hoffnung, die Vermittelung der englischen Regierung in dem Streite zwischen Ungarn und Oesterreich zu gewinnen. Seine Instructionen wiesen ihn an, die Wahlverwandtschaft zwischen der ungarischen und englischen Verfassung zu betonen, gewissermaßen das Familieninteresse Englands anzurufen und daran zu erinnern, daß England unter der Königin Anna zur Zeit der Rákoczyunruhen bereits eine ähnliche Rolle gespielt habe. Als Szalay (11. December 1848) bei Lord Palmerston eine Audienz ansuchte, erhielt er zur Antwort, daß jede politische Mittheilung über Ungarn nur durch den österreichischen Geschäftsträger, Baron Koller, entgegengenommen werden könne. Keines besseren Erfolges konnte sich Szalay's Nachfolger, der frühere Unterstaatssecretär Pulszky rühmen. So willig sich ihm die Privatsalons öffneten, so hartnäckig blieb ihm die Thüre des Foreign office verschlossen. In dem Entschlusse, sich in die continentalen Angelegenheiten nicht zu mischen, machte selbst die Nachricht von der russischen Intervention Palmerston nicht wankend. Er beklagte in seiner Depesche an den englischen Geschäftsträger in Petersburg die Ursachen der Intervention, fürchtete ihre Folgen, fand aber „die Umstände nicht darnach angethan, ein Urtheil über die Ereignisse zu fällen." *)

Die Haltung Englands und Frankreichs bestimmte auch die Politik der Pforte. Dieselbe war an sich ungarnfreundlich gesinnt. Die Gegner der Magyaren waren dieselben Menschen, welche als die natürlichen Erben der Pfortenherrschaft auftraten, die Besiegung der Magyaren erschien als der erste Schritt zur Gründung eines südslawischen Reiches, neben welchem für die alte Türkei kein Raum vorhanden war. Die Benutzung der Walachei als Operationsbasis für die intervenirende Armee galt überdies mit Recht als Verletzung der vertragsmäßigen Neutralität und gab der Pforte begründeten Anlaß zur Beschwerde. Da aber die letztere von Frankreich und England nicht unterstützt wurde, so hütete sich die schwache Pfortenregierung, ihrem Unmuthe offenen Ausdruck zu leihen. Der ungarische Agent in Constantinopel, Graf Julius Andrássy, fand bei einzelnen Ministern eine freundliche Aufnahme, unter der Hand empfin-

*) Correspondence relative of the affairs of Hungary, presented to both houses of Parliament 15. Aug. 1850. Nro. 179.

gen die Magyaren mannichfache Beweise der türkischen Sympathien, aber die so sehnlich herbeigewünschte europäische Verwickelung wollte auch in der Türkei nicht ihren Ausgangspunkt nehmen. Kein besseres Schicksal als die Gesandtschaften nach Frankfurt, Paris und London hatten die anderen Missionen, welche der überaus rührige Kossuth ausrüstete. Pastor Wimmer, mit Rücksicht auf die theologischen Liebhabereien des Preußenkönigs als Agent nach Berlin gesendet, kam hier nur mit der Polizei, aber nicht mit dem Hofe und dem Ministerium in Berührung; Beöthy, bestimmt sich mit den liberalen Parteien in den Donaufürstenthümern zu verständigen, konnte den russischen Militärcordon nicht durchbrechen, Bukarest war für ihn eine blockirte Stadt, ähnlich wie für Horace Mann, den Gesandten, welchen die nordamerikanischen Freistaaten nach Pesth abgeordnet hatten, dieses unnahbar blieb. Der sardinische Agent Monti kam nach langen Irrfahrten in Ungarn erst in dem Zeitpunkte an, als die Schlacht bei Novara bereits geschlagen und der Frieden zwischen Sardinien und Oesterreich eingeleitet war. Durch diese Zwischenfälle sank Monti zu einem bloßen Werbeofficier herab — er wurde mit der Organisation einer italienischen Legion betraut, ähnlich wie der ungarische Gesandte in Turin, Baron Splényi, seine Wirksamkeit auf die Unterstützung österreichischer Deserteure eingeschränkt sah. Der einzige Staat, welcher Ungarns Unabhängigkeit offen anerkannte und sich beeilte, mit Kossuth Verträge abzuschließen, war die venetianische Republik.*) Bereits am 20. April hatte Kossuth von Debreczin aus dem Dictator von Venedig die Gründung des ungarischen Freistaates angekündigt.

„Der Verrath der Dynastie, schrieb Kossuth, und namentlich die russische Intervention, von Oesterreich gegen seine eigenen Unterthanen angerufen, ließen den letzteren keine andere Wahl." Ein „General" Bratich, vorher und nachher nie wieder genannt, wurde mit ausgedehnten Vollmachten nach Venedig gesendet, um einen Allianzvertrag mit Venedig abzuschließen, gleichzeitig aber auch beauftragt, Kaperschiffe auszurüsten und der österreichischen Armee in Italien auf jede erdenkliche Art Abbruch zu thun. Der ungarische Gesandte konnte in das allseitig blockirte Venedig nicht mehr gelangen; in Ancona traf er mit Manin's Agenten Luigi Pasini zusammen und verabredete mit diesem eine Militärconvention, deren wichtigste Bestimmungen aber, wie z. B. jene über das Commando auf der ungarischen und venetianischen Kriegsflotte, jeder praktischen Bedeutung entbehrten.

Die Tage kamen und gingen; sie bestätigten die Kunde von dem russischen Einmarsche, belehrten über die Größe der Gefahr, sie vernichteten aber jede Hoffnung auf eine diplomatische Einsprache oder wohl gar

*) Documents laissés par Manin. II. p. 237 und 297.

eine Gegenintervention. So blieb denn Kossuth nur noch ein einziges Mittel der Abwehr übrig, die Entflammung des nationalen Fanatismus. Hatte es der Gegner auf die Vernichtung eines selbständigen Ungarn abgesehen, so sollte er erfahren, welche Kraft die Verzweiflung einem in seinem Dasein bedrohten Volke zuführe. Gleichzeitig mit einem feierlichen Proteste gegen die russische Invasion (18. Mai) veröffentlichte das Ministerium seinen Kreuzzugsplan.*) In allen Landschaften, wo der Feind einzubrechen droht, muß sich der Landsturm sammeln. Die Brücken werden zerstört, die Pässe verrammelt, alle Zugänge nach Ungarn unwegbar gemacht, alle Brunnen verschüttet, der Proviant von der Grenze weggeschafft. Um die Volksstimmung auf die Ereignisse vorzubereiten, die Masse der Nation mit den Kreuzzugsgedanken vertraut zu machen, wurde ferner ein ewiges Gebet in allen Kirchen, eine zweimalige Kriegspredigt in jeder Woche und ein allgemeiner Fasten- und Bußtag auf den 6. Juli angeordnet. Auch diese Maßregeln erschienen der Regierung nicht ausreichend, die Gefahr zu bannen. Einige Wochen später (27. Juni) erschien eine neue Proclamation an das ungarische Volk. „Wenn sich nicht die ganze Nation wie ein Mann erhebt, so ist alles Blut bisher umsonst geflossen. Wir sterben Hungers, wenn wir nicht siegen, da die wilden Russen überall die Ernte abmähen. Siegen wir dagegen, so befreien wir ganz Europa von unerträglicher Tyrannei. Vierundzwanzig Stunden nach Veröffentlichung dieses Manifestes hat sich jeder gesunde Mann mit Waffen zu versehen, wer kein Schießgewehr, kein Schwert hat, nehme Sense oder Hacke in die Hand. Hinter dem Rücken des Feindes schaart sich das Volk in Massen, greift auf, wen es packen kann, belästigt den Feind namentlich bei der Nacht, beunruhigt ihn, wenn kein anderes Mittel möglich, wenigstens durch unaufhörliches Sturmgeläute. Wie der Feind naht, wird jedes Dorf von seinen Bewohnern verlassen und dann angezündet." Der Cultusminister, Bischof Horváth, erließ noch eine besondere Instruction an den Clerus, worin er ihn aufforderte, da „die wilden Barbaren und heidnischen Horden nahen, so möge jeder Priester sich mit dem Kreuze waffnen und im gottesdienstlichen Gewande seine Gemeinde zum Kampfe führen."

Die Zeit, in welcher die Nation im Siegesjubel schwelgte, Kossuth selbst die größte Gefahr überstanden erklärte, war noch zu frisch in der Erinnerung, als daß die Aufforderung zu einem verzweifelten Kampfe auf Leben und Tod den rechten Erfolg hätte erringen können. Fanatische Gesinnung und ein ernüchterter Zustand reimen schlecht zusammen; in diesem letzteren befand sich aber die Mehrheit des Volkes. Die Reihe glänzender Siege, die Vertreibung des Feindes aus dem Lande, die Wie-

*) Közlöny Nr. 111. Der Kreuzzugsplan ist von Szemere ausgegangen, von Kossuth adoptirt worden.

dereroberung der Hauptstadt hatten keine Früchte getragen. Ließ sich von einem zweiten Feldzuge, auch wenn er ebenso ruhmreich ausfiel, Besseres erwarten? Die Mittel des Gegners waren weniger rasch erschöpft als die eigenen. Diese Ueberzeugung brach sich allmälich in weiten Kreisen Bahn und verbreitete eine allgemeine Entmuthigung. Es begann auch an Waffen zu fehlen. Im Anfange des Revolutionskrieges hatte man sich namentlich aus belgischen Waffenfabriken versorgt, jetzt bei der allseitigen Blockirung des Landes blieb die fernere Einfuhr ausgeschlossen; die alten Vorräthe waren aber verbraucht, die improvisirten heimischen Fabriken außer Stande, die nöthige Summe von Gewehren rechtzeitig zu liefern.

Noch schlimmer wirkte die steigende Geldnoth. Wie im übrigen Oesterreich hatte auch in Ungarn der ausschließliche Verkehr mit Papiergeld den Preis aller Waaren in die Höhe getrieben. Wenn auf der einen Seite die Gewohnheit der Naturalleistungen die Armeebedürfnisse — und auf diese schränkten sich eigentlich die öffentlichen Ausgaben ein — leichter beschaffen ließ, so gab doch auf der andern Seite die Abgeschlossenheit des Landes, der Mangel an Concurrenz die Regierung vollständig der Habsucht der Händler preis. Die kluge Mäßigung des Finanzministers in der Emission des Papiergeldes, dann der Umstand, daß wenigstens ein Theil des letzteren klingende Bedeckung besaß, verzögerten die rasche Entwerthung der ungarischen Banknoten, sie verhinderten sie aber schließlich doch nicht. Der Bauer sah mit Mißtrauen auf die Bons, mit welchen die revolutionäre Regierung seine Leistungen zahlte, seitdem er von den österreichischen Anweisungen auf die ungarischen Landeseinkünfte hörte und fürchten mußte, ein und dasselbe Capital solle zwei verschiedene Schuldposten decken. Der Städter fand Welden's Papiergeldverbot (20. Mai) ungleich kategorischer als die früheren Mandate und daß diesesmal die Sache werde ernstlich durchgeführt werden, wahrscheinlich. Als vollends die Nachricht von der russischen Intervention sich verbreitete, kam über die Pesther Kaufleute ein großer Schrecken. Wenn sie den Preis der Waaren noch so hoch trieben, bei der vollständigen Werthlosigkeit des Tauschmittels erzielten sie dennoch keinen Gewinn. Sie weigerten sich, das ungarische Papiergeld anzunehmen, und zeigten erst einen besseren Willen, als Kossuth sie vor ein Kriegsgericht zu stellen drohte.

Das ängstliche Berechnen der materiellen Kriegsmittel, das verzagte Urtheilen über die noch vorhandenen Streitkräfte drückte keine muthige Kreuzzugsstimmung aus, und hätte dieselbe auch im Volke sich geregt, die Uneinigkeit zwischen den Führern der Nation, die vollkommene Anarchie in den Regierungskreisen würde sie alsbald gedämpft haben. Alle Welt sprach schon damals von dem Widerstreite, der zwischen dem Gouverneur und dem Hauptfeldherrn der Magyaren herrschte, alle Welt hat seitdem diese Behauptung wiederholt und aus dem Zwiespalte zwischen Kossuth

und Görgei die folgenden Ereignisse, das Verhängniß Ungarns erklärt. Daß Kossuth und Görgei feindselige Gesinnungen gegen einander hegten, der letztere seit der Eroberung von Ofen seine Opposition gegen den Gouverneur, seinen Widerwillen gegen die bestehenden Zustände offen zur Schau trug, kann Niemand bestreiten. Die Zeugnisse dafür liegen in Görgei's Memoiren vor, und wenn auch Kossuth sich in den Schriften seiner Anhänger als den blind vertrauenden, betrogenen Mann schildern läßt, so beweisen doch seine Handlungen, daß er Görgei's Haß unverkürzt zurückzahlte.

Mit Ostentation wies Görgei die ihm für Ofens Eroberung zugedachten Ehren zurück, nicht weil seine bescheidene Natur äußerem Prunke widerstrebte, sondern weil er der Regierung Kossuth's keinen Dank schulden wollte. Görgei bemühte sich, in der Presse Stimmen zu gewinnen, mit Hilfe Nyáry's, Kazinczy's und anderer gemäßigten Männer eine antikossuthische Partei im Parlamente zu gründen, deren Programm die Zurücknahme des Beschlusses vom 14. April, die Wiederherstellung der alten Verfassung in sich schließen sollte. Die Thatenscheu der friedlichen Reichstagsminorität, die Abneigung gegen einen gewaltsamen Staatsstreich, welcher allein die Mittel darbot, Kossuth zu entfernen, endlich die Vertagung des Parlamentes vom 31. Mai bis zum 2. Juli vereitelten Görgei's Pläne. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als auf die ohnehin unzufriedene Armee zu wirken und mit ihrer Hilfe seine Absichten durchzusetzen, welches Spiel er um so leichter wagen konnte, als er in seiner Hand das Kriegsministerium und das Armeecommando vereinigte. Zwar hatte Kossuth ihm (20. Mai) Bem als Nachfolger im Commando bestimmt, aber Bem war noch entfernt und Kossuth nicht kühn genug, Görgei sofort zur Abgabe des einen oder anderen Amtes zu zwingen. Auf diese Art durfte Görgei hoffen, die gesammte Kriegsleitung zu centralisiren, auch die anderen Corpscommandanten seinem Willen unterzuordnen und seinen geheimen Plänen dienstbar zu machen, ohne seinen persönlichen Einfluß auf die ihm ergebene Donauarmee aufzugeben.

Der Widerstreit zwischen Kossuth und Görgei, zwar überaus peinlich und bedenklich, würde aber an sich noch nicht so verhängnißvolle Wirkungen geäußert haben, wenn er sich nicht auch zwischen den anderen Führern des Heeres wiederholt hätte. Bittere Klagen führte General Vécsey im Banate über Bem's Hochmuth und eigenmächtiges Verfahren, wozu den letzteren allerdings sein Privilegium, nur mit Kossuth zu correspondiren, leicht verleiten mußte. Unverträglich nennt Wisocky in seinen Memoiren Dembinski, beide sind von Bem's unlauteren Absichten überzeugt. Perczel auf dem südlichen Kriegsschauplatze erging sich in gröblichen Beschimpfungen gegen den provisorischen Kriegsminister Klapka und die Regierung überhaupt. Auf eine Mahnung der letzteren, durch

detachirte Corps seine Eroberungen zu sichern, antwortete er (15. Mai) folgendermaßen: „Das Schreiben des Kriegsministeriums, welches ebensowohl eine Unkenntniß des wahren Verlaufes der Dinge als eine Unerfahrenheit in den Regeln der Kriegskunst verrathet, habe ich nur mit Verachtung gelesen. Man verunglimpft mit unwissendem Hochmuthe meine Feldzüge und zwingt mich, irgend ein Mittel ausfindig zu machen, um mir vor den Augen der öffentlichen Meinung eine Genugthuung zu verschaffen, die meiner bürgerlichen Ehre und meinen militärischen Thaten entsprechen soll."*) Kossuth's unbefugte Einmischung in die Armeeleitung ist auch bei Klapka**) der Gegenstand bitterer Beschwerden, und daß selbst im Schooße des Ministeriums die Eintracht und das Vertrauen vermißt wurde, wird wenigstens nachträglich durch Szemere's Enthüllungen***) bezeugt. Krieg Aller gegen Alle schien das Losungswort zu bilden, Anarchie der Regierungsgewalten als das beste Schutzmittel gegen den vordringenden Feind zu gelten.

Aehnlich wie im Winterfeldzuge verzögerte sich auch jetzt auf österreichischer Seite der Beginn der Operationen. Es währte längere Zeit, ehe sich Oesterreich und Rußland über ihre Kriegspolitik einigten. Als dies endlich geschehen und der ursprüngliche Plan, nur vereinzelte russische Colonnen zur Unterstützung des österreichischen Hauptangriffes in das Land herabsteigen zu lassen, auf den Wunsch des Kaisers Nicolaus dahin geändert war, daß das russische Heer in geschlossener Masse die Karpathen durchbreche, vergingen wieder mehrere Wochen, ehe alle Vorbereitungen vollendet werden konnten. Die Dispositionen, welche Welden mit dem russischen General Berg am 1. Mai in Preßburg getroffen hatte, wurden bei der Zusammenkunft der Herrscher von Rußland und Oesterreich (21. Mai) wesentlich modificirt, gleichzeitig der Anfang der Feindseligkeiten um volle vier Wochen (von Mitte Mai auf Mitte Juni) verschoben. Dasselbe Verschleppungssystem hatte bei dem Beginne des Winterfeldzuges den Magyaren große Vortheile gebracht, ihnen die Vollendung ihrer Rüstungen, die Ausbildung ihrer Soldaten gestattet, jetzt diente es nur dazu, die Schwäche der revolutionären Regierung zu entlarven und das Schwankende und Unsichere in den ungarischen Kriegsplänen zu offenbaren. In einem am 12. Mai in Debreczin abgehaltenen Kriegsrathe wurde ein defensives Verhalten gegen den eindringenden Feind beschlossen. Nur in dem Falle, daß die sichere Aussicht vorhanden war, an dem einen oder dem anderen Punkte eine überlegene Kraft zu ent-

---

*) Geheimarchiv der ungarischen Revolution. Pesth 1850. Nr. 2.

**) Klapka, Memoiren. S. 43.

***) Szemere, Politische Charakterskizzen. 1853. Das dritte Heft ist ausschließlich dem Zwecke, Kossuth's Unfähigkeit und Unwürdigkeit zur Regierung zu beweisen, gewidmet.

wickeln, sollte zum Angriffe übergegangen werden. Zu diesem Ende wurde jedem einzelnen Corps befohlen, in steter Verbindung mit dem nächststehenden zu bleiben, nach Bedürfniß dasselbe heranzuziehen oder zu unterstützen, die oberste Leitung des Kampfes blieb dem Kriegsministerium vorbehalten.

Dieser von Klapka entworfene Plan zeigte sich in vielfacher Beziehung in die Luft gebaut. Er war auf die Verschleppung des Krieges bis in die günstigeren Herbstmonate berechnet, aber dabei wurde vergessen, den ermüdeten Zustand der Nation mit in Erwägung zu ziehen und die sinkenden materiellen Verhältnisse des Landes nicht bedacht. Klapka übersah ferner die gewaltige Ausdehnung des Kriegstheaters, wodurch an und für sich das scharfe Ineinandergreifen der Operationen erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wurde. Der Plan sündigte über Gebühr auf die Trägheit und Dummheit des Feindes, indem er z. B. Bem's ungehinderten Marsch von der Siebenbürger Grenze quer durch das Land, seinen Uebergang über die Donau und sein rechtzeitiges Erscheinen in der Nähe von Komorn als sicher annahm. In unberechtigter Weise glaubte endlich Klapka an das Uebergewicht sachlicher Begeisterung der ungarischen Führer über persönliche Interessen, er gründete den Erfolg des Feldzuges auf die Einigkeit und freiwillige Unterordnung der einzelnen Corpscommandanten, während doch Eifersucht und Selbstüberhebung bei den meisten derselben vorherrschte. Bem, Perczel und Dembinski protestirten gegen einen Kriegsplan, welcher ihnen die selbständige Leitung ihrer Armeen raubte, Görgei, der Kriegsminister, war wohl mit der Centralisation des Commando's einverstanden, da er hoffen durfte, die gehäufte Gewalt in seine Hände zu bringen, widerstrebte dagegen dem Defensivplane Klapka's. Er wollte unmittelbar zum Angriffe auf die Oesterreicher schreiten, setzte auch diese Absicht durch, versäumte aber den passenden Zeitpunkt, um die Offensivstöße gegen den Feind mit Erfolg zu führen. Ehe Ofen erobert war, konnte an der oberen Donau keine größere Truppenmasse angesammelt werden. Als die königliche Hauptstadt sich endlich wieder in der Gewalt der Ungarn befand, mußten erst die verschiedenen Corps wieder in Marsch gesetzt, anders dislocirt, auch einzelne Commandanten neu gewechselt werden. Görgei benutzte den leidenschaftlichen Widerstand, auf welchen die auch von Kossuth gebilligte Concentrirung aller Heeresabtheilungen vielfach stieß, um sich seiner persönlichen Gegner zu entledigen. Guyon wurde von Komorn entfernt, an Dembinski's Stelle in Oberungarn Wisocky gesetzt, Perczel aus dem Banate abberufen.

Die Armee erlitt durch diese Aenderungen keinen erheblichen Verlust, den Ersatz Guyon's durch Klapka in Komorn konnte man sogar als Gewinn betrachten, Dembinski genoß kein Vertrauen im Heere und war schon deshalb ein bedenklicher Feldherr und vollends Perczel's Abberufung aus dem Banate ließ sich sowohl aus politischen wie aus militärischen

Gründen rechtfertigen. Seine Brutalität hatte den Haß der Serben neu geschärft, selbst seinen Untergebenen das Leben mit ihm unerträglich gemacht,*) sein Feldherrntalent aber zeigte sich weder den serbischen Führern noch dem Banus, welcher nach der Räumung der Hauptstadt seine Armee ungehindert bei Esseg reorganisirt hatte und nun gegen die Bacska vorrückte, gewachsen. Perczel hatte das von Natur überaus stark befestigte Titeler Plateau trotz wiederholten Stürmens (22. und 24. Mai) nicht erobern können, als es nur von Knićanin's Schaaren besetzt war. Seitdem der Banus noch größere Truppenmassen dahin geworfen hatte, war vollends an die Besetzung dieser wichtigen Position nicht zu denken. Perczel verhinderte nicht den Donauübergang des Feindes bei Slankamen, zog (7. Juni) bei Kaats an den Römerschanzen den Kürzeren und wenn auch dem Banus die Einschließung von Peterwardein nicht gelang, so wurde er doch Herr des größten Theiles der Bacska. Am 15. Juni stand die österreichische Südarmee wieder am Franzenscanal von Verbász bis Földvár.

Mochte aber auch jede einzelne Aenderung im Commando gebilligt werden: der Wechsel der Befehlshaber im Allgemeinen, von Görgei**) eingeständig als Experiment behandelt, trug auch insofern schlechte Früchte, als er den Beginn der Operationen verzögerte, den Russen und den Oesterreichern die volle Muße gönnte, sich zu concentriren und ihrerseits die Offensive vorzubereiten. Görgei, welcher die Schlachtpläne durch eine „mobile Centraloperationscanzlei", ein trotz des Namens sehr schwerfälliges Institut, ausarbeiten ließ und persönlich nur ausnahmsweise in den Gang des Kampfes eingriff, hatte beschlossen, den Hauptangriff auf das linke Donauufer zu verlegen. Das Terrain, sumpfig, von mehreren Flüssen, wie der Neutra, Waag, durchschnitten, war zwar für eine Offensivbewegung nicht günstig, diese Nachtheile überbot jedoch in Görgei's Augen die Hoffnung, daß durch das Zurückdrängen der Oesterreicher am linken Donauufer ihre Verbindung mit der russischen Armee bedroht, eine vielversprechende Trennung der Alliirten erreicht würde. Diese Voraussetzung konnte als richtig gelten, so lange Welden's Plan eines combinirten russisch-österreichischen Angriffes in der Richtung auf Waitzen feststand.***) Derselbe war aber durch die Warschauer Verabredungen und durch Haynau's Absicht, selbständig vorzugehen, jede engere Beziehung

*) Kossuth schrieb am 9. Mai an Perczel: „Du verlangst Cavallerie; ich wollte sie Dir schicken, aber sie rufen alle: Wenn ich sie erschießen lasse oder in den gewissen Tod schicke, so sind sie zufrieden, nur zu Dir weigern sie sich zu gehen. Eher wollten fünfzehn Stabsofficiere sich vor ein Kriegsgericht stellen und cassiren lassen, als sich zu Dir zu begeben." Geheimarchiv der ungarischen Revolution. Nr. 4.

**) Memoiren. II. S. 112.

***) Welden, Episoden. S. 176.

mit den hochmüthigen Russen zu vermeiden, abgeändert worden. Haynau legte auf die befestigten Stellungen an der oberen Waag kein Gewicht, hielt sie nur fest, um die Concentrirung seiner Armee am rechten Donauufer zu maskiren. Görgei's Dispositionen hätten daher auch für den Fall eines glücklichen Erfolges keine Entscheidung herbeigeführt, zum Unglücke für die Ungarn endigten aber alle ihre Bemühungen, das rechte Waagufer zu forciren, mit empfindlichen Verlusten derselben.

Am 16. Juni rückte ein Theil des 2. Armeecorps, an des erkrankten Aulich Stelle von dem Obersten Asboth commandirt, von der großen Schütt über den Neuhäusler Donauarm bei Aszod vor, um den Feind von der Waaglinie zurückzudrängen. Einzelne Vortheile, die er anfangs gewann, gingen bald durch die Unthätigkeit des dritten Armeecorps unter Knezich und die schwächliche Attaque Nagy=Sándors bei Schintau wieder verloren. Asboth sollte den Waagübergang des dritten Armeecorps decken, Nagy=Sándor durch seinen Angriff weiter nördlich die Aufmerksamkeit des Feindes täuschen; da aber Knezich die Waag nicht zu übersetzen wagte, Nagy=Sándor die Oesterreicher nicht hinreichend beschäftigte, so warfen sich dieselben mit großer Uebermacht auf Asboth und trieben ihn über den Donauarm wieder zurück.

Mit unbegreiflichem Eigensinn wiederholte Görgei vier Tage später, nur mit größeren Massen und unter seiner persönlichen Führung, das Manoeuvre. Abermals sollte das zweite Armeecorps aus der großen Schütt hervorbrechen, das dritte bei Naghad den Waagübergang wagen, das erste, von Nagy=Sándor geführt, bei Schintau dasselbe versuchen und sich dann mit den übrigen Truppen auf dem rechten Ufer der Waag vereinigen. Der Kampf währte länger (20. und 21. Juni), die Summe der Wechselfälle war größer, aber der schließliche Erfolg derselbe. Die Oesterreicher — Wohlgemuth's Armeecorps — wurden anfangs bis Pered, von welchem Orte die Schlacht den Namen empfing, zurückgedrückt, diese Vortheile aber von den Ungarn nicht verfolgt, diese vielmehr am andern Tage, nachdem Wohlgemuth seine Reserve an sich gezogen hatte, zu schleunigem Rückzuge genöthigt. Die Kämpfe an der Waaglinie kosteten den Ungarn mehr als 3000 Mann, sie erschütterten das Vertrauen der Truppen, sie nährten die Verstimmung unter den Befehlshabern, welche sich vielfach von dem herrischen Görgei verletzt glaubten, und zeigten sich zuletzt als vollständig nutzlos. Haynau hatte den hartnäckigen Wahn Görgei's, daß die Oesterreicher ihre Operationen auf dem linken Donauufer beginnen werden, dazu benutzt, 60,000 Mann auf dem rechten Donauufer zu sammeln, mit welchen er sich zunächst gegen Raab wendete und auf Schlick's Rath sofort den Angriff auf die verschanzte Stellung der Ungarn eröffnete, ehe dieselben von der entfernten Waaglinie eine Verstärkung empfingen. Ein einziges Armeecorps, etwa 10,000 Mann unter Pöltenberg, vertheidigte die Position. Trotz des tapferen

Widerstandes wurde es (28. Juni) zum Rückzuge nach Acs gezwungen. Der junge österreichische Kaiser zog an der Spitze seiner siegreichen Truppen in dem eroberten Raab ein, während die Magyaren in dem verschanzten Lager von Komorn Zuflucht suchten.

Am Tage nach der Raaber Schlacht erklärte Görgei in einem Briefe an Kossuth die Unmöglichkeit, die Hauptstadt zu decken, und rieth der Regierung zur schleunigsten Flucht nach Großwardein, welche Stadt er freilich nur als den „wenigst unsicheren Aufenthalt" bezeichnen konnte. Nach außen hin bewahrte Kossuth die zuversichtliche Miene. Bei Raab, so wurden die Pesther belehrt, ist nur eine vereinzelte Division geschlagen worden, die Hauptarmee befindet sich noch ungeschwächt, dem stärksten Feinde Trotz bietend, in ihren alten Stellungen. Im vertrauten Kreise dagegen gewann das Angstgefühl unumwundenen Ausdruck. Es kamen ja die Hiobsposten nicht allein von der Donauarmee. Gleichzeitig mit der Nachricht von der glücklichen Offensive der Oesterreicher bei Raab gelangte nach Pesth die Kunde von dem Einbruche der Russen in Oberungarn, von dem Wiedervorrücken des Feindes in Siebenbürgen. Die russische Armee unter Paskiewitsch hatte sich endlich in Galizien versammelt. Wo sie hinkam, hatte sie alles Fuhrwerk in Beschlag genommen und die Juden vertrieben, das letztere nicht aus religiösem Fanatismus, sondern weil die Gewandtheit der Juden als Geldwechsler gefürchtet wurde. Kaiser Nicolaus hielt über sein Heer am 14. Juni und die folgenden Tage Musterung und gab dann den Befehl zum Aufbruche. Bei Dukla überschritt Paskiewitsch mit 80,000 Mann die Karpathen; er stieß hier so wenig wie auf dem weiteren Marsche auf erheblichen Widerstand. Wisocky, welcher nach Dembinski's Abdankung gegen die Russen commandirte, konnte auf keinem einzigen Punkte eine größere Truppenzahl vereinigen — sein stärkstes Corps zählte 8000 Mann — und zog daher vor, ohne Kampf vor dem übermächtigen Feinde zurückzuweichen und sich der Hauptstadt, in deren Nähe (bei Czegled) eine Reservearmee aufgestellt wurde, zu nähern. Bartfeld, Eperies, Mischkolcz fielen nach einander in die Hände der Russen. Eine fliegende Colonne setzte bei Tokai über die Theiß und occupirte (3. Juli) zu nicht geringem Schrecken der Magyaren das wehrlose Debreczin; die Hauptarmee lenkte den Marsch nach der Donau, um im Rücken Görgei's zu operiren und ihn womöglich zwischen zwei Feuer zu fassen.

In dem Maße, als für die bei Komorn aufgestellten Truppen die Gefahr stieg, eingeschlossen zu werden, minderte sich die Hoffnung, durch die Siegesthaten der anderen Heeresabtheilungen ein Gegengewicht zu schaffen. In den im Mai entworfenen Feldzugsplänen Kossuth's spielte General Bem eine ansehnliche Rolle, galt Siebenbürgens Besitz vollkommen gesichert. „In Siebenbürgen, schrieb Kossuth am 21. Mai, wird General Czecz das Commando übernehmen mit der Aufgabe: die wala-

chische Revolution endlich zu erdrücken, die Festung Karlsburg zu erobern und so viel Hilfstruppen als möglich nach Ungarn zu detachiren." Der Aufstand der Romanen im Zarander und Unteralbensercomitate, durch das Gebirgsterrain begünstigt, nahm aber im Juni an Ausdehnung und Heftigkeit zu; Karlsburg ließ sich weder durch Lockungen gewinnen, noch durch Gewalt zwingen; weit entfernt, Truppen aus Siebenbürgen herauszuholen, sah sich Bem vielmehr genöthigt, mit Verzicht auf andere Pläne, selbst nach Siebenbürgen (Mitte Juni) zu eilen und das Land gegen den Doppelangriff der Russen zu decken. Von der Bukowina her rückte Grotenhielm mit 10,000 Mann in Siebenbürgen ein, in der Walachei rüstete sich Lüders, welchem sich die Reste des österreichischen Armeecorps, jetzt vom Grafen Clam-Gallas geführt, angeschlossen hatten, mit 28,000 Mann zum Einmarsche. Sowohl im Norden wie im Süden wurden die Magyaren zurückgedrängt. Dort fiel der Paß von Borgo Prund in die Hände der Russen (22. Juni), hier wurde nach Forcirung des Tömöspasses Kronstadt (gleichfalls am 22. Juni) wieder erobert.

Sobald alle diese Nachrichten nach Pesth gelangten, berief Kossuth einen Kriegsrath zusammen. Daß der alte Plan, zuerst die Oesterreicher zu schlagen und dann auf die Russen sich zu stürzen, aufzugeben sei, dazu bedurfte es keines Entschlusses. Die Ereignisse hatten ihn vollständig vereitelt. Um so hastiger griff Kossuth nach dem neuen Plane, welchen der allezeit fruchtbare Kopf Dembinski's dem Kriegsrathe vorlegte: Mit Zurücklassung einer starken Garnison in Komorn concentrirt sich die Armee an der Theiß und Marosch, nimmt das Banat als Operationsbasis und wirft sich auf die isolirten feindlichen Heere, welche in jedem einzelnen Falle von einer überlegenen Truppenzahl angegriffen werden. Mißglückt der Plan, so bleibt noch immer der Rückzug nach Siebenbürgen offen oder — wofür der phantastische Kossuth schwärmte — die Armee gewinnt Fiume, setzt nach Venedig über, hebt die Blokade auf, zieht die ungarischen Regimenter Radetzky's an sich, verbindet sich mit den Italienern und erobert Ungarn zum zweiten Male.

Der Minister Csány, ein begeisterter Verehrer Görgei's, und die Generale Aulich und Ernst Kiß wurden in das verschanzte Lager von Komorn (30. Juni) gesendet, um Görgei zur Annahme des Dembinski-schen Planes zu bewegen. Namentlich auf Csány's Zureden gab Görgei zu jenem seine Zustimmung und beschloß den Rückzug des Heeres auf Ofen; aber erst am 3. Juli sollte diese Bewegung stattfinden — am 3. Juli erfolgte der Angriff Haynau's auf das verschanzte Lager. Nach langem blutigem Kampfe, an welchem sich Görgei persönlich betheiligte — doch wollten Manche die Kopfwunde, welche Görgei an diesem Tage erhielt, keinem österreichischen, sondern einem ungarischen Säbel zuschreiben — kehrten beide Parteien in ihre alten Stellungen zurück. Einen

unmittelbaren Erfolg hatte demnach die Schlacht bei Acs nicht, aber sie schwächte in empfindlicher Weise die ungarischen Streitkräfte und bestätigte den Verdacht Kossuth's und seiner Anhänger, daß es Görgei nicht aufrichtig mit der ungarischen Regierung meine. Die letztere wartete übrigens nicht erst diesen neuesten Beweis von Görgei's zweideutigem Wesen ab. Bereits am 1. Juli hatte Kossuth das Obercommando von Görgei genommen und es an den unglücklichen Mészaros, der nur Schlachten zu verlieren verstand, übertragen, gleichzeitig alle Corpscommandanten zu unbedingtem Gehorsam gegen Mészaros und dessen Generalstabschef Dembinski verpflichtet, die Donauarmee Klapka anvertraut. Der letztere wurde ziemlich unverblümt zu einem Gewaltacte gegen Görgei aufgefordert. „Görgei wird vielleicht nicht gehorchen. Es wäre schändlich, es wäre Verrath, sowie sein Wortbruch und die blinde Unterordnung unter den Einfluß Bayer's an Verrath grenzen. Herr General, die Freiheit des Vaterlandes, ja die Europa's hängt davon ab, daß jetzt keine Uneinigkeit in der Armee entstehe. Ich achte in Ihnen einen römischen Charakter. Unterstützen Sie Mészaros." *) Den Anlaß zu dieser harten Maßregel hatte die kategorische Aufforderung Görgei's an die Regierung, Pesth zu räumen, sowie seine Weigerung, in die Kreuzzugsgedanken Kossuth's einzugehen, gegeben. Er wollte von einer planmäßigen Verwüstung des Landes, von einem Niederbrennen der Ortschaften, um dem Feinde das Vorrücken zu erschweren, nichts wissen, dachte vielmehr die Waffen niederzulegen, wenn Kossuth bei solchen Befehlen verharre.

Es ist kaum glaublich, daß Görgei diese Drohung schon jetzt (30. Juni) so deutlich und unumwunden ausgesprochen habe, wie er es in seinen Memoiren **) versichert. Vollends unbegreiflich erschiene dann die Belassung Görgei's im Amte eines Kriegsministers, in welchem derselbe, wenn er überhaupt Verrath spann, die beste Gelegenheit hatte, seine Anschläge durchzuführen. Aber auch an und für sich kann man den Beschluß der Regierung und des Kriegsrathes nicht loben. Der Ersatz Görgei's durch Mészaros war ein entschiedener Mißgriff. An des populären Görgei Stelle durfte nur ein Mann treten, der mindestens die gleiche Beliebtheit im Heere besaß und dem letzteren, ähnlich wie Görgei die Siegeszuversicht einflößte, und nicht ein Mann, welcher sich unmittelbar nach Uebernahme des Commando's mit Schande bedeckte. Der neue Oberbefehlshaber sollte sich am 2. Juli auf einem Dampfschiffe nach Komorn begeben, um Görgei abzulösen. Auf dem Flusse hört er Kanonendonner, hält die Action verloren und eilt schleunigst nach

*) Klapka, Memoiren. S. 123.
**) II. S. 203.

Pesth zurück, wo die Politik der Regierung gar bald neue Wandlungen erfuhr.

Wie zu erwarten stand, fand die Nachricht von Görgei's Absetzung in Komorn die schlechteste Aufnahme. Die höheren Officiere wollten nichts von Mészaros wissen, verlangten vielmehr dringend die Fortdauer des Görgei'schen Commando's und erklärten, um ihre Bitte zu unterstützen, daß sie keinem anderen Führer gehorchen würden. Klapka und Nagy Sándor wurden von der Officiersversammlung (4. Juli) als Deputirte erwählt, diese Beschlüsse der Regierung in Pesth mitzutheilen. Kossuth gab so weit nach, daß er Görgei noch ferner an der Spitze der Donauarmee ließ, von diesem dagegen die Abgabe des Ministerportefeuilles und die Unterordnung unter Mészaros' Oberbefehl verlangte. Die Abgesandten gaben sich mit diesen Zugeständnissen zufrieden und auch Görgei nahm diese Bedingungen bereitwillig an, nur die Voraussetzung, daß er sofort von Komorn ausbrechen und zur Concentrirung aller ungarischen Streitkräfte auf der Theiß-Maroschlinie mitwirken werde, erfüllte er nicht. Im Gegentheil wollte er den Kampf an die deutsch-ungarische Grenze, in die Gegend des Plattensee's verlegen und zu diesem Ende es nochmals wagen, sich mitten durch die österreichische Armee den Weg zu bahnen. Darüber kam es im Komorner Kriegsrathe (6. Juli) zu einem heftigen Streite. Klapka und Nagy Sándor protestirten, der erstere schlug den Rückzug auf dem linken Donauufer vor, wo man noch unbehelligt von den Russen die Theiß erreichen könne, selbst im Falle eines Angriffes der letzteren mehr Aussicht auf Erfolg habe, als wenn man sich tollkühn auf die besser geschulten und zahlreicheren Oesterreicher werfe. Er wurde überstimmt, und als er trotzdem, Görgei's Wundfieber benutzend, auf einen neuen Befehl Kossuth's gestützt, ohne Wissen des ersteren die Anstalten zum Rückzuge traf, wurde er durch die an Meuterei grenzende Verstimmung der Truppen gezwungen, von seinem Vorhaben abzustehen.

Noch einmal sollte vor Komorn die Entscheidung des Schlachtenglückes angerufen werden. Görgei ordnete einen Ausfall aus dem verschanzten Lager auf den 11. Juli an, welcher, wenn er gelang und die Oesterreicher über den Czonczobach warf, die Verbindung mit Ofen auf dem rechten Donauufer sicherte und den Ungarn wieder die freieste Beweglichkeit gestattete. Der Ausfall wurde von den Oesterreichern zurückgeschlagen. Dieselben verdankten ihren Sieg nicht der Uebermacht, welche sie in's Feld schickten, sondern den fehlerhaften Dispositionen des Gegners, der seine Kräfte im weiten Raume zersplitterte, alle verfügbaren Truppen gleich anfangs in das Gefecht stellte und an die Aufstellung einer Reserve nicht dachte. Als die ungarische Armee bereits vollständig erschöpft war, ließ der in der Schlachtenökonomie besser bewanderte Haynau noch frische Truppen vorrücken, welche den Tag zu Gunsten Oesterreichs entschieden. Mit einem Verluste von 1500 Mann zogen

sich am Abende die Ungarn wieder in das verschanzte Lager zurück. Jetzt zögerte auch Görgei nicht länger mit dem Abmarsche von Komorn. Ueber den einzuschlagenden Weg konnte er keinen Zweifel mehr hegen. Nur auf dem linken Donauufer ließ sich noch die Verbindung mit den andern ungarischen Heerestheilen herstellen und die Theiß erreichen, vorausgesetzt, daß nicht die bereits bis Hatván vorgedrungenen Russen die Straße verlegt hatten. Furcht und Hoffnung hielten sich hier die Wagschale, während, wenn man den Weg auf dem rechten Donauufer einschlug, die Gewißheit, ihn durch die österreichische Armee versperrt zu finden, vorlag. An die Rettung der Hauptstadt war ohnehin nicht mehr zu denken.

Görgei's Warnung nach der Raaber Schlacht traf empfängliche Ohren. Viele Parlamentsmitglieder hatten sich nach der Wiedereroberung der Hauptstadt in Pesth eingefunden, um der getroffenen Abrede gemäß am 2. Juli hier die Sitzungen fortzusetzen. Am Vorabende des Sitzungstages eröffnete ihnen in einer vertraulichen Zusammenkunft Szemere die Nothwendigkeit einer neuen Wanderung. In Pesth könne die Regierung für die Sicherheit des Parlamentes nicht bürgen und schlage daher die Uebersiedelung nach Szegedin vor. Kossuth bestätigte die Trauernachricht des Ministers, ging dem Parlamente selbst mit gutem Beispiele voran, indem er sich schon in den nächsten Tagen von Pesth nach Czegled und (7. Juli) weiter nach Kecskemet flüchtete. Ihm folgten die übrigen Regierungsmitglieder und die Banknotenpresse, die letztere durch überhastiges Einpacken in einem wenig brauchbaren Zustande, worüber der Gouverneur, von allen Seiten um Geld und Geldeswerth angesprochen, bittere Klagen führte. Die Bewohner von Pesth, ihrem Schicksale überlassen, durch den raschen Wechsel der Herrschaft ziemlich stumpf geworden, erwarteten mit Resignation die Ankunft der Oesterreicher.

Schon am 11. Juli erschien ein österreichisches Streifcommando unter Major Wussin in dem unbewachten Ofen, am andern Tage setzte General Ramberg, von Haynau eiligst entsendet, um den Russen in der Occupation der Hauptstadt zuvorzukommen, mit übertriebener Vorsicht über die Donau nach Pesth über, wo der Gemeinderath sofort seinen Gehorsam betheuerte und auf dem Rathhause abermals die schwarzgelbe Fahne wehen ließ. Achtundachtzig Tage hatten die Pesther in dem freien ungarischen Staate gelebt und die Regierung Kossuth's genossen. Mit Jubel hatten sie vor drei Monaten die Husaren als ihre Befreier begrüßt, mit Begeisterung dem Gouverneur gehuldigt. Darf man aber aus einzelnen Anzeichen, wie z. B. aus der überaus kühlen Aufnahme der Kreuzzugspredigten, aus dem steigenden Mißtrauen gegen die Kossuthnoten schließen, so erkaltete gar bald die günstige Stimmung. Mit dem Unglauben an den Sieg der revolutionären Sache mehrte sich auch der Widerwille ihr zu dienen. Die einrückenden Oesterreicher hatten daher mit keinem besonders feindseligen Geiste zu kämpfen. Er gewann erst

dann wieder Nahrung, als die neuen Behörden mit überhastigem Eifer die Werthlosigkeit der Kossuthnoten proclamirten und ihre Ablieferung binnen 48 Stunden anordneten. Dieselben waren während der Zwischenherrschaft in die feinsten Adern des Verkehres eingedrungen und schließlich in den Händen der kleinen Leute geblieben. Wohl regte sich in zahlreichen Kreisen ein Mißtrauen gegen ihren Werth, die Großhändler bewahrten sie nicht in ihren Kassen, aber die Masse des Volkes beruhigte sich doch einigermaßen, als die Pesther Zeitung vom 6. Juli eine Bestimmung der k. k. Armeeinstruction veröffentlichte, nach welcher die Einlösung der Kossuthnoten zugesichert war. Diese Nachricht war falsch, entweder von der magyarischen Regierung, um das Papiergeld im Cours zu halten, oder von gewinnsüchtigen Speculanten ausgegangen, sie that aber die beabsichtigte Wirkung und beschwichtigte die Angst. Einen um so größeren Schrecken verbreitete daher die unerwartete Verordnung der Militärbehörde. Die Scenen aus der traurigen Periode des Finanzpatentes vom Jahre 1811 erneuerten sich, alle Waaren erreichten einen unerschwinglichen Preis, und trotzdem glaubte alle Welt, in Waaren das sicherste Eigenthum zu erwerben. In wenigen Stunden ging der Wohlstand zahlreicher Familien zu Grunde, erlitt die materielle Volkskraft einen schwer zu verwindenden Schlag. Diese Finanzmaßregel und die Verfolgungswuth, die aus allen Manifesten Haynau's sprach und das Walten des Fürsten Windischgrätz zurückwünschen ließ, weckte die allgemeine Unzufriedenheit und ließ für den Sieg der revolutionären Waffen insgeheim wieder fromme Wünsche zum Himmel emporsteigen. Sie kamen aber zu spät, um auf den Gang der Ereignisse irgend welchen Einfluß zu üben. Das Schicksal Ungarns war und blieb besiegelt, das Ende der Revolution, der Niedergang der ungarischen Freiheit ließ sich nicht mehr abwenden.

Kossuth traf auf seiner Flucht vor den Oesterreichern am 12. Juli in Szegedin ein. Die Bevölkerung begrüßte ihn theilnehmend, veranstaltete ihm zu Ehren einen Fackelzug; als er aber auf dem „Freiheitsplatze" seinen alten Redezauber versuchen wollte, zeigte sich derselbe verbraucht. Sein Versprechen, dreißigtausend Mann aus dem Boden zu stampfen, welche er selbst dem Feinde entgegenführen wolle, seine Betheuerung, daß von Szegedin die Befreiung Europa's ausgehen werde, fanden keinen Glauben mehr; sein Schwur, sollte ein Nichtswürdiger die Dictatur anstreben, so würde er selbst ihn ermorden, erregte sogar Murren, da Niemand an die Verrätherei Görgei's glaubte. Entmuthigt, in seinen Plänen schwankend, verlebte der Gouverneur die nächstfolgende Zeit in Szegedin, das er schon jetzt gerne mit Großwardein, in Bem's Nähe, vertauscht hätte. Bald glaubte er durch Schmeichelworte noch Görgei gewinnen zu können. „Ich weiß, schrieb er ihm noch am 23. Juli, daß Niemand, auch ich nicht, das Vaterland stärker und reiner liebt als Du." Er

stimmte jetzt mit Görgei's Ansicht über Mészaros und Dembinski vollkommen überein. „In Betreff der beiden alten Herren hast Du sehr recht. Dembinski hat Alles vergessen, Mészaros sieht nur mit den Augen Dembinski's."*) Bald wieder träumte er für sich das Obercommando über alle Armeen und hoffte durch die Macht seiner Persönlichkeit den Sieg wieder an die ungarischen Fahnen zu fesseln. Aus diesen Phantasien rüttelte ihn die Sorge, den täglichen Geldbedarf zu schaffen, unangenehm auf. Von einer eigentlichen Regierungsthätigkeit war in Szegedin ebensowenig die Rede als von einem stetigen parlamentarischen Wirken.

Am 21. Juli trat der Reichstag abermals zusammen. Von den Magnaten war nur der greise Perényi anwesend, die Sitzungen des Oberhauses blieben daher vertagt. Szemere und mehrere andere heißblütige Radicale verlangten, um die Magnaten für ihre feige Abwesenheit zu bestrafen, die Streichung des Oberhauses aus der Constitution. Aber auch die Deputirtenkammer zeigte arg gelichtete Reihen und gelangte nicht einmal bis zur Wahl ihres Vorstandes. Der Alterspräsident Paloczy mußte vorläufig die Verhandlungen leiten. Die letzteren bewiesen übrigens gleichfalls die herrschende Erschlaffung und den allgemeinen Unglauben an den Sieg der Revolution. Mit Phrasen suchte Szemere in der ersten Sitzung die Abgeordneten hinzuhalten, durch heftige Anklagen der europäischen Diplomatie den Vorwürfen gegen die politischen Fehler der eigenen Regierung zuvorzukommen, durch die Schilderung von den Vorzügen der ungarischen Nationalität den gesunkenen Muth zu heben. „Gott wird sagen: dieses Volk verdient die Freiheit, denn es konnte gegen andere Völker gerecht sein; auch wird unser theueres Vaterland, welches so viele türkische und tartarische Verwüstungen überstanden hat, diesen neuen Sturm gleichfalls überdauern." Szemere gab aber keine genaue Aufklärung über den Stand der Dinge, über die Summe der vorhandenen Kräfte, die Pläne der Regierung. Die Friedenspartei wagte das eine und andere Mal einen schüchternen Anlauf zur Opposition. Hunfalvi empfahl die Ernennung eines Generalissimus mit unbeschränkten Vollmachten als das einzige Rettungsmittel und deutete auf Görgei, welcher allein die rechten Eigenschaften eines Oberbefehlshabers besitze.**) Irinyi spielte auf den schädlichen Weibereinfluß in Kossuth's Umgebung an und verlangte die Entfernung von Kossuth's Frau und Schwester. „Auch die Spanier verbannten Marie Christine, um ihren

---

*) Szilágyi, Die letzten Tage der ungarischen Revolution. Pesth 1850. S. 83. Geheimarchiv d. u. R. Nr. 3.

**) Nach Görgei's Versicherung (II. S. 343), mit welcher Szilágyi (S. 38) übereinstimmt, wurde Görgei vom Parlamente förmlich zum Oberbefehlshaber erwählt und zwar in der geheimen Conferenz vom 27. Juli. Doch bestreiten dieses andere Quellen z. B. Iványi II. p. 551.

Intriguen ein Ziel zu setzen, und Marie Christine war doch eine Königin!" Fruchtbare Gedanken und energisches Wollen entwickelte aber weder die oppositionelle Friedenspartei, noch das Parlament überhaupt. Die Ueberzeugung, daß man nicht mehr das ganze Volk hinter sich habe, das unbedingte Ruhebedürfniß lähmte jede Kraftäußerung.

Ueberaus charakteristisch für die Stellung des Szegediner Parlamentes und den daselbst herrschenden Geist sind die Gegenstände, mit welchen sich dasselbe noch in seinen letzten Lebensstunden beschäftigte. In dem Augenblicke, in welchem das Dasein der magyarischen Nationalität bedroht war, proclamirte das Parlament die Gleichberechtigung aller Stämme, zu einer Zeit, in welcher die Macht der ungarischen Regierung nur noch über den geringsten Theil des Landes sich erstreckte, bot es die Hand zu einer Maßregel, deren Durchführung auch dem kräftigsten Regimente große Mühen gekostet hätte: es beschloß die Emancipation der Juden. Das letztere Decret war der Dank für die politische Haltung der Israeliten während des ganzen Revolutionskrieges. Das Parlament und die Regierung mochten darauf rechnen, daß die Ereignisse des letzten Jahres viele Vorurtheile beseitigt und eine bleibende Annäherung zwischen Juden und Magyaren bewirkt haben. Der andere Beschluß, die Anerkennung gleicher Rechte aller Nationalitäten, kam zu spät, als daß er noch als ein Act der Gerechtigkeit hätte gelten können. Dagegen streiten auch die näheren Vorgänge, unter welchen der Beschluß gefaßt wurde. Gleich in der ersten Parlamentssitzung brachte der Ministerpräsident Szemere einen genau formulirten Antrag über die nationale Gleichberechtigung ein. Derselbe enthielt 17 Paragraphen, gestattete den freien Gebrauch der nichtmagyarischen Idiome in den öffentlichen Gemeinde- und Comitatsverhandlungen, sowie vor den Gerichten, überließ die Wahl der Amtssprache in Gemeinden und Comitaten der einfachen Majorität, stellte die Herrschaft der Muttersprache in den Volksschulen wieder her, verlieh der griechischen Kirche eine ausgedehnte Autonomie und versprach im Allgemeinen den Serben und Romanen die Abhilfe ihrer gerechten Beschwerden.*)

Diese Zugeständnisse umfaßten noch lange nicht alle Wünsche der kleinen ungarischen Volksstämme. Das Magyarische wurde noch immer als eigentliche Regierungssprache — ähnlich wie das Deutsche im großen Oesterreich — beibehalten, die selbständige politische Verwaltung blieb den Serben, Slowaken, Romanen noch immer versagt. Trotzdem weigerte sich eine starke Minorität beharrlich, auf den Vorschlag einzugehen.

*) Der Antrag Szemere's ist von Irányi und Chassin I. p. 357 vollständig mitgetheilt worden. Derselbe hat außer dem historischen auch noch ein politisches Interesse, da er in späteren Zeiten ebenfalls die Grundlage für eine beabsichtigte Völkerunion bildete und so ziemlich das Maß der Zugeständnisse, zu welchen sich die herrschende Klasse in Ungarn herbeilassen wird, enthält.

Nicht die Gründe, welche gegen den Antrag Szemere's vorgebracht wurden, wohl aber die Persönlichkeiten, welche jene Opposition bildeten, verdienen Beachtung. Zur Minderheit gehörten die Altliberalen, bereits vor der Revolutionsperiode in parlamentarischen Kreisen gekannt und gerühmt, seitdem aber durch Kossuth's Anhang zurückgedrängt, dieselben Männer, welche den Frieden wünschten, für Görgei einstanden und jedenfalls besser als die radicalen Freunde des Gouverneurs die öffentliche Meinung Ungarns vertraten. Nationale Interessen hatten den Anstoß zur Reform- und später zur revolutionären Bewegung gegeben, vom nationalen Standpunkte war der Kampf bisher geführt worden, bei demselben wollten sie auch fernerhin beharren. Die Gegenpartei war bereits durch ihren Radicalismus für kosmopolitische Erwägungen empfänglicher gestaltet; nationalen Vorrechten zu entsagen, kostete ihr eine geringe Ueberwindung. Aber auch sie wurde bei ihren Entschließungen nicht durch Rechtsüberzeugungen, sondern durch politische Klugheit geleitet. Den Magyaren konnte, wie die Sachen standen, die Gleichstellung der anderen Nationalitäten keinen Schaden bringen, die bisher so eifersüchtig bewahrte Suprematie jetzt, wo es sich um das nackte Dasein handelte, nicht mehr so sehr am Herzen liegen; dagegen war es wohlbekannt, daß der österreichischen Regierung die ehedem so viel gepriesene nationale Gleichberechtigung schlecht mundete, die kleinen ungarischen Völkerschaften mit Mißtrauen nach Wien zu blicken begannen. Als die Majorität des Szegediner Parlamentes das gleiche Recht aller Nationalitäten verkündigte, dachte sie schadenfroh an den Erben ihrer Macht, an das österreichische Ministerium, welches sich doch von den Rebellen an Gerechtigkeitssinn nicht überbieten lassen durfte, gezwungen sein würde, mindestens dieselben Vortheile den lästig gewordenen Serben und Romanen zu gewähren. Den Ungarn trug vielleicht ihr guter Willen die Freundschaft der alten Gegner ein. Manche Kluft hatten die Ereignisse überbrückt, gerade jetzt bemühten sich polnische Agenten, eine Verbindung zwischen Slawen und Magyaren unter Czartoryski's Aegide zu stiften, waren durch Goleseo neue Verhandlungen mit den Romanen angeknüpft worden; jedenfalls bereitete der Parlamentsbeschluß vom 28. Juli der österreichischen Regierung große Verlegenheiten und schwächte dieselbe.

Die Proclamation der allgemeinen nationalen Gleichberechtigung war die letzte That des ungarischen Reichstages. An demselben 28. Juli verlegte derselbe, von den anrückenden Russen bedroht, seinen Sitz nach der Festung Arad, die endlich nach viermonatlicher Belagerung durch Capitulation (1. Juli) in die Hände der Magyaren gefallen war. Er sollte aber nicht wieder, weder in Arad, noch in einer andern ungarischen Stadt zusammenkommen. Ehe sich das Parlament in Arad sammeln konnte, war die ungarische Revolution vollständig gebändigt, ihr wichtigster Träger, das Heer, gebrochen und zermalmt. Zwar fehlte es nicht, auch

noch im Monate Juli an einzelnen Lichtblicken. Nicht allein, daß die wichtige Festung Arad endlich erobert war, so siegten auch Vetter und Guyon (14. Juli) bei Hegyes über die österreichische Südarmee, welche vom Banus in der Hoffnung, die Magyaren überfallen zu können, vorgeführt, von dem vorbereiteten Gegner aber nachdrücklich zurückgeschlagen wurde. Die nächsten Folgen des Sieges waren der Rückgang des Banus auf das Titeler Plateau und das rechte Donauufer sowie die Verzögerung der Offensive auf österreichischer Seite. Bem in Siebenbürgen konnte sogar wieder einen seiner alten Kunstgriffe hervorholen und während man ihn nach dem verlorenen Gefechte bei Bistritz (10. Juli) mit der Ordnung seiner Truppen vollauf beschäftigt glaubte, einen Einfall in die Moldau (22.—24. Juli) wagen. Der abenteuerliche Zug blieb aber erfolglos, da keine der Voraussetzungen Bem's eintraf. Die Romanen blieben ruhig und auch die Türken, welche Kossuth zwingen wollte, Partei zu nehmen, „sich zu compromittiren," bewahrten vorsichtig die officielle Neutralität. Ebensowenig als Bem's durch die Größe der Gefahr gesteigerte Beweglichkeit, die ihn geradezu allgegenwärtig machte, das stetige Vorrücken der österreichisch-russischen Armee in Siebenbürgen hemmen konnte, ließ sich im Allgemeinen durch den glücklichen Ausgang einzelner Gefechte die unabwendbare Katastrophe der ungarischen Revolution zurückhalten. Die Ungarn kämpften gegen eine dreifache Uebermacht, sie kämpften in ihren Mitteln und Hilfsquellen erschöpft, ohne den rechten Glauben im Herzen, unter unfähigen oder eigensinnigen Führern — mehr bedarf es zur Erklärung des schlimmen Ausganges des Revolutionskrieges nicht.

Haynau hatte, als Görgei's Abzug von Komorn in sicherer Aussicht stand, mit Paskiewitsch (10. Juli) folgenden Kriegsplan verabredet: „Wenn der Feind versuchen sollte, Waitzen auf dem linken Donauufer zu erreichen, so werde ich ihm mit dem Gros meiner Armee folgen." Görgei, zwischen die Russen und Oesterreicher gestellt, hätte dann nothwendig die Waffen strecken müssen. Nach dem wirklichen Auszuge Görgei's (13. Juli) änderte aber Haynau seinen Plan und beschloß ungesäumt auf dem rechten Donauufer über Ofen nach dem Süden zu ziehen und hier den Kampf zur Entscheidung zu bringen. Die Russen legten ihm diesen Planwechsel als förmlichen Wortbruch aus*) und gaben zu verstehen, daß nur die Furcht, mit den Verbündeten die Lorbeeren theilen zu müssen, ihn zur Abweichung von dem ursprünglichen Entwurfe bewogen habe. Daß der Hochmuth der treuen Alliirten darnach angethan war, den österreichischen Militärstolz zu reizen, kann Niemand ableugnen. Die zwei russischen Divisionen (13,000 Mann mit 48 Kanonen), welche unter Paniutine's

*) Vgl. den officiellen Bericht über die Kriegsoperationen der russischen Truppen zusammengestellt von H. v. R. Berlin 1851. S. 177 und 188.

Commando dem österreichischen Heere zugetheilt waren, hatten die Aufgabe, „den Fall Oesterreichs zu verhindern". Obgleich sie tractatmäßig nur als Reserve dienten, schlugen sie nach den russischen Berichten eigentlich allein die Schlachten vor Komorn und „retteten" regelmäßig die österreichische Armee. Nicht minder gewiß ist, daß Haynau die Russen grimmig haßte und ihnen tüchtige Schlappen gönnte. Für die armen Magyaren wurde übrigens die gegenseitige Verstimmung zwischen den Alliirten verhängnißvoll. Sie reizte die Russen, den Triumph, der ihnen auf dem Schlachtfelde versagt blieb, in diplomatischen Verhandlungen mit Görgei zu suchen, und mit den „Rebellen", nur um die Oesterreicher zu ärgern, förmlich zu kokettiren, sie versetzte Haynau in eine wahre Berserkerwuth, die nur viel, sehr viel ungarisches Blut kühlen konnte. Doch sprachen auch sachliche Gründe*) für die Abänderung des Feldzugsplanes. Die Verabredung mit Paskiewitsch, Görgei auf das linke Donauufer zu folgen, fiel in eine Zeit, in welcher sich die Hauptstädte noch in der Gewalt der Ungarn befanden. Seitdem Ofen-Pesth wieder österreichischen Befehlen gehorchte, ging für Haynau über diese Städte die kürzeste Operationslinie nach der Theißebene. Außerdem lag es im Interesse Haynau's, das hartbedrängte Temesvar, den Hauptstützpunkt der Oesterreicher im Süden, zu entsetzen und der Armee des Banus zu Hilfe zu kommen, welche für sich allein den Ungarn schwerlich Stand halten konnte.

Am 16. Juli trat Haynau den Marsch nach Ofen-Pesth an. Vor Komorn hatte er zwei Armeecorps — 28,000 Mann mit 114 Geschützen — zurückgelassen, eine ausreichende Zahl, um dem Commandanten der Festung, Klapka und dessen 18,000 Mann das Gegengewicht zu halten, zumal Haynau noch auf die Verstärkung des Belagerungsheeres durch Grabbe's russisches Corps hoffte.**) Als Willkomm las die Bevölkerung von Pesth gleich nach Haynau's Ankunft (19. Juli) an allen Straßenecken eine scharfe Mahnung zur Ruhe, sonst würde „das Schicksal von Brescia, die Vernichtung", ihr Loos werden. „Eure schöne Stadt trägt nur theilweise die Spuren gerechter Strafe (von Hentzi's Granaten), sie würde, wenn ihr meine Warnung nicht beachtet, bald nur Schutthaufen sein als Denkmal eures Verrathes und seiner Ahndung." Um den Ernst seines Willens zu beweisen, legte er der Pesther Judengemeinde, welche revolutionärer Sympathien beschuldigt war, eine Kriegscontribution von nahezu zwei Millionen Gulden in Monturstücken zahlbar auf. Nicht die rauhe Sprache und die an Privatpersonen und Gemeinden verübten Gewaltthaten allein erinnerten die Ungarn an den schlimmen Wechsel

*) Eine Rechtfertigung Haynau's gibt die österreichische Kritik des russischen Berichtes in der A. A. Z. 1851. Nr. 33, 38, 41, 66, 192.

**) Ein Armeecorps wurde übrigens bald zur Hauptarmee gezogen, so daß Ende Juli nur 12,000 Mann unter Csorich vor Komorn stehen blieben. Erst am 20. August wurde das österreichische Belagerungscorps wieder auf die doppelte Höhe gebracht.

in der österreichischen Politik; auch die Art und Weise, wie Haynau den Aufenthalt in Pesth benutzte, zeigte den gründlichen Unterschied zwischen ihm und dem Fürsten Windischgrätz. Der letztere hielt seinen Einzug in die Hauptstadt mit dem entscheidenden Siege für gleichbedeutend und wähnte damit die Revolution geschlossen zu haben, für Haynau bildete Pesth nur die Basis neuer kriegerischer Operationen.

Bereits nach wenigen Tagen verließ das österreichische Hauptquartier Pesth in der Richtung nach Szegedin. Die Einwendungen des russischen Feldmarschalls gegen den österreichischen Feldzugsplan, in Pesth durch General Freitag wiederholt, übten auf Haynau keinen Einfluß, ihn machte auch Paskiewitsch's lockender Antrag auf eine combinirte Offensive gegen Görgei in dem einmal gefaßten Beschlusse nicht wankend. Und als darauf der russische Feldherr schmollend seine Mitwirkung versagte,*) blieb er gleichfalls unbeweglich; der Ruhm des Sieges fiel dann ausschließlich den österreichischen Waffen zu. Vom 21. Juli angefangen bewegte sich die österreichische Armee in drei großen Colonnen nach dem Süden. Sie stieß nirgends auf erheblichen Widerstand. Wie es schien, hatten die Ungarn alle ihre Kräfte auf den entscheidenden Kampf vor Szegedin aufgespart. Was die ungarische Regierung an verfügbaren Truppen noch aufbieten konnte, hatte sie hier vereinigt. Nach Szegedin hatte sie die Reservearmee an der Mitteltheiß, welche Perezel unglücklich genug bei Tura (20. Juli) gegen die Russen geführt, aber Haynau bei Keeskemet entgegenzustellen nicht gewagt hatte, gerufen. Sie traf, noch ungefähr 20,000 Mann stark, am 28. Juli daselbst ein. Auf Szegedin wurde auch die ungarische Südarmee unter Vetter und Guyon dirigirt. Vetter hatte sich nach dem glänzenden Ausgange des Treffens bei Hegyes mit kühnen Plänen getragen. Ihm genügte es nicht, daß er die Cernirung von Peterwardein durchbrochen hatte, er wollte auch den Banus durch combinirte Manoeuvres auf dem Titeler Plateau einschließen und gefangen nehmen. Die Regierung, von den nahenden austrorussischen Heeressäulen geängstet, wollte aber von diesen Plänen nichts wissen. Sie befahl ihm gleichsam zur Probe noch einen unmittelbaren Angriff auf das Plateau zu wagen, dann aber auf jeden Fall nach Szegedin sich zurückzuziehen. Die Probe fiel unglücklich aus. Guyon wurde bei Mosſorin (23. Juli) insbesondere von Knićanin, welcher mit großer Umsicht die Gunst des Terrains zu verwerthen verstand und von der Tapferkeit seiner Serbianer kräftig unterstützt wurde, auf das Haupt geschlagen und mit großem Verluste zurückgewiesen. 18,000 Mann stark defilirte die Südarmee am 29. Juli in Szegedin vor Kossuth, welcher sich umsonst bemühte, durch Vertheilung von Auszeichnungen den gesunkenen Muth der Truppen zu heben. Endlich standen noch in Szegedin 5000 Mann frisch

*) Vgl. den officiellen russischen Bericht II. S. 15.

ausgehobener Mannschaft, die Anfänge jener Armee, welche Kossuth in eigener Person dem Feinde und Siege entgegenführen wollte. Es war schlimm bestellt mit der Ausrüstung der ungarischen Armee, noch schlimmer mit dem Geiste der Regierung und der Einigkeit der Feldherren.

Im unpassendsten Augenblicke drohte dem ungarischen Staate eine Ministerkrisis. Ein verantwortlicher Landesgouverneur, welcher sich in alle Geschäfte mischte, eigenmächtig in alle Verwaltungszweige eingriff, mit einem verantwortlichen Ministerrathe zur Seite, welcher über die wichtigsten Angelegenheiten in Unkenntniß gelassen wurde und doch über Alles dem Parlamente Rede und Antwort stehen sollte, war ein Unding. Man begreift daher Szemere's Unlust, einer solchen Zwitterregierung vorzustehen, und kann sein Entlassungsgesuch (25. Juli) an sich nicht tadeln. Doch jetzt eingereicht, mehrte dasselbe nur die Verwirrung und schwächte die Regierungsgewalt, zumal Szemere gleichzeitig auch an einen Wechsel des Gouvernements dachte und Görgei als Dictator an Kossuth's Stelle förmlich in Vorschlag brachte. Dazu kamen nun noch die Streitigkeiten in den höheren Officierskreisen. Wer sollte über die Szegediner Armee den Befehl führen? Die Soldaten und zahlreiche Parlamentsmitglieder dachten an Görgei, welcher noch immer das größte Vertrauen genoß. Derselbe war aber weit entfernt und stand mit der Regierung seit langer Zeit in einem äußerst lockeren Verkehre. Kossuth hätte am liebsten Bem mit dem Commando betraut. Doch auch dieser war vorläufig noch an den Siebenbürger Boden gekettet. Perczel nahm als „rangältester General" diese Würde für sich in Anspruch, motivirte aber sein vermeintliches Recht in so seltsamer Weise — wenn man ihm das Obercommando nicht gebe, werde er alle Minister an den Galgen bringen — daß die Regierung sich gezwungen sah, ihn (30. Juli) zu entlassen. So blieb denn wieder nur das Zwillingspaar Dembinski-Mészaros übrig, welches natürlich nicht die geringsten Schwierigkeiten machte, auf Kossuth's Anträge einzugehen und den Befehl über das Heer zu übernehmen. Nur um einige Abwechselung in die Sache zu bringen, wurden die Rollen diesesmal so vertheilt, daß Dembinski den commandirenden General, Mészaros den Generalquartiermeister vorstellen sollte.

Die erste That Dembinski's war, daß er den ganz vernünftigen Plan Vetter's, nicht den Angriff der Oesterreicher in den unvollendeten, übermäßig ausgedehnten und schlecht besetzten Szegediner Schanzen abzuwarten, sondern auf den noch nicht vollständig concentrirten Feind einen Offensivstoß zu wagen, verwarf, die zweite, daß er die von ihm selbst eigensinnig vertheidigte Stellung innerhalb der Szegediner Schanzen nicht behauptete, sondern sobald sich kein Widerspruch gegen seinen Plan regte, denselben aufgab. Am 1. August räumten die Ungarn Szegedin und zogen sich auf das linke Theißufer nach Szöreg zurück. Auch diese

Position erschien dem nur auf Rückzüge bedachten polnischen General nicht haltbar; daß er dieselbe nicht abermals ohne Kampf verließ, ist nur der unermüdlichen Energie Haynau's zuzuschreiben, welcher sich an die Fersen des Gegners heftete und von Angriff zu Angriff eilte. Nach der Besetzung Szegedin's (3. August) gab er sofort den Befehl, den Theißübergang zu erzwingen und den befestigten Brückenkopf am linken Ufer zu stürmen. Durch das Beispiel ihrer Führer, Benedek, Lichtenstein, Cordon angefeuert, vertrieben die Oesterreicher die feindliche Nachhut mit leichter Mühe und gingen gleich daran, Dembinski auch in seiner Stellung bei Szöreg anzugreifen. Unterdessen hatten auch die beiden österreichischen Seitencolonnen, von Schlick und Ramberg geführt, die angeordneten Bewegungen vollzogen. Jener hatte sich weiter oben von der Hauptarmee abgetrennt, bei Alpár ohne Widerstand die Theiß überschritten und am 4. August das linke Ufer der Maros bei Mako erreicht. Ramberg war gleich von Pesth aus seinen eigenen Weg gegangen; er fand in Theresiopel keinen Feind mehr, dehnte seine Streifungen bis in die von den Ungarn bereits geräumte Bacska aus und setzte am 4. August bei Kanißa über die Theiß. Er stand am 4. bei Oroszlámos nahe genug bei Haynau, daß dieser auf Ramberg's und ähnlich auch auf Schlick's Mitwirkung in der bevorstehenden Schlacht (5. August) rechnen durfte. Sie sollten Dembinski's Flanken bedrohen, während er selbst zum Frontangriffe schritt. Wenn auch Haynau's Dispositionen nicht pünktlich durchgeführt wurden, namentlich General Bechtold die auf sein gewaltiges Reitergeschwader gesetzten Hoffnungen bitter täuschte, so erreichte doch Haynau sein Ziel. Was Bechtold's 22 Schwadronen, zur Umgehung des linken Flügels bestimmt, durch Abkochen, Auf- und Abmarschiren versäumten, machte die Artilleriemasse in der Fronte wieder gut. Eine zweistündige Kanonade aus 99 Geschützen theilweise sehr schweren Kalibers brachte das ungarische Feuer zum Schweigen. Um 5 Uhr Nachmittags hatte die Schlacht begonnen, am Abend befand sich die ganze ungarische Armee auf dem — übrigens schon seit Mittag vorbereiteten — Rückzuge.

Dringender als je erschien die rasche Vereinigung aller Streitkräfte, über welche die Ungarn noch zu verfügen hatten, geboten. Freilich auf Bem's rechtzeitiges Erscheinen auf dem Kampfplatze war nicht mehr zu rechnen. Die siebenbürgische Armee befand sich durch die unaufhörlichen Unglücksfälle, die sie trafen, in völliger Auflösung begriffen. Während Bem den nutzlosen Marsch nach der Moldau ausführte, hatten die Russen unter Lüders den Rothenthurmpaß erstürmt, Grotenhielm im Norden seine Truppen bis Szász-Regen vorgeschoben. Eiligst kehrte Bem aus der Moldau zurück, um wenigstens das Szeklerland, diese kräftigste Stütze des Magyarismus in Siebenbürgen, vor der Invasion der Russen zu retten. Er stellte sich mit 6000 Mann bei Schäßburg (31. Juli) dem dreifach

stärkeren Lüders entgegen, wurde aber natürlich auf das Haupt geschlagen, verwundet und nur durch ein wahres Wunder aus der Gefahr der Gefangenschaft befreit. Der Dichter Petöfy, der begeisterte Sänger der magyarischen Freiheit, der sich auf der Flucht in Bem's Umgebung aufhielt, fand bei dieser Gelegenheit den Untergang. Bem ermüdete nicht. Er hatte nur noch Trümmer seiner Armee unter den Händen, das Stein'sche Corps, auf welches er vorzugsweise angewiesen war, fand (31. Juli) gleichfalls bei Reismarkt in den Russen den Meister, das Szeklerland lag widerstandslos zu Füßen des Feindes. Dennoch wagte er noch einmal einen ähnlichen Streich, wie er zum Staunen des Gegners so viele schon in Siebenbürgen vollführt hatte. Während ihn Lüders in Udvárhely vermuthete, schlug er Seitenwege ein und stand plötzlich (5. August) vor Hermannstadt, drückte den russischen General Hasford zurück und besetzte noch einmal die Stadt. Sein Triumph währte nur zwölf Stunden. Lüders war ihm nachgeeilt, stieß bei Groß-Scheuren mit ihm zusammen und brachte ihm eine entscheidende Niederlage bei. Bem's Armee stob auseinander, er selbst verließ Siebenbürgen und eilte nach dem Banate, wo er sehnsüchtig, aber freilich nicht als Flüchtling, sondern an der Spitze eines Heeres erwartet worden war. Nicht so schlimm war es Görgei ergangen, der glücklich den russischen Nachstellungen sich entzogen hatte und endlich über Großwardein dem Mittelpunkte der Regierung, der Festung Arad sich näherte. Er verfügte noch immer über eine stattliche Armee; wollte er sie aber auch zur Unterstützung der Revolution, zur Rettung Dembinski's verwenden, verzögerte er nicht absichtlich seine Ankunft bis zur letzten Minute, mit dem geheimen Wunsche, zu spät zu kommen?

Am 13. Juli hatte Görgei mit drei Armeecorps — Nagy Sándor, Leiningen und Pöltenberg, etwa 27,000 Mann — Komorn verlassen, nicht zeitig genug, um die Vorwürfe, er trage die Schuld an der ganzen Katastrophe, zurückweisen zu können, und doch viel zu früh, wenn seine Ansicht richtig war, die Concentrirung der ungarischen Streitkräfte werde nur zum Verderben der ungarischen Sache ausschlagen, weil sie nothwendig die Vereinigung der ungleich zahlreicheren österreichisch-russischen Heere nach sich ziehen müsse, ja diese geradezu provocire. Jedenfalls hatte er jetzt den besten Willen, sich den anderen ungarischen Armeen anzuschließen.*) Bei Waitzen stieß Görgei zuerst auf die Russen. Das Avantgardengefecht endigte zum Vortheile der Ungarn, doch überzeugte Görgei eine

*) Für die Geschichte des berühmten Rückzuges existiren nur zwei Quellen: Görgei's Memoiren und die officielle russische Relation. Gar mancher dunkle Punkt würde aufgehellt werden, wenn sich die Nachricht bestätigte, daß der jüngstverstorbene Generalstabschef Görgei's, Bayer, Denkwürdigkeiten hinterlassen, und wenn dieselben, was leider zweifelhaft ist, der Oeffentlichkeit übergeben würden.

genauere Recognoscirung, daß es ihm schwer fallen dürfte, sich mitten durch die russische Hauptmacht über Gödöllö einen Weg zur Vereinigung mit Perczel zu bahnen; er beschloß daher, sich nordwärts zu wenden und im weiten Bogen über Losoncz, Miskolcz und Tokai die Theiß zu gewinnen. Er wurde jedoch, als er aufbrechen wollte, in ein Rückzugsgefecht verwickelt (17. Juli), welches zwar auf seine Bewegungen von keinem Einfluß war, aber bedeutende Opfer kostete. Sein weiterer Marsch blieb ziemlich unbehelligt, da sich jetzt Paskiewitsch auf Perczel's Reservearmee warf, so daß Görgei schon am 22. Juli Miskolcz erreichte. Tappte Paskiewitsch über die Absichten des Gegners im Dunkeln, wußte er lange nicht, ob Görgei nach Komorn zurückkehren, ob er vorzugsweise auf die Communicationslinie der Russen nach Galizien hin operiren werde, so war auch der letztere über die Stärke und die Pläne des russischen Feldmarschalls im Unklaren. Diese Ungewißheit hielt ihn über Gebühr an der Sajolinie fest und als er diese trotz des glücklichen Gefechtes, welches Pöltenberg (25. Juli) bei Zsolcza gegen Tscheodejeff lieferte, gefährdet glaubte, zog er sich auf die noch besser geschützte Hernádlinie zurück.

Durch zahlreiche Gründe suchte Görgei sein zögerndes Verweilen am rechten Theißufer zu rechtfertigen. Sie haben manches für sich, den Ausschlag gab aber sein irrthümlicher Glaube, daß er die Hauptmacht der Russen hinter sich habe, während doch dieselbe (26. Juli) bei Tiſſafüred über die Theiß setzte und Görgei abzuschneiden drohte, und dann seine instinktmäßige Abneigung, mit Dembinski und den anderen ungarischen Heerführern in nahe Berührung zu kommen. Er tröstete sich immer noch mit der Hoffnung, mittlerweile würde Temesvar bezwungen und für die Ungarn im Süden ein neuer wichtiger Stützpunkt gewonnen. Aller politischen Interessen bar, behandelte er die geschickte Ordnung seines Rückzuges, welcher ihm allerdings großen militärischen Ruhm brachte, als den Hauptzweck seines Wirkens. Er errang (28. Juli) bei Gesztely über den unvorsichtigen Grabbe einen glänzenden Sieg, aber seine Stellung wurde doch nachgerade unhaltbar. Die Nachricht von dem Theißübergange der Russen, verbunden mit der Kunde, daß auch General Sacken von Kaschau her vorrücke, bewog ihn endlich (29. Juli), sich gleichfalls auf das linke Theißufer zu ziehen und an den Marsch nach Arad ernstlich wieder zu denken. Görgei stand am 30. Juli in Nyiregyháza, beorderte Nagy Sándor mit dem ersten Armeecorps nach Debreczin, er selbst mit der Hauptmasse der Truppen zog mehr östlich auf der Straße nach Großwardein. Nagy Sándor ließ sich in unverantwortlicher Weise mit seinen 7500 Mann in einen Kampf mit einer siebenfachen Uebermacht ein, bankettirte in Debreczin, während sich die armen Soldaten in der kahlen Ebene von den russischen Kanonen niederschmettern und von Bebutoff's asiatischen Reitern niedersäbeln ließen. Mit dem Verluste seines halben Corps traf er (5. August) in Groß-

wardein mit Görgei zusammen. Der letztere, von dem schlechten Beginne der Dembinski'schen Operationen unterrichtet, beschleunigte nun seinen Marsch nach Arad; der Armee voraneilend, traf er selbst am 9. August dort ein, an demselben Tage, wo Haynau bei Temesvar die ungarische Hauptarmee vernichtete.

Dembinski hatte nach dem Verluste der Szöreger Schlacht gegen die gesunde Vernunft und gegen den ausdrücklichen Befehl Aulich's, welcher bei Kossuth als Kriegsminister fungirte, sich nicht in der Richtung von Arad, sondern in jener von Temesvar zurückgezogen. Er verzögerte seine Verbindung mit Görgei, die sonst mühelos wäre vollzogen worden, er gab Haynau die Macht, sich zwischen die beiden ungarischen Heere zu werfen, und erreichte doch nicht die Capitulation der seit Monaten hart bedrängten Festung Temesvar. Die Belagerung von Temesvar mußte vielmehr am 6. August aufgehoben werden, da den alten braven Rukawina nicht Krankheiten, nicht Hungersnoth einzuschüchtern und zur Uebergabe der ihm anvertrauten Festung zu bewegen vermochten. Haynan erkannte und benutzte augenblicklich Dembinski's Fehler. Er schob Schlick's Armeecorps gegen Arad vor, detachirte auch noch Lichtenstein in die rechte Flanke des Gegners und brach dann selbst zum Angriffe auf Dembinski auf. Dieser war bereits schon wieder mit Rückzugsgedanken beschäftigt; wohin er die Armee führen wollte, ist nicht klar, es sei denn, daß er in die Walachei übertreten wollte, also die Ueberzeugung hegte, daß Alles verloren sei. Am Schlachttage (9. August) wurde Dembinski aber das Commando abgenommen. Kossuth wie die in Arad versammelten Mitglieder der Regierung waren über seine Kriegsweise schlecht erbaut. Seine Unverträglichkeit — auch Vetter und Wisocky hatten in den letzten Tagen aus diesem Grunde ihre Demission gegeben — wäre ihm nachgesehen worden, wenn er wenigstens zu siegen verstanden hätte. Er verdarb es aber gleichmäßig mit den Generälen wie mit den Truppen und hielt sich in seinem Hochmuthe auch nicht zum Gehorsam gegen die Regierung verpflichtet. Durch Eilboten wurde Bem zur Uebernahme des Oberbefehls aufgefordert. Von keinem Heere, keinem Trosse beschwert, kam der letztere dem Rufe eiligst nach und befand sich am 9. August vor Temesvar. Auch er sah Dembinski's Fehler sofort ein und wollte in der nächsten Nacht nach Arad aufbrechen. Zuerst mußte er aber die zum Angriffe bereits gerüsteten und hart drückenden Oesterreicher abschütteln. Nach Bem's gewöhnlicher Manier sollte die Artillerie die Schlacht entscheiden. Zwei Stunden lang donnerten 200 Geschütze gegen einander; die Oesterreicher hatten aber den Vortheil eines größeren Kalibers und einer reicheren Munition, und als nun vollends Lichtenstein auf der rechten Flanke erschien, war die Schlacht — eigentlich nur eine Kanonade — gegen die Magyaren entschieden. In wilder Auflösung flüchteten die letzteren in die Wälder, Bem selbst mit einem

geringen Bruchtheile geordneter Truppen zog sich auf Lugos (12. August) zurück. An eine Wiederaufnahme des Kampfes war nicht mehr zu denken, das war die Ueberzeugung Bem's, der doch sonst in Bezug auf Soldatenmaterial sich nicht wählerisch zeigte, das war der Glaube der Truppen, von welchen eine große Zahl sich verlief und auf heimlichen Wegen der Heimat zueilte.

Die Nachricht von Bem's Niederlage bei Temesvar gelangte am 10. August nach Arad, gleichzeitig mit ihr die Meldung Nagy Sándors, daß er bei Dreispitz oder Saagh am linken Ufer der Maros auf einen überlegenen Feind (Schlick's Vorhut) gestoßen sei. Auch in Arad verbreitete sich ein panischer Schrecken und wurden Fluchtgedanken bei der Mehrzahl der Anwesenden rege. Daß noch eine Rettung möglich sei, glaubte Niemand, auch Kossuth nicht, welcher alsbald einen Minister- und Kriegsrath einberief, um über die nothwendigen Sicherheitsmaßregeln zu berathen. Die längst gährende Feindschaft zwischen Görgei und Kossuth kam hier zu offenem Ausbruche. Görgei beschwerte sich über Bem's Berufung, von welcher auch das Ministerium nichts erfahren hatte, Kossuth's Anhänger antworteten mit Vorwürfen über Görgei's Ungehorsam und eigenmächtiges Wesen. Doch der Augenblick drängte. Wenige Stunden später empfing Kossuth Guyon's Bericht über den trostlosen Zustand des Heeres und dessen vollkommene Widerstandslosigkeit. Nun bot er Görgei den Oberbefehl über alle Truppen mit unbedingter Vollmacht, den Frieden zu schließen, an. Erst als Görgei darauf nicht einging und auch mehrere Minister, wie Szemere, Aulich, Csány, Bukovich in ihn drangen, durch seine Abdankung die Schwierigkeiten zu ebnen, gab er nach und entsagte (11. August) zu Görgei's Gunsten seiner Würde und Macht. Doch nicht ohne mannigfache Vorbehalte. Er wollte gemeinschaftlich mit Bem den Krieg in Siebenbürgen weiterführen, er stachelte die Freunde auf, gegen seine Abdankung als eine erzwungene zu protestiren, und was das Wichtigste war, er nahm die Reichskleinodien, in den Augen des Volkes das Palladium Ungarns, auf seiner bereits am 10. August vorbereiteten Flucht mit sich. Ohne Abschied, still und heimlich zog er von dannen, durch den plötzlichen Sturz betäubt und als er erwachte nur noch zu Verzweiflungsstreichen fähig, ein Mann des Mitleidens, welchen nur die revolutionäre Strömung des Jahres 1848 verleitet hatte, seine großartigen agitatorischen Talente mit politischer Begabung zu verwechseln, und der nun seinen verhängnißvollen Irrthum in ewiger Verbannung büßen mußte.*)

*) Die Quellen für die letzten Ereignisse der ungarischen Revolutionsperiode sind außer Görgei's Memoiren: Kossuth's Originalbericht aus Widdin, Leipzig 1849; Szemere's Charakterskizzen, wo namentlich von Kossuth's Verhalten (II. 118) ein wenig glänzendes Bild entworfen wird, und Szilágyi: Die letzten Tage der magyarischen Revolution, Pesth 1850.

Görgei übernahm die Dictatur, um alsbald mit den Russen über die Bedingungen der Unterwerfung zu verhandeln oder wie es nachmals in der landläufigen Sprache hieß, seinen schwarzen Verrath zu vollziehen. Ein seltsamer Verrath, dem seine angeblichen Opfer selbst zustimmten, der nicht etwa heimlich gesponnen wurde und als er an das Tageslicht trat die Welt überraschte, vielmehr in allen seinen Vorbereitungsstufen der öffentlichen Kritik unterlag, von der Mehrheit der Armee und der Regierungsmitglieder, die um ihn längst wußte, erwartet wurde. Man muß es der leidenschaftlichen Stimmung der Magyaren in den folgenden Trauerjahren nachsehen, daß sie nicht Kossuth, nicht Dembinski, nicht die ewig zankenden, selbstsüchtigen und nur in der Minderzahl tüchtigen Generale, nicht die unreife radicale Partei, sondern ausschließlich Görgei als den Urheber des nationalen Unglücks betrachtete. Keine einzige der vielen Hoffnungen, welche an Görgei's Capitulation geknüpft wurden, ging in Erfüllung, die russische Fürsprache ließ sich nicht hören, dagegen weckte der Neid auf den russischen Triumph die Rachsucht Haynau's. Das Arader Blutgericht steht mit der Capitulation von Vilagos in unmittelbarem Zusammenhange. Tausend Möglichkeiten, eine glänzender als die andere, tauchten in dem fruchtbaren Geiste der Emigranten auf, wie sich wohl die Sache Ungarns ohne Görgei's Unterwerfung gestaltet haben würde. Ihnen gegenüber steht die traurige Wirklichkeit, daß die Capitulation von Vilagos ein furchtbares Volkselend einleitete. Da begreift es sich wohl, daß das Fluchwort willig den Lippen entgleitet und Görgei ohne Bedenken als Verräther verdammt wird. Doch muß das besonnene Urtheil auch Anderes erwägen.

Wenn Görgei Verrath übte, so beging er denselben nicht an der Nation, sondern nur an der revolutionären Partei, welche seit dem Frühlinge die Gewalt an sich gerissen hatte. Man darf nicht übersehen, daß in der letzten Periode der ungarischen Revolution beinahe lauter neue Persönlichkeiten auftauchten, von den altgefeierten Namen, von den bekannten bedeutenden Staatsmännern, von den berühmten Verfechtern der freien ungarischen Verfassung fast alle in den Hintergrund traten. Das kam so. Eine seit Menschenaltern rege Reformbewegung hatte gerade die höchste Intensität erreicht, als die allgemeine europäische Revolution losbrach; natürlich, daß der Charakter der ersteren dadurch theilweise abgelenkt wurde, Dinge und Personen eine Bedeutung errangen, an welche vorher Niemand gedacht hatte. Nur eine Einigung der Reformpartei mit der Wiener Regierung hätte die Verhältnisse wieder in ein ruhiges Geleise bringen können, an die Stelle der Einigung trat aber ein stets gesteigerter Widerstreit, welcher die Reformpartei in doppelter Weise schwächte. Manche, erschreckt über die zunehmenden Wirren, dankten dem thätigen Leben ab; Andere, durch das Unrecht der Regierung gereizt, gewährten den revolutionären Elementen größeren Spielraum, als sie es

sonst gethan haben würden, duldeten namentlich, daß die im nationalen Interesse geförderten Rüstungen der radicalen Sache zu Gute kamen. Einzelne ließen sich dann von dem revolutionären Strome widerstandlos mit fortreißen, die Meisten traten zurück, aber als es schon zu spät war und die radicale Partei, Dank der eigenthümlichen Beschaffenheit des Landes und Volkes, über eine organisirte Macht verfügte. In der Unabhängigkeitserklärung v. 14. April fand die ungarische Revolution ihren schärfsten Ausdruck. Gegen dieselbe protestirte mit richtigen Gefühlen Görgei laut und offen. Von diesem Augenblicke an erwachte in ihm auch das Restaurationsgelüste, nur daß er bei seiner geringen politischen Bildung nicht die Mittel und Wege fand, für seine Pläne zu wirken, und daß er als Berufssoldat das militärische Interesse über die politische Pflicht setzte. Man kann und darf Görgei verdammen, wenn man in ihm den ernsten Politiker voraussetzt, man verleiht dann aber seiner Natur Eigenschaften, die ihr vollkommen fremd waren.

Auch darin irrt man, daß man Görgei's That als den Anfang und die Ursache der Katastrophe ansieht, während sie doch nur der äußere Ausdruck der letzteren ist. Haynau hatte allen Grund, gegenüber der hochmüthigen Meldung Paskiewitsch's an seinen Kaiser: „Ungarn liege zu den Füßen des Czaren", den österreichischen Waffen den Ruhm der Entscheidung zuzuschreiben, hervorzuheben, daß die österreichische Armee es war, welche „den Feind in sechs Schlachten bis zur Vernichtung besiegt und auch die Unterwerfung des Görgei'schen Corps bewirkt hat."*) Kossuth floh vor der Capitulation im Bewußtsein, daß Alles verloren sei, er floh, weil er die Unterwerfung für unabwendbar erachtete, zu derselben aber nicht die Hand bieten mochte. Es ist möglich, daß Görgei in Siebenbürgen den kleinen Krieg fortsetzen oder nach Komorn sich durchschlagen konnte. Einen nachhaltigen Erfolg hätte er nicht erreicht, denn es fehlte an Geld, an Munition, es fehlte vor allem am Muthe und guten Glauben. Die Soldaten waren schlachtenmüde und unter den Officieren herrschte ein ähnlicher Geist, wie er bei Napoleon's Marschällen in den letzten Jahren der Napoleonischen Herrschaft beobachtet wurde, so wenig sich sonst die ungarischen Abenteurer mit den französischen Glückspilzen vergleichen lassen; sie wollten sich nicht mehr im Felde anstrengen und sehnten sich nach einem materiellen Genußleben.

Ein schweres politisches Verbrechen belastet allerdings Görgei. Nicht an die Russen, sondern an die Oesterreicher mußte er seine Unterwerfungsanträge richten. Er war dazu umsomehr verpflichtet, als die Capitulation ein friedliches Verhältniß mit Oesterreich erleichtern und zur Rettung der ungarischen Verfassung beitragen sollte. Nur Wahnwitz konnte von Rußland eine kräftige Verwendung zu Gunsten Ungarns, des polnischen

*) Armeebericht vom 16. August.

Alliirten, erwarten oder wohl gar hoffen, Rußland werde sich Ungarn zu Liebe mit Oesterreich überwerfen. Dann aber durfte nicht Oesterreich durch eine absichtliche Umgehung gereizt werden. Politische Erwägungen waren jedoch dem launischen, hartköpfigen Görgei unbekannt, er trotzte und fand es angemessen, für diesen rein persönlichen Trotz seine Cameraden und sein Vaterland büßen zu lassen. Ihn entschuldigte einigermaßen der Umstand, daß der Haß gegen Oesterreich und die Vorliebe für Rußland im ungarischen Heere überhaupt verbreitet war — wo es anging, suchten die ungarischen Generäle die Waffen vor den Russen und nicht vor den Oesterreichern zu strecken — ihn rechtfertigte beinahe die Thatsache, daß die Russen seit langer Zeit es sich angelegen sein ließen, Görgei in Unterhandlungen zu verwickeln.

Den ersten Antrag zur Capitulation empfing Görgei auf seinem Rückzuge in Rima-Szombat (20. Juli) durch zwei Abgesandte des Obersten Chrulov. Er wies denselben zurück, theilte ihn aber, um sicher zu gehen, auch seinen Corpscommandanten mit, welche gleichfalls für die Ablehnung stimmten, ohne übrigens eine große Entrüstung zu zeigen. Die Soldaten vollends, auch jene des Nagy Sándor'schen Corps, begrüßten die russischen Parlamentäre mit Jubel, weil sich das ganz thörichte Gerücht von einer bevorstehenden Waffenverbrüderung zwischen Russen und Magyaren verbreitet hatte. Wenige Tage später (24. Juli) bekam Görgei einen Brief des General Rüdiger in die Hände, in welchem die Aufforderung, die Waffen zu strecken, wiederholt und die Angabe der Bedingungen, welche wohl Görgei stellen würde, verlangt wurde. In seiner Antwort wies Görgei auf die Nothwendigkeit hin, die Pacification auf ganz Ungarn auszudehnen, in den Verhandlungen auch die Freiheiten des Landes sicher zu stellen und erbot sich, zwischen Paskiewitsch und der ungarischen Regierung zu vermitteln. Die letztere setzte er von diesen Vorgängen unverweilt in Kenntniß, die Regierung ging auf die Verhandlungen ein, obgleich Görgei auch bei dieser Gelegenheit sich gegen die Unabhängigkeitserklärung ausgesprochen und gethan hatte, als bestände die alte Verfassung noch zu Recht.

Im Auftrage Kossuth's begaben sich Szemere und Cas. Batthyány, der Ministerpräsident und der Minister des Aeußern in Görgei's Hauptquartier, um die Verhandlungen weiterzuführen und sandten nach längeren, keineswegs freundlichen Berathungen mit Görgei den General Pöltenberg mit neuen Unterwerfungsanträgen an Paskiewitsch. Ob schon jetzt oder erst in dem Arader Conseil vom 10. August, welchem Kossuth vorsaß, die Uebertragung der Krone des h. Stephan an einen russischen Prinzen beschlossen wurde, ist nicht genau bekannt, jedenfalls hatte Görgei während dieser Zeit nicht heimlich conspirirt, sondern die Befehlshaber der Armee, ja die ganze Regierung hatte an den Unterhandlungen mit Rußland theilgenommen, dieselben grundsätzlich gebilligt. Unklug war es

freilich, daß, nachdem einmal der bittere Entschluß, die Waffen niederzulegen, gefaßt war, nicht alle Mittel angewendet wurden, um rasch zu einem Resultate zu gelangen, so lange noch die Russen an glimpflichen Bedingungen ein Interesse besaßen. Nachdem Paskiewitsch in Debreczin (6. August) zur „Sühne des Volksverbrechens" in der reformirten Kirche für den legitimen Kaiser Franz Joseph hatte beten und singen lassen, nachdem die Ohnmacht der Ungarn nicht mehr verhüllt werden konnte, ließ sich ein guter Ausgang der Verhandlungen nicht mehr erwarten. Paskiewitsch mußte jetzt, auch wenn er im Innern anders dachte, correct auftreten. Er wies (9. August) Pöltenberg's Anträge mit dem Bedeuten zurück: Die russische Armee habe in Ungarn lediglich zu kämpfen, die Unterwerfungsacte sei durch Haynau an den österreichischen Kaiser zu richten. Vollends eng begrenzt wurde das Verhandlungsfeld nach der Schlacht bei Temesvar, als Görgei mit dem deutlich ausgesprochenen Wunsche, durch Unterhandlungen dem Kampfe ein Ziel zu setzen, die Dictatur übernahm. Von Bedingungen konnte auf ungarischer Seite nicht füglich mehr die Rede sein; es handelte sich nur noch um die Frage, ob man sich den Russen oder Oesterreichern übergeben wolle. Das gesuchte kameradschaftliche Auftreten der russischen Officiere im Gegensatze zu dem barschen, oft brutalen Wesen der Oesterreicher und der Schreckensgestalt, in welcher von Brescia her Haynau Aller Augen erschien, gab den Ausschlag. Der Kriegsrath, welchen Görgei noch am 11. August einberief, entschied sich für die unbedingte Unterwerfung unter die russische Macht. Mit dieser Erklärung sandte Görgei Parlamentäre an den ihm zunächst stehenden Rüdiger. Der Annahme gewiß ließ er auch alsbald seine Armee den Russen entgegen nach Vilagos marschiren. Mitglieder der Regierung und des Parlamentes, zumeist der gemäßigten Partei angehörig, schlossen sich ihr in großer Zahl an. Vielleicht wäre es möglich gewesen, durch dringende Vorstellungen seine Genossen vor der Todesstrafe sicher zu stellen; in übelverstandener Vornehmheit überließ Görgei Alles der Großmuth des Siegers; er bat aber auch nicht für sich um Gnade und wäre auch gewiß dem Galgen verfallen, wenn nicht ausnahmsweise für seine Person sich der Czar und der Großfürst Constantin verwendet hätten.

23,000 Mann streckten auf dem Felde von Vilagos vor den Russen die Waffen, unter ihnen befanden sich 11 Generäle und 1400 Officiere, außerdem erbeuteten die Russen 129 Geschütze, 29 Fahnen und 31 Standarten als Trophäen. Görgei, noch an seiner Wunde leidend, wurde gleich nach Großwardein vor Paskiewitsch, von da, durch die persönliche Großmuth des russischen Feldmarschalls mit den Reisemitteln ausgestattet, nach Klagenfurt als „Internirter" gebracht. Die anderen Officiere und die Mannschaft erhielt Haynau zur Bestrafung ausgeliefert.

Was nun noch in Ungarn erfolgte, läßt sich mit wenigen Worten erzählen. Ein kleiner Rest der Armee, etwa 5000 Mann, rettete sich, nachdem er noch bei Lugos (15. August) in ein Rückzugsgefecht verwickelt wurde, (16.—20. August) über Orsova auf den freien türkischen Boden. Das Gleiche thaten außer Kossuth auch Bem, Dembinski, Mészaros, Perczel, Kmety, Guyon, Stein, Wysocki u. a. Die anderen Heeresabtheilungen in Ungarn und Siebenbürgen ergaben sich rasch nach einander theils an die Russen, theils an die Oesterreicher, so Vecsei mit 7000 Mann bei Boros Jenö, Lazer und Desewffy mit 3000 Mann bei Mehadia, Kazinczy mit 4000 Mann bei Zsibó. Auch die Festungen Arad, Munkács, Peterwardein fielen rasch durch Capitulation in die Hände der Sieger. Den längsten Widerstand leistete Klapka in Komorn, welcher in den letzten Julitagen noch einige glückliche Ausfälle gemacht, die Verbindung zwischen Wien und Pesth eine Zeitlang unterbrochen hatte und es darauf ankommen ließ, ob man ihn mit Gewalt aus der „jungfräulichen" Festung vertreiben könne. Er capitulirte am 27. September unter auffallend günstigen Bedingungen, welche den schroffsten Gegensatz zu der Behandlung bilden, die Haynau sonst den Insurgenten angedeihen ließ.

Beinahe gleichzeitig mit der Nachricht von dem Siege des Heeres bei Temesvar und der vollbrachten Bewältigung der Revolution kam nach Wien auch die andere langersehnte Kunde von der Uebergabe des hartbedrängten, vom Feinde und der Cholera gleichmäßig heimgesuchten Venedig an das Belagerungscorps (22. August).

So war denn das Reich aus den schweren Revolutionsstürmen äußerlich unversehrt hervorgegangen. Oesterreich, dem Zerstückelung drohte und der Zerfall vorhergesagt war, besaß denselben Umfang wie zuvor, seine Regierung eine größere Macht, als sie besessen hatte, und mit der Macht auch das volle Machtbewußtsein.

3. Schlußwort.

Die Revolution war im Herbste 1849 gebändigt, die äußere Ordnung wiederhergestellt, nichts fehlte, als daß jetzt die Märzverfassung wirklich in das Leben trat, um auch die innere Ordnung dauernd zu begründen. Wer ein anderes Programm aufgestellt hätte, würde sich nicht allein an dem im Manifeste vom 4. März feierlich ausgesprochenen Regierungswillen versündigt haben, welcher versicherte: „Die Reichsverfassung wird kein todter Buchstaben bleiben, sondern zum Bollwerke werden der Freiheit, zur Bürgschaft für die Macht, den Glanz und die Einheit der Monarchie." Ihn hätten vor allen die Conservativen Lügen gestraft, welche aus keinem anderen Grunde den leidenschaftlichen nationalen Bewegungen und revolutionären Tendenzen so schroff entgegengetreten waren, als weil durch dieselben das ruhige, geordnete Verfassungsleben ungebührlich verzögert wurde. Dennoch wird der Geschichtsschreiber der nächstfolgenden zehnjährigen Periode mit der Schilderung beginnen müssen, wie die Märzverfassung von allem Anfange an ein todter Buchstaben blieb, und wesentlich nur zu erzählen haben, daß eine dauernde innere Ordnung nicht erreicht, nicht einmal beabsichtigt wurde.

„Provisorium," lautete das Schlagwort, das ein Jahrzehent lang ausschließlich galt, und wäre es möglich gewesen, so hätte man noch ein Provisorium des Provisoriums geschaffen. Nicht genug daran. Während alle Institutionen, welche nur dadurch lebensfähig werden, daß man zu ihrer unveränderten Dauer Vertrauen faßt, als vorübergehend betrachtet, zahlreichen Wandlungen unterworfen wurden, verlieh man wieder ihrer Natur nach transitorischen Maßregeln einen grundsätzlichen Charakter. Das Bedürfniß des Augenblickes gab den Ausschlag, wenn es sich um die

Regelung der Gemeinden, der Gerichte, der Administration, um die Ordnung der Finanzen, um die Reform des Steuerwesens handelte, und sobald jenes eine Aenderung erfuhr, mußten auch diese Einrichtungen sich den plötzlichen Wechsel gefallen lassen; dagegen erklärte man die Ausnahmsmaßregeln, welche der Uebergang aus dem revolutionären Zustande in den gesetzlichen für eine kurze Zeit erheischte, als das wahre Fundament des Reiches. „Mißtrauen gegen das Wollen der Regierten wurde, wie auch unbefangene Conservative bezeugten,*) zur Staatsmaxime erhoben, in der physischen Gewalt allein eine wirksame Macht gegen dieses Mißtrauen gesucht."

Die Entwickelung der Dinge hätte vielleicht einen anderen Gang genommen, wenn es Franz Stadion vergönnt gewesen wäre, an der Spitze der Geschäfte zu bleiben. Stadion war ein streng conservativer Mann, aber gleichzeitig von der Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform in allen Zweigen der Administration durchdrungen, dabei ein genauer Kenner der österreichischen Verhältnisse und eine unbestrittene Autorität, an welche der Widerspruch der Höflinge, der Bischöfe und der Officiere sich nimmermehr wagen durfte. Von Freiheit im Sinne des Jahres 1848 hätte man unter Stadion's Regiment wenig verspürt, aber an ein rationelles Verwaltungssystem, an eine knappere Ordnung, an eine gesunde Geldwirthschaft sich gewöhnt, vor allem aber wären die zahllosen Eingriffe Unberechtigter in die Regierung energisch zurückgewiesen worden, welche nach Stadion's Rücktritt so unheilvolle Störungen im Staatsleben verursachten. Aber Stadion's Kraft war der ihm gestellten Riesenaufgabe nicht gewachsen, die vieljährige unaufhörliche Aufregung rieb seinen Körper auf, seit Monaten war er nur durch den Gebrauch der stärksten Reizmittel, Thee, Cigarren, Spaniol, im Stande, sich arbeitsfähig zu erhalten, und doch häufte er unausgesetzt eine Arbeitslast auf die andere. Schon Mitte April 1849 zeigten sich Spuren der Geistesverwirrung, am 17. Mai, nachdem sein unheilbarer Stumpfsinn erkannt war, wurde er des Amtes enthoben, ihm als Nachfolger der Justizminister Alexander Bach bestimmt.

Diesem Manne fehlte es nicht an Beweglichkeit des Geistes und an der nöthigen Gewandtheit, sich in alle Lagen zu schicken; ihm mangelte aber die Kenntniß der Geschäfte, das Verständniß des Provinziallebens und im höchsten Maße die Autorität im Amte. Er galt als ein Eindringling in den bureaukratischen Kreisen, er blieb ein Revolutionär in den Augen der Aristokratie. Seine Duldung mußte er durch eine unbegrenzte Nachgiebigkeit erkaufen. Mit dem erbgesessenen Adel Frieden zu schließen, erkannte er bald als unmöglich. Nimmermehr vergaß und

*) Denkschrift über die Verfassungs- und Verwaltungsfrage in Oesterreich, von Andrian 1851 verfaßt, aus seinem Nachlasse 1859 herausgegeben. S. 6.

verzieh derselbe ihm das Grundentlastungsgesetz, an welchem doch Bach unbedingt festhalten mußte. Der Minister mußte daher nach anderen Stützen seiner Macht ausspähen. Er fand sie in den einflußreichen Vertretern der Armee am Hofe, welchen das geschmeidige, zu Trost und Hilfe stets bereite Wesen des jungen Staatsmannes gefiel, er fand sie in noch höherem Grade in den Würdenträgern der Kirche, welche wohl wußten, daß ein Politiker der alten Schule ihnen niemals so große Zugeständnisse machen würde, wie ein Neubekehrter, wie ein Mann, der gerne die Spuren seiner Vergangenheit verwischen möchte. Das letztere Bündniß erregte anfangs großes Aufsehen und fand viele Ungläubige. In dem Augenblicke, in welchem Bach seine berühmte Beamteninstruction schrieb, ein wahres Musterstück constitutionellen Stiles, sprachen die in Wien versammelten 35 österreichischen Bischöfe über die „gottlose" politische Freiheit das Anathema aus; zu derselben Zeit, als Bach von der Gleichberechtigung der Nationalitäten sich so begeistert zeigte, erklärten die Bischöfe die Nationalität für einen Rest des „Heidenthums", da „die Verschiedenheit der Sprache nur eine Folge der Sünde und des Abfalles von Gott sei."*) Dieser scheinbare Widerspruch zwischen Bach's Anschauungen und den Grundsätzen des Episkopates verschwand sehr bald, die Gegensätze wurden überbrückt und eine vollständige Einigung geschaffen. Im Jahre 1857 konnte Bach in seiner nicht minder berühmten Denkschrift über Ungarn**) vom Concordate behaupten, durch dasselbe sei „für die künftige sittliche Entwickelung des ganzen Reiches die unabänderliche Grundlage ein für allemal gelegt worden" und den Wunsch aussprechen, „es möchten alle Regierungen in Beziehung auf das Wechselverhältniß zwischen Staat und Kirche auf der Höhe der Erkenntniß der kaiserlichen Regierung stehen."

Bach in seiner vollkommenen Abhängigkeit von Personen und Parteien, welche in der Revolution nur eine Reihe fortgesetzter Greuel erblickten, war nicht befähigt, die Constitution, die Frucht jener verhaßten Revolution, in das Leben einzuführen, auch wenn sein Verfassungseifer ernsterer Natur gewesen wäre. Allerdings hatte diese Verfassung, die octroyirte Constitution vom 4. März, auch den Beifall der Mehrheit

*) Die österreichischen Bischöfe versammelten sich auf Grundlage der §§. 2 und 4 der Verfassung am 30. April in Wien, um die Rechte der katholischen Kirche zu regeln, aus welchen Berathungen dann nach mannichfachen Wechselfällen das Concordat hervorging. Am 17. Juni verkündigten sie den Hirtenbrief, welcher über den Geist der Versammlung die vollständigste Auskunft gibt.

**) Diese Denkschrift führt den Titel: „Rückblick auf die jüngste Entwickelungsperiode Ungarns" und wurde nach dem Bach'schen Concepte von dem Luzerner Bernhard Meyer redigirt. Sie erschien niemals im Buchhandel, kam aber doch mitunter in falsche Hände, wie in jene Szecheny's, welcher gegen dieselbe seinen „Blick auf den anonymen Rückblick" 1859 richtete.

der österreichischen Völker nicht erringen können. Ehe das Jahr der Verfassungsverleihung zu Ende ging, wiederholte Palazky seinen alten Mahnruf: Nur die Föderativverfassung kann Oesterreich den Frieden geben, und formulirte (21. December), wie er es seitdem unverdrossen noch öfter gethan, sein Programm: Beschränkung des Reichsministeriums auf die äußeren Angelegenheiten, die Leitung des Kriegs- und Finanzwesens; Einrichtung von sieben (eines deutschen, czechischen, polnischen, magyarischen, romänischen, südslawischen und italienischen) Nationalministerien, mit ebenso vielen Landtagen und Gerichtshöfen, Gewährung vollständiger Autonomie der Provinzen und Abschaffung der deutschen Sprachprivilegien. Bei der durch die Ereignisse gereizten Stimmung fand sein Plan jetzt einen größeren Beifall als im Kremsierer Constitutionsausschusse, und was das Bedeutungsvolle war, auch bei den Südslawen vollkommene Zustimmung. Gewaltsames Schweigen wurde den Czechen, Serben und Kroaten geboten, die Opposition verstummte, aber die Unzufriedenheit wurde dadurch nur noch gesteigert. Viel früher noch — bereits am 12. März — hatten die Romanen Siebenbürgens Petitionen, Beschwerden, Verwahrungen und Aufklärungen an die Regierung gerichtet, welche gegen den Inhalt der Märzverfassung gerichtet waren und zum Theil in bitteren Ausdrücken die Verkürzung ihrer mit so viel Blut erkämpften Rechte beklagten.*)

Aber alle Angriffe gegen die Constitution vom 4. März überragte an Zähigkeit und Leidenschaft jener der ungarischen Altconservativen. Dieselben besaßen auch in der That die meiste Ursache zur Klage. Die neue Verfassung nahm ihnen mehr, als ihnen Kossuth geraubt hatte, die Restauration machte sie ärmer als die Revolution, zu deren Bekämpfung sie doch eifrig geschürt hatten; ja sie konnten nicht einmal die jetzt herrschenden Zustände mit gutem Gewissen als Restauration der alten Ordnung begrüßen, da ja die Märzverfassung gleichfalls die früher giltige ungarische Constitution vernichtet hatte. Sie lebten in einer fortgesetzten Revolution, welche wohl ihre Führer, aber nicht die Tendenz gewechselt hatte, das ehrwürdige ungarische Reich zu stürzen.

Bei diesem allgemeinen Mißvergnügen über den Inhalt der Märzverfassung ist es begreiflich, daß, als dieselbe formell aufgehoben wurde (31. December 1853) — und mehr als eine formelle Giltigkeit hatte dieselbe niemals errungen — fast gar keine Klage laut, die Sache als selbstverständlich mit Ruhe aufgenommen wurde. Wuchtigere Sorgen, schwerere Gefahren bedrängten die österreichischen Völker. Das Verfassungsleben hatte für die meisten derselben keinen so großen Werth, wie die freie Entfaltung des nationalen Daseins. Auch dieses schien

*) Das Material ist vollständig zusammengetragen im dritten Hefte von Laureani's: Die Romanen der österreichischen Monarchie. Wien 1851.

gebrochen zu werden. Charakteristisch genug, daß die Regierung, welche mit der Proclamation der Gleichberechtigung aller Nationalitäten ihre Herrschaft begonnen hatte, schließlich alle Völker und alle Stämme gegen sich aufbrachte. Nicht Haynau's Schreckensregiment entfremdete der österreichischen Regierung den ungarischen Geist. Wohl schauderten auch kräftige Männer, als sie von den Blutgerichten in Pesth und Arad hörten, ein Schrei des Entsetzens ging durch das Land, als die Hinrichtung des Grafen Batthyány bekannt und als Grund seiner schnöden Verurtheilung auch seine Wirksamkeit als Premierminister, seine mit der Sanction des Königs und des Palatinus vollführten Thaten verkündigt wurden. Tiefes Weh durchzitterte die Nation, als es Tausende von seinen Söhnen gewaltsam dem Soldatenstande einverleibt, Hunderte in die Verbannung, wieder Hunderte in langjähriges Gefängniß wandern sah. In diesen offenen Gewaltthaten sah man aber die unvermeidlichen Nachwirkungen eines blutigen Bürgerkrieges, die man erdulden muß, die aber nicht lange dauern können. Haynau's Grimm traf nur Personen und nicht Institutionen, das Volk zitterte vor ihm, aber sah ihn nicht als Feind der Nationalität an. Erst als die sogenannte Civilregierung in Ungarn ihr Amt antrat, als man die langsame Infiltration fremder Elemente in das nationale Wesen, den gewaltsamen Bruch mit den altgewohnten Einrichtungen beobachtete, als die österreichischen Beamtencolonien in Ungarn ihren Einzug hielten*) und die leidige Experimentalpolitik Bach's ihr Spiel begann, bildete sich die tiefe Kluft zwischen dem ungarischen Volksthum und der Wiener Regierung, loderte wilder, oft unverständiger Haß in der Brust eines jeden Magyaren auf.

Und wie in Ungarn, so erging es dem Ministerium in allen anderen Provinzen.

Selbst die Deutschösterreicher sagten sich von demselben los, obschon ihnen das beliebte Centralisationssystem noch die meisten Vortheile brachte. Der Sieg Schwarzenberg's über die preußische Regierung schmeichelte zwar ihrer Eitelkeit. Daß Oesterreich wieder das erste und entscheidende Wort in der deutschen Angelegenheit sprach, hob ihr Bewußtsein. Aber sie wurden bald inne, daß der Sieg nicht mit den besten Kräften und nicht zum Heile Deutschlands errungen worden sei. Der russische Czar segnete die österreichischen Waffen; die Wiedereinsetzung des alten Bundestages, die Nichtlösung auch der brennendsten Fragen bildete den Kampfpreis. Zuletzt trat aber auch die Sorge für die Wahrung der Nationalität gegen die Furcht in den Hintergrund, selbst das nackte materielle Dasein gefährdet zu sehen. Denn auch jetzt bewährte

*) Eine wahrhaft classische Schrift voll der anschaulichsten Belehrung ist die (vom österreichischen Standpunkte geschriebene) Broschüre: Acht Jahre Amtsleben in Ungarn, von einem k. k. Stuhlrichter in Disponibilität. Leipzig 1861.

sich wieder der Grundsatz, daß die gewaltthätigste Regierung auch die theuerste ist. Steuern wurden auf Steuern gehäuft, die directen im Laufe von zehn Jahren (1847—1858) geradezu verdoppelt, Anleihen wurden zu Anleihen gefügt, die Staatsschuld in derselben Zeit um eine Milliarde vergrößert. Man nahm seine Zuflucht zu den seltsamsten, weitläufigsten Speculationen. Aber wie die Steuern und die Anleihen stieg auch regelmäßig das jährliche Deficit, es sank der Wohlstand des Volkes, es mehrten sich die Verlegenheiten der Regierung. Es half nichts, daß man nach französischem Muster eine sogenannte Nationalanleihe in das Werk setzte, deren Natur jener böhmische Bauer am besten charakterisirte, welcher seine Quote im Gefängnisse absitzen wollte, daß man endlich auch die Capitalkraft des Staates in unverantwortlicher Weise verschleuderte: die finanziellen Nöthen hörten nicht auf.

Das Reichsgesetzblatt und der Courszettel sind schwere Belastungszeugen der reactionären Regierung. Wer jenes geprüft, wer die Kette der Finanzoperationen in den fünfziger Jahren genau untersucht hat, besitzt eine ausreichende Grundlage, um das richtige Urtheil über jenen anmaßlichen, mit so gewaltigem Lärm auftretenden Absolutismus zu fällen. Ueber das Urtheil selbst wird er nicht lange schwanken. Es wird, wie es auch die Zeit bestätigt hat, lauten, daß jener leidenschaftliche Absolutismus sich vollkommen unfähig bewiesen habe, die Schäden der Revolution zu heilen, eine neue feste Ordnung zu gründen, die Entwickelung des Staates auf eine sichere Bahn zu leiten. Das schöpferische Unvermögen offenbart sich auf allen Gebieten. Wie überall, so nahm die Reaction auch im Kreise der äußeren Politik einen gar gewaltigen Anlauf. Freilich in der deutschen Frage konnte das österreichische Ministerium siegen; denn diese Frage war und ist keine ernste, so lange das deutsche Volk nur fromme Wünsche für die deutsche Einheit, aber nicht den ernsten Willen besitzt und die harte Arbeit scheut, dieselbe durchzuführen. Sobald aber eine wirklich ernsthafte Frage, die orientalische, an das Cabinet herantrat, zeigte sich seine Schwäche und geringe Willenskraft. Nicht besser ging es auf dem Felde der inneren Politik und der Volkswirthschaft. Als das Reactionsministerium, nicht vom Sturme gewaltsam vertrieben, sondern wegen seiner Unfähigkeit einfach abgedankt wurde und mit ihm das System des Absolutismus wieder fiel, da zog man die Summe seines Wirkens. Die Diplomatie hatte viel von ihrer früheren, mit Recht gerühmten Scharfsichtigkeit, das Heer ohne sein Verschulden viel von seiner Schlagfertigkeit verloren, die Justiz, von Arbeiten überbürdet, versagte den Dienst, die Verwaltungsmaschine stockte, die Finanzen, die Macht des Reiches nach außen, seine Kraft nach innen erschien gleichmäßig bedroht. Eine unbeschränkte Machtsumme war in die Hände der Regierung gelegt worden; als sie abtrat, geschah dieses mit dem Bekenntnisse, daß die Entwickelung des Staates nach zehnjähriger

Pause wieder da anknüpfen müsse, wo die Revolution stehen geblieben war. Die revolutionären Forderungen sind nach zehn Jahren Zugeständnisse der Regierung geworden, der Inhalt der Revolution wurde von dieser freiwillig als berechtigt anerkannt, einzig und allein durch die Gewalt der Verhältnisse, ohne äußere Nöthigung der Bruch mit dem Absolutismus beschlossen.

Die historische Betrachtung wird aber nicht allein die Desorganisation des Staates während der Reactionsperiode zu schildern haben, sie wird auch bei anderen Erwägungen verweilen. Sie wird hervorheben, daß ein Resultat der Revolution wenigstens unangefochten blieb, daß die Wiederherstellung der Unterthänigkeit auch von der gewaltsamsten Reaction nicht gewagt, trotz aller Experimentirlust der Grundsatz des Staatsbürgerthums nicht verleugnet wurde. Die historische Betrachtung wird ferner hervorheben, daß der schwere Druck der Verhältnisse zur Einkehr der besseren Männer des Volkes, zur Klärung der politischen Parteien führte. Noch immer kreuzen sich zwar politische und nationale Parteien, noch immer droht die Verfassungsfrage, welche unnatürliche Bündnisse und ebenso unnatürliche Feindschaften geweckt hat, den Frieden zu brechen. Dennoch hat sowohl das föderalistische wie das centralistische Programm an concretem Wesen gewonnen, und der Anhänger der einen wie der anderen Partei weiß, daß der Kitzel der Volksphantasie allein, sei es, daß man dem Machtgefühle schmeichelt, sei es, daß man die träumende Erinnerung an nationale Größe anruft, den Sieg nicht bringen kann. Die Schwierigkeiten wären geringe, wenn einerseits nicht selbst die kleinsten Stämme unberechtigte Ansprüche, auch als Culturvölker zu gelten, erhöben, wenn andererseits die Summe des materiellen Wohlstandes und der politischen Rechte so groß, so allgemein verbreitet wäre, daß darüber alle Besonderheiten vergessen werden könnten, wenn nicht die österreichische Verfassungsfrage auf das innigste mit der Frage der äußeren Politik zusammenhinge, wie denn auch jene schwerlich anders als durch äußere Ereignisse gelöst werden dürfte.

Endlich wird die historische Betrachtung nicht versäumen, geltend zu machen, daß der Verlauf und der schmachvolle Ausgang des absolutistischen Systems in den funfziger Jahren, welches man wohl mit einer acuten Krankheitsform vergleichen kann, unwiderleglich, auch für die früheren Anhänger des Absolutismus schlagend dargethan hat, wie ein großes Reich zu seiner gedeihlichen Entwickelung des zustimmenden und mitwirkenden Willens des Volkes auf die Dauer nicht entbehren könne. Der jammervolle Bankerott des Absolutismus hat den österreichischen Völkern das Selbstbestimmungsrecht mehr gesichert, als die revolutionäre Gewalt des Jahres 1848. Das ist der Lohn für das lange Leiden, das ist die Frucht der historischen Entwickelung Oesterreichs in der neueren Zeit überhaupt; die österreichischen Völker tragen jetzt



die freie aber auch die volle Verantwortung für das Schicksal des Reiches; es ist ihr Verdienst, wenn dieses zu mächtiger Blüthe emporsteigt, es ist aber auch nur ihre Schuld, wenn das Bild der Zukunft dunkle Farben zeigt. Sie haben das Recht und die Pflicht der Selbstbestimmung.

Ende.

Man bittet, u. A. folgende Druckfehler zu verbessern:

Im ersten Theile:

S. 116	Z.	9	l.	völlige	st.	willige
„ 145	„	1	„	entfalten	„	enthalten
„ 283	„	16	„	Oesterreich	„	es
„ 324	„	25	„	immer, nur	„	immer nur
„ 376	„	6	„	alten	„	allen
„ 439	„	28	„	Hilfe	„	Hälfte
„ 570	„	19	„	Bauerndirnen	„	Bauern

Im zweiten Theile:

S. 11	Z.	11	l.	Höllensitze	st.	Höllenstütze
„ 157	„	37	„	feiner	„	feine
„ 232	„	15	„	20. März	„	10. März
„ 264	„	35	„	April	„	März
„ 415	„	4	„	Linken	„	Länder
„ 441	„	2	„	Dieses	„	Dieser
„ 601	„	21	„	auf	„	gegen
„ 617	„	32	„	deutsch-tiroler	„	deutsch österreichischen
„ 618	„	38	„	kaum	„	keiner
„ 620	„	18	„	Lasser	„	Lesser
„ 719	„	31	„	Esanad	„	Chanud



Druck von J. B. Hirschfeld in Leipzig.

